



This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

- + *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.
- + *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.
- + *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.
- + *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at <http://books.google.com/>



Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

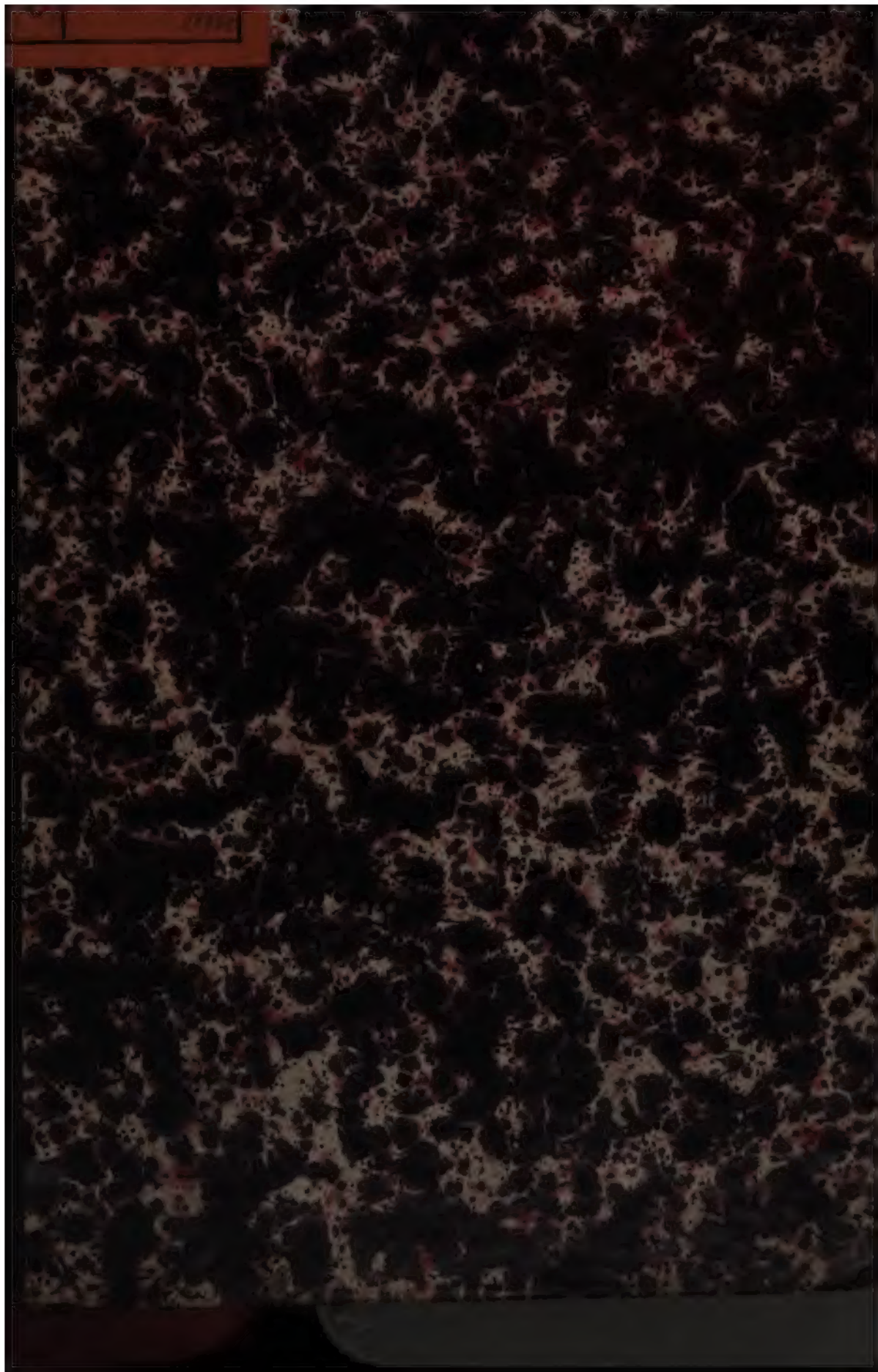
Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

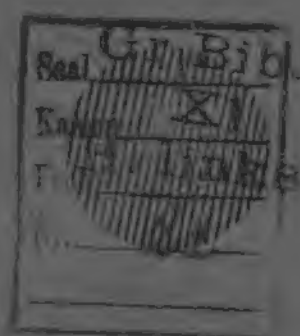
- + *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.
- + *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.
- + *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.
- + *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter <http://books.google.com> durchsuchen.









Beiträge

zur

Geschichte der königl. Städte Mährens,

insbesondere

der

f. Landeshauptstadt Brünn.

Von

Christian d' Elvert,

f. f. Ober-Finanzrath.

I. Band.

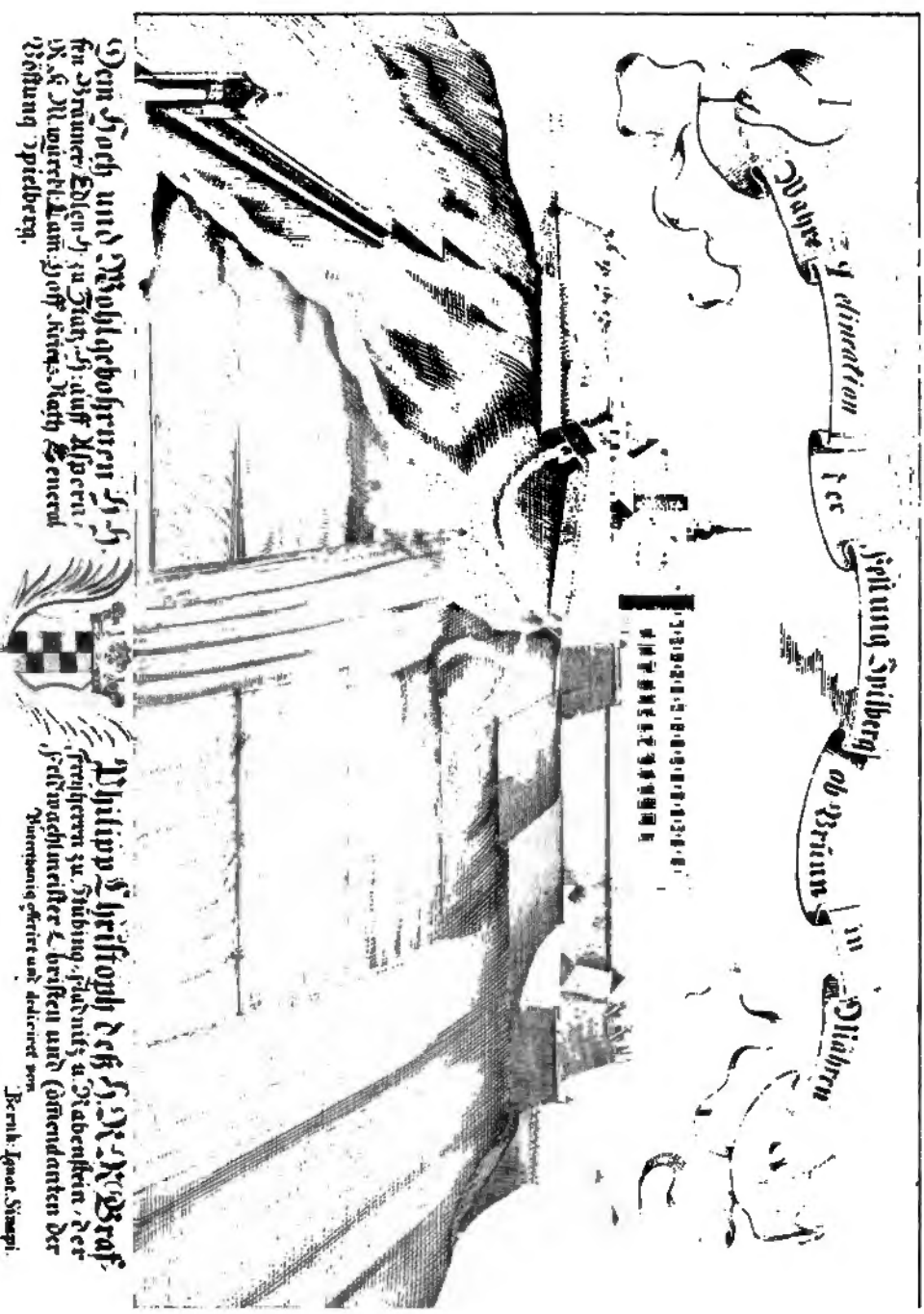
(Dieses Werk bildet den XIII. Band der Schriften der historisch-statistischen Section der f. f. m. f. Gesellschaft zur Beförderung des Aderbaues, der Natur- und Landeskunde).

(Mit einer lith. Tafel, die Ansicht des Erikelbergs).

Brünn, 1860.

In Commision der Buchhandlung A. Reich.

Verst. v. A. Richter's Erben in Brünn.



Den Hoch und Wohlgebohrnen Hrn.
Herrn Johann Sebastian Bach
in der Stadt Leipzig
Geburtstag zu Ehren
der Festung Spielberg.

Philipp Christoph Bach
Herrn zu Steding, Stedung u. Stedung
Geburtstag zu Ehren
der Festung Spielberg.
Johann Sebastian Bach
Herrn zu Steding, Stedung u. Stedung
Geburtstag zu Ehren
der Festung Spielberg.

Beiträge

zur

Geschichte der königl. Städte Mährens,

insbesondere

der

f. Landeshauptstadt Brünn.

Von

Christian d' Elvert,

f. f. Ober-Finanzrathe.

I. Band.

(Dieses Werk bildet den XIII. Band der Schriften der historisch-statistischen Section der
f. f. m. f. Gesellschaft zur Beförderung des Aderbaues, der Natur- und Landeskunde).

(Mit einer lith. Tafel, die Ansicht des Spielbergs).

Brünn, 1860.

(In Commission der Buchhandlung A. Ritsch).

Druck v. H. Rohrer's Erben in Brünn.

Č 35079 / 1860¹³ - 61503

STÁTNÍ PEDAGOGICKÁ KNIHOVNA V BRNĚ.		
Form.	Sig.	Inv.
Č	35079 / 1860 ¹³	61503

Vorwort.

Seit früher Jugend habe ich an den Interessen meiner Vaterstadt lebhaften Antheil genommen. Schon die Studienzeit in Brünn mit seinem neuen Landes-Museum und in den Universitäts-Städten Olmütz, Prag und Wien mit ihren viel reicheren literarischen Hilfsmitteln wurde auch dazu benützt, Stoff zu sammeln um, auch ohne Benützung des unzugänglichen städtischen Archivs, den Versuch einer Geschichte von Brünn (1828) zu schreiben, welcher freundlich aufgenommen wurde, weil er nach langer Ruhe wieder die Bahn auf dem Felde der vaterländischen Geschichtschreibung brach. Als ich in den Staatsdienst trat, kam ich bei dem Landesgubernium und dem brünner Kreisamte durch zwei Jahrzehende in die Lage, nicht nur in die Zustände und Gestaltungen der Vorzeit und Gegenwart aus erster Quelle Einsicht zu nehmen, sondern mich auch bei Ausführungen zu betheiligen, die nach langem Versäumniß das Siegel des Fortschrittes an sich trugen. Die beharrliche Einwirkung der höheren Straßenverwaltung gaben den Vorstädten ein ganz anderes Aussehen. Die nach vieljährigen Verhandlungen endlich in Zeiten der Noth bewirkte Regulirung der Zwittawa befreite einen Theil der Vorstädte von regelmäßigen Ueberschwemmungen und bot der Stadt die Möglichkeit, sich in der Thalebene auszubreiten. Die Gelegenheitschrift: Die Schweden vor Brünn, Brünn 1845, unterbrach den aufgedrungenen Stillstand in der literarischen Wirksamkeit. Als sich aber die Verhältnisse günstiger gestalteten, wurde

jenes flott gemacht, was bei wenig Aussicht in eine bessere Zukunft mit ausdauerndem Muthé während der Zwischenzeit war gesammelt worden.

Mannigfachen Stoff zur Geschichte Brünns bieten von meinen späteren Arbeiten: Die Geschichte von Iglau, Brünn 1850 (mit Seitenblicken auf die anderen k. Städte), die Geschichte der historischen Literatur Mährens und Oesterr. Schlesiens, Brünn 1850, die Bibliotheken und wissenschaftlichen Sammlungen in Mähren und Schlesien (im 3. H. der Schriften der histor. Sektion, 1852), die Zuckerfabrikation in Mähren und Schlesien (eb. S. 41—58, Mittheil. d. Ackerbauges. 1859 Nr. 7), die Geschichte des Theaters in Mähren und Schlesien, Brünn 1852 (im 4. H. d. Sekt. Schr.), die gelehrten Gesellschaften in Mähren und Schlesien (im 5. B. d. Sekt. Schr., 1853), die Geschichte des Bücher- und Steindruckes, des Buchhandels, der Bücher-Censur und der periodischen Literatur in Mähren und Schlesien und Nachträge zur histor. Literatur, Brünn 1854 (6. B. d. Sekt. Schr.), die Cultur-Fortschritte Mährens und Schlesiens, Brünn 1855, die Geschichte der Verkehrs-Anstalten in Mähren und Schlesien, Brünn 1855 (beide Schriften zus. bilden den 8. B. d. Sekt. Schr.), Hanzely's brünner Diarium 1723 — 1755 (im 9. B. d. Sekt. Schr. S. 438 — 453, über Kunstzustände in Brünn, eb. S. 394 — 401), die Geschichte der Schul-, Studien- und Erziehungs-Anstalten in Mähren und Schlesien, Brünn 1857 (d. 10. B. d. Sekt. Schr.), die Geschichte der Heil- und Humanitäts-Anstalten in Mähren und Schlesien, Brünn 1858 (d. 11. B. d. Sekt. Schr.), die Einführung gleichen Maßes und Gewichtes, dann deren Eimentirung in Mähren und Schlesien (im 12. B. d. Sekt. Schr. 1859, S. 422 — 468), die Geschichte der Preissatzungen (Taxen) in Mähren und Schlesien (eb. S. 468—526), das von mir redigirte Notizenblatt der historischen Sektion seit 1855

u. a. Auch sonst findet sich noch mancher Stoff vor, namentlich in Bolny's Topographie, im Codex diplomaticus Moraviae von Vočel, Chytil und Peter Ritter von Ehlumedy (bisher in 7 Bänden bis 1345), in der Chronik des brünner Rathsherrn und Apothekers Ludwig (1555 — 1604), herausgegeben von Peter Ritter von Ehlumedy, Brünn 1859.

Gleichwohl kann nicht daran gedacht werden, die Geschichte Brünns in einer völligen Umarbeitung des Versuches von 1828 oder besser ganz neu zu schreiben, so lange die reichen Quellen des städtischen Archives nicht zugänglich geworden sind. Da hiezu diesmal wenig Aussicht vorhanden zu sein scheint, will ich in Bruchstücken jenes mittheilen, was ich seit dem, insbesondere über die neuere Zeit, zusammengetragen habe.

Ich beginne mit einer drängenden Zeitfrage, die tief in alle Lebensverhältnisse Brünns eingreift, so tief, wie es wohl seit seinem Bestande nie berührt worden ist.

Ich verfolge dabei keine Parteizwecke, stelle mich vielmehr auf den unbefangenen Standpunkt des Geschichtschreibers, beabsichtige, so weit ich es vermag, Klarheit und Wahrheit in die Streitfrage zu bringen, die aufgeregten Gemüther zu beruhigen.

Die Berechtigung, ein Wort mitzusprechen, hole ich theils aus den gemachten Studien, theils aus meiner Eigenschaft als Mitglied des Gemeindevausschusses, welche das Interesse an dem Wohlfsein meiner Vaterstadt noch mehr erhöhen und zur Pflicht steigern mußte. Seitdem das Vertrauen meiner Mitbürger mich in den Gemeindevausschuß berufen (1850), habe ich als Referent des Central-Comite's, welches sich mit der Lösung der Fragen der Organisirung, der Einrichtung der Geschäfte, der Ordnung des Haushaltes und aller wichtigeren Angelegenheiten zu befassen hatte, als Obmann der Organisations- und Mitglied der Finanz-Sektion, so wie durch einge-

hende und ununterbrochene Theilnahme an allen Gemeinde-Angelegenheiten Gelegenheit gefunden, mich einerseits mit denselben vertraut zu machen, andererseits zu Allem mein Schärfein beizutragen, was die Ehre und Würde, das Gedeihen und die Entwicklung der freien Gemeinde, Bildung und echten Bürgerfinn zu fördern, das kostbare Stammgut der Treue und Anhänglichkeit der Bewohner Brünns an Kaiser und Staat zu bewahren geeignet ist. So mögen auch gegenwärtige Zeilen zur glücklichen Entscheidung einer Frage beitragen, welche die Bevölkerung der Landeshauptstadt seit Jahren in Spannung und Bewegung erhält¹⁾.

¹⁾ Es ist in vorliegende Abhandlung, welche nun zufällig den Vorläufer der Beiträge zur Geschichte Brünns macht, Manches aufgenommen worden, was außerhalb ihrer Grenzen zu liegen scheinen könnte; ich habe aber geglaubt, dasselbe mittheilen zu sollen, weil es auch sonstigen historischen Stoff biethet.

I. Abschnitt. Zur Gemeinde-Frage.

A.

Wie sich Brünn gebildet.

Frägt man nach den Ursachen, welche Brünn auf seinen dormaligen Standpunkt gebracht, so haben hiezu mannigfaltige Umstände zusammengewirkt, vor allen seine Lage und die glücklichen Verhältnisse, welche dasselbe zum Sitze der Landesfürsten, der Provinzial-Verwaltung, einer ausgebreiteten Industrie und des Hauptverkehrs des Landes erhoben.

Brünn liegt an der Verbindungs-Linie des Süden und Osten von Europa, in dem großen Thale, welches die Sudeten und Karpathen einschließen; auf den Vorbergen, welche die nach Oesterreich auslaufende Ebene beherrschen, am Vereinigungspunkte der Flüsse Schwarza und Zvittawa. Nur ein schiffbarer Fluß fehlt.

Als ein Theil der großen Eisenbahn-Linie, zwischen Wien und Brünn, eröffnet wurde (Nov. 1838), Geschüßes-Donner und der Jubel von Tausenden dem Fluge des flüchtigen Seglers der Erde folgte, schien sich eine neue Aera ankündigen, wenigstens den Mangel eines schiffbaren Flusses mehr als ersetzen zu wollen. Lassen wir einmal, hieß es, durch eine solche Kette und die Donau Brünn mit Prag und Wien, mit Leipzig, Pesth und Hamburg, die Nordsee mit dem schwarzen Meere, England mit Asien auf dieser kürzesten Linie vereinigt sein, wer will die Räthsel der Zukunft enthüllen! Nun scheint eine kurze Zeit gelehrt zu haben, daß nicht die Durch-, sondern die Ausgangspunkte den größten Gewinn des großen Verkehrsmittels ziehen.

Seiner Lage verdankt es Brünn, daß seine Hügel zur Römer-Zeit mag ein Castell gekrönt haben. Mährens Apostel Cyrill und Method sollen auf dem Petersberge das Symbol des Christenthums gepflanzt haben.

Es sind acht hundert Jahre, seit Brünns Name geschichtlich auftaucht. Fürsten über einen Theil des Landes hielten hier in dem Haupte einer der Provinzen des Landes (von Olmütz, Znaim, Lundenburg hießen andere) ihren Sitz. Am Fuße der alten Burg Spielberg erwuchs eine Stadt, welche sich aus kleinen Anfängen mehr und mehr erhob und die erste Anlage (Altbrünn) überflügelte. Als sich zu Anfang des 13. Jahrhunderts das städtische Element kräftig entfaltete, zogen so viele Deutsche und Romanen hieher, daß man die Stadt im Laufe des 13. und 14. Jahrhunderts wiederholt erweitern mußte. In der Sonne bürgerlicher Freiheit, eines selbstständigen Municipallebens und mannigfacher Begünstigungen der Landesfürsten entwickelte sich üppig die Pflanzung.

Brünns Recht verschaffte sich weit über die Gränzen seiner Markung Geltung in Mähren, Böhmen, Schlessen und Ungarn, seine Schöffen ertheilten als Oberhof Belehrungen und Sprüche in den streitigen Rechtsangelegenheiten dieser Länder ¹⁾. Sein Handel dehnte sich über entfernte Gebiete aus und stand in inniger Verbindung mit den flandrischen Städten, dem Hauptsitze europäischer Cultur, wie mit Venedig, Nürnberg, Polen, Ungarn u. a. Die Markgrafen Carl (1333, 1348) und Johann (1373) zwangen den polnischen Handel, über Brunn seinen Zug zu nehmen (Straßenzwang und Stappelrecht). Im goldenen Zeitalter Mährens nannte (1350) Johann Brunn das Haupt seines glücklichen Landes, welches ihm vorzüglich am Herzen liege. Denn es besitze eine Menge Weiser und ohne Brunn wären alle übrigen Städte seines Landes wie ohne Haupt. Es war, wie er später (1356) rühmte, ein stark bevölkerter, reicher und ausgezeichneteter Ort.

Vor mehr als einem halben Jahrtausende beginnt die Rivalität mit Olmütz, der alten Hauptstadt des Landes, eine Rivalität, welche ihr Ende erst erreichte, als auch Olmütz um die Hochschule des Landes gekommen war. Aber schon im 14. Jahrhunderte fängt an der Sieg sich auf die Seite von Brunn zu neigen, als die Markgrafen des Landes seit Carl ihre Residenz in der Burg auf dem Spielberge aufschlugen, bis mit Jobst dem Bärtigen, welchen der Tod

¹⁾ Dieser ausgebreitete Einfluß von Brunn in Rechtsangelegenheiten schreibt sich daher, daß die Provinz und Stadt Brunn schon im frühen Alterthume ihre eigenen Gesetze erhielten, welche, wie das iglauer Bergrecht, in weitem Umkreise Annahme fanden.

Nicht nur die Provinz Brunn, der westliche Theil des Landes, erfreute sich schon vor nahe acht Jahrhunderten geschriebener Gesetze des Fürsten Conrad, welche mit den Zuwächsen späterer Zeit König Přemisl Ottokar in das brünner Stadt- und Landrecht zusammenfaßte (1229) und Herzog Ulrich von Rärathen seinem Fürstenthume Lunenburg (Theilen des jetzigen brünner und hradscher Kreises) vorzeichnete (1237); auch die Stadt Brunn hatte seit ihrem Ursprunge eigene Gewohnheiten und Rechte, welche König Wenzel in die brünner Stadtrechte zusammen trug (1243). Diese erlangten einen so weiten Kreis der Anwendung und solche Berühmtheit, daß sie nicht nebenbürtige Kampfgenossen des magdeburger Rechtes wurden.

Nicht auf Mähren bloß beschränkte sich ihr wohlthätiges Einwirken, auch im Schwesterlande, auf deutscher und magyarischer Erde, in Böhmen, Schlessen, Oesterreich und Ungarn wurden sie gebraucht und geliebt. Selbst Prag, des Reiches glänzende und mächtige Hauptstadt, nahm die fremdliche Gabe an. Nur die Rivalin Olmütz verschmähte sie und hielt sich an das magdeburger Recht, welches sie von den Städtchen M. Reustadt und Freudenthal zu entlehnen vorzog.

Der brünner Schöppen-Stuhl, ein Areopag weit ausgebehnten Landes, sanfte seine Rechte, Urtheile und Belehrungen bis in das 17. Jahrhundert aus. Noch bewahrt das Stadtarchiv eine Sammlung derselben vom J. 1471 — 1616. Dieser Appellhof und das brünner Municipalrecht, zwischen 1350 und 1360 in einen Codex zusammengefaßt, welcher durch Jahrhunderte die Stelle eines Gesetzbuches vertrat, verloren erst ihre Wirksamkeit, als Kaiser Leopold die böhmischen Stadtrechte als allgemeine Norm für den Bürgerstand in Mähren erklärte (1697) und der Appellationszug bleibend seine Richtung nach Prag an die Appellationskammer nahm.

noch vor der wirklichen Besteigung des ihm durch Wahl zugefallenen deutschen Kaiserthrones hinwegnahm, die Reihe der eigenen Landesfürsten sich für immer schloß (1333 — 1411).

Im Kreise um die Stadt erwuchsen Vorstädte, über deren Entstehen bisher wenig bekannt ist. Im Allgemeinen zu bemerken ist die merkwürdige Bestimmung Königs Ottokar's, in welcher er die Gerichtsbarkeit der Stadt, über die Vorstädte und die dort verschiedenen Herrschaften unterthänigen Einwohner erweiterte, damit jene alte, aber schädliche Gewohnheit, nach der kein einem Baron oder jemanden Anderem unterthäniger Mensch in der Stadt gestraft werden könne, ein Ende nehme und jeder Verbrecher in der Stadt oder in den Vorstädten die ganze Schärfe der Gesetze erfahre; doch sollten die von den Parteien zu entrichtenden Strafgeelder nicht dem Stadtrichter, sondern ihren Herren zufallen, als wären sie von diesen oder ihren Richtern verurtheilt worden (ddo. Znoymae 5. Cal. Junii 1276, in meiner Geschichte von Brünn S. 61, Voček's codex IV. 175). König Johann befohl (Znoymae Non. Apr. 1325), daß die zum Bisthum Olmütz gehörigen Einwohner, welche sich eine Unabhängigkeit und Marktfreiheit angemacht hatten, auch unter den Gesetzen der Stadt stehen sollen und der Landeshauptmann Sorge trage, daß den Leuten, welche sich in Brünn niederlassen wollten, die Ansiedlung erleichtert werde (Meine Gesch. v. Brünn S. 103, codex dipl. VI. 219). Als der welehrader Abt im Auftrage des olmüzer Bischofs 1293 die streitigen Gränzen zwischen der alten Pfarre St. Peter und der neuen St. Jakob festsetzte, ließ er es rücksichtlich der Vorstädte bei der alten Einrichtung verbleiben (Meine Gesch. von Brünn S. 81—84, Voček IV. 405).

Wohl die älteste der Vorstädte, der Kern der brünner Bevölkerung, mag Altbrünn sein. Es soll unter dem Namen Luže oder Kaluže (Sumpfsgrund) schon 884 zur St. Peterskirche gehört haben, wurde 1052 als Dorf dieses Namens verpflichtet, gewisse Abgaben an die neue Collegiatkirche in Bunzlau zu entrichten, kam um 1199 theilweise an das neue Kloster-Stift Welehrad und erscheint seit 1247 unter seinem bermaligen Namen (antiqua Bruna, burgus, qui antiqua Bruna dicitur. Voček III. 67, 134, 179, IV. 409), nachdem sich die neue Stadt ansehnlich erweitert hatte und das eigentliche Brünn wurde. Als die Königin Elisabeth ein Cistercienser-Nonnen-Kloster in Altbrünn stiftete (1323), überließ sie demselben die Marien-Pfarrkirche daselbst, welche König Johann vom Kloster Kanitz eingetauscht und ihr überlassen hatte, so wie auch das Patronat über die St. Prokops- und die St. Wenzels-Kirche in Altbrünn, welches sie gleichfalls von Johann erworben. Das Kloster kaufte (1345) vom Stifte Welehrad auch dessen Acker, Weinberge, Gärten und Gärtlein und die jährlichen Zinsungen in und von Altbrünn und begründete obrigkeitliche Rechte über dasselbe, welche bis in die 2. Hälfte des vorigen Jahrhunderts zu heftigen Streitigkeiten führten. Für die Bedeutung von Altbrünn spricht, daß es nebst diesen drei Kirchen noch das alte Kirchlein St. Anna am Walde, an

dessen Stelle das neue Kloster kam, die Spitäler St. Anton und St. Johann mit dem Kreuzhose der Johanniter-Ritter u. a. hatte (Meine Gesch. v. Brünn S. 87 — 95, Wolny II. 113 — 116, 130).

In der Nähe des letzteren, im Königsgarten, erhob sich das vom Könige Johann, seiner Gemahlin Elisabeth und der Familie Lomniß (1312—1317) reichlich gestiftete Kloster der Dominikanerinnen bei St. Anna. Ober demselben stand seit früherer Zeit die Kirche aller Heiligen in der vorderen und Lothenberg genannten Vorstadt, einem Theile der jetzigen Bädergasse.

Die Vorstadt Zeil (in lat. Urkunden Ponavia) muß schon zu Anfang des 14. Jahrhunderts ausgebreitet gewesen sein, da sie 1315 wenigstens 3 Bäder hatte, und gehörte schon damals und bis in die neueste Zeit zur Pfarrei St. Peter in Brünn (Meine Gesch. v. Brünn S. 95—97).

Die Mühle Rablaß kommt schon 1240, Dörnroßl (Durendressel), Dornich (Dornach) und die Kröna (Krenaw vulgo Schulla) im 14. Jahrhunderte urkundlich vor.

Die (kleine) Neugasse bestand schon 1424 (Meine Gesch. v. Brünn S. 98, 111, 121—123).

Wertwürdige Aufschlüsse über den Bestand, die Bevölkerung und Steuerzahlung der Stadt und Vorstädte geben die bis in das 14. Jahrhundert zurückreichenden alten Stadtbücher. Nach denselben war die Stadt schon im J. 1343 in 4 Vierteln getheilt und dasselbe auch bei den (wahrscheinlich nur den zur Stadt gehörigen und dahin mitsteuernden) Vorstädten der Fall. Die nachfolgende Uebersicht gibt die Namen, die Zahl der Familien, die Größe der städtischen Steuer:

a. in der Stadt:

	Familien	Steuer	
Brünner Viertel	139	302 Mark	2 Groschen,
Gröblicher „	139	249 „	— „
Renner „	144	244 „	— „
Mönicher „	111	337 „ 5 Fertonen	2 „
zus.	533	1132 Mark 5 Fertonen	4 Groschen.

b. Vorstädte:

	Familien	Steuer	
1 Viertel (ohne Namen)	117	41 Mark 3 Loth	
inter cordones (Handwerker)	70	22 „ — „	
super Anger	64	22 „ — „	1 Fert.
vor dem Rennerthor . . .	78	— „ — „	— „
zus.	329	85 Mark 3 Loth	1 Fert.

Mit Einrechnung der Handwerker, welche eigends besteuert waren, betrug die Bürgersteuer im Jahre 1343: 1400 Mark 1 Ferto und 7 Groschen (1344 nur 932, 1345: 806, 1346: 738, 1347: 842, 1354: 586, 1356 nur 542, 1357 wieder 770 Mark).

1343 werden auch die Gassen „Hertina,“ die „Heinrichs- und Schwabengasse,“ so wie die „Ellends-Ansiedlung,“ 1344 der „Rambhof“ mit seinen Armen, „Böhmergasse“ gleichfalls mit Armen, so auch der „Pferdemarkt,“ „Bonagasse,“ angegebene Arme „unter dem Spielberg“ erwähnt. Außer diesen kommen noch mehrere andere Gassen in- und außerhalb der Stadt urkundlich vor; so z. B. Leder-gasse, Grillowitz, Rothgasse, Zeil vulgo Pönavia und Kröna vulgo Schutta, welche insgesammt im Beginn des 15. Jahrhunderts unter die uralten Besitzungen der Propstei bei St. Peter gezählt werden. Im 15. Jahrhunderte waren auf der Schwabengasse Wein- und da, wie auf der Neugasse viele Saffrangärten. Obwohl im Jahre 1420 aus Furcht vor einer Belagerung durch die Hussiten einige Vorstadtgassen abgebrannt wurden, werden doch im J. 1462 nebst den meisten oben genannten noch folgende erwähnt: Handwerker-gasse, Bonagasse (Zeil), auf der Leck, Hartlgasse, Burgweggasse, fundus domini O. O. Sanctorum (Allerheiligen), Hottergasse und die Neugasse, diese jedoch nur mit 2 Häusern (Bolny II. 92—93).

Eifersüchtig auf die Erhaltung des Bürgerthums und des Zunftmonopols bewirkten 1524 der Bürgermeister und die Geschwornen Brünns vom Könige Ludwig die Bewilligung, alle Handwerksleute von fremdem Grund und Boden, welche sich in den Vorstädten niederlassen, wegzurufen und ihrem eigentlichen Grundherrn oder Richter anzuzeigen, welcher, wie der Älteste (der Handwerker) 200 Schock Groschen, zur Hälfte an die Kammer und die Stadt, zahlen sollen, wenn sie diese Befreiung nicht beachten (Meine Gesch. v. Brunn S. 161).

Schon der elegante ungarische Geschichtschreiber Bonfin (+ 1502) hatte von Brunn gerühmt, „dieses Haupt unter Mährens Städten, durch einen doppelten Graben und Mauern befestigt, strahle durch seine herrlichen Gebäude, die Menge der daselbst befindlichen Kaufleute und den Reichthum seiner Einwohner vor allen hervor.“ Es war die Zeit, wo seine Kunstdenkmäler, das neue Rathhaus, die Jakobskirche, das grüne (Juden-) Thor entstanden.

Gegen das Ende des 16. Jahrhunderts dehnte sich nach dem Zeugnisse Jordan's, des ersten mährischen Protomedikus, Brunn in weiten langen Vorstädten nach allen Seiten aus. Klöster, voll Pracht, weit gerühmt durch der Markgrafen und der Edlen des Landes alte schimmernde Denkmale, Frucht- und Lustgärten und schöne Häuser bedeckten ununterbrochen das Land einige Tausend Schritte fern. Der so fruchtbare Boden und die dadurch so leichte Befriedigung der Bedürfnisse machte, daß das Volk, entwöhnt mühevoller, härterer, aber auch kräftiger Arbeit, sich den Lüste, Trunk und Leidenschaft hingab ohne Maß. Reichliche Quelle gaben zu allen Lastern die häufigen Schmaus-

und Trintgelage, die öffentlichen Belustigungsorter, wo Tanz und Mummerei vor Allem herrschten, und die Bäder. Dafür schlen des Himmels Strafe in jeglicher Art zu folgen. Binnen wenigen Jahren (1558, 1571 und 1584) raffte eine uns unbekannte Geißel, die Pest, 11,000 Menschen, ehe dem Lande noch unbekannte Luftseuche (*morbis brunogallicus*, 1577) eine zahllose Menge weg (Meine Gesch. v. Brünn S. 161, 173 — 175). Noch schrecklicher wurde die Rebellion des auf eine polnische oder venetianische Adelsrepublik abzielenden protestantischen Adels, in welchen sich die k. Städte kopflos mit hinreißen ließen, und der daraus hervorgegangene dreißigjährige Krieg (1618 — 1648), welcher die alte Cultur brach, die Ländel verödete und auf weit über ein Jahrhundert zurücksetzte.

Aber mitten in diesen Gräueln entschied sich für immer das Uebergewicht von Brünn über das gänzlich herabgekommene Olmütz. Hatte es auch aufgehört, der Sitz eigener Landesherren zu sein, so hatte es doch für den Westen des Landes seine alte Landtafel und Landrechte, wie Olmütz jene für den Osten, behalten und schon voraus, daß hier gewöhnlich die Landtage gehalten wurden. Ein entschiedenes Uebergewicht gewann es aber, nachdem hier ein k. Tribunal, als Landesregierung, errichtet (1636), nach einem kurzen Aufenthalte in Olmütz, wieder (1641) nach Brünn übertragen wurde und sich daselbst gegen alle Versuche der ersteren, durch die Schweden und Belagerungen ruinirten Stadt während des ganzen 17. Jahrhunderts fortan standhaft behauptete, als die Landrechte und Landtafeln vereint (1642) und, wie die Landtage, stets in Brünn gehalten wurden.

Die beiden Ferdinande, den 2. und 3., die Geber dieses köstlichen Schazes, preiset Brünn als die ersten Schöpfer seines Glückes und seiner Größe, wofür sie mit Begeisterung das Blut ihrer Bürger und Jugend einsetzte, als der Kaiser vor dem Siegeszuge Torstensohns und Rakoczyn's nicht mehr in seiner Burg zu Wien sicher war. Die Fixirung der Landesverwaltung in Brünn zog nicht nur den Adel dahin; an sie reihten sich auch im Verfolge der Zeit alle die administrativen Schöpfungen, welche die Ausbildung der neuen Regierungskunst und die Bedürfnisse einer vorgerückteren Civilisation hervorriefen.

Der dreißigjährige Krieg schlug den k. Städten Mährens überhaupt die tiefsten Wunden. Die Bevölkerung von Olmütz sank von 30,000 auf 1675 Menschen, in Jglau von 13000 auf 299 ansässige Bürger sammt Frauen und Gesinde herab. Znaim, das durch die Pest (1646) bei 6000 Personen verloren haben soll, wurde fast ganz öde. M. Neustadt schmolz auf 963 Einwohner, Gana hatte noch 1668 in der Stadt nur 43 bewohnte und 4 öde Häuser (S. d. Culturfortsch. in M. und Schl. S. 4). Die kais. Städte Mährens waren 1624, wie Kaiser Ferdinand II. selbst aussprach, mit stets wählender Einquartirung des Militärs so „ausgemergelt und gepreßt“ auch jetzt insbesondere so bestraft worden, daß er sie mit weiterer Bestrafung verschonte, damit sie die große Schuldenlast, in welche sie durch das vergangene Unwesen gerathen,

wieder etwas erleichtern und abtragen, sich besser erholen könnten und zu seinem eigenen Schaden nicht gänzlich ruinirt werden (Rescript 19. Dez. 1624). Und doch war dies erst am Anfange der Gräu!.

In Brunn trat die Pest 1619, 1622, 1625, 1643 verheerend auf, verbrannten die wilden Schaaren der Walachen und Tataren des siebenbürger Fürsten und ungarischen Kronprätendenten Bethlen Gabor 1623 die Vorstädte, gab die Gemeinde nur in den Jahren 1621, 1622, 1623 und 1624 in seiner Majestät höchst nöthigen Angelegenheiten, für die hohen Minister, den Gubernator, die Generale und Obercommissarien, größtentheils aber auf die einquartirten Regimenter und die hin- und hergezogenen kais. Soldaten an baarem Gelde über 540,000 Gulden aus, wobei die Exactionen, Gelderpressungen, Service und andere Unterhaltsbeiträge, welche die Bürgerschaft mit vielen Tausend Gulden reichlich und überflüssig reichen mußte, noch in keinem Anschlage waren. Die Stadt sank in eine tiefe Schuldenlast. Daß es Sitz der Landesverwaltung, die Hauptstadt des Landes ¹⁾ wurde, erhöhte wohl den Glanz seines Namens, hob das Gefühl der Bevölkerung, in welchem es der Stadtrath als regnum, Marchionum Sedes, nunc Regii regiminis domicilium, Pastorum Provinciae Castos, theatrum Nobilium et mater Religiosorum pries. Aber die Folgen entwickelten sich erst allmählig mit der mehr und mehr zunehmenden Ausbreitung der staatlichen Verwaltung (S. meine Schrift: Die Schweden vor Brunn S. 17 — 27), während die Bedrängnisse fortwährten und sich verheerend entluden. Die Blokade (1643) und die Belagerung Brunn's durch die Schweden (1645) fügten demselben innen und außen den größten Schaden zu. Zum Schutze der Stadt schleppten die Vertheidiger die Vorstädte, oder es zerstörte sie der Feind; sie waren mit schönen Gebäuden und den angenehmsten Gärten erfüllt gewesen, hatten sich weit und breit ausgedehnt (Plan in Zeiler's Topographie von Mähren, Frankfurt 1650, S. 92, Plan der Stadt und der Umgebung zur Zeit der schwed. Belagerung von Benno Beyer und Hans Jörg Zeiser, 1845 calcographirt, Pessina, Mars Moravicus, Pragae 1677, p. 68). Mehrere der in jenen Tagen zerstörten brünner Vorstädte erhoben sich später wieder aus ihren Ruinen, wie die Kröna, Zeil, Neustift, Dörnroßel, Dornich, Altbrunn u. a., andere verschwanden aber auf immer, wie die Hartmuka, Futtergasse u. a., wie auch die Klöster und Kirchen der Kapuciner vor dem münicher, der Franziskaner und Franziskanerinnen vor dem Judenthore, die Kirche Allerheiligen am Lochen- oder Seilerberge (Die Schweden vor Brunn, Brunn 1845. Die Belagerung von Brunn durch die Schweden, von Koller, Brunn 1845).

¹⁾ Die Eifersucht und der Rangstreit zwischen Olmütz und Brunn dauerte aber so ungeschwächt fort, daß ersteres Einsprache machte, als Brunn in einem (Special-) Rescripte vom 10. April 1762 und in dem Hsdt. vom 19. Juni 1762 eine Hauptstadt genannt wurde, und durch Belassung des gleichen Titels beruhigt werden mußte; doch ist Olmütz nur eine Honorar- oder Titular-Hauptstadt (Hsdt. 15. Juli 1819, Laßke II. 9).

In den nächsten hundert Jahren, während welchen die vielen Kriege nur von fern tobten, erholte sich Brünn wieder etwas, obwohl langsam, da der Handel fast vernichtet war und durch die nun stets mehr eintretenden Beschränkungen gelähmt wurde. Es äußerten nun aber doch die Vortheile, welche der Sitz der Regierung gewährte, ihre Wirkung.

Man schilderte Brünn schon früher der Stadt Olmütz an Schönheit, Größe und hohem Adel nicht ungleich, später aber als weit vorzüglicher, mit Früchten, Wein, Obst, Gütern, Geld und Reichthum sehr versehen und begabt (*Thaumaturga Brunensis* S. 64).

Ein anderer Zeitgenosse rühmte, Brünn habe seit Ueberführung der Landesregierung von Olmütz nach Brünn (1642), der Haltung der Landrechte und Landtage daselbst viel an Ansehen und Aufnahme gewonnen. Sie zähle viele dem landständischen Adel gehörige Gebäude und an niedlichen Bürgerhäusern fehle es nicht. Außer Altbrünn habe die Stadt andere hübsche und volkreiche Vorstädte. Angenehme Gärten und auf einer Seite Weinberge umgeben die durch Mauern und die Festung Spielberg stark befestigte Stadt (*Spalowsky, hebdomas gemino luminari — Joanne Nep. et Sarcando — illustrata, 1721, p. 125. S. auch Stredowsky sacra Mor. hist., Solisbaci 1710, p. 27, welcher aber Brünn nennt post Olomucium secunda et prae caeteris prima, Illustrissima et florentissima hodie manet. S. auch Dalbert's Sarcander S. 125).*

Die Bevölkerung von Brünn und in Mähren überhaupt hatte so zugenommen, daß der fleißige wehrader Chronist Hirschmengel († 1703) zum J. 1700 versichert, Brünn habe, als er vor 50 Jahren dort studirt, die Männer nur nach Hunderten schätzen können, während es nun mit den Vorstädten bei 9000 Bewaffnete (Waffenfähige?) zähle. Dennoch weist auch er Brünn nach Olmütz nur den zweiten Platz in Mähren an, da es Olmütz wohl an Bevölkerung aber nicht an Ausdehnung gleichkomme (*Dudik, Mährens Geschichtsquellen I. 83, 106).*

Die Preußenkriege änderten dieses Verhältniß zu Gunsten von Brünn. Denn Olmütz kam durch sie und die Umwandlung in eine Hauptfestung um einen guten Theil seiner Vorstädte. Auch Brünn verlor zwar viel, nämlich unmittelbar vor der Blokade (1742) einen ansehnlichen Theil seiner Vorstädte, indem die Hackelgasse am Fusse des Spielberges gegen das fröhliche Thor, die Fischeggasse vor dem brünner Thore, 14 Häuser von der Zeil und überhaupt in den zunächst gelegenen Vorstadtgassen viele Häuser und Gebäude rasirt und im Grunde abgerissen wurden; da jedoch in Brünn die fortifikatorischen Rücksichten nicht so streng vormalteten, war die Möglichkeit geboten, das Verlorene zu ersetzen.

Die Zahl der Häuser innerhalb der Stadtmauern und unter der Magistratsjurisdiktion wurde in früherer Zeit auf 443 in 4 Vierteln (im 1. 97, 2: 180, 3: 112, 4: 104), die Zahl der Kamme auf 1,310 (in Olmütz 1,239, Jglau 1,196, Znaim 842, Pradisch 310, Neustadt 277, Gava 171), angegeben.

Nach einer anderen Angabe hatte Brünn 574 Häuser (Olmutz 700, Znaim 429, Jglau 550, Neustadt 205, Gradiſch 148, Gaja 151), deren letzter Kaufschillingſwerth nach den Stadtbüchern mit 1,383,168 fl. 35 kr. erhoben und hiernach die Vermögenssteuer mit 3,458 fl. 8³/₁₁ kr. bemessen wurde.

Mehr Licht kam in die Kenntniß von den Bevölkerungs-Zuständen durch die Einführung der jährlichen Conſcription der Menschen (20. Nov. 1762) und des Viehes, wie die Häuser-Nummerirung (19. Juli 1770).

Bei der (ersten) allgemeinen Volkszählung im J. 1770 fand man in der Stadt Brünn, dann den Vorstädten: Markt Altbrünn, Neustift, Dörnröſſel, Bädens- und Kreuzgasse, große und kleine Kröna, Zeil ſammt Obrowitz, große und kleine Neugasse und Schwabengasse alte, mittelmäßige, junge und kleine annoch die Muttermilch ſaugende Kinder in Summa 14,972 Seelen (St. Thomaser Annalen, M. S.).

Brünn hatte ſich nicht heben können, ſo lange es in den Banden des Klein-Gewerbes und Zunft-Zwanges ſtillſtand; es erhob ſich erſt, als unter dem Schutze der neuen immer mehr die Einfuhr aus der Fremde beſchränkenden Zollgeſetzgebung ſeine Groß-Industrie entſtand, Fabriken aufkamen und ſich mit überraschender Schnelligkeit ſtets mehr ausbreiteten. Von der Zeit an, wo die Regierung eine Tabak-, die erſte Tuch-Fabrik auf der großen Neugasse (1764 — 1766) und eine k. k. priv. Plüsch- und Wollenzeug-Fabrik auf der Schwabengasse (1767), der erſte Private (Wilhelm Mundi 1780) aber eine Tuchfabrik errichtete, bis 1805 waren wichtige Färbereien, 14 große Feintuch- und Caſimir-Fabriken, von welchen manche damal bei dem Mangel an Maſchinen Tausende von Menschen beſchäftigte, 1 türkiſche Kappen-, 1 Wollen- und Harraſband- und 1 Seidenfabrik, anſehnliche Fohrgärbereien aufgetommen, hatten ſich die Jahrmärkte zu Meſſen ausgebildet (patriot. Tagebl. 1805 S. 401).

Dieſes Aufblühen der Industrie, welches bis zu dem großen Wendepunkte nach dem Eintritte des Friedens noch mehr zunahm (S. meine Schrift: Die Cultur-Fortſchritte in M. und Schl. S. 111 ff), mußte auf den Bevölkerungsſtand von Brünn den entſcheidendſten Einfluß üben.

Nach der Zählung vom J. 1786 enthielt die Stadt an ſich 554 Häuser (von denen 16 den ſogenannten Petersberg oder Dom ausmachten), 2027 Familien und, ohne das Militär, 8551 Bewohner (davon 200 Adelige und 155 Geiſtliche), in den Vorstädten aber (mit den zum Polizeibereiche gezogenen Ortschaften Obrowitz, Rumrowitz, Klein-Mariazell und Petersburggasse) 745 Häuser, 2606 chriſtliche, 30 jüdiſche Familien und in allen 10,460 Bewohner, zuſammen daher 1299 Häuser, 4663 Familien und 19011 Bewohner (Schwoy, Topographie von Mähren, Wien 1793, 2. B. S. 10) ¹⁾.

¹⁾ In dem von Schwoy 1789 herausgegebenen mähr. Magazin ſind S. 1 — 33, 127 — 141 die Ortschaften des brünner Kreiſes nach ihrer Eigenschaft, Häuserzahl, Bevölkerung und ihren Beſitzern mit Ende Oktober 1788 angegeben. Schmidt (Brünn und ſeine Um-

Im Jahre 1791 zählte man in der Stadt 557 Häuser, 1973 Familien und 8829 Seelen (darunter 212 Adelige, 127 Geistliche, 562 Bürger und 21 Juden), in den Vorstädten (ohne den für sich kontribuirten Markt Altbrunn) 888 Häuser, 2759 Familien und 11,488 Seelen (darunter 27 Adelige, 19 Geistliche, 334 Bürger und 126 Juden), zusammen 1445 Häuser, 4732 Familien und 20,317 Seelen (darunter 239 Adelige, 146 Geistliche, 896 Bürger und 147 Juden) und mit Altbrunn (nach Schwoy II. 40 mit 197 H., 464 F. und 2497 S.) im Ganzen 1642 Häuser, 5196 Familien und 22,814 Seelen ¹⁾.

gebungen, Brunn 1835, S. 50) hat daraus die Zahl der Häuser (1428) und Bewohner (11,582 männl., 12329 weibl., zus. 23,911) zusammengestellt, dabei aber den Spielberg, Rumrowitz und Mariazell, welche damals zu Brunn kontribuirten waren, übersehen, mit deren Berechnung 1532 Häuser und 24510 heraus kämen, was offenbar zu viel wäre, da noch die Josephstadt und die Grabengasse (wenigstens nicht namentlich) in diesen Nachweisungen nicht enthalten sind. Uebrigens kann wohl die Angabe von 70 Häusern und 1721 Bewohnern bei dem Kreuzhofe und der Kreuzgasse zusammen nicht genau sein. Wahrscheinlich wird die Differenz auf der Aufnahme oder Auslassung der abwesenden Einheimischen und anwesenden Fremden oder Anderem beruhen.

- ¹⁾ Schwoy II. 10 gibt für 1791 in der Stadt 1891 Familien, 8930 Seelen (darunter nur 15 Juden), dann nicht alle Vorstädte (nämlich nur Altbrunn mit der Kreuz- und Bädengasse, Straßengasse, großen und kleinen Neugasse, Grabengasse, Josephgasse, Kröna, Zeil, Rablas, Dörrbüchel, Neustift und Schwabengasse) und, abweichend von seinen größeren Nachweisungen des Jahres 1788, nur 717 Häuser, 2498 Familien und 9807 Bewohner an; insbesondere in dem eigentlichen Altbrunn sammt der Kreuz- und Bädengasse nur 152 Häuser und 2427 Bewohner, während im J. 1788 Altbrunn 172 Häuser und 2497 Bewohner, die Bädengasse 100 Häuser und 1842 Bewohner, der Kreuzhof und die Kreuzgasse 70 H. und 1721 B. gehabt haben sollen.

Die im Texte für 1791 aufgenommenen Angaben für die Stadt und Vorstädte (ohne Altbrunn) sind entnommen der summarischen Tabelle über den erhobenen Populations- und Viehstand, wie solcher mit Ende April 1791 vom Regimente Wallis bejehoben worden. Dieselbe stimmt aber auch nicht mit dem Verzeichnisse der a. 1791 revidirten Ortschaften überein, welches die Volksmenge in den Vorstädten (ohne Altbrunn) mit 11,797 Seelen angibt, nämlich große Bädengasse, Kreuzgasse und St. Anna-Grund 2268, Straßengasse 179, große Neugasse 1437, Josephstadt 353, Grabengasse 542, kleine Neugasse 448, Kröna 1231, Spielberg 443, Rumrowitz 188, Klein-Mariazell 304, Petersburggasse 216, Petersgasse 54, Dörrbüchel 369, Neustift 691, Schwabengasse 543, Zeil 1625, Obrowitz 567, Rablas 189 mit 163 Pferden, 4 Maierhöfen (1 bei dem Kreuzhofe, 2 kleine Neugasse, 1 Obrowitz), 433 Häusern von Bürgern und 395 von Gärtnern und Händlern, 3197 Stuben, 85 Stallungen und 46 Scheuern, in welchen in Kriegszeiten 19343 Mann in Stuben, 838 Pferde in Stallungen und 451 Pferde in Scheuern unterbracht werden können, endlich mit einer Fehlung von 3435 herr. Mezen Korn, 1986 M. Gerste und 725 Centner Heu.

Nach diesem Verzeichnisse wurden vom Jahre 1779 an bis 1791 neue Häuser gebaut: auf der Bäden- und Kreuzgasse 14, großen Neugasse 40, Grabengasse 47, Kröna 3, Mariazell 2, Dörrbüchel 4, Neustift 13, Schwabengasse 2, Zeil 11, wurde die Straßengasse 1782 angefangen zu bauen, die Josephstadt seit 1788 erbaut, im städt. Maierhofe auf der kleinen Neugasse 1786 zwei Kuhstallungen eingerissen und 4 Wohnungen für böhmische Aufsiebler erbaut.

Bis an das Ende des 18. Jahrhunderts, nämlich nach der Conscriptions-Revision des Jahres 1797, war die Bevölkerung von Brünn in seinem damaligen Polizeibereiche erst auf 23191 Seelen angewachsen.

Da diese Nachweisung die erste (in meinem Besitze) ist, welche den Populations-Stand ganz und verlässlich zeigt, wollen wir sie hier mittheilen:

Dasselbe Verzeichniß macht auch die beträchtlichen Aenderungen ersichtlich, welche damals in den Vorstädten vor sich gingen. Des Zusammenhanges wegen wollen wir sie gleich hier anführen. Es wurde das Kloster St. Anna sammt der Kirche 1788 in ein Armen-Versorgungs- (Kranken-) und Findelhaus umgebaut, das 1784 aufgehobene Prämonstratenser-Kloster zu Obrowitz 1786 in ein Militär-Spital verwandelt, die Kloster-Kirche zur Pfarrkirche gemacht, in der alten Pfarrkirche St. Kunigunde Bettfournituren untergebracht, das Gemeinde-Kirchlein St. Anna auf der Zeil 1790 in ein Schulhaus umgebaut, die Faberi-Kapelle bei der kleinen Neugasse 1789 in ein Mauthhaus verwandelt, das sogenannte Klein-Mariazeller Kirchel 1788 vom Grunde aus rasirt, aus Nr. 18 in Rumrowitz 1789 eine Pfarre, auf der Neustift unter Nr. 84 im Jahre 1788 ein neues Schulhaus, 1786 aus dem Waisen- ein Zucht- (Straf-) Haus, auf der Kröna 1786 aus dem gewesenen Bürgerspitale und Lazareth eine (Harras-) Band-Fabrik (des Leopold Schulz) und 1786 aus dem gewesenen Militär-Spitale ein Siechenhaus, aus Nr. 78 im Jahre 1787 eine Fabrik und auf derselben Gasse 1788 eine jüdische Synagog, in Obrowitz 1780 aus Nr. 82 die mündliche Fabrik und 1782 eine steinerne Brücke über den Fluß Zwittawa gebaut, auf der großen Neugasse 1785 eine neue Ziegelschütte angelegt und 1789 das beim Eingange rechts gestandene Mauthhäusl eingerissen und auf den Graben überseht, 1782 (richtig 1787) aus dem ehemaligen Jesuiten-Carlschofe der Augarten angelegt, 1782 der sogenannte Magistrats-Teich am Augarten gegen Rathhaus und der sogenannte Gotter-Teich am Graben links aufgelassen, 1788 der Graben durch den Augarten erweitert, 1785 von der Schwabengasse an quer der kleinen Neugasse ein Wassergraben in den Teich gemacht, 1787 das Gericht- und Kopfhäusl bei der Kröna weggerissen, 1783 die Felder des herrschaftlichen Maierhofes in Rumrowitz an die Bauern vertheilt, das Gebäude aber an den aus Nr. 17 wohnenden Bauer verkauft, endlich 1783 unweit der Ziegelscheuer bei Obrowitz ein neuer mit Planken umgebener Friedhof angelegt, der alte bei der Pfarrkirche aber später in einen Garten umgestaltet.

Bekannt ist übrigens, daß in Altbrünn das Cistercienser-Kloster 1782 aufgehoben und in dasselbe die Augustiner aus der Stadt überseht, daselbst die Pfarrkirche eingerichtet und sofort (1788) die St. Protops- und die St. Wenzels-Kirche entweiht, die erstere bald nachher, die andere 1794 abgetragen wurde.

Weniger umgestaltend waren die Aenderungen dieser Zeit in der Stadt. Nach einem andern Verzeichnisse, wohl auch von 1791, waren in derselben (mit 9,584 Einwohnern und 370 Pferden) seit 1779 nur 5 Häuser zugewachsen, wurden die Klöster der Franziskaner und Dominikaner aufgehoben, ein Theil des ersteren für die Wohnung des Pfarrers der Kröna, der andere Theil für die Oekonomie, das Jesuiten-Collegium 1779 zur Grenadier-Kaserne, das Kloster St. Thomas (1788) zum Gubernialhause umgeschaffen, aus diesem (dem alten Landhause) die Militär-Oekonomie errichtet und derselben die (1786) aufgehobenen Kirchen Cyrill und Method, dann Nikolai als Depots zugewiesen, die Moriz-Kirche 1788 zur Hälfte eingerissen und aus der anderen Hälfte ein Kirchen-Depot gemacht, die Barbara-Kirche 1789 aufgehoben und völlig ausgeräumt, aus der ständischen Reitschule ein evangelisches Bethhaus, 1789 die Brücke zum neuen Thore gebaut.

U n t e r s u c h u n g
über den — über die im April 1797, bei der Stadt Rinn und derselben Vorständen vorgenommene Conscriptio-Reson, zu
Land gebachten Summar.

	Zahl der		G e s a m m t										das weibliche Geschlecht		Summa der Christen		Summa		Summa	
	Häuser	Christliche	Jüdische	Geistliche	Abelige	Beamte	Bürger	Bauern	Erben	Künstler	Einheimische	Nachwuchs			Summa	verheirathete	ledige	weibl. Geschlecht	Summa	der ganzen Population
Stadt Rinn	561	1703	1	92	185	463	524	—	282	1149	21	689	5175	8580	1	4	7	12	8592	
Grubengasse	100	416	—	—	—	15	89	—	43	27	12	226	911	1567	—	—	—	—	1567	
Straßengasse	24	44	—	—	—	—	4	—	—	48	—	34	101	190	—	—	—	—	190	
Faderwie	13	35	1	—	—	—	9	—	4	27	2	20	82	144	1	1	4	6	150	
Reugasse	17	92	—	—	—	4	44	—	3	67	4	49	200	341	—	—	—	—	341	
St. Annagumb	25	42	—	—	—	5	5	—	2	88	1	49	193	343	—	—	—	—	343	
Große Reugasse	76	372	—	4	—	23	40	—	21	292	9	284	839	1512	—	—	—	—	1512	
Josefshof	47	131	—	—	—	2	8	—	5	127	8	121	314	585	—	—	—	—	585	
Grubengasse	65	151	—	1	3	2	8	—	8	125	4	135	346	632	—	—	—	—	632	
Reine Reugasse	22	110	—	—	—	3	9	4	8	100	4	79	271	478	—	—	—	—	478	
Graben Renna	99	261	17	2	—	10	53	—	30	234	5	135	617	1086	15	24	54	93	1179	
Schubengasse	28	142	—	1	2	4	7	—	3	101	—	87	362	567	—	—	—	—	567	
Spielberg	10	25	2	1	3	—	1	—	—	220	—	11	114	350	4	10	—	14	364	
Gesamt	1077	3524	21	101	193	531	771	4	412	2849	70	1919	9525	16375	21	39	65	125	16500	

	Sahl der		G e b i r t e n										Z u d e n		Summa		ber ganzen Population		
	Käufer	Familien	M a n n l i c h										berbeitende	ledige	weibl. Gefährte	Summa	ber ganzen Population		
			Christliche	Jüdische	Geistliche	Witliche	Beamtete	Militäre	Bauern	Gärten	Fährer	Einheimische						Nachwuchs	
Uebersatz	1077	3524	21	101	193	531	771	4	412	2849	70	1919	9523	16375	21	39	65	125	16500
Rumrowitz	40	40	—	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	188
Klein Mariage	54	66	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	306
Petersburggasse	19	52	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	236
Petersgasse	5	15	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	59
Waffen Zeil	82	409	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1721
Dorowitz	46	132	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	575
Radlas	11	45	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	162
Dornrögel	47	89	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	399
Neufst	88	179	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	743
Mitbrunn	189	531	4	34	2	16	91	1	54	374	12	372	1143	2072	5	7	18	30	2102
Wienergasse	43	46	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	200
Summa	1701	5138	26	141	199	567	933	183	633	4090	103	3080	13127	23029	27	48	87	162	23191

Für das Jahr 1798 wird die Bevölkerung Brünns in folgender Weise angegeben (patriot. Tageblatt 1801 S. 946) Stadt 9826, Altbrunn 2497, Bädengasse 1842, Kreuzgasse 1721, große Neugasse 1686, kleine Neugasse 474, Zeil 1496, Kröna 1306, Neustift 744, Schwabengasse 643, Dörrrösel 356, Petersgasse 328, Radlas 219, Straßengasse 180, Feldgasse 50 (also ohne Obrowitz, Rumrowitz, Mariazell), zusammen 23,598 Seelen.

Im Jahre 1804 betrug die Bevölkerung Brünns

a) Christen:

1. in der Stadt (männlich 3,386, weiblich 5307)	8693
2. in den Vorstädten städt. Gerichtsbarkeit (m. 2,160, w. 2528)	4694
	zus. . 13,387
3. in den übrigen Vorstädten (m. 5367, w. 6384)	11,751,

b) Juden:

1. in der Stadt (m. 10, w. 5)	15
2. in den Vorst. städt. Ger. (m. 47, w. 57)	104
3. in den übrigen Vorstädten (m. 16, w. 22)	38
	zus. . 155

im Ganzen 25,295 Seelen¹⁾

Die folgende Uebersicht zeigt die Bevölkerung von Brunn im J. 1813 in der Stadt und den einzelnen Vorstädten und nach den Domänen (Hesperus 1814 S. 120).

Innere Stadt	9391
Vorstädte unter dem Magistrate:	
a) Bädengasse	1811
b) Laderwiese	179
c) Straßengasse	242
d) Mühlgraben	431
e) Kröna	932
f) Neugasse (große)	391
g) Neugasse (kleine)	671
h) Teichdamm	261
	14,315
Herrschaft Altbrunn:	
a) Markt Altbrunn	2371
b) Wienergasse	321
	2692
	Gesamt . 2692

¹⁾ Nach der Konfession zählte man 1804 1800 Häuser und über 25000 Einwohner ohne Militär und Kloster-Gesellschaft, mit beiden nahm man 29 — 30,000 Einwohner an, vorzüglich im Winter, wo der zahlreiche Landadel wieder in die Stadt zurückkehrte; nach anderen sehr zuverlässigen und genauen Daten mußte man aber die Bevölkerung wenigstens um 7000 Seelen (die Fremden und zeitweilig sich Aufhaltenden) stärker annehmen (André im patriot. Tagebl. 1805 S. 401).

	Uebertrag	2696
Herrschaft Königsfeld:	a) Dönröfel	552
	b) Radlaß	187
	c) Josephstadt	595
	d) Grabengasse	202
	e) Schwabengasse	681
	f) Neugasse (große)	1380
Herrschaft Blazowitz:	St. Annagrund	179
Herrschaft Krtschen:	a) Petersgasse	48
	b) Petersburggasse	245
	c) Große Zeil	1819
	d) Kleine Zeil	530
Herrschaft Kreuzhof:	Kreuzgasse	378
Herrschaft Bosoritz:	Neustift	848
	auf.	10,340,

im Ganzen . 24,655 Seelen.

(Dazu bemerkt Jurende in der Moravia 1815 S. 435, daß Brünn eine Bevölkerung von mehr als 36,000 Menschen erreicht, während die officiellen Tabellen aus bekannten Ursachen noch immer weit weniger aber unrichtig, nämlich nur 24,655, anführen).

Die folgende Uebersicht ordnet die Bevölkerung der k. Hauptstadt Brünn im Jahre 1827 nach den Jurisdiktions-Bezirken.

Ramen der Dominien	Summa der einheimischen Bevölkerung	Fremde	Zusammen in Hauptsumma
1. Königl. Hauptstadt Brünn	18040	1515	19555 ¹⁾
2. Dominium Königsfeld und			
3. " Kieczlowitz	5173	77	5250
4. " Krtschen	4783	64	4847
5. " Altbrünn	3069	129	3198
6. " Bosoritz	1087	54	1141
7. " Obrowitz	1030	19	1049
8. " Kreuzhof	632	20	652
9. " Blazowitz rect. Sokolnitz	231	7	238
10. Klosterstift St. Thomas	280	—	280
Summa	34325	1885	36210 ²⁾

¹⁾ Der Magistrat gab 1826 die Bevölkerung der Stadt und magistrat. Vorstädte mit Zubegehör von 2081 Fremden auf 19,920 Seelen an, worunter nur gegen 600 besetzte Bürger und Hausbesitzer.

Die Vermehrung der Bevölkerung geschah nicht aus sich, sondern durch Einwanderer und die Anstalten, welche auf Verminderung der Todesfälle Einfluß nahmen. Denn in der Periode vom Jahre 1785 — 1804 starben im Durchschnitte jährlich um 38 mehr als geboren wurden (678 gegen 640). In der nächsten 25jährigen Periode änderte sich das Verhältniß, da von 1805 — 1829 etwas mehr geboren wurden als starben (1234 gegen 1218).

Nach dem 25jährigen Durchschnitte von 1805 — einschl. 1829 wurden in Brünn jährlich 248 Trauungen vorgenommen, jeder 72. Mensch trat in den Stand der Ehe (im ganzen Gouvernement jeder 62.); geboren wurden jährlich 1234; gegen 100 Mädchen kamen 106,4 Knaben zur Welt; auf 100 eheliche Geburten kamen 59,3 uneheliche (nach Ausscheidung des fremden Contin-

²⁾ Die Bevölkerung Brünns wurde angegeben 1822 nach der Constriptions-Revision in der Stadt mit 571 Häusern 2330 Familien und 10,835 Seelen, dann 1727 Fremden, in den Vorstädten in 1375 Häusern 4714 Familien und 20041 Seelen, Militär 2069, zus. in 1946 Häusern 7044 Familien und 34672 Seelen, im Jahre 1825 mit 35,899, 1826 mit 36,422, 1827 mit 36,896 Seelen. Im Jahre 1826 befanden sich in der Stadt sammt den magist. Vorst. 17,839 Personen, darunter 5406 bis einschl. 15 J., Abwesende 696, beim Männer- (Armen-) Verein betheilt 160, männl. Nachwuchs von 1 — 14 J. 2608, von 15 — 17 J. 285. In der Stadt zählten 6651 Personen die Personalsteuer.

Um 1824 gab man in den 23 Vorstädten an:

	Häuser	Familien	Seelen
Bädengasse (Städt.)	115	569	2165
Kreuzgasse (zu Kreuzhof)	20	106	492
Benzels- und Wienergasse (zu Altbrunn)	47	118	498
Strassengasse (Städt.)	31	68	289
St. Annagrund (Blasowitz)	25	58	200
Paderwiese (Städt.)	13	54	263
Mühlgraben und Ledergasse (Städt.)	39	—	782
Neustift sammt Grillowitz (Poseritz)	98	218	867
Dörrröhl und Dornich (Königsfeld)	48	148	613
Petersburggasse (Kritschen)	19	62	280
Petersgasse dto.	5	11	46
Klein-Mariazell dto.	56	87	394
Kreuzna (Städt.)	68	233	1104
Leber- und Grabengasse (Königsfeld)	17	87	346
Grabengasse vom Lammwirthshause an	22	57	228
Große Zeil (Kritschen)	80	454	2114
Obere Zeil dto.	66	185	897
Kablaß (Königsfeld)	14	37	256
Obere Zeil (Kritschen)	55	201	916
Zeischstadt (Königsfeld)	65	190	785
Zeischdamm (Städt.)	—	—	—
Große Neugasse (Städt. und Königsfeld)	143	585	2258
Kleine Neugasse und rothe Gasse (Städt.)	51	195	778
Schwarzenberg (Königsfeld)	31	201	799
Altbrunn (mit Leimstätten, Fischergasse, Bleichwiese, Steingasse u. a.) (Altbrunn)	208	688	2717

gentes aus dem Gebäh- und Findelhause wohl 100,20, im ganzen Gouvern- nement 11,6); von 1000 Geborenen waren 19,6 todt (im Gouv. 9,3); auf 100 Ehen kamen 498 Geburten und nach Ausschreibung der uneheligen 378,9 (im Gouv. 502,8, resp. 406,4); auf 29 Menschen (im Gouv. 24 — 25) kam eine Geburt; gestorben sind jährlich 1218; in der Zeit von 1805 — 1817: 1150, von 1818 — 1829 nur 1091; 100 weibl. Geschlechtes gegen 100,7 männl.; von 1000 im Alter bis 1 Jahr 871, bis 4 J. 122, bis 20 J. 94, bis 40 J. 105, bis 60 J. 128, bis 80 J. 142, bis 100 J. 37, über 100 J. 1; von 1000 an gewöhnlichen Krankheiten 978, an Blattern 9, am Selbst- morde 2,5, verunglückt 17,7, justificirt 9; auf 1000 Gestorbene kamen 30,490; es starben also von 30 — 31 Einwohnern 1 (im Gouv. 31 — 32). Jährlich ergab sich ein Ueberschuß der Geborenen gegen die Gestorbenen von 15, in der Zeit von 1818 — 1829 aber schon von 111, so, daß in der letzten Zeit auf 100 Todte 121,4 Geborene kamen (im Gouv. 100: 144), während in der Zeit von 1805 — 1807 ein Ausfall nämlich 100 Todte gegen 86,1 Geborene be- stand (im Gouv. 100 Todte gegen 125,2 Geborne) ¹⁾ (Mittheilungen 1830 S. 352 — 358).

¹⁾ Die Aufzeichnung und Bekanntmachung der Trauungen, Geburten und Todesfälle begann erst 1786. Wir lassen eine Uebersicht von Bräun für die ersten 25 Jahre folgen, wie wir sie eben bei der Hand haben (für 1823 S. d. brünner Wochenblatt 1824 Nr. 12, für die 5 Jahre 1828 — 1832 S. Schmidt's Besch. von Brünn S. 26, für 1830 bis 1839 von Schmidt in der Moravia 1840 Nr. 61).

Jahr	Ehepaar	Geboren			Gestorben		
		Männlich	Weibl.	Zusammen	Männlich	Weiblich	Zusammen
1786	185	366	341	707	346	272	618
1787	136	232	218	450	193	168	361
1788	136	242	228	470	265	270	535
1789	134	319	257	576	295	281	576
1790	150	254	299	553	349	318	667
1791	132	328	213	541	417	322	739
1792	98	151	123	274	196	180	376
1793	70	138	150	288	162	136	298
1794	77	132	134	266	125	114	239
1795	86	128	149	277	132	128	260
1796	68	130	137	267	119	145	264
1797	98	133	153	286	161	185	346
1798	205	457	492	949	591	667	1258
1799	219	513	492	1005	538	545	1083
1800	190	466	468	934	523	571	1094
1801	216	437	394	831	438	502	940
1802	261	633	570	1203	604	586	1190
1803	286	606	545	1151	608	607	1215
1804	294	600	576	1176	561	506	1067
1805	303	576	540	1116	573	546	1119
1806	232	417	419	836	1184	1138	2322
1807	332	641	536	1177	586	572	1158
1808	418	889	869	1758	808	866	1674
1809	167	585	562	1147	819	821	1640
1810	263	516	461	977	640	656	1296

Der Stadt selbst war durch ihre fortifikatorische Einfassung eine Gränze gesetzt, sie konnte sich daher nur mehr in die Höhe ausdehnen. Daher stieg auch die Zahl der Häuser von 1797 bis 1818 nur von 561 auf 567 innerhalb der Stadtmauern (gedrucktes Verz. d. H. und ihrer Eigenthümer, Brünn 1818), bis zum Jahre 1826 auf 574 (neuestes Verz. von Ferd. Kraus, Brünn 1827), bis 1831 auf 576 (Schmidt, Besch. v. Brünn, Brünn 1835 S. 22), bis 1834 auf 582 (Wolny, Topog. von Mähren 1836, II. 2). Viel mehr nahm sie bei der eben rege gewordenen Baulust ¹⁾ in den (26) Vorstädten zu, welche 1826

¹⁾ Brünn mit den Vorstädten hatte mit Schluß des B. J. 1828: 2055 Gebäude, wovon auf die Stadt 682, kamen. Vom B. J. 1822 (Nov. 1821) bis Nov. 1828 wurden in der Stadt und den Vorstädten 153 neue Bauten zeitweise von der Steuer befreit, nämlich: 15 in der Stadt (6 ganz neue), 10 auf der Bäckergasse, 3 auf der Laderwiese, 7 auf der Kreuzgasse, 1 auf dem St. Annagrunde, 8 in Altbrünn (6 ganz neue), 1 auf der Wiener-Gasse, 4 auf der Straßengasse, 7 auf der Neustadt, 3 auf dem Dörrhof, 15 auf dem Mühlgraben (9 ganz neue), 6 auf der Kröna, 17 ganz neue auf der Olmützgasse, 10 auf der Unterzeil (4 ganz neue), 1 auf der Petersgasse, 2 ganz neue in Obrowitz, 12 auf der Oberzeil (9 ganz neue), 8 auf der Josephstadt (2 ganz neue), 8 am Josephstädter Graben (1 ganz neues), 2 auf dem Teichdamm (1 ganz neues), 5 auf der großen Neugasse (4 ganz neue), 1 auf der Rothengasse, 14 auf der kleinen Neugasse (13 ganz neue), 1 auf der Schwabengasse.

Im Jahre 1831 wurden vom brünner Thore abwärts rechts an Stelle des rasirten Militär-Magazinschopfs vier 2 Stock hohe Häuser gebaut und in demselben Jahre wurde die zweite Stadtmauer beim Reuthor, an welcher zwei Häuschen und Schoppen-angebaut waren, rasirt und vier neue 2 Stock hohe Häuser erbaut. Einige Jahre später entstand die schöne Häuserreihe auf der Ferdinandsbor-Bastei (4 Häuser).

Nach buchhalt. Abjnstirung betrug der nach Abschlag der bewilligten 15% zur Besteuerung für 1829 richtig gestellte Hauszins-Ertrag 427,584 fl. 54⁸/₂₀ kr. oder nach Abschlag des Zinsertrages von den zeitweise steuerbefreiten Gebäuden pr. 41,795 fl. 33¹/₁₅ kr. — 385,789 fl. 20¹⁴/₁₅ kr. C. M., und die davon zu entrichtende Steuer 69,442 fl. 6 kr. C. M. in Brünn und seinen Vorstädten.

Dieson entfiel

auf die Stadt mit 248,199 fl. 37⁵/₁₅ kr. Ertrag ein Zins von 44,676 fl.

auf den St. Bezirk

der Stadt Brünn

in den Vorstädten	44,730	"	15 ¹⁰ / ₂₀	"	bto.	bto.	8,051	"	18	kr.
auf Kreuzhof	3,322	"	28 ¹⁶ / ₂₀	"	bto.	bto.	598	"	3	"
" Solomitz resp.										
Blazowitz	909	"	9 ¹² / ₂₀	"	bto.	bto.	163	"	36	"
auf Altbrünn	20,725	"	9 ⁴ / ₂₀	"	bto.	bto.	3,730	"	36	"
" Bosorjitz	5,896	"	57 ¹² / ₂₀	"	bto.	bto.	1,061	"	27	"
" Kritschen	19,090	"	49 ¹⁶ / ₂₀	"	bto.	bto.	3,436	"	27	"
" Königsfeld und										
Nječlowitz	37,853	"	8 ² / ₂₀	"	bto.	bto.	6,813	"	8	"
" Obrowitz	5,061	"	45	"	bto.	bto.	911	"	6	"

Im Jahre 1833 unterlagen der Entrichtung des Zinssteuerzets für die Lokal-Kranken- und Polizei-Anstalten (16,487 fl. 36 kr. C. M.) in der Stadt und allen Vorstädten 494,628 fl. C. M. Zinsungen, 88,531 fl. waren davon (zeitlich) befreit, was

bestanden (S. Kraus); denn sie war seit 1797 bis 1826 von 1130 (nach Abrechnung der 94 Häuser in dem nun bei Bränn nicht mehr konskribirten Rumrowitz mit Klein-Mariazell und von 10 Häusern auf dem Spielberge) auf 1808, bis 1831 auf 1383 (Schmidt S. 22), bis 1834 auf 1378 (nach Wolny II. 2 und 6) gestiegen. In der Stadt und den Vorstädten (ohne Rumrowitz, Klein-Mariazell und Spielberg) war die Häuser-Zahl von 1597 im J. 1797 auf 1882 im J. 1826, 1959 im Jahre 1831 (Schmidt S. 22) ¹⁾ und 1960 im Jahre 1834 angewachsen.

In einem ähnlichen Verhältnisse nahm die Bevölkerung zu, in der Stadt von 8592 Seelen (mit dem Spielberge 8956) im Jahre 1797 (9826 im Jahre 1798) bis 8708 im Jahre 1804, 9391 im Jahre 1813, 10835 im J. 1822 (ohne Fremde), 12326 mit Einschluß von 1645 Fremden und 33 Ausländern (Wolny II. 2 und 6 verwechselte offenbar die Zahl der Fremden und Ausländer der inneren mit jener der ganzen Stadt), in den Vorstädten von 14,235 im Jahre 1797 bis 15,264 im Jahre 1813, bis 20041 im Jahre 1822, bis 25,275 im Jahre 1834, im Ganzen aber von 23191 (und eigentlich ohne Rumrowitz und Mariazell mit 494 von 22697) im Jahre 1797 auf 25,295 im Jahre 1804, auf 24655 im Jahre 1813, 34672 im Jahre 1822 (mit 2069 Militär) und (ohne das auf 5000 S. veranschlagte Militär und 894 abwes. Einheimische) auf 37601 Einwohner (17,806 männlich, 19,795 weiblich), worunter 159 Geistliche, 264 Adelige, 903 Beamte und Honoratioren, 1226 Gewerbs-Inhaber, Künstler und Akademiker, 3012 Fremde (1447 m. 1565 w.) aus konskribirten und nicht konskribirten Provinzen und 112 Ausländer (91 männl. 21 weibl) ²⁾.

zusammen eine Höhe von 538,162 fl. E. M. Hauszins - Ertrag gab (S. die Specification in der Stadt und jeder Vorstadt bei Schmidt S. 24).

Im Jahre 1834 wurden 2099 Häuser mit einem Zins-Ertragnisse von 543,730 fl. 45 kr. E. M. (in Dmütz 701 und 423 Häuser mit 84,881 und 68,868 fl. 50 kr. Ertrag) nachgewiesen.

¹⁾ Stadt 576, Altbrunn 215, St. Annagrund 26, Augustinergrund 20, Bäckengasse 120, Dornich und Dörrrössel 51, Josephstadt 66, Josephstädter Graben 22, Kreuzgasse 26, Ardua 64, Lackerwiese 13, Leder-gasse und Mühlgraben 43, große Neugasse 97, kleine Neugasse 45, Neustift 101, Oberzeil 78, Obrowitz 57, Dmützergasse 26, Petersburggasse 21, Petersgasse 6, Rablaß 14, rothe Gasse 48, Schwabengasse 32, Strassengasse 32, Leichdamm 17, Unterzeil 86, Wienergasse 52, zus. 1959.

²⁾ Wir lassen hier wieder (aus Wolny II. 2 — 6) eine Gesamt-Uebersicht des Wohnungs- und Bevölkerungs-Standes vom Jahre 1834 folgen.

	Häuser	Einwohner
Stadt (mit dem Spielberge)	582	12326
Vorstädte a) zur magist. Jurisd.:		
1. Bäckengasse, große und kleine	121	2675
2. Grabengasse o. Leichdamm (nach 1780 entstanden)	19	881
Gesamt	722 Häuser	mit 15882 Einwohnern.

Anderß gibt Schmidt (in der Moravia 1840 Nr. 61) die Conſcriptionß-Refultate in den Militärjahren 1831, 1834, 1837 und 1840. Nach ihm ſieg die wirkliche Bevölkerung (ohne Militär und die abweſenden Einheimiſchen, jedoch mit den anweſenden Fremden) von 35948 Seelen (darunter 4694 Frem-

	Uebertrag .	722	Häuser mit 15382 Einwohnern,
3. Krönagaffe	64		1248
4. Laderwieſe (1782 angelegt)	13		280
5. Mühlgraben und Lebergaffe	43		1187
6. kleine Neugaffe mit dem Auguſtiner- Brunne (letzterer etwa ſeit 1784 an- gelegt vom Kloſter St. Thomas, zu beſſen Jurisdikt. er gehörte)	64		1218
7. Straßengaffe (1782 entſtanden)	33		355
8. Antheil große Neugaffe mit der Rothen- Gaffe	60		659
<hr/>			
zuſ. zur Stadt gehörig .		999	Häuser mit 20329 Einwohnern,
b) fremdherrſchaft. Vorſtädte :			
9. Kreuzgaffe (Kreuzhof)	26		590
10. Petersburggaffe (Kriſchen)	21		321
11. Petersgaffe dto.	6		73
12. große Zeil dto.	85		3087
13. kleine Zeil dto.	79		1213
14. Neuſtift (Poſokiß)	101		1296
15. St. Annagrund (Sokolniß)	26		279
16. Altbrunn (Altbrunn)	215		3276
17. Wiener Gaſſe dto.	52		545
18. Obrowiß (ſeit 1824 in Zunahme, zu Obrowiß)	57		1028
19. Dörnörßel (Röuigßf. u. Rjeczkowiß)	51		746
20. Antheil Grabengaffe (ſchon 1272 an- gelegt, 1484 erweitert) (Rönigß- feld und Rjeczkowiß)	22		264
21. Joſephſtadt (angelegt 1788) (Rönigß- feld und Rjeczkowiß)	66		932
22. Antheil große Neugaffe (Rönigßfeld und Rjeczkowiß)	82		2038
23. Radlaß (Rönigßfeld und Rjeczkowiß)	14		330
24. Schwabengaffe (ſchon 1278 ein Hof da, 1497 abgebrannt und neu ge- baut) (Rönigßfeld und Rjeczkowiß)	82		876
<hr/>			
zuſ. .		961	Häuser mit 17272 Einwohnern,
ganß Brunn aber .	1960	" "	37601 "

Die zur Stadt gehörigen 20,329 Einwohner (9644 m. 10,685 w.) waren größtentheils Katholiken, nur 13 nicht unirte Griechen, 146 angeß. und helvet. Bekennt. und 135 (120 m. 15 w.) gebaußete Juden. Die Vorſtadtgaſſen gehörten übrigens nicht geſchloßen jede im Ganzen zu Einem Dominium, ſondern waren guten Theils auch unter mehrere

den) im Jahre 1831, 34,778 (5876 fr.) im Jahre 1834, 37183 (8342 fr.) im Jahre 1837 bis auf 39,243 (18,865 m. 20,378 w.) Seelen ohne die 1358 abwesenden Einheimischen und mit den 9490 Fremden (4906 m. 4584 w.) im Jahre 1840, daher von 1831 bis 1840 um 3,295 Seelen oder 8,396 Percent. In dieser 10jährigen Periode überstieg die Zahl der Geburten im Durchschnitte mit 1490 (darunter 621 uneheliche oder auf 100 eheliche 41 uneheliche, dann bei 1000 Mädchen 1033 Knaben) jene der Todesfälle von 1379.

Bis 1843 wuchs die Bevölkerung Brünns auf 41,378 Seelen (in der Stadt und den magistrat. Vorstädten 13,923, in den übrigen Vorstädten 14,366, zusammen 28,289, dann konskribirte Fremde 13,089), bis 1846 nach dem Konskriptions-Elaborate auf 45,354 in 1994 Häusern,

zersplittert, was sich daraus erklären läßt, daß sie ohne System nach Zufall, meist durch Kirchen und Klöster, in Folge von Schenkungen, einzelnen Käufen u. a. Theilakten entstanden.

Zu Altbrunn gehörten der Markt Altbrunn (216 H. 2829 E., wovon 6 H. und 115 E. zu Kritschen, 32 H. und 158 E. zu Kreuzhof und 3 H. und 25 E. zu Rzeczlowitz zuständig) und die Vorstadt Wienergasse (52 H. 564 E.), zu Königsfeld die Vorstädte Dörnroßel (42 H., wovon 9 fremdherrsch., und 590 E.) und Radlaß (14 H. 240 E.), und Antheil der Vorstadt Neugasse (10 H. 130 E.), zu Rzeczlowitz die Vorstädte Josephstadt (66 H. 979 E.), Grabengasse (22 H. 242 E.), Schwabengasse (32 H. 860 E.), Antheil große Neugasse (72 H. 1857 E.), Antheil Grillowitz (3 H. 29 E.), olmüher Gasse (9 H. 164 E.), Antheil kleine Neugasse (3 H.), zu Kreuzhof die Vorstädte Kreuzgasse (26 H. 506 E.), Grillowitz (4 H.) und Lehmstätte (22 H., die Zahl der Einwohner in jener von Altbrunn begriffen), zu Kritschen (außer dem nicht mehr nach Brunn konskribirten Dorfe Rumrowitz mit 34 H. und 213 Einw. und Klein-Maria-Zell mit 72 H. und 445 Einw.) die Vorstädte Petersburggasse (21 H. 297 Einw.), Petersgasse (6 H. 70 Einw.) und Felbgasse (5 H. 196 Einw.), dann unter der Leitung des Amtes Kritschen, aber zu dem selbstständigen Propstei- (bischöfl.) Gute St. Peter (mit Prisenitz) gehörig die Vorstädte große Zeil (85 H. 2430 E.) und kleine (oder Ober-) Zeil (79 H. 1153 E.), zu Obrowitz die Vorstädte Obrowitz (57 H. 913 Einw.) und Antheil olmüher Gasse (19 H. 342 Einw.), zu Posotitz die Vorstadt Neustift (101 H. 1186 Einw., schon 1504 mit der Vorstadt Grillowitz zu Posotitz gekommen), zu Blazowitz (auch Königsgarten und St. Anna genannt, von Sokolnitz aus verwaltet) die Vorstadt St. Anna- (Grund, 26 H. 235 Einw.) und 1 Haus mit 5 Einwohnern auf der Unterzeil. Man sieht, daß diese Angaben Wolny's (II. Bd. 1. T. S. 125, 130, II. Bd. 2. T. S. 22, 25, 36, 44, 50, 53 und 586, 54, 244, 322, 341, 468, 588) mit den früheren und unter sich nicht ganz übereinstimmen.

Das Häuser-Schema von Brunn, von Ferd. Kraus, Brunn 1833, gibt die Zahl der Häuser an, wie folgt: Stadt Brunn 576, Altbrunn 215, Annagrund 26, Augustiner-Grund 20, Bäckergasse 120, Dornich und Dörnroßel 51, Josephstadt 66, josephstädter Graben 22, Kreuzgasse 26, Kröna 64, Laderwiese 13, Lebergasse und Mühlgraben 42, große Neugasse 97, kleine Neugasse 45, Neustift 101, Oberzeil 78, olmüher Gasse (Rzeczlowitz) 9, dto. Obrowitz 17, Petersburggasse 21, Petersgasse 6, Radlaß 14, rothe Gasse 48, Schwabengasse 32, Straßengasse 32, Teichdamm 17, Unterzeil 86, Wiener-Gasse 51, im 1858.

und zwar, wie der nachfolgende Ausweis zeigt, mit 1003 Häusern und 23,55 Seelen in der städtischen, dann 991 Häusern und 21.797 in den übrigen Subdivisionen.

a. Stadt und magist. Jurisd.

	Häuser,	Einwohner,
Die innere Stadt	578	13850
Bädengasse	121	3383
Leichbamm	17	476
Kröna	69	1406
Eaderwiese	14	329
Mühlgraben und Ledergrasse . .	43	1354
kleine Neugasse und Augustiner-		
Grund	66	1498
Strassengasse	32	467
große Neugasse städtischer Seite und		
rothe Gasse	63	794
Summa .	1003	23557

b. Fremdherrschaftliche Vorstädte:

Kreuzgasse	16	657
Petersgasse	6	95
Unterzeil	86	3708
Oberzeil	79	1677
Neustift	102	1717
St. Annagrund	25	366
Altbrunn	228	4327
Wienergasse	52	701
Obrowitz	61	1318
Olmüßergasse	51	867
Dornich und Dörneröhl	54	893
Josephstädter Graben	22	383
Josephstadt	66	1244
Große Neugasse königsfelder Seite	86	2421
Kadlas	14	347
Schwabengasse	33	1076
Summa .	991	21797

In den nächsten 5 Jahren, nämlich bis zum Jahre 1851, erhöhte sich die Bevölkerung Brünns nur auf 47,359 Seelen (Tafeln zur Statistik der österr. Mon. neue Folge (1856) I. B. I. S.).

Als sich aber die Wirkungen der freieren Staatsverhältnisse mehr zu äußern begannen, die Industrie Brünns sich noch mehr entwickelte, eine kräftige

ische Kultusgemeinde sich daselbst bildete u. s. w.stieg die Bevölkerung Brünns bis zur letzten Volkszählung Ende Okt. 1857 auf 59,819, also gegen den Stand des Jahres 1850 die einheimische Bevölkerung um 1818, die fremde aber um 9632, zusammen 11,450 Personen.

Dieselbe vertheilt sich in der inneren Stadt und 30 Vorstädten, welche zusammen in 4 Bezirke und diese in 21 Quartiere und 81 Armenbezirke zerfallen, auf 2138 Häuser, 10,781 Wohnparteien, 33,454 Einheimische (32,444 anw., 1010 abwesende, 15,429 männl. 18,025 weibl.) und 26,365 (anwes.) Fremde (15,429 männl. 18,025 weibl., aus Mähren 18,061, Schlesien 1211, Böhmen 4363, Oesterreich unter der Enns 718 u. s. w., aus dem Auslande 472).

Im 1. Gemeindebezirke (in der inneren Stadt) befinden sich 14,246 (darunter 6316 Fremde),

im 2. (Schwabengasse 1453, Augustiner-Grund und kleine Neugasse 1894, rothe Gasse 260, große Neugasse 4187, Franz-Josephs-Strasse (Teichdamm) 867, Josephstädter Graben 381, Josephstadt 1691, Oberzeil 3178, Obrowitz 1770, Rablaß 432, Unterzeil 5018, Ledergasse 595) 21,726 (9193 Fr.),

im 3. (Kröna 2639, Olmüzer Gasse 2749, Mühlgraben 1303, Dörnrössl und Dornich 1353, Petersgasse 215, Neustift 1975, Straßengasse 515, Laderwiese 367, St. Annagrund 712, Wienergasse 989, Bädengasse 3,876, Kreuzgasse und Hohlweg 833) 17,526 (8578 Fr.),

im 4. (Altbrunn) 6,321 (2278 Fr.).

Nach der Religion gibt es in Brunn Einheimische und Fremde zusammen 56,694 Katholiken (23,918 Fremde), 895 Evangelische (432 Fremde) und 2230 Israeliten (2015 Fr.), dem Berufe nach zählt die einheimische Bevölkerung 170 Geistliche, 1321 Beamte, 232 Militärs, 145 Literaten, Künstler, 67 Rechtsanwälte, Notare und Hilfspersonen, 100 Sanitätspersonen, 62 Grundbesitzer, 670 Haus- und Rentenbesitzer, 2249 Fabrikanten und Gewerbsleute, 500 Handelsleute, 2 Schiffer und Fischer, 98 Hilfsarbeiter der Landwirtschaft, 3986 dto. für Gewerbe, 310 dto. für Handel, 1000 andere Diener, 791 Tagelöhner, 1113 Mannspersonen über 14 Jahre, 20548 Frauen und Kinder.

Der Viehstand besteht aus 575 Pferden, 476 Stück Rindvieh, 12 Eseln, 158 Schafen, 95 Ziegen, 607 St. Borstenvieh (Statist. Darstellung des Bevölkerungs-Standes der k. Landeshauptstadt Brunn auf Grund der Volkszählung vom J. 1857, Brunn 1858).

Seit einem halben Jahrhunderte hat sich die Bevölkerung Brünns (1804: 25,295) nahe verdreifacht, was größeren Theils auf Rechnung der Vorstädte geht, da die Bevölkerung der inneren Stadt von 8708 im Jahre 1804 nur auf 14,246 angewachsen ist.

Die Zahl der Israeliten (1804: 119) hat um das Siebenzehnfache zugenommen.

B.**Stadt und Vorstädte in ihrer Verbindung und Vereinigung.****Zur Frage der Concentrirung der Verwaltung ¹⁾.**

Die Stadt Brünn bestand zwar von ihrer Vereinigung im Jahre 1850 aus 26 Gemeinden unter 10 Grundherrschaften.

Diese Vorstadt-Gemeinden hatten ihre eigenen von ihren Obrigkeiten beställigte Vorstände (Richter und Geschworne, in Altbrünn auch Bürgermeister), sorgten für ihren Haushalt durch eigene Mittel und führten darüber abgesonderte Rechnungen, welche ihre Obrigkeiten prüften und erledigten.

Die k. Stadtgemeinde Brünn wurde aber nicht durch die Bewohner oder Hausbesitzer der innern Stadt, sondern durch die Gesamtheit der Bürger, es mochten dieselben inner- oder außerhalb der Ringmauern wohnen, repräsentirt. In der That befand sich der größere Theil in den Vorstädten ²⁾. Alle ohne Unterschied ihres Wohnsitzes in oder außerhalb der innern Stadt hatten gleiches Recht und gleiche Stimmen bei der Wahl des städtischen Communausschusses, welcher als Organ der Stadtgemeinde bestand.

Diese verschiedenen Gemeinden bildeten allerdings nicht Einen Gesamtkörper, vielmehr hatte jede ihre eigene Verwaltung und Verrechnung, unterstand ihrer eigenen Obrigkeit oder hatte, wie Altbrünn bis 1787 einen Magistrat, und fanden für gewisse Angelegenheiten, besonders Polizei- und Militär-Sachen, ihren Vereinigungspunkt in den höheren landesfürstlichen Behörden (Polizeikommission, Kreisamt, Polizeidirektion, Gubernium). Allein! mannigfache Verhältnisse bahnten nach und nach den Weg zur brüderlichen Verbindung, wie das Beisammenleben auf Einem zusammengedrängten Raume durch Jahrhunderte, die gemeinsamen Erlebnisse, die Kriegsbedrängnisse, wegen welcher die Vorstädte zum Schutze der Stadt wiederholt großen Theiles zerstört wurden, deren Bewohner aber hier Zuflucht fanden, gemeinsame Anstalten und das immer entschiedener hervorgetretene Streben der Regierung, der ungeduldlichen Spaltung nach und nach ein Ende zu machen und aus der vielgegliederten Gemeinde eine einzige herzustellen. Alle diese und andere Umstände knüpften allmählig ein Band, welchem nur der Schluß fehlt. Daß die Stadtgemeinde

¹⁾ Der Eingang dieser Abhandlung (bis zur Organisation) wurde in der Ansehungs-Sitzung vom 18. Jänner 1860 vorgetragen.

²⁾ 1826 gab es in der Stadt und den magistratischen Vorstädten nur gegen 600 bedingte Bürger und Hausbesitzer 1832 im bewaffneten Bürgercorps 168, nebst diesen noch 219 städtische unbehaute, 251 vorstädtische unbehaute und 156 behaute, zusammen 794 Bürger, 1835: 576 behaute und 644 unbehaute Bürger (S. auch S. 18).

selbst das Bedürfnis der Einigung lebhaft fühlte, geht unzweifelhaft aus ihrem leider nicht in Erfüllung gegangenen Wunsche hervor, bei Veräußerung der Fondsherrschaften Obrowitz, Sokolnitz, Königsfeld, Rzeczkowitz, Alibrunn u. a. in den 1820er Jahren die dahin gehörigen Vorstädte an sich zu ziehen. Die unter der Jurisdiction des Magistrates gestandenen Vorstädte (1846 in 425 Häusern 9707 Bewohner), welche mit der inneren Stadt (578 Häuser und 13,850 Einn.) ungefähr die Hälfte (23557 Seelen) der Gesamtbevölkerung Brünns bildeten, hatten allerdings innigere Beziehungen mit dieser, als die 15 fremdherrschaftlichen Vorstädte (in 991 H. 21,797 E.). Allein! abgesehen davon, daß die Vorstädte überhaupt, obwohl zum Theile alt, nach den großen Verwüstungen während der Schweden- und Preußen-Kriege, eigentlich doch erst seit Josef II. Tagen entstanden sind oder sich bedeutend ausgedehnt haben, wurden selbst die fremdherrschaftlichen Vorstädte in vielen der wichtigsten Zweige der öffentlichen Verwaltung mit den Bewohnern der innern Stadt und der anderen Vorstädte gleichmäßig behandelt.

Wir wollen nicht in die frühere Vergangenheit zurückkehren, nicht erwähnen, daß die Vorstädte überhaupt seit Jahrhunderten bei dem brünner Stadtrathe, einem Areopage, welcher seine Wirksamkeit mit Rechts-Belehrungen und Entscheidungen bis nach Böhmen, Ungarn und Schlesien erstreckte, Recht suchten und fanden und der altbrünner Stadtrath durch die ganze Zeit seines Bestandes sich in schwierigen Zeiten dort Rathsch erholte, daß der brünner Stadtrath seit der Zeit, als (seit 1729) die ehemaligen 200 Halsgerichte auf wenige reducirt wurden, Kriminalgericht der Vorstädte war. Wir wollen bei der neuen Zeit bleiben.

Vor Kaiser Joseph II. hatten nur die Vorstadtmeister, welche sich auf städtischem Grunde befanden, mit den Stadtmeistern gleiche Rechte, weil sie mit diesen gleichmäßig die bürgerlichen und gewerblichen Lasten trugen. Die Vorstadtmeister auf fremdherrschaftlichen Gründen durften dagegen ihre Gewerbe nur in den Vorstädten betreiben, weil sie, obgleich den städtischen Zünften incorporirt, außer den Quartals-Auflagen keine anderen städtischen oder gewerbschaftlichen Auflagen trugen. Kaiser Joseph hob aber diesen Unterschied im Gewerbsbetriebe und Verkaufe der Fabrikate zwischen den Stadt- und Vorstadtmeistern gegen verhältnißmäßige Beziehung der fremdherrschaftlichen Gewerbsleute zu den gewerbschaftlichen Lasten auf (Hfdt. 10. März 1783).

Bevor Kaiser Joseph in Brunn eine Polizei-Direktion einsetzte (1785) leitete eine Polizei-Hauptkommission aus dem Mittel der Landesstelle, nach Aufhebung der ersteren das Kreisamt in Gemeinschaft mit Rathschdeputirten des Magistrates die Polizeiverwaltung in der Stadt und für sich allein auch jene der Vorstädte. Nach Errichtung der Polizeidirektion blieb dem Magistrate unter deren Leitung die Besorgung der Polizeigeschäfte in der Stadt. Um die Absicht der neuen Polizei-Einrichtung, nämlich die Sicherheit der Stadt- und Vorstadt-

Die Vermehrung der Bevölkerung geschah nicht aus sich, sondern durch Einwanderer und die Anstalten, welche auf Verminderung der Todesfälle Einfluß nahmen. Denn in der Periode vom Jahre 1785 — 1804 starben im Durchschnitte jährlich um 38 mehr als geboren wurden (678 gegen 640). In der nächsten 25jährigen Periode änderte sich das Verhältniß, da von 1805 — 1829 etwas mehr geboren wurden als starben (1234 gegen 1218).

Nach dem 25jährigen Durchschnitte von 1805 — einschl. 1829 wurden in Brünn jährlich 248 Trauungen vorgenommen, jeder 72. Mensch trat in den Stand der Ehe (im ganzen Gouvernement jeder 62.); geboren wurden jährlich 1234; gegen 100 Mädchen kamen 106,4 Knaben zur Welt; auf 100 eheliche Geburten kamen 59,3 uneheliche (nach Ausscheidung des fremden Contin.

²⁾ Die Bevölkerung Brünns wurde angegeben 1822 nach der Conscriptions-Revision in der Stadt mit 571 Häusern 2330 Familien und 10,835 Seelen, dann 1727 Fremde in den Vorstädten in 1375 Häusern 4714 Familien und 20041 Seelen, Militär 2069, zusammen in 1946 Häusern 7044 Familien und 34672 Seelen, im Jahre 1825 mit 35,899, 1826 mit 36,422, 1827 mit 36,896 Seelen. Im Jahre 1826 befanden sich in der Stadt sammt den magist. Vorst. 17,839 Personen, darunter 5406 bis einschl. 15 J., Abwesende 696, beim Männer- (Armen-) Verein theilhaft 160, männl. Nachwuchs von 1 — 14 J. 2608, von 15 — 17 J. 285. In der Stadt zahlten 6651 Personen die Personalsteuer.

Um 1824 gab man in den 23 Vorstädten an:

	Häuser	Familien	Seelen
Bädengasse (Städt.)	115	569	2165
Kreuzgasse (zu Kreuzhof)	20	106	402
Bengel- und Wienergasse (zu Altbrunn)	47	118	443
Strassengasse (Städt.)	31	68	289
St. Annagrund (Blasowitz)	25	58	200
Laderrwiese (Städt.)	13	54	263
Mühlgraben und Lebergasse (Städt.)	39	—	732
Neustift sammt Grillowitz (Posoritz)	98	218	867
Dörrröhl und Dornitz (Königsfeld)	48	148	613
Petersburggasse (Kritschen)	19	62	280
Petersgasse dto.	5	11	46
Klein-Mariazell dto.	56	87	304
Aröna (Städt.)	68	233	1104
Leber- und Grabengasse (Königsfeld)	17	87	346
Grabengasse vom Lammwirthshause an	22	57	238
Große Zeil (Kritschen)	80	454	2114
Ober-Zeil dto.	66	185	807
Kablaß (Königsfeld)	14	37	256
Obrowitz (Obrowitz)	55	201	915
Josephstadt (Königsfeld)	65	190	785
Leichdamm (Städt.)			
Große Neugasse (Städt. und Königsfeld)	143	535	2253
Kleine Neugasse und rothe Gasse (Städt.)	51	195	778
Schwabengasse (Königsfeld)	31	201	789
Altbrunn (mit Leimstätten, Fischergasse, Bleichwiese, Steingasse u. a.) (Altbrunn)	208	628	2717

gentes aus dem Gebähr- und Findelhause wohl 100,20, im ganzen Gouvern- nement 11,6); von 1000 Geborenen waren 19,6 todt (im Gouv. 9,3); auf 100 Ehen kamen 498 Geburten und nach Ausschreibung der uneheligen 378,9 (im Gouv. 502,8, resp. 406,4); auf 29 Menschen (im Gouv. 24 — 25) kam eine Geburt; gestorben sind jährlich 1218; in der Zeit von 1805 — 1817: 1150, von 1818 — 1829 nur 1091; 100 weibl. Geschlechtes gegen 100,7 männl.; von 1000 im Alter bis 1 Jahr 871, bis 4 J. 122, bis 20 J. 94, bis 40 J. 105, bis 60 J. 128, bis 80 J. 142, bis 100 J. 37, über 100 J. 1; von 1000 an gewöhnlichen Krankheiten 978, an Blattern 9, am Selbst- morde 2,5, verunglückt 17,7, justificirt 9; auf 1000 Gestorbene kamen 30,490; es starben also von 30 — 31 Einwohnern 1 (im Gouv. 31 — 32). Jährlich ergab sich ein Ueberschuß der Geborenen gegen die Gestorbenen von 15, in der Zeit von 1818 — 1829 aber schon von 111, so, daß in der letzten Zeit auf 100 Todte 121,4 Geborene kamen (im Gouv. 100: 144), während in der Zeit von 1805 — 1807 ein Ausfall nämlich 100 Todte gegen 86,1 Geborene be- stand (im Gouv. 100 Todte gegen 125,2 Geborne) ¹⁾ (Mittheilungen 1830 S. 352 — 358).

Die Aufzeichnung und Bekanntmachung der Trauungen, Geburten und Todesfälle begann erst 1786. Wir lassen eine Uebersicht von Beginn für die ersten 25 Jahre folgen, wie wir sie eben bei der Hand haben (für 1823 S. d. böhmner Wochenblatt 1824 Nr. 12, für die 5 Jahre 1828 — 1832 S. Schmidt's Besch. von Brünn S. 26, für 1830 bis 1839 von Schmidt in der Moravia 1840 Nr. 61).

Jahr	Getraut	Geboren			Gestorben		
	Paare	Männlich	Weibl.	Zusammen	Männlich	Weiblich	Zusammen
1786	185	366	341	707	346	272	618
1787	136	232	218	450	193	168	361
1788	136	242	228	470	265	270	535
1789	134	319	257	576	295	281	576
1790	150	254	299	553	349	318	667
1791	132	328	213	571	417	322	739
1792	98	151	123	274	196	180	376
1793	70	138	150	288	162	136	298
1794	77	132	134	266	125	114	239
1795	86	128	149	277	132	128	260
1796	68	130	137	267	119	145	264
1797	98	133	153	286	161	185	346
1798	205	457	492	949	591	667	1258
1799	219	513	492	1005	538	545	1083
1800	190	466	468	934	523	571	1094
1801	216	437	394	831	438	502	940
1802	281	633	570	1203	604	586	1190
1803	286	606	545	1151	608	607	1215
1804	294	600	576	1176	561	506	1067
1805	303	576	540	1116	573	546	1119
1806	232	417	419	836	1184	1138	2317
1807	332	641	536	1177	586	572	1158
1808	418	889	869	1758	808	866	1674
1809	167	585	562	1147	819	821	1640
1810	363	516	461	977	640	656	1296

wiese, St. Annagrund, Bäckengasse, Kreuzgasse sammt Hohlweg, Altbrunn, Feldgasse, Wienergasse in ihrem vollen Catastralumfang eine einzige selbstständige Ortsgemeinde (die Petersburggasse ist ausgeschieden, wie früher schon Rumrowitz und Klein-Mariazell).

Die Gemeinde zerfällt in folgende vier Bezirke:

a. Den ersten Bezirk bildet die innere Stadt mit dem Spielberge nach ihrer gegenwärtigen Catastral-Gränze (nach der damal letzten Conskription vom Jahre 1846: 578 Häuser und 13,850 Einwohner),

b. den zweiten Bezirk bilden die Vorstädte Schwabengasse, Augustinergrund, kleine Neugasse, große Neugasse, Leichbamm, Josephstädter-Graben, Josephstadt, Oberzeil, Obrowitz, Rablaß, Unterzeil und Ledergasse bis zum Viadukt der nördlichen Staatsbahn (zus. 636 Häuser, 16296 Einwohner),

c. den dritten Bezirk bilden die Vorstädte: Mühlgraben, Kröna, Olmüßergasse, Petersgasse, Dornich, Dörnröhl, Neustift, Straßengasse, Laderwiese, St. Annagrund, Bäckengasse, Wienergasse, dann Kreuzgasse sammt Hohlweg, mit Ausnahme des dahin zukatastrirten Anthells der Lehmstätte (zus. 552 H., 10874 Einw.),

d. den vierten Bezirk bildet die bisherige Marktgemeinde Altbrunn in ihrer Catastralgränze mit Einschluß der Lehmstätte, in so weit sie zur Catastralgemeinde Kreuzgasse gehörte und mit Ausschluß der Wienergasse (228 H. 4327 E.).

Jedem Bezirke bleibt sein Vermögen ungeschmälert. Alle beweglichen und unbeweglichen Sachen, so wie alle Gerechtsamen, Gefälle, Renten und Privilegien, in deren Besitz sich ein Bezirk befindet, dann alles dasjenige, was er künftighin erwirbt, bildet daher ein besonderes Vermögen dieses Bezirkes.

Dagegen sind alle Einnahmequellen, die nach dieser Gemeindeordnung zur Bedeckung der Gemeindebedürfnisse bestimmt sind, so wie die Fonde, die für diese Bedürfnisse ihre Widmung haben, ein Vermögen der Gemeinde.

Das im Bezirke vorhandene Stiftungsvermögen darf seiner Widmung in keinem Falle entzogen werden (§. 4).

Die privatrechtlichen Verhältnisse überhaupt und insbesondere die Eigenthums- und Nutzungsrechte ganzer Classen oder einzelner Glieder der Gemeinde oder eines Bezirkes bleiben ungeändert (§. 5).

Die Gemeinde Brunn bildet einen eigenen politischen Bezirk unter der unmittelbaren Stellung des Kreispräsidenten (§. 6, nach Aufhebung dieses Postens der Statthalterei).

Die Gemeinde wird in allen ihren Angelegenheiten durch den großen Ausschuß und den Gemeinderath vertreten, an deren Spitze der Bürgermeister steht.

Der Ausschuß wird von der Gemeinde, welche nach der Höhe der Steuerzahlung und nach den persönlichen Eigenschaften der Mitglieder in 3 Wahlkörper getheilt ist, aus ihrer Mitte gewählt; die Mitglieder des Ausschusses verwalten ihr Amt unentgeltlich. Der Bürgermeister wird vom Ausschusse aus seiner Mitte auf 3 Jahre gewählt, von Seiner Majestät bestätigt und bezieht Funktions-Gebühren; der Ausschuß

wählt auch einen Vorstands-Stellvertreter (Vicebürgermeister) auf die Dauer eines Jahres, welcher, wie die Gemeinderäthe, Funktionsgebühren erhält (§. 36, 37, 57, 58, 62, 63, 71).

Die besonderen Interessen der Bezirke werden durch Bezirksausschüsse vertreten, von denen jener für die innere Stadt aus 18, jeder der drei übrigen Gemeindebezirke aber aus 9 Mitgliedern besteht.

Die Wahl der Bezirksausschüsse wird in jedem Gemeindebezirke von und aus den wahlberechtigten Einwohnern desselben vorgenommen. Jeder Bezirks-Ausschuß wählt aus seiner Mitte einen Vorsteher und Vizevorsteher, welche Funktionsgebühren beziehen, während das Amt der übrigen unentgeltlich ist (§. 72 — 78).

Die Gemeinde hat zu besorgen:

I. im natürlichen Wirkungskreise (§. 79): 1) ihre Vermögens-Verwaltung (§. 83, 114), 2) die Lokal-Polizei (§. 91, 118, nämlich Reinlichkeit, Straßen, Pflaster, Beleuchtung, Canäle, Brücken, Brunnen, Wasserleitungen, Gesundheits-, Feuer-, Markt-, Bau-, Straßen-Polizei, Aufsicht über Maaß und Gewicht, Ueberschwemmung u. a.), 3) die Armenpflege (§. 94), 4) die Lokal-Sanitäts-Anstalten (§. 95), 5) die Aufnahme in den Gemeinde-Verband und Ertheilung des Bürgerrechtes (§. 96), 6) die Controlle über die Gemeinde-Anstalten und Aemter, Contrirung der Gemeinde-Fondskassen (§. 98, 114),

II. im übertragenen Wirkungskreise (§. 79, 80, 119): 1) die Kundmachung der Gesetze (§. 120), 2) Einhebung und Abfuhr der direkten Steuern (eb.), 3) Conscription und Rekrutirung (eb.), 4) Militär-Einquartirung und Vorspann (eb.), 5) Ausstellung der Heimatscheine (eb.), 6) Ertheilung der Eheconsense (eb.), 7) das Schubwesen (eb.), 8) sonstige vom Gesetze, Statthalter und Kreis-Regierungs-Präsidenten zugewiesene Geschäfte (eb.), 9) die Verleihung von Gewerbs- und Handelsrechten (§. 121), 10) die Volksschulen (§. 122) und 11) Patronats-Angelegenheiten (§. 140).

Zur Verwaltung dieser Geschäfte sind bestimmt der Bürgermeister, Vice-Bürgermeister, 9 vom Ausschusse aus seiner Mitte gewählte Gemeinderäthe, die nöthige Anzahl von befähigten referirenden Stadträthen, welche wie alle übrigen Gemeindebeamten mit Gehalt auf Lebenszeit angestellt sind, und das erforderliche Hilfs-Personal (§. 67, 71, 110, 128, 134), insbesondere auch eine Kasse für das Gemeindevermögen (§. 84), die Steuern (§. 120), die Gemeinde- und Fondskassen (§. 98, 114), ein Bauamt für Baupolizei Straßen u. a. (§. 98, 114), ein Rechnungs-Revident (§. 85).

Die Bezirksvorsteher und Bezirksausschüsse sind Exekutivorgane des großen Ausschusses und Gemeinderathes, und müssen sich zur Unterstützung des Bürgermeisters in Gemeinde-Angelegenheiten und namentlich in Handhabung der Lokal-polizei innerhalb ihres Bezirkes, ausnahmsweise aber auch außerhalb desselben, verwenden lassen. Weiter haben sie die Sonderinteressen ihres Bezirkes wahr-

zunehmen, bezüglich welcher sie von dem großen Ausschusse, dann dem Gemeinderathe unabhängig sind.

Für Sonderinteressen werden jene erklärt, deren Verwirklichung nicht der Gemeinde überhaupt zukommt, oder die sich auf die Verwaltung und Verwendung des dem Bezirke gehörigen Vermögens beziehen. Einen Streit hierüber hat der Landtag und, wenn er nicht versammelt ist, provisorisch der Statthalter zu entscheiden.

In Beziehung auf die Sonderinteressen haben die Bezirksausschüsse insbesondere die nöthigen Aemter zu organisiren und zu besetzen, die Patronatsrechte auszuüben und für die Erfüllung der damit verbundenen Pflichten Sorge zu tragen, das Vermögen des Bezirkes zu verwalten und die Einkünfte davon, in so fern sie nicht schon eine bestimmte Widmung haben, vor allen für die Sonderinteressen des Bezirkes, die disponiblen Ueberschüsse aber zur Deckung der dem Bezirke anrepartirten Gemeindeauslagen zu verwenden u. s. w. (§. 136 — 140).

Der Bürgermeister kann bei den Sitzungen der Bezirksausschüsse erscheinen und zu jeder Zeit das Wort ergreifen, ohne jedoch an der Abstimmung Theil zu nehmen (§. 148).

Es dringt sich der Gedanke von selbst auf, daß bei der bedeutenden Verpflichtung, welche der neuen Gemeinde aufgelegt wurde, im Entgegenhalte der geringen Mittel, welche auf sie übergingen, bei der Dehnbarkeit und Vieldeutigkeit des Begriffes von Sonderinteressen und welche Einnahmequelle zu Gemeindebedürfnissen bestimmt sei, bei der Spaltung der Gemeinde in fünf Körper mit sich gegenüber stehenden Interessen, bei der ziemlich unabhängigen Stellung der Bezirksausschüsse, deren Identität mit den früheren Vertretungen sich nicht von selbst ergab, eine Reibung, ein Zusammenstoß zwischen der das Ganze repräsentirenden vereinten Gemeinde und den einzelnen Bezirken selbst bei dem versöhnlichsten Entgegenkommen nicht leicht ausbleiben konnte.

Dies war bei dem 2. und 3. Bezirke, welche kein Vermögen besitzen und sich daher, wo es eine Erleichterung gibt, nicht ungern an die vereinte Gemeinde anschließen, weit weniger der Fall, wohl aber bei dem 1. und 4. Bezirke, welche das ehemalige Vermögen der k. Stadt Brünn und beziehungsweise der ehemaligen Marktgemeinde Altbrunn verwalten und der erstere für sich, der andere aber, mit Ausschluß der sogenannten Dominikalisten, für sogenannte 155 Rustikalisten in Anspruch nimmt, welche von Gemeindebeiträgen befreit gewesen und noch sein sollen ¹⁾).

¹⁾ Die Gemeinde Altbrunn war dem Cistercienser-Konnen-Kloster in Altbrunn unterthänig und führte über die Leistungen an dasselbe durch Jahrhunderte Streit. „Auf die Verstellung ihrer lieben getreuen Unterthanen, des Richters und der Geschwornen auch der ganzen Gemein von alten Brünn, daß ihre Güter und Häuser leicht gewegt seyen, weil sie ihren angekauften Anfall nicht haben und ihre Güter bei gesundem Leib nach ihrem Absterben Nie-

Nachdem die Wahlen in den Gemeinde-Ausschuß¹⁾ und die Bezirksausschüsse (Mfstdt. 18. Juli 1850, L. Ges. Blatt S. 223) vollzogen worden²⁾, constituirte sich der erstere am 29. Dezember 1850 und bestellte im Central-Comité³⁾, um die organischen Einrichtungen zur Führung der

manden verschaffen können," befreite sie im Jahre 1552 die Aebtissin Rosina von Nichtenstein und der ganze Convent von dem Aufallsrechte in der Art, daß sie ohne Hinderniß der Obrigkeit über ihre Güter im Leben und auf den Tod frei verfügen können, wogegen sie jährlich zu Georgi 600 Eyer an das Kloster abzugeben und die Robot, wie sie von alten Zeiten und bermalen dem Kloster geleistet worden, dem alten Brauche nach mit Unterthänigkeit leisten solle.

Zur Zeit, als die Schweden die Stadt belagerten (1645) flüchteten die Bewohner von Altbrunn in dieselbe und halfen sie (nach einem Zeugnisse von 1651) tapfer vertheidigen, wogegen der Feind den Markt Altbrunn mit dem Gemeindehause und der Kirche St. Johann bei dem Kreuzhose niederbrannte (Meine Gesch. von Brunn S. 90, die Schweden vor Brunn, von mir, S. 74, 78).

In der Mitte des 17. Jahrhunderts sehen wir Altbrunn in den Banden der vollendetsten Unterthänigkeit befangen. Man kann wohl kein treffenderes Bild über die damaligen Zustände selbst der Bewohner einer Landeshauptstadt geben, als daß wir das nachfolgende Dokument mittheilen.

In Nahmen der allerheyligsten Treysaltigkeit Vatter, Sohns vnnbt heyligen geistes amen.

Rundt Vnnbt Zue wissen sey Jedermaniglichen, bevorab deme dießes angehet, daß heünt vndten gesaczten Dato ein guetwilliger Vergleich beschehen sey, Zwischen Ihr hochwürbigen vnnbt gnaden susanna abbtissin sambt vnnbt in Nahmen eines ganzen löblichen Conuents Zue Mariä Saal zc. einer Seyts, dann auch einer ganzen, gemelbten löblichen Stiefft vnnbt Kloster vnnbterthänigen Burgerschafft in alt Brunn zc. anderen theiß volgendter gestalt;

Erstlichen, demnach sichs wohl fast ansehen hat laßen, als ob sich gedachte Burgerschafft der Vnberthänigkeit schämte, vnnbt derentwegen in ihren Privilegien oder freyheiten (mehr vielleicht durch bößer leüth anstiffnung, als in der sach gegründten Wahrheit) spitzflüchtig nach schluge ob Zue etlichen Roboten ein gehör Zue geben oder nicht, Wie dann auchhero selben Roboten meistertheil sich walgete, Richter Vnnbt Rath verachtete, vnnbt in sollicher Wieberspönnigkeit ein geraume Zeiße verharete zc. So ist doch die gnädige obrigkeit in ihrer Guetigkeit gegen der Vnterthanen keineswegs verendert worden, sondern libet vnnbt schüßet die selben einen Weeg wie den anderen, vnnbt ob wohl Sie mittl vnnbt Weeg genueg gehabt, die Vngehorsambkeit mit Gewalt zue bezwingen, hat Sie doch deren keines für die Handt wollen nehmen, sondern nimmet dieselben gleichsamb auffß newe zue gnaden auff vnnbt seczet alleß vnnbt Jedes in rechter Vergeßenheit, waß irgendt dießhero auß Vnverstandt möchte für Vber sein gangen,

Fürs andere, Waß anbelangt die gesambte vnnbterthanige Burgerschafft in alt Brunn, die weil sie die große Genadt vnnbt Guetigkeit der obrigkeit so sehr Spürt vnnbt erfährt, Verobligiert sie Sich vnnbt alle Ihre Nachhimling keines weegß mehr in geringsten sich widerspenstig zue erzeigen, Sondern in allen vnnbt ledten; Graben raumen, sandtladen, mit hey vnnbt getreidt umbgehen, haniff reissen, haber gelbt geben, die alten Weingarten allein bearbeiten, den schniebt neben dem Baners Boldß verichten; dem Gartner, Mauerer, Zimerleüthe zc. versehen, vnnbt in allen andern Vhralten schuldigkeiten gehorsamblich, getrew vnnbt fleißig sich einzustellen. Herendtgegen wierdt Ihnen auß billichen bedendchen für dießmahl nachgesehen: das Jagen zue Hraslaw vnnbt Welletitz, das haber ledten, das newe Weingebürg zue arbeiten, Thung laden; vnnbt denselben zue braiden, haimlich ge-

Gemeinbeangelegenheiten in Antrag zu bringen; bis zur Ausführung des Organismus blieben hinsichtlich der öffentlichen Geschäfte der brünner Gemeinderath, die k. k. Bezirkshauptmannschaft und die Vorstände der Vorstadtgemeinden in ihrer bisherigen Wirksamkeit (Rundmachungen des Kreispräsidenten vom

mäch vnnbt stüll saubern; Wierbt ihnen auch hiemit versprochen, das gewöhnliche Robott Brott treulich zuereichen, doch das sie die obrigkeit wegen des Trunkes nimmer überlauffen; vnnbt werden in die robotten mit rechten geschirr vnnbt tauglichen Leithen erscheinen,

Eribtens die weil viel strittigkeiten auch zwischen einen Ehrsamten Rath vnnbt der Gemein entstandten, als ob der selbe der Gemein vntrew in etlichen sachen wäre, dahero wirdt in Crafft dessen Verordnet das 3 auß der gedachten Gemein gestellt werden, die den gewöhnlichen schwur der obrigkeit vnnbt gemein Treu zue sein ablegen vnnbt in allen vnnbt jeden Gemeinsschlüssen, neben einen Ersamten Rath sein sollen;

Endtlichen zue erhaltung mehrer friedtß vnnbt einigkeit, wie dann auch zuer besserer Beobachtung dessen was vnnbt was gestaltß hierinen ein iedeß beschloßen, wierbt hiemit ein Jedes des gedachten Burgerschaft (Manß vnnbt Weibs Perschon) ernstlich Verbähnt, da fern eins Wieder dießen Gnettwilligen Vergleich sich Solte setzen; oder eineß den anderen die schuldt geben, oder aber etwaß was Vorhero Beschehen in geringsten solte für werffen zc. ein solicheß Solle der obrigkeit Zwaningig mährische Thaler verfallen sein. Wesen allen Zue mehrer Glaubwürdigkeit vndt Begrafftigung haben beyde Partheyen, das ist die gnabige obrigkeit vnnbt gesambte Burgerschaft in alten Brunn gegenwertigen Vergleichß Brieff mit gewöhnlichen Pettschaft vnnbt Handtschriftt verfertiget, Actum Closter Mariä Saal den 22. Juli Anno 1663.

Justina von Gottes Gnaden Abbtissin und der ganze Convent des Klosters Maria Saal bestätigte auf die Bitten der ehrbaren Männer Richter Burgermeister und Geschwornen auch der ganzen Gemein von alten Brunn, ihrer lieben getreuen Unterthanen im Vertrage vom St. Bartholomäi - Tage 1677 nicht nur den Anfalls - Brief von 1552, sondern mehrte und erweiterte denselben in folgenden Punkten: die Gemeinde könne hinfür allerlei Handwerker halten und von jedem Handwerk drei Handwerker nach dem uralten Gebrauch als angeessene Nachbarn annehmen, die Handwerker können hinführ einige Kunst unter einander aufrichten, die Gemeinde soll ihre Zusammenkünfte nur in dem wieder reparirten und zugerichteten Rathhause halten, sich wie andertwärts beim Gericht bräuchig eines Gemeinbedieners auf ihre Kosten gebrauchen; der obrigl. Weinschanz soll auch am Prokopi - Markt oder wenn noch mehrere Jahrmärkte zu Wege gebracht würden, wie von Alters nur im Rathhause, der Wein - Ausschank der Nachbarschaft aber nach einer bestimmten Reih - Ordnung geschehen, daher die vermögenderen Nachbarn die armen mit dem Kaufe der Weingärten nicht unterdrücken; im Rathhause soll rechte große Wag und eigene Maasß zum Weinschanke seyn, über Wag, Maasß und Gewicht durch Schöppen und Geschworne Aufsicht geführt werden.

Dagegen sollen Richter, Burgermeister und Geschworne auch die ganze Gemein zu Altbrunn, unsere (des Klosters) liebe getreue Unterthanen alle Schuldigkeiten und Robot wie von Alters her verrichten.

Die Abbtissin erwirkte auch beim Kaiser Leopold I. für die Gemeinde Altbrunn die Verleihung neuer Jahrmärkte (1679).

Als „wegen der von Alters her habenden Weinschanzgerechtigkeit und aller bisher abgeforderten Roboten und Schuldigkeiten und wegen des Vertrages von 1663 allershand Mißverständnisse, Uneinigkeiten und Zwietracht mit beiderseits großer Ungelegenheit entstanden waren, kam zwischen dem Kloster und dem Richter, Geschwornen sammt der unterthänigen Gemeinde in Altbrunn am 25. Februar 1690 mit Aufhebung aller früheren

24. Dezember 1850 und 22. März 1851) und die Führung der Geschäfte im natürlichen Wirkungskreise übernahm im Vollmachtsnamen der brünner Gemeinderath (Brünner Zeitung 1851 Nr. 3, 5, 14, 20, 28).

Verträge ein neuer Vergleich zu Stande. Das Kloster entließ hierin auf ewige Zeiten die unterthänigen Altbrünner von allen erdenklichen Roboten und allen anderen vorher abgeforderten Schuldigkeiten, nämlich Feu-, Haber-, Brauntwein-, Kessel-, Fleischbank-Geld u. s. w.

Die Gemeinde Altbrunn soll in dem von Alters her erworbenen und berechtigten Weinschankvermögen des 1477 zwischen dem Kloster und der königl. Stadt Brunn aufgerichteten ewigen Vergleiches ruhig verbleiben. Gegen die Erlassung aller Roboten und Schuldigkeiten soll aber jeder Hausansässige jährlich nebst den gewöhnlichen Grundzinsen, als Eyer, Hühner und Geld in die obrigl. Kloster-Renten 7 fl. rheinisch in 4 Terminen jedesmal mit 1 fl. 45 kr. abführen und nebstdem 4 Tage im Schmitte bei dem Hl. Maierhofe in Altbrunn mit tauglichen Leuten und auf der Königsweide im Heumachen 2 Tage zu arbeiten schuldig sein.

Die Gemeinde Altbrunn sprach in bürgerlichen und peinlichen Sachen (als Halsgericht) Recht, wenn auch stark unter dem belehrenden Einflusse der Stadt.

Sie bediente sich des Titels „Stadt,“ auch dann noch, als ihr dessen Gebrauch bei Strafe von 500 Gulden untersagt worden war (11. Juni 1681). Denn der I. Kammerprokurator berichtete (wahrscheinlich aus Anlaß von Beschwerden) am 1. Februar 1734 der I. Landeshauptmannschaft, daß Richter und Geschworne von Alt-Brunn sich dieses Titels in Siegeln und Schriften seit unbenklichen Jahren gebrauchten und ihm selbst von der Landesstelle beigelegt worden sei (Meine Gesch. von Brunn S. 91). Dies that, wie wir gleich sehen werden, selbst der Kaiser; und das Reskript vom 26. August 1748 verordnete, den abgeforderten Bericht zu befördern, weil sich Altbrunn annoch allezeit des Wortes Stadt anmasset.

Das Abkommen von 1690 hatte den alten Streit mit der Obrigkeit nicht beendet. Es erhoben sich später wieder Streitigkeiten, der „Bürgermeister, Richter und Rath wie auch ganze Gemeinde der „Stadt“ Alt-Brunn“ beschwerten sich, zugleich mit dem Ansuchen um Bestätigung ihrer Privilegien, bei Kaiser Karl VI. gegen ihre Obrigkeit das Kloster Maria Saal wegen verschiedener Eingriffe und Kränkungen, welche gegen ihre Privilegien und Handvesten geschehen sollen.

Da die entstandenen Differenzen immer mehr angewachsen und je länger desto mehr in Streit gerathen seien, befohl der Kaiser dem I. mähr. Tribunal, dieselben durch die für Unterthans-Streitigkeiten bestellte Commission untersuchen, in Güte ausgleichen zu lassen, oder nach den ergangenen Generalien auszumachen, die Gemeinde aber wider Recht und Billigkeit nicht kränken zu lassen, sondern in allen billigen Sachen zu schützen (Reskript vom 9. Jänner 1738).

Diese Differenzen wegen Jurisdiction und in anderen Angelegenheiten währten seit 1729 noch im Jahre 1748 fort, als die Kaiserin Maria Theresia über eine Vorstellung des Klosters dem I. Tribunale die bisher nicht erfolgte Erledigung der Weisung von 1738 streng zur Pflicht machte. Nachdem aus dem Berichte des letzteren, wie es im a. h. Reskripte heißt, hervorgekommen, daß das Kloster-Stift „immer noch einander neue Incidenzen erwecket, mit unaufhörlichen neuen factis, vielfältigen Verarrestirungen und anderen Proceuren gegen die Alt-Brünner Gemeinde fürgegangen, denen von Euch an dieselbe ergangenen vielen Inhibitorialien keine Gewaltthätigkeiten auszuüben, sondern pendente lite alles in statu quo zu lassen, niemahlen einige partition geleistet, die von der Alt-Brünner Gemeinde in Sachen zu verschiedenen mahlen an Euch, auch so gar anhero ergriffene Recursus contra ordinem juris nicht anderst als quoad effectum devolutivum, nicht aber

Als der neue Bürgermeister (Oberlandesgerichtsrath und Hausbesitzer Anton Haberler) und Vicebürgermeister (bürgl. Handelsmann Joseph Alex. Herlth) am 11., der Gemeinderath aber (aus den Ausschuss-Mitgliedern Plazatka, Erwa, Slatinsky, Greisinger, Bauer, Schindler, Zuisch, Gastl und

suspensivum attendiren wollen, sondern hätte Thätigkeiten mit neuen überhäuft und hierdurch selbst die weithere progredirung in der Sach verzögeret, Uns aber mit ungleichen Anbringen zu behelligen sich nicht geschauet, so werdet Ihr solches dem Kloster-Stift scharf verhöben, und nachmahls demselben nicht nur alle Thätigkeiten ernstgemessen untersagen und alle weithere Umtriebe und aufzüge einstellen, sondern auch dasselbe zur schulbigen parition anhalten, folglichen in casum inparitionis mit denen poenalien, wie es die generalien vermögen, fürgehen“ (Rescript vom 6. Sept. 1748).

Diese Streitigkeiten waren noch 1759 nicht entschieden und erst am 1. Februar 1766 erfolgte ein (interessanter) Hofrecess wegen der Jurisdiction, dann Unterthänigkeit der Marktgemeinde Altbrunn, so wie wegen Bestätigung ihrer Privilegien.

Im Jahre 1782 hob Kaiser Joseph das Kloster Maria-Saal in Altbrunn (wohin die Augustiner aus der Stadt überfielsten) auf und die Herrschaft Altbrunn kam an den Religionsfond, welcher sie 1825 an einen Privaten veräußerte. Der Kaiser führte (1763) auf allen unter der Aufsicht der Staatsverwaltung gestandenen Staats-, Fonds-, Stiftungs-, Kirchen- und städtischen Gütern das sogenannte raab'sche System ein, in Folge dessen die Raierhofs- und übrigen Dominikal-Grundstücke unter die Unterthanen entgeltlich vertheilt und die unterthänigen Frohnen in andere minder lästige Schulbigkeiten verwandelt wurden. Unter den 125 Herrschaften und Gütern Mährens und Schlesiens, welche diese Reform traf, war auch Altbrunn. Es wurde das Sailer-Wohnhaus, das uralte Wirthshaus zum blauen Löwen, eine Junkerei mit 238 Morgen Aedern abverkauft (Wolny II. 118); hierdurch und in anderen Wegen entstanden die sogenannten Dominikalisten.

Eine Haupterwerbsquelle der Bewohner von Altbrunn war seit Jahrhunderten der Weinbau. Es zeigen dies schon die Gemeinde-Siegel, welche nicht immer gleich waren. Eins vom Jahre 1622 stellt einen Brunnen vor und führt die Umschrift Sigillum vitoris Brunae; ein anderes von 1666 hat eine Traube, ein Saumesser und ein Herz in der Mitte, mit der Legende: Richter und Geschworne in Altbrunn, ein drittes führt eine doppelte Wingerhane und ein Grabschelb in der Mitte. Auf dem uralten Rathhause selbst, neben der Mühle, befand sich ein Brunnen und eine Traube.

Die Gemeinde Altbrunn besaß fast kein anderes eigenthümliches Vermögen als das alte ebenerdige Rathhaus; ihr Haupteinkommen floß aus dem Ertrage der Jahrmärkte, die sehr alt, von den Kaisern Joseph II., Franz II., welcher jeden Jahrmarkt um 2 Tage verlängerte (a. h. Handbillet 21. Nov. 1834), und Ferdinand IV. bestätigt wurden. Seine jetzt regierende Majestät behnte die Berechtigung der „Marktgemeinde Altbrunn“ auf 3 Jahrmärkte mit 4 Tagen auf die Dauer von je 8 Tagen aus (Privilegium vom 20. Okt. 1849). Aus dem Einkommen von den Jahrmärkten baute die Gemeinde (1841 — 2) nicht nur ein neues zwei Stockwerke hohes Rathhaus in der Eigenschaft eines Zinshauses, welches aber in neuester Zeit größtentheils seine Bestimmung zur Unterbringung der von der großen Gemeinde gegründeten und erhaltenen Communal-Unterrealschule erhielt, sondern diese Einkünfte reichten auch hin, um die 155 Rustikalisten, mit Ausschluß der 55 Dominikalisten, von der Tragung der Gemeindeauslagen zu befreien, die auf Besitzer anderer Häuser repartirt werden. Bei der Bildung der vereinten Gemeinde und der Bezirke mußten zwar (wie der Gemeinderath in seinem gedruckten Vortrage vom 23. Dezember 1859 S. 15 und 22 sagt) die Rustikalisten die früher ausschließend geführte Vermögens-Verwaltung mit den übrigen Ansassen des 4. Gemeindebezirkes und beziehungsweise mit den von diesem gewählten Vertretern theilen; die Rustikalisten sprechen aber als ehemalige Repräsentanten

Butschel) am 15. und 22. Mai 1851 gewählt, der Bürgermeister von Seiner k. k. Majestät bestätigt und der neue Verwaltungs-Organismus ausgeführt worden war, übernahm die vereinte Gemeinde am 10. Juli 1851 die Verwaltung in die eigenen Hände (brünner Zeitung 1851 Nr. 21, 28, 46 ff).

der Gemeinde Altbrunn das Vermögen derselben (beziehungsweise des 4. Bezirkes) anschließend als das übrige an, obwohl auch in Altbrunn kein Hauseigenthümer zum Bezuge eines positiven Nutzens aus dem Gemeindevermögen berechtigt war.

Da die Rustikalisten bisher von Gemeinde-Umlagen frei waren, weil die Gemeindebedürfnisse durch die Gemeindecinkünfte (hauptsächlich in den Marktstandgelbern und Hausmiethzinsen bestehend) bedeckt waren, machte auch der Gemeinderath den Antrag, die Besitzer jener 155 Häuser, welche die vormalige Marktgemeinde Altbrunn repräsentirten, für alle Zeiten von den, auf die Hauszinssteuer oder auf den Hausbesitz umzulegenden Communal-Lasten (mit Ausnahme der Militär-Bequartirung) befreit zu lassen, welchem Antrage der Gemeinde-Ausschuß in der Voraussetzung des wirklichen Bestandes dieser Berechtigung beipflichtete.

1) Die Mitglieder der ersten Repräsentanz der vereinten Gemeinde Brunn waren folgende:

I. Wahlkörper.

1. Herr Ludwig Möser, Apotheker und Hausbesitzer (+).
2. „ Andreas Gach, Handelsmann und Hausbesitzer.
3. „ Rudolf Ott, J. U. Dr. und Advokat.
4. „ Karl Butschel, Handelsmann und Hausbesitzer.
5. „ Johann Gassl, Großhändler und Hausbesitzer.
6. „ Karl Offermann, Tuchfabrikant und Hausbesitzer.
7. „ Anton Haberler, k. k. Oberlandesgerichtsrath und Hausbesitzer.
8. „ Vinzenz Steinbrecher, Handelsmann und Hausbesitzer.
9. „ Johann N. Baegner, Handelsmann und Hausbesitzer.
10. „ Theodor Bauer, Großhändler und Hausbesitzer.
11. „ Philipp Schöller, Fabrikant und Hausbesitzer.
12. „ Rudolf Feeg, Tischlermeister und Hausbesitzer.
13. „ Vinzenz Czerny, Hausbesitzer (+).
14. „ Christof Glatinshy, Hausbesitzer.
15. „ Felix Sorghlet, Fabrikant und Hausbesitzer (+).
16. „ Franz Zuisch, Handelsmann und Hausbesitzer.

II. Wahlkörper.

1. Herr August Wenzliczke, J. U. Dr. und Landesadvokat.
2. „ Josef Stella, J. U. Dr. und Landesadvokat.
3. „ Philipp Gabriel, Dr. der Philosophie und Gymnasial-Direktor (in Folge seines Wegkommens von Brunn ausgetreten).
4. „ Florian Schindler, Direktor der politechnischen Lehranstalt.
5. „ Franz Graf Mazuchelli, k. k. Landesgerichtsrath.
6. „ Alois Erwa, Lebermeister und Hausbesitzer.
7. „ Anton Aichinger, Rammacher und Hausbesitzer.
8. „ Christian v' Elvert, k. k. Finanzrath.
9. „ Wilhelm Bachmann, Instrumentenmacher und Hausbesitzer (+).
10. „ Valentin Reumayer, bürgerl. Drechslermeister und Hausbesitzer.
11. „ Max Bayer, Schönfärber und Hausbesitzer.

Vom 1. Juli 1852 an hörte auch die Autorität der früheren Gemeindevorsteher in den Vorstädten auf und trat die neue Eintheilung der ganzen Gemeinde in 4 Stadt- und 17 Vorstadt-Quartiere und die Wirksamkeit der neuen Organe ins Leben, indem in jedem Stadt- und Vorstadt-Quartiere ein Quartiermeister und zugleich Feuerkommissär mit zwei Stellvertretern bestellt wurde (Ausg. der Eig. Prot. S. 107, Kundmachungen des Gemeinderathes vom 1. Juli 1852 Nr. 1990, die 2. gleichlautend, jedoch mit der Eintheilung der Stadt und Vorstädte ¹⁾).

12. Herr Leopold Turetschel, Hausbesitzer.
13. „ Eugen Schlemlein J. U. Dr. und Landesadvokat (+).
14. „ Karl Rieger, k. k. Staatsbuchhaltungs-Rechnungsrath (wie bei Gabriel).
15. „ Ritter von Laminet, k. k. Landesgerichtsrath.
16. „ Alois Zeiteles, Med. Doctor (+).

III. Wahlkörper.

1. Herr Moriz Greifinger, Bürger und Bergwerksmitbesitzer.
2. „ Johann Müller, Viktualienhändler und Hausbesitzer (+).
3. „ Johann Oberal, Redakteur (wie bei Gabriel).
4. „ Franz Kolloschek, Weinschänker und Hausbesitzer (+).
5. „ Johann Botschel, Webermeister.
6. „ J. A. Herlth, bürgerl. Handelsmann.
7. „ Ignaz Hannak, bürgerl. Tischlermeister.
8. „ J. E. Schrimpf, bürgerl. Handelsmann.
9. „ Karl Platzatka, bürgerl. Handelsmann und Hausbesitzer.
10. „ Johann Biller, Spenglermeister und Hausbesitzer.
11. „ Johann Rzehak, Hausbesitzer.
12. „ Ludwig Pemsl, Handelsmann und Hausbesitzer (+).
13. „ Johann Hlel, Fleischhauermeister (ausget.)
14. „ Johann Blähs, Graveur und Hausbesitzer (+).
15. „ Josef Watzata, bürgerl. Taschnermeister.
16. „ Karl Tumpert, Weinschänker.

Nach §. 56 der Gemeindeordnung sind die Mitglieder des großen Ausschusses auf 3 Jahre gewählt und jährlich soll ein Drittel ausscheiden. Es wurde aber bis zum Erscheinen der neuen Städteordnung diese Ausscheidung sowohl im Ausschusse als in den Bezirksausschüssen sistirt und auch der Vicebürgermeister bis dahin belassen (Erlaß der Kreisregierung vom 11. Nov. 1852 Z. 11661, Auszüge aus den Eig. Prot. S. 68, 130, 135); als jedoch die Zahl der Mitglieder bis auf 40 herabgekommen war, wurde 1856 bei der k. k. Statthalterei das Ansuchen um Ergänzung der Vollzahl 48 aus den ersten Wahl-Listen gestellt (eb. S. 246, 253). In Folge dessen traten als neue Ausschuss-Mitglieder ein die Herren: Carl Paul, Franz Hirsche, Carl Meyer, Vincenz Menzel, Franz Paulus, Heinrich Pazofsky, Alexander Suchanek und Moriz Winterholler.

Nach Haberler's Abgehen wurde Dr. Ott Bürgermeister (1855).

¹⁾ Vorsteher des 1. Bezirkes wurde Dr. Stella, des 2. Johann Wäguer, des 3. Wenzel Schwab, des 4. Emil Weeger.

²⁾ Aus den Mitgliedern Dr. Ott, Schrimpf, Dr. Wenzliche, Dr. Schlemlein, Finanzrath d'Elvert, Dr. Stella, Grafen Mazuchelli, Ritter von Laminet, Oberal und Offermann, welche d'Elvert zum Referenten wählten.

Seit ihrer Vertreibung aus Brünn (1454) durch Jahrhunderte im fortwährenden nahezu erfolglosen Versuche und Kampfe, Wiedereingang und Erlaubnis in Brünn zu finden, öffneten sich den Israeliten seit 1848 die Schranken; sie gründeten daselbst eine Cultus-Gemeinde, führten mit Bewilligung des Ministeriums (1852) einen Pracht-Tempel mit einem Kostenaufwande von 100,000 fl. auf, stellten ein Frauenbad und einen Friedhof her (Ausg. der Sitz. Prot. S. 82, 110) und wuchsen zu einer Bevölkerung von mehr als 2000 Seelen heran.

4) Die erste lautet: Nach dem Inhalte des §. 1 der prov. Gemeindeordnung bestellt die Landeshauptstadt Brünn mit Inbegriff aller Vorstädte in ihrem vollen Katastralumfange eine einzige selbstständige Ortsgemeinde.

Hiedurch ist vom Zeitpunkte der Konstituierung des vereinten Gemeindeförpers die meist nach den Patrimonialverhältnissen bestandene Eintheilung dieser Hauptstadt in mehrere kleinere Gemeinden gesetzlich aufgehoben, und es hat auch in diesem Momente alle Wirksamkeit und Autorität der unter verschiedenen Namen bestehenden Gemeindevorsteher um so mehr ihr Ende erreicht, als dormal für den ganzen Bereich der Stadt Brünn sammt allen Vorstädten nur ein einziger Gemeindevorstand in der Person des an die Spitze des Gemeinderathes gestellten Bürgermeisters gesetzlich anerkannt werden kann.

Nur bezüglich einzelner Geschäftszweige und zwar namentlich nur wegen Besorgung der Durchzugsbequartirung und Vorspannsleistung wurde mit der hierortigen Kundmachung vom 15. Juli v. J. Z. 3499 U. die Mitwirkung der in dieses Geschäft eingeweihten Organe der früheren Vorstadtgemeinden einstweilen und insolange beibehalten, bis die definitive Regulirung der zur Unterstützung des Executiv-Dienstes für den Gemeinderath und die Bezirksausschüsse aufzustellenden neuen Organe im Einklange mit der dormaligen Gemeindecintheilung zur Durchführung gebracht sein wird.

Die dem dormaligen Bedürfnisse und den Anforderungen des öffentlichen Dienstes entsprechende, im Grunde der §§. 119, 120 und 124 der prov. G. O. verfaßte Eintheilung der Gemeindebezirke ist nun vollendet und hat mit dem Dekrete vom 4. Mai d. J. Z. 4225 die Bestätigung der k. k. Kreisregierung erlangt.

Nach dieser genehmigten Eintheilung zerfällt die ganze Gemeinde in 4 Stadt- und 17 Vorstadtviertel.

In jedem Stadt- und Vorstadt-Viertel ist ein Viertelmeister und zugleich Feuerkommissär mit zwei Stellvertretern bestellt und aktivirt.

Die Obliegenheiten und Pflichten dieser vollziehenden Organe, deren Unterordnung unter den betreffenden Bezirksausschuß und beziehungsweise den Gemeinderath, so wie die Abgränzung ihres Wirkungskreises ist durch eine besondere Instruktion geregelt, welche von der k. k. Kreisregierung mit dem Dekrete vom 15. Mai d. J. Z. 5252 genehmigt worden ist.

Mit dem heutigen Tage beginnt die Aktivität dieser vollziehenden und beaufsichtigenden Organe, und eben mit diesem Zeitpunkte wird jede Autorität der bestandenen vorstädtischen Gemeindevorsteher, unter welcher immer Benennung, z. B. Gemeindevorstand, Bürgermeister, Grundrichter, Geschworne, Gemeinbedürftester, Gemeinberechnungsführer u. a. wie sie bisher bestanden sind, aufgehoben erklärt, und es werden dieselben ihrer ämtlichen Stellung im ganzen Bereiche der k. Hauptstadt Brünn entzogen.

Die hiernach gebotene Amtsübergabe von den nunmehr aufgehobenen an die neuen Organe wird, insoweit dieselbe in den Wirkungskreis der Letzteren gehört, angebahnt, und es werden jene Gegenstände, die den Wirkungskreis der Viertelmeister überschreiten, von den Bezirksausschüssen, und nach Umständen von dem Gemeinderathe selbst übernommen werden.

Als vom 1. Jänner 1851 die Verwaltung für Rechnung der vereinten Gemeinde Brünn begann, wurden ihr nur die Marktbolleten und sogenannten Gerichtsgebühren, die Gemeindeaufnahms- und Bürgerrechts-Tagen, Polizeieinkünfte, ein Zinskreuzer in der Stadt und den Vorstädten (für die Lokal-Kranken-Anstalten) und der Verzehrungssteuer-Gemeindezuschlag übergeben, den Ertrag berechnete man für die Zeit vom 1. Jänner 1851 bis zum Eintritte des neuen B. J. (vom 1. Nov. 1851 an) auf 55,000 fl. C. M. Da aber die vereinte Gemeinde zur Bestreitung der Verwaltungs-, Sanitäts-, Sicherheits- u. a. Auslagen in dieser Zeit 79,000 fl. benöthigte, legte sie einen zweiten Zinskreuzer in der Stadt und den Vorstädten vom 1. Jänner 1851, dann vom 1. Nov. 1850 an einen $12\frac{1}{2}$ percentigen Einkommensteuer-Zuschlag oder $7\frac{1}{2}$ kr. von jedem Gulden derselben in der Stadt und den Vorstädten (sie trug 1850 daselbst nur bei 48,000 fl.) um und erhöhte den Verzehrungssteuer-Gemeindezuschlag oder dehnte denselben auf bisher nicht belegte Gegenstände aus (gedruckte Kundmachung des Gemeinde-Ausschusses vom 8. April 1851 Z. 100 und wegen des B. St. G. Zuschlags der Kreisregierung vom 19. Mai 1851 Z. 5075).

Mit Rücksicht auf die vom ehemaligen Magistrate (in den letzten Jahren Gemeinderathe) und den Vorstadt-Dominien an den neuen Gemeinderath übergegangenen oben erwähnten Geschäfte systemisirte der Gemeinde-Ausschuß (für das J 1851 berechnet)

1. den Stand des Verwaltungspersonals in folgender Weise:

Bürgermeister mit	3000 fl.
Vicebürgermeister	1800 „ ¹⁾
5 Stadträthe (1 mit 1600, 2 je mit 1400 und 1200 fl.)	6800 „
5 Stadtssekretäre (1 mit 1000, 2 je mit 900 und 800 fl.), wovon aber nur 3 Stellen besetzt wurden	4400 „
5 Conceptsadjunkten (2 mit 500 und 3 mit 400 fl.)	2200 „
1 Einreichungs-Protokollisten mit	700 „
<hr/>	
Fürtrag .	18900 fl.

In Vollziehung der dem Viertelmeister, Feuerkommissär oder dessen Stellvertretern zugewiesenen Verfügungen des natürlichen und übertragenen Wirkungskreises ist jeder Bewohner des betreffenden Viertels verpflichtet und gehalten, den Anordnungen derselben unweigerliche Folge zu leisten.

Von vorstehenden Verfügungen werden alle Bewohner dieser l. Hauptstadt zur Darnachachtung in die Kenntniß gesetzt.

¹⁾ Die Gemeinderäthe haben in Anerkennung der beschränkten Mittel der Gemeinde bisher keine Funktionsgebühren bezogen.

Uebertrag . 18900 fl.

1 Expeditor mit	800 "
1 Registrator mit	900 "
6 Kanzlisten (je 2 zu 600, 500 und 400 fl.)	3000 "
4 Amtsdienner (je 2 zu 400 und 300 fl.)	1400 "
1 Kassier mit	1200 "
1 Controlor	1000 "
1 Official	600 "
1 Diener für die Kasse	400 "
2 Cursoren dto.	400 "
1 Ingenieur	1000 "
1 Resident	1000 "
10 Diurnisten mit 45 fr. täglich	3300 "

zus. . 33600 fl.

II. Remunerationen (für Gemeinderäthe, welche aber solche nie bezogen) und Aushilfen	1500 "
III. Kanzlei-Auslagen	5695 "
IV. Diäten und Reisekosten	200 "
V. Sanitäts-Auslagen (bei 60,005 fl. Erforderniß und 36,998 fl. Einnahme — darunter 8352 fl. Interessen von 266,138 fl. Kapitalien in Barmatten, Staats- und Privat-Obligationen — die mit 24,007 fl. abgängige Dotation für das Kranken- und Siechenhaus, Arzneien für die Lokalarmen 3363 fl.)	27370 "
VI. Sicherheits-Auslagen (§. 91 und 92 der Gem. Ordnung, Erlaß der Statth. 19. Sept. 1850 Z. 17424, Polizeiwache, öffentlicher Polizeidienst, ärztl. Personal für die Stadt und Vorstädte, Marktaufscher, Nachtwächter, Schlachtkontrollore, Feuerwache u. a.)	20858 "
VII. Schubbeförderung (vorschußweise)	600 "
VIII. Konfiskation und Rekrutirung	100 "
IX. Unterhalt der Gefänglinge	1200 "
X. Außerordentliche Auslagen	4000 "
XI. für unvorhergesehene Fälle	6000 "

zusammen . 101123 fl.

An Einnahmen ergaben sich für den ersten Augenblick (unbestritten):

- I. Die Marktbolleten-Gebühren (welche jeder Bistualienhändler in der Stadt und den Vorstädten und die löcher Händler zu zahlen haben (Hsdt. 3. April 1829,

	Marktordnung von 1846 §. 17 und 18) nach dem Durchschnitte der J. 1847. 1848 und 1849 mit	923 fl.
II.	Die Gerichtsgebühren (für die Aufsicht über Markthütten und Gewölbe, auch in Altbrunn eingeführt 1851) mit	1117 „
III.	Die Bürgerrechts-Lizen (Ministdt. 6. Sept. 1849 im Reichsges. nach §. 19 d. G. D. 6 Duf.) ungefähr mit	300 „
IV.	Die Lizen für die Aufnahme in den Gemeindevorband (nach §. 13 d. G. D. 2 Duf.)	1000 „
V.	Polizei-Einflüsse (Lizen, Strafgeelder)	222 „
VI.	Interessen des Polizeifondes (von 11,690 fl. in Kamatten und 2,670 fl. in Obligat.	235 „
VII.	Zinskreuzer, 1 fr. aus der Stadt für den Sozialfrankenfond (der andere Kreuzer blieb der inneren Stadt für die Polizeianstalt ¹⁾ mit	7067 „ 30 fr.
	und der eine in den Vorstädten bestandene mit	5383 „ ²⁾
VIII.	Der Verzehrungssteuer-Gemeindezuschlag	39000 „
zusammen		55247 fl. 30 fr. G. M.

Im Entgegenhalte des Jahres-Erfordernisses von 101,123 fl. G. M. ergab sich sonach ein noch zu bedeckender Abgang von . . 45,875 fl. 30 fr. G. M., welcher sich jedoch für den Theil des Jahres, von welchem an die bisher vom Gemeinderathe der inneren Stadt im Delegationswege besorgte Verwaltung an die neu bestellten Organe der vereinten Gemeinde überging (10. Juli 1851), auf 24,000 fl. verminderte.

Die Standgelder (Ministdt. 5. Mai und 12. September 1849, Reichsges. S. 280 und 706) und die Stadt-, Feuer- und Fisch-Wage, welche aus dem Titel des Polizeirechtes, und die sogenannte Epocillationengebühr der Ringleute, welche aus dem Titel der Handhabung der Polizeigewalt angesprochen wurden, konnten nicht erlangt werden; von 15 Stiftungen und Anstalten, deren Obforgen der Gemeinderath als öffentliche Verwaltungsbehörde verlangte, wurden nur 8 an diesen übergeben, 7 behauptete der Ausschuss

¹⁾ Der städt. Zinskreuzerfond hatte 5500 fl. G. M. Kapitalien in Obligationen, der Beleuchtungsfond eine Kamatta von 5400 fl. nominal und eine 5% Obligation mit 400 fl. G. M.

²⁾ Der Hauszins-Ertrag war 1850: 802,990 fl. und nach Abschlag der steuerfreien 15 Percent für die Erhaltung der Gebäude 701,628 fl. 18 fr. (Stadt 362,594 fl. 53 fr., Vorstädte 339,033 fl. 24 fr.), die Hauszinssteuer 149,147 fl. 28 fr. (Stadt 77,353 fl. 32 fr., Vorstädte 71,793 fl. 56 fr.) und nach Abschlag der zeitlichen Befreiungen 126,303 fl. 58 fr. G. M.

des inneren Stadtbezirkes für sich (S. die geb. Auszüge aus den Sitz. Prot. S. 90, 140, 179, meine Gesch. der Heil- und Hum. Anst. S. 341 — 5). Er behielt auch den Leichenhoffond (1850 mit 10,326 fl. 44 kr. C. M. Kapital, es waren aber für die Erweiterung 4280 fl. zu zahlen) und den Bürger-Versorgungsfond (Ende 1850 mit 30,015 fl. C. M.). Auch die Jahrmärkte blieben der inneren Stadt und Altbrunn.

Nur den Mitgebrauch des Stadtwappens und Siegels, wie es vom Ferdinand III. verliehen worden, und theilweise des Rathhauses gestattete man der neuen Stadtgemeinde; über den Titel k. Landeshauptstadt Brunn kam es aber zu einem Konflikte, der an eine Ehrenbeleidigung streifte (Auszüge S. 124 — 125).

Die Militär-Bequartirung blieb wie bisher in der Art getrennt, daß die Stadt das stabile, die Vorstädte das trafenne unterzubringen haben.

Die Einführung eines Zuschlages zur Erwerb- (sie trug 1850 in Brunn nur 39,186 fl.) und Hauszinssteuer, einer Collienmaut, eines Aufschlages auf Zucker und Caffee, von Luxussteuern, einer Fremden- und einer Hunde-Taxe u. a., kam zwar in Verhandlung, um die ohne eigene Kräfte in die Welt gesetzte Gemeinde in den Stand zu bringen, ihren dürftigen Haushalt zu ordnen, jedoch nicht zur Ausführung (S. die gedruckten Auszüge aus den Sitzungs-Protokollen des Gemeinde-Ausschusses der k. Landeshauptstadt Brunn vom Jahre 1851 bis 1856, Brunn 1857).

Die Beschränkung des Erfordernisses auf das Aeußerste wurde übrigens nur durch den Beschluß des Gemeinde-Ausschusses vom 24. Februar 1851 Z. 100 möglich, die Erhaltung der Lokal-Polizei-Anstalten (Reinigung der Straßen, Unterhaltung der Straßen und des Pflasters, der nächtlichen Beleuchtung, Canäle, Wasserleitungen und Feuerlösch-Anstalten) für dermal, so lange nämlich die Kräfte der vereinten Gemeinde nicht ausreichen, diese ihr im §. 91 der G. D. übertragene Verpflichtung selbst zu besorgen, den bisher Verpflichteten gegen Bezug der hiefür bestimmten Dotationen zu überlassen (deßhalb behielt auch der innere Stadtbezirk den einen Zinskreuzer). Später wollte zwar die Gemeinde die Polizei-Anstalten vom 1. November 1852 an, außergewöhnliche Auslagen aber gleich damals übernehmen (Beschluß vom 28. Mai 1851), der erste Bezirk machte aber dagegen Einsprache und es wurde auch der bisherige Stand hinsichtlich der Besorgung der Lokal-Polizei und der Bestreitung der damit verbundenen Kosten bis zur Erlassung der in Aussicht gestellten neuen Städteordnung belassen und neßbei auch mit der Entscheidung über die Vermögensansprüche seitens der großen Gemeinde an die Bezirke sistirt (Statthaltdkt. 28. September 1852 Z. 5835).

Das Erforderniß der vereinten Gemeinde nahm aber bald beträchtlich zu, als sie für die Lokalitäten und Einrichtungssachen der neuen Handels- und Gewerbekammer zu sorgen hatte, für die Lokalitäten, Einrichtungsstücke und

Lehrmittel der neuen Ober-Real-*schule* in hervorragender Weise Sorge trug, als sie das Volksschulwesen durch angemessene Besoldung der Lehrer (gegen Einziehung der Schulgelder) und ihre ansehnliche Vermehrung ¹⁾ förderte, Wasserleitungen, Straßen, Brücken, Canäle, einen neuen großen Friedhof in Obrowitz u. a. herstellte, nach allen Seiten Akte patriotischer Hingebung und Wohlthätigkeit übte, ihr Verwaltungspersonal vermehren, auf die Polizeiwache mehr aufwenden mußte, Realitäten ²⁾ zu nöthigen und nützlichen Zwecken erwarb u. s. w. ³⁾

¹⁾ Der Beschluß des Gemeinbeausschusses vom 4. September 1853 rücksichtlich der Volksschulen ist so denkwürdig und auch in ökonomischer Beziehung so einflußreich, daß wir ihn hier mittheilen wollen. Er lautet: Ueber die Anträge des Gemeinderathes bezüglich der Regelung des Volksschulwesens in Brünn und zwar:

1. Vermehrung der gegenwärtig bei allen Schulen vorhandenen 35 Lehrzimmer auf 48 zur anstandslosen Unterbringung von 4814 schulfähigen Kindern;

2. Errichtung von dritten Klassen in den Volksschulen in Altbrünn, Laderwiese und große Neugasse und Verwandlung dieser, dann der Schulen zu St. Jakob und in der Vorstadt Kröna in Pfarrhauptschulen;

3. Errichtung einer höheren Mädchenschule von 3 Klassen, Miethung der erforderlichen Lehrzimmer und Bestellung eines Oberlehrers, zweier Unterlehrer und einer Industriellehrerin;

4. Bestimmung fester Gehalte für das Lehrpersonale und zwar für die Oberlehrer an den Pfarrhauptschulen und der Mädchenschule mit 600 fl. und an den Trivialschulen mit 500 fl. nebst Naturalwohnung, für den ersten Unterlehrer an der Mädchenschule mit 400 fl., für den zweiten Unterlehrer und die Industriellehrerin, dann 8 Unterlehrer erster Kategorie an den Volksschulen mit 300 fl., für 8 Unterlehrer zweiter Kategorie mit 250 fl., für eben so viele dritter Kategorie mit 200 fl. und vierter Kategorie mit 150 fl. C. M.;

5. Einhebung des Schulgeldes aus allen Volksschulen für die Gemeinde und Abfuhr an die Gemeinbekassa;

6. Einflußnahme der Gemeinde bei Anstellungen des Lehrpersonales;

7. Ueberwachung des Schulunterrichtes und des Schulbesuches durch eine hiezu ernannte Kommission und

8. Bestellung eines Herrn Gemeinderathes zum Schulreferenten, —

und über die Mittheilung des Herrn Bürgermeisters über die mittlerweile von dem hohen k. k. Unterrichtsministerium mit Dekret vom 3. August 1853 Z. 7285 mit einigen Modifikationen erfolgte Bestätigung des vorgelegten Organisations-Entwurfes wurden die Anträge des Gemeinderathes bezüglich der Volksschulen mit der Modifikation zum Beschlusse erhoben, daß die Organisirung sogleich in Angriff zu nehmen und bei Herstellung oder Mieth von Unterrichtslokalitäten die gesetzliche Conturrenzpflicht der Patrone und der eingeschulten Gemeinden in Anspruch zu nehmen sei, bezüglich der Mädchenschule aber der Gemeinderath die Verhandlung fortzuführen habe (Sitz. Prot. S. 160—162). Sie führte bisher zu keinem Erfolge, hauptsächlich weil der Bau und die Einrichtung der Oberrealschule die Kräfte der Gemeinde sehr in Anspruch nahm.

²⁾ Gekauft wurden der St. Jakobs-Pfarrgarten zum Baue der Real- und beziehungsweise Mädchen-Schule, das abgebrannte städt. Malz- und das milschiczelsche Haus zum Baue der Realschule, das städt. Waschhaus zur Unterbringung der neuen Zementirungs-Anstalt,

Um allem dem nachkommen zu können, würde es ungerathet des beträchtlichen Steigens der Einnahme vom Verzehrungssteuer-Gemeindezuschlag und Zinskreuzer nöthig, neue Quellen zu eröffnen. Es wären dies

1. die Einführung der Getreide-Einschreibgebühr von 1 fr. vom Regen der auf den hiesigen Wochenmärkten zum Verkaufe gelangenden 10 Getreidegattungen und von Graupen (Beschluss vom 16. Okt. 1851, genehmigt von der Kreisregierung am 24. Okt. 1851 Z. 12880. Aus Anlaß des Real-

die Polizeiwach-Kaserne und die rasirten Bäder-Läden auf dem großen Plage. Für die Brandstelle, auf 35,000 fl. geschätzt, erhielt der 1. Bezirk 37,000 fl. C. M., für das Waschhaus, welches bei 100 fl. Zins gab, 7000 fl. C. M., für die Polizei-Kaserne 12000 fl. C. M.

2) Für die Wirksamkeit der vereinten Gemeinde in der kurzen Dauer ihres Bestandes bei beschränkten Mitteln spricht wohl nichts mehr, als die zur Kenntniß der Bevölkerung Brünns gebrachte nachfolgende Uebersicht:

A n s a z z

aus dem Sitzungsprotokolle des Gemeinde-Ausschusses der I. Landeshauptstadt Brunn vom
22. November 1859.

Angenommen den 13. Dezember 1859.

Der Bericht der Finanz-Sektion, womit eine Uebersicht über die hervorragenden Konten der Gemeindevermögensgebarung vom Beginne des Verwaltungsjahres 1851 bis zum Schluß des Verwaltungsjahres 1859 vorgelegt wurde, ist zur Kenntniß genommen und hierüber beschlossen worden, die in demselben enthaltene Darstellung sowohl durch die Landeszeitung, als auch durch eine in Druck zu legende und an sämtliche Hausbesitzer zu vertheilende Rundmachung zu veröffentlichen.

Nach dieser Darstellung sind in dem erwähnten Zeitraum neben den bedeutenden laufenden Auslagen für die innere Verwaltung, für Lokalpolizei, Wohlthätigkeits- und Lehranstalten sehr namhafte Beträge verausgabt worden, worunter die bisherige Dotation der Versorgungsanstalten

die Kosten der Realschule	222,952 fl. 95 fr.
jene des Sicherheitsfonds	211,811 „ 85 „
die Kosten der Realschule	67,470 „ 95 1/2 „
die Kosten der Volksschulen	67,656 „ 72 „
Rebilitamente für Arme	16,971 „ 37 1/2 „
Gehalte des Sanitätspersonales	12,153 „ 74 1/2 „
die Kosten der Versorgung unterthanloser Kinder	6,551 „ 55 1/2 „

betragen.

Uebrigens sind öffentliche Zwecke realisiert worden, welche durch nachstehende, aus den vorhandenen Rechnungen geschöpfte Ansätze des Ausgabe-Budgets beleuchtet werden.

Gewerbekammer	2364 fl. 15 fr.
Herstellungen in den früheren Realschullokalitäten	2786 „ 48 „
Herstellungen in der Ursuliner Mädchenschule	858 „ 99 „
für Lehrmittel	1176 „ 98 „
zusammen	4772 fl. 45 fr.

(schulbaues wollte man sie auf 3 fr. erhöhen, was jedoch nicht durchging, vielmehr verordnete das Ministerium 1859 die Auflösung dieser 6 — 7000 fl. betragenden Gebühr);

Herstellungen von Communicationsmitteln, und zwar:

der Schreibwälder Fahrbrücke und des Gehsteiges	3938 fl. 68 fr.
„ Straße in der Oberzeil	2417 „ 95 „
„ Synbeis'schen Brücke über den Schwarzawa-Mühlgraben	2437 „ 24 „
„ Josephstädter Straße und Brücke	1002 „ 19 „
„ Straße auf der Spitalwiese	3308 „ 77 „
„ Schwabengasse-Straße	2098 „ 54 „
„ Obrowitzer Mühlgrabenbrücke	1692 „ 60 „
„ Straße in der Lackerwiese	1470 „ 24 „
„ Mühlgrabenbrücke in der Lackerwiese	1793 „ — „
zusammen	20154 fl. 21 fr.

Errichtung des Ugartestraßen-Kanals	7988 fl. 21 fr.
der Badehütten	558 „ 30 „
des Obrowitzer Friedhofes	19935 „ 30 „
der Speisehalle	1127 „ — „
zusammen	29,663 fl. 81 fr.

Ankauf von Realitäten, und zwar: für die von dem Ausschusse des 1. Gemeindebezirktes um 38,850 fl. angekauften Stadthäuser Nr. 463 und 464 (das ehemalige Malzhans) auf Abschlag des Rauffschillings	19950 fl. — fr.
für den St. Jakobs-Pfarrgarten (1860 um 20000 fl. wieder verl.)	14715 „ 75 „
für das zur Zimentirungsanstalt adaptirte Haus Nr. 63 der Vorstadt Bädengasse sammt Baukosten und Zimentirungs-Requisiten	16051 „ 75 „
für die Bäderläden um das Hauptwachgebäude am großen Plage (welche rasirt wurden)	3150 „ — „
zusammen	58867 fl. 50 fr.

Wasserleitung in die Vorstädte	41555 „ 90 „
--	--------------

W o h l t h ä t i g k e i t s a n l a s s e:

Aus Anlaß der Anwesenheit Ihrer k. k. Majestäten, zur Auslösung von Pfändern	1050 fl. — fr.
aus demselben Anlasse dem wohlthätigen Männervereine	1050 „ — „
der Rettungsanstalt für verwahrloste Jugend	1050 „ — „
der Franz-Joseph-Stiftung für Hilfsarbeiter	1050 „ — „
Dotirung der Suppenkoch-Anstalt	1050 „ — „
Unterstützung der Armen aus Anlaß der glücklichen Entbindung Ihrer Majestät der Kaiserin	1050 „ — „
Subvention dem Klosterspitale der barmherzigen Brüder	1575 „ — „
Kronprinz-Rudolf-Stipendien-Stiftung für Realschüler	3780 „ — „
zusammen	11655 fl. — fr.

2. die Einführung eines zweiten Zinskreuzers in der Stadt und den Vorstädten (Beschluss vom 7. Nov. 1851)¹⁾ und später eines dritten Zinskreuzers (Beschluss vom 20. Oktober 1853);

I m A l l g e m e i n e n :

Für Feststellungen und Festlichkeiten aus Anlaß der Anwesenheit Ihrer k. k. Majestäten in den Jahren 1852, 1854 und 1854	15149 fl. 27 kr.
Beitrag zum Botiv-Kirchenbau	1050 „ 50 „
für beige stellte Armeepferde 1859	4097 „ — „
Auslagen für die mährischen Freiwilligen 1859	1280 „ — „
zusammen	185559 fl. 29 kr.

Uebrigens wurde dem 1. Gemeindebezirke das zur Unterbringung der k. k. Militär-Polizeiwache bestimmte Haus Nr. 242 um den in 10 Jahresraten zahlbaren und mit 5 pct. verzinslichen Kaufschilling von 12600 fl. öst. W. abgekauft.

Zum Baue des zunächst zur Unterbringung der k. k. Oberrealschule bestimmten Communalhauses Nr. 463 und 464 der Johannesgasse wurde bei der ersten mährischen Sparkassa ein Anlehen gegen 5% Verzinsung und 2% Kapitalrückzahlung im Betrage von 157500 fl. ö. W. effectuirt; nachdem jedoch die vertragsmäßigen Baukosten den Betrag von 174950 fl. erreichen, die innere Einrichtung aber einen Kostenaufwand von 9961 fl. 10 kr. erfordert, so wird im Entgegenhalte dieser Summe zum obigen Anlehen der Mehraufwand von 27351 fl. 10 kr. reell aus Communalmitteln bestritten.

Uebrigens verfügt die Gemeindeverwaltung im gegenwärtigen Momente über einen Cassabestand von 57,689 fl. 18 kr. ö. W. in Barem, und 46390 in Obligationen, und zwar in Pamatten à 2 % 1230 fl., Pamatten à 2½ % 6430 fl.; in Staatsschuldschreibungen à 3½ % 4030 fl., Staatsschuldschreibungen à 5 % 2670 fl.; Metalliques à 5 % 3000 fl.; Staatsschuldschreibungen vom J. 1854 (verlosbare) 1750 fl. National-Anlehens-Obligationen 27280 fl.; zusammen 46390 fl. ö. W.

¹⁾ Es war dies bei der Festsetzung des Präliminars für 1852, das wir hier mittheilen weil es den Haushalt im ersten vollen Jahre der neuen Gemeinde zeigt:

I. B e d e u n g.

1. Standgelber — keine.
2. Marktbolletengebühren werden mit 923 fl. ö. W. eingestellt.
3. Gelichtsgebühren 1117 „ „
4. Bürgerrechtstagen 300 „ „
5. Aufnahme in den Gemeindeverband 800 „ „
6. Polizei-Einflüsse 222 „ „
7. Polizeifonds-Interessen — „ „
8. Zinskreuzer 24900 „ „
indem zugleich beschlossen wird, für das kommende Jahr 1852 den zweiten Zinskreuzer in der Stadt und in den Vorstädten einzuheden, und hievon der k. k. Kreisregierung Bericht zu erstatten, so wie diesen Beschluß motivirt in der Zeitung zu veröffentlichen und dem Publikum das Präliminar extractive kundzumachen
9. Verzehrungssteuer-Zuschlag 46600 fl. ö. W.
10. Einkommensteuer-Gemeindezuschlag 5000 „ „
11. Diensttagen 2800 „ „

3. politische Taxen oder Taxen für politische Geschäftssäfte abnehmen (Beschlüsse vom 16. Okt. und 7. Nov. 1851).

Unter den größtentheils erfolglosen Bemühungen und Kämpfen der vereinten Gemeinde, die Bedeckung für ihre Bedürfnisse aufzubringen und den ihr von der Gemeindeordnung auferlegten, jedoch wegen Unzulänglichkeit der Mittel nur theilweise übernommenen Verpflichtungen nachzukommen, mußte sich von selbst das Bedürfnis fühlbar machen, das Vermögen der Bezirke für die Erhaltung

12. Einschreibgebühren vom Getreide	4500 fl. C. M.
13. Politische Taxen	1000 „ „
14. Schubbeförderungs-Ersatz	50 „ „
15. Miete der Polizei-Wachstube	60 „ „
16. Waggelälle; diese Rubrik ist ins Präliminar ohne Ziffer einzustellen, und der Gemeinderath anzugeben, die Durchführung der deshalb schwebenden Veranlagung bei der k. Regierung zu befördern.	

Es ergibt sich sonach die Gesamtsumme der genehmigten Bedeckung mit 88,272 fl. C. M.

II. E r f o r d e r n i s s.

1. Verwaltungspersonal	30960 fl. C. M.
2. Funktionsgebühren für die Gemeinderäthe	— „ „
Da dieselben ihre Thätigkeit dem Interesse der großen Gemeinde ohne Anspruch auf ein Entgelt auch fernerhin widmen wollen.	
3. Remunerationen und Anshilfen	700 „ „
4. Kanzleianslagen	5005 „ „
5. Reiseloßen und Diäten	200 „ „
6. Sanitätsanslagen	18481 „ „
7. Sicherheitsanslagen	22155 „ „
8. Schubbeförderungsloßen	600 „ „
9. Konstriptions- und Rekrutierungsloßen	100 „ „
10. Unterhalt der Gefänglinge	600 „ „
11. Schulanslagen	3000 „ „
12. Auslagen für die Handelskammer	400 „ „
13. Außerordentliche Auslagen	4000 „ „
14. Unvorhergesehene Auslagen	6000 „ „
15. Beitrag für den Männerverein	300 „ „
16. Passiv-Kapitalien. Dem Gemeinderathe Herrn Baner ist der zur Fundirung der Gemeindefassa vorgeschossene Betrag per	3000 „ „

zurückzustellen.

Die Gesamtsumme des Erfordernisses stellt sich demnach mit 95501 „ „
heraus, während die Bedeckung 88272 „ „
ergab, daher ein Defizit von 7229 „ „
resultirt.

der Gemeinbeanstalten angemessen heranzuziehen und beziehungsweise zu diesem Zwecke eine Vereinigung, vor Allem der Verwaltung, anzustreben.

„Sobald einmal (heißt es im gedruckten Vortrage des Gemeinderathes an den Gemeindeauschuß vom 23. Dezember 1850 S. 17) Sonder-Interessen der Bezirke anerkannt und legalisirt waren, mußten die Bezirksausschüsse diese Sonderinteressen in der möglichsten Fernhaltung der Verwendung ihres Vermögens zu allgemeinen Gemeinbezwecken in einer oft übertriebenen Sonderung von der Gemeinde wahrzunehmen suchen, welche endlich zu der Anschauung führte, daß die Gemeinde-Representanz von den Bezirksausschüssen als ein den Bezirken ganz fremdes, ja ihnen feindselig gegenüber stehendes Element, betrachtet und behandelt wurde.

Die Weigerung des ersten und vierten Gemeindebezirkes, auch nur jenen Theil der in ihrem Besitze befindlichen Einnahmequellen, welcher zur Deckung des Aufwandes der Lokal-Polizeianstalten diene, auf Grund des §. 4 der prov. Gemeindeordnung zu übergeben, führte mehrfache Collisionen und Beschwerden herbei, welche zuletzt durch den Erlaß des k. k. Herrn Statthalters ddo. 28. September 1852 Z. 5835 niedergeschlagen, aber nicht definitiv entschieden, sondern

Da jedoch mit Schluß des Milit.-Jahres			
1851 eine Kassabaarschaft von	.	.	12592 „ „
verblieb und an Marktkolletengebühren	.	.	400 „ „
dann an Einkommensteuer-Gemeinbezugschlag circa	.	.	2500 „ „
<hr/>			
rückständig sind, somit ein Rechnungsrest von	.	.	15492 „ „
sich ergibt, wovon pro conto des Jahres 1851	.	.	
nur	.	.	3550 „ „
<hr/>			
zu decken sind, so bleibt noch ein Kassastand von	.	.	11942 „ „
welcher, durch Deckung des Defizits pro 1852	.	.	
mit	.	.	7229 „ „
<hr/>			
verwendet, einen fernern Ueberschuß von	.	.	4713 „ „
Conto. Münze zeigt (aus den gedr. Auszügen der Sitzungsprotokolle S. 86).			

Am 11. November 1851 wurde beschlossen: Das Präliminar (ebenda S. 89) für das Verwaltungsjahr 1852 abzuschließen, jedoch am Ende desselben einen Zusatz zu machen, worin alle Auslagen, welche der großen Gemeinde bevorstehen, aber wegen nicht möglicher Ermittlung der Höhe im Präliminar nicht angeführt werden konnten, wohl aber Gegenstand der Verathung sind, als: Regulirung der Marktpolizei (Marktaufscher); Organisirung der Volksschulen und Dotirung der Lehrer; Kanalisirung der Wasser- und Straßenabzugs-Gräben in mehreren Vorstadtbezirken; Dotirung der Exekutiv-Organen für die Bezirksvorstände, namentlich für jene, welche keine Fonde hiezu besitzen; Auslagen für die Gensdarmmerie, Vermehrung des Bauamtspersonals und der Diurnisten; Vermehrung und Gehaltserhöhung der Polizeiwachmannschaft; Erhöhung der Krankenhauseinrichtung, — angeführt und wegen Deckung dieser Auslagen auf die Ausfindung neuer und Bindizirung jener Einnahmequellen gewiesen werden soll, von der großen Gemeinde aus dem Titel der übernommenen Lasten in Anspruch genommen werden.

nur durch die prov. Bestimmung beseitigt wurden, daß jeder Bezirk seine Lokal-Polizeianstalten selbstständig und auf eigene Kosten besorgen, dagegen aber in dem ruhigen Besitze jenes Vermögens bleiben solle, welches er bis dahin besessen hat.

Welche Nachtheile diese den §. 91 der prov. G. O. beinahe suspendirende Verfügung für die Entwicklung und Fortbildung der Gemeindevorstände hatte, braucht nicht erst näher erörtert zu werden, weil die fast täglich fühlbaren Schwierigkeiten, die aus diesem Verhältnisse erwachsen, dem löblichen Gemeinde-Ausschuße aus vielfältigen Anlässen hinreichend bekannt sind.

Es genüge hier die Andeutung, daß durch dieses Provisorium der Gemeinderath in Bezug auf die Polizeianstalten der Bezirke bloß die Stellung einer überwachenden Behörde einnimmt, daß er aber nicht jenen belebenden Einfluß ausüben kann, welcher aus der Selbstbestimmung und aus dem Zusammenhange jeder einzelnen Lokal-Anstalt mit den allgemeinen Gemeinde-Interessen hervorgeht.

Die mehrfachen Uebelstände aus der getheilten Besorgung der Lokal-Polizeianstalten und die Unthunlichkeit der Centralisirung dieser Leistung bei getrennter Vermögensverwaltung veranlaßten den Gemeinde-Ausschuß schon unterm 8. April 1852 Z. 88 eine allerunterthänigste Petition an Se. k. k. Apostolische Majestät zu richten, damit bei Reorganisirung der Gemeinde das Princip der einheitlichen Verwaltung der Communal-Angelegenheiten und des für Communalzwecke bestimmten Vermögens allergnädigst berücksichtigt werde.

In ähnlicher Weise ist der Gemeinde-Ausschuß unter dem 23. Juni 1854 Z. 69 bei dem hohen k. k. Ministerium des Innern um Centralisirung der Gemeinde-Verwaltung eingeschritten.

Beide diese Petitionen, so wie der, gegen den Erlaß des k. k. Herrn Statthalters ddo. 25. Jänner 1854, wodurch der dormalige 1. Gemeindebezirk als mit der vormaligen k. Stadt Brünn identisch erklärt, und das von letzterer besessene Vermögen dem Bezirke zugesprochen wurde, unterm 14. Februar 1854 Z. 367 eingebrachte Ministerial-Refurs sind bisher noch unerledigt und es dürfte deren Erledigung erst mit der neuen definitiven Gemeindeordnung zu gewärtigen sein.

Wenn nun die dormaligen bloß provisorischen Zustände, aus welchen daher auch Niemand einen Rechtsanspruch auf fernere Belassung des faktisch Bestehenden ableiten kann, definitiv geregelt werden sollen, so muß vor Allem der §. 91 der prov. Gemeindeordnung eine Wahrheit werden; denn das eigentliche Wesen der Gemeinde besteht ja fast ausschließlich in der Besorgung der Lokal-Polizei-Anstalten, in ihrer weitesten und edelsten Bedeutung. Hört diese Besorgung im Wege der Selbstbestimmung auf, so pulst auch nicht mehr das Gemeindeleben, und man kann jener Behörde, welche — wie z. B. dormal der Gemeinderath — bloß mit der Ueberwachung und Oberleitung der Polizeian-

halten betraut wird, in dieser Richtung nicht mehr die Stellung der Gemeinderrepräsentanz, sondern nur einen bureaukratischen Wirkungskreis zuerkennen.

Die eigene Besorgung der Lokalpolizeianstalten ist aber, wie die bisherige traurige Erfahrung zeigt, unthunlich, wenn nicht auch die Verwaltung des Gemeindevermögens in einer Hand concentrirt wird.“

Diesen Bemerkungen des Gemeinderathes ist, um die Sache klarer zu machen, Folgendes beizufügen.

Nach angeblich reiflicher Ueberlegung faßte der Gemeinde-Ausschuß der ehemaligen k. brünner Stadtgemeinde am 22. Jänner 1851 und übereinstimmend damit der an seine Stelle getretene Bezirksausschuß der inneren Stadt am 11. März 1851 den Beschluß, daß das gesammte Vermögen der ehemaligen k. brünner Stadtgemeinde als Corporationsvermögen ein Eigenthum der Besitzer der bis dahin innerhalb der Ringmauern der inneren Stadt bestehenden bürgerlichen Häuser, dann aller bis dahin vorhandenen Bürger und nach Absterben beider Kategorien ein Corporationsvermögen der Besitzer der bis dahin bestandenen bürgerlichen Häuser innerhalb der Ringmauern bilden soll ¹⁾.

¹⁾ Dieser Beschluß ist so merkwürdig, daß wir die einschlägige Kundmachung vom 11. März 1851 Nr. 396 oec. vollständig mittheilen müssen.

Durch die von Sr. k. k. Majestät für Brunn Allerhöchst genehmigte provisorische Gemeindeordnung vom 21. Juli 1850 ist die Landeshauptstadt Brunn mit dem Spielberge und allen Vorstädten als eine einzige selbstständige Ortsgemeinde erklärt, und die bis dahin bestandene, auf den Burgfrieden (die Ringmauern) der innern Stadt Brunn eingeschränkt gewesene k. Brünner Stadtgemeinde aufgelöst worden.

Diese Umgestaltung der Gemeindeverhältnisse Brunn's hat die Bürgerschaft der ehemaligen k. Brünner Stadtgemeinde veranlaßt, bei dem Gemeindeausschuße derselben eine Petition ddo. 16. Dezember 1850 des Inhaltes einzubringen, damit bei dem Aufhören des alten unter der Bezeichnung „der königl. Stadt Brunn“ bisher bestandenen Gemeindeverbandes auch das vorhandene Vermögen der alten Stadtgemeinde gewahrt und denjenigen, denen es rechtlich gebührt, für alle Zeiten gesichert und erhalten werde.

Der Gemeindeausschuß, durch den Beschluß des zwischenweilig in Wirksamkeit getretenen Bezirksausschusses der inneren Stadt Brunn vom 31. Dezember 1850 zur Durchführung dieser Verhandlung ermächtigt, hat die obige Petition der Bürgerschaft in Verathung genommen, und nach reiflicher Erwägung und erlangter Ueberzeugung — „daß die ehemalige Stadtgemeinde der königlichen Hauptstadt Brunn lediglich aus der Gesammtheit der Bürger derselben und der Besitzer von bürgerlichen Häusern bestand, und daß nach erfolgter Auflösung dieser Stadtgemeinde das Vermögen derselben wieder nur an ihre Glieder, nämlich die Gesammtheit der Bürger und die Besitzer der bürgerl. Häuser zurückfallen und ein Vermögen dieser Corporation zu verbleiben habe“ — am 22. Jänner 1851 wörtlich folgenden Beschluß gefaßt:

1. „Das gesammte Vermögen der nunmehr aufgelösten ehemaligen k. Brünner Stadtgemeinde bildet als Corporationsvermögen ein Eigenthum der Besitzer der bis heute innerhalb des Burgfriedens (der Ringmauern) der inneren Stadt Brunn bestehenden bürgerl. Häuser, dann aller Bürger Brunn's, welche bis zum heutigen Tage mit dem Bürgerrechte der ehemaligen k. Hauptstadt Brunn theilhaftig worden sind und welche als solche bis zum heutigen Tage den vorgeschriebenen Bürgereid abgelegt haben.“

Da gegen diesen Beschluß mehrere Gemeindeglieder und Hausbesitzer des 1. Gemeindebezirkes (innere Stadt) einen Protest einbrachten, andererseits aber der Bezirks-Ausschuß bei dem Ministerium dessen Bestätigung ansuchte, wurde von der Kreisregierung der Ausschuß der vereinten Gemeinde zur Aeußerung

„Nach Absterben dieser eben bezeichneten Bürger dann der dormaligen Besitzer von bürgerl. Häusern in der inneren Stadt Brunn hat das Vermögen der ehemaligen Stadtgemeinde Brunn ein Corporationsvermögen der Besitzer der bis heute bestehenden bürgerlichen Häuser innerhalb des Burgfriedens der inneren Stadt Brunn zu verbleiben.“

2. „Um der bisherigen Widmung dieses ehemaligen Communal- und Corporations-Vermögens die gebührende Rechnung zu tragen, werden alle jene Bestandtheile dieses Vermögens, welche ihrer Natur nach den Charakter der Oeffentlichkeit an sich tragen, dem nunmehrigen aus der Anordnung der neuen Gemeindeordnung hervorgegangenen Bezirke der inneren Stadt Brunn mit der ausdrücklichen Bestimmung belassen, daß die Erträgnisse dieser Vermögensbestandtheile für alle zukünftige Zeiten ausschließlich nur für die öffentlichen Bedürfnisse des dormaligen Bezirkes der inneren Stadt Brunn, es möge derselbe in der Folge was für eine politische Gemeintheilung, Benennung oder Abgränzung erhalten, verwaltet und verwendet werden müssen.“

„Dagegen haben alle übrigen den Charakter der Oeffentlichkeit nicht an sich tragenden Vermögens-Entien ein Corporations-Eigenthum der im 1. Absätze bezeichneten Bürger und Besitzer von bürgerl. Häusern der innern Stadt Brunn für alle Zukunft zu verbleiben, mit der Bestimmung, daß aus den Erträgnissen dieses Corporations-Vermögens zunächst jene öffentlichen Bedürfnisse des Bezirkes der inneren Stadt Brunn, welche derselbe aus den ihm hier eingeräumten Mitteln und aus dem in der Folge allenfalls anderweitig zu erwerbenden Vermögen zu bedecken nicht vermag, dann allenfällige Auslagen zu wohlthätigen und gemeinnützigen Zwecken — suppletorisch zu bestreiten sind; während der Ueberrest zur Sublevirung der Eigenthümer dieses Corporations-Vermögens in den sie treffenden Umlagen zur großen Gemeinde verwendet werden soll, insoferne diese Umlagen auf eine directe Steuer gelegt werden, welche von dem Besitze eines der in der inneren Stadt gelegenen Häuser, oder von einem bürgerl. Erwerbe bezahlt wird.“

„Der hiernach etwa noch verbleibende Ueberrest an Erträgnissen des Corporations-Vermögens wird dem Stamme desselben einverleibt.“

3. „Die Verwaltung und Berechnung des dem Bezirke der inneren Stadt Brunn belassenen Vermögens, so wie des Vermögens der Corporation der Bürger und Besitzer bürgerl. Stadthäuser soll vor der Hand von dem Bezirksausschuße der inneren Stadt Brunn besorgt werden; es ist jedoch jede dieser Vermögens-Substanzen in abgesonderter Evidenz und Rechnung zu führen, und das Resultat der Verwaltung alljährlich abgesondert darzustellen.“

„Doch wird hinsichtlich der Verwaltung des Corporations-Vermögens der ausdrückliche Vorbehalt gemacht, daß den Eigenthümern desselben freigestellt bleibt, im Falle einer dem oben ausgebrachten Zwecke dieses Vermögens nicht entsprechenden Gebahrung mit demselben, oder bei einer etwa eintretenden Abänderung der Gemeindeordnung in Betreff des Bestehens des Bezirksausschusses, oder aus sonst wichtigen Gründen — über die Verwaltung dieses Corporations-Vermögens eine andere zweckdienliche Verfügung zu treffen und im geeigneten gesetzlichen Wege zu bewirken.“

Dieser Beschluß ist dem Ausschuße des Bezirkes der inneren Stadt Brunn zur weiteren Durchführung übergeben worden.

In Anerkennung des diesem Beschlusse zu Grunde liegenden, auf dem Rechte und der historischen Entwicklung des Bürgerthumes der Stadt Brunn basirten Grundsatzes kann

aufgefordert (26. Jänner 1852). Hiedurch sowohl als in Folge der Absendung einer Deputation des 1. Gemeindebezirkes nach Wien mit Vorschlägen über die künftige Constituirung der Gemeinde-Repräsentanz, welche eine noch viel schroffere Durchführung der Bezirks-Eintheilung bezweckten, sah sich der Ausschuss der vereinten Gemeinde seinen Committenten, der Gesamtheit der Gemeindeglieder gegenüber, verpflichtet, die möglichste Einheit in der Verwaltung der Communal-Angelegenheiten anzustreben. Er stellte daher in der Aeußerung über den erwähnten Vermögens-Beschluss (welcher die von mir gegebenen historischen Erläuterungen über das Entstehen des Vermögens der Stadt Brünn beigelegt wurden) die Bitte an die Kreisregierung, zur endlichen Regelung der Gemeinde-Verhältnisse mit Rücksicht auf das Gemeindevermögen eine Commissions-Berhandlung unter Beziehung aller Betheiligten einzuleiten. Sie wurde aber nicht als nöthig erkannt, als der Bezirks-Ausschuss der inneren Stadt seinen Beschluss vom 11. März 1851 zurüdnahm (Erlass der k. k. Statth. 8. Sept. 1852 Z. 4146), was zwar der Gemeinde-Ausschuss zur Kenntniss nahm, ohne sich jedoch seiner Ansprüche, welche er bezüglich der Vermögensfrage erhoben, zu begeben (19. Oct. 1852). Er machte auch keine Einwendung (29. Juli 1853) als der Bezirksauschuss der inneren Stadt ein großes schönes Zinshaus nächst dem Franzensberge (an Stelle des ehemaligen städt. Malzhäuses u. a.) mit mehr als 300,000 fl. C. M. Kosten baute und zu diesem Zwecke die a. h. Bewilligung (11. Nov. 1853) erwirkte, die der k. Stadt Brünn gehörigen Güter Gurein, Krizinkau und Wohančiz mit 180,000 fl. zu belasten, und dem 1. Gemeindebezirke die Baustellen Nr. 23 und 24 grundbücherlich zuschreiben ließ.

der Bezirksauschuss der inneren Stadt Brünn nicht anders, als den vorliegenden Beschluss des besaunden Gemeindevorstandes vom 22. Jänner 1851 Z. 156 oec. als vollkommen rechtskräftig anzuerkennen, in Folge dessen der Bezirksauschuss der inneren Stadt unterm 11. März 1851 Z. 396 oec. einhellig beschlossen hat, diesem Beschlusse in allen seinen Punkten beizutreten, und ihn zum eigenen Beschlusse zu erheben, und demselben hiedurch jenen Grad der Stabilität und Unantastbarkeit zu gewähren, welcher zur Sicherung und Wahrung der Rechte der Bürgerschaft auf das ehemalige Communal-Vermögen der k. k. Brünner Stadtgemeinde im Einklange mit der hierauf gerichteten Petition der Bürgerschaft vom 16. Dezember 1850 nothwendig ist.

Der Ausschuss des Bezirkes der inneren Stadt Brünn gibt nun diesen Beschluss allen hiebei betheiligten Hausbesitzern der inneren Stadt und allen dormaligen Bürgern der Stadt Brünn zu dem Ende bekannt, damit sie von demselben die vollständige Kenntniss erlangen, und ihm allenfalls durch ihre Mitfertigung beitreten, zu welchem Zwecke dieser Beschluss im Bureau des Stadtrathes Steiner im 2. Stocke des vorderen Rathhaus-Gebäudes bereit erliegt.

Vom Bezirksauschusse der inneren Stadt

Brünn am 11. März 1851.

Der Vorstand:
Dr. Stella.

Als jedoch der Bezirks-Ausschuß die landtäfelliche und grundbücherliche Zuschreibung der der k. Stadt Brünn gehörigen Landgüter, Realitäten und Grundstücke als Besitz des 1. Gemeindebezirkes ansprach und hiemit vom Bezirks- und Oberlandesgerichte abgewiesen wurde, führte der Ausschuß der vereinten Gemeinde (15. Nov. 1853) gegen die Entscheidung der Kreisregierung Beschwerde, durch welche der ruhige Besitz von den der k. Stadt Brünn gehörigen Realitäten durch den 1. Stadtbezirk bestätigt und theilweise die Berechtigung desselben zur Erwirkung des grundbücherlichen Eigenthums anerkannt wurde, und bat um unverrückte Aufrechterhaltung des status quo. Allein die k. k. Statthallerei erkannte (15. Jänner 1854), daß der Ausschuß des 1. Gemeindebezirkes de iure im Besitze der Gemeinderealitäten der k. Stadt Brünn ist und auf Grund dessen gab der oberste Gerichtshof (1854) dem Revisionsrefurse desselben bezüglich der Umschreibung der Realitäten, welche der k. Stadt Brünn zugeschrieben waren, Statt.

Hier ohne Erfolg ließ es sich der Ausschuß der vereinten Gemeinde anlegen sein, „zum Wohle der Gesamtbevölkerung Brünns die Beseitigung der getrennten und kostspieligen Verwaltung und die Aufhebung der prov. Gemeindeordnung anzustreben“ (Auszüge aus den Sitzungsprotokollen S. 108, 115, 117, 133, 158, 170 — 1, 175 — 7, 182). Es ist das Einschreiten bei dem k. k. Ministerium vom 23. Juni 1854, von welchem der Gemeinderath in seinem Vortrage spricht.

Die Sache ruhte, bis der Entwurf der neuen allgemeinen Gemeindeordnung vom 24. April 1859 erschien, der Gemeinde-Ausschuß aufgefodert wurde, sich wegen ihrer Anwendung auszusprechen. Derselbe entschied sich (20. September 1859) für die Revidirung der prov. Gemeinde-Ordnung vom 3. 1850, was nun der Gegenstand der weiteren Verhandlungen ist.

Der Haushalt der vereinten Gemeinde hatte inzwischen, obwohl sie noch lange nicht alle, und namentlich nicht die Polizei-Anstalten erhält, beträchtlich zugenommen. Denn es betragen (nach den gedruckten Rechnungsabschlüssen) in Conv. Münze:

	1856		1857		1858	
	fl.	fr.	fl.	fr.	fl.	fr.
I. die Einnahmen:						
a. reelle	174,730	49 ¹ / ₄	179,178	59	232,981	57 ¹ / ₄ ¹⁾
b. durchlaufende	34,910	7 ³ / ₄	8,427	12	17,320	20 ¹ / ₄
c. baarer Kassastand vom früheren Jahre	20,545	23 ² / ₄	13,457	7 ² / ₄	31,519	56 ¹ / ₄
zusammen	230,186	23 ² / ₄	201,063	18 ² / ₄	281,882	13 ² / ₄
II. die Ausgaben:						
a. reelle	196,260	12 ² / ₄ ²⁾	146,520	49	213,601	39 ¹ / ₄ ³⁾
b. durchlaufende	15,056	3 ² / ₄	12,829	28 ³ / ₄	19,189	22
c. Kapitalien: Verrechnung	5,413	—	10,193	4 ² / ₄	3,411	—
zusammen	216,729	16	169,543	22 ¹ / ₄	236,202	1 ¹ / ₄

Die Kapitalien (Obligationen) der Gemeinde vermehrten sich von 1856 bis zu Ende 1858 von 16,030 fl. C. M. und 11,690 fl. W. W. auf 35,400 fl. C. M. und 11,690 fl. W. W.

Im B. J. 1859 gingen (gegen das Präliminar von 174,509 fl.) 348,647 fl. und mit dem Kassareste 396,548 fl. d. W. ein (darunter das Darlehen von der Sparkasse für den Realschulbau von 126,000 fl., an Zinskreuzer 75,879 fl., an Verzehrungssteuer-Gemeindezuschlag 84,566 fl.), wurden 328,341 fl. beausgabt (25,231 fl. unvorhergesehene Auslagen, insbesondere aus Anlaß der Anwesenheit Ihrer k. k. Majestäten, des Krieges, der Einlösung der Bäckertäden auf dem großen Plage u. a, dann 10,912 fl. außerordentliche Auslagen) und blieben 68,207 fl. in der Kasse.

Nach dem vom Gemeinde-Ausschuße festgestellten Voranschlage für 1860 betragen

a. die Einnahmen:

1. Marktbolleten-Gebühren	1400 fl. d. W.
2. Markt-, Gerichts- und Polizeigebühren	3680 " "
3. Marktwach-Gebühren	1800 " "
4. Fackhaimgebühren (zu 5 kr. vom Eimer)	400 " "
5. Bürgerrechts-Laren	86 " "
6. Laren für die Aufnahme in den Gemeindevorband	504 " "
7. Interessen von Aktiv-Kapitalien . .	1886 " "
8. Zinskreuzer zu 5 kr. von jedem Gulden des Miethzinses	76000 " "
9. Verzehrungssteuer-Gemeindezuschlag .	70000 " "
10. 12½ % Gemeindezuschlag zur Einkommensteuer	6500 " "
11. Dienstitaren	28 " "
12. Getreide-Einschreibgebühr 1¾ kr. per Megen von dem auf dem Wochenmarkte verkauften Getreide	7000 " " ¹⁾
13. Politische Laren	1300 " "
14. Aufnahms-Laren und Schulgeld aus den Realschulen	4990 " "

Fürtrag . 175574 fl. d. W.

¹⁾ Mit dem Darlehen von 30,000 fl. aus der Sparkasse zum Realschul-Baue.

²⁾ Mit 50264 fl. außerord. Auslagen für den Anlauf der städt. Häuser Nr. 463 und 464, des Pfarrgartens, für Straßen, Brücken, Wasserleitungen u. a.

³⁾ Darunter für den Realschul-Bau 53,858 fl., unvorhergesehene Auslagen 16,955 fl., außerordentliche 15932 fl.

⁴⁾ Soll nach Weisung des k. k. Ministeriums aufgelassen werden.

	Uebertrag . . .	175574 fl. ö. W.
15.	Schulgeld aus den Volksschulen . . .	10000 " "
16.	Ertrag der Realitäten (Zins für die Polizeiwachtkaserne)	1200 " "
17.	Verschiedene Einnahmen	900 " "
	<hr/> zusammen .	187674 fl. ö. W.

b. die Ausgaben:

1.	Besoldungen, Diurnen und Löhnungen	42639 fl. ö. W.
2.	Pensionen und Erziehungsbeiträge .	764 " "
3.	Enabengaben	408 " "
4.	Remunerationen und Zuschüssen . .	1578 " "
5.	Ranzlei-Auslagen	6673 " "
6.	Reisekosten und Diäten	400 " "
7.	Sanitäts-Auslagen (Kranken-Anstalten 30000 fl., Medikamente für Arme 2300 fl., Sanitätspers. 2363 fl.) .	34963 " "
8.	Sicherheits-Auslagen (Polizei-, Feuer- und Marktwache, Straßenbespritzung (2500 fl.) u. a.)	25022 " "
9.	Conscription- und Rekrutirungs-Aus- lagen	100 " "
10.	Aufsicht und Unterhalt der Gefänglinge	1372 " "
11.	Realschul-Auslagen (Ober-Real-Sch. 13207 fl., Communal-Unter-Realschule in Altbrunn 5949 fl.,	19156 " "
12.	Volksschulen	15130 " "
13.	Auslagen für die Handelskammer .	945 " "
14.	Beiträge (an Wohlthätigkeits-Anst.) .	1140 " "
15.	Militär - Transennal - Bequartirungs- kosten	100 " "
16.	Zimentirungs-Auslagen (neue Anstalt)	1224 " "
17.	Kosten der Wasserleitung (7600 fl. für Forts.)	12725 " "
18.	Tilgung der Passivkapitalien (Raten für die angekaufte Polizei-Kaserne und auf das bei der Sparkasse für den Bau des Realschul-Gebäudes gemachte Darlehen, die letztere durch 49 J. jährlich mit 12348 fl.)	14175 " "
	<hr/> Fürtrag .	178514 fl. ö. W.

Uebertrag . 178514 fl. ö. W.

19. Erhaltung der Gebäude 1404 " "

20. Unvorhergesehene Auslagen 9135 " "

21. Außerordentliche Auslagen (für Aktivierung eines Schlachtvieh-Marktes) . 10000 " "

zusammen . 199053 fl. ö. W.

Diesen Ausgaben die Einnahmen entgegen gehalten mit 187674 " "

ergibt sich ein Abgang von . 11379 fl. ö. W.

Man sieht, daß die Gemeinde die Erfordernisse ihres Haushaltes schon dermal, wo sie lange nicht Alles erfüllt, was ihr die Gemeindeordnung auferlegt, nur aus öffentlichen Auflagen bedecken kann, daß die Haupteinkünfte, nämlich der Zinskreuzer von 14000 fl. im Durchschnitte der 1830er Jahre (nach Schmidt S. 23 im J. 1833 mit 16,487 fl.) und noch 21000 fl. (eingeg. 16000) im Jahre 1848 auf nahe 76000 fl. ö. W. und der Gemeinde-Zuschlag von 30 — 40,000 fl. in den 1830er Jahren und 34,766 fl. im J. 1848 auf mehr als 84,000 fl. ö. W. im J. 1859, hinaufgeschraubt werden mußten und daß für den Ertrag des eingestellten Getreide-Kreuzers von mehr als 8000 fl. ein Ersatz zu suchen sein wird.

Schon diese Ziffer sprechen laut genug für das dringende Bedürfnis, durch Vereinfachung der fünfstheiligen Verwaltung Ersparnisse bei den Auslagen herbeizuführen.

C.

Die Frage des Gemeindevermögens von Brünn¹⁾.

In der Frage, ob ein zu Gemeindezwecken bestimmtes Vermögen nur einem Theile oder der ganzen Gemeinde zur Verfügung stehen soll, ist es von unverkennbarem Interesse zu wissen, wie es sich gebildet hat, aus welchen Quellen es geflossen ist, wie es bisher verwendet wurde. Es wäre zu wünschen, daß diese Nachweisung von dort ausginge, wo sie zunächst geliefert werden könnte. Da aber der Bezirksausschuß der inneren Stadt Brünn seit zehn Jahren eine solche nicht geliefert hat, mögen hier einige Nachrichten genügen, welche auf Authenticität einen Anspruch in so fern machen können, als sie eben in den Beweisstellen Darstellungen des brünner Magistrates selbst im Verlaufe von

¹⁾ Bertragen in der Ausschuss-Sitzung vom 27. Jänner 1860.

zwei Jahrhunderten entnommen sind. Auf diese Zeit beschränken wir uns, da in derselben ein wesentlicher Wandel der mittelalterlichen Zustände sich ergeben hat, die neuen Zustände erwachsen sind.

Die Haupt-Einnahmequellen der Stadt Brünn flossen aus Begünstigungen der Landesfürsten.

König Wenzel I. erteilte ihr (1243) das *Meilrecht*, kraft dessen im Umfange einer Meile keine Schänke, mit Ausnahme jener beim blauen Löwen in Altbrünn, bestehen soll, ein Recht, welches König Ferdinand (1544) dahin erweiterte, daß im Kreise von 1 Meile weder Weinschänken bestehen, noch Bräuhäuser gebaut werden sollen (S. meine Gesch. von Brünn S. 56, 105, 167, 215 — 216). Seit der ersten Verleihung König Wenzel II. (1291) wurden der Stadt gewinnreiche Jahrmärkte zu Theil. Derselbe König bewilligte ihr (1293) den *Mautbezug* zur Bestreitung der Kosten für Wege, Brücken, Wälle, Mauern und das Pflaster. Karl IV. leitete (1323) den *Handelszug* aus Oesterreich nach Polen, von König weg, und über Brünn, zwang alle Kauf- und Fuhrleute aus Oesterreich, Ungarn, Polen oder wo sie immer her kämen, über Brünn zu ziehen (1347).

Markgraf Jobst bewilligte (1393 am Sonntage Jubila), daß in der Stadt *Tasferne* zum gemeinen Nutzen von Michaeli bis Georgi allerlei wälsche, ungarische und österr. Weine, wie auch schweidnizer Jung- und Altbier geschänkt werde.

Markgraf Albrecht unterzog dem Meilrechte von Brünn auch den *Salzhandel* (9. August 1437). Er überließ (Wien den Mittwoch vor St. Lorenz 1437) der Stadt Brünn „die Salzammer, die Salzmaut, die Tasferne, darin man schenket allerley wälsch getränk und Schweidnizer Bier, das *Fasziehen* und *Getreidemessen* zu Brünn,“ das alles zur markgräflichen Kammer gehörte. Zugleich hebt er die „*Neuerung bei Markgrafen* Kosten seligen Zeiten und nachmal, von jeder Malz zwei *Megen* in die markgräfliche *Malzmühle* zu Brünn abzuführen auf, weil er unterrichtet worden, daß die Leute sind damit fast beschwert gewesen.“

Noch andere Einkünfte gaben der Stadt die *Wage*, die *Gerichtbarkeit*, *Taren* u. dgl., dann aber auch ihre eigenthümlichen Realitäten (Grundstücke, Mühlen, Wirthshäuser, Häuser u. a.) und die Landgüter. Von diesen wurde Deblin 1470, Swinoschitz 1508, Gurein 1547, Lipowka und Zelekowiz 1557, die anderen, wie wir sehen werden, in neuerer Zeit angekauft (S. Wolny, Topographie von Mähren II. 101, 377 ff.).

Schon die mähr. Rebellion (1619) und der Anfang des 30jährigen Krieges übten den verderblichsten Einfluß auf das Gemeinde-Vermögen Brünn's, wie der f. Städte überhaupt. Die Schulden und das Drängen der Gläubiger.¹⁾

¹⁾ Ferdinand II. bewilligte der Stadt Brünn am 27. Februar 1626, vom Cardinale Dietrichstein 56,227 Gulden Silbergeld auf ewige Zeiten aufzunehmen zu thun; welche

wurden so groß, daß Kaiser Ferdinand II. der Stadt Brünn den f. Kammerzins oder die Losung überließ (Reskript 30. Okt. 1629) und die Erhöhung der städtischen Maut bewilligte (Resk. 6. Februar 1630).

Die Einkünfte der Stadt betrugen im Jahre 1630 nur 15,000 fl. und zwar vom G e b r ä u, von der T a f e r n e, M a u t, G u r e i n (4,500 fl.), bürgerlichen Contribution (2,333 fl.), 2 Mühlen, dem Hofe, 2 Teichen, der W a g e und dem Salzhandel.

Noch schwerere Schläge fügten Brünn die Blokade (1643) und die Belagerung (1645) durch die Schweden bei, indem nicht nur der größte Theil der ausgedehnt gewesenen Vorstädte rasirt und verheert wurde, sondern auch die städtischen Realitäten und Einkünfte die größte Einbuße erlitten ¹⁾.

Die Stadt Brünn hatte im Jahre 1648 92,943 fl. geistliche Foundationen und nahe an 300,000 fl. andere Schulden, 1650: 362,151 fl. 44 kr. und noch 1670: 95,000 Thaler und 180,000 Thaler Schulden, die ersteren mit 5,700, die anderen mit 1,636 Thalern zu verzinsen, der noch unaccordirten zu geschweigen. Mit Hilfe der früher erwähnten Bezüge und des von Ferdinand III. der Stadt überlassenen landesfürstlichen Wein- und Bierzages (Resk. 3. Februar 1646), eines hundertjährigen Friedens und guter Wirthschaft wurden nicht nur die Schulden größtentheils getilgt (1726 bestanden nach der Instruktion für das ökonom. Direktorium in Brünn nur noch 26,000 fl.), sondern auch zu den im 15. und 16. Jahrhunderte erworbenen Landgütern noch Wohantschitz (1700 um 22,000 fl.) und Kizinkau (1746 um 8000 fl.), zu Anfang des 18. Jahrhunderts das salm'sche (oder Schmetterhaus) angekauft und zu einem sehr einträglichen Handels-

in verschiedenen Klöstern und Kirchen zu jährlichen 6 Percent angelegt werden sollen. Auf solche Art nahm sie mit des Cardinals Intercession nur allein von dessen begünstigten Stiftungen, nämlich vom brünner Frauenkloster St. Joseph (33,333 fl.), dann dem Collegiat-Kapitel (31,266 fl.) und Seminar (5000 fl.) zu Nikolsburg 60,000 fl. als Darlehen auf.

- ¹⁾ Nach der Belagerung (S. d. Schweden vor Brünn S. 74) stellte der Stadtrath dem Kaiser vor, es sei notorisch und weltkundig, in welche erbärmliche Ruin und Verwüstung die Gemeinde und Bürgerschaft durch die Demolirung der ganzen Vorstädte, das Verderben der Wohnhäuser, Verlegen des Vermögens und der ganzen Substanz, wie der gemeinen Stadt Zugehörungen, des Landgutes Gurein, der Maierhöfe, des Bräuhause, der Vorwerke, Mühlen, Spitäler und der ganzen Wirthschaft gerathen sei, wie das Getreide auf dem Felde herum ganz verdorben und zu Boden getreten, der künftige Feldbau verhindert, die Weingärten verwüßt seien, und die meisten nicht mehr angebaut werden könnten.

Es seien alle Bier- und Weinvorräthe aufgezehrt, die Kriegsvorräthe verbraucht, das Holzwerk vom Rathhause, Zeughause, Bräuhause und andern städtischen Gebäuden zur Fortifikation, die bleiernen Wasserleitungsröhren zur Verfertigung von Kugeln verwendet, der städtische Maierhof und Feldbau ganz verödet, die drei städtischen Mühlen (Herren-, Hasen- und Malzmühle) vom Feinde in Asche gelegt, das Bräuhaus, die zwei Maierhöfe mit Schäfereien und andern Gebäuden auf dem städtischen Gute Gurein niedergebrannt, und alles Vieh weggenommen, die Fortifikationswerke beschädigt worden u. s. w.

Bazar umgestaltet (Kest. 25. April 1714), weiter zwei neue Bierstamb-Häuser eingerichtet, ein neues Branntwein- und Judenhans auf der Kröna erbaut.

Ein der Stadt sehr abträglicher Umschlag trat aber ein, als seit der 2. Hälfte des 17. Jahrhunderts mit dem Aufkommen neuer oder der Ausdehnung der alten Staats-Einnahmen in Folge fortwährender Kriege, mit dem Entstehen neuer Staats-Einrichtungen und der Ausbildung der Adels- und Beamten-Prärogative die städtischen Freiheiten und Rechte theils ganz verloren gingen, theils sich sehr verminderten.

Die Stadtkasse verlor den Nutzen des Salzhandels, als kais. Salzniederlagen errichtet (1652), der kaiserlichen Losungen und der Wachtgelder der Bürgerschaft, als beide aufgehoben. und der aufgelassenen Militär-Quartier-Beiträge von den bürgerlichen Schooßhäusern der höheren Standespersonen, als Kasernen gebaut wurden. Während früher die Bürger den Wachdienst selbst besorgt hatten, mußte nun die Gemeinde eine Stadtwache erhalten. Durch die Einführung des kais. Zollgefälls (1731) verminderte sich der aus Sachsen, Polen, Ungarn und von Nürnberg nach Brünn getriebene Handel so sehr, daß er fast ganz darniederlag, wodurch der Stadtmaut eine sehr nachtheilige Einnahme entging.

In Folge der Aufstellung einer k. k. Banco-Gefällen-Administration in Brünn und der Deponirung der Kaufmannswaaren in den kais. Magazine (1740) litt das Stappelrecht sehr, indem das Stadt-Waghaus die Niederlagsgebühr nebst dem Wagkreuzer guten Theiles verlor. Durch die Verminderung der Jahrmärkte und die Einziehung der Hälfte des sonst ergiebig gewesenem Mautgefälls zur k. k. Wegreparatur fiel die städtische Mauterinnahme noch mehr herab.

Der landgüterliche Besitz der Stadt Brünn stand gegen die meisten der übrigen k. Städte sehr zurück; denn nach dem Provinzial-Kataster besaß Brünn nur 58²/₄ Achetl im Gebirge gelegene Lähne, Olmütz dagegen 150 2²/₄ Achetl, Znaim 84 3¹/₄ Achetl, Jglau 113 5¹/₄ Achetl und Gradisch 83³/₄ Achetl Lähne; nur den k. Städten Neustadt und Gaya ging Brünn in dieser Beziehung vor. Aus seinen Landgütern bezog es jährlich kaum 8000 fl.

So bildete das Bier-Gefäll die Hauptquelle der Einkünfte der Stadt, welche im Durchschnitte der 3 Jahre 1736, 1737 und 1738 jährlich über 100,000 fl. (zusammen 330,926 fl. 40 kr.) Auslagen zu bestreiten hatte. Allein auch das Bräurbar litt durch die Bier-Einschwärzung von auswärts, durch Rechte und Begünstigungen, welche den Standespersonen eingeräumt waren, Tribunals- und Landtafel-, landschaftliche und Kameral-Beamte, Landesadvokaten und Medicinä Doktoren ansprachen und zu erlangen wußten.

Die Verhältnisse des Comunhaushaltes gestalteten sich immer mißlicher. Die Auslagen für Straßen- und Brückenbau und die Stadtpflasterung wurden bedeutender. 1725 baute die Stadt die altbrünner

Brücke mit beiläufig 70,000 fl., 1769 — 1772 die Schwarzwasser-Brücke bei Steyina mit 10,785 fl.; von 1773 — 1781 gab sie für Brücken, Straßen und Pflaster 26,654 fl. aus. Diese Bestreitungen, die Feuerbrünne in den 1770er Jahren an dem vorstädtischen Raierhose und der Scheuer, wie auf der Herrschaft Gurein, die kostspieligen Wasserleitungen, die Reparatur des Rathhauses mit mehreren 1000 Gulden Kosten, der Robotabfall bei der Herrschaft Gurein gemäß der Robotregulirung (nach dem Systeme von 1778) und die Zubuße bei der Verwaltung der Kriminaljustiz (über 500 fl. jährlich) setzten die städtischen Renten so herab, daß 1781 die Stadt bei einem Aktivstande von 18,401 fl. einen Schuldenstand von 124,098 fl. 36¹/₄ kr. hatte und die jährlichen Auslagen von 49,592 fl. 45²/₄ kr., die Einnahmen um 2,071 fl. 10²/₄ kr. überschritten¹⁾. Hierzu kam noch die Auflassung der Judenleibmaut (1782).

Die Stadt war zu jener Zeit in ihrem Haushalte so herabgekommen, daß sie über anderthalb hundert tausend Gulden schuldete, bei immer höher steigenden Anforderungen einer vorschreitenden Civilisation nicht die nöthigsten Auslagen bestreiten, nicht das sehr schlechte Pflaster herstellen, weder das unentbehrlichste Polizei- und Sicherheits-Personal unterhalten konnte und in dieser bedrängten Zeit die mährischen Stände der Stadt zu Hilfe kommen mußten.

Sie liehen ihr zur Pflasterung ohne Interessen 18,000 fl., trugen zur ersten Einrichtung der Beleuchtung 3000 fl. und für deren Erhaltung jährlich 1000 fl. bei, unterstützten ansehnlich die Stadtarmen, bauten mit mehr als 55,000 fl. Auslagen das 1785 abgebrannte Theater, dotirten großmüthig die Local-Bohlthätigkeits-Anstalten u. s. w.

Die Stadt Brünn stand noch in sehr kleinen Verhältnissen. Ihre Bevölkerung betrug im Jahre 1770: 14972, im J. 1786 in 554 Häusern innerhalb der Ringmauern 8,551, mit allen Vorstädten, dann Obrowitz, Klein-Mariazell, Rumrowitz und der Petersburggasse (zus. mit 10,460 Einw. in 745 Häusern) nur 19,011 Seelen in 1299 Häusern und hob sich bis 1797 nur auf 8592 in der Stadt und auf 23,191 Seelen mit allem übrigen Zugehör.

Im Einkommen ging Brünn Olmütz nach und seine Auslagen waren nicht viel größer als jene von Znaim und Jglau²⁾.

¹⁾ Die Einnahme betrug (nach Abschlag von 3000 fl. Kapitalien, welche zur Bezahlung von Schulden aufgenommen waren) 44,521 fl. (vom Brau- und Branntweinhanse 21,479 fl., von Gurein 7,586 fl., von der Privat-Rohmaut 3,897 fl., Mühlenzins 800 fl., Wirthshauszins 672 fl., Gartenzins 672 fl., Taserne 1154 fl., Stadtwage 400 fl., Heumage 335 fl., Fischwage 60 fl., Schmetterhaus 792 fl., von Christen-Banden 760 fl., Juden-Banden 561 fl., Kriminalvergütung (vom 1. Juli 1778 — 30. Juni 1781) 1,797 fl., Ziegelofen 910 fl. u. a. Kleinere), die Auslage (nach Abschlag von 3268 fl. bezahlten Schulden) 46,324 fl. (Besold. und Pens. 22,848 fl., Stadtwache 1563 fl., zur Armenlaffe 1249 fl., Kriminalkosten 1620 fl., Interessenzahlung 5700 fl., Banten 6730 fl. u. s. w.).

Die Reformen in der Verwaltung zur Zeit Joseph II. brachten der Stadt mehrere Erleichterungen. Sie ersparte durch die Aufhebung der Stelle des kais. Richters, die Einziehung des Gehaltes des Landes-Unterkämmerers, und der 3jährigen Renovationsgebühr desselben jährlich 2,218 fl. 15 kr., dann durch die Organisation des brünner Magistrates mehrere tausend Gulden.

Weit mehr und bedeutend hob aber die Erhöhung des Bierpreises die städtischen Einkünfte.

Dennoch hatte die Stadt zu Ende des Jahres 1800 noch 91608 fl. Passivschulden. Die Aufnahme von Passivkapitalien steigerte zwar dieselben seit 1792 bis 268,952 fl.; allein die Stadt errichtete mit den aufgenommenen Geldern einen Mühlgraben mit 20,000 fl. Auslagen, wodurch sie sich von der Unterhaltung einer kostspieligen Wasserwehre zur Bewässerung der städtischen Wasserkunst befreite, und kaufte zwei Zinshäuser, das eine, in welchem das Kreisamt untergebracht wurde, um 38,844 fl., und das Brauntweinhaus um 35,315 fl. Bis zum Jahre 1817 verminderte sich die Passivschuld wieder auf 78,754 fl.; 1835 war sie getilgt.

Als man in neuerer Zeit auf die Verbesserung der Polizei-Anstalten hinarbeitete und die eingerissene Theuerung die Existenz der Wohlthätigkeits-Anstalten gefährdete, die Communrenten aber zur Deckung der damit verbundenen Auslagen nicht zureichten, mußte man ihnen durch Lokalzuschläge zu Hülfe kommen.

Schon Kaiser Joseph II. hatte bei Aufhebung des Weilrechtes (nach welchem innerhalb einer Meile um die Stadt nicht gebraut werden durfte) und Gestattung der Einfuhr fremden Bieres (a. h. Entschl. 27. Februar 1788) zur Entschädigung der Stadtrenten einen Biereimerzoll in der Art gestattet, daß von jedem Eimer in die städtische Gerichtsbarkeit eingeführten fremden Bieres 20 kr. abgenommen werden durften (Hofde. 2. Mai und 13. Dezember 1788).

Zu diesem ersten kamen bald nach einander mehrere andere Zuschläge.

²⁾ Nach einem buchhalt. Ausweise vom 14. Oktober 1786, Sub. Z. 20,847 hatte nach einem 6jährigen Durchschnitte:

Einkommen.		Auslagen.	
Brünn	. 59,418 fl. 29 ¹ / ₄ kr.	58,470 fl. 33 kr. 1 ¹ / ₈ br.	
Olmütz	. 59,987 " 12 " 2 ⁷ / ₁₂ br.	56,918 " 35 " 1 ¹ / ₁₈ "	
Bnaim	. 89,222 " 59 ³ / ₄ " — "	35,190 " 30 " 1 ³ / ₈ "	
Sglau	. 46,861 " 16 " 8 " "	39,644 " — " 2 ³ / ₈ "	
Prabisch	. 18,851 " 81 " 3 ³ / ₈ " "	15,745 " 6 " 8 ² / ₈ "	
Gapa	. 11,003 " 39 " 1 ⁵ / ₈ " "	6,784 " 41 " 2 " "	
Neustadt	. 27,845 " 36 " — " "	29,313 " 58 ³ / ₄ " — " "	

Als 1804 die Fleischer den Bedarf des Publikums in Brünn an Fleisch nicht mehr decken konnten, übernahm in Folge Gubernial-Auftrages der Magistrat die Versorgung mittelst der Communrenten. Da nach Verlauf von zwei Jahren schon 60,000 fl. Schulden waren, wurde die magistratische Fleischregie aufgehoben und zur Tilgung der ersteren ein Aufschlag auf den in der Stadt und den Vorstädten verzehrten inländischen Wein, auf Liqueur und Rosoglio und auf ausländischen Branntwein, als Arrak und Rhum bewilligt (Hsdt. 31. August 1808). Dieser Getränk-Aufschlag blieb auch nach Tilgung der Schulden (1813), indem die eine Hälfte des Ertrages den Lokal-Kranken-Anstalten, die andere dem Polizeifonde zur Deckung der Abgänge und Vervollkommnung der Polizei-Anstalten zugewendet wurde (Hsdt. 26. Febr. 1814).

Ein Aufschlag auf das in die Stadt und die Vorstädte eingeführte Brennholz erhielt die Bestimmung zur Unterstützung der Lokal-Kranken-Versorgungs-Anstalten (Hsdt. 27. Sept. 1804).

Der Biereimerzoll gab im Durchschnitte der 6 Jahre 1823 — 1828 ein jährliches Erträgniß von 4199 fl. 20 kr., der Getränk-Aufschlag von 6190 fl. 9½ kr. und der Brennholz-Aufschlag von 6119 fl. 50 kr. C. M. Alle drei schmolzen 1829 zusammen in den Verzehrungssteuer-Gemeinde-Zuschlag.

Bedeutender ist der Zinskreuzer. Da die Stadtrenten so unvermögend waren, daß sie im Jahre 1804 für die Auslagen des Polizei- und Beleuchtungsfondes, für Pflasterung und Säuberung der Stadt, für Canalbauten und Verschönerung nicht mehr als 4,360 fl. ausgeben konnten, führte man den Zinskreuzer, nämlich die Entrichtung eines Kreuzers von jedem Haus-Zinsgulden in der Stadt ein (Gubcirc. 25. Mai 1804), um eine Säuberungs-Anstalt in derselben in Stand zu setzen, die Beleuchtung zu verbessern, ein wandelbares Pflaster herzustellen.

Der Kaiser genehmigte diese Auflage, befreite aber den Zins bis 50 fl. davon (Hsdt. 19. August 1806). Als die Einkünfte der Armen-, Kranken- und Versorgungs-Anstalten nicht mehr ausreichten, erhöhte man den Zinskreuzer in der Stadt um ½ kr. und dehnte ihn auf die Vorstädte aus (Hsdt. 6. April 1815) und steigerte denselben bald nachher aus gleicher Ursache in der Stadt auf 2, in den Vorstädten auf 1 kr. (Gubcirc. 4. April 1817). Die eine Hälfte des städtischen Zinskreuzers war für die Zwecke der Stadtsäuberung, Beleuchtung und Pflasterung, die andere, wie der vorstädtische Zinskreuzer, für die Lokal-Kranken-Anstalten bestimmt. Sowohl der erste nebst seinen und den Beleuchtungsfonds-Kapitalien (Hsdt. 11. August 1830), als auch der andere (Hsdt. 30. Sept. 1841) wurde der Communkasse gegen Uebernahme der auf denselben ruhenden Verpflichtungen einverleibt. Im Durchschnitte der 6 Jahre 1836 — 1841 gab der ganze Zinskreuzer der Stadt und Vorstädte nur einen Ertrag von 14,182 fl. 59 kr. C. M., wovon 5308 fl. in die städt. Renten einflossen, während diese zur Dotirung des Lokal-Krankenfondes 8,874 fl. verwendeten.

Nachdem die Dotation des Lokal-Polizeifondes schon früher den Communrenten zugewiesen worden war (Hfbd. 3. Sept. 1818), wurde dieser Fond selbst mit 6,544 fl. den Communrenten einverleibt (Gubdt. 30. September 1832).

Die unbedeckten Bedürfnisse der städtischen Communkasse mit Einschluß der Auslagen für die Lokal-Anstalten, deren Abgänge sie zu decken hat, sollte der Gemeinde-Zuschlag zu der 1829 eingeführten Linien-Verzehrun g s-Steuer aufbringen (Hfbd. 8. Juli 1830 Z. 14202, Gubdt. 10. Dezember 1830 Z. 39865), mit welcher die erwähnten städtischen Aufschläge erloschen (Gub. Circ. 23. Oktober und 11. Dezember 1829).

Für das unbedeckte städtische Erforderniß (5,879 fl.), für die Abgänge des Lokalfranken- (5746 fl. bei 37,376 fl. Erforderniß und 31,630 fl. Einnahme) und des Lokal-Polizeifondes (3316 fl. bei 9396 fl. Erforderniß und 6080 fl. Einnahme) und die eingegangenen Aufschläge präliminirte man 1830 den Verzehrun g s-Steuer-Gemeindezuschlag auf 31,450 fl. (C. M. ¹⁾).

Seitdem nahmen die Auslagen der Lokal-Anstalten so beträchtlich zu, daß man 1850 das unbedeckte Erforderniß der Sanitäts-Anstalten auf 25,000 fl., der Sicherheits-Anstalten auf 22,000 fl. C. M. berechnete. Bei den letzteren ist insbesondere zu erwähnen die Bestellung von 4 Aerzten und 3 Wundärzten für die Stadt und die Vorstädte und 1 Hebamme mit Besoldungen zusammen von 1800 fl. C. M. (Hfbd. 21. Juni 1832).

Sehen wir nun, wie sich der städtische Haushalt in Folge der neuen Ordnung der Dinge stellte.

¹⁾ Statt der früher bestandenen Lokalaufschläge wurde für die brünner Stadtrenten mit dem Gubcirc. 23. Oktober 1829 Z. 42,308 ein Verzehrun g s-Steuer-Gemeindezuschlag eingeführt und mit dem Gubcirc. 11. Dezember 1829 Z. 50192 der Tarif auf das eingehende Bier statt 5³/₄ kr. mit 20 kr. vom Eimer belegt.

Dieser Gemeindezuschlag blieb unverändert, bis in den Jahren 1834 und 1835 einige Artikel aus der Belegung ausgeschieden, bei anderen der Tariffuß geändert wurde. Derselbe trug 1830: 85,623 fl. 10 kr. C. M. (wovon rein 84,198 fl. 14³/₄ kr. in die städt. Kasse einfloßen), 1831: 86,560 fl. 18¹/₄ kr. (rein 88,654 fl. 58 kr.), 1832: 44046 fl. 37³/₄ kr. (rein 39,388 fl. 26³/₄ kr.), 1833: 42,419 fl. 33 kr. (rein 41209 fl. 5 kr.), 1834: 42,263 fl. 42¹/₄ kr. (rein 4076 fl. 2³/₄ kr. und mit Zuschlag der Lokalgebühr für die alten Weinvorräthe floßen 49,284 fl. 19¹/₄ kr. in die städt. Kasse).

Die Verzehrun g s-Steuer trug dem Aerar in Brunn 1830: 196,614 fl., 1831: 206,538 fl., 1832: 186,309 fl. und 1833: 179,461 fl. C. M.

Bei der Bemessung des Gemeindezuschlages wurde vom Gubernium auch auf die ratenweise Rückzahlung der städtischen sogenannten Starek'schen Brodverbackungsschuld (bis Ende 1829 mit 19,482 fl. 36 kr. C. M.) mit 3000 fl. C. M. jährlich Rücksicht genommen, nachdem das Gubernium meinte, daß sie durch den Ueberschuß des Zinskreuzer-Fondes getilgt werden dürfte.

Die Einnahmen der Stadt und der Pötrschast Surein wurden veranschlagt:

	für 1834	für 1835
	fl. EM.	fl. EM.
An Zinsen (direkten Steuern)	19599	18494
An indirekten Steuern (Lagen, Gebühren ic.) .	14798	14516
An Gefällen und Monopoliën (Bräu-, Branntweinregale, Verzehrungssteuer-Gemeindezuschlag (40000 fl.), Jahrmarktschüttengeldern, Theaterzins (1200 fl. EM.)	89351	93054 ¹⁾
An verschiedenen gewöhnlichen Einnahmen (Maut-äquivalent 1507 fl. 23 ³ / ₄ fr. EM., Polizeifonds, Einkünften, Zinskreuzer-Einnahme 5150 fl. 56 fr. ic.)	8453	9407
An Wirthschafts-, Wald- und Jagdnutzen . .	29770	30239
An unbestimmten Einnahmen	517	—
An außerordentlichen dto.	639	—
zusammen (mit den Kreuzern) .	163129	165712
Die Ausgaben wurden veranschlagt		
Auf den Unterhalt des städtischen Personals .	55357	52566
An Verwaltungsauslagen (Bau des Heumag-Hauses, Branntweinhauses, neue Wasserleitung, Pflaster (9757 fl.), Stadtbeleuchtung (3778 fl.), Kriminalkosten (2414 fl. ic.)	58339	120802 ²⁾
An Steuern und Zinsen	8417	4107
Auf Stiftungen	647	373
Auf Passiv-Interessen :	215	(keine, Passiven sind gezahlt)
Fürtrag .	122975	177848

¹⁾ Branntwein-Regal 12,580 fl., Bräu-Regal 20,665 fl., Jahrmarktschüttengelder 13,000 fl., Verzehrungssteuer-Gemeindezuschlag 40,000 fl.

²⁾ Für die Erbauung eines Hauses für den Freimann, dto. statt der Heumage, dto. eines neuen Branntweinhauses und einer Polizeiwachmannschafts-Kaserne, Erweiterung des Judenthores — alles für 1835 theilweise auf 73,827 fl. präliminirt, dann für Herstellung eiserner Röhren für die Wasserleitung aus den Zimpeln, Anlegung einer neuen Wasserleitung von Rathhaus, Erbauung einer Wehre in der Schwarzwasser für 1835 14452 fl. präliminirt; für neues und altes Pflaster 11,511 fl. E. M., Beleuchtung 4009 fl. (organische Laternen).

	für 1834	für 1835
	fl. C. M.	fl. C. M.
Uebertrag .	122975	177848
Auf gewöhnliche Auslagen (Wirthschaftsbetrieb, Auslagen des Polizeifondes (11,602 fl.) .	28389	14769
Auf unbestimmte Auslagen (Falkrankenanstalt 10,000 fl.)	12000	6782
Außerordentliche Auslagen	2131	2095
zusammen (mit den Kreuzern) .	165498	201497

und mit Gurein (30,941 fl.) 234,188 fl. C. M., daher im Entgegenhalte der Einnahme von 165,712 fl. ein Abgang von 68,476 fl. C. M. 1).

Wie gering damals der Ertrag der Landgüter der k. Städte Mährens und namentlich der Stadt Brünn war, zeigt die nachfolgende Zusammenstellung der Prov. Staatsbuchhaltung (Gub. Nr. 26949 von 1831).

Das Stammvermögen der Landgüter der k. Städte (d. i. Aktivkapitalien, Werth der Realitäten, der Jurisdiktion, der Mobilien und Fahrnisse, des Viehes, der Aktivrückstände zc.) nach dem Durchschnitte der sechs Jahre 1825 — 1830 betrug in Einem Jahre:

	Stammvermögen		Jahresertrag (nach der Abstattung, nicht nach der Gebühr)	
	fl. C. M.	fl. W. W.	fl. C. M.	fl. W. W.
Brünn	481496	207551	3872	5561
Olmütz	526091	150053	28492	12455
Znaim, Untergut . .	94837	228978	2352	8513
dto. Landgut Schibrowitz	163347	140147	6071	6089
Iglau	90152	762247	407	17509 2)
Hradisch	58171	379960	631	3092
M. Neustadt	62671	230751	—	3983
Gaya	52246	63069	2505	2484
Summe (mit d. Kreuzern)	1529015	2162759	44333	59689 3)

1) Im Jahre 1833 war das Erforderniß: Auf den Unterhalt des städt. Personals 45313 fl., Verwaltungsauslagen (Bauten, Wasserleitungen, Kanäle, Straßen, Pflaster (2016 fl.), Stadt-

Am Schluße der früheren Verwaltung (nach den Rechnungs-Abschlüssen
r. k. Stadt Brünn für die Verwaltungsjahre 1848 — gedruckt — und 1849)
sind die Einnahmen die Ausgaben der Stadt Brünn nur zur Noth.

	1848	1849
	fl. C.M.	fl. C.M.
Die letzteren betragen (ohne die Kreuzer:)		
1. an Grund- und Haussteuer für sämmtl. städt. Objekte	2558	2603
2. an Beiträgen für landesf. Behörden . .	1700	1747
3. an auswärtigen Zinsen und Steuern . .	1215	1423
4. für Kirchen, Schulen, Arme u. dgl. . .	3476	3474
5. für das städt. Verwaltungspersonal . .	55646	56192
6. für Remunerationen und Aushilfen . .	1539	3453
7. für Kanzlei-Erfordernisse	6516	4083
8. für Postporto und Botenlohn	50	19
9. für Diäten und Reisekosten	433	628
10. an Sanitäts-Auslagen	27649	25454
11. an Sicherheits- dto.	21562	24080
12. für allgm. Stadtconservation (Reinigung, Beleuchtung zc.)	9966	12349
13. an Kriminal- und Strafgerichtskosten (Ver- pfl egung zc.)	1839	1238
14. an Feldwirthschaftskosten (3 Paar städt. Pferde)	942	520
Fürtrag .	135091	137263

Säuberung (1090 fl.), Beleuchtung (4452 fl.), Markthütten - Aufstellung und Erhaltung (8830 fl.) Kanzleiauslagen, Kriminalgerichtsauslagen zc. 28,247 fl., Steuern und Zinse 4093 fl., Stiftungen zc. 118 fl., Interessen von Passivkapitalien 846 fl., an gewöhnlichen Auslagen (11,607 fl. für den Polizeifond, 4602 fl. für Holz, dann für Inventarsachen, Handwerkerzahlungen zc.) 24,103 fl., unbestimmte Auslagen (10732 fl. für das Krankenhaus, Rückzahlung von 7800 fl. Passiven, Anlegung von Kapitalien zc.) 45,027 fl., zusammen 147,252 fl., dann für die Herrschaft Gurein 37,946 fl., außerordentliches Erforderniß bei der Stadt 53 fl.

Als Bedeckung ergaben sich für 1833 bei der Stadt 162,237 fl., bei Gurein 43,733 fl., dann die 1833 verbliebene Kassebaarschaft von 96,991 fl.

*) S. auch das österr. Archiv 1828 S. 360.
*) Ueber die Einnahmen und Ausgaben aller Municipal-Städte und Märkte im Jahre 1827 S. die Prov. Ges. Slg. 11. Bd. S. 381.

	1848	1849
	fl. Ckr.	fl. Ckr.
Uebertrag .	135091	137263
15. an Burgrafenamts-Auslagen (Baumaterial, invent. Geräthe)	3620	2804
16. an Forst- und Walbamt's-Auslagen (für Bau- und Schnittholz zu Bauten, dann für das von Gurein gewonnene Holz) . . .	12983	12757
17. an Professionisten-Auslagen	2338	2614
18. an Fuhr- und Taglohn	9	2
19. auf Baureparaturen (Bauten, Erhaltung der Straßen, Brücken, Glacis, Markthütten-Aufstellung)	10834	9448
20. auf Abschreibungen	3100	3150
21. auf verschiedene Auslagen (Schützenregale, Feuer-Affekuranz, städt. Rechtsfreund u. a.)	1365	1562
Summe der gewöhnlichen Auslagen (mit Einrechnung der speciell nicht angegebenen Kreuzer)	169369	169672
Dazu die außergewöhnlichen Ausgaben (neue Bauten 20,955 fl., zurückgezahlte Passivkapitalien 90 fl., verschiedene: als Stadtpflasterung, neue Wasserleitung, Nationalgarde u. a. 8,696 fl.)	25983	39279 ¹⁾
und die durchlaufenden (nicht reellen) von . .	25983	73787
Summe der Ausgaben (mit den Kreuzern) .	225096	282740
Die Einnahmen betrugen:		
1. Unveränderliche Zinse von verkauften städt. Realitäten	2126	1752
2. Veränderliche Zinse	11122	11094
Fürtrag .	13248	12846

¹⁾ Herstellung bei der Schreibwälder Wehr, Planirung unter dem Spielberge, Eröffnung des Padel-, Demolirung des brünner Thores u. a.

	1848	1849
	fl. CM.	fl. CM.
Uebertrag .	13248	12846
3. Gefälle (Wage, Bräuhaus, Branntweinhaus, Markthütten u. a.)	47083	35844
4. Laudemien (1265 fl. im Rückst. geblieben).	—	—
5. Losen	18837	15578
6. Fremde Beiträge und Vergütungen (Steuer-Eink. Percente, Beiträge aus dem Kriminal- und Straßhausfonde)	17367	28013
7. Feldwirtschaftsnutzen (Pachtzins für städt. Maierhof)	3013	2995
8. Burggrafenamtsnuzen (für verkaufte alte städt. Materialien)	1974	3820
9. Wald- und Forstamtsnuzen (Vergütung der limitirten Preise des Brennholzes des Magistrats-Person. und der Polizeiwache) .	2505	2483
10. Polizei-Einkünfte (Gebühren für Markthütten, Strafgeider)	963	62
11. Interessen von Aktiv-Kapitalien (öffentl. und Privat-Obligat.)	7030	5570
12. Zinskreuzer (vorgeschrieben in der Stadt 13529, in den Vorst. 5897, zus. 21036 fl.) .	15923	20524
13. Verschiedene Empfänge	112	577
14. Erträgniß der Landgüter (Gurein) . . .	31853	29679
zusammen .	159914	157998
Dazu an außerordentlichen Einnahmen:		
der Verzehrungssteuer - Gemeindezuschlag . .	34766	39167
verzinsliche Kaufschillingsgelder	449	4079
(nebst andor.) zusammen	35215	43617
die durchlaufenden Einnahmen mit	68445	35383
zusammen die wirklich realisirten Einnahmen	263576	236899
und mit Zurechnung des zu Ende des früheren		
3. verbliebenen baaren Kassendanks von .	69339	107818
im Ganzen .	332915	344718

	1848	1849
	fl. C.M.	fl. C.M.
Uebertrag .	332915	344718
Nach Abzug der Ausgaben mit	225096	282740
blieb am Schluß des B. Jahres ein Kasse-		
stand von	107818	61977
und, nach Abschlag der Fremden-Gelder von .	13861	12278
ein der Stadt Brünn gehöriger Kassestand		
von	93957	49699
Da aber vom Kassestande zu Ende 1848 die in		
demselben Jahre nicht zur Auszahlung ge-		
langten Passiv-Rückstände von . 7020 fl.,		
und die in früheren Jahren für		
neue Baulichkeiten und zwar des		
städt. Maierhofes, eines Markt-		
hütten-Schöpfens, die neue Was-		
serleitung u. a. präliminirten 88257 „		
abzugiehen waren, ergab sich ein		
Ausfall von 1320 „		
welcher durch die ausstehenden Aktivrück-		
stände gedeckt werden sollte. Zu Ende 1849		
zeigte sich aber, nach Abschlag der Passiven		
und der nach früheren Präliminarien für		
Bauten bestimmten Beträge (42,982 fl.) vom		
gebliebenen Kassarest pr. 49,699 fl., eine		
disponible Baarschaft von . . . 4804 fl.		
Die städt. Aktiv-Kapitalien betrugen nach der Ver-		
mögens-Inventur des J. 1847 . 147075 fl.		
Der Kassestand in Schuldpapieren fiel 1848:		
auf 106077		
und betrug 1849 142077		

Für das letzte Jahr des Bestandes des früheren Gemeinderathes war im Präliminar der Stadt Brünn für 1851 der Empfang (mit Gurein) auf 112418 fl. 4 kr., die Ausgabe (alles Bisherige) mit 154,587 fl. 47 kr., der Abgang mit 42,169 fl. 43 kr. C. M. berechnet, welcher durch den Gemeinde-Zuschlag und die Kassebaarschaft von 4500 fl. bedeckt werden sollte.

Aus dem bisher Gesagten geht unzweifelhaft hervor, daß das Vermögen der k. Hauptstadt Brünn niemals zu Corporations-, sondern immer nur zu Gemeinbezwecken bestimmt war und verwendet wurde, und zwar nicht bloß der inneren Stadt, sondern auch der dazu gehörigen und selbst auch der fremden Vorstädte, insbesondere seit jener Zeit, als zu manchen auf den ganzen Compler der Bevölkerung berechneten Einnahmen z. B. dem Bräurbar Aufschläge hinzukamen, welche alle Bewohner Brünns trafen. Die Stadt erhielt seit Jahrhunderten die auch von eigenen und fremdherrschaftlichen Vorstädten benötigte Wasserleitung, sie baute und erhielt schon in früherer Zeit Brücken und Straßen nicht nur in ihrem vorstädtischen, sondern selbst im fremden Jurisdiktionsbezirke, sie baute und erhielt für die ganze Stadt ein Theater, sie baute und erhielt Vorstadtschulen, sie führte die Polizei-Geschäftsleitung im ganzen Polizeibereiche, theilte sich an anderen allgemeinen Verwaltungsweigen, namentlich den Straf- und Wohlthätigkeits-Anstalten, sie dotirte die Sanitäts- und Polizei-Anstalten, sie stellte in neuerer Zeit Straßen und Pflasterungen in eigenen und fremden Vorstädten her, wie auf der Bäckengasse, kleinen Neugasse, Quergasse, Bröna, Hohlweg, Schwabengasse, Leichdam, sie wurde zuletzt noch verpflichtet, die Wasserleitung sammt Wassin für sämtliche Vorstädte allein auf ihre Kosten herzustellen, da diese doch eigentlich aus dem Verzehrungssteuer-Zuschlage, zu welchem die Vorstadtbewohner gleichmäßig mit den Stadtbewohnern beitragen, gedeckt werden (Hjzdt. vom 5. Februar 1838 Z. 2779 und 15. Mai 1846 Z. 13354). Nur im Falle, als der Verzehrungssteuer-Zuschlag aufhören und nicht durch eine ähnliche Einnahmequelle ersetzt werden sollte, würden zu den Kosten der Erhaltung der neu hergestellten Wasserleitung die Vorstadtgemeinden verhältnißmäßig beizutragen haben (Hjzdt. 3. November 1846 Z. 36,472, Sub. Dekret 13. November 1846 Z. 48,888).

Wie gegenüber solchen Verhältnissen und Thatfachen der ehemalige Gemeinde- und der Bezirksausschuß der inneren Stadt 1851 das gesammte Vermögen der früheren k. Hauptstadt Brünn als Corporationsvermögen erklären und als Eigenthum den Hausbesitzern der inneren Stadt, dann allen bis dahin mit dem Bürgerrechte theilnehmenden und theilnehmenden Bürgern zuerkennen konnte, ist nicht leicht einzusehen.

Dieser einseitige (und selbst wieder aufgehobene) Beschluß ist aber nicht nur unbegründet, er steht auch mit Umständen in grellem Widerspruche, deren Beweisraft wohl Niemand wird in Abrede stellen wollen.

Die Stadt Brünn innerhalb der Ringmauern bestand bekanntlich nicht bloß aus Bürger-, sondern auch guten Theiles aus sogenannten Schosshäusern, d. i. solchen, welche sich im Besitze höherer Standespersonen, der Geistlichkeit und des Adels befanden. Dies schreibt sich vom Vertrage des Jahres 1486 her, in welchem die k. Städte Mährens den ersteren den Besitz bürgerlicher Häuser gegen dem gestatteten, daß sie Landgüter besitzen dürfen.

Nach einer Vorstellung des Stadtrathes vom Jahre 1648 wegen großer Beengung der Bürgerschaft in Folge von Kloster- und Kirchenbauten gab es damals in der Stadt Brünn innerhalb der Ringmauern bei neunzig geistlicher Prälaten- und Herren-Häuser, nach einer späteren ähnlichen Vorstellung des Stadtrathes von 1666 aber 79 Herren-Häuser des Adels und der Geistlichkeit, welche ungeachtet ihrer alten Verpflichtung sich aller bürgerlichen Lasten zu ent-schlagen suchten und mit dem Stadtrathe in fortwährenden Reibungen und Strei-tigkeiten waren. In welchem Verhältnisse die Zahl dieser Schoßhäuser stand; ergibt sich am schlagendsten aus dem Umstande, daß im Jahre 1668 die in 4 Viertel eingetheilte Stadt Brünn im 1. 84, im 2. 105, im 3. 78 und im 4. 80, zusammen 347 behaute und 60 unbehaute, zusammen 407 Bürger zählte; und daß die Gesamtzahl der Häuser innerhalb der Stadtmauern unter magi-stratischer Jurisdiction damals nicht mehr als 443 betrug. Noch im Jahre 1748 zählte man in Brünn 66 Schoßhäuser, noch im Jahre 1779 waren von den 537 Häusern (und Gärten) Brünns innerhalb der Stadtmauern 158 im Besitze der Geistlichkeit, des Adels, der Stände, des Alerars, der Gemeinde u. a. Bevorzugten.

Die Schoßhäuser sind größtentheils neueren Ursprunges, zu einer Zeit ent-standen, in welcher sich der Adel mehr und mehr von seinen Burgen und Schlöf-fern in die Städte zog, als nach Verdrängung aller Katholiken im 17. Jahr-hunderte sich neue Klöster und Kirchen in der Stadt erhoben und die alten sich erweiterten. Es wird kaum nachzuweisen sein, daß sich ihre Besitzer jemals an der Gründung des Gemeindevermögens irgendwie betheiligt haben, durch Jahr-hunderte dauerten aber die Klagen des Stadtrathes und der Bürgerschaft, daß sie nicht nur durch freie Einfuhr von Getränken und Effekten das städtische Ein-kommen schmälern, sondern sich auch aller bürgerlichen Lasten entziehen. Nur zum Baue der ersten Militär-Kaserne in Brünn trugen sie mit der Bürgerschaft bei, wurden auch bei dem Aufhören der Natural-Bequartirung vom Quartier-Bei-trage (3 fl.) enthoben (a. h. Reskript vom 10. März 1735) und erst nach mehr als 40 Jahren wieder in das Mitleiden des Quartierbeitrages gezogen (Hsdt. 8. November 1777). Es ist erklärlich, daß die Besitzer der Schoßhäuser auch von den bürgerlichen Vortheilen ausgeschlossen wurden. Nicht erklärlich ist aber, wie man die Schoßhäuser der höheren Stände oder ihre Besitz-Nachfolger zu Miteigenthümern des Gemeindevermögens machen will.

Es ist aber auch nicht bekannt, daß sich die bürgerlichen Hausbesitzer und die Bürger an der Bildung desselben durch eigene Beiträge oder in einer an-deren Art betheiligt hätten, eines Vermögens, das aus dem Nutzen von der Stadt eingeräumten Rechten, Gefällen, Auflagen u. dgl. größtentheils geflossen ist.

Das Bürgerrecht ist von jeher persönlich, der Stand der Bürger hat immer gewechselt, da es nicht bloß an Besitzer von Häusern verliehen wurde, zu deren Besitz in den königlichen Städten es früher erworben werden mußte (Re-skript vom 4. Dezember 1734). Im Jahre 1791 gab es in der Stadt 562 wirkliche Bürger, 1797 bei einer Bevölkerung von 23,191 Seelen 933 Bürger

und Professionisten in der Stadt (524) und in sämtlichen magistratischen und fremden Vorstädten (S. S. 18), 1826 in der Stadt und den magistratischen Vorstädten nur gegen 600 beeidigte Bürger und Hausbesitzer, 1832 im bewaffneten Bürgerkorps 168, nebst diesen noch 219 städtische unbehaute, 251 vorstädtische unbehaute und 156 behaute, zusammen 794 Bürger, 1835: 576 behaute und 644 unbehaute Bürger.

Weder Hausbesitzer noch Bürger haben Ansprüche auf das ausschließlich zu Gemeindezwecken bestimmte Vermögen. Es kann dieser Widmung um so weniger entzogen werden, als es gewöhnlich zur Bedeckung der städtischen Erfordernisse nicht zureichte, sondern demselben durch die Bewilligung von Mauten, Marktgeldern, Losungen, Wein- und Viertag, Lokal-Erbschlägen u. a., in der letzten Zeit aber durch den Gemeindeguschlag zu Hilfe gekommen werden mußte. Es war dies insbesondere zu einer Zeit nöthig, wo man an Polizeieinrichtungen und Verschönerungen höhere Ansprüche machte, statt der früher von den Bürgern selbst geleisteten Wache eine Stadt- und Polizeiwache aufkam und diese nach und nach vermehrt wurde, als Straßen gebaut, die Stadt besser gepflastert, gesäubert, mit Wasser und Canälen versehen, beleuchtet wurde, eine complicirtere Verwaltung entstand, die Schul-, Kranken- und Wohlthätigkeits-Anstalten verbessert und erweitert wurden u. s. w.

Es scheint eine mäßige Frage zu sein, ob und wie ein Vermögen getheilt werden soll, so lange die unsterbliche moralische Person besteht, für deren Bedürfnisse es zu sorgen hat und nicht einmal zureicht.

Das Vermögen der ehemaligen k. Stadt Brünn soll auch künftig seiner Bestimmung nicht entzogen werden. Die innere Stadt, wenn man sie nach dem Wegfallen der Stadt-Thore und Mauern noch so wird nennen können, wird als Centrum alles Verkehrs der sich mehr und mehr entwickelnden Landeshauptstadt stets die größten Bedürfnisse haben, die meiste Berücksichtigung finden. Wenn auch durch die Vereinigung der Bezirke und ihres Vermögens ein Ersparniß in der Verwaltung des inneren Stadtbezirkes eintritt, weil nach dem Ministerial-Erlasse vom 5. September 1850 Z. 17304 (Landesgesetzblatt S. 237) die Nothwendigkeit eigener Ausschüsse und Verwaltungs-Organe entfällt, wird das hauptsächlich nur dem 1. Bezirke zu Statten kommen, um seine so sehr vernachlässigten Polizei Anstalten, seine Pflasterung, Reinigung, Beleuchtung, seine baulichen Verhältnisse u. a. einem Zustande zuzuführen, wie es sich einer großen Landeshauptstadt ziemt, Gebäude herzustellen, welche die herabgekommene ökonomische Lage wieder heben, die Stadt von ihren Häßlichkeiten befreien, sie verschönern können.

Ich will absehen von den großen Erfordernissen für ein neues Theater, einen neuen Redouten-Saal, ein neues Kranken- und ein Waisenhaus, ein großes Schlachthaus, eine Militär-Kaserne für durchziehendes Militär, einen Cirkus, ein Colosseum für Produktionen und Schauegegenstände, neue Schul- und Kirchen-Gebäude, die Bildung eines freien Platzes vor dem Realschul-Gebäude u. a.;

denn man könnte sagen, alles dies und anderes herzustellen, sei Sache der vereinten Gemeinde.

Ich will nur bei der ehemaligen k. Stadt Brünn stehen bleiben.

Man erwäge nur die Kosten des Baues eines angemessenen Bräuhauses und einer Bierhalle, des Mairhofes, stattlicher Gebäude an Stelle der elenden Baraken beim ehemaligen brünner Thore, an Stelle des schlechten Bräu- und Schmetterhauses, an Stelle des noch schlechteren hinteren Rathhausgebäudes; man erwäge die Kosten der Beseitigung der beengenden und häßlichen Stadthore und Festungsmauern, der den großen Platz verunstaltenden Gebäude, des Backhauses und Schopfs beim Fröhlicher-Thore, der Herstellung einer standhaften Wehre am Schwarzwasserflusse, eines Bazar's, einer Markthalle, netter Fleischbänke, neuer Verschönerungs-Anlagen, da die alten mit dem Festungsgürtel fallen werden u. s. w., überhaupt alles dessen, was eine unaufhaltbar vorschreitende Kultur im Schooße der Zukunft erwarten läßt.

Woher soll aber die ehemalige k. Stadt Brünn die Mittel zu allem dem nehmen? Sie, die nach ihrem Präliminar für 1860 bei einer Einnahme von 141,581 fl. (mit Einschluß der Landgüter) und Auslagen von 141,319 fl. einen Ueberschuß von 261 fl. nur dadurch ermöglichte, daß die dringendsten Rücksichten für die sogenannte Conservation bei Seite gesetzt wurden (für Pflaster-Reparatur sind nur 2000 fl., für neue Pflasterung 4000 fl. ö. W. in Anschlag, während früher seit der Einwirkung des Gouverneurs Grafen Ugarte (1835) regelmäßig dafür 10,000, aber gewöhnlich bis 16,000 fl. C. M. verwendet wurden; für Stadtsäuberung sind nur 4701 fl., für Beleuchtung 5,204 fl., für Wasserleitung 9082 fl. veranschlagt). Das früher so einträglich gewesene Bräu- und Branntwein-Regal¹⁾ ist auf 3942 und 5381 fl. herabgesunken, der mit mehr als 300,000 fl. Kosten gebaute Stadthof (eine Zierde der Stadt) wird nach Ausgang der steuerfreien Jahre im Ertrage bedeutend zurückgehen, die Erträgnisse aus dem Waggefälle, von den Markthütten u. a. sind unsicher. Wo zeigt sich daher die Möglichkeit eines größeren Ersparnisses als bei der über 30,000 fl. kostenden Verwaltung des inneren Stadtbezirkes? Wo die Möglichkeit der Aufbringung der Mittel zu den erwähnten Ausführungen als in der Vereinigung der Kräfte?

In unbefangener und gewissenhafter Erwägung aller Verhältnisse, im Gedanken an die Gegenwart, welche das Gedeihen unserer Vaterstadt vertrauensvoll in unsere Hände legt, im Gedanken an die Nachwelt, welche unsere so bedeutungsvollen Beschlüsse richten wird, kann ich meine Meinung nur dahin abgeben, daß der verderblichen Zersplitterung und Parteiung ein Ende gemacht,

¹⁾ Es trug schon 1781: 21,479 fl.; 1835 war der Ertrag des Branntweinhauses auf 12,580, des Bräuhauses auf 20,665 fl. C. M. präliminirt, stieg später zusammen bis 40,000 fl. (1848 mit Wage, Markthütten und anderen Gefällen 47,083 fl. C. M.).

daß nach dem Beispiele aller Landeshauptstädte die Verwaltung und das Vermögen der bisher getrennten Gemeinden vereint werde.

Anmerkung zur S. 29. Nach dem Personalstande der Säkular- und Regular-Geistlichkeit der brünner Diöcese für das Jahr 1860 S. 214 hat:

	Pfarren	Beneficien und Neben-Kirchen	Säkular-Priester	S e e l e n			
				katholische	akatholische	Juden	überhaupt
die Stadt Brünn . .	3	7	29	10,830	173	165	11,168
vorstädte . . .	4	6	24	48,646	1111	1856	51,188
Summa .	7	13	53	59,476	859	2021	62,356

Der Spielberg,

als Residenz der Landesfürsten, Landesfestung und Strafanstalt.

Von

Christian d'Elvert.

Die Residenz unserer alten Landesfürsten, der Versammlungsort der Landtage und Landgerichte in alter Zeit, der unbezwungene Schutz und Hort der Landeshauptstadt und des Landes zu allen Zeiten bis auf die neueste, endlich der viel genannte und gefürchtete Strafort ist berechtigt, mannigfaches Interesse sich in Anspruch zu nehmen.

Hat sich schon die ehemalige Festung durch glückliche Vertheidigungen einen glänzenden Namen gemacht, so erlangte doch vorzugswelse die Strafanstalt Spielberg in der neuesten Zeit einen mehr als europäischen Ruf. Die Haft französischer Revolutions-Männer und der italienischen Carbonari daselbst, die Berichte Reisender¹⁾, die Denkwürdigkeiten Unglücklicher, welche hier ihre schwere Verblendung gebüßt²⁾, haben diesen Ruf begründet, da des Spielbergs frühere Schicksale nur mehr in seiner nächsten Umgebung Anklang fanden.

Es ist bekannt, welche Schreckbilder und ausschweifende Ideen die erregte Phantasie von Franzosen und Italienern mit diesem Namen verbunden, von Drouet an, welcher sich aus dem Spielbergsgefängnisse mittels des vorbeistießenden Flusses und der Donau ins schwarze Meer und nach Constantinopel retten wollte, bis zu Jules Janin, welcher die Festung Spielberg auf einem von ewigem Schnee bedeckten Felsen liegen läßt (Voyage en Italie).

Wir, die an seinem Fusse leben, kennen dieses ewige Eis, wie die Schrecknisse seiner Kerker, welchen die Humanitäts-Rücksichten unserer Zeit Alles ihrer früheren Furchterlichkeit abstreifen. Lassen Sie die Gestalten und Erscheinungen der Vorzeit an unserem Auge vorübergehen.

¹⁾ Genrebilder von Ulrich, Berlin 1832, S. 241. Der Spielberg, von dem Franzosen Renacle, welcher 1839 im Auftrage der franz. Regierung die Gefängnisse Deutschlands bereiste, in den Blättern für literarische Unterhaltung, 1841 Nr. 282. Appert, die Gefängnisse, Spitäler, Schulen und Militär-Anstalten in Oesterreich, Baiern, Preußen, Sachsen, Belgien. Nebst einer Widerlegung des Zellen-systems. Wien 1851, 3. B.

²⁾ Die Grafen Silvio Pellico: *Le mie Prigioni*, Parigi 1833, verdeutsch von *r unter dem Titel: Meine Gefangenschaft in den Kerker zu Mailand, unter den Bleibäthern zu Venedig und in den Rasematten auf dem Spielberge. Denkwürdigkeiten aus dem Leben des Grafen Silvio Pellico, Leipzig, 1833; *Memoires d'un Prisonnier d'Etat au Spielberg*, par A. Andryan, 4 volumes. Die Geheimnisse des Spielbeuges. Denkwürdigkeiten eines österr. Staatsgefangenen, seine Schicksale daselbst in Gemeinschaft mit dem Grafen Goussolomieri, 1838, 2 Bände.

Es war eine sinnige Idee, welche die Richtung des Mittelalters treffend aussprach, als man die zwei neben einander gelegenen und mit einander verbundenen mäßigen Berge ¹⁾ am Vereinigungspunkte des Schwarzawa- und des Zwittawa-Flusses, am Eingange in ihre Thäler, als ihre und der Ebene Beherrscherin, auswählte, um die Symbole des Mittelalters darauf zu pflanzen, das Kreuz und das Schwert.

Es wird erzählt, daß vor halb tausend Jahren der Verkündiger der Christuslehre, der Landesapostel Methud die St. Peterskirche auf dem einen Berge vor dem glorreichen und mächtigen Herrscher Swatopluk und unzähligem Volke consecrirte (884), daß dieselbe aber schon vor Cyrill und Methud zur Zeit des Herzogs Romyr erbaut und dotirt, bei Feindes Einfall verbrannt, von Blablmar jedoch zu Swatopluk's Zeit wieder errichtet worden sei ²⁾.

Schon zur Zeit dieser Weihe wurde auch die Bewidmung der Kirche in Brunn und Ruze (Altbrunn) bestätigt. Es bestand also schon der Keim der nachmaligen Landeshauptstadt, wahrscheinlich bereits in jener Zeit der Hauptort einer Zupa (eines Kreises). Wann aber die Burg ober derselben gebaut wurde, darüber fehlt es an allen Nachrichten. Jedenfalls geht die Zeit weit unserer einheimischen Geschichtskunde voran. Statt ihrer wollen wir der Sage erwähnen, mit welcher in neuerer Zeit ein fleißiger, aber leichtgläubiger und unfritischer Geschichtsforscher (Stredowsky, *sacra Moraviae historia*, Solisbaci 1710, p. 33, 53) die Lücke ausfüllte.

Von der Donau bis zum baltischen Meere, vom Dnieper bis an Rußlands Eisfelder war Perun (Pierun, Percun, Perfuno), der Donnerer, Blitzeschleuderer, das Höchste der göttlichen Wesen. Er gab sich kund im Donner und Blitz, dem Schrecken der Menschen; ihm war der Wolken Reich, des Himmels Gewölbe, der Luftkreis, der übrigen Götter Schaar, das Weltall unterthan. Er war den Slaven die Quelle des ewigen Lichtes, das sich zur Erquickung und Belebung auf das Erdenrund, in die Gestirne und Sonne ergoß. Darum ehrten sie hoch, als einen Theil seines We-

¹⁾ Der Spielberg (westl. Rauchfang) ist nach Riesgang's Messung 150 wiener Klafter über der Meeresfläche, der Kapelle-Thurmkopf 149,90.

²⁾ Seit dem Anfange des 9. Jahrhunderts wurde das Christenthum von den Bischofsitzen Passau und Salzburg aus auch in Mähren verbreitet. In Brunn wurde zur Zeit des Herzogs Romyr die Kirche des hl. Peter erbaut und dotirt (Nach einer vom olmützer Bibliothekar Richter mitgetheilten Nachricht des raigerer Probstes Maurus um 1061, welche sich in einem alten Codex des olmützer städt. Archivs über das Magdeburger Recht erhalten haben soll. S. österr. Zeitschrift für Geschichts- und Staatskunde 1835 Nr. 24, 25 u. 26). Voček theilte diese Fragmente eines Salbuches der olmützer Peterskirche (von 1062) in seinem Codex diplom. Moraviae I. 136 mit. Palacky bemerkt I. 109 dazu, der Name der ältesten Kirchen in Olmütz und Brunn selbst (eccl. sti Petri, nicht S. Clementis) sei ein genügender Beweis, daß sie schon vor Cyrill und Method bestanden. Derselben Meinung ist Röpell, Geschichte Polens I. 88.

ienß, das Feuer und bestellten Priester, die es nähren, nimmer aufgehen ließen, unter Todesstrafe. Ihm zur Seite standen in hoher Verehrung bei den Böhmen und Mähren Swantewit, der den Sterblichen die Zukunft aufschloß, zweidentig wie überall, der Gott des Krieges und der Siege und des fröhlichen Gedeihens der Früchte (zu Belehrad?), und Rabegast, zu dem die Kriegsmänner um günstigen Erfolg fochten, den Wolken nahe, auf dem Radhoß bei Rojnan und Freiberg; und Provo (Provo, besonders verehrt in Oldenburg) der Gott der Gerechtigkeit. In einem Haine unter dem Schatten geheiligter Eichen stand dieser auf einem Piedestal, das Haupt gekrönt, in der linken eine Fahne, den Fuß auf einem Stelzen, in der rechten ein Eisen, einer Pfingsthaar ähnlich. Hierher wurden die eines Verbrechens Angeeschuldigten gebracht, und die Hand auf das glühende Eisen haltend, mußten sie ihre Unschuld durch ihre Unversehrtheit darthun. Hier wechselten an bestimmten Tagen Feste und Spiele im fröhlichen Vereine des Volkes mit Opfer und Gebet¹⁾.

Unter solcher Gestalt und auf solche Art läßt nun Středowsky Bierun in geheiligtem Haine auf dem Spielberge (der von den Spielen daselbst den Namen führe) geehrt werden.

Auf dem Petersberge aber soll ein Tempel der Rasopani (auch Zizila), der Venus der Alten, emporgeragt haben, herrlich glänzend von dem vielen Gold und Edelsteinen. Mit den Grazien auf einem goldenen Wagen thronend ward sie von zwei Läubchen und zwei Schwänen gezogen. Ihr Haupt umstrahlte eine mit Rosen durchflochtene Krone, dem Busen entbrannte eine Fackel; in der rechten hielt sie drei goldene Äpfel, in der linken den Weltball, ihre ausgebreitete Herrschaft anzudeuten.

Im fünfzehnten und noch im sechzehnten Jahrhunderte hieß der Hügel über der sogenannten Hertens- oder Lampelmühle, wo sich die Wasserkunst, welche die Stadt zum Theile mit Wasser versieht, befindet (der jetzige Franzensberg) urkundlich *Parzen*-, verstämmelt *Purzenhübel*, *Bierzenpül*²⁾.

Der Name Spielberg steht nicht vereinzelt in Mähren, er findet sich auch in Groß-Biteš, Eibenschitz, bei Kromau, dessen Florianenberg früher Spielberg hieß (brünner Wochenblatt 1827 S. 27, Wolny III. 334), bei Jglau, wo eine Weide am Spielberge ist, aber auch anderwärts, wie Spielberg im Gerichte Oldenhain im hessischen Ringgau, nach welch' ersterem später dieses Gericht gewöhnlich genannt wurde (Landau, Beschreibung des Gaues Wetterelsa, Kassel 1855 S. 138), Spilimbergo, Spilenberg im Friaul'schen mit einem Rastelle³⁾,

¹⁾ Ueber die Religion der heidnischen Böhmen und Mähren S. Palach I. 177. — 184.

²⁾ Schenkungsurkunde König Georgs an die Stadt 1461 wegen dieser Mühle und eine andere von 1524. S. Dr. Alois Carl, Bemühungen die Blättern auszurotten. Brunn 1800.

³⁾ Ueber die Fehden der in Friaul allgemein verhaßten edlen Herren von Spilimberg in 14. Jahrhunderte S. Kurz, Rudolf IV. S. 289 — 293.

Dettingen-Spielberg, insbesondere die oberösterreichische Feste **Spielberg**, nun eine schöne Ruine auf einer Felseninsel der Donau oberhalb Rauthausen. Schon im Jahre 1159 kommt vor Dietrich von Spileberch (Pritz, Geschichte des Landes ob der Enns 1. Bd. S. 354). Diese herzogliche Feste Spilberg kam im 14. Jahrhunderte in den Pfandbesitz des Hans des Schekhen, weiter des Erhard von Spilberg, von diesem in den Besitz des Stiftes Florian (1365) und endlich der Lichtensteine, bis sie der reiche Obersthofmeister Hans nebst seiner Feste Pernstein im Kremsthal unweit Kirchdorf, auf welcher er gefangen gefessen, u. m. a. (1395) dem Herzoge Albrecht abtreten mußte, welcher sie wieder weiter verließ (Pritz II. 41, 54, 79, 81, 83, II. 689. Kurz Rudolf IV. 219).

Nach Horst verdanken alle deutsch benannten Burgen in Mähren, wie z. B. Kunstadt, Helfenstein, Hohenstein, Eymburg, Spielberg, Toststein und andere ihren Ursprung eingewanderten Deutschen (Hormayr's Taschenbuch 1821 S. 92).

Nach Boček (Reisebericht 1845 M. S. S. 77) deuten die Namen Spielberg (bei Brünn, Gibenschiß und Kromau), Spielwiese (bei Znaim), Juliberg (bei Olmütz) und Pfingstberg (bei Groß-Bitesch) auf die Juli- und Pfingstspiele und die geeignetesten Plätze für dieselben (Berg oder Wiese) aus einer Zeit, wo mit deutschen Colonisten unter Ottokar auch deutsche Gebräuche und Namen in das Land kamen.

Wirklich kommt auch der Name des Spielbergs (mons spilmboroh, nach Boček Spilberch) nicht vor der 2. Hälfte des 13. Jahrhunderts (1279 in einer Urkunde für das Spital der Johanniter unter dem Spielberge. S. meine Geschichte von Brünn S. 94, Boček Codex IV. 223), die Burg Spielberg aber unter diesem Namen nicht vor dem 14. Jahrhunderte vor (1317, 1321, 1323)¹⁾; sie hieß vordem immer die brünner Burg und kommt als solche urkundlich zuerst im Jahre 1197 vor (Boček I. 349, in castro Brunensi in colloquio nobilium). Von ihren Schicksalen in frühester Zeit wissen wir nur, daß sie stets in landesfürstlichem Besitze war, und ihre eigenen Burggrafen hatte²⁾, welche zu Anfang des 15. Jahrhunderts auch Landesunterkämmerer waren.

¹⁾ Katharina von Komniz gründete 1317 das Nonnenkloster St. Anna unter der Burg Spielberg (sub castro Spilberch) in der Vorstadt Brünns (Codex dipl. Mor. VI. 80). König Johann befreit die Fußgeher von der Maut in dem zu seinem Schlosse Spielberg (ad castrum nostrum Spilberch) gehörigen Dorfe Raupnitz (eb. S. 133).

König Johann tauschte vom Prämonstratenser-Nonnenkloster das Dorf Hapan mit der Marienkirche in Altbrunn und dem Patronatsrechte über dieselbe gegen die früher zu seiner Burg Spielberg (castrum nostrum Spilberch) gehörig gewesenen Güter in Pralitz (Prebleins) und die Maut daselbst ein, und überließ Hapan mit der Marienkirche der seit 1319 in Brünn weilenden Witwe Elisabeth († da 1335) zur Erbauung eines Cisterzienser-Nonnenklosters daselbst (Brunae 1323 VII. Idus Sept. in Dlabacz Nachricht vom Raniher Kloster S. 33 — 36, Codex dipl. Mor. VI. 178).

²⁾ Die Castellane, Burggrafen, Pfleger, Hauptleute des Spielbergs.

Im Jahre 1081 Sibor castollanus Brunensis (Boček Codex diplom. Moraviae I. 115, Palach I. 272).

Nicht unwahrscheinlich ist es, daß der troppauer Herzog Niklas, ein Sohn König Ottokars, welcher nach seiner Entfernung aus Troppau längere Zeit in Brünn lebte und da starb (1318 mit seiner Gemahlin Adelheid und seinem Sohne in

- Im Jahre 1174 Moiek castellanus de Brunna (Boček I. 287, 289)
- " " 1226 Thaz (Thas von Lomniß) castellanus Brunensis (Boček II. 174).
- " " 1235 Ratiborius (de Deblin) castellanus Brunensis (Boček II. 298, 368, 382).
- " " 1239. 1240 Pribizlaus nobilis vir de Crisanoue (Přížanau) et Castellanus Brunensis (Boček II. 358, 365. S. über denselben Wolny VI. 198, 275, meine Geschichte der Heil- und Humanitäts-Anstalten W. und Schl., Brünn 1858, S. 31).
- " " 1240 Ratiborius et filius ejus dominus Hartlibus (de Deblin) purgravius in Brunna (Boček II. 368, 371).
- " " 1255 Zmilo Burgravius Brunensis (in einer tischnowitzer Urkunde, meine Geschichte von Brünn S. 5, nach Terroni; nach Boček III. 193 Smilo (von Kunststadt) Cast. Prerov., eb. III. 205 und 313 im J. 1256 und 1261 burggravius de Brumow.
- " " 1261 Ratimirus, Cast. Brunensis (Gesch. von Brünn S. 5, nach Boček III. 207 und 319 Cast. von Přimda).
- " " 1286 Hartlibus de Dubna senior, burggravius. Brunensis (Boček IV. 308).
- " " 1303 Wykhardus de Polna purchrauius Brunensis (Boček V. 167).
- " " 1308, 1317, 1318, Johann von Lomniß, Joannes de Mesirsiecz purcravius Brunensis (Steinbach, Kloster Saar, II. 52, Codex dipl. Mor. VI. 88, 112).
- " " 1315 Conradus de Vithis (meine Geschichte Brünns S. 5), noch unter dem Markgrafen Carl (1333 — 1349, nach Wolny II. 76 im Jahre 1342 Burggraf auf dem Spielberge (Cod. dipl. Mor. VI. 344, wo S. 347 im Jahre 1333 Nicolaus olim. Burchravius predicti Castri (Spielberch) genannt wird).
- Als Markgraf Carl die den mähr. Städten schädlichen Einigungen der Handwerker aufhob und ihre Statuten lassirte, trug er diesem Burggrafen die Gewalt gegen die widerspänstigen Handwerker auf. Carl sprach dabei die merkwürdige Ansicht aus, es sei heilsam und nützlich, daß jeder Mensch von welchem Handwerke immer sich ohne alles Hinderniß nach Brünn oder anderwärts begeben und die Arbeit, welche er kennt, frei ausüben könne (Rößler, brünner Stadtrechte S. 218).
- " " 1370 Dubel (Dubko — Wolny II. 76).
- " " 1382 Valentin von Přestawll, Burggraf (Wolny II. 77).
- " " 1406, 1407 Synlo von Paczow, Hauptmann zu Brünn (Kurz, Albrecht II. 1. T. S. 51, 270, 274, Lichnowsky V. 94, 97, Regesten S. 75, 86).
- " " 1414 Ulrich von Plawatek, Landesunterkämmerer.
- " " 1415 Paylo von Hobietin, Landesunterkämmerer.
- " " 1417 Hanns Ameißer, Burggraf des Spielberges (Wolny II. 2. Abth. S. 426).
- " " 1418 Johann von Leslowek, Burggraf (Meine Gesch. von Brünn S. 5).
- " " 1422 Rudolf von Netze, Burggraf (Wolny II. 77).
- " " 1424 Niklas Seebed (nicht Serbed, wie Wolny eb.) von Sebenstein (meine Gesch. von Brünn S. 130), Hauptmann des Spielberges.

der Minoritenkirche begraben. S. Wolny, kirchl. Topog. III. 104, Ens Oppa-land I. 46) und die Königin Witwe Elisabeth vor der Vollendung des von ihr 1323 gestifteten Klosters Maria Saal auf dem Spielberge geweiht haben mögen.

Der stets geldbedürftige König Johann von Luxemburg mag diese Burg verpfändet haben, denn sie (*castrum brunense*) wird unter jenen genannt, welche sein Sohn der Markgraf Karl 1334 mit Kosten und Mühen an sich zurückbrachte. Dessen Gemahlin, der Markgräfin Blanka, wies König Johann (1337) das Schloß in Brünn zum Aufenthalte an (Dobner monumenta V. 496) und auch Karl nahm da seine Residenz (1340 bestätigte er *datum Brune in castro Spielberch* alle Rechte und Privilegien der Stadt Brünn; S. meine Geschichte derselben S. 107, codex dipl. Mor. VII. 204).

Auf dieser Burg hielten die Landesfürsten Landgerichte und Landtage, wie der brünner Herzog Epitignew 1197 (Voček I. 349), wie König Ottokar 1274

Im Jahre 1427, 1428 Wilhelm Walbner, Hauptmann des Spielberges (Wolny II. 77);
1429 Wilhelm der Walder, Herzog Albrecht's Pfleger auf dem Spielberge über Brünn (Richnowsky V. Urk. Buch S. 248).

" " 1435 Wilhelm der Ebser, Herzog Albrecht's Hauptmann zu Brünn (eb. S. 302).

" " 1438 Wenzel von Kuttwitz, Landesunterkämmerer und I. Pfleger des Schlosses Spielberg (Schwoy II. 180, meine Geschichte von Brünn S. 5, Wolny II. 77).

" " 1444 ließ die Stadt Brünn (oder die Stände?) den Heralst von Kunstadt und den Wenzel Koblasa, Burggrafen auf dem Spielberge, enthaupten (Hapel, böhm. Chronik, Pessina pag. 628, Moravetz II. 45, Palachy IV. 114).

" " 1447 Johann von Poczenitz (Meine Gesch. von Brünn S. 5, Wolny II. 77).

" " 1468 Leopold von Kragerz (Moravetz II. 71, 74).

" " 1473 Benes (Dobes?) von Boskowitz, Burggraf (Meine Gesch. von Brünn S. 5, Wolny II. 78).

" " 1480 Blasius Magiary, Hauptmann der Kriegsvölker in Mähren und des Spielberges (Moravetz II. 95).

" " 1486 Ladislaw, Burggraf (Wolny II. 78).

" " 1489 Ladislaw Kaczinski, Spielb. Burggraf (Wolny, kirchl. Topog. III. 23).

" " 1490 Peter Herzig, dto. (M. Gesch. v. Br. S. 5, Wolny II. 78).

" " 1492, 1495, 1497 Johann Komarowsky (Konerowsky), Hauptmann auf dem Spielberge (eb.).

" " 1530 Bernard von Zasmul, dto. (eb. S. 79).

" " 1539 Johann Wolfirzow von Niemtschitz, dto. (eb.).

" " 1547, 1549, 1552 Georg Zlabla von Limberg auf Ranitz, I. böhm. Vicelanzler, I. Hauptmann auf dem Spielberge (Wolny II. S. 79 und VI. 727 gibt aber zum Jahre 1549 den Gedeon von Woleffnicz, als I. Hauptmann an, vielleicht war er nur Berweser).

" " 1554 Peter Knorka von Kurkin, Hauptmann (Meine Gesch. v. Brünn S. 4. Wolny II. 79).

und dessen Bevollmächtigte 1278 (Boček IV. 207), König Wenzel (1286, actum Brune in castro nostro, Boček IV. 308. S. auch S. 215, 311) zur Unterdrückung der Räubereien und Faustkämpfe im Lande, Markgraf Jobot (1380), als vom gesammten Adel Nöhrens der in der Unterthansgeschichte so merkwürdige Beschluß gefaßt wurde, keinen Bauer als Unterthan aufzunehmen, wenn er nicht mit einem Entlassungsbriefe seines bisherigen Herrn versehen um die Aufnahme bitte.

Der Kapelle der brünner Burg und ihres Rectors wird zuerst im Jahre 1287 urkundlich gedacht (Boček IV. 339). König Johann schenkte im J. 1331 die Kapelle seines Schlosses Spielberg (capellam castri nostri Spilberch) mit allen Nutzungen, nämlich einem Freihofe in Rjeczkowiz mit 1 Acker, 6 1/2 Zinslahnen, 2 Mark jährlichen Zinses von der Stadt Brünn u. s. w., dem neu gestifteten Hospitale des neuen Klosters Maria Saal in Altbrünn unter der Bedingung, daß der Provisor des ersteren in der Burgkapelle den Gottesdienst verrichte, der jeweilige Schloß-Burggraf aber ihm die Kosten bezahle. Der olmüzer Bischof Synko bestätigte 1332 dem Kloster den Besitz der St. Prokops-Spielberger und St. Wenzels-Kapelle und inkorporirte die spielberger Kirche dem Spitale desselben. 1523 schloß die Abtei mit der Stadt Brünn einen Vertrag in Betreff der Zahlung des jährlichen Zinses von 2 Mark an die spielberger Kapelle, statt welcher 2 andere Mark von einigen Häusern in der Judengasse dem städt. St. Stephans-Spitale abgeführt werden sollten. Seit der erwähnten Schenkung blieb das Patronat über die spielberger Burgkapelle durch Jahrhunderte bei der genannten Abtei, welche die Burgkapläne ¹⁾ präsentirte und einsetzte oder auch die Seelsorge auf dem Spielberge durch die Klosterpröbste ausüben ließ (Codex dipl. Mor. VI. 332, 340, 347, Wolny, kirchl. Topog. III. 97, 155, 160, 164).

Im Jahre 1492 klagte der spielberger „Kapellan“ Niklas eine Martha in Brünn wegen des unrechtmäßigen Besitzes des Hofes in Rjeczkowiz sammt Zugehör. 1523 und 1524 hielt dieses Beneficium der Pfarrer bei St. Wenzel in Altbrünn, Kaspar; seitdem verschwindet davon jede Spur bis 1629, in welchem Jahre die Jesuiten die Seelsorge übernahmen (Wolny, kirchl. Topog. III. 98) ²⁾.

¹⁾ Im Jahre 1358 maßte sich der Rector Woislav des Besitzes der spielberger Kapelle an; der hieraus entstandene Streit mit dem Kloster Maria-Saal, welcher bis zur Excommunicirung des letzteren durch den Papst führte, endete 1369 aber doch damit, daß Woislav sachsällig wurde (Wolny VI. 546, kirchl. Top. III. 97, 157).

²⁾ Eine Folge des Verhältnisses des Klosters Maria-Saal zum Schlosse Spielberg war es, daß noch lange nachher und bis zur Aufhebung des ersteren (1782) die Sträflinge auf dem letzteren an den Wohlthätigkeitsakten Theil nahmen, welche die jährlichen Erinnerungen an die königliche Stifterin des Klosters begleiteten. Denn es erhielt jeder Sträfling am Jahrestage und auch am St. Bernardifeste vom Kloster 1 Pfund Fleisch, 1 Pfund Brod, 1 Maß Bier, 1 Seidel Nuchenspeise und 1 Kreuzer (Wolny kirchl. Topog. III. 154).

Das Burggebiet des Spielberges war ansehnlich ¹⁾; es gehörten unter anderem Untertanen und Besitzungen in den Vorstädten, Zinse aus der Stadt Brünn und die landesfürstliche Maut daselbst ²⁾, dann das Städtchen Raupnis sammt der Maut dazu, und Jobod kaufte (1396) vom Königinloster den Markt Mönich an, in dessen Nähe er den großen Teich anlegte.

Die Markgrafen hielten auf dem (nach Urkunden des Klosters St. Thomas) schon 1370 von freundlichen Nebenanlagen umgebenen Spielberge ihre Residenz ³⁾. In der Nähe besaßen sie nördlich die Burg Eichhorn (Wolny II. 290), wo sie dem Jagdvergnügen nachgegangen sein mögen, südlich Seelowitz mit königlichen Weingebirgen und ausgedehnten Teichen (Eder, Seelowitz S. 4 — 13).

Man läßt auf dem Spielberge den unruhigen Markgrafen Prokop, welchen sein Vetter König Sigmund hinterlistiger Weise gefangen nahm, an den Folgen der bösen Kerkerlust, oder am Hunger, oder, wie andere glauben, an Gift sterben ⁴⁾. Sein Bruder Markgraf Jobod, kaum zum deutschen Könige gewählt, starb hier (1411).

Mit dem Aussterben der einheimischen Markgrafen hörte zwar der Spielberg auf, bleibend eine Residenz zu sein, war es aber doch vorübergehend. König Wenzel, Jobods Nachfolger, weilte hier (Wolny II. 2. Abth. S. 426). Kaiser Sigmund, Wenzels Nachfolger in Böhmen, schrieb auf Weihnachten 1419 einen

¹⁾ Nach Wolny II. 27. dehnte sich der (spielberger) Burgbann noch im J. 1602 über den nördlichen und westlichen Theil der Stadt Brünn bis zur Mitte des großen Platzes (der St. Niklastirche) aus, wie dies aus den Errichtungsbüchern der St. Peterskirche fol. 421 ff. zur Genüge erhelle; er verwechselt wohl hier den Sprengel der Kirche (in burgo brunensi im Jahre 1199 geheißen) mit dem Burgbanne.

²⁾ Rößler, brünner Stadtrechte, S. 371 — 375, theilt die merkwürdigen brünner Mautrechte aus dem 14. Jahrh. und insbesondere unter dem Titel: Daz ist di maut cze Brunne, di auf daz haus Spielberch gehört, den landesfürstlichen Zoll-Tarif mit.

³⁾ Die Markgrafen Johann (1372, 1373) und Jobod (1376, 1394) fertigten ddo. Spielberg, in Spielborg, in castro Spielberg, in castro Spylmberg mehrere Urkunden aus (Wolny II. 76, II. 2. Abth. S. 240, IV. 108).

Das Schloß Spielberg gehörte offenbar zu den castris, welche Markgraf Johann in seinen Testamenten (1363, 1366, 1371) dem erstgeborenen Sohne Jobod, als Markgrafen und obersten Herrn von Mähren, vorbehielt (S. Ehyt's Abhandlung im 2. B. der Schr. der hist. Section, Brünn 1852).

⁴⁾ Morawetz I. 241, Engel, ungr. Gesch. II., St. Thomaser Annalen. M. S. Auch sein Todesstag wird verschieden angegeben. Die erwähnten Annalen setzen denselben in das Jahr 1406, und weisen ihm sein Grab neben dem Vater in der Kirche St. Thomas, Morawetz aber im Rathhäuser-Kloster an. Dinzenhofer Tafel XV. und Aschbach, Kaiser Sigmund, I. 209, lassen ihn im Jänner 1405 (aber am 15. Juni fertigte er noch eine Urkunde aus), Bessina in Phosphor p. 702 und Pubitschka VII. 263 und 333 am 4. September (ohne Angabe eines Jahres), Engel und Palach III. 208 am 24. September 1405 sterben; Pelzel, böhm. Gesch. und Wenzel IV. 2. T. S. 486, 502, 519, dann Morawetz geben kein Jahr an.

allgemeinen Landtag nach Brünn aus, und wurde von den Böhmen und Mäh-
rern als König anerkannt; bei einem anderen Landtage zu Brünn 1421 per-
sönlich gegenwärtig sicherte er Mähren im katholischen Glauben, ließ die zu
Ratibor gefangenen Abgesandten Žižka's und der Prager, welche dem Pohlen-
Könige Ladislaw die böhm. Krone anbieten sollten, vor sich auf den Spiel-
berg bringen, die Diener und Knechte in der Stadt hinrichten, die Herren wei-
ter in Trentschin einsperren (Cont. Pulkawae in Dob. mon. IV. 161).

Der neue Landes Herr Albrecht von Oesterreich benützte den Spielberg als
festen Hort gegen die hereinbrechenden Huffiten - Stürme. Er wurde mit einer
stattlichen Besatzung versehen. Albrecht schickte (1424) dem brünner Rathe den
Niklas von Seebeth (1414 Niklas Seebeth von Sebenstein Hauptmann zu Laa,
Kurz, Albrecht II. 1. T. S. 191) mit etlichem Volke, befahl ihm den Spielberg
einzunehmen, und zu seinen Händen zu haben, und empfahl dem Stadtrathe,
ihn (Seebeth) mit Rath, That und Hausnothdurft zu unterstützen (Meine Ge-
schichte von Brünn S. 130).

Der Spielberg theilte mit der Stadt Brünn die rühmliche Vertheidigung
gegen die Waisen (1428) bis die Schlacht bei Schlappanitz der Gefahr ein
Ende machte (Meine Gesch. von Brünn S. 131, Palachy III. 2. S. 465).

Es waren fortan Burggrafen oder Pfleger auf dem Spielberge; einer von
ihnen, Wenzel Koblaja, soll, wie kurz vor ihm Heralt von Kunstadt (1444)
hier enthauptet worden sein.

Die brünner Bürgerschaft hielt aber den Spielberg fortan bis zum Jahre
1453, wo ihr König Ladislaw befahl, die Burg sammt Büchsen, Pfeilen, Pul-
ver u. a., wie sie alles nach dem verstorbenen k. Pfleger Wenzel von Kutwiz
übernommen, dem Wenzel von Boskowiz auf Czernahora zu übergeben. Da-
gegen gestattete er (Prag am Freitage nach dem h. Auffahrtstage 1454) der
Stadt, zur Vergütung der auf die Erhaltung und Befestigung der Burg ver-
wendeten 1736 Schock Groschen durch 17 Jahre jährlich 100 Schock vom k.
Kammerzinse abzuziehen (Meine Gesch. von Brünn S. 3, Wolny II. 77).

Als die ungarischen Stände den Prinzen Ladislaw als König anerkan-
ten, verlangten sie von seinem Vormunde, dem deutschen Könige Friedrich (1445),
daß er ihn in Preßburg oder Wien oder auf dem Spielberge nach Gutdünken
aufbewahre (Palachy, Geschichte von Böhmen IV. 142). Der letztere mußte
daher nicht nur die Eignung zur Aufnahme des Landesfürsten, als welchen die
mähr. Stände Ladislaw schon früher anerkannten, gehabt haben, sondern es wird
auch bemerkt, Ladislaw habe die schöne markgräfliche Residenz, das berühmte
Schloß Spielberg bezogen (Pez script. rer. Aust. I. 1260).

Nach der (im österr. geh. Haus-Archive befindlichen) „Verednuß von inn-
habens wegen der geschloß Spilberg mit Bannken von Boskowicz vnd Tschern-
nahora“ (Prag Samstag vor Elisabeth) vom 17. November 1453 übergab Kö-
nig Ladislaw dem Waniel von Boskowiz die Pflege und Bewahrung des
Schlosses Spielberg „auf sein selbst kost vnd zerung.“ Als Burghut soll er

bekommen, was der L. Hofmeister Georg von Kunstadt und Bobiebrad und der f. Rath Ulrich Eynginger von Eyngingen aussprechen werden. Er soll den übergebenen Zeug getreu bewahren und denselben sammt dem Schlosse auf Verlangen wieder übergeben. Er soll zum Mindesten einen ehrbaren Mann an seiner Statt auf dem Spielberge haben, welcher dem Könige auch gelobe und schwöre, im Falle, als Boskowitz mit Tod abginge, gefangen oder in einem andern Wege beirrt würde, den Gelübden nachzukommen, stets alles das zu vollführen, was am Zettel geschrieben sei. Boskowitz stellte hierüber am nämlichen Tage den Revers aus. Zugleich befahl der König dem Stadtrathe und den Bürgern von Brünn, das Schloß Spielberg, „so ir inn habt“ zu übergeben, „mit sambt den puchsen, pfeilen, puluer, armbrusten vnd allen gezeug gerett vnd gut, des ir ew nach weilnt Raglawn von Kufwitz vndermunden oder ingenomen habt“ (fontes rer. Austr., herausg. von der wiener Akad. d. Wiss. 1850, II. B. S. 44).

Die mähr. Stände sprachen und begehrten vom Könige Ladislaw oft und wohl hundert Mal, „das sein gnad geruhet zu den zutun das die brieff, die von dem Spillenbergen gen Oesterreich sint genommen worden, widerchert wurden.“ Es blieb dieß jedoch ohne Erfolg. Daher baten sie 1458 „sein gnad (den neuen König Georg), das sein gnad zu dem werchlich tun geruch das die brieff dem land widerchert wurden“ (eb. Vorbericht S. XXIX). Sie mögen dennoch nicht zurückgekommen sein, wohl löste aber König Georg, gegen erbeigenthümliche Abtretung seiner erblichen Burgen Boskowitz, den verpfändeten Spielberg von Wenzel von Boskowitz wieder ein (1458), für die „dem Könige Ladislaw erwiesenen Dienste und auf Abschlag der Schulden, welche Waniek als Vertheidiger der Burg Spielberg zur Erhaltung derselben habe machen müssen (Brünner Landtafel XI. 2., Wolny II. 175).

Der Spielberg wurde die Residenz des Landeshauptmanns Prinzen Viktorin, wie seine von da ausgegangenen Verfügungen zeigen (ddo. Spielberg 1465 an Maria Lichtmess in einer iglauer Urkunde, 1466 in Urk. bei Pessina p. 775, 778) ¹⁾ und dem Könige Georg in der Folge einer der festesten Haltpunkte im Lande. Denn der Burggraf Leopold von Kragitz vertheidigte denselben durch 9 Monate auf das Tapferste gegen Georgs gefährlichsten Gegner, seinen Schwiegersohn den König Mathias von Ungarn, und übergab ihn erst (12. Februar 1469) nach Erschöpfung aller Mittel an dessen Feldherren Blasius Raghar und den löwenstarken Paul Kins (S. meine Gesch. von Brünn S. 152, Hormayr's Taschenbuch 1821 S. 31 — 51).

Mathias schenkte (Olmütz am St. Tiburz und Valerian 1469) der Stadt Brünn einen Hof in Mönitz, die Mühle unter dem Pürzen-Bühl sammt allem Zugehör, dann 10 Mark Groschen, welche man auf den Spielberg hatte

¹⁾ Monse, Gesch. von Mähren, II. 149, läßt die Landeshauptleute nach dem Abgange eigener Markgrafen gewöhnlich auf dem Spielberge residiren.

erlegen müssen, ohne allen Zins und Steuer, wegen ihrer treulichen Beständigkeit in den Kriegsläufen, ihres Schadens, welchen sie diese Zeit gelitten, weil sie ihn (Mathias) in die Stadt eingelassen, auch einig gewesen und standhaft über der katholischen Religion gehalten. Wegen dieser Beständigkeit schenkte Mathias der Stadt auch das Dorf Schwarzkirchen, das er (nebst Domaschow) dem Kloster Raigern wegen dessen Anhänglichkeit an Georg abgenommen, unter der Bedingung, daß es dasselbe für 2000 ungar. Gulden wieder von der Stadt einlösen könne, was auch 1499 geschah (Ludwig's Chronik von Brünn S. 8, 9, Wolny, kirchl. Topogr. II. 1. 421).

Mathias (1487) und nach ihm Ludwig (1524) und Ferdinand III. (1643) verbathen, auf dem Spielberge Wein und Bier auszuschänken.

Als nach Mathias Tod zwischen seinem Nachfolger Wladislaw, Kaiser Friedrich und dem deutschen Könige am 7. November 1491 Friede zu Preßburg geschlossen wurde, machte sich der erstere verbindlich, den kais. Generalkapitain Tobias von Boskowitz die auf die Gebäude des Spielbergs gemachten Auslagen nach der vom mähr. Landeshauptmanne zu konstatirenden Nachweisung binnen Jahresfrist zu vergüten (Morawetz II. 110, Archiv der kais. Akademie für österr. Geschichte 1849 II. Bd. S. 484)¹⁾.

Der schwache und stets geldarme Wladislaw hatte den Spielberg (wohl an Tobias von Boskowitz) verpfändet, versprach zwar den mähr. Ständen (1491), als diese ihm zur Auslösung behilflich waren²⁾, denselben unter keinem Botwande mehr zu verpfänden oder hintanzugeben, sah sich aber doch dazu genöthigt, obwohl er die Einkünfte der Burg vermehrt hatte. Denn nach der seit der Hussitenzeit zu immer größerer Anwendung gekommenen Ansicht behandelten die hart bedrängten Landesfürsten die Klostersgüter wie Kammergüter, zogen sie ein, verpfändeten und veräußerten dieselben.

Wladislaw zog auch die dem Stifte Saar gehörigen Dörfer Rutscherau und Rohrbach (Grussowany — nicht Grusbach, wie Wolny II. 1. S. 164 sagt. S. eb. II. 2. S. 453 und Steinbach, Kloster Saar I. 228), dann die Dörfer Lösch und Ubec bei Brünn, welche dem aufgelösten Stifte Smilheim gehörten, zur Kammerherrschaft Spielberg ein (Brünner Wochenblatt 1825 S. 312, Wolny II. 2. S. 121, IV. 476). Im Jahre 1500 verpfändete er aber die Burg nebst dem Markte Mönitz und den genannten 4 Dörfern für 21,150 Dukaten dem mähr. Landeshauptmanne Johann von Lomniz. Wladislaw empfahl zwar

¹⁾ Die Boskowitz mögen auch auf dem Spielberge gewohnt haben; hier trat ihnen Kunla von Krawarz, Gemahlin des Waniel von Boskowitz, 1483 ihren Antheil auf Seelowitz ab (Wolny II. 1. Abth. S. 175, 2. Abth. S. 416).

²⁾ 1495 befreite er gegen die Verpflichtung, jährlich Anniversar zu halten, den Weinberg Reindl des brünner Dominikanerklosters vom Zehent zur Burg Spielberg (Wolny, kirchl. Topog. III. 55).

(1516) von seinem Krankenlager aus den mährischen Ständen auf das Dringendste, den Spielberg mit der Steuer oder freiwilligen Gaben auszulösen (Morawetz II. 129), derselbe blieb aber im Besitze der Komnize, bis sie ihn, nach mehrerer Befestigung wegen der Türken-Gefahr (1542), an den König Ferdinand I. abtreten mußten (1547).

Dieser wies (Samstag nach Franzisci 1554) die Einkünfte der Güter des Schlosses und der Festung Spielberg mit 214 fl. zu Georgi die eine und zu Wenzeslai die andere Hälfte bis zur gänzlichen Zahlung des Betrages von 4700 fl. an, welche er dem Wenzel, Bischofe von Nikopolis, olmüzer Suffragane und saarer Abte und beziehungsweise dem Kloster selbst schuldete.

Im Jahre 1560 suchten Kaiser Ferdinand und König Maximilian durch Abgeordnete bei den mähr. Ständen um die Bewilligung an, das Schloß Spielberg und die dazu gehörige Herrschaft zu veräußern. Sie gaben unter der Bedingung ihre Zustimmung, daß das gelöste Geld zur Erkaufung der Herrschaft Pardubitz in Böhmen (für den Erzherzog Maximilian) verwendet werde.

Kaiserliche Kommissäre unterhandelten am 12. Juni 1560 mit den königlichen Städten und dann der Stadt Brünn, daß sie das Schloß mit der (Neu-) Gasse von 17 Unterthanen und einer Mühle kaufen möchten.

Nach einer anfänglichen Weigerung gingen sie den Kauf um 5000 mähr. Gulden ein. Aber auf dem Landtage riefen die Stände die Kaufhandlung um, weil sie die ganze Herrschaft selbst kaufen wollten (Meine Gesch. von Brünn S. 4). Es veräußerte auch Kaiser Ferdinand (Wien am Tage St. Wenzels 1560) das Schloß Spielberg sammt dem Kirchen-Patronate und der dazu gehörigen Holzlieferung aus den eichhorner Wäldern, 19 Inassen auf die brünner Vorstadt Neugasse, dem Städtchen Raupitz mit der Maut, dem Städtchen Möritz, den Dörfern Augezd, Hostiehradetz und Satschan und dem Weinzehente aus dem seelowitzer und ausgezder Gebirge den vier Ständen Mährens für 35,000 Schock böhm. Groschen. Dieselben überließen sogleich das Gekaufte wieder käuflich „denen Herren“ (dem Herrenstande), was jedoch der Kaiser nicht genehmigte. Daher veräußerten die Stände den Weinzehent in Seelowitz dem Wenzel Werka von Duba, 6 Höfe mit einer Mühle dem Wenzel von Komniz und das Dorf Satschan dem Hans Haugwitz von Biskupitz, das Schloß Spielberg aber mit allen Gewehr- und Waffenvorräthen, einem Hofe unter demselben, Gärten, dem spielberger Teiche, der Lampelmühle, der Neugasse und dem Holze aus der eichhorner Waldung am 14. Oktober 1560 der Stadt Brünn um 6000 fl. mährisch¹⁾.

¹⁾ Dieser Vertrag lautet (aus dem Böhm. übersetzt) nach der Landtafel-Einlage (Quatern XXIV. fol. 24)

Wir Johann von Raunitz, Johann Abt des Klosters Bellehrad, Wenzeslaus Hobiczky von Hobicz, Kämmerer des kleineren Landrechts des Brünner Kreises, Wenzeslaus Edelmann Olmüzer Bürger als von den Ständen des Markgrasthums Mähren zum Ber-

Um diese Zeit waren an der Südseite des Spielberges Wein-, an der anderen aber Obst- und Lustgärten. Wie der Weinbau um Brünn seit Jahrhunderten blühte, waren gewiß auch die so günstig gelegenen Abhänge des Spielberges schon viel früher mit Reben bepflanzt. Bekannt ist, daß der Priester Haimann 1340 den Weingarten Hofst hinter dem Spielberge einer Kapelle bei St. Jakob schenkte und das Kloster Maria-Zell 1524 einen Weingarten hinter demselben anlegte (Wolny kirchl. Topog. III. 75, 90).

kauf des Gutes Spilnberg bevollmächtigt, und im Namen der Stände — haben verkauft die Burg Spilnberg samt dem Maierhose unter dieser Burg, der Mühle und allen Geräthschaften in dem Schlosse, samt Geschütz und Pulverborrath und verschiedenen Geräthschaften, mit welchem Namen auch solche bezeichnet werden sollten, sowohl in diesem Schlosse als auch in dem Maierhose, in der Mühle samt den Feldern, Wiesen, Weingärten unter dem Schlosse, samt zwey Gärten, einem Teiche, der Spilnberger genannt wird, samt Haltern (Fischeinsäßen), mit den Unterthanen auf der Mengasse, samt den Robothen, Zinsungen von diesen Renten, und mit allen anderweitigen Nutzungen und Gefällen mit den drey Centnern ausgeschmolzenen Unschlitts, welches die Brünnner Fleischer jährlich auf diese Burg Spilnberg liefern, und auch mit der Freiheit in den Eichborner Gebirgen, daß sie aus dem Walde das Holz zum Brennen zum Bedürfniß dieser Burg Spilnberg hauen, nehmen, und auf diese Burg ohne Hinderniß führen können, auch mit allem Rechte, und Herrlichkeit, was zu allem dem, wie dies oben benannt wurde, sonst gehört hat, und annoch gehört, so wie Ihro kaiserliche Majestät selbst dies in ihrem Besitze und Nutznießung zu haben geruhten, und verkaufen Kraft dieses Vertrags dem Bürgermeister und Rathe wie auch der ganzen Gemeinde Brunn der jetzigen und künftigen zu ihrem rechtmäßigen Erb-Eigenthum, Besitz und Nutznießung und dies namentlich für die Summe von „Sechs tausend Gulden,“ den Gulden zu 30 Groschen und den Groschen zu sieben Denar gerechnet, in Thalern und böhmischen Groschen, welche obbeschriebene Summe der Bürgermeister und Rath der Stadt Brunn für dieses Gut nach dem Datum dieses Vertrags am Tage des heiligen Simon und Juda auf dem Rathhause in der Stadt Brunn den hiezu von den Ständen eigends beordneten Personen zu erlegen haben.

Und wir obgeschriebenen von den Ständen Bevollmächtigten haben in dieser Zeit, diese Burg Spilnberg mit allem Zugehör, so wie es oben beschrieben worden ist, dem schon erwähnten Bürgermeister und Rathe der Stadt Brunn in ihre Macht abzutreten und die Unterthanen zur Erb-Eulbigung anzuweisen, und nach diesem Verkaufe und Vertrage sollen sich beide Theile gegen sich verhalten, und bey dem ersten Landgericht, wenn die Landtaseln hier in der Stadt Brunn eröffnet seyn werden, diesen Vertrag sich in den Landtaseln einlegen.

Zur Gedächtniß dessen haben wir Johann von Raunitz und Wenzl Hobiczky auch statt andern mit uns bevollmächtigten Personen diesen mit unsern Petschaften bestätigten Vertrag dem Bürgermeister und Rathe der Stadt Brunn übergeben. Welcher gegeben und geschrieben wurde in der Stadt Brunn am Freytag vor dem heiligen Apostel Matthäus im Jahre des Herrn gerechnet von der Geburt des Sohnes Gottes, Tausend fünfhundert sechzig.

(Wladislaw Mesericzky von Komnitz klagt für sich und im Namen seiner Brüder wider Wolf Czierl, Bürger zu Brunn, wegen zweier ihren Renten bei dem Teucht unterm Spielberg weggenommenen Fischbeeren. (Malezen-Sammlung des petersberger Propstes Elias Hovorius von Wischau 1603 Blatt 87).

1586 fand man einen Schneider-Gesellen todt im spielberger Teiche (Ludwig's Chronik S. 20).

Das Schloß wurde zwar 1578 vom Feuer verzehrt, späterhin jedoch wieder aufgebaut und besetzt.

Der Stadtrath bath den Kaiser Rudolph, dem Unterkämmerer zu befehlen, daß er aus der Contribution, welche die Stände zur Tilgung der kais. Land-schulden bewilligten, die noch ausstehende Schuld von 1500 Schock Groschen erlege, welche noch aus dem Darlehen von 3000 stammte, das die Stadt dem Kaiser Ferdinand gemacht hatte. Die Hauptmotive des Gesuches waren der Bau der St. Jakobs-Pfarrkirche und des öden Schlosses Spielberg. Die Stadt erlangte weder einen Bescheid, setzte aber doch wegen der immer näher kommenden Türkengefahr den Spielberg wieder in Vertheidigungs-Stand; denn sie fing nach der gleichzeitigen Chronik des Rathsherrn und Apothekers Ludwig (herausgegeben vom Ritter von Ehlmedy, Brünn 1859) den 19. Oktober 1593 an, am Spielberge zu arbeiten und führte den Bau noch 1594 fort (eb. S. 29, 36).

Die Stadt versah das Schloß Spielberg mit den nöthigen Geschützen und nahm sachkundige Bedienungsmannschaft wie auch Geschützmeister in ihre Dienste. Ludwig erzählt (S. 29), daß man den 19. Dezember 1592 mit dem großen Stücke dem grimmigen Löwen sammt anderen 6 Stücken (Geschütze) und einem Mörsel bei der Ziegelscheine auf den Spielberg zu nach einer Tartschen geschossen hat, um die 2 Büchsenmeister von Nürnberg damit zu probiren, wobei der Meister Simon Tauch (wohl der nämliche, welcher den Glockenthurm bei St. Jakob baute) das Beste that.

Zur Feier der Eroberung von Gran wurden am 8. Sept. 1595 auf dem Spielberge aus den großen Stücken, 2 Mörseln und der Orgel (Name eines Geschützes) Freudenschüsse gethan zu dem Geläute aller Glocken in den Kirchen, dem Gesange des Te Deum Laudamus und dem Schlagen der Herren- (Stadt-) Trommel auf dem Jakobsthurme (eb. S. 38). Auch den Sieg gegen Sigmund Bathori, welcher Kaiser Rudolph Siebenbürgen gewann, feierte man am 19. August 1601 mit einer Proceßion, welche der Cardinal Dietrichstein führte, dem Gesange des Te Deum Laudamus unter Begleitung von Orgeln, Heerpauken und Trompeten und dem Losschießen etlicher großer Stücke auf dem Spielberge und den Bastien (eb. S. 71).

Ungeachtet der ernstlichen Vorkehrungen gegen Feindesgefahr behielt doch der Spielberg in seinem reizenden Gewande eines Rebendaches seinen freundlichen Charakter eines Volksbelustigungsortes. Ludwig erzählt uns (S. 83) wieder, daß zu Pfingsten 1602 die neue Vogelstange auf dem Spielberge aufgesetzt und zum ersten Male nach dem Vogel geschossen worden, wobei ein armer Barbetweber ein Zumann König geblieben.

Dieses Vogelschießen, auch zu Olmütz, Jglau, Znaim, Troppau u. a. Orten üblich, arrangirte gewöhnlich der Stadtrath, woran sich die ganze Gemeinde betheiligte, man zog mit großer Feierlichkeit zu bestimmten Sommerzeiten auf den dazu hergerichteten Platz (eine Wiese, einen Garten — die Vogelwiese),

wo auf einer Stange ein Vogel aufgerichtet war, nach welchem man mit dem Bogen schoß, die Gewinnste, gewöhnlich ein Stück Tuch u. a., gab die Stadt ¹⁾. Später trat an die Stelle das Scheibenschießen. Ludwig meldet (S. 26), daß den 21. Juli 1590 die Büchsen Schützen zum ersten Male angingen, nach dem Vogel um das Königreich zu schießen.

Der (Schützen-) König pflegte seine Gäste und Schützen zu traktiren (eb. S. 83).

Das Schloß war fortan im Besitze und Gewahrsame der Stadt, welche dieses Gut durch einen Rathsherrn verwaltete (1602 war nach Ludwig S. 71 und 81 Thomas Bufo Spielberg-Verwalter).

Als die Rebellion der böhmischen und mährischen akatholischen Stände hereinbrach, warb der treue Stadtrath 150 Söldner, besetzte mit denselben den Spielberg, und schickte sich mit dem groben Geschütze in Bereitschaft. Kaum war aber Graf Thurn mit den böhm. Kriegsvölkern nach Brünn gekommen und die wankenden mähr. Stände in den Strudel hineingezogen, als diese den Stadtrath wegen der Besetzung des Spielberges zur Verantwortung zogen, die abtrünnige Bürgerschaft die von dem ersteren angegebene Mitwisserschaft in Abrede stellte, sofort die kath. Befehlshaber auf dem Spielberge abgesetzt, die Söldner auf demselben zum Uebertritte in kändische Dienste beredet, von da abberufen, vom Stadtrathe ihrer Schuldigkeit entbunden, in den Eid der Stände genommen, die Schlüssel des Schlosses und der Stadt aus den Händen des Bürgermeisters in jene des känd. Obersten Stubenvoll überantwortet wurden (Meine Schrift: Die Schweden vor Brünn, Brünn 1845, S. 7 — 9, mähr. Magazin S. 244, 272, 273).

Der kaiserliche Sieg bei Prag (8. Nov. 1620) wandelte die Dinge plötzlich um. General Bouquoy zog am ersten Tage des Jahres 1621, von den Ständen auf das Ehrenvollste empfangen, in Brünn ein, weilte hier einige Wochen und bezwang ohne Widerstand schnell das ganze Land. Wie man zur Befestigung der gewonnenen Herrschaft an den Bau einiger Citadellen oder Castelle in Böhmen und Mähren (hier namentlich am Pöltenberge bei Znaim) dachte, zog der Cardinal Dietrichstein alsbald das brünner Schloß und die Burg zu Znaim für den Kaiser ein (Hurter, Ferdinand II. 8. Bd. S. 580, 611, 612).

Der Spielberg hatte zwar schon früher manchen Staatsgefangenen geborgen, wie 1478 den von Mathias zum Landeshauptmann ernannten, aber von Raidern verläumdeten Bohuslaw von Schwamberg (Moravetz II. 88), von nun aber (nicht erst seit 1740, wie Wolny II. S. 79 sagt) wurde er Staatsgefäng-

¹⁾ S. Barthold, Städtewesen III. 36 — 38, 250 — 251, Schlager, wiener Skizzen V. 66 — 184, Neumann, Gesch. von Görz 609 — 612, Peschel, Gesch. von Zittau, II. 367 — 377, Ens, Oppaland I. 108, II. 82, IV. 217 — 220, Moravia 1844 Nr. 27, meine Geschichte von Jglau S. 253, Pol, breslauer Jahrbücher. Senel, Silosia renovata u. a.

niss und Strafanstalt, so wie zum Schutze des Landes in dem fortwährenden dreißigjährigen Kriege zu einer für den damaligen Standpunkt der Kriegskunst haltbaren Festung umgestaltet. Die Seelsorge, nämlich die Besorgung der Kirche und der Bejaung auf demselben, erhielten 1629 die Jesuiten und führten sie wahrscheinlich bis (1773) zu ihrer Aushebung (Schmidl hist. soc. Jesu III. 937, Boln, kirchl. Topog. III. 94, 98).

Wie die zu ewigem Gefängnisse verurtheilten böhmischen Rebellen zu Zbirot und Raab (Pelzel S. 577), büßten auf dem Spielberge manche Teilnehmer der mähr. Rebellion ihre Untreue und Verblendung, der Oberst Schärfsenberg und Oberstlieutenant Hämmerle (163-) ¹⁾ aber die Theilnahme an der Conspiration des Freiherrn von Schaafgotisch, welchen der Tod traf.

Als die Schweden Mähren bedrohten, drang der Verwalter der Landeshauptmannschaft Graf Salm (1639, 1640) auf die Betreibung der Fortifikation der Stadt Brunn und des Spielberges. Für dieselbe wurden Roboten und Fuhren im brünner Kreise aufgeboten und der alte Gebrauch erneuert, nach welchem die Klöster Maria-Saal, St. Thomas, Barthaus, Tischnowitz, Obrowitz, St. Anna und die Jesuiten in Brunn, das petersberger Domstift und die Herrschaften Bosowitz und Ritschan Brennholz auf den Spielberg zu führen hatten. Auch in späterer Zeit noch wurde die Verpflichtung gewisser Herrschaften des brünner Kreises, eine gewisse Anzahl Fuhren Brennholz auf die Festung Spielberg für die ordinari und extra ordinari Wachten jährlich zu verschaffen, geltend gemacht ²⁾.

¹⁾ Nach dem österr. Archive 1830 S. 410 wurde der in die waldstein'sche Conspiration verwickelte Obrist Hämmerle zum ewigen Gefängnisse auf dem Spielberge verurtheilt. Pelzel (Geschichte von Böhmen, Prag 1779, S. 610) läßt ihn und 6 andere Oberste enthaupen.

²⁾ Carl Ludwig Graf von Hosskirchen richtete de praesent. 16. April 1668 folgendes Gesuch an das l. Amt der Landeshauptmannschaft:

Hoch und Wohlgeborner Graff Königl. Herr Landeshauptmann auch Wohlgeborner Freyherr, Wohlgeborn Gestränge Ritter, Herrn Cansler und Rätbe ꝛc.

Gnädige Hochgeehrte Herren!

Ich habe Bey antrittung meiner Kriegs-Commando auf der Vestung Spilberg Befunden, daß Vnderthänliche Herrschaften des Brünner Kreises, gewisse anzahl fuhren Brennholz auf gedachte Vestung für die ordinari und extra ordinari Wachten Jährlich Zu Verschaffen schuldig gewesen vnd noch seynbt, wie Beyligende Specification mebrers weiiset.

Demnach aber die Herrschaften Kossitz vnd Struz Von 3 Jahren hero, Wie auch die Carthaus Königsfeldt von Ein Jahr hero sich Zu solcher schuldigkeit durch auß Gewaigert, vnd gar nichts Begeschaffet, Wordurch dan die arme Soldatesca in Verrichtung der Kayf. Kriegsdienste, Besonders Zu kalter Winters Zeit, grosse frost vnd Kälte außstehen müssen.

Alß ist an das Hochlöbliche Königl.che Amt der Landtshauptmanschaft mein Dienstfreundliches Ersuchen, dasselbe gerube an iezibenante widersehlliche Herrschaften die gnädig Gemessene Verordnung Zu thun, damit selbige sowol die Bis her außstendige: als künfftige schuldigkeiten in Verschaffung Ihrer außgesetzten anzahl fuhren Brennholzes leisten sollen.

Die mährischen Stände bewilligten (1642) zur Wiederherstellung des Bau-
fälligen an der „Festung Spielberg“ 4,500 fl. und nach dem Falle von Olmütz
und Neustadt 10,000 fl., welche unter der Inspektion des Landeshauptmanns
verwendet werden sollten. War nun doch Brünn mit dem Spielberge der ein-
zige Ort des Landes, welcher dem Feinde mit Erfolg widerstehen konnte (Land-
tagsschluß 1642, meine Schrift: Die Schweden vor Brünn S. 28, 31).

Es währte nicht lange, daß er beide auf die Probe stellte. Zur Zeit der
schwedischen Angriffe und der Belagerung der Stadt Brünn (1643 und 1645)
spielte auch der Spielberg eine wichtige Rolle und widerstand, so wie die
Stadt durch den aufopfernden Heldenmuth ihrer Bürger, allen Anstrengungen
der Schweden unter *Torstensohn*.

Am 6. September 1643 war Feldmarschall *Torstensohn* mit seiner
ganzen Macht zu Roß und zu Fuß eine Stunde vor Brünn angelangt. Brünn
und die Festung waren von Truppen entblößt. Durch die Hingebung, Entschlos-
senheit und Tapferkeit der Bürger wurde der Befehlshaber *Demetrius Reich*
von *Reichenau* in den Stand gesetzt, Stadt und Festung, angeblich durch 14
Tage, glücklich gegen die Schweden zu vertheidigen. Das Herannahen des kais.
Generals *Gallas* mit seiner ganzen Macht, der über die *Schwarzawa* setzte
und gegen den Spielberg vorrückte, so wie Mangel an Lebensmitteln, nament-
lich aber die Absicht *Torstensohns*, gegen Dänemark zu ziehen, bewogen die
Schweden zum Rückzuge.

Im Jahre 1645 erschien *Torstensohn* zum zweiten Male vor Brünn,
dessen Eroberung nicht schwierig schien, da, wie es hieß, die Besatzung bloß aus

Auf daß im widrigen fall Ihrer Kay. Mayestät Kriegsdienst nicht Verhindt werde. Zu
Welcher gnäd. vnd Großg. Gewährung mich diensflich Empfehle alß

Des Hochbl. Königl. Ampts der Landtschaubmannschafft zc.

Dienstwilligster

Carl Ludwig Graf von Hoffkirchen.

Specification.

Der Jenigen Herrschafften so Von altershero Jährlich durch Vier Monath, alß Von
Ersten Novembris bis letzten Martij. an Brennboltz auf die Vestung Spielberg für die
Wachten zu Verschaffen schuldig seind:

Carthaus Königsfeldt	Monatlich	.	3	fuhr.
Lischowitz	dto.	.	5	"
Mitschan	dto.	.	5	"
König Closter	dto.	.	7	"
St. Petersberg	dto.	.	4	"
Rositz und Strub	dto.	.	4	"
Raigern	dto.	.	4	"
Closter St. Thomas	dto.	.	3	"
Mjeßlowitz	dto.	.	2	"

37 führen.

zwei- höchstens dreihundert Mann bestand und Mangel an Proviant und Munition hatte, weil ein bedeutender Transport hievon von den Olmüz besetzt haltenden Schweden aufgefangen worden war. In der That hatte im Jahre 1644 der Spielberg nur eine Besatzung von 1 Obristleutnant, 1 Konstabler und 47 Musketieren; die brünner Besatzung sollte aus einer „brünner Kompagnie“ von 300 Mann bestehen, welche die Stadt Brünn warb, aber nicht vollständig hielt.

Torstensohn hatte seinen Truppen in einem Tagesbefehle versprochen, sie in 3 Tagen in die Stadt Brünn und nach 8 Tagen in die Festung Spielberg einzuführen, aber er hatte sich gewaltig verrechnet, und das damals allgemein angenommene Sprüchwort: „Wider Schwedenmacht ist kein Schild erdacht“ wurde an dem Heldenmuth und der Tapferkeit der brünner Bürger zu Schanden.

In der Stadt leitete die Vertheidigung bekanntlich der Obrist Souches, auf dem Spielberg führte das Kommando (schon seit mehr als 20 Jahren) der Oberstlieutenant Georg Ogilvy, ein geborner Schotte, über dessen damaliges Verhalten die Relationen nicht besonders günstig lauten, indem er wenig Erfahrung, Muth und Eifer in der Vertheidigung dieses wichtigen Punktes gezeigt haben soll, und daher durch einen Beschluß der angesehensten Personen und Kriegs-Offiziere dem Oberkommando des Obristen Souches untergeordnet wurde, der mehr als einmal die Fehler und Mißgriffe des spielberger Kommandanten wieder gut machen mußte ¹⁾).

Der Spielberg hatte zu dieser Zeit zwei Bastionen und ein Ravelin. Souches richtete den bedeckten Weg (strada cooperta) vom brünner Thore auf den Spielberg völlig ein, wodurch das Zusammenwirken der Festung mit der Stadt, und so die Vertheidigung und Erhaltung beider, wesentlich bedingt war.

Die Schweden nannten den Spielberg spottweise eine „kühle kalte Kuchel“, aber sie empfanden es zu ihrem eigenen Schaden, daß aus dieser „kalten Kuchel“ ein sehr heißer Wind herausblasen konnte; denn die Besatzung der Festung blieb dem Feinde nichts schuldig und beantwortete wacker mit ihren wenigen Geschützen das Feuer der Schweden. Die Festung hatte in Allem nicht mehr als 12 Geschütze, nämlich zwei Mörser, zwei vierundzwanzigpfündige und zwei sechzehn-pfündige, so wie noch 6 andere 2-, 3- und 4pfündige Kanonen.

Die Kugeln des Spielberges bedrohten selbst mehrmals das Leben der schwedischen Anführer. So wäre Torstensohn selbst, als er eines Tags zur Besichtigung der Festungswerke und Belagerungsarbeiten die Runde machte, von einer solchen bald erreicht worden. Eine auf ihn, der aus der Ferne erkannt wurde, gezielte Kugel schwereren Kalibers streifte hart an ihm vorbei, und schlug

¹⁾ Die Auszeichnungen Ogilvy's sprechen wohl für ein besseres Verhalten desselben, als oben angedeutet wurde. Seine Unterordnung lag im Interesse der Einheit der Vertheidigung, über seine Leistungen mag Souches, welcher bekanntlich keinen Rivalen neben sich duldete, einen Schatten gezogen haben.

Die mährischen Stände bewilligten (1642) zur Wiederherstellung des Bau-
fälligen an der „Festung Spielberg“ 4,500 fl. und nach dem Falle von Olmütz
und Neustadt 10,000 fl., welche unter der Inspektion des Landeshauptmanns
verwendet werden sollten. War nun doch Brünn mit dem Spielberge der ein-
zige Ort des Landes, welcher dem Feinde mit Erfolg widerstehen konnte (Land-
tagsschluß 1642, meine Schrift: Die Schweden vor Brünn S. 28, 31).

Es währte nicht lange, daß er beide auf die Probe stellte. Zur Zeit der
schwedischen Angriffe und der Belagerung der Stadt Brünn (1643 und 1645)
spielte auch der Spielberg eine wichtige Rolle und widerstand, so wie die
Stadt durch den aufopfernden Heldenmuth ihrer Bürger, allen Anstrengungen
der Schweden unter Torstensohn.

Am 6. September 1643 war Feldmarschall Torstensohn mit seiner
ganzen Macht zu Ross und zu Fuß eine Stunde vor Brünn angelangt. Brünn
und die Festung waren von Truppen entblößt. Durch die Hingebung, Entschlos-
senheit und Tapferkeit der Bürger wurde der Befehlshaber Demetrius Reich
von Reichenau in den Stand gesetzt, Stadt und Festung, angeblich durch 14
Tage, glücklich gegen die Schweden zu vertheidigen. Das Herannahen des kais.
Generals Gallas mit seiner ganzen Macht, der über die Schwarza warf
und gegen den Spielberg vorrückte, so wie Mangel an Lebensmitteln, nament-
lich aber die Absicht Torstensohns, gegen Dänemark zu ziehen, bewogen die
Schweden zum Rückzuge.

Im Jahre 1645 erschien Torstensohn zum zweiten Male vor Brünn,
dessen Eroberung nicht schwierig schien, da, wie es hieß, die Besatzung bloß aus

Auf daß im widrigen fall Ihrer Kay. Mayestät Kriegsdienst nicht Verbindt werde. Zu
Welcher gnäd. vnd Großg. Gewährung mich diensflich Empfehle alß

Des Hochbl. Königl. Amtes der Landtschaubmanschaft zc.

Dienstwilligster

Carl Ludwig Graf von Hoffkürchen.

Specification.

Der Jenigen Herrschaften so Von altershero Jährlich durch Vier Monath, alß Von
Ersten Novembris bis letzten Martij. an Brennholz auf die Festung Spielberg für die
Wachten Zu Verschaffen schuldig sind:

Garthaus Königsfeldt	Monatlich	.	3	fuhr.
Tischowitz	dto.	.	5	"
Rittschau	dto.	.	5	"
Rönig Closter	dto.	.	7	"
St. Petersberg	dto.	.	4	"
Roffitz und Strutz	dto.	.	4	"
Raigern	dto.	.	4	"
Closter St. Thomas	dto.	.	3	"
Rjezkowitz	dto.	.	2	"

37 führen.

zwei- höchstens dreihundert Mann bestand und Mangel an Proviant und Munition hatte, weil ein bedeutender Transport hiervon von den Olmüz besetzt haltenden Schweden aufgefangen worden war. In der That hatte im Jahre 1644 der Spielberg nur eine Besatzung von 1 Obristleutnant, 1 Konstabler und 47 Musketieren; die brünner Besatzung sollte aus einer „brünner Kompagnie“ von 300 Mann bestehen, welche die Stadt Brünn warb, aber nicht vollständig hielt.

Torstensohn hatte seinen Truppen in einem Tagesbefehle versprochen, sie in 3 Tagen in die Stadt Brünn und nach 8 Tagen in die Festung Spielberg einzuführen, aber er hatte sich gewaltig verrechnet, und das damals allgemein angenommene Sprüchwort: „Wider Schwedenmacht ist kein Schild erdacht“ wurde an dem Heldenthum und der Tapferkeit der brünner Bürger zu Schanden.

In der Stadt leitete die Vertheidigung bekanntlich der Obrist Souches, auf dem Spielberg führte das Kommando (schon seit mehr als 20 Jahren) der Oberstlieutenant Georg Ogilby, ein geborner Schotte, über dessen damaliges Verhalten die Relationen nicht besonders günstig lauten, indem er wenig Erfahrung, Muth und Eifer in der Vertheidigung dieses wichtigen Punktes gezeigt haben soll, und daher durch einen Beschluß der angesehensten Personen und Kriegs-Offiziere dem Oberkommando des Obristen Souches untergeordnet wurde, der mehr als einmal die Fehler und Mißgriffe des spielberger Kommandanten wieder gut machen mußte ¹⁾.

Der Spielberg hatte zu dieser Zeit zwei Bastionen und ein Ravelin. Souches richtete den bedeckten Weg (strada cooperta) vom brünner Thore auf den Spielberg völlig ein, wodurch das Zusammenwirken der Festung mit der Stadt, und so die Vertheidigung und Erhaltung beider, wesentlich bedingt war.

Die Schweden nannten den Spielberg spottweise eine „kühle kalte Ruchel“, aber sie empfanden es zu ihrem eigenen Schaden, daß aus dieser „kalten Ruchel“ ein sehr heißer Wind herausblasen konnte; denn die Besatzung der Festung blieb dem Feinde nichts schuldig und beantwortete wacker mit ihren wenigen Geschützen das Feuer der Schweden. Die Festung hatte in Allem nicht mehr als 12 Geschütze, nämlich zwei Mörser, zwei vierundzwanzigpfündige und zwei sechzehn- pfündige, so wie noch 6 andere 2-, 3- und 4pfündige Kanonen.

Die Kugeln des Spielberges bedrohten selbst mehrmals das Leben der schwedischen Anführer. So wäre Torstensohn selbst, als er eines Tags zur Besichtigung der Festungswerke und Belagerungsarbeiten die Runde machte, von einer solchen bald erreicht worden. Eine auf ihn, der aus der Ferne erkannt wurde, gezielte Kugel schwereren Kalibers streifte hart an ihm vorbei, und schlug

¹⁾ Die Auszeichnungen Ogilby's sprechen wohl für ein besseres Verhalten desselben, als oben angedeutet wurde. Seine Unterordnung lag im Interesse der Einheit der Vertheidigung, über seine Leistungen mag Souches, welcher bekanntlich keinen Rivalen neben sich duldete, einen Schatten gezogen haben.

den ihm zunächst Reitenden nebst dem Pferde zu Boden. Torkensohn erhob seine Hand drohend gegen den Spielberg und ritt davon; wohl mochte er im Herzen sich vorgenommen haben, seine Drohung zur That zu machen, aber der Spielberg war und blieb eine zu harte Nuß für die Zähne des schwedischen Felbherrn. Auch dem schwedischen Artillerie-Kommandanten, General Mortaigne, einem gebornen Franzosen, brachte kurz darauf eine spielberger Kugel Todesgefahr; als er eben die Minen am Spielberge besichtigen wollte, schoß der Konstabler Jonas vom „Hungerthurme“ aus einer „Rothschlang“ mit solcher Präzision auf ihn, daß die Kugel nur einen Schritt entfernt vom Pferde des Generals einschlug.

Während der Belagerung wurden über 1300 gefangene Schweden in den in Felsen gehauenen Kasematten der Festung in Verwahrung gehalten. — Zur Verstärkung der Besatzung wurden täglich aus der Stadt 70 Bürger, sowie ein Theil der Studentenkompagnie, dahin kommandirt. —

Die Auszeichnungen des tapferen Souches sowie der heldenmüthigen Bürgerschaft durch den dankbaren Kaiser Ferdinand III. nach Aufhebung der sechzehnwochentlichen Belagerung gehören der Geschichte der Stadt an, daher wir sie hier nicht weiter erwähnen.

Nur einer, die Tapferkeit der brünner Bürgerschaft in ewig denkwürdigen Worten anerkennenden Stelle aus dem bezüglichen kaiserl. Privilegiums-Patente Ferdinand's III. sei hier im Vorbeigeh'n erwähnt, welche wörtlich lautet:

— — „Wie nicht weniger auch zu Kayser- und Königlichen gemueth gezogen dieselbe Mannhafte resistenz, dapffere Vigilantz, vnd standthafftigste Treu, womit Sie sich bey solcher gefährlichen Occasion Zu Ihrer vnd Ihrer Posteritet Unsterblichen Nachrumb; auch Unfern vnd aller Unserer Erb-Königreich vnd Länder hochersprießlichen nutzen, bei der ganzen Welt glorios vnd Lobwürdig gemacht, vnd sich gegen den Feinden, hinandgesetzt aller Ihren, Ihrer Weib vnd Kindern, an leib vnd leben, haab vnd Guett, in die augen geschienen höchsten gefahr, vnd vnanachlässlichen schwähren feindlichen betrohungen, gänßlichen resoluirt gehabt, viel lieber Gueth vnd Bluett sambt Weib vnd Kindt aufzusetzen, als Ihre Treu vndt Nydt, mit welchem Uns als Ihren von Gott vorgesezten Obrigkeit vnd Erbherrn, Sie verpflichtet seindt, nur in dem geringsten zu verleyten, oder sich der feinde beherrschung zu untergeben, wie sie dan solches auch hinführo in vnterthenigster Denotion, noch ferneres zu thuen vnd zu laiden ganz willig vnd erböttig sein, auch wohl thuen können, sollen, vnd mögen.“

Der Kommandant des Spielbergs, Obristleutnant Ogilvy, wurde vom Kaiser zum Obristen befördert, in den Freiherrnstand erhoben und ihm die Kommandantur des Spielbergs auf Lebenszeit übertragen. Er, der zugleich der Ahnherr der Reichsgrafen von Ogilvy ist, starb zu Brunn im Jahre 1661 und wurde nach seinem Wunsche in der raißerer Stiftskirche begraben (S. meine Schrift: Die Schweden vor Brunn, eb. 1845. Die Belagerung von Brunn durch die Schweden 1645, von Koller, Brunn 1845).

Die Folgen der Belagerung fühlte auch der Spielberg. Es waren der bedeckte Weg auf denselben, die Spitzen und Ecken der 2 Bastionen und des Ravelins vom Feinde beschädigt und beziehungsweise zertrümmert¹⁾. Insbesondere hatte auch die alte Burgkapelle, welche im Spitzbogen-Style gebaut war, sehr gelitten. Der Festungscommandant Johann Wilhelm Graf von Zinzendorf sah sich hiedurch bestimmt, die Kirche 1693 neu zu bauen, welche der Cardinal und olmüzer Bischof Graf von Trojer am 25. April 1753 consecrirte.

Später soll ein Freiherr von Walldorf (wohl der brünner Kreishauptmann Franz Augustin Ritter, seit 1742 Freiherr v. W., welchen Wolny irrig Schloßhauptmann auf dem Spielberge sein läßt) die sogenannte walldorf'sche Kapelle errichtet haben, durch welche man vom ehemaligen brünner Stadthore aufwärts zum oberen Theile des Spielberges geht (Wolny, kirchl. Topog. III. 97, 99. S. das Nähere am Schluß dieser Abhandlung).

Brünn hatte in der Regel außer Feindesgefahr keine Garnison, sondern nur die Festung Spielberg unter eigenen Commandanten²⁾, welche später auch das Militärcommando in Mähren führten, bis unter Maria Theresia ein förmliches Landes-Generalkommando aufkam. War die Festung Spielberg zeitweise von der Garnison entblößt, so mußte die brünner Bürgerwache oben die Dienste versehen, wie im J. 1691.

¹⁾ In Folge der Belagerung wurden auch alle Gebäude des Klosters St. Thomas bei der Stadt nebst den Gärten, insbesondere das Badhaus unter dem Spielberge, die Schankhäuser und der Raierhof zerstört und verwüßt (Wolny, kirchl. Topog. III. 127).

²⁾ Wir geben hier die Reihe der Festungscommandanten durch zwei Jahrhunderte, so viel wir deren auffinden konnten:

162- — 1645 Georg Ogilvy (Ogeli, Dudenleben), nach der Landesliste der mähr. Miliz von 1644, M. S., als kais. Obristleutnant mit 1560 fl. Jahresgehalt Commandant auf dem Spielberge.

1645 — 1661 Georg Freiherr von Ogilvy, kais. Obrister und Commandant der Festung Spielberg, nach der rühmlichen Vertheidigung der Stadt Brünn (unter dem Obristen de Souches) und des Spielberges (1645) in den Freiherrnstand erhoben, erhielt 1653 als Obrister und Commandant auf dem Spielberge das Incolat des Herrnstandes, † 1661, in Raigern begraben (Wolny, Taschenbuch 1829 S. 163), kaufte 1650 die Mühle in Schöschitz mit den dazu gehörigen Häusern.

16 — Carl Graf Colonna von Fels, kais. General und Commandant (wann?) der Festung Spielberg (Gauchen, Adelslexikon S. 357).

1668 Carl Ludwig Graf von Hoffkirchen, k. k. Obrister.

1674, 1675, 1680 Georg Christoph Freiherr von Dietrichstein, Herr auf Swegslau (Wolny 2. Bd. S. 263; Hormayr's Archiv 1818 S. 416).

1683, 1688 und 1693 Johann Wilhelm Graf von Zinzendorf, kais. Kämmerer, General-Feldwachtmeister, Obrister und Commandant der Festung Spielberg.

1700 Valentin Freiherr von Pfeffershofen, k. k. Obristleutnant (ein Freiherr von Pfeffershofen (derselbe oder sein Vater?) k. k. Oberster war Inhaber des Inf. Regiments Nr. 7 von 1692 — 1700) und Commandant (Vice-?) des Spielberges (Wolny II. 26).

Die Garnison auf dem Spielberge gab nur die Ehrenwachen bei dem Landtage, den Landrechten und Prozessionen, und zwar nur auf Requisition der Landeshauptmannschaft ab (Reskripte des Hofkriegsrathes 11. Jänner 1701 und 10. August 1729).

Die Einziehung der spielberger Miliz auf militärische Art, hauptsächlich mit klingendem Spiele, gab zu vielem Hader mit der Stadt Anlaß. Denn diese zählte es zu ihren Freiheiten, daß diese Miliz mit klingendem Spiele außer den von Alters her gewöhnlichen Zeiten und Festivitäten nicht in der Stadt erscheinen dürfe, auch das Commando in derselben, so lange daselbst keine kais. Garnison lag, wie bisher also auch in der Zukunft bei der Stadt verblieben war (Resk. des Hofkriegsrathes 20. August 1674); daher wurde der Durchmarsch für die regulirte Miliz vom k. Tribunale und Amtsbürgermeister bewilligt, und selbst die einquartirte Miliz übte kein Besatzungsrecht (*jus praesidii*) z. B. durch den

1695, 1699, 1700 und 1701 Philipp Christoph Graf von Breuner, kais. Kämmerer, Hofkriegsrath, General-Feldwachtmeister und Commandant der Festung Spielberg.

170— Anton Amand Graf von Sereni, k. k. Kämmerer, geh. Rath und General-Feldwachtmeister, vom Kaiser Joseph I. zum Commandanten des Spielberges ernannt.

1712 — 1717 Heinrich Wilhelm Graf von Biczef, k. k. Hofkriegsrath, Feldmarschall-Lieutenant, Commandant der Festung Spielberg und General in Mähren (Sinapi schles. Curios. I. S. 160, II. 272), 1717 zum Commandanten von Großglogau ernannt, † 1739 als Feldmarschall.

1717 — 1741 Ludwig Graf von Zinzendorf, General-Feldwachtmeister, F. M. L. (1726) und Feldzeugmeister (1727), geh. Rath, durch 25 Jahre Commandant der (Haupt-) Festung Spielberg (Sinapi II. 334) und commandir. General in Mähren, resignirte, mehr als 80 Jahre alt, 1741 und wurde als Generalkommandant Mährens durch den Feldmarschall Johann Christoph Freiherrn von Seher-Thoß, im Commando der Festung Spielberg aber

1741 durch den General-Feldwachtmeister Wilhelm Mauritz Freiherrn von Roth ersetzt (Kriegl's Beschreibung des preuss. Einfalls, Brunn 1743), der nachher Feldmarschall-Lieutenant und Inhaber des Inf. Regiments Nr. 22 (von 1741 — 1748) wurde.

1742 Feldmarschall Johann Christoph Freiherr von Seher-Thoß Commandant ob der Festung Spielberg.

Mit dem a. h. Reskripte vom 28. Februar 1750 wurde dem Obristleutnant Fontenet das Commando der Festung Spielberg verliehen und derselbe zum k. k. Obristen erhoben (Schon damals gab es ein eigenes Platzcommando in der Stadt Brunn; 1753 war von Amabei Platzmajor).

1769 und 1787 Franz Serter von Hertler, k. k. Obrister und Commandant der Festung Spielberg.

1796 Philipp von Spillmann, Oberster auf dem Spielberge, † 64 Jahre alt 1796 (Brünner Zeitung Beilage S. 904).

1798 Anton Hofmann, k. k. Oberster, † 16. April 1801 als Generalmajor zu Brunn.

1800 und 1805 Joseph von Mollitor, k. k. Oberster, Festungskommandant.

1806 vacat. (War nicht auch ein Feuchtersleben um jene Zeit Festungskommandant?).

1809, 1814 Obristleutnant von Rayb, Festungskommandant.

1815 bis zur Uebergabe des Spielberges an das Civil 1820 Johann Ebler von Zanda, k. k. Major und Festungskommandant.

Zapfenstreich u. dgl. aus. Der spielberger Commandant hatte keine Gewalt über die Stadt, und in derselben wurde, und dieß zwar nur bei dringender Gefahr und auf deren Dauer, ein eigener Commandant bestellt (Resk. 7. Februar 1704).

Diese Einrichtung erhielt immer eine Spannung zwischen der spielberger Garnison und der Stadt, welche nicht anstand, der ersteren ein anderes militärisches Institut entgegen zu stellen. Als nämlich Kaiser Karl VI. auf Vorschlag der Commission zur Einrichtung der k. Städte die Stadt-Guardia (Stadt-wache) neu organisiren, vermehren und gleichförmig uniformiren ließ (Resk. 14. Jänner 1727), übte sie der Magistrat militärisch ein, um sie in allen Vorfällen der Stadt zu gebrauchen; und verwendete sie zu ordentlichen Aufzügen unter der Anführung von Oberoffizieren der Bürgerschaft. — Noch andere Anlässe zu Reibungen zwischen der Garnison der Festung Spielberg und der Stadt gaben die Ansprüche des Commandanten der ersteren auf die Gewalt über die Stadtmauern, über Jurisdiktionsrechte u. dgl. Als der Spielberg-Commandant Graf Zinzendorf dem Kloster St. Thomas erlaubte, ein neues Klostergebäude in den Stadtmauern zu bauen, der Stadtrath jedoch, dieß als einen Jurisdiktions-Eingriff ansehend, die Einfassung des Bauplazes durch die Stadtwache niederreißen, der spielberger Commandant aber dieselbe durch seine Miliz und die in der Stadt befindlichen Rekruten mit militärischer Gewalt wieder herstellen und eine bewaffnete Stellung einnehmen ließ (1727), kam die Sache zur Entscheidung des Kaisers.

Inzwischen wagte sich durch lange Zeit Niemand von der Spielbergs-Besatzung in die Stadt; auch wurde den Miliz-Soldaten des Spielberges bei den Stadthoren der Eintritt verweigert (Haura Miscel. M. 1. Bd. S. 135). Der Magistrat verzichtete auf die Mitwirkung der spielberger Miliz, welche sie früher zur Erleichterung der in geringer Anzahl gewesenen Bürgerschaft bei Prozessionen und derlei Ehrenbezeugungen geleistet; ja vergaß sich selbst soweit, daß er, als der Commandant auf der vom Jahre 1647 bis 1727 gewöhnlich erfolgten Begleitung der Prozession bestand, der Miliz durch Aufziehung der Brünnerthor-Brücke den Eingang versagte (1729).

Ueber ein so gewagtes Benehmen entrüstet, setzte Kaiser Karl für die Zukunft fest, daß die spielberger Miliz die sogenannte ständ. Prozession bei der Collegiat-Kirche St. Peter am Frohnleichnamsfeste, und jene in der Oktave bei den Vätern Dominikanern, dagegen aber die brünner Bürgerwache die aus den brünner Kirchen ausgehenden Prozessionen zu begleiten habe (Resk. 18. Mai 1731).

Die Gewalt über die Stadtmauern, der Bezug aller Zinse von den Fortifikationsgründen und Realitäten (im Resk. vom 25. Juni 1731 verzeichnet), und gewisse Jurisdiktionsrechte wurden dem Spielberg-Commando resp. dem Fortifikatorium zugesprochen (Meine Schrift: Die Schweden vor Brünn S. 96—99).

Die mähr. Stände beschloßen zwar schon im J. 1600 die Errichtung eigener Zeughäuser in Brünn und Olmütz, welche auf Kosten des Landes eingerichtet werden sollten. Die militärische Besatzung des Spielberges hatte aber

kein eigenes Zeughaus; daher mußte die Stadt Brünn ihr städt. Zeughaus zur Erhaltung der Armatur der Festung Spielberg leihen, und dieß, wie gellagt wurde, zum höchsten Schaden ihrer eigenen Defensions- und Zeugsachen und zur Gefahr der Stadt, da ihr Pulver und andere Feuerwerksbedürfnisse in verschiedenen Thürmen der Zwingmauer aufbewahrt werden mußten, wo sie leicht der Ulig (wie 1695 in Grabisch) entzünden konnte. Nach vielen Jahren stellte der Hofkriegsrath dieses Zeughaus an die Stadt zurück; nachdem in der Festung Spielberg ein neues Zeughaus erbaut worden war. Doch mußte die Stadt zur Aufnahme der Postwägen und des Holzwerkes, welche in dem spielberger Zeughause keine Unterkunft fanden, einen hölzernen Schopfen im Zwinger bei dem Fröhlicher Thore erbauen (a. h. Resk. 16. Juni, hofkriegsr. Resk. 31. Juli 1683).

Da hier das kaiserl. Zeugwesen sehr schlecht untergebracht war, so machte der brünner k. Zeugwart Paul Heinrich Happel, welcher dem Obristen Land- und Hauszeugmeister des österreichischen Staates (1683 Graf von Hoffkirchen) unmittelbar untergeben war, den Antrag, zur Aufbewahrung der kaiserl. Artillerie- und Zeugsachen ein Zeughaus in der Stadt zu erbauen (Resk. 5. Jänner 1696). Der Magistrat und das k. Tribunal bezeichneten den geräumigen Platz zwischen der Stadt und Festung Spielberg als den schicklichsten Ort hiezu und brachten zugleich die Anlegung eines Fortifikationswerkes bis an den Fuß der Festung zu diesem Zwecke in Antrag.

Beides scheint unterblieben zu sein. 1698 befanden sich in Mähren 4 Zeughäuser, und zwar in Brünn und Grabisch mit, zu Olmütz und Iglau ohne Garnison; dann eine kleine Rüstkammer zu Neustadt, in Schlessien 6 (Glogau, Brieg mit Jablunkau, Stanislaw, Liegnitz und Neisse ohne Garnison) und in Böhmen 4 Zeughäuser, in Prag, Glas und Eger mit, in Pilsen ohne Garnison¹⁾. Die Stände, welchen die Erbauung und Erhaltung der mährischen Fortifikationswerke aus den jährlich bewilligten Fortifikationsgelbern oblag, beschloßen im Jahre 1700 das Zeughaus auf dem Spielberge einzuwölben (Die Schweden vor Brünn S. 99).

Nach dem Ausgange des 30jährigen Krieges gestattete Kaiser Ferdinand III. (1654) den k. Städten Brünn, Olmütz, Iglau und Znaim die zerstörten Vorstädte ohne Nachtheil für die Fortifikation wieder aufzubauen und bei dem plötzlichen Einfalle der Schweden in Polen befahl er (Reskript 15. Spt. 1655), Brünn mit dem Spielberge, Grabisch, Iglau und Helfenstein zu besetzen, Sternberg, Fulnek u. a. Orte aber zu demoliren, besonders jedoch Olmütz unter die haltbaren Plätze zu rechnen und sammt der Stadt Iglau durch das Landes-Subsidium (Landeshilfe) und Robot zu repariren (Meine Geschichte von Iglau S. 315). Die mähr. Stände bewilligten hiefür durch eine gewisse Zeit jährlich

¹⁾ Sub. Alten.

20,900 fl.¹⁾. Unter den Festungen Mährens nahmen Brünn und der Spielberg den ersten Platz ein, neben ihnen waren es Iglau, Grabisch, Helfenstein, Eulenberg, Pernstein, Olmütz, Hochwald und Mürau.

Die Befestigung der Hauptplätze wurde zwar begonnen, machte aber bei den geringen Mitteln nur langsame Fortschritte. Als im Jahre 1663 Türken und Tataren in Mähren einbrachen, 14 — 20,000 Menschen als Sklaven fortführten, 30,000 oder gar 60,000 tödteten und das Land bis gegen Olmütz und Brünn furchterlich verheerten, wurden die Klagen über die Mangelhaftigkeit der Befestigungswerke namentlich auch in Brünn und auf dem Spielberge laut; der bedeckte Weg gegen denselben und das Ravelin daselbst war meist eingegangen.

Die Stadtgemeinde bat den Kaiser in den beweglichsten Ausdrücken, der Stadt auf dem Schlosse Spielberg (das nach dem Landtagschlusse von 1663 eine Garnison sammt Commandanten, nach jenen von 1665 und 1667 eine Compagnia mit Obristen hatte) die unumgänglich nöthige Hilfe und Schutz mittelst einer angemessenen starken Garnison unter wohlversfahrenen Commandanten und mittelst allgemeiner Landesconcurrenz die nöthige Ammunition, Proviant und die Arbeitskräfte zur erforderlichen Befestigung des Places zu verschaffen. Als Neuhausel gefallen, fast ganz Ungarn in die Gewalt der Türken gerathen, Mähren die Gränze derselben geworden, erneuerte (1664) die Stadt ihre dringende Bitte, hänge doch von dem Falle oder der Erhaltung der Stadt Brünn höchst wahrscheinlich das Schicksal Wiens und aller nahen Erbländer ab. In einer späteren Vorstellung an den Hofkriegsrath (1668) schilderte der Stadtrath die Wichtigkeit der Stadt und der Festung Spielberg als Gränzpaß gegen Ungarn und als Bollwerk für Böhmen, Mähren, Schlessen und Oesterreich, insbesondere Wien, und machte die Verdienste und den Heldenmuth geltend, welche sie sich durch die glückliche Vertheidigung gegen die Hussiten (1428), in den ungarischen Kriegsunruhen (1525), gegen Bocskay und die Schweden erworben.

Eine Folge dieser Vorstellungen war die Fortsetzung der schon von Ferdinand II. begonnenen Wiederherstellung der durch die schwedische Belagerung stark beschädigten Festungswerke und deren größere Ausdehnung, zu eben derselben Zeit, als (1666) die Bürgerschaft, welche durch den Bau so vieler Klöster, Kirchen und Häuser der höheren Stände räumlich immer mehr beengt wurde, den Wunsch aussprach, die Stadt Brünn möchte gegen den Spielberg zu er-

¹⁾ Nach dem Landtagschlusse vom Jahre 1657 wurden zur Fortification aller haltbaren Plätze und dazu nöthigen Materialien und Gebäude-Nothdurften, mit Einschluß der Zufuhr, Schanzente und aller übrigen Handarbeiter 20,000 fl. bewilligt und, damit dieses Fortificationswerk um so viel besser und schneller fortgesetzt werde, wurden Seiner Majestät aus der Mitte der 4 Stände zur Inspektion Commissarien benannt. Der Obriste vom Spielberge erhielt statt der Besoldung 48 Portionen.

Nach den Landtagschlüssen von 1658 und 1659 übernahmen die Stände unter andern auch die Verpflegung der Spielbergischen Frey-Compagnia und des Obristen.

weltet, der Berg und die Stadt zusammengefaßt und vereinigt und auf diesem ziemlich großen Raume Häuser erbaut werden. Die Befestigung rüdte aber so wenig vor, daß die haltbaren Plätze Brünn, Olmütz und Gradiſch zur Zeit, als die Türken mit nie gesehener Macht vordrangen und den ganzen Westen Europa's in die höchste Gefahr setzten (1683), zwar Leben und Güter zu opfern erklärten, zugleich aber vorstellten, daß die Fortifikation nicht vollendet, die Gräben nicht ausgeführt, die Brustwehren und Contrescarpen nicht fertig und diese festen Plätze von grobem Geschüße, Munition und Waffen und, bis auf eine kleine Garnison in Gradiſch, aller Garnisonen entblößt seien. In Folge dessen erhielten Brünn und Olmütz Besatzungen, Gradiſch behielt seine bisherige ¹⁾ und die Stände wurden aufgefodert, für die mehrere Befestigung dieser haltbaren Städte zu sorgen (Rescript 29. Juli 1683).

Von den zum Fortifikationsbaue jährlich bewilligten 10,000 fl. wurden gewöhnlich 5000 fl. zur Befestigung Brünns und des Spielberges, 2500 fl. für Olmütz und eben so viel für Gradiſch bestimmt. Diese Gelder blieben in den Händen der Stände, welche durch die Kreishauptleute oder k. Richter die Inspection über den Bau führten (Landtagsschlüsse).

Der Befestigung des Spielberges waren in der Regel jährlich 1500 — 2000 fl. gewidmet. Der General-Feldwachtmeister Johann Wilhelm Graf von Zinzendorf, Commandant dieser Festung (1688, 1693) bat zwar die mährischen Stände um eine Aufbesserung dieses Betrages. Sie gingen aber in der nachfolgenden Kamatta nicht darauf ein.

Die löbliche Herren Stände haben auß des Herrn Johann Wilhelms Graffens v. Zinzendorff, der Röm. Kayf. Mayestät Cammerers General Feldwachtmeisters Und Commandanten der Vöstung Spielberg u. fürkommenen, anbring in Mehrern vernommen, Welcher gestalbt derselbe Bey Ihnen Herren Ständen über die Beuor, auß denen Jährlich fallenden Fortifications Geldern. Zu gemelter Vöstung Spielberg gewidmete Ein Tausend fünf hundert gulden noch vmb eine ad jula anhaltet. Nun Bekennen die Löbl. Herren Stände selbst,

¹⁾ Wegen des Verlustes vieler Mannschaft, welche die kais. Arme in den ruhmreichen aber blutigen Kämpfen gegen die Franzosen und Türken erlitten, resolvirte Kaiser Leopold, daß die Commandanten in den Festungen seiner Königreiche und Länder neue Mannschaft werben (Resl. 10. November 1689). Das l. Amt der mähr. Landeshauptmannschaft ließ daher die Landesinwohner nicht nur in den haltbaren Plätzen, sondern auch an anderen Orten und auf dem Lande anweisen, den zur Rekrutirung für die Garnisonen Spielberg und Gradiſch ausgeschiedten Offizieren die Werbung zu gestatten, jedoch mit folgenden Conditionen und Vorſorge, 1) daß nach Vervollständigung der ausgesetzten Zahl (nämlich für die Garnison Spielberg 150 und Gradiſch 100 Mann) diesen Garnisonen eine weitere Werbung nicht gestattet und 2) daß nach den vormaligen a. h. Resolutionen weder die Hausangehörigen noch das zur Wirthschaft unentbehrliche Gefinde und Knechte in die Werbung gezogen werden, damit neben der Miliz auch der Landmann zur Bestreitung der allgemeinen Laſten und Unterhalt derselben zugleich conservirt und erhalten werde (Tribunalsdekret 22. Dezember 1689).

daß den Lande an Vollständiger dieses orths perfectionirung nit wenig gelegen. Nachdeme aber auch zu Betrachten, daß die Böslung wegen Ihrer enge, Bey gefährlichen Kriegszeiten Rhaumb für die nothwendige Guarnison sufficient: zugeschweigen daß die Herren Stände Ihr refugium dahin nehmen Rhunten, wohl aber die Stadt Brünn in dergleichen feindesgefahr, einen großen Theil deren Landesinwohnern zue einer rettirade vndt Asilo, Sonderlich auch zur Sicherheit des Königl. Governi; vndt des publici Archivi der Landtaffel, dienen muß, vndt dießem nach deroelben fortification eben so Nothwendig als des Spilbergs ist, Bey Besagter Stadt aber an dem fortifications Baw, noch sehr Viel ermanglet. Folglich weit mehr Unkosten als die nunmehr in zimblichen Standt gebrachte Festung Spilberg erfordert, da doch hingegen von denen zue Beeden Orthten, durch den Löbl. Kayf. Hoff Kriegs Rath selbst assignirten fünff Tausent gulden, nach abzug für den Spilberg Ein Tausent fünff hundert gulden im Baaren Vndt dessen was auf die, zu Beeden fortificationen erforderliche materialien, Vndt der Bedienten Belohnung aufgethet, Rhaumb für die Statt drey Tausent gulden verbleiben, mit welchem gelbt aber, wie leichtlich zu erachten, Bey so weitschichtigen fortifications Baw, nit Viel Bestritten werden kan, vndt also Bey der Statt man eben noch ein mehrers Beterffe, wie schon im nechst verwichenen Jahr occasione des von dem Herrn Graffen, Bey hochgedachten Kayf. Hoff Kriegs Rath eingegebenen vndt anhero Communicirten anbringen Ihro Kayf. Mayestät alles außfürlich vndt gehorsambst remonstrirt worden, Vndt höchst gedachte Kayf. Mayestät es auch darbey noch dato gnedigst Bewenden lassen.

Als ist nit zu sehen, wie die Löbl. Herren Stände bey Solchen der Sach Bewandnuß des Herrn Graffen Verlangen So gern Sie immer wolten, willfahren Rhenen.

Die Verwendung der bewilligten jährlichen Fortifikationssteuer war jedoch nicht stets die nämliche, sondern wechselte nach Umständen und Bedürfnissen. So sollten die für 1709 und 1710 bewilligten 10,000 fl. ausschließlich für Olmütz, dagegen die bis 1709 verfallenen und unverwendeten Reste der Fortifikationsgelder auf die Vollführung des bei Brünn neu angelegten Werkes und nach dem Landtagschlusse von 1720 sollte die Fortifikationssteuer dermal vorzüglich zur Befestigung Brünns verwendet werden. Diese bestand seit der schwedischen Belagerung hauptsächlich in der Einschließung der Stadt vom dermaligen Franzensberge über das Juden- und Fröhlicher-Thor hinaus bis zum Spielberge mit einer Wallmauer und 7 oder 8 Bastionen, dann der Erbauung und Befestigung der genannten zwei Thore. Bei diesen Bauten der neuern Zeit wurden alle neuen Werke und Bastionen vor die alten Stadtmauern vorgeschoben und die letzteren der Stadt belassen, welche dieselben später theils demolirte, theils veräußerte, theils in ihrem alten Zustande beließ (Die Schweden vor Brünn S. 111 — 112).

Welche Ansicht zu Anfang des 18. Jahrhunderts der Spielberg gewährte, zeigt die beiliegende Abbildung vom Jahre 1700.

Die „Eigentliche Vorstellung der berühmten Stadt Brünn nebst der dabei liegenden trefflichen Festung Spielberg, gezeichnet von Friedrich Bernhard Werner, Siles. und in Kupfer gebracht und verlegt von Martin Engelbrecht, Kunstverleger zu Augspurg“ enthält auch einen „Prospekt der Weltberühmten Festung Spiehlberg sammt der darunter gelegenen alt Brünn.“

Kleine Ansichten des Spielberges sind in Paprocky's Spiegel von Mähren 1593 fol. 386, in Zeiler's Topogr. von Mähren 1650 S. 91 u. a.

Wir haben nun der Geschichte des Spielberges gedacht, um ihn zum Schutze des Landes wehrhaft gegen feindliche Angriffe zu machen, welche er aber durch ein Jahrhundert nicht sah. Werfen wir einen Blick in sein Inneres zurück, so begegnen wir Erscheinungen, die Zeugnisse ihrer Zeit liefern, sehen den Spielberg ohne die Unterscheidungen und Rücksichten unserer Tage Staatsgefängene, Staatsverbrecher, gemeine Verbrecher und Opfer schrankenloser Macht in seine Gefängnisse aufnehmen.

Hier büßte der Oberst Morando (1667).

Auf dem Spielberge saß in den 1680er Jahren Stephan von Szirmai, damit von den Geheimnissen in der Angelegenheit des ungr. Lököly der Schleier nicht gelüftet werde. Die hier getragenen Leiden süßte nachher die Erhebung in den Grafenstand (Hormayr's Taschenbuch 1821 S. 10, österr. Encyclop. V. 259).

Auf dem Spielberge saß der aus brandenburg'schen in chursächsische Dienste getretene Feldmarschall von Schöning. Da er versuchte, den Churfürsten Johann Georg IV. für Frankreich und gegen Oesterreich zu gewinnen und mit Hannover eine ganz unabhängige Partei in Deutschland zu schaffen, ließ ihn 1692 die österr. Regierung im töplicher Bade verhaften und auf den Spielberg abführen, um ihm den Prozeß auf Leben und Tod zu machen. Zwar büßte er auf die nachdrückliche Einwirkung des Kurfürsten nur seine Freiheit, wurde aber erst nach dessen Tod (1694) des Kerkers entlassen (wie es hieß in Folge eines Geschenkes von 30,000 Thalern an einen kais. Minister) und starb (1696) mit dem Fluche beladen, auf Menschen zu militärischem Dienste förmliche Jagd gemacht zu haben (Böttiger, Gesch. von Sachsen II. 182, 199, Bretschel, Gesch. Sachsens II. 461 — 463, Mailath österr. Gesch. IV. 583).

Auf dem Spielberge büßte der kais. Feldzeugmeister Graf Bonneval, einer der merkwürdigsten Männer des 18. Jahrhunderts. Er war aus französische in österr. Dienste getreten und hatte gegen sein Vaterland gekämpft, aber auch in den ersten spielte er eine Menge unverzeihlicher Streiche und Intriguen, und wurde zum Tode verurtheilt. Kaiser Carl VI. verwandelte aber diesen Urtheilspruch in einen einjährigen Arrest (1723 — 4) auf dem Spielberge. Bonneval übertrat alsdann zum Islam und starb als Achmed Pascha zu Constantinopel (1744), als er eben im Begriffe war, nach Europa zurückzukehren und den Islamismus wieder abzuschwören (österr. Encycl. I. 352, brosch. Conv. Lex. 8. Aufl. 2. B. S. 88).

Auf dem Spielberge süßte der kais. Feldmarschall Georg Olivier Graf von Wallis die traurigen Folgen leidenschaftlicher Aufregung. Als commandirender General führte er 1739 nicht mit Glück den Krieg gegen die Türken und ließ sich mit ihnen in Friedensverhandlungen ein, welche auf die Uebergabe der starken Festung Belgrad abzielten. Hierdurch gegen Wallis mißtrauisch gemacht, ließ Kaiser Karl VI. den Frieden durch den General Grafen Reipperg unterhandeln und zwar, wie die Vollmacht lautete, einen ehrsamem, während ihm Maria Theresia und ihr Gemahl, die kommenden Stürme voraussehend, die geheime Weisung gaben, unter jeder Bedingung einen eiligen Frieden zu schließen. Durch diese Ausschließung beleidigt und eifersüchtig gereizt bewirkte Wallis, daß nicht nur ein eiliger, sondern auch ein höchst unvortheilhafter Friede geschlossen wurde. Der Kaiser strafte Wallis und Reipperg, indem er jenen auf den Spielberg, diesen zu Olaz in Arrest setzte.

Am 22. Februar 1740 kam Wallis bei dem Festungskommandanten Grafen Zinzendorf an, welcher ihm alle militärischen Ehren erwies und, als dieser bei dem Eintritte in sein Arrestzimmer den Degen überreichen wollte, erwiderte, er habe von Seiner Majestät keinen Befehl, ihm denselben abzunehmen. Sein Arrest dauerte nur kurze Zeit, denn nach Karl VI. am 20. Oktober 1740 erfolgten Tode entließ Maria Theresia Reipperg und Wallis der Haft und restituirte sie in ihren Aemtern (Meynert, österr. Geschichte V. 2. Abth. S. 388, Mailath, österr. Gesch. IV. 640, österr. Encycl. 28).

Auf dem Spielberge litten (1745) eine ziemlich milde Arrest-Strafe mehrere Mitglieder der Sternkreuz-Bruderschaft zu Brünn, welche vorgab, die Alchymie und Goldmacherkunst zu betreiben, eine Universal-Medicin und den Stein der Weisen zu suchen, nach der Ansicht der Regierung jedoch abergläubische und gesegwidrige Absichten verfolgte und sich gegen Gott, das sichtbare Haupt der Kirche und den Staat Verbrechen zu Schulden kommen ließ. Es waren dies namentlich Cajetan von Freyenfels, der Landschafts-Tanzmeister Edstein und der Dragoner von Glomberg, welcher Mitglied der Gesellschaft war und sie denuncierte (S. meine Abhandlung im 5. Bd. der Schriften der hist. Sektion S. 111 — 114).

Ein merkwürdiger Gefangener des Spielberges war der k. k. Panduren-Oberst Franz Freiherr von Trenk. Bei dem Beginne des österr. Erbfolgekrieges 1740 erlaubte ihm M. Theresia auf sein Anerbieten, ein Panduren-Regiment zu errichten, womit er in Baiern einbrach und als Parteigänger zwar manche nützliche Dienste leistete, jedoch mit Brennen, Morden und Plündern die furchtbarsten Unmenschlichkeiten beging. Durch Geldgeiz und Raub soll er sich ein Vermögen von beinahe 2 Millionen erpreßt haben, machte sich jedoch durch sein grausames Wüthen allgemein so verhaßt, daß er 1746 des Commando's enthoben, vor ein Kriegsgericht gestellt und zu lebenslänglicher Gefangenschaft auf dem Spielberge verurtheilt wurde, wo er auch den 4. (nicht 14.) Oktober

1749 starb ¹⁾). Er war ein schöner Mann, weit über das gewöhnliche Maß groß, von großer Gelehrsamkeit, sprach 7 Sprachen fertig, besaß unglaubliche Stärke und eine ungemeine Abhärtung gegen alle Beschwerden. Er schrieb auch seine eigene Biographie bis 1747, Leipzig 1748, 2 Th. (Hormayr's Archiv 1824 Nr. 103, österr. Encycl. V. 411, österr. Lit. Bl. 1845 Nr. 13, Conversations-

¹⁾ Nach dem 50jähr. Andenken der Aufsehung des Knopfes auf dem Rathhausthürme und den Kapuziner-Annalen starb Trenk am 4. Oktober 1749 Nachts um 1 Uhr auf dem Spielberge und wurde noch diesen Tag Abends um 7 Uhr bei den Väter Kapuzinern begraben.

Aus dem 21. Bd. der Annalen der böhm. Kapuziner-Provinz vom Jahre 1751 S. 85 theilen wir noch Folgendes mit.

De Conventu Brunensi.

Piissime et vere poenitens in Domino obiit Generalis Trenk, qui jam longiori tempore in Castro Spielberg Brunnæ arrestatus fuit, de hujus ergo obitu data est sequens notitia.

Gewisser und kurzer Bericht von dem Tode des General Trenk.

Weilen viel lügenhafter Mäuler den General Trenk in Leben wegen vielen Sachen unschuldig argulret, Viel weniger werden Sie Ihn in der kühlen Krust ruhen lassen; dessen Leben und Todt uns Kapuzinern zum Besten bewußt ist, und ich mein Lebens-Zeit von keinen Soldaten bin sowohl aufbauet worden, wie auch von keinen etnen so glückseligen Todt erfahren, wie von gemeldten General Trenk.

Dessen Beichtvater ist gewesen P. Lector Colomannus genant, der sich wegen seiner Krankheit in die Chur nachher Wienn begeben, Gott aber Ihn bald das Zeitliche mit dem ewigen verwandelt hat den 21. Februarii, in dieser Nacht hörte der Trenk eine wohlbekannte Stimme rufende Trenk, Trenk, Trenk! worauf er sich in feбри maligna oder continua Beschweret Befunden, derohalben sich zeitlich zum Todt Vereithet, und Von meinem A. R. P. Quardiano sich ausgebethen, er möchte seinem Leib einen alten Habit vergönnen, und erlauben, daß er in unser Krust ohne besondere Ceremonien, wie ein armer Kapuziner Begraben werden möchte, indem seyn sinkender Körper nichts mehrers verdienet, als ein Stein unter den Kopf, alsdann hat er gleich zwei Staffetten nach Wienn geschickt, und seinen Agenten, oder Advolaten Berger ersuchet, womit er bei Allerhöchsten Orth Ihm die Erlaubniß ein Testament zu machen auswürken möchte, welche er auch in 24 Stunden erhalten, mit dieser Beigesügten Gnade, damit Er sich ein Quartier in Spielberg aussuche nach seinem belieben, wie auch mit seinem Vermögen nach seinen Belieben disponiren könne, daß sich Ihro Majestät das geringste nicht vorbehalte (allein in Augusto hat Er müssen 36000 fl. erlegen), also hat Er nachgehends in gegenwart 7 Zeugen den 27. Octobris verfestiret 50000 fl. auf ein Spital an denen (Brünnerischen Kranken) Bäuerrischen Grängen, Item 50000 fl. auf ein Spithal allhier in Brunn, 4000 fl. in das Kirchel auf dem Spielberg, Item 4000 fl. ad perpetuum auf eine wöchentl. heilige Meß, noch ein mehrers ad pias Causas seinem größten Feind 1400 Dukaten, seinem Bedienten 700 fl., dem anderen Bedienten (welcher 3 Monath Ihn bedient) 1000 fl.; noch vielen Andern hat Er zu 100 und 1000 fl. Vermachet, welche ob der Menge halber unterlassen, und ob schon das eine große Summa austraget, bleiben dannoch seine Güter (welche in Hungarn und Slavonien viel weither und Breiter seyn, als Mähren) ohne Schulden, welche gültlicher Er seinem Väter verschrieben, der dem König in Preußen dienet, doch mit dieser Bedingnus, damit Er dem Hauß Oesterreich diene, und Chatholisch werde; wann nicht, so solle diese Gültlicher der andere Better annehmen, wie Sie Liegen, ohne Bezahlung, doch auch mit bemelbter Bedingnus wenn aber dieser keiner selbe antretten wolle, also Wane die Koenigin seine gültlicher

Verikon 7. Aufl. 11. Bd. S. 355, Bilder aus der Heimat, Wien 1852, S. 312 — 5, Gräffer, Joseph. Curiosa V. 152 — 160, Engel, Geschichte von Ungarn V. 309). Er ist nicht zu verwechseln mit seinem ruhelosen Neffen Friedrich Freiherrn von Trenk, welcher in den preuß. Festungen Olaz und Magdeburg namenlose Qualen durch viele Jahre ausstand und endlich in Paris den Tod durch Robespierre fand (1794).

ad pias causas anwenden, welcher letzter will Johann nachher Hoff geschicket worden, worüber sich die Königin sehr betrübt und verwundert, besonders wegen dem seinem Feind vermachten Erbtheil, NB. den ich gut kenne, worauf auch gleich die Confirmation erfolgt, und zu seinem angeblüht, daß der Trenk sich ein Quartier in der Stadt aussuche (welches Er in unseren Kloster noch lebender hat nehmen wollen, allein Gott hat Ihn an seinem Rahmenstag mit dem Tode prävoniret, massen Er den 4. Octob. umb 1/4 auf 1 Uhr bei der Nacht das Zeitliche mit dem ewigen vertauschet, und als Tobter hat Er sein Quartier bei uns genommen, in diesem Tag auf die Nacht 1/28 Uhr; und weil Er verlangt hat, Von denen gefangenen in Banden und Ketten aus der Festung getragen zu werden, ist es auch also geschehen bis zu dem sogenannten Brünner Thor, hernach ist er auf einem wagen bis zu unseren Kloster geführt worden, wo er von uns empfangen, und Von denen Layen-Brüdern zum grab getragen worden. NB. durch 4 Täg und Nacht ware der P. Adjutus und P. Turibius bei Ihm bis zum letzten Zügen geblieben.

G r a b s c h r i f t.

Stehet still ihr Sterbliche hier ruhet Eures gleichen
Der mit Euch allen ist aus einem Zeug gemacht
Euch gehet es eben so, den armen und dem Reichen
Dieweilen Ihr selbst die straff mit Euch auf die Welt gebracht,
Bedenkt, wer ihr seht, hier gibt man Euch zu lesen,
Da liegt der Erden wuß, was er Zu Vor gewesen.

Hier liegt unter diesen Stein
Des Trenks aschen, und Bein
Begraben, und Bedeckt;
Die Lust recht treu zu sterben
Reichthum und Ehr zu erwerben
Hat seinen Fall erweckt.

Seind einige, die das lesen,
Derer Er ein freund gewesen,
Der sage wehm er will:

Des Trenks Asch, und Bein,
Ruhet unter diesen Stein
Ganz ruhig, sanft und still,
Eist, Reib, Verleimdung, Haß,
Begierd zu meinen Sachen,
Hat dieses Grabmahl mich
Im Elend stiften lassen;

O Gott! hörste nach meinen Tode
Nur mein Unschuld sagen.
Dir ligt der treue Trunk
Wie Socrates begraben;

In seinem Testamente vom 24. September 1749 (von Dubitz mitgetheilt in den österr. Liter. Bl. 1845 Nr. 13) zeigte sich der gefürchtete Panduren-Oberst weit menschlicher als im Leben. Er betheuerte, daß er nie an seiner Monarchin treulos geworden oder zu werden im Sinne hatte; den Kapuzinern in Brünn vermachte er 4000 fl., zur Erbauung eines neuen Altars in der spielberger Festungskapelle 3000 fl., zur Stiftung eines Epitals in Oesterreich 34,000 fl., dem einjährigen Kinde Katharina Kother 4000 fl., weil dessen Vater die Ungemach des Arrestes mit ihm getheilt, dem k. k. Obristlieutenant und Vicekommandanten am Spielberge Franz Joseph Kottulinsky von Kottulin und seinen 6 Kindern 1200 Dukaten, seinem Testamentsexekutor Dr. juris Berger 6000 fl. und seinen zwei Schreibern 600 fl., dem weltlichen Priester und Beneficiaten auf dem Spielberge 100 Dukaten, dem Platzlieutenant, Wachtmeisterlieutenant, Marquetender, 2 Prososen, Hauptboisten auf dem Spielberge, seinen Dienstleuten u. s. w. ansehnliche Geschenke. Zum Universal-Erben ernannte er den ältesten Sohn seines Bruders, wenn er katholisch wird; seine Güter in Slavonien sollen verkauft werden. Kottulinsky, Johann von Amadei, Obristwachtmeister und Platzmajor, 1 Hauptmann und 3 Oberlieutenants waren Testaments-Zeugen.

Die Schrednisse der spielberger Haft erfuhr der k. sächsische Ministerial-Kanzlist und geh. Sekretär Menzel, welcher, um sich aus ökonomischen Verlegenheiten zu retten, zum Schurken und Verräther an seinem Könige und Vaterlande wurde. Seit 1753 theilte er nämlich für Geld dem preussischen Gesandten die Correspondenzen zwischen Oesterreich und Rußland mit Sachsen mit, die auf eine Verbindung mit Preussen gerichtet waren, welche Mittheilung

Du aber Wanderer betracht diese Stelle,
Hütt dich Vor meinen Fall, und Beth vor meine Seele,
Ach! könnt der Aschen mein dieses Recht noch widerfahren,
Daß es wie Socrates die Unschuld darf verwahren,
So wurde meine Kapserinn nach meinen Todt ersehen,
Das Unrecht, so mir von meinem Freund ist geschehen.

Fr. L. B. de Trenk.

NB. Dieses hat der General Trenk in seiner gefängnis schon längst Verfertiget gehabt, aus dessen Notaten-Büchel solches abgeschrieben ist worden, obwohlen Er lechlich kein grab, sondern einen Stein unter sein Haupt mit einem schlechten und zerrissenen Capuciner-Habit; ist daher bei uns Capucinern zu Brünn in die Krust unter unsere todten Brüder begraben worden den 4. Octobris in seinem Namens- und geburths-Tag, da er 39 Jahr seines Alters gezelet hatte.

Mit einem Legate Trenk's wurde die nach ihm genannte Kapelle (Altar) in der 1753 geweihten Dreifaltigkeitskirche auf dem Spielberge gebaut und dotirt; auch soll er die Franzisci-Kapelle unter demselben bei der Schwabengasse gebaut haben, welche um 1784 entweiht, 1789 in eine Mautnerwohnung umgestaltet wurde und nun von der Finanzwache bewohnt wird (Wolny II. 45, 72, besf. kirchl. Topog. III. 98, 99, brünner Zeitung 1859 Nr. 284 ff., 1860 Nr. 47).

viel den Ausbruch des 7jährigen Krieges beschleunigte. Als man endlich während einer Reise im Gefolge seines Königs nach Warschau dem Vergehen auf die Spur kam, wollte er sich durch die Flucht retten, kam aber nur bis Prag, wo er auf Requisition des sächsischen Hofes festgenommen und nach Brünn gebracht wurde. Hier saß er bis zum Abschlusse des hubertsburger Friedens (1763) und kam dann auf die sächs. Feste Königstein, in welcher er noch 33 Jahre, meist in sehr strenger und harter Haft, lebte (Brockhaus Convers. Lexikon, 7. Aufl. 7. Bd. S. 291, Böttiger, Geschichte von Sachsen, II. 326, Stenzel, preuß. Gesch. IV. 386).

Noch mancher andere Staatsgefangene mag in den Kerker des Spielberges geschmachtet haben und es mögen auch noch Akten über sie vorhanden sein (wie in dem ehemaligen m. s. Gubernialarchive über den sächs. General Schöning (lit. S. Fasc. 317), den kto. Obristlieutenant von Stolzenberg (lit. S.), den Johann Carl Freiherrn von Tharoulle (lit. T. 146), über einen Linange (lit. L. Fasc. 119), über einen Grafen Hodiß u. a.); allein von den Geheimnissen des Spielberges ist uns aus älterer Zeit nichts weiter als das Mitgetheilte bekannt.

Wir wissen auch nichts Näheres über die 1707 zum Vorscheine gekommene Conspiration auf der Festung Spielberg zu sagen, wegen welcher nach gehaltenem Kriegesrechte mehrere Delinquenten bestraft wurden (Resk. 7. Nov. 1707).

Der Spielberg war aber nicht nur Gefängniß für solche Unglückliche, sondern auch in viel früherer Zeit, als man gewöhnlich annahm, Arrest für gemeine Verbrecher aller Art und zwar insbesondere auch für solche, welche zu einer öffentlichen Arbeit (ad opus publicum) oder Festungs- und Schanzarbeit verurtheilt waren.

Als auf Anordnung des Kaisers (Larenburg den 23. April 1673) das k. Amt der Landeshauptmannschaft den Kreishauptleuten Mährens mitgab, daß sie die Landsterber, Müßiggänger und Wailtschneider, so wie auch diejenigen Delinquenten, welche das Leben nicht verwirkt, sondern ad opus publicum verurtheilt worden, auf den Spielberg zur Schanzarbeit verweisen sollen, machte der olmüzer Commandant Georg Ludwig Fuchs von Randenberg dagegen eine Vorstellung, in Folge welcher der Kaiser befahl (8. Juli 1673), daß die Faulenzer und dergleichen Gefindl, so im olmüzer Kreise ergrieffen werden, nachher Olmütz zur Schanzarbeit geliefert werden sollen.

Nachdem „fast alle Jahre verwögene Schaffler-Gesinde, so sich meistens gegen den Herbst um St. Wenzeslai zusammenzieht, große Ungelegenheiten, besonders im Znaimer Kreis, verübt und die Strassen unsicher macht,“ beschlossen die mähr. Stände bei dem Landtage von 1676, daß die Herrschaften untereinander gute Correspondenz halten und Vernehmen pflegen, wenn etwelche Insolenz verspürt werde, es unverzüglich den k. Kreishauptleuten andeuten und ihren Schafflern ernstlich verbieten sollen, fremde ausländische Schafflerknechte, besonders in mehrerer Zahl zu beherbergen. Sobald ihre Kottirung bemerkt oder ausgeforscht werde, soll man dieselbe mit gesammter Hand verfolgen, sich ihrer bemäch-

tigen und sie zu gebührender Abstrafung, es sei mit der Schanzarbeit, oder sonst auf die Festung Spielberg liefern.

Damit durch die Bosheit moroser und zahlflüchtiger jüdischer Debitores die treuherzigen Creditores mit ihren rechtmäßigen Anforderungen nicht hintergangen werden, ließ Kaiser Leopold zum warnenden Beispiele den prager Juden Salomon Löbl Arzt auf den Spielberg liefern, damit er zu einiger Genugthuung seiner Schuld in opere publico in Band und Eisen arbeite (Weingarten, Coder S. 547, bei Wefebrod S. 73 allgemein gehalten).

Im Arreste der Festung Spielberg befand sich bereits durch geraume Zeit der Keger Johann Gyselt, welcher zwar den katholischen alleinseligmachenden Glauben angenommen, aber zum Lutherthum wieder relabiret war und darin hartnäckiger Weise beharrte, als nun über dessen Schicksal die k. böhm. Appellationskammer berichten sollte (Reskript 17. Dezember 1697, in Weingarten's Coder S. 612).

Der Spielbergarrest war nicht selten die Strafe widerspännstiger und aufrührerischer Unterthanen. So saßen hier zur Zeit, als wiederholte Robot-Verweigerungen auf den iglauer Landgütern durch viele Jahre fortbauerten, zuerst 18 Räbelsführer durch fünf Vierteljahre (1705 — 6) und später wieder 8 Räbelsführer (Meine Geschichte von Iglau S. 323).

Auch in einem der merkwürdigsten Kämpfe um die alten Rechte und Freiheiten, in jenem, welchen die Gemeinden Urbau, Raufenbruck, Otkowiz und Ralendorf mit ihrer Obrigkeit, dem Kloster Bruck, führten, spielte der Spielberg eine bedeutsame Rolle. Immer kategorisch abgewiesen erneuerten die Urbauer zehnmal ihr Begehren, weder Leibes- und Todesstrafen, Plünderung und Gefängniß, noch Zeit- und Geldverlust und Ungemach aller Art konnten den starren Sinn beugen, bis endlich nach halbhundertjährigem Widerstande, als ein großer Theil der männlichen Bevölkerung im Gefängnisse saß und die Fruchtlosigkeit seiner Opfer und Einsätze erkannte, der Beschluß gefaßt wurde (1724), den nutzlosen Kampf aufzugeben (Einige Dorfweisthümer aus Mähren, von Peter Ritter von Chlumecy, im 17. Bd. des Archivs der kais. Akad. d. Wiss.).

Welche Ausschreitungen bei den Arrestirungen auf dem Spielberge vorfielen, läßt die Verordnung vom 12. November 1708 entnehmen, daß ohne Vorwissen des k. Tribunals der Commandant ob dem Spielberge die Garnison zu Personsergreifungen in der Stadt oder auf dem Lande nicht hergeben soll, oder die Verordnungen vom 12. August 1716 und 20. November 1724, daß zwar den Landesobrigkeiten zustehe, ohne höheren Vorbewußt ihre Dienstboten und Unterthanen auf den Spielberg zu setzen, nicht aber dem Bürgerstande und denen Singulis (einzelnen Privatpersonen).

Auch nach dem Reskripte Karl VI. vom 21. Jänner 1735 konnten die Obrigkeiten ihre Unterthanen auf die Festungen Spielberg, Grabisch und Olmütz abliefern. Gesah deren Abgabe dahin wegen Ungehorsams oder Widerspännstigkeit, sollten sie so lange da bleiben, bis sie sich ihren Obrigkeiten unterworfen

hatten; außerdem durften sie daselbst nur mit der Bestimmung einer Zeit angenommen werden (die auf diese Festungen von Obrigkeiten oder Beamten liefernde Unterthanen sollen nicht anders als cum definitione angenommen werden. Sollten sie aber wegen Ungehorsam und Widerspänstigkeit geliefert werden, weilen sie allda so lang, bis sie sich ihren Obrigkeiten submittiren, zu bleiben haben, können dieselben absque definitione temporis angenommen werden).

Man würde aber sehr irren, wenn man glauben wollte, der Spielberg sei nur Bestimmungsort für Staatsgefangene und gemeine Verbrecher gewesen, er war auch Disciplinar-Gefängniß für Beamte, Gefängniß für Uebertreter von Polizei- und Steuergesetzen, für Reher u. a.

Bei Verfassung einer neuen Karte Mährens unter dem Einflusse der Regierung drohte dieselbe den Obrigkeiten für die Nicht-Angabe eines Ortes mit einer Strafe von 400 Dukaten, den schuldtragenden Beamten mit öffentlicher Arbeit auf dem Spielberge (Resk. 12. Juli 1714).

Beamten, welche Räuber conniviren würden, wurde mit dem Spielbergs-Arreste gedroht (Reskript 5. Mai 1710).

Obrigkeitsliche Arrendatoren und Beamte, welche das Eintreffen oder Passiren von Zigeunern nicht gleich dem Kreißamte anzeigen oder gegen dieses landesverwiesene und vogelfrei erklärte Gesindel nicht vermöge der Patente verfahren würden, sollten cum opore publico auf dem Spielberge irremissibiler gestraft werden (Patent Brünn 20. Juni 1721. S. Gesch. der Zigeuner in M. und Schl. von mir im 12. Bd. der Schriften der hist. Sektion S. 127).

Obrigkeitsliche Beamte, welche daran Schuld hätten, daß die Kontributionen der Unterthanen hinterstellig bleiben, wollten Seine Majestät entweder mit dem Spielberg-Arrest oder gestalter Dingen nach auch noch schärfer bestrafen lassen (Resk. 16. Februar 1725, Befehrbod S. 167).

In Steuerjachen ungehorsame Beamte (Patent 26. Juli 1748, Instruktion für die Exekutions-Commissäre), säumige Contributions-Rechnungsleger (Raitungs-Patent 6. Juni 1749) sollten mit dem spielberger Arrest bestraft werden. Auf das Verschweigen steuerbarer unterthäniger Realitäten stand die Strafe eines opus publicum auf dem Spielberge (Patent 9. Mai 1749).

Als ungeachtet vieler Warnungen die Selbstverstümmlung, um dem Militärstande zu entgehen, über Hand nahm, verordnete M. Theresia, daß die Selbstverstümmler, da die früher verhängten Strafen einer öffentlichen Arbeit nicht gefruchtet, auf drei Jahre in das olmüzer Zuchthaus geliefert werden. Falls auch diese Strafe nicht wirken sollte, würden Ihre Majestät nicht anstehen noch schärfere, ja auch Leib- und Lebens-Strafen zu verhängen (Resk. 27. November 1747). Im genannten Zuchthause war für die Selbstverstümmler die Verpflegung mit 4 kr. täglich bestimmt (Tribunalsbef. 12. Jänner 1748).

Maria Theresia ließ aber später geschehen, daß dieselben, bis die Zuchthäuser zu Olmütz und Brünn besser eingerichtet und beziehungsweise erbaut sein

In seinem Testamente vom 24. September 1749 (von Dubit mitgetheilt in den österr. Liter. Bl. 1845 Nr. 13) zeigte sich der gefürchtete Panduren-Oberst weit menschlicher als im Leben. Er betheuerte, daß er nie an seiner Monarchin treulos geworden oder zu werden im Sinne hatte; den Kapuzinern in Brünn vermachte er 4000 fl., zur Erbauung eines neuen Altars in der spielberger Festungskapelle 3000 fl., zur Stiftung eines Epitals in Oesterreich 34,000 fl., dem einjährigen Kinde Katharina Kother 4000 fl., weil dessen Vater die Ungemach des Arrestes mit ihm getheilt, dem k. k. Obristleutnant und Vicekommandanten am Spielberge Franz Joseph Kottulinsky von Kottulin und seinen 6 Kindern 1200 Dukaten, seinem Testamentverwalter Dr. juris Berger 6000 fl. und seinen zwei Schreibern 600 fl., dem weltlichen Priester und Beneficiaten auf dem Spielberge 100 Dukaten, dem Platzlieutenant, Wachtmeisterlieutenant, Marquetender, 2 Prososen, Hauptboisten auf dem Spielberge, seinen Dienstleuten u. s. w. ansehnliche Geschenke. Zum Universal-Erben ernannte er den ältesten Sohn seines Bruders, wenn er katholisch wird; seine Güter in Slavonien sollen verkauft werden. Kottulinsky, Johann von Amadei, Obristwachtmeister und Platzmajor, 1 Hauptmann und 3 Oberlieutenants waren Testaments-Zeugen.

Die Schrecknisse der spielberger Haft erfuhr der k. sächsische Ministerial-Ranzlist und geh. Sekretär Menzel, welcher, um sich aus ökonomischen Verlegenheiten zu retten, zum Schurken und Verräther an seinem Könige und Vaterlande wurde. Seit 1753 theilte er nämlich für Geld dem preussischen Gesandten die Correspondenzen zwischen Oesterreich und Rußland mit Sachsen mit, die auf eine Verbindung mit Preussen gerichtet waren, welche Mittheilung

Du aber Wanderer betrach't diese Stelle,
Hütt dich Vor meinen Fall, und Beth vor meine Seele,
Ach! könnt der Aschen mein dieses Recht noch widerfahren,
Daß es wie Socrates die Unschuld darf verwahren,
So wurde meine Kaiserinn nach meinen Todt ersehen,
Das Unrecht, so mir von meinem Freund ist geschehen.

Fr. L. B. de Trenk.

NB. Dieses hat der General Trenk in seiner gefängnis schon längst Verfertiget gehabt, aus dessen Notaten-Büchel solches abgeschrieben ist worden, obwohlen Er lechlich kein grab, sondern einen Stein unter sein Haupt mit einem schlechten und zerrissenen Capuciner-Habit; ist daher bei uns Capucinern zu Brünn in die Krust unter unsere todten Brüder begraben worden den 4. Octobris in seinem Namens- und geburths-Tag, da er 39 Jahr seines Alters gezelet hatte.

Mit einem Legate Trenk's wurde die nach ihm genannte Kapelle (Altar) in der 1753 geweihten Dreifaltigkeitskirche auf dem Spielberge gebaut und dotirt; auch soll er die Franzisci-Kapelle unter demselben bei der Schwabengasse gebaut haben, welche um 1784 entweiht, 1789 in eine Mautnerwohnung umgestaltet wurde und nun von der Finanzwache bewohnt wird (Wolny II. 45, 72, dess. kirchl. Topog. III. 98, 99, brünner Zeitung 1859 Nr. 284 ff., 1860 Nr. 47).

viel den Ausbruch des 7jährigen Krieges beschleunigte. Als man endlich während einer Reise im Gefolge seines Königs nach Warschau dem Vergehen auf die Spur kam, wollte er sich durch die Flucht retten, kam aber nur bis Prag, wo er auf Requisition des sächsischen Hofes festgenommen und nach Brünn gebracht wurde. Hier saß er bis zum Abschlusse des hubertsburger Friedens (1763) und kam dann auf die sächs. Feste Königstein, in welcher er noch 33 Jahre, meist in sehr strenger und harter Haft, lebte (Brockhaus Convers. Lexikon, 7. Aufl. 7. Bd. S. 291, Böttiger, Geschichte von Sachsen, II. 326, Stenzel, preuß. Gesch. IV. 386).

Noch mancher andere Staatsgefangene mag in den Kertern des Spielberges geschmachtet haben und es mögen auch noch Akten über sie vorhanden sein (wie in dem ehemaligen m. s. Gubernialarchive über den sächs. General Schöning (lit. S. Fasc. 317), den dto. Obristleutnant von Stolzenberg (lit. S.), den Johann Carl Freiherrn von Tharouille (lit. T. 146), über einen Linange (lit. L. Fasc. 119), über einen Grafen Hodiß u. a.); allein von den Geheimnissen des Spielberges ist uns aus älterer Zeit nichts weiter als das Mitgetheilte bekannt.

Wir wissen auch nichts Näheres über die 1707 zum Vorscheine gekommene Conspiration auf der Festung Spielberg zu sagen, wegen welcher nach gehaltenem Kriegsrechte mehrere Delinquenten bestraft wurden (Resk. 7. Nov. 1707).

Der Spielberg war aber nicht nur Gefängniß für solche Unglückliche, sondern auch in viel früherer Zeit, als man gewöhnlich annahm, Arrest für gemeine Verbrecher aller Art und zwar insbesondere auch für solche, welche zu einer öffentlichen Arbeit (ad opus publicum) oder Festungs- und Schanzarbeit verurtheilt waren.

Als auf Anordnung des Kaisers (Larenburg den 23. April 1673) das k. Amt der Landeshauptmannschaft den Kreishauptleuten Mährens mitgab, daß sie die Landsterber, Müßiggänger und Waitelschneider, so wie auch diejenigen Delinquenten, welche das Leben nicht verwirkt, sondern ad opus publicum verurtheilt worden, auf den Spielberg zur Schanzarbeit verweisen sollen, machte der olmüzer Commandant Georg Ludwig Fuchs von Randenberg dagegen eine Vorstellung, in Folge welcher der Kaiser befahl (8. Juli 1673), daß die Faulenzer und dergleichen Gefindl, so im olmüzer Kreise ergrieffen werden, nachher Olmütz zur Schanzarbeit geliefert werden sollen.

Nachdem „fast alle Jahre verwögene Schaffler-Gesinde, so sich meistens gegen den Herbst um St. Wenzeslai zusammenzieht, große Ungelegenheiten, besonders im Znaimer Kreis, verübt und die Strassen unsicher macht,“ beschlossen die mähr. Stände bei dem Landtage von 1676, daß die Herrschaften untereinander gute Correspondenz halten und Bernehmen pflegen, wenn etwelche Insolenz verspürt werde, es unverzüglich den k. Kreishauptleuten andeuten und ihren Schafflern ernstlich verbieten sollen, fremde ausländische Schafflerknechte, besonders in mehrerer Zahl zu beherbergen. Sobald ihre Kottirung bemerkt oder ausgespürkt werde, soll man dieselbe mit gesammter Hand verfolgen, sich ihrer bemäch-

über 200 gab, reducirt (1729), für eine bessere Befegung derselben, als die bessere Einrichtung der Frohnvesten, eine bessere Behandlung der Inquisiten und Sträflige sorgte.

Als mehr geläuterte, hellere und mildere Ansichten in die Strafsystem allmählig Eingang fanden, als die Regierung dem gedrückten Pöbel in unteren Volksklassen mehr sorgliche Pflege zuwandte, dachte man auch in das Gefängnißwesen mehr System zu bringen. Schon Kaiser Carl VI. beabsichtigte „zur ausgiebigen Züchtigung deren Delinquenten auch in Mähren unter dem Namen eines Zucht- und Arbeitshauses carceres perpetui aufzurichten,“ wie aus seinem Reskripte vom 11. April 1737 und sonst an das L. Tribunal erlassenen Befehlen hervorgeht. Die zur Entwerfung des Projectes bestellte Commission erachtete, „die Intention des Hofes bei Aufrichtung carcerum perpetuorum oder sogenannten Zucht- und Spüßn-Häusern gehe dahin, womit die Böswichte zur Straff, die Faule zur Correction und Arbeit und künftighin die zur Arbeit untüchtige Leuthe zur Unterhaltung gebracht werden könnten.“

Die Commission erinnerte vor Allem, daß bereits aus der testamentarischen Bestimmung des Oberstlandrichters Leopold Anton Grafen von Saff (+ 1725), des Gründers der olmüzer ständischen Akademie, ein Kapital von 8000 fl. nach Olmütz für ein Zuchthaus gewidmet und dasselbe auch schon zum Theile erbaut wurde (S. meine Geschichte der Studien-Anst. in Mähren und Schlesien S. 12,15) ¹⁾.

Die Commission war der Meinung, daß mit Rücksicht auf die Entfernung und leichtere Ausführung von 6 Kreisen des Landes der olmüzer, prerauer und hrabischer an das Zucht- und Spinnhaus zu Olmütz, „weillen alda bereits ein Anfang gemacht worden,“ gewiesen, für den brünner, jnaimer und iglauer aber ein zweites in Brünn errichtet werden sollte.

Die genannten zwei Städte könnten die Materialien, besonders die Ziegeln beschaffen, die übrige Nachbarschaft von den höheren Ständen vom Kaiser aufgefordert werden, zu „diesem opere pio primi generis, woran die Ruhe und Sicherheit des Landes großen Theiles gelegen,“ mit Holz-, Stein-, Kalk- oder Kalkstein-Fuhren u. a. zu concurriren.

In Brünn sei das Consumo stark und die Vistualien in nicht gar wohlfeilem Preise zu haben, in Olmütz aber der Landeskundigkeit nach viel wohlfeiler

¹⁾ Das olmüzer Zucht- und Spinnhaus kam auch wirklich zu Stande und diente als Prov. Straßhaus. In Olmütz war nämlich schon im Jahre 1702 in der Niedergasse ein Zucht- und Arbeitshaus angelegt und 1722 darin auch eine Kapelle hergestellt worden. Obwohl guten Theiles erbaut, war es aber 1746 noch nicht in vollkommenem Stande, sondern noch zu erweitern und man ging damit um, noch ein Spinnhaus und immerwährende Kerker darin zu errichten. Dieses „heilssame Werk“ stand unter der Stadt-Jurisdiction (des Syndikus Laupky, Beschreibung von Olmütz 1746 M. S.). Auch in Brünn gab es 1668 ein städt. Zuchthaus.

leben. Der einzige Zweck der Erbauung dieser Häuser sei, „die facinorosos mit arbeit zu belegen und die otiosos mit arbeit zu occupiren, das *negotium* und *otium* gebe eine besondere Gelegenheit zu derley arbeit.“ Wenn in zwey örthern das exempl der Züchtigung beschehete, wäre ein besserer Effect zu hoffen, anermogen dergleichen züchtigung mehr im Lande in das Auge fallet und die Leuthe vom üblen oder otiosen Lebenswandl abschreckte und die gutthäter durch derley gute exempl in Erwägung, da solche im ganzen Lande befannt wurden, vermehrt werden möchten.“

Die Commission machte den Vorschlag, die Gebäude im Winklerberg'schen Garten zu Brünn und, mit Veräußerung des schon bestehenden, ein neues in der Insel zu Olmütz aufzurichten und zwar getrennt nach dem Geschlechte und der Art der Gefänglinge, nämlich je ein größeres Haus für die Immorigeri (Unverbesserlichen), ein kleineres für die Kriminalisten oder facinorosi, mit getrennten Laboratorien und Dormitorien, dann einer Kapelle. Wegen Entlegenheit dieser Gebäude könnten von den notorisch im Lande befindlichen 1800 invaliden Soldaten einige einstweilen zur Bewachung eingelegt werden. Während des Baues sollten alle im Lande befindlichen *ad opus publicum* condemnirten Delinquenten zur Verwendung als Tagelöhner nach Brünn und Olmütz geliefert und das ausgeworfene Alimentationsgeld von 4 fr. täglich von denjenigen gereicht werden, wo dieselben dermal insitzen.

Zur Erhaltung dieser Häuser schlug die Commission folgende jährliche *fundos* vor:

1) den Ständen würde nicht schwer fallen, 1000 fl. beizutragen; 2) die schon längst für Invaliden aufgerichtete Randalberger'sche Foundation im Capitale von 12,393 fl. und in ersparten Interessen von 5393 fl. 33 fr. 2 br., zusammen von 17,786 fl. 33 fr. 2 br., was an jährlichen 6 percentigen Interessen (wie diese allgemein angenommen waren) 1067 fl. jährlich abwerfe, weil zur Bewachung dieser Häuser wenigstens 40 Invaliden nöthig sein werden; 3) als Beihilfe für das olmützer Haus die 6 % Interessen pr. 480 fl. vom gräflich Sac'schen Foundations-Capitale pr. 8000 fl.; 4) da auf der Festung Spielberg 25 *ad opus publicum* condemnirte Leute täglich mit 3 Kreuzern aus dem in der Verwaltung der Stände befindlichen Fortifikations-Fonde alimentirt werden, könnten dem Militär zu den Fortifikations-Arbeiten aus dem Zuchthause 25 Personen geliefert und hiedurch den Zucht- und Spinnhäusern jährlich ein Fond von 500 fl. zugeführt werden; 5) „da sich auch hierlandes zur pension deren laicorum und armen leuthen besserer sustentation bei etwelchen klöster Stiefften (Welehrad und Bruck) anliegende sogenannte Leufkrümbden (Leipfründen) befänden“ ¹⁾, könnten diese auf kais. Befehl bald diesen jenen nothleidenden Menschen zugewendet, mithin der Armuth in genere gewidme-

¹⁾ S. über dieselben das Notizenblatt der hist. Section 1859 Nr. 7 und 1860 Nr. 4.

ten Laipfründen im Capitale von 1750 fl. mit den 6 % Interessen von 105 fl. den Zuchthäusern um so mehr zugewendet werden, als dieselben zum Nutzen des Publikums und der allgemeinen Ruhe und Erziehung guter Leute gebaut werden; 6) wie in Oesterreich jeder Testator unter Strafe der Nichtigkeit dem Armenhause etwas verlassen müsse, wäre etwas Aehnliches in Mähren einzuführen, was wenigstens 1000 fl. jährlich geben dürfte; 7) die Strafgelder in Brünn seien zwar nach einem Privilegium König Ludwig's von 1523 und der Wirthschafts-Instruktion zur Verbesserung der Stadt bestimmt, es erscheine aber billig, daß alle derlei Strafgelder zum Besten des Publikums verwendet und als dem Fiskus oder der kais. Kammer anheimgefallen, wie die Instruktion der k. Städte Böhmens ausmesse, als kais. Camerale mit beiläufig 60 fl. jährlich dem Zuchthause gewidmet werde; 8) eben so die Geldstrafen, welche die Polizeikommission den der Taxe unterworfenen Handwerkern zuerkenne, mit etwa 10 fl. jährlich; 9) die nach den letzten Zunft-Patenten für die Armuth oder Invaliden gesetzten Strafgelder; 10) die im Robot-Patente von 1738 den Wirthschaftsbeamten, Inspektoren, Buchhaltern u. a. wegen Prägravirung der Unterthanen bestimmten Geldstrafen; 11) Seine Majestät möchten den hiesigen Instanzen befehlen, den Advokaten künftig statt der vordem gewöhnlichen und zur Strafe andiktirten Bürgerzucht jeder Zeit Geldstrafen zuuerkennen, dieselben mit ihrem Refurse dagegen nach der Appellations-Pragmatik von 1734 abzuweisen, zur Geldstrafe exekutiv anzuhalten und diese Strafgelder mit etwa 50 fl. jährlich dem Zuchthause zuzuwenden; 12) eben so die Strafen, welche diejenigen Orte künftig zu erlegen haben werden, die abgehauene Soldaten und andere Bettler evagiren lassen; 13) weiter, wenigstens auf eine Zeit bis sich andere ergiebige Fonde eröffnen, den Sperrkreuzer in Brünn und Olmütz, welcher meistens diejenigen Leute betreffe, die entweder ihrer Fußbarkeit nachgehen, oder aber ihre Nahrung hier suchen müssen, jedoch dem Publikum das ganze Jahr nichts beitragen, etwa mit 50 fl. jährlich¹⁾; 14) das Relutions-Quantum von den Halsgerichten im Lande wegen der Delinquenten, welche ad opus publicum condemnirt wurden und in das Zuchthaus abzuliefern kommen, bis zur Vereinbarung der Pauschalsumme für jeden mit 2 fr. täglicher Beihilfe; 15) die septimae litium, in so weit die ex delicto publico facinorosi ad opus publicum verurtheilt werden; 16) die Einführung einer Lotterie; 17) die Errichtung eines Versagantes, bis das Zuchthaus in vollkommenen Stand gesetzt sein und baares besitzen werde; 18) die Fundation der Wöslin für das olmüzer Zuchthaus von 200 fl. oder 12 fl. Interessen.

Die Commission brachte auch noch folgende Adminikular-Fonde in Vor-

¹⁾ Es zahlten diesen Sperrkreuzer (S. Sperrordnung für Brünn und Olmütz von 1749) diejenigen, welche nach der Sperre der Stadthore bei Eintritt des Abends Eintritt in die Stadt verlangten. Kaiser Joseph hob denselben (1784) auf.

(schlag: 1) Aus dem Tabak-Gefälle. Zur Zeit, als der Tabak nur als Aufschlag behandelt worden, habe man für das wiener Zuchthaus auf den Tabak einen neuen Aufschlag von 1 Groschen auf den Rauch- und 2 Groschen auf den Schnupstabak in Oesterreich eingeführt. Als aber wegen größeren Ertrages der Tabak-Aufschlag in ein Apaldo verwandelt worden, habe Se. Majestät bei Uebernehmung des ganzen Gefalles für das erwähnte Zucht- und Arbeits-Haus ein Contingent von 1300 fl. auf sich genommen. In Mähren sei aber das Tabakgefäll zuerst zu getreuen Händen, dann mit Hinterlassung einigen Ruzens im Verpachtungsweg administriert, endlich von Seiner Majestät den Ständen um ein jährliches Pachtschillings-Surrogat von 75,000 fl. auf immer überlassen worden, zum Besten des Landes und a. h. Metars, zur Ersparung von 200,000 fl., welche für die Herbeischaffung des nöthigen Tabakmaterials nöthig gewesen wären, und der Kosten für den Unterhalt der unteren Officianten. Nach dem Beispiele Oesterreichs dürften Seine Majestät wohl auch Mähren die Gnade erzeigen, aus dem Tabakgefälle 1300 fl. jährlich den Zuchthäusern zukommen zu lassen; **2)** könnte die Stadtsäuberung pachtweise von der Stadt genommen werden, deren Auslagen zwar nur am meisten für 1735 mit 409 fl. 50 fr. und für 6 Jahre mit 1421 fl. 28 fr. nachgewiesen worden, aber sicher jährlich 1100 fl. und mehr betragen; **3)** die Juden führen im Lande das meiste Commercium und benützen daher die Landstraßen am meisten, haben aber noch nie etwas zur Wegreparatur beigetragen, während die christlichen Steuerpflichtigen, ja auch die Obrigkeiten selbst mittelst des Verlustes eines Theils ihrer Rauteinkünfte dazu von Anbeginn des Werkes stets concurriren müssen; für den Fall, daß die Juden hiezu nicht beigezogen werden sollten, könnten sie, nachdem zwar eine große Quantität derselben in Mähren, die meisten aber arme Leute sind, dennoch ein für allemal den sehr geringen Beitrag von 5000 fl. mittelst Versicherung eines Kapitals in dieser Höhe und jährlicher Verzinsung von 360 fl. leisten; **4)** wenn einer wegen eines delicti domestici in das Zuchthaus zur Correction gegeben werde, soll jener, welcher ihn hinein gibt, nebst der täglichen Alimentation, auch die in der josephinischen Halsgerichtsordnung ausgemessenen Aus- und Einlaßgelder entrichten, was jährlich etwa 20 fl. geben dürfte; **5)** derjenige, welcher öffentliche Masquara heget und bei sich halten läßt, soll pachtweise etwas zahlen, was jährlich bei 30 fl. eintragen dürfte; **6)** sollten Seine Majestät die Landesinwohner anfrischen lassen, auch in pecuniali etwas zum Baue der neuen Zuchthäuser zu contribuiren; **7)** sollten durch das ganze Jahr an Sonn- und Feiertagen Almosen-Büchsen bei den Kirchen und öffentlichen Orten ausgestellt werden; endlich **8)** werde etwas Nutzen des Hauses durch die Handarbeit zuwachsen.

Man sieht, wie ärmlich noch alle Verhältnisse standen, wie sorgfältig die Commission nach ihrer eigenen Versicherung die Fonde zusammen suchen mußte, wie sie versicherte, nur so viele habe sie finden können.

Obwohl getrennt, sollten übrigens beide Häuser für Eins, ihr Einkommen

ebenfalls für einetlei gehalten werden, damit zu ihrer Erhaltung desto leichter eins dem andern die Hand bieten könne.

Was die Administration beider Häuser belangt, so hätten sie nach dem Muster in Wien eine Overtommission des k. Tribunals aus 3 Personen, 2 vorläufig unbefoldete Unter-Commissäre aus dem brünner und resp. olmüzer Magistrat, ein Hausverwalter anfänglich mit 200 fl. Gehalt und ohne Schreiber und ein Schließer und Gefangenwärter zu führen, die Bewachung wäre aber Invaliden, welche täglich 4 kr., wie in den geschlossenen Dörtern, wo sie aufbehalten werden, dann jährlich die sogenannte kleine, und alle zwei Jahre die große Montour vom Hause zu erhalten hätten, so wie Aufschauern aus der Mitte der gebesserten Arrestanten anzuvertrauen.

Die Overtommission sollte insbesondere darauf sehen, ob dem Institute nachgelebt werde, daher wenigstens alle Vierteljahre das Zuchthaus besuchen, den Verwalter über das Verhalten der facinorosi und immorigeri vernehmen und diese befragen, ob sie sich nicht zu beschweren haben, darob seyn, daß in Abstrafung keine odia oder particularis favores unterlaufen, die Kasse visitiren, die Rechnungen durch einen Buchhalter revidiren lassen, jederzeit arbitriren, ob ein Mensch in das Zuchthaus anzunehmen oder zu entlassen sei (die ad opus publicum condemnirten Leute oder sonst andere incorrigibiles sind jedoch nicht dabei verstanden) und superarbitriren, ob eine empfindliche auch exemplarische Strafe an einem oder dem andern verhängt werden soll. Die eigentliche Haus-Aufsicht war den Unter-Commissären zugebach.

In das Haus gehören, meinte die Commission, zuvörderst die facinorosi und immorigeri, dann die in der Stadt Brünn und ihren Vorstädten betretenen starken und zur Arbeit tauglichen Bettler, ausländische und inländische, bis sie mit dem nächsten Schube die ersten in ihre Länder gewiesen, die anderen in ihre Geburtsörter gebracht werden können, welch' letztere mit einer Geldstrafe zum Zuchthause anzusehen wären, damit sie die Bettler künftig nicht extravagiren lassen.

Hinsichtlich der vorzunehmenden Arbeiten erachtete die Commission, daß sowohl im olmüzer als brünner Zucht- und Spinnhause das Raspeln und Sägen (für Kaufleute und Tischler), in Brünn die Kokenmacherei, in Olmütz wegen der Nähe des Flachs- und Hanfbaues die Hanf- und Flachsspinnerei zu betreiben wäre, um auch die schwächeren Männer und alte Weibspersonen zur Arbeit anhalten zu können.

Die einkommenden Leute sind in die facinorosos und immorigeros zu vertheilen, die ersten im Sommer zur Schanzarbeit, im Winter zur Gassen-Säuberung und nach Maß des Urtheils, Alters und der Kräfte zu den härtesten Arbeiten zu verhalten, zu den schweren die immorigeri, welche ex delicto carnis, Hausstehlen, Beutelschneiden, Fluchen und Schelten, angewöhnten Vollsaußens hinein gethan werden, zu den leichten Arbeiten die immorigeri, welche nur wegen Müßiggangs oder Ungehorsams hineingegeben werden, es wäre denn,

daß sie sich widerspänstig, hartnäckig und ungebührlich aufführen würden. Die Austheilung, Verschärfung oder Linderung der Strafen soll von der Willkühr der Obertcommission abhängen.

In Oesterreich sei es Gebrauch, daß den Büßenden nur das nöthige Brot, und zwar Mannspersonen über 25 Jahre $1\frac{1}{2}$, unter diesem Alter und Weibspersonen $1\frac{1}{4}$ Pfund gereicht werde, sie aber die übrigen Speisen durch die Arbeit erwerben müssen, für welche sie vom Hause eine gewisse Zahlung erhalten. In Ermangelung einer ergiebigen Fabrik könne diese Uebung nicht in Brünn und Olmütz angewendet werden, sondern es wäre hier den Büßenden facinorosis und immorigeris ex delicto an schwarzem Rodenbrod, Zugemüse oder Mehlspeisen täglich in natura so viel zu reichen, als 4 kr. austragen und wegen der schweren Arbeit zur Erhaltung der Kräfte zweymal in der Woche ein halbes Pfund Fleisch.. Der Trunk soll nur Wasser sein. Die von Obrigkeiten, Eltern oder Anderen hinein gethanen Leute werden nach dem Verlangen jener, welche sie hinein geben, gespeiset und getränkt.

Man wollte den Sträflingen auch Freystunden lassen, damit sie sich etwas verdienen können.

Für Kranke wäre ein oder zwei Zimmer nur von Bindwerk von den übrigen Gebäuden abzusondern, von den Stadt- und Land-Physicis in Brünn und Olmütz von Amtswegen zum Dienste im Zuchthause zu bestimmen, der Balbirer aber für Pflaster und andere Medicamente und seine Mühe mit etwas Jährlichem zu bezahlen.

Die Seel-Obsorgung belangend werden die Litanei- und Rosenkranz-Anbachten auch geistliche Lesung die Jesuiten, die Sonn- und Feiertagsmessen sollen die Ordenspersonen der anderen 7 Klöster in Brünn und eben so viel in Olmütz wechselweise übernehmen, die Gefangenen und Büßenden wenigstens alle 14 Tage die Beicht verrichten und öfters im Jahre die h. Communion empfangen. Der h. Johann von Nepomuk, welcher ein besonderer Beschützer der Ehre und Patron der Büßenden sei und Viele vor weltlicher Schande behütet habe, soll Patron des brünner, der selige Sarcander des olmüzer Zuchthauses sein, da er vor mehr als hundert Jahren aus Haß der kathol. Religion in der Frohnsefte zu Olmütz gemartert worden, auch seine h. Reliquien sich da befinden.

Die in den Zuchthäusern gestorbenen Sträflige, besonders die facinerosi und Bettler sollen in einer gemeinen Todten-Truhe zur Begräbniß getragen und von den gewöhnlichen Pfarrern unentgeltlich zur Erde bestattet werden.

So lautet das Gutachten der Commission, welches das k. Tribunal am 3. August 1739 der Hofkanzlei mit seinen Bemerkungen vorlegte, und schon mit dem kaiserlichen Reskripte vom 15. September 1739 seine Erledigung fand.

„Die landesväterliche Absicht bei der Errichtung carcerum perpetuorum unter dem Namen eines Zucht- und Arbeitshauses zur ausgiebigeren Züchtigung der Delinquenten gehe hauptsächlich dahin, heißt es, daß das zum müßiggang

und andurch zum lafterhaften Leben geneigte Böse gefündel entweder von ihren gefährlichen Lebens-Wandel abgefchrödet, oder aber mit wenigeren Beschwerden aus der Gemeinschaft geschafft, mithin das universum von derley Landes-schädlichen gefolg gereinigt und anmit auch denen Landes-Inwohnern in particulari eine mehrere Ruhe und Sicherheit hergestellet werde.“

Der Kaiser genehmigte die angetragene Errichtung zweier Häuser in Brünn (im Winklerberg'schen Garten) und Olmütz (das daselbst bereits angefangene soll durch Einbeziehung von 2 Nachbarhäusern adaptirt werden).

Der Strafe dieser Zucht- und Arbeitshäuser soll künftig zuerkannt werden:

1) „in allen delictis, so Landesbeschädigungen nach sich ziehen und wegen welcher die den Delinquenten in via justitiae ankündigte Todes-Straff in via gratiae in fustigationem et relegationem, vel solam relegationem, oder in ein opus publicum, vel Dominicum verwandelt zu werden pfleget¹⁾“;

2) respectu Jener Inquisiten, welche ex proximis indicis wegen Raubereyen, Mordthaten, Mordt-Brennereyen und dergleichen dem Publico höchst nachtheiligen Missethaten mit der Tortur zur geständnuß der wahrheit ange-strengt werden, darbey aber in negativis beharren und dannoch ob indicia permanentia gegen einen geschwohrnen Hals-Revers des Landes zu verweisen kommen, dann

3) gegen solche verdächtige Personen, so in gefährlichen Landt-Störkereyen ohne einige zulängliche Nahrung und gewörb darthuen zu können, ertappet werden.“

Diejenigen Uebelthäter, welche wegen anderen die Todesstrafe nicht nach sich ziehenden, jedoch öfter wiederholten Verbrechen betreten werden, sollen ohne Bestimmung einer Zeit dahin verurtheilt und zu einer dem Publicum nützlichen Arbeit angehalten, jedoch bei bezeigender guter Aufführung und ernsthafter Lebensbesserung nach einigen Jahren wieder auf freien Fuß gestellt werden.

Endlich sollen diejenigen, welche wegen fleischlicher Vergehen oder anderer geringen Verbrechen im Rechts- oder Gnadenwege zu einer öffentlichen oder obrigkeitlichen Arbeit anzusehen kommen, zur Strafe des Zuchthaus nicht verurtheilt werden.

Durch diese Bestimmungen werde aber in dem bisherigen ordentlichen Rechts-Verfahren und Sprechen nichts geändert und es sollen nur die zum Tode Verurtheilten jedoch Begnadigten statt der bisher üblichen Fustigation, Relegation, öffentlichen oder obrigkeitlichen Arbeit mit der Zuchthausstrafe gezüchtigt und die Halsgerichte in den Fällen, wo bisher willkührliche Strafen verhängt wurden, auf das Zuchthaus ohne Bestimmung einer Zeit erkennen und zwar zur Beschleunigung, (außer in casibus arduis) ohne erst an das I. Appellations-Tribunal in Prag um Belehrung recurriren zu müssen.

¹⁾ Wir geben den Original-Text zugleich als Sprachprobe.

Um eine ausgiebigere Wirkung der Zucht- und Spinnhäuser zu verspüren, werde zwar der Recurs an den a. h. Gnadenthron in Fällen, wo sie im Rechtswege zuerkannt werden, jedoch ohne aufschiebende Wirkung, keineswegs aber in Fällen gestattet, wo das Zuchthaus im Gnadenwege zuerkannt wird.

Die Anträge der Commission und des Tribunals über die Ausführung der Sache fanden größtentheils die Genehmigung des Kaisers. Da der brünner Magistrat das Geld zum Ankaufe des Gartens vorschießen will, soll er bis zur völligen Zurückzahlung den Nutzen vom Schanke und Zinse, welchen der Gastgeber im Zuchthause zu entrichten haben wird, beziehen, derselbe aber sodann zur bessern Unterhaltung des Zuchthauses verwendet werden. Der brünner und olmüzer Magistrat sollen aufgefordert werden, unter derselben Bedingung die nöthigen Baukosten vorzuschließen.

Einen jährlichen Beitrag der Stände von 1000 fl. fand der Kaiser billig, hielt sich aber seine Entschließung darüber vor. Die Interessen des Randalbergischen Fundations-Kapitals für die Invaliden von 17,786 fl. 33 kr. 2 dr. bestimmte er für die Invaliden-Wache in beiden Häusern, ohne erst die Stände vernehmen zu lassen, wie die Interessen vom gräflich Sad'schen Kapitale von 8000 fl. mit 480 fl. für das olmüzer Zuchthaus. Der Kaiser versah sich zu den Ständen, daß sie die Sträflinge des Zuchthauses vor anderen zu den Fortifikations-Arbeiten um so mehr verwenden und mit 3 kr. täglich aus dem Fortifikations-Fonde bezahlen werden, als sie ohnehin hiebei wohlfeiler als mit anderen Arbeitsleuten kommen würden. Der Kaiser nahm Anstand, den Fond zu Laien-Pfründen abzuändern und zu den Zuchthäusern zu verwenden, „weil dabey pensiones pro Laicis und deren selben distribuirungen dem Summo Principi speciali Jure reservirt schndt und deren wohlverhaltenen auch zum Theill nothdürftigen Persohnen mitgetheilt zu werden pflegen.“ Auch hinsichtlich der Beiträge von Verlassenschaften nahm der Kaiser Anstand und hielt sich für die Zukunft eine Entschließung vor, da er dießfalls seine landesväterliche Sorgfalt gegen die Armen und Invaliden noch ferner beibehalten wolle. Auch rücksichtlich der Strafgeelder in der Stadt Brünn und der septimae litium ließ er es bei der bisherigen Uebung bewenden. Hinsichtlich der Strafgeelder wegen Tax-Überschreitung und in Zunftangelegenheiten, so wie wegen einer Lotterie, eines Versamtes, wurde eine Entschließung in Aussicht gestellt. Die Strafgeelder der Advokaten sollen zur Kanzlei-Nothdurft des k. Tribunals verwendet, die a. h. Ortes ausgemessenen der a. h. Disposition vorbehalten werden. Der Sperr-Kreuzer-Fond soll nicht zum Zuchthause gezogen werden. Rücksichtlich des Re-lutions-Quantums von den Halsgerichten, welche Delinquenten zu einer öffentlichen Arbeit verurtheilen und in das Zuchthaus zu liefern haben, fand der Kaiser Bedenken; er bestimmte daher, daß bis zu dem Zeitpunkte, wo sich die Zuchthäuser selbst zu erhalten im Stande sein werden, die Obrigkeiten für alle, welche dahin verurtheilt werden, 4 kr. täglich als Alimentation abzureichen haben und daß sowohl den außer Olmütz und Brünn befindlichen Gerichten oder auch Herr-

schaften frei stehen soll, die in ihren Frohnvesten und Verwahrungen aufbehaltenen Delinquenten in die Zuchthäuser zu geben, als auch zum Nutzen des Zuchthauses in der Willkühr der Hauptkommission liegen werde, dieselben anzunehmen oder nicht, so wie für dieselben vorläufig 3 fr. täglich anzunehmen oder sich auf mehr oder weniger zu vergleichen. Einen Beitrag der zur Wegmacherei nicht concurrirenden Juden fand der Kaiser nicht thunlich, die Commission wegen Reducirung der Judenschaft soll aber beschleunigt werden. „Diejenigen, welche zu Faschingszeiten Baal und Masquieren *lucris causa* halten, sollen mit einem Beyhülfs-quantum pro fundo der Zucht-Häuser zu concurriren haben.“ Das Almosen-Sammeln für die Zuchthäuser bei den Kirchen wurde nicht genehmigt, da hiedurch der übrigen Armut Vieles entgehen dürfte und die Zuchthäuser ohnehin ihre Sammelbüchsen bei dem Hause haben werden.

Die neuen Zucht- und Arbeits-Häuser sollen zwar unter einer gleichen Verfassung, Regel, Cynosur und Ordnung stehen, nicht aber gemeinschaftlich verwaltet, vielweniger die zu dem einen oder anderen speciel gewidmeten Fonde gemeinschaftlich verwendet, sondern jederzeit getrennt bleiben und besorgt werden.

Zu Mitgliedern der Hauptkommission ernannte der Kaiser die Tribunals-Assessoren Augustin Ferdinand Grafen von Herberstein, Georg Friedrich Zialkowski von Zialkowitz, Landesunterkämmerer, Emanuel Franz Hottoweg von Hussenitz und Löwenhaus und Johann Wenzel von Widmann, zu Unterkommissären wurden je zwei Mitglieder des Stadtrathes berufen, in Olmütz soll der Kreishauptmann die Hauptkommission vertreten.

Quoad Criminalc erhält das k. Appellations-Tribunal ob dem prager Schlosse als eine Obergerichts-Stelle die Einsicht in die Zuchthäuser. Es werden periodische Visitationen und Berichts-Erstattungen an den Kaiser im Wege des k. mähr. Tribunals und des prager Appellations-Tribunals angeordnet. Der Hauptkommission räumte der Kaiser weder „das arbitrium in annehmen und auslassung deren zur Correction hinein geben wollenden leuthen, vielweniger aber die Erfindnus ein, eine empfindlichere und verschärfte Straff wieder Selbte von sich selbst verhängen zu können.“ „Die Obrigkeiten und Eltern sollen aber allerdings befugt seyn, ihre Bediente, Unterthanen und respective Kinder in das Zucht-Haus hinein zu geben, auch in gewisser Maaß bestrafen und züchtigen zu lassen. Damit aber eines theils hierunter keine *sacvitas* verübet, hingegen anderen theils die Macht deren Obrigkeiten und Eltern nicht allzusehr eingeschränket werde, habe die Hauptkommission die genera poenarum nach denen in anderen wohl eingerichteten Zucht-Häusern haltenden principiis auszuarbeiten und hierob, wie weit mit dergleichen Bestrafungen gegangen werden könne, zur a. h. Determinirung einen Vorschlag zu thun, wo alsdann erst, wann jemandt auf eine weithere und schärfere Bestrafung gehen wolte, die Ursach der Haupt-Commission darüber anzuzeigen und hierumben sich mit derselben zu vernehmen hat, beynebst auch übrigens, was die arbeit dergleichen zur Correction

hinein gebenden leuthen anbetriefft, dahin zu sehen seyn wirdt; damit solche allezeit zu nutzen der Zucht-Häuser, nicht aber des privati angewendet werde.“

Oester betretene Bettler sollen zwar in das Zuchthaus, jedoch nicht auf eine gewisse Zeit, sondern gestalteten Sachen nach gestedt und zur Arbeit angehalten werden.

Bei den Arbeiten in den Zuchthäusern sollen „besonders die schweren labores als Raspeln, hartes Holzschnitzen u. dgl. pro fundamento genommen, den Zuchthäusern zu Nutzen gebracht und die manufactura auch in fremde Länder versühret und da die Kokenmacherey auch eine gutte unterhaltung für das Zuchthaus ist, erwogen werden, ob die hierländige Wallachische wolte zu fabricir- und Verfertigung derley koken tauglich seyn, diese fabrique und ganzer Verlag aber, so weit möglich, von den Kaufleuthen übernommen und die arbeit derer Delinquenten auf gewisse wochentliche Lieferungen gegen einen sichern lohn darzu nur verbunden, mithin, was hierüber in profit außfallen möchte, zu nutzen des Zucht-Haus verwendet werden.“

Statt der angetragenen dreistündigen Bethzeit täglich, welche in sich selbst gutt, aber doch zu viel Zeit weg nehme, bestimmte der Kaiser eine halbe Stunde zum Bethen und eben so viel zum Vorlesen, sowohl Vormittags als Abends.

Für das brünner Zuchthaus wurde der h. Johann von Nepomuk zum Schutzpatron erwählt, rüchichtlich Olmütz aber mit der Vorstellung des verehrlichen Johann Sarkander noch bis auf weitere Zeiten und Erfolg zurückgehalten.

So sehr auch der Kaiser der Hauptkommission und dem k. Tribunale die „Beförderung dieses zur Wohlfahrt des universi gereichenden Werkes“ empfahl, kam es doch nicht und als eigentliche Strafanstalt erst nach fast einem halben, als Zwangsarbeits-Anstalt aber erst nach einem vollen Jahrhunderte zu Stande. Denn es starb bald nachher der Kaiser und brachen die Successions- und die Kriege um Wider-Erlangung Schlesiens auß, welche das Vorhaben in den Hintergrund schoben.

Man fühlte wohl das Bedürfnis, kam aber lange nicht zur Ausführung und behalf sich mit zum Theile kostspieligen Palliativmitteln. Bis zur Zustandebringung eines Zucht- und Spinnhauses in Brünn wurden die Verbrecher, besonders liederliche Weibspersonen auch zum Festungs-Baue und Arreste nach Komorn, Temesvár, Olmütz und Spielberg abgeliefert (Reskripte 27. April 1752 und 19. Jänner 1754, Hfdt. 20. Jänner 1755 u. a.). Insbesondere verordnete das Reskript vom 19. Jänner 1754, zum zweiten Male betretene „liederliche Weibsbilder“ in die Festungen Komorn und Temesvár zu schieben, wenn aber ein eigenes Spinn- oder Zuchthaus ausgerichtet sein werde, in dasselbe zu bringen.

Das Zucht- und Spinnhaus sollte übrigens, wie die Regierung erklärte, nicht infamiren, sondern als ein Reinigungsort angesehen werden (Resf. 16. August 1762, Repräsent. 17. Dezember 1762).

Auf den Spielberg kamen auch Sträflinge aus Böhmen und Schlesien. Andererseits blieben die abgeurtheilten Verbrecher wegen Mangels eines Zuchthauses in den Arresten der Städte, was diesen später Anlaß zu Klagen gab.

Als nach dem Tode Karl VI. (1740) Oesterreich von allen Seiten angefallen wurde und eine leichte Beute seiner vielen Feinde werden zu müssen schien, erwies sich Brünn und der Spielberg, wie in gleich gefährlicher Lage vor hundert Jahren, als Vormauer und Schuß des Reichs-Mittelpunktes.

Die mehrere Befestigung der Stadt und Festung forderte große Opfer. Schon in Folge des Einfalles der Preussen (1741) waren beide in ihren Festungswerken verstärkt worden¹⁾. Brünn verlor unmittelbar vor der Blokade einen ansehnlichen Theil seiner Vorstädte. Die Hadelgasse am Fuße des Spielberges gegen das Fröhlicher-Thor mit dem großen Garten und zwei ansehnlichen Gebäuden des Klosters St. Thomas, dann wenigstens 60 Häusern, Gebäuden und Gärten, die Fischergasse vor dem brünner Thore mit wenigstens 30 und von der Zeil 14 Häuser, Gebäude und Gärten wurden aus Vertheidigungsbrücksichten rasirt. Die Materialien hievon, so wie vom Baue des Klosters St. Thomas kamen zur Befestigung des Spielberges trefflich zu Statuten (Annalen von St. Thomas, M. S.). Um einen Fond zur Befestigung des Spielberges und zur Auszahlung rückständiger Löhnungen des Militärs zu gewinnen, wurden nach Anordnung des k. Tribunals (5. März 1742) sämtliche Depositen in Geld umgesetzt und von den Ständen dafür 6% Pamakten ausgestellt.

Nach zweimonatlicher Blokade der Festung Spielberg unter dem Commando des Generals Roth, des rühmlichen Vertheidigers von Reisse²⁾, und der Stadt Brünn unter dem Commando des Feldmarschalls Freiherrn von Seherr-Thoss (1742) mußten die Preussen und Sachsen unverrichteter Sache wieder abziehen, während das ganze übrige Land von ihnen besetzt war³⁾.

Die Staatsgefangenen, die merkwürdigsten Waffen und Fahnen aus dem spielberger Zeughause waren vor der Blokade nach Wien und die letzteren im kais. Zeughause unterbracht worden, wo sie sich noch befinden dürften.

¹⁾ Nach dem Reskripte der Königin M. Theresia ddo. Preßburg den 26. September 1741 soll nach bereits geschehener Reparation der Festung Spielberg mit jener der Festungen Olmütz und Grabisch fortgefahren, mithin aus dem Fortifikationsfonde nach Olmütz 2500 fl. und eben soviel nach Grabisch weiter verwendet werden. Beide fielen aber den Preussen in die Hände.

²⁾ Dieser schickte im März 1741 die preuß. Gefangenen aus Reisse, darunter 3 Staatsgefangene, einen Baron Reiskwitz, einen Grafen Arco und noch einen Unbenannten, nach Olmütz, von wo sie nach Brünn kamen, wie mehr als 100 preuß. Gefangene, die bei österr. Streifungen aufgebracht wurden, auf das Schloß Spielberg (Lebens- und Staats-Geschichte Maria Theresia's, 1743, S. 180.).

³⁾ Der preuß. Einfall in Mähren und die Blokade Brünn's, von Rindl, Brünn 1743; nach demselben Hornapf's Archiv 1816 Nr. 91, 94, mähr. Wanderer 1845 S. 154 — 162.

Das rühmliche Verhalten Brünns und des Spielberges, welche allein im Lande dem Feinde mit Erfolg langen Widerstand geleistet, zeigte ihren Werth für die damalige Zeit und gab einen Fingerzeig für die Nothwendigkeit der Befestigung mehrerer Punkte. Von den alten haltbaren Plätzen Mährens, wie sie seit Langem hießen, wurde Olmütz nach und nach in eine so starke Festung umgewandelt (Hischer II. 80 — 83), daß sie 1758 den Preussen den hartnäckigsten und glücklichen Widerstand leisten konnte; Gradisch ward fortan bis auf Joseph II. Tage (1782) als Festung behandelt und auch Brunn und der Spielberg noch mehr und regelmäßig befestigt. Während des Preussen-Krieges von 1744 arbeiteten täglich einige tausend Menschen an den Befestigungen der Stadt und des Spielberges.

Zu den bisherigen 5 Stadthoren (Juden-, Brünner-, Mönicher-, Fröhlicher- und Salzthore, von welchen aber nur die 3 ersten eine Verbindung mit den Vorstädten bildeten) kam ein neues Communicationsthor (Hackelthor) auf dem Wege vom brünner Thore unter dem Spielberge gegen die Fröhlicher-Gasse.

Maria Theresia's Gemahl und Mitregent, der Großherzog und später Kaiser Franz nahm 1745 und neuerlich 1748 in Gesellschaft seines Bruders Karl die neu erbauten Stadtwerke, dann die neu erbauten Werke (auch Wallgräben, in noviter factis vallibus auf dem Spielberge heißt es 1745) und Casematten des Spielberges in Augenschein.

Seit den Tagen Mathias (1608) durch nahe anderthalb Jahrhunderte bis auf die glorreiche Theresia hatte Brunn keinen Landesfürsten gesehen; ihr mildes Auge drang nicht in die Schrecknisse des Spielberges (Die Schweden vor Brunn, von mir, S. 112, Hanzely's Diarium im 9. Bd. der Schriften der bist. Sect. S. 446).

Zeuge der Landtagschlüsse hatte die Festung Spielberg gewöhnlich eine Compagnie zur Besatzung gehabt. Als aber M. Theresia zur Erhaltung des hart bedrohten Staates das stehende Heer vermehrte und neu einrichtete, wurde die Friedensgarnison von Brunn auf 8 Compagnien und einen Stab, jene des Spielberges auf 2 Compagnien (Rescr. 16. April 1744 und 16. August 1746), später aber (Rescr. 3. Jänner 1751), als Mähren 6 Infanterie-Regimenter erhielt, auf 2 Bataillons und 2 Compagnien für die Stadt und 3 Compagnien für den Spielberg bestimmt. Am 20. Sept. 1746 wurde dessen Garnison aufgelöst, die Greise und Gebrechlichen entlassen, die anderen in Regimenter vertheilt. Die kaiserliche Miliz besetzte die Festung Spielberg und die Thormachen in der Stadt.

Beide sahen aber bis zur franzöf. Invasion durch mehr als ein halbes Jahrhundert keinen Feind mehr. Die rühmliche und glückliche Vertheidigung von Olmütz gegen die Preussen (1758) sicherte Brunn vor einem Angriffe. Es verbreitete sich zwar daselbst ein großer Schrecken, als die Preussen am 13. Mai 1758 das Corps des österr. Generals de Villo bei Prödlitz warfen und bis Wischau verfolgten; auf die Nachricht der Ankunft des Feindes floh Alles

aus den Vorstädten in die Stadt. Man ließ es aber zur Zeit der Belagerung von Olmütz nicht an Bittgebeten und großen Processionen bewenden (Franziskaner-Chronik von 1747 ff. M. S. S. 74), sondern es wurden zur Vertheidigung alle möglichen Veranstaltungen getroffen, die Garnison mit einigen bairischen Bataillons verstärkt und die Fortifikationswerke, welche durch die Zeit zum Theile schadhast geworden waren, eifertigst in wehrhaften Stand gesetzt (Brünner Intelligenzblatt 1758 Nr. 19).

Vom Spielberge ertönten nun fortan Kanonenschüsse nur als Ankündiger oder Begleiter von Feierlichkeiten oder zur Alarmirung der Landbevölkerung. Das Gubernial-Cirkular vom 23. Februar 1770 wiederholte auf das Schärfste die bereits früher ergangene Verordnung, daß die an und um Brünn gelegenen Ortschaften nach Erfolg der vom Spielberge geschehenden *Desertions-Alarmschüsse* auf die flüchtig gegangenen Ausreißer wachsam und aufmerksam sein und sich ihre Zustandbringung eifrigst angelegen sein lassen sollen.

Nach dem Gubernialdekrete vom 12. Oktober 1799 werden bei vorfallender Desertion eines Soldaten, so wie es bisher in Olmütz geschehen, nun auch vom Spielberge zwei Kanonen abgeseuert werden, um die Landeseinwohner zur Verfolgung der Deserteurs aufzufordern.

Kaiser Joseph, welchem seine Mutter die Leitung des Militärwesens übertragen, fortwährend auf Reisen, um sich mit eigenen Augen von dem Stande desselben, aber auch von den Bedürfnissen der österr. Völker zu überzeugen, kam oft nach Brünn, mehrmal auf den Spielberg. Schon 1766 besichtigte er genau alle Festungswerke, Bastionen, die Verhältnisse der Arrestanten auf dem Spielberge, die Schwedenschanze auf dem Berge Simpel vor dem Fröhlicher-Thore (Brünner Intelligenzblatt 1766). Der menschenfreundliche Kaiser schreckte nicht zurück, wie in die auf das Nothdürftigste ausgestatteten Häuser der Kranken und Leidenden, so in die Schauer der Gefängnisse vorzudringen. Wir kennen von den Folgen dieser Gänge nur wenige. Als er später (1777) mit dem Erzherzoge Maximilian, mit dem Herzoge von Sachsen-Teschen, Lasch, Laudon u. a. in das Lager von Turas kam, wohin manchmal die halbe Stadt Brünn strömte, um ein vor ihm nie gesehenes Schauspiel zu sehen, nahm er auch das neu erbaute Spital auf dem Spielberge in Augenschein (Brünner Intelligenzbl.).

Wir finden den Kaiser auf dem Spielberge wieder in dem merkwürdigen Umgestaltungsjahre 1783. Er hatte die Truppen im Lager bei Turas zu Uebungen versammelt, nahm aber auch das Bürger- und Militär-Spital, das große neue Gebäude auf dem Plage der ehemaligen Jesuiten (den gewesenen Aufenthalt der Universität, welche er leider vor Kurzem wieder nach Olmütz versetzt hatte), das St. Thomaser, Obrowitzer und Königin-Kloster, die Militär-Waisen-Anstalt bei St. Anna (das eben aufgehobene Kloster dieses Namens), das Landhaus und den Spielberg in Augenschein (Brünner Intelligenzblatt 1783. Nr. 72). Diese Besuche hatten schnell weitgreifende Folgen. Das St. Anna-Gebäude wurde zu einem neuen allgemeinen Kranken-, Gebär-, Findel- und Irrenhause ge-

widmet, das Obrowsker und Königin-Kloster aufgehoben, das erstere zu einem großen Militär-Spitale bestimmt, das andere dem Kloster St. Thomas, das schöne und große Gebäude dieses letzteren den Landesbehörden und Ständen zur Unterkunft eingeräumt und das Landhaus der Militär-Defonomie-Verwaltung überlassen, welche seit einigen Jahren ihre Montours-Depots in Ubikationen am und ob dem Spielberge und der gemiethten Alt-Stadt- oder Artillerie-Kaserne gehabt hatte (Notizenbl. der histor. Sektion 1859 Nr. 6 und 7).

Nachdem der Spielberg mit den Fortschritten der Kriegskunst seine Bedeutung verloren und man auch aufhörte, Depot für militärische Ausrüstungsachen zu sein, gewann er um so größere Bedeutung zur Zeit der großen Reform der Strafgesetzgebung, Strafrechts-Pflege und des Gefängnißwesens.

Das Gubernial-Circular vom 20. Juni 1766 verordnete, daß die Obrigkeiten ihre Unterthanen in Fällen, wo die Bestrafung derselben von ihrer Willkühr abhängt, nicht auf die Festungen abgeben, sondern in anderen Wegen bestrafen sollen, und jenes vom 22. August 1766 erinnerte insbesondere, daß die Obrigkeiten ihre widerspännigen oder fehlerhaften Unterthanen nicht auf die Festung Spielberg zur Schanzarbeit abgeben, sondern im Orte des besitzenden Grundes bestrafen sollen.

Das Robotpatent vom 7. September 1775 drohte Unterthanen, welche gegen ihre Obrigkeit ungegründete Klagen führen, die Bestrafung mit öffentlichen Arbeiten in Eisen und Banden, dem Spinnhause (Zuchthause), Festungsbau, mit der Abkistung von Haus und Hof, nach Umständen mit noch empfindlicheren Strafen.

Gellinder sprach sich das Patent vom J. 1781 aus.

Das k. Tribunal verordnete (17. Februar 1778), daß die Delinquenten nicht zur Schanz-, sondern zur Zuchthaus- oder einer anderen verschärften öffentlichen Arbeit verurtheilt werden sollen.

Endlich kam nach einem halben Jahrhunderte das projektirte neue Straßhaus zu Stande, indem man das Zuchthaus in Olmütz ausließ¹⁾ und mit seinem Vermögen (bei 29,000 fl.), dann Beiträgen der olmüzer frommen Stiftungs- und Armenkasse (40,000 fl.), des Kriminalfonds (10,000 fl. und jährlich 500 fl. zur Erhaltung der Züchtlinge und übrigen Erfordernisse aus dem jährlichen Beitrage des Armenleut-Ausschlags von 2000 fl. Jhdt. 25. August 1770) und der mährischen Stände (bei 26,000 fl.) ein Zucht- und Arbeitshaus zu Brünn in den Jahren 1772 — 1776 baute. Am 20. Juli 1772 wurde in Gegenwart des Gubernial-Präsidenten Ernst Grafen von Kaunitz der Grundstein mit einer Gedächtnißschrift zum Zucht- und Arbeitshause auf der Zeil gelegt (Brünner Intelligenzbl. 1772 Nr. 31) und wahrscheinlich zu

¹⁾ In dem um 1770 verfaßten Entwurfe zur Kenntniß Mährens M. S. heißt es S. 173, daß das olmüzer Zuchthaus wegen nöthiger Rastung ehestens werde nach Brünn transferirt werden.

gleicher Zeit auf dem von der Gemeinde Zell 1772 erkauften Grunde eine Handkapelle gebaut und am 4. Juli 1779 vom brünner Bischöfe Grafen Sieraffsky consecrirt (S. über diese Kirche zur Himmelfahrt Mariens im Straßhauser Wolny, kirchl. Topogr. von Mähren III. 196). Am 27. Juni 1777 wurde zwar der Concurß für das Aufsichtspersonal in dem neu erbauten und nun gänzlich hergestellten Zuchthause ausgeschrieben, als aber M. Theresia 1778 die Unterstadt, das Priesterhaus und die Ritterakademie von Olmütz nach Brünn übersehte, übersiedelten die Waisenkinder aus dem zur Unterbringung der ersteten gewidmeten Jesuiten-Collegium in das neu erbaute Waisen- (Zucht-) Haus auf der Zell (Brünner Zeitung 1778), welches auf 400 Waisenkinder eingerichtet war. Hier blieben sie bis Kaiser Joseph II. das Waisenhaus 1784 besuchte und dasselbe noch bei seinem Austritte, nicht in Folge der getroffenen Einrichtungen, sondern des allgemeinen, auf Ersparungen gerichteten Systems aufhob, die Kinder auf das Land und zu Handwerkern in die Kost geben ließ, das Gebäude aber zu einem Zucht- und Arbeitshause widmete (Brünner Zeitung 1784 Nr. 79 und Beil. Nr. 104, meine Gesch. der Heil- und Humanit. Anst. in M. und Schl., Brünn 1858, S. 175, 185).

Vom 1. November 1786 an erhielt dieses seine neuen Bewohner (nicht 1781, wie Wolny II. 70 sagt).

Es hatten nun wesentliche Umstellungen der Strafanstalten, wie der Strafgesetze begonnen.

Es wurde angeordnet (1782, 1783), den verurtheilten Züchtlingen und überhaupt allen wegen öffentlichen Verbrechen verurtheilten Sträflingen zur Erhaltung der Gesundheit, Sauberkeit und Sicherheit monatlich die Haare am Kopfe abzuschneiden. Man fragte die Handelsleute, Materialisten, Apotheker und Färber in Brünn (1783), ob sie vermögend wären, die auf der Festung Spielberg befindlichen Arrestanten mit Raspeln oder was immer für einer Arbeit zu verlegen. Das Gubernial-Circular vom 21. Mai 1784 machte bekannt: Zu Folge allerhöchsten Befehls solle den Arrestanten auf dem Spielberg Verbleib mit Arbeit im Wollspinnen, Kogelmachen, Holzraspeln, oder sonst dergleichen Beschäftigungen verschaffet werden.

Wann daher ein Fabricinhaber, oder sonst jemand die obgedachten Arrestanten mit vorbesagter Arbeit, oder sonst wie zu verlegen, und ihnen andurch einigen Verdienst zu verschaffen Willens wäre; so hätte derselbe sich deshalb hieort anzumelden, und würden demselben nicht nur zwey lichte geräumige Arbeitszimmer, sondern auch Behältnisse zu Unterbringung des Materials auf dem Spielberg eingeräumt werden.

Das Gubernium verordnete neuerlich am 10. Juli 1786, daß die spielerger Arrestanten zur Arbeit und zwar die weiblichen zum Spinnen verwendet werden sollen (Brünner Zeitung 1786 Nr. 60).

Noch die a. h. genehmigte Instruktion für die peinliche Justizpflege in Schlessen vom Jahre 1782 spricht von der Uebung, daß die in Gemelubearbeit

besindlichen Arrestanten ihren Lebensunterhalt erbetteln müssen und gestattete zur Hintanhaltung von Mißbräuchen und Entweichungen den des Ausreißens nicht verdächtigen wöchentlich einmal in Begleitung des Stochmeisters oder seines Knechtes auf der Gasse oder vor den Häusern um Almosen zu bitten. Das folgende Subernalerfulten vom 10. Juli 1786 stellte aber das Betteln der Arrestanten und Abreichen von Almosen am dieselben ein. Es lautet: Man hat zuverlässig vernommen, daß die Arrestanten, und andere öffentlich in Eisen arbeitende Züchtlinge, sowohl die vorübergehenden anzubetteln sich anmaßen, als auch dort und da wirklich Almosen empfangen gleichwie nun der Endzweck solcher öffentlichen Bestrafungen, welcher nur die Verbesserung der Verbrecher, und die Erspiegung ihres gleichen seyn kann, durch diese übelangebrachte Mildthätigkeit ganz vereitelt würde, so wird hiemit allgemein verordnet, von nun an denen Arrestanten, und anderen in Eisen arbeitenden Züchtlingen, die da bei öffentlicher Arbeit betteln, um so gewisser weder an Geld, noch an anderen Sachen etwas abzureichen, als im widrigen die Uebertretere dieses Verbots, nur sich selbst beizumessen haben werden, wenn sie nach Beschaffenheit der Umstände an der Stelle gehalten, und mit empfindlicher Geld- oder Leibesstrafe unnachsichtlich belegt werden würden. Wie dann auch von nun an denen Arrestanten, die da betteln, und an Geld, oder auch andern Sachen etwas annehmen sollten, nicht nur das Empfangene sogleich abgenommen, sondern auch jeder derselben auf der Stelle empfindlich bestraft werden wird.

Es wurde auch für die leibliche und geistige Pflege der Sträflinge mehr gesorgt.

Nach Lemmer's gedruckten Häuser-Verzeichnissen der k. Stadt Brünn von den J. 1785 und 1794 befanden sich damal auf der Festung Spielberg 10 numerirte Wohnungen, worin der Festungs-Commandant mit anderen Domestiken, Militäroffizieren, Kaplan, Schulmeister, Schlossermeister, Ober- und Unterprofosen, Stochknechten, Arrestanten und Schanzkorporalen wohnten.

Nach dem neuen Notizschema von Brünn für das Jahr 1789 war der k. k. Kreisarzt Dr. Karl Linz zugleich Physikus des Straßhauses ob dem Spielberge und der Wundarzt Anton Thallheim ständischer und Spielbergs-Straßhaus-Chirurgus.

Dem Geistlichen auf dem Spielberge wurden für die Lesung einer h. Messe und Religionslehre 50 fl. aus dem Kriminalfonde bewilligt (Hofdekret 13. Jänner 1788).

Ulrich gibt an, Joseph II. habe die Gefängnisse auf dem Spielberge tief unter der Erde gebaut, wohin nie ein Strahl des Lichtes, ein Hauch der frischen Luft eindringen konnte, wo die Sträflinge mit Ketten belastet waren u. s. w.

Dieser Vorwurf trifft ihn ungerecht. Er fand diese Zustände schon vor. Sie waren eine Frucht der allgemeinen Ansichten und Gesinnungen früherer Zeit. Schon Maria Theresia hatte Milderungen eintreten lassen, insbesondere die Tortur abgeschafft. Joseph II. allgemeines Gesetz über Verbrechen und

deren Bestrafung vom Jahre 1787 nicht von dem weitläufigen thebanischen von 1769 in weit einfacherer und systematischerer Fassung und Bestimmung sowie in den Strafen gewaltig ab; auch beließ es die Todesstrafe nur in Standrechtsfällen¹⁾. Dennoch hatte es sich von den Anschauungen einer langen Vergangenheit, so weit sie die Strafausübung betreffen, nur schwer losringen können. Als Kriminalstrafen galten Anschmiedung, Gefängniß mit öffentlicher Arbeit, Gefängniß allein, Stock-, Karbatsch- und Ruthestreiche und Ausstellung auf der Schandbühne. Die Strafe der Anschmiedung bestand nach §. 25 des Strafgesetzes von 1787 darin: Der Verbrecher wird in schwerem Gefängnisse gehalten und dergestalt enge angekettet, daß ihm nur zur unentbehrlichsten Bewegung des Körpers Raum gelassen wird. Der zur Anschmiedung verurtheilte Verbrecher wird zum öffentlichen Beispiele alle Jahre mit Streichen gezüchtigt.

Diese Strafe war jedoch nur auf Raub- und Mordmord unter erschwerenden Umständen gesetzt (§. 99, 101).

Bei der Strafe des Gefängnisses sind folgende Grade bestimmt: a) schwerstes, b) hartes, c) gelinderes Gefängniß. Bei allen dreyn Graden ist dem Verbrecher eine verhältnißmäßige Arbeit anzuweisen.

Bei dem schwersten Gefängnisse ist der Verbrecher mit einem um die Mitte des Körpers gezogenen eisernen Ringe Tag und Nacht an dem ihm angewiesenen Orte zu befestigen: auch können ihm, nachdem die ihm auferlegte Arbeit es zuläßt, oder die Gefahr der Entweichung es fordert, schwere Eisen angelegt werden. Dem zum Gefängnisse Verurtheilten ist keine andere Liegerstatt, als auf Brettern, keine andere Nahrung als Wasser und Brod zuzulassen, und alle Zusammenkunft, oder Unterredung nicht nur mit Fremden, sondern auch mit seinen Angehörigen und Bekannten zu untersagen.

Ein zum harten Gefängnisse Verurtheilter ist gleich dem Vorhergehenden zu behandeln: nur sollen ihm a) minder schwere Eisen an die Füße gelegt, b) zweien Tage in der Woche ein halb Pfund Fleisch zur Nahrung gegeben werden.

Der zum gelinderen Gefängnisse Verurtheilte ist zwar mit leichteren, aber doch immer mit solchen Eisen zu belegen, von denen er sich ohne List und Gewalt nicht frey machen kann. Einem solchen Verbrecher ist eine bessere Nahrung, doch kein ander Getränk als Wasser zuzulassen, auch ohne ausdrückliches Vorwissen, und ohne die Gegenwart des Gefangenausschalters alle Zusammenkunft und Unterredung mit Angehörigen oder Bekannten zu verbieten. Nach Beschaffenheit der Umstände kann selbst das gelindere Gefängniß durch eine strengere Fassen für einige Tage der Woche verschärft werden. Dann ist dem Gefangenen an dem zur Fassen bestimmten Tage keine andere Nahrung als ein Pfund

¹⁾ Die Ballade, „Im Spielberg“ von Rudolph Girsch behandelt eine erhabene Scene aus Joseph II. Leben.

Brod zuzulassen (§. 26, 27, 28, 30). Ueblender war der Arrest bei politischen Verbrechen (den später so genannten schweren Polizei-Übertretungen).

Die weit humanere allgemeine Kriminal-Gesetzordnung von 1788 (Nr. 848 J. G. Sig.) enthält über die Zuweisung von Verbrechen auf den Spielberg Folgendes:

Ein Verbrecher, der wegen was immer für Verbrechen zur Anschmiedung verurtheilt ist, wird aus Böhmen, Mähren, Schlesien oder Galizien auf den Spielberg bei Brünn in Mähren, aus den gesammten nieder, inner, ober und vorderösterreichischen Ländern auf den Schloßberg bei Grätz in Steyermark geliefert, wo die für diese Gattung von Verbrechen gewidmeten Gefängnisse zubereitet sind.

Wenn ein Verbrecher männlichen Geschlechts wegen Mord, Raub oder Brandlegung zum harten Gefängnisse und zur öffentlichen Arbeit auf was immer für eine Zeit, oder wegen anderer Verbrechen auf anhaltende Zeit verurtheilt ist, so wird derselbe zum Schiffziehen nach Hungarn abgeschickt. Mittlerweilen aber, und bis zugleich mehrere Verbrecher dahin gesendet werden können, ist derselbe nach Brünn oder Grätz zu liefern, oder wenn sonst die Lieferung der Verbrecher durch den Gerichtsort oder eines der nächsten Landesgerichte den Weg nimmt, zu Vermeidung öfterer Ueberlieferungen, so lange im Kriminalgerichtsverhafte wohl verwahrt anzuhalten, bis eine vorübergehende Lieferung diesen Verurtheilten mit übernehmen kann.

Wenn ein Verbrecher weder nach Kuesstein noch zum Schiffziehen geeignet, sondern zu einer zeitlichen, aber harten Strafe verurtheilt ist, hat er die Strafzeit entweder im nächsten Zuchthause oder einer Kasamate, oder auf den zwey andern genannten Gefängnisorten zu vollstrecken. Für die Zuchthäuser und Kasamaten sind insbesonder folgende Verbrecher geeignet: a) Aufruhr und Tumult bei geringerem Grade der Bosheit und Gemeinschädlichkeit; b) öffentliche Gewalt; c) Mißbrauch des obrigkeitlichen Amtes; d) Verbrechern geleistete Hilfe zur Entweichung; e) beförderte Entweichung aus dem Kriegsdienste; f) Abtreibung der Leibesfrucht; g) Verstümmelung; h) Unberechtigte Gefangenhaltung einer andern Person; i) Trug bei minderm Grade der Bosheit und Beschädigung; k) zweifache Ehe. Bei allen übrigen Verbrechen haben die Verurtheilten aus Böhmen, Mähren, Schlesien und Galizien die Strafzeit auf dem Brünner Spielberge, die aus den österreichischen Provinzen auf dem Gräzer Schloßberge zu vollstrecken. Dahin gehören auch die Weiber, die sich eines Verbrechens schuldig gemacht haben, welches bei Männern zu dem Schiffziehen eignet; wie auch diejenigen Männer, die zum Schiffziehen gesendet werden sollten, aber ihrer körperlichen Beschaffenheit nach dazu untauglich erkannt werden.

Erkennt das Urtheil auf zeitliches gelindes Gefängniß, so ist der Verbrecher im Kriminalgerichtsorte anzuhalten, und entweder zu häuslichen Arbeiten anzuwenden, die im Kriminalgefängnisse vorkommen, oder wozu sonst das Kreisamt ihn in dem Gerichtsorte selbst zu gebrauchen für gut findet.

Wenn durch die Obrigkeit, unter deren Aufsicht die Strafsörte stehen, verlässlich erhoben ist, daß der Verbrecher in den im §. 188 und 189 angegebenen Strafsörtern sich so übel betrage, daß durchaus anzunehmen ist, die Strafe wirke nicht zu dessen Besserung, so kann derselbe, auch wenn er nach der Eigenschaft seines Verbrechens zum Schiffziehen nicht geeignet wäre, dahin abgegeben werden.

Die Ablieferung der Verurtheilten an die bestimmten Strafsörte muß mit aller gegen die Entweichung vorgekehrten Sorgfalt durch die Kreisämter geschehen, welche sich wegen der nöthigen Begleitung durch Militärbataillone mit dem nächsten Militärkommando in Vernehmen zu setzen haben (§. 187 — 192).

Den Schlußstein sollte die große Reform durch die Bestellung von Kreis-kriminalgerichten bekommen (Patent 20. August 1787), welche aber erst später zur Ausführung gelangte.

Joseph's Nachfolger Kaiser Leopold (1790 — 1792) schnitt die Auswüchse des neuen Strafgesetzes ab d. h. er milderte dasselbe. Er hob die öffentliche Züchtigung mit Schlägen, die öffentliche und geheime Brandmarkung, das Schiffziehen und Anschmiehen auf, verordnete, alle Gefangenen zur Beschäftigung und Arbeit anzuhalten, und bewilligte allen, auch den zum schwersten Gefängnisse verurtheilten Verbrechern, statt der einzigen Nahrung mit Wasser und Brod, dreimal in der Woche warme Speisen und täglich warme Suppe (Hfdt. 4. Mai und 8. Nov. 1790 Nr. 21 und 78 J. G. G.), dann statt der Lagerstätte auf bloßen Brettern Strohsäcke mit Decken und Kopen.

Es war dies die Zeit, in welcher der König Ferdinand IV. von Neapel den Spielberg eines Besuches würdigte (1790), der enthusiastische Jagdfreund, welcher Einladungen zu den großen Jagden und Festlichkeiten zu Solitsch in Ungarn, Feldsberg in Oesterreich, Eisgrub in Mähren und Elex in Böhmen annahm, und von dem, was er in Eisgrub sah und hörte, so eingenommen wurde, daß er ein Fürst Lichtenstein sein wollte, wenn er nicht König gewesen wäre. Gewiß ahnte er nicht, daß nach drei Jahrzehenden ein neapolitanischer Minister auf dem Spielberge Misse haben werde, die Folgen seines revolutionären Treibens zu überdenken.

Die Behandlung der Verurtheilten während der Strafzeit und die Verfassung und Verwaltung der Strahäuser wurde den politischen Behörden eingeräumt (Hfdt. 17., Gbdt. 26, Juni 1788 J. 12,051), welche die Fonds dieser Anstalten, die Verpflegung der Sträflinge und den Betrieb ihrer Arbeiten unter sich haben. Dem Kriminalobergerichte wurde aber die Einsicht in die Arreste, in die Behandlungs- und Verpflegungsart der Sträflinge nicht nur zugestanden (Hfdt. 16. Februar 1792 Nr. 252 J. G. G.), sondern auch angeordnet, daß ein Appellationsrath alle halbe Jahre die Visitation vorzunehmen habe (Hfdt. 11. Juli 1820 Nr. 1674 J. G. G.).

Die Kriminalgerichtsordnung und das Hofdekret vom 22. Dezember 1788 Nr. 940 J. G. G. hatten die Transportirung der zur Festung Kuesstein, Spiel-

berg oder Schloßberg (Grätz), zum Schiffziehen oder zu einem Zuchthause verurtheilten Verbrecher mittelst Militärbegleitung ¹⁾ den Kreisämtern überlassen.

Da sich aber wegen der Transportirung und Aufhäufung der Sträflinge in Grätz und Brünn viele Schwierigkeiten ergaben, wurden alle zu zeitlichen harten Strafen Verurtheilten, mit Ausnahme der Staatsverbrecher, der zur Anschmiedung Verurtheilten und der zum Schiffziehen geeigneten Sträflinge, hinsichtlich welcher es bei den früheren Anordnungen verblieb, zur Vollstreckung ihrer Strafe in die in jedem Lande bestehenden Zuchthäuser gewiesen (Hsdt. 2., Subdt. 19. Nov. 1789 Z. 21796).

Kaiser Leopold bestimmte über die Beschwerden der mähr. Stände und Städte, daß die Sträflinge den letzteren nicht zur Last fallen, sondern in die Zuchthäuser verwiesen werden sollen (Hofdekret 28. April 1791 Nr. 142 Z. G. E.).

Auch wurde angeordnet (1790), daß die zum gelinderen Spielbergarreste geeigneten Verbrecher künftig in das neue Zuchthaus zu Brünn zu bringen, auf den Spielberg aber nur Sträflinge abzugeben seien, welche zur anhaltenden Arbeit, zu harten Gefängnissen mit öffentlicher Arbeit wenigstens auf 8 Jahre verurtheilt werden (Subdt. 3. Okt. 1791 Z. 19,635 und 3. März 1793 Z. 4871).

Das neue Zuchthaus war 1786 für beiläufig 100 Sträflinge eingerichtet worden. Im Anfange zählte es auch nur 30 — 40. Kurz nachher verband man aber das troppauer Spinn- und Arbeitshaus damit (1787), und wies dahin nicht nur die zum gelinderen Spielbergarreste geeigneten Verbrecher (1790), sondern alle von den mährisch-schlesischen Kriminalgerichten abgeurtheilten Verbrecher, in so fern sie sich nicht zum Spielbergarreste eigneten, ohne Unterschied, mithin auch die ehemals zur öffentlichen Arbeit Verurtheilten (1791). Dadurch stieg die Zahl der Sträflinge und der Kostenaufwand so bedeutend, daß zu dessen Bedeckung, nebst dem Kameralsonde, auch die mährischen (der Tranksteuerfond) und die schlesischen Stände (der schles. ständ. Domestikalfond) in Konkurrenz gezogen werden mußten (Hsdt. 3. Jänner 1792 Z. 3).

Der große Zuwachs an Sträflingen (über 500) in späterer Zeit machte einen bedeutenden Neubau nöthig (1843 mit 60 — 70,000 fl. G. M. Kosten).

Eben jetzt soll dieses Provinzial-Estrahaus geräumt, nach Versetzung seiner Bewohner in den neuen Strafort Müran, der strafgerichtlichen Abtheilung des brünner Landesgerichtes nebst der Frohnfeste überlassen und dazu eingerichtet werden.

Die nun hereingebrochene französische Revolution mit ihren Nachzuden in den italienischen Ländern und den Kriegen eines Vierteljahrhundertes hatte entscheidenden Einfluß auf das Schicksal des Spielbeeges und verbreitete um

¹⁾ Die Militär-Wache, welche einen Arrestanten transportirte, erhielt die Ermächtigung, denselben zu erschießen, wenn er entweichen wollte (Erl. 23. Juli 1782).

Wenn durch die Obrigkeit, unter deren Aufsicht die Straforte stehen, verlässlich erhoben ist, daß der Verbrecher in den im §. 188 und 189 angezeigten Strafortern sich so übel betrage, daß durchaus anzunehmen ist, die Strafe wirke nicht zu dessen Besserung, so kann derselbe, auch wenn er nach der Eigenschaft seines Verbrechens zum Schiffziehen nicht geeignet wäre, dahin abgegeben werden.

Die Ablieferung der Verurtheilten an die bestimmten Straforter muß mit aller gegen die Entweichung vorgekehrten Sorgfalt durch die Kreisämter geschehen, welche sich wegen der nöthigen Begleitung durch Militärwache mit dem nächsten Militärkommando in Vernehmen zu setzen haben (§. 187 — 192).

Den Schlußstein sollte die große Reform durch die Bestellung von Kreisstriminalgerichten bekommen (Patent 20. August 1787), welche aber erst später zur Ausführung gelangte.

Joseph's Nachfolger Kaiser Leopold (1790 — 1792) schnitt die Auswüchse des neuen Strafgesetzes ab d. h. er milberte dasselbe. Er hob die öffentliche Züchtigung mit Schlägen, die öffentliche und geheime Brandmarkung, das Schiffziehen und Anschmieben auf, verordnete, alle Gefangenen zur Beschäftigung und Arbeit anzuhalten, und bewilligte allen, auch den zum schwersten Gefängnisse verurtheilten Verbrechern, statt der einzigen Nahrung mit Wasser und Brod, dreimal in der Woche warme Speisen, und täglich warme Suppe (Hfdt. 4. Mai und 8. Nov. 1790 Nr. 21 und 78 J. G. Slg.), dann statt der Lagerstätte auf bloßen Brettern Strohsäcke mit Decken und Kopen.

Es war dies die Zeit, in welcher der König Ferdinand IV. von Neapel den Spielberg eines Besuches würdigte (1790), der enthußastische Jagdfreund, welcher Einladungen zu den großen Jagden und Festlichkeiten zu Holitsch in Ungarn, Feldsberg in Oesterreich, Eisgrub in Mähren und Slep in Böhmen annahm, und von dem, was er in Eisgrub sah und hörte, so eingenommen wurde, daß er ein Fürst Lichtenstein sein wollte, wenn er nicht König gewesen wäre. Gewiß ahnte er nicht, daß nach drei Jahrzehenden ein neapolitanischer Minister auf dem Spielberge Muffe haben werde, die Folgen seines revolutionären Treibens zu überdenken.

Die Behandlung der Verurtheilten während der Strafzeit und die Verfassung und Verwaltung der Strafhäuser wurde den politischen Behörden eingeräumt (Hfdt. 17., Gbdt. 26, Juni 1788 J. 12,051), welche die Fonds dieser Anstalten, die Verpflegung der Sträflinge und den Betrieb ihrer Arbeiten unter sich haben. Dem Kriminalobergerichte wurde aber die Einsicht in die Arreste, in die Behandlungs- und Verpflegungsart der Sträflinge nicht nur zugestanden (Hfdt. 16. Februar 1792 Nr. 252 J. G. S.), sondern auch angeordnet, daß ein Appellationsrath alle halbe Jahre die Visitation vorzunehmen habe (Hfdt. 11. Juli 1820 Nr. 1674 J. G. S.).

Die Kriminalgerichtsordnung und das Hofdekret vom 22. Dezember 1788 Nr. 940 J. G. S. hatten die Transportirung der zur Festung Mueßtein, Spiel-

berg oder Schloßberg (Grätz), zum Schiffziehen oder zu einem Zuchthause verurtheilten Verbrecher mittelst Militärbegleitung.¹⁾ den Kreisämtern überlassen.

Da, jedoch wegen der Transportirung und Anhäufung der Sträflinge in Grätz und Brünn viele Schwierigkeiten ergaben, wurden alle zu zeitlichen harten Strafen Verurtheilten, mit Ausnahme der Staatsverbrecher, der zur Anschmiedung Verurtheilten und der zum Schiffziehen geeigneten Sträflinge, hinsichtlich welcher es bei den früheren Anordnungen verblieb, zur Vollstreckung ihrer Strafe in die in jedem Lande bestehenden Zuchthäuser gewiesen (Hofdt. 2., Subdt. 19. Nov. 1789 Z. 21796).

Kaiser Leopold bestimmte über die Beschwerden der mähr. Stände und Städte, daß die Sträflinge den letzteren nicht zur Last fallen, sondern in die Zuchthäuser verwiesen werden sollen (Hofdekret 28. April 1791 Nr. 142 Z. G. G.).

Auch wurde angeordnet (1790), daß die zum gelinderen Spielbergkarreste geeigneten Verbrecher künftig in das neue Zuchthaus zu Brünn zu bringen, auf den Spielberg aber nur Sträflinge abzugeben seien, welche zur anhaltenden Arbeit, zu harten Gefängnissen mit öffentlicher Arbeit wenigstens auf 8 Jahre verurtheilt werden (Subdt. 3. Okt. 1791 Z. 19,635 und 3. März 1793 Z. 4871).

Das neue Zuchthaus war 1786 für beiläufig 100 Sträflinge eingerichtet worden. Im Anfange zählte es auch nur 30 — 40. Kurz nachher verband man aber das troppauer Spinn- und Arbeitshaus damit (1787), und wies dahin nicht nur die zum gelinderen Spielbergkarreste geeigneten Verbrecher (1790), sondern alle von den mährisch-schlesischen Kriminalgerichten abgeurtheilten Verbrecher, in so fern sie sich nicht zum Spielbergkarreste eigneten, ohne Unterschied, mithin auch die ehemals zur öffentlichen Arbeit Verurtheilten (1791). Dadurch stieg die Zahl der Sträflinge und der Kostenaufwand so bedeutend, daß zu dessen Bedeckung, nebst dem Kameralsonde, auch die mährischen (der Tranksteuerfond) und die schlesischen Stände (der schles. ständ. Domestikal-fond) in Konkurrenz gezogen werden mußten (Hofdt. 3. Jänner 1792 Z. 3).

Der große Zuwachs an Sträflingen (über 500) in späterer Zeit machte einen bedeutenden Neubau nöthig (1843 mit 60 — 70,000 fl. G. M. Kosten).

Oben jetzt soll dieses Provinzial-Strafhaus geräumt, nach Verlegung seiner Bewohner in den neuen Strafort Märau, der strafgerichtlichen Abtheilung des böhmischen Landesgerichtes nebst der Frohnfeste überlassen und dazu eingerichtet werden.

Die nun hereingebrochene französische Revolution mit ihren Nachzudungen in den italienischen Ländern und den Kriegen eines Vierteljahrhundertes hatte entscheidenden Einfluß auf das Schicksal des Spielbeeges und verbreitete um

¹⁾ Die Militär-Wache, welche einen Arrestanten transportirte, erhielt die Ermächtigung, denselben zu erschießen, wenn er entweichen wollte (Gef. 23. Juli 1782).

dessen Namen, wie früher die Glorie einer unbewungenen Festung, jetzt die Schande einer ausschweifenden Phantasie.

Hiezu trugen zuerst die Einforderungen der 1794 in hochverrätherische Umtriebe verwickelten ausgezeichneten ungarischen Literaten Rácz und Beseghy (öfterr. Encycl. III. 167, V. 544), weit mehr jene französischer Staatsgefangener bei.

Nach dem Verluste der Schlacht bei Neerwinden (18. März 1794) ließ sich der franzöf. Obergeneral Dumouriez mit den Oesterreichern im Einverständnisse zu dem Zwecke ein, den entarteten Jakobinismus zu stürzen und die königliche Regierung wieder herzustellen. Es gelang ihm zwar, die vom National-Convente gesandten Deputirten Camus, Lamarque, Bancal und Quinette nebst dem Kriegsminister Beurnonville zu verhaften und an die Oesterreicher als Geiseln abzuliefern; er fand aber bei dem Heere so wenig Unterstützung seiner Entwürfe, daß er sich zu den Oesterreichern flüchten mußte. Zu die Gewalt derselben war auch Drouet gelangt, der ehemalige Postmeister zu St. Menchould, welcher Ludwig XVI. auf seiner Flucht erkannt, verhaften, nach Paris bringen lassen und als Convents-Deputirter für dessen Tod gestimmt hatte. Er war im September 1793 zur Nordarmee geschickt, im Oktober zu Raubenge von der Armee des Prinzen Coburg eingeschlossen, bei dem Versuche, mit einigen Dragonern zu entkommen, um die nöthige Hilfe zu beschleunigen, gefangen, nach Luxemburg und von da nach dem Spielberge gebracht worden. Er wie die früher Genannten, desgleichen Maret und Semonville wurden im November 1795 gegen die Tochter Ludwig XVI., die vormalige Dauphine, nachherige Herzogin von Angoulême, zu Basel ausgewechselt¹⁾. Die ersten vier erschienen im Rathe der Fünfhundert am 12. Nivose (2. Jänner) 1796 und nahmen die ihnen vorbehaltenen Plätze ein. Bald darauf folgten die übrigen, zuletzt Drouet, der fast eine ganze Sitzung mit dem Berichte von dem, was er in der Gefangenschaft erduldet, ausfüllte. Das Märchen, er habe mit einem Fallschirme vom Spielberge zu entkommen versucht, sei aber in einen Graben gestürzt, habe ein Bein gebrochen, sei wieder ergriffen und nun noch härter behandelt worden, wurde nicht nur von den gläubigen Franzosen für wahr gehalten, sondern ist auch in die Geschichte übergegangen (Broth. Conv. Lex. 7. Aufl. 3. B. S. 376, Bachsmuth, Gesch. Frankr. im Revolutionszeitalter 2. B. 84, 440, 509 u. a.). Wir, die wir wissen, daß der Spielberg nicht auf einem senkrecht abfallenden Felsen liegt und es nicht möglich ist, mittelst des etwas entfernt an seinem Fuße vorbeifließenden sehr bescheidenen Schwarzawa-Mühlgrabens und in weiterer Fortsetzung mittelst der Schwarzawa, Igla, Taya und March zu Schiff in die Do-

¹⁾ General Lafayette, des Willens auszuwandern, wurde mit seinen Begleitern Latour-Maubourg, Alex. Lameth und Bureau de Pusy 1792 von den Oesterreichern verhaftet, nach Wesel und endlich nach Olmütz geführt; derselbe erhielt erst in Folge der Verhandlungen zu Leoben 1797 seine Freiheit.

nam. und das schwarze Meer zu gelangen, können uns eines Lächelns nicht enthalten; Drouet fand aber gläubiges Gehör.

Seine Erzählung lautete: „Ich kam endlich nach dem Spielberg in Mähren, wo ich auf Befehl des Kaisers, mit aller meinem Range gebührenden Achtung empfangen wurde. Die Festung liegt auf einem 200 Fuß hohen Felsen, an dessen Fuß ein Fluß vorbei läuft. Die Zeit wurde mir da im Winter etwas lange, ich dachte daher auf meine Befreiung. Ich hatte Vorhänge in meinem Zimmer. Mit Hülfe der zwei Haken, welche die eisernen Stangen derselben trugen, hob ich in zwei Monaten das ganze eiserne Gitter aus. Ich hätte, wenn es nöthig gewesen wäre, mit diesen zwei Haken den ganzen Felsen der Festung Spielberg untergraben können. Allein wie konnte ich nun in die senkrechte Tiefe von 200 Fuß hinunter kommen. Die Noth macht sinnreich und ich entwarf folgenden Plan. Ich versfertigte zwei fliegende Drachen, wie die Knaben sich machen. Diese wollte ich mir an beiden Armen befestigen, und mich ihrer als Fallschirm bedienen. Bin ich einmal drunten, dachte ich, dann steige ich in einen Kahn, der immer am Ufer ist, als dann fahre ich auf diesem Fluß in die Donau, auf der Donau ins schwarze Meer und von da nach Konstantinopel zum Kaiser Selim. Am 8. Juli 1794 war ich mit meinen fliegenden Drachen fertig, packte dann meine Kleider, meinen Mundvorrath, 30 Pfund schwer, zusammen, und hob das eiserne Gitter, welches nur zum Schein feststand, vollends aus. Zweimal nahm ich aus dem Fenster einen Anlauf und zweimal schauderte ich zurück. Endlich machte ich den großen Sprung mit einem fliegenden Drachen und fiel zuletzt auf eine Mauer, wo ich den einen Fuß zerquetschte. Ich wollte noch einmal springen, aber der Schmerz hinderte mich. Jetzt fing ich an zu schreien, aber ich blieb bis Sonnenaufgang auf dem Orte liegen. Man trug mich wieder in mein Gefängniß. Hier lag ich 3 Monate an meiner Wunde darnieder, gieng hernach an Krücken, erhielt zuletzt Nachricht von den Siegen der Republik und endlich von meiner nahen Auswechslung“ (Brünner Zeitung 1796 S. 106)¹⁾.

Wenige Jahre später konnten sich die Franzosen selbst überzeugen, welchen Roman ihnen Drouet aufgebunden. Es war im Kriege Oesterreichs gegen Frankreich 1805.

¹⁾ Wir fügen hier des Zusammenhanges wegen auch Auszüge aus der brünner Zeitung über Lafayette bei.

Man hat (heißt es da im J. 1796) in mehreren Pariser Journalen eine schreckliche Schilderung von dem Gefängniße gemacht, in welchem Lafayette mit seiner Familie zu Olmütz schmachtet und hinzugesügt, daß der Kaiser diesen Generalen an Rußland ausliefern wolle, um ihn nach Sibirien zu schicken. Malet de Pan schreibt von Bern aus an den Verfasser des Eclair, um diese boshaften Nachrichten zu widerlegen und versichert, daß sie alle falsch seien, daß Lafayette in Olmütz gut gehalten werde, der Kaiser nicht daran denke, ihn nach Sibirien zu schicken.

Nach den Unfällen um und bei Ulm und mehreren unglücklichen Gefechten zog sich das österr. Heer durch Baiern und Oesterreich und von hier aus auch die russischen Hilfstruppen unter Kutusow nach Mähren zurück, von den Franzosen immer zurückgedrückt und verfolgt. Zu Anfang Novembers des Jahres 1805 traf Kaiser Franz mit seiner Gemahlin Maria Theresia und der Erzherzogin Maria Louise zu Brünn ein und begab sich dann nach Olmütz, um sich mit Kaiser Alexander über den Operationsplan gegen den rasch vordringenden Feind zu besprechen. Schon den 10. November besetzte die österreichische Armee unter Fürst Lichtenstein (25.000 Mann) bei Brünn vorbei, und nahm ihr Hauptquartier bei Schlappanitz; die Russen unter Kutusow breiteten sich von Raigern bis Turas aus, während die französischen Vorposten zwischen Seelowitz und Raigern Posto faßen und die Russen unter Buxhövden bei Wischau standen.

Den 19. Früh zog alles in Brünn noch befindliche Militär aus; die Festung Spielberg wurde aufgegeben, die Bürger übernahmen die Wache. Schon Nachmittags verkündeten Staubwolken von der Wienergasse den Anzug der Feinde. Beim Kloster der barmherzigen Brüder empfingen sie der Bischof, der Graf Johann Taaffe, der Appellationsrath von Hader, der Bürgermeister mit einigen Gefolge; dieselben kamen den folgenden Tag feierlich dem Kaiser Napoleon entgegen, welcher begleitet vom Prinzen Murat, dem Marschall Berthier und anderen Generalen, an der Spitze sämtlicher Gardes, des Mameluckenkorps und mehrerer Regimenter am 20. November in Brünn einzog. Es begann nun eine traurige Zeit für die Stadt; fast unerschwinglich waren die Requisitionen an Geld und an Lebensmitteln, deren Mangel schon sehr fühlbar wurde, Theuerung verursachte und in der Ferne noch drohende Völker zeigte; die auf einander folgenden befehlshabenden Generale schienen in Bebrüdungen jeglicher Art zu wetteifern zu wollen. Die Stadt war mit Feinden überfüllt, die Pferde konnten nicht alle untergebracht werden, die Franzosen verwendeten daher die Hausfluren und Zimmer zu ebener Erde zu Stallungen oder lagerten ihre Pferde in den Gassen unter freiem Himmel. Auf den Wällen der Stadt und des Spielberges wurden Kanonen aufgestellt, einige Joche von den Brücken abgeworfen und auf allen Seiten an Befestigung gearbeitet.

Nach französischen Berichten besichtigte Napoleon die Festungswerke des Spielberges, ließ neue Pallisaden aufrichten, in den Festungemauern auf allen Seiten Oeffnungen ausbrechen, sechs Feldschlangen, jede mit 30 Pferden, und mehrere Mörser von der Stadt in die Festung bringen, und so einrichten, daß

Es war (heißt es in der brünner Zeitung vom 11. October 1796) am 19. September um 1/27 Uhr Abends, als der bisher in Olmütz in Staatsgefangenschaft gewesene franz. General La Fayette sammt seinen Gefährten in Begleitung des I. I. Majors von den Staatsdragonern Herrn von Auerhammer ankam, und nach getauschten Pferden seine Reise weiter nach Iglau fortsetzte. Er hat seine Freiheit erhalten. Sein Aussehen ist gesund und zeigt von keiner zerrütteten Gesundheit.

es sahen, als ob er gesonnen wäre, hier eine Belagerung auszuhalten. Nach eben diesen Berichten sollten die Neufraiken auf dem Spielberge 60 Kanonen, 3000 Cehntner Pulver, eine große Menge Mundvorrath und Montours-Stücke, erbeutet haben (das Depot von Budweis war hieher gebracht worden). Gewiß ist, daß das Zeughaus ganz ausgeleert wurde, weil der feindliche Anmarsch zu übereilt war, und man auch keine Pferde austreiben konnte, um Alles fortzubringen. Jetzt ging es den Bewohnern von Brünn, wie den Wienern; sie mußten eine unzählige Menge fremder Truppen unterbringen, ernähren, und mit allen Nothwendigkeiten versehen. Angst, Verwirrung und tödtender Kummer war nun allgemein, und man fieng auch an, für sein Leben und Eigenthum besorgt zu sein, weil man sich nichts sicherer als eine Belagerung einbildete.

Den 28. Nachts um 2 Uhr zogen alle Gardegrenadiere aus; das Dunkel der Nacht hellten zahlreiche Flambeaux auf. Sonntags den 1. Dezember zog der von Jglau herbeigeeilte Marschall Bernadotte an der Spitze von 30000 Mann durch die Stadt der französischen Armee zu, welche schon früher kleinere Züge erhalten hatte. Des andern Tages erfolgte die Riesenschlacht von Austerlitz. Fröh um 7 Uhr begann der Donner des Geschüßes, Tausende standen auf den Schanzen zwischen dem Neu- und Judenthor voll banger Erwartung, wie das Ganze enden werde. Bald bedeckte unburchbringlicher Pulverdampf die Gegend, fürchtbar hallte der Kanonendonner, daß die Stadt erbehte. Um die Mittagszeit langten die ersten Verwundeten an, und jetzt eröffnete sich das größtliche Schauspiel des wüthenden Krieges, ohne das Schlachtfeld zu betreten.

Die Stadt wurde nun voll von Gräuel und Jammer. Die ungeheure Zahl der Verwundeten mußte in Privathäusern und Kirchen untergebracht werden; alle Spitäler, Klöster und Fabriken waren übersüllt; im obrowitzer Spitale allein lagen 1500 Franzosen. Alle Stände ohne Unterschied des Geschlechtes wetteiferten in der Verpflegung der Verwundeten und Kranken, und nicht wenige wurden ein Opfer dieses edelmüthigen Strebens.

Innbesondere starb ein Theil der Minoriten bei dieser Pflege. Die Sterblichkeit nahm täglich überhand und ließ eine Epidemie fürchten. Die gefangenen Russen, in den Kirchen und im Theater eingesperrt, fast dem Hungertod preisgegeben, ließen aus den Fenstern an den Schnüren ihre Helme und Rappen herab, durch erbettelte Lebensmittel ihr Leben zu fristen. Was vermochte alle Bereitwilligkeit der Bürger und des Adels bei solch' einer Menge! Und wie wäre es der Stadt ergangen, wenn die 10000 — 12000 starken Russen über die kleine französische Besatzung hergefallen wären?

Am 4. Dezember Nachmittags sprachen sich die Kaiser Franz und Napoleon bei einer abgebrannten, am Fuße zweier Berge an einem kleinen Teiche zwischen den Dörfern Jaroschitz und Uhrschitz gelegenen Mühle. Unter freiem Himmel in der Nähe von sieben Linden und eines großen hölzernen Kreuzes saßen am Feuer die beiden Kaiser und Fürst Johann von Lichtenstein das Schicksal der Völker zu entscheiden; in der Entfernung eines starken Büchsen schusses

war die Generalität, einige zwanzig Schritte die zwei Söhne des Müllers, das Feuer zeitweise anzuschüren. Es wurde ein Waffenstillstand verabredet, aber erst den 6. mit der Bedingung geschlossen, daß er bei Unterbrechung der Unterhandlungen 14 Tage vorher aufgekündigt werden solle.

Am 6. Dezember kam Napoleon mit seinem Heere in Brünn an.

Die Ein- und Durchzüge der französischen Truppen währten nun fort.

Fürst Lichtenstein und Talleyrand, franz. Minister der auswärtigen Angelegenheiten, kamen nach Brünn, um an einem Frieden zu unterhandeln; nichts desto weniger fuhrn die Franzosen mit der Besetzung fort, requirirten überall, plünderten die Dörfer, und General Mortier, Militärgouverneur von Mähren, drohte die Stadt der Plünderung preis zu geben, wenn nicht wenigstens ein Theil der Brandschatzung von 1,800.000 Franké erlegt würde; ungeachtet der ungeheuren fortdauernden Requisitionen und ungeachtet Napoleon selbst zweimal versprochen hatte, keine Brandschatzung von ihr zu fordern, mußte die Stadt dennoch 100000 fl. zahlen.

Am 11. Dezember ging Napoleon nach Wien ab. Den 26. Dezember brachten endlich die Bevollmächtigten, Fürst Lichtenstein und Ignaz Graf von Gyulai von einer, Talleyrand von der andern Seite, den Frieden in Preßburg zu Stand; die Friedensinstrumente wurden den künftigen Tag unterzeichnet, und am 1. Jänner des Jahres 1806 zu Wien ausgewechselt. Dessenungeachtet währten die Bebrückungen der Feinde fort, bis sie endlich den 12. Jänner 1806 gänzlich abzogen ¹⁾.

¹⁾ Allgemeine Quellen gibt es wohl mehrere, speciell sind jedoch nur einige zu erwähnen. Unterwieser, Leiden in Brünn während der Anwesenheit der Franzosen, Italien 1806 (selten, in der brünner Samj. Bibl.).

Der häufige und gemüthliche Oberst hat in dem (wenig verbreiteten und schwer zu erhaltenden) brünner Anzeiger und Tageblatt 1855 Nr. 24 — 28 unter dem Titel „Aufzeichnungen eines brünner Bürgers. I. Die Franzosen in Brünn“ Nachrichten mitgetheilt, die allgemein anspachen und erhalten zu werden verdienen. Wir lassen dieselben daher folgen:

1. Die Franzosen in Brünn.

Immer hat es mich mit Trauer und Schmerz erfüllt, wenn ich die alten Gebäude unserer Stadt niedersehen, die Straßengänge durch Baueis zerbrechen, neue Straßen in trübere Gassen eindringen, wenn ich ein Knecht des Regiments, vielleicht schon Abgestorbener, aber mit demselben Heuere erliegen sah. Es schien mir, als hätte ein Theil meiner Seele mit ihm ab. So kann ich an der Stätte, wo das Brünner Thor war, niemals ohne einen Schmerz nachsehen. Meine Trümmern und meine Erinnerungen verloren da ihren Gehörten, an dem sie sonst hätten konnten. Ewig und fruchtlos hat sich das neue Brünner Bild dem neuen Bild und das, wie das Bild ist, zu den alten Gedanken ab vom Knecht und dem Regiments. Mir aber geblieben ist ein heiliges Bild. Zum Brünner Bild. Ich habe keine der schönen Mäure, der Schöne der Kirche, des großen Kaiserpalastes, der alten und neuen Stadt, und doch, daß es nicht so erhalten wollte, erhebt sich noch das Bild der zwei französischen Kürassier-Regimenter Nr. 2 und 3 in dem Lager am, als durch die Schenke der Arbeiter kam. Dort in dieser Gegend, —

Damit war aber dem Jammer kein Ende; denn auf den Abzug des Feindes folgte eine wahre Seuche, welche täglich eine Menge Menschen hinwegraffte, darauf große Theuerung und fast Hungersnoth, in Folge welcher den Bädern fast überall in der Stadt und den Vorstädten die Läden eingeschlagen wurden, gegen sie und unter den Stürmenden und Plündernden gräßliche Mißhandlungen vorkamen.

so erzählt man und so kann man in vielen Schriften lesen — zielte ein verwagener Geselle vom Dachboden herab, als Napoleon vorbeiritt; nur der Zufall, wie man meint, verhinderte einen verhängnißvollen Schuß. Auch die Häuser, welche dem neuen Stadthause entgegenstehen, werden früher oder später neuen Gebäuden weichen und jede Spur der Thatfachen, die ich erwähnt habe und von denen ich später Näheres sagen werde, wird verschwunden sein.

Der Gedanke der Vergänglichkeit, des ewigen Wechsels, der fortbauenden Umwandlung ist ein tief niederbeugender. Ohne daß wir's hindern können, ändert sich von Minute zu Minute Alles in uns, in den Menschen, in den Dingen. Man möchte diesem Leben, dieser Bewegung, die in demselben Augenblicke schafft und zerstört, aus der Tiefe der Brust ein Halt! zurufen, möchte wünschen, nur einmal sollte Alles unvergänglich sein, stille stehen, nur einige Zeit, einige Tage, damit man sich's ansehe, was das Alles ist und was das Alles war. Welche Unruhe hatte ich, als ich im Viela'schen, ehemals Graf Auersberg'schen Hause am Frankmarke wohnte! Nicht eine Spur, daß hier in diesen Zimmern Talleyrand athmete, hier vielleicht schon die Bedingungen des Preßburger Friedens in seinem Kopfe trug, sie mit dem Fürsten Johann von Lichtenstein besprach. Nicht eine Spur! Auch die berühmten und die merkwürdigen Menschen hinterlassen keine bleibenden Merkmale ihrer Gegenwart an den Gegenständen, aber ihr Gedächtniß lebt in den Geistern fort. Wie käme es sonst, daß ich an Talleyrand-Perigord so oft denken mußte, als ich unter demselben Dache war, unter dem er vor einem halben Jahrhunderte wohnte, ich der unbedeutende, der Harmlose, an ihn den Fürsten von Benevent, den Altadeligen, den Bischof von Autun, der nach dem Willen der Revolution die constitutionellen Bischöfe weihte, an ihn den Minister, den großen Staatsmann, den Diplomaten, welcher den Ausdruck erfand, man habe die Sprache erhalten, um seine Gedanken verbergen zu können!

Talleyrand war aber zu der Zeit, wo er in Brunn war, im Hintergrunde. An der Schaubühne standen die glänzenden Generale, die siegesreiche französische Armee, stand Napoleon selbst. Die Eindrücke, welche diese Erscheinungen gaben, waren so mächtig, daß Jene, welche sie als Kinder erhielten, dieselben noch in der vollen Lebhaftigkeit der Farben bewahren und immer wieder auf dieselben zurückkommen. Die Drei-Kaiserschlacht bei Austerlitz war Überbief mit diesen Erscheinungen des äußern Prunks und des Ruhmes Eins und Dasselbe. Die Masse der Soldaten, der Kanonendonner, die Verwundeten, die Spitäler, die Lobten, welche Summe des Ungewöhnlichen! Nach dem 5. Dezember 1805 war das Wetter milde und regnerisch und die Phantasie der Kinder sah durch die Gassen Blut strömen, das den Wunden der Soldaten entfloß, welche den Redoutensaal, die Säle des Minoritenklosters, die Kirchen u. s. w. füllten.

Der Krieg ist immer schauerlich. Die Menschen vertilgen, töbten sich; sie wenden den höchsten Verstand, die edelsten Tugenden, die höchste Begeisterung an, nur um das Leben zu töbten, das Vollenbestste, was die Natur schafft und was das menschliche Genie nie mehr zurückstellen kann. Man hat das Gefühl dieses Unheimlichen, sonderbarer Weise mehr vor der Schlacht, als während und nach derselben. Die Stimmung Brunn's war

Oesterreich war in den bisherigen Kriegen hart getroffen worden und hatte starke Einbußen erlitten; allein seine Kraft und sein Muth war nicht gebrochen. Als Preussen vernichtet schien, Rußland gedemüthigt war, Spanien auch schon heldenmüthig erhob, nahm Oesterreich noch einmal den Kampf mit Napoleon

besonders düster, als man den Feind erwartete. Jedermann schien zu wissen, daß eine große, weltentscheidende That in unserer Nähe geschehen werde. Die Massen der Soldaten aus dem Westen und aus dem Norden zogen immer drohender, immer näher, zu einander. Man erwartete den Zusammenstoß zweier Hälften von Europa. Auch blieb es, die Franzosen kommen! Die Stadt war verödet und in Bangigkeit; das Vermögen der Einzelnen und des Staates kam unter die Obhut der Bürgerschaft; nur einzeln waren so viele, in die Ebene hinaus zu spähen und die heranziehenden Regimenter mit den Blicken zu fassen.

Am 19. November 1805 um zwei ein halb Uhr Nachmittags sprengten die französischen Völcker durch die große Bäderstraße zum Brünner Thore und durch dieses; sie verfolgten die sich zurückziehenden Latour-Drögoner scheidend und schießend über die Kaiserneuschanze und durch die Stadt. Abends, vor 6 Uhr, rückte Prinz Alrat an der Spitze der Kürassier-Regimenter beim Brünner Thore heran, zog durch die obere Brünnergasse, den Krautmarkt, die Sattlergasse, auf den großen Platz, wo sich die beiden Regimenter aufstellten.

Die Kürassiere des Prinzen Alrat waren durchgehends hohe, stattliche Leute und Alles an ihnen von der größten Sauberkeit. Man sah und staunte und meinte, solche Leute müßten siegen. Sie wurden in der Stadt einquartirt. Prinz Alrat als Eskadroncommandant nahm seine Wohnung im damals Baron Doppelstein'schen, jetzt Schwartz'schem Hause am großen Plage.

Am folgenden Tage, den 20. November 1805, vor 12 Uhr, rückte die französische Armee gegen Brünn an; der größte Theil derselben marschirte durch die Stadt. Noch heut zu Tage wird man hören, Napoleon habe dieselben Truppen durch die Stadt marschiren lassen, um mehr Respekt vor seiner Macht einzuführen. Napoleon hatte sicher andere Dinge im Kopfe, als solche kleinliche Gedanken; sein Genie war seine Macht, sein Glückstern, das französische Volk, dessen Ideen und dessen Intelligenz die Mittel zu seinen Siegen. — Der Einmarsch der Truppen, welche in der Stadt einquartirt wurden, dauerte von halb vier Uhr bis gegen 9 Uhr Abends; 21,000 Mann blieben in der Stadt. Es waren drei meistens Garben: die französische Grenadiergarde zu Fuß, uniformirt blau mit Gold, die italienische Grenadiergarde zu Fuß, grün mit Silber, die Grenadiergarde zu Pferde, blau mit Silber uniformirt.

Um 8 Uhr Abends kam Kaiser Napoleon, der Mann des Jahrhunderts, dessen Name damals noch nicht getrübt war durch die Erhebung Europas gegen seine Gewaltherrschaft, und dessen Name dazumal noch nicht jene Gedanken an ein tragisches Ende wecken konnte, welches wir von seinem Abende heut zu Tage nicht mehr zu trennen vermögen. Vor und nach der Schlacht von Austerlitz war an Napoleon Alles Majestät, Hoheit, Gewalt in ihrem ganzen Reiche. Die Größe seiner Erscheinung trat um so auffallender hervor, als die ungewöhnliche Einfachheit, man kann sagen, das Klassische und Plaisirliche seiner Persönlichkeit gegenüber der Romantik seiner Umgebung glänzend hervortrat. Napoleons grauer Mantel und der kleine Hut waren der Gegenatz zu dem geschmackvollen Kostum der Schweizer der Chasseurgarde mit den rothen und goldenen Aufschlägen und den blauen Hüften nach Ouse-tenart, und jenem der Kammergarde mit den grünen Trenchen mit weißem Gewinde, den lichtgrünen Jacken und ziegelrothen Pumphosen. Nicht genug, das Napoleons Erschei-

auf (1800), um Europa vor völliger Unterjochung zu schützen. Seine Erwartung auf die Erhebung der gedrückten deutschen Fürsten und Völker wurde jedoch getäuscht; seine Waffen waren unglücklich, aber ihr Ruhm und des Reiches

nung durch seine Thaten zur Phantasie sprach, diese Garben, in deren Mitte er in unsere Stadt einzog, erinnerten an die Schlachten der Pyramiden und alle die kühnen, fast abenteuerlichen Tüthe des Generals der Republik.

Am Abende des Einzuges der Franzosen in Brünn haben die Wenigsten Napoleon selbst sehen können. Die Unterbringung so vieler Tausende nahm Alle in Anspruch. Die Pferde der Kavallerie standen in Vorhäusern, ja selbst in den Zimmern; man war in der Dertlichkeit nicht sehr wählig. Die Bewohnerschaft mußte überdies die Mannschaft speisen, die Municipalität für Alles sorgen und für Jedes haften. Die Municipalität war die einzige Civil-Autorität der Stadt; die Staatsbehörden fungirten nicht, die Staatsklassen waren vor der Ankunft des Feldes entfernt und nach Wiesenberg gebracht worden. Die Municipalität bestand aus angesehenen Männern der Behörden und der Bürgerschaft; Hofrath Baron Roben führte den Vorsitz.

Kaiser Napoleon wohnte mit seinem Gefolge im jetzigen Statthaltereigebäude. Dasselbst befand sich auch das Quartier des Generals Mortier, welcher gouverneur de Brune war, und der, wie bekannt, das düstere Geschick hatte, im Jahre 1835 zu Paris an der Seite des Königes Ludwig Philipp durch eine Höllemaschine getödtet zu werden.

Das Leben der Generale Napoleons ist nicht minder reich an geschichtlichem Stoffe, als das des Kaisers selbst. Man nannte sie mit fast gleichem Interesse und es gibt heut zu Tage keinen jungen Mann in der Welt, der ihre Namen, ihre Thaten nicht wißte. Darum wird es Manchem der geehrten Leser willkommen sein, wenn ich sage, wo dieselben in unserer Stadt wohnten. — General Rapp, der bei Austerlitz am Arme blessirt wurde, hatte seine Wohnung in der Holzgasse, Nr. 129 (damals Eigenthum des Advolaten Fessel, jetzt des Herrn Bürgermeisters Dr. Rudolf Ott), und General Vallibeur, in der Neufrohlichergasse im Graf Glani'schen, jetzt von Chlumetz'schen Hause; diesem Generale wurde am 2. Dezember in der Schlacht ein Fuß abgeschossen und derselbe starb vier Tage darauf. In derselben Gasse, im Keller'schen, jetzt Floberer'schen Hause, Nr. 163, wohnte Morland, der Oberst der Schweizer Chasseurgarde, der in den Schlachten von Austerlitz den Prinzen Märat mit Heldenkraft aus den Reihen der Gegner heraushaute, und dabei 16 Wunden erhielt. Oberst Morland starb am 5. Dezember in diesem Hause; sein Körper wurde einbalsamirt und nach Paris geführt. Seine Eingeweide wurden aber im Sarge am 7. Dez. um halb elf Uhr Vormittags feierlich begraben.

Im Hause des Fürsten Kaunitz am großen Platze war General Kellermann einquartirt; er warb in der Schlacht des 2. Dez. am Fuße verwundet und blieb deshalb in Brünn bis zum Juli 1806.

Den zweiten Stock des Baron Schröfel'schen, nun Graf Mitrowsky'schen Hauses bewohnte General Watter; im Hause der Grafen Hierotin, Nr. 78, der Stadtkommandant Pauthier; im Gerstbäuer'schen Hause General Macon und bei drei Fürsten Alexander Berthier, der Marschall, ein Unglücklicher, welcher im Jahre 1815 im Wahnsinne vom Damberger Schlosse sich herabstürzte und tödtete. Der Corse Sebastiani, der später Gesandte, Marschall und Kriegsminister war und in der neueren Zeit in Frankreich eine große Rolle spielte, war vor der Schlacht von Austerlitz Oberst eines Infanterie-Regiments, wüthe in der Schlacht, in welcher er sich hervorthat, verwundet, lehrte vom Schlachtfelde als General zurück. Er wohnte im Hierotini'schen Hause in der Schwarzaberggasse, im Bischofshofe aber Marschall Pannes, „der tapferste der Menschen,“ wie ihn Napoleon nannte,

Ehre hoch gewahrt an dem großen Tage bei Aspern, welcher den Völkern zeigte, daß Napoleon nicht unüberwindlich sei, ihnen ein mächtiger Sporn zum Aufraffen aus harter Knechtschaft wurde.

dem in der Schlacht von Aspern die beiden Füße durch eine Kanonenkugel abgerissen wurden und der nicht sterben wollte, weil er den Kaiser als Freund zu sehr liebte.

Weil ich die Häuser bezeichne, in welchen berühmte Männer gewohnt haben, erinnere ich zugleich darauf, daß im Jahre 1809 Davoust im Statthaltereigebäude und sein Schwager General Ferrand im Salm'schen Hause am Dominikanerplatze, (jetzige k. k. Polizeidirektion) die Quartiere nahmen, und bemerke nebenbei, daß der 15. August dieses Jahres, Napoleons Geburtstag, von Davoust durch eine große Tafel, Feuerwerk und Ball im Augarten und Beleuchtung der Stadt gefeiert wurde. Wenn wir zu dieser Zeit das Schwedenfest festlich begehen, können wir uns an diese geschichtliche Seltsamkeit erinnern.

Die napoleonische Armee war an eine strenge Disciplin gewöhnt; sie hielt gute Ordnung; die dem Franzosen angeborene Heiterkeit, seine freundliche Zuthunlichkeit und Höflichkeit erleichterte in Vielem die Schwere, welche auf der Einwohnerschaft durch die Gegenwart des Feindes lag. Selten, daß man sich beklagte, und geschah dies, so waren es bairische Soldaten, welche dazu die Veranlassung gaben. Auf diese war man überhaupt im Lande nicht gut zu sprechen und noch gegenwärtig wird man hören, daß sie schlimm waren und ihre Unglücksfälle in den Kriegen unter Maria Theresia und die Grausamkeiten der Panduren unter Freiherrn von Trenk haben rächen wollen.

Das Einvernehmen der Bevölkerung mit den Franzosen war daher ein gutes; die ersten Besorgnisse waren um so schneller gewichen, als bekannt wurde, mit welcher militärischen Strenge die Vergehen gegen Personen und Eigenthum gerügt wurden, und als man in dem neuen, raschen Leben, das sich in den Gassen durch die Anwesenheit so vieler Krieger aus entfernten Ländern bei Tag und Nacht zeigte, eine eigenthümliche Befriedigung fand. Damals war es nicht, wie in unseren Tagen, wo die Völker und die Länder einander durch die Eisenbahnen nahe stehen, wo das Reisen so ungemein erleichtert ist; und die Industrie-Ausstellungen Massen von Menschen in ferne Städte ziehen, wo endlich der Telegraph stündlich zu allen Völkern spricht und mit ihnen verkehrt. Damals glaubte man mehr an das Außerordentliche, und dieses übte auf Gemüth und Geist seine Gewalt. Alles erschien daher der Bevölkerung Brünns ungemein neu und unerhört, nichts aber überraschender, als das Talent des Organisirens, das die Franzosen jener Zeit bei uns so gut entfalteten, wie gegenwärtig in ihrem Lager bei Konstantinopel oder vor und in Sebastopol. Im Nu war Alles, wie in ihrer Heimath, in ihrem Staate; man gab den neuen Einrichtungen die Namen ihres Vaterlandes. Die französische Gendarmarie überwachte die musterhafte Ordnung; es schien, der Geist Napoleons lenke nicht bloß die Armee als Ganzes, sondern jeden einzelnen Theil derselben und regle dessen Thätigkeit selbst im Geringsten. — Glückselig waren besonders jene, welche französisch oder italienisch sprachen. Deren waren jedoch nur wenige. Die Sprache und Literatur Frankreichs war nur in den höheren Schichten der Gesellschaft gekannt und nicht, wie gegenwärtig, von Individuen aus allen Ständen. Um so gesuchter waren solche, mit denen sich die Fremden in ihrer Sprache verständigen konnten.

Es versteht sich von selbst, daß die Franzosen auch den Spielberg besetzten; die Strafgefangenen waren nach Olmütz gebracht worden und die Feste hatte keine Besatzung. Dem ungeachtet verkündete die „Brünner Zeitung,“ als das Organ der Gewaltthaber, etwas pomphöses, der Spielberg sei „mit den Waffen in den Armen“ genommen worden. Am 25. November 1805 marschirten alle Garben aus der Stadt, denn der entscheidende Augenblick

Hatten die Bewohner Brünns ihre Hingebung an die heilige Sache des Vaterlandes schon durch mannigfache Opfer vor dem Kampfe an den Tag gelegt, so eröffnete sich nach dessen unglücklichem Ausgange ein Schauspiel werth der Aufzeichnung ¹⁾. Wir wollen keine Geschichte jener merkwürdigen Tage geben, theilen nur einige Notizen, meist aus der unter dem Einflusse der französischen Machthaber gestandenen brünner Zeitung mit.

einer Schlacht trat immer näher heran. Napoleon blieb daher nur wenige Tage in Brunn; die Neugierde, ihn zu sehen, war bei der Bevölkerung nicht größer, als bei den Soldaten. Wie man merkte, daß er heran ritt, riefen diese: „Seh't, Er kommt!“ und machten die Umgebung auf seine Ankunft aufmerksam. Am 1. Dezember marschirte Bernabotte mit 12,000 Mann durch die Stadt, die nur noch etwa 400 Mann in ihren Mauern behielt; am folgenden Tage verkündete Kanonenbonner dem bangen Brunn die Schlacht bei Austerlitz.

In Dem, was ich früher erzählte, wollte ich einen allgemeinen Umriss vom Einmarsche der Franzosen in Brunn bis zum Tage der Schlacht bei Austerlitz geben. Ich will nun Einzelheiten folgen lassen, welche den Vorkerken eines Mannes (Landesadvokat Dr. Schindler) entnommen sind, welcher erst vor Kurzem in hohem Alter starb und durch seine hohe wissenschaftliche Bildung und seine bürgerliche einflußvolle Stellung in unserer Stadt allgemein bekannt war und der während der Invasion der Franzosen um so mehr in der Lage sein konnte, Manches zu wissen und zu hören, als er der Municipalität als Dolmetscher sehr wesentliche Dienste leistete und überdies mit ausgezeichneten Männern verkehrte. Derselbe sah als Patriot dem Einzuge der Franzosen mit Schmerz und Trauer entgegen. Die Russen waren ihm aber noch weniger willkommen. Einem Freunde am Lande, der in der Gegend von Wischau wohnte, wo sich unsere Armee befand, riet er, in dem Falle zu flüchten, wenn die Russen kämen, da man in Brunn von den groben Ausschweifungen erzähle, die sie auf ihrem Rückzuge begangen. Dieser Brief vom 19. November 1805 ging nicht mehr ab, denn als an diesem Tage ein Piquet der französischen Gre-

¹⁾ 1809 ging durch die rühmliche Thätigkeit des Bürgermeisters Czikan ein Sammlungsbetrag von 14000 fl. von dem Handelsstande, den Fabriksinhabern, der Bürgerschaft und den hier wohnenden Juden zur Unterstützung der Familien der ausrückenden Landwehrmänner ein (Brünner Zeitung Beilage zu Nr. 28).

Die Stadt Brunn bewirthete das 1. Landwehrbataillon des brünner Kreises am 14. März nach dessen mit Feierlichkeit und unter Volksjubel geschehenen Beeidigung (Brünner Zeitung 1809 S. 177). Der Obriste Graf Chorinsky war Bataillons-Kommandant.

Nebst den oben erwähnten 14025 fl. gingen weiter 1792 fl. 14 kr. und 494 fl. 2 kr., dann aus der Einnahme von der Darstellung des vaterländ. Gelegenheitsstückes: Hoch Oesterreich oder der Bund der Treue, welches unter unbeschreiblichem Jubel und mit Begeisterung des Publikums auf dem brünner Theater gegeben wurde, der große Betrag von 4308 fl. 18 kr. ein (eb. S. 274 und 290).

Am 19. April fand die feierliche Weihe der Fahne des 2. brünner Landwehr-Bataillons nach einem auf dem Krautmarke vom Bischofe in Gegenwart der Landesautoritäten und eines zahlreichen Publikums gehaltenen Hochamte und kräftigen Rede statt; darauf folgte die Bewirthung desselben; am 1. Mai marschirte es zur Armee ab (eb. S. 291).

Schon am 30. Mai 1809 dankt das Landespräsidium im Namen des glorreichen Feldherrn Erzherzogs Carl den edelmüthigen Bewohnern Brünns für das zuvorkommende Wohlwollen, mit welchem sie die Blessirten aufnahmen. Als aber nach der heldenmüthigen Schlacht am 22. und 23. Mai die ersten

nabiere à cheval eingerückt war, begaben sich zwei Offiziere sogleich zur Post, nahmen alle Briefe und sperrten das Expeditionslokale. Der Postverwalter mußte mit ihnen fort; der Postenumlauf war ganz unterbrochen.

Eine Sache, die noch heut zu Tage mit Interesse erzählt wird, war das Aufbewahren des Staatseigenthumes durch die Bürger. Diese baten, man möge ihnen gegen Bescheinigung die Vorräthe der Magazine übergeben. Dies geschah und mancher Bürger erhielt dadurch die Gelegenheit, seinen Patriotismus durch Muth und Klugheit zu bewähren. Namentlich wurden Waffen in den Häusern und Kellern versteckt. Indessen konnte das Magazin nicht ganz geleert werden; so fielen den Bäckern nur einige Centner Mehl und der andere Vorrath von 20,000 Et. fiel dem Feinde zu. Eine Kundmachung erschien, welche von Excessen, Unordnungen, einem übel verstandenen Patriotismus warnte und die Bevölkerung aufforderte, sich beim Einmarsche der feindlichen Truppen und während ihres Aufenthaltes in der Stadt ruhig zu verhalten, und weder durch unbehutsame Reden, noch weniger aber durch excessive Handlungen Anlaß zu gegründeten Klagen zu geben.

Dem Prinzen Mürat sollte eine Deputation der Stadt am 19. Nov. entgegen gehen. Diese bestand aus dem Bischofe, Grafen Schrattenbach, dem Grafen Johann Taaffe, Herrn von Hader zu Hart, Appellationsrathe, und dem Bürgermeister Johann Czikan. Sie hatte noch nicht abgespeiset, als das französische Piquet einrückte, und eilte daher dem Prinzen entgegen, kam aber nur bis zur Prager Strasse, von wo sie in Begleitung eines Adjutanten Mürat's zurückkehrte. Dieser empfing sie sodann in seinem Quartiere im Dobbelsstein'schen (Schwarz'schem) Hause, und arbeitete darauf mit seinen Offizieren.

Der Deputation mußte sich Baron Koben angeschlossen haben, denn es wird erzählt, ihn habe ein hoher Offizier, General Duroc, beim Herausgehen im Vorzimmer angehalten und über Mehreres ausgefragt, so auch, wann der Kaiser von Rußland erwartet wurde, und wo er jetzt sein möge; er habe darauf eine sehr schnippische Verbeugung gemacht und den Freiherrn stehen gelassen. Ein Souper auf 30 Personen wurde veranstaltet, das dazu Erforderliche durch Requisition herbeigeschafft.

Die Offiziere, welche Mürat in seinem Gefolge hatte, 24 an der Zahl, waren meist schöne Männer und von stolzer Haltung; mehrere sprachen deutsch. Sie waren voller Lebenslust, denn die ganze Nacht hindurch wurde geschmaust und Kaffee getrunken.

Mürat scheint überhaupt ein Freund einer guten Küche gewesen zu sein und nach Talleyrand, für dessen Haushalt täglich ein Schock Eier geliefert werden mußte, war der Tisch des Ersteren ganz besonders wohl besetzt. Als derselbe am 29. November um 4 Uhr Nachmittags die Stadt verlies, mußte ihm das Essen auf einem eigenen Wagen unter Begleitung hinausgeführt werden. Der Wagen kam den folgenden Tag um 6 Uhr früh zurück. Diese minutöse Thatsache führe ich an, um dabei zu sagen, wie sehr man in der Stadt über Alles im Unklaren war, was draußen geschah. Während Napoleon mit dem Blicke des Genie seine günstige Lage sah und eine der größten Schlachten vorbereitete, glaubte man in Brunn, die Franzosen mußten sich zurückziehen und würden von den Russen hart bedrängt. Als jener Wagen zurückkam, verbreitete sich sogleich die Nachricht, Mürat sei krank, liege auf einem Bund Stroh, sei verwundet, ja sogar gefangen; in der letzteren Nacht sollten 2 bis 3 Regimenter, die in Pröblich waren, ganz aufgerieben worden sein, die Franzosen hätten viel Furcht vor den Kosaken.

Verwundeten nach Brünn gebracht wurden bis dahin wo Tausende einlangten, zeigte sich in Brünn sowohl bei der Aufnahme in die Häuser als bei der Pflege und Wartung der Kranken ein über alle Klassen und Stände der edlen Bewohner Brünn's verbreiteter und in Tausende vervielfältigter Wettseifer, in welch'

Alle Adjutanten Mürats waren fort, dessen sehr unbedeutendes Silber wurde eingepackt, und auch der zurückgebliebene Koch machte Vorbereitungen zur Reise. Indessen man bekam andere Gedanken, als man am selben Tage noch den Wagen mit dem Essen wieder in die Gegend von Posoritz fahren sah.

Mürat war in Brünn populär geworden; ich schließe dies daraus, weil man sich viel um ihn kümmerte. Bald sollte er in Chirlitz, bald in Sololnitz sein. Noch am 1. Dezember und trotz dem, daß für ihn zweimal des Tages gekocht und ihm das Essen hinausgeschickt wurde, wiederholte sich das Gerücht, er sei blessirt oder gefangen, was sich wieder nicht bestätigte.

Kaiser Napoleon war, als er in die Stadt einzog, zunächst von zwei vornehmen jungen Männern, Berthier und Prinz Borghese, und mehreren Generalen begleitet. Eines seiner ersten Geschäfte war die Rekognoscirung der Gegend; er begab sich auf den Spielberg, besah die untern Werke der Stadt und ritt dann gegen Olmütz zu. Die Gardegrenadiere zu Pferd gingen ihm voran, jene der Mameluken hinten nach. Der Leibmameluk war dicht hinter dem Kaiser. In dieser Weise sah man ihn auf seinem Schimmel während seines Aufenthaltes in Brünn meist über den Platz zum Juden- jetzt Ferdinands-thore, oder durch die Altfröblichergasse zum Bräunertthore reiten.

Am Sonntag den 24. November ließ Napoleon bei St. Thomas um 12 Uhr eine Messe lesen. Vor- und Nachmittags war Musterung der Gardes, dieser schönsten Soldaten, die man sehen konnte. In der Stadt hielten sie täglich von 10 bis 12 Uhr Parade. An großen militärischen Schauspielen fehlte es überhaupt nicht; eines der imposantesten war jenes am 27. November; zwischen Juliendorf und Czernowitz war Alles, was an Militär um Brünn herumlag, aufgestellt. Der Kaiser besah die Truppen nach 12 Uhr. Bei solchen Gelegenheiten sah man Napoleon, den Soldatenkaiser, in seinem Ruhme, in seiner Machtentfaltung, in seinem wunderbaren Einflusse auf die Armee. Die großen Intelligenzen derselben, die Marschälle und Generale und die Großwürdenträger, ebenso wie die Männer verschiedener Sprachen und Länder, welche seinen Abtörn folgten, unterwarfen sich seinem Genie; sie lebten in den Strahlen desselben, wie die Pflanzen in jenen der Sonne, wie die Farben im Lichte. Jeder fühlte durch ihn seine Kraft gehoben und zu einem festen hohen Ziele geführt; von ihm erhielt er die Bestimmung, eine höhere Aufgabe, die Verwendung, die Befriedigung seines ganzen Wesens. Die Worte, welche der kleine Korporal sprach, waren glühend und das Innerste entzündend. Aber diesen zauberischen Einfluß übte Napoleon nicht minder auf seine Gegner. Er war der Feind unseres Vaterlandes, auf das er seine eiserne Hand drückte; man mußte gegen seine Gewalt sein, und seine Gewaltthaten verdammen; den mächtigen Geist, welcher mit jeder Stunde neue Typen in die Weltgeschichte grub, war man genöthigt, zu bewundern. Deshalb suchte in Brünn Jedermann die Gelegenheit auf, ihn zu sehen. Mein Gewährsmann sah ihn mit seiner Familie recht gut, lange und wiederholt am Fenster des Statthaltereigebäudes; er sah gut, nur etwas blaß und fett, aus und hatte einen ernsten, in sich gekehrten Blick. Er hatte eine dunkelgrüne Uniform mit rothen Aufschlägen, goldenen Epauletts und 2 Sterne an der Brust. Bekanntlich war Napoleon klein und wohlbeleibt. Er sah dem Baron Locella sehr ähnlich.

rührendem Schauspieler insbesondere das schöne Geschlecht, Bürgerfrauen, Bürgermädchen und Töchter ansehnlicher Beamten, durch die thätigste Mitwirkung und sich aufopfernde liebevolle Hilfeleistung selbst in den Spitälern sich ein ruhmvolles Blatt aus dem unverwelklichen Ehrenkranz der Nächstenliebe und des Patriotismus.

Dieser Freiherr, welcher die Ehre hatte, im Aeußern einige Aehnlichkeit mit Napoleon zu haben, war dazumal in Brunn eine allgemein bekannte Persönlichkeit; er besaß zwei Häuser, eines beim Fröhlichertthore, das jetzige Beil'sche, und das zweite in der Jakobergasse, das vor Kurzem Dr. Alée gehörte.

Am 24. November Abends waren der General Spulai, Obrist Graf Hardeg und der Minister Stadion in Brunn bei Prinz Mürat angekommen; am folgenden Tage waren sie beim Kaiser, welcher den ganzen Tag bei Hause war und meistens auf und abging; man konnte ihn fast immer am Fenster sehen. Er sprach sehr lebhaft mit General Spulai, welcher dann mit dem Minister Stadion nach Wien abreiste. Als Napoleon die Justizstellen vorgestellt wurden, setzte er den Herrn, welcher an ihrer Spitze stand, durch die Frage in Verlegenheit: *Vous avez la goutte?* (Sie haben das Zipperlein?) weil er sammtene Stiefeln trug. Die weitere Frage war: *Avez vous aussi un tribunal de cassation?* (Haben Sie auch ein Cassationsgericht?) Als dieß verneint wurde, erkundigte er sich weiter: *Quelles sont donc les affaires de l'appellation?* (Was sind die Geschäfte der Appellation?) und als gesagt wurde: Die Criminal- und Civilprozesse zu beurtheilen, ob sie den Formen und den Gesetzen gemäß seien, bemerkte der Kaiser: *C'est que fait le tribunal de cassation?* (was der Cassationshof thut). — Den Landrechtspräsidenten frug er, von welchem Jahre die Landesordnung wäre und weil die Antwort nicht sogleich erfolgte, in wie weit das römische Recht noch Anwendung habe, besonders beim Pflichttheil? — Die Antworten sollen nicht befriedigend gewesen sein. Der Mann, welchem der Code Napoleon nicht geringeren Ruhm brachte, als die Siege, konnte leicht durch seine Fragen und die Größe seiner Persönlichkeit einige Verlegenheiten bereiten.

Die Franzosen folgten dem Beispiele des Kaisers, indem sie sich genau über Alles und Jedes zu unterrichten suchten. So wollte ein Commissär bei einem wohl unterrichteten Manne unserer Stadt sich eine Information über Dies und Jenes und namentlich über Staatseinkünfte, die Verhältnisse Mährens und dergleichen einholen. Dieser sagte ihm allgemeine Sachen und vermied jedes Detail. Der Franzose ward unwillig und verließ ihn mit der Bemerkung, das, was er eben erfahren, wäre umständlicher im Schwop (Topographie von Mähren) enthalten.

Es wird uns nicht Wunder nehmen, wenn wir die Einwohnerschaft Brunn über das, was unter ihren Augen vorging, in Bestürzung finden. Ein Ereigniß folgte dem andern; eines mehr als das andere die Phantasie anregend, eines mehr als das andere gewichtiger. Die Durchzüge des französischen Militärs nahmen kein Ende. So waren am 21. November viele Soldaten beim Juden- und beim Neuthor eingerückt und schon kamen blessirte Russen und Franzosen und auch unsere Soldaten als Gefangene an. Zugleich wurden bei 100 Kanonen und Munitionskarren zum Judenthor herein und zum Brünnerthore nach Altbrunn geführt. Der Anblick der ersten Verwundeten vermehrte die düstere Stimmung und es that unendlich weh, die Soldaten des Vaterlandes auf eigenem Boden gefangen zu wissen.

Viel zu schaffen machte der Spielberg. In den Tagen, wo Alles in Bewegung steht, sieht der Einzelne nur das ihm Nächste und nur schwer erhält er einen Ueberblick über den Zusammenhang des Ganzen. Um so drückender das Gefühl, weil das klare An-

thumus pflüchten. Auch thaten sich die barmherzigen Brüder und ihr ehrwürdiger Prior Alphons Pfannkuchen durch rastlose ärztliche Hilfeleistung hervor. Im Königinflöster befand sich ein Spital für mehrere Hunderte (Brünner Zeitung 1809 S. 377 und 378).

schauen der Dinge fehlt. Es hieß, auf den Spielberg seien am 21. November 1000 Mann gelegt, und an diesem und am folgenden Tage Kanonen aufgeführt worden. Das wurde auf einen Rückzug der französischen Armee gedeutet. Als sich diese Sage an diesem und an den folgenden Tagen nicht bestätigte, sollten auf dem Spielberge gar keine Kanonen sein. Mir wurde erzählt, daß die Franzosen eine große Anzahl unserer Kanonen dort vorgefunden und sie weggeführt hätten.

Die Requisitionen wurden für die Stadt sehr drückend. Der Mittelpunkt aller Vorkommnisse in dieser Richtung war das Rathhaus. Von hier leitete der Kommun-Ausschuß alle Angelegenheiten, durch welche die Ansprüche der Franzosen befriedigt werden sollten. Am Anfange gieng am schlimmsten daher. Die Offiziere, welche die Plänkler in die Stadt führten oder ihnen nachfolgten, kamen alle auf das Rathhaus und requirirten Pferde, Tuch und dergleichen. Davon kam es ab, als Rürat eingerückt war. Die Verpflichtung, welche den Einwohnern auferlegt wurde, zeigt die folgende Kundmachung, welche wörtlich lautete:

Von dem Magistrat der 1. Hauptstadt Brunn wird allgemein kundgemacht, daß alle städtisch- und vorstädtische Einwohner, bei welchen die 1. französische Mannschaft bequartirt, für ihre Unterhaltung zu sorgen haben, und alle Lebensmittel ohne Ausnahme wie auch das Proviand an Hafer und Heu für die Pferde, gegen die von denen kais. französischen Herrn Offiziers auszustellende Bons, welche von Jedermann anzunehmen sind, zu erfolgen sind. Außerdem wird auch allen jenen Insassen, welche kais. Güter bei sich haben, aufgetragen, daß sie solche sogleich dem kais. französischen Kommissär Ordonateur unter selbst eigener schwersten Verantwortlichkeit zu übergeben und abzuführen haben. Brunn am 20. November 1805. In Verhinderung des Hrn. Bürgermeisters: Johann Kurz, ältester Rath.

In unseren Tagen lebten und leben noch Manche, welche dazumal eine strenge und herbe Pflicht erfüllten, indem sie sich als Commissäre zur Herbeischaffung der erforderlichen Gegenstände oder in den Spitälern verwendeten. Der Mangel an Lebensmitteln wurde bei der Anhäufung der Truppenmassen bald ein sehr großer. Commissäre wurden daher in die Gegend von Brunn geschickt um Nahrungsmittel aufzutreiben, was um so schwieriger war, als ringsum die französische Armee lagerte, die, was sie vorfand, für sich nahm. Eine Deputation begab sich daher zum Kaiser, zum Prinzen Rürat und zum Marschall Berthier und bekam tröstliche Versicherungen wegen Verlegung des Militärs. Demungeachtet hatten die Beschwerden wegen Bequartirung und der gestellten Begehren kein Ende. Die Requisitionen besonders für den Spielberg und den Kaiser von Betten, Tischzeug, Victualien zc. waren ohne Zahl. Die Großhändler mußten 9500 fl. auf eine, von Marschall Berthier ausgestellte, in Wien zahlbare Anweisung vorschießen.

Die Franzosen hatten Brunn in ihren Proclamationen als eine „feste Stadt“ — Brunn, place forte — bezeichnet. Dazu wollten sie dieselbe vielleicht machen, als sie am 29. November durch den Magistrat oder die Municipalität 600 Arbeiter requiriren ließen und man an der Ausbesserung der Schanzen bei den Thoren der Stadt und am Spielberge arbeitete. Da und dort wurden Kanonen aufgeführt. Der Fußweg beim Judenthore wurde verrammelt. Alles dieß verursachte eine allgemeine Niedergeschlagenheit, man fürchtete einen Angriff, eine Belagerung, Sturm und Plünderung.

Den Tag darauf war die Bestürzung noch größer. In der Frühe mußten Zimmerleute herbeigeschafft werden, um Gebäude, welche der Defension, der Vertheidigung der Stadt

Der im Namen des Kaisers ausgesprochene wärmste und herzlichste Dank des Generalkommandos (Argenteau als Stellvertreter) konnte wegen der Allgemeinheit der Leistung und der Menge der Wohlthäter nur an das Bewußtsein, die heiligsten Pflichten als Menschen und Staatsbürger erfüllt zu haben, appelliren (16. Juni, eb. S. 401).

hinderlich sein konnten, abzubrechen; es wurde gedroht, dieselben müßten abgebrannt werden, würden sie nicht sogleich demolirt. Besonders die Bewohner der Vorstädte oder der nahe an der Stadt gelegenen Häuser sahen bereits ihre Gebäude dem Feuer oder der Vernichtung Preis gegeben. Wo der Kriegsgott waltet, da müssen die Rechte des Einzelnen weichen. Dennoch glaubte man den Gefahren vorbeugen zu können und zwar durch Absendung einer Deputation.

Die Deputation, welche die Gefahr der Demolirung der Gebäude abwenden sollte, begab sich zu dem neuen Stadtkommandanten Panetier, richtete aber, so einbringlich auch ihre Worte waren, wenig aus. Es wurden die Befehle vorgeschützt, welche der Stadtkommandant zu vollführen habe; man wollte sich darauf an den Marschall Berthier, den Kriegsminister, wenden, welcher jetzt in Raigern wohnte; dieß unterblieb, vielleicht weil des Abends eine Ordonnance des Generals Andreossi kam, welche das Publikum in Etwas beruhigen sollte. Nicht alle Vorstädte würden abgebrochen, hieß es, sondern nur einige Gebäude, welche den Zugang hinderten, und daß überhaupt keine andere Demolition (Schleifung) stattfinden würde, als die im Willen Sr. Majestät des Kaisers liege (*quo sera conforme au vu de Sa Majesté l'empereur en cette ville*). — Uns ist noch das Haus in Erinnerung, welches vor dem Ferdinandsthore an der Stelle einzeln stand, wo jetzt ein offener Platz vor dem Bahnhofe sich ausbreitet. Dieses Gebäude hatte vor Allem abgetragen werden sollen. Da es nicht weit vom Thore stand, konnte es leicht als der Vertheidigung der Stadt hinderlich erscheinen oder beim Einrücken der Belagerer diesen Vortheile gewähren. In der That stand es auf der Liste des die Geniearbeiten leitenden Generals Andreossi. Hundert Dukaten, die für die Erhaltung des Hauses gespendet wurden, verzögerten die Ausführung, dann kam in zwei Tagen die Schlacht bei Austerlitz. Brünn hörte auf, ein Stützpunkt der französischen Armee zu sein und die Abtragung der Häuser unterblieb.

So wenig man in Brünn über die Bewegung der französischen Truppen im Klaren war, so wußte man dennoch, daß in der Nähe Brünns eine große Entscheidung eintreten werde. Es lag dieß gleichsam in der Luft. Die Patrioten wünschten unseren Waffen den Sieg; Furcht und Besorgnisse sprachen aber: Werden die Franzosen besiegt, so wird unsere Stadt ein Schutthaufen. Sie werden sich hier halten wollen und aus Rache oder Nothwendigkeit die Stadt verderben. Die Aufregung der Gemüther sah das Schlimmste kommen. Die Gegenwart gab aber hinlänglich zu schaffen. So mußten in der Nacht vom 29. auf den 30. November 96 Eimer Wein und am letzteren Tage 61 Eimer Brantwein nebst Salz, Hülsenfrüchten u. s. w. für die Truppen herbeigeschafft werden; man wendete emfiger noch als früher Alles an, die Soldaten bei guter Laune zu erhalten, die ihnen auszugehen schien. Am ersten Dezember Morgens 8 1/2 Uhr wurden 50 Holzträger und Tragsessel bei Todesstrafe requirirt, auch wurde bekannt gemacht, alle Pferde zum Rathhause zu stellen; zwar waren diese nur zum Transport bestimmt, sie kamen aber nie wieder zurück.

Ich habe schon erwähnt, daß sich die Bevölkerung und die Franzosen gut vertrugen. Einzelne Exzesse kamen natürlicher Weise vor, wurden aber immer geringer. Die Soldaten wollten Anfangs die Dekonomie plündern, was geschehen wäre, hätte man sie nicht sorgfältig bewacht. Einen guten Eindruck machte der am 24. November erschienene Generalbefehl des Marschall Duroc, daß kein Soldat etwas verkaufen und kein Bürger Kleidungs- oder

Nach der Waffenstillstands-Convention im Lager vor Znaim vom 12. Juli 1809 sollte die Citadelle von Brunn gleich nach Unterzeichnung des Waffenstillstandes geräumt und am 14. an die französische Armee übergeben werden (eb. S. 489).

Einrichtungsstücke, Vieh u. s. w. von ihnen kaufen sollte. In diesen Anordnungen sahen die Bürger Brünns mit Recht einen Schutz gegen Marodeurs und Nachzügler aller Art, deren die beste Armee hat. In dieser Hinsicht hatte Bernabottes Corps, das gegen den 1. Dezember bei Brunn ankam, keinen besonderen Ruf. Ich finde die Worte über dasselbe: „Es ist ein elendes Gefindel dabei, das einem Soldaten nicht gleich steht.“ Das konnte vielleicht übertrieben sein, aber Thatsache ist's, daß man in Brunn so dachte und ich zeichne das auf, was in der Perspektive der Brünner erschien. Ein Irrthum war dazumal leicht verzeihlich, die Posten waren unterbrochen, die Franzosen beobachteten, je näher der Tag von Austerlitz kam, ein um so größeres Stillschweigen; die Zeitung kam nicht heraus und Avortissements (Rundmachungen, Extrablätter) waren die einzige Quelle, aus welchen man die Zeitvorgänge entnahm.

Es ist nicht möglich, das Eigenthümliche des Straßenlebens zu zeichnen, das sich in dieser Zeit entwickelte. Unsere Stadt hatte noch nicht die Ausdehnung, welche sie seitdem erreichte und Alles einen gemüthlichen Charakter. Dazwischen trat nun der eberne Tritt des Soldaten; kaum hatte sich ein Bild des Krieges entwickelt und schon war es durch ein zweites verdrängt. Kanonen, Munitionswagen, Artillerie, die Garben, die Gensd'armen, die Offiziere des Genies, die Generale, die auf- und abzureitenden Adjutanten, die Musterungen und Paraden, in den späteren Tagen der ferne Kanonendonner, die Verwundeten und Gefangenen, die regeren Gespräche, die erhöhte Thätigkeit Aller, der Soldaten und der Bürger, die Brotlieferungen, das Schlachten der Thiere und das Ausschrotten des Fleisches auf offenen Plätzen oder in geräumigen Vorhäusern; Alles dieß und Aehnliches wechselte von Stunde zu Stunde und gab immer neue Figuren und Szenen zu dem großen Gemälde. Brunn war für einige Tage gleichsam der Mittelpunkt der damaligen Welt.

Ich habe bemerkt, daß Brunn in den Tagen, deren Vorgänge ich skizzire, der Mittelpunkt der damaligen Welt war. Es ist dieß keine Uebertreibung. Napoleon war von Sieg zu Sieg gleich dem Adler geflogen, den er zum Sinnbild bei der Armee wählte, um sie an die Kühnheit und den schwunghaften Flug des Königs der Lüfte zu mahnen; er hatte Europa mit seinem Ruhm erfüllt, die Bewegung der gewaltigen französischen Revolution hatte Napoleon, ihr Sohn, geordnet und geregelt und sie gegen die andern Staaten geleitet; halb Europa gehorchte dem Willen Frankreichs und die andere war sein Gegner und mit ihm im Kampfe; Frankreich war aber damals, wo der Kaiser und seine Armee war. Napoleon hatte sein Hauptquartier auf mährischem Boden zuerst in Znaim, dann in Pöhrlitz und endlich in Brunn. Hier residirte er im „Palais imperial de Brunn“ (kaiserlicher Palaß in Brunn) wie das jetzige Statthaltereigebäude in den Bulletins hieß. Mehrere Tagesbefehle aus dem kaiserlichen Hauptquartier in Brunn liegen mir vor. Der verlebte mähr. schl. Landesadvokat J. U. Dr. Schindler hatte sie, nebst anderen Dokumenten und seinen Bemerkungen gesammelt und aufbewahrt; jetzt sind sie ein Eigenthum der historisch-statistischen Sektion. Ihre haben die Ueberschrift: Grand armée — Etat-major-général. (Die große Armee — der Generalstab) und sind gezeichnet von Marschall Berthier. Die Form einer solchen Ordre du jour (Tagesbefehles), der jetzt nach fünfzig Jahren schon der Seltenheit wegen die Neugierde reizt, ist einfach, eben so der Druck, wahrscheinlich aus einer Felddruckerei und datirt im Monate Frimaire des Jahres 14, da bekanntlich die Franzosen in dieser Zeit noch den Revolutionskalender fortführten.

Am 13. Juli um 6 Uhr Abends rückte eine zahlreiche französische Cavalerie in Brunn ein, welche in der Stadt und den Vorstädten bequartiert wurde; Tags darauf kamen mehrere Infanterie-Regimenter, alle diese Truppen vom Armeekorps des Marschalls Herzog von Auerstadt (Davoust), welcher am 18. mit mehreren Divisionsgeneralen und einem zahlreichen Generalstabe anlangte

Solche Tagesbefehle enthielten nebst militärischen und sonstigen Verfügungen zugleich die Tagesgeschichte; sie waren für die Soldaten der *Moutteur*, das *Amtsblatt*, die *Proclamationen*, in welchen die vorzüglichsten Begebenheiten kundgemacht wurden. Es herrscht in vielen jene feste, Kühne, gebrängte Schreibart, welche Napoleon so sehr in der Gewalt hatte, um auf die Gemüther einzuwirken, und der man die Ueberschwenglichkeit des abenteuerlichen Inhaltes nicht ansieht, weil die Thaten ihn laut bezeugten. Der erste Tagesbefehl aus dem kaiserlichen Hauptquartier vom 3. Frimaire des Jahres 14. (24. November 1805) verkündet, daß ganz Tirol durch Marschall Ney erobert sei und daß der rechte Flügel der französischen Armee das adriatische Meer, der linke Böhmen und die Gegend von Mähren, Brunn, berühre.

Dieser in Brunn erschienene Tagesbefehl wurde öffentlich bekannt gemacht und ich finde, daß man seiner als eine Merkwürdigkeit, welche Sensation bei der Bewohnerschaft erregte, öfters erwähnte. Darum verweile ich einen Augenblick bei demselben. „Die Absicht des Kaisers ist, heißt es darin, der Armee einige Augenblicke Ruhe zu gönnen. Die Corpskommandanten mögen sich das zu Nutzen machen, um die Montur und die Fußbekleidung ausbessern zu lassen, die Waffen blank zu machen und das Einreihen der Mannschaft zu bewerkstelligen. Sie werden den Stand der Nachzügler entwerfen, welche ohne einer gesetzlichen Ursache zurückgeblieben sind, sie werden dafür sorgen, den Soldaten das Schmachliche eines solchen Betragens klar zu machen, denn in einer französischen Armee ist es die größte Strafe für Jeden, daß er an den Gefahren und dem Ruhme keinen Theil zu nehmen gewußt hat, und die Schande wird ihm dafür von seinen Kameraden aufgebracht. Wenn endlich solche da sind, welche sich in diesem Falle befinden, so zweifelt der Kaiser nicht, daß sie sich beeilen werden, sich bei der nächsten Affaire unter ihre Fahnen zu schaaren.“

„Nachrichten aus Frankreich besagen, daß alle Conscripten abmarschirt sind, und von allen Seiten eintreffen. Der Kaiser empfiehlt jedem Mann sein Bajonett in Ordnung zu haben, welches immer die Lieblingswaffe des französischen Soldaten sei.“

Aus dem Tagesbefehle vom 4. Frimaire (25. November) erfahren wir, daß der Kaiser mit Mißfallen Unordnungen hinter der Armee gesehen habe; er befiehlt, Militärkommissionen zu errichten und bewegliche Kolonnen zu formiren. Auch wird uns mitgetheilt, ein angeblicher Magazinswächter Namens Aron oder Arens habe sich in das Salzmagazin zu Moll geschlichen und einen Theil zu seinem Nutzen verkauft; es wird befohlen, dies Inbibitum überall, wo man seiner habhaft wird, zu verhaften und den Tribunalen zu überliefern.

Im Tagesbefehle vom 26. November wird eine Etappenordnung vorgeschrieben: von Wien nach Brunn waren Marschstationen in Stammersdorf, Gaunersdorf, Poisdorf und Mariabühl u. s. w. Dies mag genügen, um den Stoff dieses geschichtlichen Beweisstückes anzudeuten. Ich werde später Gelegenheit haben, die Proclamationen des Kaisers Napoleon von „unserem kaiserlichen Schlachtfelde von Austerlitz“ zu berühren.

Indessen waren diese Schriftstücke nur für die Armee bestimmt; die Pläne, welche Napoleon zur Festsetzung seiner Gewaltherrschaft während seines Aufenthaltes in Brunn in

und seine Wohnung im Landhause nahm. Seit dieser Zeit dauerten die Märsche der französischen Truppen durch die Stadt und die Einquartirungen daselbst fort. Der Feind benahm sich gut (mit Ausnahme der deutschen Hilfsstruppen, der Baiern, Würtemberger, Badner). Seit dem 18. Juli zog ein Theil der Truppen in die Kasernen. Der Spielberg wurde besetzt. Die Communication mit Wien war offen (eb. S. 473).

sich getragen haben mag, seine Entwürfe zur Schlacht, seine Verhandlungen mit den Abgesandten der ihm gegenüberstehenden Monarchen, diese stete Thätigkeit seines Genies fühlte Europa später und hart genug.

2. Während und nach der Schlacht von Austerlitz.

In den französischen Berken, welche über die große Schlacht von Austerlitz berichten, wird mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß Napoleon seine Gegner über seine Stellung zu täuschen gesucht und dieselben habe glauben machen wollen, er selbst halte seine Armee für gefährdet; seine Feinde hätten diese Kriegslust nicht vermutet und so habe er sie auf das Terrain gelockt, welches er zur Schlacht ausersehen. Am ersten Dezember 1805 konnte er seinen versammelten Marschällen die feindlichen Linien mit den stolzen Worten zeigen: „Die Armee ist mein.“

Die Manövers, welche Napoleon fortwährend seine Truppen ausführen ließ, mußten die Bewohner Brünns in einer völligen Ungewißheit über die Stellungen derselben erhalten; auch ihre Stärke wußte man nicht. Es wurde angenommen, die Franzosen seien nicht so stark, als sie sich ausgegeben, „ihr ewiges Aufstellen und Hin- und Hermarschiren sollte wahrscheinlich ihre Anzahl verbergen.“ Inzwischen verließen nach und nach die Garben unsere Stadt. Am 28. November war die Garde zu Pferd ausmarschirt und gegen Posoritz gezogen, um drei Uhr Nachmittags wurden die Garben zu Fuß auf den Platz gestellt; sie blieben da bis 7 Uhr. Viele reitende Offiziere gingen auf und zu. Die Garben schlossen noch in Brunn, traten aber am folgenden Tage bereits um 3 Uhr Morgens ins Gewehr und marschirten gegen Olmütz. Die Truppen von Morbes, Gerspitz u. s. w. verfolgten denselben Weg; andere marschirten beim Judenthor vorbei und noch andere nahmen von 7 bis 9 Uhr den Weg durch die Stadt. Kanonen und Munitionswagen zogen bei der Stadt vorüber in der Richtung nach Wischau. Es sollte dieß die Vereinigung mit Bernabotte sein. Den ganzen Tag über sah man einzelne Soldaten, Marobeurs, Chirurgen die Olmützerstraße hinausziehen.

An diesem Tage, dem 29. November, war, wie angenommen wurde, auf dem zweiten lateiner Berge bis in die Gegend von Sokolnitz das wahrscheinlich letzte Treffen der französischen Armee; auch sah man in der Ferne Rauchwolken aufsteigen, die man als Folge der Kanonen- und Gewehrschüsse hielt. Als der Kaiser am 28. Abends 8 1/2 Uhr von Brunn abreiste, sagten Einige, er sei nach Wien, Andere, er sei zur Armee abgegangen. Am 30. November wußte man ihn in Raigern. Man hörte den ganzen Tag kanoniren. Während am Tage vorher Nachmittags die Russen in Adamsthal waren, schien es, als wolle die französische Armee ihre Stellung mehr gegen Raigern zu nehmen; so viel als das neblichte Wetter zu urtheilen erlaubte, war die Kanonade zwei Stunden von Brunn, also in der Gegend von Posoritz. Einige wollten auch Kleingewehrfeuer gehört haben. Strenge Stille herrschte über diese Vorgänge.

Am 1. Dezember zogen zwischen 5 und 6 Uhr früh zwei französische Kavallerie-Regimenter über den großen Platz zum Fröhlicherthor hinaus. Bernabottes Armee kam

Am 14. Juli wurde der Auditeur im Staatsrathe Petit Beauverger zum Intendanten der von den französischen Truppen besetzten Theile von Mähren; mit Ausnahme des Znaimer Kreises, mit dem Siege zu Brünn ernannt (eb. S. 541).

Am 23. Juli war ein Hochamt bei St. Thomas; die Besatzung lag in den Kasernen und wurde täglich in den Waffen geübt (eb. S. 484).

über die Pragerstrasse und ging über Gerspitz und zum Theil über die Kröna auf Luras und die Pinbulla zu. Man hielt sie nicht viel über 10,000 Mann stark. Ich habe schon früher erwähnt, daß man ihren sittlichen Werth nicht besonders hoch anschlug. Die Kanonenschüsse waren seltener und nur schwach zu hören. Die Russen hatten sich also, nach der Meinung in Brünn, im Centrum zurückgezogen. Man wollte ganz verläßlich wissen, daß sie aus dem Adamsthal in Raib erwartet wurden. Dann glaubte man sonderbarer Weise, die Russen seien in Znaim. „Wäre dieß der Fall,“ schreibt mein Gewährsmann, „und wären sie stark genug, so könnten sie die Brücken bei Wien zerstören und dann wäre Napoleon — umgangen — eingeschlossen.“ Abends kamen mehrere gefüllte Munitionswagen von der Schwabengasse, aus den Pulverthürmen herab und fuhren gegen Wischau zu.

In der Stadt wurde es stiller und stiller, und unheimlicher; draußen aber im Lager brannten festlich die Feuer der Grenadiere am Vorabende der Krönungsfeier ihres Kaisers.

Napoleon wollte am Abende des 1. Dezember zu Fuß und unerkannt alle Bivouacs besuchen; kaum hatte er aber einige Schritte gemacht, so wurde er erkannt. Es wäre unmöglich, den Enthusiasmus der Soldaten bei seinem Anblicke zu beschreiben. Aufsgleich wurden brennende Strohkränze auf zahllosen Stangen in die Höhe gehalten und 60,000 Mann stellten sich vor den Kaiser und begrüßten ihn mit ihrem Jubelgeschrei, die einen, um den Jahrestag seiner Krönung feierlichst zu bezeichnen, die andern sagend, die Armee werde morgen dem Kaiser das Angebinde darbringen. Einer der ältesten Grenadiere näherte sich ihm und sprach:

„Sire! Du wirst nicht nöthig haben, Dich auszusetzen; ich verspreche Dir im Namen der Grenadiere der Armee, daß Du nur mit den Augen zu kämpfen brauchen wirst, und daß wir Dir morgen die Fahnen und die Artillerie der russischen Armee bringen werden, um den Jahrestag Deiner Krönung zu feiern.“

Der Kaiser sagte, als er in sein Bivouac, welches aus einer schlechten Strohbiltte ohne Dach, die ihm die Grenadiere gemacht hatten, bestand, zurückgekehrt war:

„Das ist der schönste Abend meines Lebens, aber ich fühle tiefes Bedauern bei dem Gedanken, daß ich eine gute Anzahl dieser wackeren Leute verlieren werde. Der Schmerz, den ich darum empfinde, sagt mir, daß sie in der That meine Kinder sind, und ich werfe mir dieses Gefühl in Wahrheit manches Mal vor, denn ich besorge, daß es mich zum Kriegsführen untüchtig machen werde.“

Während man in der Stadt eine bange Nacht durchbrachte und während die Patrioten in tiefster Seele verletzt waren, verletzt sein mußten, daß der Feind unseres Vaterlandes hier auf unserem Boden stand, traf draußen in der Nähe Brünns Napoleon alle seine Verfügungen zur Schlacht. Um ein Uhr des Morgens des 2. Dezember stieg er zu Pferde, um die Posten zu besuchen, die Wachtfeuer der Bivouacs zu recognosciren und sich von den Feldwachen Bericht erstatten zu lassen, was sie eben von den Bewegungen der Russen gehört haben möchten. Der Tag des 2. Dezember brach an. Strahlend erhob sich die Sonne — die Sonne von Austerlitz. — Der Kaiser, umgeben von seinen Marschällen, wartete, um die letzten Befehle zu ertheilen, bis sich der Horizont vollkommen aufgehellte

Mit dem Tagesbefehl vom 22. Juli bestimmte Davoust die Tafelgelber aller Generale und Officiere zur Beseitigung von Streitigkeiten mit den Quartiergebern (eb. S. 489).

Ein der Nothjucht und des Mordes überführter französischer Soldat wurde auf der Schanze am Spielberge erschossen.

hatte. Beim ersten Sonnenstrahl wurden die Befehle gegeben und jeder Marschall sprengte in vollem Jagen zu seinem Corps. Die Schlacht wurde geschlagen.

Der zweite Dezember 1805 war für Brunn ein fürchterlicher Tag. Schon um 8 Uhr hörte man deutlich und unausgesetzt kanoniren. Die Männer, welche höher an das Vaterland dachten, zitterten im Innersten vor Schmerz, in der Erwartung, in der Hoffnung; sie flehten um den Sieg für unsere Waffen, sie waren betrübt, als sie von dem Uebermuth der russischen Heerführer hörten, sie waren erschüttert von dem Gedanken, daß die Söhne des Landes mit ihrem Blute den mährischen Boden tränken sollten; Jene aber, die nur für den Augenblick sorgten und nur für sich und ihr Hab und Gut fürchteten, diese horchten mit gespanntem Geiste von den Stadtwällen und berechneten in Angst und Hoffnung den Ausgang des Tages.

Den Kanonenbonner vernahm man den ganzen Tag bis 4 Uhr Abends. Die in der Stadt befindliche Bagage machte Anstalten zum Abfahren. Aber schon um die Mittagszeit wurde ein russischer General stark verwundet mit drei Soldaten in die Stadt gebracht. Das Blut floß aus dem Wagen, auf welchem dieselben lagen. Die Neugierde trieb an, von den Erhöhungen der Stadt, wenn möglich, der Entwicklung auf dem Schlachtfelde zu folgen. Mein Gewährsmann sah vom Dietrichstein'schen Hause die Linien der Kanonen, der russischen in der Gegend des Augesber Berges, der französischen auf dem Berge gegen Hostiehrädel und Mönitz; die Armeen hielten diese Posten sehr lange. Die Franzosen beschreiben den 2. Dezember als einen sehr schönen Tag des Spätherbstes, aber den ganzen Tag herrschte Nebel und hinderte von der Stadt aus etwas von den Truppen, außer einigen kleinen Abtheilungen zu sehen, wiewol man das Blitzen der Kanonen durch ein Fernglas recht gut bemerken konnte.

Im Laufe des ganzen Nachmittags kamen österreichische gefangene, kessirte und französische verwundete Offiziere an, welche Quartier begehrten. Gegen 5 Uhr kamen erst bei 500 unserer und später bei 2 bis 3000 Mann russischer Gefangener nebst 12 bis 20 Kanonen an. Auch eine russische Esstabelle wurde eingebracht.

Im Laufe des Tages trat in der Stadt ein Zwischenfall ein, der von der Aufregung deutlich spricht, in welcher sich die Stadt befand und welcher leicht für viele hätte verderblich werden können. Einige Bürger faßten in zu großer Besorgniß den Gedanken, mit geladenen Gewehren zu erscheinen und im Falle einer Plünderung sich zu vertheidigen. Die Sache wurde dem Hofrath Baron Roden hinterbracht, er ließ die Urheber des Planes kommen und redete ihnen in ernstlichen Worten ihr Vorhaben aus.

Um 7 Uhr Abends — am 2. Dezember, dem Tage der Schlacht, einem Montage — kamen noch mehrere Kanonen und Gefangene, deren Zahl sich aber bei der Dunkelheit der Nacht nicht bestimmen ließ; es konnten ihrer an 1000 Mann gewesen sein. Um 8 1/2 Uhr führte man wenigstens 2000 Gefangene herein.

Der Abend dieses Tages, dessen jede Stunde die Bewohner Brünns in fieberhafter Spannung erhielt, brachte die Gewißheit über den Erfolg der Schlacht. Am Kalvarienberge — dem jetzigen Franzensberge — waren die meisten Neugierigen versammelt, welche hinaus spähten, um von derselben etwas zu sehen; aber sehr oft sahen sie zum Spielberge hinauf, denn dort war die Lärmanone gegen die Neugasse zu gerichtet, welche einen etwai-

Den 15. August, den Geburts- und Namenstag des französischen Kaisers, beging das 3. Armeekorps feierlich durch Hochamt, Parade, eine Tafel von 350 Gedecken im schön eingerichteten Augarten unter einem militärisch verzierten großen Zelte, durch eine sehr geschmackvolle Illumination, ein schönes Feuerwerk und einen Ball, bei welchem der Ruf der Liebenswürdigkeit und Schönheit der brünner Damen in hohem Grade Anerkennung fand (eb. S. 539 und 540).

gen Rückzug der Franzosen und daher den Verlust der Schlacht verkünden sollte. Beim Don Juan auf der kleinen Neugasse standen die französischen Geschütze, welche beim ersten Pärmschuße der Kanone vom Spielberge, über die kleine Neugasse und den Hohlweg zu fahren und die Richtung gegen Znaim innezuhalten hatten.

Am folgenden Tage Morgens hörte man nur wenige und weit entfernte Kanonen. Gerüchte über Gerüchte kamen vom Schlachtfelde. Darin waren sie alle einig, daß die Schlacht viel mehr Blut, als jene von Marengo gekostet habe und daß der Verlust von beiden Seiten sehr beträchtlich sei. Man war auch Anfangs der Meinung, daß damit noch nicht Alles entschieden sei, weil die Russen, wie man glaubte, ihre besetzten Positionen einnahmen und daher noch eine Schlacht gewonnen werden müßte, ehe es zur Belagerung von Olmütz käme. Indessen erfuhr man, daß das französische Hauptquartier an diesem Tage in Austerlitz war und als ein Zeichen des vollständigen Sieges nahm man an, weil die Arbeiten zur Befestigung Brünns schwächer betrieben wurden. Das an diesem Tage erschienene Manifest Napoleons, datirt: De notre Camp Imperial d'Austerlitz le 12 Frimaire an 14 (von unserem kaiserlichen Schlachtfelde von Austerlitz am 3. Dezember 1805) und gezeichnet Napoleon — Par ordre de l'Empereur Le Major-General Marl. Berthier, hatte über den verhängnißvollen Tag vollständig unterrichtet. Diese Ansprache an die Armee ist berühmt und da sich unter den Dokumenten, welche mir, wie ich schon berichtet, zur Ansicht und zur Benützung vorliegen, ein Abdruck aus der Feldpresse von Austerlitz vorfindet, so darf ich einige Augenblicke dabei verweilen, ehe ich die geehrten Leser zu den traurigen Scenen führe, die man jetzt in Brunn hatte.

Soldats — Je suis content de vous! Ich bin mit Euch zufrieden; so beginnt die Beglückwünschung Napoleons, „Ihr habt am Tage von Austerlitz Alles gerechtfertigt, was ich von Eurer Unerfrockenheit erwartete, Ihr habt Eure Adler mit einem unsterblichen Ruhm geschmückt. Eine Armee von 100,000 Mann war in weniger als 4 Stunden zersprengt oder zerstreut, das, was Eurem Schwerte entfloß, ertrank in den Seen; 40 Fahnen, die Fahnen der 1. russischen Garde, 120 Kanonen, 20 Generale, mehr als 30,000 Gefangene sind das Resultat dieses denkwürdigen Tages“ u. s. w. Er schließt mit den Worten: Ich werde Euch nach Frankreich führen, dort werdet Ihr der Gegenstand meiner liebevollsten Sorge sein; mein Volk wird Euch mit Freude empfangen; so oft Ihr sagen werdet: „Ich war bei der Schlacht von Austerlitz,“ wird man antworten: „Siehe da, ein tapferer Soldat!“ — Das dreißigste Bulletin erzählte diese 40ste Schlacht Napoleons, es ist, wie die Ansprache auf dem Schlachtfelde nicht ohne große Uebertreibungen; diese zwingen uns ein Rächeln ab, wenn darin die Teiche in unserer Nähe große Seen genannt werden, in welche 20,000 Mann gestürzt und ertrunken sein sollten. Nicht (Ein) Tausend Mann gingen in dieser Weise zu Grunde (S. darüber österr. Archiv 1832 Nr. 52 und Eder's Seelowitz, Brunn 1859 S. 123).

In den Straßen Brünns wurde es von Stunde zu Stunde lebhafter, aber welchen schmerzlichen Anblick hatte man allüberall! Vom Schlachtfeld, das ein gräuliches, unbe-

Am 26. August wurde ein Bauer angeblich wegen eines an einem französischen Sergeant begangenen Mordmordes erschossen (eb. S. 563).

Am frühen Morgen (um 5 Uhr) des 16. Septembers traf unter Kanonendonner Napoleon in Brünn ein und stieg, wie 1805, im Landhause ab.

schreibliches Schauspiel darbot, führte und trug man die Gefangenen und die Verwundeten zur Stadt. Es kamen viele gefangene Russen und auch einige kaiserliche Soldaten an. Von den ersteren waren die meisten bleßirt, aber die wenigsten verbunden; sie waren mit Blut bedeckt, oft ohne Kopfbedeckung. Dazu kam die außerordentliche Menge der verwundeten Franzosen; die leichter Verwundeten schlichen herum, die höheren Offiziere und die schwer Verwundeten wurden auf Bahren getragen. In der Einquartirung der Gefangenen und zu ihrer Erhaltung waren natürlicher Weise keine Anstalten gemacht; sie wurden am Spielberge, in der Dominikaner-, der Garnisons- und der Domkirche einquartirt; in's Gymnasium kamen 1000 Mann; als der Spielberg überfüllt war, lagerten sie in den Wallgräben der Stadt, wo in der Nacht mächtige Feuer aufstiegen, bei welchem sie sich wärmten. In der Oekonomie-Kommission befanden sich unsere, österreichische Soldaten. Die Russen sprachen mit aus den Fenstern an Schnüren von Leinwand, Tuch u. dgl. herabgelassenen Töpfen, Mützen u. s. w. die Vorübergehenden an; man gab ihnen Brot und Suppe, sie wollten dafür bezahlen. Die verwundeten Franzosen mußten, aus leicht begreiflichen Ursachen, besser unterbracht werden, als die Gefangenen. Es wurde viel Essig requirirt und derselbe mangelte bald gänzlich; eben so wurde aller Wein der Stadt für die Spitäler genommen.

Am großen Platze standen 19 montirte und 4 demontirte Kanonen der Russen; andere sollten noch in die Stadt kommen und es mußten dazu Pferde herbeigeschafft werden. Hatte man beim Einzuge der Franzosen in Brünn alle Hände voll zu thun, um die eingerückten Truppen zu versorgen, so war jetzt die Municipalität in noch größerer Thätigkeit und noch größerem Gedränge.

Jetzt erst begannen die Lieferungen nach allen Seiten hin. Aber Kuh- und Schöpfenfleisch, Gemüse, war schon unzureichend und sogar an Getreide und Mehl fehlte es, weßwegen an diesem Tage — dem 3. Dezember — die umliegenden Dominien mit Allem beisteuern mußten, was sie noch besaßen. An Fourage wußte man gar nichts mehr anzubringen. Die Aussichten für die kommenden Tage waren höchst traurig. Der menschenfreundliche Sinn der Bewohner Brünns zeigte sich in diesen Tagen einer schweren Prüfung in seinem größten Glanze. Man gab den Verwundeten und den Gefangenen, was man hatte; es wurden überall Suppe und andere nahrhafte Speisen bereitet, welche man den Leidenden und Unglücklichen zutrug. Man wird unsere Großmütter haben erzählen hören, wie sie hilfreich und milthätig in die Wallgräben die Speisen tragen ließen und mit welcher Gier die Erschöpften dieselben verzehrten. —

Die Bagage und die Leute des Prinzen Milrat waren bis zu diesem Tage in Brünn geblieben, welches sie jetzt um die Mittagstunde verließen und gegen Wischau fuhren. Daraus folgerte man, daß die Franzosen gegen Olmütz vorrückten.

Am 4. Dezember kamen fort und fort Verwundete an, die größere Anzahl derselben bildeten Franzosen. Mehrere Spitäler wurden für die letzteren sogleich, besonders in der neuen Kaserne, errichtet, aber es konnten nicht alle unterbracht werden. Die Stadt mußte ohne Zögern alle Einrichtungen für die Spitäler schaffen. Für die bleßirten Russen, die in den genannten Kirchen, im Schulgebäude, dann in der Taberne (Theater) einquartirt waren, geschah für den Augenblick nichts, oder konnte nichts geschehen. Sie waren, um den gewöhnlichen Ausdruck zu brauchen, wie Häringe auf einander gelegt worden. Die Fol-

Schon um 9 Uhr begab er sich zu Pferde mit den Marschällen Fürsten von Neuchâtel (Berthier) und Edmühl (Davoust) und einer Anzahl Generalen und Officiern auf den Spielberg, von wo er mit eben dieser Begleitung zu Pferde zum Thore hinauspassirte und erst gegen 6 Uhr Abends zu Wagen wieder zurückkam¹⁾.

gen zeigten sich schnell. Die Leute standen bis an die Knöchel im Unrath. Geplagt von Hunger und Durst und in den furchtbaren Ausdünstungen, trugen die Physiognomien bald den Ausdruck des höchsten Schmerzes, bald der tiefsten Erschlaffung. Das Elend war unbeschreiblich. Denken wir uns dazu die Wunden, welche durch ihre Verwahrlosung größer und schmerzhafter wurden, die Erschöpfung, welche nach einer Schlacht einzutreten pflegt und die Lebensgeister niederbrückt, die dadurch verzerrten Mienen, die Verzweiflung der Einen, die gänzliche Theilnahmslosigkeit der Andern! Wir haben Männer, welche die Gestalten und die Szenen sahen, die Versicherung gegeben, daß sie lange noch, als unsere Stadt wieder ihren stillen und friedlichen Charakter annahm, nur mit Schauer an den Gebäuden vorübergehen konnten, wo sie die schrecklichen Folgen des Krieges gesehen haben. Stellen wir uns weiters vor, daß man Leute zusammenpferchte, welche einander früher nicht gesehen und deren berbe Natur rücksichtslos nur sich beachtete, abgesehen von dem Umstande, daß in solchen Tagen der Trieb der Selbsterhaltung jede andere Rücksicht für einen Zweiten erstickt.

In die Mützen, Uzakos und Helme, welche die Gefangenen durch die Fenster herabließen, hatte man zwar Brod, Suppe, Obst eingefüllt, allein das konnte für so Viele

¹⁾ Ueber das angebliche Attentat auf Napoleon an diesem Tage (welches, aus der Abend-Zeitung von 1830 Nr. 130, Schneidawind in den Jahrbüchern der Geschichte und Politik, April 1845 S. 340 — 2 bespricht) erzählt August Ulrich (Verfasser des Werkes: „Die Ungarn wie sie sind, neue Genre-Bilder aus Oesterreich und den verwandten Ländern.“ Gedruckt ist die Erzählung im „Berliner Gesellschafter, August 1832, im Artikel „Mähren“) Folgendes: Es war ungefähr in den ersten Tagen des Sept. 1809, als Napoleon nach Brunn kam, um Revue über das Corps des Marschalls Davoust zu halten. Eines Morgens, als er den Spielberg besah, bestimmte der Geselle eines Zirkelschmiedes das Schicksal der Welt. In einem der Häuser an der Anhöhe zum Spielberge wohnte nämlich ein Zirkelschmied. Unter seinen Gesellen befand sich auch ein Tyroler, ein fleißiger Arbeiter und wackerer Mann, aber wie seine Landsleute ein Todfeind Napoleons und der Franzosen.

Am Morgen, an welchem dieser auf den Spielberg ritt, vermißte man den Tyroler in der Werkstätte; obwohl es ungewöhnlich war, fiel es doch Niemanden ein, Arges zu denken. Eben als man von dem Tyroler sprach, trat der Lehrlinge in die Werkstätte und versicherte, daß er ihn vor kurzem am Fenster des Dachbodens gesehen habe. Dieß erregte Neugierde und der Meister stieg unter das Dach, um nachzusehen; da kniete der Tyroler am Dachfenster, ein Gewehr mit gespanntem Hahn vor sich, den Blick nach dem Wege gerichtet, auf welchem Napoleon kommen mußte.

Da das Haus am Abhange der Anhöhe, folglich etwas tiefer als das Thor stand, so würde der Kaiser zu Pferde in dem Augenblicke, wo er sich dem Thore nähete, beinahe in einer Linie mit dem Dachfenster und in so geringer Entfernung gewesen sein, daß kaum irgend ein Schülze — am wenigsten ein Tyroler, sein Ziel verfehlt haben würde.

Am 17. wurden die Deputirten der Stände und der Bürgerschaft vorge-
lassen, dann hielt der Kaiser auf dem Schlachtfelde von Austerlitz über das 3.
Armee-corps Heerschau, am 16. und 17. war die ganze Stadt beleuchtet,
Tausende wogten auf den Strassen, um den Kaiser zu sehen, am 18. Früh
reiste er ab (eb. S. 611).

nicht anreichen. Da machten wohlthätige Menschen, deren Herz in der allgemeinen Be-
drängniß dennoch für das Unglück schlug, den Plan, Speisen und noch besser Naturalien
zusammenzutragen, welche die Klosterfrauen bei St. Josef zubereiten sollten, um sie den
Gefangenen genügender und ausgiebiger reichen zu können; ein Individuum des Magistrats
sollte die Vertheilung besorgen und durch Stadtarrestanten hintragen lassen. Dieß geschah
und bewies sich entsprechend der edlen Absicht, aus welcher diese Maßregel hervorging; aber
freilich reichte die Wohlthat derselben bei der so großen Menge der Gefangenen nicht aus.
Viele von ihnen starben in der Nacht und von den verwundeten Franzosen waren zu glei-
cher Zeit beinahe 200 des Todes. Der Todesengel mähte mächtig mit seiner Sichel; der
Sieg geht nur über Leichen und auf dem Sockel der Siegesgöttin, die ihr Schwert begei-
stert und jauchzend zum ruhigen blauen Himmel schwingt, sind nicht blos Fahnen, Kanonen-
kugeln, Schwerter und Gewehre, sondern auch die Leiber der Menschen mit den klaffenden,
ellen Wunden, mit dem Tode im verzerrten, blassen Angesichte.

Es ist nicht angenehm, aus der Nachtseite des Lebens die Szenen zu enthüllen und
nur mit Widerstreben bezeichne ich den Gang der Ereignisse in diesen düstern Tagen.

Requirirt wurden am 4. Dezember: Branntwein, Hafer und Heu, Schlosser- und
Tischlerarbeiten für den ärarischen Schoppen, welcher dazumal bei der Schwabengasse stand,

Wenige Minuten, nachdem der lebende Meister den Schützen entwaффnet hatte,
ritt Napoleon die Anhöhe heran.

So weit erzählt Ulrich. Das Ganze beruht nur auf einem Gerüchte, welches über-
dies, wie noch lebende verlässliche Zeitgenossen versichern, in das Jahr 1805 fällt und
auf das ehemalige Indenthor Bezug hat, durch welches Napoleon kam. Damal hieß
es, daß der Lehrling des Büchsenmachers Schnepf die Absicht gehabt hätte, aus dem
Dachfenster, welches jedoch nicht gegen den Indenthor-Eingang, sondern seitwärts in
den Zwinger gegen das Menzer-Thor gerichtet war, auf Napoleon zu schießen, was
jedoch vereitelt worden sei.

Im Jahre 1809 begab sich Napoleon nicht durch das brünner Thor auf den
Spielberg, sondern vom Diasterialhause bei dem frühlicher Thore aus neben dem Man-
ner'schen Hause und der Kaserne und nahm auch denselben Weg wieder zurück.

Weiter erzählt noch Ulrich: Die Nachricht Napoleon sei bei Wagram verwun-
det worden und bald nachher in Wien gestorben, fand in Brünn Glauben und wurde
dieselbst besonders von den unteren Klassen mit großem Jubel aufgenommen. Viele
wollten daher in Brünn nicht glauben, daß es wirklich Napoleon und die Sache nicht
Täuschung wäre.

Nur Brünns zahlreiche Fabrikanten und Kaufleute stimmten nicht in den Jubel;
denn durch Napoleons Kontinental-System waren beide zum höchsten Flor gelangt; die
Tuchfabriken konnten nicht allen Bestellungen genügen, der Expeditions-handel nach Ruß-
land aber brachte den Kaufleuten den höchsten Gewinn; mit Napoleons Sturz stürzten
auch alle Fabriken und von den Segnungen des Friedens wollte man in Brünn nichts
wissen.

Den 25. September 1809 wurden der Bachsenmacher Friedrich Tugend und der Jude Markus Obernbreit, beide aus Preßburg, wegen versteckten und bei ihnen gefundenen Gewehren kriegsrechtlich zum Tode verurtheilt; dagegen einige andere in diese Anklage verwickelte Personen als nicht schuldig erkannt und sogleich auf freien Fuß gestellt (eb. S. 659).

Pferde für den Kriegsminister Marschall Berthier und für Marschall Duroc, um nach Pohrlitz zu fahren u. dgl. m. Man hörte keine Schüsse mehr, aber man glaubte noch, daß es zu einer zweiten Schlacht kommen werde.

Der fünfte Dezember brachte Friedensgerüchte. Diese wurden dadurch veranlaßt, weil die Nachricht kam, daß die drei Kaiser von Europa nächst Wischau eine Unterredung von drei Stunden hatten, deren Resultat ein Waffenstillstand und Friedenspräliminarien sein sollten. So viel war in unserer Stadt gewiß, daß 72 Pferde für den französischen Kaiser nach Wien zu begehrt wurden und daß diesen Tag Nachts und am folgenden Morgen Prinz Mikrat in Brunn erwartet wurde. Man machte sich schon sanguinische Hoffnungen und sprach von der Ankunft der drei Kaiser in der Stadt. Ein gutes Zeichen war es jedenfalls, daß Abends viele verwundete Russen, welche die Franzosen bisher nicht am glimpflichsten behandelt hatten, auf Wagen hereingebracht und in die französischen Spitäler gebracht wurden. Vielleicht geschah dieß jetzt erst, weil man früher für sich zu sorgen hatte, und der Erbitterung, in welche der Kampf versetzt, jene milden Gefühle gewichen waren, welche den Franzosen sonst und auch im Kriegesleben auszeichnen. Die in den Kirchen eingesperrten Gefangenen hatte man, wie ich aufgezeichnet finde, „in den Stadtgraben, wahrscheinlich wegen der Auslüftung getrieben, die Leute hungerten wie Wölfe und man sah es nicht gerne, wenn ihnen etwas zugesteckt wurde.“ Auch ging die Rede, sie würden ausgewechselt und weiter transportirt werden. — Am großen Platze standen 30 der von den Franzosen eroberten russischen Kanonen.

Der Einrichtung der Spitäler, der Wartung und Verpflegung der Kranken war von nun an die Achtsamkeit, sowohl von der Municipalität, wie von einzelnen Beamten und Bürgern zugewendet. In Brunn bestanden 16 Spitäler und zwar waren sie im Minoritenkloster, im Theatergebäude, namentlich im Redoutensaale, im Saale beim Lindwurm (später zur Stadt Wien genannt), im Augartensaale, in Obrowitz, in mehreren Häusern und Fabriken z. B. im Siedenhanse und im Schulz'schen Gebäude neben diesem, in der Offermann'schen Fabrik u. s. w. Im Krankenhaus bei St. Anna waren keine Soldaten, aber dasselbe war bald durch Kranke vom Civile nur zu sehr überfüllt. In einigen errichteten Spitälern waren nur Franzosen, in anderen Franzosen und Russen. Die ärztliche Pflege besorgten theils französische, theils die Stadtärzte.

Von dem Waffenstillstande, der abgeschlossen worden sein sollte und den man sehnlichst wünschte, erzählte man sich unter Anderem, der russische Kaiser sei demselben zwar nicht öffentlich bei, aber ihm nicht entgegen getreten. Olmütz und Brunn sollten darnach gemeinschaftlich besetzt, — der Iglauer, Brünner, Olmüzer und Pradischer Kreis dem Ge-
nuß der Franzosen vorbehalten werden, welche überdieß 100 Millionen Geld bekommen sollten. Die französischen Offiziere erzählten den Bürgern, daß der Verlust in der Schlacht von Austerlitz von jeder Seite auf 30,000 Mann sich belaufen konnte, daß die Franzosen mehr Tote und Verwundete, die Russen mehr an Gefangenen verloren hätten. Bis dahin erfuhr man, daß 13 französische Generale todt oder verwundet und 2 vermißt wurden.

Am 6. Dezember Nachts um 11 Uhr kam Prinz Mikrat wieder nach Brunn, reiste aber den folgenden Tag um 4 Uhr Nachmittags (nach einer andern Angabe am 8. um 6 Uhr

Die Aufforderung, die kaiserl. österr. Magazine zuständige Effecten an die französischen Magazine auszuliefern, scheint nicht den erwarteten Erfolg gehabt zu haben, weil man genöthigt war, Hausdurchsuchungen bei den verdächtigen Personen anzustellen, in Folge deren mehrere tausend paar Schuhe, Leinwand und andere aus den Magazine entfernte Gegenstände aufgefunden wur-

Nachmittags) nach Wien ab. Am 7. Dezember Vormittags wurde ein Garbeoffizier mit allem militärischen und kirchlichen Pomp begraben. Gegen Mittag und bis Abends kam viel Militär in die Stadt, dessen Einquartirung große Mühe kostete. Nach 3 Uhr Nachmittags kam der Kaiser Napoleon und mit ihm wie gewöhnlich die Garben. Prinz Murat hatte mit ihm vor seiner Abreise noch gesprochen. Letzterer sagte zu Baron Dobbelsstein, bei dem er bekanntlich wohnte: „An dem Unglück, das Oesterreich betroffen, sei nur englisches Gold Schuld;“ er sagte ferner, „der Friede mit Oesterreich müsse binnen einigen Tagen geschlossen werden, inzwischen bleibe eine kleine Besatzung in Brunn und Oesterreich.“ Es war eine gewöhnliche Politik Napoleons und seiner Umgebung, die Minister anderer Staaten zu verdächtigen und sie als im englischen Solde stehend darzustellen. Was die Folge seines Ehrgeizes und seiner despotischen Gellüste, und was die politische Lage und die Ehre der ihm widerstrebenden Völker erheischte, das war stets nur das Ergebniß der Berechnung durch englisches Gold.

Die Requisitionen dauerten ohne Unterbrechung fort, das Elend der Gefangenen war noch wie in den früheren Tagen über alle Beschreibung und glücklich waren die, welche der Tod von ihrer Qual erlöste; aber selbst nach ihrem Tode — es starben ihrer täglich mehrere — waren sie eine Verlegenheit, denn es waren keine ordentlichen Anstalten da, um sie zu begraben.

Der am 6. Dezember beim Grafen Taaffe gestorbene General Walhuber wurde am 8. begraben. Das Leichenbegängniß war ein sehr feierliches. Zwei Regimenter paradirten bei demselben, sie machten Spalier, durch welche der Leichenzug ging, zwei Generale gingen dem Sarge nach und 4 trugen die Enden des Leichentuches; der Sarg selbst wurde von Grenadieren der Garbe getragen. Die Geistlichen hatten dabei am wenigsten zu thun, man ließ sie, als der Leichnam in der Jakobskirche stand, weder singen noch beten; die Offiziere und die Gensd'armes gingen mit aufgesetzten Hüten wie in einem Gasthause in der Kirche herum. Die Leiche war um 9 Uhr angesagt und kam erst um 12 Uhr in die Kirche; der sonntägliche Gottesdienst konnte daher nicht abgehalten werden.

Napoleon wohnte wieder im Statthaltereigebäude und war oft am Fenster zu sehen, bei dem er im Auf- und Abgehen stehen blieb. — Verwundete Russen kamen wieder jetzt an; die Anhäufung in den Spitälern war trotz der großen Sterblichkeit noch eine ungemain große, man fürchtete mit Recht das Entstehen einer Epidemie, wenn nicht wirksame Anstalten zur Dislocirung der Kranken getroffen würden. Es bildete sich daher ein Gesundheitsrath, welcher die drohenden Gefahren von der Stadt abwenden sollte.

Niemand wußte, wie lange Napoleon in Brunn bleiben würde. Natürlicher Weise blieben auch die Garben und die große Last der Einquartirung. Auch die Spitäler brauchten mehr und mehr. Am 11. Dezember paradirten die Garben den ganzen Nachmittag auf dem Platze und am 12. Dezember um 8 Uhr folgten die Garben zu Fuß ihrem Kaiser, welcher Morgens 5 Uhr abgereist war; sie trugen 40 Fahnen im Triumphe mit, welche meistens aus dem ständischen Saale genommen wurden. Indessen erhielten die Bewohner Brunn dadurch keine Erleichterung, denn Linientruppen waren sogleich eingerückt und die Beschwerlichkeiten der Beherbergung der Soldaten keineswegs zu Ende. Spät Abends brachte man wieder einige Kanonen herein. Vom Schlachtfelde erfuhr man, daß es da

den. Die Reklamationen der Landesobrigkeiten und mehrerer Privatleute, welche dieselben als Privateigenthum erklärten, dürften kein Resultat gehabt haben.

Einen höhergestellten Geistlichen, welcher den Wunsch, den Krieg erneuert zu sehen, laut äußerte, ließ man aus Strafe seinen Theil der Kontribution binnen 24 Stunden zahlen (eb. S. 683 — 685).

noch gräßlich aussehe; die Mützen, die Waffen, die Leichname lagen ohne Zahl herum. Inmitten der wechselnden Vorfälle und der allgemeinen Abmüdung, welche Brünm beherrschte, wurde das Abenteuer von 4 Russen das allgemeine Tagesgespräch. Diese hatten die unteren Füße verloren und schleppten sich in diesem Zustande von Solomitz bis Turas. Sie hätten gerne die Stadt erreicht, denn in den Ortschaften des Schlachtfeldes war das Elend noch größer und die Hilfe seltener, als in Brünm.

Von Seite der Franzosen geschah auch in dieser Zeit wenig für die verwundeten Russen und dieß war zum Theil die Ursache, daß die ausgebrochene Epidemie in unserer Stadt so verheerend wurde. Zu dem vielen Unheile, welches man noch zu ertragen hatte, kam der öftere Feuerlärm. Am 9. Dezember brannte es im Stalle des Dietrichstein'schen Hauses und am 12. Dezember, nach der Abreise Napoleons — gegen Pohrlitz und von da gegen Feldsberg zu, wie man vermutete — sollte es im Gasthause „zum schwarzen Apler“ brennen. — Ich fragte, wie denn nach der Schlacht die Stimmung der Franzosen gewesen; ich dachte, der Sieg hätte ihre Begeisterung erhöht, sie hätten viel freudiger und frohlicher sein müssen, als bei ihrem Einzuge in Brünm. Indessen war ich überrascht, als mir geantwortet wurde, dem wäre nicht so und die französischen Soldaten wären mißgestimmt gewesen. Die Offiziere meinten, die Schlacht bei Austerlitz habe die Seeschlacht von Trafalgar, wo Nelson die französisch-spanische Armada vertilgt, nicht gesühnt, England sei dadurch nicht getroffen und neue Feldzüge stünden in Aussicht. Die Soldaten aber waren durch die ungeheuren Verluste, welche ihre Reihen gelichtet hatten, durch den Tod so vieler Kameraden, durch den Anblick so vieler Verstümmelter und Kranter, durch die fortbauernnden Märsche ermattet; ihre Gemüther waren niedergedrückt, aber keineswegs mutlos, denn die Worte Napoleons und seine Macht hatten einen größeren Zauber als je. Was uns jetzt auffällt, wo Franzosen und Engländer neben einander im Kampfe stehen und sie eine innige Allianz verbindet, das ist der Haß gegen England, welchem es der Soldat, wie der General zuschrieb, daß man kämpfen mußte. Ich führe zur Bestätigung einen Vorfall an, welcher mir aus dieser Zeit erzählt wurde. Am Krautmarke standen einige verwundete Russen und Oesterreicher. Ihre tiefen Wunden hatten das Mitleiden der Bürger erregt, welche sie theilnahmsvoll umringten. Ein französischer Soldat, ein Elsässer kam dazu. „Sehen Sie,“ rief er den Bürgern zu, „wie die armen Leute zugerichtet, wie ihre Gesichtszüge entstellt sind, sie sehen wie Märtyrer aus.“ Und mit einem derben Fluche und stampfend mit dem Gewehre auf dem Boden setzte er zornig dazu: „An allen Dem ist der Engländer schuld.“

Eine Episode, die ich hier einschalte, wird uns das Beispiel einer würdigen patriotischen Haltung vorführen. Dasselbe steht übrigens nicht vereinzelt da, denn die Bürgerschaft bewährte während dieser Periode in jeder Beziehung ihre Treue zum Vaterlande. Zwei Offiziere des französischen Generalstabes, Bonet und Brousseau, kamen zum Dr. Schindler, dem mähr. schl. Landesadvokaten, von dem sie wußten, daß er sich wissenschaftlich beschäftige und die zu astronomischen Arbeiten nöthigen Instrumente besitze. Sie verlangten die Ausfolgung seiner Instrumente, namentlich eines Sextanten und forberten ihn auf, mit ihnen zu arbeiten. Dieß verweigerte Dr. Schindler, weil er keinen Auftrag dazu hatte und weil Privateigenthum respektirt werde. Er mußte mit jenen zur Hofkommission, und von dieser verlangten sie, daß er auch bei der Aufnahme des Schlachtfeldes Beistand zu leisten hätte.

So wie die Festungswerke von Wien (und Grätz), so wird auch unsere Festung Spielberg geschleift und wird in wenigen Tagen nicht mehr sein; sie war von den Franzosen in Belagerungsstand gesetzt worden (eb. S. 699). Das Sprengen der Festungswerke wird am Beginnen und Schluß immer

Hofrath Baron Koben verweigerte den Auftrag standhaft. Wiewol er mündlich sagte, Dr. Schindler könne mit Allem, was er wisse, ihnen an die Hand gehen, so erklärte dieser doch bestimmt, er werde zwar die Instrumente herausgeben, aber sich mit keinen Auskünften befassen. Bonnet fügte sich in diesen Antrag, kam zu Dr. Schindler, nahm sogleich seine Perspektive und eine Loupe und behielt sich den Sextanten bevor. Den Tag darauf holte Broussseau den Sextanten ab, weil die Offiziere des Generalstabes mit zwei eigenen nicht genug hätten; von Auskünstgeben und Mitgehen war keine Rede mehr. — Als am 12. Dezember das Gerücht sich verbreitete, der Friedenskongreß solle in Brunn abgehalten werden, erschrock man darüber nicht wenig, nicht über den Frieden, denn Niemand sehnte sich mehr nach demselben, als unsere erschöpfte Stadt, aber man fragte sich, „woher werden wir die Lebensmittel nehmen, wenn der Friedenskongreß uns neue und wie zu erwarten stand, zahlreiche Gäste bringt.“ Die Vorkehrungen zu demselben waren übrigens schon getroffen. Ich will hiebei nicht übergehen, was ich über Napoleons Requisitionen bemerkt habe, die gleichfalls nicht wenig dazu beitrugen, unser Land in Verfall zu versetzen. „Von den 100 Millionen Franken, welche Napoleon von den von ihm besetzten Ländern fordert, soll jeder Reichsmarschall 1 Million, jeder Divisions-General eine halbe Million, jeder General 100,000 Franken erhalten. Es wäre doch billig, daß die Auslagen der Stadt Brunn auf Abschlag gerechnet würden und zwar von jenen 18 Millionen, die auf Mähren und eigentlich auf die drei besetzten Kreise repartirt sein sollen. „Denn,“ heißt es weiter, „kein Ort hat so viel ausgestanden, als Brunn.“

Am 13. Dezember kamen die Dragoner des 6. Regiments zu Fuß an. Man glaubte, daß sie aus der Gegend von Wien kamen, und erzählte sich allerhand von erpreßten Kontributionen. Um in der Stadt die Einquartirung gleichmäßiger zu vertheilen, wurde eine Totalbeschreibung mit Zuziehung eines französischen Offiziers veranlaßt; es war dieß für die dabei Betheiligten ein sehr beschwerliches Geschäft.

Bisher war die Stadt durch die Einquartirung der Soldaten und die Erhaltung der Spitäler gedrückt, jetzt bedrohte sie noch eine Geißel des Krieges — die Brandschagung. Schon am 12. Dezember war eine Deputation, bestehend aus dem Grafen Blümegen, dem Freiherrn Hentschel und Starl zu Kaiser Franz abgegangen; der Gegenstand ihrer Sendung wurde nicht bekannt, aber betraf wahrscheinlich die Bitte um Abhilfe für die so sehr bedrängte Stadt. Es war nun der Receveur de contribution de la Moravie (der Einnehmer der Kriegssteuer von Mähren) angekommen und man mußte ernstlich darauf denken, um die auf die Stadt entfallende Summe leisten zu können. Nachdrücklich wurde auf eine Abschlagszahlung der Kontribution gedrungen. Die Hofkommission forderte die wohlhabenden Bürger vor, um zu erklären, was sie vorauszahlen könnten. Dieß war schwer möglich. Es bildete sich sonach eine Deputation, bei welcher Dr. Feistmantel, der Herr Bischof, Graf Taaffe, Graf Blümegen, Herr Abr. Greisinger waren, um sich zum Kaiser Napoleon zu begeben und irgend eine Abhilfe zu erwirken. Marschall Mortier und sein Generalstabs-Chef wollten von dieser Deputation nichts wissen und sie gar nicht abreisen lassen. So war sie genöthigt, sich am 20. Dezember Abends wegzuschleichen. Ungebulbig sah man ihrer Rückkunft entgegen, denn die Drohung, im Falle keine Abschlagszahlung komme, werde geplündert werden, machte Jedermann tief bekümmert. Hört man von den unzähligen Leiden erzählen, welche der Krieg mit sich führt, steht man die

durch einen Kanonenschuß angekündigt, hat am 28. Oktober angefangen, die Explosionen haben keinen Einfluß auf die Stadt (eb. S. 715; gesprengt wurden die Festungswerke und das Zeughaus, verschüttet der tiefe Brunnen im Schloßhofe).

verderblichen Folgen, die Verwüstungen, die Unsitlichkeiten, welche in seinem Gefolge gehen, so würde man jeder Kriegs- und Siegeslust gerne absagen, und ein eifriger Anhänger des Friedensapostels Elhu Burrit werden. Die Bulletins Napoleons über die Schlacht von Austerlitz lesen sich sehr gut; sie erwärmen unser Blut, unsere Begeisterung für die Siege, für die Schlachten wird lebhafter und das, was in der Brust des Mannes an Kühnheit und Thatenbrang lebt, regt sich machtvoll und strömt in Gefühlen über — aber wenn wir die Schattenseite betrachten und nichts als Leichen, Wunden, tausendfaches Weh', Brand und Plünderung finden, da verzweifeln wir fast an dem Abel und den Vorzügen der Menschheit und wir beneiden das Thier, das nicht so langsam absterben kann, wie der Mensch in seinem leiblichen und geistigen Leiden. Am 21. Dezember waren noch bei hundert Leichen und viele hundert Pferde vom Schlachtfelde unbegraben; Braussean, vom französischen Generalstabe, hatte jetzt noch 11 bleisirte Russen unter'm freien Himmel gefunden und in die Spitäler geschickt! In Brunn nahmen Krankheiten und Sterbefälle rasch zu. Im Minoritenkloster waren am genannten Tage 10 Geistliche krank geworden und zwei gestorben. Männer, welche die Spitäler, oft in menschenfreundlicher Absicht, besuchten, lagen bald im Nervenfieber. Die Gassen in der Stadt wurden von Tag zu Tag düsterer. Seit Wochen dachte Niemand an das Reinigen derselben. Ohne einer Uebertreibung beschuldigt zu werden, kann man sagen, daß der Unrath häuserhoch lag. Man hatte an andere Dinge, an das, was Jedem zunächst lag, an die Erhaltung seiner selbst, an die Abwendung der vielen Unannehmlichkeiten und Leiden zu denken. Zu allemdem sollte die Einwohnerschaft eine Plünderung erleben, welche durch vier Tage währen sollte, wie man sich erzählte!

Eine solche Härte war nicht geeignet, die gastfreundlichen Gefühle für die Franzosen zu erhöhen. In den Tagen vor Weihnachten gaben die französischen Militärbehörden keine Pässe nach Böhmen; es hieß, Bernadotte marschire mit seinem Corps eiligst nach Norddeutschland, da Preußen Miene machte, gegen Napoleon aufzutreten. — Die Befestigung des Spielberges und sogar wieder der Stadt währte bis zum 31. Dezember fort, obwohl der Friede am 26. in Preßburg unterzeichnet worden war. Erst am letzten Tage des für Brunn so verhängnißvoll gewordenen Jahres 1805 wurden die Festungsarbeiten eingestellt. Nichts machte die Gemüther besorgter, als diese fortbauenden Arbeiten an der Befestigung Brunn's. Der Friede sollte kommen, man erhielt von Wien die beruhigendsten Nachrichten, und doch waren am Spielberg tagtäglich neue Werke im Entstehen. Der Feind war es, der sie errichtete; konnte man aus solchen Anstalten also nicht schließen, daß er seinen Posten nur mit Gewalt verlassen werde? Jeder Spatenstich, der geschah, verwundete allgemein; man traute daher auch den Vorkehrungen, welche die Franzosen zum Abziehen trafen, nicht ganz. Welche Freude daher, als am Jahreschlusse der definitive Befehl zur Einstellung der Befestigungsarbeiten gegeben wurde. Eine große Erleichterung kam jetzt zur erwünschten Zeit, daß die Requisitionen nach und nach aufhörten, obwohl die französische Besatzung noch vierzehn Tage da blieb. Die Weihnachtstage dieses Jahres gehörten zu den traurigsten, welche man in Brunn je hatte. Die Krankheiten mehrten sich, die Spitäler wollten trotzdem, daß auch auf dem Lande ähnliche eingerichtet waren, nicht geringer werden; viele Familien betraurten bereits Dahingegangene und mit dem Kleinmuth, welcher um sich griff, wuchs der Stoff zur Epidemie.

Dem Frieden zufolge ist nunmehr das in Brunn und dem brünner Kreise seit dem 13. Juli gestandene 3. Armeecorps der französischen Armee unter dem Befehle des Fürsten von Eckmühl (Davoust) in vollem Abzuge; sie nehmen das Lob der Kriegszucht auch von hier mit; der würdige von seinem Souverain mit

Auf Abschlag der Brandsteuer von 18 Millionen Franken für Mähren, dann auf 12 Millionen ermäßigt, wurden durch ein erzwungenes Darlehen der Stände über 100,000 fl. in den letzten Tagen des Dezember abgeführt und es verlautete, der Kaiser selbst habe die Brandschatzung zur Zahlung übernommen. Nie ist aus dem Statthaltereigebäude ein für unsere Stadt und unser Vaterland so harter Befehl erschienen, als jener, welcher die Kriegsteuer über sie verhängte. In dem Glauben, daß dieß geschichtliche Dokument durch Form und Inhalt interessiren wird, welches in unserer Stadt verfaßt und gedruckt wurde, lasse ich es in der Uebersetzung nachfolgen:

Große Armee. — Generalstab.

Im kais. Hauptquartier Brunn am 18. Frimaire Jahr 14. (9. Dez. 1805).

Tagesbefehl.

Im kaiserlichen Palast zu Brunn, den 7. Frimaire (28. November 1805).

Napoleon, Kaiser der Franzosen und König von Italien haben verordnet und verordnen, was folgt:

Artikel 1. Es wird eine Contribution von Hundert Millionen in Oesterreich, in Mähren und den andern Provinzen des Hauses Oesterreich erhoben, welche von den Franzosen besetzt sind.

Artikel 2. Dieser Betrag wird der Armee als Gratification gegeben, gemäß des Vertheilungsstatus, welchen wir festsetzen werden.

Artikel 3. Der Preis aller Vorräthe von Salz, Tabak, Gewehren, Pulver, Kriegsmunition, welche zur Armirung unseres Heeres nicht nothwendig sind, welche unser Artillerie-General nicht nach Frankreich transportiren läßt, und deren Verkauf ich anordnen werde, fließt in die Kasse unserer Armee, um als Gratification unter sie vertheilt zu werden.

Artikel 4. Aus den ersten Fonds, welche von dieser Contribution eingehen werden, so wie aus jenen, die von der Contribution in Schwaben einfließen, wird eine dreimonatliche Gratis-Gage, an jeden General, Offizier und Soldaten ausgezahlt werden, welcher in dem gegenwärtigen Krieg verwundet wurde oder verwundet werden sollte.

Artikel 5. Unser Kriegsminister wird mit dem Vollzuge dieses gegenwärtigen Decretes beauftragt.

Napoleon.

Für den Kaiser, unterzeichnet der Minister-
Staatssekretär Hugo Maret.

Auf Befehl des Kaisers der General-
Major, Marschall Berthier.

Am ersten Jänner 1806 hielten die Truppen eine große Parade. Man mußte bereits Bestimmtes über den abgeschlossenen Frieden, aber die französischen Offiziere schien dieß weniger zu berühren, denn sie sprachen von einem neuen Kriege mit Preußen und Neapel. Das Herz wurde vielen Bürgern leicht, als sie am 4. Jänner die folgende, vom 2. d. Monates datirte Proklamation des Freiherrn von Roden lasen:

„Rundmachung. Zur höchst erfreulichen Nachricht mache ich sämmtlichen guten Bewohnern von Brunn und Mähren mit innigstem Vergnügen hiemit bekannt, daß der Friede zwischen Sr. Majestät unserem allergnädigsten Kaiser und König, dann Sr. Majestät dem Kaiser von Frankreich durch deren bevollmächtigte Herren Minister am 26. Dezember 1805

Ehrenzeichen gezierter Oberst der Gensdarmmerie Saunier, welcher dem hiesigen Platzkommando vorstand, hat die vorgekommenen Beschwerden schnell, gerecht und meist zur größten Zufriedenheit des Bürgers entschieden (eb. 2. November S. 725).

Am 3. November wurde Brunn, am 4. der brünner Kreis von den französischen Truppen geräumt und es rüdten am 4. zur unaussprechlichen Freude aller ihrem Monarchen unerschütterlich treuergebenen Bewohner Brunn's österreichische Truppen ein; am 5. wurde vom Bischofe, welcher der Verehrung aller ächten Freunde der Religion und des Vaterlandes so würdig ist, Predigt und Hochamt gehalten (eb. S. 725).

Die Anerkennung des Benehmens der Bewohner Brunn's (und anderer Theile des Landes) sprach der nachfolgende Artikel der brünner Zeitung 1810 Nr. 36 S. 297 — 302 aus: Der 1. dieses Monats wurde zu Brunn durch ein Fest gefeiert, welches, so wie dessen glorreiche, nun halb ein volles Jahr vorübergegangene Veranlassung, jedem Zeugen und Theilnehmer in unausschließlichem Andenken bleiben wird und in den Annalen dieser guten Stadt ewig zu glänzen verdient.

Als nach dem ruhmvollen, aber blutigen Siege bei Aspern, viele tausend Verwundete und Kranke über Znaim und Nikolsburg unangefahrt nach Mähren gebracht wurden, war es die eifrigste Sorge der obersten Civil- und Militär-

zu Preßburg abgeschlossen worden ist, und daß laut einer mir so eben zugekommenen officiellen Eröffnung die Ratifikationen des Friedens-Traktats gestern am 1. dieses Vormittags um 10 Uhr zu Wien ausgetauscht worden sind.

Um Gott dem Allmächtigen für dieses höchst glückliche Ereigniß den gebührenden Dank abzustatten, wird am nächsten Sonntage den 5. d. Früh um 10 Uhr das Te Deum Laudamus in der hiesigen Domkirche auf dem Petersberge mit aller möglichen Feierlichkeit abgehalten werden.

Daß die hieheren Bewohner von Brunn und den umliegenden Gegenden hiebei zahlreich dem Tempel des Allerhöchsten zufließen, und ihre Gefühle von Dank, Nahrung und Freude laut äußern werden, kann ich mit Gewißheit von diesen würdigen Unterthanen des besten und geliebtesten Landes-Fürsten voraussetzen.

Brunn, den 2. Jänner 1806.

Franz Freih. Roben von Sirxenan,
Landesfürstlicher Hofkommissär."

Zu dem Te Deum am Petersberge waren die französischen Generale mit Quartier, eingeschlossen durch Grenadiere, wiewohl etwas spät erschienen. Ihre wohl und doppelt besetzte türkische Musik ließ sich während der Messe, besonders während der Wandlung hören.

Am 12. Jänner zogen die Franzosen, welche in der Stadt und in der Gegend noch 12,000 Mann zählten, ab, und ein Detachement Szeiler rückte ein. Ein französisches Bataillon und der Platzkommandant blieben noch hier. Die Bürger bezogen die Hauptwache. —

(Die Fortsetzung dieses Feuilletons: „Die Aufzeichnungen eines brünner Bürgers“ folgt am 5. November).

(Diese folgte nicht, weil das Blatt zu erscheinen aufhörte).

Autoritäten des Landes, die schnelligsten Maßregeln zur Unterbringung, Verpflegung und Heilung jener tapfern Vaterlands-Vertheidiger zu treffen.

Die angestrengtesten Thätigkeiten und alle Hilfsmittel der Regierung und der Militärbehörden würden aber nicht hingereicht haben, denselben, zumal im ersten Augenblicke die höchst nöthige Erquickung und Pflege zu verschaffen, wenn nicht die rastlose Bemühung der Ortsobrigkeiten und Wirthschafts-Beamten und die nicht genug zu preisende Gutherzigkeit und Freigebigkeit der Landes- und Städtebewohner den ersten Bedürfnissen auf der Stelle abgeholfen hätte.

Überall, wo Verwundete hin- oder durchkamen, zumal in Nikolsburg, Znaim, Auspitz, Wischau, Kremsier, Lettowitz, wurden sie durch das Zusammenwirken des von den Ortsbehörden und Obrigkeiten aufgemunterten Publikums und meistens schon aus des letztern eignem freien Antriebe, mit Speise und Trank erquidt, mit der dringendsten ärztlichen Pflege versehen, oft auch ihnen Kleidungsstücke und Wäsche gereicht und dadurch der Regierung und den Militärbehörden die nöthigste Zeit verschafft, um die auf längere Dauer berechneten Anstalten eintreten zu lassen.

Am bedeutendsten war die Verlegenheit zu Brünn selbst, wo über zweihundert verwundete Offiziers und gegen siebentausend franke und verwundete Unteroffiziers und Gemeine, in einem Zeitraume von wenigen Tagen, unvorgeesehen zusammenströmten. Aber im schönsten Licht zeigte sich auch eben hier die Menschlichkeit und Vaterlandsliebe der wackern Bewohner dieser Stadt, welche im Laufe des letzten Kriegs schon durch so manche andere, von Sr. Majestät mit den huldreichsten Aeußerungen der allerhöchsten Zufriedenheit belohnte rühmliche Handlungen, ihren reinen Patriotismus bethätigt hatten. Nicht genug, daß alle Klassen derselben, ohne Unterschied des Standes, des Alters, des Geschlechts, der Vermögensverhältnisse, sich sogleich herzu drängten, um den Ankommenden die erste erforderliche Erquickung an Trank und Speise zu verschaffen, ihre, der großen Hitze wegen häufig schon der Fäulniß nahen Wunden zu reinigen und zu verbinden, ihnen Wäsche und andere Bedürfnisse zu reichen, sondern es wurden, da die öffentlichen Gebäude die Anzahl der anhergekommenen Blessirten nicht mehr zu fassen vermochten, von mehreren, sowohl Fabrikanten, als andern Privaten, Fabrikgebäude und Wohnungen unaufgefordert angeboten, ja von vielen derselben die Kranken auf eigene Kosten mit der größten Sorgfalt gepflegt, gewartet, geheilt und die zur Unterhaltung des Mannes im Spitale passirte Löhnung der wiedergenesenen Mannschaft überlassen.

Mit gleicher Bereitwilligkeit räumten so zu sagen alle Privaten einen Theil ihrer Wohnungen zur Unterbringung der Hrn. Hrn. Offiziers, die überdies größtentheils mit allen Bedürfnissen von ihren gastfreundlichen Hauswirthen versehen wurden. Mit dem größten Eifer verwendeten sich sowohl die zu Brünn bestehenden, als aus den umliegenden Gegenden aufgebotenen Civil- und Wundärzte, manche sogar mit Verzichtleistung auf die von Allerhöchstem Orte bemessenen Diäten, in Vereinigung mit dem Militär-Sanitäts-Personale, bei den sowohl

jener Gelegenheit sich erworbenen Verdienste, ein Gnadengeschenk von 500 fl. und der Soldatens Wittwe Rifzinn, die ihre einzige Decke zum Gebrauch der Spitäler hergab, ein Geschenk von 50 fl. zu bewilligen geruht.

Mit der größten Feierlichkeit wurde am 1. Mai d. J. jene allergnädigste Entschliekung Sr. Majestät öffentlich bekannt gemacht.

In dem großen Saale des k. k. Gubernialhauses, in Gegenwart der hohen Generalität und mehrerer Hrn. Offiziers, dann einer zahlreichen aus den angesehensten Gliedern des Adels, der Geistlichkeit und aller Klassen der hiesigen Bewohner bestehenden Versammlung und unter Paradirung des Bürgercorps, eröffnete Se. Excellenz der Herr Landesgouverneur an der Spitze des k. Guberniums, in einer kräftigen Rede, dem vorgeladenen Magistrate und dem Publikum den Dank und die huldreichsten Gesinnungen unsers geliebtesten Kaisers.

Mit aller Wärme, welche der herzerhebende Gegenstand einflößte, wurde das rühmliche Benehmen dieser guten Stadt und aller biedern Bewohner Mährens, die segenvollen Wirkungen ihres Gemeingeistes, die Vatersorge und Vaterhuld des gütigsten Monarchen geschildert und der feurige Vorsatz ausgesprochen: den würdigen Dank für die gegenwärtigen ausgezeichneten Gnadenbezeugungen Sr. Majestät, durch jeden künftigen Beweis der allerinnigsten Liebe für den besten Landesfürsten zu äußern. Dann wurden die Ehrenmedaillen als theure Unterpfänder der allerhöchsten Huld, den dazu berufenen würdigen Staatsbürgern und Bürgerinnen, feierlich übergeben.

Ein von des Herrn Landesgouverneurs Excellenz im hiesigen Augartensaale veranstaltetes festliches Mahl, zu welchem sämmtliche oben benannte hier anwesende Personen, die hohe Generalität und mehrere der angesehensten Glieder des Adels, so wie der höhern k. k. Beamten gezogen wurden, erhöhte die allgemeine frohe Stimmung und die unter Trompeten- und Paukenschall ausgebrachten Gesundheitens auf das Heil und die lange glückliche Regierung des geliebtesten und gütigsten Monarchen, auf den Ruhm seiner tapfern Krieger, auf das Wohl der biedern Mährer und der guten Stadt Brünn, gaben den Anwesenden die erwünschte Gelegenheit, ihre innigsten Gefühle laut zu äußern.

Die glänzende und würdige Versammlung trennte sich endlich und lange werden in den Herzen die Worte aus der Rede Sr. Excellenz des Herrn Landesgouverneurs nachhallen: daß es keinen hohen gemeinnützigen Zweck gebe, der sich nicht durch Gemeingeist und kräftiges Zusammenwirken aller Klassen der Staatsbürger erreichen, keine Schwierigkeit, die sich nicht dadurch überwinden ließe, daß für einen so heißgeliebten Monarchen, als Oesterreichs glückliche Völker besitzen, kein Opfer zu theuer, keine Anstrengung zu groß und daß das Bewußtsein, die Huld und Liebe des gütigsten Fürsten und Vaters zu verdienen, der Lohn für Seine treuen Unterthanen sei.

Außerdem fanden noch mehrere Personen die Anerkennung ihrer Verdienste ¹⁾).

¹⁾ Der Adjunkt der m. f. Tabak- und Siegelgefällenadministration Anton Fischer wurde mit Rücksicht auf seine um das Tabak- und Siegelgefäll besonders während der letzten

Die Franzosen hatten 1809 die meisten und bedeutendsten Festungswerke und das bombenfeste Zeughaus gesprengt. Der Spielberg hatte allen Werth als Festung verloren. Er galt fortan nur als Strafanstalt. In den 8 Jahren 1803, 1804, 1805, 1807, 1808, 1810, 1811 und 1812 (1806 und 1809 wegen der Epidemie eine größere Sterblichkeit) waren aus Mähren, Schlessen, Galizien und Böhmen 162 männliche und 34 weibliche Sträflinge zugewachsen, 57 männliche und 9 weibliche gestorben und 31 männliche und 12 weibliche begnadigt, 28 männliche und 10 weibliche nach überstandener Strafzeit entlassen, sonach 111 männliche und 31 weibliche abgefallen, daher jährlich um 7 mehr zugewachsen als abgegangen. 1813 begann auch die Ablieferung von Sträflingen auf den Spielberg aus Oesterreich und anderen Provinzen (aus dem Gubernial-*Ar.* 7680 von 1813).

Im Jahre 1813 befanden sich auf dem Spielberge 179 Civil-Sträflinge, 47 wurden indessen in Lemesvar aufbewahrt, man erwartete größer Schloß-Arrestanten und es war noch für 81 Sträflinge Platz.

Aus Anlaß der Entweichung von 9 Sträflingen machte seit 1812 die Stadt Brünn Eigenthums-Ansprüche auf den als Festung ohnehin aufgegebenen Spielberg und die fortifikatorischen Gründe (Glacié und Wallgräben) überhaupt im Flächenmaße von nahe 40,000 Q. Klaftern¹⁾ (1822 mit einem Zins-ertrage für das Fortifikatorium von 1126 fl. C. M.) geltend²⁾.

feindlichen Invasion erworbenen ausgezeichneten Verdienste zum Administrator und I. I. Rathe ernannt (*Brünnener Zeitung* 1810 S. 305).

Der Kaiser bewilligte dem Gubernialrathe und Polizeidirektor Johann von Olacz wegen seiner eben so eifrigen als nützlichen Dienste besonders während der letzten feindlichen Invasion die volle Gubernialraths-Besoldung von 2000 fl. (eb. S. 330). Weiter erhielt derselbe wegen seiner langjährigen mit rühmlicher Anstrengung geleisteten Dienste und bei vielen Gelegenheiten, insbesondere bei der kürzlich Statt gebabten Entdeckung und Ergreifung einer zahlreichen Diebs- und Räuberrotte erworbenen Verdienste die große goldene Civilehrenmedaille sammt Kette (eb. S. 717).

Der brünner Kreisarzt Dr. Anton Krocza erhielt zur Belohnung der besondern Verdienste, die er sich durch eine Reihe von Jahren um das Allgemeine und um die leidende Menschheit hierlandes überhaupt und insbesondere vor, während und nach der letzten feindlichen Invasion durch seine rastlosen Bemühungen in Behandlung der verwundeten und kranken Soldaten, in den Militärspitälern und Untersuchung dieser letzteren erworben hat, tatzfrei den I. I. Rathstitel und die große goldene Ehrenmedaille mit Dehr und Band (eb. S. 489).

Wegen der Verdienste im Jahre 1809 erhielten 1815 der Tuchhändler Franz Drasche, Bleichenmacher Augustin Schnepf, der Schönsfärber Schulz der jüngere, der Kupferschmied Wegner, der Weber Johann Tzsch und die Schuhmacher Rozmann, Brandt, Pawlitschek, Kiehl und Mayer Ehrenmedaillen (eb. 1815 S. 547).

¹⁾ Die Fortifikations-Gründe betragen nach den Katastraloperaten bei der
 Gemeinde Brünn 58 Joch 1558,0 Q. Klafter
 beim Spielberg 23 „ 09,0 „
 die Fortifikations-Gebäude bei der ersteren . . . 5 „ 430,0 „
 bto. bto. bto. anderen . . . 1 „ 197,0 „
 (Festungswerke, Schöpfen, Magazine zc. außer dem Spielberge).

Nach mehrjährigen Verhandlungen befahl der Kaiser mit dem a. h. Rabinetschreiben von 5. Mai 1820 die Festung Spielberg ehest an das Civile zu übergeben, wegen Unterbringung der daselbst befindlichen Militär-Arrestanten des Transports-Sammelhauses und der Besatzung von 2 Compagnien (Major-Janda Commandant) zu sorgen und auf dem Spielberg die zur Unterbringung der Civil-Arrestanten erforderliche Unterkunft, dann ordentliche und geräumige Arbeitsäle herzustellen (Hfzdt. 10. Mai 1820 Z. 13447)³⁾.

Demzufolge wurde der Spielberg am 18. Juli 1820 aus der Militär- in die Civiladministration übergeben, da der Spielberg durch die Zerstörung der Festungswerke aufhörte Festung zu sein, das Zusammenleben der Garnison mit den Sträflingen nicht für zweckmäßig erachtet wurde und wegen der durch das Eingehen der Festungswerke verminderten Sicherheit und des Zuwachses an Sträflingen in Folge der Zerstörung des gräzer Bergschloßes und der Festung Ruffstein für die Adaptirung der vom Militär innegehabten Räume für Civil-Sträflinge Sorge getragen werden mußte.

Das „Spielberger Festungs-Commando“ hatte in der letzten Zeit (S. die m. f. Schematismen 1803 ff. und noch 1820) aus einem Festungs-Commandanten, einem Platzlieutenant, einem Festungskaplan und einem Stabsprofsen bestanden.

Dazu war in neuerer Zeit ein Ober- und ein Unter-Vorsteher der spielberger Arrestanten-Wachmannschaft gekommen, welchen (nach dem Schematismus für 1809, 1814 u. a.) 2 Korporals und 19 Wachgemeine, nachher (eb. 1816) 4 Korporals und 40 Wachgemeine und später (eb. 1819) auch noch 1 Feldwebel beigegeben waren.

²⁾ Bis 1818 waren auf die Verstellung sämtlicher Gebäude und ihre Unterhaltung 47,755 fl. W. W. ausgegeben worden.

³⁾ Das größte Hinderniß der schnellen Ausführung des a. h. Befehls, den Spielberg so bald als möglich an das Politikum abzugeben, bestand in der Schwierigkeit, daß das Transports-Militär-Sammelhaus und die zwei Infanterie-Compagnien, welche sich daselbst befanden, andertwärts untergebracht werden mußten. Der Hofkriegsrath befahl endlich (Rescript vom 27. April 1820), die Compagnien vom Spielberge und aus der Franziskaner-Kloster-Kaserne (welche zum Transportshause bestimmt wurde) abziehen und jene Mannschaft, welche plattergings in die Kasernen unterzubringen unmöglich ist, in die Umgebung von Brünn auf Schlafkreuzer zu verlegen. Zugleich forderte der Hofkriegsrath Bericht, ob es nicht dennoch auf irgend eine Art möglich sei, einen Theil der hierlandes befindlichen Invaliden in andere im Lande etwa leer stehende Kasernen oder sonstige Militär-Gebäude auf die Zeit unterzubringen, bis es möglich sein wird, das Invalidenhaus für Mähren in dem ehemaligen Klostergebäude zu Bruck nächst Znaim zu übersiedeln, indem die dermal angeordnete Bequartirung auf Schlafkreuzer nur als provisorische Maßregel angesehen werden muß, welche in die Länge nicht bleiben kann.

Bei der Uebergabe an das Civil sandte das m. fchl. Generalkommando alle Schriften an den Hofkriegsrath ein.

Der gewaltsame Durchbruch und die Entweichung mehrerer Sträflinge am 8. Oktober 1820 führte mehrere Folgen herbei. Der Spielberg wurde gänzlich gesperrt.

Nachdem in Folge allerhöchsten Befehls, heißt es im Gubernial-Cirkulare vom 15. Juni 1821, der Spielberg als eine geschlossene Strafanstalt nun ganz gesperrt, folglich auch in den äußern Höfen der freie Zugang nicht mehr gestattet ist; so wird solches zur allgemeinen Kenntniß mit dem Bedeuten gebracht: daß sohin auch in der dortigen nur für die Sträflinge und das Hauspersonale bestimmten Kapelle das am 17. d. Mts. fallende heilige Dreifaltigkeits-Fest, weder dieses Jahr noch in Zukunft daselbst, so wie es in früheren Jahren üblich war, öffentlich abgehalten werden kann.

Weiter wurde seitdem für die, in 2 Abtheilungen gereihten Sträflinge ein doppelter Gottesdienst angeordnet. Nach der Aufhebung der Jesuiten (1773) hatten k. k. Feldkapläne denselben auf dem Spielberge versehen (S. 110 geschieht aber in Trenk's Testament von 1749 eines weltlichen Priesters und Beneficianten auf dem Spielberge Erwähnung). Als dieser 1820 von der Militär- in die Civilverwaltung überging, pflegte zuerst provisorisch ein Augustinerordens-Priester von Altbrunn die Seelsorge, bis 1822 ein Weltpriester als ordentlicher Curat angestellt wurde, der auch bis zur Auflösung der Strafanstalt blieb. Zum 2. Gottesdienste verwendete man Augustiner und später Kapuziner.

Seitdem fanden in neuester Zeit mehrere Aenderungen und Erneuerungen an der Kirche Statt, bemühte sich der Bischof und Ortsseelsorger, das religiöse Gefühl der Sträflinge durch Gründung eines Gebetvereins und einer Bibliothek, Abhaltung einer Mission, von Umgängen, Firmung und anderem zu beleben und zu erhöhen (S. Wolny kirchl. Top. III. 96 — 99).

Die nichtkatholischen Sträflinge erhielten den religiösen Beistand von ihren Seelsorgern.

Der gewaltsame Ausbruch vom 8. Oktober 1820 beschleunigte auch die Ausführung von Sicherheits-Bauten, wie 1821 die Wiederherstellung einer gesprengten Bastion und die Erhöhung der gesammten Umfangsmauern auf der Krone des Spielbergs (nach der freisämtlichen Lizitations-Ausschreibung vom 10. März 1821 im Kubikinhalte von 751 Kubikklastern mit dem veranschlagten Kosten-Aufwande von 28,184 fl. 24 fr.), 1824 die Aufstellung einer Reihe von 2356 Stück Pallisaden längs des untern Wallganges, um jede Entweichung der Sträflinge zu beseitigen.

Es war dies die Zeit, wo der Spielberg eine ganz neue Klasse von Bewohnern und durch dieselben mehr als europäischen Ruf erhielt. Es waren die sogenannten italienischen Carbonari¹⁾.

¹⁾ Carbonari (Röhler), eine revolutionäre Secte, welche in Neapel entstand, und von 1818 bis 1821 auch in Ober-Italien ihr Unwesen trieb. Das Ritual der C. ist vom Kohlenbrennen genommen, die Grundlage ihrer Symbole war Reinigung des Waldes von

Im Jahre 1821 wurden nämlich mehrere des Hochverrathes wegen zum Tode verurtheilt, aber begnadigte Italiener, namentlich Anton Villa, die Prätoren Anton Solera, Felix Foresti, Constantin Munari auf 20 Jahre, Johann Bachlega, der Weltpriester Markus Fortini und der Conte Drobont auf 15 Jahre zum spielberger Festungsarreste verurtheilt (Brünner Zeitung 1821 S. 1822).

Auch der ausgezeichnete Dichter Graf Silvio Pellico saß auf dem Spielberge von 1822 — 1830 (S. Conversations-Lexikon Nachtrag 3. Bd. S. 472 — 474) ¹⁾.

Im Jahre 1824 wurden die des Hochverrathes schuldigen, zum Tode verurtheilten, aber vom Kaiser begnadigten, Friedrich Graf Confalonieri, Alexander Philip Andryane, Peter Borstner von Kanlfeld, Georg Marquis Pallavicini, Cajetan Castilia, Andreas Tonelli und Franz Freiherr Arese auf den Spielberg, die ersten 2 auf Lebenszeit, die 3 folgenden auf 20 Jahre, Tonelli auf 10 und Arese auf 3 Jahre verurtheilt (Brünner Zeitung 1824 S. 134).

Der neapolitanische Kriegsminister Pietro Colletta wurde nach Brünn verbannt (Convers. Lex. der neuesten Zeit, Häuffer, Gesch. des 19. Jahrh.).

Eine erweiterte Bestimmung gab der Kaiser der Strafanstalt auf dem Spielberge im Jahre 1829.

Mit der a. h. Entschleßung vom 13. April (Hofbdt. 25. April 1829 Nr. 2398 Just. Ges. Slg.) wurden nämlich die Sträflinge aus Steiermark, welche bisher auf den Spielberg abzuliefern waren, in das Straßhaus zu Gratz überwiesen und mit jener vom 20. Mai 1829 (Hofbdt. 29. Mai 1829 Nr. 2408 eb.) den wegen Hochverrathes oder Verfälschung öffentlicher Creditspapiere zur Kerkerstrafe überhaupt, dann den wegen eines andern Verbrechens zu einer längeren als 10jähr. schweren oder schwersten Kerkerstrafe Verurtheilten aus Oesterreich unter und ob der Enß, Böhmen, Mähren, Schlessen und Galizien der

Wissen, d. i. Kampf gegen Tyrannei. Anfangs (unter Napoleon's Regierung) verstanden die E. darunter nur die Befreiung von ausländischer Herrschaft, später entwickelten sich aber daraus demokratische und antimonarchische Grundsätze, welche die Sicherheit der Staaten gefährdeten und Maßregeln zu ihrer Unterdrückung nothwendig machten, darum wurden seit der Unterdrückung der neapolitan. und piemontes. Revolution 1821 die E. in ganz Italien für Hochverrätther erklärt, und als solche nach den Gesetzen bestraft.

¹⁾ Silvio Pellico, welcher mit seinem Freunde Maroncelli 8 Jahre (1822 — 1830) auf dem Spielberge verbrachte, bis ihm die Gnade des Kaisers wieder die Freiheit gab, legt auf jedem Blatte seiner Denkwürdigkeiten Zeugniß über die menschenfreundliche Theilnahme ab, welche ihm, wie allen italienischen Carbonari von 1821, 1822 und 1824, von Seite der Wächter, der Verwalter der Anstalt, der Geistlichen (Battista [Joh. Borthey, S. Wolny kirchl. Top. III. 98], Sturm, Paulowitsch, Wrba, Zial), des Gouverneurs Grafen Mittrowsky und Aller, mit denen sie in Berührung kamen, gezollt wurde; auch war ihnen die Lektüre ihrer Bücher gestattet. Als aber diese freiere Bewegung zu Einverständnissen mit Außen und Mißbräuchen geführt hatte, trat von 1824 an eine viel strengere Zucht und Aufsicht ein.

Spielberg, aus Steiermark, Tirol, Ägypten, dem Küstenlande und Dalmatien die Citabelle zu Gradiska in Zukunft als Strafort angewiesen.

Was die Eigenthums-Ansprüche der Stadt Brunn auf die fortifikatorischen Gründe belangt, befahl der Kaiser mit der a. h. Entschließung vom 15. Febr. 1821, es solle über die Bedingungen, unter welchen das Grundeigenthum des Spielbergs und der übrigen die Stadt umgebenden Festungswerke der Stadtgemeinde zuzugestehen wäre, ein Vergleich zwischen dieser, dem Publikum und Militär eingeleitet und wenn er zu Stand kommt, zur a. h. Einsicht vorgelegt, sonst mehrere Dokumente vorgelegt werden; übrigens sei für die anderweitige Unterbringung der in den Gebäuden unter dem Spielberge aufbewahrten Militärrequisiten Sorge zu tragen und das Mauerwerk der Bastionen und Fortifikationswerke, in so fern sie nicht zum Behufe der spielberger Strafanstalt nöthig sind, zum Besten des Staatschazes zu demoliren und zu veräußern.

Der brünner Magistrat führte die Ansprüche der Stadt in seinen Berichten vom 21. Juni und 29. November 1823 aus, welche manche historische Andeutungen, aber auch manche unbegründete und unrichtige Behauptungen ¹⁾ enthalten.

Das Gubernium erstattete am 23. September 1825 Z. 27580 Bericht.

Als Kaiser Franz das letzte Mal nach Brunn kam, beließ er, am Alten möglichst festhaltend (a. h. Entschließung vom 30. September 1834) die Stadt Brunn nebst dem Spielberge als geschlossenen Platz und ging auf die Ansprüche der Stadt auf den letzteren nicht ein. Er genehmigte die Erweiterung der spielberger Strafanstalt zur Unterbringung von (im Ganzen) 451 Sträflingen,

¹⁾ So heißt es z. B. ganz unrichtig: Bis in die Hälfte des vorigen Jahrhunderts wurde die Befestigung und Vertheidigung des Spielberges und der Stadt nicht als Sache des Staates betrachtet, sondern der Bürgerschaft überlassen und erst zwischen 1740 und 1750 der Spielberg als Festung bestimmt und dieser so wie die Stadt vom Staate besetzt und die Obforge der Erhaltung den Militärbranchen anvertraut.

Weiter wird gesagt: Bei der seit 1742 eingetretenen Niederreißung der vorstädtischen Häuser erhielten die Hauseigenthümer nur eine geringe Entschädigung, die Stadt für die zu den Befestigungen verwendeten Gründe nichts. Die alten Schanzgräben der Stadt wurden zum Theile beibehalten, zum Theile verschüttet und neue errichtet.

Als 1782 vom Hofe ausgesprochen wurde, daß Gradisch aufhören soll eine Festung zu sein, erhielt die Stadt (Pst. 15. Sept. 1782 Sub. Z. 2631) das unbeschränkte Dispositionsrecht über alle Festungswerke. Brunn war in der Wiedererlangung seines Grundeigenthums auf den Spielberg und die fortifikatorischen Gründe nicht so glücklich.

Es wurde aber, wie bisher überhaupt, nirgends der Einziehung des Spielbergs in Folge der Rebellion erwähnt.

Als zwischen der Stadt und dem Fortifikatorium Jurisdiktionsstreitigkeiten entstanden bestimmte Carl VI. (Reskript vom 25. Juni 1731), daß kein neues Civilgebäude im Zwinger mehr aufgerichtet oder die bestehenden erweitert, sondern der zwischen den Stadtmauern und den Außenwerken befindliche Platz bloß pro fortificatorio und was dahin immediate einschlägt reservirt bleiben soll; dagegen wurden aber alle bestandenen Civilgebäude und die Bewohner derselben mit bloßer Ausnahme des Quartiers des Landesingenieurs und Stuhauptmannes der Magistratsjurisdiktion zugewiesen.

nämlich die Herstellung des vorderen Quer- und des anstossenden Seiten-Traktes mit zwei Stockwerken (a. h. Entschliessung vom 14. Jänner 1834). Der Bau wurde im Jahre 1835 in Angriff genommen und beendet. Die Baukosten waren mit 39,739 fl. $\frac{1}{2}$ fr. C. M. berechnet (Hsdt 13. Februar 1835); dazu kamen nachträgliche Herstellungen bis 1841 mit 2697 fl. $43\frac{1}{2}$ fr. C. M. und weitere mit 1595 fl. $59\frac{1}{2}$ fr. C. M. (Hsdt. 10. März 1842).

1842 wurde eine Umfangsmauer um den Spielberg genehmigt (mit dem Hsdt. vom 28. April 1840 im Kostenbetrage von 5,243 fl. $31\frac{1}{2}$ fr. C. M.), 1847 zur Unterbringung der revolutionären Polen ein Erweiterungsbau nach dem Projekte des Amtsingenieurs Seifert genehmigt (a. h. Entschliessung vom 15. März 1847) und ausgeführt, nämlich auf den sogenannten geheimen Trakt gegen die Schwabengasse ein 2. Stockwerk aufgesetzt, ein neues Wohngebäude für die bei der spielberger Strafanstalt angestellten Beamten und die Wachmannschaft gegen das brünner Thor hergestellt, die Haus- und Traiteurtische verlegt, Bauten zur schärferen äusseren Ueberwachung ausgeführt, der sogenannte Brunnentrakt zu Arbeitszimmern adaptirt, die alten feuchten Arreste ausgetrocknet und sonstige geringere Arbeiten ausgeführt. Die Gesamtkosten betrugen 55,404 fl. Conv. Mze (Hsdt. 8. Juli 1850) ¹⁾.

Ein Theil der gewöhnlichen Sträflinge kam 1847 in die hergestellten Casematten nach Olmütz. Bei dem Ausbruche der Revolution des Jahres 1848 erhielten die polnischen politischen Sträflinge wieder ihre Freiheit, welche nicht wenige dazu benützt haben sollen, sogleich gegen die Regierung feindlich aufzutreten.

Die Stadtgemeinde hatte in neuerer Zeit den Getreidemarkt aus dem Innern der Stadt auf den Platz unter dem Spielberge verlegt; im Jahre 1834 wurde dieser geregelt und gepflastert (mit 1695 fl. Conv. Mze. Kosten veranschlagt), 1836 der Abhang vor der neuen Militär-Kaserne unter dem Spielberge regelmässig terrassirt, 1846 und 1847 der Weg von der kleinen Neu- und Schwa-

¹⁾ Der (S. 135 erwähnte) Bau der Erweiterung des Provinzial-Strafhauses nach dem 1840 verfaßten Projekte des Amtsingenieurs Seifert (genehmigt mit dem Hsdt. vom 21. März 1843 mit 65,642 fl. 38 fr. C. M. Kosten) sollte die nöthigen Schlafarreste für die gesunden Sträflinge männlichen und weiblichen Geschlechtes auf 470 bis 480 Köpfe und die Zimmer der Wachmannschaft für 33 Köpfe enthalten. Das Projekt war auf 530 Köpfe Sträflinge und 36 Köpfe Wachmannschaft, letztere in 6 Zimmern untergebracht, entworfen, erlitt aber zur Zeit der Ausführung im Jahre 1843, wo sich eine größere Belagsfähigkeit dringend nothwendig zeigte, indem schon damals der Stand der Sträflinge 600 Köpfe betrug, einige Abänderungen in der innern Eintheilung.

Auch wurden hierbei alle Oefen in sämtlichen Abtheilungen der inneren Anstalt beseitigt und die Beheizung mit erwärmter Luft eingerichtet, wodurch es möglich wurde, die Belagsfähigkeit für 700 Köpfe Sträflinge und 40 Köpfe Wachmannschaft zu erzielen. Die Kosten der wirklichen Ausführung betrugen 73,561 fl. 28 fr. C. M., also um 7918 fl. 60 fr. C. M. mehr als die ursprüngliche Bewilligung.

bergasse durch den Hohlweg unter dem Spielberge bis zur Kreuzgasse in Altbrunn durch freiwillige Beiträge und die Concurrenten chaufféemäßig hergestellt. In den 1830er und 1840er Jahren verwandelten mehrere Private ihre Felder am Abhange des Spielberges ober der Bädergasse in Gärten. Das Projekt des ausgezeichneten zainer Weingüblers Zemliczka, die Südseite des Spielberges in Neben-Pflanzungen umzugestalten (Mitthl. 1824 S. 350), kam, um das Entweichen der Sträflinge nicht zu erleichtern, eben so wenig zur Ausführung, wie ein früheres, durch eine Baumallee um den Spielberg, die Anlagen am Stadt-Platz und Franzensberge in Verbindung zu bringen.

Inzwischen ging die Verhandlung wegen der fortifikatorischen Gründe ihren Gang fort und neigte sich mehr und mehr einer günstigen Lösung zu. Kaiser Ferdinand befohl (a. h. Entschl. vom 17. Okt. 1840), daß sich rücksichtlich der fortifikatorischen Gründe in Brünn genau an die a. h. Entschließung vom 30. September 1834 zu halten sei, das Fortifikatorium aber auf keinen Fall ein ausgedehnteres Terrain in Anspruch nehmen soll, als es schon dormal besitzt, sondern vielmehr alle jene Beschränkungen eintreten lasse, die mit dem Begriffe eines geschlossenen Platzes überhaupt und insbesondere mit dem heutigen militärischen Werthe der Stadt Brünn nur immer vereinbarlich ist.

Die Begränzung dieses Terrains war nun der Gegenstand der weiteren Verhandlungen, ihr Resultat aber die a. h. Entschließung vom 29. November 1845, welche eine engere Begränzung des fortifikatorischen Rayons genehmigte und der Stadt die Zusicherung ertheilte, daß auch die übrigen fortifikatorischen Rechte, sobald Brünn ein geschlossener Platz zu sein aufhört, an die Stadt Brünn übergehen sollen.

Dieser Zeitpunkt trat ein, als Seine jetzt regierende k. k. Majestät die gänzliche Aufhebung der noch bestandenen fortifikatorischen Rücksichten bei der Stadt Brünn als militärisch geschlossenem Orte, mit Ausschluß der Citabelle Spielberg, genehmigten, so wie eine Revision in Betreff des beizubehaltenden militärischen Rayons der Citabelle Spielberg anordneten (a. h. Entschließung vom 25. Dezember 1852), welche mit der a. h. Entschließung vom 29. Mai 1855 die Genehmigung erhielt.

Mit der Bestimmung des Spielberges zur Citabelle und dem in neuester Zeit angenommenen Systeme, die Strafhäuser aus den großen Städten zu entfernen und auf das Land zu verlegen, hängt die Auflassung der Strafanstalt auf dem Spielberge zusammen. Nach den Tafeln zur Statistik der österr. Monarchie (Neue Folge 1. Bd. 2. H., Wien 1856) befanden sich hier im Jahre 1851: 6 Beamte, 102 Diener und Wachen, 415 Sträflinge (zu Anfang 516, Zuwachs 19, Abfall 130, jährl. Durchschnitt 478), hatte diese Anstalt 9,641 fl. C. M. Einnahmen und 85,921 fl. Auslagen. Einige Jahre später gab es hier an Sträflingen 502 Katholiken, 17 Apatholiken, 66 unirte und 10 nicht unirte Griechen, 10 Juden (Wolny, kirchl. Top. III. B. (1856) S. 96).

Nachdem die weiblichen Sträflinge bereits 1855 in die neue Straf- und Correktionsanstalt zu Wallaßisch-Meseritsch gebracht worden waren, übersiedelten die männlichen Ende 1857 in die neue Strafanstalt in der Karthause zu Gitschin in Böhmen und damit nahm die spielberger Strafanstalt ihr Ende.

Wegen Mangels an Raum in der Frohnveste zu Brünn ist ein Theil der Inquisten und Sträflinge in einem Hornwerke auf dem Spielberge untergebracht. Da aber noch in diesem Jahre die Sträflinge aus dem Provinzial-Strafhause zu Brünn nach der neuen Strafanstalt zu Müräu oder Stein übersiedeln und das erstere zur Frohnveste und zum landesgerichtlichen Untersuchungshause eingerichtet werden soll, dürfte auch das Hornwerk geleert werden.

Den Spielberg bezog vor der Hand eine Division Infanterie.

Wir schließen unsere Abhandlung über den Spielberg mit einigen Beschreibungen aus der neuesten Zeit, welche sich zerstreut da und dort in weniger verbreiteten Zeitschriften befinden.

Die erste datirt vom Jahre 1837 ¹⁾. Sie lautet: Für die Verbesserung des Gefängnißwesens ist in unseren Tagen ungemein viel geschehen; die Gefängnisse sind Anstalten geworden, in welchen der Verbrecher, obwohl dem unerbittlichen strafenden Gesetze anheim gefallen, dennoch nicht ganz aus der Gesellschaft ausgeschlossen bleibt und ihre Wohlthaten genießt. Die Verbesserung seines sittlichen und physischen Zustandes ist Aufgabe der Menschlichkeit geworden, deren Lösung mit edlem Sinne verfolgt wird. — Mit welcher Weisheit, Milde und Fürsorge unsere Regierung in dieser Hinsicht verfährt, dafür spricht laut die musterhafte Einrichtung der Strahäuser. Wir beschreiben jene auf dem Spielberge bei Brünn.

Der Spielberg, einst der berühmte Sitz der Fürsten Brünns und der Markgrafen Mährens, erhebt sich an der Westseite Brünns zu einer Höhe von 149,⁰⁰ Klafter über dem Meere (nämlich der Kapellenthurm-Knopf) und blickt düster auf die weit ausgebreitete Hauptstadt und deren anmuthige Umgebung. Der Gipfel desselben ist mit Festungswerken gekrönt, welche an der Ostseite durch eine doppelte Mauer mit der Stadt verbunden sind, im Jahre 1809 aber von den Franzosen größtentheils zerstört wurden. Von der Stadt aus führt ein mit Baumreihen besetzter Fußweg aufwärts zu einer steilen Stiege, über die man zu dem Militär-Wachthause gelangt, neben welchem sich rechts die Wohnungen des Ober- und des ersten Untervorstehers befinden. Von da gelangt man über

¹⁾ In Jurenbe's mähr. Wanderer für 1838 S. 367 — 369 (mit einer Ansicht des Spielbergs von der Nordseite) nach dem Böhm. des Schempera und der medicinisch-topogr. Skizze über den Spielberg von Dr. Vincolini, t. I. Physik des selben, in Raimann's medic. Jahrbüchern.

Eine Ansicht von Brünn und des Spielberges, gestochen von Würbs, ist im neuen Boten von Mähren 1845.

eine steinerne Brücke zu dem Hauptgebäude, welches ein Viereck bildet, und von der südöstlichen und nordwestlichen Seite durch einen 5 Klafter tiefen sogenannten Temnitzer Graben, sonst aber — in der Entfernung von etwa 15 Schritten — ringsum von einer Mauer umschlossen ist, die im Innern 10 Fuß hoch ist, von Außen jedoch weit höher steigt. Die Mauern sind ringsum mit Pallisaden umgeben, welche aber durch eine zweite Mauer ersetzt werden sollen.

Zu dem Hauptgebäude des Spielberges führen 2 Fahrwege; einer neben dem Fußwege von der Stadt aus, der andere von Nordwesten; da aber im Jahre 1820 die Brücke an dieser Seite abgetragen wurde, und nun bloß eine besteht, müssen die Wagen den ganzen Berg umfahren, ehe sie zur Brücke beim Wacht- hause kommen.

Geht man in den innern, von dem Hauptgebäude umschlossenen ersten Hofraum, so wird man am Ende des Einganges durch einen gothischen Bogen und etnlige gothische Verzierungen erinnert, daß man sich in dem ältesten Theile des Gebäudes befinde, welches wahrscheinlich aus jenen Zeiten stammt, wo der Spielberg noch der Sitz der Markgrafen war. Außer diesem gothischen Bogen hat sich aus dieser Periode nur eine Halle im Hofe links, mit hohem, in gothischem Style erbauten Gewölbe unverlezt erhalten, welche jetzt zum Depot dient; alle sonstigen Gebäude des Spielberges stammen aus der spätern und der neuesten Zeit.

Rechts, beim Eintritte in die Einfahrt, befindet sich die Wohnung des Seel- sorgers, und links die Hauskanzlei; in der östlichen Ecke des ersten Hofes selbst aber die im Jahre 1693 erbaute Kirche zur h. Dreifaltigkeit. Diese hat, mit Einschluß der vom ehemaligen Obersten des k. k. Panduren-Korps Franz Freiherrn von der Trenk (der, wie bekannt, auf dem Spielberge gefangen saß) erbauten und dotirten Kapelle, 3 Altäre und einen Thurm mit 2 Glocken und einer Uhr. Gleich daneben befindet sich zur ebenen Erde die Hausküche, und in dem, diesen Hof von dem zweiten großen Hofraume trennenden Flügel die Wohnung des Traiteurs, die Marketenberie und das innere Wachtzimmer. Die südliche Seite der beiden Höfe nimmt zu ebener Erde theilweise die Schlosserei, im ersten Stock- werke das Spital und im zweiten die Kaserne der Wachmannschaft ein, die west- liche Abtheilung des größeren Hofes dagegen enthält die Wohnung des prov. Untervorstehers und des Kanzellisten. Das übrige bilden gesunde und lichte Gefängnisse. Diese ganze Abtheilung wurde mit großem Aufwande in den Jah- ren 1835 bis 1837 neu aufgebaut.

In der Mitte des zweiten Hofes steht eine Statue der h. Dreifaltigkeit, und etwas von dieser entfernt befindet sich der durch seine Tiefe von 75 Klaf- tern bekannte und ganz in Felsen gehauene Brunnen, aus welchem mittelst eines von 6 Sträflingen in Bewegung gesetzten Tret-Rades ein gesundes, sehr reines Wasser geschöpft wird. Die Zeitfrist, bis einer von den zwei Eimern, die an der Welle des Tret-Rades sich auf- und abwärts winden, aus der Tiefe des Brunnens gefüllt heraufgezogen wird, ist fast eine Viertelstunde.

Die inneren zweistöckigen Gebäude an der südwestl. und nordwestl. Seite — gegen die Bäder- und die Schwabengasse zu — sind von 9 Kasematten umschlossen, die in der Tiefe und übereinander ausgeführt sind. In der südwestlichen Abtheilung befinden sich vier Kasematten und die Arbeits-Anstalt des Straßhauses, wie eine Kasematte gedeckt. Auf der Westseite sind die von den anderen ganz abgesonderten weiblichen Gefängnisse, und gleich daneben, in einem besondern Gebäude über dem hinteren Lemiger Graben, ihre Arbeits-Anstalt, im Graben selbst aber die Wasch-Anstalt; die äußere nordwestliche Seite, wohin man, wie zu den weiblichen Gefängnissen, von dem zweiten Hofraume aus gelangt, wurde früher die galizische Abtheilung genannt, und umfaßt unter der Erde die anderen 5 Kasematten, in denen, wie in den südwestlichen, bis zum Jahre 1836 die Verurtheilten ihre Strafzeit übersehen mußten. Nun sind, seitdem die hohe Gnade Sr. Majestät des höchstseligen Kaisers Franz alle tiefgelegenen Gefängnisse für immer aufgehoben hat, diese Gefängnisse nicht mehr bewohnt, und nur zu Zeiten bergen sie die Störer der Hausordnung. Hier befanden sich in den tiefsten Gängen die sogenannten „Josephinischen Gefängnisse,“ Arreste nämlich von Balken und Pfosten, ohne Tageslicht, 8 Fuß hoch, 7 Fuß lang und 4 Fuß breit und mit einer Eingangsthüre von 3 Fuß Höhe. Dasselbst wurden die schwersten Verbrecher, an Händen und Füßen mit Eisen und um den Leib mit einer Kette geschlossen, an die Mauer angeschmiedet, und bloß bei Wasser und Brot gehalten. Diese schreckliche Strafe wurde von Sr. Majestät Kaiser Leopold II. im Jahre 1791 aufgehoben, und nur ein Kerker dieser Art ist zum Andenken erhalten worden. Gegenwärtig besteht die Strafe der spielberger Sträflinge darin, daß sie an den Füßen mit Eisen gefesselt werden, täglich nur einmal eine warme Suppe — dreimal in der Woche eine Mehlsuppe ohne Fleisch (Sonntags ausgenommen) — erhalten, und mit Ausnahme des Wächters mit Niemand reden dürfen. Ihre Schlafstellen waren bis zum Jahre 1835 bloße Bretter, nebst einer Decke; seit der Zeit wurde ihnen aber auch ein Strohlagerzugestanden.

Die spielberger Straf-Anstalt ist für Staatsgefangene und für solche Verbrecher aus Mähren und Schlessen, Böhmen, Galizien, Ober- und Unter-Oesterreich bestimmt, welche auf mehr als 10 Jahre zur schweren Kerkerstrafe verurtheilt sind. Jetzt (1837) befinden sich daselbst über 270 männliche und etwa 50 weibliche Sträflinge.

Wie oben berührt wurde, befanden sich bis zum Jahre 1836 die Sträflinge größtentheils in unterirdischen Gefängnissen (Kasematten), und zwar die männlichen auf dem Spielberge selbst, die weiblichen in dem Hornwerke des Spielberges gegen Nordosten zu. Von diesem Jahre an wohnen aber alle Sträflinge oberhalb der Erde, und zum großen Theil in dem neu ausgeführten Gebäude. Die Kleidung der männlichen Sträflinge besteht in einem weißen, runden, breitrandigen Hute, aus einer wollenen, auf der rechten Seite dunkelbraunen, auf der linken lichtgrauen Jacke und dergleichen Beinkleidern, nur daß hier

die Farben gerade umgekehrt wie bei der Jacke wechseln, endlich in Schnürstiefeln. Die weiblichen Sträflinge haben ein wollenes, gleichfalls zweifarbiges Leibchen und dergleichen Röcke, und tragen auf dem Kopfe ein weißes Tuch. Im Sommer jedoch haben die Männer Beinkleider, die Weiber Röcke von gestreiftem und grauem Trillich.

Die Beschäftigung der Sträflinge besteht vorzüglich in den für die Anstalt nothwendigen Handwerks-Arbeiten, als Schuhmacher-, Schneider- und Tischler-Arbeit, im Spinnen der Wolle, in der Tuch-Erzeugung und zwar nicht nur für die Bekleidung der Spielberger Sträflinge selbst, sondern auch für die dortige Haus-Wachmannschaft, dann für die Sträflinge und die Wachmannschaft des Provinzial-Strafhauses und für die Polizei-Mannschaft in der Stadt. Ueberdies wissen Einige derselben sehr kunstreiche Arbeiten aus Horn, Haaren u. zu fertigen.

Diese zweckmäßig geleitete Beschäftigungsweise, die hohe Lage des Ortes, die beinahe nie ruhenden Winde, die Vorzüglichkeit des Trinkwassers sind vorzügliche Ursachen, welche günstig auf die Erhaltung der Gesundheit im Allgemeinen einwirken, daher von jeher der Spielberg, vorzüglich seines guten Trinkwassers wegen, als gesund in dem Bereiche der Hauptstadt in hohem Rufe gehalten wird. In einem Jahre sterben hier 8, 10, höchstens 12 Individuen. Ungeachtet der vielen in Straf-Anstalten vorhandenen ungünstigen Einflüsse auf den Organismus, finden sich in diesem Straforte fast nie Epidemien ein; selbst die so furchtbare Cholera erschien hier nur in einem sehr geringen Grade. Im Juli 1836 war der Stand der Kranken 40. Nur die wirklich erkrankten Sträflinge werden in das Spital aufgenommen, und erhalten die vorgeschriebene Krankenkost. Der Krankenzimmer sind acht, vier für die innerlich erkrankten männlichen, eines für die Externisten, drei für weibliche Kranke und ein Ordinationszimmer. Zur ärztlichen Pflege der Kranken ist ein Medicus und ein Chirurg angestellt; beide aus der Stadt. Das Amts- und Dienst-Personale des Spielberges besteht nebst diesen aus einem Ober-, einem wirklichen und einem provisorischen Unter-Vorsteher, einem Kanzlisten, aus einem Haus-Seelforger, den wegen der Verschiedenheit der Sprachen und der Religion andere Geistliche aus der Stadt unterstützen, 1 Feldwebel, 6 Korporals und 75 Wachgemeinen für den unmittelbaren inneren Wachdienst. Die äußeren Wachen werden von der Brünner Garnison, bestehend aus 1 Feldwebel, 8 Korporals, 1 Gefreiten, 1 Tambour und 66 Gemeinen täglich versehen. Im Ganzen (mit Einschluß der Familien des Ober- und Unter-Vorstehers u.) beträgt die Zahl der Bewohner an 500. — Der Besuch der Straf-Anstalt des Spielberges ist nur denen gestattet, welche die Erlaubniß des hohen Landes-Präsidiums hiezu erlangen.

Kurz nachher gab der Franzose Remacle eine Beschreibung des Spielberges, welche Wahres und Falsches, Richtiges und Unrichtiges enthält und durch eine spätere Beschreibung auf ihren wahren Gehalt zurückgeführt wird. Wir theilen daraus (nach den Blättern für literarische Unterhaltung 1841 Nr. 282) Folgendes mit.

Grad der Verabung der Freiheit; insofern hat sie eine Aehnlichkeit mit den Bagnos in Frankreich. Alle Gefangene aus dem Erzherzogthum Oesterreich, aus Mähren und aus Böhmen, welche zu länger als zehnjähriger Kettenstrafe verurtheilt worden sind, werden hieher gebracht. Am Ende des Jahres 1838, als Hr. Remacle das Haus besuchte, waren 315 Gefangene darin, unter denen sich 43 Weiber befanden. Es besteht aus sechs Abtheilungen oder Vierteln, welche auf beiden Seiten zweier Höfe von ungleicher Größe angebracht sind. Eines dieser Viertel, das nördliche, war leer, welches der Verf. der im vorigen September proclamirten Amnestie zuschrieb. Diejenigen Quartiere, welche er untersuchte, bestanden jedwedes aus zehn Kertern, welche auf einen einzigen Gang floßen; neun derselben können fünf Gefangene und das letzte 15 enthalten, so daß ein einziges Quartier 60 Gefangene fassen kann. Die übrigen Theile derselben dienen zu Krankenzimmern, Werkstätten und Magazinen. Mitten im großen Hofe steht eine Säule mit dem Bilde der Dreifaltigkeit; im kleinen Hofe bemerkte Hr. Remacle eine Tretmühle, worin sechs Gefangene eine Viertelstunde lang arbeiten müssen, um einen Eimer Wasser aus dem 136 Metres tiefen Brunnen zu ziehen. Die nördliche Terrasse ist für die Weiber bestimmt und wird vom Walle beherrscht; eine höhere Terrasse ist diejenige, welche sich auf der West- und Südseite erstreckt; von hier aus hat man eine herrliche Aussicht. Die Kapelle ist klein, aber sehr verziert, wie die katholischen Kirchen in ganz Oesterreich.

Die Reisenden betraten nicht ohne Erschütterung die Zellen der Gefangenen. Die kleinste hat nur 4 Fuß 50 Zoll in der Breite und 6 Fuß 50 Zoll in der Tiefe; eine solche Höhle mußte Silvio Pellico bewohnen, ehe man ihn mit Maroncelli vereinigte. Ein Feldbette mit einem dünnen Strohsack und einer wollenen Decke für jedweden Gefangenen nimmt einen großen Theil des Raumes ein. Das Fenster beginnt sechs Fuß über dem Boden und hat eine Oeffnung von zwei Fuß. Alle Kerker werden sieben Monate im Jahre hindurch mittels Ofen geheizt. Die Kerker im Erdgeschoße haben das Besondere, daß eine eiserne Stange mit einer daran hängenden drei Fuß langen Kette an der Mauer befestigt ist. Vor der kaiserlichen Verordnung vom Monate Februar 1832, welche den Carcere durissimo abschaffte, wurden die dazu verdamnten Unglücklichen des Abends mittels ihres eisernen Gürtels an diese Kette geschlossen, so, daß sie kaum auf ihrem harten Lager sich ausstrecken konnten; und wenn eine solche Marter ihnen ein starkes Geschrei auspreßte, so stopfte man ihnen eine sogenannte Mundbirne, d. h. eine durchlöcherterte und mit Pfeffer angefüllte eiserne hohle Kugel in den Mund, welche ihre Pein noch vermehrte. Es gab 1838 auf dem Spielberge noch zwei Gefangene, welche den Carcere durissimo dastanden hatten, und zwar einer 18 Jahre lang und der andere 20 Jahre. Der erstere war stark und gesund, aber der zweite an allen Gliedern kochend. Heutzutage ist die Strafe für alle dieselbe, nämlich der sogenannte Carcere duro, aber die Dauer ist verschieden. Worin der Carcere duro besteht, hat Silvio

Bellico empfinden müssen und wohl beschrieben. Seitdem ist die Härte dieser Strafe ein wenig gemildert worden. Den Gefangenen wird ein wenig Stroh nicht mehr versagt; man gibt ihnen ein halbes Pfund Brod mehr; am Sonntage können sie ein wenig Fleisch und in der Woche einige Wehlpfeifen zu sich nehmen. Hr. Remacle vermuthet, daß man diese Linderung den edlen und doch so energischen Klagen des berühmten Italieners zu verdanken hat. „Barum“, setzt er hinzu, „sind diese humanen Vorschriften nicht auf alle Anstalten der Monarchie ausgedehnt worden? In den meisten Gefängnissen Oesterreichs haben wir Gefangene gesehen, welche aus Mangel hinreichender Nahrung dahinstarben. Wir haben zu ihren Gunsten unsere Stimme erhoben. Glücklich wird für uns der Tag sein, da wir erfahren werden, daß sie erhört worden ist!“

Die Gefangenen auf dem Spielberge müssen im Sommer um halb fünf, im Winter um sechs Uhr aufstehen. Nach dem Gebete wird zur Untersuchung ihrer Fesseln geschritten und hernach werden sie in die Werkstätten geführt; wo jeder Züchtling nochmals visitirt wird. Man gibt ihm anderthalb Pfund Brod für den Tag. Am halb elf Vormittags wird die einzige Mahlzeit genossen; sie besteht für jedweden aus zwei Seidel Suppe und zwei Seidel Gemüse, worauf sie sich in den Höfen eine Stunde lang ausruhen können. Die Arbeit wird jedem nach seinen Kräften zugemessen; wenn er sie nicht vollbringt, wird er bestraft. Am Sonntage ist keine Arbeit, aber auch keine Erholung in den Höfen, und wenn der Gottesdienst vorbei ist, bleiben die Züchtlinge müßig in den Kerlern liegen. Eine sehr scharfe Aufsicht wird über das Betragen der Gefangenen geführt; diejenigen, welche Zutrauen einflößen, werden sogenannte Zimmerwäter und Zimmermütter. Eine Schule fehlt, obschon zur Zeit des Besuchs Hrn. Remacle's mehr als 20 Jünglinge unter den Gefangenen saßen, die noch ihr 20. Jahr nicht erreicht hatten. Bis dahin ist der Spielberg kein strengeres Gefängniß für Verbrecher als andere derartige Anstalten. Nur für Leute von Bildung, welchen man bloß ein politisches Vergehen zur Last legt, für einen Silvio Pellico, für einen Maroncelli ist dieser Aufenthalt schrecklich. Aber unterhalb der Kerler, welche Silvio Pellico beschrieben hat, gibt es andere weit schrecklichere, welche unbekannt geblieben sind, und unter diesen gibt es noch andere, woran man nur mit Grausen denken kann. Zu ersteren gelangt man mittelst eines unterirdischen Ganges, es sind in allem vier Zellen, wovon jedwede 15 — 20 Gefangene fassen kann; zusammen können sie deren 200 enthalten. Bis zu den letzten Jahren schloß man hier die Räuber und Mörder ein; seit vier oder fünf Jahren aber werden diese Kerler nur zufällig, als außerordentliche Strafe, und auf kurze Zeit gebraucht. Mehrmals haben Sträflinge sich hier in die Tiefe hereingewühlt und zu entkommen gesucht; von 30 — 40 Versuchen sind jedoch nur drei geglückt; einer der Entwichenen wurde wieder ergriffen, ehe er unten an den Berg gelangt war. Dies war auch das Loos des Franzosen Drouet aus Barennes, Mitglied des Nationalconvents, welcher 1794 auf dem Spielberge saß und aus den Vorhängen seines Bettes ein Seil,

oder, wie Remacle sagt, einen Fallschirm gemacht hatte, um zu entkommen. Im Falle zerbrach er sich aber das Bein, wurde wieder ertappt und in dasselbe Gefängniß eingesperrt. Erst zwei Jahre später erhielt er seine Freiheit wieder, als er heimlich gegen die Tochter Ludwig's XVI., die jetzige Herzogin von Angoulême, ausgetauscht wurde. Besagte Kerker tragen den Namen Franz I.; der Gang führt durch einen jähen Abhang zu dem schrecklichsten Theile des Spielberges, nämlich zu einer Art von Behältern, welche sich 60 Fuß tief in der Erde befinden und den Namen Maria Theresia führen, vielleicht, sagt Herr Remacle, weil diese Kaiserin die letzte war, welche erlaubte, Gebrauch davon zu machen, d. h. welche eine solche Grausamkeit zuließ. Der Kerker oder Behälter waren 34 an der Zahl. Nur ein einziger ist übrig geblieben, gleichsam zum Angedenken an die Unmenschlichkeit voriger Zeiten. Es ist ein aus Balken bestehender runder Behälter, mit einer kleinen Oeffnung zum Einschieben der Nahrung; unten befindet sich eine größere Oeffnung, um den Verurtheilten hineinzubringen. Dort Tageslicht, frische frische Luft konnte eindringen; der Unglückliche saß oder stand in diesem Röhre, woran er noch dazu mit einer schweren Kette angeschlossen war, und lebte mitten in der größten Feuchtigkeit und Dunkelheit. Dreimal in der Woche erschien ein Gefangenwärter und brachte ihm das nöthige Brod und Wasser. Die zu dieser Zeit Verdammten lebten selten länger als sechs Monate in einem so schrecklichen Kerker.

Herr Remacle stellt hierüber folgende Betrachtungen an; „Frankreich hat schon im 18. Jahrhund. diese höllischen Gefängnisse, welche man den Italienern und Engländern nachgemacht hatte, abgeschafft. Deutschland hat sie bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts beibehalten. Seit 50 Jahren ist die Strafgesetzgebung in Frankreich so sehr gemildert worden, daß sie fast einen Theil ihrer Wirksamkeit verloren hat; Oesterreich hatte noch vor fünf Jahren seine unterirdischen Kerker und seinen Carcere durissimo.“ Ein edler, gefühlvoller Italiener, welcher das Opfer seines heißen Patriotismus geworden ist, hat selbst die schrecklichen Leiden des spielberger Gefängnisses dulden müssen; er hat dieselben mit einer gewandten Feder und in einem Tone gemäßigten Unwillens in christlicher Ergebung vor der Welt aufdecken müssen, um endlich die Regierung dahin zu vermögen, sich milder gegen die Gefangenen zu betragen, besonders gegen diejenigen, denen man nur politische Vergehen, etwas Ueberspanntheit in den Ideen, eine voreilige, etwas zu eifrige Aeußerung ihrer Gedanken und Empfindungen vorwerfen hat und gegen welche man eine tyrannische Grausamkeit beginge, wenn man sie den Verbrechern gleichsetzte und sie wie diese behandelte. Daß jetzt der Spielberg den Sträflingen nicht lebensgefährlicher ist als andere österreichische Gefängnisse; daß er im Gegentheile der gesündeste Aufenthalt für dieselben zu sein scheint, beweist der Verfasser aus den Todtenlisten, die man ihm mitgetheilt hat und welche man als richtig voraussetzen muß. Zufolge dieser Tabellen starb 1837 im Linzer Gefängnisse 1 Sträfling von 10, im wiener 1 von 18, im brünner Provinzgefängnisse 1 von 6 (eine schreckliche Sterblichkeit, deren Ursache man

nachsuchen und schleunig heben sollte), im prager Gefängnisse war die Mittelzahl der Todten, nach einer Berechnung für 10 Jahre, wie 1 zu 8, auf dem Spielberge hingegen ist die gewöhnliche Sterblichkeit in der Zahl der Gefangenen nur wie 1 zu 24, woraus dann folgt, daß der Tod zu Prag und Brünn zwei bis viermal mehr Sträflinge wegrafft als auf dem Spielberge.

Silvio Pellico's Buch hat die Aufmerksamkeit der Welt auf diesen Ort gerichtet und die Leser haben an Allem, was dem eben Gefangenen begegnet ist, was er empfunden, lebhaften Antheil genommen. Deshalb glaubt Hr. Remacle auch hinzufügen zu müssen, was aus den Personen geworden ist, von welchen Silvio Pellico mit so vielem Gefühle spricht und mit denen er während seiner qualvollen Gefangenschaft in Berührung gekommen ist. Die vier kleinen Kinder, welche eine sterbende Mutter dem Angedenken des italienischen Gefangenen empfahl, sind große und starke Jünglinge geworden; die frommen Wünsche der Mutter für ihr Gedeihen sind vom Himmel erhört worden. Ihr Vater, Herr Schmerzhart (richtig Smrczel), ist Verwalter des großen Hospitals zu Brünn. „Wir haben uns lange mit ihm unterhalten,“ sagt Herr Remacle, „er behält die ehrenvollen Männer, welche seine Gefangenen waren, in einem innigen und lebhaften Angedenken.“ Wergrott (Wegrath), der Unterdirektor, welcher den Polizeichef begleitete, als man den Gefangenen ihre Begnadigung ankündigte, ist nach Wien berufen worden. Was Kral betrifft, welcher Klopstock, Wieland, Goethe und Schiller las und, was noch besser ist, welcher sich gegen die italienischen Gefangenen so gut betrug, so hat er schon lange den Gefängnißdienst verlassen, ist nach seinem Dorfe in Böhmen zurückgekehrt, hat dort seine getreue Hanna wiedergefunden und ist, wie Herr Remacle gehört hat, ein glücklicher Ehemann geworden.

Einige Jahre später erzählte der Physikus der spielberger Strafanstalt der vielseitig gebildete und gelehrte Dr. Rincolini (in der Moravia 1842 Nr. 58) Folgendes:

Von der Stadt Brünn aus führen zwei mit Baumalleen besetzte Wege aufwärts bis zu einer steilen Stiege, welche zu dem Militär-Wachhause an der Pforte führt, wo nach rechts zu die Wohnung des Obervorstehers sich befindet, und nächstens auch die Hauskanzlei bestehen wird; von da passiert man eine steinerne Brücke, und gelangt zu den Hauptgebäuden, welche ein Biered bilden, das von einem 5 Klafter tiefen Graben umgeben und ringsum von einer hohen Mauer umschlossen ist; statt den Pallisaden, die bis jetzt noch nach Außen als äußerste Umschließung bestanden, wird so eben eine Mauer rings um die Gebäude des Spielberges aufgeführt. — Zwei Fahrwege führen von der Stadt aus nach dem Spielberge, einer neben dem Fußwege, der andere von Nord-Westen von der Vorstadt Schwabengasse.

Aus der ältesten Zeit ist von architektonischen Ueberresten nur noch der gothische Bogen und eine einzige Halle, die nun zu einem Depot dient, vorhanden; sämtliche übrige Gebäude sind aus späterer Zeit. In der östlichen

Ede des vom Hauptgebäude umschlossenen Hofes ist die 1693 erbaute Kirche zur heiligen Dreifaltigkeit; sie hat, mit Einschluß der vom ehemaligen Panduren-Obersten Baron Franz von Trent dotirten Kapelle, drei Altäre, einen Thurm mit zwei Glocken und eine Uhr. Gleich an diese stößt die Hausküche, die Traktantenwohnung und das innere Wachzimmer an. An der südlichen Seite zur ebenen Erde ist die Schlosserei, und im ersten Stockwerke das Spital, welches 8 Krankenzimmer für die innerlichen und äußerlichen Kranken und Marodeurs, und ein Ordinationszimmer enthält. Ueber die in dieser Krankenanstalt herrschende Reinlichkeit drückte sich vor wenigen Tagen der bekannte Engländer Sir Robert Mayne, welcher alle Spitäler zum Nutzen für sein Vaterland besucht, folgendermaßen aus: „It is the cleanest hospital, which i have seen during my long travels.“ (Es ist das reinlichste Gefängniß-Spital, was ich auf meinen langen Reisen gefunden habe).

Im zweiten Stockwerke ist die Wohnung des Hausseelforgers, und des Wirts-Kanzellisten, dann die Kaserne der Wachmannschaft, das Uebrige besteht aus gefunden, hinreichend lichten Gefängnissen. — Der Bau der neuen Abtheilung ist in den Jahren 1835 bis 1837 vollendet worden.

Mitten im zweiten Hofe steht die Statue der heiligen Dreifaltigkeit, und ganz nahe befindet sich der 75 Klafter tiefe, ganz in Felsen gehauene Brunnen, aus welchem mittelst eines jedesmal von 6 Sträflingen bewegten Tretrades ein sehr gesundes Wasser herausgeschöpft wird. — Die Zeitfrist, bis der Wasser-Eimer oben anlangt, beträgt eine Viertelstunde.

Gegen die Bäden- und Schwabengasse, südwestlich und nordwestlich, sind neun Rasematten in die Tiefe gehend übereinander aufgeführt. In der südwestlichen Abtheilung sind ferner noch vier Rasematten und die Arbeitsanstalt, die Tischlerei zc. Auf der Westseite sind die von den andern ganz abgesonderten Arreste für die weiblichen Sträflinge, und gleich daneben ihre Arbeitsanstalt, und im Graben selbst die Waschanstalt. Die äußere nordwestliche Seite umfaßt unter der Erde 5 andere Rasematten, in welchen die Sträflinge bis zum Jahre 1836 ihre Strafe überstehen mußten, allein die Gnade Sr. Majestät des Kaisers Franz hob damals für immer alle unterirdisch gelegenen Arreste auf, und in dieselben kommen jetzt nur zuweilen einzelne Sträflinge als Störer der Hausordnung (in die sogenannten Correctionsarreste). Hier bestanden einst in den tiefsten Gängen die sogenannten schwersten Arreste, bloß aus hölzernen Balken zusammengesezt, ohne Tageslicht, nur 8 Fuß hoch, 7 Fuß lang und 4 Fuß breit; die Eingangsoffnung hatte nur eine Höhe von 3 Fuß, und oberhalb war ein kleiner Schuber, um die Nahrung hineinreichen zu können. In diesen Gefängnissen waren die schwersten Verbrecher an Händen und Füßen mit Eisen, und um den Leib mit einem Ringe angeschlossen; sie erhielten nur Wasser und Brod. Diese Arreste hob Se. Majestät der Kaiser Leopold II. 1791 auf, und nur ein einziges wird noch zum historischen Gedächtniß erhalten und gezeigt.

Gegenwärtig sind sämtliche Arrestanten nur an den Füßen gefesselt, genießen täglich ein Mal warme Speise, und erhalten jeder $1\frac{1}{3}$ Pfund Kornbrod.

Als Schlafstellen hatten die Sträflinge bis zum Jahre 1835 sogenannte hölgernen Pritschen, nebst einer Decke; seit der Zeit erhielten sie auch Strohsäcke.

Auf den Spielberg kommen solche Sträflinge, die zu einer länger als 10 Jahre dauernden Strafzeit verurtheilt sind. Die Kleidung derselben besteht aus einem weißen, runden, breitrandigen Hute, einer wollenen, auf einer Seite dunkelbraun gefärbten, linkerseits lichtgrauen Jacke und aus vergestrichen Seinkleidern und Schnürstiefeln; die weiblichen Sträflinge haben gleichfalls ein doppelfarbiges wollenes Kleidchen und derlei Röcke, auf dem Kopfe ein weißes Tuch. Im Sommer erhalten die Sträflinge beider Geschlechter eine aus gestricktem grauen Erilich verfertigte Kleidung.

Die Beschäftigung der Sträflinge besteht in den für die Anstalt nothwendigen Handwerksarbeiten, als Schuhmacher- und Schneiderarbeiten, im Weben und Spinnen des Flachses, Werges und der Wolle, und in der Tuchherzeugung für den nothwendigen Hausbedarf der Anstalt, selbst für die Hauswachmannschaft, für das k. k. Provinzial-Strafhaus, die Stadtpolizwachmannschaft etc., auch werden kunstreiche Arbeiten in Holz, Horn, Bein und aus Stroh und Haaren verfertigt.

Die allgemeine Gesundheit dieses Strafortes betreffend, ist besonders anzuführen, daß die hohe Lage des Ortes, die beinahe nie ruhenden Winde, der häufige Aufenthalt der arbeitenden Sträflinge im Freien und das überaus vorzügliche Trinkwasser äußerst günstig auf die Gesundheit der Arrestanten einwirken, daher auch von jeher der Spielberg seines guten Trinkwassers wegen als gesunder Ort im Bereiche der Hauptstadt stets im hohen Rufe gehalten worden ist. Den Witterungscharakter betreffend, so beträgt beim Barometerstande der Unterschied im Steigen oder Fallen jeden Monat 8 bis 9 Linien, und die Thermometerdifferenz gegen jene in der Stadt 2 Grade. Ungeachtet der in den Strafanstalten auf den Organismus häufig ungünstig einwirkenden Einflüsse ereignen sich selten Epidemien, und selbst die so furchtbare Cholera trat hier in einem gelinderen Grade auf, und das Spielbergerspital hat im Vergleiche gegen die andern Krankenanstalten von Brünn die geringste Sterblichkeit. Zur ärztlichen Pflege der Kranken ist ein Medikus und ein Wundarzt aus der Stadt angestellt.

Die Kranken erhalten eine vollkommene Krankenkost, die mit jener der übrigen hiesigen Krankenhäuser ganz übereinstimmt.

Für den Kirchendienst, die Hausseelsorge und geistlichen Unterricht ist ein eigener Hausseelsorger bestellt, welcher, der Sprachenverschiedenheit wegen, noch von mehreren Geistlichen aus der Stadt unterstützt wird.

Die Oberleitung über die Strafanstalt führt ein Rath aus dem Gremium des k. k. Guberniums. Die Besichtigung des Spielberges ist Jedem nach erhaltener Erlaubniß des hohen Landespräsidiums gestattet.

Endlich lassen wir die jüngste unter dem Titel: Ein Besuch des Spielberges (in der brünner Zeitung 1859 Nr. 284 — 289) erschienene Beschreibung vom Museums-Custos-Adjunkten Trapp folgen. Sie lautet:

(Brünner Thor. — Mährischer Stadtsoldner. — Neue Straße. — Vinderei. — Spielbergs Friedhof. — Statue St. Johann's. — Communicationsthor. — Grünes Portal. — Hauptwache. — Walldorfsche Kapelle. — Wallfahrten).

Gleichwie einerseits die herrliche Aussicht von der Höhe des Spielberges dem Besucher desselben ein großartiges Landschafts-Panorama bietet und im centralen Vordergrunde massenhafte Mauerwerke vor das Auge führt, so erweckt schon der Anblick der pittoresken Citabelle den Wunsch, das Innere derselben mit allen Abtheilungen zu schauen und nähere Kunde von den einzelnen Schloßtheilen zu erhalten, denen Sage und Geschichte ein doppeltes Interesse verleihen. Wir laden den Leser ein, uns auf der Wanderung nach der berühmten und gefürchteten Burg zu begleiten und bieten uns ihm in nachstehenden Zeilen als Führer an:

Da, wo einst des ehemaligen Brünner Thores Standpunct war, gewahren wir noch als letztes Wahrzeichen, gleich einem Wegweiser zum Spielberg, ein altes Gebäude Nr. 257, daneben ein kleines Hofgärtchen Nr. 248, in dessen lebendes Grün ein erhaben ausgemeißelter mährischer Soldner unverändert herabblüht. Seine Tracht ist die des 17. Jahrhunderts mit dem Stadtwappenschild in der Linken und in der andern Hand ein Banner haltend. Er ist fest gebannt an dem Strebepfeiler der Eckflanke des Hauses, der letzte „steinerne Gast“ aus sturmbewegter Zeit. Wie viel des Guten und des Schlimmen mag an ihm vorbeigezogen sein? Der Himmel weiß, welches Schicksal ihm die Zukunft noch beschieden hat und ob er ebenso viele Jahre in starrer Lethargie den kommenden Generationen zur Schau ausgestellt bleibt, oder wie sein früherer Genosse am Brünner Thore den Weg des Gebotes: „Nichts dauert ewig“ dahinziehen muß! Hier am geschichtlich denkwürdigen Punkte des 19. Jahrhunderts, wo Kaiser Napoleon I. bei seinem Einzug im J. 1805 die Schlüssel der Stadt empfing, und wo uns gegenüber jetzt der majestätische Bau des Stadthofes wohlthuend entgegenblickt, während wir die Zeichnung des gewesenen Altbrünner Thores, die unter Glas und Rahmen im hiesigen Rathhause hängt, unserem Gedächtnisse noch einmal vorführen; hier also schwenkt man über einen Theil der neuen breiten Straße zu den steilen Stufen des Spielbergfußes ein. Welche Aenderung seit Kurzem hier vorging, ist jedem Brünner wohl bekannt. Ueber die vielen hier ausgegrabenen Gebeine wurde Manches gesprochen, leider lassen sich keine ausführlichen Daten angeben, wann und warum die Leichen hier ehemals beerdigt wurden. Möglich, daß sie aus der Zeit der Pest im J. 1604 stammen.

Die letzte Stufe oben betretend, stehen wir vor der fortifikatorischen Vinderei, ehemals Büchsenmacherwerkstätte und vor der Todtengräbers-Wohnung nebst

Leichenkammer. Gleich rückwärts des Häuschens dehnte sich der Friedhof der Burg Spielberg aus, war klein und hatte in seiner Mitte ein hölzernes Kreuz mit dem auf Blech gemalten Heiland. Bei Cassirung des Friedhofes ging auch das Kreuz zu Grunde. Vor mehreren Jahren wurden viele Gebete hier ausgegraben. Selbst der Böttchermeister fand unter dem Estrich seiner Werkstätte viele Todtenschädel.

Die Bildsäule des hl. Johann von Nepomuk daneben dürfte laut Wappen durch einen Grafen von Breuner im vorigen Jahrhunderte errichtet sein, und nicht, wie die Sage spricht, vom Freiherrn von der Trenk.

Eine Baumallee führt uns zum ersten Communicationsthor mit der wenig lesbaren Inschrift: „Kais. königliche Feste Spielberg,“ wo auch das erste Wacht- haus ist. Knapp bei diesem Thore geht der große Wasserablaufscanal zum Fuß des Berges herab. In den 50er Jahren krochen durch selben oft die hier Ball spielenden Knaben.

Nun zieht sich eine parkartige Anlage, in der Sommerzeit mit duftenden Rosen- und Kliedergesträuch sattfam gewürzt, zum zweiten Thore empor.

Mächtige Schanzmauern haben uns aufgenommen und tüchtig müssen wir den Hals strecken, um den Blick zur Zinne aufwärts zu bringen. Ein kurzer Fußsteig und wir stehen vor einem niederen Portale in grüner Lüne, während der große Fahrweg sich rechts um die Schanzwerke zieht. Das Portal im einfachen römischen Style, an den Seiten weiße Halbsäulen habend, das aus der letzten Hälfte des 17. Jahrhunderts stammt, und früherer Zeit kein Durchgang war, bringt den Besucher über eine gedeckte Treppe zur zweiten Wache, resp. Hauptwache. Der Eingang in diesen Theil geht durch das ehemalige Wall- dorf'sche Kapellchen, welches von dem damaligen Schloß-(richtig Kreis-)Hauptmann Freih. v. Walldorf erbaut worden sein soll und an das sich ein starker, halbrunder Thurm angeschlossen, der zu den ältesten Festungswerken gehörte und im Jahre 1680 mit großer Mühe abgetragen ward, da die Mauern eine Stärke von 9' haben. Dies Kapellchen ist ganz klein im gewöhnlichen Style mit einem Dreikanten- Giebel gebaut und grün getüncht, hat vorne ein starkes eisernes Einlaßgitter. In der Hauptnische, die jetzt durchbrochen zum Eingang dient, stand eine Dreifaltigkeitsstatue, welche gegenwärtig im zweiten Burghofe (im J. 1829) ihren Platz hat. Am Festtage St. Trinitatis wallfahrten die Städter in großer Menge herauf. Der ganze Weg war dann mit Verkaufsbuden, wie sie an solchen Feiertagen meist sichtbar werden, spallirt. Da aber vielfältiger Mißbrauch durch Gabenspendung an die Sträflinge geschah, denen man mitunter auch Feile und Durchbruchsinstrumente zukommen ließ, wurden diese Wallfahrten aufgehoben.

(Erste Zugbrücke. — Pforte). Von da da schreitet man über die ehemalige Zugbrücke, die jetzt aus zwei hohen, gemauerten Bögen besteht, zur sogenannten Pforte in einen grauen Gang, der zum ersten Burghofe führt.

Dieser Gang 1° 2' breit, 3° 9" lang und 3° 1' hoch, zeigt nun augenblicklich die Reste einer Kapelle, da sich in ihm ein schlankes Spitzbogenthor wölbt,

dessen Rippen bis zum Plintus schöne Rundstäbe vorweisen und nebenan in der Wand vertieft zu beiden Seiten auch zwei niedere, vierkantige Thüren mit Stab-
 leisten angebracht sind. Dieses Spitzbogenthor hat ob seinem Giebel eine Aus-
 bauchung mit dem ehemaligen Zug für das Fallgitter und gleich vor selben
 (dem Thore) in der linken Wandfläche zwei herrliche gothische Sedilia, wie ich
 sie hier in Brünn nur an der Epistelseite der aufgehobenen St. Mikolauiskirche
 am großen Plaze fand. Ihre Ausschmückung ist aus dem Trifolium konstruirt,
 geht dann in ein zartes gothisches Spitzbogen-Maswerk über, das auf drei Hohl-
 fehl-Säulen ruht, die wieder auf einem platten Sockel fußen. Das Ganze ist
 2° 1' breit und 1° 2' hoch. Leider ist die Decke der ersten Anordnung zerstört
 und jetzt ganz einfach gewölbt. Es ist somit klar, daß man vor sich die Rudera
 einer gothischen Kapelle erblickt; denn, kaum betritt der Fuß den ersten Burghof
 und betrachtet die Wandfläche im Innern, so zeigen sich Spuren von 6 Stre-
 bepfeilern, die man späterer Zeit rasirte, deren Vorhandensein aber der abgelöste
 Mörtel und die Kalkrinne nachweisen. Auch ist an der linken Gasseite des Hofes
 im ersten Geschoße ein vermauertes gothisches Fenster, mehr ein Thor ersichtlich,
 zu dem früher eine hölzerne Treppe aufwärts führte, und das einst den obern
 Theil einer Doppel-Kapelle bildete, welche Wahrscheinlichkeit aus dem Umstand
 dafür spricht, daß unterhalb, also zu ebener Erde, sich noch die alte Burghapelle
 in ihrer ganzen Schönheit befindet.

Gegenwärtig ist sie die Cantine und daranstoßend zugleich Wohnung des
 Spielbergs-Traiteurs, war früher Feuerrequisitorium, dann Waschanstalt, hernach
 die große Küche der Strafanstalt.

Welche Profanation mußten diese Hallen im Zeitendrange überstehen?
 Da wo einst der Segen gesendet und für geistiges Wohl gesorgt ward, pflegt
 nun der Körper irdischer Speise und Trankes. Es liegt im Zusammenhang
 der Dinge! —

Der Bau der Burghapelle dürfte entweder in die zweite Hälfte des 13.
 oder erste Hälfte des 14. Jahrhunderts fallen, da ihre Anordnung ganz mit dem
 Presbyterium der ehemaligen Mikolaus-, so wie Cyrill- und Methudiskirche in der
 Stadt korrespondirt. Sie bildet ein längliches Viereck von 5° Länge, 3° Breite
 und 2° 2' Höhe, wird von starken Steinrippen überdacht, die ein niederes Spitz-
 bogengewölbe tragen, dessen gedrückte Decke mehr für eine Art Unterkirche paßt.
 Die Rippen ziehen sich, von prismatischen Consolen ausgehend, zur Höhe, schlie-
 ßen im Kreuzbogen immer eine Scheibe mit Blattornamenten als Schluß-
 stein ein, und haben eine reine, aus dem Kleeblatt abgefehlte Formation. Leider
 sind die Gewölberippen und Schlußsteine resp. Rosetten mit einer solchen Masse
 Kalkes übertüncht, daß ihre Schönheit ganz verbedt wird. Die Rückseite der
 Kapelle ist durch eine Quermauer getrennt, welche die großen Gemächer und
 Ubicationen des Traiteurs abschließt, während die Hauptseite sich der äußern
 Wandfläche der Sedilia anschließt. Ob diesem Theil sind die Rippen besonders
 schön gezogen, da die Spitzbogen ein Pentagon einrahmen. Mit Befremden steht

man an der rechten Seite eine vierkantige Wandvertiefung, gleich einem Sacramentarium in alten Kirchen, das aber der ganzen Kapellenanlage widerspricht, weil hier kein Altar stehen konnte, sondern diese Vertiefung zur Zeit der Baubauanstalt für die Aufbewahrung der Seife entstanden ist. Das eigentliche Mittelland gegen Osten in dem obbesagten Gange, wo die Sedilia sind, welche durchbrochen gewesen waren; somit die ursprüngliche Anordnung dieser Burgkapelle ein Kreuz vorstellte und der Mitteltheil eben dieser Gang war, zu dessen beiden Seiten sich der Länge nach die Kreuzesarme ausdehnten. Dafür gibt Zeugnis eine gleich rechts daranstoßende Ubbication, die ganz mit der noch erhaltenen gothischen Halle (jetzt Cantine links) correspondirt, auch dieselbe Rippenconstruction und Ausmaß hatte. Wahrscheinlich wurden der Schadhaftheit wegen drei in einfachen Bögen gezogene Gurten unterhalb der gothischen Rippen gespannt, damit das Gewölbe einen Ruhepunkt hätte. Dabei brach man, da wo die Rippen hinderten, dieselben ganz einfach weg, und ließ nur einige Reste mit ihren Rosetten sammt Consolen übrig. Auch die den ersten Sedilia's hier gleichförmig gewesene Ausschmückung ward lasser und die Oeffnung zugemauert. Früher war dieser gothische Raum eine Holzlage, ist gegenwärtig Magazin des Tratteurs. Der Fußboden ist mit vierkantigen Steinplatten und ein Theil mit Ziegeln gepflastert.

Um meine Annahme einer in Kreuzform da gewesenen Kapelle zu confirmiren, ergibt das Maß des jetzigen Mittelganges und die gleichen Maße der Kreuzesarme, die in ihrer ganzen Ausdehnung eine Länge von 11° 2' in Licht und eine Breite von 3° haben, daher $\frac{2}{3}$ der Oeffnung durch die jetzt zugemauerten Sedilia aus den beiderseitigen Kapellenhallen resp. Navis ins Presbyterium, dem gegenwärtigen schmalen Gang, einmündete.

Der Navisraum der beiden Kreuzesarme war bestimmt, die Andächtigen aufzunehmen, die in das schmale Presbyterium durch die offenen Sedilia roote Bogenfenster zu den geistlichen Functionären Einsicht erlangten, eine Thatsache die in alten, dem christkatholischen Ritus geweihten Kapellen vielfältig gebraucht ward, wie z. B. in der Burgkapelle auf Carlstein in Böhmen, wo das Presbyterium ganz von der Navis getrennt und noch heutzutage durch den Triumphbogen in unseren Kirchen das Volk vom Priester geschieden ist. Der Mitteltheil, roote Presbyterium, war auch so hoch, daß er den beiderseitigen oberen Kapellenräumen Einsicht gestattete, die eine fortlaufende Zahl Fenster zwischen je zweien der Strebpfeiler haben mußte, wie wir jetzt das eine vermauerte noch sehen. Somit ist es ganz erklärlich, daß diese Reste eine Doppelpapelle vorweisen, welche endliche Muthmaßung ganz bestimmt die an der Außenwand gewesenen Strebpfeiler geben, die (wie schon gesagt) sich der Länge nach fortziehen, und ebenso hoch gebaut waren, daß man den Bestand einer Doppelkirche jedenfalls annehmen kann.

Denn die sogenannte brünner Burg hatte eine bedeutende Ausdehnung für damalige Zeiten, eine in strategischer Beziehung ungemein vortheilhafte Lage,

folglich auch als Wohnsitz fürstlicher Besitzer und als alter natürlicher Bruder des Petersberges immerhin anzunehmen ist, daß die Burgkapelle daselbst nicht klein gewesen sei, umsomehr, als in den ältesten Zeiten Doppellirchen vielfältig gebaut wurden. Ein Beispiel des noch vorhandenen gibt die Doppelkapelle auf der königl. Burg zu Nürnberg. —

Noch sei erwähnt, daß in den Zimmern des Traiteurs ein Gemach sichtbar ist, welches an die Rückwand der Cantine stößt, und das meiner Meinung nach die Sacristei der alten Kapelle war. Das Gemach ist ein regelmäßiges Viereck mit kantigen Säulen verziert, die vom platten Capital vier schmale Rippen zur halbkreisförmigen Decke tragen und oben einen Zirkel einschließen, in dem gewiß ein Bild gemalt war. Der Ausgang mündet in den durch vorhergesagte Quermauer abgeschlossenen Raum der Cantine.

Ein eben derart construirtes Gemach neben der andern Halle (Magazin), jedoch vorne gelegen, ward für die Maschinerie der Aufzugsbrücke benützt.

(Alte Burgkapelle. — Neue Kirche). Das erste authentische Vorkommen einer Kapelle auf der brünner Burg weist der Codex Diplom. Morav. IV. et VI. Bd. nach, worin es heißt, daß im Jahre 1287 der olmüzer Domherr und König Wenzels Caplan, Heinrich, das Beneficium besaß und 1331 König Johann die Kapelle resp. ihre Einkünfte sammt dem Patronatsrechte dem in Altbrunn gestifteten Spital der Nonnenabtei schenkte, die auch die Burgkapläne präsentirte. Damals war ein Nikolaus (?) königl. Burggraf, und als erster urkundlicher Burgkaplan Bojlaw 1350. Die Einnahme dieses Beneficiums war für die damalige Zeit eine bedeutende: nämlich 1 Freihof in Rečkowic mit 1 Ader, 6½ Zinslahnen, Wälder, Wiesen und Hutweiden.

Die geschichtliche und chronologische Reihenfolge der Kapläne, Rectoren und Curaten der Burgkapelle findet man in Wolny's kirchl. Topographie.

Nachdem nun diese Burgkapelle durch die schwedische Belagerung im J. 1645 schadhast ward und der obere Theil etwa ganz abgetragen werden mußte, so erbaute der damalige Commandant der spielberger Citadelle, Johann Wilhelm Graf von Zinzendorf im Jahre 1693 eine ganz neue, bombenfeste Kapelle, die ebenfalls im ersten Schloßhose in der rechten Eckflanke ihren Platz fand.

Der Eingang ist gleich zu finden. Ein Vorbau, resp. eine mit Dachung versehene offene Treppe, unter der ein einfaches Thor, das Auge Gottes am Thürsturz gemalt, weist uns den Weg in das Innere der gegenwärtigen Kapelle.

Sie bildet die östliche Ecke des Gebäude-Tractes, ist klein, ganz einfach im italienischen Styl gebaut, mißt 5° 3' in der Länge, 6° in der Breite und hat eine Höhe von 4° 3'. Die Wände sind geweißt.

Ein Gründungsstein, sammt Wappen als Gedenktafel in die Mauer, vis à vis dem Hauptaltar eingefügt, sagt:

„Pietas jvncta fortitvdini qvam Sanctissimæ et Individuæ Triados nec non Avgvstissimæ Cœlorum Reginæ sine Labæ Conceptæ Eivsq. Castissimi Sponsi Divi Josephi Honori Erexit et fvdavit Illmvs. et Excellmvs. D.

D. Joannes Gvilielmvs S. R. J. Comes a Zinzendorff et Pottendorff Hæreditarivs Venationvm Magister S. C. R. M. Leopoldi I, Camerarivs Generalis Vigiliarvm Præfectvs et Fortaliter Spielberg svpra Brvnam Actvalis Commendans Moderante Ecclesiam Universam Innocentio XII. Pontifici Maximo Imperivm Romanvm Leopoldo I. Cæsare Avgvstissimo Episcopatum Olomvc. Celas. Principe Carolò a Lichtenstein Marchionatvm Moraviæ Franc. Car. Libsteinsky S. R. J. C. A. Kolowrat Anno a qVo arX brVnensis a Gottlis oppVgnata et solVta est qVaDragesimo oCtavo.“ (1693).

Somit ist 48 Jahre nach der Belagerung durch die Schweden (a Gottis anno 1645) dieser Ort dem Gottesdienste zugeführt, der Allerheiligsten Dreifaltigkeit geweiht und laut Altare portatile am 25. April 1753 durch den Cardinal Fürstbischof von Olmütz, Ferdinand Julius Grafen von Troper, consecrirt worden, welcher die Reliquien der hl. Märtyrer Innocenz, Severin und Victorin einlegte.

Das Hauptaltar steht vertieft in einer breiten hochgewölbten Nische. Das ziemlich große Oelgemälde, die h. Dreifaltigkeit darstellend, ist recht brav gemalt. Der Meister unbekannt. Ob selbem ist ein Elypsenfenster mit farbigen Glase schon nahe der Decke angebracht und stark vergittert. Ein zweites Bogenfenster, auch mit gefärbtem Glase, ist an der Evangelienseite ober der Kanzel, neben welcher im J. 1847 ein Altar des hl. Johann von Nepomuk abgetragen ward, weil der galizianische Tract erneuert wurde. An derselben Wandseite ist in der Ecke eine verschlossene Thür, die, ein kleines Kämmerchen habend, zur Aufstellung des hl. Grabes diente, das von den Sträflingen im J. 1853 gemalt wurde. Nebenan ist ein großer Beichtstuhl. Gepflastert ist die Kirche mit weißen und schwarzblauen Steinplatten.

Rechts vom Hauptaltar, unter einem Bogengange, ober welchem das Oratorium ist, wurde die Trenßsche Kapelle ausgemauert. Sie ist so klein, daß bloß ein Seitenaltar Raum hat, mißt 2° Höhe, 1° 1' Breite und 1° 2' Tiefe. Der gekreuzigte, aus Holz geschnitzte Heiland macht auf dem Altartisch das Hauptbild. Ueber die Fundation dieser Kapelle sagt eine Tafel in der Sacristei:

„Laut Stiftsbrief ddo. 20. Jänner 1753 soll wochentlich eine stille Messe für den Stifter und zum Troste seiner Seele gelesen, alljährlich aber, am 4. Oktober dem Tage seines Todes, ein Anniversarium abgehalten werden, von welchem letzteren es aber in so lang sein Vorkommen hat, und nur die Missa pro defunctis in anniversariis zu lesen ist, bis die mähr. ständische Dom. Pamatka sub Nr. 294 de sessione 4. August 1767, ddo. 1. November 1767 per 3000 fl. à 2 % verlosset, und die Interessen auf die ursprüngliche Höhe gelangt sein werden.“

Der ehemalige k. k. Panduren-Obrist, Franz Freiherr von der Trenß, starb am 4. Oktober 1749 als Staatsgefangener hier am Spielberge. Die Klausel §. 5 seines Testaments vom 24. September 1749 lautet:

„Vermache ich in die Festungskapelle alhier auf dem Spielberg zur Erbauung eines neuen Altars und sonst zur Ehre Gottes 3000 fl. anzuwenden.“ —

Den Mittelraum der Dreifaltigkeitskapelle nehmen einige Bänke ein. Der Musikchor, gegenüber dem Hauptaltar auf 2 gemauerten Pfeilern ruhend, ist klein und mit einem Positiv versehen.

Von den wenigen hier übrig gebliebenen Instrumenten sind erwähnenswerth eine Tromba und eine Posaune aus dem 17. Jahrhunderte, die eine eigene Construction haben und von den gegenwärtigen in Gestalt ganz abweichen.

Etwas höher ist das Oratorium, wo die weiblichen Sträflinge der hl. Messe bewohnen konnten. Eine Bogenlaube mit dichtem Holzgitter in den Kirchenraum hinein verbarg das Hinausschauen den unten befindlichen männlichen Gefangenen. Das andere kleinere Oratorium ob der Trent-Kapelle war für die Beamten und Gefangen-Inspicienten bestimmt. Man gelangt zum Chor und zu den Oratorien über die offene Treppe, die außen bei der Kapelle angebaut ist (Siehe Eingang zur Kirche).

Wie viele Seufzer und inbrünstige Gebete für Linderung des die Seele drückenden Verbrechens mögen hier zum Allerhöchsten emporgesandt, wie manch' verstocktes Herz durch die Tröstungen der Religion erleichtert und erweicht worden sein ! !

Für den Physiologen muß gerade bei so einer heiligen Handlung, wo das Gemüth sich im Antlitz ausdrückt, die Beobachtung des Ausdruckes dieser Gefangenen ein besonderes Studium gegeben haben?

(Sacristeri. — Thurm.) Doch wir haben noch einen interessanten Theil dieser Kirche zu besuchen. Es ist die Sacristeri. Eine Thür neben der Trent'schen Kapelle, ober der 3 Bildsäulen von dem cassirten St. Johann Nep. Altar stehen und in der Ecke ein alter marmorner Taufbrunnen vorspringt, führt uns über einige Stufen fast unter das Presbyterium herab. Das ist die kleine heizbare Sacristeri, gedeckt mit Holzrahmen, da ober ihr die Wohnung des Kirchendieners war, doch in der Mauerstärke ungemein fest und vergittert.

Der jeweilige Curatus gelangte zu selber gleich aus seiner Wohnung, die neben anstieß und denselben Theil umfaßte, der sich der jetzigen gothischen Halle, nun Traiteurs-Magazin, anschließt. Am Fensterpfeiler hängt die Consecrationsurkunde der Kirche vom Cardinal Troyer und dem gegenüber stehen an der Wand kleine Schränke neuerer Arbeit mit den ziemlich vielen Paramenten. Von dem im J. 1810 abgelieferten Silber erhielten sich noch:

Ein alter Kelch von Silber, vergoldet, dessen halbe Kuppe, Knauf und Fuß schöne Blatt- und Ornamente in erhabener Arbeit vorweist. Am Fuße sind drei offene Felder ersichtlich, davon eines das Zinzendorf'sche Wappen und die Lettern I. W. G. V. H. V. Z. eingravirt hat. (Johann Wilhelm Graf und Herr von Zinzendorf), also aus der Zeit des 17. Jahrhunderts stammt. Weiter ein schönes Ciborium von Kupfer, ganz vergoldet mit barocken Ornamenten und 3 Medaillons am Fuße, die Eoco Homo, St. Sebastian und ein leeres

Wappen mit der Krone und den Initialen: G. C. F. V. D. O. V. C. A. D. V. S. AO. 1682 ausgeprägt weisen.

Die übrigen Kirchengefäße sind aus neuester Zeit, ebenso die Messbücher, nur ein alter eiserner Doppel-Opferleuchter ist erwähnenswerth. Unter den Paramenten, deren viele vorhanden, meist aber beschädigt sind, ist eine alte Casel, deren Mittelschild Leinwand, in Farben ganz kleine zerstreut liegende Blümchen, aber roh in ihrer Bildung aufgedruckt enthält.

Eine ganz kostbare und wirklich meisterhafte Casel ist als Merkwürdigkeit anzuführen. Ein am Kelchtuch (zu diesem Paramente gehörig) aufgeklebter Zettel besagt:

„Bei der Erstürmung des Ortes Vignentino und Vertheidigung der dortigen Kirche durch die Piemontesen am 4. August 1848 vor Mailand (vom Herrn Lieutenant Carl Förster vom k. k. L. Inst. Reg. Baron Fürstenwärtner, der bei dieser Affaire selbst theilhaftig war, der Spielberger Kirche als Andenken übergeben).
Neuwirth, Curatus.“

Diese Casel ist von rothem Damast mit weißen Blumen in Seide. Das Mittelfeld von ausnehmender Schönheit und herrlicher Silberstickerei in erhabenen Dessins mit gothischem Charakter. Ein jeder Dessin hat ein subtiles einfaches Kreuz aus rothem Sammt aufgenäht, die sich durch die ganze Höhe ziehen. Dasselbe ist an der Stola, Manipulum und Bursa zu sehen. Es ist rein italienische Klosterarbeit und dürfte aus dem 16. Jahrhunderte stammen.

Schade, daß es hier so Jedermanns Augen verborgen bleibt. Könnte man die Casel mit Vorbehalt des Eigenthumes nicht wo anders deponiren, allenfalls da, wo das Publikum sie bewundern könnte? —

Den Schluß der Kapelle bildet der Thurm, weithin sichtbar als höchster Punkt des Spielberges. Man gelangt zu demselben aus dem Mitteltrakt, wo sich ein Plateau ausbreitet, das bepflanzt mit saftigem Grün, die wohlriechendsten Laviolel hervorkeimen läßt und dem über die Brustwehr Schauenden das ausgedehnteste Panorama im Rundkreise bis tief an die Landesgränzen das Auge erquickt. Die Aussicht ist wahrhaft eine feenhafte. Schon die Vogelperspektive der Stadt Brunn gibt das anziehendste Bild. Man kann sich von diesem Genuße gar nicht trennen, und lange bleibt der Eindruck unverwischbar, daher ist es jedem Besucher des Spielberges zu rathen, vorerst jene Ubicationen in Augenschein zu nehmen, die einen düstern Charakter vorweisen, und als Schluß, gleichsam zu neuem heiterem Leben das Thurmplateau zu wählen. —

Der Thurm selbst ruht auf der nordöstlichen Eckflanke des großen Gebäudeviereckes, ist aus gehauenen Granitsteinen circa 50 hoch, im Quadrat gebaut, und hat eine einfache Helmbachung. Er dominirt somit die ganze Gegend. Seine Höhe ob der Meeresfläche beträgt vom Thurmknopfe aus 149,90 W. R. Im Jahre 1853 ward er sammt der Uhr erneuert.

Wenige Stufen führen zu den 2 Glocken, deren erste, im Durchmesser 20" breit und 18" hoch, der heil. Dreifaltigkeit gewidmet und im J. 1773 von

Liborius Martin in Brunn gegossen ist. Die zweite Glocke ist 18" breit, 14" hoch, und hat nebst dem Bilde der heil. Dreifaltigkeit, dann dem Zinzendorf'schen Wappen die Handschrift: Johann Wilhelm Graf von Zinzendorf D. R. K. M. Leopoldi I. Röm. Gen. Commandant am Spielberg 1693. Der Ton von beiden gibt die Septime.

Zum Schluß der Betrachtung über diese Spielberger Kirche, welche bis zur höchsten Spitze die Verehrung der Allerheiligsten Dreieinigkeit aufrichtete, gleichsam als Zeichen der alles beherrschenden Größe Gottes, mag mir die Annahme erlaubt sein; daß auch schon in der frühesten Zeit, also gleich bei Errichtung des Gott geweihten Hauses, die alte Burgkapelle der heiligsten Trinität im frommen Sinne gewidmet und in ihren erhabenen Schutz empfohlen wurde, somit seit Jahrhunderten den Tag des 19. Juni als Kirchenfest feiert. Hier also, hoch oben thronend „Drei sind Eins“, während in nächster Nähe der Fels der Kirche am Petersberge, der wo erste christkatholische Apostel und Stellvertreter Gottes seinen heiligen Hort im Mährenlande gegründet fand, zeigt sich eine sinnige Vereinbarung in Wort und That, eine große Pietät unserer Vorfahren, die ihren gestifteten Bauwerken nur dann einen sicheren Bestand gaben, nachdem sie für selbe die Weihe von Oben ersucht! —

(Mitteltract. — Dreifaltigkeitssäule. — Brunnen. — Obere Gebäude. — Chem. Zeughaus. — Unterirdische Casematten.)

Unsere Wanderung weiter fortsetzend, gelangen wir zum zweiten Burghofe. Früherer Zeit bestand hier bloß ein großer im Viereck gebauter offener Platz, der im J. 1820 in zwei Theile geschieden ward, nachdem man einen Mitteltract aufführte und dadurch zwei Höfe erzielte. Beim Betreten dieses zweiten Burghofes erblicken wir in seiner Mitte die aus der ehemaligen Walldorf'schen Kapelle im J. 1829 anher übertragene Dreifaltigkeitsstatue, welche, auf einer niedern Säule mit vierkantigem Sockel fußend, mit einem Geländer umgeben, in greller Manier restaurirt ist.

Ihr gleich gegenüber ragt ein Vorbau aus dem rückwärtigen Gebäudetheile, darin sich der große Burghrunnen befindet. Die obere Maschinerie, ein complicirtes Fachwerk mit immensen Balken, großem Trittrade und dergleichen Welle, unter welcher eine starke Brustwehr sich ausdehnt, zeigt uns die bedeutende Tiefe von 69 Klaftern des in Felsen gehauenen Brunnens. Eine Papierdüte, welche wir anzünden, braucht eine hübsche Weile, ehe sie im freisenden Falle den Wasserspiegel berührt. Fast schwindelt uns, wenn wir hinabblicken. Aus den Felsenspalten ragt eine reiche Vegetation ins Innere hinein, trozend jedweder Vernichtungsgesahr, um neuerdings saftiges Grün aus den festgefaßten Wurzeln hervorzukeimen. Eine Sage erzählt, daß in einer gewissen Tiefe, jedenfalls noch ob dem Wasser, vier in Felsen gehauene Gänge aus dem Brunnen führen, die zur Zeit der Gefahr den Burghewohnern, welche sich herabließen, eine Flucht bis unterhalb des Spielberges ermöglichten. Nach Untersuchungen zeigte sich aber,

daß diese vier Gänge bloß für den Quellenzufluß des Wassers bestimmt, seit Jahren aber ausgetrocknet sind. Der Brunnen selbst besitzt schon wenig Wasser, dessen Bedarf meist durch Zufuhr aus der Stadt oder den Bächen bestritten werden muß, da auch die große Cisterne gleich neben dem Brunnenhaus, in die das Regenwasser von den Dächern geleitet wird, spärlich aushilft. Um einen Eimer Wasser aus dem Brunnen herauszubefördern, brauchte man die Zeit von 15 Minuten, wo 4 Mann das große Rad treten mußten, ehe sich die Welle mit 2 Eimern und einer sehr dicken eisernen Kette in Bewegung setzte, was nur im Regenwetter geschah, sonst bei heiterem Himmel ward der große Öppel auswärts entweder durch 6 Menschen oder Pferdekraft gedreht, von dem ein starkes Tau zur inneren Welle führte, und das heuer sammt der Kette abgenommen wurde und in fortifikatorische Verwahrung kam, somit der Brunnen unbenützt bleibt. Das Wasser ist frisch, hat aber viel Nitrum-Gehalt. Die sämtlichen Gebäude sind 2 Stock hoch und neuerer Zeit erbaut, sehen aber keinesfalls einladend aus, sondern gleichen mehr einer gänzlich verwahrlosten Burg, daher der Anblick immer ein düsterer ist. Ihr Inneres sind zweireihige Zellen, die zu Gefängnissen dienen. Vor jeder Zelle gewahrt man eine starke niedere nummerirte Thür mit festem Eisenbeschlag und Schloß nebst einem kleinen Gittergasser, durch welche Oeffnung der Gefangenaufseher die Eingesperrten beobachten konnte. Sie hatten es nicht so schlecht, als vielfältige grauenhafte Gerüchte über den Spielberg circulirten, denn die große Humanität unserer Regierung versorgte sie mit jedweder geistigen und leiblichen Nahrung.

Hie und da ersieht man noch in mancher Zelle originelle Inschriften nebst Malereien an den Wänden, die als biographische Bruchstücke von den Incarcerirten verfaßt wurden. Jetzt sind diese Zellen von dem hier stationirten Militär bewohnt oder werden als Monturs-Magazine benützt. Alle übrigen Ubicationen sind leer.

Der südliche Tract war vor dem Jahre 1809 das Zeughaus, welches durch die Franzosen zerstört und der hier befindliche Pulverthurm in die Luft gesprengt wurde. Wenn man nach Besichtigung der obern Räume in die untern historischen gelangen will, so muß man den Weg zur Kapelle einschlagen, wo nebenan eine kleine Thür (erst neuerer Zeit errichtet) uns über mehrere Stufen in den großen Wallgraben herableitet. Derselbe ist von ungemein hohen Mauern umfriedet, die auf felsiger Unterlage fußen; hat eine reiche Bodenvegetation und gibt ganz das Bild einer Ruine voll pittoresker Farbentöne.

Die eigene Stille des Ortes macht die Phantasie gespannt auf das zu Schauende, von dem sich bloß historische Rubera erhielten. Hie und da gewahrt das Auge zugemauerte Thüren, abgetragene Mauern zc., Alles von den vielfältigen Umanderungen herstammend, die hier vorgenommen wurden. In der nordöstlichen Ecke dieses Wallgrabens ist ein kleiner Vorbau, der die Leichenkammer war. Daneben führt eine niedere Thür zu den unterirdischen Casematten, deren Unterlage Felsen, die Wölbung jedoch Mauerwerk ist.

Alles Gotteslichtes und fast jeder Luft beraubt, wurden hier die schwersten Verbrecher zur Sühnung ihres Vergehens bestraft, denn selten kam Einer lebend heraus. Mit dem Ueberschreiten der Thürschwelle wurde der Außenwelt „Lebewohl“ gesagt. Diese Casematte zieht sich in einem Doppelgang von 52 Klaftern in die Länge. Der rechte Gang war in einzelne aneinanderstoßende Zellen abgetheilt, die, aus Balken und Pfosten gezimmert, je einen Verbrecher aufnahmen. Jeder derartige Holzkasten war 1° 4' hoch, 1° breit und 5' tief, folglich wenig Raum zur Bewegung vorhanden. Davon ist jetzt bloß die Spur an der Wand und am Fußboden übrig geblieben.

Der andere linke Gang hatte ebenfalls durch Holz getheilte Zellen, zeigt jedoch noch die für den angeschmiedeten Körper gemachte Mauervertiefung, welche cylindrisch für den Rücken und den Kopf wie ein Abflatsch aussieht. Der Gefangene ward sonach mit dem Rücken gegen die Wand durch einen eisernen Ring um den Hals und Leib festgehalten, während eine lange Kette von Fuß und Arm sich aufwärts zu einer Querstange von Eisen zog, die an kleinen Ringen, welche in der Decke befestigt waren, schwebte und durch die ganze Weite der Casematte führte. Nur machesmal ward diesen Verbrechern freie Bewegung gestattet, und ihnen der Ring vom Hals und Leib geöffnet, ohne aber die Fuß- und Armketten, die an der Eisenstange hingen, abzunehmen.

Die Nahrung bestand bloß aus Brot und Wasser. Selten lebte so ein Individuum über 6 Wochen, da sich nach gänzlicher Erblindung bald der Tod einstellte. Nur ein Einziger soll es 9 Monate ausgehalten haben. Man zeigt auch die Fallthür, durch die man die Unglücklichen in diesen schauerlichen Kerker herabließ.

Dies alles erzählte uns der Cicerone und wir erwähnen es in denselben Worten, mit Verwahrung gegen jede Selbsterfindung.

Dampf weht uns hier die Luft an, wunderliche Figuren skizzirt unser eigener Schatten an die Wände und spärlich bünkt uns schon die Fackel zu brennen, welche unser Führer nebst einem großen Bunde Schlüssel in den Händen hält, daher *requiescant in sancta paco et mutantur tempora*, und wir eilen zu freierem Athmen an's liebe Tageslicht heraus.

Unterirdische Casematten. — Josephinischer Tract. — Trenk Zelle. — Waschhaus. — Zweite Zugbrücke. — Leopoldinischer Tract. — Großer Canal. — Kerker. — Fahrweg. — Großes Einfahrtsthor. — Bastionen.) Oberhalb dieser besagten Casematte befindet sich ebenfalls ein Doppelzug von Kerkerzellen, die auch unterirdisch, doch durch stark vergitterte Lichtgasser von oben erhellt werden. Ehe wir eintreten, sehen wir an der Außenwand eine Seitenplatte mit einer ganz verwitterten Schrift angebracht, aus welcher wir mit großer Mühe entziffern, daß dieser Theil unter dem Feldmarschall Baron Seherr-Thoß und unter der Direction des Colonnels de Rochefort (? richtig Rochepine) 1742 gebaut wurde.

Nun führt uns der Cicerone in die historisch denkwürdige Zelle des Banden-, Christen- Freiherrn von der Trenk. Sie ist die erste im linken Gange, während rechts eine Wandnische an die übrigen Zellen sich anschließt. Hier also brachte der allgemein bekannte und berühmte Bandenführer seine letzten Lebensjahre zu. Dies Kämmerchen, für eine Person genug geräumig, mißt 2° 2' Länge, 1° 6" Breite und 2° 1' Höhe, hat einen guten Fußboden aus Holzbrettern, einen ziemlich großen Kachelofen, genug Licht, da das mit Gitter versehene Fenster in den Wallgraben führt, und auch die Wände rein geweißt sind, folglich es keineswegs wie ein schauerlicher Kerker aussieht. Jetzt sind freilich alle Geräthschaften weg und es steht blank als Historikum eines Mannes da, von dem wir so Vieles, zwar mehr des Schlimmen als des Guten gehört haben!

Es mag ihm freilich Manches in einiger Uebertreibung zur Schuld gelegt werden. So kam er zu Folge peinlichen Proceßes 1746 auf lebenslängliche Gefangenschaft in die Beße Spielberg, wo er, wie schon oben gesagt im J. 1749 am 4. Oktober starb und darauf unter großem Volkszußtrömen Abends 7 Uhr durch die Arrestanten in die Gruft der P. P. Kapuziner zur Stadt herabgetragen und beigesetzt wurde. Ueber sein Leben und seine Thaten sind viele Schriften erschienen.

Mehr als 100 Jahre sind seit seinem Tode im Laufe der Zeit dahingeschwunden, hier oben bleibt aber sein Name auch für die Zukunft erhalten.

Die übrigen Kerkerzellen sind jetzt ganz öde, somit nur nackte Mauern sichtbar. Eine Menge morsches Holzwerk liegt auf der Erde. Die Wände haben hier und da dergleichen Vertiefungen wie unten für den Körper, erhielten aber durch Luftzüge von oben ihr Licht. Diese obere Doppelcasematte ist 56° lang, bis zur Böschung 2° hoch und circa 4° breit. Der ganze Theil wird der Josephinische Tract genannt, darin bis zum Jahre 1791 die schwersten Verbrecher eingekerkert waren. Ober demselben sind die 2 Stock hohen Gebäude aufgeführt. Wenn man nun bis ans Ende der oberen Casematte gelangt, so führt eine Thür in einen kleinen Hof, resp. Wallgraben, der nordwestlich die großen und geräumigen, jedoch ebenerdigen Waschhausubicationen angebaut hat, die jetzt Ruine sind. Hoch über selben prangt ein aus Stein gehauenes und mit den Oeffnungen für die Rollketten der Zugbrücke im Jahre 1809 vermaurertes Thor, welches ehemals den westlichen Eingang bildete. Dieser Wallgraben ist sehr tief. Neben dem Waschhaus führt eine hölzerne gedeckte Treppe aufwärts zu den Gebäudetheilen des zweiten Burghofes.

Nun haben wir noch den Leopoldinischen Tract zu besuchen, der gleichfalls im östlichen Wallgraben seinen Zugang hat, somit gerade an der entgegengesetzten Seite des Josephinischen Tractes steht. Man gelangt von Oben durch eben die Thüre neben der Kirche herab, oder geht gleich nach Besichtigung des Josephinischen Tractes zurück; schreitet unter den Bögen der Einfahrtsbrücke zu der verödeten Schlosserei, um die herum eine reiche Vegetation von allerhand wilden

Pflanzen und etwas Hollundergesträuch wuchert; hüpfst über die vielen jetzt offenen Canallöcher des Erdbodens, bis man eine niedere Thür findet, welche zu einem 30° langen, 2° 5' breiten und 1° 2' hohen gewölbten unterirdischen Gange führt. In selbem befindet sich der große aus Ziegeln gemauerte und abschüssig laufende Canal. Oberhalb dieses Ganges ist wieder eine doppelgängige Casematte für Kerkerzellen eingerichtet, aber ganz zerstört, da Thüren, Fenster, Defen und Gitter ausgebrochen sind. Nur die Wachtstube voran ist erhalten, jedoch unbenützt. Man sieht noch das Fachwerk für die Schlafstellen in den Abtheilungen, die ziemlich geräumig waren, so wie die ganz oben angebrachten großen Lichtgasser, welche bis zum oberen Erdboden reichen und mit starken Eisenstäben dreifach vergittert waren. Kaiser Leopold II. milderte hier die Strafe der Verurtheilten durch leichteren Kerkergrad.

Zum Schluß unserer Wanderung umgehen wir noch das große Gebäude-Biered.

Gleich von der Hauptwache aus nach links schreitend kommen wir zu einem neuen Gebäude, das jetzt zu Officierswohnungen verwendet wird.

Hier zieht sich der breite Fahrweg herab in die Stadt, den wir verfolgen, wo uns rechter Hand der südliche Tract entgegenblicket. An selben sind mehrere vorstehende Nischen in gleicher Entfernung von einander angebaut, deren Oeffnungen mit starken Eisenstäben und über diese wieder dichtes Drahtgeflechte verschallt ist. Sie sehen wie große Käfige aus und dienen als Fensterklappen für die unterirdischen Kerkercafematten. Linker Hand zieht sich eine große und bei 7 Klafter hohe Schanzmauer zur Tiefe herab, die jedem Entweichungsversuche troßte. So kommt man zu einem einfachen Thore, das die südwestliche Ecke flankirt, geht dann westlich fort und ist bald an dem nördlichen Punkte, wo das große Einfahrtsthor steht, darin zu ebener Erde die Wachtstube ist. Es ist aus Ziegeln gebaut, mit einem Dache versehen und die Bögen aus Quadersteinen gespannt. Das Portale, ebenfalls aus Steinmaterial gehauen, im Styl des vorigen Jahrhunderts aufgeführt, hat als Krönung am Giebel das kais. österreichische Reichswappen. Nun schreiten wir an einem geräumigen Wachmannschaftshause vorbei, daneben eine in Felsen gearbeitete Cisterne ist, und wo sich wieder ein Schanzthor zeigt, das zu den Pulverthürmen auswärts führt. Die übrigen Bastionen und Courtinen, mit ihren großen Schanzmauern, dazwischen Wallgräben und Gärten sich befinden, haben kein archäologisches Interesse.

So kommen wir endlich auf unsern ersten Punkt, das grüne Portale mit seinem gedeckten Treppengange, wo wir die Wanderung begonnen haben, zurück. Wir fassen an diesem natürlichen Ruhe- und Sammlungspunkte all des Gesehenen nochmals die malerische Umgebung ins Auge, weiden dieses an der freundlichen Lage unserer Stadt und lehren mit reich anregenden und befriedigenden Eindrücken heim, die wir mit Ruhe ordnen und dem Gedächtnisse einprägen — als Erinnerung an diese historisch denkwürdige Burg, deren sagenumflungenes Riesenhaupt in die älteste Geschichtsperiode, ja in die Mythenzeit Mährens ragt. —

Nachtrag zur S. 125. Es kam nun in Folge der neuen Spinn- und Garnordnung für Mähren vom 21. April 1755 (1. Abtheilung S. 7) zur Errichtung von Spinn- (Arbeits-) Häusern, welche zugleich als Aufbewahrungsorte von Gefangenen dienten.

Schon aus Anlaß des a. h. Reskripts vom 1. November 1755, welches einen Unterschied zwischen den gleich durch Partikular-Schub abzuschiebenden erb- ländischen Bagabunden und den erst durch den Hauptschub außer Landes zu schaffenden fremden ausländischen Personen (Bagabunden, Bettlern, Müßiggängern) machte, wurde (18. November 1755) den Kreishauptleuten aufgetragen, diese letzteren, wenn sie im Kreise betreten würden, bis zum nächstfolgenden Hauptschube in das in jeder königlichen Stadt nunmehr errichtete Spinnhaus indessen wohlverwahrt abliefern zu lassen.

Ueber das (erst 1841 errichtete) Zwangsarbeitshaus in Brünn (S. meine Gesch. der Humanitäts-Anstalten S. 322).

III. Abschnitt¹⁾.

Beiträge zur Geschichte von Brünn in der neueren und neuesten Zeit.

Einleitung.

Quellen und Literatur der Geschichte und Beschreibung von Brünn.

A. Schriften.

Wir haben schon in der Vorrede erwähnt, daß noch nicht der Zeitpunkt gekommen ist, eine Geschichte der immer gewichtiger hervortretenden mährischen Landeshauptstadt zu schreiben.

So viel auch über Brünn gesammelt und geschrieben worden, erscheint es doch im Ganzen nicht als viel und mehr als Material für einen künftigen Geschichtsschreiber. Brünn steht selbst hinter vielen kleineren Städten in so fern zurück, als es auch nicht Einen Chronisten überhaupt oder auch nur über einen längeren Zeitabschnitt gefunden hat. Am meisten fand, aber auch erst in neuerer Zeit, die Glanzseite seiner Geschichte, dessen Rechtsleben Beachtung.

Es ist lebhaft zu bedauern, daß keines der nicht wenigen alten kirchlichen Institute der Stadt und nächsten Umgebung eine Chronik verfaßt oder sich doch keine erhalten hat, weder der uralten St. Peterskirche, noch der alten Pfarrkirche St. Jakob, noch auch der Klöster der Prämonstratenser (in Obrowitz bei Brünn), Dominikaner und Minoriten, welche vor mehr als sechshundert Jahren, der Augustiner und Barthäuser (in Königsfeld bei Brünn), welche vor einem halben Jahrtausende entstanden sind, der Franziskaner, welche vor vier hundert Jahren aufkamen.

Es wird wohl erwähnt eines Anonymus Zabrdowicensis (Obrowitz) aus dem 13., eines Chronicon Carthusiae in Königsfeld aus dem 14., einer Hauschronik des brünner Minoriten-Klosters unter dem Titel Epicidium aus dem 15. Jahrhunderte, einer Geschichte der Herburger Nonnen in Brünn von 1239 — 1577, einer historia Carthusiae Olomuc. et Brun. aus dem 17. Jahrhunderte (meine Geschichte der hist. Lit. Mähr. und Schl. S. 110, 128, 148, 504, Notizenblatt der hist. Sektion 1856 Nr. 6); allein sie sind zum Theile verloren gegangen oder noch nicht aufgefunden und oder doch nicht benutzt worden.

¹⁾ Die Geschichte des Spielber's bildet den 2. Abschnitt, was zu bemerken übersehen wurde.

Vorhanden sind, biethen jedoch keinen entsprechenden Ersatz für Chroniken die *statuta ecclesiae collegiatae S. Petri* 1416 — 1428, die *statuta monasterii domicellarum Cellae b. Mariae* von 1440, die Einnahme- und Ausgabe-Register 1496 — 1509, 1523 — 1531, das *Diplomatarium* und *Notabilia*, dann Urkunden-Abschriften derselben, ein obromitzer Nekrolog aus dem 15. Jahrhunderte, die *annales monasterii Zabrdovicensis* 1205 — 1663, 1660 geschrieben und bis 1711 fortgesetzt, Urkunden-Abschriften desselben 1210 — 1629, ein *Diplomatarium Dominicanorum Brunae* 1770, fol. eine *historia Monasterii Dominicanorum Brunnae* 1700, fol., *historia studii generalis Monasterii Dominicanorum Brunae*, fol., Professbuch des zu Anfang des 14. Jahrhunderts errichteten Dominikaner-Konnenklosters St. Anna in Brünn 1644 — 1781, die Nonnen, Stifter und Wohlthäter desselben 1498 — 1785, Urkundenbuch desselben, 1715 verfaßt, *historia Carthusiae Brun.*, *series priorum et praelatorum Carth. Brun.* Eins der reichsten Klöster an Original-Urkunden (der merkwürdigsten auf Pergament gab es 483) war das zu Anfang des 14. Jahrhunderts gegründete der Cistercienser Nonnen in Altbrünn; der raigerer Propst Bitter und sein Gehilfe Habrich ordneten dessen Archiv, verfaßten einen Catalog darüber und nahmen Abschriften davon; ein beträchtlicher Theil der Urkunden und Bücher dieses Klosters, wie jener in Tischnowitz, Königsfeld und St. Anna in Brünn mußten 1782 an die Hofbibliothek abgegeben werden (Meine Gesch. der hist. Litt. S. 150, 296, 299, 301, 302, 322, 482 und die Nachträge im 6. B. der Schr. der hist. Sect. S. 285, 286, 334, 336, Notizenbl. 1856 Nr. 4 und 5).

Die Franziskaner, deren Provinz-Archiv 1619 vom Feuer verzehrt wurde, errichteten ein neues 1686 zu Brünn und 1747 wurde ein fleißig gearbeitetes *Protokollum Archivi Brun. ad S. Mariam Magdalenam* auf Anordnung des Provinzials Richter verfaßt, das bis zur Aufhebung des Klosters 1783 fortgeführt wurde (Meine Lit. Gesch. S. 146).

Die neueren Orden der Jesuiten (seit 1572) und Kapuziner (seit 1604) greifen auch nur in die neuere Geschichte von Brünn ein. Die letzteren besitzen nur eine Haus-Chronik (Wolny II. 45). Die ersteren haben in ihrem bewährten Fleiße Manches, aber doch keine Chronik geschrieben und diese wird auch durch die *Annuae S. J. Boh. et Mor.* 4 Bd. fol. M. S., die *historia Provinciae Bohemiae S. J.* von Miller, M. S. und *historia Soc. Jesu Prov. Boh.* von Schmidl, Prag 1747 — 59, 4 Bd. fol. (reicht nur von 1555 — 1653) nicht ersetzt. Specieell vom brünner Jesuiten-Collegium handeln u. a. folgende in Handschrift gebliebene Werke: *historia Collegii Brun.* 1569 — 1581 mit Supplementen 1660 — 7, 1708 — 14, Geschichte der Herburger Nonnen 1239 — 1577 und der (an ihre Stelle getretenen) Jesuiten bis 1597, *Diarium rectoris S. J. Brun.* 1629 — 1637, *historia Collegii S. J. Brun.* fol., *historia et diplomatarium Coll. S. J. Jesu Brun.* fol., *elogia defunctorum S. J. in Coll. Brun.* 2 Bd. 4., *historia monasterii B. V. M. Brunae*, fol., *rationes templi ad B. V. Mariam Coll. S. J. Brunae* 1639 — 1691, *foundationes* und *liber in-*

formationum Coll. Brun. 1746 — 1770, informatio über dessen Güter von Bazar. Die sacri pulveres Boh. Mor. et Siles der Jesuiten Cruger, Leutomischel 1668 — 1676, und Balbin, gedr. 1761 und 1767, theilen Manches über die Kirchen und Klöster Brunn's mit (Meine Lit. Geschichte S. 127, 128, 171, 297, 300, 475).

Nicht minder lebhaft als bei dem Clerus empfinden wir den Mangel einer Chronik Brunn's aus älterer Zeit, welche von den gelehrten Stadtschreibern oder den bei allen Gemeindeverhältnissen betheiligten Bürgern hervorgegangen wäre. Wir wissen nur von *historicæ adnotationes Johannis notarii Brunensis e libro losungarum ejusdem civitatis 1345 — 1365* und von einer Relation über die Unfälle der gegen den König Georg verbündeten mähr. Städte von 1467 (Notizenblatt 1856 S. 27 und 30). Von welch' unschätzbarem Werthe wäre es, wenn wir Chroniken über jene merkwürdige und die folgende Zeit besäßen, wie sich Breslau seiner von Eschenloer (1440 — 1479) und Pol (1565 — 1623) rühmen kann (Meine Lit. Gesch. S. 30, 73), von welchen insbesondere die erstere auch manches Licht auf Brunn fallen läßt (Bohemia 1828, I. B. S. 225 ff., 536 ff. S. auch Schlager wiener Skizzen V. 168, 194).

Wir müssen uns entschädigen an unseren weit verbreiteten und vielfach angewendeten Stadtrechten (1243 bestätigt König Wenzel das Municipalrecht, 1268 König Ottokar das Judenrecht), welche die Schöffen fortbildeten und fleißige Sammler zusammentrugen und bewahrten. Die berühmteste Aufzeichnung ist jene des Stadtschreibers Johann vom Jahre 1353 (S. Köppler, deutsche Rechtsdenkmäler in Böhmen und Mähren S. XLII. und 356). Der brünner Schöffe Michael Siebenkind schrieb vor 1376 die brünner Rechte zusammen; den alten handschriftlichen Codex benützte der mähr. Geschichtsforscher Strědomský (S. dessen *sacra Mor. hist.* p. 36). Eine etwas vermehrte Sammlung der Rechtsprüche ist vom Stadtschreiber Wenceslaus de Iglavia, 1446 vollendet; sie liegt dem alten Drucke um 1490 zu Grund. Wir haben dieser, wie anderer Sammlungen der brünner Rechte und der bis 1628 reichenden Rechtsprüche des brünner Schöppenstuhles bereits anderwärts gedacht; insbesondere der letzteren von 1406—1417, von 1471—1616, der brünner Rechte in einer böhmischen Handschrift vom Jahre 1543 (beim Grafen Thun in Tetschen), der brünner Stadtrechte und Schöppensprüche in böhmischer Uebersetzung aus dem 15. Jahrhunderte zu Bitesch, der brünner Rechte, lateinisch und böhmisch aus dem 16. Jahrhunderte, des *Manipulus juris civ. (Brunn.)*, der Belehrungen des brünner Stadtrathes an den gradischer u. a. Auch der 5 Stadt brünner Copiarbücher von 1521 — 41, 1578, 1589, 1599 und 1603, so wie der von 1344 beginnenden Stadt- (Grund-) und der von 1345 bis gegen das Ende des 16. Jahrhunderts reichenden wichtigen Losungbücher wurde schon anderwärts erwähnt (Meine Lit. Gesch. S. 25, 28, 70, 164, 487, 489, Beiträge dazu im 6. B. d. Schr. d. hist. Sect. S. 260).

So einen hervorragenden Namen der brünner Rechtschaz der Stadt gab, vergaß man aber doch ihre Gescheide und ihr Leben der Nachwelt aufzubewahren. Einen Schimmer werfen auf jenes ihrer Zeit die Schriften der Aerzte Jordan und Sporisch, nämlich des ersteren *Luis novae in Moravia exoriss (Luftseuche) descriptio*, Francofurti 1577 und 1580, auch unter dem Titel *Morbus bruno — gallicus*, eb. 1583, und des anderen *de symptomatibus crudelissimis, quae urbis Brunae incolis supervenerant, et descriptio Civitatis Brunae*, Francof. 1582. Sie führten die zweite mähr. Landeshauptstadt in die europäische Geographie ein, wie sie der Pole Paprocky in seinem Spiegel des Markgrasthumes Mähren, Olmütz 1593, (mit der ersten bildlichen Darstellung von Brünn) der Slavenwelt bekannter machte (Meine Lit. Besch. S. 73, Schr. d. hist. Ges. VI. 244, 252, 262).

Es war die Zeit, wo es seinen ersten einheimischen Chronisten fand.

Die erste einen größeren Zeitraum umfassende Chronik von Brünn ist nämlich jene des Apothekers und Rathsherrn Georg Ludwig († 1609), welche von 1555 — 1604 reicht und ein interessantes Bild der katholischen Gegenreformation, der hierauf gerichteten Thätigkeit des Cardinals Dietrichstein und der Cultur-Zustände der Zeit gibt.

Sie war bisher gänzlich unbekannt, bis ich auf deren Existenz (in der Terron'schen Sammlung) aufmerksam machte (Literatur-Geschichte S. 71) und Peter Ritter von Chlumecy sie mit werthvollen Beiträgen 1859 herausgab.

Fortgesetzt wurde sie von Max Ferdinand Gröschl von Hohenfels vom 30. September 1646 bis einschließig 1685; wo sich aber diese Fortsetzung befindet, ist unbekannt¹⁾.

Bis auf die später zur Sprache kommende kurze Chronik von Hanzely ist jene von Ludwig die einzige, welche man bisher kennt.

Wohl hatten aber Mehrere die Denkwürdigkeiten der Stadt Brünn gesammelt, ihre Geschichte geschrieben, ihre Merkwürdigkeiten und Zustände dargestellt, damit aber weder die Aufschreibungen der Zeitgenossen, in denen sich das Leben abspiegelt, ersetzt, noch den Stoff erschöpft.

Es ist erklärlich und dankbar anzuerkennen, daß sich über den ruhmvollsten Abschnitt aus der Geschichte Brünn's über die Vertheidigung gegen die Schweden im Zusammenhange mit dem Marien-Cultus eine eigene Literatur ge-

¹⁾ Terroni gibt dies, wie Ludwig's Todesjahr, in seinen Beiträgen zur Beschreibung Brünns (Handschrift im Franzensmuseum) und zwar in dem Extrakte aus Ludwig an. Nach diesem Auszuge heirathete Max Gröschl von Hohenfels (welcher der am 30. September 1646 † Rathsverwandte Bartholomäus Warschelins von Hohenfels adoptirte) am 12. Februar 1647 die Justine Kleinert, Tochter des olmützer Rathsverwandten Ladislaus Kleinert. Gröschel stand mit Ludwig in Familien-Verbindung, denn des ersteren Tochter Katharina († 1656) wurde 1616 die Gemalin des Johann Gröschel von Hohenfels (Chlumecy S. VII).

bilbet hat (S. Koller S. VIII. und meine Schrift S. 35 und 70 hierüber, Brünn 1845, meine Gesch. d. hist. Lit. M. und Schl. S. 96, 119, 129, 143, 153, 326, Schr. der hist. Sect. VI. B. S. 264, 279, 281 — 282).

Ein fleißiger Sammler, Ordner und Bewahrer der Rechte und Denkwürdigkeiten der Stadt und der Verhandlungen des Stadtrathes nach der schwedischen Belagerung war der Syndikus Sebastian Sutor (1647 -- 1666, S. brünner Wochenblatt 1826 S. 138, meine Geschichte d. hist. Lit. S. 153, Schr. d. hist. Sect. VI. 267, 309).

Er fasciculierte alle Akten nach der einmonatlichen Dauer des Bürgermeistersamtes eines jeden Rathsverwandten, verfaßte, als Anleitung und Muster, eine Kanzleiordnung, und schrieb: Summarische kurze, Beschreibung der k. Stadt Brünn, 1661 M. S. nebst einem Extrakte der Privilegien und Freiheiten derselben vom Jahre 1647 (im Chaos Pessinianum in Terroni's Elg. S. Dubif I. 241, 248, 309).

Als sich Pessina, der Vater der mährischen Geschichtsschreibung, daran machte, Mähren zu beschreiben, gab der brünner Stadtrath in seiner Unterstützung das Beispiel, indem er ihm zuerst die Denkwürdigkeiten und Antiquitäten von Brünn überschickte (S. Pessina, Moravographie 1663).

Der Syndikus Georg Ignaz Roschinsky († 1701 als Ritter von Roschin, kaiserl. Hofrath und Herr von Wölking, Ahnherr der Freiherren von Roschinsky) schrieb 1669 die Geschichte der Stadt Brünn in lateinischer Sprache, jedoch ohne Zusammenhang und tiefere Forschung, auch nicht vollständig (gelangte als Handschrift in Terroni's Sammlung). Die geschichtlichen Nachrichten, welche der Jesuit Eruger in seinen *sacri pulveres* (1668) über Brünn gab, dankte er meistens der Mittheilung Roschinsky's (Meine Lit. Gesch. S. 153).

Für die Geschichte von Brünn war die brünner Historiker-Familie Hanzely thätig. Der brünner Syndikus Anton Sebastian Hanzely (geb. 1710, † 1781) war ein eifriger Sammler, dessen Schriften leider nur in Bruchstücken aus den Händen des Protomedikus Steiner von Pfungen († 1836) in meine gelangten. Er hinterließ unter andern unvollendet in Handschrift: Jungfräulicher Ehrenkranz der jederzeit getreuen k. Stadt Brünn, dann ein von 1723 bis 1752 reichendes Diarium (herausg. von mir im 9. B. der Sch. d. hist. Sect. S. 438 — 451), welches insbesondere ein anschauliches Bild des Einzuges und Aufenthaltes des Kaiserpaars Franz und Maria Theresia in Brünn (1748) gibt, so wie ein späteres Diarium, von welchem nur einige Notizen aus dem Jahre 1755 (eb. S. 451 — 2) bekannt sind.

Sein Bruder Adeodatus Hanzely, Profeß und Bibliothekar des Augustiner-Stiftes S. Thomas in Brünn (lebte im hohen Alter noch 1765), machte unter dem Titel *Urbis Brunensis Memorabilia* eine Sammlung von Druckschriften und Notaten, meistens auf die Belagerung von Brünn durch die Schweden, Souches und den Marien-Cultus Bezug nehmend, vom Jahre 1763, 1 Band M. S. in 4. im genannten Stifte.

Er dürfte wohl auch der Verfasser der mähr. Univ. Historie und Brunographie sein, die sich in Terroni's Sammlung befindet (Dubif S. 244).

Der Gymnasial-Lehrer und fleißige Literator Carl Joseph Hanzely († 1806) bedauerte die Härte des Schicksals, das ihm nur den allergeringsten Theil der eigenen sowohl als der gesammelten Schriften gelassen, pries in dem Werkchen: *Gloria posthuma studiosorum Brunensium in obsidione suecica a 1645 pro urbe militantium*, Brunae 1798, das rühmliche Verhalten der brünner Studenten während der schwedischen Belagerung, schrieb das: Fünfzigjährige Andenken des auf dem brünner Rathhausthürme den 1. Juli 1799 neu aufgesetztem höchsten Knopfes, Brünn 1799, und beabsichtigte 1806 die Herausgabe sogenannter brünnerischer Miscellen d. i. nicht einer Chronik oder pragmatischen Geschichte der Stadt, wovon ihn zunehmendes Alter, mißliche Gesundheitsumstände und Mangel an Quellen zurückhielten, sondern nur Mittheilungen solcher Denkwürdigkeiten, welche Brünn und seine Umgegend betreffen, in deutscher, lateinischer und böhmischer Sprache, wie er sie selbst gesammelt oder von Fremden schon vor längerer Zeit erhalten hatte.

Dieses Vorhaben kam aber nicht zur Ausführung. Das schon zum Drucke vorbereitete 1. Heft des 1. Bandes enthält die erwähnte Ganzeleordnung des Syndikus Sutor mit Noten und Erläuterungen von Hanzely, ferner ein Gedicht *Origo Brunae* (ohne allen poetischen Werth) mit historischen Erklärungen von Hanzely, den Besoldungsstatus der Magistrate in den f. Städten Mährens von 1783, endlich Anfragen an mähr. Literatoren über einige seltene Bücher.

Hanzely's nicht ganz unbedeutender Büchervorrath und seine Handschriften, in denen sich viele Beiträge zur Geschichte Brünns befunden haben sollen, kamen in den Besitz seines Schülers und dankbaren Freundes des nachherigen Protomedikus Steiner, von diesem in wenigen Bruchstücken (darunter das 1. H. der Miscellen) in meinen (S. über die Familie Hanzely meine Gesch. der hist. Lit. Mähr. und Schl. S. 145, 153, 279, Schriften der hist. Sektion 6. B. S. 287, 309, 9. Bd. S. 438, 452).

Die große Gefährdung des Thrones und Staates nach Karl VI. Tod (1740), das Aufraffen aus langer Lethargie und die Belebung und Neugestaltung der Verhältnisse des Staates und der Kirche unter M. Theresia brachte auch Leben und Geist in die heimische Geschichtsforschung.

In Voigelt's Sammlung ist ein brünner Tagebuch vom Jahre 1741 (Notizenblatt 1856 Nr. 6).

Der Lieutenant bei dem mähr. Generalkommando Joh. Mich. Rindl beschrieb den preuss. sächs. Einfall in Mähren und die Blockade von Brünn, Brünn 1743, 4. (Meine Lit. Gesch. S. 169, 329).

Zur Zeit, als Ziegelbauer und Bitter in Mähren, Dobner, Voigt und Pelzel in Böhmen eine neue Epoche in der Geschichtschreibung dieser Län-

der begründeten; fehlte es auch in Brünn nicht an Männern, welche für dessen Geschichte wirkten.

Das *Diarium* des Synbifus Hanzely und die Arbeiten seines Bruders wurden schon genannt. Des letzteren Ordensgenossen Haura († 1750), Pertscher und Kraus sammelten für das Kloster St. Thomas (S. meine Lit. Geschichte S. 144) ¹⁾.

Haura schrieb auch eine Geschichte des brünner Collegiatkapitels und der Peterskirche, M. S. fol. (Schriften der hist. Sect. VI. 282).

Der raigerer Benediktiner Haan († 1744) ordnete das Archiv der brünner Collegiatkirche, die raigerer Benediktiner Pitter († 1764), der Verfasser des großen *Monasticon Moraviae*, und Habrich († 1794) ordneten das reiche Archiv des Cistercienser-Nonnenklosters in Altbrünn, der letztere auch das Archiv des brünner Capitels, die reichen Archive der brünner Stadtgemeinde und der Pfarrkirche St. Jakob. Pitter schrieb die Geschichte der St. Peter- und der Jakobskirche, Habrich jene der letzteren. Auch brach er mit dem Freiherrn von Senkenberg (in dessen *visiones diversae de Collect. leg. Germ. Lipsiae* 1765 die alten brünner Rechte und Ottosars Gesetz für die brünner Juden sind) und Dobner (*monum. hist.* 4. Bd., Prag 1779) durch die Herausgabe der *jura primaeva Moraviae*, Brunae 1781 (darunter die brünner Rechte von 1229 und 1243) die Bahn auf dem Felde der vaterländischen und namentlich der brünner Rechtsgeschichte, deren hohe Bedeutung sodann Voigt, Dobner und Monse (die ältesten Municipalrechte der Stadt Brünn, Olmütz 1788) zu würdigen begannen (Meine Lit. Gesch. S. 133, 220, 222, 225, 229, 348, 482, Schr. der hist. Sect. VI. 294, 338) ²⁾.

¹⁾ Von Haura ist die *historia Monasterii S. Thomae* 1744, M. S. 275 Bogen fol. und eine Sammlung von Schriften, Relationen, eigenen Notaten über die Ereignisse seiner Zeit im In- und Auslande M. S. 4 Bd. fol., von Pertscher ein *Kloster-Urkundenbuch* von 1745, M. S. in 187 Bogen fol. und eine *historia* in *Annales Mii Brun. aliarumque* von 1769, M. S. in 301 Bogen fol. mit Forts. von Michael Gruber von 1777 — 1788 (Notizenblatt 1856 S. 43); von Kraus sind viele Schriften im Kloster.

²⁾ In Raigern sind von Knopp: Entwurf vieler kais. päbst. u. a. Dignitäten, Präeminenzien und Freiheiten der Collegiatkirche S. Petri in Brünn 1728, fol., von Haan *statuta ecclesiae colleg. in monte S. Petri Brunae, foundationes, donationes, praebendae, erectiones etc.*, M. S., von Pitter eine Geschichte der Collegiatkirche St. Peter und eine *historia diplom. Ecclesiae et juris patronatus ad S. Jacobum Brunae*, M. S. fol., von Habrich: *de origine et fatis Bibl. ecclesiae ad S. Jacobum Brunae cum catalogo*, M. S. fol., und *series Parochorum ejusdem eccl. ab a. 1233 — 1776*, M. S. fol. Pitter blühte wohl die (S. 483 meiner Lit. Gesch.) erwähnte *hist. colleg. ecclesiae ad S. Petrum Brunae*, starker Band fol., und die *Bruna sacra seu codex dipl. fast aller brünner Kirchen*, namentlich bei St. Peter und St. Jakob, angehören. Auf dem brünner Rathhause und abgeschrieben in Terroni's Gesch. mähr. Bibl. 4. Bd. 10. Bl. 4. (396 Diplom.) ist der von Pitter 1762 verfaßte *Catalogus privilegiorum; literarum veteris archivi Curiae Brun.*

Als sich um die Mitte des 18. Jahrhunderts die einheimische Geschichtsforschung regte, machte sich hierin auch der Landesadvokat Balas († 1752) bemerkbar, welcher durch ausgebreitete Kenntnisse in der Landesverfassung und den Landesgesetzen, so wie durch eine für seinen Stand und seine Zeit große Bibliothek einen Namen gewann und berufen wurde, an einer neuen Landesordnung mit zu arbeiten. In seiner Sammlung befanden sich viele Handschriften über altes mähr., brünner und olmüzer Recht, eine Beschreibung Mährens, besonders von Olmütz und Brünn, fol.; von ihm ist in Terroni's Sammlung ein tractatus de Moraviae metropoli, M. S. fol. (Meine Lit. Gesch. S. 163, 295, Schr. der hist. Sect. VI. 289, Dubis, Quellen I. 262).

Von dem ungemein fleißigen aber unkritischen Sammler Friebe († 1802) sind auch Beiträge zur Geschichte von Brünn (Meine Lit. Gesch. S. 216) und von dem Erwerber des besten Theiles seiner Sammlung und Schriften, dem Landesadvokaten Wefebrod († 1815) in Olmütz Beiträge zur Geschichte Brünns von ihrem Ursprunge bis auf gegenwärtige Zeiten, welche schon die Druckbewilligung hatten und sich in Handschrift in der olmüzer Bibliothek befinden sollen (eb. S. 281, Sch. d. hist. Sect. VI. 302).

In die große Sammlung Terroni's († 1826) gelangten nicht wenige der schon erwähnten Handschriften zur Geschichte von Brünn; er berücksichtigte auch in seinen eigenen vielen Arbeiten zur Literatur-, Kunst-, Kirchengeschichte u. a. die Landeshauptstadt, ein eigenes Werk über dieselbe hat er aber nicht zurückgelassen und die historischen Daten zur Beschreibung von Brünn (M. S. im Franzensmuseum) sind von geringem Belange (S. über ihn meine Lit. Gesch. S. 285 — 305, Nachträge im 6. B. d. Schr. d. hist. Sect. S. 3, 296, 302 — 304, 309, Dubis, mähr. Gesch. Quellen I. Einl. 1 — 28).

Auf Terroni's Mittheilungen beruht zunächst das Werkchen Franzky's († 1802): Bürgertreue. Versuch einer Geschichte von dem tapfern und patriotischen Verhalten der Bürger Brünns und ihrer Vereinigung in ein Bürgercorps, von 1421 an, Brünn 1798 (Meine Lit. Gesch. S. 276, 6. B. Schr. hist. Sect. S. 175, 197, 221).

Damit war für längere Zeit die brünner Geschichtsforschung abgeschlossen. Des Schauspielers Flei Gedichte über Brünn und seine Vorstädte, Brünn 1814, geben höchstens einen Zeitspiegel. Der sehr unterrichtete und eifrige Forscher Forky († 1844) kündigte zwar (1824) die Herausgabe einer vollständigen Geschichte Brünns an; sie kam aber nie zu Stande (Meine Lit. Gesch. S. 342 — 345, 6. Bd. Schr. hist. Sect. S. 304).

Die lange vernachlässigte Kunstgeschichte fand endlich an dem tüchtigen Bildhauer Schweigel († 1812), an Terroni, an dem Zeichenlehrer Chambréz (S. Schriften der hist. Sect. 6. Bd. S. 301, 313, 9. Bd., wo ich S. 361 — 410 dessen Nachlaß eines mähr. Künstlers mittheilte, über Brünn insbesondere S. 394 — 399), an Rinkolini (meine Lit. Gesch. S. 278), vorzüglich aber an Pawlik († 1846) eifrige Freunde, deren Schriften Wolny (in

seinen Topographien) und Dubif (österr. Lit. Bl. 1844 Nr. 75 — 78) benützten. Von Hawlif (meine Lit. Gesch. S. 277, Schr. der hist. Sect. VI. 230) sind insbesondere zu bemerken: Ueber bildende Kunst in Mähren (österr. Lit. Annalen 1810), Nachrichten über die Kunstwerke in Brünns Kirchen (im brünner Wochenbl. 1824 — 27) und die selbstständigen Werkchen: Zur Geschichte der Baukunst, der bildenden und zeichnenden Künste in Mähren, Brünn 1838, dann Ergänzungen hiezu, eb. 1841.

So viel auch über Brünn geschrieben sein mochte, gelangte doch das Wenigste in die Oeffentlichkeit, blieb fast Alles in Archiven und Bibliotheken verschlossen, unbenützt und unzugänglich.

Dies begegnete namentlich mir, als ich mit jugendlichem Feuer auf die Bearbeitung der Geschichte meiner Vaterstadt mich warf; was dormal die Gunst der Verhältnisse im neu geschaffenen Landesarchive mit den erworbenen reichen Schätzen Cerroni's und Boczek's, im Franzensmuseum u. a. in so einladender Weise bietet, war mir fast ganz versagt. Ohne Leiter und Gehilfen, ohne Mittheilungen von Forschern (Cerroni gab nur einige unbedeutende Notizen), auf die Quellen beschränkt, welche in den öffentlichen Bibliotheken zu Olmütz, Prag und Brünn, in den Sammlungen Schwoy's und Zlobitzky's im chaotisch zusammengewürfelten Franzensmuseum oder in den Bruchstücken von Hanzely's Sammlung mühsam aufgesucht werden mußten, konnte ich eben nur einen Versuch der Geschichte Brünns (Brünn 1828) wagen. Gleichwohl fand er freundliche Aufnahme und Anklang, weil er endlich in einer dem größeren Publikum verständlicheren Form und Sprache die Geschehnisse und das Leben der Vorzeit zeichnete und zuerst auf bisher unbeachtete Rechts- und Culturverhältnisse Rücksicht nahm. Fortan habe ich keine Gelegenheit meiner ämtlichen und außerämtlichen Stellung vorübergehen lassen, nach Verkümmern des politischen und Gemeinde- vorzugsweise das Cultur-Leben hervorzuheben und bemerkbar zu machen. Was ich hierüber in Beziehung auf Brünn bisher veröffentlichte, deutet die Vorrede an (S. auch meine Lit. Gesch. S. 358, Schr. der hist. Sect. VI. 306).

Seitdem hat insbesondere der topographische Theil der Kunde Brünns eine eingehendere, wenn gleich lange nicht ausreichende Behandlung gefunden: durch S. Schneider (Brünn und seine Denkwürdigkeiten. Ein Handbuch für Einheimische und Wegweiser für Fremde. Mit einem Plane der Stadt sammt Vorstädten. Brünn 1830, 16.), C. J. Schmidt (Brünn und seine Umgebungen. Ein Gemälde dieser k. Provinzial-Hauptstadt. Brünn 1835, gr. 12), Gregor Wolny (Die k. Hauptstadt Brünn und die Herrschaft Eisgrub sammt der Umgebung der letzteren, topographisch, statistisch und historisch geschildert, Brünn 1836, 8. Aus seiner Topographie Mährens besonders abgedruckt), Albin Heinrich (der brünner Kreis in Nr. 11 des pittoresken Oesterreich), Johann Hofmann (Die Reise auf der Eisenbahn von Wien nach Brünn, nebst einer Beschreibung von Brünn und seinen Merkwürdigkeiten, Wien 1839), Johann Vogl (Merkwürdigkeiten und Sagen aus der Umgegend Brünns mit 10 Ku-

pferstichen. Wien 1840 (1842), in der von Rohrer und Oheral (1839 — 1849) redigirten Zeitschrift *Moravia* (namentlich von dem letzteren das industrielle Leben Brünn's 1840 S. 340—344, Menschen und Dinge in Brünn, 1843 Nr. 87—93, 99), in Jurende's (Oheral's) mähr. *Wanderer* für 1845 (Brünn und seine Umgebung, mit Beziehung auf die geognostischen Verhältnisse und die k. k. Staatsseisenbahn, S. 164 — 175, mit einer Karte der Gegend von Brünn bis Blansko), im neuen *Bothen aus Mähren* für 1845 (Beschreibung von Brünn, 3 Bl. mit 2 Ansichten), in den Berichten der brünner Handelskammer seit 1851, in den Zeitschriften der geologischen Reichsanstalt, des Wernervereins zu Brünn, der botanischen Gesellschaft in Wien u. a. ¹⁾).

Im mährischen Diplomatar von Boczek († 1847. S. über ihn meine Lit. Gesch. S. 362 ff.), Chytil (eb. S. 371, Schr. hist. Sect. VI. 308) und Peter Ritter von Chlumecy (Schr. hist. Sect. VI. 315), bisher in 7 B. bis 1845, gewann nicht nur die Geschichte von Brünn, sondern damit in untrennbarer Verbindung auch das Städtewesen überhaupt eine urkundliche Grundlage und Beleuchtung. In noch größerem Maße wurde sie ihr zu Theil durch die ausgezeichneten Leistungen mehrerer Zöglinge der neuen historischen Rechtsschule. Emil Rößler schrieb eine Quellenkunde der Rechtsgeschichte Böhmens (österreich. Lit. Bl. 1846 Nr. 46); die Bedeutung und Behandlung der österr. Rechtsgeschichte, Prag 1847; deutsche Rechtsdenkmäler aus Böhmen und Mähren, 1. B. Prag 1845, 2. B. die Stadtrechte von Brünn aus dem 13. und 14. Jahrhunderte mit Erläuterungen und einer einleitenden Darstellung der Anfänge des städt. Rechts- und Verkehrslebens in Mähren, Prag 1853. Professor Weiske fand hierin Anlaß zu Bemerkungen über das brünner Schöffebuch privat- und prozeßrechtlichen Inhaltes (in der Zeitschrift für deutsches Recht von Beseler u. a. 14. B. 1. H.). Schon früher hatte (*Austria* 1844 S. 172 — 204), Anton Bed in den brünner Rechtsfällen das alte Rechtsleben in Böhmen und Mähren gezeichnet, Würtz in dem Stadtrechte von Wiener-Neustadt, Wien 1846, das Städtewesen und die Stadtrechte in Deutschland und Oesterreich, insbesondere im 12. — 14. Jahrhunderte, behandelt und stets mit dem brünner und iglauer verglichen (Meine Lit. Gesch. S. 337, 413, 428, Schr. hist. Sect. VI. 314).

Nun ging Tomaschek (*Deutsches Recht in Oesterreich im 13. Jahrhundert. Auf Grundlage des Stadtrechtes von Iglau*, Wien 1859, 8.) noch tie-

¹⁾ Engelmann's *Bibliotheca Geographica*, Leipzig 1857, führt S. 376 an: Brünn, topographische und historische Notizen über die Hauptstadt Mährens, nebst einem vollständigen Verzeichniß aller in der Stadt befindlichen Häuser, deren Eigenthümer zc. Gesammelt und entworfen von W. S. Frib (Frib, Buchhaltungs-Rechnungs-officiale), redigirt von F. Menb, Brünn 1824, 8. mit 2 Kupfern. Dieses (leichte) Werk wurde zwar geschrieben (dessen Durchsicht und Verbesserung lehnte ich ab), mag auch von Gassl angekündigt worden sein, kam aber nicht heraus, wenigstens nie zu meiner Ansicht.

fer ein, indem er, nach Voraussendung einer Darstellung des alten slavischen Landrechtes, die iglauer Stadtrechte aus der Mitte des 13. Jahrhunderts im Verhältnisse zu anderen Rechtsquellen zeigte und die einzelnen Artikel derselben mit gleichzeitigen oder früheren und anderen deutschen Rechtsquellen namentlich dem brünner, verglich und den Rechtsstoff zur Darstellung der ältesten Stadt- und Rechtsverfassung bearbeitete.

Adolph Ritter von Wolskron (Meine Lit. Gesch. S. 377, Schr. der hist. Sect. VI. 315, 338), ein Mann von seltener Ausbildung in archäologischer und zugleich künstlerischer Beziehung, wandte eine geschärfte und eingehendere Aufmerksamkeit unseren Kunstalterthümern zu. Das erste, was sich ihm zunächst bot, war das Portal des brünner Rathhauses (österr. Lit. Blätter 1844 Nr. 78) und die Zderad-Säule bei Brünn (eb. 1846 Nr. 10). Dann machte er glückliche und interessante Funde von Miniaturen aus dem 13. bis 15. Jahrhunderte in der St. Jakobs-Bibliothek und dem brünner Stadtarchive. Er kopirte die vorzüglichsten, 43 an der Zahl, um sie durch den Farbendruck in der Art der von ihm herausgegebenen Hedwigslegende zu veröffentlichen, was eine reiche Fundgrube für Kunst-, Rechts- und Sittengeschichte gegeben hätte. Das Jahr 1848 und der Tod des Rätens Clemens Freiherrn von Hügel vereitelten die Ausführung des Begonnenen.

Aus gleichen Gründen unterblieb auch die Herausgabe eines raisonnierenden Katalogs der Incunabel-Druckwerke der Jakobsbibliothek zu Brünn, einer fast ganz vollendeten Arbeit. Dieser Katalog sollte durch viele Schriftproben, Druckzeichen und andere Facsimile's illustriert und ein Seitenstück zu Brunet und Falkenstein werden.

Glücklicher war eine Zwischenarbeit, nämlich ein „Bericht über 3 Holzschnitte aus einer Handschrift des 15. Jahrhunderts der St. Jakobs-Bibliothek zu Brünn mit 3 Nachbildungen der Holzschnitte“ (in den Quellen und Forschungen zur vaterl. Gesch. Lit. und Kunst, Wien 1846).

Zu einer „Beschreibung und Geschichte der St. Jakobskirche“ zu Brünn, so wie jener zu Raniß und Tschnowitz in der Nähe liegen Pläne und Ansichten lange bereit. Leider hat ein Augenübel und die Entfernung von Brünn nach Lemberg Wolskron's viel versprechende Wirksamkeit gehemmt.

In seine Fußstapfen trat der eifrige und rührige Rustos-Adjunkt Mauriz Trapp, bekannt nicht nur durch seine Leistungen in den Schriften der böhm. archäologischen Sektion, sondern auch speciell auf unserem Boden, wo er sich die Reste alter Kunst in der St. Niklasikirche, im Dominikanerkloster-Gange, im alten Landhause (S. Notizenblatt 1859 Nr. 7), auf der alten Burg Spielberg (Brünner Zeitung 1859 Nr. 284 — 289) u. a. zum Vorwurfe seiner alterthümlichen Studien wählte und mit frischem Eifer nach alten Kunstdenkmälern forschte. Wir wünschen ihm viel Glück und Ausdauer auf diesem noch zu wenig bebauten Felde.

Hände sich nur recht bald der Forscher und beziehungsweise die günstige Lösung unserer Gemeindeverhältnisse, welche die reichen Schätze unseres städt. Archives aufschlüsse und vor der Hand wenigstens die trefflichen und musterhaften Regesten der Stadt Brunn und anderer Korporationen von Polykarp Koller (Meine Lit. Gesch. S. 377, 486, Schr. der hist. Sect. VI. 310) in die Oeffentlichkeit gelangen ließe. Das, was bisher geschrieben worden, und das, was sich in dem Urkunden-Vorrathe, in den Rechts-, Lösung-, Stadt-, Grund- u. a. Büchern, in den Stadtprotokollen und Stadtrechnungen (Schr. der hist. Sect. VI. 323), im Gubernial-Archive, im Landesarchive, in den Katastral-Operaten, im Franzensmuseum, bei dem Landes- und Ober-Landesgerichte u. a. (Meine Lit. Gesch. S. 461 — 476, 481, Schr. hist. Sect. VI. 334) vorfindet, bietet so reichen Stoff, daß sich nicht nur Skizzen, wie die Wiener von Schlager, und Commentare, wie Glumedy's trefflicher zu Ludwig's Chronik, sondern auch eine alle Seiten berücksichtigende Geschichte von Brunn schreiben ließe¹⁾. Möge sie recht bald ans Licht treten. Einstweilen wolle man die folgenden Beiträge freundlich aufnehmen.

B. Häuser-Verzeichnisse u. dgl.

Seit im Jahre 1775 die Numerirung der Häuser in Brunn aufkam, erschienen im Wechsel der Dinge mehrere Häuser-Verzeichnisse oder Häuser-Schemata, nämlich, so weit mir bekannt:

Verzeichniß der in der k. Stadt Brunn befindlichen Gassen, numerirten Häuser, Inhaber und ihrer Schilde, Brunn 1779, 8. (nur Stadt).

Verzeichniß der sowohl in der k. Hauptstadt Brunn nach ihren vier Vierteln, dann ob denen zur Stadt gehörigen, als auch rings um die Stadt liegenden Vorstädten befindlichen Gassen, numerirten Häuser, Inhaber und ihrer Schilde, auch zu was für einer Pfarre diese oder jene Gasse in der Stadt und den Vorstädten gehörig. Von Joseph Primitiv Lemmer (bürgerlichem Ringsmann). Mit Sieblerischen Schriften. 1785, 8. Neue Auflage 1794, 8.

Neuer Notizschema von der k. Hauptstadt Brunn für das Jahr 1789, darinnen der Handlungs-Etat, der Manufakturen, Fabriken, Künstler, Professionisten, Handwerker und sonst zur nützlichen Auskunft dienenden Gegenstände in alphabetischer Ordnung mit Benennung der Wohnhäuser, Plätze, Gassen, Hausinhaber, ihren Schildern und Militärnummern der Häuser in der Stadt und in den Vorstädten zu finden, auch andere nöthige Nachrichten der aufblühenden Künste, Stiftungen und Wissenschaften enthalten sind. Brunn bei Joh. Silv. Siebler. 1789, 8.

¹⁾ Zur vergleichenden Benützung mögen aus unserer Nähe dienen die Stadtgeschichten Klose's von Breslau, Fischer's von Olmütz, meine von Iglau, Hormayr's und Tschischla's von Wien, Tomek's von Prag, Peschel's von Zittau, Neumann's von Görlitz u. s. w.

Vollständiges Verzeichniß aller in der kaiserlichen auch k. k. Hauptstadt Brünn und ihrer Vorstädte befindlichen und nun neu numerirten Häuser, deren Eigenthümer, Straßen, Gassen und Plätze nebst genauer Anzeige der Gründe und Pfarren, zu denen jedes Haus gehört. Von Anton Rommer, Magistrats-Rathofficier und Konstriptions-Kommissär. Brünn und Olmütz 1806, im Verlage bei Johann Georg Gastl, 8.

Verzeichniß der Häuser der k. Stadt Brünn und ihrer Eigenthümer, Brünn 1818, 4. (zu Scheibenhof's Plan).

Häuser-Schema von Brünn oder Verzeichniß aller in der k. Hauptstadt Brünn und ihren Vorstädten befindlichen Häuser, deren Eigenthümer, Straßen, Gassen und Plätze, nebst genauer Anzeige der Grundobrigkeiten und Pfarren, zu denen jedes Haus gehört. Von Ferdinand Kraus, k. k. Polizeibeamten, Brünn 1826, neue Auflage 1833, 8.

Handbuch des Fabriks-, Handels- und Gewerbe-Standes im Bezirke der brünner Handels- und Gewerbe-Kammer, von Dr. Robert Heym, Sekretär derselben, Brünn 1852, 8.

Schematismus für Brünn, von Joh. Alex. Herlth, Vice-Bürgermeister, Brünn 1853. Zweiter Jahrgang unter dem Titel: Allgemeines Adressenbuch und Häuser-schema für die k. Hauptstadt Brünn, von demselben, Brünn 1856, kl. 8.

C. Pläne, Ansichten und Karten der Stadt Brünn und des Spielberges.

In Paprocky's Spiegel des Markgrathums Mähren, Olmütz 1593, ist die bisher bekannte erste Ansicht der Stadt Brünn von der olmüzer Seite (Holzstich).

Es ist dieselbe, welche auch auf der Karte Mährens von Comenius, in der Ausgabe Fischers von 1645, 1664, erscheint (Daselbe ist der Fall mit den Ansichten von Olmütz und Znaim. Die in Paprocky befindlichen Ansichten von Hradisch, Jglau, Kremsier und Troppau übergangen nicht auf diese Karte. Uebrigens enthält das Titelblatt zum 4. Buche von Paprocky (fol. 276) in kleinen Bignetten auch noch die Ansichten von Weißkirchen, Prerau, Wischau, Proßnitz, Neustadt, Austerlitz, wie in dem Exemplar von Paprocky's Werke angedeutet ist, welches sich im Franzens-Museum befindet).

Innere Stadtansicht (einige Gassen) von Brünn, 1643 von Max Groer, auf Kupfer gemahlt, Motivgemälde, im Franzensmuseum, vom Altgrafen Salm geschenkt (Mittheilungen 1822 S. 320, 1829 S. 16).

Brünn (gestochener Plan der Stadt und Vorstädte in Zeiler's Topographie von Böhmen, Mähren und Schlesien, Frankfurt 1650, mit Erklärungen der vorzüglichsten Objekte, auf deren Angabe sich mehr beschränkt wurde, von A bis V, ohne Angabe des Namens des Stechers und des Ortes, wie der Jahreszahl, wohl aus dem 17. Jahrh., im Franzens-Museum).

Ansicht von Beyer und Zeyser 1650 (Archiv für österr. Gesch. 1850 II. 711).

Vom Maler Benno Hindtermayer, welcher 1682 das Bürgerrecht in Brünn erhielt, ist sehr fleißig der Plan der Stadt Brünn und der Umgegend während der Belagerung durch die Schweden (1645) auf einem großen Blatte in Oehl abgebildet. Das Bild befindet sich auf dem brünner Rathhause (brünner Wochenbl. 1825 S. 86, Hawlik, Gesch. der Künste in Mähren, S. 26). Auf $\frac{1}{16}$ verjüngt, von Pinkawa gezeichnet, in Förster's art. Anstalt zu Wien zinkographirt, wurde diese Abbildung aus Anlaß des zweihundertjährigen Jubiläums 1845 veröffentlicht.

Auf dem Rathhause ist auch eine Ansicht der Stadt Brünn, vom Maler Spieß, der 1676 das Bürgerrecht von Brünn erhielt, wie sie zu seiner Zeit bestand, mit der Umgegend (Hawlik S. 25).

Kleine Ansicht der Stadt. Fanc. Wohlhaupter (Moravia 1841 S. 140) delineavit. Dom. Rossetti sculpsit Wienne.

Eine kleine Ansicht der Stadt in 8., die schwed. Belagerung vorstellend, Jesus und Maria über der Stadt schwebend, 1653 auf Kosten der Maria-Bruderschaft von Seb. Jenet in Wien (W.).

Ansicht von Brünn zur Zeit Ferdinand III. († 1657), Kupferstich von Laibig (um 1712 in Brünn. Hawlik S. 31), demselben, welcher die große Müller'sche Karte Mährens gestochen hat.

Brünn, 1692. felIX noVI annI aVspICIvM et Dles VoVlt. Celsissimis, Excellentissimis, Illustrissimis, Perillustribus, Generosis, Nobilibus, Amplissimis Dominis Dominis Inclyti Marchionatus Moraviae Statibus Patriae Patribus Brunae in Provintiali Comitio adonatis. F. Dominicus Ord. Praed. sculpsit Bernardus Sinapi excudit Brunae. (Gest. Plan der Stadt und Vorstädte auf einem Regalbogen mit Angabe nicht nur der vorzüglichsten Objekte von 1 — 27, sondern auch der Bezeichnung der Plätze, Gassen, Thore, Häuser, Brunnen, Statuen u. a.; im Franz. Mus.).

Ansicht von Brünn, 1692, und Olmütz, 1692, vom kais. Kammermaler Bolbert von Ahlen für den Kaiser (Archiv für österr. Gesch. 1850 II. 707).

Brünn in Mähren. J. P. Wolff Sell. Erben Nr. 49 (gest. Ansicht von der Südseite, im Franz. Museum).

Eigentliche Vorstellung der berühmten Stadt Brünn nebst der dabei liegenden trefflichen Festung Spielberg in der Marggrafschaft Mähren, mit besonderem Fleiß gezeichnet von Friedrich Bernhard Berner, Siles. und in Kupfer gebracht und verlegt von Martin Engelbrecht, Kunstverleger zu Augspurg (auch mit lat. Text); enthält in 5 Ansichten (im Franz. Museum):

- a) Prospekt von der Statt Brünn in Mähren (Ansicht von der Südseite, mit der Erklärung von 30 Objekten),

- b) Prospekt der Weltberühmten Festung Spielberg genannt zu Brünn in Mähren, sammt dem darunter gelegenen alt Brünn,
- c) Prospekt der Dominikaner-Kirch und dahinten gelegenen Landthaus auf dem Fischmarkt,
- d) Prospekt des Obern Platzes oder Markts zu Brünn gegen dem Gräffl. Rannigischen und Gräffl. Coborischen Haus anzusehen (mit der Marien-Statue),
- e) Prospekt des sogenannten Krautmarkts oder untern Platzes in der Stadt Brünn, mit seinem künstlichen Brunnen, so einen Felsen vorstellt.

Das Bildniß der schwarzen Mutter-Gottes bei St. Thomas mit einer Ansicht der Stadt Brünn (1730), in Kupfer gestochen.

Eine hübsche in Kupfer gestochene Ansicht der Stadt und des Spielberges sammt der Umgebung erschien bei Gelegenheit der Krönung des Marienbildes bei St. Thomas (unter dem Titel *Mater Dei nigra etc.*) am 10. Mai 1736.

Ansicht von Brünn zur Zeit der preuss. Blokade (1742), Motivtafel bei St. Thomas, später in der altbrünner Kirche, nun im Kloster. Dr. Schenkel gab sie im verkleinerten Maßstabe im mähr. Wanderer für 1845 heraus.

Der Nachrich der müller'schen Karte Mährens von le Rouge 1742 enthält kleine Pläne von Olmütz, Jglau, Neustadt und Brünn, jener von Lotter, Augsburg 1758, von Brünn und Olmütz (meine Gesch. der Landkarten M. und Schl. im 5. Bd. der Schr. der histor. Sektion S. 89).

Sancta Maria major mit einem Prospekte von Brünn, von dem Benediktiner und geschickten Kupferstecher Carl Birckhart († 1749, Dlabacz I. 177, österr. Encycl. II. 303).

Wahre Delineation der königlichen Stadt Brünn in Mähren, (gest. von) J. C. L. Schlecht nachgestochen von Johann Freund unter dem Titel: Prospekt der k. k. Hauptstadt Brünn sammt der Festung Spielberg.

Ansicht von Brünn von J. S. 1763.

Ansicht von Brünn, Thomas Schweigel inv. Georg Thomas Pokorny sc. 1790.

(Plan der) k. Mähr. Haupt-Stadt Brünn (mit Benennung der 559 Hauseigenthümer), vom Baudirektions-Ingenieur Stoschek, 1794, Kupferstich von J. Sechan.

Brünner Rathhausthurm. 8. Brünn 1799 (Bibl. Austr. S. 179).

Ansicht von Brünn, Holzschnitt von Stephan Kohneder 1808.

Brünn, Ansicht von der Ostseite, L. von Scheibenhof del. dto. von der Südseite: Arrighoni del. J. Hesse sculpsit. Brünn.

Der aus Wien an das brünner Theater berufene ausgezeichnete Maschinist Giradoni gab auch (um 1814) eine treffliche optische Darstellung von Brünn (Meine Gesch. d. Theaters in Mähren und Schlessen S. 122).

Grundlage der Stadt Brunn. Seiner Excellenz dem Gouverneur Grafen von Mittrowsky gewidmet von L. edlen von Scheibenhof. Gestochen im J. 1817¹⁾.

Brunn mit den Vorstädten und der umliegenden Gegend, aufgenommen und gezeichnet durch Hauptmann von Scheibenhof, Brunn 1815. Maßstab 1 : 15385, in Kupfer gestochen von Johann David. Imp. Fol. Herausgegeben 1820.

¹⁾ Ueber denselben schrieb Jurendes in den vaterländischen Blättern 1818 Nr. 47: Brunn erhielt 1818 endlich einen Grundriß: Grundlage der Stadt Brunn. — Sr. Excellenz dem hochg. Herrn Anton Friedrich Grafen Mittrowsky zc., gewidmet von L * * * Edlen von Scheibenhof (früher Hauptmann im Generalstabe, damat Adjunkten der mähr. schles. Straßenbaudirektion).

Dieser schön und genau ausgeführte, von einem berühmten Künstler Wiens sauber gestochene Plan Brunn zeigt die Grundlage vom Innern der uralten Stadt. Jedes der 567 Häuser mit ihren Hausnummern, Höfen, Brunnen, Gärten und andern Anlagen sind auf das Genaueste eingetragen. Da fehlt nichts Wesentliches. Sogar alle unterirdischen Wasserleitungen zu den 10 öffentlichen Springbrunnen der Stadt, alle Canäle sammt Canalöffnungen — jene angedeutet durch Punktenreihen, diese durch Parallellinien sind eingetragen; auch die Anlagen auf dem Franzensberge sind da. Der Plan ist 20 Zoll lang, 15 breit. Das Verzeichniß dazu, enthaltend alle Häuser innerhalb der Stadtmauer, nennt die gegenwärtigen Hausbesitzer nach den fortlaufenden Hausnummern.

Resultate und Ansichten daraus:

Brunn hat innerhalb der Stadtmauer (der ehemaligen Festungswerke ohne den Spielberg) einen Flächenraum von 69¹/₃ Joch (eigentlich 110, 848 Quad. Klaftern). Diesen Raum nehmen daher die 567 Häuser, die 9 Kirchen, 3 Klöster, 7 Plätze, alle die Straßen, Gassen, Höfe und Gärten ein.

Der Umfang der innern oder eigentlichen Stadt ohne Vorstädte beträgt 1250 Klafter. Der längste Durchschnitt von der Süd- nach der Nord-Bastionsseite hat 519 Klafter, von Westen nach Osten vom Brünner- zum Reuthor 370 Klafter. Die Mitte der Stadt trifft beiläufig das Haus Nr. 74 auf der Ostseite des großen Platzes.

Brunn hat 3 Hauptplätze:

1) Der große Platz, hat einen Flächenraum von 2840 Quad. Klaftern. Bedeutende Wochenmärkte da, die Hauptwache, eine schöne Säule, zu einem Gnomon verwendet durch Bussin, der die bis anderthalb Minuten richtige Mittagslinie mit Quadern über das Straßenpflaster zog.

2) Krautmarkt, 2689 Quad. Klast. Parnaß.

3) Dominikanerplatz, 1081 Quad. Klast. Die vier kleinern: Jakober-, Kapuziner-, Römer-Platz, Brandstadt.

Die Stadt, uralte, hat wenig Ordnung und Regelmäßigkeit in der Anlage der Plätze, Straßen und Gassen, alles winkelig, eckig, verschoben, die Straßen sind durchaus zu enge für das heutige totale 36000köpfige Menschenkapital.

Das größte Haus ist das ehemalige Kloster der Jesuiten, hat 7 Höfe.

Die Kathedralkirche zu St. Peter liegt im Süden Brunn auf einem Felsen, 130 Klafter über der Meeresfläche, auf dem höchsten Punkte der innern Stadt.

Der höchste Thurm ist der bei St. Jakob, 46 Klafter hoch, die 115 Ct. schwere Glocke hängt 17 Klafter hoch. U. s. w.

16 Ansichten vom Franzensberge, von Richter, (brünner Wochenblatt 1827 S. 24).

Brünn, Ansicht von der Ostseite, gez. von L. von Scheibenhof, dto., von der Südseite, gez. von Arrighoni, beide in Kupfer gestochen von S. Hesse in Brünn, Beilage zu Jurende's vaterl. Pilger f. 1820.

Ansicht von Brünn, vom wiener Künstler Alois von Saar, im Gemach der Kaiserin (Oesterr. Archiv 1829 S. 4).

Im Franzensmuseum befindet sich eine vom Baudirektions-Ingenieur von Verniere verfertigte plastische Darstellung des Spielbergs (Mittheilungen 1824 S. 184).

Brünn ohne Vorstädte mit Numerirung der Häuser, mit ihren Gärten und Wasserbauten. Maßstab 1 : 2700 Kupferstich. Imp. Fol. (Brünn 1817).

Karte der Stadt Brünn sammt den Vorstädten, 1828 von der Baudirektion zum Amtsgebrauche verfertigt.

Katastralmappe.

Die Umgebungen von Brünn (bis 2 Meilen) in 6 Sektionen mit Basirung auf den Kataster vom Generalquartiermeisterstabe verfaßt und herausgegeben.

Topographische Karte der Umgebungen von Brünn (österr. Encycl. VI. 399).

Specielle topographische Karte der Umgebungen von Brünn und Luraß vom k. k. General-Quartiermeisterstabe. 11 Bl. Maßstab 1 : 14,400. Wien 1835. Begreift die Gegend zwischen den Orten Bohantschitz, Habrumka, Raupniz, Eibenschitz, Koberitz, Kossitz d. i. 5 Meilen von W. nach O., 3 Meilen von N. nach S.

Daguerotypirte Ansichten (Moravia 1840 S. 114).

In Schimmer's Geschichts- und Erinnerungskalender für 1838 ist eine histor. topog. Darstellung von Brünn nebst einer Ansicht dieser Stadt.

Plan der k. k. Provinzial-Hauptstadt Brünn mit dem Lagerplatze von Luraß (vom k. k. Ingenieur-Hauptmann von Gaal, 1839). Hörster's art. Anst. in Wien. Verlag von Seidel & Comp. Brünn.

Merkwürdigkeiten und Sagen aus der Umgegend von Brünn, von Johann Vogl, mit 10 Kupferstichen, Wien 1840 (1842).

Ansicht von Brünn und seiner Umgebungen, von Bernold, lithog. Wien 1844.

Ansicht von Brünn und dto. des Spielbergs, gestochen von Würbs, im neuen Bothen von Mähren, 1845.

Brünn. Bahnhof der Staats- und Nordeisenbahn. Gasl'sches Haus. Romyhrader Tunnel. Brunnen auf dem Krautmarkt. Augustiner Kirche. Denkmal auf dem Franzensberg. Viaduct der Nordbahn. Rathhaus-Thor. Viaduct der Staatseisenbahn. Klein'sches Haus. Mazzochna. Mähr. Volkstrachten. Soxhlet'sche Fabrik. Brunnen im Gasl'schen Haus. Stich und Druck der Kunstanstalt des österr. Lloyd in Triest und Wien (Beilage zu Gasl's Bothen aus Mähren 1851).

Ansicht von Brünn (von der Rettungs-Anstalt aufgenommen), nach der Natur gez. von Chapuy, lith. von Sandmann, gedr. bei Rauch in Wien (1852).

Situationsplan der k. Landeshauptstadt Brünn sammt allen Vorstädten von Franz Doležal, Wien 1858.

(Ueber den Spielberg S. auch S. 105 dieses Buches).

Eintheilung des zu behandelnden Stoffes.

Wir haben schon erwähnt, daß die folgenden Beiträge zunächst aus der neueren und neuesten Zeit genommen werden sollen. Dies kann und soll jedoch selbstverständlich die vorausgegangene nicht unbedingt ausschließen, vielmehr müssen die nöthigen Anknüpfungspunkte aus derselben entlehnt werden.

Die gesellige Verbindung einer Masse von Menschen an einem geschlossenen Orte hat nicht Eine, sondern mehrere Grundlagen. Die ältesten Städte hat kein Gesetz, kein Vertrag erschaffen; der bürgerliche Gemeindeverband erwuchs aus mehreren zusammenwirkenden Ursachen.

Drei Grundursachen erzeugen den Gemeindeverband der Städte. Die erste ist das ganz materielle Nebeneinanderbestehen einer Menge von Wohnungen innerhalb des Schutzes der Mauern, Wälle und Gräben.

Da sie zur gemeinsamen Sicherheit vorhanden sind, also allen in der Stadt den Schutz und Vortheil gewähren, so fern sie nämlich unterhalten, und, wo es Noth thut, vertheidigt werden müssen, entsteht eine natürliche Verbindlichkeit Aller zur Unterhaltung und Vertheidigung der städtischen Befestigung. Es müssen Geldbeiträge und Kriegsdienste geleistet werden. Daher die Bewaffnung der Städtebewohner oder eines Theils derselben, die Bürgermiliz, die mit allen Städten begonnen hat, und erst später durch das Aufkommen der stehenden Heere verdrängt wurde, in unseren Tagen aber wieder auflebte.

Ein zweiter Verband der Städtebewohner ist der religiöse. Die Kirche ist ein wesentlicher Vereinigungspunkt der Menschen, namentlich bei christlichen Völkern. Auch die Kirche ist den Städten ein Gemeingut; ohne gemeinsames Unterstügen ist sie nicht möglich. Das religiös-kirchliche Band erzeugt die Pfarrei und mit dem Steigen der Bevölkerung die Pfarreien oder Pfarrsprengel, aus denen sich ganz natürlich die Abtheilung der verschiedenen städtischen Quartiere entwickelt.

Der dritte Vereinigungspunkt ist der eigentliche juristische, nämlich die Unterordnung aller Städtebewohner unter ein gemeinsames, aus ihrer Mitte gebildetes Gericht. Dies Gericht ist das städtische Schöffenthum. Das Recht, von seinem eigenen Richter gerichtet zu werden, war ein so wesentliches Privilegium der Bürger, daß es als eine Grundbedingung des städtischen Vereines angesehen wurde. Dadurch entstand ein eigentliches Gemeinwesen, die städtische Freiheit.

So sind also die Befestigung der geschlossenen Orte, die Kirche und das Schöffenthum die drei Grundlagen des Gemeindeverbandes (Barnkönig, flandrische Staats- und Rechtsgeschichte I. 332 ff.).

Dieselben sollen uns zunächst als Leitfaden bei der Ordnung des zu behandelnden Stoffes dienen; daran sich reihen, was das Leben materiell zu verbessern, geistig zu veredeln, zu verschönern geeignet ist.

Einen Theilungsgrund bildet die Zeit Joseph II., welche einen bedeutenden Abschnitt in der Geschichte bildet, nachdem damals nicht nur das Rechts- und das kirchliche, sondern das Leben überhaupt einen merkwürdigen Wandel erfuhr. Wir wollen, ohne uns durchgängig binden zu lassen, diese Theilung nach Thunlichkeit einhalten.

I. Abtheilung.

Die neuere Zeit bis in Joseph II. Tage.

I. Die fortifikatorischen Werke und Gründe.

Die gesammte Staatsordnung der alten Slawen gründete sich bekanntlich auf der Gau- oder Zupenverfassung. Wie Böhmen war auch Mähren in Zupen oder Gaue (provinciae) schon seit undenklicher Zeit eingetheilt und diese Einteilung hing mit dem Systeme der Landesverteidigung in der Art zusammen, daß jeder Stamm in seinem Gaue wenigstens Eine Burg hatte, welche zur Zeit des Krieges als Zufluchtsstätte diente und außerdem der Sitz der Vorsteher und Beamten der Zupa war. Eine Zupa von Brünn kommt zuerst im Jahre 1028 (Boček I. 115, Palach I. 272) und dieses seit der Mitte des 11. Jahrhunderts nicht nur als Hauptort der Zupa, sondern auch als Sitz eigener Abtheilungsfürsten bis zum Ende des 12. Jahrhunderts von (Boček I. 123, 129, 199 u. f. w., Palach I. 174, 175, 290, 390). Wenn Brünn in jener Zeit *urbs*, *civitas* genannt wird (Boček I. 126 (J. 1052), 171 (1086), 184 (1088) 339, 349, u. f. w.), ist darunter nicht eine Stadt im späteren Sinne des Wortes zu verstehen, da es damals in den böhm. Ländern noch keine städtische Verfassung gab, sondern es beziehen sich die Wörter *castrum*, *castellum*, *civitas*, *oppidum*, *urbs* eben so auf die Burgen selbst, wie die Ausdrücke *castrenses*, *castellani*, *cives*, *oppidani*, *urbani* u. f. w. auf die Bewohner derselben (Tomek, Gesch. von Prag I. 13, 20, 29, 43, 48, 50, Barthold, Geschichte des Städtewesens, Gaupp u. a.).

Obwohl der brünner Burg urkundlich nicht vor dem Jahre 1197 gedacht wird (S. S. 81 ff.), kann es doch keinem Zweifel unterliegen, daß sich die weit frühere urkundliche Erwähnung von Brünn auf dieselbe bezieht. Da sie schon im Jahre 1091 eine Belagerung durch den König Bratislaw bestand (Publischka IV. 39 — 44, meine Gesch. von Brünn S. 24 — 28, Palach I. 322 — 326), mußte sie wohl befestigt sein. Wir wissen aber nichts davon und wollen uns daher unter ähnlichen Verhältnissen bei Prag Rathß erholen. Zur Zeit Eibusa's (sagt Tomek I. 13, 30, 141, 143) waren die Schloßmauern Prags ohne Zweifel unansehnlich und vielleicht nur hölzern, so wie bei verschiedenen anderen Burgen; unter den Boleslawen aber, 300 Jahre später, mag die prager Burg wohl schon ganz anders ausgesehen haben. Zu einer Zeit, die dem Gedächtnisse des ältesten böhm. Chronisten Kosmas schon viel näher war, etwa um das Jahr 1050, ließ endlich Herzog Břetislav die Mauern der prager Burg ringsum überbauen. Fürst Sobieslaw, welcher verschiedene Bauten zum Zwecke der Landesvertheidigung ausführte, baute (seit 1135) die prager Burg in verbesserter Befestigungsweise nach dem Muster der italienischen Städte um, vielleicht auch feste Thürme, welcher seitdem öfter erwähnt wird. Die Trefflichkeit des Baues bewährte schon die nächste Belagerung Prags durch den mährischen Fürsten Conrad (1142), bei welcher verschiedene zerstörende Werkzeuge und große Wurfgeschosse (*machinae, balistae*) in Anwendung kamen. Auch die Mauern der Burg Vyšehrad waren zur Zeit des Kosmas schon von Stein und man hielt sie für fester als die des prager Schlosses.

Jedes Zupenschloß war zugleich eine große fürstliche Haushaltung; bei jedem befanden sich daher Dienstleute von verschiedenen Handwerken und anderen Beschäftigungen, welche mit der Zeit wahrscheinlich nicht alle in der Burg selbst Platz fanden, sondern unter derselben angesiedelt werden mußten. Bei dem Wohnsitze so vieler fürstlichen Beamten, welche der ausgewählte Theil des Adels waren, mußte von selbst ein großer Zubrang von Leuten entstehen, daher der beste Absatz für die Gewerbserzeugnisse und für Waaren der verschiedensten Gattung. Es gab dies die Veranlassung zur Bildung von Burgflecken (Vorstädten, *suburbia*), welche, wie die Urkunden zeigen, zugleich Marktorde und zwar die vorzüglichsten der Zupa waren (Tomek S. 20, 67).

Als König Přemysl in Böhmen (1197 — 1230) und sein Bruder Markgraf Wladislaw in Mähren (1197 — 1222) zuerst in ausgedehnterem Maße freie Städte zu gründen, einen freien Bürgerstand zu schaffen begannen, um ihre mit der Zeit geschmälernten Einkünfte zu vermehren und dadurch neue Mittel zur Stärkung ihrer Macht gegen das Ueberhandnehmen der Macht des Adels zu erlangen, ummauerten sie diese Orte, was ihnen erst den Charakter einer Stadt gab, da mit der Ummauerung der ehemaligen Marktflecken und anderer Orte gewöhnlich die Ertheilung von städtischen Privilegien und die Einführung deutscher Ansiedler zusammenhing.

In Brünn mag dies insbesondere zur Zeit geschehen sein, wo König Přemysl 1228 diese Stadt erweiterte (Boček I. 208), die Klöster der Dominikaner, Minoriten und der Dominikanerinnen bei Mariazell entstanden, die St. Jakobskirche zur Pfarre erhoben (1231) und für die romanischen Kaufleute eine eigene Kirche zu St. Niklas gebaut wurde, während von Alters her die Böhmen zu St. Peter, die Deutschen aber zu St. Jakob gehörten, u. s. w. (Meine Gesch. von Brünn S. 79 — 86, 253, 257). Diese Mauern, wenn sie schon erbaut waren, schützten zwar nicht die Stadt gegen die Eroberung durch König Wenzel im Jahre 1233 (Palach II. 105), wohl aber gegen die schrecklichen Tataren (1241), welche Mähren und namentlich die nahen Klöster Obrowitz, Raigern, Tischnowitz und Daubrawnit verheerten, der belagerten Hauptstädte Olmütz und Brünn aber nicht Meister werden konnten (Boček III. 69, Palach II. 119). Zur nämlichen Zeit (wahrscheinlich nach 1235, vielleicht aus Anlaß der großen Tataren-Gefahr, jedenfalls schon vor 1249) vollendete König Wenzel, welcher auf die Befestigung der Städte vorzügliche Aufmerksamkeit verwendete, die Umwandlung der ehemaligen deutschen Gemeinde zu Prag in die spätere Gemeinde der Altstadt Prag durch die Ummauerung des größten Theiles des prager Burgfleckens auf der rechten Seite der Moldau, welcher Theil seitdem die prager Stadt (*civitas Pragensis*) hieß. Unter König Wenzel wurde im prager Burgfleckel auch die Neustadt bei St. Gallus (*nova civitas circa Sanctum Gallum*), vom Könige Otakar II. aber (1257), durch Einführung deutscher Colonisten und Ausschaffung der früheren böhmischen Einwohner, die neue Stadt unter der prager Burg oder die kleinere Stadt Prag gegründet, und von ihm auf drei Seiten mit Mauer und Graben befestigt, nachdem er die auf der 4. Seite befindliche Burg (bis 1257) ringsum mit neuen Mauern, Thürmen und Gräben umgeben hatte. Die Befestigung der Altstadt bestand aus einer zweifachen Mauer und zweifachem Graben. Ueber den Mauern aber erhoben sich ringsum hohe Thürme, besonders an den Thoren; in die Altstadt führten 13 Thore (*portæ, valvæ*) oder kleinere Pforten, in die neue Stadt unter der Burg 6 Thore (Tomek I. 190, 195, 207, 243, 253, Schottky's Prag I. 342 — 347).

Was in Prag geschah, ging in gleicher Weise und Zeit auch in Brünn vor; auch hier erhob sich unter der Burg eine neue Stadt, während die frühere Ansiedelung Altbrünn (*antiqua Bruna*, schon 1247 urkundlich) wurde; auch hier erscheint urkundlich eine Stadtmauer (1252 *infra murum civitatis*), innerhalb und (1260) an welcher Otakar dem Kloster Mariazell erlaubte, neue Zinshäuser anzulegen, erscheinen (1293) Stadtmauern und Thore (*muri et portæ*), namentlich schon 1252 das Renner-Thor (*porta cursorum*), bei dem ein großer Raum des genannten Klosters lag, 1269 und 1293 das brünnner Thor (*porta Brunensis, porta quae Burgum respicit, qui antiqua Bruna dicitur*), 1293 wird aller um die Mauern gelegenen Vorstädte (*omne Brunense Suburbium juxta muros positum*) erwähnt (Boček III. 85, 160, 292, IV. 32,

408, 409). 1293 bewilligt König Wenzel II. der Stadt Brunn den Mautbezug zur Erhaltung der Brücken, Straßen, Stadtmauern und Gräben. 1306 bestätigt König Wenzel III. die Wohnhäuser des petersberger Propstes, der anderen Geistlichkeit und der Kirche selbst, wie sie zwischen dieser und der Stadtmauer standen (Wolny kirchl. Top. III. 31).

In demselben Jahre soll ein großer Brand kein Haus und keine Kirche innerhalb der Stadtmauern unversehrt gelassen haben. 1333 verordnete König Johann, daß die brünner Juden den vierten Theil der Kosten für die Ausbesserung der Stadtmauer und Gräben tragen sollen. Das nach ihnen genannte Judenthor kommt 1347 urkundlich vor (Wolny kirchl. Top. III. 33), während die in den alten Stadtbüchern schon 1343 erscheinenden 4 Stadtviertel von dem Brünner-, Fröhlicher-, Renner- und Mönicher Thore ihren Namen erhielten (S. 10 dieses Buches).

Weiter dehnten sich die Stadtmauern aus, als Markgraf Johann eine neue Stadt Brunn errichtete, zu deren Besten er einen vierzehntägigen Jahrmarkt bewilligte (1357), als er ein Augustiner-Kloster gründete (1353). Dasselbe lag damals außerhalb der Stadt vor dem sogenannten Holzthore, kam mit einem großen Garten auf einen Grund zu stehen, welchen Markgraf Johann von der Pfarre St. Jakob eingelöst hatte, hatte (1366) Besitz zwischen dem Fröhlicher- und Renner-Thore (inter portas laetorum et cursorum)¹⁾ und der Stadtrath befreite allen klösterlichen Besitz im städtischen Weichbilde, so lange er dem Kloster gehören werde, von allen Stadtlasten (St. Thomaser Urkunden, Wolny kirchl. Top. III. 119). Markgraf Jobst gestattete (1410) dem Kloster den Bau eines Hauses neben dem großen Thore desselben gegen das Schloß Spielberg zum Ausschanke seiner eigenen Weine und bewill-

¹⁾ Auf die Bedeutung des Wortes „Fröhlicher Thor“ (porta laetorum) dürfte der Teynhof in Prag leiten. Dort bestand nämlich schon unter der Regierung Borivoj's (1100 — 1107) und wahrscheinlich schon im 10. Jahrhunderte auf der Stelle des jetzigen alten Ungeltes ein Hof für fremde Kaufleute (curia hospitum mercatorum oder kurz auch bloß curia hospitum; vergleiche damit das russische gostinoj dwor), welcher Kaufhof 1278 urkundlich unter dem Namen Tyn und 1298 als curia hospitum, quæ Tyn seu Lætacuria vulgariter nuncupatur, vorkommt. In diesem Hofe hatten die Fremden, natürlich zumeist deutschen Kaufleute, ihre Niederlagen, machten da ihre Verkäufe und Einkäufe, mußten in der Regel da wohnen. Es war da die fürstliche Wage und das Eimermaß (tyna), ein besonderes fürstliches Gericht über die fremden Kaufleute bei Klagen gegen sie (Tomel I. 23, 72). Wir erinnern uns, daß nach der Urkunde über die Theilung der Pfarrsprengel St. Peter und St. Jakob von 1293 die Deutschen seit Altersher zu St. Jakob gehörten, welche Kirche in der Nähe des Fröhlicher Thores sich befindet. Es mag daher ein ähnlicher Kaufhof der Deutschen da gewesen sein oder dieselben die Fröhlicher Gasse bewohnt haben, welche auf den großen (Markt-) Platz ausläuft, wo sich das Kaufhaus (praetorium) und (wie in Olmütz) daneben das Rathhaus befanden. Auch das Renner-Thor (porta cursorum, 1336 url., Wolny, kirchl. Top. III. 88 — 90) dürfte seinen Namen wohl nicht von (fürstlichen) Laufnern oder Boten, sondern von Rheinländern (Rhonnenses) haben, die sich in der Nähe ansiedelten. Das mönicher (Menzer-) Thor

igte, daß an Lösung, so oft sie in der Stadt Brunn auferlegt werde, von folgenden klösterlichen Gütern, nämlich der Mühle Schmalzhof, dem Hofe gegenüber dem St. Stephansspitale in der brünner Vorstadt (in praeurbio Brunensi) Schitta (Schutta, Krenaw, 1382 außer den Stadtmauern gelegen) und den 2 Bädern, einem unter dem Spielberge und dem anderen über dem Wasser Panow, nicht mehr als dritthalb Mark Groschen gezahlt werden soll (Meine Gesch. von Brunn S. 122, 262).

In der Befestigung dürfte sich diese alte Befestigung der Stadt bis in die neuere Zeit erhalten und nur in Folge der Erfindung des Pulvers und Anwendung des schweren Geschüßes seit dem Ende des 14. und Anfange des 15. Jahrhunderts eine mehrere Verstärkung, besonders durch die Anlegung von Bastien, Anbringung von Schießscharten u. a. geändert haben.

Dies zeigte schon die Bewilligung des Klosters St. Thomas, welches noch außerhalb der Stadtmauern lag, vom Jahre 1486, daß Bürgermeister und Rath zum Nutzen der Stadt den zum Kloster gehörigen Hof hinter demselben zum Baue von Gräben, Mauern, Zäunen, Bastien oder Wällen ohne Bezahlung gebrauchen könne (St. Thomaser Urkunden). Es kam auch in jener Zeit wirklich zu bedeutenden Befestigungsbauten. Wenn nicht alle drei innern Thore des ehemaligen Judenthors stammte wenigstens das erste aus dem Beginne des 16. Jahrhunderts, aus der Zeit, als der rothe Thurm zu Wien (sogenannt vom rothen Gerichte, von der Gerichtsbarkeit, Hormayr, Gesch. von Wien IV. 144, Schlager, wiener Skizzen III. 448 — 450) entstand, mit der nämlichen Aufschrift, vielleicht von demselben Meister Antonius. Das erste innere Thor trug die (zur Zeit der Demolirung noch gut erhalten gewesene) Aufschrift: *Felix est civitas, quae cogitat bella tempore pac (-is).*

Virgo roga prolem, ut plebem conservet urbem.

M. Antonius 1508.

(Glücklich die Stadt, welche des Krieges gedenkt in den Zeiten des Friedens. Bitte o! Jungfrau den Sohn, daß er beschütze die Stadt) ¹⁾.

Die schon verwischten Schilde stellten das Stadtwappen vor, zwei Querbalken, wie die zwei Figuren, von denen die eine ganz verstümmelt war, Her-

führt seine Benennung von Mönich, welches zu jener Zeit eine nicht unbedeutende Stadt war.

Uebrigens waren in Flandern, mit welchem Brunn im 14. Jahrhunderte in Handelsverkehr stand und woher es nicht wenige seiner Ansiedler (romani) erhalten haben mag, die Fähen Gutsunterthanen, welche als *glebas adscripti* einem Herrn angehörten, sie mochten leibeigen, tributär oder Freie sein. In den ältesten Urkunden heißen sie *submanentes*, *Hospites*, französisch *hostes* oder *manans* (Warnkönig, flandr. Staats- und Rechtsgeschichte I. 243, 246).

¹⁾ Dieser Spruch Kaiser Friedrich IV. fand sich auch auf dem rothen Thurme in Wien, auf dem Arsenal in Kopenhagen, angeblich auch auf einer (einige Jahre vor 1825) niedergerissenen alten Bastion an der Südseite Brünns (Brünner Wochenbl. 1825 S. 331).

tules, und die Köpfe mit herausgehenden Zungen sollten wohl den Troß andeuten, welchen die Stadt dem Feinde geboten und bieten werde. (Meine Gesch. von Brünn S. 89, bei welcher sich als Umschlag auch eine Ansicht dieses Thores befindet).

Der Erbauer dieses Thores (und des rothen Thurmes in Wien?) dürfte wohl niemand anderer und weniger gewesen sein, als der große Meister Anton Pilgram (Pilchramb) von Brünn, welcher von 1506 — 1511 am St. Stephansdome in Wien fortbaute (Feil, in den österr. Lit. Bl. 1844 Nr. 18 — 34). und auch das schöne Portal am oder das neue brünner Rathhaus selbst (1511), so wie auch an der schönen Jakobskirche gebaut haben mag. Das Judenthor hieß im 16. Jahrhunderte auch das grüne Thor (*porta viridis*), von der Farbe des hohen Thurmbaches (*ab excelso turris fastigio eo colore imbuto*, sagt der Landesarzt Jordan in seinem Werken *nobis Bruno gallicus, Francof. 1583*).

Aus dem 16. Jahrhunderte wird auch der Bau des nun abgebrochenen brünner Thores sein, auf welches wir später zu reden kommen werden.

Brünn wird wie alle größeren Städte befestigt gewesen sein. Bonfin (S. 11 dieses Buches) spricht nur von einem doppelten Graben und Mauern.

In Wien waren, da nach gänzlicher Umgestaltung der Kriegskunst die Ringmauern mit ihren Thürmen und Gräben nicht mehr genügten, Basteien, Erker und Brustwehren hergestellt, Thürme und Bollwerke um die Vorstädte herum erbaut und diese von Außen durch Schredzäune geschützt worden. Alle diese Werke verschwanden mit den übrigen Gebäuden der Vorstädte während der Belagerung durch die Türken 1529; aber bald nach derselben entstanden um die innere eigentliche Stadt der Zeit gemäß desto mächtigere Festungsbauten, deren bedeutendste zwischen die Jahre 1542 und 1547 fallen (auch in Mähren wurde damals am Spielberge, in Znaim u. a. gebaut). An der Stelle der einst allzu nahe an die Stadt gelagerten Vorstädte erhob sich ein Kranz von großartigen Basteien (Hormayr, Gesch. von Wien IV. 212 — 220, Tschischka, Gesch. von Wien, S. 300).

Ludwig's Chronik (1555 — 1604) nennt das Brünner- und das Renner-Thor bei St. Thomas (Ehlumedy hält es S. 60 irrig für identisch mit dem Fröhlicher und bemerkt, es möge in der Gegend des Mautgebäudes gestanden sein; dasselbe führte aus der Rennergasse zu dem außer den Stadtmauern gelegen gewesenen Kloster St. Thomas)¹⁾, das Juden- und Renner Thor und das Tierl (Thüre l), wo man auf die Ledergassen geht (S. 14, 39, 48, 56, 59, 60, 69, 72, 84, 93). Auch erzählt Ludwig (S. 84), der Stadtrath habe 1602 den Zwinger zwischen dem brünner und Juden-Thore dem olmüzer Bischofe Cardinal

¹⁾ Im Jahre 1600 kaufte der Stadtrath den Gasthof vor dem Renner-Thor gegen den St. Thomaner Hof (Ludwig S. 59).

Dietrichstein auf sein Lebelang verwilligt, die Roffe darin zu tummeln (sonst bewahrte man wohl auch seltene wilde Thiere oder Hirsche u. a. in den Zwingern), nach seinem Tode soll es wieder (alles was er darinnen gebaut) zu gemeiner Stadt kommen.

Früher wurde insbesondrre das Pulver in den Stadt-Thürmen aufbewahrt, nicht ohne Gefahr für die Stadt. Den 8. August 1580 (sagt Ludwig S. 14) schlug das Wetter zur Nacht in den Pulverthurm bei dem fröhlicher Thore, that großen Schaden an vielen Häusern, zersprengte den ganzen Thurm mit etlichen und 70 Tonnen Pulver. „Die im Thurme gewesenen 70 Faß Pulver (sagt eine andere Nachricht in den Hanzely'schen Schriften) wurden entzündet, die ganze Stadt erschüttert und in eine solche Angst gesetzt, daß man gemeinet, es sei der jüngste Tag und wird die Stadt durchs Feuer verhört werden, wenn nicht der eingefallene große Regen gelöscht hätte.“ Auch den 28. Juli 1595 zur Nacht schlug das Wetter in das Thürmel zwischen dem brünner Thor auf der rechten Hand, wo man zum Thor hinausgeht, hub an zu brennen (Ludwig S. 39). Noch hundert Jahre später klagte der Stadtrath, daß ihr Pulver und andere Feuerwerksbedürfnisse in verschiedenen Thürmen der Zwingmauer aufbewahrt werden müssen, wo sie leicht der Bliß (wie 1695 in Hradisch) entzünden könne (die Schweden vor Brünn, von mir, S. 99).

Es kommt auch ein Tischnowitzer Thor vor. Der Stadtrath klagte wider Johann den jüngeren Munka von Ghywantschütz auf Struß, daß er 1569 von Neuem einen Kretscham auf der Neugasse auf seinem Theile vor dem Thor das Tischnowitzer genannt, auf dem Grundt, wo aniezo Valentin Rawka sein Unterthan wohnhaft ist, aufzurichten vnd darinnen auß seinem Struzer Brewhaus Bier aufzusetzen zulasse, den städtischen Freyheiten zuwieder, vnd der Stadt zue schaden (Malezen = Elg. des petersberger Propstes Hovorius von 1603). Die Nonnen des Klosters Mariazell besaßen ein Haus vor dem Tischnowitzer Thore, welches die Jesuiten 1588 an die Stadt überließen (Wolny, kirchl. Top. III. 90).

Der Plan von Brünn in Zeiler's Topographie von Mähren (1650) aus der Zeit vor der schwedischen Belagerung zeigt die Stadt von einem Wallgraben und einer zweifachen Ringmauer eingefast, die innere mit vielen Thürmen gekrönt, die Thore mit In- und Außenwerken geschützt, und zwar das Holzthor (bei dem zwar außerhalb der städtischen Festungswerke gelegenen, jedoch gleichfalls befestigten Kloster St. Thomas in der Richtung zur Vorstadt an der Ponawka, also nicht am Ende der Jesuitengasse und hinter den letzten Häusern derselben, wie es in der brünner Zeitung 1860 Nr. 9 heißt), das Fröhlicher-, Brünner-, Menser-Thor und in der Nähe das Thörlein (gegen die Vorstadt Zeil).

Die Vorstädte Brünns waren wohl nie in die Befestigung der Stadt einbezogen (im Gegentheile heißt es schon 1293: omne Brunense Suburbium juxta muros positum. Meine Gesch. von Brünn S. 258, Voček IV. 408); daher

unterlagen sie auch so häufigen Verheerungen, wie 1241, 1420, 1623, 1643—5, 1742 u. a. ¹⁾).

Vor der Erbauung der gegenwärtigen fortifikatorischen Werke hatte die innere Stadt nur die Ausdehnung innerhalb der ehemaligen alten Stadtmauern.

¹⁾ Zu dem, was wir S. 9 — 14 dieses Buches von den brünner Vorstädten gesagt, wollen wir noch Einiges beifügen. Sie verdanken außer dem, was die Burg und die Stadt gethan, ihr Entstehen zumeist der Kirche, nämlich der uralten St. Peters-Pfarr- und später Collegiatkirche, dem alten Benediktiner-Kloster Lüh (Kumrowitz), den Cisterciensern in Belehrad, den Prämonstratensern in Obrowitz, den Johanniter-Rittern, den Dominikanern in Mariazell, den Dominikanerinnen bei St. Anna, den Cisterciensernonnen in Altbrunn, den Augustinern bei St. Thomas, den Karthäusern in Königsfeld u. a.

Die Kirche St. Peter, schon 884 mit Brunn und Lüh (Altbrunn) besetzt, 1131 Propsteikirche und in der Umgebung begütert, erhielt 1088 ein Grundstück auf 3 Pflüge in dem bei Brunn nahe an Kumrowitz gelegenen aber längst eingegangenen Dorfe Manitz mit 4 Bauernfamilien, 1 Gärtler und einen erst anzulegenden Garten. Den Besitz bei Manic befreite der brünner Fürst Spitignew 1195 von der Zehentleistung an die Benediktiner-Propstei in Kumrowitz. Die Vorstadt Zeil (Zwittavia, Ponavia) erscheint urkundlich zu Anfang des 13. Jahrhunderts. Das Prämonstratenser-Kloster Obrowitz erhielt vom Markgrafen Wladislaw einen Hof (1210 in Zwittavia) und den Fluß Zwittawa und trat 1509 sein Dorf Schenkowitz an Johann Petrowsky von Prochow gegen dessen Mühle „Redlin“ und den nahen Hof auf der Zeil ab (Vočel II. 54, III. 82, Wolny II. 42, II. 2. T. S. 44, 239; Wolny, kirchl. Top. III. 191; in den obrowitzer Annalen wird das Kloster z. J. 1298 als ante Brunam gelegen bezeichnet). Um 1230 überließ Markgraf Přemysl der St. Peterskirche für die Abtretung der St. Michaelskirche an die Dominikaner 3 Lähne nebst 1 Mühle und einigen Fischern in der brünner Vorstadt Zwittawa. Wenigstens seit jener Zeit gehörte dieselbe fortan bis in die neueste Zeit zu St. Peter. König Wenzel III. bestätigt 1306 den Besitz der Unterthanen auf der Vorstadt „Zeil.“ Der Vertrag von 1315 zwischen dem Kapitel und der Stadt weist alle geringeren Klagen der dortigen Kapitelsunterthanen vor den zeiler Richter, die Kriminalsachen vor den Stadtrichter, gestattet 3 Bäcker, 2 Fleischer, 2 Schankhäuser auf der Zeil, den Verkauf der Feldfrüchte der Ansassen in der Stadt ohne Standgeld, den Ausschank ihres selbst erzeugten Weines in ihren Häusern, befreit sie von jeder Zahlung, Leistung und Maut an die Stadt. Nach der Entscheidung des olmützer Bischofs Paul vom J. 1446 im Streite zwischen dem Kapitel und dem Kloster Obrowitz (darin werden auch die Mühlen Radlaß (Redlana, schon 1240 von König Wenzel dem Kloster geschenkt, später aber abgekommen), Dornitz (Dornach) und Kröna (Crenaw) genannt) trennte der Fluß Ponawla (Ponowa, an dem ein Badhaus lag) die Güter der Stadt von jenen der Propstei (Meine Gesch. von Brunn S. 95 — 98, Wolny, kirchl. Top. III. 21, 31, 42). Das Kapitel erwarb auch den Besitz des Klosters Lüh (Komarow, Kumrowitz). Dieses, in den Paradeiswald, wie das Nachbarstift Naigern, zur Cultivirung der Gegend gesetzt, mag schon der brünner Fürst Bratislaw († 1156) gestiftet haben. Der brünner Fürst Spitignew schenkte ihm 1197 die St. Martinskirche bei Brunn (spurlos verschwunden, stand nahe der jetzigen Vorstadtgasse Dornitz) mit Unterthanen und Zehent, Gärtlern in Kumrowitz („na luhie“) und den Wald „za brdi“ sammt Hegern. 1229 trat das Kloster einige Gärten und 1 Hof bei Brunn an den König Přemysl (zur Erweiterung der Stadt? S. S. 223) ab. Um 1305 bezog es von 2 zur Dörnrößl-Mühle gehörigen Lähnen, so wie von 4 Obstgärten den Zins. 1319 gab es zum Baue einer Straße von Brunn nach Kumrowitz seine Ansprüche auf einen Gemeindegeweg daselbst auf. Der letzte Conventuale und Propst trat 1527 den reßlichen

Dieselbe ist durch die noch vorhandenen Ueberbleibsel dieser Stadtmauer festgestellt. Sie lief vom ehemaligen brünner Thore an dem rupp'schen Hause, dem evangelischen Bethhause, der neustädter Kaserne, der Fronte des von manner'schen Hauses in der altfröhlicher Gasse, den ehemaligen Salz- und gegenwärtig

Klosterbesitz, namentlich die Vorstadtgasse „Weltgasse,“ dem Kapitel bei St. Peter ab, welches 1566 nebst dieser auch die längst eingegangene Vorstadtgasse Hartlunka besaß (Brünner Wochenblatt 1824 S. 64, 152, 1825 Nr. 15 ff.; meine Gesch. von Brünn S. 48, 78; Boček I. 338, 340, 348, II. 56, 59, 166, 170, 174, 208 u. f. w.; Wolny II. 2. T. S. 48; dess. kirchl. Top. III. 36, 42, 215).

Altbrünn kommt, wie wir (S. 9) gesehen, seit 884 als *Maluze*, seit 1247 als *antiqua Bruna*, *burgus*, *qui antiqua Bruna dicitur* vor, gelangte um 1199 theilweise an das 1322 in Altbrünn von der Königin Elisabeth gestiftete Cistercienser-Kloster Maria-Saal, auch Königinloster genannt. Dieses erhielt vom wylsehrader Propste Johann 1321 das Patronat der St. Prokopskapelle in Altbrünn, welche reich bestiftet war und Pfarrrechte besessen hatte, vom Könige Johann 1322 sein Haus in Brünn sammt dem Patronate der nahen königl. St. Wenzels-Kapelle am sogenannten Fischmarkte in der Stadt, von ihm und der Stifterin 1323 die Marienkirche in Altbrünn, vom olmützer Bischofe Conrad 1323 das Patronat über die St. Wenzelskirche in Altbrünn, auf welche vor Kurzem die Pfarrrechte von St. Prokop übergegangen waren, sammt einem bis zum Schwarzwassflusse reichenden Garten in der Vorstadt Grillowitz, von der Stifterin 1330 einen „steinernen Hof“ in Altbrünn, vom Könige Johann 1331 das Patronat der spielberger Burgkapelle; endlich erwarb das Kloster 1345 von jenem in Welehrad, auf dessen Grund es zumeist stand, den ursprünglichen Besitz desselben in Altbrünn, bestehend aus 2 Mühlen, Häusern, Aedern, Obst- und Weingärten, so wie später (1444) dessen sämtliche Zinse in Altbrünn. Das Nonnen-Kloster in Altbrünn besaß auch 1517 die Hartelgasse bei Brünn, erhielt von Peter Fischer das „große Fischerfeld“ (Wolny, kirchl. Top. III. 152 — 160, 176; meine Gesch. von Brünn S. 90, 258, 263).

Ueber das um 1238 entstandene hl. Geist-Hospital in Altbrünn, seit 1248 das Hospital St. Johann des Täufers und St. Anton's und später Kreuzhof genannt, welches die brünner Vorstädte Kreuzgasse (auch Kreuzer-Gut), Grillowitz und Lehmräfte (schon 1338 in *agro siguli*) erwarb, und über das von der Königin Elisabeth 1330 beim Kloster in Altbrünn gegründete Hospital S. meine Geschichte von Brünn S. 93 — 95 und meine Geschichte der Heil- und Humanitäts-Anstalten S. 30 — 36; Wolny, kirchl. Top. III. 155, 162, 179 — 183.

Das Kloster in Lutz, und die Rathause in Königsfeld (gegr. 1375) standen in Besitz-Verhältnissen zu den Vorstädten Dörnroßfel (Durendressel, schon 1305 genannt), Dornich (Dornach, 1349 genannt) und Rablaß (Redlans, Redlin) u. a. (Meine Gesch. von Brünn S. 96, 98, 121; Wolny, kirchl. Top. III. 33, 41, 124, 191, 206, 207, 209, 215, 216).

Das Kloster St. Thomas (1353 gegr.) besaß Grundstücke bei demselben, die „Refermühle“ (1366) mit 1 Garten und Baupläzen, einen Hof mit 4 Aedern und 5 Breiten vor dem Fröhlicherthore (1366), den Hof „Schütt“ mit Zugehör unweit vom St. Stephans-Spital (1386), einen Zins von 5 Häusern am Ende der brünner Gasse „Dürn-Neustift“ (1392), 1 Wein-Schanthaus bei dem großen Stadtthore gegen den Spielberg, die Mühle Schmalzhof, 1 Hof in der Kröna und 2 Badhäuser unter dem Spielberge und am Ponawlabache (1410), die Mühle sammt Walkstampfe und 2 Gärten am Dornich (1458), Aeder bei der Gasse Pecz (1464) u. a.; aus seinem Stiftsgarten vor dem Fröhlicher-Thore entstand in neuerer Zeit der Augustiner-Grund (Meine Geschichte von Brünn S. 109 — 111, Wolny, kirchl. Top. III. 109 — 111).

tigen Zollamts-Magazinen, zwischen dem Disasterialhause (St. Thomas-Kloster) und dem gräflich logothety'schen Hause, hinter den Häusern Nr. 555 bis 559, Nr. 547 bis 525, dem münicher Thore, längs dem Klostergarten der Ursulinerinnen, den Häusern Nr. 528 bis 538, dann Nr. 413 bis 416 der Ferdinands-

In den handsch. Annalen des Klosters St. Thomas kommen noch folgende Notizen aus dem 16. und 17. Jahrhunderte vor:

Monasterium vendit domum desertam inter domos et subditos Monasterii sitam in platea Gumoinensi (Romein) — dno desertum agrum post vineas in Zimpl.

Vor dem Fröhlicher Thore hatte das Kloster einen Hof, an dessen Stelle später die große Schanze hinter dem Kloster und der Kirche kam, dann mehrere Häuser in der Gasse, welche nach der schwedischen Belagerung öde wurden und wegen der Schanze bleiben mußten, ein Bad unter dem Spielberge in der Nähe des Fröhlicher-Thores (ante portam Laetorum), welches durch die Belagerung von 1645 öde wurde und verloren ging. Aus einigen öden Plätzen stellte dann das Kloster den großen Garten vor dem Fröhlicher Thore her.

Am Zusammenflusse der Zwittawa und Schwarzawa hatte das Kloster eine Mühle; ein Theil war öde und unbrauchbar, den andern hatten die Tuchmacher in Zins. Ueber der Zwittawa, von allen Seiten mit Wasser umfassen, außer gegen die Landstrasse beim Spital, war der große Garten des Klosters, welcher in eine große Wiese verwandelt wurde (bermal zum Theile mit neuen Häusern bebaut).

Am Ende des Gartens an der Landstrasse (via publica) war ein Hof des Klosters, welchen Niclas Travenitz in Zins hatte, später die Stadt von den Istwanischen Erben kaufte und 1659 daraus ein Wirthshaus (die neue Welt) machte.

Neben der Mühle an der Schwarzawa hatten die Tuchmacher vom Kloster eine Wall in Bestand; unterhalb war eine Papiermühle des Meisters Peter von Sglau, nach der Belagerung öde (Sglauer, 1540 erbaut, Mutter-Anstalt in Böhmen und Mähren).

1574 kauft das Kloster einen Freigarten vor dem Fröhlicher Thore *prope laterariam Civitatis infra vineas Sauleyten situm*, dno. 1575 *hortum spaciosissimum et fragillissimis refertum arboribus* vor dem Fröhlicher Thor.

1601 *penes pontem quo ad plateam novam in Suburbio Brunensi itur — nova platea et via regia versus Carthusiam — domuncula ad ponticulum plateæ Laetorum.*

1608 *domus cum horto in Suburbio Brunensi Lets nuncupato in fundo Monasterii sita.*

Das (1312 — 1317) gestiftete Kloster der Dominikanerinnen im Königsarten oder St. Anna gab dem dormaligen St. Annagrunde seinen Ursprung und Namen (Bolny II. 63, kirchl. Top. III. 166 — 170).

Das Kloster Oslavan besaß (schon 1260) das Patronat über die Kirche Allerheiligen; diese besaß ein Badhaus am Schwarzawafluße und bezog einen Zins vom landesfürstlichen Hause „Rochenberg“ in Brunn, welches einer Vorstadt (bermal ein Theil der Bädengasse) den Namen gab, jedoch mit dieser und der Kirche in der Schwedenzeit verschwand (Meine Gesch. von Brunn S. 92, 254; Bolny, kirchl. Top. III. 175).

Von besonderem Einflusse auf die Begründung der Vorstädte war das 1289 von dem reichen brünner Bürger Ulrich Schwarz gestiftete Kloster Maria- oder lenzische Zelle, auch Herburger Nonnen geheissen, welches gleich anfänglich auch Wein- und Obstgärten, Wiesen, Acker und Badhäuser in der Nähe der Stadt erhielt, in und außer derselben neue Ansiedlungen ausführte.

thor-Bastei, über den Franzensberg und endlich am demolirten städtischen Malzhause bis zum brünner Thore.

Vor Errichtung der dormaligen Schanzmauern war die Stadt bloß durch einen Wallgraben von den Vorstädten geschieden und auf den jetzt von den

Breitengasse. Häuser in und außer der Stadt bei der Mauer, auf dem Grunde dieses Klosters seit 1252 beim Krennerthore angelegt, 1531 und 1581 an die Stadt verpfändet (Wolny, kirchl. Top. III. 90).

Der brünner Bürger Heinrich Schweller dachte 1278 dem Dominikanernonnen-Kloster in Brünn alle seine Höfe mit Grundstücken um Brünn, so wie Zinse von anderen für den Fall seines Absterbens zu und wies nebstbei 2½ Mark jährl. Zinses auf ein Anni-verfar für sich in der Klosterkirche an.

1847 kaufte der brünner Kanonikus Werner von dem brünner Bürger Joh. Eberhard 12 Mark jährl. Zinses von dem „Schweller“ an dem Schwarzwassflusse vor dem Judenthore (Wolny, kirchl. Top. III. 33, 87).

Aus dem Schweller'schen Hofe entstand die Schwabengasse, welche in der Kriegszeit bis 1497 verbrannte und deren Gründe verödeten; nachher wurden dort Zinshäuser erbaut, wovon die Hälfte um 1527 der Stadt zinst, 1541 dem Stadtrathe ganz auf 10 Jahre verpfändet, erst 1588 den Jesuiten überlassen (Wolny, kirchl. Top. III. 89).

Bohnengasse. Bald nach 1336 wurden auf den vom Priester Friedlin dem Dominikaner-Nonnen-Kloster in Brünn geschenkten Aedern Häuser gebaut, welche unter dem Namen Bohnengasse um 1438 dem Kloster zinsten. Auf anderen nahen verödeten Aedern entstanden auch neue Häuser, und aus diesen die Huttergasse (Hotttergasse), welche schon 1438 vorkommt und 1497 dem genannten Kloster zinst. Beide Gassen wurden 1542 der Stadt verpfändet, die erstere 1588 den Jesuiten übergeben, die andere aber ungeachtet aller Einreden derselben von der Stadt zurückbehalten (Wolny, kirchl. Top. III. 88, 80, 90).

Neugasse, auf welcher im 15. Jahrh. Safrangärten, 1462 aber nur 2 Häuser waren. Die Grundstücke des Dominikanernonnen-Klosters bei derselben wurden 1482 in 35 Bauplätze zertheilt, woraus neue Zinshäuser entstanden, die jedoch 1531 den Zins verweigerten. 1542 wurden auch diese der Stadt verpfändet, 1588 jedoch den Jesuiten ausgelöst (Wolny, kirchl. Top. III. 89).

Als die wenigen Nonnen nach Pustoměř bei Wischau übersetzt und das verwahrloste Kloster nebst dessen Gütern 1578 dem Stadtrathe gegen Erhaltung der Jesuiten, 1581 aber diesen selbst übergeben wurden, bestanden sie unter anderem aus 1 Hof vor Brünn (1596 neu erbaut), der Schwaben-, Bohnen- und Neugasse, 1 Weingarten hinter dem Spielberge (1524 angelegt), dem Bergrechte um Brünn, 2 Schlachtbänken in Brünn, 1 Mühle in Altbrünn, 4 Gärten in Grillowitz bei Brünn (schon 1438 unter Zins, 1541 an Brünn verpachtet, 1588 3 Häuser daselbst den Jesuiten zurückgestellt), der Wasserwehr „auf der Schütt“ bei Brünn (seit 1438 Zins von 2 Häusern und 2 Gärten da) u. a. (Wolny, kirchl. Top. III. 89).

Von den Vorstädten, welche bis 1850 zur städtischen Jurisdiction gehörten, sind, mit Ausnahme des Leichdames (nach 1780 entst., nun Franz-Josephs-Strasse), der Paderwiese und der Strassengasse (beide s. 1782), die übrigen alt, namentlich die schon angeführte Bäckengasse (nach österr. Encycl. I. 397 schon 1274; 1441 heißt es extra portam Brunensem platea pistorum), die Lebergasse (nach S. 11 schon zu Anfang des 15. Jahrh. und nach Ludwig's Chronik S. 59 auch im Jahre 1600), Neugasse und Arbna. Diese letztere Vorstadt (lat. Crena, Cronaw, Arenow, vulgo Schutta) hieß gewöhnlich Schitta, Schutta, Schütt, auf der Schütt. 1382 überließ Markgraf Jobol das von ihm gestiftete St. Stephans-Hospital auf der Schütt, außer den Stadtmauern

Schanzgräben und dem Glacié eingenommenen Terrain hinter den Wallgräben standen Gebäude, wie das Grund- und Lösungsbuch von 1634 und die alte Abbildung der Stadt aus der Schwedenzeit zeigen. Auf dem Plage, welcher vor dem Juden- (dermal Ferdinands-) Thore und der Vorstadt Mühlgraben lag, den aber dermal der Bahnhof sammt Umgebung einnimmt, befanden sich das Kloster St. Joseph, welches auf dem Grunde der daselbst bestanden 4 Häuser, 4 Malzstuben und 2 Stadeln gebaut wurde, ein Maierhof (den dieses Kloster an Stelle des neben dem vorigen Kloster gestandenen Hofes wieder ausgerichtet) und 3 Häuser. Auf dem Raume zwischen dem Menzertthore und der Ledergasse standen das Kapuziner-Kloster, 5 Häuser, 2 Gärten und 2 Stadeln, auf der Grundfläche vor dem Thürl (dermal in der Gegend des Neuthors) 3 Häuser, 5 Stadeln und 1 Garten, vor dem Kennertthore (auf dem hinter der Jesuitengasse und dem Disasterialhause gelegenen Plage) 37 Häuser, der fürstlich dietrichstein'sche Garten und 1 Maierhof, auf der Fläche vor dem Fröhlicherthore mit Inbegriff des Augustiner-Grundes 10 Häuser, 4 Stadeln, 3 Gärten und das Bad des Klosters St. Thomas.

gelegen, mit einem Erbhofe daselbst der Stadtgemeinde Brünn (S. über dieses Spital meine Geschichte der Humanit. Anst. S. 36 und auch Ludwig's Chronik S. 20, 34, 37, 50, 58, 60, 71, 74, 94).

1386 erwarb das Kloster St. Thomas von der Katharina, Witwe nach Bohus von Tschuowitz, für die ihr vorgeliehenen 60 Mark ihren Hof „Schütt“ mit Zugehör unweit vom St. Stephansspitale. 1393 heißt derselbe der Hof auf der Schitta, gegenüber des Hospitals St. Stephan in besagter Vorstadt Brünns. 1410 mindert Sobok die städt. Lösung von den klösterl. Besitzungen, namentlich von der Mühle Schmalzhof genannt, vom Hofe in der Schitt (de curia in Schitta ex opposito Hospitalis Sti. Stephani in dicto praeurbio Brunensi), welch' letzteren (Hof bei Brünn nahe am St. Stephansspitale auf der Schitt) das Kloster zur Verbesserung seiner von den Hussiten ganz verwüsteten Güter 1498 an Johann aus Hwězlitz um 10 Schod Groschen nebst einem jährl. Zinse von 1 Sch. und 10. Gr. ablassen mußte (Meine Geschichte von Brünn S. 96, 122, 262; Wolny, kirchl. Top. III. 90, 121 — 124. In den St. Thomaser Annalen heißt es auch: 1461 in platea Dornach, penes molendinum Monasterii Schmalzhof dictum — iudex in Dornrusl. 1464 Monasterium St. Thomae dat agrum extra plateam Lecz in meliorationem sive ius emphiteuticum jure haereditario possidendum honestis viris etc. 1532 ager Laimstættten penes vineas in Zimpl. 1559 platea Czeila).

An der Zwittawa von Obrowitz abwärts waren 4 Mühlen: Die Obrowitzer, Radlauer, die später dem Stephans-Hospitale gehörige (jetzige städtische Malzmühle) und die St. Thomaser oder Dornacher (Dornach). Die Besitzer der letzteren drei fanden sich 1554 mit dem Kloster Obrowitz über den Zins wegen der von demselben in alter Zeit erbauten Wehr und der Hammhöhe ab (Obrowitzer Annalen, M. S. fol. 167).

Gleichsam als 1. Instanz für die zur Stadt gehörigen Vorstädte bestand in der Mitte des 17. Jahrh. das Vogtamt, zwei der ältesten Räte bei jeder der zwei Abtheilungen der Vorstädte. Die Vogteiverwalter hatten da die Geschwornen zu ersetzen, Witwen und Waisen zu schützen, die Gemeinde- und Waisenrechnung zu pflegen, alle Streitigkeiten daselbst zu schlichten (Koller, in Ludwig's Chronik S. 34).

Wo jetzt die Wachthäuser bei den Stadthoren, das Militär-Badhaus, die Häuser der Fortifikations-Lokaldirektion und des Artillerie-Postkommando's bei dem Fröhlicher-Thore u. s. w. stehen, waren vor Errichtung und Herstellung der Festungswerke in Brünn nämlich bis 1670 bürgerliche Häuser und Gärten.

Schon vor der Befestigung bestanden auf städtischem Grunde die Vorstädte Bädengasse, Mühlgraben, Ledergasse (welche damal 2 Reihen Häuser hatte), Pona- (dermal Graben-) Gasse, große und kleine Neugasse, dann Schwabengasse und zwar in noch weiterer Ausdehnung als dermal.

Zur Zeit der schwedischen Belagerung (1645) war die auf mehreren Seiten von Anhöhen beherrschte Stadt bloß durch doppelte Stadtmauern, einen Wallgraben und einige Vorwerke geschützt. Es wird einer alten Bastei gegen St. Anna und einer neuen gegen die königliche Klostermühle, einer runden und einer hölzernen Bastei (beide erstere wohl am Spielberge), des peterberger Schanzel's erwähnt. Fünf Thore, das brünner-, Juden-, mönicher (Menzer-) Holz- oder Renner- und das Fröhlicher-Thor, dann ein Thürlein unweit dem mönicher (an der Stelle ungefähr, wo jetzt das Neuthor steht) führten aus der Stadt. Das Kloster St. Thomas stand wohl außerhalb der Stadtmauern, war aber in der Befestigung mit eingeschlossen. Das Schloß Spielberg oberhalb der Stadt war von Natur und den Werken ziemlich fest, mit einem doppelten Graben und Mauer umgeben.

Der neue Commandant Souches umstaltete mit wunderbarer Schnelligkeit die von Freund und Feind für schwach erachtete Festung binnen 6 Wochen in einen so haltbaren Platz, daß sie einem sieggewohnten mächtigen Feinde widerstehen konnte. Er vertiefte während dieser kurzen Zeit die Gräben, verbesserte ganze Schanzen, besonders bei St. Thomas, versicherte die vielen Ausgänge zu den Bastionen, richtete den bedeckten Weg auf den Spielberg (*strada cooperta*), an welchem das Zusammenwirken der Festung mit der Stadt viel gelegen war, völlig ein, traf alle möglichen Vertheidigungs-Anstalten, ließ die höheren Vorstadtgebäude abbrechen, die schädlichen Gruben ausfüllen, die Hübeln abtragen u. s. w., insbesondere aber die der Vertheidigung hinderlichen Vorstädte mit einigen Klöstern, Kirchen und Gotteshäusern einreißen, im Grunde schleifen und der Erde gleich machen.

Zeuge der Vorstellung des Stadtrathes an den Kaiser waren nach der Belagerung die zwei vom Feinde eingeschossenen Breschen, Mauern und neue Schanzen, Ravellins, der bedeckte Weg auf den Spielberg, Gräben und andere Fortifikationswerke wieder aufzurichten.

Die rühmliche Behauptung Brünns und des Spielberges zum Schutze der Stadt Wien und des ganzen Staates hatte ihren damaligen Werth als Waffenplatz erkennen gelehrt und gab die nächste Veranlassung zu ihrer mehreren Befestigung, da seitdem Brünn und der Spielberg den ersten Platz unter den festen Plätzen Mährens (nebst den ersteren auch Jglau, Grabisch, Helfenstein, Culenberg, Bernstein, Olmütz, Hochwald und Müräu) einnahmen.

Schanzgräben und dem Glacis eingenommenen Terrain hinter den Wallgräben standen Gebäude, wie das Grund- und Lösungsbuch von 1634 und die alte Abbildung der Stadt aus der Schwedenzeit zeigen. Auf dem Plage, welcher vor dem Juden- (dermal Ferdinands-) Thore und der Vorstadt Mühlgraben lag, den aber dermal der Bahnhof sammt Umgebung einnimmt, befanden sich das Kloster St. Joseph, welches auf dem Grunde der daselbst bestanden 4 Häuser, 4 Malzstuben- und 2 Stadeln gebaut wurde, ein Raierhof (den dieses Kloster an Stelle des neben dem vorigen Kloster gestandenen Hofes wieder ausgerichtet) und 3 Häuser. Auf dem Raume zwischen dem Menzertthore und der Ledergasse standen das Kapuziner-Kloster, 5 Häuser, 2 Gärten und 2 Stadeln; auf der Grundfläche vor dem Thürl (dermal in der Gegend des Neuthores) 3 Häuser, 5 Stadeln und 1 Garten, vor dem Kennertthore (auf dem hinter der Jesuitengasse und dem Disasterialhause gelegenen Plage) 37 Häuser, der fürstlich dietrichstein'sche Garten und 1 Raierhof, auf der Fläche vor dem Fröhlichertthore mit Inbegriff des Augustiner-Grundes 10 Häuser, 4 Stadeln, 3 Gärten und das Bad des Klosters St. Thomas.

gelegen, mit einem Erbhofe daselbst der Stadtgemeinde Brunn (S. über dieses Spital meine Geschichte der Humanit. Aufl. S. 36 und auch Ludwig's Chronik S. 20, 34, 37, 50, 58, 60, 71, 74, 94).

1386 erwarb das Kloster St. Thomas von der Katharina, Witwe nach Bohus von Tischnowitz, für die ihr vorgeliehenen 60 Mark ihren Hof „Schütt“ mit Zugehör unweit vom St. Stephansspitale. 1393 heißt derselbe der Hof auf der Schitta, gegenüber des Hospitals St. Stephan in besagter Vorstadt Brunn's. 1410 mindert Jobot die städt. Lösung von den löstl. Besitzungen, namentlich von der Mühle Schmalzhof genannt, vom Hofe in der Schitt (de curia in Schitta ex opposito Hospitalis Sti. Stephani in dicto praeurbio Brunensi), welch' letzteren (Hof bei Brunn nahe am St. Stephansspitale auf der Schütt) das Kloster zur Verbesserung seiner von den Hussiten ganz verwüsteten Güter 1498 an Johann aus Hwězlitz um 10 Schoß Groschen nebst einem jährl. Zinse von 1 Sch. und 10. Gr. ablassen mußte (Meine Geschichte von Brunn S. 96, 122, 262; Wolny, kirchl. Top. III. 90, 121 — 124. In den St. Thomaser Annalen heißt es auch: 1461 in platea Dornach, penes molendinum Monasterii Schmalzhof dictum — iudex in Dornrussl. 1464 Monasterium St. Thomae dat agrum extra plateam Lecz in meliorationem sive ius emphiteuticum jure haereditario possidendum honestis viris etc. 1532 ager Laimstættten penes vineas in Zimpl. 1559 platea Tzeila).

Au der Zwittawa von Obrowitz abwärts waren 4 Mühlen: Die Obrowitzer, Radläßer, die später dem Stephans-Spital gebrüge (jetzige städtische Malzmühle) und die St. Thomaser oder Dornacher (Dornach). Die Besitzer der letzteren drei fanden sich 1554 mit dem Kloster Obrowitz über den Zins wegen der von demselben in alter Zeit erbauten Wehr und der Hammhöhe ab (Obrowitzer Annalen, M. S. fol. 167).

Gleichsam als 1. Instanz für die zur Stadt gehörigen Vorstädte bestand in der Mitte des 17. Jahrh. das Vogtamt, zwei der ältesten Rätbe bei jeder der zwei Abtheilungen der Vorstädte. Die Vogteiverwalter hatten da die Geschwornen zu ersetzen, Witwen und Waisen zu schützen, die Gemeinde- und Waisenrechnung zu pflegen, alle Streitigkeiten daselbst zu schlichten (Koller, in Ludwig's Chronik S. 34).

Wo jetzt die Wachthäuser bei den Stadthoren, das Militär-Badhaus, die Häuser der Fortifikations-Localdirektion und des Artillerie-Postkommando's bei dem Fröhlicher-Thore u. s. w. stehen, waren vor Errichtung und Herstellung der Festungswerke in Brünn nämlich bis 1670 bürgerliche Häuser und Gärten.

Schon vor der Befestigung bestanden auf städtischem Grunde die Vorstädte Bädengasse, Mühlgraben, Leder-gasse (welche damal 2 Reihen Häuser hatte), Pona- (dermal Graben-) Gasse, große und kleine Neugasse, dann Schwabengasse und zwar in noch weiterer Ausdehnung als dermal.

Zur Zeit der schwedischen Belagerung (1645) war die auf mehreren Seiten von Anhöhen beherrschte Stadt bloß durch doppelte Stadtmauern, einen Wallgraben und einige Vorwerke geschützt. Es wird einer alten Bastei gegen St. Anna und einer neuen gegen die königliche Klostermühle, einer runden und einer hölzernen Bastei (beide erstere wohl am Spielberge), des petersberger Schanzel's erwähnt. Fünf Thore, das brünner-, Juden-, mönicher (Menzer-) Holz- oder Renner- und das Fröhlicher-Thor, dann ein Thürlein unweit dem mönicher (an der Stelle ungefähr, wo jetzt das Neuthor steht) führten aus der Stadt. Das Kloster St. Thomas stand wohl außerhalb der Stadtmauern, war aber in der Befestigung mit eingeschlossen. Das Schloß Spielberg oberhalb der Stadt war von Natur und den Werken ziemlich fest, mit einem doppelten Graben und Mauer umgeben.

Der neue Commandant Souches umstaltete mit wunderbarer Schnelligkeit die von Freund und Feind für schwach erachtete Festung binnen 6 Wochen in einen so haltbaren Platz, daß sie einem sieggewohnten mächtigen Feinde widerstehen konnte. Er vertiefte während dieser kurzen Zeit die Gräben, verbesserte ganze Schanzen, besonders bei St. Thomas, versicherte die vielen Ausgänge zu den Bastionen, richtete den bedeckten Weg auf den Spielberg (*strada cooperta*), an welchem das Zusammenwirken der Festung mit der Stadt viel gelegen war, völlig ein, traf alle möglichen Vertheidigungs-Anstalten, ließ die höheren Vorstadtgebäude abbrechen, die schädlichen Gruben ausfüllen, die Hübeln abtragen u. s. w., insbesondere aber die der Vertheidigung hinderlichen Vorstädte mit einigen Klöstern, Kirchen und Gotteshäusern einreißen, im Grunde schleifen und der Erde gleich machen.

Zeuge der Vorstellung des Stadtrathes an den Kaiser waren nach der Belagerung die zwei vom Feinde eingeschossenen Breschen, Mauern und neue Schanzen, Ravellins, der bedeckte Weg auf den Spielberg, Gräben und andere Fortifikationswerke wieder aufzurichten.

Die rühmliche Behauptung Brünns und des Spielberges zum Schutze der Stadt Wien und des ganzen Staates hatte ihren damaligen Werth als Waffenplatz erkennen gelehrt und gab die nächste Veranlassung zu ihrer mehreren Befestigung, da seitdem Brünn und der Spielberg den ersten Platz unter den festen Plätzen Mährens (nebst den ersteren auch Iglau, Gradiß, Helfenstein, Eulenberg, Pernstein, Olmütz, Hochwald und Müräu) einnahmen.

408, 409). 1293 bewilligt König Wenzel II. der Stadt Brunn den Mautbezug zur Erhaltung der Brücken, Straßen, Stadtmauern und Gräben. 1306 bestätigt König Wenzel III. die Wohnhäuser des petersberger Propstes, der anderen Geistlichkeit und der Kirche selbst, wie sie zwischen dieser und der Stadtmauer standen (Wolny kirchl. Top. III. 31).

In demselben Jahre soll ein großer Brand kein Haus und keine Kirche innerhalb der Stadtmauern unversehrt gelassen haben. 1333 verordnete König Johann, daß die brünner Juden den vierten Theil der Kosten für die Ausbesserung der Stadtmauer und Gräben tragen sollen. Das nach ihnen genannte Judenthor kommt 1347 urkundlich vor (Wolny kirchl. Top. III. 33), während die in den alten Stadtbüchern schon 1343 erscheinenden 4 Stadtviertel von dem Brünner-, Fröhlicher-, Renner- und Mönicher Thore ihren Namen erhielten (S. S. 10 dieses Buches).

Weiter dehnten sich die Stadtmauern aus, als Markgraf Johann eine neue Stadt Brunn errichtete, zu deren Besten er einen vierzehntägigen Jahrmarkt bewilligte (1357), als er ein Augustiner-Kloster gründete (1353). Dasselbe lag damals außerhalb der Stadt vor dem sogenannten Holzthore, kam mit einem großen Garten auf einen Grund zu stehen, welchen Markgraf Johann von der Pfarre St. Jakob eingelöst hatte, hatte (1366) Besitz zwischen dem Fröhlicher- und Renner-Thore (inter portas laetorum et cursorum)¹⁾ und der Stadtrath befreite allen klösterlichen Besitz im städtischen Weichbilde, so lange er dem Kloster gehören werde, von allen Stadtlasten (St. Thomaser Urkunden, Wolny kirchl. Top. III. 119). Markgraf Jodok gestattete (1410) dem Kloster den Bau eines Hauses neben dem großen Thore desselben gegen das Schloß Spielberg zum Ausschank seiner eigenen Weine und bewil-

¹⁾ Auf die Bedeutung des Wortes „Fröhlicher Thor“ (porta laetorum) dürfte der Teynhof in Prag leiten. Dort bestand nämlich schon unter der Regierung Borimoy's (1100 — 1107) und wahrscheinlich schon im 10. Jahrhunderte auf der Stelle des jetzigen alten Ungelts ein Hof für fremde Kaufleute (curia hospitum mercatorum oder kurz auch bloß curia hospitum; vergleiche damit das russische gostinoy dvor), welcher Kaufhof 1278 urkundlich unter dem Namen Tyn und 1298 als curia hospitum, quæ Tyn seu Laetia curia vulgariter nuncupatur, vorkommt. In diesem Hofe hatten die Fremden, natürlich zumeist deutschen Kaufleute, ihre Niederlagen, machten da ihre Verkäufe und Einkäufe, mußten in der Regel da wohnen. Es war da die fürstliche Wage und das Eimermaß (tyna), ein besonderes fürstliches Gericht über die fremden Kaufleute bei Klagen gegen sie (Tomel I. 23, 72). Wir erinnern uns, daß nach der Urkunde über die Theilung der Pfarrsprengel St. Peter und St. Jakob von 1293 die Deutschen seit Altersher zu St. Jakob gehörten, welche Kirche in der Nähe des Fröhlicher Thores sich befindet. Es mag daher ein ähnlicher Kaufhof der Deutschen da gewesen sein oder dieselben die Fröhlicher Gasse bewohnt haben, welche auf den großen (Markt-) Platz ausläuft, wo sich das Kaufhaus (praetorium) und (wie in Olmütz) daneben das Rathhaus befanden. Auch das Renner-Thor (porta cursorum, 1336 url., Wolny, kirchl. Top. III. 88 — 90) dürfte seinen Namen wohl nicht von (fürstlichen) Laufnern oder Boten, sondern von Rheinländern (Rhennenses) haben, die sich in der Nähe ansiedelten. Das mönicher (Menzer-) Thor

igte, daß an Lösung, so oft sie in der Stadt Brunn auferlegt werde, von folgenden klösterlichen Gütern, nämlich der Mühle Schmalzhof, dem Hofe gegenüber dem St. Stephansspitale in der brünner Vorstadt (in praeurbio Brunensi) Schitta (Schutta, Arenaw, 1382 außer den Stadtmauern gelegen) und den 2 Bädern, einem unter dem Spielberge und dem anderen über dem Wasser Panow, nicht mehr als dritthalb Mark Groschen gezahlt werden soll (Meine Gesch. von Brunn S. 122, 262).

In der Wesenheit dürfte sich diese alte Befestigung der Stadt bis in die neuere Zeit erhalten und nur in Folge der Erfindung des Pulvers und Anwendung des schweren Geschüßes seit dem Ende des 14. und Anfange des 15. Jahrhunderts eine mehrere Verstärkung, besonders durch die Anlegung von Bastien, Anbringung von Schießscharten u. a. geändert haben.

Dies zeigte schon die Bewilligung des Klosters St. Thomas, welches noch außerhalb der Stadtmauern lag, vom Jahre 1486, daß Bürgermeister und Rath zum Nutzen der Stadt den zum Kloster gehörigen Hof hinter demselben zum Baue von Gräben, Mauern, Zäunen, Bastien oder Wällen ohne Bezahlung gebrauchen könne (St. Thomaser Urkunden). Es kam auch in jener Zeit wirklich zu bedeutenden Befestigungsbauten. Wenn nicht alle drei innern Thore des ehemaligen Judenthurs stammte wenigstens das erste aus dem Beginne des 16. Jahrhunderts, aus der Zeit, als der rothe Thurm zu Wien (sogenannt vom rothen Gerichte, von der Gerichtsbarkeit, Hormayr, Gesch. von Wien IV. 144, Schlager, wiener Skizzen III. 448 — 450) entstand, mit der nämlichen Aufschrift, vielleicht von demselben Meister Antonius. Das erste innere Thor trug die (zur Zeit der Demolirung noch gut erhalten gewesene) Aufschrift: *Felix est civitas, que cogitat bella tempore pac (-is).*

Virgo roga prolem, ut plebem conservet urbem.

M. Antonius 1508.

(Glücklich die Stadt, welche des Krieges gedenkt in den Zeiten des Friedens. Bitte o! Jungfrau den Sohn, daß er beschütze die Stadt) ¹⁾).

Die schon verwischten Schilde stellten das Stadtwappen vor, zwei Querbalken, wie die zwei Figuren, von denen die eine ganz verstümmelt war, Her-

führt seine Benennung von Mönich, welches zu jener Zeit eine nicht unbedeutende Stadt war.

Uebrigens waren in Flandern, mit welchem Brunn im 14. Jahrhunderte in Handelsverkehr stand und woher es nicht wenige seiner Ansiedler (romani) erhalten haben mag, die Pächten Gutsunterthanen, welche als *glebas adscripti* einem Herrn angehörten, sie mochten leibeigen, tributär oder Freie sein. In den ältesten Urkunden heißen sie *submanentes*, *Hospites*, französisch *hostes* oder *manans* (Warnkönig, flandr. Staats- und Rechtsgeschichte I. 243, 246).

¹⁾ Dieser Spruch Kaiser Friedrich IV. fand sich auch auf dem rothen Thurne in Wien, auf dem Arsenal in Kopenhagen, angeblich auch auf einer (einige Jahre vor 1825) niedergerissenen alten Bastion an der Südseite Brünns (Brünner Wochenbl. 1825 S. 331).

tules, und die Köpfe mit heraushängenden Zungen sollten wohl den Troß andeuten, welchen die Stadt dem Feinde geboten und bieten werde (Meine Gesch. von Brünn S. 69, bei welcher sich als Umischlag auch eine Ansicht dieses Thores befindet).

Der Erbauer dieses Thores (und des rothen Thurmes in Wien?) dürfte wohl niemand anderer und weniger gewesen sein, als der große Meister Anton Pilgram (Pilschramb) von Brünn, welcher von 1506 — 1511 am St. Stephansdome in Wien fortbaute (Feil, in den österr. Lit. Bl. 1844 Nr. 18 — 34). und auch das schöne Portal am oder das neue brünner Rathhaus selbst (1511), so wie auch an der schönen Jakobskirche gebaut haben mag. Das Judenthor hieß im 16. Jahrhunderte auch das grüne Thor (*porta viridis*) von der Farbe des hohen Thurmdaches (*ab excelso turris fastigio eo colore imbuto*, sagt der Landesarzt Jordan in seinem Werkchen *norbus Bruno gallicus*, Francof. 1583).

Aus dem 16. Jahrhunderte wird auch der Bau des nun abgetroffenen brünner Thores sein, auf welches wir später zu reden kommen werden.

Brünn wird wie alle größeren Städte besetzt gewesen sein. Bonfin (S. 11 dieses Buches) spricht nur von einem doppelten Graben und Mauern.

In Wien waren, da nach gänzlicher Umgestaltung der Kriegeskunst die Ringmauern mit ihren Thürmen und Gräben nicht mehr genügten, Bastien, Erker und Brustwehren hergestellt, Thürme und Bollwerke um die Vorstädte herum erbaut und diese von Außen durch Schredzäune geschützt worden. Alle diese Werke verschwanden mit den übrigen Gebäuden der Vorstädte während der Belagerung durch die Türken 1529; aber bald nach derselben entstanden um die innere eigentliche Stadt der Zeit gemäß desto mächtigere Festungsbauten, deren bedeutendste zwischen die Jahre 1542 und 1547 fallen (auch in Mähren wurde damals am Spielberge, in Znaim u. a. gebaut). An der Stelle der einst allzu nahe an die Stadt gelagerten Vorstädte erhob sich ein Kranz von großartigen Bastien (Hormayr, Gesch. von Wien IV. 212 — 220, Tschischka, Gesch. von Wien, S. 300).

Ludwig's Chronik (1555 — 1604) nennt das Brünner- und das Renner-Thor bei St. Thomas (Uhlumedy hält es S. 60 irrig für identisch mit dem Fröhlicher und bemerkt, es möge in der Gegend des Mautgebäudes gestanden sein; dasselbe führte aus der Rennergasse zu dem außer den Stadtmauern gelegen gewesenen Kloster St. Thomas)¹⁾, das Juden- und Renner Thor und das Tierl (Thüre l), wo man auf die Ledergassen geht (S. 14, 39, 48, 56, 59, 60, 69, 72, 84, 93). Auch erzählt Ludwig (S. 84), der Stadtrath habe 1602 den Zwinger zwischen dem brünner und Juden-Thore dem olmüzer Bischofe Cardinal

¹⁾ Im Jahre 1600 kaufte der Stadtrath den Gasthof vor dem Renner-Thor gegen den St. Thomaner Hof (Ludwig S. 69).

Dietrichstein auf sein Lebenslang verwilligt, die Kasse darin zu tummeln (sonst bewahrte man wohl auch seltene wilde Thiere oder Hirsche u. a. in den Zwingern), nach seinem Tode soll es wieder (alles was er darinnen gebaut) zu gemeiner Stadt kommen.

Früher wurde insbesondrre das Pulver in den Stadt-Thürmen aufbewahrt, nicht ohne Gefahr für die Stadt. Den 8. August 1580 (sagt Ludwig S. 14) schlug das Wetter zur Nacht in den Pulverthurm bei dem fröhlicher Thore, that großen Schaden an vielen Häusern, zersprengte den ganzen Thurm mit etlichen und 70 Tonnen Pulver. „Die im Thurme gewesenen 70 Faß Pulver (sagt eine andere Nachricht in den Hanzely'schen Schriften) wurden entzündet, die ganze Stadt erschüttert und in eine solche Angst gesetzt, daß man gemeinet, es sei der jüngste Tag und wird die Stadt durchs Feuer verhört werden, wenn nicht der eingefallene große Regen gelöscht hätte.“ Auch den 28. Juli 1595 zur Nacht schlug das Wetter in das Thürmel zwischen dem brünner Thor auf der rechten Hand, wo man zum Thor hinausgeht, hub an zu brennen (Ludwig S. 39). Noch hundert Jahre später klagte der Stadtrath, daß ihr Pulver und andere Feuerwerksbedürfnisse in verschiedenen Thürmen der Zwingmauer aufbewahrt werden müssen, wo sie leicht der Bliß (wie 1695 in Pradisch) entzünden könne (die Schweden vor Brünn, von mir, S. 99).

Es kommt auch ein Tischnowitzer Thor vor. Der Stadtrath klagte wider Johann den jüngeren Munka von Schwantschütz auf Struz, daß er 1569 von Neuem einen Kretscham auf der Neugasse auf seinem Theile vor dem Thor das Tischnowitzer genannt, auf dem Grundt, wo aniezo Valentin Kawka sein Unterthan wohnhaft ist, aufzurichten vnd darinnen auß seinem Struzer Brewhaus Bier aufzusetzen zulasse, den städtischen Freyheiten zuwieder, vnd der Stadt zue schaden (Kalezen = Slg. des petersberger Propstes Honorius von 1603). Die Nonnen des Klosters Mariazell besaßen ein Haus vor dem Tischnowitzer Thore, welches die Jesuiten 1588 an die Stadt überließen (Bolnq, kirchl. Top. III. 90).

Der Plan von Brünn in Zeiler's Topographie von Mähren (1650) aus der Zeit vor der schwedischen Belagerung zeigt die Stadt von einem Wallgraben und einer zweifachen Ringmauer eingefast, die innere mit vielen Thürmen gekrönt, die Thore mit In- und Außenwerken geschützt, und zwar das Holzthor (bei dem zwar außerhalb der städtischen Festungswerke gelegenen, jedoch gleichfalls befestigten Kloster St. Thomas in der Richtung zur Vorstadt an der Ponawka, also nicht am Ende der Jesuitengasse und hinter den letzten Häusern derselben, wie es in der brünner Zeitung 1860 Nr. 9 heißt), das Fröhlicher-, Brünner-, Menser-Thor und in der Nähe das Thörlein (gegen die Vorstadt Zeil).

Die Vorstädte Brünns waren wohl nie in die Befestigung der Stadt einbezogen (im Gegentheile heißt es schon 1293: *omne Brunense Suburbium juxta muros positum*. Meine Gesch. von Brünn S. 258, Boček IV. 408); daher

unterlagen sie auch so häufigen Verheerungen, wie 1241, 1420, 1623, 1643 — 5, 1742 u. a.¹⁾.

Vor der Erbauung der gegenwärtigen fortifikatorischen Werke hatte die innere Stadt nur die Ausdehnung innerhalb der ehemaligen alten Stadtmauern.

¹⁾ Zu dem, was wir S. 9 — 14 dieses Buches von den brünner Vorstädten gesagt, wollen wir noch Einiges beifügen. Sie verdanken außer dem, was die Burg und die Stadt gethan, ihr Entstehen zumeist der Kirche, nämlich der uralten St. Peters-Pfarr- und später Collegiatskirche, dem alten Benediktiner-Kloster Lüh (Kumrowitz), den Cisterciensern in Welehrab, den Prämonstratensern in Obrowitz, den Johanniter-Mittern, den Dominikanerinnen in Mariazell, den Dominikanerinnen bei St. Anna, den Cisterciensernonnen in Altbrünn, den Augustinern bei St. Thomas, den Rathhäusern in Königsfeld u. a.

Die Kirche St. Peter, schon 884 mit Brünn und Lúže (Altbrünn) bestiftet, 1131 Propsteikirche und in der Umgebung begütert, erhielt 1088 ein Grundstück auf 3 Pflüge in dem bei Brünn nahe an Kumrowitz gelegenen aber längst eingegangenen Dorfe Manitz mit 4 Bauernfamilien, 1 Gärtler und einen erst anzulegenden Garten. Den Besitz bei Manic befreite der brünner Fürst Spitignew 1195 von der Zehentleistung an die Benediktiner-Propstei in Kumrowitz. Die Vorstadt Zeil (Zwittavia, Ponavia) erscheint urkundlich zu Anfang des 13. Jahrhunderts. Das Prämonstratenser-Kloster Obrowitz erhielt vom Markgrafen Wladislaw einen Hof (1210 in Zwittavia) und den Fluß Zwittawa und trat 1509 sein Dorf Schenkowitz an Johann Petrowsky von Prochow gegen dessen Mühle „Kedlin“ und den nahen Hof auf der Zeil ab (Voček II. 54, III. 82, Wolny II. 42, II. 2. T. S. 44, 239; Wolny, kirchl. Top. III. 191; in den obrowitzer Annalen wird das Kloster z. J. 1298 als ante Brunam gelegen bezeichnet). Um 1230 überließ Markgraf Přemysl der St. Peterskirche für die Abtretung der St. Michaelskirche an die Dominikaner 3 Lähne nebst 1 Mühle und einigen Fischen in der brünner Vorstadt Zwittawa. Wenigstens seit jener Zeit gehörte dieselbe fortan bis in die neueste Zeit zu St. Peter. König Wenzel III. bestätigt 1306 den Besitz der Untertanen auf der Vorstadt „Zeil.“ Der Vertrag von 1315 zwischen dem Kapitel und der Stadt weist alle geringeren Klagen der dortigen Kapitelsuntertanen vor den zeiler Richter, die Kriminalsachen vor den Stadtrichter, gestattet 3 Bäcker, 2 Fleischer, 2 Schankhäuser auf der Zeil, den Verkauf der Feldfrüchte der Ansassen in der Stadt ohne Standgeld, den Ausschank ihres selbst erzeugten Weines in ihren Häusern, befreit sie von jeder Zahlung, Leistung und Maut an die Stadt. Nach der Entscheidung des olmützer Bischofs Paul vom J. 1446 im Streite zwischen dem Kapitel und dem Kloster Obrowitz (darin werden auch die Mühlen Koblitz (Koblans, schon 1240 von König Wenzel dem Kloster geschenkt, später aber abgekommen), Dornitz (Dornach) und Kröna (Crenaw) genannt) trennte der Fluß Ponawka (Ponowa, an dem ein Badhaus lag) die Güter der Stadt von jenen der Propstei (Meine Gesch. von Brünn S. 95 — 98, Wolny, kirchl. Top. III. 21, 31, 42). Das Kapitel erwarb auch den Besitz des Klosters Lüh (Kumarow, Kumrowitz). Dieses, in den Paradieswald, wie das Nachbarstift Raigern, zur Cultivirung der Gegend gesetzt, mag schon der brünner Fürst Bratislaw († 1156) gestiftet haben. Der brünner Fürst Spitignew schenkte ihm 1197 die St. Martinskirche bei Brünn (spurlos verschwunden, stand nahe der jetzigen Vorstadtgasse Dornitz) mit Untertanen und Zehent, Gärtnern in Kumrowitz („na lúže“) und den Wald „za brdi“ jammst Hegern. 1229 trat das Kloster einige Gärten und 1 Hof bei Brünn an den König Přemysl (zur Erweiterung der Stadt? S. S. 223) ab. Um 1305 bezog es von 2 zur Dörurössl-Mühle gehörigen Lähnen, so wie von 4 Obstgärten den Zins. 1319 gab es zum Baue einer Straße von Brünn nach Kumrowitz seine Ansprüche auf einen Gemeindegeweg daselbst auf. Der letzte Conventuale und Propst trat 1527 den restlichen

Dieselbe ist durch die noch vorhandenen Ueberbleibsel dieser Stadtmauer festgestellt. Sie lief vom ehemaligen brünner Thore an dem rupp'schen Hause, dem evangelischen Bethhause, der neustädter Kaserne, der Fronte des von manner'schen Hauses in der altfröhlicher Gasse, den ehemaligen Salz- und gegenwärtig

Klosterbesitz, namentlich die Vorstadtgasse „Weltgasse,“ dem Kapitel bei St. Peter ab, welches 1566 nebst dieser auch die längst eingegangene Vorstadtgasse Hartluka besaß (Brünner Wochenblatt 1824 S. 64, 152, 1825 Nr. 15 ff.; meine Gesch. von Brünn S. 48, 78; Vočel I. 338, 340, 348, II. 56, 59, 166, 170, 174, 208 u. s. w.; Wolny II. 2. T. S. 48; dess. kirchl. Top. III. 36, 42, 215).

Altbrünn kommt, wie wir (S. 9) gesehen, seit 884 als Maluze, seit 1247 als *antiqua Bruna*, *burgus*, *qui antiqua Bruna dicitur* vor, gelangte um 1199 theilweise an das 1322 in Altbrünn von der Königin Elisabeth gestiftete Cistercienser-Monnenkloster Maria-Saal, auch Königinkloster genannt. Dieses erhielt vom wylsehrader Propste Johann 1321 das Patronat der St. Prokopskapelle in Altbrünn, welche reich bestiftet war und Pfarrrechte bejessen hatte, vom Könige Johann 1322 sein Haus in Brünn sammt dem Patronate der nahen königl. St. Wenzels-Kapelle am sogenannten Fischmarkte in der Stadt, von ihm und der Stifterin 1323 die Marienkirche in Altbrünn, vom olmützer Bischofe Conrad 1323 das Patronat über die St. Wenzelskirche in Altbrünn, auf welche vor Kurzem die Pfarrrechte von St. Prokop übergegangen waren, sammt einem bis zum Schwarzwassflusse reichenden Garten in der Vorstadt Grillowitz, von der Stifterin 1330 einen „steinernen Hof“ in Altbrünn, vom Könige Johann 1331 das Patronat der spielberger Burgkapelle; endlich erwarb das Kloster 1345 von jenem in Welehrad, auf dessen Grund es zumeist stand, den ursprünglichen Besitz desselben in Altbrünn, bestehend aus 2 Mühlen, Häusern, Aedern, Obst- und Weingärten, so wie später (1444) dessen sämtliche Zinse in Altbrünn. Das Monnen-Kloster in Altbrünn besaß auch 1517 die Hartelgasse bei Brünn, erhielt von Peter Fischer das „große Fischerfeld“ (Wolny, kirchl. Top. III. 152 — 160, 176; meine Gesch. von Brünn S. 90, 258, 263).

Ueber das um 1238 entstandene hl. Geist-Hospital in Altbrünn, seit 1248 das Hospital St. Johann des Täuflers und St. Antons und später Kreuzhof genannt, welches die brünner Vorstädte Kreuzgasse (auch Kreuzer-Gut), Grillowitz und Lehmstätte (schon 1338 in *agro figuli*) erwarb, und über das von der Königin Elisabeth 1330 beim Kloster in Altbrünn gegründete Hospital S. meine Geschichte von Brünn S. 93 — 95 und meine Geschichte der Heil- und Humanitäts-Anstalten S. 30 — 36; Wolny, kirchl. Top. III. 155, 162, 179 — 183.

Das Kloster in Ruh, und die Rathause in Königsfeld (gegr. 1375) standen in Besitz-Verhältnissen zu den Vorstädten Dörn-rössel (Durendressel, schon 1305 genannt), Dornich (Dornach, 1349 genannt) und Radlaß (Redlans, Redlin) u. a. (Meine Gesch. von Brünn S. 96, 98, 121; Wolny, kirchl. Top. III. 33, 41, 124, 191, 206, 207, 209, 215, 216).

Das Kloster St. Thomas (1353 gegr.) besaß Grundstücke bei demselben, die „Refermühle“ (1366) mit 1 Garten und Baupläzen, einen Hof mit 4 Aedern und 5 Breiten vor dem Fröhlicherthore (1366), den Hof „Schütt“ mit Zugehör unweit vom St. Stephans-Spital (1386), einen Zins von 5 Häusern am Ende der brünner Gasse „Dörn-Neustift“ (1392), 1 Wein-Schanthaus bei dem großen Stadthore gegen den Spielberg, die Mühle Schmalzhof, 1 Hof in der Kröna und 2 Badhäuser unter dem Spielberge und am Ponawlabache (1410), die Mühle sammt Walkstampe und 2 Gärten am Dornich (1458), Aeder bei der Gasse Pecz (1464) u. a.; aus seinem Stiftsgarten vor dem Fröhlicher-Thore entstand in neuerer Zeit der Augustiner-Grund (Meine Geschichte von Brünn S. 109 — 111, Wolny, kirchl. Top. III. 109 — 111).

tigen Zollamts-Magazinen, zwischen dem Disasterialhause (St. Thomas-Kloster) und dem gräflich logothety'schen Hause, hinter den Häusern Nr. 555 bis 559, Nr. 547 bis 525, dem mönicher Thore, längs dem Klostergarten der Ursullinerinnen, den Häusern Nr. 528 bis 538, dann Nr. 413 bis 416 der Ferdinands-

In den handsch. Annalen des Klosters St. Thomas kommen noch folgende Notizen aus dem 16. und 17. Jahrhunderte vor:

Monasterium vendit domum desertam inter domos et subditos Monasterii sitam in platea Gemeinensi (Romein) — dto desertum agrum post vineas in Zimpl.

Vor dem Fröhlicher Thore hatte das Kloster einen Hof, an dessen Stelle später die große Schanze hinter dem Kloster und der Kirche kam, dann mehrere Häuser in der Gasse, welche nach der schwedischen Belagerung öde wurden und wegen der Schanze bleiben mußten, ein Bad unter dem Spielberge in der Nähe des Fröhlicher-Thores (ante portam Laetorum), welches durch die Belagerung von 1645 öde wurde und verloren ging. Aus einigen öden Plätzen stellte dann das Kloster den großen Garten vor dem Fröhlicher Thore her.

Am Zusammenflusse der Zwittawa und Schwarzawa hatte das Kloster eine Mühle; ein Theil war öde und unbrauchbar, den andern hatten die Tuchmacher in Zins. Ueber der Zwittawa, von allen Seiten mit Wasser umfassen, außer gegen die Landstrasse beim Spital, war der große Garten des Klosters, welcher in eine große Wiese verwandelt wurde (dermal zum Theile mit neuen Häusern bebaut).

Am Ende des Gartens an der Landstrasse (via publica) war ein Hof des Klosters, welchen Niclas Travenitz in Zins hatte, später die Stadt von den Istwanischen Erben kaufte und 1659 daraus ein Wirthshaus (die neue Welt) machte.

Neben der Mühle an der Schwarzawa hatten die Tuchmacher vom Kloster eine Ball in Bestand; unterhalb war eine Papiermühle des Meisters Peter von Zglau, nach der Belagerung öde (Zglauer, 1540 erbaut, Mutter-Anstalt in Böhmen und Mähren).

1574 kauft das Kloster einen Freigarten vor dem Fröhlicher Thore *prope laterariam Civitatis infra vineas Sauleyten situm*, dto. 1575 *hortum spaciosissimum et fragillissimis refertum arboribus* vor dem Fröhlicher Thor.

1601 *penes pontem quo ad plateam novam in Suburbio Brunensi itur — nova platea et via regia versus Carthusiam — domuncula ad ponticulum plateae Laetorum.*

1608 *domus cum horto in Suburbio Brunensi Letz nuncupato in fundo Monasterii sita.*

Das (1312 — 1317) gestiftete Kloster der Dominikanerinnen im Königsgarten ober St. Anna gab dem dormaligen St. Anna-grunde seinen Ursprung und Namen (Wolny II. 63, kirchl. Top. III. 166 — 170).

Das Kloster Dslavan besaß (schon 1260) das Patronat über die Kirche Allerheiligen; diese besaß ein Badhaus am Schwarzawafluße und bezog einen Zins vom landesfürstlichen Hause „Lochenberg“ in Brünn, welches einer Vorstadt (dermal ein Theil der Bädeggasse) den Namen gab, jedoch mit dieser und der Kirche in der Schwedenzeit verschwand (Meine Gesch. von Brünn S. 92, 254; Wolny, kirchl. Top. III. 175).

Von besonderem Einflusse auf die Begründung der Vorstädte war das 1239 von dem reichen brünner Bürger Ulrich Schwarz gestiftete Kloster Maria- oder leusche Zelle, auch Perburger Nonnen geheissen, welches gleich anfänglich auch Wein- und Obstgärten, Wiesen, Acker und Badhäuser in der Nähe der Stadt erhielt, in und außer derselben neue Ansiedlungen ausführte.

thor-Bastel, über den Franzensberg und endlich am demolirten städtischen Malzhause bis zum brünner Thore.

Vor Errichtung der dormaligen Schanzmauern war die Stadt bloß durch einen Wallgraben von den Vorstädten geschieden und auf den jetzt von den

Breitengasse. Häuser in und außer der Stadt bei der Mauer, auf dem Grunde dieses Klosters seit 1252 beim Krennerthore angelegt, 1531 und 1581 an die Stadt verpfändet (Wolny, kirchl. Top. III. 90).

Der brünner Bürger Heinrich Schweller dachte 1278 dem Dominikanernonnen-Kloster in Brünn alle seine Höfe mit Grundstücken um Brünn, so wie Zinse von anderen für den Fall seines Absterbens zu und wies nebstbei 2½ Mark jährl. Zinses auf ein Anni-versar für sich in der Klosterkirche an.

1847 kaufte der brünner Kanonikus Werner von dem brünner Bürger Joh. Eberhard 12 Mark jährl. Zinses von dem „Schweller“ an dem Schwarzwassluffe vor dem Zuden-thore (Wolny, kirchl. Top. III. 83, 87).

Aus dem Schweller'schen Hofe entstand die Schwabengasse, welche in der Kriegs-zeit bis 1497 verbrannte und deren Gründe veröbdeten; nachher wurden dort Zinshäuser erbaut, wovon die Hälfte um 1527 der Stadt zinst, 1541 dem Stadtrathe ganz auf 10 Jahre verpfändet, erst 1588 den Jesuiten überlassen (Wolny, kirchl. Top. III. 89).

Bohnengasse. Bald nach 1336 wurden auf den vom Priester Frieblin dem Dominikaner-Nonnen-Kloster in Brünn geschenkten Aedern Häuser gebaut, welche unter dem Namen Bohnengasse um 1438 dem Kloster zinsten. Auf anderen nahen veröbdeten Aedern entstanden auch neue Häuser, und aus diesen die Guttergasse (Gottergasse), welche schon 1438 vorkommt und 1497 dem genannten Kloster zinst. Beide Gassen wurden 1542 der Stadt verpfändet, die erstere 1588 den Jesuiten übergeben, die andere aber ungeachtet aller Einreden derselben von der Stadt zurückbehalten (Wolny, kirchl. Top. III. 88, 80, 90).

Neugasse, auf welcher im 15. Jahrh. Safrangärten, 1462 aber nur 2 Häuser waren. Die Grundstücke des Dominikanernonnen-Klosters bei derselben wurden 1482 in 35 Bau-plätze zertheilt, woraus neue Zinshäuser entstanden, die jedoch 1531 den Zins verweigerten. 1542 wurden auch diese der Stadt verpfändet, 1588 jedoch den Jesuiten ausgefolgt (Wolny, kirchl. Top. III. 89).

Als die wenigen Nonnen nach Pustoměř bei Wischau übersezt und das verwahrloste Kloster nebst dessen Gütern 1578 dem Stadtrathe gegen Erhaltung der Jesuiten, 1581 aber diesen selbst übergeben wurden, bestanden sie unter anderem aus 1 Hof vor Brünn (1596 neu erbaut), der Schwaben-, Bohnen- und Neugasse, 1 Weingarten hinter dem Spielberge (1524 angelegt), dem Bergrechte um Brünn, 2 Schlachtbänken in Brünn, 1 Mühle in Altbrünn, 4 Gärten in Grilowitz bei Brünn (schon 1438 unter Zins, 1541 an Brünn verpachtet, 1588 3 Häuser daselbst den Jesuiten zurückgestellt), der Wasserwehr „auf der Schütt“ bei Brünn (seit 1438 Zins von 2 Häusern und 2 Gärten da) u. a. (Wolny, kirchl. Top. III. 89).

Von den Vorstädten, welche bis 1850 zur städtischen Jurisdiction gehörten, sind, mit Ausnahme des Leichdames (nach 1780 entst., nun Franz-Josephs-Strasse), der Laderwiese und der Strassengasse (beide s. 1782), die übrigen alt, namentlich die schon angeführte Bäckerengasse (nach österr. Encycl. I. 397 schon 1274; 1441 heißt es extra portam Brunensem platea pistorum), die Lebergasse (nach S. 11 schon zu Anfang des 15. Jahrh. und nach Ludwig's Chronik S. 59 auch im Jahre 1600), Neugasse und Kröna. Diese letztere Vorstadt (lat. Crena, Cronaw, Krenow, vulgo Schutta) hieß gewöhnlich Schitta, Schutta, Schütt, auf der Schütt. 1382 überließ Markgraf Jobod das von ihm gestiftete St. Stephans-Hospital auf der Schütt, außer den Stadtmauern

Schanzgräben und dem Glacié eingenommenen Terrain hinter den Wallgräben standen Gebäude, wie das Grund- und Lösungsbuch von 1634 und die alte Abbildung der Stadt aus der Schwedenzeit zeigen. Auf dem Platze, welcher vor dem Juden- (dermal Ferdinands-) Thore und der Vorstadt Mühlgraben lag, den aber dermal der Bahnhof sammt Umgebung einnimmt, befanden sich das Kloster St. Joseph, welches auf dem Grunde der daselbst bestanden 4 Häuser, 4 Malzstuben und 2 Stadeln gebaut wurde, ein Malerhof (den dieses Kloster an Stelle des neben dem vorigen Kloster gestandenen Hofes wieder aufgerichtet) und 3 Häuser. Auf dem Raume zwischen dem Renzertthore und der Lederergasse standen das Kapuziner-Kloster, 5 Häuser, 2 Gärten und 2 Stadeln, auf der Grundfläche vor dem Thürl (dermal in der Gegend des Neuthors) 3 Häuser, 5 Stadeln und 1 Garten, vor dem Rennerthore (auf dem hinter der Jesuitengasse und dem Disasterialhause gelegenen Platze) 37 Häuser, der fürstlich Dietrichstein'sche Garten und 1 Malerhof, auf der Fläche vor dem Fröhlicherthore mit Inbegriff des Augustiner-Grundes 10 Häuser, 4 Stadeln, 3 Gärten und das Bad des Klosters St. Thomas.

gelegen, mit einem Erbhofe daselbst der Stadtgemeinde Brunn (S. über dieses Spital meine Geschichte der Humanit. Anst. S. 36 und auch Ludwig's Chronik S. 20, 34, 37, 50, 58, 60, 71, 74, 94).

1386 erwarb das Kloster St. Thomas von der Katharina, Witwe nach Bohus von Tschuowitz, für die ihr vorgeliehenen 60 Mark ihren Hof „Schütt“ mit Zugehör unweit vom St. Stephanspitale. 1393 heißt derselbe der Hof auf der Schitta, gegenüber des Hospitals St. Stephan in besagter Vorstadt Brunn's. 1410 mindert Sobol die städt. Lösung von den klösterl. Besitzungen, namentlich von der Mühle Schmalzhof genannt, vom Hofe in der Schitt (de curia in Schitta ex opposito Hospitalis Sti. Stephani in dicto praeurbio Brunensi), welsch' letzteren (Hof bei Brunn nahe am St. Stephanspitale auf der Schütt) das Kloster zur Verbesserung seiner von den Hussiten ganz verwüsteten Güter 1498 an Johann aus Hwězliž um 10 Schock Groschen nebst einem jährl. Zinse von 1 Sch. und 10. Gr. ablassen mußte (Meine Geschichte von Brunn S. 96, 122, 262; Wolny, kirchl. Top. III. 90, 121 — 124. In den St. Thomaser Annalen heißt es auch: 1461 in platea Dornach, penes molendinum Monasterii Schmalzhof dictum — iudex in Dornrusl. 1464 Monasterium St. Thomae dat agrum extra plateam Recz in meliorationem sive ius emphiteuticum jure haereditario possidendum honestis viris etc. 1532 ager Laimstættten penes vineas in Zimpl. 1559 platea Tzeila).

An der Zwitterawa von Obrowitz abwärts waren 4 Mühlen: Die Obrowitzer, Stadlaßer, die später dem Stephans-Hospitale gehörige (jetzige städtische Malzmühle) und die St. Thomaser oder Dornicher (Dornach). Die Besitzer der letzteren drei fanden sich 1554 mit dem Kloster Obrowitz über den Zins wegen der von demselben in alter Zeit erbauten Wehr und der Hammhöhe ab (Obrowitzer Annalen, M. S. fol. 167).

Gleichsam als 1. Instanz für die zur Stadt gehörigen Vorstädte bestand in der Mitte des 17. Jahrh. das Vogtamt, zwei der ältesten Räte bei jeder der zwei Abtheilungen der Vorstädte. Die Vogteiverwalter hatten da die Geschwornen zu ersetzen, Witwen und Waisen zu schützen, die Gemeinde- und Waisenrechnung zu pflegen, alle Streitigkeiten daselbst zu schlichten (Koller, in Ludwig's Chronik S. 34).

Wo jetzt die Wachthäuser bei den Stadthoren, das Militär-Badhaus, die Häuser der Fortifikations-Localdirektion und des Artillerie-Postkommando's bei dem Fröhlicher-Thore u. s. w. stehen, waren vor Errichtung und Herstellung der Festungswerke in Brünn nämlich bis 1670 bürgerliche Häuser und Gärten.

Schon vor der Befestigung bestanden auf städtischem Grunde die Vorstädte Bädengasse, Mühlgraben, Leder-gasse (welche damal 2 Reihen Häuser hatte), Bona- (dermal Graben-) Gasse, große und kleine Neugasse, dann Schwabengasse und zwar in noch weiterer Ausdehnung als dermal.

Zur Zeit der schwedischen Belagerung (1645) war die auf mehreren Seiten von Anhöhen beherrschte Stadt bloß durch doppelte Stadtmauern, einen Wallgraben und einige Vorwerke geschützt. Es wird einer alten Bastei gegen St. Anna und einer neuen gegen die königliche Klostermühle, einer runden und einer hölzernen Bastei (beide erstere wohl am Spielberge), des peterberger Schanzel's erwähnt. Fünf Thore, das brünner-, Juden-, mönicher (Menzer-) Holz- oder Renner- und das Fröhlicher-Thor, dann ein Thürlein unweit dem mönicher (an der Stelle ungefähr, wo jetzt das Neuthor steht) führten aus der Stadt. Das Kloster St. Thomas stand wohl außerhalb der Stadtmauern, war aber in der Befestigung mit eingeschlossen. Das Schloß Spielberg oberhalb der Stadt war von Natur und den Werken ziemlich fest, mit einem doppelten Graben und Mauer umgeben.

Der neue Commandant Souches umstaltete mit wunderbarer Schnelligkeit die von Freund und Feind für schwach erachtete Festung binnen 6 Wochen in einen so haltbaren Platz, daß sie einem sieggewohnten mächtigen Feinde widerstehen konnte. Er vertiefte während dieser kurzen Zeit die Gräben, verbesserte ganze Schanzen, besonders bei St. Thomas, versicherte die vielen Ausgänge zu den Bastionen, richtete den bedeckten Weg auf den Spielberg (*strada cooperta*), an welchem das Zusammenwirken der Festung mit der Stadt viel gelegen war, völlig ein, traf alle möglichen Vertheidigungs-Anstalten, ließ die höheren Vorstadtgebäude abbrechen, die schädlichen Gruben ausfüllen, die Hübeln abtragen u. s. w., insbesondere aber die der Vertheidigung hinderlichen Vorstädte mit einigen Klöstern, Kirchen und Gotteshäusern einreißen, im Grunde schleifen und der Erde gleich machen.

Zeuge der Vorstellung des Stadtrathes an den Kaiser waren nach der Belagerung die zwei vom Feinde eingeschossenen Breschen, Mauern und neue Schanzen, Ravellins, der bedeckte Weg auf den Spielberg, Gräben und andere Fortifikationswerke wieder aufzurichten.

Die rühmliche Behauptung Brünns und des Spielberges zum Schutze der Stadt Wien und des ganzen Staates hatte ihren damaligen Werth als Waffenplatz erkennen gelehrt und gab die nächste Veranlassung zu ihrer mehreren Befestigung, da seitdem Brünn und der Spielberg den ersten Platz unter den festen Plätzen Mährens (nebst den ersteren auch Iglau, Grabisch, Helfenstein, Eulenberg, Pernstein, Olmütz, Hochwald und Müräu) einnahmen.

Schon Kaiser Ferdinand III. (+ 1657) begann die Stadt Brünn mehr zu befestigen. Sein Nachfolger Leopold I. setzte die Arbeiten alsbald fort; aus der ersten Zeit seiner Regierung war das (1836 demolirte) erste Juden-Thor, welches die Aufschrift trug: Leopoldus Romanorum imperator semper Aug. MDCLXIII (1663). Es war dies die Zeit, wo die Türken und Tataren ihre schrecklichen Verheerungszüge bis vor Brünn und Olmütz machten und nebst einer großen Beute 14 — 20,000 Menschen aus Mähren in die Sklaverei führten. Ungeachtet der thätigsten Anstrengungen des damaligen mährischen Generalkommandanten Grafen Souches, welcher neben den neuen großen Befestigungswerken (Bastionen) Wallgräben ausheben ließ, war Brünn doch, wie geklagt wurde, sehr schlecht versichert und konnte bei der Weite und dem Umfange der nöthigen Befestigungswerke aus Mangel allgemeiner Mitwirkung des Landes nie zum gehörigen Befestigungsstande gebracht werden. Es waren 1663 die Bastieen und Außenwerke um die halbe Stadt zwar aufgeführt, aber mit den nöthigen Courtinen, besonders bei dem Juden- und dem Fröhlicher-Thore nicht versehen und dem Feinde leicht zugänglich, die Gräben um die Bastieen und großen Außenwerke nur geringen Theils aufgeführt, keine Contrescarpen gemacht, der bedeckte Weg gegen den Spielberg und das Kavellin daselbst meist eingegangen, die Bankets und Gänge auf den Stadtmauern ganz eingerissen.

Es mußten nun zwar die ganze Bürgerschaft, Studenten, Soldaten und eine große Anzahl von der Stadtgemeinde um Geld gedungener Leute täglich an den fehlenden oder mangelhaften Befestigungswerken arbeiten. Die Mittel und Arbeitskräfte reichten aber nicht zu, weil die von der Landeshauptmannschaft ausgeschriebenen Lieferungen an Pallisaden, Holzfaschinen und Baumaterialien von den Landleuten nicht geleistet wurden und die aufgebietenen Menschen sich nicht stellten. Der Stadtrath bat zwar den Kaiser um eine starke Garnison und mittelst allgemeiner Landesconcurrentz um Munition, Proviant und Arbeitskräfte zur Befestigung des Places. Er erneuerte (1664) nach dem Falle von Neuhausel und Besiznahme des größten Theils von Ungarn durch die Türken diese Bitte, so wie um einen Gelbbetrag zur Vollendung der Fortifikationen, insbesondere zur Auführung der Circumvallationen vom Kloster St. Thomas bis an den Petersberg und Aushebung der Gräben. Der Stadtrath erneuerte abermal 1668 das Gesuch um Vollendung der begonnenen Fortifikation, da durch die geschehene Niederreißung der alten Zwingmauern, an deren Stelle die neue Verbauung noch nicht getreten sei, der Zustand an mehreren Orten noch gefährlicher geworden. Eine Folge dieser wiederholten Vorstellungen war die Fortsetzung der schon von Ferdinand III. begonnenen Wiederherstellung der durch die schwedische Belagerung stark beschädigten Festungswerke und deren größere Ausdehnung, indem Kaiser Leopold die Stadt vom Fröhlicher-Thore über das Judenthor hinaus bis zum Calvarien- (Franzens-) Berge mit neuen Schanzwerken einschließen ließ. Das Juden- und das Fröhlicher-Thor wurden dabei erneuert und erhielten eine ordentliche fortifikatorische Einrichtung, das erstere in 4 Abtheilungen oder Thoren.

Das (heuer demolirte) Fröhlicher-Thor bekam die Aufschrift: Leopoldus Rom. Imperator semper Augustus Germ. Hung. Boh. Rex. Archid. Aust. Marchio Moravine MDLXXIX (1679).

Zur Zeit, als die Türken (1683) mit nie gesehener Macht bis vor Wien drangen und des Reiches Hauptstadt in die größte Gefahr brachten, stellten Bränn, Olmütz und Gradiß, als die haltbaren Plätze aus den l. Städten, vor, daß die Fortifikation nicht vollendet, die Gräben nicht ausgeführt, die Brustwehren und Contrescarpen nicht fertig und diese festen Plätze von grobem Geschütz, Munition und Waffen entblößt seien. In Folge dessen forderte der Kaiser die Stände auf, diese haltbaren Städte zu berücksichtigen und wenigstens jenes zu bewilligen, was zur Ausführung der Gräben, dann Verfertigung der Brustwehren und Contrescarpen durch Arbeit des Landvolkes nach und nach verrichtet werden könne (S. meine Schrift: Die Schweden vor Brunn S. 28, 31, 34 — 36, 44, 47, 49, 74 -- 79, 94, 101 — 109, meine Geschichte von Jglau S. 315).

Die nächsten Erfolge dieser Vorkehrungen und die aus den Fortifikationsgeldern des Landes bei Brunn und dem Spielberge vollführten Befestigungsarbeiten wurden schon früher erwähnt (S. S. 104 — 105) ¹⁾.

Im Jahre 1716 wurde das sogenannte Lärm-Schanzel bei dem Judenthore auf Kosten des Landes zu bauen begonnen. Aus Anlaß dessen verlangte der Obristleutnant und kaiserl. Landesingenieur in Mähren Ludwig Franz de Rochot, daß nach den Fortifikations-Regeln und dem vom Hofkriegsrathe genehmigten Hauptrisse der Fortifikation die nächst daran, und zwar auf dem Glacis befindlichen Häuser und Gärten vor dem Judenthore bis auf den fürstlich dietrichstein'schen Garten rasirt und weggeräumt werden. Nach dem Berichte des Magistrates waren darunter bis zum fürstlich dietrichstein'schen Hause in einer Entfernung von 20 — 73 Klaftern vom Lärm-Schanzel gegen die Kröna 7 Privathäuser, das Mauthaus der Stadt, 2 Privat-Stadeln und 4 Privat-Gärten gemeint. Auf die Vorstellung des Magistrates und des l. Gouverno's stiftete Kaiser Carl VI. diese Einrißung bis auf weitere Weisung,

¹⁾ Auf dem Grunde des zerstörten St. Thomaser-Klosters wurde das propugnaculum magnum beim Fröhlicher-Thore gebaut (Thomaser Annalen M. S.).

Der Adler auf dem Wartthürmchen an der Bastion unter dem Franzensberge, welches bei Planirung derselben und Herstellung neuer Brustwehren (1836) demolirt wurde (wie jene auf den Bastionen bei dem Juden-, Neu- und Fröhlicher-Thore) trug die Jahreszahl 1688.

Die Eckpflanze der demolirten Bastion bei der Jesuitengasse hatte ein kleines Wartthürmchen, wie wir sie noch hie und da auf den Schanzwerken erblicken. Daran war das kaiserliche Wappen eingemauert, welches, aus schönem perustineer Marmor gehauen, eine vortreffliche Steinmetzarbeit ist. Die Aufschrift Ferdinand III. 1650 zeigt das Gründungsjahr. Die hier gefundenen Antiquitäten kamen in das Franzensmuseum, wohin auch jene vom Juden- und brünner Thore abgegeben werden sollen (Brünnener Zeitung 1860 Nr. 9).

da der Bau des Schanzels ohnehin wohl 2 Jahre erfordern werde, also keine Gefahr am Verzuge sei (Ref. 23. Juni 1716). Der Hofkriegsrath ließ aber durch den Feldmarschalllieutenant und Commandanten auf dem Spielberge ob Brunn Grafen von Blüchel dem Landesingenieur diese Unternehmung, von welcher auch dem Hofkriegsrathe nichts bewußt war, sogleich einstellen und auftragen, die Anzeige zu erstatten, wenn diese Häuser der Fortifikation schädlich sein sollten, damit sich mit dem Gubernio in das Einvernehmen gesetzt und sodann die weitere Resolution gefaßt werde (Ref. 7. Juli 1716). Nach dem Uebereinkommen zwischen dem Hofkriegsrathe und der böhm. Hofkanzlei sollte vom Commandanten auf dem Spielberge selbst der Augenschein genommen, über die Gärten und Häuser, welche weg zu kommen haben, ein Plan verfaßt, mit dem Gubernium und Magistrate das Einvernehmen gepflogen und sich sodann von den zwei genannten Hofstellen verstanden werden (Ref. 30. Juli 1716).

Es ist mir der weitere Verlauf dieser Sache nicht bekannt; es unterliegt aber keinem Zweifel, daß der Fortifikationsbau und beziehungsweise die Reparaturen ihren Fortgang hatten, wozu die Mittel aus dem Fortifikations-Fonde d. i. jenen 10,000 fl. flossen, welche jährlich vom Landtage auf die haltbaren Plätze (Brunn und Spielberg, Olmütz und Gradiß) bewilligt wurden (S. S. 104 — 105).

Bei dieser geringen Dotation konnten die Baulichkeiten nur wenig vorwärts schreiten; auch scheint für ihre Festigkeit nicht zu sprechen, daß die Cour-tine-Mauer zwischen den zwei Bastionen oberhalb dem münzger Thore gegenüber der Ledergasse so schadhast war, daß sie den Einsturz drohte und 1723 theilweise neu aufgebaut werden mußte (Ref. 15. Sept., 5. und 15. Okt. 1722).

Von den mannigfachen Streitigkeiten zwischen dem Militär und der Stadt-gemeinde, insbesondere denjenigen, welche auf die fortifikatorischen Verhältnisse Beziehung haben, und dem a. h. Regulative vom 25. Juni 1731, welches die beiderseitigen Gränzlinien bezeichnete, war schon früher die Rede (S. S. 100, 175).

Dieses letztere bestimmte, daß bloß der zwischen den Stadtmauern und den Außenwerken befindliche Platz für das Fortifikatorium vorbehalten werden soll. Die alte Stadtbefestigung bestand nämlich vor 1742 und noch früher aus drei Stadtmauern; zwischen der innersten (Stadt-) und der mittleren (Rings- oder Zwingmauer) ging ein Zwinger und zwischen der Rings- und der äußersten niedrigsten Mauer der Stadtgraben um die Stadt. Da die Stadtgemeinde alles Terrain bis zur äußersten Mauer als freies städtisches behandeln wollte, das Militär aber die Terrains zwischen diesen Mauern ansprach, gab es fortwäh-renden Streit auch in den späteren Jahren.

Der preußische Einfall in das offene Land (1741)¹⁾ gab einen Finger-zeig für die Nothwendigkeit der Befestigung mehrerer Punkte.

¹⁾ Der preuß. Einfall in Mähren und die Belade Brunn's von Rindl, Brunn 1743, und nach demselben in Hormayr's Archiv 1816 Nr. 91, 94, in meiner Geschichte Brünns S. 224 — 230

Auch Brünn und der Spielberg wurden in ihren Festungswerken verstärkt.

Die alten Schanzgräben der Stadt wurden zum Theile beibehalten, zum Theile verschüttet und neu errichtet.

Im Jahre 1742 wurden in den zunächst gelegenen Vorstadtgassen viele Häuser und Gebäude rasirt, im Grunde abgerissen und hiedurch eine Menge der Eigenthümer arm und Bettler, deren einige ihr ganzes Vermögen darin hatten und keine Unterkunft fanden ¹⁾).

Bei der Niederreißung der vorstädtischen Häuser erhielten die Eigenthümer nur eine geringe Entschädigung, die Stadt aber für die zu den Befestigungen verwendeten Gründe keine.

Die neuen Befestigungsarbeiten waren sehr bedeutend und dringender Natur. Da der alte Stadtgraben an den meisten Orten verschüttet, die Stadtmauern niedergedrückt und andere Veränderungen vorgenommen wurden, mußten die Stadtbewohner an den neuen Werken am Spielberge und um die Stadt Schanzarbeit leisten, Materialien liefern und Prästationen aller Art sich unterziehen, so, daß alle diese Leistungen nur in dem kurzen Zeitraume bis in die 2. Hälfte 1742 einen Werth von 200,000 fl. erreichten (Consignation, welche nach dem a. h. Rescripte vom 27. Juli 1742 an die mähr. Stände abgegeben wurde), aber der Stadt und Bürgerschaft eben so wenig vergütet wurden, als das Fortifikatorium je einen Grund von der Stadtgemeinde einlöste. Eine Menge Häuser, nämlich die ganzen rund um das Glacis von der Kröna an bis zur großen Neugasse bestandenen Gassen, dann die Bäckergasse, die Hackelgasse, welche zum Hackelthore führte, mußten zu fortif. Zwecke rasirt werden; die Eigenthümer wurden bloß für das Material entschädigt. Der Grund und Boden, worauf sie standen, und alle andern benützten Plätze wurden aber nicht eingelöst.

Im Jänner 1745 besichtigte der Mitregent Großherzog Franz die neuesten Festungswerke.

und von Schenkel im mähr. Wanderer 1845 S. 154 — 162. Der letzteren Abhandlung ist, nach dem großen Bilde Brünn's aus der Zeit der preuss. Belagerung (1742), welches sich in dem altbrünner Augustiner-Kloster befindet, eine Copie in verkleinertem Maßstabe beigegeben, welches die Vorstädte, Mauern, Thürme u. a. zeigt.

¹⁾ Insbesondere wurden zur Zeit, als um die Stadt herum neue Fortifikationswerke angelegt wurden, auf der zur Herrschaft Posotitz gehörigen Gemeinde Neustift Häuser und Gärten ob rationem publicam rasirt, wofür die Eigenthümer nichts erhielten. Dort wurden Fortifikationswerke gegen die sogenannte Lampel-Bastion errichtet und daselbst nächst der Pottaschkütte, statt des Weges, welcher sonst nächst dem Lampel-Wirthshause um die Stadt ging, ein neuer öffentlicher Weg hergestellt, ohne daß der Privatbesitzer (Barbara Ebenberger) für seinen Garten und Acker eine Vergütung erhalten hätte (Kreisamts-Bericht de praes 3. Juni 1745).

Bisher hatte das Land die Auslagen für den Bau und die Erhaltung der Festungen bestritten, daher auch die Aufsicht über dieselben von Seite der politischen Behörden (des Tribunals und der Kreishauptleute) geführt wurde.

Noch im Jahre 1747 wurden von den mähr. Ständen 10,000 fl. auf Fortifikationsbauten bewilligt und dieselben nach a. h. Anordnung zu Bauten am Spielberge und in Olmütz bestimmt.

Im Jahre 1748 übernahm aber das a. h. Aerar das Fortifikationswesen, weshalb auch von Seite der Militärbehörden eine größere als die bisherige Einflußnahme eintrat.

1752 brachte der kais. Ingenieur-Obrist von Rochepine zur Kenntniß des k. k. General-Militärcommando's, er habe bei Visitation der Vorstädte gefunden, daß größtentheils ohne des letzteren Erlaubniß viele Häuser bereits aufgebaut worden seien, viele in der Errichtung begriffen wären an jenen Orten, wo zur Zeit der feindlichen Blokade im Jahre 1742 dieselben aus fortifikatorischen Rücksichten niedergeissen werden mußten, und den hiedurch Beschädigten aus a. h. Clemenz einige Vergütung zu Theil geworden.

Da die neue Erbauung der Häuser auch an den der Fortifikation nachtheiligen Orten fast allgemein zu werden beginne, ersuchte das General-Militär-Commando die k. Repräsentation und Kammer (nachher das Gubernium genannt) um die Einstellung dieser Bauten, damit von Fall zu Fall entschieden werde, ob der Bau zulässig, wie und mit welchen Materialien derselbe auszuführen sei und um vom Erbauer den gewöhnlichen Revers wegen Niederreißung des Gebäudes und Wegräumung der Materialien auf eigene Kosten, so oft es erforderlich sei und befohlen werde, abfordern zu können.

Die Repräsentation unterzog die Sache der Entscheidung der Kaiserin insbesondere in der Richtung, welches Verfahren bei Wiedererrichtung dieser Häuser einzuhalten und welchen Einfluß die politische Landesbehörde darauf zu nehmen habe.

Die Kaiserin bemerkte, sie wolle nicht hoffen, daß auf dem Glacis der k. Stadt Brünn zeitlich einige Häuser wieder erbaut werden seien; sollte es aber geschehen sein, so wären diese Häuser wieder zu rasiren und in Zukunft niemals zu gestatten, einen Bau darauf zu führen. Diejenigen, welche außer dem Glacis oder an solchen Orten, wo vor dem aus fortifikatorischen Rücksichten die Häuser niedergeissen worden, ein Gebäude aufzuführen meinen, sollen vorläufig die Erlaubniß bei der Repräsentation ansuchen, zugleich aber einen Revers beibringen, dieses Gebäude auf jedesmaliges Erforderniß und eigene Kosten bis auf den Grund wieder nieder zu reißen. Vor der Ertheilung der Bewilligung habe sich die Repräsentation mit dem Militärcommando in das Einvernehmen zu setzen, ob und wie sie ohne Nachtheil des Fortifikatoriums gegeben werden könne (Reiscript vom 19. August 1752).

Vom brünner Kreiskamte wurde die Nachweisung verlangt, wie viele solcher Häuser außerhalb dem Glacis und an Orten, wo früher wegen der

fortifikatorischen Rücksichten Häuser niedergerissen worden, wieder neu aufgebaut, dann ob die Reverse abgegeben worden.

Aus den vom brünner Kreisamte im Dezember 1752 vorgelegten 23 Demolirungs-Reserven geht hervor, daß seit 1748 nach und nach auf den Gründen der im preussischen Trouble 1742 gegen geringe Entschädigung rasirten Häuser neue Häuser und Schoppen mit und ohne Bewilligung, jedoch gegen den Revers, sie im Falle des Erfordernisses ohne Entschädigung wieder niederreißen zu wollen, meistens aus schlechtem Materiale, größtentheils nicht mehr in der früheren Höhe, sondern nur zu ebener Erde erbaut wurden: auf dem Mühlgraben vor dem Judenthore 7, auf der Kröna 5, auf der Bäckengasse 6, und auf der Zeil (Herrschaft St. Peter) 5 Häuser¹⁾.

Da nach den Fortifikationsregeln eine Festung ringsherum 300 Klafter frei sein und das Glacis allein 50 Klafter betragen soll, auch Brunn vielleicht in kurzen Jahren besser fortificirt werden dürfte, verlangte der Ingenieur-Obriste de Rochepine und das Militärcommando die angemessene Fernhaltung und Erschwerung aller Neubauten, nachdem diese von Jahr zu Jahr immer weiter und näher an das Fortifikatorium greifen und in einigen Jahren wieder solche, und vielleicht noch größere Vorstädte als vorhin gewesen, entstehen möchten. Der Wiederaufbau der Häuser gegen das Glacis (Kröna) wollte nicht gestattet werden, weil in der Vorzeit die Beseitigung der noch erheblichen Vorstädte Jammer, Elend und Fluch hervorgerufen habe.

Die politische Landesstelle fand in dem Begehren der Militärbehörde den Versuch, Niemanden mehr die Restaurirung eines Hauses um die Stadt und nahe am Glacis zu gestatten, und sah in der Wiedererbauung der Häuser aus leichtem Zeuge mit der Verpflichtung der Rasirung bei Feindesgefahr um so weniger ein Bedenken, als nun die mitten im Lande gelegene Stadt Brunn durch die so ansehnliche Frontier-Festung Olmütz bedeckt sei.

Die Landesstelle bewortete daher bei der Kaiserin die unbeschränkte Erlaubniß für jeden Inhaber eines Grundes außerhalb des Glacis, sein rasirtes Haus gegen Revers wieder errichten zu dürfen.

Für die Erweiterung der Vorstädte und Restaurirung der niedergerissenen, dem Glacis etwas nahe gelegenen vielen Häuser sprachen auch Consumtions- und Commerc-Rücksichten, weil hiedurch verschiedenen Handelsleuten und anderen Inwohnern Platz gemacht würde, sich hier häuslich niederzulassen. Uebrigens bestätigte die Landesstelle, daß sich auf dem Glacis keine Häuser befinden.

Vermittelnd zwischen den beiden Ansichten erklärte die Kaiserin, es sei dem Publikum daran gelegen, daß die Städte volkreich seien und denjenigen,

¹⁾ Auf der großen Neugasse wurde nichts rasirt. Nach dem Demolirungs-Reverse vom 27. August 1752 hatte das Kloster St. Anna auf der Kreuzgasse am Kirchhofe nächst der Kapelle St. Johann eine Kinderschule zum Unterrichte der Jugend erbaut (wann?, war nicht demolirt worden).

welche in der Stadt selbst, wie zu Brunn, die nöthige Wohnung nicht finden, das Unterkommen außer der Stadt nicht beschwerfam gemacht werde.

Anderseits gestattete es die fortifikatorische Rücksicht nicht, auf dem Glacis vom Neuen einige Häuser zu erbauen. Es habe daher bei der Resolution vom 19. August 1752 sein Verbleiben und sei nur, um künftigen Einsprüchen des Militärs zu begegnen, die Entfernung des Glacis zur Wiederaufbauung solcher Häuser als General-Regel gemeinschaftlich festzusetzen (Res. 9. Dez. 1752).

Die Demolirungsreversen zeigen nicht die volle Zahl der rasirten Gebäude; denn außer jenen, welche nach den Reversen ihre Häuser bereits wieder aufgebaut hatten, baten am 9. Dezember 1752 7 Nachbarn der Bädergasse um die Bewilligung, ihre auf den Grund rasirten Häuser aus leichtem Zeug wieder aufbauen zu dürfen. Es wurde ihnen aber nicht gestattet. Die Landesstelle erachtete zwar für das Glacis einen Raum von 25 oder 30 Klaftern ausreichend, das k. k. Prodirektorium des Genie- und Fortifikationswesens, wie der Hofkriegsrath, fanden aber nach dem Beispiele von Wien und all' andern festen Plätze zur Formirung des brünner Glacis eine Distanz von 180 bis 200 Klaftern nöthig, welche leer gelassen und dem Militär eingeräumt werden sollen (Weisung des k. k. Hofkriegsrathes vom 18. Jänner 1753) und die Kaiserin hieß diese Forderung für die Zukunft gut (Resk. 3. Februar 1753).

Diese Bestimmung kam jedoch nicht immer zur Ausführung, wie sich aus den Beschwerden des General-Commando's (1767, 1776 u. w.) wegen Errichtung der Maut- und Consumo-Einnehmer-Häuser und von Privathäusern in der fortifikatorischen Linie oder auf fortifikatorischem Grunde, insbesondere zwischen den Festungswerken und den Ringmauern der Stadt, ergibt ¹⁾.

Die Kaiserin beließ übrigens die Stadt Brunn im ruhigen Genuße des Zinses von den vor den Stadthoren bestandenen Debstler- und andern Hütten, gab auch nicht zu, daß von den Seilern, welche auf den brünner und olmüzer Werken arbeiteten, und von den daselbst (namentlich auf der Lärm-Bastei beim Königer-Thore) bisher ohne Abgabe errichteten Luchrahmen ein Zins von Seite des Fortifikatoriums abgefordert werde. Diesem gestattete sie jedoch, die Nutznießung von den Wachtstuben, welche die Besatzung nicht occupirt hatte, und von andern Gebäuden, welche aus dem Fortifikationsfonde unterhalten wurden, so wie von den zu schneidenden Bäumen, welche um die Talus der Lunetten und Vorgraben, dann an den Wassergestätten in der Festung gesetzt waren, einzuziehen und zum Besten der Fortifikation zu verwenden (Resk. 22. Sept. 1753).

¹⁾ Im J. 1767 wurde zu Ende der großen Neugasse nächst dem Wirthshause zum weißen Rößel ein Mauthhäusel gebaut. Von den Pallisaden vor dem Fröhlicher Thore bis zu dem Schranken war eine Distanz von 27, von da bis zum neuen Mauthhäusel von 160 Klaftern.

Im Jahre 1778 wurde der vormals linz'sche Garten am Teiche unweit des Fröhlicher-Thors vom Oberstlandrichter Grafen Mittrowsky erweitert.

... Auf Vorstellung des Hofkriegsrathes beschloß aber die Kaiserin, daß (nachdem nun Brunn, wie der Hofkriegsrath bemerkte, für eine förmliche Festung anzusehen) die Vorkäufer-Hütten und Stände in den places d'armes außer den brünner Stadthoren wegen mehrerer Bedenkllichkeiten gar nicht mehr geduldet, weder die Seiler-Arbeit und Tuchrahmen auf den brünner und olmüger Werken ferner gestattet, noch die von der Garnison nicht occupirten Wachtstuben weiter in Bestand verlassen, sondern nur zum Gebrauche der Miliz gewidmet und aufbehalten werden sollen (Resk. 2. Febr. 1754).

In Folge dessen wurden auch die Bäcker, Debstler, Sudel-Röchinnen und Wandelkrämerinnen bei dem Brünner-, Juden- und Fröhlicher-Thore in Brunn vom Militär abgeschafft.

Auf die Vorstellungen der k. k. städt. Oekonomie-Commission und der Repräsentation dagegen wurde nicht eingegangen, sondern die letztere angewiesen, den Leuten, welche hiedurch betroffen wurden, das erforderliche Unterkommen anderwärts zu verschaffen (Resk. 25. Mai 1754), in Folge dessen sie auch in Brunn auf das städtische Territorium gezogen wurden. Gleichwohl gab es schon im Jahre 1764 wieder vor den Stadthoren und auf den places d'armes Vorkäufer-Hütten und Kramstände, deren Beseitigung die Polizeikommission zwar ansuchte, welche aber auch später noch und wieder zum Vorscheine kamen, nachdem sie einen Zins einbrachten und auch der Magistrat auf städtischem Grunde solche Hütten und Stände hielt.

Die früher erwähnten Streitigkeiten in Beziehung auf die behauptete fortifikatorische Eigenschaft gewisser Terrains setzten sich auch in neuerer Zeit fort. Die mit Intervention des Kreisamtes und Guberniums 1775, 1781 und 1786 gepflogenen Verhandlungen, insbesondere die kreisämtlichen Commissionsverhandlungen vom 20. Juni 1775 und 30. Juni 1786 blieben um so mehr ohne Erfolg, als die Größe des Glacisraumes nicht fest bestimmt, sondern nur auf eine Entfernung von 30, später aber von 180, ja 200 Klaftern nach dem Beispiele von Olmütz das Ziel war, jedoch keine dieser Strecken ordentlich zur Ausführung gedieh, vielmehr man sich zum Theile an 80 — 90 Klafter oder noch weniger hielt.

Als die Franzosen 1805 und 1809 die Stadt und den Spielberg in Besitz nahmen, die Befestigungswerke des letzteren zerstörten, die städtischen Fortifikationen aber als unschädlich unverseht ließen und hiebei die Haltlosigkeit beider als Festungen an den Tag traten, bat die Stadt im Jahre 1812 den Kaiser um die Zurückstellung des Spielberges. Dies und der Umstand, daß auch die Landesstelle um dessen Ueberlassung an das Civile zum Zwecke eines Strafortes ansuchte, bestimmte die Stadt, ihre Eigenthumsansprüche auf Alles, was man mit der Benennung „fortifikatorischer Grund“ belegte, auseinander zu setzen und zu begründen (29. Mai 1813 und 18. Juli 1815 bei einer Gubernial-Commission).

Die Stadtgemeinde erhob (1813) selbst Eigenthumsansprüche auf Alles, was man mit der Benennung fortif. Grund belegte.

Nach der a. h. Entschließung vom 15. Februar 1821 sollte mit der Stadtgemeinde wegen der Bedingungen hinsichtlich der Ueberlassung des Grundeigenthums des Spielberges und der übrigen die Stadt umgebenden Festungswerke unterhandelt werden. Erstere wollte dem Militär und dem Publikum alle nöthige Terrains abtreten, sprach aber alle übrigen fortifikatorischen Gründe zur freien Disposition an.

Daß die älteren Verhandlungen auf keine Spur leiten, woraus eine Einlösung der fortifikatorischen Gründe von Seite des Militärärars hervorginge, wurde bei einer spätern Commissionsverhandlung des Guberniums (1825) anerkannt. Die Anwesenheit des Kaisers zu Brünn in den Jahren 1833 und 1834, zwischen welche der große Brand auf der Neuthor-Bastion fiel, brachte die Sache wenigstens in ein dem Publikum günstiges Stadium.

Die a. h. Entschließung vom 30. September 1834 bestimmte nämlich, daß Brünn mit dem Spielberge in dem damaligen Zustande als ein geschlossener Platz zu verbleiben, das Fortifikatorium die Bastionen und Courtinen auszubessern und zu erhalten hat, die Holzschopfen auf den Bastionen jedoch abzuschaffen, die Glacien als ein zum Vergnügen des Publikums zu benützende Promenade immer frei zu erhalten sind, endlich die Anträge zur Uebergabe des Spielberges und der fortifikatorischen Gründe an die Stadt auf sich zu beruhen haben.

Auch Kaiser Ferdinand hielt an dieser Norm fest.

Das Fortifikatorium soll aber auf keinen Fall ein ausgedehnteres Terrain in Anspruch nehmen, als es schon besitzt, vielmehr alle jene Beschränkungen eintreten lassen, die mit dem Begriffe eines geschlossenen Platzes überhaupt und insbesondere mit dem heutigen militärischen Werthe der Stadt Brünn nur immer vereinbarlich sind (a. h. Entsch. 17. Okt. 1840).

Mannigfaltige Veränderungen fanden in Folge dieser Ereignisse und Anordnungen mit den fortifikatorischen Gründen Statt.

Das Civilärar nahm die Spielbergskrone als Strafort in Benützung, das Fortifikatorium verbaute mehrere Plätze der Spielberg- Esplanade, die Verschönerungs-Unternehmung breitete ihre Arbeiten über das ganze Glacis, die Wallgänge und die Bastionen Nr. 4, 5 und 7 aus, die mähr. Stände umstalteten die Bastei 8 in den Franzensberg, auf der Bastei 2 entstand der Disasterialhausgarten. Nur die Bastionen 1 und 3 und ein Theil des Wallganges zwischen den Bastionen 1 und 2 blieben als Privatgärten in der Benützung des Militärs. Endlich erwarb die Eisenbahn-Unternehmung zum Baue des Bahnhofes das Glacis und den äußern Graben zwischen dem Franzensberge und Ferdinandschore.

Außerdem wurde der Festungsgraben, wo das politische Erforderniß eintrat, ausgeschüttet, die bedeckten Wege und die äußere Böschung des Glacis

kassirt. Nach vielfältigen Verhandlungen wurde auch eine mit der a. h. Entschlieſung vom 29. November 1845 genehmigte Einigung zwischen dem Militär und der Stadtgemeinde geschlossen.

Es lag nicht im Sinne der Bestimmung von 1840, sich mit der Stadtgemeinde in einen Vergleich über das zur Einschließung der Stadt und des Spielberges erforderliche fortif. Terrain einzulassen, daher auch der projektirte Vergleich nicht genehmigt wurde. Wohl gestattete aber der Kaiser nicht nur die engere Begränzung des fortifikatorischen Rayons nach der vom Militär und der Stadt ermittelten Linie, mit Ueberlassung der Zinse von den an sie übergegangenen fortif. Objekten und die Zurückstellung der vorhandenen Demolirungs-Reserve an die Parteien, sondern ließ auch der Stadt zur Beruhigung die Zusicherung ertheilen, daß auch die übrigen fortifikatorischen Rechte, sobald Brunn ein geschlossener Platz zu sein aufhört, an die Stadt Brunn übergehen sollen (a. h. Entschl. 29. Nov. 1845).

In Folge dieser a. h. Entschlieſung wurde der neue fortif. Rayon mit Steinen von Nr. 1 — 178 begränzt und ein Theil der fortif. Zinse an die Stadtgemeinde überlassen, welche dieselben vom 29. November 1845 bis 1851 bezog, worauf die Interessen an deren Stelle traten, welche von dem im Wege der Grundentlastung ermittelten Ablösungskapitale entfallen. Auch die dem Fortifikatorium verbliebenen Zinse wurden (1852) auf dieselbe Weise abgelöst.

Dem Ziele, sämmtliche fortif. Gründe, welche durch die Erbauung der beiden Eisenbahnhöfe von der Franzensberg-Bastion bis zum Neuthore sehr bedeutend geschmälert wurden, der Stadt zuzuwenden, wurde sich mit dem Projekte bedeutend genähert, welches unter dem Namen der Brünner-Thor-Regulirung bekannt ist.

Um nämlich die enge und gefährliche Passage bei diesem Thore zu beseitigen, den Mangel an Bauplätzen für öffentliche Gebäude und Räume zu beheben, auch einen Theil der Stadt zu verschönern, welcher am meisten zu wünschen übrig ließ, sollte die erwähnte Passage durch Demolirung des äußern und inneren Thores sammt Umgebungen verbreitet, eine 10 Klafter breite Gasse vom Franzensberge über den Getreidemarkt unterm Spielberge und das Hadelthor hinaus angelegt, ein geräumiger Platz vor dem k. k. Disasterialhause hergestellt und Bauplätze für öffentliche und Privatgebäude, aus dem Verkaufe der letzteren aber die bedeutenden Auslagen für Einlösungen, Ersatzbauten u. a. gewonnen werden. Kaiser Ferdinand genehmigte dieses Projekt, unter Auflassung aller einfallenden fortifikatorischen Werke und Rayons, und sprach den Wunsch aus, es möchte in seiner ganzen Ausdehnung ausgeführt werden (a. h. Entschlieſung 5. August 1847).

Man schritt auch dazu. In den Bedrängnissen des Jahres 1848 legte man, um die vielen brodlosen Arbeiter zu beschäftigen, die Strasse vom Brünner zum Hadelthore tiefer und im Jahre 1859 grub man, zur mehreren Ausgleichung des Gefalles zwischen beiden und Gewinnung eines Raumes für die neu

zu erbauende Schule der evangelischen Gemeinde, den Bergabhang zum Spielberge bedeutend ab, baute eine neue Straße und legte das angränzende Terrain gegen das evangelische Bethaus tiefer. In Folge beider Regulirungen kam der Ausgang zum Spielberge durch das ehemalige Thor in der Nähe des brünner Stadthores um etwa $1\frac{1}{2}$ bis 2 Klafter tiefer.

Der in der a. h. Entschließung vom 29. Nov. 1845 vorgedachte Zeitpunkt trat ein, als Seine jetzt regierende k. k. Majestät die gänzliche Aufhebung der noch bestandenen fortifikatorischen Rücksichten bei der Stadt Brunn als militärisch-geschlossenem Orte, mit Ausschluß der Citabelle Spielberg, genehmigten und die gänzliche Uebertragung der fortifikatorischen Rechte an die Stadt Brunn, so wie eine Revision in Betreff des beizubehaltenden militärischen Rayons der Citabelle Spielberg, anordneten (a. h. Entschl. 25. Dez. 1852). Das Ministerium erklärte, es sei nun der Zeitpunkt eingetreten, wo die Uebertragung der fortifikatorischen Rechte an die Stadt Brunn Statt zu finden hat, und bestimmte zugleich die Freilassung eines angemessenen Raumes zwischen der Stadt und den Vorstädten aus öffentlichen Sanitäts- und Polizeirücksichten (Mödt. 12. Jänner 1853 Z. 684).

Nach dieser a. h. Entscheidung handelte es sich darum, die Citabelle Spielberg, mit Entfernung der Strafanstalt für mehr als 6 — 700 Verbrecher, ihrer Bestimmung zuzuführen und als solche einzurichten, den Rayon für die Esplanade derselben in jener ausgedehnten und entsprechenden Weise festzusetzen, welche die bestehenden Terrain- und Bauverhältnisse gestatten, die Bedingungen und Modalitäten festzustellen, unter welchen die alte Festungsmauer und sonstigen fortifikatorischen Aedifikate (Wälle, Brustwehren, Escarpemauern, Rasematten und Thorhalter) und Gründe, mit Vorbehalt der dem Militär gehörigen oder von demselben benützten Gebäude und Etablissements, an die Stadtgemeinde zu übergeben sind, endlich ob die Stadtumfassung ganz oder theilweise zu demoliren oder zu verändern ist, ob und welche Regulirungen vorgenommen, ob und wie die innere Stadt erweitert werden soll u. s. w.

Bei den hierüber 1853 und 1854 gepflogenen Verhandlungen machte sowohl die vereinte Stadtgemeinde als auch der Bezirksausschuß der inneren Stadt Brunn Ansprüche auf die Uebergabe der fortifikatorischen Rechte.

Seine Majestät genehmigten mit der a. h. Entschließung vom 29. Mai 1855 das Ergebniß der vorgenommenen Revision bezüglich des beizubehaltenden militärischen Rayons der Citabelle Spielberg nach einem gleichzeitig mitgetheilten Plane, welcher die Wünsche des Civils in thunlichster Weise der Art berücksichtigte, daß der Bau des Gebäudes der technischen Lehranstalt vor dem Hadelthore und der Erweiterungsbau der protestant. Kirche und Schule gestattet wurde.

Nachdem der Rayon der Citabelle Spielberg 1856 mit Gränzsteinen ersichtlich gemacht und genau beschrieben worden war, machte die Statthalterei am 31. Jänner 1859 Z. 711 (Brünner Zeitung 1859 Nr. 38) kund, daß das Terrain, welches innerhalb dieses neuen Rayons unter dem fortifikatorischen

Bauverbote sich befindet, von allen Baulichkeiten freigehalten werden muß, welche die Wirkung der Geschütze beeinträchtigen und die Vertheidigungsfähigkeit der Citadelle schwächen könnten, daher innerhalb des Rayons unter keinem Vorwande Neu-, Erweiterungs- oder Zubauten, neue Anlagen, Straßenzüge, Aufdämmungen, Abgrabungen oder wie immer Namen habende Veränderungen des Bestehenden ohne höhere Genehmigung vorgenommen werden dürfen (Die mit der a. h. Entschl. vom 21. Mai 1856 genehmigten Direktiven über den Rayon befestigter Plätze S. im Reichsgesetzblatt 1860 2. St.).

Zur Uebernahme der fortifikatorischen Rechte autorisirte die k. k. Statthalterei unterm 26. Februar 1856 Z. 5 den Bezirksausschuß der innern Stadt Brünn, da nach dem Geiste und Wortlaute der beiden a. h. Entschliefungen vom 29. November 1845 und 25. Dezember 1852 wohl nur die innere Stadt als geschlossener Ort betrachtet werden könne, diese bereits im Jahre 1845 einen Theil der fortifikatorischen Gründe und Zinsungen übernommen habe, auch über die vom fortifikatorischen Nexus frei werdenden Gründe bis gegenwärtig faktisch und ungestört Besitzrechte ausübe, und die zu übergebenden Rechte und Realitäten innerhalb der Katastralgränzen des inneren Stadtbezirkes situiert sind, endlich die erst im Jahre 1850 erfolgte politische Neugestaltung der Stadtgemeinde, durch welche überdies der innere Stadtbezirk in seinem Katastralumfange ganz unbeirrt geblieben, auf durch frühere a. h. Entschliefung schon erworbene und überdies durch die S. 4 und 5 der Gemeindeordnung vom Jahre 1850 geschützte Rechte keinen hemmenden Einfluß üben könne.

Der Gemeindevausschuß der Stadt Brünn führte zwar gegen diese Entscheidung Beschwerde, das Ministerium des Innern gab aber mit dem Erlasse vom 16. August 1856 Z. 13260 derselben keine Folge, und es übergingen sonach auch die fortifikatorischen Rechte an den inneren Bezirk der Stadt Brünn.

Die nächste Folge davon war, daß auf die kräftige Einwirkung Seiner kais. Hoheit des Erzherzogs Karl, Commandanten des 9. Armeekorps, im Winter 1859/60 mit der Demolirung der alten städtischen Festungswerke begonnen wurde. Zuerst fiel die Bastion bei der Jesuitengasse, auf welcher sich der Garten des jeweiligen commandirenden Generals befand, um eine Straßenverbindung aus der genannten Gasse über das Glacis mit der Vorstadt Josephstadt zu erzielen, nachdem ein früheres Projekt im Jahre 1846 nur an der Einsprache des Communausschusses und Magistrates gescheitert war. Zu gleicher Zeit begann man die Eröffnung einer Straße neben dem Fröhlicher-Thore und sofort die Demolirung dieses selbst. Die Kosten dieser beiden 1859/60 ausgeführten Herstellungen von 10000 fl. trug die innere Stadt.

Das ungemein Beengende der alten Festungswerke hatte sich schon früher fühlbar gemacht; das Bedürfnis einer freieren Bewegung mußte sich um so dringender darstellen, als sich die Bevölkerung verdoppelte und verdreifachte und der Verkehr sich auf eine früher nie geahnte Höhe erhob.

Man half sich durch die Eröffnung neuer oder Erweiterung der alten Communicationen, bis man dazu kam, die Entbehrlichkeit dieser gelten zu lassen, der bisherigen Fesseln sich zu entledigen, in Herzenslust frei aufzuathmen.

Bis in die Tage Joseph II. führten nur 3 Thore aus der Stadt, das Juden-, Brünner und Fröhlicher. Das Mönicher, das Holz- oder auch Salzthor genannt am Kloster St. Thomas gegen die Renner-Gasse und das (schon 1744 bestandene) neue Communications-Thor auf dem Wege vom Brünner Thore unter dem Spielberge gegen die Fröhlicher Gasse sperrten oder vermittelten die Verbindung nur im Innern der Stadt, waren Ueberreste der früheren Stadtbefestigung, schlossen und eröffneten die innere Ringmauer.

Während seiner Anwesenheit in Brünn befahl Kaiser Joseph II. in Erwägung der Nothwendigkeit eines vierten Stadthores in Brünn mit dem folgenden Handbillette vom 7. September 1786 die Eröffnung des neuen Thores gegen die Zeil.

„Das angetragene neue Stadthor ist zu eröffnen, dergestalt jedoch, daß der Zugang zu solchem (wegen der Festungswerke und Stadtgräben) nicht mit einem Damm, sondern mit einer Brücke hergestellt werde, damit man solches sperren, und eine Aufzugsbrücke anbringen könne, wozu die Unkosten ex Camerali zu bestreiten sind.“

Das Thor und die Brücke über den Festungsgraben wurden auch auf Staatskosten in den Jahren 1786 und 1787 mit einem Bauaufwande von 18,948 fl. 22 $\frac{2}{3}$ fr. hergestellt. Man bezeichnete sie als eine der größten Wohlthaten des Monarchen für die Bewohner Brünns (Brünner Zeitung 1787 Nr. 3)

Der Kaiser bewilligte (Hofd. vom 7. April 1787 Zahl 474), daß das Portal dieses Thores mit a. h. Seinem Namen geziert werde. Es erhielt demgemäß die Aufschrift: Josephus II. Rom. Imp. s. Augustus M D C C L X X V II.

Die Unterhaltung des Thores und der Brücke wurde durch a. h. Entschliessung (Hofdt. vom 7. Jänner 1789) der Stadt gegen einen jährlichen ex camerali zu verabreichenden Betrag von 190 fl. aufgetragen, woraus ein Fond gebildet werden sollte. Derselbe betrug mit Schluß des Rechnungsjahres 1826 4809 fl. 55 $\frac{3}{4}$ fr. W. W. Wegen der großen Baufälligkeith der Brücke wurde statt derselben ein Damm, wie bei dem Juden- und Fröhlicher-Thore, in Antrag gemacht, dessen Herstellung 1823 angefangen und unter Belassung der alten Brücke, nach und nach durch Zufuhr von Bauschutt, Erde u. a. vollführt wurde, wornach es zur Herstellung einer dammartigen Straße sammt Fußweg kam, welche beide nach allmählicher Ausschüttung des Wallgrabens bei der Herstellung der neuen Glacis-Anlagen unter dem Landesgouverneur Grafen Ugarte eine parkartige Einfassung erhielten.

Wie erwähnt verwandelte man (1824 — 1828) auch die baufälligen hölzernen Brücken über den breiten Wallgraben nebst Aufzugsbrücken bei dem Juden- und Fröhlicher-Thore durch Ausschüttungen gleichfalls in Dammstraßen mit Fußwegen mit Belassung der alten Brücken.

Das letztere, mit einem Durchgange für Fußgeher, wurde heuer demolirt; das erstere, welches aus 4 Abtheilungen mit Zwischengebäuden bestand und in seiner Beengung die Communication sehr störte, verschwand schon im J. 1835 und machte einem Neubau Platz.

Anlaß dazu gab der große Brand in der Nacht vom 19. auf den 20. Februar 1835 auf dem Plateau der Neuthor-Bastion, welcher die Schopfen und Tuchrahmen daselbst verzehrte und die Stadt in hohe Gefahr setzte (Brünner Zeitung 1835 S. 239). In einem zwölfstündigen Feuer brannten die als Wagenremisen und Magazine verwendeten großen hölzernen Schopfen auf der genannten Bastion ab. Das Wegschaffen einer Menge brennbarer Stoffe, das Vorbereiten der vom Feuer noch nicht ergriffenen Schopfen, Verplantungen, Tuchrahmen u. a. und das Hinabwerfen ihrer Bestandtheile in den (als Holzdepot der Herrschaft Eichhorn verwendeten) Wallgraben setzte dem Feuer, welches einen Funken- und Brandregen über die Umgegend verbreitete, möglichst Schranken. Mehrere Private erlitten bedeutenden Schaden.

Gleich darauf wurden die übrigen hölzernen Schopfen auf der Neuthor-Bastei und auf der Judenthor-Bastion, im Ganzen 18 Schopfen bei dem Neu-, Königer- und Judenthore, 8 Tuchrahmen und andere Entien rasirt und etwas später die 13 hölzernen Schopfen, mehrere Lusthäuser, Gärten, Tuchrahmen u. a. vor dem Judenthore am cylkann'schen Hause (welches kurz nachher auch der neuen Straßenanlage weichen mußte) und am Glacis gegen den Franzensberg, so wie auch das Bauholz auf dem als Zimmerplatz verwendeten Terrain daselbst hinweggeräumt und daraus ein freier Platz hergestellt, welcher aber nun zum Bahnhofs verbaut ist.

Am 19. Juni 1835 begann auch die Demolirung des Judenthors (des äußeren aus der Zeit Leopold I. und der alten inneren 3 Thore und Thürme), nebst mehrerer angränzender Gebäude, insbesondere der Häuser Nr. 421, 422 und 425, welche schlecht gebaut waren und einen polizeiwidrigen Uebelstand bildeten, und der seit 161 Jahren da bestandenen bürgerlichen Schießstätte. Die nach Erbreiterung der Straße erübrigten Bauplätze veräußerte die Stadt.

In den Jahren 1835 und 1836 baute sie anstatt des Judenthors das noch bestehende Ferdinands-Thor nebst einem Militärwachhause, mit 19,813 fl. C. M. Kosten.

Zu gleicher Zeit wurden die Wallgänge vom Juden- bis zum Ferdinands-Thore in Spaziergänge, die Bastionen aber bei dem Neu- und später (1841), nach Beseitigung des vom Fortifikatorium erbauten Cirkus, auch bei dem Judenthore und (1843) unter dem Franzensberge in Wies- und Baumanlagen verwandelt, so wie (1841) ein Ausgang von der Ferdinands-Thor-Bastei zum Franzensberge hergestellt.

Der Kaiser Ferdinand gestattete (a. h. Cabinetschreiben 11. September 1836) auf den Wunsch der Bürgerschaft, daß dem neu erbauten Thore und der damit verbundenen Gasse sein Name beigelegt werde.

1838 bot die Stadtgemeinde den Platz, welcher durch Rastung der erwähnten Entien und der alten inneren und äußeren Stadtmauern mit Thürmen nächst dem Ferdinandsthore auf dem Basteiwege zum Franzensberge gewonnen wurde, zu 6 Baustellen aus und es wurde alsbald der Bau des großen pado-weß'schen Hotels und der angränzenden 4 städtischen Häuser ausgeführt (1839 — 1840), so wie der (1839) eingestürzte Theil der vorderen Mauer der peterberger Bastion wieder hergestellt (1840), später (1843) aber der massive 2 Etagen hohe Thurm auf der Stadtmauer am Museumsgarten als baufällig abgetragen.

Um einen besseren Ausgang und Aussicht auf die Bastei zu gewinnen, baute die Stadt (1841) eine Flankenmauer statt des an der Bastion VII beim Ferdinandsthor bestandenen Courtinewinkels (mit 5,886 fl. C. M. veranschlagt) und, da hiedurch und durch den Zurücktritt der Wallgrabenmauer Raum gewonnen wurde, auch 8 Verkaufsgewölber und eine Terrassenmauer neben der Thorwache (mit 9119 fl. C. M. veranschlagt).

Man hatte zwar schon in früherer Zeit mit der Beseitigung von Stadthürmen begonnen, wie 1784 mit jenem in der Holzgasse zwischen dem Advokat Stiepan's und netoliczka'schen Hause (brünner Zeitung 1784 Beil. Nr. 21), 1793 mit jenem Nr. 1 im Fröhlicher-Thor-Zwinger, welcher an die Häuser der bürgerlichen Ringsleute Andreas Iršig und Anna Steinerieß (eb. 1793 S. 740).

Nun kam aber die Beseitigung der alten städtischen Befestigungswerke in größerem Umfange zur Ausführung. 1833 wurde der sogenannte weiße Thurm gegenüber dem von manner'schen Hause in der altfröhlicher Gasse nebst 2 kleinen Häusern rasirt, um dem Baue der Polizeiwach-Kaserne und zweier Privathäuser Platz zu machen.

Mit den früher erwähnten Häuserbauten beim Ferdinands-Thore und jenen, welche um dieselbe Zeit bei dem manner'schen Hause und bei dem Neuthore ausgeführt wurden, so wie mit der Demolirung des brünner Thors verschwanden die alten Stadtmauern (äußere und innere) und Thürme immer mehr und sie haben sich offen und verdeckt nur noch hie und da in Bruchstücken erhalten. Dasselbe ist der Fall mit den Wall- (Schanz-) Gräben, welche auch erst in unseren Tagen ganz oder theilweise verschüttet wurden. So jener gegenüber dem manner'schen Hause und längs der ehemaligen ärarischen Salzmagazine und des Militärbadhauses, dessen einen Theil das große macher'sche Haus einnahm (1833), der andere aber zwei Jahrzehende später zur Vergrößerung des Aufstellungsplatzes vor dem Hauptzollamte verwendet wurde. So der Wallgraben vor dem evangelischen Bethause, welcher ganz verschüttet wurde (1841). Die erwähnten Arbeiten auf der Franzensberg-Bastion und der Bau des Bahnhofes beim Ferdinandsthore hatten die Ausfüllung eines Theils des unterhalb befindlichen Wallgrabens, die Tieferlegung der Straße unter dem Spielberge zwischen dem brünner und Hadel-Thore die Verschüttung des größte-

ren Theiles des Wallgrabens bei dem letzteren, die Demolirung des Fröhlicher-Thores die Erbreiterung der Dammstraße daselbst, die Demolirung der Bastion bei der Jesuitengasse aber die völlige Ausfüllung des Wallgrabens bei derselben zur Folge, nachdem schon vordem durch die allmälige Abladung von Schutt, Erde u. a. für die nahe vollendete Verschüttung des 1847 zu einem Marktplatz und Holzdepot bestimmten Wallgrabens zwischen dem Neu- und Fröhlicher-Thore vorge- arbeitet worden war. Der Bestand des Bahnhofes von der Franzensberg-Bastion über das Ferdinands- bis zum Neuthore, welcher mit seinen Gebäuden und Plätzen auf das Glacis und in den Wallgraben zu stehen kam, hindert die völlige Beseitigung des letzteren.

Mit der Idee, die Festungswerke selbst fallen zu lassen, konnte man sich an maßgebenden Orten selbst dann nicht recht befrenden, als Seine jetzt reg. Majestät die noch bestandenen fortifikatorischen Rücksichten gänzlich aufgehoben hatte (1852). Man legte einen Werth darauf, die innere Stadt wenigstens zum Theile geschlossen zu erhalten. Die erste Bresche in die alten Festungswerke schloß die Demolirung des Brünner-Thores, das in seiner Beengung und bei dem Ansteigen des Terrains besonders den Fuhren auf den Getreidemarkt unter dem Spielberge lästig war. Es bestand aus dem äußeren Thore mit einem viereckigen Thurme von einigen Stockwerken, ehemals mit Schießcharten, nun kleinen Fenstern, und einem Mauer-Rondel, auf dem sich eine Gangmauer mit Schießcharten befand, dann aus dem inneren Thore, das gleichfalls einen viereckigen Thurm von zwei Stockwerken trug, und an der äußeren Fagade mit 2 Schildhältern und 5 Wappen (der böhm. Länder) geziert war (S. die Abbildung auf dem Rathhause). Das erstere diente in früherer Zeit zur Unterkunft der Polizeiwache u. a. städtischen Organe, das andere, in Privatbesitz gelangt, als Wohnhaus. Zwischen beiden Thoren befand sich der (früher durch ein Thor geschlossene) Ausgang zum Spielberge. Das äußere brünner Thor wurde schon im Zusammenhange mit den früher erwähnten Erdarbeiten unter dem Spielberge demolirt (1849), und bei dieser Gelegenheit auch das (verbaut gewesene und geschlossene) Hadelthor gegen die Schwabengasse wieder geöffnet, um insbesondere auch die Zufahrt auf den Getreidemarkt unter dem Spielberge zu erleichtern. Das innere brünner Thor nebst mehreren vom 1. Stadtbezirke eingelösten Nachbargebäuden fiel aber erst später (1852) und es folgten ihm alsbald (1853) auch das angränzende städtische Malzdörrhaus von 2 Stockwerken und 12 Fenstern Breite, das eingelöste zweistöckige Eckhaus der brünner Gasse nebst einigen anderen kleinen Gebäuden und die dreifachen Stadtmauern. Die Stelle nahm (statt der technischen Lehranstalt, wie früher projektirt war) der große und schöne Stadthof von 3 und beziehungsweise 4 Stockwerken ein, welcher als Zinshaus mit mehr als 300,000 fl. C. M. Kosten bis Ende 1855 gebaut wurde. Der Bau bedingte auch die Abgrabung und Regulirung der Umgebung gegen die brünner Gasse und den Franzensberg (hier bis $1\frac{1}{2}$ Klafter Tiefe).

Nachdem, wie gesagt, heuer auch das Fröhlicher Thor beseitigt worden (Brünner Zeitung 1860 Nr. 9), harren nur noch das Neu- und Fackel Thor eines gleichen Schicksals.

Mit den alten Festungswerken verschwinden auch die militärischen Thorwachen, welche seit einigen Jahren nach und nach eingezogen worden, die verunstaltenden und feuergefährlichen Schoppen u. dgl.

Der Sturmwind des Jahres 1830 hatte schon den großen Schoppen in der Nähe der Schwabengasse (gegenüber dem im Baue begriffenen Hause der technischen Lehranstalt) rein weggesegt; ein anderer in der Nähe des Fackelthores war diesem Baue gewichen und der Wettermagazinschoppen unter dem Spielberge zum Baue von 4 Häusern auf der Bäckengasse rasirt worden (1830). Es erübrigt daher nur noch jener große am Wallgraben des ehemaligen Fröhlicher Thores gegenüber dem Disasterialhause, an dessen Beseitigung und jener des sehr unansehnlichen Militär-Bachhauses auf dem Platze des letzteren seit Jahren vergeblich gearbeitet worden ist. Um sie zu ermöglichen, haben endlich die innere und vereinte Gemeinde zusammen sich eben bereit erklärt, ein Opfer von 66,000 fl. und einen Baugrund für beide hinter der kleinen Neugasse darzubringen. Mögen die allgemeinen Wünsche Erfüllung finden!

II. Das Bürgerthum.

a. Entstehung und Ausbildung des Städtewesens.

Es kann nicht unsere Absicht sein, hier eine, auch nur skizzirte, Geschichte des mährischen Bürgerthums und Städtewesens mittheilen zu wollen; wir müssen aber doch zum Verständnisse der Sache eine Art einleitende Darstellung geben ¹⁾,

¹⁾ S. im Allgemeinen: Gaupp, über deutsche Städtebegründung, Stadtverfassung und Weichbild im Mittelalter, Jena 1824; Hüllmann, Städtewesen des Mittelalters, 4 T. Bonn 1825 — 29; Lancizolle, Grundzüge der Geschichte des deutschen Städtewesens mit besonderer Rücksicht auf Preussen, Berlin 1829; Rauschnit, das Bürgerthum und Städtewesen der Deutschen im Mittelalter, 3 Bändchen, Dresden 1829; Barthold, Geschichte der deutschen Städte und des deutschen Bürgerthums, 4 B. Leipzig 1850; Berlepsch, deutsches Städtewesen und Bürgerthum in Beziehung zu den Gewerben und deren Innungen, St. Gallen (1850); dann die specielleren Schriften von Arnold, Bethmann, Hegel, Kortüm, Maurer, Mitsch, Raumer (Hohenstaufen 5. B.), Reichard, Roth u. a., insbesondere aber: Palacky, Geschichte von Böhmen; Tomek, Geschichte von Prag, 1. B. Prag 1856; Tschoppe und Stenzel, das deutsche Recht in Schlesien, Hamburg 1832; Schels, Geschichte der Lausitz, 1. B. Halle 1847; meine Geschichte von Jglau, Brunn 1850; Rößler, die Stadtrechte von Brunn aus dem 13. und 14. Jahrhunderte (mit einer Einleitung über die Anfänge des deutschen Städtewesens in Mähren, die älteste Verfassungsgeschichte der Stadt, die Rechte und Verwaltung), Prag 1853; Bischoff, deutsches Recht in Olmütz, Olmütz 1855; Tomaschek, deutsches Recht in Oesterreich im 13. Jahrh. auf Grundlage des Stadtrechtes von Jglau, Wien 1859, n. m. a.

in welcher wir für die Zeit bis zum 14. Jahrhunderte zunächst Rößler und Tomaschek folgen.

Alle Spuren des ältesten slavischen Städtewesens (der bair. Geograph des 9. Jahrhunderts nennt 11 Städte in Mähren. Schaffarík II. 673) sind in der Zeit, wo verbürgte und unverbürgte Urkunden beginnen, zerstört.

Die Orte des 11. und 12. Jahrhunderts, welche Städte genannt sind, waren nur besetzte Orte ¹⁾ mit einer dichteren Bevölkerung. Sammelplätze der Krieger.

Es gab keine staatsrechtliche Scheidung zwischen den Bewohnern der Stadt und des offenen Landes, keine Trennung in der Rechtspflege.

Die Bildungen eines neuen städtischen Gemeindewesens nehmen mit dem 13. Jahrhunderte ihren Anfang durch Ansiedlungen von Deutschen im Lande, oder in der Umgestaltung alter bevorrechteter Niederlassungen von Kauf- und Gewerbleuten zu Städten nach deutschem Vorbilde, um die landesherrliche Macht und Einkünfte zu mehren, das Land zu vertheidigen.

Gegen die immer drohende Gefahr feindlicher Angriffe gewährt der neu geschaffene Bürgerstand die kräftigste Hilfe. Insbesondere die Zerstörung Mährens durch die Tataren (1241) wird für die Fürsten ein neuer Anlaß und eine neue Anregung zur Gründung und Befestigung von Städten, oder Umwandlung von Dörfern und Marktflecken in diese

¹⁾ Ehe die eigentlichen Städte (sagt Warnkönig, flandr. Staats- und Rechtsgeschichte I. 314, 336) schon im 11. Jahrhunderte den Namen *Oppida* und *Portus* erhielten, war das Land mit einer Menge von *villae*, *burgi* und *castra* (selten *castella*) überdeckt. Die letzteren waren geräumige, besetzte Schlösser, unsern Forts ähnlich. *Burgus* oder *Burgum* hieß jedes, ein festes Schloß umgebende, mit Gräben und Mauern oder Wällen besetzte Dorf; die *villa* lag außerhalb beider, oder ganz abgesondert in der Nähe, theils besetzt, theils unbesetzt. Die besetzte, von einer privilegierten Bürgerschaft bewohnte *Villa* erhielt den Namen *Oppidum*. Die im 13. Jahrhunderte zu Städten erhobenen Dörfer blieben meistens unbesetzt, also immer *villae non munitae*, keine *oppida*; denn wir finden, daß die Stadt geschaffen war, wie sie aufhörte, dem Landgerichte unterworfen zu sein, und ihre Schöffen, ihren eigenen *Bailli* (Stellvertreter des Grafen) erhielt.

Luitprand III. 12 sagt dagegen von den Burgundiern: *Domorum congregationem, quae muro non clauditur, Burgum vocant.*

In Brünn kommt die Benennung *burgus* urkundlich vor 1199, 1231 *ecclesia S. Jacobi, que est sita in Burgo Brunensi* (Wolny II. 27, Voček II. 234), 1210 in *burgo Brunensi ecclesia sancte Marie* (Voček II. 55, 58), 1261 in *ecclesia S. Jacobi de (in) Burgo Brunensi* (Voček III. 296, 306), 1261 in *ecclesia Petri de Burgo Brunensi* (eb. 299), 1298 *quarundam villularum terrule Burgo Brunensi olim adjacentes Ecclesiae S. Petri decimas persolvissent*, und *ingredientibus Civitatem Brunam per portam quae Burgum respicit, qui antiqua Bruna dicitur* (Meine Gesch. von Brünn S. 258, 257, 258, Voček IV. 406, 409), 1294 *super limitibus parochialium ecclesiarum sancti Petri et sancti Jacobi Burgi Brunensis* (Voček V. 14), 1329 in Olmütz *sub Burgo ecclesie S. Blasii* (eb. VI. 290). *Burgus* bezeichnet sonach die Zuständigkeit, das Schutzverhältniß, wie *Burgrecht* das nach deutschem Rechte gegründete emphyteutische Rechtsverhältniß.

Naturnüchsig entstehen städtische Genossenschaften an den Burgen und Sigen der Landesfürsten, indem sich daran Colonien von Kaufleuten ansetzen, dann aber auch an allen Markorten ihrer Lage nach, an Handelsstraßen, planmäßig durch die Landesfürsten, den Adel, die Geistlichkeit. Bedeutungsvoll werden für die Städte aber auch deutsche Dorfanlagen, indem diese nicht nur oft der erste Anfang zu einer späteren städtischen Bildung werden, sondern auch um und durch die Städte ringsher angelegt, das deutsche Stadtrecht stützen, welches mittelst der Dörfer über das Land verbreitet und zum deutschen Dorfrecht wird.

Die größeren landesfürstlichen Burgen und Schlösser (*urbes, castra*), die Residenzen der Fürsten, Versammlungsorte der Großen des Landes, Stätten der Gerichte, sind im Kriege und Frieden Einigungspunkte des Volkslebens. Der steigende Verkehr läßt sich nicht mehr auf den engen Raum der Burg beschränken, sondern entfaltet sich außerhalb (in *suburbio*, in *vorburgo*) unter dem Schutze derselben sowohl durch Einheimische als Fremde, besonders Kauf- und Handelsleute, die sich hier ansiedeln. Solche Colonien finden sich in Prag, Brünn, Olmütz, Troppau, Znaim u. a.

Von dieser neuen Entwicklung wird die Burg (*castrum*) nicht berührt. Ihre Bewohner (*Castrenses*) leben fort unter den slavischen Landesrechten, sie stehen unter dem Landrechte, der *Juda* der Provinz. Die Burg ist auch der Aufenthalt der übrigen Landesbeamten, des *Camerarius*, *Villicus* und der *Beneficarii*.

Die Verhältnisse des Handels, die Thätigkeit der Kauf- und Handelsleute ist für die Bildung der Markt- und Stadtrechte vom größten Einflusse geworden. Der Verkehr mit allen feineren Kunst- und Gewerbeerzeugnissen wurde im 13. Jahrhunderte von Fremden getrieben (wahrscheinlich wie anderwärts auch in Mähren), vom Rhein, aus dem wallonischen (wälschen, gallianischen) und Reichs-Flandern, aus Brabant, welche feinere Tücher, Sammt, feine Leinwand, Seidenwaaren, Teppiche, feinere Gold- und Silberwaaren, Weine, wie Rheinfall, Malvasier brachten. Diese Rhennenses, Flandrenses, Walhen, Latini, wohl auch Gallici, kauften wieder die Produkte des Landes: rohes Metall (aus Böhmen und Mähren, Warfkönig *Fland. Rechtsgesch. I. 77*), Silber, Kupfer, Zinn, Wolle und Felle (aus Ungarn, *Warfk. I. Aufl. 75*), besonders Marderfelle, dann rohere Erzeugnisse, wie rohes Tuch „*panni grisei*.“

Den Handel nach Oesterreich, besonders von Brügge über Maastricht, Köln und Regensburg nach Osten (Wien) sehen wir zu Ende des 12. Jahrhund. in den Händen der vlämischen Hansa. Deutsche Kaufleute werden in Wien bevorrechtet, wie die Deutschen in Prag zu Anfang des 12. Jahrhunderts. In Brünn und Olmütz sind ähnliche Niederlassungen deutscher Kaufleute, sie hatten aber nicht (wie Boczet I. 298 sagt) dieselbe Handfeste wie Prag. Noch im 14. Jahrhunderte werden dorthin Waaren aus Köln, Achen, Brügge, Gent und Opern gebracht. Flandrische Handelsrollen bezeugen den Handel nach Böhmen, Mähren, Polen und Ungarn (*Warfk. II. I. 120* und Nr. 71, 72).

Bei dem einfachen Waarenverkehre bleiben die Niederländer, Flandrer und Wallonen nicht stehen. Sie übertragen ihre Kunstfertigkeit in die neue Heimath. Wie es von England bekannt ist, so wird in Mähren die Einführung den feineren Wolle- und Leinweberei, die Tuchmacherei, die Ledergerberei und Färberei mit Flandern, Flamingern, in Verbindung gebracht. Doch schon im 13. Jahrhunderte concurrirt einheimische Cultur mit den fremden Erzeugnissen. Niederlassungen von Fremdlingen, Ansiedlungen von Ackerbauern stehen mit den Städten in engster Verbindung. Niederdeutsche, Flandrer, Wallonen, Schwaben (Tentonici, Franci, Gallici), zogen ein.

Die fremden Kaufleute schlossen sich in eine Genossenschaft, eine enge Einigung „Gilde“ „conjuratio“ gegen außen ab und fanden so in sich die wichtigste Stütze ihres Bestehens.

Das Fremdenviertel (vicus hospitum) wird nach dem vorwiegenden Charakter der Gründer vicus Teutonicorum, Flandrorum, gallicus, latinus, romanus, rhennensis genannt; ihnen wird gewöhnlich der Schuß eines Thores der Stadt, das auch darnach seinen Namen trägt, übergeben.

Da ist ihr Kauf- und Gildehaus (curia hospitum), ihr Rathhaus (theatrum seu domus consilii, oft zugleich Kaufhaus), ihre Lauben (lobae), Richtsäme, Wechselbänke. Das gemeinschaftliche Interesse führt die Vermischung der einheimischen und fremden Bevölkerung allmählig herbei.

Nächst den Landesburgen sind Gränzpunkte, alte Markttorte überhaupt, Anlaß zu städtischen Bildungen geworden, wie Ung. Brod an der Furth über die Olsowa, eine der alten Heer- und Handelsstraßen nach Polen, Gewitsch, Littau.

In ähnlicher Weise werden auch villae forenses Marktflecken zu Städten gebildet, wie Bisenz.

Als planmäßige Erbauungen und Gründungen von Städten durch Landesfürsten mittelst herbeigerufener Ansiedler sind besonders zu nennen Freudenthal, dessen Bewidmung mit magdeburger Recht eine der ältesten ist und bald auf Unčow (1223) überging, welche neue Ansiedelung nova civitas Neustadt hieß, Jamnic (1227), Göding (1228), Jglau.

Auch der höhere Adel, die Barone, Castellane, erbauten auf ihrem Grunde besetzte Marktflecken, nicht selten Städte genannt (villae forenses, quae juxta vulgare nostrum dicuntur civitates — Cosmae Cont. ad 1228) und mit Rechten anderer Städte bewidmet werden, wie Deutschbrod, Sternberg (1296), Freiberg (mit leobschüzer Recht, 1292), Pfarcastat (Frankstadt, 1299) u. s. w.

Auf dem Grundbesitze der Benedictiner, Cistercienser, Prämonstratenser entstehen Střelna, Rněnic, Switavia, Střelna, und Hranic (Weißkirchen), Gava (Kvow), Raigern, Trebic, Belehrad und Saar; auf jenem des olmüzer Bisthums: Kremšier, Müglic, Braunsberg, Hopenplog, Friedberg, Hullein, Wischau, Zwittau.

Diese Städte und Märkte waren nach deutscher Art ausgelegt, von den Landesgerichten ausgenommen, lebten unter eigener Verfassung. Die größere Zahl der Einwohner waren aber auch Deutsche, dafür zeugen die deutschen Namen der Richter und Schöffen, der Bürger und Bewohner der Städte, wie sie in Urkunden auftreten (S. Chytil's Register zu Voček's Codex). Doch scheinen die deutschen Einwohner der neueren Städte nicht mehr bloß Einwanderer, sondern Söhne des Landes, zunächst aus den deutschen Dörfern (Anklänge aus Böhmen und Mähren) zu sein.

Den Hauptstützpunkt der Städte bildeten die ungemein zahlreichen deutschen Aderscolonien des Landes, wogegen auch die Städte für diese den Schutz gewährten und die Erhaltung des deutschen Rechtes sicherten. Die große Zahl der nach deutschem Rechte gegründeten Dörfer, welche sich später nicht bloß auf deutsche Einwanderer beschränkten, brachte in der Verfassung des Landes eine Wendung hervor, die noch wirksamer war als die Gründung von Städten. Denn für die Landbevölkerung war es der Uebergang aus ungemessenen Frohnverhältnissen in ein geregeltes vertragsmäßiges Abgabenverhältniß (*jus teutonicum*, *jus emphiteuticum* quod *Purkrechtdicitur*). Besonders tritt hierbei die Wirksamkeit der Klöster, des olmüzer Bischofs Bruno, der Ritter des deutschen und Johanniter-Ordens u. a. hervor.

Die Dörfer waren in Rechtsachen an die nächste Stadt gewiesen, welche gleiches Recht hatte, so nach Brünn mehr als 60, nach Kremsier 15, nach Múgls 14 Dörfer u. s. w.

Die Städte und verbundenen Dörfer entwickelten eine völlig neue Rechtsgestaltung. Der Kreis der altslav. Landrechte und der Landesgerichte wurde immer kleiner. Im Gegensatz zu diesem bildete sich nach und nach ein allgemeines Stadtrecht, Stadtbrauch auf deutschen Grundlagen, ein Weichbildrecht, das durch den Glauben und das Bewußtsein der Gemeinschaftlichkeit zu einem festen Wohnheitsrechte des Bürgerstandes und des nach deutschem Rechte lebenden Bauernstandes wurde, so daß das städtische Weichbildrecht ein gemeinsames Recht verhältnismäßig großer Bezirke des Landes ward.

Solcher Gruppen von Stadtrechten zeigen sich in Mähren und Schlesien.

I. Die sächsisch-magdeburger Familie mit dem Zugrechte nach Magdeburg, wenn das Urtheil der Mittelstadt gescholten wurde,

a) Freudenthal. Daher Neustadt. Beide Städte bleiben Oberhöfe für viele Dörfer und Städte. Stephanau, Gewitsch, Olmütz.

b) Olmütz, wohl zuerst mit magdeb. Recht bewidmet (1223). Dort holten Recht: Lasfa und Hodolein, Brerau, Weißkirchen, Littaun.

Olmütz läßt sich später von Breslau das magdb. Recht mittheilen und wird der wichtigste Oberhof Mährens (1352 Stenzel Urf. 166). Alle jene Städte, welche in Neustadt und Freudenthal Recht holten, wer-

den dahin gewiesen (1352, jura prim. 46). Nun erhalten noch olmüzer Recht: Schönberg (1391), Römerstadt, Proßnitz (1406), Hohenstadt (1411).

c) Zur magdb. Breslauer Familie gehören: 1) Teschen (1373, Stenzel 598), 2) Troppau, erhält aus Breslau ein magd. Rechtsbuch.

Nach Troppau sind gewiesen: Braunsberg (1269), Jägerndorf (Ens IV. 25, Stenzel 207).

II. Deutsche, nicht sächsische Familie, welche auf eine Mittheilung von Sünden schließen läßt — „fränkische Familie“:

a) Iundeburger Recht, 1214 an Bisenz mitgetheilt.

b) Jnaimer Recht, welches Trebitsch erhält.

c) Leobschüßer Recht (Stadtrecht von 1270 bei Stenzel 371) in Ung. Brod (1272), Weißkirchen (1276), Tyrn, Freiberg und Bojmannsdorf, Witschenau und Steinbach, Gilowec.

d) Iglauer Recht. Stadt- und Bergrecht von 1249 (Dobner mon. IV. 191, Tomaschek). Für alle Bergstädte in Böhmen, Mähren und Ungarn.

Troppau hat in Bergsachen iglauer Recht, Benisch (1271), Großmeseritsch. In Böhmen: Kuttenberg, Kollin, Malin, Raupim, Bergreichenstein, Eule u. a.

Eine wichtige Fortbildung des iglauer Rechtes ist das umfangreiche Stadtrecht von Deutschbrod durch die Herren von Lichtenburg von 1278 (Sternberg I. 30).

e) Brünner Recht.

Bevor wir davon reden, müssen wir die Grundzüge der früheren Verfassungsgeschichte von Brünn (Rößler XXIV — XXXI.) voraus senden. Die Gründung und Erbauung der Stadt selbst wird kaum geschichtlich nachzuweisen sein. Brne (a. 884. B. I. 47. 1062. B. I. 137), Brno (a. 1055. B. I. 127), Brinne (a. 1088 B. I. 184), Brenna (a. 1087. B. I. 176), Bruna (a. 1062. B. I. 136), Brunna (a. 1174. 1086. B. I. 170. 288), erscheint in verbürgten und unverbürgten Urkunden als eines der ältesten bewohnten Orte des Landes, Mittelpunkt einer Provinz, Brunensis provincia (a. 1086. B. I. 171. 348), Prov. de Brne (a. 1054. B. I. 130), Sitz eigener Fürsten (a. 1053 — 1197), als Schloß oder Burg castrum (a. 1197. B. I. 349), urbs (a. 1052 B. I. 126), burgum (a. 1210. B. II. 55), als Stadt civitas (a. 1086. B. I. 171), secus prefatam civitatem (a. 1088. B. I. 184). Die befestigte geräumige Burg war der Aufenthalt des kriegerischen Hoflagers der Fürsten, der Sammelplatz des Heeres, der Stützpunkt der Herrschaft. Oftmal belagert und erobert entscheidet sie das Schicksal des umliegenden Landes. Fast gleichzeitig mit der Erwähnung des Namens Brünn wird auch der Markt „Forum“ daselbst erwähnt, dessen Einkünfte dem Landesherrn zufamen und von ihm an Kirchen vergabt wurden (B. I. 171). Der Verkehr des Marktes selbst bewegte sich nicht in

der Burg, sondern außerhalb im Suburbio. An den Verkaufsplätzen entstehen bleibende Wohnungen der Kauf- und Gewerbsleute, sowie aller jener, welche mit dem Leben der Residenz des Fürsten verknüpft sind. Für eine solche Ansiedlung am Fuße der Burg, sub urbe, in suburbio, gewährte auch die weit ältere Kirche St. Peter einen Einigungspunkt. In dieser Umgebung entfaltete sich der Keim des späteren städtischen Lebens. Schon unter Markg. Bladislav (1197 — 1222) wohnte hier eine so große Zahl von Deutschen und wohl auch Walhen, Latini, Gallici, daß sie einen eigenen Stadttheil (vicus) einnahmen und eine eigene Pfarrkirche hatten. — „S. Jacobi in burgo Brunnensi: Theutonici ab ecc. S. J. cuncta jura parochalia et ecclesiastica debeant recipere“ (a. 1228. B. II. 192. 396). Später wird die Filialkirche St. Nikolai für die Romani „qui linguam Moravorum et Teutonicorum non intelligebant“ (a. 1231. B. II. 234) erbaut.¹⁾

Der große Brand im J. 1214 mochte mit einem großen Theile der Stadt auch die ersten Urkunden und Zeugnisse der Entwicklung vernichtet haben. Ueber den früheren Zustand der Stadtverfassung fehlt es an Nachrichten; daß vor diesem Jahre schon die Wurzeln der spätern Gestaltung liegen, die Erlangung einer Eigen-Gerichtbarkeit, Befreiung von den Landesbeamten — etwa wie in Prag durch die Erweiterung der den Deutschen gewährten Freiheiten auf einen größeren Kreis der Stadtbewohner, ist wahrscheinlich, vielleicht ist es bei der Vergrößerung des Stadtraumes nach der Zerstörung durch jenen Brand geschehen. Daß aber in dem zweiten Jahrzehent eine schon früher gebildete, vollkommen organisirte, von eigenen Schöffen regierte freie Gemeinde in Brünn bestand, ist gewiß; davon haben wir wohl Kunde; denn umliegende Dörfer wurden von dem Landgericht befreit und dem Stadtgerichte zugewiesen (a. 1229 B. II. 212).

Es fällt dieß in den Zeitraum der allgemeinen Förderung des Städtelebens in Mähren durch die Landesfürsten. Auch in Brünn ist Otakar I. thätig für eine neue Erweiterung der Stadt und Einverleibungen von Gründen, die früher nicht zum ursprünglichen Stadtgebiet gehörten: „cum in amplianda civitate nostra Brunensi essemus intenti“ (a. 1229 B. II. 208). Neue Klöster und Stiftungen zeugen von erhöhtem Eifer, wie die Marienkirche (eccles. S. Mariae in burgo Brunensi a. 1210. B. II. 55), die Dominikaner St. Michaelis 1220, die Minoriten St. Johann 1230, die Kirche St. Jakob vor 1228, die Einweihung der St. Nikolai-Kirche 1231.

¹⁾ Unter Romani sind nicht Römer, sondern gallicanische Flandrer, welschsprechende Niederländer zu verstehen; daß lingua Romana „französisch“ bedeute, läßt sich aus vielen Urkunden beweisen: „Nativam linguam non habuit teutonicam sed quam corrupte nominant romanam, teutonico vallonicam“ (Chron. Mon. S. Trudonis. D'Achery Coll. II. 660). In den Niederlanden wurde die wallonische Sprache ganz allgemein lingua Romana genannt, und die Theile von Flandern, wo wallonisch gesprochen wird, „Le Roman pays.“

Auch in Bränn wird von dieser Entwicklung, welche sich anfänglich nur auf einen kleineren Raum der Stadt erstreckte, die Burg, der Sitz der Krieger und Dienstmannen, der Amtleute „beneficiati, beneficiales“, nicht berührt. Sie stehen unter dem Landesgericht. Der Castellanus, Burggraf, ist Herr der Burg, und hat anfänglich gewiß noch Vorrechte in der Stadt selbst.

Der altslavische Ort Ra Ruže (a. 884. B. I. 77. 1062. B. I. 136) bleibt landesherrliches Eigen (villa) und bewahrt eine von der neustädtischen Entwicklung getrennte Verfassung. Daher der Name: Altbrunn (1247 Antiqua Bronna B. III. 67).

Nach der Mongolennoth, nach Erschöpfung und Mühsal zeigt sich in dem gesammten Lande ein erkennbares Streben nach neuer Kräftigung der Verfassung, und so auch in Brunn. In diese Zeit fällt das Stadtrecht von Brunn, 1243 von König Wenzel I. (B. III. 12) ertheilt, ein Denkmal, welches zu den werthvollsten wichtigsten rechtsgeschichtlichen Quellen zählt, und die erste umfangreiche Quelle der Geschichte des städtischen Lebens ist. Es gründet sich auf ein völlig ausgebildetes Bürgerthum, auf den vollen Genuß deutscher Rechtsverfassung und althergebrachter Freiheit. Diese Handfeste „Jura originalia“ ist nur eine Verbesserung und Erläuterung der bisher erworbenen Freiheitsrechte, des bisher durch stille Gewalt der Zeit allmählig entwickelten Rechtsbrauches, mit Merkmalen alterthümlicher Fortbildung und Nachklängen von älteren uns nicht erhaltenen Urkunden.

Als städtische Gerechtsame (Justitia civitatis) erscheinen ferner: unabhängige Gerichtsbarkeit, Markt- und Münzrecht, Freiheit der Person und des Gutes, Freiheit vom Heirathszwange und Veräußerungspflicht, Meilrecht, Mautfreiheit, Befreiung vom slavischen Rechte „ab omni jugo servitutis seu exactionis et gravaminis.“ Auch der Stadtfriede (Pax civitatis) umfaßt Bestimmungen über die Anwendung des Strafrechts mit vollem Blutbann. Endlich (Jura municipalia) Bestimmungen des Civilrechts und Civilverfahrens. Es wird in diesem Stadtrechte der landesherrlichen Vogtei, der landesherrlichen Vorrechte nicht mehr erwähnt.

Es ist bei uns die erste umfangreiche Quelle des städtischen Lebens, hat mit dem römischen und canonischen Rechte nur eine lose Verbindung, mehr der Form wegen; gehört nicht zur sächsischen Familie, sondern im Ausdrücke und in Uebereinstimmung der Rechtsätze einer südlichen Familie von Stadtrechten (Ems 1212, Wien 1221, Brunn, B. Neustadt, Leobschütz, Iglau (1249), Deutschbrod), welche Rößler die mährisch-österreichische nennt, während Tomaschek (S. 57, 60, 73, 79, 80, 88 — 92) das brünner als das von Wien nach Brunn übertragene habenberg'sche Recht bezeichnet und für die Hauptquelle des iglauer Rechtes nebst dem Einflusse der durch das brünner Stadtrecht vermittelten älteren habenbergischen Rechte das flandrische Recht hält. Nach ihm ist Flandern überhaupt der gemeinschaftliche Ausgangspunkt der Colonien, denen diese Städte ihre Entstehung verdanken, wie überhaupt der Zug des Colonisa-

tionswesens der slavischen und ungarischen Länder Oesterreichs größtentheils auf flandrische Colonien zurückzuführen sei (Auch in Schlesien. S. Tschoppe und Stenzel, S. 141—143)¹⁾. Wie in Prag (unter Bratislaw 1061—1092) scheint auch in Brünn und den anderen Städten Mährens der Keim zur Entstehung der deutschen Ansiedlungen in einer flandrischen Hansa oder Kaufmannschaft gelegen zu sein (S. auch Rößler XXV, C—CXIV). Der Handel aus dem wallonischen und Reichs-Flandern (schon 1101 besonders mit getrockneten Fischen — alecia — und Tüchern) über Böhmen und Mähren nach Ungarn wurde schon im Anfange des 13. Jahrhunderts betrieben, wie es flandrische Handelsrollen bezeugen, insbesondere bezog man aus Mähren rohe Metalle.

Diese Handelsstraße für flandrische Handelsgenossenschaften führte zur Anlage von Stappellplätzen, bleibenden Landesplätzen und allmählig zur Bildung deutscher Städte. Namentlich bestand eine solche Handelsgenossenschaft mit Benützung des Stromgebietes der Donau über Regensburg. Schon 1191 werden Satzungen für die Handel treibenden Kaufleute aus Regensburg erlassen und daselbst der Kaufleute aus Mastricht und der für sie bereits früher bestimmten Abgaben erwähnt. Der Handel von Brügge aus, welches sich zu Anfang des 13. Jahrhunderts zum Mittelpunkte zwischen dem Südwesten und Nordosten von Europa und durch die Verbindung mit den italienischen Städten zum Vermittler zwischen dem Oriente und Occidente, mit einem Worte zu einem Weltmarkte bildete (Falk, Gesch. des deutschen Handels I. 162, Barnkönig I. 327), über Mastricht, Köln, Regensburg nach Oesterreich, Ungarn und nordwärts nach Rußland befindet sich bereits am Ende des 12. Jahrhunderts in den Händen der vlämischen Hansa. Die Genossenschaft der Flandrer in Wien, als einem Hauptstapelplatz ihrer Waaren, genießt besondere Freiheitsbriefe und eine berechtigte Stellung und der Einfluß ihres Rechtes ist in den älteren babenbergischen Stadtrechten unverkennbar. Diese wurden wieder Vorbild für alle weiteren österreichischen und ungarischen Stadtrechte.

Das deutsch-städtische Reichsbildrecht (*jura civitatis*) trat dem böhmisch-mährischen Landrechte (*jus provinciale, jus terrae*) schroff entgegen und verbreitete sich von den Städten nach und nach so sehr über das ganze Land, daß (nach Palach II. 1. S. 160) in der 1. Hälfte des 14. Jahrhunderts kaum ein nicht nach deutschem Rechte ausgesetztes Dorf zu finden war. Die Competenz der Landesgerichte und die Geltung des Landrechtes verringerte sich immer mehr und beschränkte sich zuletzt, ja schon im Anfange dieses Jahrhunderts, auf den Adel. Mit Verdrängung des böhmisch-slavischen Rechtes (S. darüber Tomaschek S. 1 — 16, 70 — 72) führte das deutsche Recht (sagt dieser) im 13. Jahrhunderte eine gänzliche Umgestaltung herbei. An die Stelle

¹⁾ Große Ueberschwemmungen des Landes und eine Hungersnoth 1196 veranlaßten zahlreiche Auswanderungen der Flamen über die äußersten Gränze nach den Ufern der Dnieper (Barnkönig I. 162).

einzelner landesherrlicher Strafbestimmungen trat ein regelmäßig gegliedertes Straßsystem. Die Trostlosigkeit und die schwankende Regellofigkeit des alten Beweisverfahrens, in dem die Gottesurtheile die größte Rolle spielten, der Nachbarnbeweis zu einer lästigen Plage der unterthänigen Volksklasse wurde, Willkühr und Erpressungen der Zupenbeamten ein freies Spiel hatten, machten einer von festen Grundsätzen getragenen, auf den Hilfs- und Zeugenbeweis gestützten Rechtspflege Platz, wo der Beklagte gegen jede Willkühr geschützt war, und der Reinigung und Uebersführung ihre bestimmten Gränzen angewiesen waren.

Im Privatrechte und Civilproceß entwickelten sich fest ausgeprägte Institute, sicher leitende Normen. Durch die den Schöffenhöfen eingeräumte Autonomie wurde die Fortbildung des Rechtes gewahrt, und den erweiterten Bedürfnissen durch Schöffensatzungen nachgeholfen. An der Seite des Adels erhob sich ein zweiter, politisch-mächtiger, sociell angesehener Stand, das Bürgerthum, und unter seinem Schutze der freie Bauernstand. An die Stelle der slavischen Gesamtbürgerschaft, die aus der Ungetheiltkeit des Eigenthums erwachsen schwer auf den Gemeinden lastete, und der ganzen Schaar drückender Frohnen und Abgaben, die in der persönlichen Unfreiheit wurzelten, trat nun ein geregeltes Besitzverhältniß, ein besonderes, wenn gleich beschränktes Eigenthumsrecht gegen einen mäßigen jährlichen Grundzins. Kein Wunder demnach, daß die Fürsten, abgesehen von politischen und finanziellen Gründen durch vielfache Freiheiten einen Stand förderten, der durch Industrie, Handel und Gewerbe den Wohlstand des Landes begründete, daß auch die slavischen Eingebornen des Landes sich die Wohlthaten der deutschen Rechtspflege anzueignen bemüht waren, und der in seinem Einflusse beschränkte Adel zuletzt der einzige Hort war, zu dem sich die alte Gerichtsverfassung flüchtete.

Dieses Stadtrecht von Brünn und die darin gewährte gemeinheitliche Verfassung wurde Grundlage einer überraschend schnellen Entwicklung, Vergrößerung und Belebung des Bürgerthums. Viele Städte strebten darnach, Tochterstädte des brünner Rechtes zu werden. Der Stadtrath erlangte immer bedeutenderes Ansehen; Rechtsanfragen von fernen Orten, die mit dem Rechte bewidmet waren, mehrten die Thätigkeit des Schöffentrathes. Der äußere Glanz wurde gehoben, indem Otakar II. mehrmals seinen Hofstaat und das Gepränge des königlichen Hoflagers hierher übertrug. Deshalb zogen sich auch Adelige mehr und mehr in die Stadt, auch die Klöster kauften sich Häuser und Höfe in der Stadt zum Aufenthalt, besonders da viermal des Jahres die öffentlichen Sitzungen des Landgerichts in der Burg abgehalten wurden und die Adlichen in dieser Zeit ihre Geschäfte abgeschlossen „*quater in anno qualuor temporibus ad tractatus suos in ipsam civitatem conveniunt*“ (a. 1292. B. IV. 385). Stiftungen zu frommen Zwecken erhoben sich, neue Klöster und Kirchen zeugten von den Bedürfnissen der großen Stadt und dem frommen Reichthum der Bürger, welche dieselbe ausstatteten. Die Bevölkerung wuchs in raschen Verhältnissen und die

Vorstadtleute wurden der Gerichtsbarkeit des Stadtgerichts in größern Sachen unterworfen (a. 1276. B. IV. 175).

Nach Ottokars II. Falle erhob R. Rudolf die Stadt zu einer Reichsstadt und ertheilte ihr ansehnliche Vorrechte (a. 1278. B. V. 267). Doch dürften die Freiheiten mit Rudolfs Herrschaft im Lande aufgehört haben; wichtiger sind die Vergrößerungen der Macht und des Ansehens städtischer Rechte unter R. Wenzel II. Regierung. Eine neue Bestätigung und Erweiterung des Jahrmarktrechtes (a. 1291. B. IV. 377). Die freie Schöffen- und Rathswahl: die Gewählten sind nur dem König oder dessen Stellvertreter vorzustellen. Eine nochmalige Befreiung von Landgerichten außer in Fällen bei Gränzverletzungen und Gewaltthaten gegen Grundbesitzer, wo der Gerichtsstand des letztern entscheidet. Sicherung der Bürger bei Schuldverhältnissen der Adellchen. Auch adeliche Häuser sollen die Stadtlasten mit tragen. Verbot von Innungen, welche den Verkehr und Marktverkauf beschränken können. Das Vorrecht, gegen Räuber und landschädliche Leute verfahren zu dürfen. Außer der besondern Krönungssteuer und der gewöhnlichen Steuer, welche die Städte zu zahlen haben, soll ihnen keine andere Last aufgelegt werden (a. 1292. B. IV. 385).

Um die immermehr erweiterten Befestigungen der Stadt zu erhalten, erhält die Stadt die „Bruckmaut,“ den Hauptzoll, den bisher der Landesfürst in der Stadt zu heben hatte (a. 1295. B. IV. 396), und das Vorrecht auf alle Metalle zu suchen, welche 6 Meilen weit aufzufinden sind (Sternberg Umriffe I. 2. 60).

Die Regierungszeit der Luxemburger war für Hebung des Bürgerthums im Allgemeinen, so auch für Brünn besonders günstig. Das Städtelieben nahm einen neuen raschen Aufschwung. Unter König Johann seit 1311 gelang es den Städten, die Verbriefung und eine Erweiterung ihrer Rechte zu erlangen. In der unruhigen Zeit bei immerwährender Geldverlegenheit des Königs konnten die Städte der Versuchung nicht widerstehen, für jede Gabe neue Begünstigung und neue Verbriefung ihrer alten Freiheiten zu fordern; auch schien dem König die Hebung und Förderung des Mittelstandes ein Mittel gegen den übermüthigen Adel.

Die Städte kommen nun zum Gefühl ihrer Kraft und ihres Einflusses; sie erscheinen bei den Landesversammlungen gleichberechtigt mit den beiden andern Ständen. Karl, der nachmalige Kaiser, als Markgraf in Mähren seit 1333, sorgt in wohlwollender und umsichtiger Weise für das Wachsthum der Stadt, und unter Markgraf Johann (1350 — 1375), in „dem goldenen Zeitalter Mährens“ hebt sich Brünn zu seiner höchsten Blüthe, zu dem Punkte der höchsten Macht und der gemeinheitlichen Freiheit, die es nur leider nicht lange bewahren konnte. Markgraf Johann sieht mit Stolz auf das rasche Wachsthum der Stadt „*civitatem quam ereximus*“ (a. 1357. B. II. I. 91) und rühmt den Wohlstand und Schöffenruhm dieser Stadt, welche schon Bischof Johann von Olmütz „*locum solemnem et famosum*“ (a. 1306. a. a. O.) nannte: „*locus*“

populosus utique abundans“ (a. 1356. a. a. O.) „ubi copia sapientum existit“ (a. 1350. a. a. O.).

In dieser glücklichen Zeit hat wohl die Ruhe und der geschützte Wohlstand der Bevölkerung, wie in andern Städten, sich verdoppelt. Eine Reihe von Befestigungen der Freiheiten und von neuen gewährten Gerechtsamen zeugen, wie die Bürgerschaft immer noch die ältesten Vorrechte treu bewahrte, wie auch von dem Wachsen der Macht und selbstständigen Haltung. Gegen die Gefahr, welche der Einheit und Kraft des Städtewesens durch befreite Häuser und Familien des Adels, durch Freihäuser, Freihöfe und Innenleute der Klöster und Stifte drohte, suchte man sich durch ein Verbot des Ankaufs von Stadthäusern durch Adelige und Geistliche (a. 1331. 1355. W. 153) zu schützen. Dagegen wird das Einwandern fremder Nichtadeliger besonders der Hörigen erleichtert (a. 1324. W. 89). Die volle Stadtgerichtsbarkeit auch über Leute des olmüger Bisthums, dann Leute der benachbarten Klöster in Blutsachen, und Adelige, wenn es sich um Stadtsachen handelt, wird anerkannt und erweitert (a. 1319 — 1324. W. 144. a. 1342. Pelzel Karl. 28). Dem Stadtrathe wird das Recht gegeben, die Mitglieder selbst zu wählen und abzusetzen (a. 1376. d'Elvert Brünn 122). Die Gemeinde erwirbt Höfe und Güter des offenen Landes, das Dorf Hängenswerth (Cod. Reg. n. 104), das Schloß Obřan 1316 (W. 143.) u. s. w. Handel und Gewerbe werden blühend durch die Erneuerung des Meilrechtes, durch strengen Straßenzwang des polnischen Handels. Das Verbot des Verkaufs fremder Tuche von Opern, Gent, Poperingen, Brüssel, zeugt nicht bloß von der alten Richtung dieses Handels, sondern auch von der Kräftigung einheimischer Gewerbethätigkeit (a. 1323. W. 144). Ausgebildete Gewerbevereinigungen vereinigten die zahlreichen Klassen der Gewerbsleute, Maut- und Steuerbefreiungen sollen den Handel der Bürger in Böhmen und Oesterreich anfeuern und erleichtern¹⁾.

In diese Periode des Glanzes fällt die Entstehung der Urtheile und Weisthümer der brünner Schöffen (von 1343 an gesammelt), die Zeugniß geben über ihre Genauigkeit und Umsicht, über die Bestimmtheit und den Reichthum der Entscheidungen. Eine Sammlung von Urtheilen und Sprüchen der brünner Schöffen war seit dem 14. Jahrhunderte in zahlreichen Abschriften über Böhmen und Mähren verbreitet und galt durch Jahrhunderte als Quelle des Municipalrechtes beider Länder. Sie war vor dem 15. Jahrhunderte in den Gerichten auch außer Brünn von praktischer Anwendung, wurde nachher die Grundlage der Umarbeitungen der prager Stadtrechte durch M. Trictius von Lido (gedruckt 1536) und Paul Christian Kolbin (geb. 1579) und somit eine Hauptquelle der städtischen Rechtskunde bis zum neuen bürgerlichen Gesetzbuche (1812).

¹⁾ Ueber die Entwicklung der Stadtverfassung von Olmütz S. Bischof S. 1—13, von Jglau S. Tomášek S. 17—28.

Diese Schöffensprüche sind nicht von Otakar von 1261 (wie Palach II. 1. 158, Regis-Glückselig, österr. Zeitschrift für Rechtswiss. 1847 S. 177, Hanke und Jungmann nach der apokryphen Ueberschrift des brünner Schöffensbuches „Liber sententiarum Otakari regis“ angaben), noch (wie Lufsché angab) vom berühmten bologneser Rechtslehrer Johannes Andrea († 1348. S. über ihn Savigny, Geschichte des römischen Rechtes im Mittelalter, 6. B. S. 98 — 125), sondern vom Stadtschreiber Johann von Brünn aus der Mitte des 14. Jahrhunderts (S. auch Austria 1844 S. 172, Hormayr's Archiv 1819 S. 560).

Die meisten Städte Böhmens und viele Mährens holten ihre Rechte in Iglau, dessen Privat- und Bergrecht verbreitete sich schon im 13. Jahrhunderte über das ganze südliche Böhmen und Mähren und auch Brünn nahm zu Ende des 13. Jahrhunderts das iglauer Recht in der Art an, daß die ursprünglichen Brünner *jura originalia* von 1243 bei der weiteren Rechtsentwicklung durch das iglauer Recht fast gänzlich zurückgedrängt wurden (Tomaschek S. 27, 28, 60, 95).

In den brünner Schöffensprüchen des 14. Jahrhunderts ¹⁾ ist aber schon mehr Einwirkung des römisch-canon. Rechtes bemerkbar (Rößler XXXVI, CXIX; Tomaschek S. 73, 96); es sind in ihnen, freilich nur zur Aushilfe, römische Ansichten und doctrinäre Ausführungen derselben zu finden. Das römische Recht verschaffte sich in Brünn viel früher als in Iglau Eingang, was auch auf dessen mehrere Annahme hinwirkte.

Ein Einfluß des brünner Stadtrechtes auf das slav. Landrecht bei den Landesgerichten ist jedoch wenig wahrnehmbar. Letzteres, das Recht des Adels, wird erst spät durch die Feudalrechte von deutschen Rechtsansichten durchdrungen. Das mähr. Lehnrecht des 14. Jahrhunderts (*prawa manska*) ist eine wörtliche Uebersetzung des schwäbischen Lehnrechtes, des Lehnrechtes des Schwabenspiegels; die späteren Landesordnungen haben daraus (Lehnrecht) deutsche Rechtsansichten aufgenommen und sie als Gewohnheitsrecht des Adels aufgeführt.

Die brünner Schöffensprüche des 14. Jahrhunderts werden uns später die Grundlage zur Darstellung der Stadt-Verfassung und Verwaltung bilden.

¹⁾ Rößler führt 30 Handschriften derselben an; die ganzen Schöffensprüche in ämtlicher Form, eine Auswahl der wichtigsten in chronologischer Reihe, system. Bearbeitung (*directorium, manipulus juris*), kürzere Fassung ohne Namen und Jahre, Uebersetzungen ins Böhmische, Auszüge aus Urtheilen, Silberhandschriften, darunter 2 Pergament M. S. im brünner Stadt-Archiv, in welchen die Initialen der Capitelanfänge mit Abbildungen gerichtl. und bibl. Handlungen in herrlichem Farbenbrud und von Werth für die Rechtskunde. Wolfstrolch copirte sie, wie noch andere weit ältere Miniaturen des brünner Archivs in Farben.

b. Die Bürger.

Die Träger dieser vorgeschrittenen Zustände waren die Bürger¹⁾. Merk-
würdig spricht sich (sagt Barthold) in dieser Wortfügung der ganze Inhalt der
geschichtlichen Entwicklung des germanischen Bürgerthums aus; die erste bange
Sorge und die kluge Vorsicht des sich Verbergenden; Nothstand und Bedrängniß,
Behrhaftigkeit des Geborgenen; behagliche Sicherheit, gegenseitige Bürgschaft
und Verbürgung des Eigenthums, der Person und des Rechtes, endlich die höchste
Steigerung und Verallgemeinerung des Begriffs als Staatsbürgerthum. Ein
Verhältniß, welches ursprünglich die räumliche Zuflucht des gefährdeten Men-
schenrechtes war, wandelt sich in eine Anstalt trotziger Selbstbeschirmung um,
lockt die Unfreien aus der Mundschafft und dem Rechtszwange Mächtiger in
ihren Schoos, wird, im Gegensatz um sich greifender Knechtschaft, ein neidischer
und beneideter, bevorzugter Ort, der, den Fürsten, der Geistlichkeit, dem Adel
gegenüber, die Freiheit allein vertritt, und endet, in seinen wesentlichsten Bestim-
mungen aufgelöst, im Staatsbürgerthum als Ziel des gesellschaftlichen Entwick-
lungsganges, Arm und bedeutungslos dagegen ist das spätere Wort „Stadt,
Stette,“ zuerst im 10. Jahrhunderte gebraucht; dürftiger an Sinn, als die
bei romanischen Völkern gangbaren Ableitungen von Civitas, selbst als das an-
gelsächsische *town* (Umzäunung), bezeichnet es nichts als Ort, Stelle überhaupt.

Jahrhunderte verstreichen indessen, bis sich der Begriff beider (Bürger,
Stadt), die Sache selbst, feststellte. Wir können hier nur kurze Andeutungen
geben²⁾.

¹⁾ Nach Barthold (I. 3) gehört das Wort „Bürger“ zu den ältesten des deutschen Sprach-
schazes (schon bei Altfas im 4. Jahrh.). *Burg*, nicht entlehnt vom griechischen *Pyrgos*,
Thurm, *Fest*, noch vom lateinischen *Burgus*, *Burgum*, ist von *bergen* (schirmen, schützen)
abgeleitet, und *Bürger* ist demnach, der sich oder einen anderen bergende, der Geborgene.

²⁾ Barthold (I. 7) hält zur Kenntniß des deutschen Bürgerthums nicht für genügend die Be-
leuchtung über die Gründung einer Stadt, ihre innere Ausbildung als Gemeinde, ihre Ein-
richtung, Kriege, Bündnisse u. s. w. Es soll auch geschildert werden das sittliche und ge-
sellige Leben, dessen heitere oder trübe Färbung, der häusliche und öffentliche Ernst, die
eigenthümlichen Feste und Lustbarkeiten, Spiele, Schützengilden, Freischießen, Trinkstuben,
Zunftgelage, Tänze, Gymnastik, Narrentheibung, Kleidertrachten, Frauenhäuser u. s. w.
auch, was die Städter in Sprache, Kunst, ernster Wissenschaft, als Meistersänger, Lieder-
dichter, in ihren Singschulen beigetragen haben, um die Volkseigenthümlichkeit der Deutschen
am geistigsten gegenständlich zu machen und zu veredeln.

In den slav. Ländern haben die ursprünglich deutschen Städte sich wohl Vieles
von deutschem Wesen angeeignet, aber einerseits doch gewiß auch Eigenthümliches, Abwei-
chendes, schon wegen der Berührung und Verschmelzung mit dem Slavischen. Es wäre
sehr zu wünschen, daß sich Jemand der quellenmäßigen geschichtlichen Darstellung des Bür-
gerthums in unseren Ländern unterzöge oder doch Material hiezu gesördert würde, namentlich
aus den größeren Städten Brünn, Olmütz, Znaim u. a. Sie und da findet sich zerstreut
Material, insbesondere aus Iglau (von mir, Wolskron und Werner) und Neutitschein
(von Bed).

Die Germanen (und die Quaden, die ältesten Bewohner Mährens, waren solche) hegten eine unüberwindliche Abneigung vor dem städtischen Leben, als Beschränkung der natürlichen Freiheit, betrachteten die ummauerten Orte als Gräber, mit Fallstricken umstellt, zerstörten die an ihren Grenzen vorgesundenen römischen Städte (namentlich Wien, Linz, Passau, Regensburg, Salzburg u. a. in unserer Nähe, welche später auf Mähren Einfluß gewannen). Beschäftigung mit dem Landbau, das „Bauernleben“ im eigentlichen Sinne, schon von den Römern als das eines freien Mannes am würdigsten erachtet, bildet die Grundlage der germanischen Gesellschaftsverfassung; sie ging hervor aus dem freien, echten Eigenthum, dem „Freieigen;“ der gemeine Landeigentümer ist als wahrer ursprünglicher Bestand des deutschen Volkes aufzufassen. Zwar führten schon frühe Jahrhunderte aus behaglich-spröder Absonderung zum Zusammenrücken in Weilern, Dörfern, aber Städte, wenn wir darunter auch nur das räumlich-umschlossene Beieinanderwohnen von Familien verstehen, denen Grund und Boden nicht mehr das einzige Mittel des Unterhaltes ist, hat Deutschland vor dem 8. und 9. Jahrhunderte nicht gekannt. Nahe ein halbes Jahrtausend mußte verfließen, ehe aus dem deutschen Krieger- und Bauernleben, unter der stillen Einwirkung neuer Gesellschaftsverhältnisse, etwas Aehnliches sich gestalten konnte, als was am Rhein und an der Donau der Einbruch und die Ansiedlung der deutschen Stämme vernichtet hatte; ein Paar Jahrhunderte verstrichen wieder, ehe die neue Bildung das Innere Deutschlands bis in seinen Nordosten hin durchdrang; erst mit dem 14. Jahrhunderte stand die neue Freiheit unerschütterlich fest, und verlieh der Zeit das vorherrschende Gepräge.

Als die Völkerwanderung ein Ende genommen, die Franken ein mächtiges deutsches Reich gegründet, sehen wir seit der 2. Hälfte des 6. Jahrhunderts die Römerstädte aus und neben ihren Trümmern örtlich wieder entstehen, hervorgehoben durch königliche Pfalzen und Bisthümer, Klöster und Kirchen. Eine ungeheure Kluft öffnet sich aber in der Merowinger-Zeit noch zwischen der persönlichen Freiheit und Unfreiheit der städtischen Bewohner; erst in unmerklichen Keimen ist diejenige Gattung menschlicher Gesellschaft vorhanden, die ein Bürgerthum im höheren Sinne, aus der alten Volksgemeinde entstehend, allein möglich macht. Bewohner von Stadt und Land sind weder staatsrechtlich noch durch besondere Formen der Rechtsverwaltung unterschieden. Denn nicht das Aneinanderstehen der Wohnungen hinter schirmenden Mauern, nicht die Pflicht gemeinsamer Vertheidigung, nicht die kirchliche Gesellschaftsordnung, nicht die Blüthe des Handels und Gewerbefleißes, selbst nicht das Weichbild, als geschlossene Gerichtsbarkeit, durch Schöffen unter herrschaftlichen Schuttheißen gehandhabt, prägen den Begriff einer Stadt aus: die gemeinheitliche Verfassung, der Gemeinderath, in allen ihren nothwendigen Folgerungen, sind das Wesen des Bürgerthums.

Namentlich werden die Städte Flanderns von hoher Bedeutung und vordringend für den Entwicklungsgang, Handel, die Gewerbsthätigkeit und die ge-

meinheitliche Verfassung der deutschen Städte im engeren Sinne. Auch über jene Winkel gallisch-belgischer Erde hatte die Römerschaft sich befestigt, und waren an der armen Meeresküste, welche Morast, Teiche und Wald noch spät bedeckten; römische Ansiedlungen entstanden, deren Bewohner durch Handel und Anfertigung von Wollenarbeiten bis Rom hin sich Achtung erwarben. Germanische Stämme, Sachsen, Sueven und Franken, drängten sich schon seit dem 1. Jahrhundert ein und fanden Aufnahme; so wandelte sich im 5. Jahrhundert, wie anderwärts auf römischem Boden, der Bestand der Bevölkerung, und ward im 7. Jahrhundert als Fläminge, wie das Land als Fländern begriffen. Die niederdeutsche Sprache, die flämische oder deutsche, unterschied die Bewohner zwischen Schelde, Eys (Eys) und dem neuen Graben, an dessen Ausfluß Gravelingen liegt, von den Wallonen im Süden und Westen. Klobowig wurde schnell Meister der flandrischen Provinzen, und die Prediger des Christenthums begannen unter Dagobert I. gedeihlich ihre Arbeit mit der Anlage von Klöstern, denen die Reste römischer Burgen zur Grundlage dienten. Wie überall, wuchs um Kirche und Burg, unbelauscht von der Geschichte, städtisches Leben. Es erwachte die alte Gewerbslust in Flanderns Ortschaften, besonders die Wollenweberei und die einträgliche Gerberei. Schon werden Gent (Gand), Brügge, Ypern u. a. Städte Flanderns, die so mächtig auf unsere Entwicklung eingewirkt, erwähnt. Sie erblühen so beispiellos schnell, daß sie mit dem Jahre 1127 als vollkommen politisch ausgebildet und berechtigt hervortreten und als staatlich fast unabhängige Körperschaft eine Vollmacht ausüben, deren Rückwirkung sich welthhin verbreitet.

So viel war durch die Merowinger bis in das erste Drittel des 8. Jahrhunderts für Städte und kirchliche Schöpfung in den ehemals römischen Provinzen am Rheine und an der Donau verrichtet; das innere große Germanien dagegen verharrte noch in seiner ursprünglichen bäurisch-heidnischen Gestalt.

Die Zeit der Karlinger verband alle Stämme Großgermaniens zu einem politischen Ganzen; dehnte die Marken desselben über undeutsche Völker aus; erhob den christlichen Glauben zur Herrschaft; veredelte die rohen Deutschen durch Künste und die Anfänge der Gelehrsamkeit; genügte einem unabweislichen Bedürfnisse fortschreitender Lebensverhältnisse durch Anordnung für Handel und Verkehr und neue Bahnen desselben; beförderte den Ackerbau, schuf räumlich die Grundlage zahlreicher Städte; hat aber absichtlich nichts für das Gedeihen des Bürgerthums gethan, ja durch Ausbildung des Lehenwesens und den schärferen Zwang des Heerbannes über die Landwehrpflicht hinaus dem Volksmuth schwere Wunden geschlagen, die schon versehrte Gemeinfreiheit merklich gemindert. Karl der Hammer († 741) hatte die deutsche Kirche bis auf Sachsen gegründet, welche Bonifacius († 753), der Apostel der deutschen, vollendete. Durch ihn gewann Mainz das Primat über alle deutschen Völker: (nachher auch Röhren), entstanden die neuen Bischofsitze in Würzburg, Eichstädt, Erfurt, Passau (unter welchen Röhren kam), Salzburg, Freisingen und

Regensburg, entstand (744) das berühmte Kloster Fulda, bald die Hochschule für die kirchliche und wissenschaftliche Bildung der deutschen Geistlichkeit. Karl der Große (771 — 814) errichtete nach blutigen Feldzügen 8 Bistümer in Sachsen. Neben den Bischofsitzen und Klöstern erhoben sich allmählig städtische Ortschaften. Noch sichtbarerem Gedeihen ruhte auf den königlichen Pfälzen (Aachen, Mainz, Worms, Frankfurt am Main u. a.).

Die alten Städte an der Donau, in Schwaben und Baiern wuchsen durch Karls Staatseinrichtungen und Erobererzüge nicht minder an Bedeutung. Die Erweiterung des Frankenreiches über die Enns, wo die Ostmark entstand und deutsche Bevölkerung der Grund zum deutschen Oesterreich legte, zog längst verschollene oder jüngst aufgeschlossene Orte ans Licht, Wien, Leob., Fulk., Möll, Traismauer, Mautern.

Der ausländische Handel wurde ein wichtiges Beförderungsmittel des Städtewesens; der Verkehrszug von außen zwang die Altbewohner selbst wider Willen und Neigung, dem spröden Bauernleben zu entsagen, und weckte eine Betriebsamkeit, die durch kirchliche Einrichtungen, durch gesteigerten Ackerbau auch im Innern herbeigenöthigt, dem einförmigen, starren Gesellschaftszustande die wohlthätigste Beweglichkeit zum Geseze machte. Ueber alle Geschichtsfunde hinaus waren die Slaven, die über den breiten Osten Europas und bis tief in Mitteldeutschland hinein, bis zur Saale und Mulde, den Quellen des Rheins, den Thälern der Rhenis und südlich von der Donau bis in die Gebirge der Enns, Mur und Drau sich erstreckten, die Zwischenhändler eines Verkehrs geworden, welcher auf längst verschollenen Straßen die begehrten Waaren des Ostens über Constantinopel, die unverächtlichen Erzeugnisse der weiten Slavenlande vom schwarzen Meere und dem kaspischen nordwärts bis zur Ostsee den fränkischen Ländern allein vermittelte, da die Araber seit dem 7. Jahrhunderte das Meer inne hatten und selbst Karls Flotten nur seine Küsten zu sichern dienten. Den Binnenverkehr ins Leben zu rufen, unterließen die klugen Geistlichen in Stiften und Klöstern nicht, bei Gelegenheit großer Feste ihrer Schutzheiligen einen Markt einzurichten, und das Zoll- und Münzprivilegium unschwer zu erwirken. So ward Hochmesse und Markt als Messe gleichbedeutend ¹⁾).

Schon beim ersten merklichen Aufkeimen der Städte sind Juden thätig und der Ausdruck Jude bedeutete schon unter den sächsischen Kaisern mit Kaufmann Gleiches (Barthold I. 8 — 70).

Um die inneren Bezüge, die Rechtszustände und Verfassung der neuen Orte zu ermitteln, müssen wir uns die allgemeinen Gesellschaftsverhältnisse des deutschen Staates gegenwärtig halten. Die Herrschaft Kaiser Karls führte die

¹⁾ Schon in der Zoll-Schiffahrts- und Stappelordnung Ludwigs vom Jahre 906 für Slaven und Baiern, auf der Donau, Traun und Enns heißt es: wer auf die Messe der Mährer (ad mercatum Moravorum) zieht, entrichtet einen Solidus vom Schiffe, jüdische Kaufleute aber, woher sie immer seien, geben den vollen Zoll.

Umbildung der alten Volksverfassung, die schon zu wanken anfang, weiter hinaus. Die alte Gewohnheit der Gefolgschaften hatte ein System von persönlichen und Privatverhältnissen vieler Freien und Adeltigen zum Könige begründet, das schon im 11. Jahrhunderte als Lehnwesen bezeichnet wurde. Freie und Adeltige, in die Kriegsdienste der Fürsten getreten, erhielten dafür Grundstücke in der Regel auf Lebenszeit, und waren als Vasallen persönlich dem Aufgebot des Herrn auch zu dessen Privatkriegen verpflichtet, während die übrigen Standesgenossen, unabhängig auf ihrem Erbe sitzend, nur den Reichsdienst, welcher dem Könige auf Reichsversammlungen bewilligt war, leisteten. Karl der Große stellte aber die allgemeine Verpflichtung zum Reichsheerdienste, nach dem Maßstabe des Grundbesitzes eines jeden, sei es an Lehen oder Erbgütern, fest, und ordnete, wie seine Nachfolger, an, daß jeder Freie sich einen Schutzherrn, Senior, wähle, unter dem er zum Kriege zöge. So verwischte sich allmählig der Unterschied der Verpflichtung zum Heerdienste für den König und für das Reich. Weil aber der Besitz das Maß des Dienstes wurde, und von kleineren Hofeigenthümern nicht der volle Dienst gefordert werden konnte, sondern mehrere derselben einen aus ihrer Mitte gemeinschaftlich ausrüsteten, entzöhnten sich die besitzloseren Gemeinfreien gar bald der kriegerischen Beschäftigung, und übergaben, schutzlos unter schwachen Königen, bedrängt von den mächtigeren Vasallen, den Trägern der Aemter des Staates und Hofes, ihre bisher freieigenen Güter, willig oder gezwungen, jenen Großen, um sie als Lehen oder Hinterlassen ihrer Herren zurückzuerhalten. So wurde ein Theil des Volkes nach dem andern waffenlos und unterthänig. Dazu kam der fromme Sinn unzähliger freier Leute, welche sich und ihr Eigenthum der Kirche schenkten und dasselbe entweder als Kirchengut zurückempfingen oder im Verhältnisse der Zinsbauern der Kirche, des Stiftes, die früher eigenen Höfe bebauten.

Der Reiterdienst, welcher im Laufe der nächsten Jahrhunderte die Kampfart der Reichsfeinde (namentlich der Ungarn) zu fast ausschließlicher Kriegsgattung machte, erforderte mehr Vermögen und eine kriegerische Uebung, welche sich nicht mit ländlicher Beschäftigung vertrug; so ward der Stand der Gemeinfreien immer mehr herabgedrückt und würde bei dem Andrängen des waffenlustigen Adels ganz untergegangen sein, wenn nicht zur Zeit der höchsten Gefahr der Entwürdigung des einst so streitbaren Volkes die aufkeimende städtische Freiheit einer großen Zahl einen Zufluchtsort geboten hätte.

Unter den Merowingern und Karlingern stellte sich statistisch fest, die ursprünglichen, an Umfang ungleichen Gaue in Hunderte oder Cente, diese in Markgenossenschaften zu theilen, welche aus einzelnen Dörfern, Weilern und mehreren Höfen bestanden. Den Gerichten der Gaue, als den höchsten, saßen die Gaugrafen, den Centen die Centgrafen, doch nur für die niedere Gerichtsbarkeit, den Markgenossenschaften die Schultheissen vor. Alle diese Beamten hatten auch die Pflicht, die ihnen untergeordnete Mannschaft ins Feld zu

führen. Nur der Besitzer eines echten, freien Eigenthums, das unter der Gesamtbürgerschaft aller freien Gaugenossen stand, fand seine rechtliche Vertretung in den Gaugerichten, Gaubingen; die zum Hofe gehörigen Leibeigenen, Hintersassen dagegen unterlagen der Gerichtsbarkeit des Hofherrn, dem sogenannten Hofrechte, und wurden, als Hörige außerhalb der freien Gemeinde stehend, wiewohl nach verschiedenen Abstufungen bald eines besseren, bald eines schwereren Hofrechtes theilhaftig, gegen Freie vor dem Gaugerichte durch den Herrn vertreten. Nach uraltem Brauche waren die Richter nur Vorſitzer des Gerichtes und Vollstrecker des Urtheils, welches die Schöffen fanden, und, nothwendige Standesgenossen der Parteien, für alle rechtlichen Verhältnisse Weisungen gaben. Die Schöffengerichte (deren sorgfältige Wahl schon Karl 809 empfahl) sind die Grundlage der ältesten Freiheit; die Bezeichnung eines schöffensfreien Mannes schloß das echte Eigenthum und die freie Abstammung ein.

Die Grundzüge dieser Rechtsverfassung gingen auf die neuen städtischen Anlagen über, die vor der Abschließung des Reichbildes in der sächsischen Periode, unter dem Namen civitas, auch noch die nächste Landschaft umfaßten und sämmtlich königlich waren, ehe die Bischöfe und Aebte oberherrliche Rechte erwirkten.

Zu Folge der staatsrechtlichen Sonderung der Nation in zwei große Klassen, Freie und Unfreie, auf Eigenthum oder Eigenthumslosigkeit begründet, war die Gattung von Menschen noch gar nicht vorhanden, aus denen eine neue, gemeinheitliche Freiheit sich bilden konnte, insofern Grundeigenthum zum Gemeinderechte, Volksgerichte unerläßlich war; die Ermöglichung des Daseins einer persönlich freien Mittelflasse zeigte sich nur in Leuten, die zwar ihr Eigenthum, nicht aber ihre persönliche Freiheit eingebüßt hatten und, unter den Schutz der Königspfalz oder Kirche geflüchtet, ohne von Grund und Boden ihren Unterhalt zu ziehen, als Kaufleute, durch bürgerliche Beschäftigung, fabrikartigen Verkehr mit den Erzeugnissen des Handwerkfleißes emporstrebender Leibeigenen, durch Feld- und Gartenbau, einen Raum für rechtliche Geltung sich öffneten. Dergleichen Leute hießen Königsleute, traten ursprünglich unter Hofrecht, wurden zinspflichtig und, dinglich unfrei, persönlich mit beschränkter Freiheit, dem Ehezwange und dem Veshaupte unterworfen. Doch gingen aus ihnen die ältesten Bürger im heutigen Sinne des Wortes hervor, als das nuzbare Eigenthum derselben im Laufe der Zeit allmählig in wirkliches sich verwandelte. Sie bildeten alsdann die Gemeinde, zu der auch die im Stadtbezirke ansässigen Ministerialen (Dienstmannen), d. i. welche den persönlichen Dienst des Königs verrichteten, die Gefälle des Königshofes verwalteten, gerechnet wurden; ihnen allein lag die Wahl der Gemeindevorsteher ob. Ihre freie Herkunft sicherte ihnen besondere Ehrenvorzüge und Auszeichnungen vor den hörigen Handwerkern zu; da sie den Gerichtsstand ihrer Geburt ansprechen konnten, sie aber, ihrer dinglichen Unfreiheit gemäß, unter

dem königlichen Verwalter und Richter der Hörigen standen, der später unter dem Namen Voigt (advocatus) erscheint, muß dieser Richter schon früher Freie ihrer Art zu Weisern, Schöffen, gehabt haben. Dies ist der Ursprung der Schöffengerichte, die auch bald als Verwaltungsbehörde heraustraten. Als Bischöfe und Äbte in der ersten Karlingerzeit für ihr Gebiet die Regalien, die Immunität, d. h. die Befreiung von allen öffentlichen Leistungen und von der Rechtsgewalt der Grafen und anderen öffentlichen Beamten erwirkten, und auch über die in ihren Städten sesshaften Gemeinfreien auszudehnen mußten, entstand so gegen Ende des 10. Jahrhunderts das Weichbild, das Stadtrecht, der erste Schritt zur Municipalfreiheit. Durch diese Königsleute stellte sich statt der beiden früheren Bewohnerklassen der königlichen Städte, der Ministerialen und der Masse der Leih-, Zins- und Hofhörigen, der später zünftigen Handwerksbürger, ein dritter, mittlerer Stand. Aber auch die hörigen Handwerker, welche zu persönlichen Frohnden für den König und, nachdem die Bischöfe die Ausübung der meisten Regalien erlangt hatten, für den geistlichen Oberherrn verpflichtet waren, mochten, von der Gemeinde ausgeschlossen, bei wachsendem Selbstgeföhle, nicht länger in so menschenunwürdiger Stellung beharren. Sie scharten sich unter dem Schutze des Hofrechtes in Genossenschaften und Zünfte, zumal früh in Straßburg (Barthold I. 38 — 40), und rangen, wie die Königsleute, Glieder der Gemeinde zu werden. Im 9. Jahrhunderte hatte sich das Handwerk, das früher auf den einfachsten Bedarf des Hofherrn sich beschränkte, bereits mannigfach getheilt und in einzelne Gewerke gespalten (Berlepsi S. 6 — 17).

Den größten Theil der Bevölkerung der Städte bildeten die hörigen Leute, welche schlechtweg Einwohner genannt wurden, gegenüber den Freien, welche sich vorzugsweise Bürger nannten. Unter die Klasse der Einwohner gehörten vor allen die Handwerker, daher finden wir selbst noch in späteren Jahrhunderten, als der Handwerker nach und nach befreit und dem früher Freien fast gleichberechtigt da stand, immer noch einen Unterschied zwischen Bürgern und Handwerkern¹⁾.

Was die Aemter in Pfalz- und Bischofsstädten in dieser Zeit (9. und 10. Jahrhunderte) betrifft, bekleidet der Voigt, welcher den Blutbann im Namen des Königs übt, die höchste Macht; diese Würde deutet auf die Grafen hin, als bereits die Gauverfassung sich aufzulösen begann. Dann folgt der Burggraf, dem polizeiliche Dinge obliegen, der Schultheiß (scultetus) sitzt dem Gerichte vor; neben ihm haben Zöllner (colonearius) und Münz-

¹⁾ Der Name Bürger war noch im 14. Jahrh. in der Kanzleisprache der Name einer besonderen Klasse, die den Rang gleich nach den Rittersn und vor den Zünften hatte. In der Bülchersprache kommt sie unter der Benennung: Ahtbürger, Geschlechter, Patricier, Senatoren-Familien u. s. w. vor. Auch in den Kleiderordnungen von 1497, 1498 und 1500 haben die Bürger größeres Recht als die Handwerker (Berlepsi S. 21).

meister (monetarius) ihre Stellen als Ministerialen, mit vielfach in einander greifenden Wirkungskreisen.

So sehen wir in der inneren Städtegeschichte fürstliche Lehnsleute, die vom Lande in die Städte gezogen, die Bahn brechen; wie sie draußen geboten, so wollen sie es auch drinnen. In ihre Fußstapfen folgen jene Rittersleute, als begüterte, altbürgerliche Geschlechter, mit städtischen, auch wohl mit ländlichen Grundstücken angesetzt und, wie in flandrischen und rheinischen Städten, zugleich auch Kaufleute. Lange bilden sie die Gemeinde allein, sie, als Bürger sich ausschließlich begreifend, leiten das Stadtwesen. Das Erscheinen eines Gemeinderathes unter dem aus Italien mit der Sache selbst überkommenen Titel „Consules“ (gegen Ende des 12. Jahrhunderts) bahnt den Weg zum neuen Umschwunge. Fleiß, Wohlhabenheit, günstige Genossenschaft, und Ueberzahl, der Hinblick auf Italien erregen und steigern aber allmählig auch im Gewerbe stande das Rechtsgefühl. Getrieben von trotzigem Selbstbewußtsein drängt dieser vorwärts und erkämpft, freilich erst über das 13. Jahrhundert hinaus, nicht ohne blutige Stürme Antheil an der Stadtverwaltung, oft auch zeitweise die Oberherrschaft.

Die Grundneigung der germanischen Natur, in engeren Vereinen sich zusammenzuthun, erzeugt sehr bald Vereine, Genossenschaften, Gilden. Da so eiblich bestärkte Verbindungen der weltlichen Regierung Sorge vor staatsgefährlichen Zwecken erregten, verbot oder beschränkte sie schon Karl der Große (779, 794). Der Schutz und die größere Sicherheit, welchen in den Zeiten vielfach bedrohter Gemeinfreiheit der Verein, welchen mindermächtige Freie mit einander schlossen, gegen Mächtigere bot; die Möglichkeit, durch gemeinsame Vertretung des Einzelnen, durch gemeinsame Anstrengung einen wünschenswertheren Zustand, freiere Beweglichkeit zu erlangen, oder den Genuß streitiger Rechte sich zu sichern, mochten politische Schutzgilden hervorrufen; sie erweiterten sich im Verlaufe der Jahrhunderte in Städten, wo sie allein Raum zur Bethätigung fanden, zum Umfange politischer Bündnisse, um einer Gesamtheit die höheren staatsbürgerlichen Rechte zu erkämpfen. Im Verfolge eines so nachhaltigen demokratischen Ringens bildeten sich wirklich in einigen romanisch-germanischen Ländern die freien Communen, die Gemeinheitsverfassung der Landeshoheit gegenüber; so gewaltsame Entwicklung, so trotziges Heraustreten vom geschichtlichen Boden bezeichnet während des 11., 12. und 13. Jahrhunderts den Aufschwung auch der deutschen Städte und findet als Ziel im 2. Hauptstadium der Entwicklung den „Gemeinderath“, die Consules nach dem Vorgange Italiens. Deshalb betrachteten auch deutsche Kaiser, die, wie die Hohenstaufen; im Bürgerstande sonst ein wohlthätiges Gegengewicht gegen weltliche und geistliche Fürsten erblickten, die Communen als Verschwörungen und verboten sie, wie die beiden Friedrichs, um hohe Strafe; weil die Zünfte der Handwerker im engeren Gebiete stürmisch nach bürgerlicher Geltung aufstrebten,

konnte Friedrich II. noch weiter zurückgehen, und, außer den Bündnissen der Gemeinen untereinander, auch die Einigungen und Olieber der Handwerker, mit Ausnahme der Münzer, verbieten (1158, 1219, 1231, 1232). Die Gilden der altgesessenen Bürger, der Reichen, Kaufleute, hatte, als Widerpiel, die Zünfte der noch hörigen, frohn- und zinspflichtigen Handwerker im Dasein gefördert, die früh, doch noch unbewußt, sich mit dreifacher Richtung durchdrangen: die Erzeugnisse ihres Fleißes als Frucht sicher zu stellen, die Wehrhaftigkeit als unveräußerliches Gut des Mannes wieder zu gewinnen, und Theilnahme am Staat sich anzueignen, Gemeinheitsverfassung zu begründen (Barthold I. 72 — 86, Raufschnit I. 20 — 29).

Als im Jahre 911 mit Ludwig dem Kinde der deutsche Zweig der Karlinger erlosch, war Deutschland schwachvoll die Beute wilder Nachbarvölker, der Dänen, Wenden und Ungarn, welche Arnulf unbedachtsam 892 gegen das mährische Reich zu Hülfe gerufen und dieses kurz nachher (906) zerstörten, so wie innerer Geseßlosigkeit, ohnmächtig und waffenlos in seinen Gliedern. Heinrich, „der Städtegründer,“ welcher (918) die Reihe der sächsischen Kaiser eröffnete, erwarb sich um das städtische Leben das große Verdienst, daß er, so lange noch nicht eine der Fachtart der Ungarn gewachsene Landwehr sich gebildet und der Volksmuth gehoben war, für die Sicherheit der Grenzen und als Zufluchtsstätte der Bewohner schugloser Marken schon vorhandene Orte stärker befestigen oder neue Burgen aufführen ließ. Seinen militärischen Einrichtungen ist zuzuschreiben, daß das Volk in ganz Deutschland, obwohl der Haupttheil der Städtebewohner nicht waffenfähig war, kriegerisch aufgeregt wurde, kampfgeübte und waffenlustige Gesellen auch der zahmeren Bevölkerung einen Muth mittheilten, welcher im nächsten Jahrhunderte dem bewußten Bürgerthum Schild und Schwert für die höchsten Dinge des deutschen Staates in die Hand gab, nachdem die große Niederlage der Ungarn am Lech (955) die Gefahr Deutschland's längst abgewendet hatte. Wie Heinrich's Waffen deutschem Leben den ersten Zugang nach der Hauptstadt der Czechen, nach Prag, eröffnet, wurde sein Sohn Otto I. (936 — 973) der Gründer Magdeburg's als Hauptstadt, welche später so großen Einfluß auf unsere Länder geübt, erstand unter ihm wieder Hamburg, nahm Bremen glänzenden Aufschwung, wurden neue Bisthümer errichtet, die weltliche Hoheit der Bischöfe begünstigt.

Otto III. erhob (1000) Gnesen zum Erzbisthume und unterwarf ihm die slavischen Bisthümer Krakau, Breslau und Kolberg. Der inneren und äußeren Wirren ungeachtet bezeichnet doch gerade Heinrich II. Regierung (1002 — 1024) eine Heranbildung des städtischen Lebens, welches um die zweite Hälfte des 10. Jahrhunderts bereits als ein waffenberechtigtes Bürgerthum überraschend sich offenbart. Der nicht eben ruhmvoll beendete Krieg mit Boleslaw und dem anmassungsvollen Königthum in Polen schließt

uns das innere Gebiet zwischen Elbe, Oder und Warthe auf und zeigt uns städtische Ansiedlungen im Wendlande und in Schlesien, die wie Zerbst, Jüterbog, Baugen, Kroffen, Glogau, Breslau, Nimptsch, „die erste deutsche Niederlassung im Lande der Sudeten,“ und andere bald neue Entwicklungskeime aufnahmen.

Die großartigeren Verhältnisse, in welche das deutsche Kaiserreich, durch Otto I. gegründet, zu den Völkern und Staaten der christlichen Welt, namentlich zu Italien und Griechenland, trat, die ausgedehnten, wenn auch nicht immer behaupteten deutschen Marken im Norden und Osten, die gebieterische Einwirkung der deutschen Kirche auf bisher dunkle heidnische Nationen mußten die Handelsbeziehungen mehren und diese dem steigenden Bedürfnisse begegnen. Die Lebhaftigkeit des inneren Verkehrs bezeugt die zahlreiche Verleihung von Markt- und Münzrecht, die Wichtigkeit von königlichen Zollstätten an den Wasserstraßen des Reiches. Schon vor den Kreuzzügen ging eine Verzweigung des großen Verkehrs, dessen Stamm Constantinopel war, an der Donau auf und abwärts bis ins Herz von Europa; nach der Zerstörung des avarischen Reiches nahmen die Ungarn die Stelle desselben ein (schon vor 1038 besaßen sie eine Kirche in der mächtigen Handelsstadt Constantinopel). Ehe Wien sich erhob, bis ins 13. Jahrhundert, behauptete Regensburg den Vorrang als Vermittler jenes Verkehrs zwischen Osten und Westen; bald auch in den Norden hinauf; Nürnberg's, Prag's und Breslau's späteres Erwachsen als Handelsstädte leitete den Verkehr mit den Handelszeugnissen Asiens in den Norden Europa's, welcher noch im 10. und 11. Jahrhunderte eine andere Straße einschlug, und erst in der Höhe des Mittelalters seinen Weg von Venedig aus über Wien, Regensburg, Augsburg, Nürnberg, Prag, Breslau an die baltische Küste fand. Aus den lebenskräftigen Städten der gesegneten Lombardei zogen die Saumrosse durch die finsternen Tiroler- und Schweizer-Alpen nach Baiern, Schwaben und Franken und weckten überall auf ihrem Wege städtische Betriebsamkeit.

Als merklliche Folge fleißiger Bearbeitung der Silberbergwerke im Harz tritt im 11. Jahrhunderte eine Fülle des edlen Metalls, als Verkehrsmittel und zu Kunstgegenständen hervor, „als sei das goldene Zeitalter angebrochen.“ Goslar war der Hauptort für den Bergbau, später Freiberg, woher wahrscheinlich der erste Betrieb des iglauer Bergbaues ausging (Tomaschek S. 63). Gleich fleißig wie die unerschöpflichen sächsischen wurden die Salinen in Schwaben, Baiern und Salzburg betrieben, wichtig für Mähren, das mit seinem Salzbedarfe seit tausend Jahren an die österr. Länder gewiesen ist (Kurz, Gesch. des Handels S. 8; Muchar, Steiermark IV. 240, 245; Priß, Oberösterreich, I. 394, 396).

Betrachten wir den Zustand der älteren Städte beim Schlusse der sächsischen Periode (919 — 1024), so sehen wir, daß sie, bis auf Königspfalzen und die wenigen fürstlichen Städte, unter die mittelbare Hoheit der Bischöfe,

Rebte und Rebstifflinnen gekommen waren, und in Folge der Immunität unter dem Reichsbildrechte von den Landgemeinden sich abgeschlossen hatten. Die Verschiedenheit des Rechtes der Ministerialen, Königsleute, Zinspflichtigen, Hofhörigen, glich sich unter dem kirchlichen Gebieter aus, welcher in der Ottonenzeit die alleinige Gerichtsbarkeit und den Besitz der vorzüglichsten Regalien in seinem Sprengel, zumal in den ummauerten Städten, erwirkt hatte; „unter dem Reichsbilde leben,“ wahrscheinlich so genannt von den geweihten Heiligenbildern, welche ihren Umkreis bezeichneten, heißt unter das erweiterte Hofrecht gestellt sein. Sein Gewinn war: Ausdehnung der Mittelfreiheit oder der dinglichen Unfreiheit, aber persönlichen Freiheit; Geltung des altgermanischen Schöffenthums, welches unter dem Voritze des herrschaftlichen Boigts, Schultheißen oder Burggrafen das Urtheil wies, und dieses hochwichtige Unterscheidungsmerkmal der freien Volksgemeinde sicher stellte; ferner an Stelle des früher nur nutzbaren Eigenthums der Hofhörigen ein dem echten sich annäherndes; Wehrhaftigkeit, das Recht des Gerichtskampfes, welches wenigstens den sogenannten Gottesleuten in manchen bischöflichen Städten zustand; endlich ein gemessener Antheil an der Polizeigewalt und der inneren städtischen Verwaltung, besonders in Bezug auf den Markt. Die Schattenseiten dieses Verhältnisses sind aber: bald mehr, bald minder drückende Frohnden für den Herrn, zu welchen die verschiedenen Gewerbsklassen verpflichtet waren; der Ehezwang, als Fessel der freien Heirath; das Besthaupt (Budtheil, Mortuar) welches den beweglichen Nachlaß des Verstorbenen nicht ohne Verkürzung an die natürlichen Erben gelangen ließ (Barthold I. 98 — 163. Vergleiche damit das alte mährische Land- und Stadtrecht bei Tomaschek S. 4 — 15, welches erst zu Anfang des 13. Jahrhunderts aufgezeichnet wurde, aber aus viel älterer Zeit stammt).

Die Herrschaft des geistigreich begabten fränkischen oder salischen Kaisergeschlechtes (1024 — 1125) umkleidete das deutsche Reich mit einem über halb Europa gebietenden Ansehen, steigerte die Macht des Oberhauptes auf den Gipfel, vermehrte die Wohlhabenheit der Nation durch fleißigeren Ackerbau in Folge neuer, fester Besitzverhältnisse, und rief unter dem aufstrebenden Bürgerthum eine öffentliche, politische Meinung hervor, welche sich im weltgeschichtlichen Kampfe zwischen dem geistlichen und weltlichen Schwerte bethätigte. Diese hundert Jahre bilden deshalb, obwohl inmitten entsetzlicher Bürgerkriege, einen wichtigen Abschnitt im Fortgange des Städtewesens und bedingen, unter dem Einflusse der Kreuzzüge, jene Umgestaltung der städtischen Verfassung, wie sie sich als gemeinheitliche Freiheit während der italienischen Kämpfe der Hohenstaufen aufschwingt.

Als die wichtigste Veränderung in den inneren Verhältnissen tritt hervor die Gründung eines zahlreichen, kleineren Landbesizes, indem Conrad II. die Kriegslehen erblich in den Familien machte

und in diesem Sinne auch die Lebensverhältnisse in Italien ordnete (1037). So demüthigte er einerseits die Willkür der Großen und gewann die niederen Dienstleute als Stützen, förderte anderseits durch solche Umgestaltung des Grundeigenthums den Ackerbau, indem der niedere Adel im erblichen Besitze einen natürlichen Anreiz fand, seine Hufen fleißiger zu bestellen und neue Zweige der Landwirthschaft zu erfinden.

Solche Betriebsamkeit ging Hand in Hand mit der städtischen; Vermehrung der gesellschaftlichen Bedürfnisse belebte Gewerbe und Handel; die Städte konnten erst gedeihen, sobald der Landbau eine höhere Vollkommenheit erreicht hatte. Solcher Fortschritt, insbesondere der Rheinstädte, innerhalb zweier bis dreier Geschlechtsalter gab sich überall, auch in den Zunftverhältnissen kund, die ausgebildet waren, wenn gleich die urkundliche, obrigkeitliche Verleihung oder Bestätigung der Handwerker-Innungen erst in die Mitte des 12. Jahrhunderts fällt.

Dem Schluß dieser Zeit gehört an das älteste mit Jahresangabe vorhandene Stadtrecht, nämlich jenes von Freiburg im Breisgau (1120), welche neue Schöpfung des Bürgerthums, maßgebend für zahlreiche Nachbildung nah und fern, den Trieb neuer städtischer Bildung über ganz Alemannien und das deutsche wie welsche Burgund verpflanzte. In diesen Statuten erscheinen zum ersten Male in Deutschland „Consules,“ zu einer Zeit, in welcher der neue Name mit der neuen Freiheit selbst in Italien erst aufkam. Sie bildeten aber noch keinen Gemeinderath, waren keine Rathmänner im späteren Sinne, sondern nur jene (auch in Brunn vorkommenden) 24 Marktgeshworenen, Schöffen, welchen auch die Polizeiverwaltung oblag.

Hatte das rheinländische Bürgerthum vor jenem der östlichen Reichsgebiete einen Vorsprung, so war noch mächtiger fortgeschritten Flanderns Städtewesen; von jenem fernen Saume deutscher Erde dürfte zuerst die belebende Kraft ausgegangen sein, welche dann über Köln und das westliche Deutschland erweckend wirkte und am spätesten, schon abgeschwächt, im Osten sich spüren ließ. Für Bländerns Poorte (Städte, nicht Häfen), Gent, Brügge und Ypern, finden wir am frühesten den Inbegriff und Vollgenuß aller derjenigen privatrechtlichen und persönlichen Freiheiten in ihren alten „Reuren“ (Willküren), jene städtischen Verfassungselemente schon beisammen, welche auch die bevorzugtesten deutschen Gemeinwesen erst nach und nach errangen; aus Bländern, dem Schooße der ältesten Art städtischer Freiheit, muß, obgleich die Urkunden schweigen, durch die stille Geschäftigkeit des Handels und Gewerbes für das innere Deutschland ein Anstoß erfolgt sein, welcher der gewaltigen Bewegung aus Lombardien und Toskana, die durch alle germanischen Stämme zudröhte, begegnete, und um die Mitte des 13. Jahrhunderts das mittelalterliche Bürgerthum auch in Deutschland zur vollendeten Erscheinung brachte (Ueber die Verbindung der genannten flandr.

Städte auch mit Mähren und Schlesien S. meine Geschichte von Brünn S. 102; Ischoppe und Stenzel S. 141, 162, Köppler 388, 389, Bischof S. 12, 52, Tomaszek S. 25). Die flandrischen Städte hob frühzeitig die hohe Blüthe der Gewerbe, zumal der Tuchweberei und Färberei, dann der Gerberei und des Handels. Flanderns Vororte Gent und Brügge sahen in ihrem Hafen am Swyn (um 1180 durch starke Deiche gebildet) und bei dem Hafenorte Dam den Welthandel des nordwestlichen Europa's zusammenfließen; der Grund der „vlämischen Hanse,“ das Vorbild der deutschen, wie das Wort selbst als Bezeichnung einer Verbindung, deren Glieder Beiträge entrichteten, zuerst in vlämischen Urkunden 1126 genannt, war schon im 12. Jahrhundert vorhanden. Freiheiten und Privilegien, in sogenannten Reuren, den Gemeinden von volksfreundlichen Grafen zugesichert (älteste von St. Omer 1126, Gent 1176, 1192), steigerten das eifersüchtige Rechtsbewußtsein der Poorter; sie besaßen den größten Theil des sonst gräflichen Stadtgebietes eigenthümlich, wenn gleich noch spät kirchliche und weltliche Immunitäten innerhalb derselben Mauern neben dem Schöffenthum sich erhielten. Die ursprünglich rechtlichen Unterschiede zwischen großen Eigenthümern, deren Höfe im Stadtgebiete noch befestigt waren, den ursprünglich freien, welche Großhandel und Fabrikwesen betrieben, den zinsbaren, kopfzinsigen Leuten, den Unfreien, welche noch das Vestsaupt zahlten, glichen sich doch bei wachsender Wohlhabenheit unter einander aus; ehe das Zunftwesen sich vollkommen ausgebildet, gab es eine hohe Bürgerschaft, eine erste Gilde, die als Poorters vorzugsweise begriffen, fast alle Kaufleute auch bei adeliger Herkunft und adeligem Besitze, Schöffenbank und städtische Aemter aus sich besetzten, aber als Gewerbetreibende der niederen Bevölkerung nicht so junkerhaft schroff gegenüber standen. Schon im Jahre 1164 erhoben sich in Gent die Zünfte der Wollweber, Tuchwirker, Fischer und Fleischer, mußten jedoch noch über ein Jahrhundert nach politischer Verechtigung ringen. Gemessene Kriegsdienste zur Vertheidigung der Grafschaft und der Rechte der Landesherren bezeugen die frühe Wehrhaftigkeit der Städter. Allgemeingültige Grundzüge des flandrischen Städtewesens waren: der bleibende Stellvertreter des Grafen, der Bailli, ordnete sich den Schultheißen oder Amman unter; Raden, Radmannen bestanden in schwankender Amtsthätigkeit neben den Schöffen, lange vor förmlicher Anerkennung, als Stellvertreter der Gemeinde, gegenüber den Schöffen, den Repräsentanten der Poorters. Die Schöffen bekleideten ihr Amt lebenslänglich, bis 1209 sie jährlich gewählt wurden.

Tritt auch früh eine Abtrennung des kostbaren Deutsch-Fländerns vom Mutterlande ein, so wird doch zum Ersatze im Nordosten ein weiterer Raum gewonnen, das Gebiet der Wenden am baltischen Meere und in Pommern, zwischen der Oder und Weichsel, jenseits welcher, wie die Oder aufwärts, im Laufe des 12. und 13. Jahrhunderts der Boden einer großartigen deutschen Colonisation, der Verpflanzung deutschen Städtewesens

wesens gewonnen wird (Barthold I. 164 — 241, Warnkönig, flandr. Staats- und Rechtsgeschichte bis 1305).

Um die Mitte des 12. Jahrhunderts, mit dem Zeitalter der Hohenstaufen, beginnt das deutsche Bürgerthum unter dem Einflusse weltgeschichtlicher Ereignisse zu einer vollkommeneren Freiheit sich aufzuschwingen und mit wunderbarer Kraft weit über die Grenzen deutscher Stämme sich auszudehnen. Absichtslos, schwankend, oft im Widerspruche mit sich selbst, werden die Hohenstaufen durch die Macht geistiger Verhältnisse getrieben, auch diesseits der Alpen einen Bildungsgang zu fördern, den in Italien nieder zu halten, sie vergeblich die reichsten Gaben daran setzen. Wir sehen das Schöffenenthum der hohen, vorzüglicheren Bürgerschaft als richtende und verwaltende Behörde wandeln und den „Consules“, Rathmannen, als Vertretung der Gemeinde, der mittleren Bewohnerklasse, den lang behaupteten Platz räumen.

Für den Umschwung der Bürgermwelt von der höchsten Wichtigkeit wurde Friedrich des Rothbarts nahe vierzigjährige Regierung (1152 — 1190). Um die Ereignisse zu würdigen, müssen wir den Gang der Entwicklung des städtischen Lebens in Italien und Frankreich andeuten.

Ganz in derselben Weise wie die altrömischen Städte diesseits der Alpen hatten die Städte Ober- und Mittelitaliens, schon unter den letzten Imperatoren vielfach auch im Innern bedrängt, aus der anfangs vernichtenden Periode der Longobardenherrschaft neue Keime der germanischen Volksfreiheit in die fränkische Zeit hinüber getragen; die rauben Eroberer, bereits im 8. Jahrhundert Italiener geworden, näherten sich früh den örtlich nicht zugehörten Städten und bildeten aus ihnen die Grundlage ihrer Gau- und Gemeinderesung. Die fränkische Reichsverfassung trieb das zurücktretende germanische Gepräge wieder auf; aus der Vielheit des Gerichtswesens ging die Einheit des städtischen Schöffenenthums hervor: die Auslösung der Grafschaft trennte Stadt und Land, und unter dem Schutze der geistlichen Immunität, im Reichsbildungsrechte, schloß sich schon in den Tagen des großen Otto die erste städtische Gemeinde. Die Periode der fränkischen Kaiser, die nachhaltigen Kämpfe zwischen weltlichem und geistlichem Schwerte Kaiser und Papst leiteten das Verhältniß der Städte zu den Bischöfen, näherten einander die zerstreuten Bestandtheile der Gemeinden, hohen Adel, niederen Adel und Volk (Kaufleute). Heinrich V. Tage sahen in Mailand, der reichsten und größten Stadt Oberitaliens, jene drei Stände als „Gemeine“ sich begreifen und in den Jahren 1107 — 1117 unter der regierenden, in keiner Weise vom Erzbischofe abhängigen, Stadtobrigkeit der „Consules“ das Werk der gemeindeeulichen Verfassung vollenden. Nach den drei Ständen unterchieden und aus denselben, wenn auch nicht in ganz gleicher Stellung, zusammengesetzt bezeugten dieselben den Ursprung der Stadtgemeinde aus der Vereinigung der Stände. Sie waren die selbsternannten Schöffen der drei Stände, die in der Regel jährlich wechselnde Urtheiler. Freilich konnte der hohe Erzbischof Otto von Freisingen, der Geschichtschreiber seines

großen Neffen Friedrich, nicht begreifen, daß die Städte „Leute von niederer Herkunft, ja gemeine Handwerker, die sich mit verächtlichen Handtierungen abgeben, welche andere Nationen von den freien und edleren Künsten wie die Pest ausstießen, zum Rittergürtel und zu hohen Aemtern beförderten,“ noch mehr, daß jenes anmaßungsvolle Bürgerthum die altadeligen Herrengeschlechter gezwungen in den städtischen Verband einzutreten. In allen lombardischen Städten, wie in jenen Tusziens und der Romagna, bildeten die Consules (12 — 20), der Rath und das Parlament oder die Bürgerversammlung die wichtigsten Bestandtheile der inneren Verfassung. Die Consules übten die Regierungsgewalt, diejenigen Hoheitsrechte aus, welche die Communen durch Uebergriff, Herkommen, Zugeständnisse ihrer früheren Herren, oder durch Verträge an sich gebracht hatten, vor allem die Gerichtsbarkeit und die Anführung im Kriege, also die wesentlichsten Befugnisse des früheren Grafenstandes. Sie vertraten die Commune nach außen, leiteten die Unterhandlungen, schlossen Friedensverträge. Die Consules saßen zu Gericht, mit Beiziehung von Rechtskundigen, welche, aus dem Schöffenthume der karolinischen Verfassung hervorgegangen, einen besonderen Stand zu bilden anfangen, zumal als das Wiederaufleben des römischen Rechtes das Ansehen gelehrter Juristen aus der Romanistenschule zu Bologna zu heben begann. So entstand die *Crederenza* der Consuln, die Mitwirkung und der Beirath angesehenen Männer, welche auf das Vertrauen oder Geheimniß der Consuln vereidet waren. Die Bürgerversammlung nahm nur diejenigen in sich auf, welche wirkliche Mitglieder der Gemeinde waren. Dazu gehörte damals noch nicht der zahlreiche Handwerkerstand, welcher erst später durch seine Zünfte Antheil an der politischen Gemeinde, so wie an Staatsämtern gewann. Nur bei wichtigen Angelegenheiten befragten die Consuln die Gesamtheit der Bürger; sonst bevollmächtigt und der Rechenschaft unterworfen, wurden sie nicht in ängstlicher Abhängigkeit erhalten. Die Einteilung der Bürgerschaft beruhte nicht mehr auf den städtischen Genossenschaften, welche sich ja unter der Gleichheit des Bürgerthums in der Commune vereinigt hatten, auch noch nicht auf der Ordnung der Zünfte, welche späterhin das ganze Gemeinwesen durchdrang, sondern auf dem Wohnort in den verschiedenen Stadtbezirken (nach den Thoren). Mit dem Anfange des 12. Jahrhunderts beurfundete die Selbstständigkeit der Städte sich auch in der statistischen Gesetzgebung, und entstanden die verschiedenen Stadtrechte welche in „*Beliebungen*“ das gemeinsame „*Gewohnheitsrecht*“ feststellten und durch schriftliche Abfassung zum bindenden Gesetz erhoben.

Dieses Abbild geordneter Rechtsverhältnisse und polizeilicher Satzungen findet sich bald in Deutschland wieder, in dessen ältesten Städten die auf öffentliche Sicherheit und Ordnung bezüglichen Statuten in den *Bürgersprachen* (*Bursprachen*) an bestimmten Tagen jährlich öffentlich verlesen wurden.

Auf tausend unbelauchten Wegen, durch den Handelsverkehr mit Lombardiens gewerblichen, kunstfleißigen Städten, mit Venedig, durch die Reisen lombardischer Kaufleute quer durch Deutschland, selbst auf Flanderns Messen, durch die Kreuzzüge und die innige Verbindung, welche die Kirche zwischen den Völkern Mittel- und Westeuropa's geknüpft, durch Römerzugs-Erfolge, war die Kunde von so beneidenswerthen Zuständen des welschen Bürgerthums zu den deutschen Städten gelangt und hatte die Sehnsucht nach gleichem Glücke geweckt. Auch Arnold's von Brescia, des Freiheitsapostels aus Rom, Lehre (1139 ff.) gegen Unvereinbarkeit weltlicher Hoheit und Herrschaft mit dem Berufe des Geistlichen war nach Deutschland gedrungen und hatte insbesondere die niedere Volksklasse, den gedrückten Handwerker mächtig ergriffen, welcher mit den neuen kirchlichen Ansichten die Tendenz einer weltlichen Freiheit verband, weil Hörigkeit und Leibeigenschaft sich nicht mit den Grundsätzen des Christenthums einigen ließen. So ging die folgenden Jahrhunderte hindurch das Ringen des Volkes, besonders der Handwerker, nach religiöser Freiheit auch das nach bürgerlicher Mündigkeit zur Seite, und leitete Arnold's Predigt die Zünfte auf eine neue Bahn, auf welcher sie nicht minder fest das Ziel ins Auge faßten, Theilnahme an der Stadtregierung zu erkämpfen.

Die eiblichen Genossenschaften (*conjuratio*), welche schon Karl der Große mit harter Strafe belegte, das Schöffenthum, auch in Frankreich der belebende Mittelpunkt der Verfassung, hatten viele altfreie Gemeinden gegen die Gewaltanmassung der Bischöfe und Grafen, welche sie nach Hofrecht zu unterdrücken dachten, mannhaft vertheidigt. Zu Anfang des 12. Jahrhunderts kündigte auch hier das allgemeine Erwachen des freien Bürgerthums sich an und lehnten in bischöflichen Städten die persönlich oder dinglich unfreien Bewohner gegen ihre Herren sich auf und schlossen sich enger unter einander an, mit bewaffneter Hand ihre Herren zur Anerkennung zu zwingen; die „Verschwornen“ bildeten die „*Communia*“ (*Commune*), welche an manchen Stellen in Strömen von Blut erstickt wurden, im Allgemeinen aber ihr Ziel erreichten, indem König Ludwig VI. (von 1108 — 1137) als bewaffneter Vermittler austrat und die Herren zwang, die *Communia* mit zu beschwören, und so das Gemeinderecht der Unterthanen unverbrüchlich anzuerkennen. Das Königthum erhielt auf diesem Wege durch das „*l'affranchissement des Communes*“ eine wesentliche Verstärkung gegen die Kronvasallen; die Bürger durch die königliche Bestätigung Gewährleistung der Zukunft. Diese Gestaltung der städtischen Verhältnisse im nordöstlichen Frankreich blieb nicht ohne Einfluß auf die deutschen, besonders rheinischen Städte.

Der gewaltige Kaiser Friedrich wollte zwar den selbstständigen republikanischen Geist der lombardischen Städte, selbst mit der Zerstörung Mailand's (1162), brechen; dieselben fanden aber in sich und in dem schon erwachten *Corporationsgeiste* der deutschen Städte einen so mächtigen Hilfsgenossen, daß

die ruhmvollsten Kaiser gewähren lassen mußten, was sie nicht hindern konnten. Es zeigte sich nicht nur das Verbot aller Genossenschaften und Verschwörungen inner- und außerhalb der Städte (1158) unwirksam, vielmehr erwirkten eben in diesen Tagen die schon längst abgeschlossenen Innungen obrigkeitliche Anerkennung, gesetzlichen Bestand (das erste bekannte Beispiel schriftlicher Abfassung einer Zunftrolle ist um 1158 die Bestätigung des Rechtes und Meisterthums der Schuster in den Städten des gewerbthätigen Sprengels von Magdeburg durch den Erzbischof Wichmann), sondern es ist auch überhaupt das Ergebniß dieser Periode, daß sich die gemeinheitliche Verfassung auch der deutschen Städte für's erste nach in der mehr aristokratischen Selbstständigkeit des Gemeinderathes ausbildete.

Von dieser Periode ab sehen wir im deutschen Volke eine kaum glaubliche Selbsterzeugungskraft; denn während alle früheren Städte auf einheimischem Boden mächtig emporgewachsen, zahllose neue Orte entstanden, ziehen dichte Schwärme in entfernte undeutsche Länder aus und begründen schnell erblühende Niederlassungen, in Mecklenburg, Pommern, Brandenburg, Lausitz, Böhmen, Meissen, Mähren, Schlessen, Polen, Preußen Livland, Esthland, Ungarn, bis nach Dänemark und Schweden, bis Siebenbürgen, bis an den Karst und nach Syrien. Der Umfang solcher Auswanderung und die Schnelligkeit des Erblühens dieser großen deutschen Colonisation lassen nicht begreifen, daß etwa nur allgemeine Landesnoth, Ueberschwemmungen, Mißwachs, Kriegsunruhen, bürgerliche Unzufriedenheit in Flandern, Holland und am Niederrhein den Anstoß gegeben; die tieferen Gründe liegen wohl in der Befähigung der Deutschen, eine uncultivirte Welt zu sittigen, im Verufe, die Träger einer menschenwürdigeren Bildung zu sein, im abenteuerlichen Muth, das bessere Geschick auswärts zu suchen, wenn die Heimath es versagt (Barthold I. 242 — 310, II. 14, 22, 83, 137 — 151).

Eigenthümliche Umstände begünstigten, neben dem unmittelbaren Schiffs- und Kaufmannsverkehr, die Verbreitung vlämischer oder wallonischer Friedenskünste und bürgerlicher Einrichtungen durch ganz Deutschland. Große Ueberschwemmungen und Hungersnoth, wie 1196, die darauf folgten Kriege mit Frankreich vertrieben Tausende von fleißigen Fländernern aus der Heimath und öffneten ihnen in Nieder- und Obersachsen, Mecklenburg, Pommern, Brandenburg, Böhmen, Mähren, und Schlessen ein neues Vaterland. Nicht immer waren die Auswanderer Bauern, auch kunstmäßige Handwerker, welche erblühenden Städten Fertigkeiten zubrachten. So sehen wir in Wien, welches mit dem 13. Jahrhunderte an Gewerbleiß und kaufmännischer Rührigkeit nur dem rheinischen Köln den Vorrang einräumte, schon 1208 den „Flamingern“ oder „Färbern“ durch einen Freiheitsbrief das Marktrecht gleich angesessenen Bürgern zuerkannt, die Fremden allein

dem herzoglichen Kämmerer untergeordnet und als eine ausschließliche Zunft bestätigt.

Weil der Zugang zum adriatischen Meere den Deutschen noch über ein halbes Jahrtausend verschlossen blieb, galt der Donaustrom als ein Meer, und stieg die Bedeutung von Regensburg für den Binnenhandel, bis Oesterreichs Hauptstadt die Schifffahrt zu beherrschen anfang und Venedig den levantinischen Handel an sich zog. Wien und Regensburg boten um diese Zeit das Gegenbild zu Lübeck und Köln.

Wie von Lübeck aus über die nordöstlichen Slavenländer Sittigung und Friedenskünste sich zu verbreiten anfangen, begründete später Köln die deutsche Hanse, zwar nur ein Nachbild der vlämischen, aber diese an Machtfülle und Umfang, welcher eine Zeit lang die ganze deutsche Bürgerwelt umfaßte, weit überragend, wie die deutschen Städte an bürgerlichem Bewußtsein und an Unabhängigkeitsseifer um Jahrhunderte die Republiken Lombardiens und Toskana's überdauerten.

Ungefähr von der Mitte des 12. Jahrhunderts an vollendeten die Fürsten, welche Meissen und die Lausitz mit dem Osterlande vereint hatten, die Germanisirung in ihren ausgedehnten halb slavischen Gebieten, schufen das heutige Sachsen und einen Theil der Lausitz zu einem deutschen Lande und gewährten den Städten, welche fast alle als slavische Marktflecken und Dörfer schon vorhanden waren, das Nachbild des Bürgerthums von Magdeburg, welches sich in den vom Erzbischofe Wichmann 1188 nach einem furchtbaren Brande dieser Stadt ertheilten Bestimmungen nicht vollständig abspiegelt, aber doch schon die sichere Spur gemeinheitlicher Verfassung (im Bürgerconvente) erkennen läßt. Die Entdeckung der reichen Silberschätze des Erzgebirges gründete (um 1179) das weltberühmte Freiberg, förderte die schnelle Handelsblüthe Leipzig's.

Im Bereiche der mitteldeutschen Slaven vom Fichtelgebirge und dem Frankenwalde abwärts am Rande der oberen Pleiße, Elster und Saale erhoben sich neue Städte, namentlich Eger (das später mit Brünn in Beziehung kam) und Zwickau, das im 14. Jahrhunderte 600 Tuchwebermeister seine Bürger nannte.

Die Gewerbtätigkeit aller still erwachsenden Binnenstädte führte der Handelsthätigkeit der Außenstädte an der Meeresküste und den großen Strömen unentbehrliche Kräfte zu. Der Hauch der bürgerlichen Freiheit umwehte frischer das Geschlecht am Schlusse des 12. Jahrhunderts, und darum schöpferische Regsamkeit in allen Winkeln des deutschen Landes. Aber kurz vor dem Scheiden aus der Heimath hatte Kaiser Friedrich, unbegreiflich nachgiebig gegen Vorurtheil und Unart der Zeit, eine verhängnißvolle Saat ausgesät: auf dem letzten Reichstage zu Nürnberg (1187) die fürstliche und ritterliche Selbsthilfe, das Faustrecht gesetzlich und ehrenhaft gemacht, falls die Fehdeansage in bestimmter Frist vorherginge. Die Handhabung so widerspruchs-

voller Landfriedens - Satzung durch den gewaltthätigen hohen und den eben sich erschließenden niederen Adel, gräuliche Fürstenkriege gleich nach dem Ausbruche der Kreuzfahrer, die zwistige Königswahl und die drangvollen Ereignisse bis zum Ende des Zwischenreiches mit der Selangung Rudolph's von Habsburg auf den deutschen Thron (1273), konnten das Gewordene nicht allein nicht zerstören, sondern dienten gerade, das bürgerliche Wesen herrlicher zu entfalten.

Heinrich VI. († 1197) war in Betreff deutscher Gemeinwesen den starren Grundsätzen seines Vaters aus Klugheit abgeneigt, vielmehr dem Bürgerthum hold. Darum nur Fortschritte, kein Stillstand, Begünstigung älterer Städte, Anerkennung neuer. Oesterreich entwickelte wunderbare Lebenskraft. Noch behauptete sich die wichtige Donauzollstätte zu Enns mit einer jährlich weit besuchten Messe; Wienerisch - Neustadt wurde (1194) als Grenzburg gegen die Ungarn gebaut, Wien wuchs aus seinen engen Mauern heraus und gewann so raschen Aufschwung, daß es sich über fast alle älteren deutschen Städte, Köln ausgenommen, erhob, wozu die Strömung der Kreuzzüge und der Umschwung des äußerern Handels seit der Eroberung Constantinopel's durch die Lateiner (1203) am meisten bestrug, da in Folge dessen Venedig, mit welchem Wien am frühesten in Verkehr stand, den levantinischen Handel an sich riß und ihn auch von Rom ablenkte.

Die fünfzehn Jahre, welche von Heinrich's Tod während des Kampfes zwischen dem Hohenstaufen Philipp und Otto von Braunschweig um die deutsche Krone bis zur Ankunft König Friedrich II. (1212) verflossen, waren von hoher Wichtigkeit für die Ausbildung und Erweiterung der Macht der Fürsten, aber auch des deutschen Bürgerthums. Die unaufhörlichen Kriegsdrangsale zwangen freie und unfreie Landwohner, Zuflucht in den unmauerten Städten zu suchen, welche bereitwillig jede Verstärkung an Vermögen und Volk ausnahmen. Wett-eifernd um die Gunst der Bürger beschenkten sie die Könige mit neuen Rechten; die Landesfürsten, in unsicherer Oberherrlichkeit über ihre Reichslehen durch die hilfsbedürftigen, zwistigen Reichsoberhäupter befestigt, fragten nicht länger nach kaiserlicher Genehmigung, wenn sie einen bequem gelegenen Ort mit größerer Freiheit ausstatten wollten; endlich wagten es bisher jaghafte Gemeinwesen, nach Vorgang der italienischen Communen, bundesmäßig enger sich an einander zu schließen.

Das Recht der Befestigung durch Mauern, Thürme und Gräben, das theuerste Unterpfand der Sicherheit, blieb zunächst außer Frage. Unbezeugt durch Urkunden und Chroniken haben vom Schlusse des 12. Jahrhunderts bis auf Rudolph unzählige keimende Städte diesen Schritt gethan, der die folgende gemeinheitliche Gestaltung, Ausschaffung des fürstlichen Voigtes, Ausübung der niederen und höheren Gerichtsbarkeit wesentlich erleichterte. Diese Mauern, Wartthürme, Weichhäuser und Gräben sind der Rittergürtel, welchen sich die Bürger umlegten, bereit mit ihrem Blute edle Güter des Lebens zu vertheidigen.

Raum hatte Friedrich die Krone für sein Haus wieder erkämpft, wandte er sich von den Städten ab, indem er glaubte seine Herrschaft, welche wegen der sicilischen Krone Zerwürfissen mit der Kirche nicht ausweichen konnte, auf die Gunst der Fürsten, besonders der geistlichen, stützen zu müssen. Die Fürsten aber erschraden, wie sie die stolze Haltung inne wurden, welche die Städte innerhalb zwanzig Jahren errungen. Ueberall Ueberlegenheit des mittleren begüterten Bürgerstandes, durch die jährlich erwählten Rathsherren vertreten. Friedrich begünstigte daher die Fürsten; verzichtete auf das Spolienrecht an den bischöflichen Kathedralen und königlichen Abteien, eine Art von Hauptrecht am Nachlasse eines verstorbenen Prälaten und auf die Einkünfte des folgenden Jahres (1216); entzog allen Orten, welchen er einen Jahr- oder Wochenmarkt gewährt hatte, die richterliche Gewalt der Reichsbeamten, wies dieselbe demnach der sich bildenden Territorialhoheit zu; erhob (1218) den Beschluß der Fürsten und Barone zum Geseze, daß Niemand in einer bischöflichen Stadt ohne Bewilligung des Bischofes einen „Stadttrath“ aufrichten dürfe; setzte fest (1219), daß keine Verschwörung, keine Gegenverbürgung, keine Gesellschaft, welche „Innung oder Gilde“ genannt wird, statt finden dürfe, die der Münzer ausgenommen, damit sie die Falschmünzerei verhindern; bewilligte (1220) den Bischöfen, außer der Verzichtung auf die Spolien, daß in ihren Gerichtsbezirken keine neuen Münz- und Zollstätten, auch keine neue Burg oder Stadt angelegt werden solle, und setzte zugleich fest, daß kein Dienstmann, kein Höriger oder Leibeigener der geistlichen Fürsten in seinen eigenen d. i. den königlichen Eigenstädten Aufnahme finden soll, und auch die Herren des Laienstandes gehalten seien, dasselbe Verfahren unverbrüchlich zu beobachten. So schien die Art an die Wurzel des freien Bürgerthums gelegt. Da nach den Handfesten der bischöflichen, königlichen und landesherrlichen Gemeinwesen der Aufenthalt eines Fremden durch Jahr und Tag überall dessen unantastbare Freiheit bedingte, fand das Gesez überall Widerstand, als Friedrich im Herbst 1220 über die Alpen zog, um die Angelegenheiten seiner italienischen Reiche zu ordnen, und durch 15 Jahre von Deutschland abwesend war, dieses sich selbst überlassen blieb, wieder in den Kampf gährender Kräfte zurückfiel, dennoch aber, was Ausbreitung und Neubefestigung des städtischen Wesens und Bürgerthums betrifft, in wunderbarer Jugendfrische weit über seine eigentlichen Grenzen hinausschritt.

Das erste, wichtige, unübersehblich folgenreiche Ereigniß war die Selbsthilfe des vom Kaiser und Reiche aufgegebenen nordöstlichen Deutschlands durch den muthigen Antheil der Städte, namentlich von Lübeck und Bremen. Nach der ruhmvollen Besiegung Waldemar's von Dänemark (1227) war das nordöstliche Slaventhum der deutschen Entwicklung wiedergegeben, zugleich der dänische Einfluß in Livland und Esthland gebrochen und ergoß sich eine Fülle deutschen Bürgerlebens in jene Richtung. Der deutsche Ritter-

orden begann von 1228 an den mehr als halbhundertjährigen Vernichtungskampf gegen die heidnischen Preussen und Litthauer; das neue Thorn wurde das Thor, durch welches deutsche Bildung in Preussen einbrang, die Handfeste Rulm's, von dem (auch in Iglau's Geschichte genannten) Landmeister Hermann Balf 1233 als Grundgesetz für deutsche Ansiedlung in Stadt und Land ertheilt, galt für Preussens neue innere Städte und ihre fernere hochgedeihliche Entwicklung.

In Gerichtsangelegenheiten dem Rechte Magdeburgs entsprungen, dessen Einfluß sich gleichzeitig zwischen der Mittel- und Ober-, besonders in Schlesiens Städten, feststellte, enthielt die Handfeste von Rulm die, bürgerlichem Gedeihen so unerläßliche Bestimmung jährlicher Wahl der Richter und Obrigkeiten aus der Mitte der Bürger unter Genehmigung des Ordens.

Die dauernde Friedlosigkeit und Rechtsunsicherheit, welcher das ganze Reich ausgesetzt war, hieß die Bürger damals zuerst in gegenseitigen Bündnissen Schutz suchen (1226 verbot, wahrscheinlich ohne Erfolg, der junge König Heinrich VII. das Bündniß der Städte Mainz, Bingen, Worms, Speier, Frankfurt, Gelnhausen und Friedberg).

Während ein trauriger Zustand der Gewaltthat, Rechtlosigkeit und Auflösung im Reiche waltete, aus welchem ein verändertes Bürgerthum hervorging, war aber auch der kirchliche Boden mächtig erschüttert. Jene feste Losagung von alten Glaubensvorschriften, welche sich in Verbindung mit Arnold's von Brescia politischer und kirchlicher Kezerei am Rhein und an der Oberdonau wie in Helvetien gezeigt, hatte unter der Doppelwahl von Königen und Erzbischöfen, welche sich gegenseitig verfluchten, gefahrdrohend zugenommen. Die Hüter der Rechtgläubigkeit veranlaßten daher die Entstehung neuer Mönchsorden, die besonders im Inneren der Städte, dem Heerde „unheiliger Neuerungen“ sich ansiedelten. Dies waren die Bettelmönche, zumal die Dominikaner und Franziskaner (Minoriten, Söhne des h. Franziskus von Assisi, dessen Lehre Innocenz III. vorläufig billigte, Honorius III. im Jahre 1223 feierlich bestätigte), welche, sich unglaublich schnell verbreitend, vom 2. und 3. Jahrzehende des 13. Jahrhunderts der städtischen Bevölkerung eine eigenthümliche Beimischung gewährten. Anfangs zwar als Sittenprediger und Kezerrichter ungern aufgenommen, bethätigten sie sich bald als geschickte, schreibfertige Vermittler und bequeme Anwälte, als Diplomaten und aufmerksame Stadtchronikanten, als Schulmeister. Sie wirkten nicht, wie Cistercienser, für Ackerbau und Landescultur, oder, wie die Benediktiner, für theologische oder weltliche Gelehrsamkeit; sie wollten unmittelbar unter den Bewohnern der Städte für Glaubensreinheit, Seelenheil und Erbauung sorgen, mit der neuerungsjüchtigen Bürgerwelt verkehren. Die Dominikaner insbesondere sollten selbst mit den strengsten Mitteln (Scheiterhaufen) das Volk vom Gifte der Irrlehre, von der Kezerei befreien, welche besonders in den rheinischen und mitteldeutschen Städten wucherte.

Alles, was das Bürgerthum zähe behauptet seit nahe hundert Jahren, gerieth in Frage, als Heinrich, untreue Gedanken gegen den eigenen Vater im Herzen, die Gunst der rheinischen Bischöfe suchte, ihnen größere Freiheiten zugestand, dem Ausspruche der Fürsten beitrug (1231), daß keine Stadt im Reiche Gemeinheitsverfassung, Rechtsbräuche, Gilden, Zünfte (Verschwörungen), wie sie auch immer Namen hätten, aufrichten dürfe, daß selbst der römische König nicht befugt gewesen, ohne Willen des Landesherrn den Städten des Reiches solches zu gestatten, auch das Verbindungsrecht derselben untereinander verneinend, so wie den Geblatern der Städte Gleiches nicht zustände ohne des Königs Genehmigung. Als dieses Gebot zunächst nur eigentliche Landstädte zu treffen schlen und nicht beachtet wurde, ergingen zu Worms (1231) durch den König noch umfassendere, beschwerlichere Satzungen zu Gunsten der den königlichen Städten benachbarten Grundherren. Der König begab sich u. a. des Rechtes, eine neue Stadt zum Nachtheile der landesherrlichen zu bauen; neue Märkte sollten die alten nicht hindern, niemand zu einem Markte gezwungen werden, so wie zur Abweichung von den alten Strassen; der Reilenbann in neuen Reichstädten dagegen sollte abgeschafft werden. Die Fürsten wurden bei allen hergebrachten Rechten und Freiheiten geschützt; dagegen die Pfahl- oder Ausbürger, in denen die Kraft vieler Städte, und die Sicherheit ganzer Provinzen, welche wenig feste Städte hatten, bestand, streng verboten, eben so die Aufnahme Höriger der Fürsten, der Edlen und Kirchen in königliche Städte. Zurückstellen sollten diese, was sie an Eigen oder Lehen über benachbarte Grundherren an sich gebracht; ihre Gerichtsbarkeit über den Umfang ihrer Mauern nicht ausdehnen, kein Lehengut ohne Willen des Lehenherrn als Pfand nehmen u. s. w. Ein Spruch (1231) sicherte auch jedem Fürsten und Bischöfe das Recht, seine Stadt mit Mauern und Gräben zu befestigen: was stillschweigend das Verbot des Mauernbaues für als grundherrlich angesprochene, fast schon freie, Gemeinwesen einschloß. Ein Urtheil erkannte (1231) die Erbschaft von Hörigen der Kirche, welche in einer Stadt sich angesiedelt und ohne Leibeserben gestorben, gegen alles alte Gewohnheitsrecht der Kirche zu.

Kaiser Friedrich II. erhob (zu Ravenna 1232), ohne Zweifel um die zweideutigen Fürsten seinem Sohne abwendig zu machen, nicht nur diese Reichstagsbeschlüsse zu Reichsgesetzen, sondern schärfte sie auch noch. Er widerrufe und vernichte, hieß es, in jeder Stadt und jedem Orte Deutschlands Gemeindevorfassung, Stadtrath, Bürgermeister oder Obrigkeit oder Amtleute beliebigen Namens, welche von der Gemeinheit der Bürger ohne Wohlgefallen der Erzbischöfe und Bischöfe aufgerichtet und bestellt seien; er hob auf jegliche Handwerksverbrüderung, Zunft, Gesellschaft; wie von altersher die Anordnung des Städtewesens durch Verleihung des Kai-

fers den Erzbischöfen und Bischöfen zustehen, und in Folge dessen deren gesetzten Beamten, cassire er alle Privilegien, offenen und verschlossenen Freibriefe, welche er selbst, oder seine Vorfahren, auch Erzbischöfe und Bischöfe über Genossenschaften, Gemeindeverfassung, Gemeinderath zum Schaden der Fürsten und des Reiches erlassen hätten.

Nach der Aussöhnung mit Heinrich erhob Friedrich (zu Cividale 1232) alle Verletzungen seines Sohnes, welche die Gewalt der Fürsten zum Nachtheile der Gemeinden so wesentlich steigerten, zu Reichsgesetzen, und zurückgekehrt endlich aus Italien (1235) wegen des Verrathes des Sohnes, den er verhaften und entsetzen ließ, gab er auf dem berühmten Hoftage zu Mainz (1236) in kaiserlicher Herrlichkeit und Macht Reichsgesetze, welche in Betreff der Verfassung und zumal des Landfriedens zu den zweckmäßigsten bis auf die Zeit der goldenen Bulle gehörten (zum ersten Male der Weg Rechts empfohlen durch Zulassung des elblichen Beweises bei Friedensverletzung; auch Pfahlbürgerthum und Mundmannschaft ¹⁾ verboten). Die Rückkehr des Kaisers († 1250) nach Italien, seine lange Abwesenheit aus dem Reiche, sein verhängnißvoller Kampf mit der Kirche raubten die Frucht so heilsamer Satzungen und in trauriger Zeit blieb dem Bürgerthume kein Mittel, als sich durch Bündnisse selbst zu helfen.

Daß aber, bei wechselnder Befolgung und Nichtbeachtung der oben erwähnten, in sich unhaltbaren kaiserlichen Satzungen, der Kaiser unter Umständen ein freies Bürgerthum gern sah oder die deutsche Städtewelt sein eingewurzeltes Mißtrauen bereits versöhnt hatte, zeigt die berühmte goldene Bulle, welche er (1237) dem mit ansehnlichen Freiheiten zur Reichsstadt erhobenen Wien ertheilt, worin alle sonstigen Gnadenanweisungen der Hohenstaufen überboten sind. Friedrich hätte in dem großen Kampfe mit der Kirche, welcher mit dem Tode des letzten Hohenstaufen auf dem Schaffote endete (1268), auf die Bürger bauen dürfen, wenn er genug vorurtheilsfrei gewesen wäre, das gemeine Bürgerthum als Stütze seiner Macht zu ergreifen. Der Betrogene that es, insbesondere, als er (1245) für Regensburg die Gesetze von Ravenna zurüchnahm, die beliebige Einsetzung eines Gemeinderathes, Bürgermeisters, Pfleger und Amtleute bewilligte, jedoch zu spät und halb, unter dem Groll, welchen Lombardiens Communen, nur im Allgemeinen das Vorbild ehrfurchtsvoller deutscher Gemeinden, immer bitterer erneuten. Der dreizehnjährige Kampf des Kaisers mit dem lombardischen Städtebunde

¹⁾ Mundium: Schutzverhältniß, Vormundtschaft (Böpsl, deutsche Staats- und Rechtsgeschichte II. B. 2. Abth. S. 241 ff.). Mundmannen, Mundlinge, die durch freie Wahl oder in Folge ihrer Freilassung unter dem Schutze eines Stiftes oder Klosters waren und dafür einen Zins entrichteten, gewöhnlich Wachs, daher sie auch *cerarii*, *corae censuales*, Wachszinsige hießen (Walter, deutsche Rechtsgeschichte I. 78).

wurde mit solcher Hefigkeit betrieben, daß sogar die Annäherung der Mongolen den Kaiser nicht bestimmen konnte, aus Italien zurückzukehren.

Ihr Einfall (1241), welcher die in den slavischen Ländern neu gewonnene Cultur bedrohte, gab einen mächtigen Anstoß zur weiteren und tieferen Ausbildung des deutschen Städtewesens.

Ein paar Jahrzehende vor der Mitte des 13. Jahrhunderts war die Macht der Markgrafen von Brandenburg, Schritt vor Schritt deutsche Cultur verbreitend, über die Havel und Spree endlich zur Ober und Ufer gedrun- gen, die Lücke zwischen Mecklenburg, Pommern, Neu-Sachsen (Wittenberg) und der meißnischen Ostmark ausgefüllt. Ueberall erhoben sich Städte nach deutschem Rechte (Spandau, Berlin und Köln, Lebus, Brandenburg, Rützin, Prenzlau), während die Städte jenseits der Oder noch in durchaus slavi- schem Wesen standen. In Schlesien hatte (urkundlich) erst um 1175 unter Boleslaw I. planmäßige Ansiedlung deutscher Einwanderer in Dörfern, die Gründung deutscher Städte aber, ähnlich wie in Pommern und Brandenburg, unter Heinrich I. (1201 — 1239) begonnen. „Deutsches Recht,“ im Allge- meinen der Inbegriff der Rechtsverhältnisse, welche der deutsche Bürger als erste Lebensbedingung erachtete, im Gegensatz des „slavischen oder polnischen,“ war die erste Bewidmung neuer Gemeinwesen, oder die Ausstattung älterer slavischer, deren Ureinwohner, verdrängt durch die bevorzugten Fremdlinge, in die Vorstädte oder nahen Dörfer zu weichen und ländliche Beschäftigung fortzusetzen liebten. Zu den allgemeinen Grundzügen des deutschen Rechtes, welches nicht allein ein festes oder wählbares Schöffenthum, sondern auch gemeinderäth- liche Einrichtung bedingte, kam später als etwas Besonderes, doch nicht bei allen schlesischen Städten „deutsches Recht,“ die Uebertragung der magdeburger Rechtsverfassung hinzu, mit der Verpflichtung, entweder von der Mutterstadt oder von der angesehensten Tochter Weisthümer oder Rechtsbelehrung zu holen. Obwohl sich deutsches Wesen unaufhaltsam über Schlesien in Dorf, Stadt, Kloster und Burg deutscher Adelsgeschlechter verbreitet hatte, war doch noch die „polnische Barbarei“ nicht ganz abgethan, dauerte noch die Kastellaneiverfassung selbst in großen Städten in echt slavischer Weise fort; erst der zermalmende Stoß von 1241 sollte das Bessere herausstellen. Ein Jahr nach der Schlacht bei Liegnitz (1242) gestaltete Boleslaw II. Breslau nach deutschem Rechte um und innerhalb 20 Jahren folgten viele andere Orte. Daß auch in Mähren nach der ungeheuren Verödung des Landes durch die Tataren das deutsche Städtewesen mächtiger als je erblühte, haben wir gesehen. Gleiches geschah in Preussen, Pommern, Mecklenburg u. a.

Die Schnellwüchsigkeit der deutschen Städte um die Mitte des 13. Jahr- hundertes, ja innerhalb weniger Jahre, kann nur begreifen, wer auf Nordame- rika's unermesslichen Räumen Ansiedlungen wie Pilze aufschließen sieht. Hunderte von deutschen Gemeinwesen, reif für vollere Selbstständigkeit, gingen dem großen Zwischenreiche (1251 — 1273) entgegen. Bis 1250 sehen wir alle

irgend bedeutende Städte Deutschlands beisammen, mit Ausnahme jener, welche später auf noch fremdem Boden gegründet wurden, oder der Umschwung des Handels oder Fürstengunst hervorrief. In dem trostlosen Zerfalle eines großen ruhmvollen Reiches versöhnt uns mit der Unvernunft, der mörderischen Wuth, dem Knechtsinne, der schamlosen Ungerechtigkeit und Unehre einer gesammten Zeitgenossenschaft allein das Bürgerthum in seinem Schaffen und Vollbringen, noch mehr in seinem Wollen, Hoffen und Trachten. Die Städte allein, kaum ein Zehentheil der Bevölkerung, vertreten, ohne Zagen, den Gedanken an eine Fortentwicklung der nationalen Gesellschaft; sie halten den Glauben an die Zusammengehörigkeit der, ihren Mittelpunkt (Kaiser) fliehenden Kräfte fest; sie stellen tapfer die Nothwendigkeit des Rechtes der räuberischen Gewalt, dem schändlichen Eigennutze, gegenüber. Klug, mannhaft, einig (nach dem Muster der lombardischen Städte auch in Bündnissen, wie in der 1241 von Hamburg und Bremen gegründeten berühmten und einflussreichen, allmählig bis auf 80 Städte erweiterten norddeutschen Hanse, seit 1246 einem ähnlichen Bunde der süddeutschen Städte u. s. w.) und ehrenfrig überdauern die Städte nicht allein jene jammervolle „kaiserlose“ Zeit, blühender an Schmuck, reicher an Gut und Waffen wie an weltgestaltenden Plänen, geläutert und veredelt im Genuße gemeinheitlicher Verfassung, gehen sie durch König Rudolph's ärmlichen, aber wohlthätigen Neubau des Reichstaates in das 14. Jahrhundert ein, und bereiten sich für die längst verkündeten Stürme der Zunftkämpfe, der Demokratie, vor (Barthold II. — 180).

Wir haben bei dieser Auseinandersetzung länger verweilt, weil die Entstehung und Ausbildung der Gemeinwesen auf slavischem Boden durch deutsche Colonisation, durch Uebertragung eines schon fertigen Stadtrechtes auf Orte geschieht, welche die bestimmte Absicht als Städte ins Leben ruft (Barthold I. 81, 261).

Wir sind mit dieser Darstellung bis zur Zeit gelangt, wo König Wenzel I. († 1253) das deutsche Städtewesen eifrig nach Böhmen und Mähren verpflanzte, sein Sohn Otakar II. († 1278) planmäßig in Böhmen und Mähren die deutsche Städtefreiheit förderte, in Schlessen, Brandenburg, Preussen, Pommern u. a. sich das deutsche Wesen immer mehr ausbildete.

Einen eigenen Bürgerstand gab es in Böhmen und Mähren nicht vor dem 13. Jahrhunderte; er ist erst eine Schöpfung der drei Otakare, insbesondere des letzten (1253 — 1278). Die große Masse der Städtebewohner im 11. und 12. Jahrhunderte bestand aus Ministerialen des regierenden Herzogs, meist Handwerkern, welche von demselben wie Leibeigene verschenkt wurden; gleichwohl scheint ihr Zustand (meint Palacky) nicht drückend gewesen zu sein, da sie bestimmte Leistungen hatten und demselben Gerichtsstande, wie die sämtlichen Landsassen, nämlich der allgemeinen Guba, unterworfen waren, welche in der Hauptstadt einer jeden Zupa ihren Sitz hatte; Municipal- und Patrimonial-

Gerichte waren noch unbekannt. Wie man zum Staatsgute nicht bloß die königlichen Domänen (*villicationes*), sondern auch sämtliche Städte und Burgen sammt den dazu gehörigen Gründen zählte, hielt man schon damals die Klostergüter und die nachmaligen Besitzungen der Städtegemeinden für eine besondere Art königlicher Kammergüter, wie auch die Juden als ein Eigenthum der k. Kammer. Die vielen, durch den Erfindungsgeist der Zupen-Beamten fortwährend sich mehrenden großen und kleinen Staatsstrophnen (*munera publica*), wie die Last der Gesamtbürgschaft (*okolina, vicinia*, Haftung des Bezirkes für die in demselben verübten Verbrechen) erklären die Haft, mit welcher man in den slavischen Ländern allenthalben die deutsche Communalverfassung einzuführen beflissen war. Mit dem Verfall der alten Zupenverfassung und dem Aufkommen eines dritten Standes beginnt seit der Mitte des 13. Jahrhunderts eine neue Epoche. Die böhmischen Städte gewannen schon unter Wenzel I. (1230 — 1253), welcher Fremde aus allen Ländern, vorzüglich aber aus Deutschland, als Ordensglieder oder als Colonisten und Gewerbsleute haufenweise nach Böhmen zog, ein besseres Ansehen. Als der Einfall der Tataren (1241) drohte, ließ er alle nur irgend haltbaren Städte und Burgen so eilig befestigen, daß selbst Geistliche und Mönche mit Hand anlegen mußten. Nachdem schon Ottakar I. einige Städte in Böhmen und Mähren von der Gerichtsbarkeit der Juden befreit, ihnen eigene Magistrate und Gesetze gegeben, oder auch den Gebrauch des magdeburger Rechtes gestattet, legte Wenzel I. in den der Stadt Brünn 1243 und Jglau 1249 verliehenen Privilegien den ersten Grund zu einer eigenen böhmisch-mährischen Municipal-Verfassung. Aber erst Ottakar II. faßte die Gründung eines freien Bürgerstandes mit politischen Rechten planmäßig und epochemachend auf, indem er die Macht der Castellane beschränkte, neben der Erweiterung und Befestigung der alten, eine große Zahl freier königlicher Städte anlegte und neue, vorzüglich deutsche, Colonien ins Land rief. Das Auswandern, größtentheils aus dem nordwestlichen Deutschland und den Niederlanden, dauerte aus der Mitte des 12. bis tief in das 13. Jahrhundert hinein; die Colonisten nahmen nach und nach alle slavischen und ungarischen Länder vom baltischen Meere bis zur unteren Donau strichweise ein und erwießen sich insbesondere durch Ausrodung der Wälder und Anlage neuer Dörfer an den Gränzgebirgen Böhmens und Mährens nützlich und heilbringend. Unter Ottakar II. wurden in den Kreisen von Eibogen, Trautenau und Olag, dann im mährischen Orieute Deutsche in Masse angesiedelt: in einzelnen Niederlassungen erscheinen sie vorzüglich an der Südgrenze Böhmens häufig. Die Städte aber in Böhmen und Mähren wurden alle von ihnen mehr oder weniger angefüllt, so daß sie in einigen auch das Uebergewicht über die alte einheimische Bevölkerung erhielten. An manchen Orten mußte diese den neuen Ankömmlingen Platz machen; in anderen theilte sie mit

ihnen allmählig zusammen. Doch zeigte sich schon nach Otakar's Tod feindliche Gesinnung in Städten gegen die Deutschen.

Alle diese neuen oder erneuerten königlichen Städte wurden in politischer, militärischer, gerichtlicher und kameralistischer Beziehung von allem Einflusse der Zupenämter gänzlich befreit und unter des Königs unmittelbare Regierung gestellt, der sie durch seinen Unterkämmerer zu besorgen pflegte. Dieser ernannte, aus der Liste der von den Gemeinden gewählten Candidaten, die Magistratspersonen auf bestimmte Zeit. In gerichtlicher Hinsicht wurde einigen Städten der Gebrauch des magdeburger Rechtes gestattet; die meisten erhielten aber eigene Satzungen, nach dem Vorbilde der brünner und iglauer Stadtrechte, welche die Grundlage des bis in unsere Tage erhaltenen böhmischen Stadtrechtes bildeten. Ihnen zu Folge stand den städtischen Magistraten innerhalb ihres Weichbildes auch die Kriminalgerichtsbarkeit zu. Auch befand sich jede Stadt im Besitze des Weilrechtes, daß die Ausübung jedes städtischen Gewerbes im Umkreise von einer Meile um die Stadt untersagte. Otakar machte darüber, daß die Stadtmauern, die Thürme und die Gräben von den Bürgern selbst allenthalben in guten Stand gesetzt und darin erhalten werden¹⁾.

Auch die in Dörfern angesiedelten deutschen Colonisten waren von den Zupenämtern vollkommen frei und lebten unter „deutschem Rechte“ im Gegensatze zu dem bisher üblich gewesenen böhmischen. Nach demselben waren sie keine Erbpächter, wie bisher die meisten böhmischen, sondern emphyteutische Besitzer derjenigen Gründe, welche sie vom Eigenthümer unter bestimmter Erbzinspflicht gekauft hatten und auch wieder verkaufen konnten, weiter von allen Lasten der Gesamtbürgerschaft und Staatsfrohen befreit, hatten eigene Schutzen mit niederer Gerichtsbarkeit, und wurden in Bezug auf die Kriminalrechtspflege an die Magistrate der nächstliegenden Städte angewiesen. Die größten Schritte zu dieser gänzlichen Umwandlung tief eingreifender Verhältnisse geschahen unter Otakar; sie nahm einen so schnellen Fortgang, daß binnen einem Jahrhunderte alle böhmischen Dörfer, mit seltenen Ausnahmen, schon nach deutschem Rechte ausgesetzt waren. Die Rückwirkung von Stadt auf Land und umgekehrt konnte nicht ausbleiben.

Schon bei Otakar's Tod zeigte sich das Gewicht der vielen Städte Mährens, von welchen Kaiser Rudolph Brunn sogar zur Reichsstadt erhob. Der Bürgerstand erhielt sich in den nachgefolgten Stürmen schon durch eigene Kraft; die königlichen Städte mögen schon unter Otakar II., gleich den Adelligen, Güter besessen, zu den gebotenen Landtagen städtische

¹⁾ Nach dem gewöhnlichen Muster von Kolín erhoben sich die Mauern der Städte auf dem Lande 20 Ellen hoch über die Grundfläche der Stadt, beherrscht von runden Thürmen, und waren mit einem tiefen, 20 Ellen breiten und von beiden Seiten ummauerten Graben umgeben. Ueber jedem Thore waren je drei Thürme.

Deputirte geschickt haben (erscheinen schon 1280 urkundlich dabei), gehören schon 1310 neben dem Clerus und Adel zu den sich eben fester bildenden Ständen ¹⁾ und bilden eigene politische Corporation (Palady II. 5, 19 — 45, 98, 118, 149 — 161, 277, 278, 293, 315, 321 — 323, 332, 341, II. 2. T. S. 24, 29, 95, 189, 339).

Das Aufkommen des Bürgerstandes brachte eine gänzliche Umgestaltung fast aller früheren Zustände mit sich. Die Summe der wichtigen Veränderungen, der Geist der neuen Gesellschaft, ist so auszudrücken: die Alleinherrschaft des unbeweglichen Vermögens ward gebrochen; es entstand neben ihr eine Mitherrschaft des beweglichen. So lange fast alles Besizthum auf Ländereien beschränkt war, standen im Privatleben Herrschaft und Dienstbarkeit in einem Mißverhältniß, das jede wohlthätige Reibung, alle bürgerliche und gewerbliche Entwicklung, alle Mittel der Betriebbarkeit und Bevölkerung, und somit die öffentliche Wohlfahrt, nothwendig hemmte. An Wenige waren Viele gefesselt. Indem die meisten Dienstleistungen bloß für die Nutzung von Grundstücken geschahen, waren die Eigenthümer von solchen der Herrschaft über ihre Dienstleute gewiß; denn keinem Untersassen konnte beikommen, in Dienste eines anderen Herrn überzugehen, auf dessen Scholle er nicht geboren war. Daher keine Regsamkeit im Volke, kein Unternehmungsgeist; weil keine Aussicht, die Geburtsstelle verlassen zu können. Allmählig wurden aber diese Fesseln gelöst durch den zunehmenden Geld-Umlauf, eine Folge des verbreiteten Städtewesens. Seitdem für Dienstleistungen eine bewegliche Entschädigung häufig ward, ein Geldlohn, entstand auch bei einem immer größern Theile des Volkes Beweglichkeit, mehrfache Richtung der Thätigkeit, persönliche Freiheit.

Die letzte war oft auch unmittelbar eine Frucht des Städtelebens, anfänglich eine verbotene, darauf überall, nach manchen Kämpfen, gesetzlich behauptet. Von Italien und Frankreich, von Deutschland, der Niederlanden und England kommen viele Beispiele vor, wie von den Städten gegen die Grundherrschaften durchgesetzt worden, daß entwichene Hörige, wenn sie sich eine bestimmte Zeit (gewöhnlich Jahr und Tag) in einer Stadt aufgehalten, ohne entdeckt und in Anspruch genommen zu sein, dadurch zur Freiheit gelangten (Hüllmann, Städtewesen des Mittelalters I. 207 — 214. S. S. 9, 86 und 261 dieses Buches).

Die häufigen räuberischen Einfälle der Ungarn, Wenden und Dänen hatten allgemein auf die Nothwendigkeit befestigter Plätze geleitet. Die älteren Befestigungswerke in Gräben, Pfählen und einzelnen Thürmen wa-

¹⁾ Auf dem allgemeinen Landtage zu Laus 1331 erscheinen die Prälaten, Barone, Ritter und Städteabgeordneten von Böhmen und Mähren, auf jenem zu Prag 1355 congregato magno concilio principum, baronum, nobilium, wladikonum et civium ad regni Boemiae coronam pertinentium.

ren nicht bedeutend genug, um jeden Sturm überlegener Schaaren von Reitern und Fußvolf abzuschlagen. Es kam also darauf an, dem Feinde im freien Felde entgegen zu gehen, um ihn abzuwehren. Der größere Theil der bewaffneten städtischen Mannschaft bestand zwar aus Fußgängern; es befanden sich aber darunter fast überall, und früh schon, auch Reiter, die das Stadtgebiet gegen berittene Feinde zu vertheidigen hatten.

Im südlichen und inneren Frankreich waren die wohlhabenden, in der Feldmark mit Ländereien ansässigen Bürger der älteren Städte in der Eigenschaft als Landes-Untertanen, altherkömmlich zu Rosendiensten verpflichtet, und zwar zur Vertheidigung nicht allein des städtischen, sondern des ganzen fürstlichen Gebietes. Bis zur Zeit, wo unter den Städtebewohnern die Scheidung der ritterständischen und der gewerbständischen Bürger eintrat, fand demnach kein gesellschaftlicher Unterschied Statt zwischen jenen begüterten Altbürgern, und den fürstlichen Lehenmannen, beide waren vom Wehrstande. Eine bedeutende Veränderung erfuhr aber sowohl die Kriegs- als ständische Verfassung bei dem Fortrücken des Städtewesens dadurch, daß die Bürger immer mehr theils auf die Nothwendigkeit geführt wurden, die Stadt durch starke und hohe Mauern zu befestigen, theils im Stande waren, die Geldmittel dazu aufzubringen. Nun kam es hauptsächlich darauf an, die Stadt selbst zu vertheidigen, wozu vorzüglich Fußvolf erforderlich war. Schon hiedurch nahm unter den reichen Bürgern die Neigung ab, zu Pferde zu streiten, noch mehr aber dadurch, daß sie immer stärker durch den Großhandel und Kunstleiß angezogen wurden, aus dieser Ursache immer mehr von der kriegerischen Lebensweise zurückkamen und die Waffen nur dann mit Lust ergriffen, wenn es ihre eigene Sache galt. Die ländlichen Herren konnten ihre Güter durch Hörige und Leibeigene bewirthschaften lassen und sich in Feldzügen umtreiben; aber die Geschäfte der städtischen konnten nicht ohne Nachtheil gedungenen Leuten anvertraut werden. Um sie persönlich zu betreiben, um an ihren Handelsreisen nicht gehindert zu werden, trachteten die Bürger darnach, und mit Erfolg, sich von dieser öffentlichen Last durch Abkauf zu befreien. Durch die Ausscheidung vieler begüterten Bürger vom Wehrstande wurde die Trennung desselben vom Gewerbe stande befördert, zu welcher der letztere in seiner Entwicklung unaufhaltsam hinneigte. Unter den ländlichen Herren, die fortbauernb Mitglieder des Wehrstandes blieben, gelangte nun, dem bürgerlichen gegenüber, der Ritterstand zur völligen Ausbildung.

In Deutschland sind unter den sogenannten Constablern, Constafflern, unstreitig keine andere, als wohlhabende berittene Bürger zu verstehen, solche die nicht zu den Handwerkern gehören (Kaufleute, Geldhändler, Goldschmiede u. a.), reitende Glevenerbürger (Glevener hießen alle, die mit der Gleve oder Lanze fochten) zum Unterschiede von den Gespan-Glevenern d. i. den Handwerkern, welche, 4—6, mit Gleven bewaffnet, auf dem Streitwagen ritten.

Wo Könige und Fürsten einen geschlossenen Ort besetzt hatten, konnten sie in Folge des Waffenrechtes die Bürger zur Vertheidigung anbieten. Eigentlich also waren diese nur waffenpflichtig in Beziehung auf ihre Stadt und deren Gebiet; jeder von einigem unbeweglichem Vermögen mußte sich auf eigene Kosten ausrüsten. Zur gemeinheitlichen Angelegenheit ist das städtische Kriegswesen am frühesten in den lombardischen und toscanischen Städten geworden, auf welchem Boden alle Keime der genossenschaftlichen Verfassung, fast lauter germanisch, zuerst aufgegangen sind. In früherer Zeit, als daselbst die begüterten alten Geschlechter entschieden den Rang vor den Handwerkern behaupteten, und sich im ausschließlichen Besitze der öffentlichen Stellen befanden, lag bei der Eintheilung des bürgerchaftlichen Heeres das Verrückte zum Grunde. Meistentheils nach den Hauptthoren, hier und da auch nach den größeren Kirchen, war jede Stadt in gewisse Sprengel getheilt, in Viertel oder Sechstel, von denen zu jedem ein gewisser Bereich gehörte, mit den darin liegenden Dörfern und festen Schlössern. Oberbefehlshaber waren die Thor-Hauptleute (Capitanei); unter ihnen standen sowohl die Anführer der einzelnen Züge, in die jede Thor-Sprengelschaft zerfiel, die Balvaffores, als die Befehlshaber der zu jedem Thorgebiete gehörenden Schlösser, die Castellani. Sämmtliche Ober- und Unter-Anführer befehligten zu Pferd; außerdem bestand in jeder irgend bedeutenden Stadt eine besondere Reiterschaar, in welcher theils die vornehmeren und reicheren Bürger unentgeltlich dienten, theils je länger desto mehr adelige Landherren, die in den Städten sich niederließen, das Bürgerrecht erwarben, und für Sold Kriegsdienste leisteten, entweder für immer, oder eine gewisse Zeit im Jahre. Denn wie die Bürger nach der gesellschaftlichen Auszeichnung der Ritter gelüftete, so die Ritter nach dem Gelde der Bürger. Die Thorhauptmannschaft war auch in verschiedenen Städten von Deutschland eine wichtige Stelle und auch in den meisten Gegenden derselben nicht ungewöhnlich, daß ländliche Herren in den Kriegsdienst der städtischen traten, mit Erwerbung des Bürgerrechtes.

Ein anderer Eintheilungsgrund der städtischen Kriegsmannschaft ward herrschend, seitdem der Handwerkerstand aus dem langwierigen Kampfe gegen die alten städtischen Geschlechter endlich als Sieger hervorging und allen davon, die sich nicht zum Ritterstande gewandt, seine Zunftverfassung aufzwang. Nach den Zünften war nun die städtische Mannschaft eingetheilt; jede entweder bestehend aus lauter Mitgliedern desselben Gewerbes oder zusammengesezt aus verschiedenen, mehr oder weniger verwandten Künsten, desgleichen aus zugewandten Mitgliedern (Hüllmann II. 165 — 194, III. 7).

Als nämlich in den Zeiten allgemeiner Umgriffe und Gewaltthatigkeiten die Bürgerschaften zur Selbsthilfe genöthigt waren, behaupteten diese ihr Eigenthum und ihre Sicherheit mit den Waffen. Hierdurch nun bekam das Zunftwesen eine große Ausdehnung, und eine ganz neue, seiner Ursprünglichkeit fremde Richtung: eine kriegerische. Wenn die Bürgergesamtheit in dieser

Beziehung in Abtheilungen gebracht werden mußte, waren die schon bestehenden Zünfte der Kunstarbeiter und Handwerker hierzu am meisten geeignet, indem aus den Mitgliedern jener Handwerke, welche bisher nicht zünftig gewesen, neue Zünfte errichtet wurden. In dieser Hinsicht müssen demnach im späteren Mittelalter die Zünfte als Abtheilungen der städtischen Kriegsmannschaft betrachtet werden; und es lag also da, wo diese bürgerchaftliche Grundverfassung Statt hatte (wie vorzugsweise in Italien), wesentlich in derselben, daß jeder weltliche Stadtbewohner zu einer Zunft gehören mußte: die Waffenschlichtigkeit schloß die Zunftspflichtigkeit in sich. Auf den Zustand der Gesellschaft hatte diese große Ausdehnung des Zunftwesens, die Benützung derselben zur Stadtvertheidigung, großen, wenn auch langsam und geräuschlos wirkenden Einfluß. Die ständischen Gränzen wurden verändert. Dadurch nämlich, daß der Bürgerstand nach beiden Seiten in die angränzenden Stände einbrang, auf der einen Viele vom armen geringen Adel sich herabzustimmen bewog, auf der anderen mit den Eigenthümern der freien Bauernhöfe des Stadtgebietes sich vermischte, bildete sich allmählig ein umfassender neuer, der bürgerliche Stand ¹⁾. Die Bewaffnung der Gewerksgenossenschaften ist der Uebergang von ihren anfänglich bloß gewerblichen Rechten zur großen bürgerlichen Macht, welche ihnen in allen Städten eigen gewesen.

Das Zunftwesen ist die Grundlage, auf welcher sich in den italienischen Städten das Volk oder der größere, in Zünfte geschlossene Theil der Bürger (ein Seitenstück ist nur noch im römischen Staate die Plebs, deren Uebermacht mit Weisheit lange Zeit in Schranken gehalten wurde) neben oder auch über die Stadtgemeinde (Populus im Römischen, in welcher auch die adeligen Geschlechter) ²⁾ erhob (Hüllmann I. 315, III. 314 — 347). In Deutschland trat aber der längst vorbereitete Kampf der niederen Gemeinde gegen die

¹⁾ Es versteht sich, daß dieser Bildungsgang in mehr entwickelten Ländern nur vorsichtig auf unsere Verhältnisse angewendet werden kann.

²⁾ Die Herrlichkeit des städtischen Adels war nirgends von beständiger Dauer. Es kam eine Zeit, wo die Gesamtheit der Zünfte als Gährungsstoff so gewaltig in diesen Herrenstand einwirkte, daß eine Zersetzung in ihm vorging, einige sich hinüber wandten zu dem Stande des Länderei-Adels, andere, die nicht ausschließlich vom Ertrage ihrer Grundstücke lebten, sondern auch Großhandel trieben, herüber traten zu dem Gewerbsstande. Die Veränderung im Inneren der Bürgerschaften griff noch weiter um sich; es erfolgte eine gänzliche Umgestaltung derselben, worin auch der, bisher in den meisten größeren Städten vorhandene, Mittelstand unterging. Zu dieser wichtigen Ordnung von Bürgern, die zwischen den wehrständischen, reich begüterten Altbürgern, und den Handwerkern, mitten inne stand, gehörten vorzüglich die Handelsherren, desgleichen alle Unternehmer von größeren Kunstwerkstätten.

Mit dem Ausdrücke *Modiocrates* kann nur dieser Stand gemeint sein, so wie im früheren Mittelalter, vor der vollendeten Herrschaft der Handwerkszünfte, Bürger, im Lateinischen *Cives*, im engeren Sinne der eigenthümliche Name für die mittlere ständische Ordnung der Stadtbewohner gewesen ist. In Genf werden schon im 18. Jahrhundert

abgeschlossene Rathsgemeinde, der Zünfte gegen die Geschlechter, das Streben der Zünfte nach Antheil an der Rathsgewalt, durch den allgemeinen Gebrauch der deutschen Sprache in Urkunden und öffentlichen Verhandlungen begünstigt, der Aufschwung des demokratischen Sinnes zu gleicher Zeit, als sich die schweizerische Eidgenossenschaft erhob und die flämischen Volksgemeinden über den französischen Adel siegten, erst gegen das Ende des 13. und zu Anfang des 14. Jahrhunderts scharfer hervor, bis gegen die Mitte des letzteren in Folge des Zerwürfnisses mit dem Papste die Geschlechter- und Raths-Aristokratie fast in allen Städten gebrochen oder ein gemäßigtes Reglement des Rathes und der Zünfte eingeführt wurde (Barthold III. 114, 128, 146, 157, 237, 252).

Neben den Glevenern oder Kunstflern, den Geschlechtern und reicheren Bürgern, welche mit der Gleve oder Lanze und in voller Rüstung fochten, bestand die Kraft des Bürgerthums in den bewaffneten Zünften, die im Besitze eigener Banner und Zeughäuser, unter sich als Genossen abgetheilt unter Oberalten, Zunftmeistern als Führern, gegen den Feind auszogen, gewisse Stadthore, Wachen, Theile der Mauern besetzten, vertheidigten. Als Waffe, die am geeignetsten der Faust des Zünflers sich bot, hatte das 13. Jahrhundert die Armbrust überkommen, deren Erfindung dem Morgenlande gehört. Des neuen gefährlichen Werkzeuges, welches im vergrößerten Maßstabe als „Blide“ bei Belagerungen, auf Kriegsschiffen gefürchtete Anwendung fand, bemächtigte sich überall in romanischen und germanischen Ländern das Bürgerthum; es galt, von der Kirche verflucht, als legerisch, vom Adel gemieden als heimtüchisch, unritterlich. Immer auf dem Fuße der Nothwehr machten sich die deutschen Bürger mit meisterlicher Lust das künstliche Wehrmittel zu eigen, vervollkommneten die „Arbalesta“ zur kunstvollen Vorrichtung des „Stahles“ und gebrauchten sie mit schrecklichem Nutzen von den Zinnen ihrer Städte wie in offener Feldschlacht. Unter dem Schutze des h. Sebastian, der als Märtyrer den Pfeilen erlegen, des h. Moriz und anderer ritterlicher Patrone schlossen sich später die Liebhaber der Armbrust auch als kirchliche Bruderschaft zunftmäßig an einander; so entstanden die Schützengilden (in Braunschweig schon 1268), deren es in jedem größeren Orte mehrere geben konnte, der Kaufleute, der Handwerker. In der fertigen Hand des Zünflers blieb der Stahl noch Jahrhunderte hindurch neben dem Feuerrohr in Anwendung; das Stahlschießen nach dem Vogel auf hoher Stange vereinigte mit männlicher Waffenfreudigkeit und geselliger Lust die Reste der Poesie, welche aus dem Leben zu weichen drohte, und läßt noch im traurigen Reformations-Jahrhundert bei gefeierten, sangreichen Gessellenschießen

Mitglieder der Stadtgemeinde von dreierlei Rang unterschieden: Milites, Cives, Burgenses; ganz so in Basel: Ritter, Bürger, Handwerker, in Straßburg: Geschlechter, Bürger, Handwerker (Hüllmann II. 244, 467, III. 568).

das trauliche, tapfere, wihige, ehrbare Gepräge des mittelalterlichen Bürgerthums abspiegeln.

Die neue Kunst des Feuergewehrs, wahrscheinlich lange vorher durch die Maurenkämpfe im südlichen Spanien hervorgerufen, kam bei den Bürgern zuerst in Gebrauch, als 1324 Balduin, Erzbischof von Trier, Johann König von Böhmen und Ferry Herzog von Lothringen Neß vergeblich belagerten, weil die Bürger und ihre ritterlichen Helfer einen wirksamen Gebrauch von ihrer „Artillerie“ gemacht hatten. Ueber Italien, wo Florenz schon 1326 eiserne Geschütze gießen ließ, mochte die neue Kunst in oberdeutsche Städte gelangt sein. Denn schon 1344 hat der Erzbischof von Mainz „Feuerschützen,“ schon 1356 kommt Schießpulver in Nürnberg und Braunschweig vor. Im Jahre 1374 brauchte der Bischof von Würzburg bereits „Büchsen“ seine Bürger zu zählen; gleichzeitig finden wir die Bombarden zur Vertheidigung hansischer Orlogschiffe angewandt, und erfahren bald, daß Ulm's wie Braunschweig's Schützenbrüderschaften sich der kunstreichen Handbüchsen statt des üblichen Stahls (der Armbrust) bei männererhebender Lustbarkeit bedienten. (Barthold III. 36 — 38, 250).

Ein besserer Zustand ward durch die Bürgerschaften möglich gemacht, durch ihr Geld, zum Theile auch durch das Schießpulver, dessen Anwendung ihrer größtentheils mit Fußvolf bestrittenen Kriegsführung, so wie dem Vertlichen derselben, vorzüglich zusagte.

Wie die hergestellte nachdrückliche Waffengewalt der Landesherren das vorzüglichste Vollstreckungsmittel des Rechtes geworden, boten zunächst die Bürgerschaften die Kraft, die Ordnungsmaßregeln durchzusetzen. Denn haben auch die Städte nicht die ersten Beispiele von Söldnern gegeben¹⁾, und haben sie gleich mit ihren in Dienste genommenen, besoldeten Reitern die Gränzen des Rechtes oft überschritten, so ward doch von ihnen, durch den ausgedehnten und beharrlichen Gebrauch geworbener Kriegsleute, und durch ihre, den Landesherren zu gleichem Behufe geleisteten Geldhilfen, verdienstvoll die Bahn gebrochen in Vervollständigung eines besseren öffentlichen Zustandes.

Das größte von den Uebeln, an denen die städtischen Gemeinheiten gelitten, bestand in der Mangelhaftigkeit der Zwangsmittel, welche die Regierung gegen Verbrecher und Empörer anzuwenden hatte, wo die gewöhnlichen Amtsdienner nicht ausreichten. Bewaffnete Bürger sollten hier dieser Grundpfeiler sein, auf welchem zuletzt alle Geseßlichkeit und Staatsordnung beruhte, wenn auch Unlust

¹⁾ Die 1256 zu Mainz versammelten Städte einigten sich zur Waffenbereitschaft des Bürgeraufgebotes und Aufstellung von Söldnern (Sulbener) und Armbrüstern, um jedem Bundesgliede sogleich beizuspringen (Barthold II. 228). Zu Anfang des 14. Jahrhunderts entschlossen sich Augsburg, München, Regensburg, Nürnberg, Söldner zu Fuß und zu Pferd zu halten; die Aufbringung der Kosten verursachte gewöhnlich viel Mißvergnügen (Hüllmann IV. 13).

zu dem Dienste wegen Versäumniß des Erwerbes, Mangel an Mannszucht, weil die Bürger ohne Sold dienten, und Parteigeist, besonders in Folge des Zunftwesens, wohl nicht selten Hemmnisse mit sich brachten. Wir sehen daher (zunächst in Italien) neben der Bürgerwache auch eigene Stadtwachen, Scharwachen, Söldner aufkommen (Hüllmann II. 4—6, IV. 5—15).

Nach dieser allgemeinen Darstellung sollten wir über die militärischen Einrichtungen früherer Zeit in Brünn Mittheilungen machen; da es uns aber hiezu an genügendem Stoffe fehlt, wollen wir solche, bei ziemlich gleichen Verhältnissen, aus der Geschichte Wien's entlehnen ¹⁾.

Ueber die Befestigung Wien's (Vergleiche S. 222 ff. dieses Buches) in der ersten Umfangsepoche wird nur der Stadtmauern (Ringmauer) und dreier Stadthore sammt Thürmen, in der zweiten Epoche, welche sich von der durch die beiden Leopolde zwischen den Jahren 1177 — 1250 ausgeführten Vergrößerung der Stadt datirt, der Ringmauern und 19 Thürme erwähnt, deren Erhaltung der Stadt oblag; es werden aber auch die alten Stadtbollwerke in den Fortifikationsrechnungen des 14. und 15. Jahrhunderts als schon bestanden erwähnt. Von eigentlichen Bastien oder Wallgängen zeigt sich aber in denselben noch keine Spur. Die Fortschritte der Kriegskunst in der allgemeineren Anwendung des Schießpulvers ²⁾ und die Vermehrung des Kriegsvolkes machten im Verlaufe des für Oesterreich so kriegerischen 15. Jahrhunderts die Ringmauer mit ihren Thürmen und Gräben und die 4 Stadtbollwerke nicht mehr hinreichend; die Ringmauer (mit Erde beschüttet) wurde allenthalben erhöht und mit einer „umgeundwer (Bastei), Erkern und Brustwehren versehen; zur Vollenbung der äußeren Verthei-

¹⁾ Schläger theilte aus den mit ungemeinem Fleiße und Sachkenntniß benützten Stadtbüchern von Wien vom 14. Jahrhunderte an interessante und lehrreiche Notizen über die militärische Verfassung dieser Stadt im Mittelalter mit und zwar in seinen wiener Skizzen des Mittelalters I. B. S. 85 — 146 und 157 — 202 über die Feldzüge der Wiener im Mittelalter, das Waffenzug der Stadt, Erzeugung und Aufbewahrung des Pulvers, von den Schießübungen und Schießplätzen, die alten Zeughäuser der Stadt, die Festung Wien im Mittelalter und den Stadtgraben, dann V. B. S. 3 — 272 über die Bewachung und Vertheidigung Wien's, Aufgebot der Zechen und Erbbürger, das Söldnerwesen, die alten Waffen, Zeughäuser, Pulverthürme, Schießstätten, Schützenordnungen, die Türkenraiz (Zug gegen die Türken) 1456, zwei Stadt-Fehden, Kriegseleistungen im 15. Jahrhunderte, geschichtliche Uebersicht der Feldzüge und Urkunden dazu. Bei uns hat sich leider noch kein Schläger gefunden, obwohl es in den Archiven von Brünn, Olmütz, Znaim, Jglau u. a. kaum an Stoff fehlen dürfte. Wir theilen daher, da die Verhältnisse von Wien und Brünn sich in der angeedeuteten Beziehung ziemlich gleichen dürften, aus Schläger Einiges mit.

²⁾ Die älteste bestimmte Nachricht vom Gebrauche des Schießpulvers und der Feuerwaffen in Böhmen fällt in das Jahr 1384 (Palady III. 1. S. 36). Während der Belagerung von Znaim 1404 blieb die Beschießung mit Kanonen bei der Schwäche des damal fabricirten Pulvers unwirksam (eb. 203, 294). 1392 kommt bei uns vor Mertlein von Ruß magister pixidum, 1412 ein magister Pixidum.

digungslinie aber wurden mehrere Thürme und Bollwerke (auch Leber, Labor genannt) zwischen der Stadt und den Vorstädten erbaut, die Vorstädte aber von außen durch Zäune (Ballisaden, zum Schutze gegen Verfaulung mit Brettern gedeckt) und sogenannte Schredzäune (gegen die ersten Anfälle der Schaaren Mathias Corvin errichtet, 1487 zuletzt erwähnt) geschützt. Es gab sonnach äußere Baunthore der unmittelbar die Stadtmauer umlagernden Vorstädte, Thore (mit Schossgattern, Fallgittern; es waren mehr für Fußgeher, als Fahr-Thore) der Vorstädte gegen die Stadt, auch Thürln (mit Thürketten), Vorstadt-Thürme, 18 Vorstadt-Thore, Bollwerke oder Basteien und einen Stadtgraben mit einer Mauer (ausgemauert) und Rinnen (zum Einlassen des Wassers). Der Stadtgraben wurde zur Grasnützung, für den jungen Erzherzog Ladislaus (1452 — 1457) als Thiergarten (mit Wild, Hirschen, besetzt, jährliche Jagden), später, wo er mit Wasser angefüllt wurde, zur Fischenutzung, und seit dem 16. Jahrhundert mehr und mehr wieder zur Grasnutzung verwendet.

Die erwähnten Befestigungswerke wurden im Belagerungsgräuel des Jahres 1529 theils von Feindes, theils von Freundes Hand der Erde gleich gemacht und verschwanden für immer, bis auf die Vorstadtzdune, welche im 17. Jahrhunderte, bis zum Baue der Linienwälle im J. 1704, zeitweise gegen die Pest errichtet wurden.

Die bei der türkischen Belagerung (1529) geschöpfte Ueberzeugung, daß mit den damaligen Mitteln eine so weit ausgedehnte Fortifikationslinie bis zu den Vorstadtzdunen sich nicht vertheidigen lasse, mochte die Beschränkung des neuen Baues bloß auf die Befestigung der eigentlichen inneren Stadt veranlaßt haben. Aber auch diese Fortifikationsarbeiten beschränkten sich mehr auf Wiederherstellung und Ausräumung (von Roth) des Stadtgrabens, Erhöhung der Basteien oder Wallgänge (und deren Anschiebung mit Wasen und Erde), Erbauung von Ragen hinter den Basteien und sonstige Vorarbeiten für den schon 1540 von den kaiserlichen Baumeistern (1544 Meister Dominicus Malto aus Kärnthen und Franziskus de poro von Mailand) unmittelbar übernommenen Bau, mit Ausnahme der Dominikaner- (sogenannten Bürger-) Bastei, welche 1544 und 1545 auf Kosten des Stadtharars errichtet wurde. Dasselbe mußte auch zu den Kosten dieser von den kais. Baumeistern ausgeführten Befestigungswerke (von 1543 bis 1560 jährlich 4000 bis 16000 fl.) beitragen, insbesondere 1545 auf Einwirkung des Generalobristen Feldhauptmanns Leonhard von Fels 2000 fl. zum nothwendigen Baue der Ragen hinter den Basteien, dessen Kosten auf 11,000 fl. veranschlagt waren.

Bis auf die Zeiten zurück, in denen größere Märkte durch Pfähle (Zäune) und sohin Umgebungs-Mauern zu Städten umgeschaffen wurden, geht allenthalben die Verpflichtung ihrer Bewohner, sie zu bewahren und zu vertheidigen. Diese Stadtbewohner bestanden theils aus

Pfahlbürgern ¹⁾ von Geburt aus (Erbbürgern), theils aus Handwerkern, welche das Bürgerrecht erwarben, als sie sich in der Stadt zum Betriebe ihres Nahrungszweiges häuslich niedergelassen hatten, oder sie gehörten der dienenden Klasse an. Der Ritter, Bauherr und selbst der Landesfürst hausten noch auf ihren Bergfesten. Von dieser Wachtpflicht der Bürger zeigen alle alten städtischen Archive Spuren; bei größeren Städten ist aber selbst unter den Bürgern eine eigene Absonderung für den gewöhnlichen Waffendienst auf der Ringmauer zu finden; es waren nämlich hiezu die Bogner und Pfeilschnitzer (die Verfertiger des Handgeschosses) berufen (wie nach einer Urf. Carl IV. von 1360 in Prag, dann in Wien); bis Rudolph IV. 1361, unter Aufhebung ihrer Steuerbefreiung, alle Bürger ohne Ausnahme zum Militärdienste in und vor der Stadt verpflichtete. Die Hussiten-Züge, dann die drohenden Stellungen der Ungarn, Polen und Böhmen, wie das Treiben organisirter Räuberbanden, in Verbindung mit der Uneinigkeit im Hause der Landesfürsten, im 15. Jahrhunderte bestimmten den wiener Stadtrath, auf die Besserung der Stadtmauern und die Errichtung mehrerer Festungswerke außer denselben zu denken, um sowohl die Stadt als auch die seither vergrößerten Vorstädte zu schützen, nämlich Vorstadt-Bollwerke, Palisaden und Gräben zu bauen. Es ergingen zugleich 1444 über die Erhaltung und Bewachung dieser Vorstadtbefestigungen, über das Zirkeln (Errichtung von Wehren und Vorstadtzäunen), Wachen und Schützen (Bewachung und Vertheidigung derselben), dann über das raissen (Ausziehen gegen den Feind) Verfügungen für die wiener Vorstädte, deren Bewohner in dieser Beziehung in die Viertel vor den Thoren getheilt wurden. Die Pflicht, Pfähle zu setzen, war und blieb in allen Zeiten eine höchst persönliche, im Falle der Noth, für jeden Einwohner. Die Vorstadt-Thürme spielten bei den fortwährenden Bedrohungen der Stadt eine Hauptrolle. Sie wurden durch Bogner-, Schlosser- und Münzer-Gesellen, oder durch Zinngießer, oder auch durch eigene besoldete Büchsenmeister und Büchsen-schützen besetzt und vertheidigt. Nur die Mauern der Stadt selbst und der Stadtgraben blieben bei wirklicher Belagerung den Bürgern immer persönlich zu vertheidigen vorbehalten. Sie waren dabei nach den Stadtgräben in vier Viertel

¹⁾ Schlager scheint den Begriff dieses Wortes nicht gehörig zu deuten. Die Städte verstärkten sich durch die Aufnahme von Aus- oder Pfahlbürgern d. h. Herren, Rittern, Prälaten, Klöstern und gemeinen Freien, die auf dem Lande wohnhaft, der Stadt durch Beihilfe in ihren Fehden, durch Beherbergung ihrer reisenden Abgeordneten und auf andere Weise beistehen mußten, dafür aber kraft jenes künstlichen Bürgerrechtes des Schutzes der Stadt, des Gerichtsstandes in derselben, des freien Absatzes ihrer Erzeugnisse und anderer Vortheile theilhaftig waren.

Den Verboten der Reichsgesetze gelang es erst im 15. Jahrh., diese viele Uebelstände herbeiführende Einrichtung zu unterdrücken (Walter, deutsche Rechtsgeschichte I 291; Zöpfl I. 168, 183; Eichhorn (3. Ausg.) I. 115, 127, II. 48, 85, 104, 227).

geordnet, deren jedes eine eigene Fahrenfarbe (roth und weiß, braun, grün und blau) hatte. Im 15. Jahrhunderte kommen auch von der Stadt besoldete Wächter unter den inneren Stadthoren, so wie Thorschlüssen, die unter der Stadt äußeren (Vorstadt-) Thoren standen, vor. Wie nun der Stadtrath durch diese ganze Zeit das sämtliche Genie- und Bauwesen der Festung Wien allein leitete, so blieb, selbst als Maximilian den Militärdienst zu einer allgemeinen Steuer gemacht hatte, die Bewachung der inneren und äußeren Festung Wien's fortan der städtischen Miliz überlassen; der Bürgermeister hatte zur Nachtzeit die Schlüssel zu den äußeren und inneren Thoren in seiner Verwahrung (auch nach Ferdinand I. Stadtordnung von 1526 und noch nach der Stadtbriken- (Festungs-Commandanten-) Instruktion von 1762). Alle Stadthore, bis auf einige, waren bei Nacht unbedingt gesperrt, unter doppelter städtischer Besetzung derselben; nach der Ordnung für die Stadthore von 1571 können sie nur die Schlüsselhändler (abwechselnd 2 Bürger) zu gleicher Zeit öffnen, wobei der Mautner, alle Soldaten und auch die Mauerwächter sein mußten. Schon von 1629 an erscheint eine eigene Schlüsselwacht für die nächtliche Bewachung der Stadtschlüssel in der Wohnung des Bürgermeisters. Der Sperrkreuzer (Einlaß-Geld beim Aufschließen der Thore zur Zeit der Sperre, wobei manche Befreiungen bestanden) bildete 1749 ein Einkommen des Staatsärars. Nach der türkischen Invasion von 1529 finden sich städtische Wächter auf den Stadtmauern mit einer eigenen Wachordnung von 1531 und in diesem Jahre auch Feuer-Rueffen, welche des Nachts die Stunde und das Feuer ausschrien und 1695 durch die Rumormache (Sicherheitswache) ersetzt wurden. Auf den Brücken über die Stadtgräben waren zu größerer Sicherheit besondere hölzerne Gitterthore angebracht.

Die persönliche Verpflichtung der Bürger im Nothfalle in das Feld zu ziehen spricht schon das alte österreichische Landrecht und Friedrich II. wiener Stadtrecht von 1227 aus; sie sollten aber nach Rudolphs Handfeste von 1278 nicht weiter ziehen müssen, als daß sie denselben Tag bei Sonnenschein wieder nach Hause kommen könnten. Ob sich dies nur auf den Dienst in der Stadt bezog und ob sich im 13. und 14. Jahrhunderte daran gehalten wurde ist nicht bekannt. Es konnte aber nicht der Fall sein, als Herzog Albrecht 1356 alle Bürger Wiens gegen den mähr. Markgrafen Johann aufbot, welcher Oesterreich mit Raub und Brand verwüstete. Diese Entfernung kam auch nicht mehr in Betracht bei den Aufgeboten der Bürger in den Jahren 1405, 1425, 1426 und 1438, dann in den folgenden Feldzügen des 15. Jahrhunderts, in welchen sich die Bürger zum Theile durch aufgenommene Söldner vertreten ließen¹⁾. Im Gegentheil fordert Albrecht V. 1426 und 1438 die

¹⁾ Auch die brünner Bürger beteiligten sich besonders bei Zügen gegen Raubburgen der Umgebung, wie 1315 gegen Dobran, die ihnen zuviel (meine Gesch. von Brünn S. 100), 1428 gegen Renschloß und Czernahora, wobei die noch neuen Feuerwaffen in Anwendung kamen (Moravetz II. 13).

wiener Bürger („jedermann“ oder „alle die vor alter vnd Jugend mugen,“ in den dringendsten Fällen gegen die Hussiten „menigleich die in der Stat vnd vor der Stat wohnen, es sein Burger, Chawfleut, Santwercher, Santwercher knecht vnd ander gemain volck“) ausdrücklich zum Zuge „bis an die Gemerch (Gränzen) des Landes Oesterreich gegen die teyterischen pphamben (Böhmen) und die vor Polan“ auf. Daß der Begriff des Aufgebotes, so wie in neuester Zeit, auch im 16. Jahrhunderte in Oesterreich die unbeschränkte Militärpflichtigkeit jedes Bürgers, ohne Rücksicht auf die Entfernung des Kriegsschauplatzes von der Stadt, mit sich brachte, zeigt Ferdinand I. Handwerksordnung von 1552, nach welcher, wenn Feindesnoth in einer Stadt, Markt oder Flecken eintritt, „die (bürgerl.) Handwerker dasselbs vnder andern bleiben vnnnd vmb gepürlichen Sold dienen vnnnd sich treulichen gebrauchen lassen sollen bey straff vnd peen verpiettung vnserer Lande.“ Nicht selten kommen im 15. Jahrhunderte bei den Aufgeboten auch die Bürgermeister von Wien als Anführer der Bürger und Stadtsöldner vor, oder Rathsherrn, die Rämmerer u. a. hohe Beamte. In den Aufgeboten heißt es, daß die Bürger erscheinen sollen „wol gerüst mit Harnasch, weren, zeug, und Wegen“ (Wägen) besonders während der Hussiten-Einfälle nach der ihnen nachgeahmten so bewährten Vertheidigungs-Methode durch Wagenburgen. Mathias Corvin verlangt ein paar Mal unter dem Aufgebot schon Büchsen schüßen. Dieses Aufgebot wurde durch öffentlichen Ruf unter Läuten der Genannten-(Bürger-Ausschuß-) Glocke allgemein bekannt gemacht; auch durch die Steuerknechte besonders angejagt.

Um die Erwerbsfähigkeit und den Verdienst der Bürger und Zechen nicht zu beeinträchtigen, wurden, insbesondere für die Feldzüge, Söldner aufgenommen, was eine sehr alte Uebung gewesen zu sein scheint, obwohl sie in Wien erst 1368 in der Stadtrechnung vorkommen. Konnte sie der Stadtrath nicht in hinlänglicher Zahl im Orte aufbringen, wandte er sich an andere, wie 1406 an den Stadtrath in Znaim, welcher ihm „ephliche gesellen Söldner“ schickte. Es war dies eine eigene Kaste von Leuten, die, vielleicht keinem Lande angehörend, herumzogen, und um Lohn das Kriegshandwerk zu jener Zeit trieben, in welcher noch kein stehendes Militär bestand (S. Palacky IV. 495 ff. über die Kriegsbotten).

Das System der Aufnahme von Stadtsöldnern fing (nach den Stadtrechnungen) in Wien erst im zweiten Viertel des 15. Jahrhunderts, in welchem das Kriegshandwerk zum höchsten Eintrage des Bürgererwerbes zu vorherrschend geworden, an, allgemach die Oberhand über den persönlichen Zugang der Bürger zu gewinnen. Da jedoch die Militärpflicht der Bürger daneben immer noch bestand, so wurden auf Kosten des einzelnen, vom Zuge heim bleibenden Bürgers oder der betheiligten Zechen diese Stellvertreter aufgenommen und sohin der Sold auf die Bürger geschlagen (schon 1438, 1445 und ff.). Aus den Anschlägen und Relutionen erhielten die Söldner ihre Bezahlung

(Der gemeine Mann gewöhnlich 4 Schillinge, ungefähr 5 kr. C. M. täglich oder einen halben Gulden wöchentlich). Ueber den Betrag wurde die Verhandlung immer mit ihren Anführern gepflogen, welche bis Mathias Corvin Hauptleute zu Fuß und zu Roß, eine andere Gattung das ganze 15. Jahrhundert Rottmeister hießen.

Die Artillerie wurde durch aufgenommene, ebenfalls nach Wochen oder auch nach ganzen Jahren (schon 1451) bezahlte Büchsenmeister besorgt. Sie waren des schweren Geschüßes kundige Männer, welches damals bloß gegen besetzte Punkte in Anwendung kam. Sie verrichteten mit dem Geschüß der Communitäten, oft aber auch mit den ihnen eigenthümlichen „Büchsen“ den Kriegsdienst, wie in letzterer Hinsicht der (1429 vorkommende) „Maister Hannß von Brünn Büchsenmaister.“

Rücksichtlich der Zahl der aufgenommenen städtischen Söldner steht das Jahr 1458 nach 1452 oben an, in dessen Verlauf 5,184 Mann mit 300 Pferden unter 18 Rottmeistern, von 5 — 27 Wochen, dann später wieder 1582 Fußknechte auf 6 Wochen mit 158 Pferden von der Stadt besoldet und überdies 1300 Fußknechte und 142 Pferde auf 1 Monat dem Herzoge Albrecht VI. zum Zuge gegen die Böhmen gesendet wurden.

Außer dem von den Bürgern persönlich verrichteten und rekrutirten Waffendienst kommen aber auch noch andere sehr bedeutende Feldauslagen der städtischen Kasse vor, als auf die Verköstigung der Besatzungen von Burgen, an rückständigem landesfürstlichem Sold, für Kreuzfahrer, an Kriegsteuer, Verköstigung der Gefangenen, an gelieferter Munition, für Rettung der Weinlese u. a., welche mit den eigentlichen Kriegskosten an Sold, Munition, Stadtbefestigung u. a. mit Rücksicht auf den damaligen Geldwerth erstaunliche Summen erreichen. Den Hauptleuten wurden bei ihrer Aufnahme Entschädigungs-Reverse wegen „Verkauf“ oder „Schaden an Gut“ ausgestellt. Auch kommt in manchen Jahren der Lohn der beeideten „laufenden und reitenden Boten“ (der letzte Stadtbote erscheint 1509) und Spione vor¹⁾.

¹⁾ Wir theilen hier aus dem Auszuge der wiener Stadtrechnungen über die Kriegseinstellungen des Stadtrathes und die Feldzüge von 1424 — 1493 (Schlager I. 87 — 121, V. 141 — 270) Einiges mit, was auf Mähren und speciell Brünn Bezug hat, und die fortwährende Verbindung mit Wien zeigt, insbesondere seit Herzog Albrecht Markgraf von Mähren geworden.

1424 Zug gegen die Hussiten gegen Laa. Maiz (Zug) die der Bürgermeister und andere Rathsherren gegen Brünn, Olmütz und für die Hochstadt gethan.

1425 Ausgaben — 2032 Pfund — auf die Söldner, die 2 Monat zu Jglau gelegen. Reise gegen Lundenburg.

1438 (Ausgaben) den Herrn von Znaim Dienern, die die Schankung gethan haben dem burgermeister; zwain Lauttenflahern zu Znaim; dem Lortwertl zu Znaim in der purkh; zwain Hosiern zu der Jgla; den Brünnern Trumettern; auf die Gefangenen von Olmütz (gef. Pohlen), welche in den Kernerturn gelegt worden 55 Wochen.

Was die Körper-Rüstungen und Handwaffen jener Zeit betrifft, so findet sich außer den Harnischen im Rathssaale des Bürgerrathshauses, den Pfeilen, Spießen und Lanzen in den Stadthürmen, ein zahlreicher Vorrath von Rüstungen aller Art auch in den Händen der Bürger, wie panczier, Hauben, paydenhanter (Schwert mit beiden Händen zu führen), plechhantschuh, Schurz, Hantskappen (Helm mit einem nach vorne zu hunds-kopfähnlichem Visier?), Goller, Brustplech, Hörn, Eysenhuet (Helm), Lartschen (Schild), Swert, Hütten (Zelt), armbrust, Her-

1445 Reichsner von Znaim mit 10 Pferden (Söldnern).

1451 Reis für Galicz (Slakiz).

1456 103 Söldner abgesendet zur Rettung des Gesloß Öbding (Ezbenel von Mosenaw (Moschenau) gefessen auf Öbding, trieb mit seinem Sohne Jan schon 1440 unter R. Albrecht II. das Kriegshandwerk als Hauptmann. 1452 nahm der wiener Stadtrath letzteren als Hauptmann der Söldner an, 1455 wegen Raubzügen im Lande eingefangen).

1456 den von Brün, Nürnberg, Passau (Söldnern) 1 Dreiling Weins.

1457 Rab, Spies, Schender vnd Andre von Olomütz Kottmeister der Fußknechte, welche wegen der Zwietracht der Hofleute und Studenten aufgenommen wurden.

1458 Auslagen wider die veint von Behem, wiener Söldner unter Anführung des Herrn Jazigen von Bettau. Den herrn von Ygla geschenkt, zu Rettung Irer Stat, 2 Centner 14 Pf. Salniter vnd schwebl.

1461 laufenden poten von Brün, Olmütz und wenn nöthig gar gen Prag um Rundschaft gesendet, ob der König von Böhmen sich anschide ins Feld zu ziehen. Desselben Tages (18. Mai) hat Seitz vollannbt von poherlich Rundschaft pracht, wie die von Brün Ir groß püchsen vnd andern zewg, so zu Reis gehört, auf wegen gelegt, vnd mit-sampt andern Mehern willen haben, heraus gen Oesterreich für Schnell vnd Martberg zu ziehn.

1468 der Wiener Zug nach Trebitsch und Znaim. Sie stellen (mit 780 Pfund Kosten) dem König Mathias von Ungarn 40 Reiter für das ganze Jahr zur Disposition. Die Böhmen nehmen Stoderau ein, dagegen zeigt sich aber aus 12 in Wien gehaltenen Prozessionen ein vollständiger Sieg über dieselben.

Innemen des Anslags, So dem König von hungarn zu widerstand den kczern gen Behem beschehen ist, 780 Pf.

Aber ain Innemen des Anslags, So auf die Rotlewit (Bürgerrottenmilitär) der wir (Stadt) viertail hie, auch zu Widerstand den kczern, als man gen Znaim vnd Trebitsch gezogen, beschehen ist 487 Pf.

Merten Entbaim auf die Soldner, So er vor Znaim in Veld gehabt 137 Pf.

Wolfgang Retwrl auf 28 Soldner ze Roßen, So er vor Trebitsch in Veld gehabt, auf 4 Wochen 165 Pf.

Dem Kaspar Furmann vmb prot, das er für Trebitsch gefürt hat 5 Pf., vnd davon zu fürn 6 Pf.

Ain Furmann, das er die Herhütten von Trebitsch widerumb hergeführt hat.

1471 Ze rueffen, das jeder Man bereyt sei in Veld zu ziehen.

Ainem poten von Znaim, von des Keyer (König Georg's) tobs wegen, 60 br.

1472 Item Merten Püchsenmeister von Brün, das Jar sein sold, wochentlich 1 Pf., facit 52 Pf.

Weiter sind auch Nachrichten über die Feldhauptleute Lettauier und Tobias von Boskowitz, über böhm. Söldner u. m. a.

nesch (Harnsch), Paingewant, armgeret, englisch Pickelhauben, Regl, mewsel, ungrisch pogen u. a. Während die Bürger wohlgehar- nisch in Armgeräth und Beingewand waren, hatte der gemeine Söldner, für welchen eine solche Rüstung viel zu kostspielig gewesen wäre, in der Regel außer dem Eisenhut und Schild keinen anderen Körperschutz.

Unter dem Kriegszeug anderer Art waren in dieser Zeit noch die Arm- brust, (im 16. Jahrhunderte immer mehr durch die Feuerwaffen verdrängt) und die Pfeile im Gebrauche (noch 1473 wurden für das bürgerliche Zeug- haus 75,000 pheyrl und 3000 pheyrlisen (Spitzen) in Vorrath angekauft. In diesem Jahre kommt auch als Unicum die Ausgabe von 11 Pfund auf Gewr- pheyrl und Gewrkugeln vor, welche Holzbücher in Brand zu stecken be- stimmt waren). Auch findet sich noch im 15. Jahrh., aber schon selten der Streitgaren (Streitkarren, auch Heerwagen genannt), von einem Pferde gezogen und mit Feuergewehren versehen. Durch Heerhütten (von Zwillich) wurde für die Nacht-Bivouake gesorgt.

Die eigentlichen Feuerwaffen dieser Zeit waren, mit Ausnahme eini- ger den Büchsenmeistern eigenthümlichen, im Hauptvorrath ganz allein im Stadt- Zeughause. Sie bestanden aus „eisein Hantpüchsen, kuphreinhantpüchsen (Feuergewehren), eisein Hagkenpüchsen, kuphreinhag- kenpüchsen, doppelten Hagkenpüchsen (Feuergewehre, mit einem an- den Lauf im geraden Winkel abwärts gehenden Stück Eisen — Haden — be- stimmt gegen einen festen Gegenstand gehalten zu werden, um den Schützen gegen den Rückstoß zu sichern, wurden Hadenbüchsen genannt, Doppelhaden dann, wenn sie von stärkerem Kaliber waren) Terraspüchsen, Hausniz (Steinbüchsen, kurzen Kanonen mit weiter Mündung, später Haubizen), eisein viertail püchsen (Kanonen), kuphreinviertail püchsen, dann aus den groß püchsen (kommen 1438, 1441 u. s. w. vor). Die neueren von ihnen sind schon auf „rädlein,“ die älteren jedoch noch in „Lad vnd Stil,“ einer unbeweglichen Holzunterlage in Form einer Lade (eines Kastens oder Blocks, in dem das Stück lag, bevor es auf Gestellen mit Rädern (Laveten) in Ge- brauch kam), die auf dem Boden lag und bloß durch einen Stiel (Schaft) in eine andere Richtung gebracht werden konnte. Sie waren auch mit „Scherin“ (Holzschilden) auf beiden Seiten, zum Schutze gegen Pfeile, Steine und kleine Kugeln der Gegner, versehen. Insbesondere zeigen sich die so genannten großen Büchsen alle mit dieser unvollkommenen Montirung versehen. Ihr Transport konnte nur auf eigenen großen Wagen geschehen, die durch ihre Schwere den Straßenbrücken unter Wegs gefährlich waren.

Das Geschütz wurde von Privaten, eigenen Büchsengießern, gegossen. Schon 1472 besaß aber die Stadt eine Gießhütte.

Besondere Plätze zeigen sich in der früheren Zeit für das Schiessen der städtischen Büchsen, Hausniz, Doppelhaden, Viertailbüchsen, Terras- büchsen und Schlangen (Geschütz von ungemeiner Länge, mit welchem man

die Weite des Schusses im Verhältnisse vermehrte). Welche kunstfertige Rolle die bürgerlichen Konstabler noch im Verlaufe des 17. und 18. Jahrhunderts gespielt haben, ist aus der neueren Geschichte Wiens bekannt.

Die Kugeln betreffend findet man „Pleßkugeln“ und Klöße (Kugeln überhaupt, zumal größere, welche auch von Eisen sein konnten) bloß für die Terrasbüchsen; aus dem schweren Geschütze wird bis gegen das Ende des 15. Jahrhunderts bloß mit Steinkugeln geschossen.

Zum Inventar von 1445 (mit den Nachträgen von 1449 und 1473)¹⁾ erscheinen an fast jährlich nachgeschafftem „der Stat Zeug,“ außer den schon erwähnten, auch noch „püchsenstain,“ Salniter, Pulver, Kohlen, Zelle, Tartſchen (kleine Schilde), Seßtartſchen (große Schilde mit eisernen Spigen, um in die Erde getrieben zu werden und zu stehen, damit der Mann, wenigstens in gebeugter Stellung, gegen das eindringende Geschöß gedeckt sei), Alspieß (ganz glatter in eine eiserne Spitze auslaufender Spieß, ohne Vorsprünge an Holz oder Eisen), Gaisfuß (Weißfuß, gespaltene Brecheisen, oder eiserne Klammbaden an Kletterstangen, Sturmleitern u. s. w.) u. a.

Weiter geht schon das Inventar über die zwei kaiserlichen Zeughäuser in Wien bei dem Tode Maximilian I. (1519), zu einer Zeit, in der schon schweres Geschütz im offenen Felde zu erscheinen anfängt. Da gibt es Hauptstutz (größeres, schweres, überhaupt Belagerungs-Geschütz), Ferspheil, große merſer (gewöhnlich mit Namen, wie narr, Bombler, Arhann u. a.), kleine merſer, geschifte Langknechtspieß, scharfmeßen (große Kanone „scharfe Meße“), singerin (kleinstes, zwölfpfündiges Geschütz, schrillernd die Luft durchpfeifend), Falkennettl (Falkonett, einpfündige Kanone), Dorndreill (kleine Kanone, vom Vogel Dorndreher genannt), Poltpüchsen (Büchsen auf einem Bock liegend, meist mit Rädern an den beiden senkrecht stehenden Balken, zuweilen auch bloße Dreifüße), Chamerschlangen (langes kleineres Geschütz mit einer besonderen Pulverkammer, zum Werfen der Kartätschen), Reißpieß oder schneßer, helmpartten schafft (Hellenbarben-Schäfte), Camerwagen (Wagen mit einer besonderen Pulverkammer), kobl, großer koblwagen, handtpüchsel (Terzeroll), Handtpüren (Pistolen), Fawspheil schafft (ungeschift 15,000, geschifte Fawspheil 10,000), hurnerne armprüßt (von Horn), stangen gapplu zu plenttüchern (Blendtücher, wie praktikable Blendbretter, um das Geschütz und die Bedienungsmannschaft dem Auge des Feindes zu entziehen), freß (Panzer, Küras mit lauter ineinander schiebbaren Ringen, Schienen oder Reifen), spangeröll (eine Art Achselstück mit Scheibe), frennbl (Krönlein, dreifachelige Eisenspitze an der Turnierstange zum Stechen), u. m. a.

¹⁾ S. über das Kriegswesen der Hussiten Wocel's böhm. Alterthumskunde S. 200 — 212.

Die Waffen, welche vor der Erfindung des Schießpulvers und dessen verbreiteterem Gebrauche üblich waren, machten kein eigenes Zeughaus nöthig. Die Harnische, Armbrüste, Pfeile und Spieße wurden theils im Stadt-Rathhause, theils in den verschiedenen Thürmen der Stadt, theils bei einzelnen Zeichen und Bürgern aufbewahrt. Erst bei Vermehrung des der Stadt eigenthümlichen schweren Geschüßes erscheint 1463 der Zeughauskasten am Hohenmarke, vorzüglich zur Aufbewahrung dieses schweren Geschüßes, obschon gleichzeitig auch das Rathhaus und die Schranne (Stadtgericht) dazu benützt wurden. Als aber nach der ersten Türken-Belagerung die angewachsenen Waffenvorräthe aller Art einen noch größeren Raum erforderten, wurde der (1441 — 1444 erbaute) Getreidekasten mit 2000 fl. Auslagen zu einem neuen städtischen Zeughause eingerichtet (1532 — 1534), später aber (1562) das noch bestehende (einzige) städtische Zeughaus und Harnischkammer am Hofe gebaut.

Schießpulver wurde in einer städtischen Pulverstampfe schon 1444 in Wien, besseres aber in Nürnberg erzeugt und von da auch noch später bezogen.

Die städtischen Pulvervorräthe (die herzoglichen hatten, schon 1441, eigene Magazine) wurden in Thürmen, im Rathssaale, in der Schranne aufbewahrt, nach der türkischen Belagerung von 1529 aber nur in einem eigenen Pulverhause und seit 1655 in einem Pulverthurme.

Schon lange vor Erfindung des Schießpulvers, zu den Zeiten der Babenberger, bestanden in Wien Gesellschaften der Bogen- und Armbrustschützen, die ihren Vorsteher, den Schützenmeister (urkundlich erst 1305), hatten. Im 15. Jahrhunderte kommt nebst den Armbrustschützen schon die Büchsen-
schützen-Gesellschaft vor¹⁾. Nach der ersten türkischen Belagerung vermehrten sich die Schützengesellschaften und theilten sich in die alten Büchsen- und jungen Büchsen-
schützen; die Armbrustschützen erscheinen, 1531 getheilt in die jungen Armbrustschützen, 1534 unter dem Namen Stachel- (Stahl, Bolzen,) Schützen, mit Auszeichnung der jungen und alten Stachelschützen²⁾. 1566 gibt es auch Haggenschützen und Pürschschützen. Die Stahlschützen

¹⁾ Die Schützen in Brünn und Iglau (S. über diese meine Gesch. von Iglau S. 253, 384, 493, 502) erhielten schon im 15. Jahrhundert ihre Satzungen. In der iglauer Schützenordnung vom Jahre 1499 (in Sterky's handsch. Gesch. Iglau's 3. B. S. 418 — 422) heißt es: Es soll auch Niemand zum Bogelschießen zugelassen werden, er wolle denn die Ordnung halten, die da gegeben hat oder ist von den Ehrsamten und weisen Herren des Raths der Stadt Brünn.

²⁾ 1619 erfrischte der wiener Stadtrath die „alte Schless-Ordnung“ und noch 1719 bestätigte er die „corrigirte Stahl Schützen ordnung“ auf Ansuchen der sogenannten Stachel- oder Armbrust-Schützen, nachdem dieses Exercitium bisshero umb solcher gueter Ordnung willen in besten Frid und einigkeit als eine antiquitet naplich practiciret wird, weillen solche Schützen in allen nothfällen mit dem Rohr und Flinten anderen gueten Schützen sich gleicher zeigen können.“

werden da auch „Schützen mit den Zielsichel,“ die Büchsenbüchsen die „Schützen, so mit der Zillpiren schießen“ genannt¹⁾).

Schießstätten waren vor 1529 in und an der Stadt, nachher in den Vorstädten, bis 1684 beide Schießstätten in der neu angekauften und angekauften Bürgerschießstatt in der Alsergasse vereinigt wurden.

Wie beliebt und begünstigt die Scheibenschießen der Bürger waren, zeigt seit Anbeginn der Regierung Mar I. (1493) über zwei hundert Jahre die Rubrik: Ausgaben auf die Armbrust- und Büchsenbüchsen in den städtischen Rechnungen. Es wurde um „Beste“ (Bestpreise) oder Klaimet geschossen („Hauptuech, so man ein jeden Schützenmeister alle Sontag von der Stat giebt, von Nürnberg, Tuch von Achen, Mecheln, Geld u. a. Hagen, Einlastopf für die Jedl).

1541 gestattete der Rath der Bürgerschaft wegen der Kriegsnoth und zu mehrerer Übung ein Freischießen mit Falkonetten.

1546 richteten die Stahlschützen ein „Schießen zu dem vogel an der Stangen“ auf gemeiner Stadt Unkosten auf und die Büchsenbüchsen schrieben ein „frey Gesellenschießen,“ in Wien zu halten, aus, zu welchem aus etlichen Landen und Städten, aus Nürnberg, Regensburg, Prag,

¹⁾ Der Stand des wiener Bürgermilitärs zeigt sich bei dem Einzuge des neuen Kaisers Maximilian II. im Jahre 1558 (Schlager, wiener Skizzen I. 280) in folgender Weise: „da ist Ir Kayf. Mayt. durch die Erber Burgerschaft auffß Zierlichist so möglich well gerüßt vnd in gueter Ordnung Einbelaitt worden. Nämlichen zum forberisten gefacht Sechs Stuch Falkonnet auffß Hebern mit dem Statt Wappen vund Irren zugehörenden Büchsenmaistern Ire Zintructen in der hanudt mit geserbten Federn vund Pinten geziert Darnach ain Spill Thrumel vund Pfeiffen. Auf das Herrn von Pirschen Obristen hauptmann vier Trabanten in ainer Farb. Alsobann Er Herr Piesch dann sein Steuffirn Georg Frey Ein schöner Jüngling bey sunffzehn Jharen gaunß Zierlich allain geritten. Darauf zwey glieder Trabanten alswegen in Einem glidt Sechs Personen, das Ain schwarz vund gelb, das annder Rott vund Weiß vund Ire hauptleuth hernachgeritten. Dann 67 glieder „Schützen“ ferner „langspießler“ 46, dann 13 glieder „Khurzwehr“ mit der „Stadt Wappen,“ auf der Rechten „Alt Oesterreich sunff gulden lersch in Plabem Feldt.“ u. j. w.

In Allem Nemblich Personen deren Jeder auffß Pest vund Zierlichist gerüßt vundt gepuczt Vund sonderlich die beuelchs leuth Nach der Fäändlein Farben gellaibt gewesen:

hauptleuth	15
Fenuderich	10
Leptenamdt	10
Trabanten	22
Bäbel (Pöbel) . . .	28
Spillemt	46
langspießler . . .	1328
Büchsenbüchsen . .	896
Khurzwehr	420
Büchsenmeister . .	6

2881.

Summa der Ausgabe 768 fl. 5 s.“

Steier, Krembs und sonderlich aus dem Lande ob der Ens von Ritterschaft und Adel viele Personen kamen. Die fremden und wiener Schützen 170 Personen an der Zahl empfing der Burgermeister und einige Herren des Rathes. Eins der feierlichsten Festschießen gab 1563 der wiener Stadtrath zu Ehren König Mar II., bei welchem sich an einheimischen und fremden 119 Schützen einfanden, darunter als Rest des vormaligen Ritterthums mehrere sogenannte Junker aus Linz, Straßburg, Nürnberg, Zürich. Die Mahlzeit verherrlichten die Stadtpfeiffer mit Pfeiffen, Posaunen, Zinken, Krummhorn, Schallmayer-Musik. Bei der Krönung des Königs zu Preßburg (1563) war der wiener Bürgermeister Baier (k. k. Rath, wie auch der Stadtrichter, 2 alte (frühere) Bürgermeister, der alte Stadtrichter und der Secretari und Stadtschreiber) Feldobristen über sechs Fähnlein Burger.

Nach der „alt Ordnung der Bürenschiützen“ vom Jahre 1523, erneuert und vermehrt 1559, gab es zweierlei Gattungen gewöhnlicher Schießen, nämlich zur Tartschen, dann umb das Hosentuech; die spätere verbot insbesondere alles Würfelspiel, Brenda und unziemliche Wetten bei der Regelstätt.

Die Türkenkriege, seit der ersten Belagerung Wiens (1529) den österr. Ländern eben so gefährlich als verderblich bis gegen das Ende des 17. Jahrhunderts, brachten auch in die militärische Verfassung der königl. mähr. Städte einen bedeutenden Umschwung, da sie nicht nur berufen waren, sich selbst zu vertheidigen, sondern auch dem Lande und den Landesfürsten, wenigstens in größerem Umfange als früher, mit Mannschaft zu Hülfe zu kommen, insbesondere aber vorzugeweise für die Herbeischaffung der Munition und des schweren Geschützes Sorge zu tragen. Schon der Landtag des Jahres 1518 verpflichtete die k. Städte, in Kriegszeiten die Kanonen und Munition zu liefern. Jener von 1526 (auch 1531) trug aber auch 24 Obrigkeiten die Lieferung von 40 Kanonen auf, wozu sie die überflüssigen Glocken von den Kirchen nehmen konnten (Lukische, Notizen zur alten Verfassung Mährens S. 70, 76). Schon 1532 richtete König Ferdinand I. folgendes Schreiben an den brünner Stadtrath: Wir danken euch für die treue Anhänglichkeit, mit der ihr Uns in Unserer bedrängten Lage mit eurem Fußvolke, eurer Reiterei und euren Kanonen zu Hülfe gekommen und mit Unserm lieben getreuen, dem frommen Stanislaus, Bischof von Olmütz, und den Herren Rittern im Felde geblieben seid und erkennen eure Liebe dankbar an. Seid dagegen Unserer königl. Gnade versichert und ändert nie eure treue Gesinnungen. Bleibt nur gewiß mit den Herren Rittern im Felde und helfet Uns zu Unserem und eurem Besten den gemeinschaftlichen Feind bekämpfen. Seid dabei versichert, daß Wir euch, soviel Unsere Kräfte erlauben, nirgends im Stiche lassen werden. Wir hoffen von Gott Sieg; und dann werdet ihr eure Auslagen euch reichlich ersetzen können, des Ruhmes nicht zu gedenken, den ihr euch erwerben werdet, und des Lohnes, den ihr von Gott zu hoffen habt. Sollten die besagten Her-

ren Ritter einiger Stücke schweren Geschüßes bedürfen; so ersuchen Wir euch ihnen dieselben nicht zu verweigern (Wien am St. Hieronymus-Tage 1532).

In der Darstellung der Bewilligungen der Stände Mährens zu den Türkenkriegen aus dem 17. Jahrhunderte (Notizenblatt der hist. Sect. 1858 Nr. 9) heißt es: Die k. Städte mußten seit 1530 mit und neben den höheren Ständen vielfältig und beschwerlich nicht allein in baarem Gelde und in der Verschaffung von Lebensmitteln, sondern auch mit Bestellung von Soldaten zu Pferd und zu Fuß contribuiren, außerdem aber die Stadt mit Munitions- und Fortifikationsnothdurften versehen. Das Bornehmste jedoch, was die Städte bei solcher Türkengefahr ausgestanden, ist das fortwährende Wachen, Schanzen, Einquartirungen und Verschaffungen zur Defension. 1588 sollten die 4 Hauptstädte Olmütz, Brünn, Iglau und Znaim das Stadtvolk in Kriegssachen üben und in jeder Stadt wenigstens 250 Mann, darunter 75 Doppelsöldner, die übrigen Schützen, aussuchen, um desto leichter auf des Landes Kosten Mannschaft in der Noth zusammen zu bringen.

Als der Krieg in Ungarn neu ausgebrochen und Mähren zunächst von den Türken bedroht war, beschloß 1590 der Landtag, Aufgebote in Bereitschaft zu halten und diesem Zwecke die wehrhaften Männer des Landes jährlich einmal zu mustern. Zu diesem Zwecke wurde auch die Bürgerschaft Brünns am 27. August 1590 gemustert. Bei steigender Gefahr verfaß sich die Stadt mit den nöthigen Geschüßen, nahm sachkundige Bedienungsmannschaft wie auch Geschützmeister in Stadtbienste, die bürgerlichen Büchsen schützen übten sich im Schießen nach dem Vogel auf der Stange (S. 93 dieses Buches); die Stände entwickelten eine besondere Thätigkeit in Bezug auf die Landesvertheidigungs-Anstalten, stellten ein starkes Contigent zur kais. Armee in Ungarn, die Städte mußten Munition und Proviant, zuweilen auch Kanonen liefern. Sehr empfindlich wurden die Durchzüge, der Aufenthalt der kais. Miliz (Soldateska). 1588 wurden in Brünn 3 Fähnchen Knechte (bei 1100 Mann) und auf dem Fischerfelde (längs der Fischergasse am Mühlgraben) die Reiter unter dem Obristen Grafen Thurn gemustert. 1594 waren 3 Fähnchen Knechte und 3 Fähnchen Reiter, 1595 und 1596 3 Fähnchen Knechte, 1597 das Regiment des Herrn von Pernstein, 10 Fähnchen stark, zu Brünn. Ungeachtet strenger Disciplin war doch die Zuchtlosigkeit der Kriegsknechte, ihre Raublust und Grausamkeit so groß, daß sie oft ganze Gegenden verwüsteten, wozu nicht wenig beitrug, daß diese zeitweise geworbenen und entlassenen Söldner gewöhnlich lang ihres Soldes harren mußten. 1594 wurde 1 Fähnrich und andere mit ihm gehenkt. Zum neuen Jahre 1597 mußte die Bürgerschaft mit dem Richter in der Stadt herumgehen, da die mährischen Landsknechte, welche nicht bald ausgezahlt wurden, großen Frevel in der Stadt übten. Am 4. August 1597 wurde auf dem Plage bei dem Narren-Häufel ein Schnellgalgen aufgerichtet und ein Knecht, welcher einen Mönch von St. Michael zu Tieschan ohne alle Ursache erstochen, daran gehenkt, ein anderer Knecht aber, welcher falsche ferdinan-

beische tiroler Thaler von Zinn gemacht und zu Brünn verwechselt, dabei ent-
hauptet. 1598 machten 4 Fahnen böhmische, ja diebische Reiter, welche durch-
zogen, den Leuten großen Schaden. Am 7. November 1599 starb jämmerlicher
und erbärmlicher Weise der Tobias Lestauer, welchem während seines Stadt-
richteramtes, da kein Gerichtsdiener bei ihm gewesen, ein Kriegsknecht und
Unterthan des Herrn von Wiermb (Wrbna) die linke Hand abgehauen, das
Haupt tödtlich verwundet, den ganzen Leib und die Arme zerhauen hatte. Als
1600 der Obriste Mathes Heinrich Graf Thurn mit 6 Fahnen Reiter in den
Dörfern um Brünn gelegen, erstach ein Franzose unter denselben einen vom
Adel. Er war ein stattlicher Geselle, die „Steckhengknechte“ hatten, als sie ihn ge-
fangen nehmen wollten, zwei Stunden zu thun, ehe sie ihn binden und auf den
Ristwagen bringen konnten, „da er sich also gewert und um sich gebi-
ßen wie ein wildes Schwein.“ Auch die Bürgerschaft war in Fähnlein
(Fandl) getheilt und hatte ihre Hauptleute und Fähnriche (Fendrich, wie 1599
den Ulrich Lilgenblatt). Als sich 1602 der Lärm verbreitete, die Tataren brenn-
ten im ganzen Lande und die Türken hätten Neuhäusel erobert, wurde im gan-
zen Lande der zehnte Mann aufgeboden und Lilgenblatt zog am 1. Oktober
mit der Stadt 4 Reitern und Fußvolk sammt 3 kleinen Feldstücken nach Straß-
nitz, kam aber am 4. Oktober wieder heim, als sich der Lärm als unbegründet
erwies. Am 26. Oktober wurden aber 3 Fähnchen Schützen (bei 1500 Mann)
von den 20 Mann (dem aufgebodenenen 20. Manne) im Landhause gemustert,
am 28. bei dem (Hoch-) Gericht auf der Wiese zur Fahne in Eid genommen
und nach Ungarn geschickt. 1603 lag das mährische Fußvolk, 2000 Mann in
6 Fahnen, zu Brünn auf dem Musterplaze vom 1. Juni bis 17. Juli „stil,
nur gesofen und gefressen.“ Diesen Tag schwuren sie zu den Fahnen und den
18. wurden sie im Landhause gemustert. Am 27. bei der Nacht wurde ein Knecht
auf dem Plaze beim Narrenhäusel an den Galgen gehenkt, weil er den Haupt-
mann, der ihn wegen Unfolgsamkeit in einem Kaufhandel mit dem Regiment
(Stab oder Stock) geschlagen, einen Schelm genannt. Am 28. Juli „sündt diese
selne Knecht davon gezogen, welche die Stadt etliche tausend gekost und aufge-
gangen, den man alle Hauptleut, Fendrich alle Befehlshaber mit Wein, Bier,
Brott, Fleisch, haber und Futter hat müssen aushalten.“ Den 21. August 1603
wurde das Kriegsvolk, welches 1602 nach Ungarn geschickt worden und 10
Monate in Pest gelegen war, zu Brünn abgedankt; von diesen 6 Fahnen (bei
2000 Mann) kamen nicht mehr als 211 Personen wieder zurück und es wurden
einem Jeden für 3 Monate 12 fl. gezahlt (Ludwig's Chronik S. 24, 26, 29,
30, 37 — 40, 42, 44, 48, 49, 55, 88, 92. S. auch meine Geschichte von
Aglau S. 248—257).

Auch damals war die Stadt und die (städt.) Vorstädte in Ober-
und Unter-Biertel getheilt und jedes hatte einen Haupt- und
Unter-Hauptmann, denn der Stadtrath verordnete, „es soll kein Burgers-
mann oder Vorstetler auf der Herrn (der Stadt) gründe keinen frembden für

kein Gesünde ausnehmen, er sei denn einen Rath zugesagt und zu befragen, von wannen er kumbt (Anfänge des Meldungs wesens), solches sollen die Blettl Hauptleut durch ire Unterhauptleut verrichten und anzeigen" (Ludwig S. 89).

Als Markgraf Mathias 1608 seinen Einzug in Brünn hielt, ritten ihm die von Brünn 100 Pferde stark auf eine Meile bis hinter Rödriz entgegen. 1619 betheiligten sich zwar die meistens akatholischen bewaffneten Bürger bei der Ueberlieferung der Stadt an die rebellischen böhm. Hülfsvölker und mähr. Stände und waren 1620 bei dem feierlichen Empfange des Winterkönigs Friedrich von der Pfalz. Die Bürger wurden daher nach der Besiegung der Rebellion entwaffnet. Der Gubernator Cardinal Dietrichstein bezeugte aber doch (1623) dem Kaiser, die Stadt sei entschlossen gewesen, sich wider dessen Feinde zu vertheidigen, sei aber von den ständ. Völkern gewaltthätig übermannt worden und „daß wo eine Statt mehreres Pardons verdient die Statt Brünn dessen volkhomlicher genießen solle.“ Die brünner Bürgerschaft läuterte sich auch glänzend durch ihre vom besten Erfolge gekrönte ruhmvolle Tapferkeit, Hingebung und Aufopferung in der Vertheidigung des wichtigen Bollwerkes Brünn gegen die Schweden (1643 — 1645). Sie zählte damals in 2 Compagnien unter den Rathsverwandten Maximilian von Hof und Andreas Borsch 259 und 265 Mann, ungerechnet die 89 Zimmerleute und Maurer, welche als Bombardiere dienten. Der Commandant de Souches bestätigte auch, „daß Rath und Bürgerschaft nicht nur ansehnliche baare Geldsummen, Wein, Proviant und Munition bargereicht, und ihre Häuser willig abgebrochen, sondern auch ihre Nahrung und Gewerbe, ja Weib und Kinder, Gut und Blut, Leib und Leben hintansetzend, während der ganzen Belagerung mit ihren Dienern und jungen Leuten bei Tag und Nacht dem Feinde überall einen mächtigen Widerstand entgegengesetzt, merklichen Abbruch gethan, und freudig entschlossen gewesen, lieber in den Tod zu gehen, als sich zu ergeben, so daß es ohne ihre Mitwirkung unmöglich gewesen wäre, die Stadt, das Schloß Spielberg und die Strada cooperta zu behaupten, weßhalb die Stadtgemeinde „bei der Posterität ewigen unsterblichen Ruhmes würdig, und als treue Vasallen den treuen zu einem guten Exempel, den rebellirenden Städten aber zum Abscheu und ewigen Schand und Spott mit sonderbaren kaiserl. Gnaden zu regaliren seien“ (Die Schweden vor Brünn, von mir, S. 3, 9, 12, 16, 34, 35, 41, 45, 67, 71, 85).

Die Bürgerschaft mußte auch nach dem Abzuge der Schweden nicht nur neben und gleich den Soldaten die Wache wirklich verrichten, sondern auch der Garnison das Service und, in Ermangelung der Proviant-Lieferung vom Lande, oft auch die Verpflegung reichen. Die Stadtabgeordneten baten daher den Kaiser „um Linderung der Garnison und der Servicen,“ und dieser versprach auch die Garnison von der Stadt abführen zu lassen, so bald es wegen des Feindes nur immer werde geschehen können (Resk. 3. Februar 1646). Brünn hatte auch in der Regel außer Feindesgefahr keine Garnison, sondern nur die Festung Spielberg, und die Bürgerschaft mußte auch da die Dienste versehen,

„dieselbe von der Garnison entblößt war, wie 1691 (Ueber die Streitig-
keit mit dieser C. C. 100 ff.); so wie stets die besetzte Stadt bewahren und
verteidigen.“ Daher war die Bürgerschaft auch stets bewaffnet und wurde im
Gebrauche der Waffen geübt. Sie war im Jahre 1668 in 2 Compagnien
getheilt. Die Charge der Hauptleute und Fähnriche, wie auch der Stadt-
hauptleute, „so mit den Konstablern gebietet,“ wurde von Personen des in-
nen und äußeren Rathes versehen, die nicht besoldet, sondern nur von den
gemeinen bürgerlichen Schuldigkeiten befreit waren und die Quartierfreiheit ge-
nießen (Ludwig's Chronik S. 36). Auch später bestand die bewaffnete Bürger-
schaft fortan in mehreren Compagnien¹⁾, wenigstens in ihren Cadres oder Stab;
denn es gab (nach den brünner Titular-Kalendern für 1709, 1717, 1721, 1749
u. a.) einen Stadthauptmann über eine Stadt-Compagnie, zwei Haupt-
leute über zwei bürgerliche Compagnien, 1 Stadtleutenant, 1 oder 2 Stadt-
lieutenants, 1 Stadt-Quartiermeister, 2 Stadtzeughaus-Verwalter, welche
alle meistens aus den Rathesgliedern genommen waren. Insbesondere fand 1710
die Einteilung der brünner Bürger unter die zwei Hauptleute aus dem Rathe
statt. Es ist daher gewiß, daß in Brünn zu jener Zeit: 1 bürgerl. Artillerie-
und 2 bürgerliche Compagnien bestanden.

Es kam zwar nicht mehr zum Ernste der Waffen; allein die Bürgerschaft
leistete fortan ihren militärischen Dienst in Bewachung der Stadt und zeigte sich
bei feierlichen Gelegenheiten in ihrem Waffenschmucke, wie z. B. bei der Er-
nennung des Fürsten Dietrichstein zum Landeshauptmann, bei dem Einzuge des
olmützer Bischofs Carl Grafen von Lichtenstein (1666), bei der Ankunft des
Polenkönigs Sobiesky (1683), des Befreiers von Wien, bei der Ankunft des
mainzer Churfürsten Franz Ludwig (1731), des Bruders der Kaiserin Eleonora
u. a. m.

Vor der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts übten sich die brünner
Bürger auf der städtischen Spitalwiese im Rohr- und Scheibenschießen.
Wegen Entlegenheit wurde ihnen nach der rühmlichen Vertheidigung der Stadt
gegen die Schweden gestattet, diese ritterlichen Exercitien auf der Juden-
Bastion und der daran gelegenen Courtine-Linie auszuüben.

Als Kaiser Leopold I., nach Einführung des österr. Küffelsalzes
in Mähren und Errichtung kais. Salzlegstätten (Landtagschluß 1651),
in Brünn eine kais. Hauptsalzlegstatt gründete, überließ die Stadtgemeinde
zur Errichtung einer Salzammer das bisher zur kais. Salzverfilberung (vom
Salzverfilberer) benützte sogenannte Buchhaus²⁾ sammt dem Zwinger bei

¹⁾ Es hat daher keinen rechten Sinn, wenn Franzky angibt, die Bürger Brünns hätten das
1. Mal 1421, das 2. Mal 1645, das 3. Mal 1742 (zu 600 Mann) und das 4. Mal 1798
ein regelmäßiges bewaffnetes Corps gebildet.

²⁾ Das runde Ed der Herrengasse und des Dominikanerplatzes, früher 1, nun 5 Häuser.

St. Thomas zwischen dem Holz- und Fröhlicher-Thor mit Ausnahme von $12\frac{1}{2}$ Klästern zu beiden Seiten dieser Thore, um auf diesen Plätzen zur besseren Sicherheit der Stadt Wachhäuser erbauen zu können. Dafür erhielt die Stadtgemeinde im Tauschwege das in der weiten Gasse gegen das Jesuiten-Collegium gelegene sogenannte kais. Münzhaus nebst dem daran stossenden Nebenhaus oder (wohl richtiger) das beim Judenthor (zwischen dem 2. und 3. Thore) gelegene alte kais. Münz- und Nebenhaus sammt Zugehör unter bürgerlichem Schutze, wogegen die bisher auf denselben radicirt gewesenen Freiheiten und Privilegien auf das Buchhaus übergingen. Zur Anerkennung der Willfährigkeit der Stadt sicherte ihr der Kaiser als Anerkennung ihrer jungen Bürgerschaft und Schützen die jährliche Abgabe von einem halben Pfunde oder 4 Schillingen Klein-Küffelsalz aus dem kais. Salzsatz zu, so lang eine kais. Salzlegstatt in Brünn sein werde (a. h. Kr. 23. Juni 1673, Vertrag vom 12. Mai 1674 in den Gubernial-Akten. S. auch das Notizenbl. 1860 Nr. 8). Dieses jährliche Regal wurde zum Königschießen gewidmet.

Nachdem dasselbe seit mehr als 40 Jahren auf der Judenthor-Bastion jährlich abgehalten worden war, überließ der Hofkriegsrath (Krc. 16. Okt. 1702) der Bürgerschaft diese Bastion und die daranliegende, sich von der einen zur andern Bastion hinziehende Courtine-Linie vor der äußersten Stadtmauer förmlich zu diesem Zwecke, so lange der Fortifikation kein Nachtheil durch Aufrichtung eines Gebäudes zugehe.

Die Schützengesellschaft erlangte überdies auch gegen einen jährlichen Zins den im städtischen Burgfrieden gelegenen freien Raum zwischen der äußern und innern Stadtmauer, nach der alten Befestigungskunst der Zwinger genannt, von der Gemeinde.

Die Schützen-Kompagnie erbaute sofort im Jahre 1708 auf ihre Kosten die bis 1836 bestandene Schießstätte am Judenthore, und es wurden dort fortan die Schießübungen der Bürger und das jährliche Königschießen gehalten. Bei letzterem insbesondere fanden sich, schon im 17. Jahrhunderte, auch der Adel, Damen, Beamte u. s. w. theilnehmend ein, und verschiedene Ergötzlichkeiten, wie Glückshäfen, Regel- und Wurfspiele, das Feilhaben von Sachen u. s. w. erhöhten das Vergnügen des Publikums.

Dieses Scheibenschießen, welches der Bürgerschaft als nützliche Vorübung zum Gebrauche für Feindesgefahr zur Pflicht gemacht wurde, fand in früherer Zeit so viele Theilnahme, daß das Ordinari-Schießen außer Sonn- und Feiertagen auch an Wochentagen Statt hatte. Es ward auch von der Regierung begünstigt.

Schon im 17. Jahrhunderte begann die Loderung und allmälige Auflösung des militärischen Verbandes der Bürgerschaft. Darauf wirkte die Einführung einer stehenden Miliz, die Entfernung der Gefahr seit der Besiegung der Türken (1683) und ihrer immer weiteren Verdrängung aus den ungarischen Ländern, noch mehr die Einführung einer die Bürgerschaft in ihren militärischen Obliegenheiten unterstützenden und eigentlich überhebenden

Stadtquardi (Stadtwaſche), welche die Bürger durch Beiträge erhielten, bis bei Reorganisirung deſſelben 1727 die Erhaltung auf die Stadtrenten überging.

Der Preußen-Einfall und die nachgefolgten Kriege ließen zwar wieder den militäriſchen Sinn und Stand der Bürgerschaft aufleben. Sie formirte ſich 1742 in ein regelmäßiges Corps von 600 Mann, das auf Befehl des Generalmajors von Roth militäriſch geübt wurde. Während ein Corps von 16,000 Mann die Stadt Brunn und Feſtung Spielberg durch drei Monate blokirte, ließen ſich die Bürger mit den Waffen und zu Schanzarbeiten mit ihren Weibern und Kindern willig und unverdroffen gebrauchen.

Maria Thereſa dankte in einem höchſt eigenen Erlaſſe vom 18. April 1742 dem Magiſtrate und den Bürgern und zeichnete mehrere von ihnen mit Standeſerhöhungen und anderen Gnaden aus.

Als 1748 Maria Thereſa nach Brunn kam, bildete ſich auch eine bürgerl. Cavallerie-Compagnie aus Rings- und Handelsleuten und andern Honoratioren. Sie war in rothe Röcke mit ſchwarzsammetenen Aufſchlägen und Ramifolen und goldbortirte Hüte gekleidet, führte eine eigene reiche Standarte, Pauken und Trompeten.

Die bürgerl. Artillerie-Compagnie (die bürgerl. Büchſenmeiſter, die Stadt-Artilleriſten und Conſtabler) war in eine ganz neue Uniform von blauen Röcken, vergoldeten Knöpfen, rothen mit Gold bortirten Ramifolen gethan, 50 Köpfe ſtark — und führte ihre eigene Artillerie-Muſk.

Gleiche Montour wie die Büchſenmeiſter führten der k. k. Stück- und Glockengießer Sigmund Kerker und der Stadt-Barbier oder Feldſcherer mit einem ſchönen Barbierbeden und herabhängenden Aderlaßbande.

An die Conſtabler hielten ſich auch die bürgerl. Stadtzimmerleute in eigener beſter Kleidung mit den Bankhaden auf den Schultern, weißgegerbten ledernen Schurzſellen, grünsammetenen Kappen mit rothen, weißen und grünen Bändermaſchen, als den Farben des Stadtwappens und der florirenden Freiheit der unbezwungenen l. Stadt Brunn.

Die ganze bewaffnete Bürgerschaft in zwei Stadt-Compagnien mit ihren 2 Stadtfahnen, klingendem Spiele, Ober- und Unteroffizieren war in ſelbſt eigener beliebiger Kleidung mit rothen und weißen Blummaſchen oder Bändern auf den Hüten und weißen Stiefletten (Adeodatus Hanzel's brünner Memorabilien im 9. B. der Schr. der hiſt. Sect. S. 444 — 447).

Die bewaffnete Bürgerschaft paradirte auch bei dem feierlichen Einzuge des neuen Landeshauptmannes Grafen von Heißler (1748) und der Durchreiſe des Kaiſers Franz aus Böhmen nach Wien (1750) in ihrem vollen Staate.

Zum Andenken ihrer Anweſenheit in Brunn und der ihr von der Bürgerschaft bewieſenen Liebe bewilligte Maria Thereſa (1749) deſſelben 1500 fl. zur Haltung eines Schießens, das am 18. Mai begann und durch 8 Tage dauerte.

Allein bei der vorwaltenden Ausbildung des Militärs nahm die Theilnahme am Scheibenschießen und an der Formirung von Bürgercorps ſo ſehr

ab, daß im Jahre 1758, als die feindlichen Preußen nur 5 Meilen vor Brunn standen und der daselbst kommandirende Generalmajor Freiherr von Rolke die Scharfschützen zum Dienste bei den Doppelhaden und anderem scharfen Geschütze aufforderte, die Compagnie aus 18 Bürger zusammengesetzt war, weil die neuen Bürger zur Vermeidung der Auslagen¹⁾ ihr Bürgerschießen nicht hielten und die Auslagen des jährlichen Schützenkönigs zu empfindlich waren.

Obwohl nun die Kaiserin Maria Theresia das Emolument des Scharfschützenkönigs aus der Gemeindekasse erhöhte²⁾ und die Bürger zur Schützenübung nach der alten Gewohnheit aneifern ließ (Reichs. 11. November 1758), so nahm die Sache doch keinen bessern Fortgang (1766 war diese Compagnie nur 22 Köpfe stark), denn sie hatte sich überlebt, und es kam nicht mehr, wie früher, in Betrachtung, „daß es allezeit rühmlicher einem Bürger sei, wenn er Sonn- und Feiertag seine Bürgerlust auf der Schießstätte pflege.“

In einer besseren Verfassung erhielt sich die bürgerliche Artillerie. Nach der gedruckten Standesliste vom J. 1767 bestand die in der königl. Stadt Brunn uralt errichtete löbl. Artilleristen-Compagnie aus 1 Stadt-Stückhauptmann, 1 Stadt-Stücklieutenant, 1 Stadt-Zeugwart, zugleich Oberfeuerwerksmeister und Lehrprinzen der bürgerl. Artillerie-Compagnie, 1 Stadt-Feuerwerker, zugleich Cassier und Rechnungsführer, 2 Stadt-Zeugdienern, 1 Metall-Inspektor, 1 Artillerie-Chirurgus, 1 Artillerie-Zimmermeister, 1 Fourier, 2 Corporals und 18 Büchsenmeistern in 2 Corporalschaften. Sie hielten ihre Schießübungen mit Kanonen, wie es scheint, gegen den rothen Berg. Das Laboratorium war auf der Stadtbastion nächst dem Judenthore (Brünner Intelligenzblatt 1774 Nr. 2).

Diese bürgerliche Artillerie-Compagnie stand unter dem Commando des Stadt-Zeugwartes und Oberfeuerwerksmeisters und machte sich noch kurz vor ihrer Auflösung bei feierlichen Anlässen, insbesondere durch Veranstaltung von Luftfeuerwerken bemerkbar (ebenda 1780 Nr. 36).

Von jenem Luftfeuer, welches die Stadtartilleristen am 16. September 1766 bei dem eben renovirten Springbrunnen auf dem großen Plage in Gegenwart eines zahlreichen Adels und einer großen Volksmenge, mit verschiedenen Maschinen, Luftkugeln, Feuerbechern und vielen abwechselnden Fontänen und Feuerkränzen vermengt, abbrannten, wurde gerühmt, daß es vom Stadtzeugwarte und Oberfeuerwerksmeister Clemens Woyta rühmlichst projectirt und zum allgemeinen Vergnügen bestens geleitet, von den Stadtfeuerwerkern aber zu großem Lobe allein verfertigt worden sei (ebenda 1766 Nr. 39 Extrablatt).

¹⁾ Die Honorationen, nämlich: Rathsverwandte, Advokaten, M. Doktoren, Apotheker, Ringleute, Kaufleute u. dgl. pflegten das Bürgerschießen bei den alten Schützen zu halten und zahlten 7 fl.; die Professionisten bei den jungen Schützen und zahlten 4 fl. Ohne ein neues Schießen zu geben, konnten sie schon das ganze Jahr mitschießen.

²⁾ Von 50 auf 100 Gulden und 9 Maß Bier mit Nachlaß der Schüttung.

Bei der erloschenen Theilnahme der Bürgerschaft an ihrer Bewehrung, der Ausbildung des Militärstandes und der Aussicht auf längere Friedenszeit wurde das Bürgercorps aufgelöst. Das Geschütz und andere Artillerie-Sorten wurden im Lixitationswege veräußert (Brünner Intelligenzblatt 1774, Nr. 41), und auf a. h. Befehl auch das Stadt-Zeughaus-Gebäude¹⁾ verkauft (1775, Nr. 4). Erst zur Zeit des Vordringens der Franzosen lebte (1798) das bewaffnete Bürgercorps wieder auf.

Die Schützengesellschaft, obwohl nur auf Unterhaltung gerichtet, bestand fortan. Im Jahre 1787 erkaufte sie das sogenannte Kapistrankirchel an der bürgerl. Schießstätte und an der Stadtmauer von der Staatsgüter-Administration, welches aber 1805 von den Franzosen zum Theil abgetragen und zur Aufstellung einer Kanone hergerichtet wurde.

1796 stellte die Gesellschaft zuerst 30 und dann noch 30 Bruststutzen zum Gebrauche der tiroler Scharfschützen.

1828 errichtete sie an der Stelle der vorhin abgesondert gewesenen Lad- und Schießrohr-Reinigungsstube einen ganz neuen Schuß- und Ladstand und ein Schützenzimmer mit 20 fl. G. M. Kosten. —

Aus Anlaß des Baues des Ferdinandsthores und der Verschönerung der Basteien wurde aber 1836 die aus dem alten kais. Münz- und Nebenhause entstandene hölzerne Schießstätte und das Ladgebäude auf der Bastion VI demolirt (1838).

Die Schützengesellschaft erhielt eine Entschädigung von 6000 fl. G. M. aus den Stadtrenten und baute (1838) eine neue Schießstätte auf dem Teichdamme. 1845 verkaufte sie diese, erkaufte die schreibwälder Badeanstalt und Trauerie und baute daselbst eine neue Schießstätte, welche noch besteht.

c. Das Bürgerrecht. Die Huldigung. Die Bürgerpflicht.

Als es sich vorerst darum handelte, die Städte größer, volkreicher zu machen, mochte man in der Zulassung von Ansiedlern nicht so wählerisch sein, vielmehr wissen wir, König Johann habe befohlen (1325), daß den Leuten, welche sich in Brünn niederlassen wollten, die Ansiedlung erleichtert werde. Später machte nicht nur der Adel Schwierigkeiten gegen das Abziehen seiner Unterthanen²⁾, sondern es hielten auch die Städte darauf, daß der Bürgerrechtseinwer-

¹⁾ S. wegen des städt. Zeughauses S. 102 dieses Buches.

²⁾ Schon 1380 faßte der mähr. Landtag den Beschluß: Keinen fremdherrschaftlichen Unterthan, ob Bürger oder Bauer, ohne der ausdrücklichen und schriftlichen Bewilligung seines Gutsherrn aufzunehmen (Demuth, Gesch. der mähr. Landtafel S. 60).

ber nicht mit dem Unterthänigkeitsbunde behaftet bleibe, von ehrlicher Abkunft sei und auf seiner Ehre keine Makel hafte, auch, daß die Bürger nicht ohne Entlassung und Abschied eigenwillig abziehen¹⁾).

Den 13. Martii 1601 hat Jakob von Hacht (sagt Lubwig's Chronik S. 67) sich seiner Geburt ausgewiesen samt seinem Abschiedsbrief vom Dmütz aufgelegt und zu einem Bürger aufgenommen worden, mit Hand und mund Herrn Bürgermeister angelobt alle bürgerliche pflicht zu thun, wie einem burgerzman gebüert.

Schon damals führte (eb. S. 75) die (meistens akatholische) Gemeinde Beschwerde, „man wolte keinem zu einem Burger aufnehmen der nit Catolisch were und sich nit unter einerley Gestalt speisen ließe“ (das h. Altars-Sakrament unter Einer Gestalt nehme). Was damals nur versucht wurde, kam etliche zwanzig Jahre später wirklich zur Ausführung (S. meine Gesch. von Iglau S. 278 — 280) und erst Joseph II. gewährte (1781) die Zulassung der Akatholiken zum Kaufe der Häuser und Güter, zum Meister- und Bürgerrechte, zu akademischen Würden und Civilbedienstungen im Wege der Dispens.

Der Bürgerstand, welcher nicht bloß die Ehren eines freien, selbstständigen, vor dem Unterthan weit bevorzugten Mannes gab (darum hatte er auch den Titel ehrsam, slowutny), sondern auch schwere Pflichten und Lasten mit sich brachte, hielt fest auf die Geschlossenheit seines Standes. Deshalb wurde Niemand zum Betriebe eines bürgerlichen Gewerbes oder Nahrung und (mit Ausnahme der höheren Stände) zum Besitze eines bürgerlichen Hauses oder Grundes zugelassen, welcher nicht das Bürgerrecht erworben hatte (Lufsche, besondere Rechte der Personen Mährens und Schlesiens, 2. Aufl. Brünn 1823 — 1825, I. 163, 169 — 186, II. 3, 5, 7, 293). Die viel älteren Bestimmungen erneuerte kategorisch die nachfolgende Pragmatik: Von nun an soll Niemand ein Schos- oder bürgerliches Haus oder bürgerliche Gründe bei den mährischen Städten besitzen können, der sich nicht zum höheren Stande oder zum Bürgerrechte bereits legitimirt hat oder sich dazu binnen Jahr und Tag (1 Jahr 6 Wochen und 3 Tage) legitimiren und zugleich die bürgerliche Zuschreibung erwirken wird, widrigens die Realität öffentlich zu veräußern und der Erlös dem illegalen Besitzer zu erfolgen ist.

Zugleich müssen aber auch die höheren Standespersonen das Infolat in Mähren und den Huldigungsseid geleistet haben und sich nach der Smilwa (Berebniß) des Königs Wladislaw vom Jahre 1486 in der alten Landesord-

¹⁾ Als die schwedische Besitznahme und Belagerung von Iglau die Stadt verödeten, hat der Stadtrath (1655) den Kaiser, alle Herrschaften in Böhmen, Mähren und Oesterreich anzuweisen, sämtliche iglauer Bürger, welche ohne die gebräuchliche Entlassung und Abschied während der Feindeszeit sich aus Iglau entfernt und anderwärts niedergelassen haben, zu verhalten, daß sie dahin zurückkehren.

nung sol. 180 benehmen. Auch sollen die Bürgerstands-Personen freie, mit keiner Unterthänigkeit verbundene Leute sein, die Geburtsbriefe vorweisen und die bürgerlichen Pflichten leisten (a. h. Resk. 4. Dezember 1734 in Bekebrod's Gesessammlung S. 195 — 199).

Noch in neuester Zeit wurde verordnet, daß künftig kein Unterthan berechtigt sein soll, auch zugleich eine bürgerliche Realität zu besitzen, wenn er als Unterthan nicht entlassen ist, weil die Unterthanen die Bürgerpflicht nicht erfüllen, das heißt: mit den Stadtgenossen nicht leben, weben und leiden können, mithin zu Folge der Landesverfassung der bürgerlichen Ansässigkeit unfähig sind. Durch die Erwerbung des Bürgerrechtes allein oder durch den Besitz einer Realität sei also dem Gesetze nicht genug gethan, sondern es müsse die Bürgerpflicht zugleich miterfüllt werden (Hsdt. 23. Dezember 1812, Subcirc. 26. Feb. 1813).

Alle in politischen, Kameral- und Militärbedienstungen stehenden kaiserlichen, so wie auch Landschaftsbeamte, welche nicht bürgerlich possessionirt sind, sind zur Leistung der Bürgerlasten keineswegs gehalten. Alle bürgerlich possessionirte Beamte aber, sie mögen die bürgerliche Nahrung treiben oder nicht, sind gleich anderen Bürgern schuldig, alle und jede bürgerliche Real- und Personal-Lasten zu tragen, können jedoch, so lange sie in kais. Diensten stehen, die Personal-Lasten durch ein billiges Aequivalent ablösen, so wie auch ein solcher kais. oder Landschaftsbedienter von allen Raths- und Stadttämtern, Vormundschafts- u. dgl. Obliegenheiten befreit ist (Resk. 10. Dezember 1734, bei Bekebrod S. 199).

Witwen, wiewohl sie das Bürgerrecht nicht förmlich erworben, sollen unter den bürgerlichen Schuß genommen und ihnen die Häuser zugeschrieben werden; sie haben mithin alle bürgerlichen Freiheiten zu genießen, aber auch alle öffentlichen Lasten zu tragen (Resk. 22. Nov. 1737).

Als der olmüzer Magistrat dem Einwerber (Jakob Friedrich Kost) um eine Eisehandlung zumuthete, sich zu vereheligen, und ihm auferlegte, das Bürgerrecht zu erlangen, entschied Kaiser Leopold über dessen Beschwerde, daß er zur Ehe, die frei sein müsse, nicht gezwungen werden könne, jedoch, wenn er das von seiner Mutter übernommene Haus gesetzlich (legitimo) besitze und der bürgerlichen Gerechtigkeit im Handel und Wandel genießen wolle, schuldig sein soll, vorher sich auf diejenige Weise zum Bürgerrechte zu habilitiren, wie es die einheimischen oder Bürger söhne zu Olmütz von Rechts- oder Gewohnheit wegen zu thun verbunden sind, weil ohne das Bürgerrecht ein bürgerliches Gewerbe oder Nahrung nicht geführt werden könne (Resk. 24. Februar 1686).

Der Magistrat bestand zwar auf der Verehelichung vor der Verleihung des Bürgerrechtes und sperrte dem Bewerber das Gewölbe, der Kaiser fand aber die Einwendungen des Magistrates nicht für genügend erheblich und wollte auch nicht gestatten, daß die zu Olmütz eingeschlichenen und sonst nirgends weber im Rechte noch in den Privilegien der Commune begründeten, derselben mehr

schädlichen als nützlichen Gebräuche weiter in Schwung gehen sollen. Der Kaiser ließ es daher bei seiner früheren Resolution bewenden, dem Magistrate verordnen, dem Einwerber nun ohne weiteres Hinderniß das Bürgerrecht zu verleihen, ihn zu den Leistungen, welche von Rechtswegen dazu gehören, zuzulassen und demselben dergestalt sein Gewerbe sammt der bürgerlichen Nahrung zu eröffnen. Zugleich ließ der Kaiser dem Magistrat ernstgemessen erinnern, künftig von dergleichen, wie dem freien Willen, also auch den geistlichen und weltlichen Gesezen entgegen zielenden Gewohnheiten abzustehen, um den Kaiser bei widriger Uebung nicht zu veranlassen, ein ernstliches Einsehen und gestalten Sachen nach auch wirkliche Bestrafung vor die Hand zu nehmen (Reskript 17. Juli 1686).

Um Bürger zu werden mußte man ehrlich sein. Die Stadtrechte unterschieden zwischen That- und Rechts-Ehrlosigkeit. Die Ehrlosigkeit konnte man sich durch unerlaubte Handlungen oder durch die Ausübung gewisser Gewerbe zuziehen. Die Rechts-Ehrlosigkeit war mit den meisten Verbrechen, aber auch mit anderen Handlungen z. B. dem Wucher verbunden. Dem Gewerbe nach waren Schaffler (Schäfer), welche erst zu Anfang des 18. Jahrhunderts gegen Geld ehrlich gemacht wurden, Scharfrichter, Abbeder, Wassenmeister, und Hundschläger, so lange sie ihr Gewerbe betrieben, auch Büttel, Schergen und Gerichtsdiener (welche sammt ihren Kindern erst die Verordnung vom 29. Dezember 1729 für ehrlich und zur Erlernung aller Professionen fähig erklärte) u. a. unehrlich. Die Makel der bürgerlichen Verächtlichkeit (*levis notae macula*) haftete auf Huren, unehelichen Kindern (Bankerten), Eridarien u. a. Den Bankerten durfte weder in der Landtafel, noch in den Stadtbüchern ic. was zugeschrieben werden. Auch für die Ehrlosen durfte in die Stadtbücher nichts eingetragen werden. Ein Verläumber, ungerechter Schelm konnte keine Rechte genießen, zu keinem Amte, zu keiner Zeugenschaft zugelassen werden, mit ehelichen Leuten keine Gemeinschaft haben.

Bei den Handwerken waren vorhin verschiedene Handlungen, welche von den Zünften als unehrlich angesehen wurden; allein die Zunftartikel von 1731 hoben diese Mißbräuche auf (Ludsch, II. 223 — 239).

Auch die Schwächung einer Weibsperson wurde sowohl an dieser als dem Versucher schwer gebüßt.

In Iglau wollte die dortige Schusterzunft einem Schuhmacher das Meierrecht nicht gestatten, weil er sich mit seinem Eheweibe vor der Verhehlung fleischlich vergangen, diese Zunft aber in ihren vom iglauer Stadtmagistrate bestätigten Zunftartikeln vorgesehen hatte, daß eine solche Person weder als Geselle zu dienen, noch als Meister aufgenommen zu werden, fähig sein soll. Da die nachgefolgte Ehe alle Makeln auslösche und daher, wie schon öfter erinnert worden, in solchen Fällen keine Wiederherstellung der Ehre nöthig sei, ließ der Kaiser die Zunft anweisen, den Bittsteller ohne Hinderung

in die Zunft aufzunehmen (Ref. von 9. Juli 1705). Eine gleiche Weisung erging in einem Falle zu Schönberg (Ref. 24. August 1712).

Zur Einstellung weiterer Behelligungen und künftigen Richtschnur bestimmte Kaiser Carl VI. ein für allemal (in Böhmen), daß es in Fällen, wo die nachgefolgte Ehe alle Mängel dem rechtlichen Aussage nach auslösche, keine weitere Legitimation oder Abolition der Rote nöthig sei, welche sich wegen der vor der Ehe zwischen Eheleuten geschehenen fleischlichen Vermischung zugezogen wurde, damit diese und die daraus erzeugten Kinder beiderlei Geschlechtes wieder in die Leumunds- und Handwerks-Ehre eingesetzt (Honoris Famae et officio restituit) werden sollten. Dieses a. h. Erkenntniß sei durch die Magistrate mit Beiziehung sämtlicher Zünfte jeden Ortes allgemein kund zu machen. (Ref. 7. Dez. 1716).

In früherer Zeit leisteten die Bürger dem neuen Landesfürsten die Huldigung insgesamt. Das tobitzauer Buch (über die Freiheiten und Rechte des Landes) aus dem Ende des 15. Jahrhunderts erzählt den Vorgang über die Annahme (Wahl) des neuen Königs, seine Krönung in Prag, die Zusammenkunft des ganzen Landes Mähren in Brünn oder anderswo, den feierlichen Empfang des Königs von Seite der Herren, Prälaten, Ritter und Städte und Bewillkommung von Seite der Bürgerschaft, die Eidesleistung des Königs nach Bestätigung der Freiheiten des Landes, das Gelübde, welches ihm die Herren (Herren, Prälaten und Ritterschaft) thun und sagt dann über jenes, was der König bei den Gemeinden zu thun hat, folgendes: Die Könige Ladislaw, Georg und Mathias begaben sich persönlich zu Brünn auf das Rathhaus, da legen die Bürger die Schlüssel der Stadt ab, und der König trägt Jemanden auf, von ihnen die Huldigung zu fordern. Darauf legen sie alle (vor dem Rathhause oder auf dem Ringe) untenstehend den Eid ab; und darauf setzt der König neue Rathsmänner an oder bestätigt die vorigen, und nimmt auch von diesen den Eid ab (das tobit. Buch enthält Formel des Eides der Stadtgemeinde). Wenn der König selbst nicht da ist, kann er diesen Eid durch den Landesunterkämmerer oder andere Kommissarien abnehmen lassen. Wie dann in die übrigen Städte solchergestalt allezeit Abgeordnete geschickt werden (über die vorletzte Huldigung in Brünn 1608 (die letzte war 1617). S. die Schweden vor Brünn, von mir, S. 5). Während in den anderen k. Städten Mährens nicht der Rath allein, sondern die ganze Bürgerschaft und Gemeinde die Huldigung leistete, schwuren in Iglau, als einer freien Bergstadt, nur die 12 Geschwornen (der sitzende Rath) als Obrigkeit und k. Amtleute für sich und nach ihnen die zwei älteren Räte der 24 für die ganze Gemeinde den Huldigungseid (Meine Gesch. von Iglau S. 213).

Nach der neuen Gestaltung der Dinge in Folge der Rebellion (1619) nahm nur noch Ferdinand II. für seinen Sohn Ferdinand III. (1630 zu Znaim), seitdem aber kein Landesfürst mehr die Huldigung ab; es mußten aber, wie die höheren Standespersonen, auch die Bürger dem Landesfürsten den Erbhuldigungseid leisten, bis ihn Kaiser Joseph II. (1781) allgemein erließ (Lufische

I. 162, 185, meine Gesch. von Iglau S. 288); neben demselben bestand fortan und besteht der Bürgereid des neu aufgenommenen Bürgers (früher nach der mit dem Rest. vom 9. August 1731 mitgetheilten Formel).

In Brünn führte der Stadtrath schon am 6. Februar 1618 ein ordentliches Bürgerbuch ein, welches den Vor- und Zunahmen, das Rationale und den Geldbeitrag enthält, den Jeder bei Erwerbung des Bürgerrechtes erlegte. Der Bürgereid kam aber erst später auf, nämlich nach dem Beschlusse aller drei Räthe vom 15. November 1652. Er wurde bei dem Anmelden zum Bürgerrechte geleistet und in das Juramentenbuch eingetragen (Brünner Wochenblatt 1825 Nr. 22).

Wie in den übrigen Ständen gab es auch im Bürgerstande von jeher nicht nur einen Unterschied in Rang und Titel, sondern auch in Rechten und Vorzügen.

In Brünn finden wir zwar keinen solchen Patricier-Stand, wie in vielen deutschen Reichstädten, und auch nicht einen so zahlreichen Adel, wie in Iglau (Meine Gesch. von Iglau S. 207, 276, 278)¹⁾; allein auch in Brünn fehlte es, wie wir sehen werden, nicht an Beschwerden über die Bevorzugung der vornehmeren Bürgerklasse. Im Jahre 1702 theilte das l. Tribunal die gesammte Bürgerschaft Brünns in die 3 Klassen der Rings-, Gewerbs- und Handwerksleute. 1713 stellte der bürgerliche Ausschuss, welcher aus diesen 3 Klassen bestellt war, Kaiser Karl VI. vor, es wäre zum gemeinen Besten zu wünschen, daß auch der Stadtmagistrat aus diesen Klassen bestünde, da die meisten Bürger Gewerbs- und Handwerksleute seien.

Auch später noch (1758) unterschieden sich die Honoratioren, nämlich: Rathsverwandte, Advokaten, Med. Doktoren, Apotheker, Ringsleute, Kaufleute u. dgl. von den Professionisten.

Von den hochgehaltenen Ringsleuten werden wir später reden.

Die Erwerbung des einfachen Adels erhob nicht in den höheren Stand; es blieb fortan eine strenge Scheidewand zwischen dem Geadelten und den höheren Ständen (landtagsfähigem Clerus, Herren- und Ritterstand). Von diesen in Beziehung auf den Bürgerstand wollen wir nun reden.

¹⁾ Ludwig's Chronik nennt in Brünn die Schwarz und Menzel. 1610 waren unter den Stadträthen von Hoeff, Lilgenblatt von Lilgenberg. Kleinfeld von Lobenstein, Gribler von Altdorf. Später erwarben da den Adel: Erna von Ehrnau, Schram von Deblin, Stramann von Althof, Lerchenauer von Rothenberg, Schneller von Lichtenau u. s. w.

Schimon führt in seinem (sehr mangelhaften) Buche: Der Adel von Böhmen, Mähren und Schlesien, Böhm. Leipa 1859, an geadelten oder mit Wappenbriefen ausgezeichneten Bürgern im 16. und 17. Jahrhunderte an: den Bartholomäus von Bremer (1602) aus Znaim, den Lukas Burghart von Burghartsdorf (1574), den Niklas von Grünwald (1615), Wenzel Luschnitz von Libstetitz (1620), Andreas Dbeslaw (1607),

d. Landtäflicher Güterbesitz der Bürger. Beengung der Bürgerschaft durch die höheren Stände. Herren- (Schoß-) Häuser ¹⁾.

Schon König Johann (1331) und neuerlich Markgraf Johann (Brünn den 8. Tag nach Ostern 1353) verbot zum Schutze der Bürger Brünns den Adelligen und Priestern, Häuser daselbst zu kaufen, weil dieselben von den Stadtgesetzen exempt, keine Haussteuer und Gemeindeumlagen zahlen wollten, auch das Weilrecht beeinträchtigten. Dagegen wehrten die Barone den Bürgern, landtäfliche Güter zu erwerben. Gleichwohl ist gewiß, daß bis zum Beginne der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts Bauern und Bürger landtäfliche Güter besaßen (Demuth, Gesch. der mähr. Landtafel S. 40, 80, 107, 112, 142, 148). Nach Befiegung der Hussiten wollte aber der Adel die erlangte Suprematie auch dadurch befestigen, daß er Bürger vom Ankaufe landtäflicher Güter ausschloß, um dieselben zugleich vom Landtage auszuschließen, da der Güterbesitz als Bedingung des Rechtes galt, im Landtage zu erscheinen. Im Vertrage am Eilftausend Jungfrauen-Tage 1486 (S. meine Gesch. von Jglau S. 136 — 140) räumte zwar der Adel den Bürgern der f. Städte wieder das Recht ein, landtäfliche Güter zu besitzen, wogegen auch der Adel Häuser in den ersteren besitzen dürfe; allein die höheren Stände versuchten es später wieder, den Bürgern dieses Recht zu schmälern, in der Besorgniß, daß durch den Ankauf landtäflicher Güter die Zahl der bürgerlichen Güterbesitzer und Mitglieder des Landtages sich zu sehr vermehre und ein Uebergewicht im Landtage erlange, zumal es ein ausgesprochenes Streben der Bürger war, dem Adel Opposition zu machen und die königlichen Prerogative zu vertheidigen.

In der That beschloß der Landtag des Jahres 1599, den Bürgern den Ankauf landtäflicher Güter zu untersagen und wiederholte diesen Beschluß im Landtage zu Znaim 1600. Eine Deputation der Städte Olmütz und Brünn

Matthias Tschepke (1607) aus Olmütz, den Johann (1540) und Peter (1605) Ejižowski von Ejižow, Martin Goslo von Sachsenthal (1642), David und Daniel Gräfel (1615), Matthias Wagner von Jgelgrund (1616) aus Jglau (S. da mehr in meiner Geschichte S. 208), den Sebastian Habinger von Habenberg (1579), Anton Balthasar von Feldrich (1695), den Karl Heßer von Murach (1628), Simon Kriebler von Altendorf, i. l. Rath (1633), Ulrich Pilgenblatt von Pilgenblatt (1603), Johann Prem Reyseneitzky von Tarnowitz (1604), Gabriel Schram von Deblin, i. l. Rath (1645), Matthäus Žiblowsky von Žiblowitz aus Brünn, den Absolon Muzil von Rosenfeld (1605) aus Pradisch, den Andreas Jaczal von Biletin (1655) aus M. Neustadt.

¹⁾ Die Häuser, welche die oberen Stände in den f. Städten besitzen, nennt man seit längerer Zeit Schoßhäuser, obwohl uneigentlich, da nach dem Gesetze (Resl. 4. Dezember 1734) alle bürgerlichen Häuser im bürgerlichen Schoße liegen.

nach Prag 1601, um von Seiner Majestät einen Befehl an die Landschaft in Mähren auszuwirken, den Städten nicht zu wehren, Landgüter zu kaufen, hatte keinen durchgreifenden Erfolg, und bald darauf wurde die Frage in einem den Bürgern nicht günstigen Sinne entschieden (Meine Geschichte von Brünn und von Jglau; Eblumedy in der von ihm herausg. Chronik des brünner Rathsherrn Ludwig S. 6 — 8, 63). Die neue Landesordnung von 1628 nahm zwar den Bürgerstand beziehungsweise die l. Städte als vierten Stand wieder auf, die Bürger derselben wurden aber, ungeachtet aller Gegenbemühungen, vom landtäflichen Besitze ausgeschlossen (und blieben es gewöhnlich in der Regel bis 1849) und konnten (bis 1755) nicht einmal die Intabulation eines Schulfrieses auf ein landtäfliches Gut bewirken.

Zudem begann nun auch der Druck der oberen Stände auf den Bürger selbst in seinem häuslichen Besitze. Kaiser Ferdinand II. zog zwar Herrenhäuser in den l. Städten wegen Theilnahme an der Rebellion ein¹⁾, sie kamen aber nicht in bürgerlichen Besitze.

Ferdinand II. verbot zwar (23. Februar 1636) den höheren Standespersonen, unangesehene Wirthe in ihren Herrenhäusern in den Städten einzulassen, da keinem solchen Wirth eine Nahrung oder ein Handwerk gestattet werde, der nicht der Stadt und den Zechen einverleibt und im bürgerlichen Nützlichem begriffen ist. Aber schon die am 12. September 1641 zu Brünn versammelten Deputirten der l. Städte beschloßen Seiner Majestät vorzustellen, daß die oberen Stände die Bürger der l. Städte für keinen Landstand halten wollen, obwohl sie privilegienmäßig mit ihren Waaren im ganzen Land von der Maut frei sein sollen und wie die l. Städte überhaupt von den oberen Ständen in allen mit jenen Sachen bevestirt und geringert werden, keine Ausrichtung erlangen können und also fast ganz und gar in ihrem Stande verwerren seien (Meine Gesch. von Jglau S. 314, 335).

Nach der Vertheidigung Brünns gegen die Schweden (1645) bat der Stadtrath den Kaiser um die Abichaffung der Freihäuser. Dieser erklärte, es würde ihn erfreut haben, der Stadt in diesem Punkte helfen zu können und dadurch die Bürgerlichkeit zu vermehren, er könne aber wegen eines Trüben Wohlverhalten andere treue Stände ihrer wohlbergebrachten Gerechtigkeiten und Freiheiten durch ein Nachwort nicht berauben.

Der Bau von Kirchen und Klöstern in Brünn und die Erwerbung von Bürgerhäusern durch höhere Standespersonen, welche sich hier mehr und mehr niederließen, beugte nicht nur im eigentlichen

¹⁾ Nach der Rebellion wurde 1624 „der Kaiser. Befehl gegeben, ein Verbotnis der ansehnlichen Herren Häuser zu überschicken.“ welches auch von Kaiser Ludwig von Oesterreich II. mit Ausweisung gegen die l. Städte (welche geübt) und durch die Kaiser S) eingezogen (Dietrich, Quellen I 137 — 140).

Verhältnisse die Bürgerschaft in ihren Behausungen, sondern erhöhte in gleichem Maße deren bürgerliche Lasten.

Zum Baue des Collegiums und Seminariums der Jesuiten allein wurden 21 (ein und zwanzig) bürgerliche Wohnungen und Häuser verwendet. Das in die Stadt einbezogene Kloster St. Thomas hatte nicht nur einen großen Platz weggenommen, sondern forderte noch (1646) 3 Bürgerhäuser, einen großen Plan zwischen dem Stadtgraben und den 3. Theil vom Garten des Stadtpfarrers. Der vom Kaiser bewilligte Bau der Klöster und Kirchen der Bernardiner oder Franziskaner, der Kapuziner und der Klosterfrauen St. Joseph innerhalb der Ringmauern nahm bei den ersteren zwei 16 Bürgerhäuser, der letztere Bau 4 Häuser hinweg. Beträchtliche Räume erfüllten die alten Klöster und Kirchen der Minoriten bei St. Johann und der Dominikaner bei St. Michael, das uralte Stift St. Peter, die ansehnliche Pfarrkirche St. Jakob, das schöne Kirchel St. Nikolai. In der Vorstadt waren die Jungfrauen-Klöster St. Anna und der Königin, unweit der Stadt das vornehme Prämonstratenser-Kloster Obrowitz und die Karthause, alle diese Corporationen mit Geistlichen und Ordens-Personen wohl versehen. In, um und nächst der kleinen Stadt Brünn zählte man (sagte der Stadtrath in seiner Aeußerung vom 16. März 1648 aus Anlaß des Klosterbaues bei St. Joseph, im Subernial-Archive sub lit. B. 11) 14 vornehme Gotteshäuser. Da eine solche Anzahl von Kirchen und dagegen so wenig Volk vorhanden sei, komme es, daß oftmal kaum etliche Personen der h. Messe oder Predigt beiwohnen können und es sei zu besorgen, daß der Gottesdienst hiedurch mehr zur Verachtung als Ausnahme gerathen möchte.

Zu dem komme, daß in der Stadt noch bei 90 geistlicher Prälaten- und Herren-Häuser wären, deren Inwohner und Wirth, ungeachtet diese Häuser (bis auf 2 oder 3) sämmtlich sowohl nach der alten und neuen Landesordnung, als nach wiederholten kais. Befehlen den bürgerlichen Beschwerden unterworfen seien, diese doch nicht tragen wollen, sondern vielmehr durch privilegien-widrigen Weinschank, Störerei oder Handwerks-Pfuschen, Vorkäuferei u. dgl. unzulässige Mittel den Bürgern, welche mit Einquartirungen, Wachen, Schanzen, Auflagen und andern Beschwerden belegt seien, ihren Bissen Brod vom Munde gleichsam hinwegnehmen. Hiedurch ziehe die arme Bürgerschaft abermals den Kürzeren und werde sehr geschwächt, da andere, welche sich sonst in der Stadt häuslich niederzulassen Lust hätten, durch solche zu besorgende Ungelegenheiten um so mehr zurückgehalten würden, als die Lasten immer mehr auf die wenigen übrigen Bürger gewälzt werden, die Stadt überdies zu einer rechten Festung völlig zubereitet werden soll und alsdann wohl eine stäte Garnison erhalten werde.

An den Bürgern, als den geringsten Vasallen und Unterthanen sei freilich wenig gelegen und sie hätten auch nicht zu schaffen oder zu verhindern, es werde gleich die Stadt mit Geistlichen oder Bürgern vermehrt und gefördert. Ob aber

daß es dieselbe denen höheren Ständen communiciren, Vnd nach eingebrachter ihrer gegen notturft, den befund der sachen Ihrer Maj. neben einem Ambsgutachten berichten solle, wie dann auch Ihre Maj. allergnädigst ingebend sein wolte, diesen Punct der herren heusser erkauffung der Geistlichen vnd anderer Standts Personen, bey nächst künftigen Landtag proponiren, vnd der billichkeit nach abhandelen zu lassen.

Deme allergehorsamist nachzuleben, so geschicht hiemit solche communication angeregten beschwerden an die herren vnd Euch, die dann dieselbe denen höheren herren Ständen bey gemeldten Landtag beybringen, Sie herren Stände auch allerhöchstermeldter Kay. Maj. allergnädigsten willen dießfalls wol thuen werden.

Die Verhandlungen brachten der Stadt wenig Abhilfe.

In der Mitte des 17. Jahrhunderts gab es zu Brünn (welches nach S. 14 dieses Buches 443 Häuser hatte) 79 Herren-Häuser des Adels und der Geistlichkeit ¹⁾, darunter ein fürstlich dietrichstein'sches, drei fürst-

¹⁾ Verzeichnus zc.

Der Kirchen vnd Gotteshäuser, Klöster, Collegien zc., Prälaten: Fürsten: Grafen: Freyherrlich: vnd Ritterstandts Personen Häuser, in der Königl. Statt Brünn pro Anno 1666.

Das Collegiat-Stift vnd Kirchen SSorum. Petri et Pauli, sambt der Probstey, Dechanten, vnd der Capitularn Häuser Welche den ganzen Petersberg Innen haben. zc.

Die Pfarr Kirchen S. Jacobi, sambt dem grossen Freubhoff, Neben Capellen vnd Schuel zc.

Das Kloster S. Thomae, Augustiner ordens, mit einem grossen Bezierd Innerhalb der Schanzen.

Das Weite Herrliche Collegium, oder probation hauß der Societet JESU, sambt dem daran stossenden Seminario, Welche 9. Burgerliche Häuser Hinwegl genommen.

Das Kloster vnd Kirch Bey S. Johannes, Franciscaner ordens der dritten Regul, Welche ebenfalls einen sehr grossen Platz, Warinnen zimlich viel oed, Innenhalten.

Das nach der Schwedischen Belagerung, erst New erbaute Gotteshaus vnd Kloster Bey S. Mariae Magdalen, Franciscaner ordens Strictoris observantiae etc.

Die gleichfals Newerbaute Kirchen vnd Kloster der Capuciner zc.

Das ebener gestalt, nach der Belagerung, New aufgeführte Jungfrawliche Kloster Stift, vnd Kirchen Zu S. Josoph. Welche drey Kloster Bey 20. Burgerliche Häuser, vnd einen sehr Grossen Platz hinwegl genommen.

Die Kirch vnd Kloster bey S. Michael, Dominicaner Ordens, sambt dem gleich daranstossenden Herrlichen Landhaus, vnd New angefangenen gebaw Zu der Landtaffel, Welches alles einen ganzen geräumten stoc in sich begreift zc.

Das gleich darneben stehende sehr weite, einem Kloster gleiches Haus vnd Kirchel, der Königin Kloster, Maria Saal genannt, Zugehörig zc.

Das Kirchel S. Nicolai auf dem Vndtern Ring zc.

Das Rathhaus gemainer Statt, sambt dessen Zuge gehör.

Gemainer Statt Tatern, Bräuhaus, Malzhauß, Roßmühl, Mayerhof, Fleischbau, Waghauß, Salz Cammer zc.

lich Lichtenstein'sche, der olmüger Bischofshof, die Häuser der Grafen Werdenberg, Magni, Altheim, Zampach, Lichtenstein-Kastelforn, Lodron, Berka, Salm, Waldstein, Rühpling, Kottal, Thurn, Nachod, Kauniz (2), Heissenstein, u. m. a. der Familien Almstein; Oteschau, Beer, Miniati, Forgatsch, Morawetz, Dubsky, Saksardowsky,

Des Prälaten von Obrowitz Haus.

Des Prälaten von Kloster Prud Bey Znaimb Haus zc.

Des Probstes von Raigern Haus.

Des Prälaten, jezigen Visitatoris von Sahr Haus.

Des Abbtens von Wellehrad Bey Grabisch Haus.

Der Carthäuser Haus.

Des Abbtens von Grabisch bey Olmütz Haus.

Des Jungfräwlichen Klosters S. Annae Haus.

Des Jungfräwlichen Klosters von Tischnowitz Haus.

Der Pfarrhoff, sambt der Caplaney, mit einem schönen groffen gartten.

Der Fürstliche Bischofliche Hoff.

Folgen die Herrn- und Ritterstandes Häuser, Wie selbige, den Gassen nach, in der Statt Befindtlich.

Das Fürstlich Dietrichsteinische Haus, allwo Fünff Burgerhäuser Gestanden.

Der Almannischen Erben Haus Ritterstandts.

Das Freyherrlich Oteschawische Haus.

Des Cauplers Bey dem Löbl. Tribunal Zwansky von Zwauitz Haus.

Das Miniatische, anezo des Rodischen von Tüllen Erben Haus, vom Abel.

Gräfflich Werdenbergisch Zwen Zusammen Erlauffte Häuser zc.

Des gewesten Registrator Abels Hienbterblibenen Wittib Haus, von Abel, ist in keinen Stand angenommen. NB. ist angenommen.

Das Freyherrliche Hobitzische Haus.

Das Freyherrlich Forgatschische Haus.

Der Columbanischen Erben Zwen Zusammen gebaute Häuser, von Abel.

Die Graffl. Althaimbische Zwen Zusammen gebrochene Häuser.

Das Graffl. Fürstenbergische Haus.

Die Graffl. Salmische zwen Häuser.

Des Advocaten von Merchten seel. Erben Zwen Häuser, so anezo N. Fibus Con-
cipist Bey dem Löbl. Tribunal erhäurathet, ist in keinen Standt angenommen.

Das Graf. Waldsteinische Haus auf dem Fischmarkt.

Des gewesten Landts Burggrafen von Krausened seel. Wittiben, sonst Kotulinslisch Haus vom Abel, gebraucht sich Keines Standts zc. NB. Von Krausened ist in Abels-
stand angenommen.

Fürsten Harttmans von Lichtenstein Haus in der Fröhlicher Gassen.

Das Fürstl. Dietrichsteinische Haus, so ein Ballhaus Werden solle in der Fröhli-
cher gassen.

Das Maximilian Kobylische Haus, Ritterstandts.

Das Schubirzische Haus, Ritterstandts.

Das Humpoleczische Haus, Ritterstandts.

Das Graffl. Jlieshaische Haus.

Des von Grieslaw, Assessoris, Bey dem Löbl. Tribunale, Haus.

Brenner, Zahradetzky, Barthodetzky, Haugwitz, Zierotin, Chorthsky, Sedniczky, Schublitz, Fünfkirchen u. m. a. die Häuser der Abte von Saar, Obrowitz, Gradisch und Wellehrad, der Klöster St. Joseph, St. Anna, Königin-Kloster, Barthäuser und Tischnowitz²).

Das Allersdorffische Haus Mitterstandts.

Kayf. Kendt amts Haus.

Das Freyherrliche Sedniczische Haus.

Das Wenzel Korinskische Haus Mitterstandts.

Das Gräfl. Nachodische Haus.

Fürst Karls von Liechtenstein Zwey Häuser.

Das Gräfl. Austerlitzische Haus, Neben einem andern gleich daran gelegenen dar-
zue gehörigen Neben Haus.

Das Freyherrliche Zerbonische Haus.

Das Graf. Raunitzische Haus.

Das Gräfl. De Souchische Haus.

Das Freyherrlich. Zastrzizische Haus.

Das Gräfl. Scherenische Haus.

Die Gräfl. Wirbnische Zwey Häuser.

Das Prehauserische grosse Haus, Welches der Zeit der Königl. Fiscal Adiunctus
vnd Advocat, Matheus Isid. Zablaczký Besitzt, vnd ob Er schon das Bürgerrecht angenom-
men, so Will Er doch, racione officij, Keine onera tragen.

Das Graff Kottallische Haus.

Das Zniowskische Haus, Welches anieczo ein Lands Advocat Malinowsky Bewohnt,
ist in Keinem Standt angenommen.

Die Graffl. Hofmanische Zusammen gezogene Zwey schöne Häuser.

Die Wisenbergische Zwey Häuser Mitterstandts.

Das Wiesengrundische Haus, Assessoris Bey dem Königl. Tribunal.

Das Graf. Heissenstainische Haus.

Des gewesten Kayserl. Rentmeisters Nicolas Ruffer von Rußed 2 Häuser.

Das Lukawezkische Haus, vom Adel.

Das Freyherrlich Fünfkirchische Haus.

Das Kominkische Haus, vom Adel.

Der Jesuiter Weinschand Haus.

Das Wlkowskische Haus.

Das Hiramische Haus, vom Adel, ohne Landgutt.

Das Kottische von Alnstein Haus, vom Adel.

Die Graffl. Magnischen 2 Häuser, Welche jeziger Landtschafft Secretarius Gottfrid
von Waldorff 2c. etliche Jahr besitzt.

Des gewesten Obristen vnd Commandanten auf dem Spilberg Freyherru Ogilui etc.

Die Graf. Waldsteinische Grosse, aber vnaufgebaute 2 Häuser.

Das Strzbenkische, vorhin Sackische Haus.

Das Graffl. Liechtenstein-Bernsteinische Haus.

Das Zehentnerische Haus, Assessor des Königl. Tribunals.

Graffl. Oppersdorffische Zwey Grosse Häuser.

Das Zachtowskische Haus, Landts vndter Cammer.

Das Fürstl. Liechtensteinische Haus.

Das Haslaurische Haus, Mitterstandts.

Durch die Erbauung drei neuer Klöster in der Stadt und den Ankauf der bequemsten Häuser oder die Zusammenbrechung mehrerer kleinerer zur Erbauung eines großen Hauses von Seite der höheren Standespersonen und der höheren kais. Beamten kam die Bürgerschaft an ihren Häusern und Wohnungen in so ein Bedrängniß, daß sie nicht wußte, die zu den Landtagen und Land-

Das Bilske Haus Ritterstands.

Das Mathiaschowske Haus Ritterstands.

Das Freyherrliche Dubstke Haus.

Das Moraweske Haus sammt einen, schönen garten, so Vorhin 2 Häuser waren.

Das Freyherrlich Oleschawiske Haus in der Stattler gassen.

Der Deblinske Erben geraumbes Haus, worinnen der Böhmische Secretarius Tribunalis Aulicus, so die Deblinske Wittib geheurathet einerseits, Auf der ander seithen aber, der Sohn Max. von Deblin, Concipista ibidem, Wohnt, und in dem allgemeinen mit-leiden *ratione officiorum*, nichts übertragen wollen.

Über dieses Werden noch etliche Häuser gewissen Personen in der Stadt bewohnt, Welche zwar das Bürgerrecht angenommen, aber nur den Namen eines Bürgers nicht aber das Bürgerliche Mit-leiden tragen, Und Wollen in ansehung Ihrer profession, und haben-der kaiserl. Diensten Befreyet seyn. Als Doctor Fabian, Medicus, Fiscal Adjunctus und Advocat Zablatzky, Johann Max. Lüne, Landts Advocat, Landtschafft Buchhalter Adam Dor-er, kaiserl. Salzverfälscher, Johann Christoph Brandt.

Rendtamts Controlor und gegenhandler Caspar Maurus.

Der Teutsche Registrator Bey dem Königl. Tribunal Paul Myblich.

Cancellist ibidem, Mathias Georg Tschabetzky.

Cancellist ibidem, Heinrich Formanek.

Und dergleichen Personen.

Neben deme seyndt der Raths Verwandten in die 22. Häuser, auß kais. gnad und Privilegio, der Einquartirungen, extra Casum necessitatis, Befreyet, und Wegen Ihrer Mühe in publicis, Wie aller orthen gebräuchig, von den allgemainen onoribus enthebet.

- 2) Einige dieser Herrenhäuser kamen in die mähr. Landtafel und wurden der Jurisdiction des Stadtrathes entzogen. Nach einer Aeußerung der Landtafel (Sub. Nr. 7536 vom Jahre 1798) wurde das dietrichstein'sche Haus in Brunn (wie jene in Olmütz, Znaim und Jglau) mit a. h. Bewilligung 1630 der l. Landtafel und nach dem 1637 intabulirten Testamente des Cardinals Dietrichstein dem Fideicommiss einverleibt. Der Kaufcontract zwischen dem Grafen Wrba und dem Grafen von Kaunitz um das Freyhauß in Brunn, genannt das zierotin'sche (über das zwischen der Stadt und Carl von Zierotin 1612 ein Vertrag geschlossen worden. Lutsche I. 179), ist vom Jahre 1640 in der Landtafel zu finden und es wurde daselbst nach dem untern 28. März 1705 intabulirten Diplome und Testamente zum Fideicommiss erhoben. Vom gräflich salm'schen Hause ist nichts in der Landtafel zu finden. Das lichtenstein-tromauer Haus kam nicht in die Landtafel, sondern blieb unter der Magistrats-Jurisdiction.

Die Häuser des Cardinals Dietrichstein zu Brunn, Olmütz, Znaim und Jglau, befreite wegen der großen Verdienste, welche er sich zur Zeit des Aufstandes um das Haus Oesterreich erworben, Ferdinand II. mit dem Restripte vom 20. Dezember 1629 für immer von allen bürgerlichen Lasten und ließ sie als Freyhäuser in die Landtafel Mährens einlegen.

Rechten und in anderen Geschäften ankommenden Fremden unterzubringen. Hier kam, daß die Klöster, Collegien, Standespersonen sich der in der alten und neuen Landesordnung gegründeten Pflicht des bürgerlichen allgemeinen Mitleidens, als Wachen, Schanzen, Einquartirungen u. dgl., zu entlagen suchten.

Die auf die kleinsten und unansehnlichsten Häuser zusammengedrückte Bürgerschaft suchte wohl häufig, aber vergebens, Abhilfe. Es blieb ihr nur der Wunsch auszudrücken (1666), die Stadt Brünn möchte gegen den Spielberg zu erweitert, der Berg und die Stadt zusammen gefaßt und vereinigt und auf diesem ziemlich großen Raume Häuser erbaut, oder doch einstweilen auf den äußern Werken und Bastien zwischen den Stadtmauern und, wo sonst Gelegenheit ist, kleine Häuschen für lärmende Gewerbsleute, wie Schmiede, Binder u. dgl., gebaut werden.

Da die Stadt innerhalb ihrer Festungsmauern fest gebannt war, nahmen die Wohnungs-Verlegenheiten der Bürgerschaft in dem Maße immer mehr zu, als die höheren Standespersonen neue Häuser erbauten oder mehrere kleinere Bürgerhäuser zu einem größeren Wohnhause umstalteten. So nahm z. B. das stattliche Haus, welches der mähr. Obristlandkammerer Leopold Graf von Dietrichstein durch den geschickten Baumeister Grimm neben der Franziskaner-Kirche aufführen ließ (1739), eine ganze und Theile zweier anderer Gassen ein.

Zur Beengung der Bürger in ihren wohnlichen Räumlichkeiten trug auch das Entstehen und Anwachsen neuer landesfürstlicher und ständischer Behörden und Aemter nicht wenig bei (S. die Schweden vor Brünn, von mir, S. 21 — 27.).

Das sogenannte Königshaus kommt nicht mehr vor, hatte sich aber wahrscheinlich in das königliche Klosterhaus (der Cistercienser-Nonnen in Altbrünn, welche der Nonnengasse den Namen gaben)¹⁾ verwandelt. Die mährischen Stände bauten sich zu Anfang des 17. Jahrhunderts ein eigenes Landhaus auf dem alten Fischmarke, welches immer größere Dimensionen annahm (S. über dasselbe das Notizenbl. der hist. Zeit. 1859 Nr. 6 u. 7).

¹⁾ Dieses Haus, so genannt, weil es der k. Familie gehörte oder von ihr zeitweilig bewohnt wurde, suchte Ohlmedt (Ludwig's Chronik S. 72, 83, 102 — 103) im ehemaligen Landhause auf dem alten Fischmarke (Dominikaner-Platz), im Schwarz'schen oder taubenkorb'schen Nr. 89 auf dem großen Platz und glaubte es sicher in dem letzteren gefunden zu haben. Wahrscheinlicher dürfte es das Haus Nr. 517 auf dem alten Fischmarke sein, welches in dem gedruckten Häuser-Verzeichnisse vom Jahre 1779 noch „Königliches Klosterhaus“ heißt, in jenem vom Jahre 1785 aber als k. k. Militär-Ökonomie vorkommt, während das „Mährische Landhaus“ Nr. 533 des Jahres 1779 nun Mil. Ökon. Depot war. Hierauf deutet der Umstand, daß König Johann 1322 sein Haus in Brünn sammt dem Patronate der nahen kgl. St. Wenzelskapelle am s. g. Fischmarke dem Cistercienser-Nonnenkloster in Altbrünn schenkte (Bolny, kirchl. Top. III. 152).

Das k. Rentamt (Kameral-Zahlamt) hatte sein eigenes Amtsgebäude (das k. Renthaus in der fröhlicher Gasse, seit Kaiser Joseph II. das Gymnasium). Aus dem v. Appellmann'schen Hause entstand durch Kauf das k. Posthaus¹⁾, aus dem von Schwalbenfeld'schen in der obern brünner Gasse das k. k. Bank-Inspektionshaus.

Auf einem leeren Plage neben der Salzlegstätte wurde das Bank-Zollhaus gebaut (1727).

Auch gab es ein Tabakadministrationshaus.

Welche großen Lokalitäten die neue Militär-Garnison und Militär-Verwaltung benöthigt, wird später zur Sprache kommen.

Der nachfolgende Auszug aus den gedruckten Häuser-Verzeichnissen der Jahre 1779 (vor der Kloster-Aufhebung), 1785 (nach derselben) und 1794 zeigt, welch' großen Theil der Stadt-Häuser die Geistlichkeit, der Adel, die Gemeinde- und öffentliche Verwaltung für sich in Anspruch nahmen.

Nach Lemmer's Häuserverzeichnis von 1785 war die innere Stadt Brunn (innerhalb der Ringmauern) in 4 Viertel getheilt und hatte 554 (im Jahre 1779 537, im Jahre 1794 559) nummerirte Realitäten (Häuser, Schöpfen, Gärten u. a.)

Im 1. Viertel (1779 sind keine Viertel bemerkt) beim Eingange zum Brünner-Thor-Zwinger rechts und links Nr. 2 der Stadt-Thorsreiber, worin die Stadtgarde (1779 war Nr. 1 das Consumo-Mauthhäusel), Nr. 5 Fortifikationsgarten (1779 von Bonomischer d. i. des Fortifikations-Direktors), Nr. 7 das städt. Malzhause, Nr. 8 und 9 städt. Gemeinhäusel, Nr. 10 evangel. Bethhaus (im J. 1779 Nr. 9 und 10 ständische Reitschule); Petersberggäßel und der Petersberg selbst, Nr. 16, 17 (1779 auch 18), 19, 20, 22 — 26 und 30 zum Petersberger Domstifte gehörig²⁾, 18 bischöfliche Residenz, 27 Regens-Chori, 28 Mesner, 29 Wirthshaus, 31 Inspektor, 21 Kloster Raigerer-Haus (1779 Nr. 15 Kloster Bruder-Haus); obere brünner Gasse rechts Nr. 32 gewest Kloster Gradischer, nun k. k. Kameralhaus (im J. 1794 Johann Reindl), Nr. 33 gewest k. k. Bankalhaus (1779 k. k. Bankadministration), 39. Joh.

¹⁾ Das Postamt war in dem (eben im Umbaue begriffenen) Hause Nr. 491) der Schwarzaablergasse und, nach dessen Verkauf an den Grafen Zierotin, in der jetzigen Postgasse untergebracht, bis die Postverwaltung nach Aufhebung der Staatsgüteradministration (1829) ihr damaliges Lokale (das ehemalige Kloster tischnowitzer Haus) in der verlorenen Gasse bezog; daher hieß die seit Errichtung des Gasthauses zum schwarzen Adler (Absteigquartier Kaiser Joseph II.) darnach genannte Gasse vordem die alte Postgasse.

²⁾ Das St. Peter-Collegiatkapitel befreite 1581 das grobedy'sche Haus auf dem Petersberge zu Gunsten der Jesuiten von der kapitularischen Gerichtsbarkeit (Bolny, kirchl. Topographie III. 92).

Bapt. Graf Wittrowsky; Krautmarkt, 41 Graf von Sinzenborn (1779 in Nr. 42 Neumann'sche Buchdruckerei), 46 geistl. Kloster Saarer, nun Kameralhaus (1794 Philipp Rabl'sche Erben), 47 Freiherr von Hauspersky, 48 Fürst Dietrichstein, 49 olmüher erzbischöfl. Haus (1779 Bischofshof), 53 Graf von Monte l' Abbate (1794 Nr. 55 Frau von Kornitz), 87 Stadt-Lafarne, 88 bürger. Fleischbänke, 89 Edler von Lerchenheim, 93 von Holzbecher, Landesburggraf; Flederwischgäßel; Rohlmarkt (1779 Krautmarkt) Nr. 56 Kapuziner; Judenthorgasse Nr. 108 Altgraf Salm-Reiferscheid, 109 Franziskaner (1794 Nr. 97 Simon von Rosler); zwischen dem Judenthor Nr. 64 bürg. Schießkatt, 65 Stadt-Thorschreiber, 67 Tabak-Aufseher; Zwinger vom Judenthore bis zum Menzertthore rechts und links Nr. 68 städt. Laboratorium (1779 Privathaus), 70, 71, 72 Gärten des Dr. Linz, Raßlener, Johann Fischer; Böhmergasse Nr. 104 altgräfl. Salm'sches Reitschulgebäude, 107 Freymann; Römerplatzel (1779 hinter St. Joseph); Franziskaner-Gasse.

Im 2. Viertel: Obere Menzer- (jetzt Schwarzadler-) Gasse Nr. 136 Swobodische Erben (1779 Buchdruckerei), Johann Siebler'sche Buchdruckerei (Nr. 138 Herr von Schlegern (auch 1779), 1794 aber Herr von Stiebig, 1779 Nr. 140 von Rosenheimische Erben), 141 Graf Josef Zierotin, 177 Edler von Festenberg (1794 Gräfin von Blümegen), 178 Gasthaus zum röm. Kaiser, sonst zum schwarzen Adler, 180 Gräfin Blümegen (1779 Freiherr von Alsfeld, 1794 Josef Traßler); untere Menzergasse Nr. 144 Kloster St. Joseph; Zwinger beim Menzertthore links bis zum Diasterialhause (1779 Menzerpastei) Nr. 152 Salniter-Leitungshaus, 153 k. k. Münzschmelzhütten (1779 nicht), 153 gräfl. Sereni'sches Waschhaus, 154 gräfl. Althan'scher Garten, 155 gräfl. Rauten'scher Schupfen, 157 gräfl. Monte l' Abbat'scher Schupfen; im Menzertthurm (1779 Nr. 163 Menzertthor); obere Johannesgasse Nr. 167 Minoriten und errichtete dritte Pfarre bei St. Johann genannt; Sattlergasse Nr. 185 Ignaz von Abel, 191 von Frankenu; Rammel- (1779 und jetzt Schuster-) Gasse, 4 Häuser im Besitze von Schuhmachern; Krautmarkt aufwärts, vordere Rathhausgasse (1779 Nr. 200 Kathar. von Großbauer), 214 Rathhaus, gewestes Syndikat und Wachtstube (1779 beide noch als solche, 1794 Nr. 212 Johann Speil von Oßheim, 1779 Nr. 221 Kloster Wellehrader Haus); hintere Rathhausgasse; obere brünner Gasse links (1779 Nr. 230 Edler von Rosenzweig), Nr. 232 Freiherr von Haugwitz, 233 Edler von Rarckesky, 237 städt. Bräuhauß; untere brünner Gasse rechts Nr. 243 städtisch oder sogenanntes Salmisches Haus, 244 Edler von Welzenstein, 248 Gasthaus zur Schwan; obere Herrengasse rechts, Nr. 250 städt. Quartieramts-Haus,

(1779 Privathaus), Nr. 255 von Biesenthal (1794 Jos. Ronal); untere Herrengasse rechts, Nr. 256 Ignaz von Abel; Postgasse rechts, (Nr. 258 Apotheke zum rothen Krebsen) 259 Graf Trosper (1794 Freiherr von Roden, 1779 Nr. 260 Graf Zierotin, 1794 Freiherr von Dubsky), 262 k. k. Posthaus (1779 Nr. 263 Graf Oppersdorf).

Im 3. Viertel: untere Johannesgasse rechts, Nr. 265 Christoph von Rodoroff, 269 städt. Malzhause, 271 Schneiderherberg; Brandstatt (1779 nur 1 Haus); Reinenes Brüdel oder verlorne Gasse, Nr. 280 Fürst Lichtensteinisches Haus (1794 in der unteren Johannesgasse, Joseph Boyger, Gastwirth bei 3 Churfürsten), 281 gewest Klofter Tschnowitzer, nun Kameralhaus (früher Staatsgüter-Administration, nun Postdirektion); Postgasse links, Nr. 283 General Graf Wittrowsky, 284 Freiherr von Freyenfels (1779 Kloster obrowitzer Haus), 285 Graf Stockhammer; (1794 Nr. 286 Gräfin Strbenzky); untere Herrengasse links, 291 Graf Sereni, obere Herrengasse; alter Fischmarkt (jezt Dominikaner-Platz) rechts Nr. 301, 302 und 303 im Buchhaus, (Nr. 307 im Jahre 1779 Freiherr von Freyenfels, 1794 Graf Taaffe); Schlossergasse rechts; großer Platz rechts (1779 Nr. 314 Joseph von Taubenfort), Nr. 317 Graf Blümegen, 318 Graf Orschau (1794 Baron Mundi), Nr. 319 Leopold Edler von Rössiller; großer Platz links, Nr. 324 Freiherr von Rieisch (1779 Freiherr von Riegisch, 1794 Gräfin Wassenberg), 329 Freiherr von Zablatky, 330 Graf Heißler, 332 Freyin von Imbisen (1794 Graf Hünstirchen); Rappengasse rechts, Nr. 334 Graf Schratzenbach (1779 Christian Schatel), 353 Freiherr von Toussaint; dto. links, 366 von Flamm, 373 von Hermann, 384 Graf Althan, 385 adeliges Eist Maria Schul; bei der Mauer links (Nr. 346, 347, 348, 537); Rosengäßel, Nr. 358 Frau von Besold (1779 Joh. Ruzicka); Gaisgasse (1779 Nr. 374 Kloster St. Anna-Haus, 382 und 383 Universitäts-Haus); Maria Himmelfahrt- (jezt Jesuiten-) Gasse, Nr. 382, 383 Militär-Kaserne (1779 Nr. 392 adelige Akademie), 402 Graf Braidä; Rennergasse, Nr. 388 von Nowak, sel. Erben, 389 Graf Chorinsky, 390 Edler von Valenzi.

Im 4. Viertel: Holzgasse Nr. 403 von Propst'sche Erben, 404 Graf Walldorf, 419 Franziska von Höllischer (1770 Franziska von Koloff); Fröhlicher-Thor-Zwinger (1779 bei St. Thomas) rechts Nr. 408 k. k. Disasterialhaus (1779 Kloster St. Thomas), 409 städtisches Bachhaus links (1779 Nr. 410 Konjumo-Mauthäusel) Nr. 411 k. k. Geniehaus (1779 Oberstlieutenant von Bonomo), 412 Freiherr von Rocella, 413 Stadt-Thorschreibere-Häusel, Nr. 414 k. k. Proviant-Bachhaus, 415 k. k. Salzammer, 416 k. k. Wankalhaus; außer dem Fröhlicher-Thor Nr. 410 gewest Konjumo-Mauth-, nun Militärwacht-Häusel; Jakob-

gasse (1779 hinter St. Jakob) rechts Nr. 422 Stadtpfarrei, links 428 Freiherr von Widmann (1779 Parthäuser-Haus); Rennergasse links Nr. 430 Gasthaus zum schwarzen Bären, 431 Johann von Sternel (1794 Frau von Kranichstätten), 432 freiherr von Dobelstein (1794 Josef Kopian); großer Platz Nr. 434 Graf Fünflirchen (1779 Frein von Imbsen, 1794 Frau von Trister), 436 Freiherr von Walldorf (1794 Graf Belcredi), 439 städt. Waghause, 440 Militär-Hauptwache, 441 Lundenburg Fürst Lichtensteinsches Haus (1794 Nr. 442 Graf Ludwig Zierotin), 443 von Geißler (1794 Gräfin Harrach, wie auch Nr. 446), 476 Edler von Rössler, 478 Graf Raunig, 479 Joh. von Stiebig, 480 Karl Freih. von Dobelstein; Todtengasse (1779 Gottesader bei St. Jakob), Nr. 438 Stadt-Schulhaus; neue Fröhlicher- (1779 Fröhlinger-) Gasse, Nr. 451 Freiherr von Locella, 470 Freiherr von Bukwka, 472 k. k. Tabak-Administration, 474 von Piati, 475 Kameral-Schulhaus (Gymnasium, 1779 k. k. Kriegszahlamt); Zwinger im Fröhlicher-Thore (1779 Fröhlinger Bastey) Nr. 461 Studhauptmann, 463 Thorwarter-Wohnung, (1779 Nr. 462 Fortifikationshäusel, Nr. 464 Häusel beim Pulverthurm); Schlossergasse; alte Fröhlichergasse links (1779 Nr. 490 Fürst Lichtenstein Romauer Haus) Nr. 494 alte Stadt Kasarm (Kaserne), 509 von Böhmstetten, 512 k. k. Lehenbank (1779 Nr. 513 Kloster Branauer Haus); Seidenbeidlasse (1779 Kasserngasse) Nr. 500 neue Stadt Kasarm; alter Fischmarkt (1779 beim Landhaus) Nr. 517 k. k. Militär-Defonomiehaus, Nr. 533 k. k. Mil. Defonomie-Depot (1779 das erste königl. Klosterhaus, das andere mähr. Landhaus); Nonnengasse; untere Brünnergasse links, Nr. 534 gewest Dominikaner-Kloster (1779 noch bestehend), 536 Thorwarter Wohnung.

Vorstädte (das Verzeichniß von 1779 enthält keine):

Große Bädengasse, Herrschaft Stadt Brunn, Kommenda Kreuzgasse, Nr. 25 Kommenda-Kreuzhofer-Wirthshaus, 26 Kom. Kreuzh. Gemeinhaus, 37 Kommenda Kreuzhof; St. Anna, Kameralherrschaft, Nr. 38 gewestes St. Anna-Kloster, 39 Kameral-St. Anna-Branntweinhaus, 48 St. Anna Kameral-Gebäu. Stadt Brünner Territorium: Seilerberg (Nr. 54, 55, 56); kleine Bädengasse, Nr. 89 städtische Kunst; Laderwiesengassen, Nr. 70 Heinrich Bache Branntweinbrenner, 71 gräflich Schrattenbach'scher Garten; gegen dem Johannes-Bründl (Nr. 97, 98), bisher zusammen 134 Häuser, Schöpfen, Gärten u. a.

Markt Altbrunn (mit Bürgermeister und Rätthen): zur Kameralherrschaft Königin-Kloster, auch Kommende-Kreuzhof, Kameralherrschaft Rieczlowitz, dto. Königsfeld und Petersberger Herrschaft:

Burgergasse, Nr. 28 herrschaftlicher Maierhof, 54 Gasthaus zum blauen Löwen, 89 herrschaftliches Schulgebäu, 148 Markt Alt-

brünner Rathhaus; Holzplatz, Grillowitz, Nr. 36 Joseph Lina, Pottaschenfabrikant; St. Wenzelsgasse, Nr. 59 Wirthshaus bei dem sogenannten Thallamach, 60 Barmherzigen Kloster; Feldgasse, Steingasse, Nr. 74 Johann Panzer, Papiermacher, 76 Elisabethiner Kloster, 82 Stadt brünner Mauth-Häusel; Fischergasse, Nr. 108 Joseph Przhoda, Papiermacher, 111 Joseph Sterz, Papiermacher, 112 Stadt Brunn gehöriges Haus; Weißgasse, Nr. 116 Excellenz General Mittrowskischer Garten; Leimsetten, Nr. 141 herrschaftl. Branntweinhaus, 142 herrsch. Fleischbank; über dem Brühl (Nr. 152, 153); untere Leimsetten, Nr. 154 Mühle, Königin-Kloster Pfarrhof (Nr. 155 gewesenes Königin-Kloster, Prälatur und Pfarrei, dann Wirthschaftswohnungen); St. Antonsgasse (Nr. 156 — 162, Nr. 162 sogenannte Steinmühl), zum Kameral Königin-Kloster Nr. 163 Königsmühl zu finden neben der Königswiese hinter Rumrowitz; alles zusammen (in Altbrunn) 164 Häuser zc.; endlich sind noch 3 Chaluppen bei dem sogenannten Landfest ob der großen Brücke rechts.

Strassengasse, zur Stadt Brunn, 19 Häuser.

Gassen Neustift, zur Fürst Lichtenstein'schen Herrschaft Bosoritz, zur Krönagassenpfarrei St. Stephan und altbrünner Pfarrei, 73 Häuser zc. (Nr. 67 Fürst Lichtenstein'sches Pottaschenhaus).

Dorf Kleinmariazell, Herrschaft Domstift St. Peter, zur Rumrowitzer Lokalkaplanei, 55 Häuser.

Dorf Rumrowitz, Herrschaft Domstift St. Peter, 40 Häuser, Nr. 10 Knoppermühl, 16 Mühle, 17 herrschaftl. Maierhof, 19 Schulhaus der Gemeinde.

Petersburggassen, Herrschaft Domstift St. Peter, 19 Häuser.

Dörnrössel, zur Kameral-Herrschaft Königsfeld und Herrschaft St. Thomas, 42 Häuser, Nr. 39 Thommer Muhl, 40 Graf Blümegen'scher Garten, 41 gewesener Dominikaner, nun Kameral-Garten, 42 herrsch. Königsfelder Branntweinhaus.

Krönagasse, Herrschaft Stadt Brunn, und zwar große Kröna, Nr. 1 städt. Mauth-Häusel, 4 Graf Cajetan Blümegischer Garten, 5 Graf Hrzan'scher Garten, 12 städt. Ziehungshaus, 13 städt. Spital, 14 städt. Lazareth, 16 städt. Wirthshaus zur neuen Welt, 17 städt. Branntweinhaus und jüdische Garfküche, 18 und 19 Leopold Scholz, Schönsärber; Quergasse, Nr. 23 und 48 Carl Letmayer, Ledermeister; kleine Kröna, Nr. 30 Spitalhaus, 31 Kapuziner-Wall, 32 städt. Malzmühle, 33 k. k. Tuchfabrik und Wollspinnhaus.

Mühlgrabengasse, Nr. 64 und 95 Stift Maria Schul, 78 Bäckmeister zum großen Schuh, 79 städtische Hasamühl, 80 Schlachtbank der Fleischerzunft; Ledergasse, Nr. 81 städt. Holzstätten, zus. 98 Häuser u. a.

Gasse Zeil, Herrschaft Domstift S. Peter, 71 Häuser u. a., Nr. 29 und 30 k. k. Waisenhaus.

Petersgasse, Hst. Domstift St. Peter, 5 Häuser.

Kadlaß, Kameralherrschaft Königsfeld, 10 Häuser, Nr. 10 Leopold von Rößiller'sche Tuchwall, 11 herrschaft. Schenkhaus zum Gschlößl.

Obrowiger Gasse, Hst. Obrowitz, 25 Häuser u. a., Nr. 1 gewesttes Prämonstratenser Kloster, 2 — 6, 21. herrschaft. Gebäude, 13 Wilhelm Rundi, Tuchfabrikant, 20 herrschaft. Wirths- oder Bierhaus.

Große Neugasse, Herrschaft Rjeczkowiz, Stadt Brünn und Königsfeld, 62 Häuser u. a., Nr. 21 Karls hof, 23 städt. Maut-Häusel, 24 städt. Wirthshaus zum weißen Rößel, 26, 27 und 28 k. k. privil. von Rößiller'sche feine Tuchfabrik, 38 beim Herrenteiche Thomekische Mühle zum blauen Hechten, 39 Gr. Graf Mittrowskischer Garten, 40 städt. Fischhaus, 61 Baron Schröfl'scher Garten.

Kleine Neugasse, Hst. Stadt Brünn, 22 Häuser, Nr. 5 Wirthshaus zum wilden Mann, 7 städt. Maierhof, 8 St. Thommer Maierhof, 9 ständ. Ziegelhütten, 19 St. Thommer Garten, 20 — 22 am Freudhof.

Schwabengasse, Hst. Rjeczkowiz, 26 Häuser u. a., Nr. 7 obrigf. Wirthshaus, 10 Leopold von Rößiller Tuchfabrikenhaus.

Festung Spielberg. Auf diesen befinden sich 10 numerirte Wohnungen, worin der Herr Festungscommandant mit anderen Domestiken, Militär-officiren, Kaplan, Schulmeister, Schlossermeister, Ober- und Unterprosoßen, Stockknechten, Arrestanten und Schanzcorporalen wohnhaft sind.

Um den vielfältigen Reibungen und Streitigkeiten wegen des Besizes der Häuser durch Standespersonen (Schloßhäuser) zu begegnen, erklärten die Landesfürsten wiederholt, daß Häuser in den königlichen Städten nur von Personen höheren oder Bürgerstandes besessen, daß dieselben ohne Zuschreibung in den Stadtbüchern ¹⁾ nicht besessen werden können,

¹⁾ Kaiser Karl VI. regelte die Einschreibtaxen in den k. und andern Städten Mährens bei Erlaufung der Häuser und Gründe in der Art, daß wegen Vormerkung und Einschreibung der Käufe über Häuser und Gründe in den k. Städten ohne Unterschied, ob eine höhere Standesperson oder ein Anderer contrahire, 8 vom Tausende, in den andern Städten und Orten aber ohne Unterschied 4 vom Tausende und nicht mehr genommen werden sollen. Zugleich genehmigte der Kaiser dasjenige, was das k. Tribunal wegen Aufrihtung und Haltung ordentlicher Stadt- und Grundbücher verordnet hatte, um darin alle Kauf- und Verkaufkontrakte, Rauffchillings-Währungen u. dgl. zur Sicherheit der Besitzer gehörig vormerken zu können, mit dem weiteren Auftrage, dessen auch die übrigen k. Städte, wo etwa diese Ordnung nicht eingeführt wäre, durch den Landesunterkämmerer erinnern zu lassen (Resk. 20. Juni 1712).

In Brunn gab es aber (abgesehen von den bis in das 14. Jahrhundert zurückreichenden Stadt- und Gerichtsbüchern) schon viel früher Stadtbücher, welche den Charakter

daß auch höhere Standespersonen verpflichtet seien, sich dieselben zuschreiben zu lassen, daß die Realjurisdiktion des Magistrates aufrecht zu erhalten sei (Verordnungen vom 11. März 1686, 18. Dezember 1705, 17. Jänner 1710, 4. Dezember 1734, 4. November 1751) ¹⁾).

Der Magistrat von Brünn zog den Verkauf der Pupillar-Häuser des obern Standes in Streit, welcher bisher vom l. Landrechte oder, wenn dies nicht gehalten wurde, wegen Gefahr am Verzuge auf l. Delegation vom l. Tribunale subhastirt ²⁾ und die Schulden classificirt worden waren. Kaiser Joseph I. bestimmte für die Zukunft, daß 1) im Falle, als ein in einer l. Stadt gelegenes, der Stadt-Jurisdiktion zwar unterworfenes, jedoch einem Pupillen des obern Standes gehöriges Haus außer dem Concurswege veräußert werden sollte, der Verkauf wie bisher mittelst der Commissarien des l. Landrechtes oder, bei einer Delegation, des l. Tribunals vollzogen und ratificirt, jedoch den Stadtbüchern einverleibt und dem Magistrate freigelassen werden soll, wegen der etwa

eines Grundbuches haben, wie z. B. Ludwig's Chronik S. 72 des Stadtbuches zum Jahre 1601 erwähnt.

Als der Magistrat der l. Stadt Brünn (ungefähr 1687) die vordem bei den Stadtgerichtsbüchern nicht im Gebrauche gewesenen Erfordernisse zur Intabulation eines Instrumentes nach dem Beispiele der Instruction der mähr. Landtafel (von 1642) einführte, ließ ihm der Kaiser dieses Unternehmen verheben, da „denen Magistratibus der l. Städte ohne l. gnädigsten Vorbewußt ad exemplum der l. Landtafel oder sonst observantias zu introduciren die macht nicht einzuräumen.“ Hinsichtlich des speciellen Falles aber, in welchem die Einverleibung eines Ehevertrages beanstandet worden, weil die clausula intabulandi und die Mitfertigung der Zeugen fehlte, verordnete der Kaiser die Eintragung in die Stadtbücher, weil diese Erfordernisse zur Einverleibung der Eheverträge in die Stadtbücher vorher nicht bestanden; für die Zukunft soll jedoch der Ausatz der bereits von ihm eingeführten Pragerischen Stadtrechte beobachtet werden (Resl. 19. August 1697).

¹⁾ Als das l. mähr. Tribunal nach dem Tode eines gräflich serenp'schen Bedienten die Sperre seiner Verlassenschaft im gräflich serenp'schen Schoßhause selbst vornahm und, ungeachtet des Recurses des Magistrates, die Erbschafts-Effekten den Erben erfolgte, fand der Kaiser die vom Tribunale zur Begründung seiner Jurisdiktion vorgebrachten Gründe von keiner Erheblichkeit, dagegen den brünner Magistrat wohl befugt, in diesem und dergleichen Fällen sowohl die Sperre als Inventur nebst dem, was derselben anhängig, vorzunehmen. Der Kaiser erinnerte daher das Tribunal, sich künftig nicht zu unterstellen, dem Magistrate in derlei Fällen einzugreifen, viel weniger nach angemeldetem Recurse an ihn (den Kaiser) unter derlei leerem Vorwande vorzueilen und ihm gleichfalls zu nahe zu treten (Resl. 5. Dezember 1698).

²⁾ Wenn bürgerliche Schoßhäuser in den l. Städten, welche Waisen höheren Standes gehören, vom Landrechte öffentlich veräußert (subhastirt) werden sollen, ist es nicht nöthig, die Verlautbarung im ganzen Lande (wie bei Landgütern) zu veranlassen, sondern es genügt, wenn die landrechtlichen und, falls kein Landrecht gehalten wird, die Commissäre des l. Tribunals die Visitations-Rundmachung am Hause und an den Thoren des Landhauses affigiren lassen (Resl. 9. Mai 1715).

verfeffenen Stadtschulden jemanden zur Commission abzuordnen und das Creditsrecht im Namen der Commune zu beobachten, 2) in Creditfällen soll, wenn der in Concurſ verfallene Pupille nebst einem solchen Hause auch landtäſſliche Immobilien beſiſt, der Creditprozeß und die Claſſifikation der Gläubiger, nach der Creditordnung vom 2. Mai 1644, bei der k. Landtafel verſührt, die Bezahlung der auf dem Hause verſicherten Gläubiger aber nach dem landtäſſlichen Crediturtheile dem Magistrate überlaſſen werden, 3) wenn aber der Pupille keine landtäſſlichen Güter beſiſt oder die Execution von den Municipalgläubigern nur auf das Haus geſucht und ausgeführt wird, ſoll eben ſo, wie das Executionsrecht nach den Stadtrechten zu beurtheilen und bei dem Magistrate zu ſuchen, auch dieſem excluſiv die Subhaſtation und was dieſer anhängig iſt gebühren. Weiter ließ der Kaiſer den brünner Magiſtrat erinnern, fleißiger als biſher darauf zu ſehen, ob ſich die Beſitzer der Schloßhäuſer zum Bürger- oder einem höheren Stande wirklich habilitirt haben und keine unhabilitirten Beſitzer einſchleichen zu laſſen. Endlich ſei nicht abzusehen, warum die oberen Standesperſonen von Erkaufung der Häuſer eine höhere Taxe als andere und zwar zu 2 kr. vom Gulden zahlen ſollten.

Der brünner Magiſtrat ſei daher hierüber neuerlich zur Rechtfertigung zu ziehen und nach fruchtloſer Verſtreichung einer Friſt von 4 Wochen der Exceß einzustellen (Reſ. 20. Jänner 1710).

e. Die Organifirung des Militärweſens in Brunn.

Die Feſtung Spielberg hatte eine beſtändige Garniſon; die Stadt Brunn in der Regel keine. Nur wenn eine auf der Werbung oder auf dem Durchmarſche begriffene Miliz oder in außergewöhnlichen Fällen Militär zur Bequartierung nach Brunn angewieſen wurde, hatten die Stadtbewohner gegen Abreichung des Service von 2 kr. täglich per 2 Mann und den Schlafkreuzer die Laſt der Natural-Bequartierung, oder jene, welche ſie nicht leiden wollten, die hiefür beſtimmte Reſultion zu tragen. Inſbeſondere zahlten die Beſitzer bürgerl. Schloßhäuſer des höheren Standes als Ablöſung der Natural-Bequartierung vertragsmäßig einen jährlichen Quartierzins von 3 fl., weil die oberen drei Stände nach dem wladislaiſchen, durch die Landesordnung von 1628 Fol. 21 beſtätigten und zur Ausübung gelangten Vergleiche vom Jahre 1486 zu allen bürgerlichen Laſten wie die Bürger ſich verbunden hatten.

Die früher weit ſeltenere Militär-Bequartierung wurde aber fühlbarer, als Kaiſer Carl VI. aus Rückſichten für die Militär-Diſciplin und die Verhütung von Exceſſen die Bequartierung der Infanterie bloß in geſchloſſenen Orten mit Einbeziehung der k. Städte, nach dem Muſter Böhmens und Schlefens, auch in Mähren anordnete und beſahl, daß, wie in jenen Ländern, der Hoſpitations-Groſchen dem Quartier-Träger vom Lande gereicht werde (Reſ. 23. Juni

1724). Es wurde hierauf demselben in Mähren an Service für Wohnung, Licht und Liegerstatt täglich 2 kr. für einen Mann von den Ständen gezahlt.

Da den Hausbesitzern diese neue Last schwer fiel, befahl der Kaiser, daß die Quartierschuldigkeit nicht mehr von der Bürgerschaft, sondern von der Gemeindefasse getragen werde und die Bequartierung nicht in den Bürgerhäusern, sondern in den Häusern der Stadtgemeinde geschehen soll (Instruktion für das Stadt Brünner Wirthschafts-Direktorium vom 12. Juni 1726).

Zu gleicher Zeit (1727) wurde die Bürgerschaft auch von der Unterhaltung und Muntirung der Stadtwache entbunden und diese Last auf die Gemeindefasse übertragen.

Zur Unterbringung der Miliz kam die Erbauung eines Militär-Quartierhauses (Werbhauses) in Brünn zur Sprache und es wurde hiezu das freiherrlich pfefferhofen'sche unterm Spielberg unweit dem alten Landhause (die jetzige Altstädter- oder Artillerie-Kaserne in der Fröhlicher-Gasse) gewidmet. Da die Gemeinde-Wirthschafts-Verträgnisse zur völligen Aufführung dieses Militär-Quartier-Hauses nicht zureichten, genehmigte Kaiser Karl VI., daß hiezu von der bürgerlichen Gemeinde (Bürgerschaft) durch zwei Jahre ein Beitrag von 6,106 fl. 15 kr. jährlich eingehoben werde, mit welcher Summe sie an den Wacht- und Muntirungsspesen von der Gemeindefasse seit fünf Jahren überhoben worden (Reskript 10. April 1731). Sowohl jedes bürgerliche, als jedes der bürgerlichen Schoßhäuser der oberen Stände hatte hiezu jährlich 12 fl. beizutragen und letztere auch den Quartierzins von 3 fl. zu zahlen (Resk. 10. März 1735). Die Reibungen zwischen der Stadt und den höheren Ständen erstreckten sich auch auf die von den letzteren besessenen Schoßhäuser hinsichtlich der auf denselben haftenden Militärlasten. Der Kaiser fand zwar die anstatt der Naturalbequartierung jährlich entrichteten 3 fl. nicht unbillig, da die Stadt den Vergleich von 1486 für sich habe; da aber mit der Zustandebringung des zur Unterkunft von 800 bis 1000 Personen bestimmten Werb- und Quartier-Hauses die Natural-Bequartierung in der Stadt aufzuhören hatte, hob Kaiser Karl VI. den Quartier-Beitrag der Schoßhäuser auf. Wenn aber das brünner Quartierhaus die geworbene und von Zeit zu Zeit abmarschirende, oder sonst etwa daselbst zu bequartierende Miliz nicht fassen sollte, und daher eine außergewöhnliche Bequartierung bei der Bürgerschaft vorgenommen werden müßte, hätten auch die Schoßhäuser einen verhältnißmäßigen Geldbeitrag zu leisten (Resk. 10. Tribldt. 18. März 1735).

Im Jahre 1735 war der Bau, auf welchen die Gemeindefasse bereits bei 60,000 Gulden verwendet hatte, so weit gediehen, daß in 56 Zimmern 800 Mann aufgenommen werden konnten. Die Stadt hatte hiemit dem Lande, welches in der Militärbequartierung erleichtert wurde, ein beträchtliches Opfer gebracht. Denn es entgingen ihr nicht nur die Zinsen des Baukapitals, sondern daselbst hatte zur wohnlichen Einrichtung des Hauses, dann auf Holz, Licht, Stroh,

Leintücher, Matrazen und die Erhaltung des Gebäudes fortan Auslagen, welche durch die Vergütung des Service mit 2 fr. für einen Mann von Seite der Stände nicht aufgewogen wurden. Der Beitrag der Bürgerschaft und Schoßhausbesitzer von 12,000 fl. und des Stiftes St. Thomas von 2000 fl. stellten kaum den 10. Theil der Bau- und Einrichtungskosten des Hauses dar. Auch vermehrte sich, da in dem neuen Hause viele Gelegenheit war, die Militär-Unterquartierung Brünns zur weiteren Erleichterung des Landes.

Der Bau dieser ersten Kaserne kostete 90,000 fl., welches Geld sammt Interessen mittelst Collectirung der Kamingelder nach und nach getilgt wurde.

Mit diesen hatte es folgendes Verhältniß.

Ungeachtet früher die Quartierlast der Gemeinde zugewiesen worden war, erkannte später nach dem Ausspruche des k. böhm. obersten Kanzlers das k. mähr. Tribunal (Defret vom 9. Nov. 1742), daß die Verpflichtung der Militärbequartierung in Brunn der Bürgerschaft allein obliege.

Dies bezog sich jedoch bei dem Bestande von Kasernen mehr auf die Unterbringung der Officiere.

Früher trug jeder Hausbesitzer die Natural-Bequartierung. Maria Theresia ließ aber durch eine eigends bestellte k. Commission eine feste Bestimmung und Ausmittlung der Quartiere für das Militär besorgen und bestimmte, daß die Naturallast reuirt und nach Kaminen, welche jedem Hause ohne allen Unterschied, somit auch jenen der höheren Standes-Personen (den sogenannten Schoßhäusern), aufzutheilen seien, geregelt werden soll (Resk. 1. Jänner 1743).

Um die Kosten der Militär-Bequartierung und beziehungsweise die Entschädigung der Quartierträger aufzubringen und angemessen zu vertheilen, wurde die behaute Bürgerschaft nach der Anzahl der Kamine, die unbehaute aber nach einem billigen Maßstabe in 3 Klassen jährlich ins Mitleiden gezogen und ein Quartier-Kataster entworfen. Dies war der Anfang der noch bestehenden städtischen Quartierfonds-Beiträge.

Nach voraus gegangener Beschreibung aller Häuser kam das Quartier-Kataster unterm 25. Nov. 1744 zu Stande und M. Theresia bestätigte es mit dem Reskripte vom 16. August 1746. Nach demselben hatte die Stadt Brunn damals 1198 Kamine, welche nun auch als Grundlage der Auftheilung der landesfürstlichen Steuern auf die Bürgerhäuser dienten.

Das Kataster wies jedem Hause eine fixe Zahl von Kaminen und zwar nach Verhältniß des Drittheils der beschriebenen und zur Militär-Bequartierung bestimmten Wohnungsbestandtheile zu. Hiernach sind auch die Reuitions-Beiträge der Hausbesitzer auf die Gesamtkosten der Militär-Bequartierung in Brunn und beziehungsweise zum Local-Bequartierungsfonde bis auf die neueste Zeit (damal mit 24 fl. W. W. per Kamin) berichtigt worden, ohne daß die An-

berungen in den Hausbestandtheilen oder die Zuwächse an neuen Häusern waren berücksichtigt worden.

Die Vorstädte Brünns nahmen bisher an der Bestreitung dieser städtischen Bequartierungslast nicht Theil, weil sie die Bestimmungen zur Naturalbequartierung des durchmarschirenden und alles jenes Militärs haben, welches, wie z. B. bei Concentrirung zur Waffenübung, die städtischen Kasernen wegen Mangels an Fassungsraum nicht aufzunehmen vermögen. Doch werden die Hausbesitzer der Vorstädte, in so fern sie nach ihrem Stande und Gewerbe Bürger sind, als gewerbtreibende unbehauste Bürger nach Klassen zur Tragung dieser Lasten beigezogen.

1835 bestanden in Brunn 576 behaute und 644 unbehauste Bürger.

Da sich die Unzweckmäßigkeit der Auftheilung der Quartierlast nach den Raminen immer fühlbarer machte, verordnete 1838 die Hofkanzlei, zu diesem Zwecke die im Innern der Stadt bestehenden Häuser nach ihrem Flächenmaße zu vermessen, die äußeren Conturen eines jeden zu vermessenden Objectes in einen Grundriß aufzunehmen und hienach das Quadratmaß zu berechnen (Brünner Zeitung 1838 Nr. 31).

Nach vollendeter Vermessung des Flächenraumes der Häuser trat die Repartition der Quartierfonds-Beiträge nach dem neuen Maßstabe (dem Flächenmaße des Hauses, multipliziert mit der Anzahl der Stockwerke) vom M. J. 1843 an ins Leben (Subdt. 19. Dezember 1842 Z. 56317) ¹⁾.

¹⁾ Wir theilen hier das Erforderniß aus der letzten Zeit der alten und vom Anfange der neuen Einrichtung mit.

Für 1840 wurde das brünner städtische Quartieramts-Erforderniß
auf 26994 fl. 49 kr. und zwar
die Empfänge auf 8106 „ — $\frac{2}{3}$ kr.,

der zu bedeckende Abgang auf . 18888 fl. 48 $\frac{1}{3}$ kr. C. M. präliminirt.

Das Erforderniß bildeten:

- a) Besoldungen 1100 fl. — kr. (Quartiermeister und sein untergeordnetes Personal),
- b) Bestallungen 147 „ 24 „ (Raminfeger etc.),
- c) Provisionen 36 „ 30 „
- d) Kanzleikosten 772 „ 6 „
- e) Militärquartierzinse . . 14143 „ — „ (Für Divisions- und Brigade-Kommando, Platz-Kommando, verschiedene Militär-Parteien, Artillerie- und Infanterie-Besatzung (1 Regiment und 8 Bataillone),
- f) Steuern (497 fl. 21 kr.)
und (ungewöhnliche) Baukosten 10755 „ 49 „

Die Empfänge der Kasse bildeten a) Militär-Quartier-Zinsvergütungen 5774 fl. $\frac{1}{3}$ kr., b) Zinsungen (für den kommand. General, die Generalkommando-Komplexe etc.) 2582 fl.

Die Friedensgarnison für Brünn war von M. Theresia anfänglich auf 8 Kompagnien und einen Stab (bei 1000 Mann) festgesetzt worden (Reskripte 16. April 1744 und 16. August 1746), für welche eine Kaserne und eine Hauptwache ausreichte.

Zur Bedeckung des Abganges sollten, mit Rücksicht auf die Kassebaarschaft, 10380 fl. auf sämtliche bürgerl. Schoß- und l. l. Kameralhäuser und die Bürgerschaft umgelegt werden, nämlich auf 1450 $\frac{1}{2}$ Kamine (1411 $\frac{1}{2}$ zu 6 fl., 29 zu 2 fl. 48 kr. und 10 zu 2 fl.), 8570 fl. 12 kr. und auf 78 unbehauste Bürger der 1. Klasse (zu 6 fl.), 53 der 2. (4 fl.) und 565 der 3. (2 fl.) Klasse 1810 fl. C. M.

Die Empfänger und Ausgaben der brünner städt. Militär-Quartieramtsklasse für 1843 (neue Periode, nicht mehr nach den Kaminen, sondern nach der Area der Häuser) wurden in folgender Weise veranschlagt:

Empfang:	An Militär-Quartierzins-Vergütungen	7670 fl.,
	„ Zinsungen	1170 „ (für das städt. General-Kommando-Haus u. a.),
	„ verschiedenen Empfängen	174 „
	zusammen	9014 fl. C. M.

Erforderniß: 19126 fl. 37 kr. C. M.
(nämlich für Mil. Quartierzinse 14380 fl.,
für Bau- und Reparaturkosten in der
städt. Kaserne, Glöck-Gebäude 2626 fl.,
Steuern für das Glöck-Gebäude 498 fl.,
Besoldungen, Kanzleiauslagen des Quartieramtes etc.)

Abgang 10085 fl. 35 $\frac{3}{8}$ kr. C. M.

Zu dessen Bedeckung sollten von 149,538 Obr. Klaftern und resp. nach Abschlag des Quartierfondsgebäudes pr. 933 Obr. Klf., von 148,605 Obr. Klf. zu 3 kr. pr. Obr. Klf. auf das ganze Jahr 7030 fl. 15 kr.,

von 91 unbehausten Bürgern der 1. Klasse zu 3 fl.	273 fl.
„ 54 dto. „ 2. „ 2 „	108 „
„ 605 dto. „ 3. „ 1 „	605 „

zusammen 986 fl.,

im Ganzen 8016 fl. 15 kr. und, nach Abschlag des auf das nächste B. Jahr zu übertragenden 4. Quartals, für 3 Quartale nur 6012 fl. 3 $\frac{3}{4}$ kr. eingehoben, der Rest aber von den Resten des letzten Jahres (1842) gedeckt werden.

Obwohl die neue Vorschrift über die Einquartierung des Heeres (kais. Verordnung vom 15. Mai 1851, Reichsgesetz S. 391) eine beträchtliche Erhöhung der Zinszahlung des Heeres brachte, sind doch die Auslagen hiesür in Brünn weit größer als in früherer Zeit.

Nach dem Rechnungs-Abschlusse vom Jahre 1859 hatte der l. städtische brünner Quartierfond 97,553 fl. ö. W. Empfang (2,193, Aktivreste von 1858, 53,108, Militär-Quartier-Zinsvergütungen, 4,630, Miethzins für städt. Quartierfonds-Gebäude, Militär-Quartier-Beiträge von Hausbesitzern 29,849, von unbehausten Bürgern 661, zusammen 29,849, Miethzins vom städt. Quartiermeister 187, verschiedene Empfänger 950, Anticipation von den Beiträgen vom 1. Quartal 1860: 6,682), 97,553 fl. Ausgaben (Miethzins für Natural-Unterstützte 46,315, Quartier-Äquivalente 20,183, Möbelzins 2,867, Bettservice-Reinigung 483, Bettenbeschaffung 3,871, Bau- und Reparatur 2,313, Besol-

Am 20. September 1746 wurde die spielberger Garnison aufgelöst, die Greise und Gebrechlichen entlassen, die andern in Regimenten vertheilt. Die kais. Miliz besetzte die Festung Spielberg und die Thorwache in der Stadt.

Nach der neuen Dislocation von 1749 erhielt aber die Stadt eine Garnison von 10 Kompagnien nebst einem Regimentsstabe und dieselbe wurde auf 2 Bataillons und 2 Kompagnien für die Stadt und 3 Kompagnien für den Spielberg festgesetzt, als 1751 bei der neuen Einrichtung auf Mähren sechs Infanterie-Regimenter entfielen (Resk. 3. Jänner 1751). Nun trat das Bedürfniß einer weiteren Unterkunft ein.

Die Stadt Brünn baute in der Ronnengasse unter dem Spielberge die neue Kaserne mit 50,000 fl. Auslagen, welche aus der Kamin-Anlage mit Konkurrenz des Kommunvermögens bestritten wurden. Das Stadtquartieramt hatte jedoch diesen Bauaufwand wieder zurückzahlen (Resk. 26. Juni 1751). Im Jahre 1776 waren hierauf noch 42,296 fl. zu zahlen und daher zu verzinsen.

Um die lästige und ungewedmäßige Natural-Bequartierung zu meiden, wurde die Erbauung von Kasernen im Lande überhaupt angeordnet und hiezu ein Kasernfond aus den jährlichen Beiträgen der in 6 Klassen getheilten Städte (von 1753 an mit 10,372 fl., seit 1770 von 3890 fl. 8 fr.) gebildet (Resk. 3. Jänner 1751 und 17. Februar 1753). Derselbe bezahlte jenen Städten, die Kasernen erbaut hatten, jährlich für jede Kompagnie und den Regiments-Stub 100 fl., jenen Ortschaften hingegen, wo das Militär nur in Quasi-Kasernen oder (statt dieser seit 1775) in Schemal-Zimmern untergebracht war, für jede Kompagnie nur 50 fl., für den Stub aber 100 fl.

Die brünner Bürgerschaft zahlte an Quartierbeitrag von 1746 bis einschließig 1775 zusammen 276,529 fl. 52 fr. 2 Denare (manche Jahre 10, 12 — 15,000 fl., im Jahre 1758 sogar 19,000 fl. Nach dem Hofreskripte vom 7. November 1761 wurden vom 1. November 1761 an bis zur Zustandebringung des neuen Modus Collectandi jährlich 12,000 fl. auf die Kamine umgelegt).

buungen und Diurnen 1983, Remunerationen und Aushilfen 460, Bestellungen 390, Kanzeileisten 168, Kanzeleimietzins 385, Steuern 1,283, Rückzahlung und Abschreibung von Quartierbeiträgen 4,668, Rückzahlung von Vorschüssen 1,050, Rückzahlung von Darlehen und Interessen 1,102, verschiedene Auslagen 923, Feuer-Affekuranz 43, zur Bedeckung des aus dem Jahre 1858 übernommenen Abganges 9,059), und einen Vermögensstand von 179,165 fl. (Generalkommando-Gebäude Nr. 355 der hinteren Rathhausgasse 70,000, altstädter Kaserne Nr. 235 der altfröhlicher Gasse 55,000, neustädter Kaserne Nr. 229 der Ronnengasse 45,000, neu beige-schaffte Bettforten mit $\frac{2}{3}$ des Ankaufswertes d. i. mit 8,815, Einrichtungsstücke und Utensilien 350) und, nach Abschlag der Passiven von 30,009 fl., einen Aktivstand von 149,155 fl. (Alles ohne Kreuzer).

Die Stadt baute auch (um 1756) ein Spital für 200 franke Soldaten.

Hiera kam noch die Last des in Brünn garnisonirten Generalstabes, dessen Unterbringung von 1748 — incl. 1775 zusammen 85,570 fl. kostete.

Da der Stadt nach dem Reskripte vom 26. August 1746 die über 8 Kompagnien zu bestreitende Quartierlast vom Lande vergütet werden sollte, sprach sie 1776 für die Zeit von 1749 an bis 1761 nach Abschlag der erhaltenen Vergütung noch 85,667 fl., weiter für die in das Spital von Auswärts gebrachten Soldaten von 1758 — 1763: 1982 fl. 6 fr. und für das Generalcommando 85,570 fl. zusammen nach Abschlag der erhaltenen Vergütung von 6414 fl. 28 fr. 3 dr. noch 166,805 fl. 3 fr. vom Lande an. Für den Regimentsstab und die in den wirklichen Kasernen untergebrachten Kompagnien hatte nämlich die Stadt an Landesbonifikation (Kasernbeitrag) vom 1. Mai 1753 bis Ende Oktober 1775 zwar 28,580 fl. 43 fr. 3 dr., nach Abschlag des von Brünn selbst mit beigetragenen Betrages von 17,166 fl. 15 fr. aber nur 6414 fl. 28 fr. 3 dr. erhalten. Die Stadt wurde jedoch, da sie aus dem seit 1753 errichteten Kasernfond generalienmäßig für den Stab 100 fl. und für eine Kompagnie 100 fl. in Kasernen und 50 fl. in Quasikasernen richtig erhalten habe, für die mehreren Auslagen aber und für den Kasernbau, wie andere Städte nichts fordern können, mit der Forderung der Abtragung des Kasernbaurestes von 42,296 fl. und der successiven Zahlung der 166,805 fl. aus dem Kasernfonde abgewiesen (Hsdt. 8. Nov. 1777).

Man sorgte aber doch auf eine andere Weise für die Erleichterung der Quartierlast. Im Jahre 1776 betrug der Quartier-Beitrag in Brünn 11,117 fl. 20 fr.; die Stadt hatte in 443 Häusern 1389 Kamine, von welchen jeder jährlich 8 fl. zahlte.

Zur Erleichterung des übergroßen jährlichen Militär-Quartier-Beitrages bestimmte nun die a. h. Entscheidung vom 8. November 1777 (Obdt. 21. Nov. 1777), daß nach dem Beispiele von Olmütz künftig auch die in der Stadt Brünn von diesem Beitrage bisher immer frei gebliebenen petersberger Kanonikat-Häuser, der sogenannte (olmüzer) Bischofshof, die Klöster, Prälaten- und alle übrigen, seither dem Quartierbeitrage nicht unterlegenen herrschaftlichen Gebäude und Schoßhäuser, so wie auch die hiesigen Kameral- und Bankal-Häuser in das Mittheiden des Quartierbeitrages einzubeziehen und damit zu belegen sind.

Hienach wurden an Kapitel-, Klöster-, Alerarial- und Schoßhäusern, die bisher befreit waren, 209 (schon im Jahre 1744) katastrirte und 45 noch nicht katastrirte zu den Quartiersfondsbeiträgen ins Mittheiden gezogen.

Das Hofdekret vom 6. März 1779 erklärte aber die ursprünglich mit bürgerlichen Lasten behafteten und hinten nach ad aerarium gekommenen Häuser beitragspflichtig, nicht aber die ursprünglich ärarischen oder auf einem freien oder öden mit keiner Kontributions- oder anderen Last behaftet gewesenen Grunde vom Aerarium erbauten (daher wurde das Bankalhaus beitragspflichtig, das Zoll- und Salzhaus nicht).

Das Streben, sich von der Quartierlast frei zu machen, dauerte fort. Als in Folge des 7jährigen Krieges die in Brünn garnisonirende Garnison mehr und mehr abzog, trug die k. Repräsentation und Kammer dem Magistrate auf, darauf Bedacht zu nehmen, daß dermal die Häuser, deren Inhaber in öffentlichen Aemtern sind, von der Natural-Bequartierung befreit werden, und erinnerte zugleich den Magistrat, sich künftig der allgemeinen bürgerlichen Bequartierungslast im Nothfalle gleich allen anderen unweigerlich zu unterziehen, da sich derselbe bis nun zu von der Natural-Bequartierung gänzlich entschüttet habe, eine solche anmaßliche Befreiung aber, wenn es nothbringende Umstände erfordern, nirgends gegründet sei (Verordnung 22. August 1757) ¹⁾.

Bei Einführung einer Militär-Garnison in Brünn besetzte dieselbe auch die Stadt-Thore mit ihren „Nacht-Commandi.“ Diese waren bei Nacht geschlossen und konnten alsdann nur mit Genehmigung des Militär-Kommando's passirt werden. Selbst die Polizeiwache mußte bei Regulirung des Polizeiwesens im Jahre 1785 für die Nacht Passierzetteln lösen. Die Stadtschlüssel beließ jedoch die Kaiserin in den Händen des Magistrates und zwar des jeweiligen Bürgermeisters. Bei Eröffnung und Sperrung der Thore mußten sie durch einen eigends kommandirten Soldaten dort abgeholt und nach gemachtem Gebrauche wieder zurückgestellt werden (Resk. 7. November 1750).

Die kais. Militär-Hauptwache war (1748) in dem Eckhause des Krautmarktes gegen die Sattler-Gasse, gleich vor derselben 2 Kanonen aufgestellt. Die bürgerliche Stadt-Hauptwache befand sich auf dem großen Plaze.

Bei Einführung der Militär-Besatzungen wurden in allen Provinzen an den Orten, wo regulirtes Militär garnisonirte, die früheren, „nun überflüssigen, unnützen und kostspieligen“ Stadt-Milizen abgeschafft. Nur zur Handhabung der öffentlichen Sicherheit wurde die „Stadt- und Rumor-Wacht“ belassen und, wie in Wien, in der Regel nur mit Seitengewehr und Stod bewaffnet.

Den Städten und Magistraten gestattete nämlich M. Theresia zur Sicherheit des Publikums und Handhabung guter Polizei so viele Nacht- und Stadtwächter mit Seitengewehr und Spring-Stöcken, auch, wo es die Nothdurft erfordert, mit Feueergewehr zu unterhalten, als es das gemeine Beste und dessen Sicherheit erheische und hiezu die unabänderlich abgeschaffte ordentliche Stadtmiliz oder invalide Soldaten zu verwenden (a. h. Resk. 5. September, 24. Oktober und 7. November 1750).

¹⁾ Ferdinand III. befreite, Pünz den 29. Jänner 1646 die brünner Rathsherren wegen der Standhaftigkeit und Treue, die sie während der Belagerung bewiesen, von der Einquartierung; jedoch sollten sie anderen Quartieren eine Beihilfe thun und, falls sie mehrere Häuser besäßen, allerdings in jene Einquartierung nehmen.

• Diese Stadtwache bestand in Brünn ehemals aus 106, nachher aus 61 Köpfen mit 2 Wachtmeistern, 1 Feldwebel und einer angemessenen Anzahl von Korporalen. Im Jahre 1773 wurde sie aber mit bloßer Bedachtnahme auf den Polizei- und Sicherheits-Stand Brünns auf 32 Köpfe herabgesetzt.

Dieselbe unterstand unmittelbar dem Magistrate, das Kreisamt aber, welches, nach Aufhebung der Polizei-Commission (1774), die Polizeigeschäfte in Brünn leitete, konnte sich derselben in Polizei-Angelegenheiten bedienen (Gubernialdekret 18. November 1782).

Die militärische Verfassung der Bürger, welchen vormals die Vertheidigung der Stadt und selbst des Spielberg, dann die Handhabung der Sicherheit obgelegen, verlor sich schon mit der Einführung der Stadt-Quardi, verschwand aber bei Belegung der Stadt mit einer Militär-Garnison in der Art gänzlich, daß auf a. h. Befehl das städtische Geschütz und die Artillerie-Sorten (1774) und auch das städtische Zeughaus (1775) veräußert wurden. Als die Preussen in Mähren eindrangen und Olmütz belagerten, setzte sich Brünn in Vertheidigungsstand. Die Kaiserin belobte zwar die Stadt wegen ihrer Treue und ihres Diensteifers (Reskript 22. Juli 1758), hob aber die Bürgerwache wieder auf, ließ gleichwohl die Bürger zum Scheibenschießen aneifern und anhalten und bestimmte die Emolumente des Schützenkönigs auf 100 fl. und 9 Faß Bier (Resk. 11. Nov. 1758).

Erst bei dem Vordringen der Franzosen in das Herz des Reiches lebte die frühere Einrichtung in so fern einigermaßen auf, als den Bürgern gestattet wurde, in ein bewaffnetes Bürgerkorps freiwillig zusammenzutreten (1798).

Bei der Einführung der neuen Militär-Konskription (1770) und der Eintheilung der Länder in Werbbezirke für die leichtere Stellung und Uebernahme der Rekruten (1771, 1773) wurde Brünn der Hauptort des Werbbezirk im brünner Kreise und das Stabsquartier eines Regimentes.

Als die Jesuiten aufgehoben wurden (1773), räumte die Regierung ihre Kollegien zur concentrirteren Unterbringung des Militärs ein (1776); eine gleiche Widmung erhielten in den Hauptorten des Landes mehrere Kloster-Gebäude in Folge der gänzlichen oder theilweisen Aufhebung der Orden (1782 u. s. w.).

In Brünn wurden zur Unterbringung des Militärs anfänglich die zwei städtischen Kasernen, nämlich die neue in der Nonnen- und die alte (oder Artillerie-Kaserne) in der Fröhlicher-Gasse verwendet. Das große Jesuiten-Collegium war dem Waisenhaus und später (1778) der von Olmütz nach Brünn übersehten Universität und Ritter-Akademie eingeräumt worden. Als aber die erstere in der Eigenschaft eines Lyceums nach Olmütz zurückkehrte (1782), die andere aber mit dem Theresianum in Wien vereinigt wurde, ließ Kaiser Joseph mit dem a. h. Befehle vom 20. Oktober 1783 das ehemalige Jesuitengebäude dem Militär zu einer Kaserne gegen einen jährlichen Zins von 1500 fl. in den Jesuitenfond für die Bestreitung aller Reparaturen einräumen; am 4. Juni 1790

wurde es aber gänzlich dem Militär übergeben. Zu dessen Unterbringung wurden auch das Kloster der (1786) aufgehobenen Franziskaner oder das Transport-Sammelhaus, die Karthause in Königsfeld (178.) verwendet und mit a. h. Bewilligung (Hstjdt. 28. April 1807) das tamon'sche oder sogenannte Spinnhaus auf der kleinen Neugasse (Friedhof-Gasse) zur Unterbringung einer Kompagnie vom Landes-Bequartierungs-fonde (um 9,000 fl. und 2,728 fl. 45 kr. für die Herstellung und Einrichtung) angekauft. Später wurde aber (nach dem Hstjdt. vom 22. November 1811) diese Spinnhaus-Kaserne zur Unterbringung von Militär-Erziehungs-Knaben gewidmet, dagegen das bisher zum Transportshause bestimmt gewesene Ex-Franziskaner-Kloster zu einer Kaserne umgestaltet und das Transportshaus auf den Spielberg verlegt, kurz nachher aber wieder dahin zurückgeführt.

Die Garnison Brünns war 1792 auf 3 Bataillons oder 12 Kompagnien mit einem Regimentsstabe erhöht worden. Im Jahre 1818 wurden sie vom Generalkommando mit 26 Kompagnien (4 Bataillons und 1 Division Artillerie) nöthig erkannt, war aber wirklich 30 Kompagnien stark.

1819 mittelte man den normalen Kasern-Belag in Brunn mit 3,385 Köpfen aus (Ex-Jesuiten-Kaserne 1482, Franziskaner-Kaserne 143, neustädter 628, altstädter oder Artillerie-Kaserne 480, Karthäuser (damal mit 576 Invaliden belegt), Spinnhaus-Kaserne oder Erziehungshaus des Regimentes Nassau 76).

Der Spielberg hatte seine Militär-Garnison, bis er 1820 an das Civile übergeben wurde. Endlich umstaltete der Quartiersfond (mit 2146 fl. 8¼ kr. Kosten) den ehemaligen ständischen Schopfen auf der Neuthor-Bastei zu einem Kavallerie-Feuerpiquet-Stalle (18..).

Es entstand in Brunn ein k. k. Militär-Proviant- oder Brodhaus, wozu (um 1755) das Baron roden'sche Gebäude sammt Garten bei dem Fröhlicher-Thore angekauft wurde, und ein Militär-Spital auf der Vorstadt Kröna, von wo es Kaiser Joseph (1784) in das ausgedehnte Klostergebäude der aufgehobenen Prämonstratenser in Obrowitz bei Brunn übertrug.

In den 1770er Jahren wurden die Pulverthürme und Depositorien sammt Wachhäusern auf dem Zimpel- und Uhrenberge bei Brunn gebaut.

Brunn wurde auch der Sitz des k. k. General-Kommando's in Mähren. Vor M. Theresia hatte nicht die Stadt, sondern die Festung Spielberg einen Kommandanten, meistens Staboffiziere, später auch Generale. Erst zu Anfang des 18. Jahrhunderts wurden die Kommandanten des Spielberges, zugleich mit dem Siege daselbst, kommandirende Generale in Mähren. Bei dem Einbruche der Preussen (1741) erhielt der Feldmarschall Freiherr von Seherr-Thoß das Militär-Gouvernement in Mähren und das Militär-Kommando bei dem Posto Spielberg.

Ihm folgte, als Interims-Militär-Kommandant, der General-Feldwachtmeister Baron Terzy (1743 und noch 1745) mit dem Siege in Brunn, wo

endlich bei der Organisirung des Militärwesens ein k. k. General-Kommando eingesetzt wurde (1746).

Zum Quartier des jeweilig kommandirenden Generals und zur Unterbringung der drei Feldkriegs-Expeditions-Branchen kaufte die Stadt das Baron freienfels'sche Haus in der hinteren Rathhausgasse an, wozu ihr der Kasernfond unverzinslich 25,000 fl. gegen Rückzahlung in 12 Jahren ließ (1779).

Brünn für sich erhielt ein k. k. Platzkommando (Schon 1749. S. S. 100, 110), als militärische Polizeibehörde (1761 + Joh. Freiherr von Aman- dei, k. k. brünner Platz-Obrister, 83 Jahre alt, brünner Zeitung 1761 Nr. 22).

Bei Errichtung der k. k. Militär-Dekonomie-Kommission für die Beschaffung der Montour und Ausrüstung der Armee (1768) wurde auch eine solche Einrichtung in Brünn getroffen, denn Kaiser Joseph besichtigte 1768 während seiner Anwesenheit daselbst (nach dem brünner Intelligenzblatte) „in der Militär-Kaserne die neue Militär-Dekonomie von Schneider- und Schusterarbeit, welche alle benöthigte Montour herstellte vor die k. k. Armee.“

Die Militär-Dekonomie-Verwaltung hatte seit einigen Jahren ihre Montours-Depots in Ubikationen am und ob dem Spielberge und der gemietheten Alt-Stadt- oder Artillerie-Kaserne, als ihr Kaiser Joseph II. im Jahre 1783 das ständische große Landhaus auf dem Fischmarke (Dominikaner-Platz) einräumen ließ.

Da sich durch die Koncentrirung des Militärs in größeren Orten die Last dieser letzteren in Bequartierung der Militär-Offiziere ungemein vermehrte, wurde (1776) ein Quartier-Fond aus den jährlichen Beiträgen der Hausbesitzer in den Städten des Landes gebildet, aus welchem die Bequartirungs-Orte gewisse Beiträge für die Bezahlung der Offiziers-Quartiere erhielten. Den Abgang auf den wirklichen Zins mußten aber die Städte, welche die Vortheile der durch die Garnisonen vermehrten Konsumtion genossen, selbst tragen.

Auf diese Art entstanden die aus jährlichen Beiträgen der Bürgerschaften erhaltenen Lokal-Quartierfonde.

Die Gesamtbeiträge machten im Jahre 1776 13000 fl. aus. Als aber der Militär-Quartierstand in Mähren nicht nur mit 3 kompletten Regimentern, sondern auch mit den dritten Bataillons vermehrt, nämlich auf 7 Infanterie- und 2 Kavallerie-Regimenter gebracht wurde, welch' ersteren zu einem jeden der nach Mähren verlegten Regimenter gehörten und früher in Galizien standen, mußte die Anlage des Landes-Militär-Quartier-Beitrags erhöht werden (Gbd. 22. November 1779). Brünn traf (Gbd. 4. Jänner 1776) ein jährlicher Militär-Offiziers-Quartiers-Beitrag von 542 fl. 24 kr., nach der Vermehrung des Quartierstandes aber von 928 fl.

Die bisher erwähnten Beiträge an die für die Militärbequartierung gewidmeten Fonde (den Kasern- und den Offiziersquartierfond, welche zusammen den Landesbequartierungsfond bildeten) hörten zwar auf, als Kaiser Franz die besonderen Militär-Quartier-Beiträge, welche zur inneren Aus-

gleichung eingehoben wurden, von M. J. 1825 allgemein aufhob und den zur Befriedigung der Quartierträger erforderlichen Aufwand auf das Militär-Aerar übernahm (Hftjdt. 21. Jänner 1825 J. 2040).

Dahin gehören jedoch jene Auslagen nicht, zu deren Bestreitung in einigen Städten und Gemeinden besondere Beiträge in der Absicht eingehoben werden, um dem Quartierträger, welcher durch den ärarischen Zinstarif nur zum Theile befriedigt wird, durch eine Ausgleichung im Inneren der Gemeinde eine angemessene Entschädigung zu verschaffen (Hftjdt. 20. Juni 1825 J. 7002).

f. Das brünner Bürger-Korps.

In den französischen Kriegen wurde der stets bewährte gute und treue Sinn der brünner Bürger neuerlich in Anspruch genommen. Sie leisteten bei vermindertem militärischem Garnisonsstande in und außer der Stadt Wache.

Die Kriegsvorfälle des Jahres 1796 hatten die Besatzung Brünns so geschwächt, daß die Reserve-Divisionen der k. k. Infanterie-Regimenter Olivier Wallis und Joseph Wittrowsky nicht alle Wachtposten zu besetzen vermochten; die Bürger übernahmen es, mit für die Sicherheit der Stadt zu wachen und einige Wachtposten zu besetzen; sie leisteten ihren neuen Dienst in ihren Civilkleidern, da mit dem alten bürgerlichen Regimente die Stadtquarda unter der Regierung Kaiser Josephs II., und die uniformirten Bürger, welche das Privilegium des Stückschießens übten, sich schon um das Jahr 1770 aufgelöst hatten, also zu jener Zeit, wo auch das Zeughaus der Bürgerschaft, das sich am Krautmarke im Hause Nr. 329 befand, veräußert wurde. Aber bald hatten sich etwa 50 Bürger über eine gleichförmige Bekleidung und Bewaffnung verständigt, und im Oktober 1796 hatten bereits wohlausgerüstete, grün gekleidete Bürger die äußere Fröhlicher-Thor- und bald darauf die Brünner-Thorwache übernommen. Dieß gab Veranlassung zu dem Wunsche, nach dem Beispiele anderer Städte, ein eigenes, regulirtes Bürgerkorps zu gründen, als „Mittel“ — wie es im Plane zu dessen Gründung und Leitung heißt — „die bürgerliche Eintracht zu befestigen und seine Fürsten- und Vaterlandsliebe bei feierlichen Gelegenheiten an Tag zu legen.“ Die erste Veranlassung zu der Wiederherstellung des Korps gab der Bürger und Ringsmann Karl Starek, und er, so wie Johann Nepomuk Achbauer und Dr. Alois Artus sind als die Stifter des gegenwärtigen bewaffneten Bürgerkorps anzusehen. Starek war ein wohlhabender, gebildeter, humaner Mann, voll Patriotismus und Liebe für seine Mitbürger, und beseelt von jenem edlen Ehrgeize, der seine Befriedigung in der Begründung des Guten, Gemeinnützigen, fest und für längere Zeit Bestehenden findet. Der Magistrat, wie die Landesstelle unterstützten thätig die Errichtung des Korps, und bereits am 20. Oktober 1797 waren 110 Bürger beigetreten. Seine k. k. Majestät genehmig-

ten laut des Hofdekrets vom 22. Februar 1798 die Bildung desselben, und der Magistrat ward beauftragt, den Plan zur Gründung und Leitung des „bewaffneten Bürgercorps zu Fuß“ zu entwerfen. Dasselbe geschah durch den damaligen Magistrats-Sekretär, Anton Schwarz, der später Hofrath wurde, und als solcher in Wien starb ¹⁾. Das ganze Corps bestand bei seiner Begründung aus 1 Division oder 2 Kompagnien, zusammen aus 119 Mann; jede Kompagnie hatte überdies 4 Spielleute und 8 Hautboisten. Starek unterstützte das neu errichtete Corps durch Darlehen eines ansehnlichen Kapitals, um die dringenden Ausgaben bestreiten zu können, die Bürger übten mit Eifer ihren neuen Dienst, und bereits nach 6 Wochen konnten sie ihre öffentliche Parade machen. Die Fahnenweihe fand demnach am 4. Juni unter dem Zusammenflusse von mehreren Tausend Menschen in Altbrünn im Vorhofe des Königinflosters mit großer Feierlichkeit statt ²⁾. Vor einem geräumigen Kapellenzelte war ein prachtvoller Altar und unter einem Baume eine Kanzel angebracht. Diese bestieg einer der vorzüglichsten Redner Mährens, Wenzel Stuffer, dazumal Vikarius Kuratus der Metropolitankirche zu Olmütz und Konsistorialrath, nachher Bischof von Brünn, der Sohn eines brünner Bürgers, der, zu dieser Festfeier eingeladen, von Olmütz angekommen war. Mit Herzlichkeit und Wärme sprach er zu den Bürgern seiner Vaterstadt und führte als eine besondere Merkwürdigkeit an, daß der bürgerlichen Vereinigung in der Person des Landesgubernators, des Grafen von und zu Ugarte, der mit seiner allgemein geliebten Gemalin als Zeuge bei der Fahnenweihe erschienen war, ein Ur-Ur-Enkel mütterlicherseits des Obersten Grafen von Souches, der zur Zeit der schwedischen Belagerung Kommandant der bedrohten Stadt war, be wohne. Das feierliche Hochamt, wobei eine wohlbesetzte Vokal- und Instrumental-Musik unter Mitwirkung der Operngesellschaft des Direktors des Nationaltheaters, Joseph Rothe, statt fand, hielt der Prälat des Stiftes zu St. Thomas, Vincenz Volzer, die Fahnenweihe selbst aber geschah durch den Bischof von Brünn, Johann Baptist Lachenbauer. — Die Fahne des Corps wurde von dem Maler Licht gemalt — und in der neuern Zeit durch den Magistratsbeamten Hirsch restaurirt; sie hat auf einer Seite das Bildniß der unbefleckten Empfängniß und auf der andern das städtische Wappen.

Nach vollendeter Fahnenweihe wurde das gesammte Corps gemustert; es zog darauf in die Stadt ein und paradirte vor der Wohnung des Landesches,

¹⁾ Dieser Plan wurde gedruckt unter dem Titel: „Plan zur Gründung und Leitung des bewaffneten Bürger-Corps zu Fuß, in der k. Hauptstadt Brünn.“ — Brünn, gedruckt bei Joseph Franz Neumann, k. k. Diasterialbuchbrucker. 1798. .

²⁾ Franzky beschreibt dieselbe umständlich in seinem Werke: „Bürgertrene“ 2c. (Brünn, im Siebler'schen Verlag 1798). Dasselbst findet man auch die Neben, die bei dieser Gelegenheit gehalten wurden; die Beschreibung und die Abbildung der Uniformen des Bürgercorps u. s. w. S. auch die brünner Zeitung 1798 S. 367, 375—377, 385—386.

vor dem kommandirenden General-Feldmarschall Marquis Botta d'Aborno, vor dem Bischof, dem Polizeidirektor und Gubernialrath von Olmütz, und vor dem Bürgermeister Franz Hauscher. Am 7. Juni hatte dasselbe bei Gelegenheit der Frohnleichnamssfeier seine erste Funktion (Moravia 1843 Nr. 67).

Abweichend von den Statuten, welche Seine Majestät genehmigte (Hsdt. 22. Febr. 1798), wurde den Bürgern gestattet, die sich zur Formirung des bürgerl. Korps angeschafften Waffen (statt auf dem Rathhause) in ihren Wohnungen aufzubewahren (Hsdt. 4. Mai 1798 Zahl 7217). Nach den Statuten waren im Falle, als wenigstens 150 Mitglieder eintreten würden, 2 Kompagnien zu bilden; da noch im Jahre 1798 225 eintraten, entstanden auch 2 Abtheilungen, über welche ein Major¹⁾ gesetzt wurde (1797 betrug die Bevölkerung Brünns 23,191 Seelen, worunter 933 Bürger und Professionisten, 9902 männlich).

Die „brünner bürgerliche Schützen-Kompagnie“ erhielt sich durch alle Zeitverhältnisse und Stürme. Ferdinand III. befahl und seine Nachfolger begnadigten das bürgerliche Exercitium auf der a. h. privilegierten freien bürgerlichen Schießstätte oder „die ritterliche Übung der Bürgerschaft“ im Gebrauche des Gewehrs. Dasselbe, und das a. h. privilegierte achttägige Königsschießen und der jährliche feierliche Königs-Auszug aller Schützen am Anfange desselben, fand mehr oder weniger immer Theilnahme, um so mehr, als die Regierung die neu eingetretenen Bürger zu diesen Übungen aneiferte (Mähr. Repräsentations-Dekret vom 17. Nov. 1758).

Im Jahre 1790 wurden die Gewinnste beim Scheibenschießen regulirt (Brünner Zeitung S. 489).

Im Jahre 1796 wurde eine „Instruktion und Beobachtungen für die, bei der hiesig k. Hauptstadt Brunn bestehende bürgerliche Schützen-Kompagnie“ verfaßt und in Druck gelegt.

Im Jahre 1797 nahm diese Schützenkompagnie, welche damals aus 50 Köpfen unter den Vorstehern Anton Josef Supp und Herrmann Reiser bestand, mit Bewilligung (Hsdt. 13. Juni 1797 Z. 9803) eine gleiche Uniform an (hechtgraue Röcke, grüne Hosen und Westen, zedigen Hut und Hosenstiefeln, ohne Seitengewehr).

Als aber die Bürgerschaft ein bewaffnetes Bürgerkorps errichtete, beschloß auch die (seit mehr als anderthalb Jahrhunderten bestandene) Schützen-Kompagnie sich in ein reguläres, uniformirtes und förmlich bewaffnetes Schützen-

¹⁾ Der erste Kommandant des Korps war Joh. Achbauer, Rairath (später Buchhalter) der k. k. Provinzial-Staatsbuchhaltung und bürgerl. Ringsmann. Ihm folgten Alois Artus J. U. Dr., Landesadvokat und bürgerlicher Ringsmann, Karl Starek, Joseph Poiger, Handelsmann, Wintersteiner, Joseph Maluschka, bürgerl. Glasermeister, die letzteren drei nur Interims-Kommandanten, da zur Zeit ihrer Leitung das Korps sehr geschwächt war), J. Müller, bürgerl. Radlermeister, und Johann Alex. Perltz (Moravia 1843 Nr. 67).

corps zu formiren, was ihr auch (Hdkt. vom 9. Mai 1799 Z. 7652) in der Art bewilligt wurde, daß dieselbe unter einem Kommandanten mit den 2 bürgerlichen Kompagnien stehen, das Schützenkorps bloß als eine Vermehrung des schon bestehenden Bürgerkorps angesehen, nach gleichen Grundsätzen organisiert, die Ober- und Unteroffiziers unmittelbar, und ohne Einfluß des Ausschusses, vom Magistrate ernannt werden sollen und nur jene Mitglieder der Schützen-Gesellschaft, welche brünner Bürger sind, in das bewaffnete Schützen-Korps eintreten dürfen.

Da sich in dieses nur 40 Individuen einschreiben ließen, wurden der Gleichförmigkeit wegen auch die 2 Kompagnien des Bürgerkorps auf 3 Kompagnien, mit vermindertem Stande, eingetheilt und das neue Reglement für die „brünner bürgerliche Scharfschützen-Kompagnie“ unter einem Hauptmann (Hdkt. 19. Okt. 1799 Z. 17195), so wie deren neue Equipirung (Hdkt. 21. Dezember 1799 Z. 21234) genehmigt.

Mit dem Bürgerkorps steht dessen Pensions-Institut in enger Verbindung. Kaiser Franz genehmigte (Hdkt. 30. April 1800) den Plan des bewaffneten brünner Bürgerkorps zur Errichtung eines Pensionsinstitutes für verunglückte Mitglieder des Korps und für die Witwen und Waisen nach verstorbenen Korpsgliedern unter den Modifikationen, mit welchen der Plan des olmüzer Witwen- und Waiseninstitutes gut geheßen worden ist, gestattete allen Staats-, ständischen und städtischen Beamten die Theilnahme am Institute unbeschadet ihrer sonstigen Pensionsansprüche und bewilligte die Wahl des Präses des Institutes aus dem Bürgerkorps.

Der Gouverneur Graf Ugarte nahm das Protektorat an (S. den gedruckten Plan, Brünn 1800, auch im patriot. Tageblatte 1802 S. 1221 — 1224, 1237, 1240; wiedergedruckt 1841).

Das Vermögen dieses Institutes rührt größtentheils aus dem Vermächtnisse des Bürgers Alois Reichelt her. In seinem Testamente vom 14. April 1823 verordnete er §. 9:

„Zum Universalerben meines sämmtlichen durch Vermächtnisse nicht vergebenen Vermögens ernenne und bestelle ich das Pensions-Institut des bewaffneten Bürgerkorps in Brünn, so lange es nämlich nach gegenwärtiger Verfassung unter alleiniger Leitung und Rechnungsübersicht des löbl. Magistrats verbleibt, und meinen letzten Willen dergestalt erfüllt, daß normalmäßig versicherte Capitalien nicht aufgekündigt, und die aufgekündigten oder zur Anlegung gewidmeten Gelder nur auf solche Realitäten, deren Eigenthümer zur Gerichtsbarkeit des Magistrats in Brünn oder der k. k. m. schl. Landrechte gehören, gegen 5% und normalmäßige Sicherheit angelegt, doch unter keinerlei Vorwand zum Einkauf mährischer Pamalten oder dgl. Obligationen verwendet werden, weil deren Courswerth veränderlich, und deren Rückzahlung gegen Aufkündigung ungewiß ist.“

§. 10. „Verpflichte ich den Universalerben, die Hälfte des jährlichen Einkommens zum Behuf der Instituts-Pensionen zu verwenden, und die übrige Hälfte unter wohlverhaltene und dürftige Witwen und Waisen, vorzüglich solche, die bis in den 5. Grad väterlicher oder mütterlicher Seits verwandt zu sein beweisen, in Beträgen von 20 — 50 fl. W. W. mit Einverständniß des Brünner Magistrats zu vertheilen.“

Am 27. Dezember 1831 wurde der, nach Abschlag der Legate und Passiven, rein verbliebene Betrag von 31,928 fl. 6 kr. C. M. unter dem Substitutionsbando für die Kinder des Stieffohns Paul von Montag und der Stieftochter Josefa Edlen von Harkensfeld, verw. gewesener von Montag, eingewantwortet.

Vor Kurzem hatte das Institut ein Stammvermögen von 32,289 fl. C. M. und 50,803 fl. W. W. (nun reichelt'sches Vermögen 33,660, sonstiges 21,722 fl. österr. Währung), dann ein Einkommen von 2,670 fl. Conv. Mze., eine Ausgabe von 2,640 fl., 7 Ausschuß- und 38 beitragende Mitglieder, 19 betheilte Witwen (Meine Geschichte der Heil- und Humanitäts-Anstalten S. 341).

Das brünner Bürgercorps leistete in den langwierigen Kriegen, besonders 1800 und 1801 (durch 3 Monate, wie in früheren Jahren. Brünner Zeitung 1801 S. 169), dann während der feindlichen Invasionen 1805 und 1809, zur Zufriedenheit der Landesbehörden militärische Dienste, handhabte die innere Sicherheit und Polizei.

1805 wurden bei Bewachung der Spitäler 28 Corpsmitglieder binnen 14 Tagen ein Opfer des Todes.

1809 und 1810 leisteten die brünner Bürger durch 8 Monate die beschwerlichsten Militärdienste.

Der Kaiser anerkannte, daß die Bürger der Stadt Brünn „bei Gelegenheit der Anwesenheit der Feinde im letzten Kriege unwidersprechliche Beweise von Treue und Anhänglichkeit an ihren Landesfürsten an Tag legten, die damaligen Drangsale ruhig und in stiller Ergebenheit ertrugen, und sich solche wechselseitig zu erleichtern beflissen waren.“ Der Kaiser ließ der Bürgerschaft die a. h. Zufriedenheit über diese ihre bewiesene Treue, Anstrengung und geduldiges Ausdauern durch ein eigenes Dekret bekannt geben (Hfzpsdt. vom 31. Juli 1807).

Dem Bürgercorps schenkte der Kaiser rücksichtlich seines standhaften und ausdauernden Benehmens, dann der neuerdings an Tag gelegten Treue und Anhänglichkeit an Fürsten und Vaterland während des letzten Einfalles in Mähren und der Besetzung der Stadt Brünn von französischen Truppen, als Beweis und Denkmal der a. h. Zufriedenheit, ein gesticktes Band mit dem Motto „der erprobten Bürgertreue zum Denkmal von ihrem Landesfürsten Franz dem Ersten 1807“ zur Zierde seiner Fahne (Hfzpsdt. 14. Aug. 1807).

Im Jahre 1809 erließ der Kaiser an den kommandirenden General Erzherzog Ferdinand folgendes Handschreiben: „Ich habe aus Euer Liebden Bericht mit Vergnügen die gute Aufnahme meiner Truppen in Brünn wahrgenommen. — Ich habe es von dem mir bekannten Gesinnungen der Brüner erwartet und will, daß ihnen Euer Liebden mein Wohlgefallen hierüber bekannt geben“ (Hofjdt. 22. Nov. 1809).

Ein Jahr später verlieh der Kaiser sein Bildniß der Bürgerschaft mit folgendem Handbillet an den Landesgouverneur: „Als ein bleibendes Denkmal meiner Zufriedenheit und meines Dankes für die von der Bürgerschaft der Stadt Brünn in der Periode des Jahres 1809 gegebenen, mir unvergeßlichen Beweise rühmlichen Bürgersinn und treuer Anhänglichkeit werden Sie derselben mein Bildniß übergeben (Hofjdt. 22. Nov. 1810).

Am 4. Oktober 1812 übergab der Gouverneur auf dem Rathhause den treuen Bürgern dieser Hauptstadt feierlich das Brustbild des Kaisers als ein bleibendes Denkmal a. h. Huld und Gnade für die von ihnen in den widrigen Stürmen des Jahres 1809 in so hohem Grade bewiesene Ausdauer, Treue und Ergebenheit gegen Fürst und Vaterland; Hochamt, Tafel, theatrale Vorstellung und Ball erhöhten die Festlichkeiten. Die Büste versetzte aus vaterländischem Marmor (von Gföll in Oesterreich) der „berühmte“ k. k. Hofstatuar Leopold Kießling, welchem der Magistrat nebst einem Geschenke von 50 Dukaten dafür das Ehrenbürgerrecht der Stadt Brünn verlieh.

Die Büste wurde in dessen Rathssaale aufgestellt, welchen (1790) Joseph Winterhalter gemalt hatte. Sie erhielt die Inschrift:

Civium Brunensium Fidelitati. Fortitudini. Constantiae Periculis anni 1809 Probatae Franciscus Aust. Imp. P. C. 1812.

Die in Stürmen des Jahres 1809 herzhast erprobte Fürsten- und Vaterlandsliebe der treuen Bürger Brünns belohnt mit seinem Brustbilde Franz Kaiser von Oesterreich 1812 (Brünner Zeitung 1812 S. 729, 749, vaterl. Blätter 1812 S. 513, 1819 S. 72).

1812, 1813 und 1814 übernahmen die Bürger wieder alle militärischen Dienste bei dem Abmarsche der regulirten Truppen und der Landwehr.

Da die Bürgerschaft nicht zureichte, mußten 1805, 1809, 1812, 1813 und 1814 auch nicht bürgerliche Gewerbsleute und die fremdherrschaftlichen Vorstadt-Hausbesitzer, welche das Bürgerrecht nicht besaßen, Aushilfe im Garnisons- und inneren Polizeidienste leisten.

Nach dem Hofjdt. vom 4. September 1817 Z. 20,372 sollten die Bürgermilizen nach vorgezeichneten Grundsätzen gleichmäßig organisiert werden; von den für Mähren und Schlesien beantragten 3,650 Mann entfielen auf Brünn und Olmütz je 400, Iglau und Znaim je 200, die anderen Städte 100 und 50.

Die a. h. Entschließung vom 3. (Hofjdt. 14. Dezember) 1826 ließ aber nur die mit Genehmigung bereits errichteten Bürgerkorps noch ferner bestehen;

dagegen finde bei gegenwärtigen friedlichen Zeiten die Errichtung neuer nicht Statt und die Angelegenheit der Bürgerkorps sei nach der zugleich herabgelangten a. h. Vorschrift vom 22. Oktober 1813 zu regeln (Bestätigung der Oberoffiziere in den Hauptstädten durch die Landesstelle).

Im Jahre 1820 zählte (bei einer Bevölkerung Brunn's von 32,488 Seelen, worunter 15,842 männlich, 1237 Bürger, Gewerbsleute und Künstler) das brünner Bürgerkorps effektiv 229 Mann, nämlich 20 beim Stabe, 60 in der 1., 57 in der 2. und 60 in der 3. Kompagnie, dann 32 in der Schützen-Kompagnie.

Der Hauptmann Joseph Poiger war Korpskommandant († 12. März 1848, 86 J. alt).

Nachdem statutenmäßig keine Zwangspflicht zum Eintritte besteht, schmolz dasselbe, welches schon 300 Mitglieder gehabt hatte, bei erkaltetem Eifer für das Institut, Mangel an Beitritt und freiwilligem Rücktritte vieler Korpsglieder, um 1825 auf 2 Kompagnien, zusammen von 148 Mann und später bis auf 60 Mann.

Der Magistrat bestrebte sich zwar, das Institut auf seine ursprüngliche Verfassung zu heben, und machte zu diesem Zwecke den Antrag, die Bürger zum Beitritte zu verpflichten und das Kommando nach dem Beispiele von Olmütz und Wien einem Magistratsrathe anzuvertrauen, was aber mit Rücksicht auf die a. h. Entschließung vom 3. Dezember 1826, welche jede Reform des Bestehenden unzulässig mache, weder das Gubernium (Dekret 15. Juni 1832), noch die Hofkanzlei bewilligte.

Die neue Regulirung des Korps brachte aber doch die Zahl der Mitglieder im Jahre 1830 auf 176, 1832 auf 168 (nebst diesen bewaffneten gab es noch 219 städtische unbehauste, 251 vorstädtische unbehauste und 156 behauste, zusammen 794 Bürger).

Bei der Musterung am 15. August 1832 (dem jährlich gefeierten Tage der Befreiung von den Schweden) zeigte sich nämlich ein Bestand von zwei Kompagnien zu je 83 Mann, 11 beim Stabe, 36 bei der Kapelle, 13 bei der Schützenkompagnie, zusammen 226.

Nachdem das Korps längere Zeit ohne Kommandanten gewesen war (ein Hauptmann, Philipp Maluschka, vertrat dessen Stelle), wurde Joseph Müller vom Gubernium zum Major desselben ernannt (1832) und diese Ernennung von der Hofkanzlei, unter Zurückweisung des dagegen eingebrachten Rekurses, genehmigt (Hofdt. 29. August 1833).

Während das Schützenkorps, ohne sich aufzulösen oder aufgelöst zu werden, auf einige Glieder schmolz, die (1836) nicht die Parade mitmachen konnten und 1838 ganz eingegangen war, gab die Ankunft des Kaisers Ferdinand auf der Reise zur Krönung in Prag (1836) die Veranlassung, daß in Folge des Beitritts von 70 Individuen die dritte Bürgerkompagnie (Gubernialgenehmigung vom 30. Juli 1836) und der 50. Geburtstag des Kai-

fers im Jahre 1843 gab die Veranlassung, daß auf Anregung des Korpskommandanten Major Herlth die vierte Bürger-Kompagnie in Brünn errichtet wurde (Gubernialgenehmigung vom 15. April 1843), welcher über 60 Bürger neu beitraten. Bei der Bildung der 3. Kompagnie fiel die Wahl zu Offizieren auf Leopold Haupt, August Stummer, Joseph Ethler und Ludwig Möser (1843 Hauptleute der ersten drei Kompagnien), welche durch ihren Eifer und ihre Thatkraft neues Leben in die Reihen des Korps brachten. Die baldige Errichtung der 4. Kompagnie förderte mit Kraft und namhaften Opfern ihr Hauptmann Eduard Suesß (Moravia 1843 Nr. 67).

Hienach gab es 1838 bei dem Stabe 11, bei der Kapelle 32, bei der 1. Kompagnie 72, bei der 2. Kompagnie 71 und bei der 3. Kompagnie 70, zusammen 253 (keine Schützen mehr), 1841 und bei der Musterung am 15. August 1842 bei dem Stabe 10, bei der Kapelle 33.

E s g a b	bei dem Stabe	bei der Kapelle	bei der				zusammen
			1.	2.	3.	4.	
			K o m p a g n i e				
1838	11	32	72	71	70	—	253
1841	10	33	73	70	71	—	258
1842	10	33	82	76	74	—	275
1843	11	36	69	59	54	64	384 ¹⁾

Auf die bessere Gestaltung des Bürgerkorps nahm besonderen Einfluß der neue Kommandant, der Handelsmann Joh. Alex. Herlth (seit 1851 Vicebürgermeister und für die gedeihliche Entwicklung der neuen Gemeindeverhältnisse und aller öffentlichen Anstalten eifrig und thätig, mit der großen goldenen Civil-Ehren-Medaille geziert), welcher an Müller's Stelle kam (1839), als dieser in Konkurs verfallen war.

Eine der größten Feierlichkeiten beging das Korps am 14. — 17. August 1845, nämlich die zweite Säkular-Feier der Belagerung Brünns durch die Schweden, verbunden mit der Weihe der kais. königl. Militär-Fahne, welche Kaiser Ferdinand 1845 dem Korps verlieh und die Kaiserin Maria Anna, unter Uebernahme der Pathenstelle mit einem kostbaren Fahnenbande zierte, dann

¹⁾ Mit 85 enroilirten Mitgliedern und dem Ehren-Stande von 77 Mitgliedern; nebst den 384 Gliedern noch 84 Hautboisten (Moravia 1843 Nr. 67).

mit der Eröffnung der Verforgungs-Anstalt für verarmte brünner Bürger (S. über dieselbe meine Gesch. der Humanit. Anst. S. 342).

Wie nie zuvor hatten sich zu den Festlichkeiten auch geladene Repräsentanten fremder Bürgermilitien eingefunden und zwar 17 aus Wien, 16 aus Presburg, 12 aus Pesth, 4 aus Jglau, 3 aus Teichen, 4 aus Olmütz und 2 aus Graj (Moravia 1845 Nr. 96, 98 — 100).

Es war dies ein kleines Vorspiel, stand aber in keinem Zusammenhange mit dem Verbrüderungsfeste, welches wenige Jahre nachher Brünn sah.

Als 1848 bei dem Ausbruche der Revolution die Pressfreiheit, die Errichtung einer Nationalgarde auf den Grundlagen des Besitzes und der Intelligenz und die Ertheilung einer Constitution des Vaterlandes (mit verstärkter Vertretung des Bürgerstandes) eine neue Zeit einzuleiten beabsichtigten (Patent 15. März 1848), bildete sich sogleich auch in Brünn nebst einem Studenten-Freikorps auch eine Nationalgarde, welche sich den Grafen Logothetty zum prov. Ober-Kommandanten wählte und bis zum 24. April 1848 bereits in vier Bataillons von etwa 1400 Mann formirt war. Das alte Bürgerkorps unter seinem Kommandanten Herlth machte für sich das erste; die Kommandanten der anderen waren Wladimir Graf Wittrowsky, Anton Freiherr von Widmann und der pens. Rittmeister Justian, der Hauptmann des Studentenkorps Patek. Seit dem 30. April entstand auch eine Kavallerie-Abtheilung. Der Verwaltungsrath nahm vom 1. Juli 1848 an die Einreihung aller zum Nationalgarde-Dienst Verpflichteten vor, welche noch nicht in eins der vier Bataillons eingetreten waren. Am 5. Juni fand das Fest der Verbrüderung mit der wiener Nationalgarde Statt (daron sollte der Krautmarkt künftig den Namen führen), als Entgegnung überreichte eine Deputation der brünner Nationalgarde von mehreren hundert Gardisten, Bürgern und Studenten am 1. August der wiener Nationalgarde eine Fahne. Nach dem Rücktritte des Grafen Logothetty vom Oberkommando der brünner Nationalgarde, welchem der Kaiser das a. h. Wohlgefallen für sein ersprießliches Wirken zu erkennen gab, ernannte dieser (a. h. Entschließung 21. September 1848) den k. k. Feldmarschall-Lieutenant Ritter von Malter zum Oberkommandanten von Brünn und zugleich von Mähren und Schlesien. Die Nationalgarde von Brünn zählte zu Ende des Jahres, bei einer Bevölkerung von 45,000 Seelen, in 4 Bataillons (unter den Stabsoffizieren Herlth, Grafen Logothetty und Justian, dann (nach des Grafen Wittrowsky Abgehen ins Feld) dem Hauptmanne Ritter von Laminet), 3419 Mann, worunter 49 Juden, 2391 bewaffnet, 914 unbewaffnet (im brünner Kreise 50 Kompagnien mit 6070 Mann Christen und 488 Juden, zusammen 6558, wovon 3689 bewaffnet). Bei manchen destruktiven Richtungen und Unklarheit des Willens zeigte sich doch auch eine gemessenere Haltung, wie bei dem beabsichtigten Sturme auf das Augustiner-Kloster, dem Brodkravalle (13. Juni), der Feier der Siege des österr. Heeres in Italien. Und selbst dann, als die mit der Ermordung des Kriegsministers Grafen Latour (6. Oktober) in Wien

begonnenen Gewaltthaten auch die brünner Nationalgarde in eine größere Aufregung brachten und eine Freischaar den Wienern zu Hilfe zog, bewahrte die Garde in dem gefährlichen Augenblicke des 18. Okt., wo die Entwaffnung einer von Wien heimgekehrten Abtheilung durch das Militär im Iundenburger Bahnhofe einen Sturm von tausenden Arbeitern auf die Militärwachposten veranlaßte und diese zum Abzuge bestimmte, noch eine solche Haltung, daß ihr der Dank des kommandirenden Generals, des Landtages und selbst des Kaisers zu Theil wurde. Passiver verhielt sich die Garde bei den höchst beunruhigenden Ausstritten am 29. und 30. Oktober, als den Wienern mit einem Landsturme zu Hilfe gekommen werden wollte, die Fenster des Rathhauses eingeworfen, die Polizeiwachkaserne gestürmt und beraubt wurde; doch half auch die Garde im Vereine mit dem Militär endlich den Sturm mit Gewalt brechen. Nachdem das Militär Wien, in welchem die brünner Freischaar an gefährvollen Punkten gestanden und die beschwerlichsten Dienste gethan, mit Sturm genommen und unbedingt unterworfen hatte, legten sich mit der Rückkehr einer geordneteren und stärkeren Gewalt auch in Brünn die aufgeregten Wogen mehr und mehr; zuerst löste sich die Studenten-Region (deren Kommandant der Gubernialrath Graf Attems gewesen) auf, der Dienst der Nationalgarde wurde noch lauer als vordem geleistet ¹⁾ und diese war schon faktisch eingegangen, als das Patent vom 22. August 1851 (Reichsgesetz S. 531) das Institut der Nationalgarde aufhob und die Reorganisirung von Bürger- und Schützenkorps bewilligte.

Damit lebte in Brünn das bewaffnete Bürger-Korps wieder auf, welches auch in den Bewegungen des Jahres 1848 manche Prüfung bestanden, dem angestammten Herrscherhause seine Treue und in der Nationalgarde seine bewährte Haltung am besten behauptet hatte.

Nach dem gedruckten Stande des bewaffneten Bürger- und Schützen-Korps der k. Landeshauptstadt Brünn im Jahre 1859 besteht dasselbe aus dem Stabe (Herlth Major und Korps-Kommandant), 40 Kapellengliedern und 8 Tambours, 2 Ehren-Hauptleuten (Statthaltereirathe Warenaßky und Polizeidirektor Born), dem Korps-Ausschusse und 4 Kompagnien (zu 67, 63, 70 und 62) zusammen von 262 Mann (unter den Hauptleuten Moriz Winterholler, Franz Padowetz, Franz Bartosch und Theodor Dffermann), dann einem Ehren-Stande von 103 Ober- und Unteroffiziers und Mitgliedern. 13 Korpsglieder sind inkorporirte Mitglieder der bürgerlichen Schützengesellschaft und tragen das Schützenzeichen.

¹⁾ S. die Geschichte der Nationalgarde in Brünn in der Moravia 1848 S. 131 — 137, 143, 147, 151, 156, 164, 176, 183, 197, 199, 203, 212, 245, 253, 269, 271, 274, 278, 281, 285, 289, 293, 301, 307, 311, 359, 367, 368, 371, 378, 451, 455, 463, 467, 470, 472, 476, 480, 483, 487 — 492, 495 — 6, 507, 524, 559, 563, 567, 579, 580, 587, 1849 S. 48, 63. S. auch die brünner Zeitung von 1848 und 1849.

III. Die Schöffen. Der Stadtrath. Der Gemeinde-Ausschuß. Die Schöffensprüche. Das brünner Recht.

Wir haben (S. 220) das Schöffenthum als eine der Haupt-Grundlagen des Gemeindelebens bezeichnet, das Recht der Bürger, durch ein eigenes, aus ihrer Mitte hervorgegangenes Gericht gerichtet zu werden, aus welchem ein eigentliches Gemeinwesen, die städtische Freiheit erwuchs.

Das nach Böhmen und Mähren verpflanzte deutsche Recht hatte in den königlichen Städten die gesellschaftlichen Zustände der früheren Zeit fast gänzlich umgestaltet. Es zeigt sich nun ein freier Bürgerstand mit freiem unbeweglichem Eigenthume, geschützt in der freien Betreibung seiner Erwerbsgeschäfte durch königliche Privilegien, vornehmlich aber durch seine Gestaltung zu mächtigen Körperschaften in der Form freier Stadtgemeinden. Diese glichen damals, indem sie alles, was in den Wirkungskreis des Staates gehört, durch ihre aus eigener Mitte eingesetzten Vorsteher verrichteten, gewisser Massen kleinen Staaten in einem größeren Staate, welcher ihnen die größte Autonomie gestattete. Die Stadtgemeinde hatte nicht nur Freiheit in der Gebahrung mit ihrem Gemeindevermögen und volle Gewalt in der Anordnung der Ortspolizei, sondern es gebührte ihr auch die richterliche Gewalt in allen Angelegenheiten um Gut, Ehre oder Leben ihrer Mitglieder; sie hatte das Recht, sich selbst in allen diesen Hinsichten Gesetze zu geben und die Mittel zur Vollziehung derselben anzuordnen; sie konnte ihren Mitgliedern Steuern und andere Pflichten zur Bestreitung der Gemeindebedürfnisse auflegen, und selbst eine bewaffnete Macht für ihren Dienst unterhalten.

In allen diesen Beziehungen waren die Gemeinden der k. Städte von aller Gewalt der Zupenbeamten ausgenommen, welchen die ehemaligen offenen Burgflecken unmittelbar unterstanden. Nur der König, aus dessen Verleihung alle diese Rechte hergeleitet waren, hatte die Obergewalt über sie und übte dieselbe in den Gränzen des Herkommens und des Bedürfnisses aus, welche nicht allzu ängstlich gezogen wurden. Von den Urtheilen der städtischen Gerichte war die Berufung an den König gestattet, welcher in außerordentlichen wichtigen Angelegenheiten auch sonst unmittelbar sich des Gerichtes annahm; vom Könige erbathen die Bürger die Bestätigung wichtiger Gesetze, um ihnen um so sicherer Ansehen zu verschaffen; eben so gab der König auch aus eigenem Antriebe Gesetze nach Einvernehmung der Bürgerschaft, oder er hob auch Gesetze der Bürger auf, wenn sie den Rechten und Interessen dritter Personen entgegen waren; der König war im Allgemeinen der Ordner aller Verhältnisse zwischen den Bürgern und anderen Einwohnern des Landes; ihm endlich kam

es auch zu, den Stadtgemeinden Steuern aufzulegen und Kriegsdienste von ihnen zu verlangen (Tomek, Gesch. von Prag I. 286).

Um ein Bild der ältesten Stadtverfassung zu geben, reichen die speziellen Quellen nicht aus, bei der Gleichartigkeit der österreichischen, brünner, iglauer, prager u. a. Rechte in den einschlägigen Einrichtungen ergänzen sie sich jedoch unter einander.

Vor allen macht sich eine Unterscheidung des eigentlichen Privilegienrechtes (*libertates et jura*) von der Regelung der rechtlichen Verhältnisse der Bürger durch Statuten bemerkbar.

Das erstere erteilt den Bürgern namhafte Freiheiten und erweitert die bereits vorhandenen. Es sichert die persönliche Freiheit der Bürger vor jeder Gewaltthätigkeit und dem Eingriffe der Hof- und Landesgerichte und gewährleistet die Sicherheit des Verkehrs und Handels. Es bestätigt den ausschließlichen Gerichtsstand der Bürger innerhalb der Ringmauern der Stadt als die Grundlage aller städtischen Freiheit, ohne Scheidung des Blutbanns von der niederen Gerichtsbarkeit, und erweitert ihn auch auf ihre außer den Ringmauern der Stadt gelegenen Besitzungen, spricht also eine vollständige Exemption von der Gerichtsbarkeit der Cuda aus. Es erteilt den Bürgern das für den Verkehr besonders mit dem Adel so wichtige Vorrecht denselben Schulden halber frei zu pfänden d. h. ohne ihn erst beim Landrichter vorher belangen zu müssen. Es gibt den Bürgern das Recht der statuarischen Gesetzgebung, von welchem sie sofort den freiesten Gebrauch machen. Weitere, dahin gehörige, Rechte der Bürger sind: das freie Successionsrecht der Frau und der Kinder des Verstorbenen in die Verlassenschaft, die freie Testirfähigkeit, Ausschließung jedes Heirathszwanges, den die Landesfürsten im Mittelalter so oft für sich in Anspruch nahmen, die Erklärung der Stadtrecht als Landesrecht, das Privilegium *de non evocando et appellando* selbst nicht an den König, so lang nur das Gericht selbst nicht die Rechtspflege verweigert (*justitiam contradicit*). Im Laufe der Zeit stellte sich freilich ein Gerichtsgebrauch heraus, welcher die Gerechtsame des Königs und seines Stellvertreters, des Rämmerers, mehr erweiterte), das Recht der Geschwornen, einen Theil der Strafgeelder (*emendae*) zu beziehen, welche nach dem slavischen Landrechte in die Kammer des Landesfürsten flossen, die Befreiung von allen Gattungen der Landessteuern und Lasten u. m. a. ¹⁾.

¹⁾ Diese Rechte, welche im Allgemeinen die Summe der Errungenschaften des freien Bürgerstandes wurden, kamen jedoch nicht sämmtlichen l. Städten oder doch nicht gleich anfänglich oder zu gleicher Zeit zu Statten. Insbesondere behielten sich die Landesfürsten die Gerichtsbarkeit über schwere Uebelthaten (*gravis et magna culpa*) längere Zeit vor, wie in den Bewidmungsurkunden von Neustadt und Wisenz. Selbst Olmütz erhielt dieselbe erst 1331 (Bischof S. 14).

An der Spitze der Verfassung und Verwaltung der Stadtgemeinden stand der Richter mit den Geschworenen.

Der Richter (*judex*) kommt urkundlich in Brünn schon zu Anfang des 13. Jahrhunderts vor¹⁾. Auch in Brünn war ursprünglich das Gericht (die Vogtei) in den Händen des Landesfürsten, welcher es durch einen von ihm bestellten Richter oder Vogt (*judex, advocatus*) ausüben ließ und den reichlichen Antheil an Bussen für seine Kammer bezog. Er betrachtete das Gericht als landesfürstliches Gefäß, welches er daher beliebig verpachtete (*locatio*, wie Alenzel II. zu Ende des 13. Jahrhunderts das znaimer und iglauer), verpachtete (wie Heinrich 1304 das iglauer und znaimer, hier auch das Landgericht), oder sogar an einzelne als Rentenbesitz verkaufte. Ob dies auch in Brünn der Fall war, wissen wir nicht; es kommt aber nicht vor, daß das Stadtgericht in den erblichen Besitz von Privaten kam (*Erbvogtei* wurde, wie zu Iglau im 14. Jahrhunderte, in Olmütz 1389) und erst später von der Stadt käuflich an sich gebracht wurde (wie zu Olmütz 1435, zu Iglau 1501). So viel wir wissen, wurde nur der Stadt Mähling gleich bei der Gründung (1228) das Recht der freien Richterwahl eingeräumt²⁾.

In so fern die Vogtei nicht erblich war, setzte der Landesfürst, wenn auch im Einverständnisse mit den Bürgern, den Richter ein; nur den Schöffen der Stadt Brünn ertheilte Markgraf Jobot 1376 die Gnade, daß sie die volle Gewalt haben sollen, nach dem Tode des zeitlichen Richters Hans Schlemkittl das Gericht einzusetzen, das Gericht und die Einsetzung des Richters der Stadt und den Schöffen gehören soll, ohne den Akt vorerst zur Bestätigung vorzulegen. Der Richter mußte (wie das iglauer Recht forderte) ein Bürger der Stadt sein, ein liegendes Erbe in der Stadt besitzen, damit er an dem Gedeihen und Ruhen derselben ein Interesse habe und wegen eines oder zwei Jahre nicht die Bürger und die Armen der Stadt (*cives et pauperes*) aufreibe. Der Gegensatz zwischen Bürgern und Armen zeigt, daß unter den ersteren im strengen Sinne bloß

¹⁾ 1229 befreit König Premisl Otakar die Leute des Dorfes Střelitz von der Jurisdiktion der Supendeanten und unterordnet sie seinem Richter von Brünn (*judici nostro de Bruna*, Poetel Soder II. 212). Im brünner Stadtrecht von 1243 (eb. III. 12) erscheinen der *index* et *iurati civitatis*, 1247 (eb. 81) *Alramus index et civis Brunensis*, auch (eb. 82) *Arhamus civis magister monete* (Münzmeister), 1252 *Wernhardus judex de Bruna* (eb. 159), auch (eb. 160) *Bernardus dictus Hardelmon judex Brunensis*, Frank Weyss, *Fridericus scriptor*, *Conradus de antiquo foro*, *cives et iurati civitatis Brunensis*, 1260 (eb. 241) *index*, *scabini ac universi cives in Bruna*, 1271 *Bernardus index* (eb. IV. 65), 1281 *Rechtmarus index* (eb. 257), 1288 *Vricus Michael*, *Misselborius gerentes vires judicum* (eb. 351).

²⁾ Als der olmüzer Bischof Theoderich 1250 der neuen Stadt Kremnitz beistand, um die abhängenden nach dem Rechte der Stadt Brünn zu regeln, behielt er sich das Recht der Ein- und Absetzung des Stadt-Richters oder Richters, jedoch nach Bernachung der Schöffen vor (Poetel IV. 367).

die erbgeseffenen und rathfähigen Geschlechter zu verstehen sind, unter den Armen die nicht erbgeseffenen Handwerker und Arbeiter (der hauffen vil volkes, daz mit der stat nichts leydet, wie es in einem iglauer Stadtbuche des 14. Jahrh. heißt).

Gleich nach der Uebnahme des Richteramtes mußte der Richter auf dem Allerheiligsten einen Eid schwören, der Stadt Ehre und Nutzen mit ganzen treuen zu betrachten und zu werben, den Schöppen an allen Rechten gehorsam zu sein, und allen Leuten, sie seien Bürger oder Gäste (*hospites*, Fremde), arm oder reich, ein volles und unverzogenes Recht zu thun.

Der Richter ist Wächter des Gesetzes und Schirm der Gerechtigkeit. Er steht nicht außer dem Gesetze, sondern soll im Falle einer gegen ihn gerichteten Klage den Vorstoß einem Geschwornen abtreten und wie jeder Andere Rede und Antwort stehen. Er ist in allen Amtshandlungen an die Mitwirkung der Schöffen gebunden, zwar Lenker und Leiter des Gerichtes, greift aber eigenmächtig nicht in das Getriebe der Verhandlung ein. Er richtet mit den Schöffen und bildet mit ihnen das Gericht (*judicium*). Er leitet die Berathung, fragt die Schöffen nach dem Urtheile, welche die Pflicht haben ihm zu antworten, formulirt das von den Schöffen gesundene Urtheil, sorgt insbesondere für die richtige Benennung und Bezeichnung der Streitsache und die Eintragung in die Gerichtstafeln durch den Notar und verkündet das Urtheil den Parteien. Er vertritt die Stelle Gottes als irdischer Richter, daher die seiner hohen Stellung entsprechende Anrede: Herr (*dominus*) von Seite der Parteien und selbst der Schöffen, die in seine Hände den Zeugeneid ablegen, daher hohe Strafe (an Geld, schmählichem Widerruf, Acht) Jenen traf, welcher ein Urtheil für ungerecht erklärte (*reclamaverit*) und sich anheischig machte, ein besseres zu finden, es aber nicht that, oder sich sonst gegen Verfügungen und Aussprüche des Richters auslehnte, sie schalt und straste (*arguerit*), den Richter einen Bösewicht, Verräther oder Reber hieß. Der Richter ist Friedensrichter der Stadt, verkündet den Stadtfrieden zur Zeit des Marktes, gebietet einzelnen oder zusammengerotteten Personen Frieden, dessen Bruch sehr bestraft wird. Er nimmt neben den Schöffen auf die Verwaltung des Gemeindevermögens und die eigentliche Administration der städtischen Angelegenheiten einen bedeutenden Einfluß, um so mehr, als ein Bürgermeister (*magister civium*) im 13. Jahrhunderte bei uns nicht vorkommt und die Schaffung dieser Würde im 14. Jahrhunderte erst das Resultat mancher Kämpfe zwischen Richter und Schöffen gewesen zu sein scheint. Der Stadtrichter genießt bedeutende Einkünfte, die ihm entweder ausschließlich oder in Gemeinschaft mit den Schöffen in der Buße (*Wandel*, *emendae*) und Gewerbe¹⁾, oder aus Anlaß gerichtlicher Handlungen

¹⁾ Vergehen, welche durch Vermögensbußen gesühnt wurden, sah man nicht als rein privatrechtliche an, sondern man unterschied daran zwei Gesichtspunkte: die dem Anderen dadurch zugefügte Rechtskränkung, und die Verletzung des mit gemeinsamer Hand geschützten Frie-

gen oder anderen Titel ihm zufallen. Den Befugnissen des Richters steht die Pflicht gegenüber das Recht zu gewähren, es nicht zu weigern. Fruchten die Ermahnungen der Schöffen nicht, ist die Sache vor dem König oder den Rämmerer zu bringen, da zu verklagen und gleich den Schuldigen zu strafen.

An der Seite des Richters steht das Collegium der Geschwornen oder Schöffen (*jurati, scabini, unitio juratorum*). Diese bilden den Stadtrath (*consilium juratorum, seltener consules*), üben als solcher die richterliche und administrative Gewalt über die Stadt und ihr Gebiet aus und leiten mit dem Richter an der Spitze die städtische Regierung. Eine Theilung der städtischen Gewalt zwischen dem Collegium der Schöffen, als Gericht, und einem Collegium von sogenannten Rathmännern (*consules* im engeren Sinne), als Verwaltungsbehörde, wie sie anderwärts vorkommt (S. Barthold, Gaupp u. a.), hat bei uns dort, wo magdeburger Recht zur Geltung kam wie in Olmütz, nur annäherungsweise, in den Städten aber, welche süddeutsches Recht hatten, kaum Statt gefunden; beide Aemter sind in der Hand der Schöffen vereinigt¹⁾.

In den königlichen Städten Böhmens (deren zu Anfang des 14. Jahrhunderts 27 vorkommen) bestand der von den Zupendämtern unabhängige Magistrat gewöhnlich aus einem Richter, zwölf Geschwornen (Eidgenossen, Schöp-

bens. Dem gemäß fiel von den Vermögensbußen ein Theil den Verletzten zu, der andere an das Gemeinwesen. Jener hieß *Composition* oder Buße, dieser *Freibum* oder Wette (Walter, Rechtsgesch. II. 369).

¹⁾ Merkwürdig sind die folgenden Bestimmungen (Vočel IV. 371) des Herzogs Nikolaus für seine Stadt Troppau vom Jahre 1290: *ut prefate ciuitatis nostre Opanie viri iurati, consules et scabini, in eadem ciuitate nostra rectores et prouisoires preelecti, de nostre donationis munere hac fungi debeant liberaliter potestate, ut, quicquid de omnibus artificibus eorumque mechanicis operibus, de rerum venundalium et forensium negotiis et exercitiis, imo de hereditatibus suarum estimationibus, et simpliciter de singulis et vniuersis causis factisque ciuilibus ad ipsorum curam et prouidentiam pertinentibus ad meliorationem profectumque dicte ciuitatis nostre Opanie fieri debentibus de consilio siquidem seniorum et prudentum ciuium decreuerint, quippiam adinuenire, ordinare, statuere, destituere, permittere, minuere et augere, hec grata, rata, fixa et inuiolabilia sopita qualibet contradictionis instantia uolumus et precipimus sub nostre obtentu gratie ab omnibus firmiter obseruari. Item ut uideamur circa dictam ciuitatem nostram Opauiam affluere beneuolentia speciali, nos iterum, gratiam gratie cumulantibus prehabitos consules et scabinos de potestatis nostre robore huiusmodi extulimus libertate, ut, dum in iure suo assederint iudicio, quocumque suo presente iudicio hereditario uel non hereditario, et aliqua per ipsos sententia definitiua inuenta fuerit et prolata, de consensu potiorum ciuium habita et laudata, quod nullus hominum possit uel audeat hanc prolationem sententie redarguere, aut uerbo uel opere aliquo contrarie. Dignum est enim, ut ex eo quia ipsi consules et scabini uiri sunt iurati, quod eis perfecte credi debeat in hac parte.*

pen) und einem Notar (das Amt des Bürgermeisters ist erst späteren Ursprungs). Er stand durch den jeweiligen Unterkämmerer unmittelbar unter dem Könige und war in Hinsicht der Rechtspflege und der Municipalverwaltung selbst vom Unterkämmerer unabhängig, obgleich Appellationen an diesen Statt gefunden zu haben scheinen. Dagegen entrichteten sie diesem, dem Finanzminister jener Zeit, den gewöhnlichen Kammerzins von ihren Besitzungen, Aedern, Gewerben, Kramstellen und Mühlen, so wie vom Nuzgenuffe der Regalien, Gerichte, Marktgerechtigkeit und des Schrottamtes (Palaczky II. 2. S. 26).

In Olmütz bildeten ein Stadtvogt (advocatus), oft gleichbedeutend mit Stadtrichter (judex civitatis), ihm zur Seite die Geschwornen (Jurati) und einige Stadtbürger (Cives) die städtische Behörde und theilten sich, unter dem Vorseye des Vogts, in die Verwaltung der Rechtspflege und der städtischen Angelegenheiten. Der Vogt wurde vom Landesfürsten (seit des Margrafen Vergünstigung von 1351 von den Geschwornen mit Zustimmung des Landesherrn), die Schöffen vermuthlich von den Bürgern, unter der Bedingung der landesherrlichen Bestätigung, gewählt. Ihre Zahl war stets 7, die in der Stadtbehörde sitzenden Bürger aber vier. An die Stelle der letzteren traten später (schon im 14. Jahrhunderte) die Consuln. Ihnen lag zunächst die Verwaltung der städtischen Angelegenheiten, und, mit den Geschwornen, die der Rechtspflege ob. Bei besonders wichtigen Angelegenheiten wurden auch die Seniores (1290 in Troppau *de consilio seniorum et prudentum civium, de consensu potiorum civium*) d. i. die Herren des Rathes des letzten oder mehrerer verfloßener Jahre beigezogen. Wichtige Fragen wurden der Communität der ganzen Bürgerschaft zur Entscheidung vorgelegt. Gegen das Ende des 14. Jahrhunderts mußte der Vogt an Einfluß und Ansehen bei dem Stadtrathe eingebüßt haben. Denn während er bis dahin stets an der Spitze des Rathes genannt wird, tritt seit dieser Zeit der Bürgermeister an die Stelle, der Vogt verschwindet aber fast ganz aus dem Stadtbuche. Seine Wirksamkeit ist seit dem eine bloß richterliche, erefutorische und den Stadtfrieden überwachende. Er steht seitdem nebst allen ihm zur Seite befindlichen Personen unter dem immer mehr hervortretenden Einflusse des Stadtrathes (Consilium). Wohl von der frühesten Zeit her ruhte die Bestellung der Rathsmänner und Schöffen auf freier Wahl. Im Stadtbuche von 1430 wird es als eine alte Gewohnheit angeführt, behufs gleicher Bürde aller Bürger alle Jahre den Rath zu erneuern und elf Personen der Wichtigen in den Rath zu wählen, nämlich 4 Rathsmänner und 7 Schöffen. Die Wahl geschah — wenigstens später — am Tage des h. Laurenz aus 36 dazu vermuthlich von den Bürgern gewählten Personen, durch den abtretenden Rath. Ein jeder Herr des Rathes (Schöffe) sollte sein katholischer Religion, eheliger Geburt, vollkommen 25 Jahre alt, verheirathet, guter deutscher Art, in der Stadt gesessen u. s. w. Auch mag man ehrbare Leute aus den Handwerkern kiesen, aber nicht zwei mit einander eines Handwerks. Den 11 Per-

sonen des Rathes lag „alle Sorgfältigkeit und der gemeine Nutzen der Stadt ob,“ also die Leitung und Aufsicht über die gesammte Verwaltung aller Stadtangelegenheiten, insbesondere die Verwaltung des Stadtvermögens, die Umlage und Einhebung der Stadtsteuer (sie wurde nur von liegendem Gut nach dessen Werthanschlag eingehoben), die Stadt-, Markt- und Sittenpolizei, die Vormundschaft über hilflose Witwen und Waisen, die Aufsicht über die frommen Stiftungen, über Handel und Gewerbe, Verleihung des Bürgerrechtes, Ernennung sämtlicher Stadtbeamten und Diener, die Wahl des neuen Rathes und, seit die Stadt die Vogtei gekauft hatte, auch die jährliche Wahl des Vogtes, und die volle Gerichtsbarkeit in Civil- und Strafsachen.

An der Spitze des Stadtrathes stand der Bürgermeister, dessen Amt von den vier Rathsmännern allein in der Art verwaltet wurde, daß jeder derselben, vom Ältesten angefangen, immer durch 4 Wochen, so oft das unter ihnen im Jahre herumging, die Bürgermeistererschaft zu verweisen hatte. Er hatte insbesondere den Vorstoß in den regelmäßig an bestimmten Tagen abgehaltenen Versammlungen des vollen Rathes.

Den Vogt oder Intervogt unterstützten in seiner Amtsthätigkeit die Stadt- und Frohnboten (precones), welchen vorzüglich die Ladungen vor Gericht und die Festnehmung der Uebelhäter oblag; der Nachrichter (subjudex), der für Kost und Verpflegung der Gefangenen zu sorgen, und der Züchtiger (tormentor), welcher die peinlichen Strafurtheile zu vollziehen hatte. Als Strafe wird erwähnt: das Hängen, Enthaupten, Radebrechen, Verbrühen, Ertränken, Lebendig-Begraben, Pfählen, Ohr- und Handabschneiden, Augenausbrühen, Staupen u. a. Auch das Martern (Foltern) war Sache des Züchtigers (sollte nicht leicht und vorsichtig angewendet werden). Für alle diese Dienstleistungen erhielten die Stadtdiener theils bestimmte Geldbeträge, theils andere Gegenstände aus dem Vermögen der Gefangenen oder Verurtheilten. Unter den dem Vogt zur Seite gestandenen Personen verdient (in Olmütz) besondere Erwähnung der Gerichtsschreiber (notarius actorum). Ihm lag die Führung des Gerichtsbuches ob, in welches er alles einzutragen hatte, was das Gericht anging und den Vogt, namentlich „Verbürgung zum Recht und was um Ungericht ist.“ Er ist zu unterscheiden vom Stadtschreiber (notarius civitatis), welcher dem Bürgermeister und Rathe zur Seite stand und eine der einflußreichsten Stellen unter den Amtsleuten der Stadt einnahm. Er war verpflichtet die Stadtbücher, welche einzelnen Rathsmännern zur strengsten Bewahrung übergeben waren, zu führen, die Stadtprivilegien zu verzeichnen, die Rathsverhandlungen zu protokolliren, die Korrespondenz der Stadtgemeinde und alle Expeditionen zu besorgen und „auf Verlangen der Herren vom Rath dieselben des geschriebenen oder herkömmlichen Rechtes zu ermahnen.“ Er sollte deshalb des magdeburgischen wie des einheimischen Rechtes kundig sein, um in zweifelhaften Fällen Auskunft geben zu können. Außer einem bestimmten Gehalte bezog er auch noch von jedem Akte, bei welchem er intervenirte, gewisse

Gebühren. Die hohe Bedeutung der Stadtbücher macht die Wichtigkeit und den Einfluß des Stadtschreibers begreiflich, der übrigens in Städten, in denen das römische Recht Eingang gefunden hatte, noch weit mehr Gelegenheit hatte, seinen Einfluß durch Belehrung der rechtsunkundigen Schöffen geltend zu machen.

Für die einzelnen Geschäftszweige der städtischen Administration wurden Einzelne aus dem Rath oder den Seniores oder der Bürgerschaft bestellt. So sollten Gewählte aus dem Rathe oder den Seniores aufmerken über die Mühlen, in Wein- und öffentlichen Kellern.

Man solle stetigliche Angießer (affusores vini) bestellen und haben, die da ohne Unterlaß Wein, Bier und allerlei Trank angießen; man soll „stete Marktleut“ setzen u. dgl. Außer den genannten werden noch erwähnt: Steuereinnehmer (Losunger, losungarii), Zöllner (tholoneatores), Mauthner, Stadtreiter u. a. Einzelne Gefälle wurden durch Pächter eingehoben; so das Brückengeld (vecligal) (Bischof, deutsches Recht in Olmütz S. 13, 29 — 33).

Etwas abweichend war die städtische Verwaltung, wie sie in Olmütz vom magdeburger Rechte bedingt wurde, in den Städten süddeutschen Rechtes, namentlich zu Iglau und Brünn.

Ueber die Zahl der Geschwornen in Iglau, die Art und Weise ihrer Bestellung oder Ergänzung, ob der Landesfürst auf ihre Einsetzung einen Einfluß übte, ob sie von der Bürgerschaft oder vom älteren Rathe gewählt wurden, wann eine Umänderung geschah, ist aus den Urkunden des 13. Jahrhunderts nichts zu entnehmen. Spätere Weisthümer sagen jedoch ausdrücklich, daß die Zahl der Schöffen in Iglau seit jeher zwölf betragen habe, daß der mährische Unterkämmerer ¹⁾ die neuen Schöffen bestätigte, und die in der 2. Hälfte des 14. Jahrhunderts beginnenden und bis jetzt noch in einer ununterbrochenen Reihe erhaltenen Stadtbücher lassen eine nach einer Anzahl Jahren eintretende Ergänzung und Erneuerung des Rathes durch sich selbst erkennen.

Nach den Statuten, welche König Wenzel I. 1243 der Stadt Brünn gab (Boček III. 18), sollten 24 geschworne Bürger (XXIII. ciuium jurati, wie nach Tomek S. 290 1318 in der Altstadt Prag, seit 1331 aber durch längere Zeit nur 12) über den Handel und andere Angelegenheiten, welche die Ehre und den Nutzen der Stadt betreffen, Anordnungen machen, welche weder der Richter, noch die Bürger, noch sonst jemand zu beirren habe, bei einer von ihnen zu bestimmenden Strafe an den Richter. Im Jahre 1292 ertheilte König Wenzel II. (Boček IV. 385) seinen geliebten Bürgern von Brünn die volle Macht, nach Uebereinstimmung der ganzen Stadt unter sich Geschworne oder

¹⁾ Es kommen zwar auch in Mähren seit 1201 (Boček II. 5) subcamerarii vor — auch camerarii oder capitanei genannt — der erste eigentliche Landesunterkämmerer im späteren Sinne des Wortes ist aber 1412 — 1417 Ulrich von Glawatek.

Rathmänner (inter se iuratos seu consules) immer in der Oktave der Auferstehung unsers Herrn alljährlich zu wählen, welche, wenn nicht eine offenbare Schuld ihre frühere Entsetzung begründet, nur durch ein Jahr zu bestehen haben. Nach geschehener Wahl der Geschwornen haben sie die Bürger dem Könige, wenn er im Lande Mähren anwesend ist, oder seinem Protonotar (Kanzler), in des Königs Abwesenheit aber an dessen Stelle dem Kämmerer (camerario), als glaubwürdige und geeignete Männer vorzustellen (pro viris fide dignis at ydoneis presentabunt). Bestätigt wurde dieses Privilegium der freien Rathswahl von Ferdinand III. (7. Dez. 1637).

Ueber die Stellung und Wirksamkeit der Schöffen im 13. Jahrhunderte geben die iglauer Rechte folgende Andeutungen, welche wohl auch für Brünn Anwendung finden.

I. In den Händen des Richters und der Schöffen befand sich vorerst die vollkommene Gerichtsgewalt in allen peinlichen und Civilsachen innerhalb des Stadtgebietes. Sie erstreckte sich unbeschränkt auf alle persönlichen Angelegenheiten der Bürger und aller, die in ihrer Gewalt standen, auf die ihrer Hinterlassen (subsedes), auf alle Rechtsachen über Erbe und Eigen, es mochte nun innerhalb der Mauer der Stadt gelegen oder außerhalb derselben ihrem Besitze unterworfen sein. Die Exemption von der Gerichtsbarkeit der landesfürstlichen Landgerichte war eine vollständige.

Alle die Besitzungen der Bürger oder ihrer Hinterlassen betreffenden Klagen mußten von wem immer vor dem Gerichte der Stadt angebracht werden.

Die Schöffen genießen ein besonderes Ansehen, die Scheltung ihres Urtheils, ihre Beschimpfung oder Beschuldigung wird schwer geahndet. Ihrem Zeugnisse als Amtszeugnisse wird eine besondere Kraft beigelegt, es genügt selbst in den schwersten peinlichen Fällen zur Ueberweisung oder Reinigung des Beschuldigten; es hat in Civilsachen die nämliche Kraft wie jenes der 100 Männer oder „genannten“ in Wien, Prag u. a. ¹⁾. Es stand aber der einzelne

¹⁾ Schon im ältesten wiener Stadtrechte von 1221 kommen diese Hundertmänner vor, welche 1296 auf 20 herabgesetzt, 1340 aber wieder und bis zu 200 vermehrt wurden. Sie hatten bei allen Käufen, Verkäufen, Verpfändungen und anderen wichtigeren Geschäften als Vertrauens- und Gedenk männer zu interveniren. Von ihrer Eintragung und steten Evidenzhaltung in einem besonderen Verzeichnisse wurden sie wahrscheinlich Genannte geheissen. Ferdinand I. hob 1522 ihre Körperschaft in Wien auf und setzte dafür den innern und äußeren Rath in der Art ein, daß von den zur Regierung der Stadt bestimmten 100 Personen der trefflichsten, vornehmsten und tauglichsten, ehrbaren behausten Bürger, 12 derselben, die nicht Handwerk treiben, in den Stadtrath erwählt werden, andere 12 Beisitzer des Stadtgerichtes seien, die übrigen 76 Personen aber im äußeren Rath verbleiben (Hormayr VIII. Urth. 328, 346; Feil, in den Berichten des wiener Alterthumsvereins 3. B. S. 217—219). Das Institut der Genannten fehlt in allen Städten, die sich nach iglauer Recht richteten oder nach brünner.

Schöffe eben so wenig wie der Richter über dem Gesetze, sondern mußte, wenn er etwas verbrochen hatte, vor dem Gerichte gleich einem Andern Rede und Antwort geben.

Zu Folge ihrer Verpflichtung für die öffentliche Sicherheit und Ruhe zu sorgen, und den Stadtfrieden (*pacem*) aufrecht zu erhalten, erscheinen sie in der Morgensprache als öffentliche Ankläger derjenigen, welche durch was immer für Excesse und Ungericht denselben verletzt haben. Die öffentliche Anklage in der Morgensprache ist ein ausschließendes Recht der Geschwornen, bis bei vermehrter Bevölkerung der Stadt in jedem Viertel (*vicus*) 2 oder mehrere Personen zur Sorge für die öffentliche Sicherheit und als öffentliche Ankläger der Verletzten vom Richter und den Geschwornen (für 6 Wochen, jedoch wieder wählbar) bestellt wurden.

Die Gerichtsbarkeit wurde ausgeübt: 1) im außerordentlichen Gerichte außerhalb der vier Bänke in minder wichtigen Angelegenheiten, wo und wann es das jedesmalige Bedürfnis erheischte, 2) im ordentlichen Gerichte in den vier Gerichtsbänken (*quatuor scamnis, quatuor sedilibus vel bancis judiciariis*)¹⁾, d. i. in der feierlichen Sitzung des vollständig versammelten Schöffengerichtes unter dem Voritze des Richters (wohl auch *judicium contestatum, bannitum, actuatum*, die gehegte Bank).

Die gewöhnliche Zeit der Abhaltung war der Morgen, daher der Ausdruck: Morgensprache (*maniloquium, matulinum colloquium*). Dasselbst wurde die Sache mit ihrer genauen Bezeichnung vom Notar in die Gerichtstafeln eingetragen. Doch ist die Morgensprache nicht bloß Gericht im strengen Sinne, sondern es werden daselbst überhaupt alle Akte vorgenommen, die den Charakter der Unveränderlichkeit haben sollen, z. B. alle Uebertragungen, Verpfändungen u. s. w. von Erb und Eigen, alle Verträge, denen man durch die Abschließung vor Gericht die volle Beweisbarkeit sichern wollte, Testamente u. s. w. Als besondere Arten des Gerichtes erscheinen: a) das gewöhnliche Gericht (*judicium* im engeren Sinne), welches vorzugsweise zur Erledigung von Rechtsstreiten bestimmt war (vom 25. Dez. bis zum Freitag nach Ostern abgehalten) b) das Panteiding (*judicium peremptorium*, später *judicia generalia*, von Pan oder Bann, einem geschlossenem Bezirke, und Taibing oder Tageding, den in einem solchen Bezirke ein- oder mehrmal zu haltenden Gerichten), dessen besonderes Kennzeichen ein schnelles summarisches Verfahren war, und das zur Aufgabe hatte, alle vor Gericht schwebenden Prozesse einer schnellen Beendigung zuzuführen. Es fand nur einmal im Jahre statt (Freitag nach Ostern).

¹⁾ In Flandern hieß das in pleno versammelte Schöffengericht *Vierschare*, von *Scarre* (Schranne, daher in Wien dieses so genannte Gericht), einer Bank. Es wurde in einem durch vier Bänke gebildeten Vierecke gehalten. Auf einer saßen die Schöffen, ihnen gegenüber der öffentliche Ankläger, auf beiden Seiten der Kläger und der Beklagte (Warnung L. 281, Grimm, Rechtsalterthümer S. 810).

Im Gerichte sind die Schöffen, nachdem sie vom Richter um ihr Urtheil gefragt worden, die eigentlichen Urtheilsfinder (*sententiam inveniunt*), welches sodann vom Richter den Parteien verkündet wird (*profertur*).

Wie der Richter genossen auch die Schöffen einen Antheil an Buße und Gewerbe.

II. Den Schöffen steht ferner das wichtige Recht der statutarischen Gesetzgebung zu, d. i. das Recht, die rechtlichen Verhältnisse der Bürger auf Grundlage der „*jura originalia*“ durch Willkühren frei zu ordnen. Veranlassung zu dem Fortbaue des Rechtes gaben zunächst die durch das jedesmalige Bedürfnis der Stadt selbst hervorgerufenen Satzungen und Urtheile der Schöffen, sodann die Entscheidungen und Weisthümer, welche auf Verlangen der Städte und der Ortschaften erflossen, die das (brünner, iglauer, olmüzer u. a.) Stadtrecht angenommen hatten.

III. Die Schöffen sind endlich die eigentliche Polizei- und Verwaltungsbehörde der Stadt; als solche ordnen und regeln sie den Handel und städtischen Verkehr, Maß und Gewicht und überhaupt alle Angelegenheiten, die das Gemeinwohl, die öffentliche Ordnung und Ruhe betreffen, und sollen darin vom Richter unterstützt werden. Ihren Verfügungen soll Niemand, weder der Richter noch ein Bürger, noch sonst Jemand widersprechen oder entgegen handeln und die von ihnen festgesetzten Strafen sollen unweigerlich gebüßt werden.

Bei den ältesten babenbergischen Stadtrechten läßt sich die Entwicklung des Schöffenhofes, auf den nach und nach die ursprünglich vom Herzöge geübte Gerichtsbarkeit stückweise überging, auf Grundlage einer mit gleichen Befugnissen betrauten Anzahl Bürger genau verfolgen und auch in Brünn deutet der Ausdruck *jurati principis* auf eine analoge Entwicklung des Schöffenhofes hin; in Iglau zeigt sich aber gleich anfangs eine Vereinigung der Gerichtsbarkeit mit der Polizei und Administration, ohne daß sich die Spur einer hervorgegangenen Scheidung erkennen ließe.

In allen wichtigeren das Gemeinvermögen betreffenden Acten und anderen Angelegenheiten, denen man den größtmöglichen Grad von Feierlichkeit geben wollte, besonders, wenn es sich um Vertretung der Stadt gegen außen handelte, scheint die Mitwirkung der ganzen Gemeinde (*universitas civium, universi cives, cives unanimi consensu*, Stat gemein mit armen und mit reichen) nothwendig gewesen zu sein. In welcher Art sie ausgeübt wurde und ob sie nicht häufig, wenn sie in den Urkunden vorkommt, als bloße Formel zu betrachten sei, darüber läßt sich nichts Bestimmtes sagen. Im 14. Jahrhundert erscheinen (in Iglau) die „vier Gemeinen“ (*viri communes*) als die gesetzlichen Vertreter der ganzen Gemeinde gegenüber dem Collegium der Geschwornen (S. meine Gesch. von Iglau S. 63, 72, 96, 148 ff.).

Als ein Unterbeamter des Gerichtes erscheint der Büttel oder Frohnbote (*preco*; nicht unterschieden, wie in W. Neustadt, vom Nachrichter, *judex posterior*, dem *custos carceris*, Stubhutter, und *preco*, Schergen),

welcher die seinem Gewahrsame Uebergebenen zu überwachen, Ladungen vor Gericht, Exekutionen gegen Personen und Sachen vorzunehmen hatte.

Obwohl zum Rathe und Gerichte nicht gehörig übte doch einen nicht geringen Einfluß auf dieselben der Gerichtsschreiber (scriptor, notarius). In der Aufzeichnung in die Gerichtstafeln, deren man sich anfangs bloß zur Unterstützung des Gedächtnisses bediente, liegt der erste Keim der Entstehung der Stadt- und Gerichtsbücher im 14. Jahrhunderte, durch deren musterhafte Anlage und Ausbildung die privatrechtlichen Verhältnisse der Bürger eine feste und unverwischbare Grundlage erhielten. Da der Notar den Gerichtsverhandlungen persönlich beizuhöhen, so hatte eine durch gelehrte Vorbildung gewonnene Klarheit der Rechtsanschauung ein freies Feld der Wirksamkeit und konnte auf den gesunden Sinn der Schöffen ihre Wirkung nicht verfehlen. Deshalb finden sich gewöhnlich Magister oder Doctoren, die ihre Vorbildung an den italienischen Rechtsschulen und Universitäten erhalten haben (so 1270 — 1279 der olmüzer Kanonikus Magister Theodorich als notarius Iglaviae). Der Rektor der Schulen scheint in Iglau häufig auch die Stelle des Notars versehen zu haben (Tomaschek S. 124 — 136).

Die Sammlung der brünner Schöffensprüche aus der Mitte des 14. Jahrhunderts entwickelt uns ein Bild der städtischen Verfassung und Verwaltung, wie es aus früherer Zeit die unzureichenden Quellen nicht geben. Die Spitze beider bildet der Stadtrath (consilium civium). Ein landesfürstlicher Einfluß auf die Bildung und Wirksamkeit dieser Behörde ist in der späteren Periode (S. S. 360) nicht mehr erkennbar, alle vogteilichen Rechte sind auf die Gemeinde übergegangen.

Der Stadtrichter (iudex civitatis) nimmt als Vorsitzender des Rathes und des Gerichtes eine viel bedeutendere Stellung ein als der Bürgermeister (magister civium).

Der Stadtrath wird aus 24 geschwornen Bürgern (cives jurati, scabini, consules, welche Namen wechseln, es fehlt eine durchgreifende Scheidung des Schöffenkollegiums und des Stadtrathes) gebildet.

Die Schöffen bilden den vollen Rath (plenum consilium), werden als solche die Wichtigen (sapientes consilii, rectores consilii) genannt. Sie sind die Seele der städtischen Regierung, vereinen die richterliche und administrative Gewalt über die Stadt und ihr Gebiet, werden aus den stadtingewohnten Bürgern gewählt ohne Beschränkung auf gewisse Klassen; nur allgemeine Erfordernisse, Unbescholtenheit des Rufes und Rechtlichkeit sind vorgeschrieben¹⁾. Ein besonderes Ansehen erlangen die gelehrten Schöffen (scabini literati).

¹⁾ Bürger Brünns kommen in den Urkunden seit dem 13. Jahrhunderte vor, anfangs größtentheils nur mit den Taufnamen, mitunter auch mit dem Familiennamen (über wiener Bürgernamen S. Schlager, neue Folge B. B. S. 462 — 468), oder mit der Bezeich-

Das Schöffenam t (*officium scabinatus*) galt als eine Ehrenstelle ohne Besoldung, doch mit dem Anspruche an einen Antheil an Buße und Gewerbe. Die Person der Schöffen hatte den Charakter der Unverletzlichkeit. Schimpf gegen sie wird härter bestraft, ihr Zeugniß als Amtszeugniß galt so wie das zweier ehrbarer Bürger. Durch Wahl wurde das Schöffencollegium jährlich erneuert, wahrscheinlich bis zur Hälfte neu gewählt: die älteren (*seniores*) sollen die jüngeren über die Amtswirksamkeit belehren. Der Wahltag bildete zugleich eine allgemeine Sprache für Stadt- und Gemeindeangelegenheiten; dazu wurden die neu gewählten Handwerksmeister (*magistri operum mechanicorum*) berufen, es wurde genehmigt, was dem Handwerke noth that; dann auch der Stadtschreiber (*notarius*) und die Unterri chter in Eid genommen.

Die Schöffen theilen die Hauptzweige der Stadtverwaltung in besondere Aemter (*officia*), und bestellen aus ihrer Mitte Einzelne zur Besorgung der Angelegenheiten. Zwei Schöffen führen die Marktaufsicht (*officium venditionum*) als Marktmeister, andere das damit verwandte Geschäft der Ueberwachung von Maß und Gewicht (*officium mensurae*). In ähnlicher Weise erfolgte die Bestellung eines Bauamtes (*officium murorum et fossatorum*), der Feuer-Aufsicht (*officium respiciendi conservatoria et loca ignis*) u. s. w.

Die wichtigste Thätigkeit des Schöffenamtes war die des Rechtfindens und Rechtssprechens (*jurali sunt legislatores*). Unter dem Vorfize des Stadtrichters entscheiden die Schöffen alle Blut- und Eigensachen der Bürger. Der Gerichtsbann ist vollständig in ihren Händen. Der Richter hat den Vollzug des von den Schöffen gefundenen Urtheils. Das Ansehen des brünner Schöffsenrathes wird gehoben durch die Stellung als Oberhof einer übergroßen Zahl von Städten, welche daselbst ihre Rechtsweisung holen und dahin ihre Urtheile schreiben.

nung nach dem Geburtsorte oder Gewerbe (S. Chitil's Index zu Vočel's Codex 1 — 5 Bb. S. 23 und 6. Bb.). Es wird wohl in Brünau kaum eine so beträchtliche Zahl von Bürgerfamilien gegeben haben, wie in Prag (Tomel I. 330 — 353), welche von der 2. Hälfte des 13. bis zum Anfange des 15. Jahrhunderts den angesehensten Theil der prager Bürgerschaft bildeten, da sie durch großes Vermögen hervorragten und die städtischen Aemter am häufigsten inne hatten. Aber auch in Brünau finden sich schon im 13. Jahrhunderte Bürger, welche eine hervorragende Stellung einnahmen, wie Alldiger, welcher (1288) das Hospital zum h. Geiste von Brünau stiftete, Ulrich Schwarz, welcher das Frauenstift Maria-Hell gründete, die Schweller, die Wolflin oder vom Thurme, wohl aus dem mächtigen prager Bürgergeschlechte, die Weiß, der florentiner Kaufmann Reinher (auch in Prag. Tomel S. 353), welcher 1304 vom brünner Bürger Heynnig eine Willhle an der Schwarzawa mit dem anliegenden Dorfe Dornich kaufte (Vočel V. 171) u. m. a.

Das Stadtrichteramt (*officium judicis*) soll von einem Manne verwaltet werden, den die höchsten Eigenschaften bürgerlicher Würdigkeit auszeichnen. Der Eid des Richters wird dem Könige und der Stadt geleistet. Die Stellung des Stadtrichters ist die höchste in der Stadt, in ihm, als Stellvertreter des Königs, wird dieser geehrt (*in persona judicis vices regis supplens rex est honorandus*).

In der Amtseigenschaft des Richters lassen sich drei Eigenschaften unterscheiden:

1. Als Vorsitzender des Stadtgerichtes leitet er das Verfahren bei Gericht, überwacht die Thätigkeit der Schöffen, erhält den Dingfrieden, gibt zum Schlusse der Gerichtshandlung die Uebersicht der Thatfrage und verkündet nach dem Wahrspruche der Urtheiler das Urtheil, gebietet Frieden und Urfehde ¹⁾ und vollzieht das Urtheil. Dem Richter in dieser Eigenschaft gebührt ein Antheil an Buße und Gewerbe und deshalb auch ein Pfändungsrecht. Ihm sind die Schergen und der Nachrichter untergeben, welcher die Gefangenen bewahrt (*cippus, Stod, ubi carcer civium, ubi captivi servantur*). Die Ladungen befehlen Bützel (*praecones, budelli, bedelli*).

2. Als Friedensrichter der Stadt kommt dem Richter eine höhere und selbstständigere Gewalt zu. In offenen Friedensbruchsachen richtet und straft er auch ohne Beirath der Schöffen. Entsteht ein offener Waffenstreit in der Stadt, so eilt er mit seinen Knechten (*familia judicis*) herbei und gebietet Frieden. Erfolgt Widerstand nach der feierlichen Kündigung des Friedens, so war jeder Frevler geächtet und verbannt. Nach dem Rufe des Richters mußte auch die Rache (zur Verfolgung der Uebelthäter) von den Bürgern geleistet werden.

Zur Erhaltung der Ruhe der Stadt war das Waffenverbot in der Stadt ungewöhnlich strenge, besonders heimliche Waffen, z. B. das Stechmesser (*misericors*), waren verpönt, im Gegensatz zu Angriffswaffen nur Vertheidigungswaffen gestattet.

3. Schwieriger ist (in dieser Zeit) des Richters Verhältniß zu den eigentlichen Stadtangelegenheiten und der Stadtverwaltung zu bezeichnen, um so mehr, da Rathmänner von den Schöffen nicht unterschieden waren. Der Bürgermeister wird mit den Schöffen dort genannt, wo die

¹⁾ Hatte der (Privat-)Ankläger seine Anklage nicht bewiesen, ohne daß ihm jedoch der Vorwurf einer absichtlich falschen Anklage gemacht werden konnte, so veranlaßte das Gericht zwischen beiden Theilen eine Taibigung. Dies ist zugleich das ursprüngliche Wesen der Urphebe d. i. Aufhebung der Fehde zwischen den Parteien durch eiblichen Verzicht des Beklagten auf die Calumnienklage. Später mußte auch ein Inculpät, welcher gefoltert (*torquirt*) worden war, den Gerichten selbst eine Urphebe schwören, daß er sich wegen der Marter nicht rächen wolle. Sodann wurde auch mitunter der Eid, welchen der aus einem Gerichtsbezirke Verbannte dahin schwören mußte, daß er während der Dauer der Verbannung nicht zurückkehren wolle, als Schwören einer Urphebe bezeichnet (Böpsl II. 410).

Interessen der Stadt nach Außen vertreten werden. Wie es scheint wurde er jährlich aus der Mitte der Schöffen erwählt ¹⁾).

Noch eine Person im Stadtgerichte ist zu erwähnen, welche, obgleich nicht zum Stadtrathe gehörig, doch in diesem immer größeren Einfluß gewinnt. Es ist dies der Stadtschreiber (*notarius, scriba civilis*). Er war dem Schöffenrathe untergeordnet, wohl der einzige Beamte, welcher nebst einem Antheile an den Gerichtsgebühren auch einen festen Gehalt bezog. Ein gleichzeitiger Formularius nennt ihn das Auge der Stadt, das ewig wache Gewissen des Rathes. Er beherrschte durch Geschäftskentniß und gelehrte Vorbildung das städtische Rechtswesen. Ihm lag die Ausfertigung aller Urkunden und Schreiben, die Führung der Stadtbücher ob, er wurde in Geschäften der Stadt versendet. Da er seit dem 14. Jahrhunderte Doktor oder Magister, nicht selten Clericus war, wurde durch ihn die Annahme des römischen Rechtes vermittelt. Die Gerichtshandlungen, welchen er regelmäßig beiwohnen mußte, zeichnete er zur Gedächtnißhilfe, wie anderwärts, auf Tafeln ein. Daraus entwickelte sich nach und nach das Institut der öffentlichen Stadttafeln oder Stadtbücher. Die Grundlage bildet der *Liber manualis*, als unmittelbare Aufzeichnung der öffentlichen und mündlichen Gerichtsverhandlungen, und von vorwiegender Bedeutung für die Verhandlungen über Eigen und Erbe. Die Gerichtstafeln (*tabulae judicariae*), als Kundschaft der vor Gericht geschehenen Auflassungen und Vergabungen, werden aus jenen Aufzeichnungen mit Wissen der Schöffen von Stadtschreibern in Reinschrift vollendet und verkündet, sie werden auch Stadterbebücher (*libri haereditarii*) genannt. Für Strassachen, Achterklärungen wird das Acht- oder rothe Buch (*liber proscriptionum*) geführt. Für Stadtrechnungen dient das Rosungarium (*liber rationum*). Von größter Bedeutung wurde aber die Sammlung der wichtigen Urtheile, das ei-

¹⁾ In Prag (Tomel I. 292) kommt der Bürgermeister (*magister civium, magister juratorum*) seit dem Anfange des 14. Jahrhunderts vor. Wahrscheinlich wegen zu vieler Beschäftigung des Richters eingesetzt, scheint er anfangs nur dessen Stellvertreter in der Leitung außergerichtlicher Angelegenheiten und im Vorätze der Rathssversammlungen gewesen und, als einer der Geschwornen, wie in späterer Zeit das Amt alle vier Wochen gewechselt zu haben.

In Brunn kommen vor: (in den obrowitzer Kloster-Annalen f. 91) 1360 *Magister civium, judex, jurati et totum concilium Brunense*, 1378 (eb. f. 94) *Scabini et totum Conc. Brun.*, 1366 (in einer Kloster Thomaser Urkunde) *judex, magister civium* und (10) *jurati cives civit. Brun.*, 1391 (Schlager, 2. Reihe, S. 216): Wyr Hanns Rathner die zeit Burgermeister, Ich Symon die zeit Richter vnd die Schephen gemainchleich vnd der gesworen Rat vnd die ganz gemain arm vnd reich der Stat ze Brunn.

König Johann bestimmte 1331 (Boček VI. 328), daß in Streitigkeiten aus Erbfällen einer aus den Rathsmännern (*ex consulibus nostro civitatis, qui pro tempore fuerit*) und ein von den streitenden Parteien gewählter Mann das Friedensrichter-Geschäft üben sollen.

gentliche Schöffenbuch, das Ordelbuch (liber sententiarum), Rechtsweisungen für spätere Rechtsprüche.

Dem Fürsten war die Stadt Brünn ohne Mittel untergeben, in seinem Namen übte das Schutz- und Schirmrecht der Protonotar (der Kanzler) oder in dessen Abwesenheit der Landeskämmerer. Dieser wird immer bedeutender in dem Staatshaushalte des Fürsten. Nicht allein als oberster Verwalter der Landeseinkünfte, sondern auch durch das damit verknüpfte Schutzrecht, welches er über Personen, die außer dem Landesrechte (jus terrae) standen, im Namen des Fürsten ausübte. So über Juden und Kaufleute (servitores camerae familiares). Die Bürger vor allen sind in Streitsachen, wo das Recht verweigert wird, an den Kämmerer gewiesen. An dessen Stelle tritt in Mähren mit dem Anfange des 15. Jahrhunderts der Landesunterkämmerer (subcammerarius).

Die Stadtgemeinde hatte die vollkommene Gerichtsgewalt in Civil- und Criminalsachen innerhalb des Stadtgebietes. Zunächst in allen persönlichen Angelegenheiten der Bürger und ihrer Angehörigen (Brodesser, commensuales) und Untersassen (subsides), dann aber im weiteren Umfange in allen Rechtsachen über Stadt- und Bürgergut, Erb und Eigen, wenn gleich es in die Hände von Nichtbürgern gekommen war, darin konnte nur vor dem Stadtgerichte, vor den vier Bänken (ante quatuor sedilia iudicii), Recht erlangt, nur da gültige Verfügungen darüber getroffen werden.

Die Ausnahme von dieser Stadtgerichtsbarkeit über Personen innerhalb des Stadtgebietes beruhten in den Vorrechten der Adelligen, der Geistlichen und Juden für streng persönliche Angelegenheiten. Neue Beschränkungen in Ausübung der Gerichtsbarkeit entwickelten sich aus dem sich mehr und mehr ausbildenden Aufsichtsrechte der Landesfürsten über die Stadtgerichte. Der anfänglich auf einen unbedeutenden Antheil der Rechtspflege beschränkte Einfluß des Markgrafen und des Königs und seiner Verwaltungsbeamten wurde mehr und mehr ausgedehnt; die Berufungen an den Landesherrn in Rechtsangelegenheiten, anfangs nur ausnahmsweise in seltenen Fällen gestattet, durch Strafandrohungen beschränkt¹⁾, wurden unter dem Einflusse römischer Doktrin bei deren erweitertem Gebrauche zu förmlichen Appellationen, und dadurch mußte eine Unterordnung, welche der freien Verfassung der Stadtgerichte fremd war, entstehen.

Man kann mehrere Formen der Stadtgerichte (jus civile, jus civilatis) unterscheiden: 1) den ordentlichen Dingtag (judicium peremptorium, das gehegte offene Ding, „zu offen Tagen,“ judicium bannitum, das Pantaiding,

¹⁾ Nach dem Privilegium Rudolph II. vom Mittwoch der Aposteltheilung 1592 soll derjenige, welcher von einem Urtheile des brünner Stadtrathes an den König appelliren will, dem ersteren 15 Schock Groschen erlegen.

das ungebotene Ding), es wurde zweimal im Jahre nach dem Dreikönigstage (6. Jänner), dann am 14. Tage nach Ostern gehalten, für Civil- und Criminal-Sachen und Klagen der Juden gegen Christen; 2) nächst diesen feierlichen Jahresgerichten wurden die gewöhnlichen Gerichtssitzungen (*judicium ordinarium*), zweimal in jeder Woche, am Mittwoch und Sonnabend, für minder wichtige Angelegenheiten gehalten; 3) auch unter dem Ausdrücke *Morgensprache* (*Morgensprech*, *maniloquium*, *colloquium matutinale*) erscheint eine, wahrscheinlich der Gildeverfassung nachgebildete Rathversammlung der Schöffen, in welcher ausnahmsweise auch Rechtsangelegenheiten entschieden werden können; 4) als außerordentliches Gericht (*judicium extraordinarium*) wurde vom Richter auf Verlangen der Parteien ein besonderer Gerichtstag angesetzt und verkündet, an welchem ein minderer Grad von Oeffentlichkeit und eine geringere Zahl von Schöffen hinreichte.

Das *Pantaiding* (auch *judicium generale*, *judicium commune*) war ein Rechtstag der Städte, welcher sich über das Gebiet der Stadt erstreckte. Dieses Gericht, welches in Brünn zweimal im Jahre abgehalten wurde, erscheint (im 13. Jahrh.) andernorts in Städten unter dem Namen *Vogtding* als allgemeines Rügegericht, welches durch den Vogt oder Richter der Stadt unter Beirath der Dorfschöffen der Umgegend zur Entdeckung und Bestrafung der Verbrechen gehegt wurde. In späteren Jahren haben die Rämmerer und Unterkämmerer das Recht der Abhaltung und Ausschreibung solcher allgemeinen Gerichte in Städten in Anspruch genommen.

Für den Adel (*Nobiles et Wladicones*) waren die aus seiner Mitte zusammengesetzten *Landrechte* (*judicia terrae*) die eigentlichen Gerichtsstellen. In allen Verhandlungen über das Grundeigenthum des Adels behalten die Lehen eine vorwiegende Bedeutung durch die dort aufbewahrten Gerichtsbücher, *Landtafeln* (*tabulae terrae*), welche bis in das 13. Jahrhundert zurückreichen. Da werden alle Geschäfte, welche sich auf Grund und Boden beziehen, abgehandelt. Viermal des Jahres erscheinen die Adligen, um bei Oeffnung der Gerichtsbücher gegenwärtig zu sein. Die Landrechte entsprachen der alten Einteilung des Landes in Provinzen. Später wurde eine Vereinfachung Bedürfnis und die jamnitzer und znaimer Leuda mit der brünner vereinigt, es gibt seit der neuen Organisation durch Carl IV. (1348) nur zwei Landrechte und Landtafeln, die brünner und olmüzer, bis nach Jahrhunderten (1642) auch diese noch in eine, die brünner, zusammenschmelzen (Demuth, Gesch. der Landtafel Mährens, Brünn 1837).

In persönlichen Angelegenheiten werden Hofgerichte (*judicia curiae*) von überwiegendem Einflusse und durchbrechen die alte Kompetenz der Landgerichte. Sie verbinden sich mit dem ursprünglichen Burggrafengericht der Hauptburg und des gewöhnlichen Aufenthaltes des Fürsten und des Versammlungsortes der Adligen, Vasallen und Amtleute. Dort wurden nach der Natur der Sache auch die Lehenangelegenheiten im Rathe der Genossen entschie-

den, so daß sich dann bei dem Hofgericht die eigentliche Lehensgerichtsbarkeit festsetzte oder das Hofgericht auch Lehengericht wurde.

Die Geistlichkeit steht seit den ältesten Zeiten unter eigenen von allen anderen getrennten Gerichten. Der Bischof übt die Gerichtsbarkeit über alle zum Clerus gehörige Personen selbst, entweder in Synoden oder durch delegirte bischöfliche Richter aus. Der gewöhnliche geistliche Richter ist der bischöfliche Offizial (*officialis curiae episcopalis*). Doch auch Laien werden in geistlichen Sachen (*causae ecclesiasticae*) vor das geistliche Gericht (*forum spirituale, iudicium canonicorum*) gezogen. Als solche erscheinen Ehebruchsachen, Zehent- und Patronatsstreitigkeiten, Keterei, Zauberei und Streit über die Wirkung der Exkommunikation. Eine große Selbstständigkeit bewahren aber die Städte bei dinglichen Klagen der Geistlichkeit, welche Stadtgut und Stadtrecht betreffen, die nur vom Stadtgericht mit Wirkung verhandelt werden können.

Die Juden standen unter einem Judenrichter, der jedoch nur einzelne persönliche Angelegenheiten nach Sitte und Brauch richtete. Dann gab es nebenbei gewiß noch ein rabbinisches Schiedsgericht und eine religiöse Disciplin in Gewissens- und Ceremonialsachen.

Auch die Zünfte und Innungen strebten darnach eine eigene Gerichtsbarkeit sich anzueignen. Doch die Versuche, die Grenze der Gerichtsbarkeit auf eigentlich bürgerliche Streitigkeiten auszudehnen, oder gar auch selbst dingliche Sachen, Aufgaben der Zechen in ihren Versammlungen, abzumachen, wurden auf eine strenge Weise gerügt.

Endlich bestanden auch für Bergwerk- und Weinbau sachen eigene Gerichte. In letzterer Beziehung berief man sich nach Falkenstein in Oesterreich, von wo aus der Weinbau in Mähren sich verbreitet haben mag, als weitere Quelle des Rechtsbrauches in Weinbau sachen. In erster Instanz entschied der Bürgermeister (*magister montium*); die Brünnner sandten Weiszer zum (Wein-) Berggerichte in Selowitz (S. Notizenblatt der hist. Sektion 1856 Nr. 3).

Die Gerichtssprache war vorwiegend die deutsche, welche überhaupt fast in allen Städten Böhmens und bei Hof gebräuchlich war, da die Deutschen damals in allen bedeutenden Städten Böhmens und Mährens vorherrschten (Tomešs Prag I. 328); es finden sich nur wenige Spuren der böhmischen, zudem erst in den jüngeren Handschriften der brünner Rechtsaufzeichnungen. Fast alle Vulgar-Benennungen zur Verständigung des lateinischen Textes sind in deutscher Sprache (*vulgariter dicendo*). Die Stadtleute, das Stadtvolk (*vulgus*) spricht deutsch, es war die allgemeine Volkssprache (*quod vulgares dicunt*). Deshalb werden Gegenstände des tagtäglichen Gebrauches in dieser Sprache bezeichnet. Selbst die Bauern der umliegenden Dörfer verstehen nur deutsch. Die Klagen werden auch dort in deutscher Sprache vorgebracht; die Eidesleistung und die Verkündung des Urtheils geschieht in deutscher Sprache, für Brünn selbst die Aussprüche des Richters. Briefe werden in dieser Sprache vor Ge-

richt gebracht, und das Bedürfnis führte dahin, die ursprünglich in lateinischer Sprache abgefaßten Jura originalia in die deutsche Sprache zu übersetzen und so anzuwenden.

Bei eigentlichen Gerichtsverhandlungen wurden dennoch die Aufzeichnungen der Notare nach alter Übung, wenn auch nicht die Urtheile, in lateinischer Sprache verfaßt, wie überhaupt Aufzeichnungen und Bemerkungen, welche nicht für das Volk und die Partheien bestimmt waren, (Rößler, die Stadtrechte von Brünn aus dem 13. und 14. Jahrhunderte, S. LVI — LXXII.)

Auch in Olmütz war die Gerichtssprache die deutsche; in dieser wurden seit 1430 beiläufig größtentheils die Verhandlungen, welche bis zu dieser Zeit meist in der lateinischen Sprache aufgezeichnet worden waren, im Stadt- oder Gerichtsbuche niedergeschrieben. Neben lateinischen und deutschen kommen nur einige wenige böhmische Aufzeichnungen, gegen das Ende des 15. und im 16. und 17. auch böhmische Eintragungen in den Stadtbüchern vor, jedoch verhältnißmäßig immer nur einige (Vischof S. 19, 20, 25, 34).

In Folge der nationalen und religiösen Bewegungen zu Anfang des 15. Jahrhunderts und der Gelangung Georg's von Podiebrad auf den böhmischen Thron gewann aber die böhmische Sprache in Böhmen und Mähren im Allgemeinen gegen das Ende des 15. Jahrhunderts die Ueberhand und bis zu Anfang des 17. Jahrhunderts fast ausschließliche Geltung. Wie sie seit 1480 die lateinische aus den mähr. Landtafeln und Gerichtsverhandlungen verdrängte, fand sie gegen das Ende des 15. Jahrhunderts auch bei dem iglauer Schöffengerichte Eingang (Tomaschek S. 35, 59), kam auch in Brünn u. a. mehr und mehr zur Geltung (S. auch das merkwürdige Bittgesuch der deutschen Bürgerschaft in M. Neustadt um Abhaltung einer deutschen Predigt vom J. 1656 bei Eogl S. 205 — 209).

Die Verfassung des Stadtrathes, wie wir sie geschildert, erhielt sich in der Wesenheit Jahrhunderte lang.

Die „Gemein“ d. h. alle hausangesessenen Bürger, Ringsleute und Handwerksmeister hatte das Recht, die Losung (Steuer) zu bewilligen, und über wichtigere Angelegenheiten der Stadt zu beschließen. Sie repräsentirte das demokratische Princip im Gegensatz zum Stadtrathe und den Rathsverwandten, welche das Patriciat vertraten. Obwohl die Gemein nach dem Privilegium von 1292 das Recht hatte, die Stadtobrigkeit zu wählen, wurde doch nach dem Siege über die mächtig gewordenen Zünfte im 14. Jahrhunderte der Stadtrath immer aristokratischer, er ergänzte sich selbst und schuf damit auch in den Städten eine Oligarchie.

Die Versuche, welche Anfangs des 16. Jahrhunderts von den Zünften in einigen Städten Mährens gemacht wurden, diese Oligarchie zu stürzen (S. meine Geschichte von Iglau S. 63, 96, 148 ff., Leopold's iglauer Chronik, im 1. Band der von der hist. Sektion gedruckten Chroniken, S. 31 ff.), schlugen fehl, die Bewegung wurde unterdrückt und das Patriciat siegte abermal. Es

blieb aber doch der Gemein in Brünn das Recht, die Losung zu bewilligen und bei der Einnahme durch Vertreter zu interveniren, so wie das Recht der Beschwerde (Ludwig's Chronik S. 60, 64, 75, 76, 81, 91).

Als König Ferdinand I. nach seiner Krönung längere Zeit in Brünn weilte, suchte er den Uneinigkeiten und Gährungen zwischen dem Rathe und der Gemeinde ein Ende zu machen, welche Mathias nicht unterdrückt hatte, Ladislaw und Ludwig nicht unterdrücken konnten. Er verbot (Olmütz 24. April 1527) der Gemeinde auf das Strengste alle Vereinigungen und Widerseßlichkeiten gegen den Rath; diesem aber trug er auf, dafür zu sorgen, daß Niemand, welcher nicht einen Weingarten und Haus besitze, Wein schänke, wovon, wie von Alters her, eine Abgabe in die k. Kammer zu entrichten sei, und daß jede Woche ein Fleisch- und Brodmarkt gehalten werde, wo es jedem frei stehe, zu kaufen und zu verkaufen.

Die von Ferdinand I. in Wien eingeführten drei Rätthe (S. S. 366 kommen auch in Brünn u. a. in Mähren vor (auch in Iglau. Meine Geschichte S. 324). Der Stadtrath bestand nämlich im 16. Jahrh. aus drei Rathscollegien. Der sogenannte große, regierende oder sitzende Rath, welcher aus dem Richter, dem Ältesten, senior, der im Rathe den Vorsitz hatte¹⁾ und 12 Mitgliedern bestand²⁾, leitete das eigentliche Stadtre Regiment und nahm die Ergänzungen des Rathes vor durch Verufung neuer Mitglieder, wenn die Wahlperiode um war. Nachdem dieser Rath ein Jahr fungirt hatte, trat er ab, und es kam der zweite Rath zur Regierung, der dritte rückte an die Stelle des zweiten und der abtretende an die Stelle des dritten, dessen Glieder die alten Herren, die Glieder des alten Rathes genannt wurden. Diese jährliche Rathserneuerung in der Ofteroktav wurde unter den Auspizien des k. Landesunterkämmerers vorgenommen, welcher auch die Neugewählten (novitii genannt, jährlich in der Regel zwei) bestätigte. Ausnahmen waren, wenn der König die Rathserneuerung selbst vornahm, wie König Johann, welcher 1314 auf dem Rathhause unter einem Throne sitzend in eigener Person den Rath erneuerte, oder wenn der Landesunterkämmerer todt (1564 am 3. April verneuerte sich deshalb mit Bewilligung des Hofes der Magistrat selbst, 1602 verneuerte ihn der Oberstlandkämmerer Ladislaw von Berka) oder verhindert war

¹⁾ 1589 starb der erfame und weise Herr Mathes Schram, Ältester dieser Stadt Brünn. Ältester war nicht immer dieselbe Person, denn von 1592 — 1608 wechselten mehrmal Simon Kriebler und Mathes Knap; nach Ludwig's Chronik S. 80 scheint eine jährliche Befegung Statt gehabt zu haben, wahrscheinlich wie die Rätthe wechselten.

1603 starb der ehrenbeste ehrfame Herr Simon Kriebler von Altdorf, dieser Stadt Brünn der Älteste unter allen dreien Rätthen, welcher anno 1564 in Rath genommen ist worden, haben in 8 Junge Rathsfreund (zu Grab) getragen.

²⁾ S. das Verzeichniß der Mitglieder des sitzenden Rathes von 1592 — 1608 in Chlumetz's Schrift: Des Rathsherrn Georg Ludwig Chronik von Brünn, Brünn 1859, S. 1 — 5.

(zu Ende des 16. Jahrh. befand sich in der städt. Registratur ein, mit einem alten involucro von Pergament versehenes Buch mit der Aufschrift: Register-Verneuerung der Rätth, item Rathverneuerungen der Stadt Brünn).

Von den Rathsgliedern des sitzenden Rathes mußte einer durch 4 Wochen das Bürgermeisteramt (consulatus) führen. Der Bürgermeister hatte zwar keinen Vorrang vor seinem Collegen, wurde aber doch in ämtlichen Ausfertigungen der erste, vor dem Richter und dem Ältesten, genannt; seine Aufgabe war die Rathsbeschlüsse zu vollziehen, das Vermittleramt bei Streitigkeiten, die Aufsicht zur Erhaltung der Ruhe und Ordnung zu besorgen.

Die Glieder des Rathes wurden mit gewissen Gemeindegämnern be-
traut; einer war Kammermeister, (seit 1603) einer oder zwei Buchhalter, die „Tasern-Herren“ hatten die Aufsicht über den städtischen Keller, die „Wiesenherren“ über die städtischen Wiesen, die Spielberg-Verwalter über das städt. Gut Spielberg, die Benefizial-Verwalter über die Benefizien, die „Wasserherren“ über die Flüsse und Mühlgräben, die Spitalherren über das städtische Spital. Bei der Einhebung der Losung wurden als Losungs-Einnehmer auch Mitglieder der Gemeinde verwendet (1601, 1602 zu der Losung Michaeli verordnet aus dem alten Rath 2, aus dem sitzenden 2, aus der Gemeinde 2).

Die Civil- und Kriminal-Gerichtsbarkheit war Sache des Stadtrichters und der Weiser (Schöffen).

Die eigentlichen Schreibgeschäfte und Referate in Angelegenheit der Stadt führten der Stadtschreiber und sein Gehilfe der Unterschreiber. (1581, 1593 Johann Praschak, 1600, 1601, 1602 Mikulasch Tjernowzky, später Rathsverwandter). Der Stadtschreiber, welcher als Rechts- und Verfassungsfundiger eine hohe Stellung in der Stadthierarchie einnahm und häufig bei Deputationen und Gesandtschaften als Sprecher verwendet wurde, mußte immer ein wissenschaftlich gebildeter Mann sein. Sein Posten war nicht selten die Stufe zu weiterem Emporkommen.

Es konnte Niemand Rathsverwandter werden, ohne Hausbesitzer und vermögend zu sein. Doch kamen auch Handwerker in den Rath (wie 1601 der Schneider Hannß Scharl). Als 1602 der Oberstlandkämmerer Ladislaw von Berka bei der Rathsverneuerung beliebig Mitglieder in den Rath „erforderte,“ sagt der Chronist verwundert: „solche Veränderung, so jetzt geschehen, gedenkt kein Mensch zu Brünn nit, den Ir Majestät ernstlicher Befehl gewesen, keinen lutherischen oder der augspurgischen Confession gemess niemals mer in Rath zu nehmen, er sey den unter einer (Abendmal-) Gestalt und der katholischen Kirch anhengig.“

Die Kenntniß der lateinischen Sprache und sonach des in lateinischer Sprache geschriebenen sogenannten Municipals (der alten Rechte und Schöffensprüche) war bei den Rathsverwandten in Abnahme, denn 1601 berietten alle drei Rätthe wegen Verdeutschung des Municipals, deren sich der Registrar

Philipp Fabricius in Prag (wohl jener, welcher durch den Fenstersturz eine historische Person wurde) annehmen wollte. Es wurde aber nicht bewilligt, dasselbe in fremde Lande zu schicken. Einer wollte nur ein Exemplar haben, welches immer auf dem Rathhause bleiben sollte, ein anderer, es solle jeder ein Exemplar haben, ein dritter, man soll es lassen, weil es so lange ist angestanden. Es wurde daher nichts daraus; wer da Lateinisch verstanden hätte, wollte man keines vertrauen, das that Reid und Uneinigkeit (Ludwig S. 70).

In den Jahren 1592 und 1610 bestanden alle drei Rätthe (nämlich der innere oder sitzende, dann der alte nach dem sitzenden und der alte andere Rath) der Stadt Brunn aus 28 Personen (consul civil. senior senatus und scabini), dann 1 Syndikus (Syndicus et Notarius), 1 Untersreiber (Subscriba) und 1 Hauptmann (Capitaneus) in Gurein ¹⁾).

Zu den ursprünglich (schon im 13. Jahrhunderte) bestandenen 24 Schöppen oder Rathsgliedern waren im Verlaufe der Zeit noch 12 Personen hinzugekommen, wornach, da 12 den alten, 12 den sitzenden oder geschwornen und 12 den neuen äußeren Rath bildeten, der Gebrauch entstand, von 3 Rätthen (dem sitzenden, und zwei alten) zu sprechen ²⁾. Später fiel aber der dritte Rath wieder weg und die Rathsverwandten verminderten sich wieder auf die frühere Zahl von 24 ³⁾, ja auch diese gingen seit der Mitte des 17. Jahrhunderts auf 17 — 18 herab, wovon 12 den sitzenden oder geschwornen Rath, die übrigen 5 oder 6 den alten Rath bildeten, welche Verminderung bis in die neuere

¹⁾ 1592 waren in den 8 Rätthen: Simon Kriebler (senior senatus), Mathes Knapp, Hans Klopfer, Jakob Matern, Benedikt Umlauf, Hans Stocz, Martin Markus, Sebastian Tirner, Georg Scholz, Martin (Mertl) Wagner, Hans Kleinfeld, Matthäus Selowitzer, Lorenz Austerlizer, Simon Pollinger, Georg Myßlit, Michael Reich, Sebastian Sabinger, Mathes Helleseyr (Helleseur), Christoph Tschertt, Thomas Bulo, Mathes Schwarzel, Jobst Boglmann, Franz Gerolt, Martin Scheiblicz, Hans Brem (pro tempore consul), Thobias Kestner, Thomas Schram und Martin Greiml (Verzeichniß in den Schriften des Jakobs-Thurms-Knopfes, welcher 1842 herabgenommen wurde).

Im Jahre 1610 waren: Jakob Matern, Franz Gerolt, Hans Greiml, Elias Tyrner, Hans Muegl (von Wstuch), Lukas Koland, Anton Trubz, Wenzl Columban, Augustin Dörffler, Adam Affelner, Caspar Bulho, Jakob von Hoeff, Bernhard Hartenach, Christoph Jordan, Benedikt Umlauf, Hans Kleinfeld (von Lobenstein) Stephan Fribeczk, Ulrich Pilgenblatt (von Pilgenberg), Georg Rauczk, Thomas Riebl, Demetrius Reich, Georg Arnowetz, Kaspar Rhetaw, Jan Glabiz, Christoph Kramer, Paul Homorius, Matthias Spenzl, Simon Max. Kriebler (eb.).

²⁾ So erscheinen sie bei der Hulbigung, welche sie 1608 leisteten, 1610 bei der Rathserneuerung, bei welcher, da in allen 3 Rätthen 14 Personen abgingen, auf einmal 6 Personen, nämlich 3 kath. und 3 akath., für jeden Rath ein Katholik und 1 Akatholik, als Rathsfreunde aus der Gemeinde aufgenommen wurden (Die Schweden vor Brunn, von mir, S. 5, 7.).

³⁾ Im Jahre 1628 bestand der brünner Stadtrath noch aus folgenden 27 Personen: Demetrius Reich von Reichenau, königl. Richter, Johann Migl, Gabriel Roderstod, Christoph

(zu Ende des 16. Jahrh. befand sich in der städt. Registratur ein, mit einem alten involucro von Pergament versehenes Buch mit der Aufschrift: Register-Verneuerung der Rätth, item Rathverneuerungen der Stadt Brünn).

Von den Rathsgliedern des sitzenden Rathes mußte einer durch 4 Wochen das Bürgermeisteramt (consulatus) führen. Der Bürgermeister hatte zwar keinen Vorrang vor seinem Collegen, wurde aber doch in ämtlichen Ausfertigungen der erste, vor dem Richter und dem Ältesten, genannt; seine Aufgabe war die Rathsbeschlüsse zu vollziehen, das Vermittleramt bei Streitigkeiten, die Aufsicht zur Erhaltung der Ruhe und Ordnung zu besorgen.

Die Glieder des Rathes wurden mit gewissen Gemeindegliedern betraut; einer war Kammermeister, (seit 1603) einer oder zwei Buchhalter, die „Tasern-Herren“ hatten die Aufsicht über den städtischen Keller, die „Wiesenherren“ über die städtischen Wiesen, die Spielberg-Verwalter über das städt. Gut Spielberg, die Benefizial-Verwalter über die Benefizien, die „Wasserherren“ über die Flüsse und Mühlgräben, die Spitalherren über das städtische Spital. Bei der Einhebung der Losung wurden als Losungs-Einnehmer auch Mitglieder der Gemeinde verwendet (1601, 1602 zu der Losung Michaeli verordnet aus dem alten Rath 2, aus dem sitzenden 2, aus der Gemeinde 2).

Die Civil- und Kriminal-Gerichtsbarkeit war Sache des Stadtrichters und der Weisiger (Schöffen).

Die eigentlichen Schreibgeschäfte und Referate in Angelegenheit der Stadt führten der Stadtschreiber und sein Gehilfe der Unterschreiber. (1581, 1593 Johann Praschak, 1600, 1601, 1602 Mikuláš Tjernowjtz, später Rathsverwandter). Der Stadtschreiber, welcher als Rechts- und Verfassungsfundiger eine hohe Stellung in der Stadthierarchie einnahm und häufig bei Deputationen und Gesandtschaften als Sprecher verwendet wurde, mußte immer ein wissenschaftlich gebildeter Mann sein. Sein Posten war nicht selten die Stufe zu weiterem Emporkommen.

Es konnte Niemand Rathsverwandter werden, ohne Hausbesitzer und vermögend zu sein. Doch kamen auch Handwerker in den Rath (wie 1601 der Schneider Hanns Scharll). Als 1602 der Oberstlandkämmerer Ladislaw von Berka bei der Rathsverneuerung beliebig Mitglieder in den Rath „erforderte,“ sagt der Chronist verwundert: „solche Veränderung, so jetzt geschehen, gedenkt kein Mensch zu Brünn nit, den Jr Majestät ernstlicher Befehl gewesen, keinen lutherischen oder der augspurgischen Confession gemess niemals mer in Rath zu nehmen, er sey den unter einer (Abendmal-) Gestalt und der katholischen Kirch anhengig.“

Die Kenntniß der lateinischen Sprache und sonach des in lateinischer Sprache geschriebenen sogenannten Municipals (der alten Rechte und Schöffensprüche) war bei den Rathsverwandten in Abnahme, denn 1601 beriethen alle drei Rätthe wegen Verdeutschung des Municipals, deren sich der Magister

Nach dem Tode des mächtigen Landeshauptmanns Cardinal Dietrichstein errichtete Kaiser Ferdinand II. (Patent 19. Dezember 1636) als politische, Kammeral-, militärisch-administrative und für summarische Rechtsangelegenheiten als Justiz-Landesbehörde Mährens das k. Tribunal oder das Amt der Landeshauptmannschaft mit Collegial-Verfassung, welches einige Jahre in Olmütz, seit 1642 aber in Brunn seinen Sitz hatte.

Als Exekutiv- und überwachendes Organ des Tribunals wurde (um 1638) der nun in Eid und Pflicht des Königs genommene k. Kreishauptmann, früher ein Vollmachtträger der Stände, in den 5, beziehungsweise 6 Kreisen des Landes bestellt; einer für den brünner Kreis. Die ursprüngliche Bestimmung der Kreishauptleute als Führer des Kriegsaufgebotes hatte sich in Folge des Aufkommens stehender landesfürstlicher Heere schon längst verloren. Doch blieb noch immer eine Hauptbestimmung der Kreishauptleute, für die Märsche, Einquartierung, Verpflegung, Vorspann, Mannszucht der Miliz und, im nächsten Zusammenhange damit für die Eintreibungen der Contributionen zu sorgen. Ihre Wirksamkeit dehnte sich allmählig, auch in den königl. Städten, immer weiter aus. Damit die Gefangenen nicht über Zeit und Gebühr in Verstrickung gehalten und die armen mit gebührendem Unterhalte versehen werden, sollen die Kreishauptleute die Gefängnisse in den k. Städten vierteljährig untersuchen (Instruktion des k. Tribunals vom 7. Jänner 1659). Wie in Brunn aus dem Gremium des k. Tribunals eine Polizeicommission bestellt wurde, räumte das Reskript vom 17. August 1720 den Kreishauptleuten die Polizei-Inspection in ihren unterhabenden Städten ein (S. die Instruktionen für die mähr. Kreishauptleute von 1706 und 1734, meine Gesch. von Jglau S. 290, 330).

König Ferdinand I. hatte nach der Befiegung der deutschen Protestanten und ihrer Anhänger in Böhmen im Jahre 1548 eine Appellationskammer ob dem prager Schlosse als Obergericht des minderen (Bürger-) Standes nicht nur für Böhmen, sondern auch die böhm. Kronländer Mähren, Schlesien und die Lausitz eingesetzt, welches aus 1 Präsidenten, 3 Baronen, 4 Rittern, 4 Doktoren der Rechte und 4 Bürgern der Alt- und Neustadt Prag bestand. Er hatte befohlen, daß in Zukunft wider die Amtshandlungen und Urtheile der Gerichte in den königlichen Städten die Appellation weder an die Stadt Prag, noch nach Magdeburg oder Leipzig, noch an andere Orte außer Landes, noch an eine Universität gehen, auch von daher weder eine Rechtsbelehrung, noch ein Bei- und Blindurtheil (d. i. ein Urtheil eines berühmten Schöppenstuhles oder einer Universität in einer wichtigen oder verwickelten Sache mit Verschweigung der Namen der Partheien) genommen, sondern daß Jedermann, der sich durch ein in einer k. Stadt gefälltes Urtheil beschwert finde, an diese Appellationskammer sich zu wenden schuldig sein soll. Die Sprüche derselben sollen nach denjenigen Ordnungen und Rechten erlassen werden, welche, sie seien böhmisch oder magdeburgisch, in den betreffenden Städten und Gerichten im Gebrauche

standen. Nach der Reformation Ferdinand II. von 1628 erhielt die Appellationskammer den Titel Collegium und wurde aus drei sogenannten Bänken, nämlich der Herren und Ritter, zusammen 8, und der Doktoren, gleichfalls 8, zusammengesetzt. Nach der Instruktion Ferdinand III. von 1644 gehörten vor ihr Forum vornämlich zweierlei Sachen, nämlich 1) Die Belehrung d. i. die Belehrungsertheilung in den Kriminalsachen, welche die Staatsbewohner nach Inhalt der (böhm.) Landesordnung von 1627 N. 6, 7, 8, 10 und 19 von der k. Appellation zu nehmen haben, und 2) die Justizsachen der k. Städte. Die Appellationskammer soll auch die k. Städte anhalten, daß sie in den Rechtsachen bei Gericht nicht anders als schriftlich verfahren lassen. Es wurde die deutsche und böhmische Sprache zugelassen. Alles, was in dieser Instruktion von den Stadtgerichten Böhmens statuiert worden, war auch von Mähren zu verstehen. Der Kaiser übersandte (Resk. 8. Mai 1650) diese Appellationsordnung im Auszuge dem k. mähr. Tribunale mit dem Auftrage, dieselbe den k. Städten in Mähren zu insinuiren und in diesen Gemeinden mit dem Befehle publiziren zu lassen, daß von den Parteien in derselben Ordnung und Weise, wie in Böhmen, nach der Appellations-Instruktion an die k. böhm. Appellationskammer zu appelliren sei und die k. mähr. Städte in jurisdictionalibus derselben den Gehorsam leisten sollen.

Der Appellationszug nach Prag mußte den minderen Ständen Mährens (die höheren revidirten gegen die Urtheile des Landrechtes, Tribunals und olmüßer bischöflichen Lehenrechtes unmittelbar an den König zu Händen der böhm. Hofkanzlei) sehr lästig fallen und es wurden viele Vorstellungen gemacht; aber erst M. Theresia bestimmte das k. mähr. Tribunal zum Obergerichte Mährens für die Civil- und Kriminalsachen des minderen Standes (Resk. 18. November 1752), und erst Kaiser Joseph setzte (1783) ein allgemeines Appellations- und Kriminal-Obergericht für Mähren und Schlessen zu Brünn ein.

Die mähr. Landesordnung von 1628 hob bei dem Landrechte für die höheren, die Appellationsinstruktion von 1644 für den minderen Stand das frühere mündliche Verfahren in Rechtsangelegenheiten auf und sie, wie die späteren Appellations- und Revisions-Pragmatiken, führten ein verwickeltes und weitläufiges schriftliches Verfahren ein, mit welchem auch die Oeffentlichkeit aufhörte. Eine feste Ausbildung erhielt dieses mit vielen Rechtsförmlichkeiten, Verzögerung und Vertheuerung verbundene neue System durch das Institut der geschwornen Landesadvokaten, welches Ferdinand III. (1638) schuf, zu welchen später noch die geschwornen Stadtadvokaten kamen. 1667 gab es noch keine solche in Brünn, der Magistrat beschloß 2 aufzunehmen und dann von anderen keine Schriften anzunehmen (Hiernach ist die Notiz im patriot. Tagebl. 1801 S. 271, und in der brünner Zeitung 1860 Nr. 112 zu berichtigen).

Obwohl mit der Unterordnung unter das k. Tribunal blieb doch die ökonomische Oberleitung der k. Städte, die Einflußnahme bei der

zahl der Rathsmänner oder der Rathserneuerung dem k. Landesunterkämmerer.

Wie Geschenke und Discretionen, selbst an die höchst gestellten Personen, damals etwas ganz Gewöhnliches waren, suchten die k. Städte insbesondere auch die Gunst des Landesunterkämmerers auf solche Weise und durch Auszeichnungen zu bewahren ¹⁾.

Dennoch befanden sie sich insbesondere mit diesem Oberlandesoffiziere in Zwiespalt, welcher zu immer größerer Einengung des Wirkungskreises der

¹⁾ So heißt es z. B. in Aufzeichnungen von Brunn (patriot. Tageblatt 1801 S. 271, brünner Zeitung 1860 Nr. 112: „Ehrenbezeugungen und Geschenke für einen neuen Landeshauptmann.“ „Den 22. Juni 1667, ist von dem Magistrat in Brunn wegen Empfangung des neuen Landeshauptmanns (Grafen v. Kolowrat) consultirt, und ihm mit einer schulbigen Ehr durch Präsentirung der Stadtgarde, und Salveschießen aus den Musketen, dann mit Verschaffung in sein Regiment ein Paar Ruth Haber, ein Wagen Heu, ein Schoß schönes Stroh, auch Einlegung in den Keller 4 Eimer guten, 4 Eimer schlechten Oesterreicher Wein, zu begeben, geschlossen worden. Ist auch dem Verwalter auf Surein geschrieben worden, sich etwa um ein Paar Stück Wild zu bewerben, solche ebenfalls in die Küche zu präsentiren.“

„Werth und Motive einer Discretion an den Landes-Unter-Kämmerer: Den 6. Hornung 1668 ist von dem brünner Magistrate beschlossen worden, dem Herrn Landes-Unterkämmerer, wegen der suspendirten, und durch erklärte Dilation bis zu gewöhnlicher Jahreszeit tacite confirmirten Rathserneuerung, eine Discretion zu thun, und zugleich die Remuneration wegen beigelegter Differenz mit der Bürgerschaft zu refundiren; und zwar, weil die Znaimer und andere Städte, wo der Rath allein confirmirt worden, sich gewöhnlich eingestellt, und man den k. u. k. in den vielfältigen Aktionen vonnöthen hat, sei billig und höchst nothwendig, ihm ein dankbares Gemüth zu erzeigen, und wofern nicht mit 100 Dukaten eines Schlags nachzukommen zur Ersetzung solcher Quantität 300 Rthl. in Silber zu verehren, worauf den 11. v. Mts. weil das Gold mit Agio zu 15 kr. vom Stück aufgetrieben worden, solches präsentirt und dankbar aufgenommen wurde.“

„Den 5. Juni 1668 ward eine „Specification über Ihr Gnaden Herrn k. u. k. Bediente referirt, welchen wegen der Rathserneuerung eine gewöhnliche Verehrung zu geben ist, wie folget: Ihr gräfl. Gnaden Herrn k. u. k. 300 fl., für die Wahlzeit 75 fl., Ihr Gnaden der Frau Gräfin eine Galanteri — fl., dem Herrn Sekretär 18 fl., den Ranzelisten 9 fl., der Frau Gräfin ihrem Hofmeister 12 fl., dem Barbierer 3 fl., dem Roßbereiter 6 fl., dem Page 3 fl., den zwei Trompetern 6 fl., dem Tafelbeder 4½ fl., dem Unter-Tafelbeder 2 fl., dem Koch 8 fl., zwei Kalkien 3 fl., dem Kutscher 3 fl., dem Vorreiter 1½ fl., den drei Reitknechten 6 fl., dem Reitschmied 2 fl., dem Küchenjungen 1½ fl., dem Hausmeister 1½ fl.“

Der mähr. Landesunterkämmerer Johann Maximilian Kobylla von Schönwiesen auf Pröblich und Mittrow stand darauf an, daß ihm die Stadt Brunn eine Wache vor seinem Hause stelle. Auf die Anfrage des Bürgermeisters und Rathes entschied aber der Kaiser, daß sie derselbe nicht zu begehren habe, da der frühere Landesunterkämmerer Joh. Jazardowsky von Suditz die ihm von der Stadt angetragene Wache nicht habe annehmen wollen, noch derselben sich jemals bedient habe, auch dawider allerhand Bedenken vorhanden seien (Resl. 4. März 1682).

Magistrate führte, wozu freilich die üble Wirthschaft den meisten Anlaß gab ¹⁾. Die Regierung begann, auf die Regelung der Verhältnisse und der Kommunal-Gebahrung in den f. Städten immer größeren Einfluß zu nehmen.

Das Reskript Leopold I. vom 19. August 1684 an das Amt der Landeshauptmannschaft bestimmte, wie es hinsichtlich bei denen Rathßvernewerungen in den f. Städten gehalten werden solle. Es lautet:

¹⁾ Welche Zustände es in den f. Städten Mährens im Allgemeinen nach dem Ausgange des schrecklichen 30jähr. Krieges gegeben haben mag, lassen die Erinnerungen entnehmen, welche nach dem Tode des früheren Landesunterkämmerers Johann Salsborsky von Suditz der neue Friedrich Graf von Oppersdorf im Jahre 1667 bei der Rathßvernewerung in Olmütz an den Magistrat richtete. Ich theile sie wegen des allgemeinen Interesses hier mit. Ehliche Puncta, welche Ich Tragenben amts Halber, dem new Eingesehen Magistrat vorzubringen vor Notwendig erachtet. So geschehen Olmütz den 21. Nouembris An. 1667.

1. Wegen des Gottesdienst, denselben fleißig abzuwarten, auch die Untergebene darzu Zubalten, damit nicht allein Gottesforcht in dießer Königl. Stadt gepflanzt, sondern die Pselte an Son- und feiertagen, in die Kirchen fleißig Zu der Mees, und Prebig gehen möchten.

2. Die Justitz besser Zu administriren, welche mit großen schaden, wieder mähligthes lamentiren dato sehr Gelitten, und vielmahl des Richters Faur die billigkeit überwogen; dannenhero sehr vonnöthen, daß die Justitz wieder mähligthen in equalitate ohne einigen Respect ertheilet werde, die Actiones nicht versteigert, sondern den hiesigen Statutis nach, die Terminj obseruiret, und ohne anstandt, oder Verschueb, Judicirt werden;

3. Bessere Einigkeiten, und Untereinanders vernemen Zubaben, dan wie Ich vernembe, die Zeithero die uneinigkeiten also eingerißen, daß auch daraus Ehrenrührische Schmähungen unter den vornembsten des Rats so wohl, als anderen die verbieterung, und passion so Hochgestigen, das man ohne schey, von Geist. und weltlichen vbel geredet, und in allen ihren Thun, und lassen nichts anders, als lauttere passiones verspühret, dadurch viel gute und nützliche unterredungen Hinderställig Verblieben, und daß gemeine Weesen am meisten dadurch leiden müssen, wodurch die Gemeine allen Respect verlohren, und solches soban nicht allein schriftlich bey Hoff, und allerorten außgebreitet, sondern so öffentlich, daß es Ein schandt ist, unter den gemeinen darvon geredet wird;

4. Die Armen Witwen und weysen Thun auch nit wenig schreyen, und lamentiren, woran große Verantwortung stehet; dannenhero sollen die Weyßen Ämbter also bestellt werden, damit man auch vor Gott verantworden könt, und die Notturfft auch der gemeine nutzen erfordert. Die Vormünder sollen Zu richtiger ablegung der Weyßen Reptung, mit ernst angehalten, und nit verstatet werde, daß der Weyßen Gültter durch sie Verzehret, und die weissen also umb daß ihrige gebracht werden, und Ich will haben, damit die obhandene Weyßenordnung mir Eingereicht werden, damit ich mich darinnen ersehen, und was darbey abgängig, remediren möge.

5. Undt weilen alles auffnemen ein Fundament ist, ein gutter policey, welche dieses orts vor andern erfordert wird, in dehme weber der gemeiner Stadt Communia, weniger der Burger particular priuilegia in einige obacht genommen werden, dannenhero auch alles Handell, und wandel, aller Schand, und Vrber gänzlich erliegt, und ob schon die gemeine dehntwegen vielmahl lamentiret, so ist denensen doch dato einige remedirung beschehen; also Thue von meinem Tragenben Amt, dem Ehrsamben magistrat, mit ganzen

Uebe Getreibe. Wir haben Uns Ewere Bede Amtsbericht, die Uns Ihr egen deren, bey denen Raths Vernewerungen Unserer Königl. Städten in Unserm Erb Marggraffthumb Mähren aufgehenden unkosten, wie auch, über der dsehen dem Gestrengen Unserm Rath, Obristen Hof Richtern, Landes Unter

Ernst anbefehlen, das sie ihnen nicht allein alle mögliche remedirung Eifferigst angelegen sein lassen, sondern auch, daß sie mit nechsten, durch Einen Außschues gewisse Ratsglieder, sowohl an Burgermeistern, als Rats Schöpfen, die mangel des Justitzweesen, als auch er-manglender Policey, Zu Pappier brengen, dieselbe fleißig erwegen, wie denenselben Zube-gegenen, vnd auf was weise Zu remediren, in deliberation Ziehen, auch da was neues Zu statuiren, alles Zu Pappier brengen, vnd mir Zu fernern deliberation, vnd Einrich-tung vberfenden.

6. Weilen Ich auch vor Gnth vnd billich erachte, das allJährlichen die gemeine Zweymahlen Zu gewissen Zeiten ans Rathhaus gefordert werde, vnd denenselben die, bey dem Rath befündliche Notturnen vorgetragen, auch die gemeine mit ihren beschwården ver-nommen, vnd selbte ohne anstandt, der billichkeit nach, remedirt werden, wordurch also einig-keit, vnd liebe Zwischen dem Rath, vnd der gemeine erhalten, vnd alles Besorgliche vbel Zeittlich remedirt werde.

7. Ich sehe auch, daß der gemeinde Wirtschafft gahr schlecht administirt wird, vnd vielleicht, wie der gemeine Kneff gehet, mehren Theils ehlichen, als dem gemeinen weesen, Zum besten geführt wird, vnd ob zwar Zu beßerer derselben Einrichtung gewisse Instruc-tiones, noch bey Verstorbenen Herrn Landes Unter Cammerers eingerichtet, und sub Jura-mento, denselben nachZuleben, aufgelegt worden, So vernembe doch, daß in diesem wenigsten nachgelebt, sondern dem alten vbeln gebrauch nach, gewirtschafft worden; Als ist auch mein amts befehlich, dieselbige Instructiones nicht allein, mich darinnen Zuersehen, mir Einzureichen, sondern vor anbefohlener maßen, ohne anstandt denselben gemees nach-zuleben, vnd weilen allerhandt mangell bey eben der Wirtschafft sich ereignen, als will Ich auch Haben, daß auch gewisse Personen verordnet werden, welche Zu meiner nachricht, nicht allein die vor dem Schweden geweste Einkunfften extrahiren, vnd gegen den Zigen Conferiren, auch darauf bedacht, vnd deliberirt werden möchte, wie solches in alten standt Zu bringen, alsdan alles miteinander Zu Pappier, mich darinnen Zuersehen, bringen, vnd mir Zuschicken, wordurch also die obhandene Vnordnungen allerseits remedirt, das Justitz-weesen ordentlich eingerichtet, die Policey gemeiner Stadt vernuert, auch die Wirtschafft der gemeine, mit Rechter ordnung bestellet, vnd also die Stadt in voriges auffnehmen gebracht werden möchte.

8. Weilen Ich auch wissen mues, was die gesamnten Gltter der Communitet ein-tragen, vnd wie sie aniso beschaffen; als soll man auch durch oben verührte Commissarien, die gesamnten Gltter beschreiben, vnd mit allen appertinentien ad notam nemben, vnd wie es in einem vnd andern beschaffen, Consigniren Zu lassen, damit man nach erschung die Wirtschafft vmb so viel beßer bestellen, vnd der gemeine nuß desto embßiger Vermähret werden könnte.

9. Es tomben auch unterschiedliche beschwården vor, das Einer dem andern in sein Amt greiffe, vnd sich ehliche Theils sachen annemben, die ihnen nit Zustehen, Also wer-den sie Hiermit ermahnet, das ein dem andern in sein amt nit greiffe, vnd sich einmüßige, sondern ein Jeder seiner Profession, vnd Im anvertrauten Amt nach, sich Halte.

10. Ich mues auch mit Vermunderung Vernemben, das bey denen Rats sessionen ein, dem andern, in sein Votum einfalle, wan etwan einer etwas dem gemeinen Weesen

Cammerern im erwehnten Unserm Erb Marggrästhumb Rähren, und Lieben Getrewen Johann Maximilian Robilla Von Schönwischen auf Pröblich und Ritrow, und jetzt besagten Unsern Königlichen Städten, wegen der anzahl der Rathsmannen sich eraigneter diferentz untern datis den Sieben und Zwanzigsten Sep-

Zum besten notiren Thut, welches etwan andern nit gefällig, ungebührlich anzufahren pflegen. Als werden sie von meinem Tragenben Amtswegen ermahnet, sich bey denen Rats sessionen bescheidenlicher Zuberhalten, einer dem andern in sein notum nit einfallen, sonst wird man sich wieder einem, oder den andern nachmahleus beschwören, so werde Ich schon wissen, wie mich gegen solchen Zu verhalten.

11. Es beschwören sich auch nicht allein die durchreisende, und alhier anitz sich aufhaltende frembde Leute, sondern auch gahr die gemeine Burgerschaft selbst, wegen des vblen Biers, in dieser Stadt, daß man Ja kein Tropffen guttes Bier bekommen kan, Vbles Brodt, und bey dieser wohlfeilen Zeit ziemlich kleines Gebaden wird, die Handwerks-Leute, ihre wahren nicht genungsam Verteyern, und schäzen Kunen, die Weege, und strassen, da man doch die Rauthen einnimbt, nicht Gebessert werden, In den gassen, und gahr auf allen Plätzen dieser Stadt, Unterschiedliche Unflettereyen gelitten werden; als wird der neue Magistrat von amtswegen ganz ernstlich ermahnet, darauf obacht zu haben, damit alles dieses, wie In diesem Punct vermeldet wird, remodirt werde, das sowohl frembde als Einheimische sich nit darwieder Zubeschwehren hetten.

12. Es soll auch das Exercitium mit dem Schieszen alten gebranches nach Continuirt werden.

13. Ich vernembe auch, daß unlängst die hiesige gemeine dem Ehrsamben Magistrat ehliche Puncta eingereicht, Als will Ich, das man mir dieselbige Zu übersehen übergeben möge.

14. Und weilen mir auch Zu wissen Bonnötten, wie stark etwan die hiesige Burgerschaft ist, als wird man mir müssen eine Consignation, aller der Burger in dieser Königl. Stadt Umlitz mit nahmen und Zunahmen geben, auch darbey setzen, was Einer, oder der andere vor Ein dienst bedienen Thut.

15. Item Eine Consignation, von welchen Personen, ein, oder das andere Amt, dies vergangene Jahr, Bedienet und administrirt worden.

16. Weilen Ich auch Vernembe, daß über die alhiefige Spitale schlechte Inspection ist, und gahr vbel gewirtschaftt wird, als ist mein amts befählich damit man auf die Spital Herrn bessere achtung gebe, auf das sie nicht allein Richtigere Rettung abführen, sondern auch Anders wirtschaften.

17. So werden sie auch Hiermit ermahnet, damit sie auf reparirung der Stadtmauer nit Vergeßen, sondern lieber, wo es vounötten ist, zeitlichen repariren lassen, und was man izunder noch mit wenigen Unkosten zuRichten kan, nicht aufstehen lassen, bis man es Hernacher mit doppelten, oder Trituppelten Unkosten Berichten müsse.

18. Damit auch Ihr Mayestät regale besser beobachtet werde, in sonderheit an dem Wein Tag, Als ist mein amts befählich, das man bessere Inspection anstelt, damit durch Unterscheiff, bey denen Wein Herrn, Ihr Mayestät einkunfften Vermehret, und nit Vertuschet werden.

19. Ich vernembe auch, daß bey denen gemeinen Mayerhöffen, mehr frembdes als der gemeine Zugehöriges Vieh, gehalten wird, Als befehle von amtswegen, damit ins künfftige kein dergleichen Vieh, es mag gehören, wem da will, gelitten, sondern aufstath des frembdes, desto mehr gemeines Vieh gehalten wurde, und hierdurch die Einkunfften sich Vermehren Wnten.

tember Des nächstverwichenen, vnd Neunten May dieses Jahrs gehorsamst eingeschicket, unterthänigst referiren, vnd Vortragen lassen. Wie Wir nun solches alles in fleißige erwögunge gezogen, vnd gnädigst befunden, daß so Viel die bey denen Raths Vernemungen aufgehende Spesen anbelangt, Dieselbe gar übermäßig seyn, vnd machens Jahr auf etliche Viel Hundert, ja so gar bis in die Ein Tausendt Gulden bey einer Königl. Stadt allein sich ertragen, da doch notorium,

20. Ingleichen auch die Neben Gründe der gemeine Zugehörig, soll man nit so einem Neben vmb sonst genügen lassen, sondern dergleichen Jede Acker, sey Vnter einem Behenten, oder gewissen Zinsß Zum gennß vberlassen, wodurch der gemeine nutzen verbessert wird.

21. Ich verneme auch, daß etliche Rats Personen Zu 3. 4. Ja gar Bis in die 10. vnd 12. Heißer, an sich erlauffet, vnd weilen sie Ratsverwandten sein, Von allen solchen Heißern weder lößungen, vnd dergleichen schuldigkeiten nit abführen, vielweniger die schuldige Wachten Berichtten, wodurch merklichen die arme Burgerliche gemeine mit denen Wachten, vnd anderen aufslagen Leidet, Als ist mein ganz ernstlicher befehllich, sey er auch wer da will auß dem Rath, außershalb eines Hauses, von dem andern keine dergleichen Freyheiten Zugestatten, sondern Zugleich in daß mitleiden, vnd abführung allerley schuldigkeiten gezogen werden; auch die Wachten Berichtten helfen.

22. Weilen Ich auch verneme, daß von dem seel. Herrn Landes Vnter Cammerern der Magistrat erindert worden, daß alle aufgaben sollen Vnter einer recognition, von Einem Regirenden Burgermeister, vnd Einem Schöpfen des sitzenden Rats unterschrieben werden, als will Ich hoffen, das sie diesem sehr nöthigen befehllich nachkomben, so es aber dato nicht geschehen, vnfehlbar nachkomben sollen.

23. Ich verneme auch, daß sich Theils des Schrottgeldes entblinden wollen, weilen dan der gleichen schrotgelber, alle ins gesamt, keinem außgenommen, Zugeben schuldig, vnd Hierdurch der gemeine Einkünfften Vermehret werden; als soll auch keiner dergleichen Schrottgelber Exemt sein, sondern einer als der andere Zugleich, Zu denen gemeinen Einkünfften abführen.

24. Es ist auch von dem seel. Herrn Vnter Cammerer Zum öffteren erindert worden, damit die in der alhiefigen Rats Cancellen, von vielen Jahren hero, sich besündliche, vnd hin vnd wieder zerstreuter liegende schriefften, durch gewisse verordnete Leute in die ordnung gebracht werden, das, wan etwas von Schriefften ins künfftig außzufuchen vonnöthen were, solches Bald gefunden werden möchte; Als will Ich auch hiermit sie ermahnet haben, solches ins werd Zu bringen.

25. Mues auch mit Verwunderung vernehmen, das von Theils auß dem Rath der gebührende Respect dem Herrn Kayser Richter nit gegeben wird, wodurch als dan schlächte parition folget. Als Thue Ich vom Tragen den Amt alle insgesamt ganz ernstlichen ermahnen, dem Respect dem Herrn Kayser Richter nicht Zuverliehren, sondern ihme in diesen Würden, vnd Estimation, Worin Ihr Mayestät Unser allergnädigster Herr Imbe eingesetzt, halten, vnd respectiren, Anders wird sich einer vnterziehen, ihme allen gehorsamb, vnd Respect nit Zugeben, soll gewis Exemplarisch abgestrafft werden, vnd Ja gar von seinem ambt Abgesetzt.

Leztlichen will Ich Hoffen, das allem diesen wird fleißig nachgelebet werden, vnd der Herr Kayser Richter Handt darüber halten, das es geschehe, auch die Herrn Burgermeister, vnd andere Schöpfen, darob sein, damit das gemeine Weesen nit leide, vnd einsmahl eine gutte Policey eingepflantzet wurde. Solte es aber wieder Verhoffen, diesem meinem amtsbefehllich, vnd Gutter anordnung nicht nachgelebet werden, müß man mich hernacher nicht

daß dieselbe mit so großen geistlichen fundationen, vnd andern Schulden beladen, daß Sie die Interessen, oder laufende Zinsen zubezahlen nicht Vermögen, zugescheiden, daß Sie die Capitalien zuertrichten Ihnen Hoffnung zu machen setzen, zumahlen bey deren andern ihnen sonst auch unvermeidlich obliegenden Allgemeinen anlagen Vnd praestationen bey dem universo, vnd erhaltung ihres Stadtweesens, warmit Sie doch kummerlich gefolgen können.

Als haben Wir nicht allein billich, sondern auch Hochnothwendig erachtet, Hinfühls eine mäßigung vorzunehmen, wie es Hiemit beschicht, vnd wollen dannenhero, daß hinführo Einem Königl. LandesVnter Cammerer, ohne unterscheid, ob Er des Herren- oder Ritterstandts ist, Von denen Raths Bernerwerungen, welche auch Jährlich nur einmahlen zubeschehen, in fixo Von denen gesambten Städten Sechszehen Hundert Fünf vnd zwanzig Gulden, mehrers aber nicht, haben, weniger begehren, noch annehmen solle; Warzue die Vier Städte Olmütz, Brünn Znaymb, vnd Iglaw, eine jede zu drey hundert, Mährisch-Newstatt zweyhundert, Grabisch Ein Hundert fünfzig, vnd Gaya Fünf und Siebenzig gulden, Herzugeben haben werden, vnd zwar nicht in gewissen Guldenen, oder Sibernen Münz-Sorten, Sondern in gemeinen laufenden gelbt; Die übrige Schandung aber, so denen Weibern, allerhandt bedienten vnd gesinde des landes Vnter Cammerers, mehreres Von wegen eines Mißbrauchs, als sonst guten Herkommens, insonderheit aber die Bezahlung der Handwerthsleithen, allerhandt Auszügeln, vnd arbeitss-lohn, hinführo gänzlich ab- vnd eingestellt seyn sollen. Doch ausgenohmen seien des Landes Vnter Cammerers Amtschreibern, denen für ihre bemühung billich Ein Hundert und Fünfzig gulden, vnd zwar Von denen Vier Städten, Olmütz, Brünn, Znaymb, vnd Iglaw Zue Fünf vnd zwanzig, Von Mährisch-Newstatt vnd Grabisch zu zwanzig, vnd Von Gaya Zehen Gulden zu reichen seyn werden.

Belangendt das gewöhnliche tractament, seynbt Wir gnädigst gewöllet, daß selbiges bey Gaya mehreres nicht, als etwa dreyßig, dies Vierzig- Vnd bey denen andern Sechs Königl. Städten über Fünf vnd Siebenzig gulden nicht geschehe, doch in des landes Vnter Cammerers willkühr gestellet seyn solle, solches gelbt anzunehmen, vnd selbst darumb zu tractiren, oder von denen Städten sich darvon tractiren zu lassen. So aber allselths Von denen Spesen bey denen Raths Bernerwerungen zu Verstehe, nicht aber auf die ienige fälle, wo Unser landts Vnter Cammerer in anderen der Städte angelegenheiten dieselbe zu besuchen pfleget,

verdenken, wan Ich solches nicht allein gehöriger orten, das man zu einiger gutter Policey nit schreiten wolle, beybringen, sondern, etwan dieselbe, die es nicht Berichten wollen, oder Verhündert haben, gar von den ämbtern weeg Thun. Actum ut supra.

Friedrich Graff Von Oppersdorff.

(Diesen, wie es scheint, Original-Akt, aus Langh's Sammlung, dann die S. 104, 125 und S. 391 — 395 angeführten Akte, habe ich dem Landesarchive übergeben).

da Er mit denen Liefergeldern, der Täglichen Fünfzehen Gulden, so Ihme als einem Obristen LandtOfficierer des Rittersstands, Vermög der declaratoriae de anno Sechshundert Ein und Bierzig, außgesetzt ist, sich billich ZuVergnügen hat.

Nachdeme Wir auch bißhero Wahrgenohmen Haben, daß wegen Unseres Landt Unter Cammerers beneventier- oder empfangnuß bey seiner ankunft in Unsere Königl. Städte, unterschiedliche differenzien entstanden. Als haben Wir derentwegen untereinst gnädigst resolviret, daß es zwar bey deme, was hierin- fahls bißhero hergekommens gewesen, sein bewenden haben möge, doch aber eine solche moderation dabey gebrauchet werde, damit dasjenige, was in der gleichen begebenheit, Uns, als dem LandtsFürsten Zubeschehen pfeget, wie keinem anderen Unserm Landes-Officierer, also auch Ihme Landes Unter Cammerern nicht gemein sey, insonderheit aber daß Tummel- und Herpauchenschlagen, wie auch das Trompetenblasen, Zumahlen an denen orthen, wo Unsere Königl. garnison liget, wie auch das entgegen fahren außer landes, oder auch des Gresses, wie ingleichen die entgegenschickung der Worspann hinfüro gänzlich Verbothen, Vnd abgestellet sein sollen.

Was Leglich die anzahl der Rathmannen anbelangt, nachdeme Wir gnädigst nicht absünden können, daß derselben mehreres, als Vonnöthen, aufzunehmen, oder zu erwählen, Unsern Königl. Städten, und dem Gemeinen weesen Vortrüglich seyn kan, wehlen die besreyung Von denen Wachten, einquartirung, vnd anderen allgemeinen Bürden, der übrigen Bürgerschaft gar zu beschwärllich gemacht, auch denen Rathsverwandten die divisiones, vnd ihre gebührnuß allzuweh durch die Mänge der Rathsmannen diminuiert, und geschmälert wurden. Als wird es bey der jetzigen anzahl der Rathmannen, so die Stadt Vorzuschlagen, Vnd Unser Landtunter Cammerer, dem befund nach, anzunehmen hat weiters sein bewenden Haben.

Welchem nach Ihr so wohl denselben, als auch Unsere Königl. Städte Zubescheiden, Er auch die bißhero in suspensio Verbliebene Rathsvernewerung zwar widerumb, doch ehender nicht, als gegen dem nechstkünftigen Monath octobri Vorzunehmen, Ihr ob allem diesen Von Amtswegen Hauptzuhalten, vnd also Unsern gnädigsten willen und meinung gehorsambst Zu erstatten wissen werdet.

Geben Wienn den 19. Aug. im 1684 Jahr.

„Da hervorkam, daß bei der Stadt Brünn das Stadtwesen durch 17 und in Znaim durch 12 Rathsverwandte genugsamb bestritten und regieret werden könne,“ so ließ es der Kaiser bei dieser damaligen Anzahl für diesmal bewenden (Resk. 16. Dez. 1684).

Kurz nachher beschwerte sich der Bürgermeister und Rath der Stadt Brünn gegen den genannten Landesunterkammerer, daß er sie in ihrer freien Wahl zuwider den a. h. Resolutionen vom 19. August und 16. Dezember 1684 abermals beeinträchtige, die von ihnen mit seinem Vorwissen und Consens vorge-

nommene und demselben gebührend eingehändigte von uraltersher privilegirte freie Wahl der Rathmannen nicht confirmiren, noch die von ihnen erwählten und demselben in der a. h. ausgesetzten Zahl präsentirten tauglichen Subjekte annehmen und befördern, sondern die freie Wahl an sich ziehen und pro suo affectu und nach seinem Wohlgefallen die Rathspersonen in ihr Mittel eindringen und einsetzen wolle. Der Kaiser ließ (Rescript 11. August 1689) den Landesunterkämmerer erinnern, daß er die Stadt Brünn, wie alle anderen k. Städte wider ihre Privilegia, Recht und Gerechtigkeit, insonderheit aber wider ihre freie Wahl keineswegs beeinträge oder beschwere, die ihm zum Rathsmittel vorgeschlagenen Subjekta unweigerlich annehme, also die Raths-Berneuerung befördere und dem gemeinen Wesen zu Schaden weiter nicht aufhalte, wenn er aber etwas Erhebliches einzuwenden habe, daselbe im Wege der Landeshauptmannschaft an den Kaiser berichte. Dieser ließ es auch ungeachtet der Einwendungen des Landesunterkämmerers bei der vorübergegangenen Wahl. Da die k. Stadt Brünn gleich andern k. Städten wegen der freien Wahl von uraltersher privilegirt sei und sich im ruhigen Besitze befinde, wolle sie der Kaiser auch dabei weiter erhalten und gehandhabt wissen.

Es wäre daher vom Landesunterkämmerer besser geschehen, wenn er die mit seinem Vorwissen und Consens erwählten Rathspersonen angenommen als unter dem Vorwande unbegründeter Bedenken sie zu confirmiren angestanden, zumal in der Resolution vom 19. August 1684 ihm klar bedeutet worden, wie er sich zu verhalten und die Worte: Dem Befunde nach nicht dahin zu verstehen, daß er die neuerewählten Rathspersonen nach Willkühr (pro libitu) annehmen oder verwerfen könne. Dieß stehe ihm nur dann zu, wenn erhebliche Ursachen vorhanden, die den Neuerwählten von der Rathswürde billig ausschließen, nämlich eine fundbare Untauglichkeit, übler Handel und Wandel u. dgl. mehr, worin aber der Landesunterkämmerer behutsam vorzugehen und Niemanden ohne scheinbaren Grund der Wahrheit in ungleichen Wahn oder Verlehung seines guten Namens und Reumunds zu ziehen habe. Der Stadtmagistrat wurde übrigens beauftragt, „hinsühro keine, Welche sich anderswo in Herren Diensten aufhalten vndt die Rathsstelle würklich nicht versehen wolten, (in den Rath) aufzunehmen“ (Res. 14. August 1686).

Bevor wir zu den noch viel weiter greifenden Umstaltungen des 18. Jahrhunderts schreiten, wollen wir uns gegenwärtig halten, wie es mit der Stadtverwaltung im 17. Jahrhunderte aussah.

Im Jahre 1669 bestand der Stadtrath in Brünn aus einen sitzenden Rathe, mit dem Primator und 11 Räten, und aus dem alten oder äußeren Rathe von 6 Mitgliedern.

Aus den sämtlichen Rathsgliedern wurden, je zwei, Verordnete zur Tafel, als Buchhalter, als Verordnete zum Fischen, Bräuhaus, Brodbeschauen, zur Gebäubesichtigung, zum Zeughause, Zuchthause, Fleischbeschauen, und Weinkosten, bestimmt und die Vorsteher des

Kammer-, Beneficiatum- und Spitalamtes, die Kirchen-, Ziegelamts-, und Bogtey-Verwalter, endlich der Quartiermeister gewählt. Zwei Glieder des sitzenden und zwei des alten Rathes, dann zwei Gemeindeglieder machten die Losungs-, 2 Gemeindeglieder die Contributionseinnnehmer, endlich zwei Gemeindeglieder die Kasseverwalter (S. über den Rath im Jahre 1670 *Crugeri sacri pulveres Regni. Boh. et Mor., mense Augusto*)¹⁾.

¹⁾ Im Jahre 1668 war der brünner Stadtrath in folgender Weise zusammengesetzt:

Eigender Rath: Andreas Poresch von Poreschenborff Primator, Joh. Ferd. Hoffer, Andreas Hoffmann, Andreas Erna, Max. Ferd. Gröschl von Hohenfels, Joh. Ant. Schneller von Fichtenau, Mathias Rud. Helmhuert Ostrowsky, Christian Fischer, Paul Ignatius Mergenthaler, Simon Fischer, Joh. Georg Mezger, Martin Augustin Teutschmann.

Stadtrichter: Thobias Franz Weinreich.

Im Alten Rath: Joh. Honorius von Wischau, David Brandeis.

Cassae-Verwalter: Joh. Will, Reinhardt Biermeß.

Rath der Stadt Olmütz 1668. Bürgermeister oder Consules: Georg Topolansky, Thobias Bechatschle, Joh. Jak. Bischoff, Mathias Puff. **Judex:** Ferdinand Stahl, **Scabini:** Wenzl Gromus, Franz Rauffmann, Joh. Hirsch, Simon Mitschke, Gottfried Escher, Antonius Kleinman, Ignatius Dominicus Ferch. **In antiquo Senatu Consules:** Georg Biretha, Thomas John, Christoff Koller, Andreas Hauptman. **Scabini:** Thomas Gloß, Bartholomäus Grand.

Wir glauben keinen uninteressanten Beitrag zur Geschichte des Landes zu liefern, wenn wir im Folgenden eine Uebersicht geben, wie die Verwaltung der 1. Städte Mährens im Jahre 1669 eingerichtet war.

Stadt Olmütz.

Bürgermeister oder Consules: Georgius Adam Biretta, Thomas John, Christoph Koller, Andreas Hauptmann. **Judex:** Ferd. Stahel. **Senatores:** Wencoslaus Ernestus Gromus, Simon Misky, Thomas Gloß, Godefridus Escher, Barth. Grand, Ignatius Dominicus Ferch. **Novitius:** Joannes Maska. **In exteriori Senatu Bürgermeister oder Consules:** (Die 1668 im innern waren, nämlich) Topolansky, Bechatschle, Bischoff, Puff. **Senatores:** Franz Adam Rauffmann, Joh. Rud. Hirsch, Anton Kleinmann. **Novitius:** Paulus Spiegle.

Stadt Brünn.

Eigender Rath: Andreas Poresch von Poreschenborff Primator, Thobias Franz Weinrich, Johann Honorius von Wischau, Andreas Hoffmann, Johann Antonius Schneller von Fichtenau, Matthias Rudolph Helmhuert, David Brandeis, Johann Georg Mezger, Martin Augustin Teutschmann, Rudolph Helmhuert, Franz Carl Reichalm, Johann Paul Schmiedt.

In dem Alten, obern Aussen Rath: Johann Ferdinandt Hoffer, Andreas Erna von Ehrnau, Max. Ferdinandt Groschell von Hohenfels, Christian Fischer, Paul Ignatius Mergenthaler, Simon Aloysius Fischer.

Stadt Znaimb.

Geschworne Rath: Johann Ernst Glindter, Matthias Reibauer, Christian Franz Betth, Friederich Franz Müller, Joseph Edh, Elias Better, Caspar Bertsch, Johann Suarez, Adam Franz Sartorius, Georg Fues, Johann Aluegmann, Johann Pauer, Newerwöhler.

Stadtrichter: Johann Ernreich Großmann. **Cassae-Verwalter:** Johann Brunner, Jacob Pochner. **Alter Rath:** Georg Potteroth, Johann Pesi, Adam Runcz, Matthias Jo-

Dieses Gerippe der Stadtverwaltung erhält seine Belebung in einem Berichte des Stadtrathes an den Landesunterkämmerer vom 28. März 1668 (mitgetheilt vom Stadtrathe Koller in der von Chlumeczký herausgegebenen Chronik Ludwigs S. 32 — 36), welchen wir auch des Zusammenhanges wegen hier folgen lassen.

Johann Aichinger, Johann Georg Freymann, Caspar Kechler, Johann Brunner, Johann Franz Egel, Jacob Lochner, Christian Eustach Möller, Elias Severin Sandtner, Gottfried Casper.

Stadt Jglau.

Sitzender Rath: Martin Crispin Kofler Senior, Daniel Tschepane, Johann Heinrich Stayer, Jeremias Ferenbel, Christoph Krische, Johann Scheitlich, Ferdinandt Rodt, Jacob Habermann, Gregorius Sigl, Adam Starpfer, Tobias Stiz, Hans Heinrich Niesenseld. Stadt Richter: Andreas Weiner. Alter Rath: Johann Jacob Ritzmayer, Paul Hoffstätter, Johann Sigl, Daniel Paußbärtl, Hans Lang, Johann Matthias Bögl, Ludwig Augustin Niesenselder, Matthias Franz Wabhofer, Elias Jundmayer, David Wagner, Robertus Zinlath.

Stadt Gradisch.

Do Nowe Raddy: Ja Primators Jan Hortensius, Girzil Prjemsky, Victorin Dubsky, Jakub Cornelius, Adam Antl, Girzil Stefanides, Johann Sallacher, Zacharias Krzjabowsky, Mykulass Tyml, Cyriale Paczel, Eynhart Peselin, Ferdinandt Ostrzateczsky. Ja Rychtarje: Jan Wrr. Do Stare Raddy: Girzil Skuba, Heinrich Reilmann, Girzil Zborzil, Albert Boglius, Stefan Jakubin, Girzil Porussal, Frydrych Prjemsky, Onbrjeg Wachut. Do Prjpszne Dbeze: Waczlaw Spaczil, Franz Suchtlama, Andres Sslawil, Witel Starunczel, Jan Krjemeliczsky, Jan Großinger.

Stadt Mährisch-Newstadt.

Burgkmystrji: Jan Prjerowsky, Girzil Ssebesta, Tobias Ostry, Ferdinand Doleator. Rychtarj: Matthias Loch. Konffele: Daniel Klugar, Girzil Pecjinka, Johann Broczku, Jakub Czug, Zacharias Engelsmann, Daniel Junger, Eyburtins Rarger, Andreas Brunerius. Stara Radda: Girzil Leander, Carel Doleator, Matthias Loch. Konffele: Martin Ssepgirj, Girzil Rarger, Girzil Herych. Cammermystrji a Inspectores Rhospobarjstwi: Girzil Ssebesta, Carel Doleator. Sprawcze Rhospobarjstwi: Daniel Klugar.

Consignation der Verwaltungen der Stadtgefälle, Wirthschaften, Kirchen, Spitäler, Policey vndt Ordnung

Bey der Königl. Stadt Ollmütz.

Lehen-Güttels Deitsche Hause Verwalter: Ferdinandt Julius Ezirkendorffer Königl. Richter, Wenzl Gromus. Amtmannschafft's Verwalter: Christoff Koller, Thomas Glosch, Gottfried Escher. Mählambts-Verwalter: Georg Adam Biretha, Philip Wolowiner. Insp. Hosp. S. Spiritus in praeurbio: Georg Topolancky, Johann Piersch. Insp. Hosp. S. Job Vndt Lazari: Georg Adam Biretha, Wenzl Gromus. Insp. Hosp. S. Andreae in campo: Thomas John, Franz Rauffman. Insp. Hosp. B. V. S. Mariae in Campo: Tobias Bechatschle, Matthias Puff, soll auch Besspringen Simon Mitschle, Jacob Nowak auß der Gemein. Buch-Halter ober Cassae Verwalter: Hannß Jacob Bischoff, Christoff Koller. Baw-Amts Verwalter: Thomas John, Johann Piersch, Bartholomews Grand. Officij Pupillaris: Tobias Bechatschle, Andres Hauptmann, Wenzl Gromus, Johann Piersch. Vitricus Templi S. Mauritij. Separate à Schola: Georg Adam Biretha. Insp. Scholae S. Mauritij. Separatim à Templo: Hannß Jacob Bischoff. Vitricus Templi B.

Die Rathserneuerung geschah jährlich, und es mußte zu diesem Behufe allem bevor die schriftliche Anzeige an den Landesunterkämmerer gemacht und die Erlaubniß zu dieser Erneuerung mittelst Deputation eingeholt werden. Die Wahl selbst geschah unter Aufsicht des königlichen Richters (eines Beamten, wel-

V. *Marias in praeurbio*: Georg Topolansky, Ferdinand Stahl. *Vitricus Templi S. Blasij*: Christoff Koller, nebenst zweyen Kirchenbättern. *Vitricus Templi Monasterij. S. Michaelij*: Matthias Puff. *Inspect. Nocturnarum Vigiliarum*: Ferdinand Stahl. *Zeug-Hauses- und Salitters-Verwalter*: Georg Adam Biretha, Ignatius Lerch. *Der Fleisch Pilschen-Verwalter*: Ignatius Lerch. *Insp. Ober die Fisch-Halter, das Ambts Verwalter, Losungs Truben Verwalter*: Matthias Puff, Gottfried Escher. *Insp. Ober die Leynwants Gammel*: Matthias Puff. *Insp. Ober Fisch- und Häring Gammel*: Wenzl Gromus, Franz Rauffmann. *Insp. Des Biers und Brodts*: Bartholomeus Frandh, Ignatius Lerch. *Insp. Inquilinorum*: Simon Mitschke. *Insp. Ober Die Conscripte Häuser*: Christoff Koller, Johann Hierich. *Stein- und Sandt-Verwalter*: Bartholomeus Frandh. *Kaiserl. Magazin Geträydt Verwalter*: Christoff Koller, Andres Hauptmann. *Gemeiner Stadt Geträydt Verwalter*: Bartholomeus Frangl, Ignatius Lerch. *Schrott Pilschen-Verwalter*: Antonius Kleimann. *Viertel Verordnete*: Bartholomeus Frandh, Ignatius Lerch. *Ziegel Verordnete*: Hannß Jacob Bischoff, Gottfried Escher.

Von der Königl. Stadt Br ü n.

Zur Taffern Verordnete: Andreas Porsch von Porschendorff Primator, Johann Ferdinand Hoffer. *Buch-Halter*: Andreas Erna, Christian Fischer. *Zum Fischen Verordnete*: Andreas Porsch von Porschendorff Primator, Johann Ferdinand Hoffer. *Zum Brewhaus Verordnete*: Max. Ferdinand Gröschl von Hohenfeld, Johann Ant. Schneller von Liechtenau. *Zum Brodtbeschauen Verordnete*: Matthias Rudolff Helmhuet, Simon Fischer. *Die Gebäw Zubesichtigen Verordnete*: Matthias Rudolff Helmhuet, Paul Ign. Morgenthaler. *Zum Zellig-Haus Verordnete*: Johann Georg Mezger, Martin Aug. Teutschmann. *In das Zuchthaus Verordnete*: Johann Georg Mezger, Martin Aug. Teutschmann. *Zum Fleisch Beschauen Verordneter*: Martin Aug. Teutschmann. *Zum Weinkosten Verordnete*: Matthias Rudolph Helmhuet, Simon Fischer, David Brandeiß, Johann Georg Mezger. *Cammer-Amt*: Johann Hovorius von Wischau. *Kirchen-Verwalter*: Johann Ferdinand Hoffer, Andreas Hoffmann. *Beneficiatum-Amt*: Paul Ign. Morgenthaler. *Spital-Amt*: David Brandeiß, Hans Georg Mezger. *Ziegl-Amt-Verwalter*: Johann Ant. Schneller von Liechtenau, Simon Fischer. *Quartier-Meister*: Matthias Rudolph Helmhuet. *Vogtey Verwalter auff der Bedhengassen*: Andreas Porsch von Porschendorff, Johann Hovorius von Wischau.

Losungs-Einnember. Auß dem Eigenden Rathe: Andreas Hoffmann, Andreas Erna. *Aus dem alten Rath*: Tobias Franz Weinreich, Johann Hovorius von Wischau. *Auß der Gemein*: Johann Jacob Ruch von Rosenthal, Caspar Klueg.

Contributions-Einnember. *Aus der Gemein*: Johannes Erna, Sebastian Steyrer. *Cassae-Verwalter*. *Aus der Gemein*: Reichardt Biermuß, Johann Wpyl.

Von der Königl. Stadt Z n a m b.

Cassae-Amt: Christian Franz Beith, Johann Brunner. *Mühl-Amt Unter Stain*: Joseph Esch. *Mühl-Amt zu Pumbitz*: Johann Ehrreich Großmann. *Wein-Keller-Amt*: Joseph Esch. *Traydt Casen-Amt*: Johann Suarez. *Deputirte Zum Brewhaus*: Johann Brunner, Gottfried Casper. *Zum Weingarten*: Casper Hertsch. *Zum Bürgerl. ausschlag*:

Kämmerer eingesendet, und von demselben sodann der Tag der Renovation festgesetzt. Diese Renovation selbst geschah in solenner Weise unter kirchlichen Feierlichkeiten und in Verbindung mit einem Banquet. Auch wurden dem Landes-Unter-Kämmerer, seiner Gemahlin und seinen Affectoren oft nicht unbedeutende Geschenke verehrt. Z. B. a. 1675 an Herrn Grafen Oppersdorf 300 fl., für die Mahlzeit 75 fl., der Frau Gemahlin 75 fl., an Hofmeister 12 fl., an Sekretär 18 fl., an Aufwärter 6 fl., an Kammerdiener 6 fl.

Die Rathswahl geschah nicht von der Bürgerschaft, sondern von dem Rathe selbst. Der sitzende oder geschworne Rath bestand, inclusive des an der Spitze stehenden Primators (ein Amt, welches vor 1620 von dem „Ältesten“ versehen wurde) aus 12 Personen, die neueintretenden Glieder hießen Novitii.

Vor der Raths-Renovation wurde nun die Bürgerschaft zusammenberufen, und derselben die verschiedenen nothwendigen Einrichtungen und Verfügungen bekannt gemacht, Ermahnungen an dieselben erlassen, und polizeiliche Anordnungen getroffen 2c.

Der innere oder wirklich sitzende oder geschworne Rath führte das eigentliche Stadtreghment, entschied in Rechtsstreitigkeiten, und bestand aus 12 Personen.

Ezug. Sprawcze Kwoze Obeczni: Tobiasz Bryzl. A Szacowany Maza a R Dohlybani A Chlebu, też A Mieram, Wabani Kramarzum: Na misto Ryhtarze, Jan Henzl, Daniel Junger, Martin Steygirz, Jakub Schmiedt, Girzil Saturel. A Dohlybani A Sladlum Do Sladowuj: Tyburcz Karger, Andreass Brunerius, Girzil Saturel. A Dohlybani Przi Strapeni A Sladum: Ondreg Frloß Czchmistr, Andreass Rabrle, Hansz Rudolfß, Christian Engelmann, Lukass Danku. A. Dohlybani Ku Rominum: Lukass Swoboda, Jan Czepil, Gedrg Brachtl, Jakub Faber, Georg Günter, Melchior Pauczel. Starßy Pivowarnicz: Pawel Husty, Pawel Boczel, Ondra Panaczek. Starßy na Przedmiesci: Mas tieg Sprny, Wawra Krystemi.

Bey Der Königl. Stadt G a y a.

Przednie A Chramu Panie za Kofelnih Otcze a neb Sprawcze: Pawel Pospissil. A Mleynu a Pivowaru: Rzehorz Sfrainer. A Dohlybani a Szzeni Maza, Chleba a ginßych wieczy: Martin Maczigamba a Tobiasz Koczvara. Za Obrocniho Miestleho: Jan Biadny. Za Starßyho Kofelnika: Jakob Menßyl. Za Mladßyho: Pawel Kozieluh. Spitalnj Inspector: Jan Kremßer. A Dohlybani Rominum w Miestie: Mikulass Figala, Jakub Gerzabel. Na Przed Miesty: Andres Sweczka, Girzil Zelinka.

Zu Ende des 17. Jahrhunderts (im Jahre 1698) bestand der Stadtrath in B r ü n n aus folgenden Personen:

Im inneren Rath: Johann Anton Schneller von Pichtenau, Königl. Richter, Thobias Franz Weinreich, Heinrich Naso, Johann Schaler, Johann Amaz, Sebastian Amor, Thomas Busch, Franz Ignaz von Hoffer, Johann Dechau, Georg Wagner, Johann Mezler, Keph. Piczon.

Des äußeren Rath: Johann Brand, Stadtrichter, Julius Wasserreich, Leopold Otto, Sebastian Gemari, Adrian Schilling, Johann Karl, Joan Swider J. U. Dr. (Syndikus).

Von dem regierenden Rathe wurde das Bürgermeisteramt verwaltet, mit demselben monatlich gewechselt, und solches einem jeden Rathsmitgliede einmal im Jahre im Namen Ihrer kaiserlichen Majestät durch den königl. Richter übertragen und anvertraut.

Die übrigen 12 (später 5 — 6) geschworenen Personen (des äußeren Rathes) executiren ihr munus weiter nicht, als wenn etwas publicum vorfällt und soll ohne Vorwissen nichts vorfallen, was gemeinen Stadtungen betrifft.

Obgleich dieselben den Charakter oder die Dignität der Rathspersonen haben und in der Gemeinde als solche auch geschätzt wurden, so bleibt und behet die ganze „Autorität und Arbitrium rerum“ bei der Regierung des regierenden Rathes, obgleich der äußere Rath die Privilegien des innern genießt.

Diese Privilegien sind: daß die Rathsmänner in ihren Wohnhäusern von der Quartierlast befreit sind; bei öffentlichen Umgängen gehen sämtliche Glieder beider Räte nach der Ordnung und dem Range ihres Eintrittes in den Rath, und zwar vermöge uralter Uebervanz; weiters kam ihnen zu das beneficium des Bräuhäuses, d. i. wöchentlich 1 Eimer Bier gegen Zahlung von 1 fl. für jedes Faß aus dem Bräuhaus beziehen zu können.

Von dem regierenden Rathe hängt das Stadtregiment und die Bestellung aller Stadtämter, Erneuerung der Zünfte, die Verwaltung der Stadtwirtschaft, der Kirchen, des Spitals u. ab.

Nach uralter Uebervanz wurden daher bei den jährlichen Rathserneuerungen zu den verschiedenen Stadtämtern je zwei Mitglieder aus beiden Räten gewählt und bestimmt, u. z. unter Eidspflicht. Zu diesem Ende läßt der geschworene Rath auch den äußern Rath gleich andern Tagen nach der Verneuerung aus Rathhaus fordern, um sich dessen Rathes sowohl in obiger als in andern etwa wichtig vorkommenden Angelegenheiten zu bedienen.

Alter Geplagenheit nach wurden die Stadtämter der Art bestellt, daß gewisse Ämter von den innern Rathspersonen allein, andere von dem innern und äußern Rath zugleich, die dritten aber allein von äußern Rathsfreunden administriert und verwaltet wurden.

Ämter inneren Rathes:

- a) das Bürgermeisteramt wird 4 Wochen abwechselnd administriert. Vor demselben haben die Parteien ihre Anliegen schriftlich oder mündlich anzubringen, welche bei wichtigen Fällen beim nächsten Rathstag vom versammelten Rathe, in minder wichtigen Fällen unter Vorsitz des königl. Richters von 2 bis 3 der ältesten Räte entschieden werden. Der Bürgermeister führt das Direktorium des Rathes, hält das Stadtsiegel in seiner Verwahrung, muß immer gegenwärtig sein. Ihm werden zwei Rathsdienere gehalten und hiefür Kostgeld 2¹/₂ Gulden wöchentlich, dann ein Faß Bier und 2 Eimer Wein verabreicht. Da der Bürgermeister mit etlichen der ältesten Räte die meiste Zeit seines Amtes auf dem Rath-

hause zubringen muß, so wurde ihm aus gemeinen Mitteln früher die Kost verabreicht, später aber pr. 4 Wochen 30 fl. und 1 Eimer Wein gegeben.

- b) **Tasernen und Mühlämter** werden gemeiniglich durch den Primator (ältesten) und den nächstältesten Rath versehen. Sie haben die Aufsicht über den Taserner (den von der Stadt aufgestellten Weinverschleißer des städt. Weinschanks in der Taserne), welcher den Wein in seinen Verrait und das Geld in eine verspernte Truhe, wovon die Schlüssel sich in der Rathsstube befinden, zu legen hat. Den Tasernherren liegt ob, die Taserne mit fremdem ausländischem und Krantelwein zu versorgen, und auf die Gebahrung mit demselben Acht zu geben. Nebstbei haben sie mit dem städt. Brunnenmeister die Inspektion über die Mühlen, Wassergräben und Wasserwerke, ferner darüber ordentliche Raitung zu führen. An Besoldung beziehen sie nichts.
- c) **Das Stadtbuchhalteramt** wird von Zweien des innern Rathes verwaltet (seit 1604), wovon einer die Raitung führt. In die Buchhalterei-Haupt-Raitung fließen alle Gemeindecinkünfte aus allen Aemtern zusammen. Der Rechnungsführende muß für jedes Amt besondere Spannzetteln haben; durch ihren Verrait gehen die monatlichen Ablohnungen. Sie nehmen aus allen Aemtern u. z. Taserne, Bräuhaus, Maut, Weg, Marktbüchsen, Bleigeld, Contribution, Weintaxe u. was auf dem Rathshause in Gegenwart des ganzen Rathes colligirt wird, in Empfang, zahlen alle Stadtbefoldungen und alle sonstigen Stadtauslagen aus. Was übrig bleibt, wird zur Bezahlung der Stadtschulden verwendet. Auch übernahmen dieselben die Einkünfte von Gurein, und hatten die Aufsicht über die Maut, Weg und Marktbüchsen. Keine besondere Besoldung.
- d) **Bierverwalter.** Zwei Glieder des inneren Rathes haben die Inspektion über den Marktschreiber, welcher die Malz- und Bierraitung führt, über die Waizeneinkäufer, Bierschänker, Bierbrauer, Malzknechte. Beim Bräuen und Einsüllen haben sie gegenwärtig zu sein; auch beim Malzmachen haben sie darauf zu sehen, daß das nöthige Malz und Hopfen beigebracht wird; sie führen die Bierrechnung. Auch sie haben eine eigene Cassatruhe, wovon die Schlüssel in der Rathsstube.
Keine besondere Besoldung.
- e) **Inspektoren über Fleischer und Bäder.** Zwei des inneren Rathes haben auf den Wochenmärkten am Plage zu sein, Brod abzuwägen und auf die Befolgung der Taxe zu sehen und nach Gutdünken in der Woche Nachsicht zu pflegen.
- f) **Zeugamtsverwalter.** Zwei des inneren Rathes haben die Aufsicht über das Geschüz, Musketen, Salniter, Pulver u.
- g) **Stadtgerichts- und Zuchtgeschworne.** Zwei des inneren Rathes haben die Verhör-Examinirungen und Exquirung der Gefangenen im

Zuchthaus, bei Jahrmärkten die Aufsicht, - Besichtigung des Gewichtes, Maaßes, Anschaffung der Nachtleuchter, Ruhe und Frieden in den Schankhäusern nach dem gewöhnlichen Zapfenstreiche zu besorgen, bei dem Tode eines Bürgers die Sperre anzulegen, und die Verlassabhandlung zu pflegen.

II. Aemter des äußern und innern Rathes:

- a) **Stadtwaishausamt.** Versetzen neben dem königl. Richter und Primator noch zwei andere. Ihnen liegt ob der Schutz der Waisen als Vormundschaft in Waisensachen und deren Abfertigung. Zu diesem Behufe befindet sich auf dem Rathhause ein eigenes verschlossenes Gewölbe zur Aufbewahrung des Waisenvermögens, die Schlüssel sind stets in der Rathsstube. Wenn aus dem Depositenamte etwas herausgenommen wird, so hat dies nur in Gegenwart des Bürgermeisters und zweier Rätthe zu geschehen.

An Besoldung beziehen sie nichts, nur bei Abfertigungen nach Gutdünken der Parteien ein Gratiale von 1 — 2 Reichsthalern, von Armen nichts.

- b) **Bogtamt.** Zwei der ältesten Rätthe bei jeder der 2 Abtheilungen der Vorstädte. Die Bogteiverwalter haben in den Vorstädten die Geschwornen zu ersetzen, Witwen und Waisen zu schützen, die Gemeinde und Waisenrechnung zu pflegen, alle Streitigkeiten daselbst zu schlichten, und sind gleichsam die 1. Instanz für die Vorstädte.

Keine Besoldung.

- c) **Kirchenverwalter.** Zwei Rätthe, Aufsicht über das Kirchenpersonale, das Kirchenvermögen und die Kirche.

Keine Besoldung.

- d) **Beneficiatamt.** Ein Rath. Verrechnung der Stiftungsgelder und des Kirchenvermögens.

Der Rath zur Einhebung der Interessen erhält 10, der Verwalter selbst 20 fl. jährlich.

- e) **Spitalamt.** Zwei Rätthe. Verwaltung des Spitals und dessen Vermögens (Spital ad St. Stephanum in der Kröna, das jetzige Siechenhaus). Dieses Spital hatte eine Mühle (die jetzige Malzmühle) und einen Meierhof hinter dem Neuweltwirthshaus.

Keine Besoldung.

- f) **Stadtziegelamt.** Zwei Rätthe hatten unter sich einen Ziegelmeister und seine Knechte, und die Aufsicht über Holz- und Sandfahren, über jeden Ziegelbrand, wobei sie persönlich gegenwärtig sein sollen. Sie hatten über ihr Amt Rechnung zu legen, und genossen keine besondere Besoldung.

- g) **Stadtquartieramt.** Dies versteht ein Rathsverwandter, welchem zwei Stadtfouriere beigegeben sind. Sie haben zu sorgen für die Bequar-

lierung einmarschirender Kriegsvölker, insbesondere für die Bequartierung der Tribunalbeamten. Legen Rechnung, keine Besoldung.

- h) **Lösungseinknehmer.** Sechs Personen, zwei des geschwornen, zwei des äußern Rathes und zwei aus der Gemeinde, letztere unter jurament, haben unter sich den Stadtunterschreiber, welcher die Lösungsbücher führt; sie besorgen die Einhebung der Steuern von den Häusern, Gründen und Weingärten und Gewerben; ein besonderes Lösungsglöckel auf dem Rathhause gibt das Zeichen zur Abreichung der Gebühr, und daß man bei der Lösung sitzt. Der Rathhäuser, d. i. Hausmeister im Rathhause, hat dießfalls das Ansagegeschäft. Sie legen Rechnung und beziehen zusammen an Besoldung 60 fl.
- i) **Cassaverwalter-Amt.** Gleiches Geschäft, wie bei der Stadtbuchhalterei, nur haben die Rätthe die übrigen Gelder zu übernehmen, die Stadtschulden und Foundationen zu bezahlen und Rechnung zu legen. Strenges jurament. 60 fl. Besoldung. Früher führten dieses Amt die ältesten zwei Rathsglieder, später aber zwei aus der Gemeinde.

III. Aemter des äußeren Rathes:

- a) **Stadtrichteramt.** Der Älteste des Rathes hat die Civil- und Criminaljustiz, die Exquirung der Rathssprüche, alle Rechtsstreitigkeiten, Schuldsachen, Vergleiche, Zwistigkeiten etc., führt das Protokoll über alle Klagen und dieses Amt steht kontinuierlich offen, sowohl Fremden als Einheimischen. Der Stadtrichter hat über die Verlaßabhandlungen (wahrscheinlich zugleich mit den Stadtgerichtsgeschwornen) alle Grundbuchsachen, selbst über die nächtliche Ruhe und Ordnung mit Zuziehung der Bürger zu wachen. Der Stadtrichter hat keine fixe Besoldung, participirt jedoch an dem Marktstandgeld, wovon aber der Gerichtsschreiber $\frac{1}{3}$ erhält. Dann gebührt ihm die Taxe für die Zuschreibung der Häuser, für Abhörung der Zeugen, für Ertheilung von Abschriften, für die Sperre, Eröffnung der Verlassenschaft etc.¹⁾.

¹⁾ Merkwürdig ist folgende Aufzeichnung bei der Wahl eines Stadtrichters: „Den 16. Mai 1669, in Brinn, bei der Wahl eines Stadtrichters, wozu der Kaiserrichter, Burgermeister und Seniores, aus dem alten Rath drei Candidaten erkieset, und der Kaiserrichter und Burgermeister auf Befehl des Herrn Landes-Unter-Kämmerer Grafen von Oppersdorf den Paul Morgenthaler beweglich recommandirt haben, — ist folgende merkwürdige Stimme aufgezeichnet worden: „Herr Erna von Ehrnau bringt vor, daß man zuvor mit weinenden Augen das Richteramt anzunehmen sich geweigert; weil sich aber die Zeit geändert, und dahin kommen, daß man sich anjeho durch Recommandationes dazu bringet, so thue er, auch sogar intercedendo sein Votum dem Herrn Morgenthaler geben (Welcher sodann das Richteramt mit einer Excusation, alsdann cum fiducia in Deum mit schuldigem Respekt angenommen, und das gewöhnliche Jurament prästiret hat)“ (Patr. Tagebl. 1801 S. 271, brünner Zeitung 1860 Nr. 112).

b) **Stadtkammermeisteramt.** Ein Glied des äußeren Rathes (vor Alters zwei), dormal ist ihm bloß ein Adjunkt beigegeben; besorgt die Verwaltung der Stadtwirthschaft, Maierhof, führte die Aufsicht über die Knechte, die städtischen Pferde, Stadtbauwesen, die Feldwirthschaft, Pflasterung, Stadtsäuberung, Wasserleitung, öffentlichen Brunnen u. (wie das jetzige Bauamt).

Die Besoldungsbezüge für die Rathsverwandten sind:

1. Wenn das Getreide wohl geräth, werden 8 Muth Korn unter die zwölf des inneren Rathes, dann unter den Kaiser- (oder Königs-) richter, Stadtrichter und Kammermeister, somit in 15 Theile getheilt.

2. Ruchelspeis (Graupen, Erbsen, Rasch u.) in fruchtbaren Jahren unter alle Glieder beider Rätze 1 bis 2 Muth zusammen.

3. Schmalz 240 Pfund unter alle 24;

4. zu Ostern jeder 1 Osterlamm, etliche Eier; zu Martini 1 Gans;

5. zu Weihnachten etliche Zinshühner; zu hohen Festtagen, z. B. zu Pfingsten, Ostern und Weihnachten jeder geschworne Rath 1, die drei Aeltesten 3 Eimer Wein.

6. Jeder des inneren und äußeren Rathes wochentlich ein Eimer Bier gegen Bezahlung von 1 fl. für das Faß, ohne Schankgeld.

7. Jeder geschworne Rath jährlich 1 Schweindl (vor Alters davor 10 fl.).

8. Bei einer Fischerei 3 Centner Karpfen und $\frac{1}{2}$ Centner Hechten unter alle Rathsverwandte.

9. An Geld bloß das Standgeld der fremden Fleischer (das Jahrmarktstandgeld gehört dem Stadtrichter); dergleichen bei Füllung und Aussendung der Biere der Ueberschuß über die Viertaxe, ferner, bei den Bräuen was von der Matka abgeschnitten wird, oder was das Jahr hindurch an Bürgerrechts- und Sportelgeldern eingeht, kommt alles in die Carbona und wird von den geschwornen Rathsgliedern zweimal im Jahre vertheilt. Die Jüngeren bekommen 60 — 80 fl., die älteren 100 — 120 fl., oft mehr, oft weniger.

Die Bürgerschaft ist in 2 Compagnien getheilt, die Charge der Hauptleute und Fähnriche, wie auch der Stuchhauptleute, so mit den Konstablern gebietet, wird von Personen des innern und äußern Rathes versehen; keine Besoldung, sondern nur zeitliche Befreiung von den gemeinen bürgl. Schuldigkeiten und Quartiersfreiheit.

Das Landgut Gurein wird bewirthschaftet durch einen Verwalter und Rentschreiber und wird administriert durch 4 älteste des Rathes.

(Diese Darstellung nach einem Bericht des Stadtrathes an den Landesunterkammerer ddo. 28. März d. J. 1668).

Seit altersher bestand die Uebung, daß jeder in den Rath Eintretende ein hausansässiger Bürger sein mußte, daher diejenigen, welche noch kein Haus besaßen, ein solches anzukaufen verpflichtet waren.

Das Bürgermeisteramt wechselte, wie bemerkt, alle 4 Wochen; den neuen Bürgermeister setzt der königl. Richter ein, es wird für die frühere Zeit des Bürgermeisteramtes von allen Kosten und Einkünften Rechnung gelegt.

Der Bürgermeister darf nie allein in die Rathsstube, wo alle Kassaschlüssel aufbewahrt werden, gehen, sondern immer nur in Begleitung zweier geschwornen Räte.

Sobald ein Bürgermeister nach 4 Wochen seine Amtsfunktion niederlegt, und der neue vorgestellt wird, findet sich derselbe persönlich auf dem Rathhause in der Rösungsstube ein, und mit ihm der ganze geschworne Rath. Hierauf werden alle Schlüssel zu den einzelnen Stadtämtern aus der Rathsstube erhoben und mit denselben Rathsverwandte in die betreffenden Aemter geschickt, welche in persönlicher Gegenwart der die Kassen führenden Bediensteten die Kassen öffnen, sämtliche vorhandene Gelder, in Säcke gefüllt, in das Rathhaus übertragen lassen. Hier übergibt der betreffende Verwalter seine Monatsrechnung über Empfang und Ausgabe und legt Rechnung. Das verbleibende reine Einkommen wird in Gegenwart der aus der Gemeinde dazu Verordneten dem Stadtkassier übergeben.

Alljährlich bei der Rathserneuerung legt der Abtretende dem neu eintretenden Rath die Hauptrechnung.

Nach dem (ersten) mährischen Titular-Kalender für das Jahr 1709 bestand der brünner-Magistrat aus einem inneren und äußern Rathe. Im ersten saßen der k. Richter, und 13 Rathsverwandte, welche zugleich verschiedene Aemter mit versahen, nämlich der Primator und Stud-Hauptmann, der Stadtbuchhalter, zwei Hauptleute über die zwei bürgerlichen Kompagnien, der Stadt-Lieutenant, der Stadt-Vicebuchhalter, der Stadtquartiermeister, der Stud-Lieutenant und Stadt-Zeughaus-Verwalter, und 4 andere Rathsverwandte.

Im äußern Rathe waren 5 Rathsverwandte.

Zur Kanzlei gehörten der Syndicus und Vice-Syndicus, zu den Kanzlei-Bedienten 1 Registrator und 3 Kanzlisten.

Ferner gab es 2 Kassisten der gemeinen Stadt.

Bei dem Waisenamte waren der k. Richter, 3 Rathsglieder, 1 Waisen-Rotarius (1 geschwornen Stadtabvokat), bei den Stadtgerichten der Stadtrichter, 2 Rathsglieder als Gerichts-Assistenten und 1 Gerichts-Rotarius.

Es gab 6 geschworne Stadtabvokaten.

Endlich bestanden 1 Rathshaus, 2 Rathsdienere, 10 geschworne Stadtboten.

Unter den Rathsgliedern waren mehrere vom Adel und nebst dem Syndikus und Vicesyndikus noch 1 Rathsherr J. U. D.

Nach dem Titular-Kalender für das Jahr 1717 waren im inneren Rathe der k. Richter und 12 Räte, 1 Primator, Stadtbuchhalter und Vice-Stadtbuchhalter, 2 Hauptleute über 2 Kompagnien, 2 Zeughausverwalter, 1 Stud-

gewesen," gänzlich auf. Dagegen verordnete er, daß sich künftig bei Strafe der Zurückweisung in den k. und andern Städten jedesmal alle, welche dem Rathschlusse beigewohnt und schreiben können, nebst dem Primator, Bürgermeister und Syndikus, dann demjenigen, welcher den Aufsatz geführt, unterschreiben sollen. Seien sowohl die Städte als Gemeinde in ihren Angelegenheiten einformig (einverstanden) so werden sich in solchen Fällen die im Orte anwesenden Gemeindevertreter nebst den Magistrats-Verwandten zu unterschreiben wissen. In Sachen dagegen, wo die Gemeinde mit den Stadt-Magistraten verschiedener Meinung (bifferent) wären, da können diese beiden uneinigen (in differentia schwebenden) Mittel abgesondert einkommen und ihre Schriften auf die erwähnte Art unterschreiben. In Zunftsachen sollen sich nebst dem Schriftsteller alle diejenigen unterschreiben, welche des Schreibens kundig sind.

Damit auch unter den Juden dießfalls eine Ordnung sei, sollen sie sich auf dieselbe Weise, wie oben, wo einige Gemeinden in den Städten sind, verhalten und von den Landesjuden sowohl die Juden-Ältesten als der Solicitator ihre Schriften unterschreiben (Resk. 9. August 1709, in Weingarten's Codex S. 670).

Die für Böhmen ergangene a. h. Resolution vom 24. Oktober 1708 wegen der Unterschriften der Stadtmagistrate und Kommunitäten wurde mit dem a. h. Reskripte vom 16. Jänner 1710 auch auf Mähren ausgedehnt.

Kaiser Joseph I. beschränkte die Städte auch in der Fassung ihrer amtlichen Verfügungen. Er gab dem wiederholten Ansuchen des Magistrates der k. Stadt Olmütz, sich wenigstens hinsichtlich der Untergebenen des Wortes Decretum gebrauchen zu dürfen, keine Folge und verharrete bei seiner Resolution vom 19. November 1708, daß sich sowohl dieser Magistrat als andere untere Stellen dieses excellentiam jurisdictionis andeutenden und dem k. Tribunale als Landes-Gouverno zustehenden termini distinctivi enthalten sollen (Resk. 21. Jänner 1709).

Die Magistrate erhielten die Weisung, jedermann auf schriftliches Verlangen schriftlich zu bescheiden (Resk. 25. November 1715).

Den Magistraten wurde (Resk. 9. Jänner 1709) gestattet, ordinari Schriften, so keine Sapschriften sind, ohne Unterschrift eines Advokaten oder Solicitators einzureichen; sie sollten aber nach einer späteren Anordnung keine advocatos halten, sondern bei allen Instantien per syndicos agiren.

Alle Schriften, welche bei Hof eingereicht wurden, mußten jedoch bei Strafe der Zurückstellung und Verantwortung von einem Advokaten oder Solicitator unterschrieben sein (Resk. 9. Sept. 1721).

Die k. Städte und andere Kommunitäten sollen wegen Betreibung ihrer Angelegenheiten keine Deputirten nach Wien absenden, sondern sich der daselbst befindlichen Agenten und Advokaten gebrauchen (Resk. 1. Oktober 1731, 24. Juli 1744).

Andererseits erinnerte man die Magistrate, sich nicht von den Militaribus insultiren zu lassen, sondern ihre Autorität in der Stadt gegen Jedermann auf-

um die Assistenzen beim Tribunal anzufragen (Reff. 17. März 1709, Befehrb. S. 125). Der Magistrat wollte nicht gestatten, daß die Magistrate selber bei dem gnaimen Tribunal ihre unbedeutende widerwärtige Klagen laufende und der modestie ac mansuetudini eines Magistrats unbecommene Schrift cassirter hinauszugehen.

Die Forderung und Klage, wie das Präsidiumwesen eine Ansehens- und Werken des Geistes so armen Zeit nicht sich nicht etwa zu leisten, sondern auch im Bürgerthum sehr wenig bemerkbar.

Außerdem mit den fremden Rechten nun auch den Eingang in die Stadt zu verhindern, wurde die Anordnung nöthig, daß einem Doctor, wenn er auswärtig ist, vom Magistrat in ergebenen Erreditionen der Doktorwürde nicht verweigert werden soll (Reff. 25. März 1709, Befehrb. S. 125).

In dem Præbendstreite zwischen dem Bürgermeister und Rath der Stadt Wien und den geschwornen Landesadvokaten in Kärnten entschied Kaiser Leopold I. 1) daß dem Magistrat im Körper, so wie den aus seinem Premium bestellten Kommissarien und Deputirten, allemal der Vorzug gebühre und 2) der f. Advokat, der Primator und der im Amte stehende Bürgermeister, so lange derselbe dieses Amt wirklich ausübt, allen Advokaten einfach vorgeben, 3) die graduirten Advokaten vor den nicht graduirten den Vorzug genießen und sonst alle Advokaten, sie mögen graduirte sein oder nicht, vor den übrigen, oben nicht speziell benannten Rathsverwandten den Vorrang haben und 4) die Rathsverwandten unter sich selbst (außer dem Primator und wirklich amirenden Bürgermeister) die Ordnung, wie sie bisher üblich gewesen ist, halten und wenn einige graduirte sich darunter befinden, dieselben weder hinsichtlich ihrer Wit-Konsorten noch der Advokaten einen Vorzug präbendiren sollen (Reff. 30. Dezember 1709, Weingarten S. 675, Befehrb. S. 126). Dieselbe Stellung, wie die Doktoren der Rechte, erhielten hinsichtlich der Rathsverwandten die Landtschaftsphylliker, wogegen die Salzversilberer, Wein-, Bier-, Tabak-, auch Kontributions-Einknehmer und andere derlei Kammeralbediente allen Rathsverwandten weichen und nachgesetzt werden sollten (Reff. 19. März 1710, Befehrb. S. 127).

Den Magistraten stand nicht zu, dem später erwählten Rathsmanne die Præbend in voto et ordine senatorio zu reserviren (Reff. 17. Dezember 1718, eb. S. 151).

Die Begünstigung der Verwandten und Verschwägerten (Freundschaft oder Sippschaft) rief wiederholt Bestimmungen der Regierung hervor, bis zu welchen Graden die Zulassung in die Stadträthe der f. Städte gestattet sei, mit dem Beisatze, daß Ihre Majestät pro Dispensatione suppliciret werden können, wenn wegen besonderen Ursachen, Qualitäten oder Meriten auf einen dergleichen (Ausschließenden) gleichwohl zu reflektiren dem Publico erspriesslich wäre (Reff. 18. Februar 1712, 5. August 1737, Befehrb. S. 133, 202).

Was die Erfordernisse zur Rathmannsstelle betrifft, sah man mehr und mehr auf gelehrte Kenntnisse. Zwar hieß es noch im Allgemeinen,

die Magistrate sollen bei den formirenden Rathswahlen nur auf die wählbaren Personen (*Subjecta eligibilia*), welche die bürgerlichen Lasten (*Onera*) schon 3 Jahre getragen, reflectiren, unter der Strafe (*sub poena*), daß sie anderer Gestalt für selbiges Wahl der freien Wahl verlustiget werden (Resk. 5. November 1715, Weitebrod S. 144). Nach einer Erläuterung des Textes A. 25 der böhmischen Stadtrechte war zur Fähigkeit einer Rathmannsstelle nicht nöthig, daß Jemand drei ganze Jahre persönlich in selber Stadt gewohnet und stets gegenwärtig gewesen, sondern an dem genug, wenn einer durch drei Jahre ein ansässiger Bürger gewesen, die bürgerliche Pflicht geleistet und alle bürgerlichen *Onera* mitgetragen (Resk. 30. Juni 1716, eb. S. 147). Man begann aber doch schon auf gelehrte Kenntnisse zu sehen. Der Kaiser ließ sich aus Anlaß einer Rathswahl in der k. Stadt Gradiß, bei welcher der Landesunterkämmerer „von der Capacität“ jener, welche die minderen Stimmen erhalten, keine Meldung gethan, von demselben sowohl über dies als auch darüber berichten, „mit was für *Subjectis literatis* oder *illiteratis* der Gradißcher Magistrat vermahlen besetzt sey“ und verordnete dem Landesunterkämmerer, „künftighin bey derley Rathswahlen allemahl aller *Candidatorum* Fähigkeit und Condition zu berühren, damit Wir Buß über des Einen oder Andern Confirmation desto besser Allergnädigst Entschlüssen mögen“ (Resk. 5. Mai 1722). Denn Seine Majestät hatten sich die Bestätigung der Rathsmänner in den k. Städten selbst vorbehalten (Resk. 11. September 1710).

Nachdem die Rathsstellen mehr und mehr in die Hände von gelehrten Personen kamen, welche nicht von ihrem bürgerlichen Erwerbe lebten, sondern aus ihrem Stande eine Profession machten, fiel der Stadt auch die Sorge für ihre Angehörigen zu. Deshalb placirte Carl VI. „denen Brünnerischen Rathswittiben, in Ansehung deren von ihren verstorbenen Ehe-Männern, dem gemeinen Stadt-Weesen zum besten, bey ihren Lebens-Zeiten geleisteten Diensten das allerdemüthigst implorirte Jährliche *Adjuto* zu ihrem nöthigen Auskommen, jedoch nicht nach dem erhöhten Brünnerischen, sondern nach dem Olmüzerischen Aussatz, und daß es nur auff diejenige Wittiben, welche weder mit eigenen Mitteln, noch aus dem Nachlasse des Mannes (*ex Substantia Mariti*) versorget zu verstehen seye“ (Resk. 10. Juli 1714).

Mannigfacher Streit und Hader, vielfältige Beschwerden in den k. Städten (S. rücksichtlich der Stadt Iglau meine Gesch. derselben S. 319 ff; in Olmüz insbesondere wegen des Bräuurbars) brachten die Regierung dahin, ihrer Verfassung und Verwaltung eine neue Organisation zu geben.

In Brünn namentlich hielt sich die Bürgerschaft insbesondere durch die rücksichtslose Hebung der Stadtrenten und die Bevorzugung der vornehmeren Bürger-Klassen beeinträchtigt.

Der brünner bürgerliche Ausschuß — 14 oder 15 Bürger — klagte im Vollmachtsnamen der ganzen Bürgerschaft bei Kaiser Karl VI., daß der

Von dem sitzenden Rathe wurde das Bürgermeisteramt verwaltet, mit demselben monatlich gewechselt, und solches einem jeden Rathsmitgliede einmal im Jahre im Namen Ihrer kaiserlichen Majestät durch den königl. Richter übertragen und anvertraut.

Die übrigen 12 (später 5 — 6) geschwornen Personen (des äußeren Rathes) executiren ihr munus weiter nicht, als wenn etwas publicum vorfällt und soll ohne Vorwissen nichts vorsehen, was gemeinen Stadtnutzen betrifft.

Obgleich dieselben den Charakter oder die Dignität der Rathspersonen haben und in der Gemeinde als solche auch geachtet wurden, so bleibt unversehrt die ganze „Autorität und Arbitrium rerum“ bei der Regierung des sitzenden Rathes, obgleich der äußere Rath die Prerogativen des innern genießt.

Diese Prerogativen sind: daß die Rathsmänner in ihren Wohnhäusern von der Quartierlast befreit sind; bei öffentlichen Umgängen gehen sämtliche Glieder beider Rätze nach der Ordnung und dem Range ihres Eintrittes in den Rath, und zwar vermöge uralter Observanz; weiters kam ihnen zu das beneficium des Bräuhauses, d. i. wöchentlich 1 Eimer Bier gegen Zahlung von 1 fl. für jedes Faß aus dem Bräuhaus beziehen zu können.

Von dem regierenden Rathe hängt das Stadtregiment und die Bestellung aller Stadtkämter, Erneuerung der Zünfte, die Verwaltung der Stadtwirtschaft, der Kirchen, des Spitals ic. ab.

Nach uralter Observanz wurden daher bei den jährlichen Rathserneuerungen zu den verschiedenen Stadtkämtern je zwei Mitglieder aus beiden Rätzen gewählt und bestimmt, u. z. unter Eidespflicht. Zu diesem Ende läßt der geschworene Rath auch den äußern Rath gleich andern Tags nach der Verneuerung aufs Rathhaus fordern, um sich dessen Rathes sowohl in obiger als in andern etwa wichtig vorkommenden Angelegenheiten zu bedienen.

Alter Geßlogenheit nach wurden die Stadtkämter der Art bestellt, daß gewisse Ämter von den innern Rathspersonen allein, andere von dem innern und äußern Rath zugleich, die dritten aber allein von äußern Rathsfreunden administriert und verwaltet wurden.

Ämter inneren Rathes:

- a) das Bürgermeisteramt wird 4 Wochen abwechselnd administriert. Vor demselben haben die Parteien ihre Anliegen schriftlich oder mündlich anzubringen, welche bei wichtigen Fällen beim nächsten Rathstag vom versammelten Rathe, in minder wichtigen Fällen unter Vorsitz des königl. Richters von 2 bis 3 der ältesten Rätze entschieden werden. Der Bürgermeister führt das Direktorium des Rathes, hält das Stadtsiegel in seiner Verwahrung, muß immer gegenwärtig sein. Ihm werden zwei Rathsdienner gehalten und hiefür Kostgeld 2½ Gulden wöchentlich, dann ein Faß Bier und 2 Eimer Wein verabreicht. Da der Bürgermeister mit etlichen der ältesten Rätze die meiste Zeit seines Amtes auf dem Rath-

Häuse zubringen muß, so wurde ihm aus gemeinen Mitteln früher die Kost verabreicht, später aber pr. 4 Wochen 30 fl. und 1 Eimer Wein gegeben.

b) **Tasernen und Mühlämter** werden gemeinlich durch den Primator (ältesten) und den nächstältesten Rath versehen. Sie haben die Aufsicht über den Taserner (den von der Stadt aufgestellten Weinverschleißer des städt. Weinschanks in der Taserne), welcher den Wein in seinen Verrait und das Geld in eine versperrte Truhe, wovon die Schlüssel sich in der Rathsstube befinden, zu legen hat. Den Tasernherren liegt ob, die Taserne mit fremdem ausländischem und Kräutelmwein zu versorgen, und auf die Gebahrung mit demselben Acht zu geben. Nebstbei haben sie mit dem städt. Brunnenmeister die Inspektion über die Mühlen, Wassergräben und Wasserwerke, ferner darüber ordentliche Raitung zu führen. An Besoldung beziehen sie nichts.

c) Das **Stadtbuchhalteramt** wird von Zweien des innern Rathes verwaltet (seit 1604), wovon einer die Raitung führt. In die Buchhalterei-Haupt-Raitung fließen alle Gemeindecinkünfte aus allen Aemtern zusammen. Der Rechnungsführende muß für jedes Amt besondere Spantettel haben; durch ihren Verrait gehen die monatlichen Ablohnungen. Sie nehmen aus allen Aemtern u. z. Taserne, Bräuhaus, Maut, Weg, Marktbüchsen, Bleigeld, Contribution, Weintare u. was auf dem Rathshause in Gegenwart des ganzen Rathes colligirt wird, in Empfang, zahlen alle Stadtbefoldungen und alle sonstigen Stadtauslagen aus. Was übrig bleibt, wird zur Bezahlung der Stadtschulden verwendet. Auch übernahmen dieselben die Einkünfte von Gurein, und hatten die Aufsicht über die Maut, Weg und Marktbüchsen. Keine besondere Besoldung.

d) **Bierverwalter.** Zwei Glieder des inneren Rathes haben die Inspektion über den Marktschreiber, welcher die Malz- und Bierraitung führt, über die Waizeneinkäufer, Bierschänker, Bierbrauer, Malzknechte. Beim Bräuen und Einfüllen haben sie gegenwärtig zu sein; auch beim Malzmachen haben sie darauf zu sehen, daß das nöthige Malz und Hopfen beigebracht wird; sie führen die Bierrechnung. Auch sie haben eine eigene Cassatruhe, wovon die Schlüssel in der Rathsstube.

Keine besondere Besoldung.

e) **Inspektoren über Fleischer und Bäcker.** Zwei des inneren Rathes haben auf den Wochenmärkten am Plage zu sein, Brod abzuwägen und auf die Befolgung der Taxe zu sehen und nach Gutdünken in der Woche Nachsicht zu pflegen.

f) **Zeugamtsverwalter.** Zwei des inneren Rathes haben die Aufsicht über das Geschüz, Musketen, Salniter, Pulver u.

g) **Stadtgerichts- und Zuchtgeschworne.** Zwei des inneren Rathes haben die Verhör-Examinirungen und Exquirung der Gefangenen im

Zu erzwingen ¹⁾, da dießes sich also in der wahrheit Befünden solte, Keines-
wegs Zu gestatten, sondern Ihm all solches, was seiner Instruction nicht ge-
mäß ist, von der Commission nachdrücklich zu unterjagen seye; Undt gleich wie

Tertio. in anderen Unseren Königlichen Städten die gute einrichtung
Bereiths geschehen, daß die gemein Wirthschaft nicht von denen particular
Raths-Personen, sondern Von eigenen Beamten unter der obacht des ganzen
Magistrats geführt wirdt.

Also solle solches nicht weniger Von Unserer Königlichen Stadt Neustadt
führhin allerdings in Beobachtung gebracht, mithin die gemein Wirthschaft
nicht von dem Primatore oder Burgermeister, oder gewissen so genandten Bur-
germeister Bersehen, sondern mit ordentlichen tauglichen Beamten ohne Verschueb
Bestellet, von denenselben über ihre getreue Verwaltung die Raittungen per
omnes rubricas Zu Handen des gesamnten Magistrats erlegt, und folgendts
von dem Magistrat in corpore auffgenohmen, revidiret, und Zur weitheren rich-
tigkeit Befördert werden, daß solchemnach alle particular-Inspection der Raths-
Verwandten hiemit Cassiret, und hingegen dem Magistrat in corpore durchge-
hendts in allen wirthschafft gencribus eingeräumt seyn soll. Undt wellen

Quarto. Bey der Commissorialdurchsuchung der Dießherligen Wirthschafft-
gebarung ein- und andere Vorenthalt- und abseithige eintheil- oder Verwen-
dung der gemein-Einkünfften hervorkommen dörfte, so Bleibet dießfalls der
regressus wieder diejenige, so darinnen die handt gehabt, auff alle weisse Vor-
behalten. Jeglichen und

Quinto. wirdt die Commission Bey ihrer relations-abstattung noch abson-
derlich zu Reflectiren haben, ob es nicht Bey Besserer einrichtung der Wirth-
schafft administration dahin zu Bringen wäre, daß führhin die Burgerlichen
Gamin-gelder ex redditibus der gemeinde, et bursa Communi abgestossen, mithin
die Burgerschaft dießes oneris der Gamin-gelder aus eigenen Sadel enthoben
werden Konnte?

Welchem allem nach Ihr der Commission das weithere mitzugeben, und
ob derselben förderlicher fortsetz- auch Baldiger außmachung darob zu seyn, auch
so dann Ewer gutachten anhero zu Beschleinen, und wer die Commissions-
unkosten, so inmittelst ex bursa Communi herzuschießen, so dann etwa von denen
Singulis denunciatis zu ersetzen haben möchte? gehorsambst Beyzufügen wissen
werdet. Hieran 2c. Geben Wienn den 3. Aprilis 1724.

Die Gemeinde-Wirthschaft durch eigene Beamte führte bei
allen f. Städten das nachfolgende Reskript Karl VI. kategorisch ein:

Liebe getreue; Demnach Bey Uns verschiedentliche Nachrichten ein kommen;
Samb die gemein Wirthschaft- Und einkünften in Unseren Königlichen Städten

¹⁾ Nach den Verordnungen vom 13. September 1731 und 5. August 1737 hat der Kaiser
kein votum decisivum, sondern nur honorarium.

nicht durch agents angenommene Beampte, und Unter obßcht deren Magistraten in Corpore, wie es Unsere erößtere ergangene Resolutiones Vermögen, Sondern zum Theill gleichwohl, noch durch die Particularos deren Rathß persohnen Verwaldet werde. Dieses aber eine strafbare Contravenienz wieder Unsere allerhöchste Resoluta; undt zugleich eine dem gemainen Stadt-Weesen Verderbliche Unordnung ist. Als wollen wir gnädigst undt Ernstlich, daß allen Magistratibus Unserer Königlichten Städte die genaue und also Baldige Befolgung Solcher Unserer gnädigsten Resolution nachdrücklich durch Unseren Landes-Unter-Cammerer mitgegeben werden solle, mit dem Bedächten, daß wenn Ein Rathß-Mann Von nun an hierwieder ins künfftige ein Wirthschafts-ambt, oder ein in das oeconomicum der Stadt quocumque modo Einlaufende Rubric Bey der Stadt zu Führen Sich Entersangen würde, derselbe nicht nur eo ipso Von seinem Rathß dienst cassiret sein, sondern auch gestalten sachen nach annoch mit Einer andern wohl Empfindlichen Straff wegen dieser Vermessener Unternehmung angesehen werden solle. Worauf dann Von Unserem Königlichten Landes Unter Cammerer genau zu Invigiliren auch Jedermann die Denunciation Freystehen Und die Erst wahrnehmende Contravenienz, damit Wir Ein Exempel Statuiren mögen, anher zu Berichten seyn wirdt, Worauff dann Ihr Und Unser Königlichter Landes Unter Cammerer eine Besondere Vigilanz tragen werdet.

Hieran zc. Geben 4. September 1724.

Der Kaiser verlangte das Gutachten einer kais. Kommission über den Vorschlag „deren zu instruierenden Königl. Städtischen Wirthschaften“ und befahl (Resk. 11. Mai 1725) dessen Beschleunigung.

Nachdem kais. Kommissionen mit Hilfe von geschwornen Landesbuchhaltern alle Stadt- und Rathßämter, die Verwaltung und Rechnungen der k. Städte untersucht hatten, erfolgte die Authorisirung einer kais. Wirthschafts-Einrichtungs-Kommission (Resk. 5. April 1726) und die Errichtung von Wirthschafts-Direktorien in den k. Städten (1726), die ganz unabhängig vom Stadtrathe das Gemeinde-Vermögen, unter der Oberaufsicht und Leitung einer vom Kaiser (Resk. 19. Dezember 1729) eingesetzten kais. Oekonomie-Kommission in Brünn verwalteten. Die letztere hatte die wichtigeren Vorfälle abzu thun und an sie mußten die Rechnungen zur buchhalterischen Revision (durch einen geschwornen Landesbuchhalter, denn die Staats-Buchhaltung entstand erst 1749) eingesendet werden. Die Oberdirektion bildeten der Geheimrath und Oberstlandrichter Michael Schubitz Freiherr von Chobinie, der Landesunterkammerer Georg Friedrich Zialkowski von Zialkowitz und der iglauer Kreishauptmann Karl Gotthard von Almstein. Der Stadtrath verlor fast allen Einfluß auf die Oekonomie-Verwaltung der Stadt, behielt nur die Administration der öffentlichen Geschäfte (publico-politica und judicialia).

Zugleich hob Karl VI. die bisherigen willkührlichen und ausschweifenden Geld- und Natural-Theilungen der Magistrate auf und führte

bestimmte Besoldungen ein; rücksichtlich Brünn's mit dem folgenden Reskripte an das l. Tribunal:

Liebe getreue. Nachdem die neue Wirthschafts-Directorin so wohl zu Brünn, als zu Znaim durch die Von Uns hierzu gnädigst Bestellte Commission des Vereiths aufgerichtet, auch wegen deren Beapdigung an Ermelte Commissarien das Behörige schon ergangen, Undt es nun an dem ist, daß, weilten Von nun Die Bieshero nach eigenen wohlgefallenen Beeber Magistraten ohne Unseren gnädigsten Vorbewußt auff ein exorbitans Quantum zu mercklicher Verfürzung der Stadt-Gemeinden eingeführte Divisiones an gelbt und naturalien Böllig aufgehoben seynndt, ermelten Beeben Magistratibus für das künfftige gewisse Besoldungen, dann ein Deputat Von Bier außgeworfen werde; Worüber Wir so wohl Von der zu Brünn Vorhin schon aufgestellt gewesten oeconomiae-Commission, als auch Von denen jezigen zu errichtung gedachten Wirthschafts-Directorii zu Brünn und Znaimb Bestimmten Commisarijs das Behörige gutt-achtlich gnädigst eingezogen.

Als resolviren Wir gnädigst hiemit führohin Von der zeit an, wo Erst gedachte Commissiones in Unseren Namen die Vorige unbefugte und eigenmächtige Divisiones und Participationes an gelbt und Naturalien oder Deputaten eingestellt, dem Magistrat Unserer Königl. Stadt Brünn die Besoldungen am gelbt, dann das Bier Folgender gestalt Jährlich durch das Wirthschafts-Directorium, und zwar Benandlich dem Königl. Richter allda am Geld in quaterberllchen ratis Jährlichen Ein Tausendt gulden, und an Bier Achtzehn Maasß.

Dem Primatori Jährlichen Sechs Hundert gulden, und am Bier zwölf Maasß.

Dann denen Vier nächsten Rathß-Verwandten an dem Primatore jeden Jährlichen Fünfhundert gulden.

Denen Vier weither folgenden Jährlichen Vier Hundert Gulden.

Undt entlichen denen drey letzteren des Inneren Rathß am Gelbt jedem dreyhundert gulden, und einen jeden Von allen diesen Jährlichen zwölf Maasß Bier in natura, sonst aber keine naturalien, wie die immer nahmen haben mögen, als welche in gesambt hiemit nochmahlen aufgehoben seynndt, gereicht werden sollen.

Betreffendt den außeren Rath zu Brünn, welcher Vermög Commissarischen Berichts in dem Stadt-Richter und Vier Assistenten bestehet, da wollen Wir dem Stadt-Richter wegen seiner Vielen arbeit, und damit die Literati bester mehr herbeygebracht werden, allermassen Wir dann auch das Stadt Richter Undt nicht per Turnum, sondern allemahl fähigen Literalis ex Gremio aufgetragen haben wollen, gleichfalls zu seiner Jährl. Besoldung hiemit Sechs Hundert Gulden. und zwölf Maasß Bier in natura außgeworfen, auch demselben, dann dem Wirthsch.-Schreiber zur zeit, die Von dem Magistrat an die oeconomiae-Commissionen nach dieben folgender Abschrifft Sub Signo A Specificirte Acci-

dentien ¹⁾ jedoch ohne darbey zu excediren, fernerß überlassen, dabey hingegen gleichwohl die in dieser Specification enthaltene Satz- oder Ein- und Auslaß-gelder derer Gerichtlichen in Causis Criminalibus inhaftirten Personen nicht allein Bölig aufgehoben, sondern da auch Vorkommet, daß gedachter Stadt-Richter Von denen in die Stadt führenden Füßchen, Athern, und anderen victualien einen gewissen Theill alle wochen Markt durch den Gerichts-Diener zunehmen pfeget, welches aber wieder Polizey und Billigkeit Lauffet, und nur zu Theuerung anziehet, dieses ebenfalls Ihme Stadt-Richtern, oder wer sonst etwas dergleichen genießet, ein undt abgestellt haben; Worüber Ihr dann durch die Polizey-Commission gute obacht halten, und diese Weederley Exactiones würdlich abstellen Lassen werdet.

Fernerß wollen Wir auch des Stadt-Richters ersteren Assistentibus jedem Jährlichen zwey Hundert Gulden, und denen zwey lethern Jährlichen Einen Jeden Ein Hundert gulden für all und jedes ausgeworffen haben. Welches Ihr dann

¹⁾ Specification deren Jenigen Taxen, Accidentien und Besolungen, welche der Herr Stadt-Richter der Königlichen Stadt Brunn zu Empfangen hat, und zwar:

Hat Herr Stadt Richter Von der, alle 4. wochentlicher ablohnung an seiner Besolung 30 fl., das Jahr hindurch seyndt 13 ablohnungen mithin kommet Baar 390 fl.

Alle Jahrmarkte hat Herr Stadt Richter an Standt und haugir-geldt ohngefähr 70 auch 80 fl., welches doch nicht ein Markh wie der andere ist, und seynd in Einen Jahr 6 märkte, mithin Baar 420 fl.

Von zuschreibung deren Haßßern hat Herr Stadt Richter von 1000 fl. 8 gulden, wovon dem Gerichts-Schreiber $\frac{1}{3}$ gebühret, wann aber ein Haßß auff wehrungen, und nicht Baar Erlauffet oder jemanden Titulo haeredis zugeschrieben wird, da ist nicht 8 por mille, sondern Von Einen Kleinen Haßß 3 Thaler Mährisch, Von einen miltlern 6, Von einem Grossen aber 9 und Von Einen Herrschaftlichen 12 fl. Discretionis nomine zu entrichten. Von denen Gerichtlichen Depositis hat das Gericht Von 1 Thaler Mährisch 1 kr., davon hat der Gerichts-Schreiber $\frac{1}{3}$ zu Empfangen.

Von denen Criminal-Inbaffirten Personen hat Herr Stadt Richter von einen jeden ein- und außlaß-geldt Vermög der Josephinischen Peinlichen halß-Gerichtsordnung 1 fl. 12 kr.

Von denen Gerichts-Spöhren gebühret Von einen Sigillo 1 Thaler Mährisch, davon dem Gerichts-Schreiber $\frac{1}{3}$ zukommet.

Von denen Immissionibus und Einführungen in die Haßßer ist zu Bezahlen 6 Thaler Mährisch, davon dem Gerichts-Schreiber $\frac{1}{3}$.

Von Einer Gerichtlichen zeigen Verhörung 1 Thaler Mährisch, davon dem Gerichts-schreiber $\frac{1}{3}$.

Von Einem Gerichts Attestato cum Sigillo ein Thaler Mährisch, davon dem Gerichts-schreiber $\frac{1}{3}$.

Von denen Criminal Inquisitionibus, Straß-Gelbern, und Contrabant-Sachen hat Herr Stadt-Richter Bieshero kein Kreitzer Belommen.

Weillen die meiste Einkunfften des Brünnerischen Herrn Stadt-Richters, wie oben Specificiret in denen Tax-Gelbern Bestehet, welche aber nicht gewieß, sondern ein Jahr mehr, das andere weniger, Besonders darnach Haßßer in die Büchern improthocolliret werden, einkommet, also ist nichts positives zu nennen, ich meines orths habe Jährlichen 1500 fl. auch 1600 fl. Belommen.

Frank Juli Wasserreich.

sowohl dem Magistrat Unserer Königlichen Stadt Brunn, als auch insonderheit unserem Landes Unter-Cammerer, vergleichen der zu Brunn jezo führwehrenden Commission, umb darnach das Wirthschafts-Directorium zu instituiren, auch diesen Auffsatz in die Instruction mit einzuziehen, also gleich, und zwar ex officio Bedeuten werdet.

Demnach aber hiebey unberührter nicht zulassen, daß der Magistrat zu Brunn derley Ihme nicht zugestandene zu schaden der gemeinen Bürgerschaft gebiehene, folglich ungewissenhafte, an sich selbstn auch so übermäßige Geldt und andere Divisiones, wie solche aus obigen Signo C Uns mit Bestrembung Vorkommen, nicht allein sich zuzueignen, und solche fast Von Jahr zu Jahr zu Vermehren, über alles dieses aber solthanen unbefugten Genuß obgedachter Brünnerischen oeconomiae-Commission so fest, als ob Selbter dazzu noch sowohl Berechtiget wäre, Vorzulegen sich unterfangen, sondern auch noch fernerß dahin sich Vergangen, daß, als Selbter in Anno 1722 Von Uns Vermittelt des Landes-Unter-Cammerers umb die Juden Einlaß-Gelder Supplicando eingekommen, die Hierbey folgende Consignation untern Schein, als ob Er Magistrat in Geldt und natura ein mehreres nicht genießete, damahls Sub lit. B. eingereicht, welche kaum den dritten Theil dessen Betrages, so sie jezo oben Sub sig. C zu genießen gestehen, mithin Uns damahls zu Hintergehen sich nicht gescheuet haben, wie dann Vorkommet, daß auch eben diese Consignation Sub B Bey der oeconomiae-Commission zum Vorschein gekommen, welche aber in ihren Bericht Von sechsten Novembris Letztlin, daVon zu Unserer Bestrembung nichts erinnert, sondern nur den erhöhten unbefugten Anschlag Sub Signo C pro objecto genommen hat, und für richtig gehalten, so hätten wir zwar Ursach gehabt, das künfftige gehalt erbeutten Magistrats nach dessen eigenen Uns zugekommenen obigen Consignation Sub lit. B. fassen zu lassen, sonstn aber auch diese Erklärung, und daß Sie mit einer so ungleichen anzeige Uns angehen dörrften, mit grösserer Schärffe zu anthen; Wir haben jedoch aus denen Beschehenen gehorsambsten Vorstellungen Uns endlich gnädigst Bewegen lassen, jezt obbesagtes gegen dem alten herkommen wohl ergebiges Gehalt in Gnaden auszuwerffen, in gänzlichem gnädigsten zuversicht, daß ermelter Magistrat diese Besondere Gnadt mit künfftiger Treu-Emsfeger Vertretung seiner Obliegenheit Beständig zu erkennen, nach aller möglichkeit Bestleffen seyn, und Uns zum einen anderen nicht etwa Veranlassen werde. Indeme aber gleichwohlen keines weges nachzugeben, daß Er Magistrat sich dahin Vermessen, eines Theils seine Stipendia eigenmächtig zu einer solchen übermaas zu erhöhen und die gemeine Stadt zu Verfürhen, anderen Theils aber Uns seine Proventus Vermög obgedachten Allegati Sub B. zu erschleichung der Juden-Einlaß-Gelder wieder die wahrheit weit geringer Vorzulegen, so werdet Ihr den Königlichen Richter (so Besagte Specification Sub B. damahls authentisiret hat) nebst einigen ex Magistratu Vor Euch Beruffen, Ihnen dieses ungleiche anbringen, und daß der Magistrat sich ~~mit~~ ~~zu~~ Salaria eigenmächtig zu erhöhen, dazzu noch die participationes zu Bedeung

seines Unfugs in seine Raytung zubringen, mithin wieder seine Pflicht mit denen Gemein-Mitteln zugebahren, sich gelieften lassen, für dießmahl scharff Berweisen, anbey nachdrücklich erinnern, sich furohin Von derley wieder Pflicht und ordnung lauffenden unziemblichkeiten, also gemieß zu enthalten, als Wir sonst gegen die Uebertretere mit mehrerem nachdruck, auch mit entsetzung Von der Rathmanns-Stelle, Burger Recht, und sonst Verfahren lassen wurden zc. zc. Undt indeme obgedachte sammentliche drey Commissiones auch dafür halten, daß Bey jezigen Wirthschafts-Directorij, wo die Stadt undt Landt-Wirthschafts-Officia derer Singulorum ex Magistratu nunmehr aufhören, die Dießhörige Anzahl derer Rathß-Verwandten Bey denen Magistraten unnöthig seyn werde. Wie dann dießfalls Unser Hochgeehrtesten Herrn Vaters Kayl. Kayser Leopoldi Mayestät und Liebden Bereiths untern Neunzehenden August Anno Sechzehenhundert Vier und achtzig an Unser damahliges Königlich Tribunal rescribiret haben, nicht zu Befinden, daß dem gemeinen weesen mehrere Rathß-Männer, als Vonnöthen auffzunehmen, Vortrüglich seyn könne.

Als Befehlen Wir Euch fernerß gnädigst hiemit, daß Ihr Respectu der Anzahl derer jezigen Rathß-Verwandten in allen dasigen Könighchen Städten ob, und wie Vieß deren Bey jeder Könighchen Stadt, sonderlich Bey denen jezo zu Brunn und Znaymb auffgerichteten Wirthschafts-Directorij (welche auch Successive in denen übrigen Könighchen Städten allda folgen werden) etwa fünfftig zu erspahen, dann auch ob nicht zu Olmütz und Neustadt die mehrere Beständige Burgermeister, zu Znaymb und Zglau aber doppelte Primatores abzuändern, und diese Magistratus auff dem Fuß der Könighchen Stadt Brunn, wo alle Monath das Burgermeister-Ampt herumgeheth, und nur ein Primator Befündlich, zuseßen seyn möchten, Unsern Landes-Unter-Cammern Respectu Brunn und Znaymb, in Specie aber auch die dasige jezo in operatione stehende Commissionen Vernehmen, sodann darüber Ewere guttachtlichen Gedanken nächstens in Unterthänigkeit eröffnen sollet. Hieran zc. Geben Wienn den 11. Dezember 1725.

Unter Einem mit der Regulirung der Magistrate erfolgte auch jene der Gemeinde-Vertretungen.

Damit dasjenige, was der Gemeinde Nothburst erfordert, im Namen und in Angelegenheit der ganzen Gemeinde bei dem Magistrate geschehe und ordentlich durch einige dazu außerkiesene Personen, welche die bürgerliche, unter dem Magistrate stehende Communität repräsentiren, vorgebracht oder denselben vorgestellt werden könne, soll in jeder königl. Stadt ein bürgerlicher Ausschuß (mit Aufhebung anderer bisher verschieden gebräuchlicher Benennungen) in Brunn und Olmütz aus 12, in den übrigen k. Städten aus 10 (oder, wo bisher weniger waren und zur Verrichtung ihrer Obliegenheiten hinreichten, nur aus diesen wenigeren) wohlbehaltenen Männern verschiedener Profession bestehen. Dieser Ausschuß soll alle 3 Jahre von der auf dem Rathhause zusam-

mentkommenen Gemeinde gewählt, dabei aber unter diesem Ausschusse 2 Personen zu Gemeinde-Räthen (Gemein-Redner) außerforen, dann diese Wahl dem Magistrate und von diesem dem k. Landesunterkammerer-Amt bekannt gemacht und von diesem die landesfürstliche Confirmation eingeholt werden.

Das Ausschuß-Amt ist pro honore et amore publici unentgeltlich zu versehen, darf aber keinem wider seinen Willen auf Lebenszeit aufgebürdet werden. Doch kann auch die Ablehnung nach Ausgang der 3 Jahre nur aus erheblichen Ursachen zugelassen werden (Res. 5. April 1726)¹⁾.

Die Beschränkung der Stadträthe auf die Besorgung der öffentlichen Geschäfte, die Geltung des fremden, besonders des künftlichen römischen Rechtes, und die Reducirung der Halsgerichte schloß, zu Gunsten der rechtsgelehrten Leute, die Bürger immer mehr von den Stadträthen aus.

Wir haben erwähnt, was das Rescript vom 11. Dez. 1725 „damit die literati desto mehr herbei gebracht werden“ wegen Versetzung des Stadtrichter amtes angeordnet. Wer ein bürgerlicher Ringsmann in Brünn (die Ringsleute wurden gewöhnlich zu Stadttämtern gebraucht) sein wollte, mußte „litteriret“ sein oder von Ihrer Majestät Dispensation erlangen (Res. 26. Jänner 1731).

Bei der schlechten Bestellung der meisten Halsgerichte bestand zwar schon länger die Neigung und Nothwendigkeit, die besser besetzten der k. Städte zur Aushilfe zu nehmen. Da dieß die letzteren belästigte, verordnete zwar Karl VI. daß die k. Kreishauptleute ohne Vorwissen und Befund des k. Tribunals nicht Macht haben sollen, einen bei einem auswärtigen Halsgericht eingebrachten facinorosum in eine k. Stadt zu transferiren (Res. 10. Juli 1714). Alsbald wurde aber von großem Einflusse auf die Verfassung der Stadträthe die von Karl VI. begonnene bessere Einrichtung der Halsgerichte (Rescript 8. März 1725), bei welchen sich besonders „in der Instruirung und Abführung der Kriminalproceße und in der Exekution des Todesurtheils“ große Mängel und Gebrechen geoffenbart hatten. Diese Regulirung ging vorzüglich auf eine „Restrangirung der Halsgerichte“ aus, an welchen sich noch in den ersten Jahrzehenden des 18. Jahrhunderts über 200 in Städten, Märkten und Dörfern Mährens befanden. Die von Karl VI. (Res. 10. Juni 1729) begonnene bedeutende Verminderung der Halsgerichte führte Maria Theresia noch weiter, indem sie bis auf jene in den königlichen und in einigen Municipal-Städten und Märkten alle übrigen suspendirte (im brünner Kreise blieben nur in Nikolsburg Wischau, Auspitz und Saar) und die Gerichtsprengel der suspendirten den

¹⁾ Dieses Rescript setzte die Zahl der Rathsmänner in Brünn und Olmütz mit 12, in den übrigen königlichen Städten mit 10 fest (S. wegen Brünn und Znaim S. 389).

übrig gebliebenen zuwieß, ohne diesen die hiedurch erwachsenen Lasten vollständig vergüten zu lassen. Die Kosten der eigenen Jurisdiction (in *jurisdictione ordinaria*) hatten die Halsgerichte selbst zu tragen; zur Berichtigung der Kosten in der übertragenen Jurisdiction (in *jurisdictione vicaria*) wurden bei Privatverbrechen, wenn sie der Sträfling nicht zahlen konnte, verschiedene Strafgelder, Sammlungen und Taxen bestimmt, bei öffentlichen Verbrechen schloß sie aber der Kammeralfond vor (Res. 18. Nov. 1752). Die bisher suspendirten Halsgerichte hatten zusammen an die verbliebenen jährlich 1974 fl. zu entrichten und verschiedene Fonde und Beiträge zur Deckung der Kriminalkosten behilflich zu sein (Res. 27. Okt. 1753).

Die Folge der immer größeren Entfremdung des Rechtsbewußtseins im Volke, wie der immer entschiedeneren Anwendung des fremden Rechtes war, daß die Verwaltung in den Städten immer mehr ausschließend in die Hände gelehrter Leute kam. Daher bestimmte auch das Rescript vom 12. Oktober 1734, daß in den königlichen Städten Brünn, Olmütz, Znaim, und Jglau keine andern Subjekte, als *juridice Litterati*, in die Rathswahl gezogen werden sollen, und *valide elegiret* werden können.

Wenn aber andere Kandidaten, besonders diejenigen, welche in *re oeconomica* wohl versiret, oder sonsten wohl meritiret sind, in die Rathswahl gebracht werden wollten, sind solche zu vorigen von Ihro Majestät *ratione Eligibilitatis* auszubitten kommenden Dispensation anzuweisen.

In den übrigen königlichen Städten, als Mährisch-Neustadt, Gradiß und Gays, wenn allda *juridice litterata Subjecta* um die Rathsmannstelle konkurriren, solle auf dieselben *caeteris paribus* vor Anderen reflectiret, und sie ohne erhebliche Ursachen nicht präteriret, sonsten aber in defectu derselben auf die Literatur der Kompetenten, so weit solche bei ihnen anzutreffen, wie auch übrigen auf ihre Verdienste, und in *rebus oeconomicis* besitzende Erfahrungheit gesehen werden (Wefebrod S. 194).

Wie ernstlich die neue „Einrichtung der k. Städte“ gemeint war, zeigt das nachfolgende Rescript Karl VI. an den Einrichtungs-Kommissär Freiherrn von Schubirz: Wohlgebohrner Lieber Getreuer. Demnach Bey Uns der wohlgebohrne unser Rath, königlicher Burggraff zu Znaymb, und Lieber Getreuer Maximilian Franz Xaverius Freyherr Von Deblin, auf Alt- und Neuhardt, wie auch Mauthen mittelst eines allerunterthänigsten Berichts von 23. April längsthin die allergehorsamste Anzeige gethan, daß Erstens die *Sessiones Magistratus* in Unserer königlichen Stadt Znaimb Vielmahlen an eben selbigen Tagen, wann der Stadt-Richter, oder auch das Directorium ihre halten, zusammen Treffen, wodurch aber Beschehete, daß Bey ein- und anderer Session Viele Rathß-Verwandte abwesend seynb, einige aber Von einem Sessions-Orth zu dem andern sich verfügen, oder Bald da oder dorthin gehen müssen, mithin solthane *Sessiones* nicht allemahl ordentlich vor sich gehen können. Andertens aber der Magistrat, und das wirthschafts-Directorium daselbst Wies dato noch viele

Unsere gnädigste Anordnungen nicht ad effectum gesetzt habe, auch die Instructio Directorii nicht erforderlich Beobachtet werde.

Als haben wir an denselben unter heintigen Dato gnädigst Rescribitet, quoad passum primum zu Besserer Regulirung deren Sessionen selbte pro ordinario, wann keine Feiertage darzwischen kommen, von dem Stadt-Richter am Montag und Donnerstag, von dem Directorio am Mittwoch und Samstag, und von dem Magistrat am Dienstag und Freytag halten zu lassen, ansonsten aber den sammentlichen Magistrat ernstlich zu erinnern, daß diese Sessiones umb Acht uhr angefangen, solche wenigstens Dies Drey Stunden Continuiret, darbey ein ausführliches protocollum geführt werden, in gedachter zeit auch die darzu gehörige Persohnen, Besonders aber Bey denen Magistratual Sessionen alle und jede sich einfinden, und nicht hin und her Begeben sollen, quoad Secundum aber hette Er Freyherr von Doblin dem sammentlichen Magistrat diese seine Fahrlässigkeit scharf zuverweisen, denselben zugehorsambster Befolgung dessen, was vorhin gnädigst anbefohlen, anhalten, und in so lang Unsere gnädigste Verordnung nicht vollzogen seynd, Ihnen keine Besoldung reichen zu lassen, dann dem Praesidem Directorii, daß Er für sich selbst ohne Beratschlagung mit denen Directorialibus ex Magistratu et Civibus nichts vornehme, den Magistrat aber, und sammentliches Directorium, daß Sie die Directorial- und Wirthschafft-Instruction dem abgelegten Ahd gemäß genau Beobachten, nachdrucksambst mit dem Zusatz zu erinnern, daß, wann ein- oder anderer deme Contravenirte, solcher von Ihme nachmahafft gemacht, und von uns wieder selbst nicht nur mit der amolion von der Raths-Stelle, und seinem Dienst, sondern auch Benehmung des Burger-Rechts verfahren werden würde; Wo im übrigen Derselbe Diese Unsere gnädigste Resolution so viel es erforderlich, der Instruction Beyrucken sollte.

Weillen nun seyn kann, daß quoad passum primum Bey denen Deiner Einrichtung gnädigst anvertrauten Städten, die Sessiones, auch in einem Tag zusamben Treffen. Als ist unser gnädigster Befehl hiemit, daß du die Vertheilung diesen Sessionen daselbst auf Arth und Weiß, wie zu Znaymb anordnen, dann wann Bey eben gedachten Königlichen Städten, auch die Exeqvenda unterlassen würden, gegen die Contravenienten gleich wie Respectu des passus Secundi Bey Znaymb verfahren sollest, Hieran Beschiehet unser allergnädigster Willen und Meinung. Geben zu Larenburg den 5. Mai 1727.

Eine besondere Rücksicht nahm das wichtige Amt des Stadtrichters in Anspruch. Karl VI. verordnete, daß die stadtgerichtlichen Sessionen nicht in des Stadtrichters Haus, sondern in ordentlichen Gerichtsstuben und zwar zweimal in der Woche gehalten werden (Resk. 24. März 1726). Das folgende Reskript an den Landesunterkämmerer regelte die Wahl des Stadtrichters: Gestrenger Lieber Getreuer; Wir haben auß Deinem allerunterthänigsten Bericht-schreiben Von 13. Aprilis dieses ablauffenden Jahres, des mehrern ersehen, was Uns du wegen Verschiedener in Unßern Königl. Mährischen Städten Bey

Vornehmung der Stadtrichterlichen Wahl zwischen denen Rathsmännern sich ergebenden; Besonders aber erst Vor Einem Jahr dießfalls entstandenen Uneinigkeiten; undt darbey mit unterlauffenden particular-absichten allergehorsambst angezeigt, zugleich aber zu Dessen Remedirung gütlich eingerathen habest.

Wann dann Hier Hierauff gnädigst Resolviret, daß künfftig hin zu dem Stadtrichter Ambt, abstrahendo a turno statts der Jenige so Hierzu der Tauglichste ist, auff Ein Jahr erwählet, undt gewöhnlicher massen zu Unserer Allergnädigsten Confirmation gebracht, so dann Bey außlauff dießes ersten Jahres (es seye dann, daß der Vorige Stadt-Richter noch weithers hin Bestätiget zu werden meritiret, in welchen fall auff desselben Confirmation nur noch auff Ein anderes Jahr anzutragen, dem Magistrat Bey der Wahl gestattet sein wirdt) wiederumb auff den Tauglichsten unter denen übrigen Magistratualibus gegangen, wann aber du Landes Unter Cammerer wegen der Tauglichkeit des, in die Wahl Bringen wollenden Subjecti etwas erhebliches zu erinnern hättest, dießes Von dir dem Magistrat Vorgestellet, undt da Hierauff gleich wohl nicht Resolviret worden wäre, in dem, über die Wahl anhero erstattenden Bericht zu Unserer Gnädigsten Resolution Bey gefüget werden solle.

Als werdest du darnach dich zu richten undt das Behörige zu Veranlassen wiesßen.

Hiernach wirdt allergehorsambst Vollbracht Unser allergnädigster Will, undt Meinung.

Geben Wien den 19. Dezember 1729.

Nach dem Reskripte vom 13. September 1731, welches das Verfahren bei der Rathsrenovation regelte, war der erwählte Stadtrichter in Brünn dem Landesunterkammerer nur ad statum notitiae anzuzeigen.

Das Reskript vom 7. März 1727 befiehlt den Magistraten, auf das Puppillarvermögen und die Sicherstellung desselben den sorgfältigsten Bedacht zu tragen, und davor zu seyn, damit die Waisen an ihrem Vermögen nicht verkürzt werden, als im widrigen sie Magistrate die Waisen in alle Wege schadlos halten werden; daher auf den Fall einer erfolgenden Damnifizirung nicht nur die Waisenamtsvorsteher, und Assessoren und ihre Erben haften, sondern auch in Subsidium die Magistrate selbst oder derselben Erben ihnen verkürzten Waisen dafür werden stehen müssen (Weisebrod S. 184).

Maria Theresia ließ, aus Anlaß eines gesetzwidrigen und fahrlässigen Vorganges des brünner Magistrates bei der Veräußerung und Zuschreibung eines Hauses sowohl demselben, als auch allen übrigen Stadt-Magistraten mit allem Nachdrucke einbinden, daß dieselben denen Vorhinigen und zeithero ergangenen Verschiedenen Allergnädigsten Resolutionen und Landes-Gesetzen genauer nachleben, mithin Vermög Stadt-Rechten, und der in Anno 1734 hierinnfalls ergangenen Pragmaticae Niemanden, wer es Immer seyn möne, derley illegales possessiones der Häuser oder Stadt-Gründen ultra terminum a lege praefixum ohne Behöriger Zuschreibung Verstaten, die Vorfälle expeditionen nicht so

lang erliegen lassen, nächst deme So wohl Sie Magistratus, als auch die denenselben untergebene Stadt-Gerichten, damit die denenselben anvertraute Bücher tam in protocollando, quam Registrando also richtig geführt werden, auf daß Einer jeden sich anmeldenden Parthey über die wahre Beschaffenheit eines jedwedern Hauses, oder Stadt-Grundes eine Vollkommene, und verlässliche außkunft ertheilet werden könne, darob seyn, nicht minder die letztere, nemlich Stadt-Gerichten ihre, über die Von denen Stadt-Magistraten an Sie ergehende Verordnungen dahin zu erstatten kommende Relationes allemahl Zu dem Ende Schriftlich, umb pro Re nata in Vorfällender erforderung denen darumb anhaltenden Partheyen die Benöthigte Abschriften davon ertheilen zu können; Abstaten — und über haubt so wohl Sie Magistratus, als auch die Stadt-Gerichten in allen derley Executions-Fällen, und Rechts ungelegenheiten, nach Maassgebung deren Stadt-Rechten, und anderer allerhöchsten Resolutionum ohne einziger privat-Abicht umb so gewisser Verfahren sollen, als im wiederigen wir nicht nur wieder derley transgressores respectu publici mit scharffer ahndung fürzugehen, sondern auch quoad privatum denen durch derley culpa-Bernachlässigung und saumbseeligkeit damnicirten Partheyen, auch wieder Sie Magistratus, und Stadt-Gerichten in Corpore, oder doch wenigstens wieder diejenige, welche hierinnfalls einige Schuld Tragen, den Regressum Vorzubehalten, und zugestatten Bemüffiget seyn würden. Und ist dannenhero Unser Gnädigster Befehl hiemit an Euch, daß ihr nach dieser unserer allerhöchsten Resolution So wohl zu Verbescheidung der hierunter interessirten Partheien, als auch zur künftigen genauen nachverhalt deren sammentlichen Stadt Magistraten, und Stadt-Gerichten, besonders des Brünners mit der obenberührten Aufstell- und Verweisung das Behörige zu Verfügen nicht Verweillen sollet (Resf. an das mähr. Tribunal vom 14. Juni 1745).

Nicht weniger eiferte Maria Theresia gegen die nicht nur bei dem Bürgerstande, sondern auch bei den höheren Ständen seit Langem üblich gewesene Geschenknahme. „Und Nachdeme (sagte sie) zu Vernehmen ist, daß von denen Magistratibus mehr Verührter unserer Königl. Städten zu Ertheilung ihres Voti für ein- oder anderen zu dem Rath Stuhl oder Vertretung eines Stadt- und Wirthschafft-Amts, Remuneraciones und Schändungen angenommen werden, wodurch dann öftters Beschlehet, daß eines Theills unhabilitirte, und dem Stadt-weesen wenig nützliche Subjecta unserm Landes Unter-Cammerer, und durch diesen an Uns in Vorschlag gebracht, Andern Theils aber denen umb ihr Geld zu einen Wirthschafft-Dienst promovirten Beamten, die Gelegenheit an die Hand gegeben wird, ihren Regress aus denen Gemeinen Städtischen Wirthschafft-Einkünften wiederumb zuerholen, wodurch also nur üble Gebahrungen gezieglet werden, welches Wir aber Bey so bewannten üblen Folgerungen weder gestatten können, noch wollen.

So ist Unser gnädigster Befehl hiemit an Euch die Behörige Verfügung und publication Bey denen Gesambten Magistraten unserer Königl. Mährischen

Städten zu Veranlassen, daß dieselbe sich künftighin Von Annehmung der mindesten Remuneration, es seye nun für Ihr Votum zu Erwählung eines Rathmanns, oder aber wegen Anstellung eines neuen Stadt oder Wirthschafts-Beamten, umb so gewießer enthalten, und Bloß allein, ohne aller Neben-Absicht hierbey auf die Tauglichkeit des Vorschlagen oder anzustellenden Subjecti, und was hierunter dem Communi bono Civitatis am anständigsten und nützlichsten seyn kann, ihr Augenmerk richten sollen, als im wiedrigen der Gebende zu nochmaliger Erlegung des dati, dahingegen der nehmende zu Ausantwortung des angenommenen angehalten, auch darüber einer und der andere mit anderwärtiger scharfer Anthon, und gestalten Dingen nach mit der Amotion ab officio suo angesehen werden würde, Von welchen poenali duplo dem Diesfälligen denunciante, dessen Rahmen jederzeit geheim gehalten werden wird, ein Drittel, die andere zwei Drittel aber der Stadt Cassao zum Besten der Gemeinde gewendet werden solle“ (Rescript an das Tribunal vom 23. August 1745).

Noch weiter als die administrative reichte die ökonomische Einrichtung der f. Städte, deren Grundsätze die Direktorial- und Wirthschafts-Instruktion aussprach (die brünner vom 29. März 1726).

Die gute Wirthschaft sollte bei dem Haupte der f. Städte, dem Landesunterkämmerer, den Anfang nehmen. Deshalb erneuerte Karl VI. das Rescript vom 19. August 1684, welches bei den f. Städten die Gebühren des Landesunterkämmerers und seines Amtschreibers salarii nomine, als auch wie es mit den Traktaments-Spesen bei den Rathsverneuerungen und sonst gehalten werden soll, reguliret und ausgemessen hatte, worauf umb so mehrers hand zu halten nöthig seyn will, als es zur gutten Richtigkeit und ordnung, besonders bey vorseyenden besseren Einrichtung der f. Städte gereichen wird. Der Kaiser befahl daher dem f. Tribunale, obgedachte allergnädigste Resolution allen Königlichen Städten, und Zugleich zu Brünn und Znaymb denen alldortigen Commissionen, und Wirthschafts-Directorijis mit dem Bedeuten, daß dieselbe in allen Punctis umb so gewießer und unnachbleiblich Beobachtet werden solle, als im wiedrigen die darüber etwann Beschehen mögende auslaagen nicht allein in denen Stadt-Rathungen nicht passiret, sondern auch respective die Singuli ex Magistratu aut Directorijis zu der Ersetzung in proprio angehalten werden würden, von neuen zu intimiren, und damit es also nnd nicht anderst observiret werde, massen Wir Unserm Königlichen Landes Unter Cammerern ein gleiches unter einft anfügen, darob zu seyn (Resf. 19. Februar 1724).

Als der Landesunterkämmerer den Einfluß auf die Wirthschafts-Gebahrung der f. Städte verlor; bewilligte ihm der Kaiser (Resf. 28. März 1734) aus den Einkünften derselben ein jährliches Adjutum von 775 fl., welches nach der zwischen den f. Städten üblichen Proportion abzuführen war und von 5 zu 5 Jahren neu verliehen wurde (Resf. 23. August 1745).

Carl VI. authorisirte 1732 eine Oekonomie-Oberdirektion für die k. Städte Mährens und gab, nach Abforderung der Instruktionen, welche dieselben hatten (Resk. 23. Mai 1727), ihren Wirthschafts-Direktorien eine neue Instruktion (Resk. 22. Jänner 1732).

Gemäß der „Instruction Wornach das sammentliche oeconomiae weesen der k. Stadt Brünn künftighin zu verwalten seyn wirdt,“ Wien den 22. Jänner 1732 (von 125 Paragraphen) war die Administration desselben durch ein besonderes Directorium oeconomicum unter einer von Ihrer Majestät bestellten Ober-Direktion (Kommission) zu führen. Das erstere bestand aus dem k. Richter, als Präses (mit einer jährl. Besoldung von 150 fl.), aus 2 vom Magistratskörper aus seinem Gremium gewählten und von der Oberdirektion acceptirten Ordinari-Beisigern (mit 100 fl. Besoldung) und 1 eben so gewählten außerordentlichen Beisiger (Ersatzmann), aus 2 ordinari- (mit 100 fl. und 6 Faß Bier) und 1 außerordentlichen Beisiger aus der Bürgerschaft und 1 Aktuar. „Wenn sich eine Oeffnung unter den Beisigern aus der Burgerschaft ergibt soll mit Consens des Stadtrathes dieselbe zusammentreten und aus ihrem schoß zwey dem werckh gewachsene der wüthtschaft verständige bescheidene und, so viel es sich thuen laßet mit keinem handwerckh beladene wohlhabende Persohnen dem Magistrat schriftlich vorschlagen, dieser aber in corpore darüber deliberiren und auß denen zwey Vorgeschlagenen Einen und zwar den Besten und fehgisten der Ober-Direktion präsentiren, welche sodann den Vorgeschlagenen, wann kein obstaculum vorhanden, zu bekräftigen, oder den anderen, falls derselbe größere Fehigkeit besizete, zu determiniren und dem Directorio, wie auch dem Magistrat zur beheriger beeydigung zu bedeuten hat.“

Der beeidete Aktuar führt das Protokoll und die expedienda, hat eine Besoldung von 200 fl., 8 Faß Bier und 12 fl. Holzgeld nebst freiem Quartier. Er ist vom Directorium zu erwählen und von der Oberdirektion anzunehmen, welche ihm aber, wie die Assistenten aus dem Magistrats-Gremium, bei erheblichen Bedenken ausschließen (exclusivam geben) und eine neue Wahl veranlassen kann.

Der Präses des Directoriums bleibt beständig und wird in Verhinderungsfällen von dem hiezü beeidigten Senior aus dem Senate, der Aktuar aber vom Bauperwesser vertreten.

Das Directorium hält in jeder Woche 2 oder, wenn es nöthig ist, mehr Sitzungen auf dem Rathhause, bei welchen wenigstens 4 Personen seyn müssen und ein freies Votum zu gestatten ist.

Die Stellung und Wirksamkeit des Directoriums, der Oberdirektion und des Magistrates bestimmen die §§. 11 bis 18 dieser Instruktion in folgender Weise: §. 11. Und Nachdem über haupt nöthig seyn will außzumessen in wie weith das wüthschafts-Directorium für sich zuVerfahren activiret, oder hingegen an die Ober-Direction umb belehrnung zugehen Verbunden, dann auf was für arth und weyse dem Magistrat die mitaufsicht auf das oeconomicum Verstattet

seyen solle, als beschiehet solches hiemit, und hat Forderist das Directorium für sich allein (außer in casum parium votorum, wo es nach dem Vorhergehenden §. zuhalten) alles das Jenige zubeforgen, was an dessen manipulation in dieser instruction schon angewiesen, und mit Regulis directivis versehen ist, wie auch in summa alles, was zu der ordinari administration der würrhschafft und einkünfften gehört, welches Jedoch diesen ausdrücklichen Verstand hat, daß die Ober-Direction und zwar sambt und sonderß (wie solches auß dem, an Jetzt gedachte Ober-Direction, ergehenden allergnädigsten Rescripto intimatorio mit mehrern erleuteret wirdt (Von zeith zu zeith auch in der ordinari administration dem Directorio nachsehen, und die contra instructionem befindliche defectus wird auf den rechten weeg leithen und abstellen könne, mit der außnahme allein, daß besagtes Directorium ohne noth in ordinaria administratione nicht beirret, damit das manipulations werck in keine beschwährlichkeit gesetzt werde. Dargegen aber wirdt das Directorium diese ordinari administration, umb so mehr nach pflicht und gewissen führen, als dasselbe für das Jenige, was culpa sua et subordinatorum dem gemeinen würrhschafftswesen schädliches zugezogen werden möchte, gestalten sachen nach in proprio zuhaften haben wirdt.

§. 12. Wann es aber eine ganz neue würrhschafft bey ein oder anderen rubrica, oder ganz neues gebäu, oder aber eine merkliche Veränder- und reparirung eines alten gebäudes, eine nahmhafte außlaage, auffündig- und bezahlung, oder aufnehmung neuer capitalien, und sonsten haubt- und nachbedentliche, in der instruction mit regulis directivis nicht Versehene, mithin außserordentliche sachen anbetreffete, da solle das Directorium allemahl den casum mit allen umbständen, und seiner gemüthsmeinung halb-brüchig entwerffen, und der Ober-Direction ungesaumbt zuschlecken, welche sodann gegen über auf diesen entwurf die schriftliche belehrung mit unterschrift des Ober-Directions-Actuarij nach Verhalt und künftiger legitimation dem Directorio zustellen wirdt.

§. 13. Was aber die abschaff- und annehmung deren würrhschafft-beambten, und anderer Von dem Directorio dependirenden, oder mit dem oeconomico eine connexion habenden bedienten anbetrifft, da solle das Directorium nicht allein die mindere, und keine Verrechnung ob sich habende, sondern auch die übrige unter einer Verrechnung stehende beampte und bediente (massen selbtes, wie besagt, ex culpa und gestalten bingen nach für alle und Jede untergebene zustehen, und also sich mit denenselben am besten zuversicheren-hat) aufzunehmen, und wieder abzuendenen macht haben, also daß darwieder kein remedium oder Recurs quoad effectum suspensivum, sondern lediglich quoad Devolutivum statt finden solle, Jedoch mit diesem beysatz und unterscheid, daß das Directorium respectu deren Verrechneten würrhschafft-Membtern die ursach der abenderung der Ober-Direction zur nachrichtlichen wissenschafft schriftlich anzeigen, dann in denen Jenigen diensten, welche nicht das oeconomium allein, sondern zum theil das civile respiciren (gleichwie der Stadt-Wachtmeister, so lang derselbe ad oeconomica mit gebraucht wirdt, dann die Thorschreiber, Mauth-übergeher und

überrechter seynd) die abänderung nicht für sich allein sondern concurrenter mit dem Magistrat in einer zwischen beiderseitigen deputatis haltenden zusammentretung Vornehmen solle; Im fall aber beiderseiths mann Sich super subjecto nicht Vergleichen könnte, hat solches die Ober-Direction sodann zudeterminiren, und wirdt übrighs Jeder neu aufgenommener beambter und bedienter, falls Er unter einem Jurament stehet, solches Jurament bey dem Stadt Magistrat abzu-legen haben.

§. 14. Und gleichwie auch fernerß die einschuldung deren Königl. Städten ohne Vorwissen und Consens Ihro Kayser- und Königlichen Mayestätt per generalia Verbothen, und untersaget ist, also hat Directorium gleichfalls sich dessen nicht im mindesten zuunterfangen, sondern wann etwan zu abtossung einer schuld oder zu Vorsehung der wirthschaft mit nothwendigen Borrath, worzu ex cassa zur zeitß das ganze quantum nicht bestritten werden könnte, oder auch in anderen das bonum civitatense betrefenden Vorfällenheiten, pro tempore die aufnehmung einigen capitalis Vonnöthen, und ersprießlich were, so solle das Directorium sothane Vorfällenheit mit seinem ausführlichen gutachten, wie auch Vorschlag der künftigen bald möglichsten wieder abzahlung der Ober-Direction schriftlich anzeigen, welche darauf die belehrung nach Vorhero erhaltenen consens Ihro Mayestätt, oder gestalten sachen nach Vermög der Ihr in unten folgenden §. 45 bey dem Breuß weesen eingeraumbten gewaldt schriftlich zuertheilen haben wirdt.

§. 15. Die oben besagte mitobacht des corporis Magistratus in re oeconomica solle keines weegß auf die beirr- oder hemmung der ordinari administration und derselben würdlichen fortgang sich extendiren, sondern indeme bestehen, daß der Magistrat, wie das oeconomicum Von dem Directorio tractiret, und besorgt werde, acht haben, und wenn Er etwas denen gemeinen einkünften nachtheiliges Vermerckete, solches der Ober-Direction, welche darauf nach befund die behörige Remedur zuveranlassen wissen wirdt, schriftlich gezimmend erinnern solle, welche erinnerungen aber keines weegß einigen effectum suspensivum in der Wirthschafts-administration, sondern nur den devolutivum haben wirdt. Es seye dann, daß die Ober-Inspection die suspension einer wirthschafts-sache, und derselben anderweltige execution für nöttig erkennet, wann aber allen falls auch Von seithen der Ober-Direction wieder Vermuthen keine genügliche remedur erfolgete, stehet dem Magistrat frey die besorgende schädlichkeit, Jedoch wiederumb cum effectu tantum devolutivo bey Ihro Kayser- und Königlichen Mayestätt allerunderthänigst anzuzeigen, zu welchem Ende auch, und damit Er Magistrat Von dem Wirthschafts-fortgang auf oder abnahme die information überkommen möge Ihme so, wie unten specific suo loco folgen wirdt, erlaubet seyn solle die reytungen und bücher des Directorij zu inspiciren, umb daraus das materiale seiner erinnerungen entnehmen zu können.

§. 16. Außer diesen zu handen der Ober-Direction zuthuen habenden erinnerungen aber wirdt der Magistrat in die administration und activität des

Directorij in oeconomicis, gleichwie dieses hinwiederumb in das Jurisdictionale des Magistrats nicht eingzugreifen haben, sondern wann einige preces das oeconomicum betreffend oder einige beschwerden wieder das Directorium bey dem Magistrat eingereicht werden, solle zwar der Magistrat die etwann daraus Vorkommende schädlichkeit in oeconomico zu seiner erinnerung an die Ober-Direction *ad notam* nehmen können, übrigens aber in das particulare sich nicht einmischen, sondern die supplicanten darmit an das Directorium, und respective Ober-Direction Verweysen, wie ingleichen das Directorium die Vorkommende begebenheiten, so *proprie jurisdictionalia* seynd, Von sich ab- und zum Magistrat anweysen, zumahlen aber bisweilen Vorfallet, daß einige passus zum theil das Jurisdictionale, und zum theil das oeconomicum betreffen, oder daß gar ein zweiffel obhanden, ob es ein passus Jurisdictionalis oder oeconomicus allein seye? so wirbt in dem ersteren fall forderist unter schwehrer Verantwortung weder das Directorium, noch der Magistrat sich zuunterfangen haben, auß einer sache, welche entweder pure oeconomica oder Jurisdictionalis, oder aber wann auch beedes zusammen kommet, Sie dannoch separiren, und Von Jeden theil *separatim tractiren* lassen, nicht ein mixtum zu machen, und dadurch ein theil in des andern activität eingzugreifen, wann aber doch solche mixta Vorfalleten, welche sich nicht wohl Von einander separiren lassen, so sollen solche zwischen beederseitigen Deputatis in einer zusammentretung concurrenter fürgenommen, und erlediget, in dem anderen fall aber eines zweiffels, ob etwas ein purum oeconomicum sey, oder nicht? der Ober-Direction Von dem Directorio zu seiner belehrung nach Verhaltung die wahre umstände schriftlich angezeigt werden.

§. 17. Weillen dem Magistrat obliegt, das bonum Civitatense in allen Vorfällen möglichst beferdern zu helfen, so ist auch dessen schuldigkeit dem Würthschafft-Directorio die anbegehrte nöttige Assistenz ohne auffschueb, und mit behörigen ernst zu leisten, wann Er aber solches unterliesse, oder auch sonst der Wohlfahrt des gemein Stadtweesens etwas wiedriges und zu dessen nachtheil Vorhengen und Veranlassen solte, solchen falls wirdt gedachtes Directorium darüber das behörige bey der Ober-Direction schriftlich Vorstellen, diese sodann *ratione oeconomicorum* das Directorium instruiren, wegen Verweigerter oder retardirter Magistratualischen Assistenz aber, und wegen anderer wieder dem Magistrat Vorgekommenen beschwerden nach gestalt der sachen, entweder bey dem Königlichen Tribunali oder auch bey Ihro Kayser- und Königlichen Mayestätt die anzeige thuen, und umb benötigte remedur ansuchen, worauf aber der Magistrat es umb so weniger ankommen zulassen hat, als in wiedrigen bey wahrnehmung mercklicher fahrlässigkeit derselbe zu ersetzung des daraus entstehenden schadens *ex proprio* gehalten seyn solle; übrigens stehet auch Einem Jeden *ex Magistratu*, wie desgleichen *ex Directorio* frey, wann auf seine erinnerung etwas, so wieder Ihro Kais. Mayestätt resolutiones und der Stadt nutzen lauffete, nicht abgestellt werden wolte, solches respective bey der Ober-Direction,

oder auch gehalten dingen nach bey Ihro Kayserlichen Mayestätt selbst in handen dero Königl. böheimbißchen Hof-Camples zu denunciiren.

§. 18. In übrigen wirkt der Präses das praesidium sich wohl und zu aufnahm des wercks bestens angelegen seyn lassen, sambt denen übrigen besitzern auch darob seyn, damit Ihro Kayserlichen Mayestätt Resolution, auf künftigh etwann weither erfolgenden Verordnungen gemäß, treu und emßig Verfahren, sonderlich alle und Jede gemein-einkünften, nichts davon außgenommen, genau untersucht, so Viel also ohne aggravia deren untergebenen und unterthanen geschehen mag, Verbeßeret und Vermehret, wohl administriret, ordentlich Berechnet, die oeconomi nach denen wüthschafft-Reguln guth eingerichtet, die gemeine nuzen in alle weeg beförderet, und das ganze werck in gutter Harmoni und ordnung tractiret werde.

Ueber Besoldungen, Deputate, Liefergelder und Verköfungen bestimmt diese Instruktion Folgendes:

§. 104. Nachdem aber Ihro Römisch-Kayserliche Mayestätt allergnädigst erlaubet, daß dem Stadt-Rath Jährlichen Sechs hirschen, acht wild-schwein, und acht Rehe zum genuß überlassen werden mögen, so wirdt die anstalt zu machen seyn, damit das deputat-wild nicht außgesuchet, sondern also, wie es successive einkommet, es mag groß oder klein seyn, Vom Stadt-Rath übernommen, die repartition aber nicht allein secundum quantum, sondern auch secundum quale, respectu aller Rathß-glieder eingerichtet, mithin das beste nicht allemahl dem ältesten, sondern auch nach und nach dem mittlern und leystern zugeheilet werde; falls es sich schiedete, daß in ein oder anderen Jahr Von dieser oder Jener sort nicht so Viel einkommete, als zu diesem deputat außgeworfen worden, so solle deme alles gehorsambst nachgelebet werden, was in dem allergnädigsten Rescripto ddo. 21. Novembris 1726 hac in materia außgemessen ist, wann in winter haasen gejaget oder geschossen werden, so kann das Directorium denen besitzern auß dem Burgerstand, dem Syndico und Actuario auch Registratori Jeden zwey, dem Vice Syndico und beeden Canzelisten Jeden einen haasen außtheilen, hingegen sollen die Rathß-Verwandte und Ihre Söhne des Jagens und waid-wercks auf denen Stadt-gütern und gründen sich Völlig enthalten.

§. 120. Es wirdt der Königl. Richter an geld Jährlich oder in Vier quartalien zusammen ein tausend gulden reinisch, der Primator Jährlich Sechs hundert gulden reinisch, die Vier nechste Rathß-Verwandten an dem Primatore zu Fünf hundert gulden reinisch, die Vier weither folgende Jährlich Jeder Vier hundert gulden reinisch, und die leystere des inneren Rathß Ein Jeder Jährlich drey hundert gulden reinisch, der Stadtrichter aber auch Jährlich Sechs hundert gulden reinisch haben, ingleichen solle ihme Stadt-Richter Vnd dem gerichtsschreiber die auf befehl Ihro Kayserlichen Mayestätt in druckh gebrachte, und zu Jahr-mards-zeiten zu affigiren kommende standgelber gebühren, worbey aber die sitz- oder ein- und außlaß-gelder deren in causis criminalibus gerichtlich inhaftirten

Persohnen nicht allein Böllig aufgehoben, sondern auch die Von dem Stadt-Richter Von denen in die Stadt führenden fischen, ayern, und anderen victualien etwann Vorhin genossene, und durch den gerichtsbienner zu wochen markt und anderen zeiten genommene portiones respectu seiner, oder wer sonst etwas dergleichen genossen, ein- und abgestellt seyn sollen. Des Stadt-Richters Vier Assistenten de Magistratu aber solle Jeder Von Ihnen Jährlich drey hundert gulden reinisch richtig überkommen. An bier-deputat werden dem Königlichem Richter achtzehn Vaas, wegen gemachten kleinern Vässern aber annoch drey Vaas zwey Emmer, allen obbenannten Rathß-Verwandten aber sambt dem Stadt-Richter Einem Jedem zwölf Vaas, Von wegen der kleinern Vässer aber zwey Vaas zwey Emmer Jährlich verabreicht. Ferners hat der Primator und die übrige Magistratuales Vermög Rescripti ddo. 5. Aprilis 1726 §. 1. den zuwachß ex vacantibus portionibus deren ad numerum redactum et restrictum reducirten Rathß-Verwandten an geld und bier-deputat, wie auch Vermög allergnädigster Resolution Von 12. Septembris 1727 das emolumentum consulare pr. 50 fl. rein. und drey Emmer wein, dann lauth obigen §. 104 der Magistrat das außgesetzte wilcht-bräth-deputat, und ansonsten noch das Jenige, was demselben Judicialis laxae nomine außgemessen, und Verwilliget worden zugenüßten. Uebrigens aber und außser dem Jenigen, so Von Ihro Mayestätt dem Magistrat per expressum allergnädigst Verstattet wirdt, Von allen emolumentis aut participationibus, wie sie immer nahmen haben möchten, sich gänzlich zu enthalten.

§. 121. Wann Ein Rathß-Verwandter außer landes zu Verreyßen willens, so hat sich derselbe des außzubringenden consensus halber nach der Jüngsthin untern 13. Septembris 1731 in materia der Rathß-renovationen ergangenen allergnädigsten Resolution §. 15 zu Verhalten, wann aber Ein Rathß-Verwandter in einer Stadt-anliegenheit nacher Wienn unumbgänglich Verschiedet werden müste, so solle Vorhero Von dem Magistrat die ursach der abschiedung der Ober-Direction, wer darvon nemblichen in loco anwesend, oder am nechsten ist, umb zusehen, ob solche ursach erhöblich seye, angezeigt werden, sodann Ein solcher abschiedender mit dem ordinari Fuhrmann hin und her gehen und Ihme das Directorium außer dem Fuhrmann sowohl bey der reysß als subsistenz für einen Jeden Tag im Winter drey gulden, im Sommer aber zwey gulden 30 kr. für die Kost und zugleich für lieffer geld entrichten. Denen Jenigen, so da und dorten in Stadt-anliegenheit gesendet werden, über die hin- und herfuhr zu winterzeit des Tages zwey gulden dreyßig kreuzer, in Sommer aber zwey gulden bezahlen, und entlichen, wenn Jemand zu der land-würthschafft-besichtigung oder in schnitt und zu denen Fischereyen nacher Gurain abgehen müste, Einer Jeden Persohn, so wohl zu mittag, als für das nacht mahl für Jedes 45 kr. passiren lassen, Jedoch mit dem beding, daß Er oder Sie das essen sich selbstem Verschaffen, mit dem trunck und allen esculentis sich selbstem Versehen, die offici-

rer, bräuer, Müllner, Mayersleuth oder unterthane mit nichts beschwehren, und was Sie in natura genießen, richtig bezahlen sollen.

§. 122. Bey der Guteiner waisen-stellung, welche der Präses nebst Einem Directorial-beisitzer auß dem Rath, und Einem auß der burgerschaft, wie auch dem Actuario vorzunehmen hat, sollen selbte mit denen außgesetzten liefer-geldern, nemlich für Jede Person zu mittag pr. 45 fr., und abends auch pr. 45 fr., zusammen aber alle Vier des Tages mit Sechs gulden sich begnügen.

Da die Instruktion für 1732 ein Bild nicht nur des brünner städtischen Haushaltes, sondern auch des sich nun mehr und mehr abschließenden mittelalterlichen Gemeinbelebens gibt, wollen wir jene Punkte ausheben, welche ein Licht darauf werfen.

Die Paragraphe 20 — 27 handeln von der Haupt- und Neben-Cassa (letztere, auch unter dreifacher Sperre mit 3 — 400 fl. für die häufig vorkommenden kleinen Zahlungen). Demnach, heißt es §. 20, Ihro Kayserliche Majestät allergnädigst resolviret, und ernstlich eingebunden haben, daß alle und Jede eingehende gemein-gelder realiter ad cassam gebracht, und particulariter nicht abseithig, oder Von denen Jenigen, welche eins oder anderes geld unter handen haben, erogiret werden solle, so will es nöthig seyn, alle einkommende gelder in die mit dreyen schloßern Versperrte eyserne truhē, Von welcher einen schlüssel der Präses, den anderen Einer auß denen beysitzern des Raths, den dritten Einer Von denen beysitzern der burgerschaft beständig bey sich bewahren muß, realiter und effective eingebracht, und allda aufbehalten werden, bey welchen sonderbahr dieses zu beobachten ist, daß solche truhē oder haupt-Cassa niemahlen anderster, als in Persönlicher anwesenheit derer dreyen, welche die schlüssel unter ihren handen haben eröffnet werden sollen. Zum fall aber Einer auß ihnen selbst nicht erscheinen könnte, so mag Er den anvertrauten schlüssel seinem neben-beisitzer ex eadem classe anvertrauen, und der Substitutus diesfalls dessen stelle Vertretten.

§. 21. In die cassam generalem wirbt mann regulariter monatlich die auß allen rubricis einbringende gelder ohne geringsten abzug (immaßen außer der, auf denen gütern benöthigten außlaagen, Von welchen die modification bald folgen wirdt, niemandt einigen heller sub quocunque praelexu erogationis salarij aut compensationis zurück halten oder außgeben kann) einlegen, und die säch mit annotation der darinnen enthaltenen Rulantorum numeriren, darbey aber ein Register über die geld-sorten, und in Jedem säch enthaltene quanta beylegen, auf daß mann bey fünffziger vistrirung der cassae, derselben zustand ordnung und richtigkeit bald finden und sehen möge.

An Büchern (§. 28 — 37) sollte das Wirthschaftsdirektorium führen: 1) ein Sessions-Protokoll, 2) ein urbarium über alle zur Stadt gehörigen Einkünfte, vom Magistrate unter Eidesstatt bestätigt, daß er von nicht mehreren wisse, 3) ein manuale, in welchem zu Anfang jeden Jahres die Einkommnisse vergleichsweise mit früher eingetragen werden, 4) ein Uebergab-Buch über

alles, was dem Directorium übergeben worden, 5) ein diurnale oder strazza über alle eingehenden Gelder und 6) ein solches über alle vorkommenden Ausgaben, 7) ein nach Rubriken verfaßtes Einnahme- und 8) ein dto. Ausgabebuch.

Rubrik der Anseßigkeit §. 39: Weillen die Oberstände öftters Bürgerliche Häuser erkauffen, oder auch hingegen Ihre Häuser denen Bürgern überlassen, so solle Jedemahl diese begehende translation in das manuale eingeschrieben, die Verenderungen werden in dem Zuwachs oder Abgang annotiret, und wann ein Bürger-Haus in die Hand eines von Obern-Stand transferiret, wirdt das Camin-Geld pro futuro in Empfang genommen werden.

Rubrik der Camin-Anlage §. 40. Dieses was oben bey der Rubrica der Anseßigkeit observiret worden, muß man in simili bey der Rubrica der Caminen observiren, und weillen vor Einrichtung der oeconomiae ex Magistratu ein Camin-Einnehmer, der die Gelder empfangen, ausgegeben, und Verrechnet, Verordnet gewesen, nachhero aber es von dem Vorigen instituto abgekomen, als wirdt der Jeko bestellte Camin-Einnehmer zu seinem diesfälligen emolumento fünffthun wegen beschwerlicher Eintreibung, und daß Er suo periculo darvor zustehen hat, fünffzig Gulden zugenüssen haben, der à parte bestellte Camin-Ansager aber zwanzig Gulden, fernerß der erstere dem Directorio Monathlich, so viel als Camin-Gelder einkommen, richtig abführen, das Directorium aber die Abfuhr in das Landschafft-Einnehmer-Amt selbst thun, in so weitß darmit continuiren, in so lang als Camin-Gelder oder Anlagen von einigen privatis (massen die Bürgerschaft von dieser Anlage durch Kayserliche und Königliche allergnädigste Resolution dermahlen befreuet ist, und die gemein-Cassa solche zu übertragen hat) abgerichtet werden, und weillen bey dieser Verfassung, wo die Camin-Gelder ex cassa communi entrichtet werden, die von Lande geschehene Bonification nicht denen singulis, sondern der Cassae zu gutten kommet, so wirdt das Directorium dabey guttmachungen sub speciali Rubrica: bonification oder abschreibungen Empfang per Empfang nehmen, und ordentlich Verrechnen.

Rubrik von denen Quartier-Geldern §. 42: Diese Rubrica der Quartier-Gelder wirdt dermahlen auch nicht mehr von der Bürgerschaft, sondern ex cassa communi lauth Ihrer Majestätt Befehligß übertragen werden, sonst aber sollen von dem Directorio einer bürgerlichen Person dieses negotium anvertrauet werden, welcher pro emolumento zwanzig Gulden Jährlich zu empfangen hat, worbey anzumercken, daß von dem Directorio, so bald möglich die Einrichtung zu ende zubringen auf daß die bequartierung deren Recrouten und künfftig in Brünn zuhybernieren kommende miliz nicht mehr von der Bürgerschaft in ihren Häusern, sondern in dem darzu Eigends gewidmeten und bereitß zuerbauen angefangenen Stadt-Quartier-Haus beschehe, und solle solchem nach nicht allein dessen aufbauung beferdert, sondern auch zu bestreitung des serviz die ersparung der besoldung, so Vorhin die Schänden genossen, applici-

ret, dagegen daß die Burgerschaft gegen anticipirter bezahlung den nutzen des bier-Leuth-gehens zugenüssen habe, beobachtet werden.

Von den Activ- und Passiv-Kapitalien §. 44 und 45: Bey der k. Stadt Brünn seynd keine Activ-Kapitalien, wohl aber dermalen gegen 25,000 Gulden passiva vorhanden. Neue Schulden können nur mit Ihrer Majestät Bewilligung contrahirt werden und nur allein für die nützliche Beschaffung eines Körnervorrathes zum Bräuen darf die Oberdirektion die Aufnahme einer Anticipation gegen landesübliche Verzinsung und alsbaldige Zurückzahlung ohne allerhöchsten Consens bewilligen.

Von denen steigend- und fallenden Zünften §. 46 — 53. Das Grundfest oder fundament dieser Rubrik seynd die bishero aufgerichtete und respective noch künftig Von dem Directorio aufzurichten kommende contracten, weillen aber bey der Königlichen Stadt Brünn zweyerley zünften sich befinden, deren etwelche einen besondern bestand oder Pacht-contract erfordern, andere der geringen erträglichkeit halber ohne besondern Schriftlichen Contract in zünß überlassen, und nur zur richtigkeit der beschehenden zahlungen in kleine büchl oder Register eingeschrieben werden sollen, werden Vorschriften über die vom Directorium in corpore nach gehöriger Verlautbarung vorzunehmenden Licitationen der Mühlen, Wirths- oder Gast-Zinshäuser, Läden, Schuppen u. dgl. gegeben. Darin heist es §. 48: Mit denen bestand-leuthen muß das Directorium in pleno tractiren, und sich befleissen alle die Zentge zubeß, welche Vorhin praeter contractum dem Magistratui in corpore oder denen singulis, es seye in speck, schwein, schweinmastungen, weysen, thorn, mund-mehl oder kräupl, Indianer, gänß, Capauner, oder Polatschen, und dergleichen effecten ad divisionem oder Jemanden besonders etwann geben, oder was zu denen tractationen Verwendet werden, welches alles nunmehr aufheret, zu geld geschlagen, und die bestände auf baares geld a proportionem erhehet, sodann das accordirte bestand-quantum in Vier quartalien repartiret, und solchem nach praefixo tempore bezahlet werden.

Der Beamte soll ohne Traktament oder der Bestandleute Unkosten die Gemeingebäude vierteljährig untersuchen. Die Bestandcontracte, Inventarien, Uebergabe und was dem anhängig „soll man ohne Tappen, spendaichi oder andern unkhosten auffertigen, zustellen und respective verrichten.“

Von der Mauth §. 54 — 56. Die Jenige Von Ihro Kayser- und Königlichen Mayestät abjurirte Mauth Tariffa solle nicht allein gehörigen orthß öffentlich teutsch- und böhmisch gedruckter affigiret, und darüber keines weeges bey der in Patenten außgemessenen fiskalischen straff geschrieten werden, zumahlen aber die zeithero wegen Vielfältigen Specien minutien und ungleichheit, die der mauth unterworffen seynd, keine Registra über die empfangene Mauth gefälle gehalten, sondern das empfangene geld in denen hierzu alles Fleyses zubereiteten gesperrten Casten separirt gehalten worden, also solle es Vor Jesho, bis mann ein anderes expedions erfinde, dabey bleiben, Jedoch daß das Di-

rectorium Von besagten Casten die schlüssel selbst in der cassa-truhe Verwahre, und alle monath was darinnen befindlich, durch die deputatos auß dem Directorio abholen lasse. in pleno empfangen, und gleich in die rechnung eintrage, auch in des ohnedem beendigten Mauthners-Register einschreibe, worbey der bishero gehaltene, und beendigte Vice-Mauthner und dessen succesores die stelle Eines Controlors Vertretten wirdt.

§. 55. Dem Directorio wirdt obliegen wohl zu beobachten, damit die Thor-Schreiber keine geheime Mauth extorsiones, sondern nur die Jenige, welche in der Mauth-Tariffa begrieffen, zu Verüben, bey unaußbleiblicher straff sich nicht unterstehen, worbey Ihnen Jedoch scharff einzubinden, womit Sie die einführende Mauth-bahre sachen und waaren wohl in augenschein nehmen, auf die Mauth-zetteln (auf daß der Mauthner die schuldige, und in der haupt-Mauth abzuführen kommende Mauth hiernach einfordern, folglich die zetteln bey abfuhr des gelds sigilliren könne) treu und fleißig consigniren, sodann aber die fuhr-leuthe, wann Sie auß und neben der Stadt fahren, zu der legitimirung mit dem sigillirten Mauth-zettel anhalten, welches eben auch die beendigte Mauth-überreysler zu observiren, und übrigens keine andere particular-dienst zu prästiren haben. Ingleichen weillen hervorkommet, daß bey denen thören Von denen einführenden Schmidt-Rholen, Scheutter, und anderen holz, so wohl Von denen thor-Schreibern, als gerichtsbienner, denen wachen und andern das scheutter-holz und Schmidt-Rholen genommen worden, diese unbillige exaction aber auf Ihro Kayserlichen Mayestätt allergnädigsten befehl abgeschafft worden, als wirdt respectu dieses holz der cassae obliegen, die provision Vor die Stadt-wachen und gefangene wie auch die Jenige, welchen das holz zu geben gebühret, zu Verschaffen.

§. 56. Die Jenige natural - Vermauthung, welche Von ahern, fischen, hausen, und allen dergleichen victualien und comestibilien zeithero abgedrungen worden, solle nunmehr Vermög allergnädigster resolution gleichfalls Böllig abgebracht seyn, in simili solle Von dem Magistratu nicht gestattet werden, und das Directorium gleichfalls darauf die obacht tragen, womit Sie selbst oder Jemand anderer, Er seye, wer Er wolle, bey denen thören und Mauthen die beste victualien denen anderen Vorkauffe, oder daß der Mark-schauer oder thor-schreiber diese leuthe an dieses oder Jenes haus und Closter anweysen, und Sie selbst dahin führen, sondern alles und Jedes solle auf dem markt getragen, und daselbst Jedermann zum Rauff feyl gebothen werden, gleicher gestalten ist mit zuthun des Magistrats ernstlich zu Verhindern, daß die Vorkaufflerinnen Von denen waagen, kaum daß sich was bliden lässet, alles pro quaestu abhandlen, sondern man solle denen Verkauffern weil und zeith lassen, damit Sie ihre effecten allein anbringen, und Verkauffen können.

§. 57. Alle die Jenige Mauth-gefallen, als die grössere niederlaage, Von denen Leibzichern, Nirnberger, und Rauffmanns-waaren solle führohin der Mauthner allein einfordern, Verrechnen, und dem Directorio paar abführen, es wäre denn sache, daß respectu der obigen niederlaage ein ordentlicher contract

aufgerichtet wäre, mit welchem das Directorium gleich anderen contracten zu Verfahren hat.

§. 58. Alle und Jede Mauthgefälle, es mögen marktbißsen-geld, kleine niederlaag-gelber, Schuß-gelder, sub quocunq̃uo nomine solche exigiret werden, gehören zu dem Directorio, über welche nicht allein die behörige obſicht, damit Sie getreulich eingetrieben werden, gehalten, sondern ſelbte auch gleich anderen getreu und ordentlich Berrechnet werden ſollen.

Von der Leibmauth oder den Juden-Einlaßgeldern §. 59: Zu ſicherer collectirung dieſes imposts ſeyndt auch einige zettl, und zwar indistincto. pr. funffzeñen kreuzer gedrucket worden, welche zur Verhinderung des unterſchleiſſes geſtempelt werden ſollen, ſo oft als ein Jud in die Stadt gehet, ſo wirdt Ihme der Mauthner gegen zahlung einen ſolchen zettl mit auffſchreibung des dati und des Juden-namens außſolgen laſſen, welchen zettl Er bey dem außtritt auß der Stadt dem thorchreiber übergibt, dieſer aber einen rieß darann machet, und den also caſſirten zettl dem Mauthner zuſtellt, falls ein Jud in der Stadt ohne ſolchen auf ſelben tag lauthenden zettl angetroffen wurde, ſo ſolle mann ihme alsobald dem Stadt-Richter zuführen, und in triplo exequiren. Es ſolle und wirdt niemand befugt ſeyn einigen Juden ohne außleſung des zettls in die Stadt einzulaſſen, Vielweniger daß Einer außer des Jahrmarkts in der Stadt übernachtete zugeſtatten, oder ihme zubeherbergen, immaſſen Ein ſolcher burger, der einen Juden außer der Freyung über nacht behaltet, ſambt dem Juden arbitrio Magistratus beſtraſet werden ſolle. Die also einbringende Juden leib-Mauth ſambt der etwann erfolgenden poena tripli muß der Mauthner dem Directorio beſonders Berrechnen, dieſe ſolthanne collectam ſeparirter auffbehalten, und das sub hac Rubrica eingebrachte geld ſambt des Mauthners original-berechnung (Von welcher eine abſchrift bey dem Directorio zurud bleibet) Jährlichen zu handen deſſen, deme Ihro Kayſerliche Mayeſtät das geld anweyſen möchten, abführen.

Vom Waag-, Schmalz-, Stand- oder Steh-Geld in dem Waaghauß §. 60: Bey der Königlichē Stadt Brünn iſt das waaggeld in der gedruckten Mauth-Tariffa de specie ad speciem enthalten, über welche nicht zu extendiren iſt, wie dann dieſes waag-, ſchmalz-, ſtand- oder ſteh-geld der beeydigte Mauthner (weillen in dem Mauth-hauß auch das waag-hauß befindlich) a parte zu collectiren, in eine ſeparirte bißſen zugeben, und Monatlich dem Directorio in die haupt-cassam zuübergeben hat.

Von den Standgeldern der Freyſchlächter und zu Jahrmarkts-Zeiten. §. 61: Vermög der von Ihrer Majestät unterm 12. Februar 1726 erlaſſenen a. g. Reſolution ſeynd die in der, Von der Commiſſion beygeſchloſſenen Verzeichnuß angemerckte Jahrmarkts-gebühr fernerhin einzufordern, und entworffener maſſen für den Stadt-Richter, Gerichts-Notario und Gerichts-diener, außer was bey der Leinwand Von dem Directorio und denen geſchwohrnen leinwebern zu participiren kommet, einzunehmen erlaubet worden,

mit dem beysatz, daß der Jenige zu funffzehn Kreuzer auf einen waagen fremdes obst gemachter aussatz (massen Ihro Mayestätt Von diesem gleichwie Von anderen victualien und comestibilien Vermöghero allergnädigsten Resolution Von eyffften Decembris des 1725 Jahres nicht in geringsten genommen wissen wollen) außgelassen, doch aber daß solche consignation bey straff mit nichten überschrieten, und zu diesem ende würdlich in Druckh gebracht, zu Jedermanns nachricht und erfchung, gleichwie die Mauth-Tariffa öffentlich bey denen Jahr-märkten außgehendet werden solle, Jedoch sollen die öffentliche spieler so genandte Brendner und riemer-stecher, als welche keinen handl und wandl führen, sondern nur zuschucken, betrug und diebey gelegenheit geben, Böllig abgeschaffet, und praetextu einigen stand-geldes gar nicht geduldet werden, ingleichen hat das Directorium hiernach sich zu reguliren, was Ihro Mayestätt wegen der stand-gelder Von denen freyschlachtern außgemessen haben.

Von den Wehrungsgeldern §. 62: Die bey der Stadt zu handen der cassae einzubringen habende wehrungen sollen auch dem Directorio abgeführt, und gleich anderen einkünfften ordentlich eingetragen und Verrechnet werden.

Vom Weinschands-Nutzen §. 63 — 69: Dieser nutzen wirdt bey der Königlichen Stadt Brünn ordentlich Verrechnet, auch ist der keller dermaßen mit gutten Vorrath der weinen versehen, daher wirdt das Directorium hierüber gutte obacht zu halten haben, auf daß der Vorrath conserviret, darmit getreu gehandelt, und so wohl außländische als andere gutte weine in tempore und zu wohlfeillen zeiten eingeschaffet werden, woraus eben der große nutzen erwachset, ingleichen wirdt.

§. 64. Das Directorium die sorg tragen, damit der schandh so wohl in der Stadt, als auch auf dem land beserberet, sonderlich aber allenthalben gerechter wein und maas leuth gegeben werde, worzu der wein-schandh, gleichwie es Jesho geschehen, allemahl mit einem Juramento zubelegen ist, es solle auch Von niemanden beyoraus Von denen Verwaltern einiger eintrag wieder diesen schandh Verübet werden.

§. 66. Bey denen renovationibus Magistratus, zu welcher zeit der Königliche Landes-Unter-Cammerer mit anderen gästen gewöhnlich bewürthet wirdt, seynd zwey Directorij Assistenten nemlichen Einer auß dem Rath, der andere auß der Burgerschaft zur obacht zubestellen, daß weder wein noch bier, noch andere victualien außer des hauses getragen, sondern nur die consumptibilia des Königlichen Landes-Unter-Cammerer, seiner bedienten, und der etwann ladenden gästen passiret, und alles genau Verrechnet werde, worbey dem Königlichen Landes-Unter-Cammerer täglich auf die nacht über alles, so wohl in trundh als essen aufgegangenes der tag-zettel nicht allein zuzustellen, sondern Von Selben zu fertigen seyn wirdt, nach Vollenbeten actu aber und seiner abreysse solle niemanden Von denen consumptilibus ein mehrers außzufolgen seyn.

§. 67. Und weillen alle sonst Vorhero übliche tractamenten aufgehoben, und denen Jenigen so da und dorten in der Stadt-anligenhait ex concluso Ma-

gistratus Verschiedet werden, oder auf die Stadt-güter in wirthschafftis-Berrichtungen abreyßen, gewisse Liever-gelder Von welchen Sie sich selbst unterhalten sollen, hierunter ausgeworffen seynd, so wird fñhrohin niemanden auß denen gemein-Stadt-kellern einiger wein in natura für die tractamenta anzuschaffen seyn, sondern Ein Jeder sich selbst mit wein zu versehen haben.

§. 68. Das Directorium wirbt auch den Jenigen wein, welcher zur Colleda gebraucht wirdt, auß dem schandh erkauffen, nicht minder wirdt auch öftters gedachtes Directorium den jñß wegen schändung der wällischen wein (solang dasselbe die Verpachtung Vor nüzlich zu continuiren erkenntet) Von denen Rauffleuthen fleißig einfordern, und ordentlich Berrechnen, bey eingestellten jñß aber zum besten der Kommunität gedachten wein-schand genüßten, und gleichermaßen ordentlich Berrechnen.

Vom Bräuhaus-Nutzen. §. 69 — 91.

§. 69. Mit Ihro Kayserlichen Majestätt allernädigster bewilligung seynd die bier-Wässer auf zwey hundert zwanzig maaß in der Königlichen Stadt Brunn reguliret worden, umb durch diesen zusatz der Viermaassen das Vorhero auß denen Rentten bezahlte schrott-geld zuerspahren, welches anjehz durch die schändende selbst per acht kreuzer bezahlet wirdt; worvon denen Schröttern Sechs kreuzer, der commun cassas aber zwey kreuzer (welche letztere der bier-schreiber zu Berrechnen hat) abgereichet werden sollen.

§. 70. In das kñfftige soll in keine andere Wässer, als welche à zwey hundert zwanzig maaß, die Emmer aber à fünff und funffzig maaß Von dem Directorio visiret und gezeichnet seyn, das bier gefüllet werden, mit der visirung aber wirdt mann wenigstens alle quartal einmahl continuiren, damit tractu temporis keine grössere Wässer hinwiederumben einschleichen möchten, und zumahlen mann wahrgenommen, daß die halb-Emmer Viele confusiones Verursachen, und gemeinlich grösser, als Sie sollen, gemacht werden, als sollen in das kñfftige solche halbe Emmer abgestellt, und nur lauter ganze Emmer gefüllet werden.

§. 72. Das Vorhin gebräute kreuzer-bier nachtheilig und wenig nüzlich gewesen, solle nunmehr sambt des bräuers essig-bier cassiret seyn, dagegen ist nüzlich befunden worden, einiges gedoppeltes bier wie auch einfaches gersten bier zu bräuen, damit so wohl der einheimische als frembde die wahl habe allerhand guttes bier zuüberkommen.

§. 73. Mit dem nachbier wäre auf gleiche arth zuverfahren, weillen aber der armen und franden leuthen zu Brunn sich gar Viel befinden, als hat mann es denenselben nicht entziehen wollen, allermassen aber die nuzung und außschandh Von besagten nachbier dem Altknecht Von darumben zugelassen, daß derselbe alle gesellen, deren gegen Sechszehen Persohnen sich befinden, mit frühstuch, mittag, Tausen, und abend brodt, wie auch salt auß diesem fundo versehen solle, bey dergleichen nachbühr bräuen und Verkauffen grosse hinter schleiff geschehen können, und bey übersfüllung dieses nachbiers sich gerechert, daß bey

der Winter-zeith, und bey einem gebräu der alt-knecht hiervor zwey gulden geld geleset, welche durch so Viel des Jahrs hindurch beschehende gebräue (sonderlich in Sommer, indeme besagtes nachbier machen auf ein gewisses quantum nicht reguliret ist, sondern der Alt-knecht pro libitu mehr oder weniger machen können) dem Publico Civitatensi grossen abbruch machen kann, zugleich aber auch die *partiale accidentien* dem bräuers-knecht nicht zugelassen seynb, sondern dem bräuer obliegt seine leüth mit brodt zu Versehen, und zuezahlen, daher wirdt in das künfftige bey Jedem grossen gebräu ein mehreres nicht, als was etwann bepläffig Von dem nachbier gemacht, und durch den Maßschreiber-Adjuncten Verkauft, das hiervon geleste geld aber in seiner Verrechnung gezogen werden, dagegen aber wirdt dem bräuer zu bestreitung obigen oneris Jährlich zwey hundert gulden und dreyßig Megen korn auß der respective geld- und Caasten-Ambts-Reyhtung außzufolgen seyn.

§. 74. Und weissen mann eben mit besagten bräuer mit contento des Directorij solchergestalten accordiret, daß Er bräuer seinen bräuer-knechten Vor malz-, dörr- und bräu-lohn die zahlung selbst leisten, auch das kleine bräu-gezeig, als schauffel, beesen, und außbesserung der hurten Verschaffen sollte (welches Vorhero die cassa allein tragen müssen) als solle besagten bräuer mit zuschlagen des obigen Vor das nachbier außgesetzten quanti in allen Ein tausend Vier hundert gulden, und dreyßig Megen korn (die Jahrmen außgenommen, welche zu seiner disposition gleichfalls Verbleiben) Jährlichen quartal-weyß richtig abgerichtet werden.

§. 75. Nachdeme Ihre Kayserliche Mayestätt allergnädigst applacidiret, daß die besoldete schänden cassiret, deren besoldungen hingegen zur beyhilff des künfftigen Serviz Vor die einquartirende militz (worzu die gemein-häuser adaptiret worden) zu appliciren kommen, nunmehr aber sich auch würdlich eüsert, daß dergleichen leüthe zu finden, welche annoch ein zünß Vor das quartier und schändchhaus antragen, als wirdt dem Directorio obliegen praescripto modo die herVorbrechende melioration zuVeranlassen, zugleich aber das Jenige Von Ihrer Mayestätt denen burgern gegen richtiger anticipation zugelassene bier-leüthen, durch welches die consumption umb ein merdliches erwachset, auf das beste zu beseheren, und die Stadt mit genugsammen bier zuVersehen, wie dann auch bey der herVorbrechenden noch größeren consumption Surainer bräuhaus, und dem daselbtigen bier möglichster massen der Stadt und Vorstädten beyzuspringen ist.

§. 76. Alldieweillen aber Vorgekommen, daß Vor der oeconomiae einrichtung die gäu und treber dem bräuer zwar pr. acht hundert gulden reinisch Verpachtet, Jedoch hierüber kein ordentlicher contract aufgerichtet, sondern die helffte Von dem bestand ad divisionem gezogen worden, als wirdt das Directorium gleichwie mit denen anderen bestand obbeschriebener massen Verfahren, und einen ordentlichen contract hierüber aufrichten, und alles, so pactirt, nichts davon außgenommen, in empfang ziehen, ordentlich Verrechnen, und wo es nicht

Verträglich zuverpachten, zu eigenen handen, gleichwie es dermahlen mit nutzen beschiehet, einziehen, und das hiervon einlauffende geld durch den Malzschreiber-adjuncten einnehmen und Verrechnen lassen.

§. 77 läßt den bereits stabilirten geschwornen Bierschreiber, welcher das Bier, Malz und den Hopfen zu verrechnen hat, weiter bestehen. Es wird in seine Raitungen Ordnung gebracht und ihm zur Hilfe ein Malzschreibers-Adjunkt (mit 100 fl. jährlicher Besoldung, einem Drittel des Biers, das der Malzschreiber vorhin allein genossen und freiem Quartier im Bräuhaus) von der Oberdirektion aufgenommen.

§. 85. Udiemeilen aber die Malz-dörre bey der Königl. Stadt Brunn schon Vorhero allzu klein, bey dermahliger größerer consumption aber nicht fähig ist mit fertigen malz das bräu-haus zu secundiren, Vielweniger etnigen Vorrath, welcher zur herbst und frühe Jahr ergiebig Verfertiget werden solle, nicht Verschaffen kann, als hat das Directorium ein neues großes malz-haus würdlich zugebauet, weillen aber solches zu machung eines Jährlichen Vorraths gleichwohl unerfledlich, so ist die Veranstaltung Vorgekehret, daß die malz-dörre in Gurein Vergtößert, und daselbst eine quantität wazzen-malzes Verschaffet werden solle.

§. 87. Bey dieser des obgedachten Malz- oder bier-Schreibers Vermehrten mühe und arbeitß weillen derselbe alles geld Von denen Schanden empfangen, und hinwiederumben dem Directorio wochentlich abführen muß, also daß selbter zu bestreitung seines Amts ohnumgänglich zwey schreiber zu halten bemüßiget ist, haben Ihre Kayserliche Mayestätt denselben sein Jährliches *salarium pro omni* auf Vier hundert gulden nebst einem halben Emmer bier Von Jeden großen gebräu zu assigniren gnädigst bewilliget.

Vom Stadt-Mayerhof §. 92: Es hat bishero der so genannte Cammer-Meister auß dem Magistratu nicht allein die ober-aufsicht über besagten Mayerhof, sondern auch über das bau-ambt gehabt, und weillen nunmehr diese officia aufgehet, das Directorium aber wegen anderen überhäufften geschäften der sache Selbstn nicht Vorstehen kann, als hat die noth erfordert Einen beehdigten Bau-Schreiber aufzunehmen, dessen schuldigkeit seyn wirdt auf dem, Von dem Directorio in pleno Veraccordirten und anbefohlenen bau fleysßig obacht zu halten, die baumaterialien zu Verrechnen, gehörigen ohrts zu übergeben, und alles schriftlich zu relationiren, wie ingleichen die wüthschafft bey dem Stadt-Mayer-hof führen, den daraus prosperirenden nutzen so wohl respectu des Burggraffen- als auch Caasten-Amts dem Directorio treulich zu überantworten.

§. 93. Die drei Ziegelöfen bei der k. Stadt Brunn sind dem Ziegelmeister verpachtet.

Der Stadt-Teuch §. 94. Ueber diese Rubrik führt der gureiner Verwalter die Raitung, weil daselbst mehrere Teiche vorhanden sind, und daher von

hört aus die Abwechslung des Einsages zu bewirken ist. Ueber die städtischen Leiche trägt ein Leichwärter die Aufsicht.

Alle Extra-Empfänge (§. 96 — 99), als Wein-Lag, Straf-, Reception- und Abfahrts-Gelder, Taxen u. dgl. hat das Directorium einzufassiren.

Die Strafgelder verhängt der Magistrat oder das Stadtgericht, die Abfahrtselder bestimmt dem Herkommen gemäß der Magistrat, die Loslassungen der Unterthanen bewilligt im Einvernehmen mit dem Directorium der Magistrat und bemißt mit diesem die Taxe dafür.

Rücksichtlich der Taxe für Erlangung des Bürgerrechtes und des Weinschanks bestimmt der §. 97: Wann Ein burger aufgenommen wirdt, so soll Er nicht arbitrarie, sondern nach gestalt seines Vermögens und profession das Receptionsgeld erlegen, dergleichen Receptions-taxa aber sollen nach denen classen der Burgerschaft eingerichtet werden, und weissen in der Königlichen Stadt Znamb ein dergleichen recipirender Bürger das sogenannte Endtper-geld mit 1 fl. r. 30 fr., alsdann Ein burger in prima Classe 24, secunda 18, tertia 9 fl. zuerlegen hat, dahero wann bey der Königlichen Stadt Brünn die Burger bishero ein mehreres prästiret, nunmehr auf ein mehreres nicht zuziehen, falls dieselbe ein weniger entrichtet, bey dem quanto minori zu erhalten seyn. Nachdem aber bey der Königlichen Stadt Brünn andere einwerbungs-gelder Vor den conferirten weinschank abgereicht werden, als solle es bey der alten gebühr oder taxa sein Verbleiben haben.

Vom Empfang von denen Gütern oder Landes-würthschafft §. 100. Die land-würthschafft bey denen gütern Gurein, und dessen appertinentien ist gleich anderen regulirten würthschafften eingerichtet, und mit ordentlichen beambten versehen, und Verwaltet, und nachdem derley landes-würthschafft wenigstens zweymahl des Jahres unversehen zuüberfallen ist, als sollen zu dergleichen visitation zwey oder höchstens drey auß dem Directorio so wohl Von dem Rath als burgerschafft, auch wann es nöthig, mit zuziehung des geschwornen buchhalters dahin abgehen, nach notturfst ein und andere inquisition Vornehmen, die effectus der würthschafft durchsuchen, das bräu-, brandweinhaus, die schüttböden, und was sonst nöthig seyn möchte, visitiren, das Blech abezehlen, die würthschafftgebäu besichtigen, die wälder, ader, teücht, fluder, wehren, mühlen, würthshäuser, wiesen in augenschein nehmen, der unterthanen oder Mayersleuth etwann Vorkommende beschwernussen anheren, sodann nach der zuruck-kunft den bericht über den befund des würthschafft-stands toti gremio Directorij articulativ schrieffentlich abstaten, welches sodann, was etwa zuerinneren, abzustellen, oder zu Verbetteren wäre, in rath deliberation ziehen, und schleünic ad effectum bringen wirdt. Bey derley visitir- und Verrichtung aber sollen die ex Directorio abgeschickte weder Von officier, noch Müllner, oder unterthanen zu ihren unterhalt nicht das geringste fordern, oder annehmen, sondern wie es weiter unten

folgen wirdt, mit denen Ihnen zahlenden lieffer-geldern sich selbst Verkösten und unterhalten.

Vom Waid-werck §. 101: Nachdem die Rubrica Von dem waidwerck bey der gureiner wüthschafft die zeithero Völlig außgelassen worden, nunmehr aber auch in die daselbtige Rendten eingezogen, und dem Directorio Verrechnet werden muß, als ist denen Jägern anbefohlen worden, daß Sie bey Vermeidung einer empfindlichen straf und amotion die Ihnen zugestellte Jäger-ordnung und Patenten genau beobachten, und alles, was gefangen oder gefället wirdt, auf Brunn zu handen des bau-Schreibers zuschicken sollen, wie Sie dann auch Vermög ihres Juramenti zu einem und andern Verbunden seyn. §. 102. Das Direktorium wird bedacht sein, einen sicheren Verpächter auf besagtes Wildbrath aufzubringen.

§. 103. Das Vogel-stellen wirdt mann Verschiedenen Persohnen mit außzeichnung ihrer bezirck gegen einem zünß Verpachten, die wildt-häuth, wolff-, Fuchsen-bald aber und dergleichen durch den Bau-Verweser Verkaufffen lassen.

Die Rubrik von den Wäldern §. 105 — 107 bestätigt die in der bisherigen Instruktion des Direktoriums vom 29. März 1726 eingeführte Holzauszeichnung auf den Gütern durch zwei Beisitzer, die Ordnung beim Holzverkaufe u. s. w.

Vom Waisen-Ambt und denen Foundationen §. 108 und 109:

Das Directorium wirdt invigiliren, und darob seyn, damit alle Foundationes richtig gezahlet und hingegen die darfür zuprästiren kommende geistliche Verrichtungen ad amussim erequiret werden.

§. 109. Und weilten Ihro Kayser- und Königliche Majestätt die cinosuram, wie das waisen-Ambt zu dirigiren, und die rechnung zu führen seyn, allergnädigst determiniret haben, solche Verrichtung aber dem Königlichen Richter und etwelchen ex Magistratu der Stadt zustehet, so wirdt es respectu der Stadt darbey Verbleiben, das Directorium aber die wüthschafft-beampte anhalten, womit Sie, gleichwie es bey anderen wohl regulirten wüthschafften geschieht, die waisen-Ambts-Rechnungen bey Jeder gemeinde in gutter ordnung einrichten und unterhalten, dadurch also der pupillen Vermögen wohl Verrechnet und conserviret werde, zu solchem ende sollen Sie nicht allein gleich bey absterben eines Jeden unterthans das inventarium über die Verlassenschaft mit benennung deren waisen und ihres alters Verfertigen, sondern auch Jährlich die waisen-reyhtung in beyseyn der gerichten revidiren, auch solche bey der haltenden waisen-gestellung denen deputatis des Directorij einreichen, die deputati aber die Jenige, welche auß denen waisen-Jahren abtreten, ob sie das ihrige richtig empfangen haben, befragen, und wann was ermanglet, die waisen schadlos zu halten sich befleissen.

Vom Spital und Lazareth¹⁾ §. 110 — 116: Ihro Kayser- und

¹⁾ S. meine Gesch. der Heil- und Humanitäts-Anstalten II. und Schl. S. 28, 30 — 38, 189, 162, 171, 181 — 188.

Königliche Mayestätt haben allergnädigst anbefohlen, daß bey der Königlichen Stadt Brunn über die administration des spittalls und Lazareths zwar der Magistrat in corpore die gewissenhafte Ober-inspection haben, die individual-Verwaltung aber niemand ex gremio Magistratus sondern führohin allemahl zwey wohl habende, und wo möglich, der wüirthschafft erfahrene gewissenhafte burger unter der obacht, und anleüthung des wüirthschafft-Directorij führen sollen, und gleichwie Ihre Kayserliche Mayestätt zwey burger zu gedachter Verwaltung bereiths Vorhin allergnädigst denominiret, als seynd auch damahlen dieselbe nach inhalt des diesfälligen allergnädigsten Kayserlichen befehlig bey dem Magistratu in die eydes-pflicht genommen, nicht weniger dem Directorio, und denen beeden Verwaltern zur nachricht bedeüttet worden, daß dem Directorio die reytungen Von Ihnen Verwaltern abgelegt, daselbst revidiret werden, auch Sie Von dem Directorio Ihre belehrungen nehmen und dependiren sollen, und wirdt Jeden Von Ihnen zwanzig gulden an gelb, und zwanzig Mezen haabern zur Jährlichen ergeßlichkeit auß des spittalls einkommnissen passiret.

§. 111. Es ist auch Vorhin schon mit dem Spittal-Müllner Ein contract auf drey Jahr (mit cassirung des Vorhin abgereichten getreyds-mehl und abstellung der mastung der schweinen) ausgerichtet, und der zünß auf Vier hundert gulden lauth contract gebracht worden.

§. 112. Die zum Spittall gehörige papier-mühl wirdt den Vorhin zur Raths-Canzley gegebenen ballen-papier nicht mehr, sondern das aequivalens hier Vor nebst dem accordirten zünß dem spittall abreichen, und haben Ihre Mayestätt allergnädigst bewilliget, daß Directorium in so lang, bis die Stadt etwann eine besondere Malz-mühle erbauen möchte, wegen des Jezo in gedachter spittall-mühl häufig mahlenden Stadt-Malzes, wodurch der zünß dieser mühl merklich Bergeringert worden, diesem spittall Jährlich hundert gulden abreichen solle.

§. 113. Bey der Stadt bestellte buchhalter solle, wann es etwann bishero nicht beschehen, die spittal-wüirthschafft-rechnung ab Anno 1720 revidiren, und nach gewöhnlicher Berrechnung und Bernehmung deren reytungsführern außgleichen, ein und andere bessere reytungs-ordnung denen künfftigen Reytgebern (damit selbte darnach so wohl ordentliche Monath-zettel, als ganz Jährige reytungen formiren, und zu bestimpter zeit behörig abgeben können) wie auch was bey der wüirthschafft in specie aber respectu des Rindt-, schaff-, schwarz-Vieh, und geflügelwerth besser einzurichten wäre, Vorschreiben, der nöthige bau des spittall ist bis auf die stallungen dermahlen Vollgezogen worden.

§. 114. Es sollen auch dermahlen die deputate auß denen spittall-adern bestritten, und das Directorium Vortheren, damit in gedachten Spittal so Viel arme leüth aufgenommen, als außgehalten werden können.

§. 115. Die spittal-Verwaltere sollen möglichster massen das spittall und Lazareth mit madrazen, Pehlachern, bettstatt und dergleichen notturrfften versehen, auf daß bey entstehender Pest oder gefährlichen krankheiten (welche Gott gnädig

Verhütten wolle) die hierzu erforderliche nothwendigkeiten bey handen seyn möchten.

Von den Kirchen-Rechnungen §. 116: Bey denen alljährig zuhalten pflegenden Kirchenrechnungen sollen nicht allein die Deputati Magistratus, sondern auch der Praeses Directorij nebst zwey utrius sortis Assistenten ex Directorio, welche Er darzu deputiret, beywohnen, und die rechnung nebst anderen untersuchen helfen.

Von der Contribution der Stadt, Vorstadt und der Güter §. 117 — 119: Damit auch die richtigkeit über die contribution respectu aller ohrten ordentlich gepflogen werde, so solle das Directorium, so oft in re tributaria ein zahlungs-termin Vorfallet, allemahl beflissen seyn, das contingent der Stadt accurate abzuführen, was hingegen in defalcatione vel bonificatione der Stadt zu gutten kommet, in empfang zu nehmen, und was etwann denen singulis zu bonificiren wäre, ohne anstand abzugahlen, zugleich auch sich äußerst beflissen, contribuenda et praestanda deren unterthanen in tempore zusammen zubringen, abzugahlen, und keine Resten anwachsen zulassen, zu welchem ende bey Jedermahliger publication eines zahlungs-termines bey der Königlichen Stadt Brünn das Directorium selbst die subrepartition so wohl respectu der Stadt, als auch Vorstadt machen, hierüber behörige exemplaria Verfassen, und darnach die einforderung der contributionum dem Camin-Einnehmer in der Stadt, denen gericht in der Vorstadt committiren, die zahlung aber in das Einnehmer-Amt selbst prästiren solle.

§. 118. Dargegen aber bey denen gütern wirdt der Verwalter mit zuziehung des Rendt-schreibers als zugleich contributions-Einnehmers die individual-subrepartition auffertigen, und davon ein exemplar in duplo allforderist dem Directorio zu revidirung zustellen, welches die revidirung alsogleich Vollziehen, und wann darbey nichts aufzustellen, die in duplo zugestellte repartition ratificiren, alßdann hiervon ein exemplar Vor sich behalten, das andere aber dem Contributions-Einnehmer restituiren, auf die baldige einbring- und abzahlung der contribution bringen wirdt.

§. 119. Nach geschlossenen Jahr solle bey der Königlichen Stadt Brünn das Directorium über die Stadt-Camin, über die contribution der gütter aber der contributions-Einnehmer eine formliche reytung mit zuständigen beylagen und certificationibus Verfassen, und beederseiths inter alia revidenda dem buchhalter zur Revision zustellen, darbey aber wohl zu beobachten seyn wirdt, auf daß das Jenige, so der Obrigkeit Von denen Unterthanen zu bonificiren kommet, dem Directorio ad cassam abgeführt, und in empfang genommen werde, nicht weniger auch das Jenige, so denen unterthanen nomine defalcationis vel bonificationis Vom land abgeschrieben werden möchte, solle alles Ihnen zu gutten kommen, und zwar so wohl denen gemeinden in corpore, als denen singulis ersehet, oder Von der schuldigkeit abgezogen werden.

Ueber die Rechnungslegung sagt der §. 123: Wie nun die Von dem Directorio Verfassende h a n d t b e r e c h n u n g e n Jährlichen durch den bestellten buchhalter oder auch, da es nöthig wäre, sonderlich bey sich ereignender contradiction durch zulehung noch Eines anderen buchhalters revidiret, und adjustiret werden sollen, also wann dergleichen Von dem buchhalter complete revidirte reytungen Vorhanden wären, so sollen dieselbe nebst des buchhalters endlichen befund erstlich dem gesambten Magistrat, damit Er seine erinnerungen darüber, Jedoch inner einer kurzen zeit, und längstens innerhalb drey wochen formire, sodann aber der Ober-Direction zu ihrer erinnerung und behörigen weitheren Veranlassung beantwortet werden, wann aber weder Von selthen der Ober-Direction, weder auch von dem Magistrat, ausser des Rest-zettls nichts mehr zuerinneren oder adjustiret werde, so solle die Ober-Direction den Rest-zettel definitiv außwerffen, der Magistratus, auch das Directorium, oder wer etwann hierzu berechtiget, den restirenden zur wirklichen zahlung anhalten, und dem Directorio zu fernerer Verrechnung abführen lassen, auch endlichen die Ober-Direction dem rechnungsführer nach gepflogener richtigkeit das absolutorium ertheilen, wegen des geholß für den buchhalter und seiner aufnehm, und abenderung, werden Ihro Majestätt dero allergnädigste Resolution eygenß und absonderlich erlassen.

Der Schluß der Instruktion §. 124 setzt die Vermehrung der Einkünfte, die Tilgung der Schulden, die Sammlung von Ersparnissen und deren Verwendung zu öffentlichen Gemeinde-Anstalten in Aussicht. Er lautet: Da auch nicht zu zweiffen, daß, wann das Directorium die obgelegte pflicht und schuldigkeit wohl und genau beobachtet, mithin das *oeconomicum Civitatis* obbeschriebener massen administiret, die Einkünften auf ein merckliches sich Vermehren, auch die ersparungen die *cassam* dergestalten secundiren werden, daß sonderlich bey künfftiger außtilgung deren schulden ein überschueß bey der *cassa* Verbleiben dürfte, so wirdt man *eveniente casu* eines ersparenden *residui* auf alle gemeine Stadt-nothwendigkeiten und beyhülff als *Magazin*-, *proflant*-, *zucht*-, *arbeitshäuser* und dergleichen *opera publica* reflectiren, auch in *omnes fortuitos eventus* und unglücksfälle (da wo Gott darvor seye) die Stadt oder derselben gütter mit Pest, krieg, hunger, feuer, oder anderen calamitäten heimgesuchet wurde, und es nöttig fallet die gemein-gebäude zu repariren, oder denen erarmeten Burgern und unterthanen unter die ahrm zu greiffen, einen Vorrath an geld Versambeln, oder auch das ersparende *residuum* zu unterbrechung des wuchers, welchen manche privati zu mercklicher außsaugung der burgerschafft exerciren, und zu unterstütz- auch beserderung der burgerlichen gewerbe, uahrung, des *commercij* und dergleichen zu der landes und der Stadt aufnehmen anziehenden *institutorum* in forma eines *montis pietatis* (Leihkasse) ¹⁾ anlegen, und dadurch der Stadt ein *emolumentum* Verschaffen.

¹⁾ S. ebenba S. 306.

Karl VI. hatte nach glorreich geführten Kriegen sein Reich mit den spanischen Nebenländern Neapel, Mailand, Mantua, Sardinien (in der Folge mit Sicilien vertauscht) und den spanischen Niederlanden, mit dem Banate, ganz Serbien, der Walachei bis an die Aluta, Slavonien und Bosnien bis an die Save vergrößert und begonnen dasselbe durch Förderung der Künste und Gewerbe, wie des Handels zu erheben. Er hatte aber, statt die innere Kraft möglichst zu stärken und sein gutes Recht durch eine ausreichende Kriegsmacht zu stützen, der Kraft von Verträgen (pragmatischen Sanction) zu viel getraut. Schon hatte er selbst wieder Neapel und Sicilien (gegen Parma und Piacenza) an Spanien, Lothringen (gegen Toscana) an Frankreich, Serbien und die Walachei an die Türkei verloren, und nach seinem Tode (1740) stand seine Tochter und Nachfolgerin Maria Theresia den Anfällen von allen Seiten preisgegeben. Mit Geist und männlichem Muth rettete sie den größten Theil ihrer Erbschaft, sie kam zur Einsicht, daß der wunderbar den größten Gefahren entronnene Staat einer anderen Stütze bedürfe, als der Treue der Nachbarn. Man schuf ein neues Contributional-, Militär- und Bankal-System, regelte neu die Verwaltung, förderte den Landbau und die Industrie, nahm den Unterthan in Schutz, suchte das Gemeinwesen zu heben u. s. w. Nach der Richtung der Zeit gönnte man ihm aber nicht eine freie Bewegung, sondern nahm es mehr und mehr in Vormundschaft.

M. Theresia bestimmte den Status bei dem Magistrate in Brünn mit 6 rechtskundigen (*juridice literatis*), 4 landwirthschaftverständigen und 2 im Commerzwesen erfahrenen Räten. Die Justizsachen sollen, nebst den Syndikern, den 6 rechtskundigen, die *oeconomica* und *commercialia* aber den anderen *ad referendum* gegeben werden¹⁾. Den Rathspersonen wurde die Versetzung anderer Nebendienste untersagt.

Den Syndikus sollen die Magistrate dem Landesunterkämmerer vorschlagen. Will ein solch' Präsentirter renovirt oder ein angestellter suspendirt oder abgesetzt werden, ist dieß vorher der k. Landesstelle anzuzeigen. Jeder Magistrat hat vierteljährig einen Extrakt der vorgekommenen und noch anhängigen (*in causa seienten*) Sachen einzureichen. Für alle k. Städte wurde ein Buchhalter — Revident bestellt (Resk. 5. April 1749). Von den rechtskundigen Räten in Brünn, Olmütz, Znaim und Jglau forderte man die Prüfung aus dem Civil- und Kriminalrechte.

¹⁾ Das Reskript vom 31. Oktober 1752 (im Notizenblatt der hist. Section 1860 Nr. 1) zeichnete die Bedingungen zur Ablegung der juridischen Prüfung vor und bestimmte, daß künftig die Syndiker in den k. und das *ius gladii* exercirenden (mit Halsgerichten versehenen) Städten und Märkten, sowohl diese, als eine Prüfung bei dem k. Tribunale bestanden haben müssen.

Die Syndici sollen nur die *Judicialia* und *Criminalia*, all' übriges aber die Rathsmänner vortragen (Intim. des Landesunterkämmerers 26. Mai 1753. Nach dem Reskripte vom 5. August 1737 haben sie jedoch nur *votum informativum*.

Die Kandidaten für Rathsstellen in der juridischen Linie sind 2 Monate nach der Apertur einer solchen, da ohnehin durch ein Quartal mit der Partikular-Rathswahl zurück gehalten werde, dem Landesunterkämmerer zur Prüfung namhaft zu machen; wenn sich sämtliche Kandidaten über die zurückgelegte Prüfung legitimiret haben, kann nach angesuchtem Consenſe zur Partikular-Wahl geschritten werden (Reſt. 16. Okt. 1756, Int. d. Landesunterk. 8. Dez. 1756).

Den brünner Rathsverwandten kam die Auszeichnung zu, daß sie bei einem Mangel der gesetzlichen Anzahl Stimmführer zum mährischen Appellationsgerichte beigezogen werden sollten (Verord. 29. Okt. 1754).

Dem brünner Magistrate war gestattet, den Stadtrichter je und allezeit anzustellen und nach Befund abzuseßen (Intim. des Landesunterkämmerers 10. Jänner 1764). Er hatte jedesmal bei dem feierlichen Renovations-Akte den Eid abzulegen (Reſt. 13. Juni 1750).

Als die Regierung auf die Förderung der Industrie und des Handels ein großes Gewicht legte und eigene Organe für deren Leitung bestellte, verordnete sie, daß die Stelle eines in linea juridica aut oeconomica gestorbenen Rathsverwandten aus den im Handel oder der Oekonomie bewanderten Mitgliedern (per translationem vel in linea mercantili vel oeconomica) nach der Fähigkeit ersetzt und sodann der tüchtigste Kreis-Subaltern, welcher sowohl vom Manufakturenamte als auch vom Kommerzial-Conſeſſe und von der k. Repräsentation (Landesstelle) dafür erkannt werde, an dessen Stelle einrücke (Reſt. 4. März 1758) und sich in beiden Aemtern eifrig verwende, bei Strafe der Entſetzung von beiden Stellen im Falle der Fahrlässigkeit (Reſt. 31. März 1758). Die Regierung war von der Nützlichkeit dieser Maßregel so sehr überzeugt, daß sie die Beförderung der Kreis-Subalternen und Lokal- (Gewerbs-) Vorſteher, wenn ihnen sonst an ihrer Dienſtfähigkeit nichts ausgestellt werde, zur Rathmannsstelle in allen Städten und Städtlein anordnete (Reſkript 29. April 1758).

Mit der kurz nachher wieder aufgehobenen Leitung des Gewerbwesens durch eigene Organe hörte auch ihre Einführung in die Stadtraths-Stellen auf.

Eine Ausnahme von der nun giltigen Regel, die Gerichte nur mit Rechtsgelehrten zu besetzen, brachte die neue Wechselordnung vom 22. Dezember 1763, indem für Mähren ein Merkantil- und Wechselgericht und ein Appellationsgericht für Wechselgeschäfte zu Brünn bestellt wurden, deren Mitglieder bei dem ersteren (1 Wechselrichter und 4 Beisitzer) ganz, bei dem anderen zum Theile aus brünner Handelsleuten bestanden.

1749 bestand der brünner Magistrat aus dem k. Richter, dem Primator und 12 Rathsverwandten, welche zugleich die Chargen eines Stadthauptmanns, zweyer Hauptleute über 2 Stadtkompagnien, 1 Stadtleutenants, 2 Stadtleutenants und des Stadtrichters begleiteten und alle hausangesessen waren; die Kanzlei bildeten der Syndikus, Vicesyndikus und Subsyndikus, 1 Registrator und 4 Kanzlisten.

Bei dem Waisenamte waren der f. Richter, der Primator und 2 Rathsglieder, 1 Notarius und 1 Vicenotarius, bei den Stadtgerichten der Stadtrichter und 2 Räte als Gerichtsassistenten, 1 Notarius und 1 Vicenotarius, 1 geschworne Gerichtsansager.

Bei dem Wirthschafts-Directorium: der f. Richter als Präses, der Primator als Vicepräses, 3 Rathsglieder und 3 aus der Bürgerschaft als 1. und 2. Assistenten und Ueberzählige, 1 Aktuar, der Stadtbau-Verweser, Controllor und Direktorial-Ansager, der Stadtwagmeister und der Bice-wagmeister.

Weiter gab es 8- geschworne Stadtabvocaten, 1 Rathshäuser, 2 Rathsbdiener und 1 Adjunkten, und 10 geschworne Stadtboten (Titular-Kalender für 1750).

Von den entscheidendsten und nachhaltigsten Folgen wurde die neue Einrichtung der ökonomischen Verwaltung der f. Städte, in welcher binnen wenigen Jahrzehenden drei verschiedene Systeme zur Anwendung kamen: 1) Die Verpachtung (1752 — 1761), 2) die eigene Verwaltung unter einer f. f. städtischen Oekonomie-Kommission (1761 — 1773) und einer f. städtischen Wirthschafts-Administration (1773 — 1792) und 3) die selbst eigene Verwaltung, zwar ohne die letztere, aber doch mit großer Einflußnahme der politischen Behörden, bis die neueste Zeit (seit 1848) eine freiere Bewegung brachte.

Das erste System leitete die folgende allerhöchste Entschließung der Kaiserin M. Theresia ein: Ehrsame Weyse. Es seynd Ihro Kayserlichen und Königlichen Mayestätt Vermög Dero unterm 19. currentis anhero erlassenen allerhöchsten Rescripti, aus Landes Mütterlicher Vorsorg, und heylsammer Absicht, dem Bey so Vielen dero Königlichen und Landes Fürstlichen Städten sich dermahlen schon eüserenden Verfall nicht allein in Zeiten annoch Vorzubiegen, sondern auch Derley Städte in aufrechten Stand, wie Sie ehedessen gewesen, Theils zu erhalten, Theils noch Besser Empor zu bringen, allergnädigst zu Resolviren Bewogen worden, Daß Bey allen Königlichen und Landes Fürstlichen Städten in allen dero Teütschen Erblanden, folglich auch in diesem Dero Erb-Marggraffthumb Mähren auffser denen Steuern, und Berg-Werden, alle und jede Jährliche Communitäts Ertragnussen Und Einkünfften, es Betreffe nun die eigene Stadt-Gefähle, die Breu-Häuser, oder Landes Wirthschafften, und andere dergleichen Corpora, licitando Verpachtet, zu Beforderung der Sache aber, unter dem Praesidio Sr. Excellenz des dießorthigen Herrn Praesidentens (Heinrich Freiherrn von Blümegen) eine eigene Commission aufgestellt, und damit hiernächst sothane Verpachtungen, so bald immer möglich Vor sich gehen mögen, der Anfang Bey Olmütz und Brünn damit gemacht, und hierzu ein drey Monatlicher Terminus ad licitandum Bis ultimo nächst künfftigen Monats Maji so gleich publiciret — und so weithers nach und nach respectu Deren übrigen Königlichen Städten geschritten, und die licitation und Verpachtung Be-

würdet, zuVor aber durch den K. Herrn Landes-Unter-Cammerern (Adam Ignaz Grafen von Berchtold), dann den Königlichen Iglauer Herrn Greys-Hauptmann Von-Schmelzdoß nebst dem Städtischen Buchhalter bey jeder Königlichenn Stadt Successive das dafige Städtische oeconomie-Weesen untersucht, alle realitäten wohl Examiniret, und solche mit denen Bishero gemachten Buchhalterischen Anmerkungen Combiniret, und aus Sechs Jährigen Rechnungen, und zwar aus Dreyen Vor- und Dreyen nach dem Krieg, oder Von welchen Jahren es sonst am thünlichsten, und Besten befunden würde, ein Verlässlicher Calculus über alle Einkünfften de Rubrica ad Rubricam bey jedem Corpore separatim, Dann auch über die ausgaaben gezogen, und hiernach der Anschlag zu dem künfftigen Verpachts-quantio Formiret werden solle, mit der allergnädigsten Beyfüg- Und Anmerckung, daß obwohlen zwar nach der sich ergebenden Erfahrung nicht ohne seye, daß die Pächtere die Güther öffters zu ruiniren — die Wälder auszuhauen — die Gebäude zu Grund gehen zu lassen — und die Felder auszusaugen — die Unterthanen über die Gebühr anzustrengen, — und Entlichen Verschiedene Abzüge Von denen Pacht-quantis zu Erfinden pflegeten, diesem allen dannoch in denen errichtenden Contracten größten Theils Vorgebogen, und zwar in denen Wäldern ein gewisser nicht zuüberschreitender Ausssatz so wohl ratione quanti als Loci gemacht — die Wald-Heegere in des proprietarii Ahd und Pflichten Beybehalten — wegen deren Gebäuden ein gewisses abkommen getroffen, und darüber eine Jährliche visitation, auch, wie Bey denen Aedern und Teuchten der Wirthschafft-ordnung nach zu gebahren seye, Zihl und Maas gesetzt, und entlichen so viel es die Unterthanen Betrifft, der Pächter zu genauer Beobachtung des Urbarii, wann eines Vor Handen, oder deren publicirten Generalien angehalten, oder allenfalls ein ordentliches Urbarium annoch Errichtet werden könnte; Wie nun diese Verpachtung lediglich die Vermehrung der Städtischen Einkünfften zum Gegenwurff hat, und Ihr nach Eueren Pflichten das Bonum Civitalis zu beobachten Verbunden seyet.

Als habet Ihr gedachter Commission, wann Sie zu Euch kommen, und den Statum oeconomicum untersuchen wird, nicht nur alle Auskunfften — sondern auch geöffentlich an Hand zu geben, was Ihr glaubet, worauf, nebst denen oberwähnten Besorgnüssen, annoch Bey der Verpachtung zu reflectiren seye (Dekret der mähr. Repräsentation und Kammer an die Stadträthe vom 21. Februar 1752) ¹⁾.

Das Reskript vom 11. März 1752 dehnte diese Maßregeln auch auf die Verpachtung der Gemeinde-Realitäten bei sämtlichen Municipalstädten aus. „Nachdem dieselbe bei verschiedenen Municipal- und anderen obrigkeitlichen Städten bereits eingeleitet worden und bezüglich der übrigen Stadt-Communitäten ernstlich zu Werke gegangen wurde,“ gab die mähr.

¹⁾ 1754 war Wenzel Schulz Pächter der brünner Landgüter.

Repräsentation und Rammer (28. Juli 1755) zur Einführung einer durchgängigen Gleichheit bei diesem städtischen Oekonomiewesen eine vom brünner Kreis- hauptmanne von Schmeltzborf, Mitglieder der städt. Oekonomie-Kommission ¹⁾, verfaßte Instruktion für die (örtlichen) Wirthschaftsinspektionen (1 Inspektor aus dem Rathe, 1 Coinspektor aus der Bürgerschaft), welche nach der Verpachtung anzustellen waren.

Daß aber das Verpachtungsgeschäft dennoch nicht die erwünschten Fortschritte machte, man sich gezwungen sah, die Hindernisse mit empfindlichen Strafen zu beseitigen und dort, wo die Verpachtung gleichwohl nicht zu Stande kam, nach dem Beispiele von Brünn Wirthschafts-Administrationen bestellt werden sollten, zeigt das nachfolgende Reskript der Kaiserin an die mähr. Repräsentation und Rammer vom 10. Juli 1756:

Euch ist Unsere höchste Willens-Meinung ohnehin bekannt, daß alle städtische Gemeind-Realitäten verpachtet werden sollen, damit dergestalten das Beste deren Stadtgemeinden besorgt, und hergestellt werde.

Da nun auch die bisherige Erfahrung gezeiget hat, daß die städtische Wirthschaften durch wohl eingerichtete Verpachtungen ungemein empor gebracht werden; So seyn Wir fest entschlossen, es bei dieser Unserer höchsten Resolution vollkommen bewenden zu lassen, und wollen demnach, daß Ihr Sorgsamkeit dahin fürdenken sollet, damit weiters mit solchen Verpachtungen, auch dort, wo solche noch nicht zu Stand gekommen — fürgegangen — folglich das Wirthschaftswesen, gleich wie bei Unseren Könighchen als auch bei allen übrigen größeren und kleineren Municipal-Städten und Marktgemeinden, je eher, je besser zur Verpachtung gebracht werde.

Nachdeme es aber bei ein- oder anderer Stadt- und Markt-Gemeinde an widrig gesinnten Gemüthern nicht mangeln dürfte, die sich bestreben würden, solch ihnen etwa nicht anständige Verpachtungen zu hintertreiben.

Als haben Wir wider derley Leute, um selbe von solcher Vermessenheit abzuhalten, nachfolgende Strafen, welche Ihr gehörig publiziren werdet, auszumessen befunden: daß nemlich jener, so die Arendam zu hintertreiben suchete, falls selber ein Rathmann wäre, cassiret, und zu Raths- oder Gemeind-Diensten, auf künftige ewige Zeiten für unfähig erkläret, wann er aber nur ein gemeiner Bürger wäre, mit einem zweymonathlichen Arrest in der Bürger-Zucht, oder gestalten Dingen noch mit einem monathlichen Spielberger Arrest gezüchtiget werden solle;

Dahingegen dürfte es sich wohl auch ergeben, daß anderer Ursachen und Umständen halber die Verpachtung ein- oder andern Orts nicht zu erreichen seyn

¹⁾ Dieselbe bestand 1754 aus dem Landesunterkämmerer Adam Ignaz Grafen von Berchtold und den kais. Räten von Wimmersberg und Johann Franz von Brandau, 1756 aus Berchtold, Joseph Freiherrn von Wibmann, Joseph Karl Grafen von Zierotin, Joseph Maria von Friedenthal und Johann Leopold von Schmeltzborf.

würde; In welchem Fall wir dann bei solcher Gemeinde eine Administration der Wirthschaft nach dem dießfalls bei unserer Stadt Brünn schon vorhandenen Beispiel veranlassen haben wollen, wo folglich den bestehenden Wirthschafts-Administratoribus und Wirthschafts-Beamten bei Unseren Königlichen dann den größeren Municipal-Städten zur ihren Amtirungs-Verhalt gleichmäßige Instructiones zuzufertigen seyn werden, wie solche in Anbetracht erholter Stadt Brünn verfaßt, und von uns unterm 8. May dieses Jahrs beangenehmiget worden.

Und gleich wie Wir Unseren Königlichen Städten die freye Wahl deren Wirthschafts-Administratorum oder Inspectorum bereits gnädigst eingeräumt haben; also soll es ferner bei dieser freyen Wahl sowohl bei mehr gedacht Unsern Königlichen als bei den größeren Municipal-Städten sein Verbleiben haben, jedoch bei diesen letztern dergestalten, daß wo die Obrigkeit nicht selbst den Pächter abgeben will, der erwählte Administrator vorläufig der Obrigkeit zu ihrer etwa dabei habenden Erinnerung angezeigt, und selbter sodann erst Euch von dem Kreisamt zur Bestätigung vorgeschlagen werden solle.

Belangend hingegen die kleinern Städte und Marktgemeinden, allda wird die Obrigkeit einen tauglichen Bürger, oder jemand anderen gegen einer darsür Haftung dem Kreisamt vorzuschlagen haben, auch allemahl die Wirthschafts-Rechnungen, ehe sie zur buchhalterischen Revision abgegeben werden, zur Einsicht abfordern können.

Wie zumahlen es aber bei allen Städten vornehmlich darauf ankommt, damit alljährlich in denen Rechnungen genau nachgesehen werde, wie mit denen Wirthschafts-Realitäten de Rubrica in Rubricam nach dem Commissionaliter gemachten Nutzungsanschlag gebahret, dann wie? und wohin das eingehende Geld verwendet wird? und wie der Status oeconomicus ab- oder zunehmet? So werdet Ihr der Dekonomie-Commission mitgeben, daß alle Jahr aus besagten Rechnungen die Bilanzen gezogen, und die nöthigen Combinationes, was zu belassen oder zu verbessern seye, gemacht, hiernächst aus der Brünner Wirthschaftsverfassung jene Modalitäten, so bei dieser oder jener Stadt, dann Markt-Gemeinde am schicksamsten seyn, ergriffen werden sollen.

Im übrigen ist schon Kraft Unseres obberührten Reskripti vom 8. Mai vorgeschrieben: daß der von Schmelzdorf die Lokal-Kasse-Visitationes allein vorzunehmen habe, wobei es dann auch sein Bewenden hat, in desselben Verhinderungsfall aber wirßt du Praeses darzu einen deren geschicktesten Kreisamts-Substituten, oder jemand anderen von der Commission benennen, welchem sodann der von Schmelzdorf von denen dieser Kasse-Visitation halber jährlich genüßenden 1000 fl. täglich 3 bis 4 fl. abzureichen haben wird; Und ob zwar derselbe für diese jährliche Lokal-Kassa-Visitationen gleich besagtes Emolumentum von 1000 fl. genüßet; so kann ihm doch billiger Dingen nicht zugemuthet werden, in jenem Fall, da Ihr ihn außer besagter Lokal-Kasse-Visitation in eine Unserer Königlichen oder eine Municipal-Stadt zu anderen Wirthschafts-Verrichtungen abzuscheiden nöthig finden würdet, derley extra ordinari Verrichtung auf

eigene Speesen zu vollziehen, ein folglich in einem fremden Ort auf eigene Kosten zu leben; Weßwegen Wir hiermit gnädigst bewilligen: daß demselben in vorangeführten Fall die Liefergelder täglich a 6 fl. 40 kr. passiret werden können; Jedoch ist Unsere ausdrückliche Willens-Meinung, welche Ihr ihm von Schmelydorf zu seinem Nachverhalt zu vernehmen zu geben habet, daß er mehr bemeldete jährliche Kassa-Bisitation mit einer dergleichen extra ordinari Verrichtung niemahlen cumuliren — mithin kein doppeltes utile beziehen — sondern in Gegentheil vielmehr dahin sehen solle: wie bei Gelegenheit der Kassa Bisitation unter einem auch die anderweitige Städtische Verrichtungen ohne besonderen Unkosten deren Stadt-Gemeinden mit besorget werden mögen.

Schließlich wollen Wir, daß, nachdem der von Schmelydorf die meiste Kenntniß von städtischen Oekonomie-Sachen besiget, und die Verpachtungs-Anschläge selbst ausgearbeitet hat, mithin die dabei sich ergebende Anstößigkeiten am besten erläutern und beheben kann, Wir ihm auch deshalb um allen städtischen Wirthschafts-Berathschlagungen beizuwohnen, eine ansehnliche Gehalts-Vermehrung zugestanden haben, demselben alle in das städtische Wirthschafts- und Rechnungs-Werk ohnmittelbar einschlagende Ausarbeitungen zugetheilet, und solche auch allemahl von Selbten bei der Kommission vorgetragen werden, dahingegen seine Beede Kreisamts-Substituti ihn von Schmelydorf in denen minder wichtigen Kreis-agendis überheben sollen.

In wessen Folge dann auch die Buchhalterey dahin anzuweisen ist; daß sie alle auf die von dem von Schmelydorf beschehene Einleitung formirende Rechnungs-Bilanzen und andere buchhalterische Ausarbeitungen demselben im Voraus zu übergeben hätte, welche er sodann bei der Kommission selbst vorzutragen haben wird.

Ihr habet also nach Maßgebung gegenwärtiger Unserer höchsten Resolution ein so anderes zu veranlassen, gehörig einzuleiten, und die diesfalls weiters nöthige Verfügung zu machen, — auch Eueres Orts ob dem genauen Vollzug und Befolgung all dessen ein obachtames Aug zu tragen.

Wie die k. k. Oekonomie-Kommission 1756 berichtete, waren noch 54 Municipalstädte und 104 Märkte außer aller Verpachtung oder in deren Entstehung Interims-Administration, weil die Kreisamts-Substituten die meisten Verpachtungs-Elaborate sehr unrichtig eingebracht, theils die Lokalkommissionen verzögert oder noch gar keine Untersuchungen vorgenommen hatten. Es wurden daher „die municipalstädtischen Wirthschafts-Untersuchungen wegen mehrerer Verlässlichkeit und Beschleunigung der Sache von allerhöchsten Orth der diesortigen Buchhalterei aufgetragen;“ die mähr. Repräsentation verordnete aber (17. September 1756) über Vorschlag der Oekonomiekommission, bei jenen Municipal- und Privat-Städten, wo die Arrenda oder eine förmliche Wirthschafts-Administration noch nicht erfolgt war, eine Provisional-Administration einzuführen, „um den Gemeinderäthen die eigenmächtigen Gebahrungen einzustellen.“

Die Regierung übertrug vom 1. Jänner 1760 an die Besorgung des Wirthschaftswesens bei den Municipal- oder Schuß-Städten der k. k. städtischen Oekonomie-Commission, bei den unterthänigen Privat-Städtlein und Marktflecken aber den Grundobrigkeiten (Resk. 21. Mai 1759).

Allein! alle diese Maßregeln einer Alles normirenden und bevormundenden Tutel der Gemeinden hatten nicht den erwarteten Erfolg. Die Regierung sah sich vielmehr, mitten im 7jähr. Kriege, veranlaßt, die Pflichten aufzuheben, die Besorgung des Kommunal- und Domestikal-Wirthschaftswesens der Privat- und Municipal-Städte den gesammten Grund- und Schuß-Obrigkeiten zu überlassen (Cirk. der Repräsentation 12. Jänner 1761, zur genauen Befolgung in Erinnerung gebracht am 12. Okt. 1770, 13. Okt. 1772), und auch bei den k. Städten wieder die eigene Verwaltung einzuführen. Maria Theresia hob nämlich die k. städtische Oekonomie-Commission auf, nahm dem Landesunterkämmerer die, seit Jahrhunderten bestandene und schon durch die Bestellung der ersteren (1726) geschmälerte Oekonomie-Verwaltung der k. Städte völlig und bestellte für dieselbe, unter der Oberaufsicht der Repräsentation (seit 1763 Gubernium genannt), eine k. städtische Wirthschafts-Administration¹⁾, in den k. Städten aber eine Wirthschafts-Anwaltschaft, welche in zwei aus dem Magistrats-Gremium gewählten Anwälten, einem Kassier und einem Aktuar bestand (Rescript 3. Jänner 1761). Außerdem entstand zur Kontrolle der Gebahrung und Prüfung der k. städtischen Rechnungen eine k. städtische Buchhalterei in Brünn, welche jedoch Kaiser Josef mit der Kameral-(Provincial-Staats-)Buchhaltung vereinte (Hsdt. 9. Nov. 1784). Der Landesunterkämmerer hatte nur für die Erhaltung der Rechte und Prärogative der k. Städte zu sorgen, die Rathserneuerungen (Renovationen) in denselben alle 3 Jahre vorzunehmen und der Landesstelle zur Bestätigung anzuzeigen, die über Vorschlag der Landesstelle von Seiner Majestät ernannten k. Richter und die gewählten, von der Landesstelle über Anzeige des Landesunterkämmerers bestätigten Rathsmänner persönlich zu installiren. Der k. städtische Wirthschafts-Administrator dagegen hatte, mit der Abhängigkeit von der Landesstelle, auf die städtische Oekonomie, die gute Verwaltung ihrer Güter und die wirthschaftliche Gebahrung mit dem Communvermögen zu

¹⁾ 1763 war Christoph Freiherr (seit 1768 Graf) von Blümegen, k. geh. und Gubernial-Rath, k. städtischer Wirthschafts-Administrator, von 1765—1770 auch Landesunterkämmerer, später Oberlandkämmerer und Landeshauptmann, 1773—1782 Ignaz Schröfl Freiherr von Mansperg, Landesunterkämmerer, Gubernialrath und k. städt. Wirthschaftsadministrator. Da die k. Städte nicht gut verwaltet seyen, enthob ihn Kaiser Joseph 1782 und vertraute die Wirthschaftsadministration derselben dem Kameralgüter-Oberdirektor Anton Valentin (seit 1786 Freiherrn) von Raschnitz. 1790 wurde er hievon enthoben und der Gubernialsekretär Terroni damit betraut bis zur Aufhebung dieser Administration 1792.

sehen, daher die k. Städte zu bereiten, jährliche Haupt-Bilanzen der Landes- und Hofstelle vorzulegen u. i. w.

Die Wirthschaft in den k. Städten besorgte die Anwaltschaft, mit der Abhängigkeit von der Administration und Landesstelle ¹⁾).

Das Bevormundungs-Erstem bei den Gemeinden ging immer weiter. Das Hofdekret vom 4., Subernial-Circular vom 17. Juni 1774 erklärte die Realitäten der sämtlichen hierländigen Städte für verkauflich und wies die Kauflustigen wegen der Ueberflüge und sonstigen Behandlungen an den k. städt. Wirthschafts-Administrator Ignaz Schröfl von Mannsperg. Die allerhöchste Behörde schrieb vor „Anmerkungen, bei Verkauf- oder Verpachtung deren bei Municipal-, Privat- und sonstigen Städten befindlichen Realitäten zu beobachten“ (Subdt. 26. August 1774). Wir heben daraus Einiges hervor.

So wie 1. Der allerhöchste Auftrag ist, daß alle städtische Realitäten verkauft, oder so bald möglich verpachtet werden sollen; Eben so kommen die städtische Landgüter alsbald selbst in dem Landes-Catastro nur als eine einzige Herrschaft bei einer Stadt eingesezt sind, nicht theilweis, sondern zusammen entweder zu verkaufen, oder zu verpachten; müssen bei einem Ausweisen Verkauf die besten Entia gar bald veräußert, die schlechtern aber den Städten zurückbleiben würden. Dahingegen scheine

2. Besser zu seyn, diejenige bischöflichen Lehen, welche ein oder der andern Stadt auf immerwährende Zeiten in Besiz gegeben worden, nicht zu verkaufen, wohl aber zu verpachten, weil durch den Verkauf, der doch immer auf 70 pC. nach den gewöhnlichen Lehengüter-Verkauf gemacht werden müßte, die Stadt nothwendig einen Schaden erleiden würde; Und da es sich hiernächst

3. um solche Häuser und Gebäude bei Städten handeln sollte, von welchen erwünscht ist, daß deren Reparation, und forthinige Erhaltung denen Städten entfallen möge, so ist kein Anstand, daß selbst auch ohne Vorbehalt eines Zinses verkauft werden können;

Wäre es aber

4. Daß ein oder die andere Stadt eine Tawern, oder Waaghaus, oder Schuppen, oder dergl. Häuser besizete, wo Gewölber, Kammern, Zinsladen,

¹⁾ Hiernach bestand der brünner Magistrat 1766 aus dem k. Richter (Franz Valentin Winkler, k. k. Rath), dem Primator, dem Rathsenior und 9 Rathsverwandten (keine Chargen mehr, nur 1 Stadthauptmann, 2 Stadthauptleute über die zwei Compagnien, 1 Stad- und 2 Stadtlientenants), dann, nebst den 1749 bestandenen (S. S. 441), 1 Taxator und Expeditor, 2 Ranglisten, 5 Accessisten; beim Waisenamte waren 3 Räte, beim Gerichte 1 Gerichts-Ansager-Adjunkt.

Bei der Wirthschafts-Anwaltschaft 2 Wirthschafts-Anwälte, 1 Kassier, 1 Altkar, 1 Stadtbauverweser, 1 Wirthschafts-Controllor, 1 Stadtwagmeister, 1 Diener.

Es gab 6 geschworne Stadtadvokaten (1 J. U. D.).

Der Syndikus wohnte im Syndikate neben dem Rathhause.

und solche Ubikationen befindlich, die der Stadt einen besonderen Nutzen und Vortheil bringen; so sind solche Realitäten nie zu verkaufen, sondern allemal nur den Meistbiethenden zu verpachten.

5. Sind städtische Bräu- und Malzhäuser, das Rathhaus, Frohnvesten, Privat-Rauth-Häuser, Gemeindegäuser, welche der Stadt zu einem besonderen Nutzen andienen, die Schießstadt, Wachtthaus, Hopfengarten, Holzgarten, Holzschuppen, Wasserkunsthaus, die Thorsteherwohnung bei denen Stadthöfen, und dergleichen zu eigenen Gemeinbenutzen, und Nothwendigkeit brauchende Häuser, oder Gebäude weder zu verkaufen, noch zu verpachten; dann obzwar darüber eine Frage seyn könnte, ob es nicht auch besser seye, die städtische Bräuhäuser zu verkaufen, oder zu verpachten, so ist doch ganz richtig, daß die Städte durch den Verkauf nie jenen Nutzen erreichen würden, welchen sie für das künftige, mittelst zu treffender guter Einleitung von den Bräuhäusern zu erwarten haben, die Verpachtung hingegen dürfte nichts, als immerwährende Zwistigkeiten nach sich ziehen, und das Publicum der Willkühr eines — von Eigennuß stets geleiteten Pächters überlassen, welcher ein und anderes die, in vorigen Jahren fürgewesene Pachtungen zum empfindlichen Schaden der Städte genügsam gelehret haben.

6. Sollen die gesammte Anschläge, deren Entwurf — und Verfassung wie bereits unter dato den 11. July a. c. von hieraus verordnet worden, denen Schutzobrigkeiten obzuliegen hat, nicht anderst, als a 4 pro Cento, nach der dormaligen Ertragniß abgefasset werden, massen im widrigen denen Städten nothwendig an denen derzeitigen Einkünften vieles entgehen müsse, welches aber der allerhöchsten Willensmeinung, welche die Vermehrung nicht aber die Verminderung deren Einkünften zum Entzweck hat, gar nicht gleich kommet.

7. Seynd sowohl die Verkaufs- als Pachtungs-Licitationen bei denen Königlichen Kreisämtern, mit Zugiehung deren — die Obrigkeit repraesentirenden Beamten, dann einiger Deputirten von jeglicher — die zu Verkauf- oder verpachten kommende Realität betreffenden Stadtrath, und bürgerlichen Gemeindegemeinschaften vorzunehmen, der Kauf, oder Verpachtung eventualiter und salva hierortiger ratificatione mit den sich bei dem k. Kreisamt meldenden Kauf- oder Pachtluftigen abzuschließen, sonach aber die Uberschläge, und sonstige Beilagen zur weiteren Approbation anhero einzusenden; Endlich solle

8. Eine jede Obrigkeit, sowohl die Verpacht- als Verkaufs-Anschläge dem k. Kreisamt vorläufig exhibiren, welches sonderheitlich in Ansehung der Verpachtungen auf solche Mobalitäten den Bedacht zu nehmen haben wird, damit die Städte nicht jenen betrübten Folgen ausgesetzt werden mögen, welche bekanntermassen durch die letztere Pachtungen bei den k. Städten sich ergeben haben, wobei dann

9. fürnemlich in Erwägung zu nehmen seyn wird, ob nicht die Waldungen wegen der dabei unterwaltenden Gefahr eines übermäßigen — fast nicht zu verhütenden Holzschlages aus dem Pacht hinweg zu lassen, das gebedlichste seyn dürfte; doch verstehe sich dagegen von selbst, daß jenen Falls, wenn die Städt-

tische Realitäten verkauflich hindangegeben werden, auch derley städtische Bal-
dungen mitverkauft werden sollen.

Schlüßlich und 19. sind die kleine Gefälle, bei Städten, als da sind die
Privat-Mauthgelder, Waagnutzung, Thorausschlagsgelder, Jahrmarktsbauden-
und sonstige Stand- oder Reihgelder von Juden, und Christen, Fischbänk-
nutzung, Salz-ausmaßlungs Nutzung, Spann- oder Spatzengelder, Deßler-
standgelder, Tanzimpost, Getraid-Abmaß- und Abschrottgelder, und dergleichen andere kleine
Gefälle mehr, welche sich hier ohnmöglich alle bestimmen lassen, und bei dieser
oder jenen Stadt, unter diesen oder jenen Namen, oder Titul, eingehoben zu
werden pflegen, folglichen verpachtet werden können, anfänglich nur auf 3 Jahre
zu verpachten, und nach Verlauf dieser Zeit, neue Pachtlicitationen zu veranlassen,
es wäre dann, daß sich Pächtere vorfänden, die gegen Erlangung des Pachts
auf mehrere Jahre sehr vortheilhafte Bedingungen antrügen, welchen Falls auch
auf mehrere Jahre sich eingelassen werden könnte.

Diesen Anordnungen der Regierung lag die Idee zu Grund, durch Ver-
pachtung auf längere Zeit oder durch emphiteutische Veräußerung aller städtischen
Güter und Entien die Vermögens-Verwaltung auf die jährlichen
reinen Geld-Empfänge und Ausgaben zu beschränken. Wohl
machten insbesondere die k. Städte dagegen dringende Vorstellungen und bemerk-
ten, daß die Vausführungen, da Alles baar gekauft werden müßte, doppelt mehr
kosten würden, das Rauffchillings-Kapital bei Unglücksfällen und Kriegen ange-
griffen oder verloren gehen könnte, während die liegenden Güter und die Land-
wirthschaft ein bleibendes Einkommen gewähre u. m. a.

Diese Vorstellungen hatten zwar zur Folge, daß der Plan wegen Veräu-
ßerung der städt. Güter in dessen ganzem Umfange nicht zur Ausführung kam;
die Regierung beharrte aber dabei, daß die Vermögens-Verwaltung der k. Städte
nur auf reine Geldeinflüsse beschränkt sein, daher mit der Landwirthschaft nichts
mehr zu thun haben soll.

In der That wurden auch die städtischen Realitäten (Häuser) ver-
äußert, die städtischen Maierhöfe aufgelassen und die dazu ge-
hörigen Grundstücke vertheilt. Das nach seinem Schöpfer, dem Hof-
rathe Franz Anton Ritter von Raab, sogenannte Raab'sche System vertheilte
im Wege der Emphyteusis die Maierhofs- und übrigen Dominikal-Grundstücke
entgeltlich unter die Unterthanen und verwandelte die Frohnen in andere minder
lästige Schuldigkeiten.

Dieses System wurde aus Böhmen nach Niederösterreich (1775), ~~Mähren~~
(1777), Steiermark (1778) und Galizien (1782) verpflanzt und Kaiser Joseph II.
führte es (1783) imperativ auf allen unter der Aufsicht der Staatsverwaltung
gestandenen Staats-, Fonds-, Stiftungs-, Kirchen- und städtischen Gütern ein.

Es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß es für die Verbesserung der Land-
beskultur, die Vermehrung der Bevölkerung und die Erschaffung einer
freierer und wohlhabender Grundbesitzer ungemein wohlthätig wirkte.

die Folgezeit hat es sehr ungünstig für die städtischen Renten gestaltet, da dieselben die erhöhten Steuern von den veräußerten Grundstücken zu zahlen hatten und im emphyteutischen Zinse, welcher in wiener Währung einging, keinen Er-
satz für das Hingegebene fanden¹⁾.

In Folge dieser höchsten Weisungen wurden auch u. a. das neue Welt-
wirthshaus auf der Kröna, das Rößel-Wirthshaus auf der großen
Neugasse und das Wildemanns-Wirthshaus auf der kleinen Neugasse²⁾,
dann die drei städtischen Ziegelhütten mit Beibehaltung des bisherigen Zin-
ses u. m. a., weiter im Jahre 1774 das Geschütz der bürgerlichen Artillerie,
im Jahre 1775 das Zeughaus-Gebäude (S. S. 102, 311, 345, 397) im Li-
citationswege veräußert (brünner Intelligenz-Zettel), 1780 die Gebäude und Gründe
der sechs städtischen Maierhöfe zu Relekowiz, Swinoschiz, Wohantschiz,
Deblin, Herotiz und Krizinkau zur licitatorischen Veräußerung ausgedoten (brün-
ner Zeitung) und 1784 jene in Deblin, Herotiz, Krizinkau, Relekowiz und Swi-
noschiz unter Ansiedler vertheilt; die Stadt Brünn hat dermal nur 2 Maier-
höfe zu Gurein und Wohantschiz (Wolny II. 387 — 392). Auch wurden der
sogenannte Magistrats-Teich am Hugarten gegen Karthaus und der sogenannte
Hutter- oder Hotter-Teich am Graben (Teichdamm, jetzt Franz-Josefs-
Strasse) aufgelassen (1782 S. S. 17) und die hier bestandene Mühle eines Pri-
vaten in das viel besuchte Weinschantzhaus zum blauen Hechten verwandelt
(Wolny II. 3).

Wie die Oekonomie der st. Städte erfuhr auch ihre Verwaltung eine
große Umwandlung³⁾.

¹⁾ Jglau verlor seine 15 Maierhöfe (S. meine Geschichte von Jglau S. 393), Znaim 7
(Wolny III. 72), Brünn 5, Olmütz 6 (Wolny V. 135), M. Neustadt 2 (Eugl S. 174),
Grabisch 1 (Wolny IV. 64).

²⁾ Auch die vorstädtischen Wirthshäuser (S. S. 333), welche durch die Aufhebung von
Klöstern eingezogen wurden, kamen in den 1780er Jahren zum Verlaufe, wie das Tala-
macher und beim blauen Löwen in Altbünn (S. S. 40), das Rablaßer oder
Schöbl auf dem Rablaß, das Commerl-Wirthshaus auf der großen Neugasse, das
Wirthshaus auf der Schwabengasse (S. auch das Notizenbl. der hist. Sect. 1860 Nr. 5).

³⁾ Prof. Ganzely (gest. 1. Oktober 1806), ein Sohn des letzten brünner Syndikus, hinterließ
in seinen „Brünnerischen Miscellen,“ welche er 1806 herauszugeben beabsichtigte (S. S.
208), einen „Auszug aus den Besoldungs- und Deputatstabellen der könig-
lichen Städte in Mähren, wie solche bis 1783 gewesen sind.“ Wir theilen
denselben hier mit. Er zeigt unter anderem, wie damals bei noch nicht völlig durchgeführ-
ter Fixirung der Bedientesten auf Selbstbezüge dieselben noch unabhängiger von den Schwan-
kungen der Preisverhältnisse standen.

I. K. Stadt Olmütz.

Königl. Richter. Am Gelde 1000 fl. Wirthpretgeld 9 fl. 13 kr. 3 br. Bier 20
Faß. Partes Brennholz 30 Kt. Bündelholz 30 Schock. Primator. Am Gelde 842 fl.
21 kr. Wirthpretgeld 9 fl. 13 kr. 3 br. Bier 19 Faß 1 Eimer. Holz 20 Kt. Bündelholz

Kaiser Joseph II. überließ den landesfürstlichen Städten und Märkten die Wahl ihrer Magistrate aus den nach vorgenommener Prüfung durch Wahlfähigkeitsdekrete des Appellationsgerichtes und des Suberniums Befähigten (Hfdt. 4. August 1783 Nr. 172 Just. Ges. Slg.).

20 Schod. Stadtrichter. Am Gelde 600 fl. Bildpretgeld 9 fl. 18 kr. 3 br. Bier 14 Maß 2 Eimer. Hartes Holz 20 Kl., Bündelholz 20 Schod.

Rathsverwandte. I. Klasse. Vier, jeder mit 731 fl. 14 kr. 3 br. mit Eingriff des Bildpretgeldes. Bier 19 Maß, 1 Eimer, 20 Maass. Holz 20 Kl., Bündelholz 20 Sch. II. Klasse. Vier mit 610 fl. 54 kr. 3 br. Bier 19 Maß, 1 Eim. 20 M. Holz 20 Kl., Bündelholz 20 Sch. III. Klasse. Zwey mit 490 fl. 34 kr. 3 br. Bier 19 Maß 1 Eim. 20 M. Holz 20 Kl., Bündelholz 20 Sch. Bürgermeisteramts-Emolument 80 fl. folglich für 13 Herrn Bürgermeister des Jahres 1040 fl.

Kanzley. Syndikus. An Besoldung 300 fl. Quartiergeld 30 fl. Schweingeld 18 fl. Für Naturalien 14 fl. 51 kr. 1 br. Leichrecht 32 fl. 12 kr. 1 br. Bier 15 Maß 3 Eim. Korn 33 Metzen, 6 Achtel. Hartes Holz 20 Kl. Vice-Syndikus Besoldung 196 fl. 40 kr. Für Naturalien 11 fl. 1 br. Leichrecht 32 fl. 12 kr. 1 br. Bier 15 B. 3 Eim. Korn 22 Metzen, 4 Achtel. Holz 20 Kl. Sub-Syndikus. Besoldung 150 fl. Quartiergeld 20 fl. Für Naturalien 6 fl. 40. Leichrecht 12 fl. 30 kr. Bier 12 Maß. Weizen 4 Metzen 4 Achtel. Korn 13 Metz. 4 Achtel. Gerste 5 Metz. 2 Achtel 2 Maass. Erbsen 2 Metz. 5 Achtel, 1 Maassl. Hirse 2 Metz. 5 Achtel, 1 Maassl. Holz 20 Kl. Registrator. Besoldung 195 fl. 26 kr. Für Naturalien 27 fl. 24 kr. 3 br. Leichrecht 11 fl. 14 kr. Bier 8 Maß 2 Eimer. Korn 12 Metzen. Gerste 2 Metzen. Erbsen 4 Achtel. Hirse 2 Metz. Holz 20 Kl. 1. Kanzellist. Besoldung 153 fl. 10 kr. 2 br. Quartiergeld 9 fl. 20 kr. Für Naturalien 4 fl. 20 kr. Leichrecht 5 fl. 49 kr. 2 br. Bier 5 B. 3 Eim. 25 Maass. Weizen 2 Metz. 2 Achtel. Korn 13 Metz. 4 Achtel. Gerste 2 Metz. 5 Achtel, 2 Maassl. Erbsen 5 Achtel, 1 Maassl. Hirse 2 Metz. 5 Achtel 1 Maassl. Holz 12 Kl. 2. Kanzellist. Besoldung 147 fl. 30 kr. 2 br. Quartiergeld 9 fl. 20 kr. Leichrecht 5 fl. 49 kr. 2 br. Bier 4 B. 3 Eim. 20 M. Holz 8 Kl. 3. Kanzellist. Besoldung 130 fl. 1. Accessist. Besoldung 60 fl. 2. Accessist. Besoldung 40 fl. 3. Accessist. Besoldung 25 fl. Rathshaus. Besoldung 83 fl. Bier 3 Eim. Korn 6 Metz. 6 Achtel. Drey Rathsbdiener. Jeder an Besoldung 83 fl. 11 kr. Bier 3 Eim. Korn 3 Metz. 3 Achtel. Gerste 1 Metz. 2 Achtel, 2 Maassl. Erbsen 5 Achtel, 1 Maassl. Hirse 1 Metz. 2 Achtel, 2 Maassl. Königl. Richtersbedienter. Besoldung 62 fl. Bier 3 Eim.

Wirthschaftsanwaltschaft. Zwey Anwälde. Jeder 150 fl. und die Reisekosten. Cassirer. Besoldung 400 fl. Actuar. Besoldung 300 fl. Holz 10 Kl. Kanzleyadjunct. Besoldung 63 fl. Quartiergeld 12 fl. Bier 2 B. Weizen 2 Metz. 2 Achtel. Korn 11 Metz. 2 Achtel. Holz 15 Kl. Thürsteher. Besoldung 52 fl. Für Naturalien 6 fl. 40 kr. Stiefelgeld 5 fl. Bier 1 B. Korn 15 Metz. 6 Achtel. Holz 10 Kl.

Stadtrichterliches Amts-Personale. Gerichts-Notar. Besoldung 131 fl. 40 kr. Schreibers-Adjutum 6 fl. Bier 9 B. 2 Eim. 40 M. Holz 20 Kl. Waisen-Notar. Besoldung 58 fl. 20 kr. Bier 6 B.

II. R. Stadt Brunn.

Königl. Richter. Besoldung 1100 fl. Bier 21 B. Holz 20 Kl. Primator. Besoldung 760 fl. Bier 19 B. 1 Eim. 16 Maass, 2 Seidl. Holz 20 Kl. An vacanten Portionen 150 fl. Naturalrektion 12 fl.

Die Regulirung des brünner Magistrates ging im Jahre 1784 vor sich. Die ganze Bürgerschaft hatte einen Ausschuss von 24 Männern, dieser den neuen Rath mit einem Bürgermeister und 8 Magistratsrätthen aus Personen, die vom Gubernium und Appellationsgerichte geprüft

Rathsverwandte. I. Klasse. Besoldung 660 fl. Bier 19 B. 1 Eim. 16 Maasß 2 Seidl. Holz 20 Kl. An vacanten Portionen 125 fl. Naturalrestitution 12 fl. II. Klasse. Besoldung 560 fl. Bier 19 B. 1 Eim. 16 M. 2 S. Holz 20 Kl. An vacanten Portionen 100 fl. Naturalrestitution 12 fl. III. Klasse. Besoldung 460 fl. Bier 19 B. 1 Eim. 16 M. 2 S. Holz 20 Kl. An vacanten Portionen 75 fl. Naturalrestitution 12 fl. Bürgermeisteramts-Emolument 74 fl.

Ranzler. Syndikus. Das Brünner Syndikat war eine ansehnliche und einträgliche Bedienstung. Bis zur neuen unter weiland Kaiser Joseph II. erfolgten Organisation der Stadt-Magistrate hatte der Brünner Syndikus an Besoldung 466 fl. 40 kr. Naturalienrestitution 97 fl. 41 kr. Denn bebor hatten sie in natura Fische, Osterlamm, Martingans, Schmalz, Butter, Eyer 2c. 2c., wofür hernach die benannten 97 fl. 41 kr gegeben worden. Am Holz 18 Klafter, Bier 14 Faß, 2 Eimer. Korn 22 Metzen 4 Achtel, Buchspeis 8 Metzen 2 Achtel. Nebst diesem die freie Wohnung nächst dem Rathhause, Zuflüsse aus der Carbona, und andere Sporteln, welche oft mehr als die bestimmte Besoldung betrugen. Der Syndikus von Brunn hatte auch das Recht, mit den Deputirten aller königl. Städte bey den Landtagen zu erscheinen. Noch merkwürdiger ist das Vorrecht eines ehemaligen Brünner Syndikus, welches in dem Privilegium Wenzels, des vierten Königs in Böhmen (S. Voct III. 17) gelesen wird: *Inhibemus etiam, ne de caetero sint tabernae extra civitatem ad milliare in bonis alicujus, praeter bona et possessiones Notarii Brunensis, qui Capellam S. Procopii habuerit, et monetam.* Er war also an das sogenannte Meilenrecht nicht gebunden, hatte das Patronat der Kirche des S. Prokop in Altbrunn, welche beyläufig um das Jahr 1786 niedergerissen worden, und die Münze. (König Wenzel verlieh die Kapelle sammt dem ihr zugehörigen Dorfe Welatic dem k. böhm. Protonotar Weleslaw und vermehrte ihren Besitz im J. 1288. S. Wolny kirchl. Topographie II. 1. S. 177).

Vice-Syndikus. Besoldung 333 fl. 40 kr. Naturalrestitution 71 fl. 40 kr. Bier 14 Faß 2 Eim. Korn 16 Metz. 7 Achtel. Buchspeis 4 Metz. 6 Achtel. Sub-Syndikus. Besoldung 300 fl. Naturalrestitution 71 fl. 40 kr. Bier 14 B. 2 Eim. Korn 16 Metz. 7 Achtel. Buchspeis 4 Metz. 6 Achtel. Registrator. Besoldung 335 fl. 36 kr. Naturalrestitution 70 fl. 47 kr. Bier 13 B. Weizen 3 Metz. 3 Achtel. Korn 22 Metz. 4 Achtel. Buchspeis 4 Metz. 1 Achtel. Expebitor. Besoldung 150 fl. Naturalrestitution 18 fl. 18 kr. Bier 7 B. 3 E. 10 M. Korn 4 Metz. 4 Achtel. Buchspeis 1 Metz. 3 Achtel. 1. Ranzellist Besoldung 150 fl. Naturalrestitution 18 fl. 18 kr. Bier 7 B. 3 Eim. 10 M. Korn 4 Metz. 4 Achtel. Buchspeis 1 Metz. 3 Achtel. 2. Ranzellist. Besoldung 80 fl. Naturalrestitution 18 fl. 18 kr. Bier 7 B. 3 Eim. 10 M. Korn 4 Metz. 4 Achtel. Buchspeis 1 Metz. 3 Achtel. 1. Accessist. Besoldung 50 fl. Naturalrestitution 2 fl. 15 kr. Bier 3 Faß. Weizen 4 Metz. Korn 6 Metz. Buchspeis 2 Metz. 2. Accessist. Besoldung 20 fl. Bier 3 B. Weizen 4 Metz. Korn 6 Metz. Buchspeis 2 Metz. 3. Accessist. Besoldung 20 fl. Bier 3 B. Weizen 4 Metz. Korn 6 Metz. Buchspeis 2 Metz. 4. Accessist. Bier 3 B. Weizen 4 Metz. Korn 6 Metz. Buchspeis 2 Metz. Rathhauser. Besoldung 104 fl. Für Naturalien 1 fl. 24 kr. Bier 7 B. 3 Eim. 10 M. Zwey Rathsbdiener. Jeder an Besoldung 148 fl. Für Naturalien 4 fl. 24 kr. Bier 7 B. 3 Eim. 10 M.

und für wahlfähig erkannt waren, zu wählen, dann die in Zukunft bei dem Ausschusse und Magistrate in Erledigung kommenden Stellen durch Wahl zu ersetzen. Die Räte und Ausschussglieder sollen in

Stadtgerichts-Personale. Stadtrichter. Besoldung 660 fl. Bier mit Holz wie ein anderer Rathsmann. Gerichts-Notar. Besoldung 350 fl. Bier 14 B. 3 Eim. 10 M. Weizen 6 Mch. Korn 12 Mch. Ruchelspeis 4 Mch. Vizenotar. Besoldung 250 fl. Bier 7 B. Weizen 4 Mch. 4 Aehl. Korn 9 Mch. Ruchelspeis 2 Mch. 2 Aehl. Gerichts-anfager 52 fl.

Waisenamts-Personale. Waisen-Notar. Besoldung 100 fl. Bier 7 B. 3 E. 10 M. Vizenotar. Bier 7 B. Weizen 6 Mch. Korn 10 Mch. Ruchelspeis 3 Mch.

Wirthschaftsanwaltschaft. Zwei Anwölbe. Jeder 150 fl. Besoldung. Cassirer 400 fl. Besoldung. Actuar. Besoldung 300 fl. Bier 9 B. 1 Eim. Holz 12 fl. Malzschreiber. Besoldung 500 fl. Bier 20 B. Korn 22 Mch. 1 Aehl. Holz 35 fl. Bauwreiber. Besoldung 250 fl. Bier 10 B. 3 Eim. 10 M. Weizen 4 Mch. 4 Aehl. Korn 22 Mch. 4 Aehl. Ruchelspeis 4 Mch. 1. Aehl. Holz 30 fl. Haber 72 Mch. 4 Aehl. Bau-Controllor. Besoldung 100 fl. Bier 4 B. Weizen 4 Mch. Korn 12 Mch. Ruchelspeis 2 Mch. Holz 6 fl. Anwaltschaftsbienner. Besoldung 70 fl.

III. R. Stadt Iglau.

Königl. Richter. Besoldung 700 fl. Bier 15 B. Weiches Holz 15 fl. Primar Besoldung 502 fl. 20 kr. Bier 12 B. Schmalz 50 Pfd. Korn 11 Mch. 2 Aehl. Karpfen 50 Pfd. Holz 10 fl.

Rathsverwandte. I. Klasse. Drey, jeder mit 437 fl. 44 kr. Bier 12 B. Schmalz 50 Pfd. Korn 11 Mch. 2 Aehl. Karpfen 50 Pfd. Holz 10 fl. II. Klasse. Bier, jeder mit 373 fl. 8 kr. Bier 12 B. Schmalz 50 Pfd. Korn 11 Mch. 2 Aehl. Karpfen 50 Pfd. Holz 10 fl. III. Klasse. Zwei, jeder mit 308 fl. 28 kr. Bier 12 B. Schmalz 50 Pfd. Korn 11 Mch. 2 Aehl. Karpfen 50 Pfd. Holz 10 fl.

Ranzley. Syndikus. Besoldung 360 fl. Quartiergeld 20 fl. Naturalreunion 2 fl. 30 kr. Bier 8 B. Schmalz 70 Pfd. Korn 22 Mch. 4 Aehl. Karpfen 1 Cent. Hartes Brennholz 20 fl. Weiches 8 fl. Vice-Syndikus. Besoldung 201 fl. Quartiergeld 15 fl. Bier 6 B. Schmalz 65 Pfd. Korn 16 Mch. 4 Aehl. Weiches Holz 16 fl. Registrator. Besoldung 160 fl. Quartiergeld 12 fl. Bier 3 B. Schmalz 50 Pfd. Korn 13 Mch. 4 Aehl. Holz 16 fl. 1. und 2. Ranzellist. Jeder mit 100 fl. Quartiergeld 12 fl. Schmalz 30 Pfd. Korn 11 Mch. 4 Aehl. Holz 16 fl. Zwei Rathsbienner. Jeder mit 52 fl. Quartiergeld 10 fl. Korn 5 Mch. 4 Aehl. Schuh- und Stiefelgeld 3 fl. 30 kr. Holz 6 fl.

Stadtgerichts-Personale. Stadtrichter. Besoldung 500 fl. Bier 12 B. Schmalz 50 Pfd. Korn 11 Mch. 2 Aehl. Karpfen 50 Pfd. Holz 10 fl. Gerichts-Notar. Besoldung 160 fl. Bier 3 B. Korn 11 Mch. 2 Aehl. Holz 16 fl. Vice-Notar. Besoldung 170 fl. aber kein Deputat. Waisen-Notar. Besoldung 90 fl. Holz 6 fl.

Wirthschaftsanwaltschaft. Zwei Anwölbe. Jeder mit 100 fl. besoldet. An fixirten Liefergelbern beyde 200 fl. Cassirer mit 300 fl. Quartiergeld 30 fl. Actuar mit 200 fl. Quartiergeld 12 fl. Bauberweiser. Besoldung 90 fl. Korn 8 Mch. Holz 10 fl. Thürsteher. Besoldung 52 fl. Schuhgeld 3 fl. 30 kr. Korn 5 Mch. 5 Aehl. Holz 6 fl. Forstmeister. Besoldung 133 fl. 30 kr. Quartiergeld 20 fl.

Ränbig, der Bürgermeister 4 Jahre im Amte bleiben, jedoch konnte die weitere Bestätigung des letzteren allerhöchsten Ortes angesucht werden. Zugleich wurde das übrige Magistrats-Personale systemisirt.

IV. R. Stadt Znaim.

Rönlgl. Richter. Besoldung 700 fl. Wildpretgeld 10 fl. Bier 15 B. Holz 12 Kl. Primator. Besoldung 513 fl. 38 kr. Bier 15 B. Holz 12 Kl. Wein- und Wildpretgeld 24 fl.

Rathsverwandte. I. Klasse. Bier, jeber mit 449 fl. 56 kr. Bier 15 B. Holz 12 Kl. Wein- und Wildpretgeld 24 fl. II. Klasse. Drey, jeber mit 385 fl. 56 kr. Bier 15 B. Holz 12 Kl. Wein- und Wildpretgeld 24 fl. III. Klasse. Zwey, jeber mit 321 fl. 89 kr. Bier 15 B. Holz 12 Kl. Wein- und Wildpretgeld 24 fl. Bürgermeisteramts-Emolument 56 fl.

Kanzley. Syndikus. Besoldung 252 fl. 30 kr. Quartiergeld 30 fl. Geflügelgeld 1 fl. 10 kr. Schweingeld 8 fl. Schindel- und Weinsteckengeld 12 fl. Weingeld 58 fl. Bier 12 B. Hechten 1 Cent. Karpfen 2 Cent. Schöps 1 Stüd. Lamm 1 St. Gans 1 St. Salz 10 Küfel. Schmalz 60 M. Weizen 10 Metz. Korn 48 Metz. Gerste $8\frac{1}{8}$ Metz. Haber 15 Metz. Erbsen 8 Metz. Hirse 1 Achtel. Hartes Holz 22 Kl. Vice-Syndikus. Besoldung 180 fl. Geflügelgeld 1 fl. 10 kr. Schweingeld 8 fl. Weingeld 40 fl. Bier 8 B. Hechten 50 Pfd. Karpfen 1 Cent. Schöps 1 St. Lamm 1 St. Gans 1 Stüd. Schmalz 30 M. Salz 6 Küfel. Weizen 5 Metz. Korn 30 Metz. Gerste 4 Metz. 4 Achtel. Erbsen 3 Metz. Hirse 1 Achtel. Hartes Holz 11 Kl. Registrator. Besoldung 150 fl. Bier 7 B. Weizen 4 Metz. Korn 20 Metz. Gerste 3 Metz. Erbsen 1 Metz. 4 Achtel. Hirse 4 Achtel. Holz 8 Kl. 1. Kanzellist. Besoldung 100 fl. Geflügelgeld 1 fl. 10 kr. Weingeld 10 fl. Bier 7 B. Karpfen 50 Pfd. Schöps 1 St. Lamm 1 St. Gans 1 St. Salz 5 Küfel. Schmalz 5 M. Weizen 4 Metz. Korn 20 Metz. Gerste 3 Metz. 4 Achtel. Erbsen 2 Metz. Hirse 1 Achtel. Holz 8 Kl. 2. Kanzellist. Besoldung 100 fl. Quartiergeld 15 fl. Geflügelgeld 1 fl. 10 kr. Weingeld 10 fl. Bier 7 B. Karpfen 50 Pfd. Schöps 1 St. Lamm 1 St. Gans 1 St. Salz 5 Küfel. Schmalz 5 M. Weizen 4 Metz. Korn 20 Metz. Gerste 3 Metz. 4 Achtel. Erbsen 2 Metz. Hirse 1 Achtel. Holz 8 Kl. Accessist. Besoldung 50 fl. Geflügelgeld 1 fl. 10 kr. Weingeld 5 fl. Bier 3 B. 2 Cim. Karpfen 25 Pfd. Schöps 1 St. Lamm 1 St. Gans 1 St. Salz 1 Küfel, 6 Maas. Schmalz $2\frac{1}{2}$ M. Weizen 2 Metz. Korn 10 Metz. Gerste 2 Metz. Erbsen 1 Metz. Hirse $\frac{1}{8}$ Metz. Holz 4 Kl. Rathhanser. Besoldung 88 fl. Bier 2 B. Korn 20 Metz. Zwey Rathsbienner. Jeber 78 fl. Korn 12 Metz.

Stadtgerichts-Personale. Stadtrichter. Besoldung 550 fl. Bier 15 B. Holz 12 Kl. Wein- und Wildpretgeld 24 fl. Gerichts-Notar. Besoldung 200 fl. Geflügelgeld 1 fl. 10 kr. Weingeld 10 fl. Bier 6 B. Weizen 2 Metz. Korn 15 Metz. Gerste $2\frac{1}{8}$ Metz. Erbsen 1 Metz. Hirse $\frac{1}{8}$ Metz. Brennholz 8 Kl. Vice-Notar. Besoldung 60 fl. Waisen-Notar. Besoldung 100 fl. Bier 2 B.

Wirthschaftsanwaltschaft. Zwey Anwölbe. Jeber 130 fl. Cassirer 300 fl. Actuar. Besoldung 200 fl. Holz 12 Kl. Ansager. Besoldung 78 fl. Holz 6 Kl.

V. R. Stadt Mährisch-Neustadt.

Rönlgl. Richter. Besoldung 660 fl. Hartes Holz 15 Kl. Primator. Besoldung 333 fl. 36 kr. Holz 14 Kl. Stadtrichter. Besoldung 350 fl. Holz 12 Kl.

Die neue Organisirung des Magistrates setzte folgenden Personal- und Besoldungsstand fest: Bürgermeister, Besoldung 1200 fl., den vier ersten Rätthen, jedem 800 fl., den vier letzten Rätthen, jedem 700 fl., dem ersten Sekretär 600 fl., den zwei letzteren, jedem 500 fl., dem Protokollisten Exhibi-

Rathsverwandte. I. Klasse. Fünf, jeder mit 263 fl. 36 kr. Holz 12 Al.
II. Klasse. Zwey, jeder mit 253 fl. 36 kr. Holz 12 Al.

Ranzley. Synbikus. Besoldung 285 fl. 34 kr. Weizen $20\frac{3}{8}$ Metz. Korn $20\frac{3}{8}$ Metzen. Gerste $16\frac{4}{8}$ Metz. Erbsen $2\frac{6}{8}$ Metz. Hirse $1\frac{3}{8}$ Metz. Hartes Holz 18 Al. Vice-Synbikus. Besoldung 110 fl. 19 kr. Weizen $11\frac{3}{8}$ Metz. Korn $11\frac{3}{8}$ Metz. Gerste $8\frac{2}{8}$ Metz. Erbsen $2\frac{6}{8}$ Metz. Hirse $\frac{5}{8}$ Metz. Holz 10 Al. Registrator. Besoldung 120 fl. Weizen 4 Metz. Korn 6 Metz. Gerste 2 Metz. Erbsen 1 Metz. Hirse $\frac{2}{8}$ Metz. Weiches Holz 10 Al. 1. Ranzellist 60 fl. Rathsbienner. Besoldung 62 fl. 18 kr. Weizen $2\frac{3}{8}$ Metz. Korn $6\frac{6}{8}$ Metz. Erbsen $\frac{5}{8}$ Metz. 2 Maßl. Hirse $\frac{2}{8}$ Metz. 3 Maßl. Graupen $\frac{2}{8}$ Metz. 3 Maßl. Weiches Holz 4 Al.

Wirthschaftsanwaltschaft. 2 Anwälde, jeder mit 100 fl. Cassirer und zugleich Actuar. Besoldung 170 fl. Weizen 2 Metz. Korn 6 Metz. Gerste 2 Metz. Erbsen 1 Metz. Hirse $\frac{4}{8}$ Metz. Hartes Holz 12 Al. Thürsteher. Besoldung 40 fl. Weizen $1\frac{1}{8}$ Metz. Korn $6\frac{6}{8}$ Metz. Gerste $1\frac{3}{8}$ Metz. Erbsen $\frac{5}{8}$ Metz. 2 Maßl. Weiches Holz 7 Al.

VI. R. Stadt Grabisch.

Königl. Richter. Besoldung 600 fl. Bier 12 B. Primator. Besoldung 245 fl. 33 kr. Bier 10 B. Stadtrichter. Besoldung 272 fl. 13 kr. 1 br. Bier 10 B.

Rathsverwandte. I. Klasse. Fünf, jeder mit 202 fl. 13 kr. 1 br. Bier 10 B.
II. Klasse. Zwey, jeder mit 172 fl. 13 kr. 1 br. Bier 10 B.

Ranzley. Synbikus. Besoldung 275 fl. 40 kr. Holzgeld 20 fl. Für Ruchelspeis 6 fl. Bier 12 B. Weizen $6\frac{6}{8}$ Metz. Korn $33\frac{6}{8}$ Metz. Gerste $19\frac{2}{8}$ Metz. Vice-Synbikus. Besoldung 107 fl. 44 kr. Quartiergeld 15 fl. Holzgeld 16 fl. Für Ruchelspeis 8 fl. Bier 6 B. Weizen $4\frac{4}{8}$ Metz. Korn $13\frac{4}{8}$ Metz.

Dann hatte jeder Rathsverwandter, welcher dem Stadtgerichte beysaß, jährlich 10 fl. Servus Curiae. Besoldung 40 fl. Für Ruchelspeis 1 fl. 41 kr. 1 br. Bier 1 B. Weizen $4\frac{4}{8}$ Metz. Korn $15\frac{6}{8}$ Metz. Gerste $2\frac{6}{8}$ Metz.

Wirthschaftsanwaltschaft. 2 Anwälde, jeder mit 100 fl. Cassirer und zugleich Actuar. Besoldung 170 fl. Quartiergeld 24 fl. Bier 6 B. Weizen 2 Metz. Korn 10 Metz. Anwaltschaftsbienner. Besoldung 28 fl. Quartiergeld 8 fl. Holzgeld 4 fl. Bier 1 B. Weizen $3\frac{3}{8}$ Metz. Korn $7\frac{1}{8}$ Metz. Gerste $2\frac{6}{8}$ Metz. Hirse $1\frac{3}{8}$ Metz.

VII. R. Stadt Gapa.

Primator. Besoldung 280 fl. 26 kr. Bier 14 B. Stadtrichter. Besoldung 318 fl. 30 kr. Bier 10 B.

Rathsverwandte. I. Klasse. Vier, jeder mit 252 fl. 26 kr. Bier 10 B. II. Klasse. Drey, jeder mit 222 fl. 26 kr. Bier 10 B.

Ranzley. Synbikus. Besoldung 228 fl. 14 kr. 2 br. Bier 10 B. Weizen $8\frac{7}{8}$ Metz. Korn $15\frac{4}{8}$ Metz. Gerste 8 Metz. Ruchelspeis 4 Metz. Holz 6 Al. Vice-Synbikus. Besoldung 140 fl. Bier 4 B.

Wirthschaftsanwaltschaft. 2 Anwälde, jeder mit 80 fl. Cassirer und zugleich Actuar, mit 170 fl. Servus Curiae, und zugleich Anwaltschaftsthürsteher, mit 51 fl. 24 kr. Bier 1 B. Weizen $4\frac{3}{8}$ Metz. Korn $11\frac{1}{8}$ Metz. Ruchelspeis 2 Metz.

torum 400 fl., dem Registrator 600 fl., dem Rechnungsbeamten 400 fl., dem ersten Registranten 350 fl., dem zweiten Registranten 300 fl., den 5 Kanzellisten, jedem 200 fl., den vier Gerichtsdienern, jedem 200 fl., dem Heizer nebst freier Wohnung im Rathhause 100 fl., dem Kerkermeister 200 fl., den 2 Gefangenwärtern, jedem 150 fl.

Gemäß dieser Regulirung hörten die von den Magistratsgliedern und andern subalternen Beamten bisher nebst der baaren Besoldung auch noch bezogenen verschiedenen Naturalien und Taxen gänzlich auf.

Zeitumstände und vermehrte Amtsgeschäfte forderten später auch eine Vergrößerung des Amtspersonals und der Besoldung.

Die Wahl des Ausschusses fand am 15. Mai 1784 Statt; es bildeten ihn Gewerbs- und Handelsleute, Beamte und Advokaten. Nachdem ihn die Landesstelle bestätigt hatte, wählte er am 1. Juni den Rath, zum Bürgermeister den Franz Kaufcher ¹⁾.

¹⁾ Bürgermeister von Brünn, bis zur neuen Ordnung der Dinge (S. S. 34 ff.) waren:
 1) Franz Kaufcher 1784 — 1804; 2) Johann Czikan, 1804 in einer zweimaligen Wahl vom Wahlausschusse gewählt und auch höchsten Ortes bestätigt (brünner Zeitung S. 208 — 210). Der bürgerliche Gemeindevausschuß (auch äußere Rath genannt) begrüßte den neuen Bürgermeister in einem gehaltvollen Schreiben (im patriot. Tageblatte 1804 S. 411 — 414), und sprach gegen ihn als bezeichnende Wünsche aus: er möge sich des leider durch mißliche Umstände sehr gesunkenen ökonomischen Faches, dessen blühende Aufnahme unter seiner Leitung begonnen, noch thätiger annehmen, dabei das gesetzliche Mitwirken des Gemeindevausschusses bereitwillig benützen, alle etwa eintretenden Kollisionen zwischen dem Magistrate und Ausschusse beilegen, die der Stadt zustehenden Gerechtsame und Befugnisse wider alle Beeinträchtigungen vertheidigen, die etwa geschmälerten ergänzen und die gar entgangenen, wenn es Zeit und Umstände erlauben, wieder erwerben, die gesetzlichen Befugnisse und Gerechtsame aller Zünfte und Innungen überhaupt und jedes einzelnen Gliedes der Bürgerschaft schützen, sich der Witwen und Waisen ganz vorzüglich annehmen, endlich den am Magistrate und besonders an ihm (Czikan) seit mehreren Jahren wahrgenommenen Geist der immer mehr und sich mehr verbreitenden Humanität und Popularität durch sein anziehendes Beispiel zur Ehre der Menschheit befördern. Czikan starb am 16. November 1821, 73 Jahre alt. Er diente 47 Jahre, 18 als Bürgermeister. Er hat seine wichtige Bedienstung mit Auszeichnung verwaltet, in den Kriegsjahren seine rege Anhänglichkeit an Fürst und Vaterland bewiesen, alle öffentlichen Anstalten und Unternehmungen thätigst befördert, sich um die Emporbringung des städtischen Communvermögens rastlos bemüht, und stets den ehrenvollen Ruf des rechtlichen und unparteiischen Mannes behauptet; er nahm die allgemeine Liebe und Achtung ins Grab (brünner Zeitung 1821 S. 1333);
 3) die a. h. Entschließung vom 9. Dezember 1828 ernannte den olmüher Bürgermeister Johann Ritschel zum brünner; 1848 pensionirt, † am 11. März 1854 im 73. Jahre auf seinem Gute Reudenburg. Bei der Anwesenheit des Kaisers Franz in Brünn 1834 erhielt er den kais. Rathstitel, bei jener des Kaisers Ferdinand 1836 die große goldene Ehrenmedaille mit der Kette (S. über ihn die brünner Zeitung 1854 Nr. 106).

Die Amtirung des neuen Magistrates begann am 1. Juli 1784 (brünner Zeitung) ¹⁾.

Das Hofdekret vom 17. (Subcirc. 26.) März 1785 hob das Mercantils- und Wechselgericht in Brünn auf und einverleibte es unter diesem Namen mit dem Magistrate (Just. Ges. Slg. Nr. 450). Die allgemeine Regulirung der Kriminalgerichte (Patent 20. August 1787 Nr. 712 J. G. S.) bestellte ihn zu jenem der Hauptstadt Brünn, des brünner Kreises und für die Staatsverbrecher aus Mähren und Schlesien; diese neue Einrichtung kam aber erst mit der Aufhebung der Kriminalgerichte in Auspitz (18—) und Nikolsburg (1830) zur Ausführung. 1803 wurde dem brünner Magistrate ein aus dem Kriminalfonde besoldeter und daher auch nicht gewählter, sondern von der Hofstelle ernannter Kriminalreferent zugetheilt. Die aus dem Kriminalfonde für die Besorgung der Kriminalgeschäfte bewilligte Unterstützung gewährte keine volle Entschädigung für die damit verbundenen Auslagen.

Die allgemeine Regulirung der Magistrate in Mähren und Schlesien (Hofdt. 19. Dezember 1785 Nr. 504 J. G. S.) ließ solche nur in jenen Städten bestehen, welche die Mittel zu deren angemessenen Erhaltung besaßen. In Folge derselben verlor Altbrünn, welches einen Stadtrath und Syndikus hatte und die Jurisdiktion mit dem weiteren Zuge an das Appellationsgericht ausübte, diese Jurisdiktion, indem dieselbe an die Obrigkeit überging (Subdt. 18. Jänner 1787 J. 667); es behielt aber die Grundbuch-Verwaltung, bis auch diese unter Einem mit jener anderer Vorstadtgemeinden (Neustadt, Kreuzgasse) und der Patrimonialämter bei der Bestellung landesfürstlicher Gerichte (1850) an das Landtafel- und Grundbuch-Amt in Brünn kam, wie die unter Josef II. geregelte Gerichtsbarkeit der sogenannten Wirtschaftsamter an das brünner städtisch-delegirte Bezirksgericht und beziehungsweise Landesgericht, die politische Verwaltung der ersteren aber an den brünner Gemeinderath (S. S. 34 ff.).

In Folge der josefinischen Organisation der Magistrate gingen in den k. Städten Mährens die k. Richter ²⁾, die Stadtrichter und (mit Ausnahme von Neustadt) die Syndiker ³⁾ für immer ein.

¹⁾ Die Regulirung der Magistrate in den übrigen k. Städten erfolgte mit dem Hofdekrete vom 24. Februar 1786 und der Instruktion vom 17. Februar 1786. Der Wahlausschuß bestand in Olmütz, Zglau und Znaim aus 24, in Gapa, Grabisch und Neustadt aus 12 Bürgern, die Zahl der Rätthe betrug in Olmütz 6, Zglau, Znaim, Grabisch und Gapa 5, in Neustadt 2 besoldete, 2 mit einem Emolumente und 1 Syndikus.

²⁾ Königliche oder sogenannte Kaiser-Richter waren in Brünn:
Vom 2. April 1621 an Wenzel Columban von Hochbam † 1622.

1622—1645 Demetrius Reich von Reichenau (1629 kais. Majestät Richter der k. Stadt Brünn; St. Annaloster-Urk.), vertheidigte 1643 die Stadt und den Spielberg gegen die Schweden (die Schweden vor Brünn, von mir, S. 34), starb kurz vor der Belagerung 1645.

Auch die Wahl der rechtskundigen Magistratsglieder durch die Bürgerschaft hörte bald auf. Zuerst wurden die Bürgermeister bei entsprechender Verwendung alle 4 Jahre ohne neue Wahl bestätigt (1790), sodann lebenslänglich bei dem Amte belassen (1803, 1804), später aber die Wahl

1645—16— Gabriel Schram von Deblin, kais. Rath und l. Richter in Brunn, diente schon 23 Jahre, als er wegen seiner Verdienste während der Schwedenzeit (S. die Schweden vor Brunn, von mir, S. 85) von Ferdinand III. am 31. Dezember 1645 in den Ritterstand erhoben wurde (Koller S. 120). Ist der Ahnherr der Grafen von Deblin (Megerle II. 12).

1648. 1649 Georg Paler von Tenkely, l. Richter in Brunn (Brbczansky, nucleus minoriticus p. 235).

1664 den 4. Mai † Johann Ignaz Schnöller von Lichtenau (Wolny II. 40, Landtags-schluß 1660), 62 J. alt, durch 10 Jahre l. Richter in Brunn, seit 1626 in vornehmen kaiserlichen, Land- und Stadtkämtern, 1645 geabelt (Koller S. 120) begraben bei St. Magdalena.

1666 Georg Schilling, kais. Richter in Brunn (L. Tagschluß), noch 1670 (Cruger sacri pulveres mense Aug. dedic.), kauft 1669 (brünner l. Richter) das Dorf Babič, war 1673 schon todt (Wolny III. 93, 94, 118), apostolischer Syndikus der Franziskaner in Brunn.

(Andreas von Ehrnau war nicht, wie in Schw. vor Br. S. 18 angegeben ist, l. Richter, sondern Primator in Brunn).

1680 Paul Morgenthaler.

1690 Paul Wagner von Wagenstein.

1697 Georg Adrian Schilling (regius aedilis).

1698. 1701 Johann Anton Schneller von Lichtenau, l. Richter.

1704 und noch 1719 Raphael Piczon, seit 1709 im Adelsstande, kais. Rath und der kaiserlich-reservirten Hof-Filialkassa Verwalter im Markgrasthume Mähren (Mähr. Titular-Kalender, Megerle, österr. Adelslexikon II. 406).

1720 und noch 1730 Franz Georg Trypodi, l. Richter in Brunn.

Nach Erlebigung durch einige Jahre 1732 — 1733 Anton Urban Rmoch, l. Richter.

1734 und 1737 Wenzel Nikolaus Balas, l. Richter † 1737.

1738 — 1742 Wenzel Anton Holzbecher, 1738 in den Adelsstand erhoben (Megerle II. 324) † 1742.

1743 — 1755 Franz Joseph Leschisky, l. Richter.

1756 — 1767 Johann Norbert Eschurtschenthaler, l. Richter, durch 15 Jahre apost. Syndikus der Franziskaner in Brunn, † 1. März 1767.

1767 — 1773 Franz Valentin Winler, durch 8 Jahre Syndikus der brünner Franzist. † 27. Nov. 1773.

1773 — 1784 Martin Johann Cippes.

³⁾ Wir können nun eine vollständigere Reihe der brünner Notare und Syndiker (als nach Ganzely im brünner Wochenblatte 1826 Nr. 35 — S. daselbst 1824 Nr. 5 auch über die frühere Verfassung des olmützer Stadtrathes bis 1620 — und in der Geschichte Brunn's S. 56 — 58) geben.

Conradus kommt von 1222 bis 1243 in Urkunden vor:

1222 und 1223 als scriba de Brunna oder Brunnensis (Boček II. 137, 142, 148), 1228 als Notarius noster (regis) in Brunna, scriba Regis in Brunna und Notarius Brunnensis (eb. 192, 196, 207), 1233 Conradus scriba Brunnensis (eb. 261), 1234 —

jener Magistrats-Individuen, welche sich entweder allein, oder nebst den politischen Geschäften mit dem Civil- oder Criminalrichteramte zu befassen hatten und bei welchen Studien und Prüfungszeugnisse erfordert wurden, aufgehoben und die Benennung derselben, auf vorläufigen Vorschlag des Magistrates, der k. k.

1239 Conradus notarius Brunnensis (eb. 268, 279, 309, 314, 352, 368), 1239 als scriba Brunensis (eb. 357), 1243 quondam notarius Brunensis als Zeuge, aber schon nicht mehr (eb. III. 25). In so fern es im städtischen Municipalrechte von 1243 (eb. III. 17) heißt, daß der brünner Notar die Münze besitzen soll, muß erinnert werden, daß vor dem, nämlich 1234, urkundliche Ausfertigungen Brune in domo Brumonis monetarii regis geschehen (eb. II. 281), welcher auch als Brumo civis Brunnensis, Bruno antiquus vorkommt (eb. 330, 374), 1239 Wignandus, 1240 Stephanus magister monetae (eb. 359, 384), später aber (1247) der Richter Alramus, Alrauns Münzmeister war (eb. III. 81, 82. S. auch Wolny II. 86, 97, 98, II. 2. S. 121, III. 82, 482, IV. 474, V. 114, Codex dipl. Mor. VI. 289. 1397 ist Albertus Magister Monetae Jodoci March. Mor. in Bruna). Es zeigt die Stellung des Notars oder Stadtschreibers, so wie die S. 360 erwähnte Stellung des Richters, daß vor der Bestätigung und Verleihung der brünner Municipalrechte (1243) die administrative Gewalt noch von landesfürstlichen Organen ausgeübt wurde. Dies gibt uns Anlaß zur nachträglichen Bemerkung, daß nach den eben bekannt gemachten Urkunden (Codex dipl. Mor. VII. 517) auch in Brünn eine Erbrichterei war. König Wenzel II. veräußerte nämlich 1304 das Gericht der Stadt Brünn und ein Dorf Wajan mit einem Hofe daselbst (nach der späteren Urkunde von 1306 aber das Dorf Twarožna) und allem anderen Zugehör erblich dem brünner Bürger Wernhard genannt Inſitor (Krämer) um 90 Mark prager Groschen mit dem Vorbehalte des Rücklaufes um den gleichen Betrag. König Wenzel III. gestattete aber 1306, daß Wernhard das Dorf Twarožna an den prager Burggraf Synko von Duba verkaufen und er sowohl als seine Erben das Gericht in Brünn mit allen Rechten und Zugehörungen eigenthümlich besitzen, vertauschen, verpfänden und veräußern dürfen, jedoch nur an einen Einheimischen und Bewohner der k. Länder. Beide Briefe bestätigte Markgraf Karl 1347 dem brünner Richter (judex Brunensis) Jakob von Mor. Derselbe (1348 Jacobus Alrami d. h. Sohn) erscheint als solcher urkundlich auch 1348 (Codex VII. 550, 588. S. auch 645, 668) und zwar im Range vor dem Bürgermeister (Albertus dictus Ferreus Magister civium, einige Monate später, also schon Wechsel der Bürgermeister, Otto dictus Niessel Magister Civium) und den übrigen Geschwornen (Jurati Brunenses). 1349 heißt er (eb. 670) Jacobus de Bor, Judex, und neben ihm wieder Albertus dictus ferreus pro tunc Magister Civium, dann die Jurati ac seniores Rectores consilii Ciuitatis Brunnensis, unter ihnen auch ein Jacobus Alrami.

1252 kommt vor (Codex III. 160) im brünner Stadtrathe Fridericus scriptor.

1264 (eb. 368) Simon diuina miseratione custos Olomucensis ecclesie, ac Brezlauensis (Lundenburger) archidiaconus, nec non Brunensis notarius (städtischer?).

1325 Johann Gauthner, Notarius der Stadt Brünn, verfaßte im Jahre 1325 einen Auszug aus den städt. Privilegien (br. Wochenbl. 1826 S. 138).

1328 Eberhard, der alte stat Scribe (Codex VII. 289), 1332 Bürger Eberhart, der ettes weune Stat scribe was (eb. 334).

1331 Henricus Notarius (eb. 319).

1332 Johannes Scriba Brun.

Landesstelle und dem Appellationsgerichte gemeinschaftlich überlassen, in Ansehung jener Individuen aber, welche lediglich für die politischen und ökonomischen Geschäfte bestimmt waren, bei dem bisherigen Wahlsystem noch ferner belassen (a. h. Entschl. 25. Febr. Subcirc. 1. April 1808). Die Ernennung der Bürgermeister der Landes-Hauptstädte behielten sich Seine Majestät unmittelbar vor.

1348 Bartosch, brünner Stadtschreiber (Wolny II. 2. S. 318).

1353 Johannes notarius civitatis, der Verfasser des brünner Rechtsbuches, welchem der Maler in den Initialen ein schönes Denkmal setzte (Monse, die brünner Municipalrechte S. 87, Rößler XLII. — LI. Lutsche, altes und neues Recht Mährens I. S. 43 machte den bologneser Lehrer Joh. Andreä zum Sammler dieser Rechte).

1369. 1384 Johannes quondam Conradi dicti Beichmut de Geylnhawsen Moguntinensis Dioecesis Publicus Auctoritate Apostolica et Imperiali Notarius ac Scriba Brunensis (Steinbach, Kloster Saar, II. 114. S. über diesen Registrator Karl IV., 1360 Schulkrektor und Notar in Iglau, Uebersetzer der iglauer Rechte und Verfasser eines Formelbuches, das brünner Wochenblatt 1826 S. 138, meine Gesch. von Iglau S. 30, 438, Dubisl I. 376, Stobbe, Gesch. des deutschen Rechtes I. 449).

Simon Pawr de nova domo (Neuhaus), Sammler von brünner Rechtsprüchen im 14. Jahrh., etwa brünner Stadtschreiber (Rößler XLVI).

1413 — 1424 Johannes scriba Brun., wohl mit Johannes Busingen, 1413 Notarius, dieselbe Person (br. Wochenbl. 1826 S. 138).

1466 Wenceslaus, Wenceslai de Iglavia olim Olumucensis pro tunc vero Brunnensis urbium scriba et notarius oratorum minimum, der Sammler der brünner Schöffensprüche in einem prachtvoll ausgestatteten Buch (Rößler XLIV., meine Literaturgesch. S. 25, 29, 487). Es ist wohl der brünner Stadtschreiber Waniel, welchen dessen Gattin Sophia von Offitschan 1466 in Gemeinschaft auf diesen ihren Besitz nahm (Wolny V. 574).

1474 Sigismundus Knab, Not. Brun. (S. über ihn Hormayr's Archiv 1819 S. 471).

Vor dem J. 1494 Stephan brünner Stadtschreiber (Wolny, kirchl. Top. II. 1. S. 422).

1515. 1527 Johann Munka (1527 Zeuge in der Urkunde über die Abtretung der Propstei Lub, den 13. Juni 1520 mit dem Prädikate von Ewanczicz (Eibenschitz) in den Ritterstand erhoben (aufgenommen?). S. über die Munka von Eibenschitz, auf Strutz, Tieschan, Radlaß u. a., Wolny, kirchl. Top. II. 1. S. 56, 209, 234).

1548 Johann Hertl.

1544 Ambros von Ottersdorf (Bruder des bekannten Sirt), wurde 1555 königl. Fiskus in Mähren, † 1559 Freitag nach Pfingsten zu Brunn.

1570 Kaspar Gutmann, Scriba Brun.

1578. 1589 Johann Menzl von Kolsdorff, Stadtschreiber (url.), 1592 Johann Menzel (nicht Wenzel, wie Wolny hat) von Kolsdorf, seit 1589 auf Latein und seit 1592 auch auf Menowitz, Notarius Brun. (url.), 1593 Johann Menzellius, Notarius Brun. 1594 Johann Menzelius, 1596 und 1600 Johannes Menzell, Stadtschreiber, welchem die Stadt wegen seiner durch 32 J. geleisteten treuen Dienste eine goldene Kette im Werthe von 235 Thalern verehrte (S. über ihn Ludwig's Chronik S. 28, 37, 40, 54, 74, 77), wird 1601 l. Hofsekretär bei der böhm. Hofkanzlei in Prag, 1602 mit dem Prädikate von Kolsdorf in den Ritterstand erhoben, 1622 Rath bei der böhm. Appellationskammer (Auersperg I. 23), als solcher einer der Richter über die mähr. Rebellen 1622 (Moravetz III. 160, welcher auch unrichtig Wenzel schreibt), kauft 1622 Lmain in Böhmen (Sommer XVI. 297), † 1626. Ferdinand Menzel von

Da die Geschäfte des brünner Magistrates nicht in getrennten Senaten behandelt wurden, gingen die Rätthe ohne Rechtsstudien und Prüfung ganz ein (Kany war der letzte).

-
- Kolsdorf trug zum Baue des Kapuziner-Klosters in Brunn (1648—1651) 16,000 fl. bei (Wolny kirchl. Top. II. 1. S. 60).
- 1592 Nicolaus Tisnoviensis a Schwarzaw, Subscriba Brun. (urk.).
- 1600 den 25. Sept. † der wohlgelehrte Jüngling Jonas J. N. von Pilsen, durch 1½ J. Stadtschreiber in Brunn gewesen (Ludwig's Chronik S. 57).
1608. 1610 Georg Hoborius von Wischau, Notarius (Schwiegerjohn 1601 des Menzel. Ludwig S. 74).
- 1610 Wenceslaus Basselius Subscriba (S. S. 378).
1630. 1641 Paul Skřivanek, wohl 1610 schon bei dem brünner Syndikate (S. Notizenblatt der hist. Sect. 1856 S. 14).
- 1645 Paul Hieronymus Verchenauer vom rothen Berg (Rothenberg, Rottenberg), Stadtschreiber, und Jakob Rhunelk, Bitterschreiber, beide mit den übrigen Rathsverwandten wegen ihres Verhaltens während der schwed. Belagerung von Ferdinand III. in den Adelsstand erhoben (Koller S. 120, 125), war 1647 Bürgermeister.
- 1647 — 1666 Sebastian Sutor (Schuster) von Buchsham, aus dem Bisthume Eichstätt, J. U. D., war 1645 Stadtschreiber in Jglau, wurde aber 1646 mit seiner Familie aus der Stadt gejagt (Meine Gesch. S. 439), † 12. Sept. 1666 (S. S. 207. Ueber sein Grabmal bei St. Jakob S. das brünner Wochenbl. 1826 S. 138). Sutor brachte die während der schwed. Belagerung in die größte Unordnung gerathene Registratur in Ordnung und hinterließ eine Kanzleiordnung für die Synbici, welche alle alten Gebräuche, die Privilegien und Verhandlungen der Stadt genau kennen sollten, da sie die Seele des Geschäftes bildeten. Ganzely wollte diese Ordnung in seinen brünner Miscellen (S. S. 208) mit Anmerkungen in Druck geben. Auch verfaßte Sutor das für Brunn's Geschichte wichtige Registratur-Direktorium, in welches alle Concepte eingetragen wurden, eine Zusammenstellung aller städtischen Verhandlungen. Die alten Privilegien der Stadt, Transaktionen u. dgl. ließ er in 2 Copiarbücher eintragen. Wir geben aus dieser Kanzleiordnung am Schlusse einige Auszüge.
1666. 1669 Johann Georg Roschinsky J. U. D., Verfasser einer Geschichte von Brunn, Abt herr der Freiherren von R. (Megerle II. 71. S. S. 207 und meine Gesch. von Brunn S. 57).
1673. 1678 Daniel von Risch J. U. D., begrüßte 1683 den zum Entsage von Wien herbeiziehenden Polen-König Sobiesky in einer lateinischen Rede (im brünner Wochenbl. 1826 S. 139), 1686 böhm., dann deutscher Sekretär, 1692 Assessor bei dem I. Tribunale und geabelt, Kanzler daselbst, 1700 Hofrath bei der böhm. Postkanzlei und in den alten Ritterstand erhoben, Abt herr der Freiherren v. R. (Megerle II. 72).
- 1690 Norbert Koch, J. U. D., später Assessor und Kanzler bei dem I. Tribunale.
1695. 1708 Johann Heinrich Zwicker von Dorschberg (nicht Dabisberg), J. U. D.
- 1709 Jakob Ignaz Kerner.
- 1716 wurde Wenzel Niklas Dolans, J. U. D., Syndikus (rebl. Zeitblätter 1814 S. 127), 1734 L. Richter.
- 1730 Wenzel Tobias Ertina, 1736 Erbmarke-Sekretär (S. meine Elten. Gesch. S. 162, 209).
- 1737 aber noch früher Anton Ignaz Stadler † 1764.
- 1761 — 1781 Anton Sebastian Ganzely † 1781 (S. über ihn S. 204).
- 1781 — 1784 Johann Egidann, wurde bei der neuen Organisation
1784. Rath, 1804 Vizegammeln (S. S. 453 und 454).

Auch in der ökonomischen Verwaltung wurde die eigene Bewegung der Gemeinden immer beengter.

In Folge der Reaktion, welche nach Josef II. Tod von Seite der Stände eintrat, räumte zwar Se. Maj. Leopold II. mit der a. h. Entscheidung v. 19. Brach-

Brünn hatte einen Syndikus und einen Vice-Syndikus; der dritte bei dem Syndikate hieß Cancellariae Adjunctus, seit dem 24. November 1741 Sub-Syndicus; der erste Sub-Syndikus war Kanzelp.

Der Syndikus war Kanzleibirektor, daher (in den brünner Titular-Kalendern und sonst) unter der Rubrik: Ex Cancellaria angesehen; unter seiner Aufsicht stand das ganze Kanzleipersonal und es wurden die erledigten Stellen desselben durch ihn mit Genehmigung des Magistrates besetzt.

Wohl zu unterscheiden von den Stadt-Notaren sind jene der Landesfürsten, des Landes, der Ezuden, der Bischöfe und Klöster und selbst einzelner Adelliger, dann die öffentlichen Notare (wie in Brünn 1328 Lyphardus quondam Notarius publicus Codex VI. 288, 360), deren Ernennung als Vorrecht des Kaisers und des Papstes galt (S. Mittermaier über das Notariat in Rotted's und Welcker's Staatslexikon 9. B. S. 786 — 798. Georgius dictus Oczasek natus quondam Nicolai de Lompnitz Prag. dioec. pub. imp. auct. Not. in Brunna 1445, 1448. Joannes olim Joannis Tonsoris de Bruna Imp. auct. Not. 1467. Oswaldus de Bosagnis Not. zu Brünn 1470).

Nun lasse ich noch Sutor's Kanzleyordnung und Regel vor die Königl. Stadt Brünn vom Jahre 1666, bloß mit Hinweglassung unwesentlicher Stellen, folgen:

Es wird sich vielleicht jemand nicht unbillig verwundern, daß diese Ordnung und Registratur erst vom 1647ten Jahr ihren Anfang nimmt, da doch die Stadt von so viel langen Jahren her ohne Zweifel auch ihre Bediente gehabt, welche der Posterität zur Nachricht etwas zusammen getragen. Deme folget zur Antwort, daß ja freylich was vorhanden gewesen, und theils noch seyn muß; ich aber meines Theils hab hier von wenig, und schier nichts, besonders was ordentlich zusammengelegt, und registrirt war, zu meinen Händen können bekommen, sondern man hat vorgegeben, es wäre bey der schwedischen Belagerung Ao. 1645 alles unter einander geworfen, und in grosse Confusion gebracht worden, wie dann wohl glaublich; dann in dem langen Nebengewölbe der Rathsstube ein ziemlicher Haufen verley zerstreuten Schriften auf der Erb über einander gelegen, welche aber meines Erachtens schlechter Importanz, und halb verfault waren, und weil selbige vorhin niemand zusammen gerichtet hat, als seynb sie bergestalt auch liegen blieben: und mit dieser Antwort hab ich mich etlichmahl (wiewohl nicht ohne sonderbare Beschwerden, indeme ich schier nirgends einige Nachricht der vorigen Actitäten gefunden) müssen begnügen lassen.

Habe also bey Antretung meiner Condition im obbesagten 1647ten Jahr diese schlechte Registratur, meistens zu meiner Nachricht, angefangen. Wollen meine Nachfolger solche in eine bessere Form und Gestalt bringen, werden sie vielleicht einen mehreren Dank zu erwarten haben.

Was und wie viel sonst an einer wohlbestellten Kanzley gelegen, wissen die Verstäubige, besonders aber diejenige, so damit umgehen; und ich darf wohl sagen, daß schier die meiste Wohlfahrt einer Stadt, oder jeden Orts an deme hänge. Denn wo die Privilegia, Transactiones, Contracten, Obligationes, Actiones, und dergleichen hundertfältige Documenta und Schriften, was von unsern Vorfahrern gehandelt worden, nicht fleißig registrirt, und an einem gewissen scheinbaren Ort aufbehalten worden, was kann anderst erfolgen, als daß eines nach dem anderen in Vergessenheit kommt, verlegt, verstaubt, und leßlich gar außer Obacht gesetzt wird. Dahero auch consequenter kommt, daß man an denen Privilegien, alten Rechten und Gerechtigkeiten, und was deme anhängig, besonders bey diesen Zeiten,

monat 1790 den 7. f. Städten wieder die eigene Verwaltung ein. In welch' beschränkter Weise dies aber Statt fand, zeigen das nachfolgende Hofdecret vom 27. April 1792 und die denselben beigefügten Instruktionen.

in vielweg angefochten, und wohl deren gar entsezt wird, welches die Stadt Brunn ein Zeithero mit Schaden genug erfahren.

Wäre diefemnach nicht allein bey dieser, sondern auch andern königlichen Städten, und überall, meines wenigen unmaßgebigen Erachtens, höchstens zu wünschen, daß man Gelehrte, Verständige, Practicirte, und fleißige Leut zu dem Syndicat, oder Stadtschreiber Dienst aufnehme, selbige wohl besoldete, respectirte, das meiste bey der Stadt vertraute, und nicht bald entließe, oder abschaffete. Denn nichts schädlicheres, als die öftere Aenderungen, und mutationes, bey denen Canzleyen seyn kann, weil ein Junger, oder anderer Neuer (und wann er auch gelehrt vom Himmel herunter stiele) die alte Gebräuch, und was sonst zur Sache gehörig, nicht alles gleich fassen und penetriren kann. Wann sodann ein Fehler geschieht, die Privilegia geschwächt, und durchlöchert, die Actiones verloren werden, und sonst nicht recht hergeht, so will es Niemand gethan haben.

Ich weiß gar wohl, daß man nach meinem Tod, auch wohl vorher, meine Actiones, Thuen und Lassen, ebenfalls tabeln, und durch die Hächel ziehen wird. Ich lasse aber seyn, was ich nicht wehren kann, und wurde gewiß der Erste seyn, der einem Jedem Recht thun wollte. Mich tröstet mein Gewissen, daß ich, forderst die Ehre Gottes, meines Nebenmenschen Wohlfahrt und gemeiner Stadt Nutzen gesucht habe. Ist der Zweck nicht jedesmahl erreicht und getroffen worden, so hat es doch an der Intention und guten Willen nicht ermanglet. *Non omnia possumus omnes.*

Komme also zu meiner Registratur, und stelle dem günstigen Leser, oder künftigen Syndico meine wenige Mühe und Arbeit vor Augen, was ich vor Anno 1647 bis auf diese Zeit geschrieben.

1. Ist vor allen vonnöthen, das Registraturae Directorium, hoc est: das in Rothleber eingebundene Buch, in welchem alle concepta eingetragen, gleichsam jederzeit bey der Hand zu haben, besonders wann man etwas auffuchen oder nachschlagen will.

2. In diesem Buch oder Directorio kann mein Nachfahre, oder ein anderer, wem das Canzleywesen obliegt, oder lieb ist (wann er anderst will) öfters lesen, und der vergangenen vielfältigen Sachen sich erkundigen.

3. Soll Ihme dieses nicht schwer fallen; dann innerhalb 14 Tagen, oder längst vier Wochen wird er dieses Buch oder Registratur leicht durchlaufen, und sich der meisten Geschäften und Händel informiren können. Zu deme sind viel schlechte, und andere Concepta, als: Intercessiones, Loslassungen, und derley Missiven darinnen zu finden, welche man präteriren kann.

4. Ist allhier der summarische Inhalt eines jeden Schreiben, der Tag, das Monat, das Jahr, das Burgermeister Amt, unter welchem selbiges ausgefertigt, der Numerus, wo es zu finden, ordentlich verzeichnet.

5. Und eben dieses, was in dem Directorio Registraturae notirt, wann das Concept aufgesucht wird, ist auf demselben gleichgestalt geschrieben, daß es also unfehlbar zusammen trifft, und hat ein jedes Burgermeister Amt monatlich seinen eigenen Bund oder Fascicul der Schriften.

6. Neben dieser Registratur (in welcher allerhand Concepten und Schriften an Ihro Kaiserl. Majestät, an das königliche Amt der Landeshauptmannschaft, an Fürsten, Grafen, Herrn- und Ritterstand, und andere Hoche und Niedere Ständ, und Personen zu finden, deren Inhalt zu wissen oftmahl wohl vonnöthen, und viel daran gelegen) seynd noch andere Documenta vorhanden.

Dem Gubernium wird hienit in Erledigung seines Berichtes vom 5. Juni v. J. in betref der königlichen Städte zu überlassenden eigenen Verwaltung ihres Vermögens mit untereinstiger Zurückstellung der Beilagen die allerhöchste Entschließung umständlich eröffnet, welche auf den von hieraus erstatteten Vortrag erfließen ist.

9. Als: Gemeiner Stadt uralte herrliche Privilegia, deren Confirmationes, Contractus, Transactiones, und dergleichen denkwürdige Schriften, in einer kleinen Truhe mit vier Fächern oder Kasten auf dem Rathhaus liegend, meistens in lateinischer und böhmischer Sprach, sehr schön und nützlich zu lesen, welche auch in zwey Bilcher oder Copiaria eingetragen, und bey der Canzley verbleiben, deren Wissenschaft einem Syndico vor allen vonnöthen.

Und ist gewiß zu bebauern, daß die Stadt solcher ansehnlicher Privilegien, Transactionen etc. schier nichts mehr genießet, sondern deren meistens depossessionirt, und entsetzt worden, theils injuria temporum, theils aber per inadvertentiam, negligentiam, adversariorum potentiam, und andere menschliche Zustände, welche alle vorzusehen oder zu verhindern nicht wohl möglich. Jedoch können hierbey wachende Augen, und stete Sorgfalt viel verbessern.

10. Seynd die nach der schwedischen harten Belagerung von Ihro Kaiserl. Majestät Ferdinando III. gloriwürdigster Gedächtnuß gnädigst ertheilte Diplomata, Verbesserung der Stadt Wappen, und andere vielfältige Begnadungen und Resolutiones etc. in einer absonderlichen Statul auf dem Rathhaus originaliter, in der Canzley aber copirlich zu finden und zu lesen.

11. Muß ein Syndikus, oder Stadtschreiber der Kaiserl. Allergnädigsten Resolutionen über der gesammten Röniglichen Städte Schuldenwesen, Item das Schulden Protocoll, so bey der bewußten General-Crida-Commission aufgerichtet, kündig seyn, und selbige öfters durchlaufen, weil die Creditores, Geistlich und Weltliche, stets um die Bezahlung anmahnen, und dieselbigen von denselbigen dependiren. Die Originalia, oder vielmehr Vidimus obgedachter Schriften mit des Herrn Friedrich Schwab von Salberg, als Secretarii bey der Crida-Commission, Handunterschrift und Pestschaft bekräftiget, seynd auf dem Rathhaus in einer Schachtel, die Copien aber bey der Canzley zu suchen.

12. Wird man der Stadt Brilnn unterschiedliche bey Ihro Kaiserl. Majestät und anderstwo angebrachte Gravamina und Beschweruissen, besonders aber die Action der gesammten königlichen Städte wider die Hochlöbliche obere drey Herren Stände, in Sachen den modum contribuendi betreffend; auch noch andere sehr denkwürdige Schriften, und Actitata, in denen Nebensachen in der Canzley zu finden haben, wobey ordentliche Zettel, wo eines und das andere liegt, angeheftet, und leicht zu suchen seyn werden, wann man nur Fleiß anwenden will.

13. In denen daselbst befindlichen Statulu seynd meistens uralte und andere Documenta, welche man mit Gelegenheit durchsehen, und in Ordnung bringen kann: in denen andern aber zur Buchhalterey gehörige Sachen, welche proprio die Canzley nicht angehen, sondern die jedesmahl verordnete Buchhalter zu verantworten haben, wie dann alle Manualia, und Gemeiner Stadt Raitungen nicht in der Canzley, sondern in der Rathsstuben im grünen Kasten, und anderstwo aufbehalten werden; wäre aber gut, daß ein Syndikus alles dessen ebenfalls Wissenschaft und Information haben thäte, weil oft sehr viel daran gelegen.

14. Sonsten ist bey denen wohl bestellten Canzleyen gebräuchig, und sehr nützlich, daß man Protocolla und Macularia haltet, worinnen eingetragen, und summariter verzeichnet wird, was alle Rathstäge proponirt, abgehandelt, geschlossen, und denen Partheyen vor Beschreib ertheilet worden. Ich meines Theils habe diesen Brauch allhie nicht gefunden, weil die meisten Partheyen mündlich verabscheibet werden; sonst hätte ich gern nachgefolget. Zu

1. Soll die Vermögens-Verwaltung der königlichen Städte den Magistraten in Corpore als repräsentirenden Obrigkeiten übertragen, und diesen sodann freigelassen werden, die Wirthschaftsgeschäfte entweder bei versammeltem Rathe zu verhandeln, oder durch eine besondere Gremial-Deputation besorgen zu lassen, jedoch immer unter der Bedingniß, daß der Magistrat alle Facta, und Veranlassungen einer solchen Deputation, als seine eigenen zu vertreten, dafür in Corpore ohne Ausnahme zu haften, und hiedurch nicht die geringsten Kosten zu verursachen habe.

2. Soll den Magistraten zur Pflicht gemacht werden, zu den Berathungen über das Wirthschaftswesen immer zwey erfahrene Ausschußmänner der Gemeinde, die zu diesem Ende eigends von der Bürgerschaft zu wählen sind, beizuziehen ¹⁾.

3. Soll die Kontrolle der Buchhalterey und deren Unabhängigkeit von den Magistraten, so wie sie jetzt besteht, beibehalten, und der Zug der Wirthschaftsgeschäfte durch die Kreisämter, wie es mit dem besten Nutzen bei den Municipalstädten schon geschieht, eingeleitet ²⁾, das städtische Referat beim Gubernium aber, jedoch mit Ausschluß aller besonderen Wirksamkeit und privativen Leitung der Magistrate, dem Landesämmerer anvertraut werden, welches derselbe so, wie jeder andere Rath, die Geschäfte seines Departements zu besorgen habe.

4. Soll die Benennung der Beamten zu den höheren Wirthschaftsbedienstungen, so wie der Rechnungsführer, der Landesstelle vorbehalten seyn, dergestalt jedoch, daß den Magistraten der Vorschlag der würdigsten hietzu immer eingeräumt, die Auswahl und Anstellung der minderen Beamten aber ganz denselben überlassen bleibe. Endlich

5. Sollen die in dem Wirthschaftsfache bewanderten Magistratsräthe, welche künftig das Oeconomicum besorgen werden, auch den wichtigeren Wirth-

Umlitz und zu Znambs meines Wissens muß der Unterschreiber solche Protocolle und Macularia halten. Zu Zglau thut's der Burgermeister selbst verrichten. Wann ein Köblicher Magistrat, oder mein Nachfahre dieses einführen, oder wie man solches anstellen will, stehet bey Deroselben Belieben. Das übrige wird die Zeit, Praxis, und Erfahrungheit geben. Ich hab das meinige gethan, und zwar mit großer Mühe und Arbeit, wie solches meine Schriften und Acta weisen, deren (ausgenommen die Testamenta, welche in absonderlichen Büchern eingetragen zu finden) noch gar viel in der Canzley nicht registrirt seyn, als: Geburtsbrief, allerhand Contract, Heurathsabrede, Abschied, Paß, Fehde- und Bettelbrief, und hundertfältige bergleichen Expeditiones. Ein anderer verbessere, was ich unterlassen, oder wegen meiner anderwärtigen Geschäften nicht hab können bestreiten, so wird das gemeine Wesen befördert. *Hisco valeant et vivant, qui mihi bene volunt: qui male, illis Domino ignosce, quia nesciunt, quid faciant.*

¹⁾ Nach der höchsten Entschließung vom 5. Juli 1792 sind die zwei Repräsentanten zu den ökonomischen Verhandlungen und zur Kontrolle der Magistrate in den k. Städten aus dem zur Wahl der Magistratsräthe bestehenden bürgerlichen Ausschusse zu wählen.

²⁾ Hievon kam es bei Briinn ab, da der Magistrat unmittelbar der Landesstelle unterstand.

schafts-Berrichtungen persönlich nachsehen, und bey vorfallenden besonderen Lokaluntersuchungen und Liquidationen ein Buchhalterey-Individuum, welches sich aber in die innere Amtirung oder Veranlassung selbst nie einzumengen hätte, verwendet, mithin die bisherigen Stadtanwälde aufgehoben, und dadurch diese überflüssige Auslage erspart werden.

Die hiernächst sowohl für die Magistrate als den bürgerlichen Ausschuss entworfene, und von Sr. Majestät genehmigte Instruktionen empfängt das Gubernium in der Nebenlage mit dem Auftrage, solche durch die Kreisämter den Magistraten zum genauesten Befolg vorzuschreiben, zugleich aber

1. den Kreisämtern mitzugeben, daß sie die in ihrem Kreise liegenden königl. Städte sicherheitshalber, auch wann keine Plage oder Verdacht vorhanden ist, wenigstens alle Jahre einmal mit Zuziehung eines Individuums von der städtischen Buchhalterey quo ad oeconomicum untersuchen, und auf den Befolg der vorgeschriebenen Instruktionen stets feste Hand halten sollen.

2. Der Buchhalterey zu erinnern, daß sie alle Jahre von einer jeden Stadt den Vermögensstands-Ausweis, den Erforderniß- und Bedeckungs-Aufsatz, nebst dem Jahresabschluß, woraus der Erfolg des Präliminar-Antrags ersichtlich werde, der Landesstelle vorzulegen, und diese solche anher zu befördern habe, damit von der Hofbuchhalterey ein Hauptsummarium verfaßt und Sr. Majestät zur Einsicht vorgelegt werden könne.

3. Durch die Kreisämter die Magistrate anzuweisen, alle ihre Bedienstungen nur auf die Nothwendigkeit zu beschränken, und in dieser Absicht nebst dem Schuldenzahlungs-System, und dem Präliminar-Aufsatz über ihre Erfordernisse und Bedeckung, zugleich einen wohlüberlegten Personal- und Besoldungsstand der Landesstelle zu übergeben, und darin zu bestimmen, welche Bedienstung ganz entbehrlich sey, welche ohne Abbruch der Geschäfte in einer Person vereinigt, und was dadurch der Gemeindefassa erspart werden könnte. Endlich

4. Den Magistraten insbesondere einzubinden, daß, gleichwie in Absicht ihrer Güter das wichtigste Geschäft darin besteht, die kontraktmäßigen Robot-Abolutions-Grundzinse, und übrige Schuldigkeiten der Unterthanen richtig einzutreiben, sie das Hauptaugenmerk auf die unverlässlichen Zahler um so mehr zu richten, und sich in Zeiten durch Verwahrung der nicht zum Fundo instructo gehörigen Wirthschaftsprodukten zu versichern hätten, als sie für jede Nachsicht bei einem Rückstande der laufenden, oder versfallenen Gaben zu haften haben würden.

Uebrigens hat in Folge der allerhöchsten Entschließung der Abschnitt mit der dermahligen administratorischen Verwaltung, mithin die Uebergabe an die Magistrate mit Ende Juni l. J. zu geschehen, und sollen bis dahin die Liquidationen der Aemter und Rassen vollzogen, somit alles in den Stand gesetzt werden, damit die Magistrate die eigene Verwaltung über das Vermögen der königlichen Städte mit 1. July zu führen anfangen können.

Sollte jedoch das Gubernium in Absicht auf diesen zur Uebergabe bestimmten Termin wegen der nothwendigen Vorbereitungen einigen Anstand finden; so wird demselben die Bestimmung des angemessenen Termins überlassen, nur ist davon die Anzeige anher zu machen (Hofdt. 27. April 1792).

Instruction

**für die königl. Hauptstadt Brünn im Markgrathum Mähren,
desgleichen Olmütz, Znaim, Iglau, Gradisch, Neustadt und
Gaya.**

Veranlassung dieser Instruction.

Nachdem Se. Majestät die 7 königl. Städte des Markgrathums Mähren von der zeitherigen Kammeradministration ihrer Güter zu entheben, und denselben die eigene Verwaltung unterm 19. Brachmonat 1790 mit dem Beisatz allergnädigst einzuräumen geruhet haben, daß jedoch denselben eine genaue Vorschrift mitgetheilet, und damit sowohl die Methode der eigenen Verwaltung, als die Kontroll von Seite der k. k. Hofrechnungskammer eingeleitet, und festgesetzt werden sollen; so kommt es bei Bestimmung dieser erweiterten Amtsobliegenheit auf folgende zween Hauptgegenstände an, nemlich:

1. auf die eigentliche Verwaltung des Gemeinvermögens, oder die Oberaufsicht auf die ihm untergeordneten Aemter und Beamten,

2. auf seine Verhaltung sowohl gegen die höhern Stellen, als gegen die Kontroll, die von dem bürgerl. Ausschusse und der Landesbuchhalterei eingeführt wird, und wodurch das Gubernium von seiner Geschäftsleitung und ihren Erfolge sich zu versichern hat, denn obwohl man von einem Gremio alles zu fordern berechtigt ist, was eine praktische Kenntniß von den Gütergefallen und Jurisdictionsgerechtsamen, und dann der lauterste und thätigste Eifer für das gemeine Beste, Männer von Beurtheilung hoffen lassen kann, so werden doch denselben einerseits die ihm obliegende Pflichten durch Zergliederung derselben augenscheinlicher vorgestellt, um sein Amt in dem Geiste der allerhöchsten Gesinnung verwalten zu können, und um ihm andererseits an das Verhältniß anzuweisen, in welchem seine Amtsverwaltung der allgemeinen Ordnung wegen mit den ihm vorgesetzten Stellen, und den ihm untergeordneten Aemtern zu stehen hat.

Erste Abtheilung.

Denen unterstehenden Rasse- und Wirthschaftsbeamten sind besondere Instructionen hinausgegeben.

§. 1. Der Magistrat hat, sobald er die Verwaltung übernimmt, für alle Facta und Veranlassungen in corpore ohne Ausnahme zu haften, derselbe möge

das Gemeindevermögen im versammelten Rathe, oder durch eigene Kommissionen und Deputirte verwalten, für alle Fälle bleiben daher die zeitherigen Anwälde oder Inspektoren beseitiget, derselbe hat daher zu der ihm anvertrauten Verwaltung des Gemeindevermögens Männer von Kenntniß, Beurtheilung, und geprüfter Treue aus seinem Gremio zu wählen, die sich nicht nur selbst vor allen eigenmächtigen, einseitigen und mündlichen Anordnungen zu enthalten, sondern auch den schädlichen Eigennuß seiner Untergebenen zu steuern, somit sich die beständige Einsicht von ihrer Amtirung zu verschaffen, um von dem Fortgang seiner Verwaltung dem Landesfürsten und denen dazu bestimmten Hof- und Ländverstellern und der Gemeinde Rechenschaft geben zu können. Dieses wird demselben derzeit um so leichter sein in Erfüllung zu bringen, als durch die allgemeine Aufhebung der Frohndienste, und die Vertheilung des größtentheils der eigenen Maiereien die Regie dergestalt vereinfachet worden, daß nunmehr der Hauptwirthschaftsbetrieb in der pünktlichen Eintreibung der von denen Unterthanen zu leistenden Zahlungen besteht, hiezu wird aber das zeitherige Wirthschaftspersonale nicht mehr erforderlich, dasselbe mithin auf die Zahl der unvermeidlichen Nothwendigkeit zu reduzieren, und jedem der verbleibenden Beamten der eigentliche Wirkungskreis und die Pflichten, über welche dieselben verantwortlich gemacht werden sollen, sowohl im allgemeinen, als auch nach den besonderen Lokalumständen vorzuzeichnen seyn, damit man sich bei jeder Untersuchung von der vorgeschriebenen Ordnung in der Wirthschaftsleitung überzeugen kann, hiezu wird aber

§. 2. (Entwurf zu einem Verwaltungs- und Schuldenzahlungssystem) erfordert, daß der Magistrat oder doch wenigstens ein oder das andere Individuum seines Gremii, selbst von den Gemeingütern, von dem Kreditstand, von denen Jurisdiktionen und Regalien eine gründliche Kenntniß besitze, wenn die dabei zu treffenden Anstalten und Spekulationen mit Nutzen beurtheilet und ausgeführt werden sollen.

Mit dieser Sachkenntniß wird der Magistrat einverständlich mit dem bürgerlichen Ausschusse einen ordentlichen reponirten Plan zur besseren Verwaltung des Kommunvermögens, zugleich aber ein dem Erfolg entsprechendes Erforderniß und Bededungs-, dann Schuldenzahlungssystem zu entwerfen haben, nach welchem die Beamten in ihrer Amtirung belehrt werden, und wornach der Magistrat seine Verfügungen selbst einzurichten hat.

§. 3. Die Bestimmung der Restantien. Dieses sezet gleich bei der Administrations-Üebnahme eine ordentliche Liquidation bei den Gütern, und sämtlichen Rassen voraus, um sich von dem Stand der Baarschaft, der Naturalien, und Materialien zu versichern; das Nämliche versteht sich von den Restantien, deren Richtigkeit genau zu erörtern, und wegen deren bald möglichsten Eintreibung das Nöthige zu veranlassen ist.

Vorzüglich müssen die kontraktmäßigen Robotrelutionen und Grundzinsen als die wichtigste Einnahme der Güter und als ein Surrogat der an die Unter-

thanen abgetretenen eigenen Wirthschaft eingetrieben werden, wenn es nicht durch besondere Unglücksfälle unmöglich gemacht wird, dann, da die Naturaldienste und der Nutzen der eigenen obrigkeitlichen Gründe meistens in ein Geld-Surrogat versetzt worden; so muß wenigstens die Verlässlichkeit dieser Einnahme sichergestellt, und die Beamten von dem Magistrat um so strenger zur Erfüllung ihrer Pflichten angehalten werden, als die gegen die Schuldner gebrauchte allzugroße Nachsicht meist die Abschätzung vom Grunde zur Folge hat, und also am Ende selbst zum Verderben der Unterthanen gereicht, zugleich muß der Magistrat zu verhüten suchen, damit die in den kontraktmäßigen Fristen eingehende Rausschillings-Gelder für die zerstückten Maierschaftsgründe nicht zu Currentausgaben verwendet, sondern activo gegen sichere Realhypothek angelegt werden.

§. 4. Das Verhalten gegen die unverlässlichen Zahler. Die Beamten, die sich die Umstände eines jeden Kontribuenten genau bekannt machen sollen, müssen auf die unverlässlichen Zahler besonders aufmerksam sein, und da die Militärerefution gesetzwidrig ist, sich in Zeiten durch Verwahrung der nicht zum Fundo instructo gehörigen Wirthschaftsprodukten von den zu leistenden Zahlungen versichern.

Jede Nachsicht der laufenden oder verfallenen Gaben ist in einzelnen Fällen bei dem Magistrat zu legitimiren, und haftet außer dem auf Gefahr des Beamten.

Die Resten sind auch nicht über den Betrag einer jährlichen Schuldigkeit ohne grundbücherlicher, jedoch tarfreien Vormerkung stehen zu lassen; hingegen sollen alle ältere Resten keine Priorität von anderen Gläubigern in denen Büchern wirken, damit nicht einige Gläubiger durch spätere Eintreibung der aus Verschulden der Beamten aufgeschwollenen obrigkeitlichen Schuldigkeiten in Schaden versetzt werden, da die öffentliche Treu und Glauben auf dem grundbücherlichen Statu der Grundbesitzer ruhet.

Der Magistrat muß aus seinen Ueberschlägen und Bräliminarsystem wissen, in welchem Monat diese oder jene Zahlung fallen soll, er kann also von Quartal zu Quartal die Berichtigung der Schuldigkeiten annoch zu rechter Zeit betreiben, hingegen ist den Unterthanen auch die Abzahlung ihrer Schuldigkeiten durch Annahme ihrer Produkten, und zwar in Wein — Körner — Heu — und Wolle, und durch Verrichtung der bei den Wirthschaftsrubriken nach dem vorgeschriebenen Benützungssystem, oder sonst von dem Magistrate nöthig findenden Bau, wozu jedoch die höhere Begnehmigung einzuholen ist, zu erleichtern. Die Naturalien können entweder in den laufenden Marktpreisen angenommen, oder wenn es die Unterthanen verlangen, depossitirt, und nach ihrer eigenen Disposition verkauft werden, wenn sie in einer Zeit von 3 oder 4 Monaten bessere Preise erwarten zu können glauben.

Hiebey versteht sich aber von selbst, daß, wenn der Verlauf obgedachter verschiedenen Produkten nicht nach Verlangen der Unterthanen auf ihre Wünsche

geschiehet; sondern diese Produkte vor der Erndte statt baarem Gelde angenommen werden, sie nur auf Verantwortung des Wirthschaftsbeamten und des Magistrats in guter Qualität angenommen werden können.

Die obrigkeitlichen Gaben durch Arbeitverdienst einbringlich zu machen, ist besonders eine nothwendige Anstalt in jenen Gegenden, wo wegen Mangel der Circulation der Baarschaft der Unterthan wenig Geld verdient, und also zu Bezahlung seiner Schuldigkeiten keine andere Münze, als seine Arbeit, und die ihm unter solchen Umständen weniger kostbare Zeit aufbringen kann.

§. 5. Verkauf der Realitäten. Um sich soviel möglich von allen zufälligen Ausgaben, und Beschäftigung mit der Landwirthschaft zu entledigen, folglich den Magistrat in den Stand zu setzen, seinen politischen, so wie denen Judizial- und Kriminalgeschäften besser nachzukommen, sind so gut als möglich, alle Zins- und andere Gebäude, überflüssige Wirthschaftshäuser und Mühlen, nur mit Ausschluß der Branntwein- und Bräuhäuser nach und nach lizitando zu verkaufen, oder aber zu verpachten jedoch wird der Magistrat immer gehalten sein, über den bisherigen, und aus dem Verkauf oder Pacht erwartenden Nutzen zu bilanziren, und diese Bilanz dem Gubernio zur Prüfung und Begnehmung des Verkaufs vorzulegen.

§. 6. Verpachtung einzelner Realitäten und Gefälle. Alle Pachtkontrakte über wirkliche Realitäten, die bisher in Pachtung gestanden, sollen ebenfalls nicht anders als lizitando abgeschlossen werden, auch ist bei denen Pachtungen darauf zu sehen, daß Kollezitanten mit dem, zu der Unternehmung erforderlichen Vermögen versehen sind, damit nicht etwa über ein gesteigertes Anboth gefährdet werde, welches aus Unvermögenheit desjenigen, der den besseren Zahler verdrungen hat, nicht eingebracht werden kann; allen Bestand-leuten ist ausdrücklich einzudingen, daß, wenn sie den Bier- oder Branntweinschant in Verfall kommen ließen, oder wenn die Ortspopulation merklich zunähme, der Bier- und Branntweinschant auch Anderen gestattet werden solle.

§. 7. Von Bier- und Branntweinhäusern und Weinschant. Nach der Rubrik der Restantien, unveränderlich und veränderlichen Zinsungen, und Verkauf der überflüssigen Gebäude, ist bei denen Städten der wichtigste der Ertrag der Bräu- und Branntweinhäuser. Bei den Bräuhäusern ist nach und nach auf die Anschaffung eines ganzjährigen Malzvorrathes, und auf die nothwendigen Gefässer zu sehen, damit in der Anlage nichts abgehe, was zu Herstellung eines guten Biers nothwendig ist; die Bräuer müssen bei der Auswahl des Hopfens und der Gerste selbst zugegen seyn, und dann haben sie für ihre Güte mit der Kaution zu respondiren.

Die sonst den Bräuern überlassenen Hesen oder Gährm sind in Städten, wo ein vortheilhafter Verschleiß derselben zu erzielen ist, zu lizitiren, und der Bräuer statt der fixirten Besoldung und Deputate mit einem bestimmten Abzügen von jedem ausstossenden Faß Bier zu besolden.

Das Nämliche versteht sich von den übrigen Bräuhausprodukten, als Tröber und Galle, wo in der Nähe nicht eigene Wirthschaft besteht, bey welcher sie besser zu benützen wären.

Da die Bräuermeister fast allenthalben viele Unterschleife mit der Gerste, Malz und dem Bier treiben, so sind die Beamten genau auf die Kontroll der Füll und der Malzarbeit anzuweisen, bei denen Visitationen, welche der Magistrat durch seine Deputirte bei den städtischen Gütern, jedoch nur in wichtigen Wirthschaftsangelegenheiten, und ohne Aufrechnung einiger Zehrungsunkosten, vorzunehmen hat, sind nicht nur die Vorräthe nachzusehen, sondern sie werden durch Nachfragen bei den Wirthen, Unterthanen und Nachbarn sich zu erkundigen haben, ob das Bier immer gut gebräuet wird, und dann ist mit gehöriger Belohnung der Denuntiationen gegen die Bräuermeister nach der Strenge zu verfahren, oder sie wenigstens in andere Orte zu verwechseln, oder zu entsetzen, wenn ein gegründeter, aber nicht ganz erwiesener Verdacht einer Bevortheilung vorhanden ist.

§. 8. Zehendgefälle. Wo Zehendgefälle in Wein, Korn und Brachfrüchten bestehen, da sind die Beamten anzuweisen: daß so viel möglich dem Durchschnitt mehrerer Jahre nach, und mit Anrechnung des Werths der Körner und des Strohes, die Zehend von jedem Grundbesitzer gegen Baarem oder Getreidschüttungen auf mehrere Jahre reluiret werden; wenn sich die Grundbesitzer aber zu keinem billigen Relutionsquanto verstehen wollen; so sind die Zehende erst abzuschätzen, und so von Jahr zu Jahr licitando, vorzüglich aber ganzen Dorfsgemeinden zu verpachten, und nur im schlimmsten Falle, wenn diese Mittel nicht anwendbar gemacht werden können, in Natura einzuheden.

§. 9. Von der Forstnung. Das Forstwesen steht in der genauesten Verbindung mit der Wirthschaft, es ist aber der Natur dieses Geschäfts weit angemessener, daß die Forstaufsicht durch die gelernten Jäger, als durch Wirthschaftsbeamte geführt werde, nur muß die Zahl derselben, und ihre Beköstigung nicht, wie bei Brünn, fast die ganze Erträgniß aufzehren.

Der Magistrat hat in Rücksicht auf dieses Fach vor allem auf die Reduzirung dieses zum Theil überflüssigen Personals fürzudenken, auch übrigens darauf zu sehen, daß, sobald als immer möglich ist, die Wälder nach den verschiedenen Orten, wo und nach den Gattungen, wie das Holz konsumirt wird, nach der Lage der Wälder, nach der Eigenschaft des Gehölzes, und mit der erforderlichen Rücksicht auf die Hutweiden, und zwar nach den ächten Grundsätzen der Forstwirthschaft in Haupttheile, und diese wieder in Schläge eingetheilet, die Manipulation der ganzjährigen Arbeiten in der jedem Geschäft angemessenen Zeit und die nöthige Zahl der Arbeiter berechnet, ordentliche Instruktionen für das Forstpersonal hinausgegeben, die Kanzleyauslagen und Arbeiten, mit Verlegung der zur Ordnung erforderlichen Tabellen, Bücher und Register eingeleitet, und also ein ordentliches Forstsystem eingeleitet werde.

Bei seinen Bereisungen, die, wenn nicht außerordentliche Vorfälle sich ereignen, alle Jahr einmal zu geschehen haben, wird derselbe sich immer die Forstbücher vorzeigen lassen, und nachsehen, ob das vorgeschriebene Einrichtungs- und Benützungssystem befolgt wird, oder nicht, welches er zum Theil schon aus den alljährlichen Forst- oder Holzabgabeprotokollen ersehen kann, wenn in denselben unter der Kontroll des Wirthschaftsbeamten angezeigt wird, in welchen Nummern nach der systematischen Eintheilung geschlagen werden soll, und wo wirklich wegen zufälligen Ursachen, als Windbrüchen, wegen Vertilgung des Wurms, oder wegen unvorgesehenen großen Bauführungen geschlagen werden muß.

Uebrigens versteht es sich von selbst, daß von Seiten der kontrollirenden Beamten nachgesehen, und von dem Magistrat bei den Visitationen genau nachgeforcht werden muß, ob die allgemeine Anordnung in den obrigkeitlichen und Gemeindwäldungen beobachtet, und alle Beschädigung nach Möglichkeit abgewendet worden, ob bei überhandnehmenden Diebereien, Einbüter und andere Anstalten zur Bewahrung der Wälder gemacht werden müssen.

Endlich wird ihm Magistrat soviel es die Jagdrubrik betrifft, hauptsächlich die Vermeidung aller Prägravationen anempfohlen, da Se. Majestät ausdrücklich die Unterthanen von allen Wildschaden sichergestellt wissen wollen; doch hat derselbe die Jagdordnung nicht ganz bei Seite zu setzen, und dem Militär nur da, wo es ausdrücklich von Sr. Majestät befohlen ist, das Jagen, und dieses nur nach den bestehenden Vorschriften zu gestatten.

§. 10. Vom Bauwesen. Die Bauunkosten werden durch Verkauf und Verminderung der unnöthigen Gebäude vereinfacht, jeder Magistrat muß in seinem Administrationsplan die zum Unterhalt der nothwendigen Gebäude erforderlichen Summen berechnen, und die Verwendung dieser Summe muß immer mit dem ersten Einrichtungssystem in einem Verhältniß stehen.

Es sollen auch die gewöhnlichen Materialpreise, und Arbeitslohn nach dem Tage und nach der Stuckarbeit im Voraus berechnet seyn, um die Anschläge der Handwerker kontrolliren zu können.

Ueber die einmal nach dem Stande der Gebäude berechnete nothwendige und dringende Reparationen hat der Magistrat keine Anfrage zu machen, über alle nicht dringende oder zum Unterhalte der *sartorum tectorum* gehörigen Reparationen hat der Magistrat alle Jahre seine Ueberschläge zu verfassen, wenn es aber Gebäude von großen Betrag betrifft, hat derselbe nebst den Kostenüberschlägen einen Riß über die nöthigen Bauführungen an das Gubernium einzuschicken, welches mit Rücksicht auf die Lokalamstände und den Schuldenlast beurtheilen wird, was etwa dringend ist, oder was wegen anderen vorhabenden Veränderungen ganz, oder nur auf eine Zeit unterbleiben kann.

Da jedoch diese Befugniß gewisse Gränzen haben muß; so wird der Betrag der einzelnen Baugesenstände, über welche der Magistrat ohne Anfrage, jedoch nach obgedachter Vorschrift zu disponiren hat, auf 500 fl. gesetzt, und hierunter sind auch neu anzuordnende Veränderungen in bereits bestehenden Ge-

bäuden zu verstehen, besonders wenn bei dem Verzug eine ~~Einmündung~~ zurückschleiben sollte.

Ueber ganz neu aufzuführende Gebäude hingegen ist jeder mit ~~Uebernahme~~ des Beweggrundes, und daraus entstehenden Nutzens der besondere Bericht durch das Kreisamt an das Gubernium zu erstatten, und die Pläne und Uebersichten zur Rectifizirung vorzulegen, bei wichtigen Bauführungen, an ~~Wirthschafts~~, Bräu- und Branntweinhäusern, oder Schüttböden, wo ein beträchtlicher Aufwand gemacht werden muß, ist vorläufig die Genehmigung einzuholen.

§. 11. Von Cassageschäften. Der Magistrat hat sich direct in die Einhebung und Verrechnung der Gelder selbst nicht zu mischen, außer dem aber, was demselben in gegenwärtiger Instruction ausdrücklich eingeräumt wird, hat derselbe keineswegs, um so weniger also ein Beamter, ohne Vorwissen des bürgerlichen Ausschusses, und darüber erhaltene Bewilligung weder einige in dem Verwaltungssystem, oder den Rechnungen nicht schon vorgeschriebenen Ausgaben zu veranlassen, noch einige Besoldungen, Pensionen, Nachlässe, Vorschüsse, Anlehen, noch irgend eine Begünstigung von dieser Art zu ertheilen, oder sich selbst etwas zuzueignen.

§. 12. Von Dienstbesetzungen. Nebst der guten Auswahl der zum Dienste erforderlichen Subjekten, ist die Ordnung der Rangfolge die verlässlichste Mittel die Verwaltung des Gemeinvermögens zweckmäßig zu leiten, da der Magistrat die Subjekte allein aus dem Grunde kennen kann und soll, da er bei seinen Visitationen der Cassa- und Wirthschaftsbeamten, und durch die kurrenten Arbeiten, ihren Wirkungskreis beobachten kann, so werden ihm auch die minderen Dienstbesetzungen und Verwechslungen, und eben so auch alle bey sich ereignenden Dienst erledigungen nothwendigen Amtsubstituten mit der Bestimmung des normalmäßigen Substitutionsgehalts, oder eines etwa geringern Diurnums mit der ausdrücklichen Bedingung überlassen, daß die zeitlichen Anwälde beseitiget, und ihre Besoldungen in Ersparung gebracht werden.

Die Stellen der höheren Cassa- und Wirthschaftsbedienstungen und der Rechnungsführer hingegen, und zwar der Stadtkassier, Cassakontrollor, Bauamtsverweser, bleiben allerdings der Landesstelle (über den gemeinschaftlichen Vortrag des Magistrats und Ausschusses) zu vergeben vorbehalten; dem Magistrat wird daher der Vorschlag zu höheren Bedienstungen eben so überlassen, als demselben die unmittelbare Besetzung der minderen Dienste auf seine Pflicht und Verantwortung gegeben wird, er hat nemlich ohne allen Nebenabichten immer dem ihm bekannten besten Subjekte den Vorzug zu geben, und die Cassa so wie die Wirthschaftsbeamte vor Antritt ihres Dienstes zum Cautions-Erlag zu verhalten, als worauf das k. Kreisamt bei Untersuchung der Wirthschafts- und städtischen Cassen sein ununterbrochenes Augenmerk richten wird.

Daher hat sich der Magistrat bey seinen Visitationen ein besonderes Geschäft daraus zu machen, das unterhabende Dienstpersonale, welches ohne Ausnahme verpflichtet werden solle, näher auszuforschen, um die Treue und Fähig-

keit zu prüfen und wider den Beamten mit der Suspension fürzugehen, bei welchem *indicia proxima* einer Malversation, oder eine auffallende Dienstunfähigkeit vorhanden sind, besonders wo ein wesentlicher Schaden zu befürchten ist, wenn die Suspension nicht, indessen daß das Amtsbetragen des verdächtigen Beamten ordentlich untersucht wird, verfügt würde.

§. 13. Allgemeine Erinnerungen, über die dem Magistrat obliegende Aufsicht auf die Aemter und über Lokalvisitationen. Der Magistrat hat die ernstliche Aufmerksamkeit anzuwenden, und die Kasse- und Wirthschaftsbeamten nach allgemeinen Grundsätzen zu leiten, ihre öfters schiefe Urtheile in Rücksicht auf das allgemeine Beste zu berichtigen, und der unter ihnen ausbrechenden Authoritäts-Jalousie und Eigenmächtigkeit gegen die Untergebenen entgegen zu arbeiten.

Zugleich hat sich derselbe zu bemühen, die laufenden Kanzleygeschäfte in der gehörigen Ordnung zu erhalten, und durch Popularität das Zutrauen der Untergebenen zu gewinnen, andurch also denenselben den Weg zu gerechten Beschwerden, und zu nützlichen Anzeigen zu erleichtern, welches eines der wirksamsten Mitteln ist, die Verwaltung der ihnen vorgesetzten Beamten zu prüfen.

Zweyte Abtheilung.

Ueber das Verhältniß des Magistrats gegen die Kontroll und vorgesetzten Stellen.

§. 14. Soviel es nun die Kontroll betrifft, welche zur Sicherheit für das Gemein-Vermögen unumgänglich erfordert wird, theils um die Eigenmächtigkeiten des Magistrats zu beschränken, theils um die Wissenschaft von allen Verfügungen und Unternehmungen desselben zu erhalten, diese ist von zweierley Betrachtungen: die erste gehet den wirklichen Geschäften vor, oder an der Seite, und die zweyte gehet den Geschäften nach.

Die Kontroll ab ante hat nach dem Beispiel Böhmens der Eigenthümer, oder dessen Stellvertreter selbst zu besorgen, und dieser ist der bürgerliche Ausschuß, denn gleichwie der Magistrat um so weniger den Eigenthümer vorstellen kann, als die Glieder desselben selbst eigentlich nur verwaltende Beamte sind; so sind sie in dieser Rücksicht auch den Stellvertretern der ganzen Gemeinde, da diese ihr Amt nicht selbst handeln kann, von ihren Wirthschaftsdispositionen Rechenschaft zu geben schuldig.

Diesem Ausschuß, mit dessen Beiziehung der Verwaltungs- und Schulden-tilgungsplan ebenfalls verfaßt, und daher zu jeder ökonomischen Rathssitzung zwey der erfahrensten Ausschußmänner beigezogen werden müssen, soll das Befugniß, die Journalien und Wirthschaftsrechnungen beständig einzusehen, eingeräumt sein, bei einer eigenen Zusammentretung aber sollen alle Quartal bevor die Kassajournalien zur Buchung übergeben werden, solche von demselben ordentlich geprüft, und dadurch nicht nur der Vollzug der Rechnungsführer, sondern auch die

Anschaffung des Magistrats selbst, und seine Wirthschafts-Verfügungen gegen die Instruktion zusammengehalten, und darüber die findenden Bemerkungen gemacht werden.

Es ist also nöthig, daß der bürgerliche Ausschuß immer in einer die Zahl der Magistratsglieder wenigstens um die Hälfte überlegenen Zahl gewählt werde, um hiedurch die Einsicht in die Verwaltung des Gemeinvermögens mehr zur Publizität zu bringen, mithin der größtmöglichen Anzahl der Kommunitätsglieder die nöthige Kenntniß zu verschaffen.

Die Erneuerung des bürgerlichen Ausschusses muß in der Absicht, und besonders in denen größeren Städten, öfters, als jene des Magistrats, vorgenommen werden, damit die Bürgerschaft, welche den, aus einer üblen Verwaltung entstehenden Abgang an der erforderlichen Bedeckung am Ende aus ihrem Eigenen ergänzen muß, als Eigenthümer des Gemeinvermögens sich durch die wirksame Einsicht von Seite ihres Ausschusses gegen die Eigenmächtigkeit des Magistrats sichern, und durch die solchergestalt eingeführte Publizität allen nur möglichen Antheil an der Verwaltung nehmen möge, in welcher Absicht der k. Magistrat den in der Anlage beyverwahrten Unterricht dem bürgerlichen Ausschuß mitzutheilen hat, um hiernach die zur. Wirthschaftskontroll aus ihm bestimmten Bürger belehren zu können.

§. 15. Die Kontroll ex post hat die städtische Buchhalterey zu besorgen, welche nach dem Sinne der Hofentschließung vom 19. Juni 1790 von dem Magistrat ganz unabhängig, vereinbart mit der Landesbuchhalterey zu verbleiben hat.

Zu Händen dieser Buchhalterey hat der Magistrat die Rechnungen sämtlicher Aemter, nachdem sie vorläufig von dem bürgerlichen Ausschuß durchgegangen, und ihres richtigen Bestandes halber von ihm unterfertigt sein werden, unverzüglich zu übergeben, aus welchen sodann, wenn sie revidirt, und gebuchet seyn, die Summarien zu verfassen, und der Landesstelle vorzulegen seyn werden, um daraus zu ersehen, ob, und in wie weit, dann warum in dem Verlaufe des Jahres, die systemisirten Beträge der Empfänge sowohl, als der Ausgaben entweder nicht erreicht, oder überschritten worden, welcher Ausweis die Gebahrung der Magistrate am klärsten aufdecken, und die nöthige Uebersicht verschaffen wird.

§. 16. Die Rechnungen selbst sind in eben der Art und Gestalt einzurichten, wie solche die k. k. Hofrechnungskammer vorgeschrieben, und im Jahre 1788 unter dem Buchhalterey-Ingroffisten Spieß zum Druck befördert worden, wovon ein Abdruck beigelegt wird.

Nach Anleitung dieser Vorschrift sind die Journalien bey denen untergebenen Aemtern einzuführen, und diese sonach auf die Rubriken-Rechnung zu übertragen, aus welcher die summarischen 3 Rechnungsstücke, nämlich der summarische Abschluß des Rubrikenbuches, der Vermögensstand des vergangenen und der Präliminarerforderniß- und Bedeckungsaufsatz des künftigen Jahres durch die

städtische Buchhalterey bearbeitet, und an die Landesstelle begleitet werden müssen, um solche durch die städtische Hofbuchhalterey superrevidiren, sie in ein Hauptsummarium zusammenfassen zu lassen, und mit denen dabey vorstellenden Bemerkungen Sr. Majestät zur höchsten Einsicht und weiteren Schlußfassung vorlegen zu können.

§. 17. Das Rechnungsjensurgeschäft wird von der hiezu eigends bestellten Buchhalterey der k. Städte besorgt, und zugleich wie die Rechnungen an sie durch die Kreisämter zu gelangen haben, so sind auch die Mängel und Finalerledigungen durch den nemlichen Weg den Beamten hinauszugeben.

Die Gemein- und Waisenrechnungen werden zwar auch von der gedachten Buchhalterey jensurirt werden, da aber dieselben von dem Magistrat und dem bürgerlichen Ausschuss vorläufig durchgegangen werden müssen, so hat sich derselbe dadurch zugleich in Stand zu setzen, reiflich überlegen zu können, wo eine nähere Aufsicht nöthig wäre.

Außer dem hat derselbe alle Jahre anzuzeigen, wie viele Rechnungen von der Buchhalterey abgefertiget worden sind, damit die Landesstelle darauf wachen könne, daß die sämtlichen laufenden Rechnungen immer in Jahresfristen von der kontrollirenden Buchhalterey erlediget werden, und keine Ausstände anwachsen.

Wenn hingegen seine Beamte mit ihren Rechnungen nicht in termino einhalten, so hat der Magistrat dieselbe durch Strafen, die von Monat zu Monat verdoppelt werden müssen, einzutreiben.

§. 18. Besondere Fälle der Untersuchungen. In seltenen Fällen, wenn der Landeschef oder das Kreisamt aus geheimen Anzeigen für unumgänglich nöthig findet, ein Amt oder Gut durch einen Buchhalterey-Beamten untersuchen zu lassen, sind die betreffenden Kasse- und Wirthschaftsbeamten anzuweisen, ihm nicht nur die Einsicht in ihre Manipulation willfährig zu gestatten, sondern auch demselben alle nöthige Auskünfte, Instruktionen, und Rechnungstücke zu geben, wenn er solche verlangt, so fern aber der Magistrat bei der von ihm selbst angeordneten Untersuchung einen Buchhalterey-Beamten von der Landesstelle verlangt, so versteht sich von selbst, daß dieser zwar sein Amt als kontrollirender Untersuchungskommissär verrichten, aber sich keine Administrationsgeschäfte, das ist keine Anordnungen anmassen solle, die den Gang der Einrichtungen beirren, oder das Ansehen des Magistrats bei seinen Untergebenen kränken könnte. Vielmehr wird sie demselben alle Aufklärungen, Extrakte und Ausweise geben, die nur immer von ihr gefordert werden.

Uebrigens versteht man sich ohnehin von dem Ordnungsgeist des Magistrats, daß er in der ausgebreiteten Wirksamkeit, in welche derselbe versetzt wird, die möglichste Pünktlichkeit und Ordnung sowohl in der Kanzleymanipulation als bei Bestellung der Amtsubalternen beobachten werde.

Derselbe hat daher zu verhüten:

- a) daß die unterstehende Kasse- und Rechnungsbeamten Niemanden einige Besoldung, Pension oder Naturaldeputate antizipiren,

- b) daß die Bierdeputate, welche denen Beamten vielmehr mit Selbe nach dem Erzeugungspreis zu reluiren sind, nicht an die Schankhäuser oder Partheyen verkauft werden.
- c) daß kein Kauf-, Verkauf-, Miethungsbestand- und andere Kontrakte ohne Ratifikation des Magistrats geschlossen, noch weniger außerordentliche Auslagen und Wirthschaftsdispositionen unternommen werden, ohne hiezu die vorläufige schriftliche Anschaffung des Magistrats unter der Fertigung des Bürgermeister und eines Raths eingeholet zu haben.
- d) daß ohne Begnehmigung der Landesstelle keine Realitäten veräußert, keine Kapitalien bei Privaten angelegt, noch weniger Schulden gemacht oder in andere Wege der städtische Dotirungsfond geschmälert oder beschweret werde,
- e) daß bei dem Unstand, wo die Stadt dem Verfall, und der Crida nahe steht, alle nur immer mögliche Auslagen vermieden, und
- f) endlich, daß keine Nebenkollekten oder Ausschreibungen auf die bürgerlichen Häuser eigenmächtig unternommen, und wenn sie doch von der Landesbehörde begnehmiget würden, die Subrepartitionen nach der Vorschrift vom 2. May 1752 nach denen für das Kontributionale festgesetzten Regeln verfaßt und solche vorläufig an die Buchhalterey zur Prüfung übergeben werden.

Bei einer solchen Organisation der Geschäfte wird die Verwaltung des städtischen Gemeindevermögens in ihrem fortschreitenden Gange zu erhalten seyn, wo indessen das Resultat davon in Bezug auf den Zuwachs der Einkünfte, und Verminderung der Ausgaben zum Beweise dienen wird, daß der Magistrat die städtische Wirthschaft gut verwaltet, und dadurch sich der allerhöchsten Zufriedenheit würdig gemacht habe.

Unterricht für den bürgerlichen Ausschuß,

welcher in denen F. Städten Brünn 2c. bei allen Wirthschafts-
Kommissionen beizuwohnen hat.

1. Sind aus denen zu — schon bestehenden Ausschußmännern 2 durch den ganzen Ausschuß zu wählen, und die gewählten dem Magistrat gehörig anzuzeigen, welche allen die städtische Oekonomie und das Gemein-Vermögen betreffenden Berathungen, Dispositionen, Verbesserungen und Veränderungen mit Sitz und Stimme beizuwohnen haben, und da über Oekonomie-Gegenstände nicht so wie in juridischen gleich auf der Stelle durch die Zahl der mehreren Stimmen, als vielmehr durch Spekulation und Lokaleinsicht entschieden werden muß; so ist sich in denen Wirthschaftskommissionen nicht so sehr auf die Formalität zu binden, sondern einem jedem muß Zeit und Freyhelt gelassen werden, den vorliegen-

den Gegenstand auch durch mehrere Fragen sich gänzlich aufklären zu lassen, um seine Anstände und Zweifel pro et contra vorbringen, und so dann erst seine Meinung bestimmt äußern zu können.

2. Diese zwey Ausschußmänner sind von dem Magistrat an den Wirthschaftsſenat anzuweisen, und von diesem in jene Stube, wo die ökonomischen Gegenstände verhandelt werden, einzuführen, und daselbst ihnen der Sitz, gleich nach dem Referenten, einzuräumen.

3. Wenn der Magistrathsrath über vorhabende neue Auslagen, oder in Antrag kommende bessere Benützung der Gefälle durch Verkauf oder Pachtung referiret, so sollen sie die Meinung des Referenten wohl in Erwägung ziehen, und jenes, so das Zuträglichste zu seyn erkannt worden, darüber dann beschließen, und nicht der Willführ eines einzigen die Veranlassung überlassen.

Sollten sich aber

4. solche Gegenstände äußern, welche die Ausschußmänner auszumitteln nicht vermögen; so hätten die Magistratsglieder zuerst ihre Meinung, und hernach der Ausschuß die seinige in's Protokoll zu geben, und solche zur Entscheidung ad plenum des Magistrats vorzulegen, nöthigen falls auch sich an die Landesstelle zu verwenden, der Erkenntniß derselben aber unfehlbar nachzukommen.

5. Fände der Ausschuß irgend eine Anstalt zum Besten der Gemeinde zu treffen nöthig, so solle ihm nicht nur unbenommen, sondern ausdrücklich und maasgebighst eingebunden seyn, solche in der Wirthschaftskommission anzugeben, bey welcher sie, wie alle übrigen Geschäfte, in Ueberlegung genommen, und nach dem vorgehenden §. behandelt werden sollen.

6. Alle bei der Gemeinkasse vorkommende Einnahmen und Ausgaben, die von dem Wirthschaftsath instrirt und approbirt werden, sind auch dem bürgerlichen Ausschuß zu eröffnen, und nicht anders als mit ihrer Einverständniß zu veranlassen, auf den Fall des Nichtübereinkommens aber ist sich nach Vorschrift des §. 4 zu verhalten.

7. Sollen dem bürgerlichen Ausschuß nicht nur die Kassajournalien und Wirthschaftsrechnungen beständig einzusehen gestattet seyn, sondern derselbe ist sogar eidlich zu verbinden die Kassajournalien und Wirthschaftsrechnungen bey einer eigenen Zusammentretung alle Quartal, bevor sie zur Buchung an die städtische Buchhalterey abgegeben werden, ordentlich zu durchgehen, und dabey nicht nur den Vollzug der Rechnungsführer, sondern auch die Anschaffung des Magistrats selbst gegen seine Instruktion zu halten, und darüber die findende Bemerkungen zu machen, die sonach sammt denen Rechnungen der städtischen Buchhalterey zur ordentlichen Revision und Bemänglung zuzustellen sind.

Es ist also

8. unumgänglich nöthig, daß der bürgerliche Ausschuß immer in einer die Zahl der Magistratsglieder wenigstens um die Hälfte überlegenen Zahl gewählt werde, um hiedurch die Einsicht in die Verwaltung des Gemeindevermö-

gent mehr zur Publizität zu bringen, mithin der größtmöglichen Anzahl der Kommunitätsmitglieder die nöthige Kenntniß zu verschaffen.

Die Erneuerung des Ausschusses muß in der Absicht öfters, als von den Magistrats, vorgenommen werden, damit einerseits die Kenntniß unter dem Ausschusse von dem bürgerlichen Vermögensstande desto geschwinder vertheilt und damit anderseits die Bürgerschaft, welche allemahl den aus einer üblen Verwaltung entstehenden Abgang an der erforderlichen Bedeckung aus ihrem Einkommen erganzen muß, sich in Zelter durch die wirksame Einsicht von Seiten ihres Ausschusses gegen die Eigenmächtigkeit des Magistrats sichern, und durch die in Obvergehalt eingeführte Publizität aller nur möglichen Antheil an der Verwaltung nehmen möge.

8. Damit aber diese Obliegenheit der Bürgern nicht lästig werde, so ist ihre Versammlung auf eine Belohnung keine Rechnung gemacht worden. Inwiefern wird gestattet, daß wenigstens alle Jahre aus denen zur Kontroll beauftragten Ausschusßmännern einer austreten, und dagegen statt seiner gleich ein anderer durch den Ausschuß selbst aus ihm gewählt werden könne, so, daß einer doch immer zwei Jahre lang als kontrollirender Ausschuß diene, und immer umgewechselt der jährlich mit einem aus ihnen geschehenen Abänderung in der Sachkenntniß bleiben, und den zugewachsenen Neuen davon unterrichten könne.

Zu welcher Rücksicht kommt der bürgerliche Ausschuß bei ihrer Wahl?

10. dahin zu sehen haben wird, daß zwar rechtschaffene, wohlverstandene, ungleich aber auch mit einigem Vermögen begabte Bürger gewählt werden, welchen diese Verwendung nicht so leicht zur Verfügung oder Nachtheil in ihrem Gewerbe gereichen, und welchen das zu seyn mehr schätzbarer als eine Vergütung selbst ist.

11. Haben sie auf das Wohl der gesamten Bürgerschaft ihr ganzes Augenmerk zu richten, zur Befriedigung der Bürgerschaft dießfalls einen Entwurf dem Magistrat in pleno abzulegen, und die oben bestimmte Zeit in diesem Charakter zu verbleiben, außer es würden sich erhebliche, oder gar eine verhältnißliche Abänderung nach sich ziehende Fälle ergeben, über welche nach dem 4. §. zu erkennen, und dem Ausschusse eine weitere Wahl anzukündigen wäre.

12. Damit endlich mit dem Gemeinvermögen nicht so, wie es bisher geschehen ist, in den Tag hinein gewirthschaftet werde, und die Stadt gleichsam unwissend in Schulden verfallen möge, so ist erforderlich, daß alle Jahr um Michaelizeit ein Präliminar-Erforderniß- und Bedeckungs-Entwurf, das ist ein solcher Aufsatz einverständlich mit dem bürgerlichen Ausschusse verfaßt werde, woraus zu ersehen ist, was die Stadt im folgenden N. Jahr für Ausgaben und Unkosten zu bestreiten haben werde, wobei insbesondere im Laufe des Jahres auf die Zuhaltung desselben, und auf den Amortisationsfond zu Tilgung der Passivschulden zu sehen seyn wird, damit die Bürgerschaft nicht zu außerordentlichen Beiträgen zu Bedeckung des Abgangs verhalten werden dürfe.

Diese Einrichtung der Verwaltung des Gemeindevermögens machte den Magistrat zur repräsentirenden Obrigkeit und zum Verwaltungsorgan, die Bürger aber, die Eigenthümer des Gemeindevermögens, und beziehungsweise den bürgerlichen Ausschuß und seine Repräsentanten zum Kontrolor und beschränkte die Verwaltung durch den Alles überwuchernden Einfluß der landesfürstlichen Behörden, welche eine bis auf geringes Detail sich erstreckende Vormundschaft ausübten.

„Um die unnöthigerweise zu sehr vermehrten Geschäfte und die daraus entstehenden zahllosen oft schädlichen Schreibereien zu vermeiden,“ erweiterte Seine Majestät mit dem Hofdekrete vom 29. Jänner 1800 den Wirkungskreis der Länderbehörden.

Nach demselben konnten aber doch nur die Kreisämter den größeren Städten und Gemeinden die Erlaubniß zu Auslagen bis 100 fl., den kleineren bis 50 fl. geben, die Magistrate aber ihr Personal bis ausschließig der Sekretäre ohne Bestätigung der Landesstelle besetzen, städtische Auslagen in größeren Städten bis 50 fl., in kleineren bis 25 fl. passiren.

Dieses System, welches zudem in der Ausführung bis auf die Spitze getrieben, äußerst umständlich und lähmend wurde und in eine wahre Schreibmanie ausartete, erhielt sich im Wesentlichen bis zum Erscheinen der neuen Gemeindeordnung (1849) und hatte sich, wenigstens in Mähren, so eingelebt, daß sich in der Ausführung dieses freisinnigen Gesetzes auch dann noch nur schwer davon losgemacht werden konnte und namentlich Brünn in der Ordnung seiner Gemeindeverhältnisse mannigfach beirrt wurde.

Es wäre aber undankbar nicht anzuerkennen, daß in der letzten Zeit des Bestandes des alten Systems, nachdem das Gemeindegewesen in Folge der Zeitverhältnisse, Mangels an Gemeinsinn und Theilnahme am Gemeindeleben, übler Gebahrung u. a. größtentheils sehr herabgekommen war, eben die landesfürstlichen Behörden dasselbe durch Untersuchungen und Ordnung wieder sehr gehoben haben und namentlich der Gubernialrath Ritter von Lachnit, der iglauer Kreishauptmann Ritter von Wersch, die Kreiskommissäre Uhersek (in Znaim) und Hubner (in Gradisch), der Magistratsrath Tass (in Gradisch) u. a. sich dabei wesentliche Verdienste erworben haben.

Wir haben gesehen, wie die neue Einrichtung des Kriegswesens, besonders das stehende Militär, die Bürger um ihre militärische Bedeutung, wie das schrankenlose Uebergewicht der höheren Stände nach Unten und der Absolutismus von Oben die Bürger nicht nur um ihre politische Bedeutung, sondern selbst um die eigene Wahrnehmung ihrer häuslichen Gemeindeangelegenheiten gebracht. Wir wollen nun sehen, wie das Eindringen des fremden Rechtes, das Streben nach Einheit desselben, die mit der Verbannung aller Mündlichkeit und Oeffentlichkeit verbundene kunstmäßige Ausbildung oder besser Verbildung der Rechtspflege, die Bürger auch um die Autonomie und ihre richterliche Wirksamkeit gebracht hat.

Wir haben schon früher erwähnt (S. 254 ff.), wie sich ein allgemeines Stadtrecht, ein festes Wohnheitsrecht des Bürgerstandes und des nach deutschem Rechte lebenden Bauernstandes, gebildet, dasselbe sich, nach nationalen Sitten und örtlichen Einwirkungen, in Gruppen für ganze Länder oder doch größere Bezirke derselben theilte und das brünner Stadtrecht hierin eine hervorragende Stellung einnahm.

Wir haben erwähnt, wie das auf Grund allmählig entwickelter Rechtsgebräuche nach flandrischem und österreichischem Muster von Benzel I. 1243 verbesserte und erweiterte brünner Stadtrecht (*jura originalia*, in Bodel's Codex III. 12) sich auf ein völlig ausgebildetes Bürgerthum gründet, als städtische Gerechtsame (*justitia civilis*): unabhängige Gerichtsbarkeit, Markt- und Münzrecht, Freiheit der Person und des Gutes, Freiheit vom Heirathszwange und von Veräußerungspflicht, Weilrecht, Raufreiheit, Befreiung vom slavischen Rechte, als Stadtfriede (*pax civilis*) Strafrecht mit Blutbann, endlich (als *jura municipalia*) Bestimmungen des Civilrechtes und Civilverfahrens umfaßt, wie in der den Schöffen eingeräumten Autonomie die Bedingung zur weiteren Fortbildung dieses Rechtes gegeben war und den erweiterten Bedürfnissen durch Schöffensatzungen nachgeholfen werden konnte.

Wir wollen denselben noch einige Aufmerksamkeit zuwenden ¹⁾.

Seitdem die Deutschen in Folge der Völkerverwanderung größere Staaten gegründet und feste Wohnsitze gewonnen hatten, machte die Verührung mit den Römern, deren Einrichtungen sie aufnehmen oder beseitigen, deren Stellung zu ihnen, so wie die Besitzverhältnisse sie ordnen mußten, die Vermischung der verschiedenen deutschen Volksstämme, ihr Uebertritt zum Christenthume u. a. geschriebene Gesetze nöthig. Es fanden vom fünften bis neunten Jahrhunderte bei allen deutschen Volksstämmen Aufzeichnungen des Rechtes unter öffentlicher Autorität Statt, welche wir mit dem Namen *Volkrechte* (*leges barbarorum*) zu bezeichnen pflegen. Sie sind vorwiegend Strafgesetze und behandeln im Zusammenhange mit den Verbrechen und Rechtsverletzungen auch das auf sie bezügliche Beweisverfahren und den Proceß. Das Privatrecht tritt zurück. Am meisten wurden die Verhältnisse des Grundbesitzes und die Formen seiner Uebertragung berücksichtigt, das Erbrecht, das Güterrecht der Ehegatten und das Familienrecht überhaupt, die Leistung des Schadenersatzes und die Verfolgung des Eigenthums oder dinglichen Rechtes an beweglichen Sachen. Rechtsfälle, welche in der Ueberzeugung und der Kunde Aller lebten und täglich geübt

¹⁾ Um Mißverständnissen vorzubeugen, müssen wir bemerken, daß wir nicht ausschließlich für Gelehrte, sondern für das größere Publikum schreiben, welchen wir die Resultate der neuesten Forschungen zugänglich machen wollen. Der folgenden Uebersicht der Entwicklung des deutschen Rechtes und beziehungsweise der Bedeutung unserer einheimischen Rechtsquellen liegt zu Grunde: Geschichte der deutschen Rechtsquellen, von Stobbe, Braunschweig 1860.

wurden, glaubte man bei der Aufzeichnung des Volksrechtes übergehen zu können.

Mit Ausnahme der angelsächsischen sind alle Volksrechte in lateinischer Sprache geschrieben, in welcher bis in das 13. Jahrhundert auch alle Rechtsquellen Deutschlands verfaßt sind; erst seitdem kommt die deutsche neben der lat. in Gebrauch. Trotz alles Partikularismus ist doch eine große Uebereinstimmung der Grundsätze in den allgemeinen Volksrechten, welche sich nach der Verwandtschaft der Stämme in Gruppen theilen: die fränkische, die alemannisch-bairische, die sächsische und die burgundisch-westgotische Familie. In denjenigen Staaten, welche auf römischem Boden gegründet wurden, behielt das römische Recht noch immer eine große Bedeutung, weil die Deutschen die unterworfenen Völker, besonders auch die Römer, im Allgemeinen beim Genuße ihres bisherigen Rechtes beließen und nur in einzelnen Beziehungen dem Rechte des herrschenden Stammes unterwarfen. Wo Deutsche und Römer unter einander in denselben Staaten oder Gemeinden wohnten, konnte ein gegenseitiger Einfluß ihres Rechtes nicht ausbleiben, und es sind in den Gesetzbüchern derjenigen Völker, welche römisches Gebiet in Besitz genommen haben, Grundsätze des römischen Rechtes in größerem oder geringerem Umfange anerkannt worden. Eine weitere Bedeutung hatte dasselbe als Recht des Clerus und der Kirche; zeigte sich in den Gesetzbüchern irgendwo eine Lücke, so war das römische Recht für die Kirche die allgemein ergänzende Quelle, aus welcher der Ungewißheit abgeholfen wurde; und auch die Kaiser benützten die römischen Gesetzbücher, wo es sich um das Recht der Geistlichkeit handelte. Im Allgemeinen war aber Kenntniß und Anwendung des römischen Rechtes auf die Römer und die Geistlichkeit beschränkt und nur in einzelnen Beziehungen von den Deutschen angenommen.

Als die Karolinger auf den Thron gelangten, das Reich und die Verhältnisse sich ungemein erweiterten, wurde eine Erweiterung der Rechtsbestimmungen über die Volksrechte hinaus nöthig.

Die Könige gaben theils in Verbindung mit den Reichsversammlungen, theils für sich allein Edikte, Capitularien, Verordnungen und Ausschreiben in großer Zahl, welche für das Recht und die Verwaltung sehr wichtig wurden.

Im Laufe der Zeit änderten sich aber nicht bloß die Grundlagen, auf welchen der Staat durch die Karolinger ausgerichtet war, sondern auch die ständischen Verhältnisse, die Ansichten über die Verbrechen und deren Strafen, und über die Beweismittel in einem solchen Grade, daß die Volksrechte und Capitularien außer Übung kommen mußten. Während der karolingische Staat seinen Mittelpunkt im Kaiser hatte, zerfiel nun Deutschland in eine große Zahl von Herrschaften, welche nur lose durch das Lebensband zusammengehalten wurden und eine immer größere Unabhängigkeit vom Kaiser anstrebten und erreichten; die Lebensverhältnisse durchdrangen das gesamte Staatswesen und ließen das Volk in neue Stände zerfallen.

Die alten Volksrechte hatten vornehmlich vom Strafrechte gehandelt und die Bußen für die Verbrechen nach dem ständischen Unterschiede bestimmt; mit der Bildung neuer Stände und mit der allmäligen Ausdehnung der öffentlichen Strafen gegenüber den bisherigen Privatbußen wurden neue strafrechtliche Grundsätze nothwendig. Der sich ausbreitende Verkehr, das aufblühende städtische Leben, die veränderten Grundbesitzverhältnisse machten die fortdauernde Geltung der alten Gesetze unmöglich und ließen neue Rechtsätze sich ausbilden.

Nachdem die geschriebenen Gesetze ihre Geltung verloren hatten, lebte das deutsche Volk wieder wie ehemals nur nach dem Gewohnheitsrecht und dem Herkommen, welches sich im Laufe der Zeit weiter und weiter entwickelte und je nach dem Stamme, dem Lande oder der Gemeinde in den verschiedensten Formen ausbildete. Das Recht war bis zum 12. Jahrhunderte im Wesentlichen ungeschrieben und lebte nur im Wissen derjenigen Männer, in deren Kreise es galt. War so die Volksthümlichkeit des Rechts gesichert, so entstand doch auch eine große Rechtsunsicherheit und es wurden Klagen über den Mangel an einem festbestimmten, oder das ganze Deutschland umfassenden Rechte allgemein. Erst allmählig seit dem 11. und 12. Jahrhunderte beginnen die Rechtsaufzeichnungen, welche zum größten Theile kein neues Recht schufen, sondern nur, um jedem Zweifel zu begegnen, das geltende Recht durch die Schrift fixirten, sei es, daß die Gemeinde selbst, oder ein Privatmann ohne höhere Autorisation die Aufzeichnung unternahm. Diesen Charakter haben sowohl die Rechtsbücher, als auch die Landrechte, Dienstrechte, Lehenrechte, Hofrechte und manche Stadtrechte. Daneben regelte man aber auch durch Uebereinkunft solche Verhältnisse, für welche es an festen, in der Ueberzeugung der Gesamtheit lebenden Rechtsnormen fehlte.

Nicht die Gesetzgebung des Kaisers oder der Landesherren, sondern die Autonomie der Gemeinden ist die fruchtbarste Quelle der Rechtserzeugung. Das römische und canonische Recht üben in dieser Periode noch keinen Einfluß. Hatte das Gewohnheitsrecht einen lokalen Charakter gehabt, so waren auch die Erzeugnisse der Autonomie sehr mannigfaltig; aber es wurde durch die gleiche Nationalität, ähnliche Bedürfnisse und Verhältnisse eine Gemeinschaftlichkeit im Inhalte bedingt und es bestand trotz der Mannigfaltigkeit auch zugleich eine Einheit in den vielen Erzeugnissen des mittelalterlichen Rechtes. Darüber war man sich auch im Mittelalter bewußt und nannte solche Rechtsätze, von denen man überzeugt war, daß sie in ganz Deutschland oder einem größeren Lande galten, gemeines Recht im Gegensatz gegen Willküren, Weichbildrecht und lokales Recht überhaupt.

Zunächst war man darauf bedacht, das öffentliche Recht durch geschriebene Rechtsquellen zu ordnen und festzustellen; Verfassungsrecht, Strafrecht, Polizei und Prozeß sind der vornehmlichste Gegenstand der Rechtsaufzeichnung und erst allmählig nimmt auch das Privatrecht einen immer größeren Raum ein.

Aus dem 12. Jahrhunderte besitzen wir nur wenige Rechtsquellen, mit dem 13. wird ihre Zahl und Ausführlichkeit immer größer, bis sie im 15. zu einer fast unübersehbaren Masse angewachsen sind. Erst seit der Mitte des 15. Jahrhunderts begann das römische Recht auf die einheimische Rechtsentwicklung einen weitergehenden, mannigfach bestimmenden Einfluß zu gewinnen.

Das ganze 12. Jahrhundert hindurch bediente man sich der lateinischen Sprache; die erste größere deutsche Rechtsaufzeichnung ist der Sachsenspiegel und erst seit der Mitte des 13. Jahrhunderts machte man auch in Stadtrechten von der deutschen Sprache Gebrauch.

Die Volksrechte und Kapitularien waren außer Übung gekommen und das Princip der Persönlichkeit der Rechte war der Territorialität gewichen; damit waren aber die Stammesunterschiede nicht gefallen, sondern es bestehen manche der Rechtsverschiedenheiten, welche sich in den Volksrechten zeigten, auch noch in den späteren Quellen weiter fort, und es lassen sich die Rechtsquellen, welche demselben Stamme angehören, auch ihrem Inhalte nach als eine zusammenhängende Familie betrachten. Am deutlichsten ist diese Stammesverwandtschaft in den sächsischen Quellen zu verfolgen. In Sachsen, wo das alte Recht sich in großer Reinheit erhielt und man sich verhältnißmäßig am längsten gegen die Aufnahme des römischen Rechtes wehrte, entstanden zuerst Aufzeichnungen von größerem Umfange, welche das Rechtsbewußtsein befestigten, eine eigene Literatur hervorriefen und für alle späteren sächsischen Rechtsquellen Muster und Anhalt gewährten. Es bildete sich hier der Begriff eines gemeinen Sachsenrechtes aus, welches besonders auf dem Sachsenspiegel und dem sächsischen Weichbild beruhte und in den sächsischen Ländern überall zur Anwendung kam, wenn es an speziellen Rechtsgrundsätzen fehlte. Nicht ganz eben so geschlossen und fest hatte sich das schwäbische, bairische und fränkische Recht entwickelt. Außer der Stammesgemeinschaft bewirkte auch die Zusammengehörigkeit zu einem Territorium die Gleichmäßigkeit der Rechtsquellen, welche in demselben entstanden.

In der Zeit vom 9. bis 12. Jahrhundert, in welcher es an geschriebenen Rechtsquellen fast ganz fehlte, entwickelte sich das deutsche Gewohnheitsrecht in den einzelnen Kreisen auf sehr mannigfaltige Weise. Wir lernen es aus den Urkunden über einzelne Rechtsgeschäfte, später auch aus den oft aufgezeichneten Erklärungen kennen, durch welche von Zeit zu Zeit die hauptsächlichsten Rechtsätze, welche in den einzelnen Gemeinden galten, dem Volke bekannt gemacht und dem Gedächtnisse von Neuem eingeschärft wurden, um durch mündliche Tradition den Mangel an gesetzlichen Bestimmungen zu ersetzen.

An den verschiedensten Orten, in städtischen und in Dorfgemeinden gaben auf Befragen des Richters einzelne Schöffen vor versammelter Gemeinde Erklärungen über das geltende Gewohnheitsrecht ab, welche Weisthümer,

Deffnungen, Sprachen, in Sachsen auch Ordele heißen. Nicht bloß dann ergeht ein Weisthum, wenn kein Zweifel herrscht und das allgemein für Recht Erkannte ausgesprochen werden soll, sondern man wendet sich auch, wenn sich ein Streit erhebt und nicht alle Interessenten über das geltende Recht einig sind, an die Personen, in deren Kreise es lebt, an die Gemeinde, und läßt von einer Zahl auserwählter, besonders rechtskundiger Männer durch eine feierliche Erklärung feststellen, was Rechtens ist. Da sich im Laufe der Zeit das Rechtsbewußtsein der Gemeinden und der Einzelnen änderte und nicht ein stereotypes Festhalten an den alten Erklärungen verlangte, so änderte sich auch allmählig das Weisthum, welches jeberzeit der lebendige Ausdruck dessen ist, was für Recht angesehen wird.

Die Weisthümer wurden aus verschiedenen Veranlassungen aufgezeichnet, bald um das in dem Bewußtsein lebende und durch die Uebung beobachtete Recht zu fixiren und künftiger Unsicherheit vorzubeugen, bald bei bestimmteren Gelegenheiten, besonders wenn eine andere Gemeinde ein Weisthum sich erbat, um über das dort geltende Recht überhaupt, oder über einzelne Rechtsfragen belehrt zu werden.

Wenn die Ansichten der Schöffen oder Gemeindeglieder von einander abwichen und ein Weisthum nicht erzielt werden konnte, wurde die Entscheidung durch den Ausspruch eines anderen Gerichtes, welches nach demselben Rechte lebte, oder des höchsten Reichsgerichtes unter dem Vorfige des Kaisers gesucht.

Da der Kaiser mit den Reichsständen nur wenige allgemeinere Gesetze erließ, oder rechtliche Anordnungen traf, und die Landesherren in ihrem Sprengel keine gesetzgebende Gewalt besaßen, so stellten die Kreise, in welchen das Bedürfnis nach rechtlichen Normen empfunden wurde, die Städte, bürgerlichen Gemeinden u. s. w., durch gemeinschaftlichen Beschluß und durch Uebereinkommen der Einzelnen neue Grundsätze auf, durch welche dem Bedürfnisse abgeholfen werden sollte (Autonomie).

So gab der Rath mit Genehmigung des Herrn der Stadt oder auch der Gemeinde Statuten, Willküren, so trafen die Lehens- und Dienstherren mit ihren Vasallen und Ministerialen Vereinbarungen über die Rechte am Gut und die Dienste, so ordneten durch Autonomie die Grund- oder Vogteiherrn mit ihren Hinterlassen oder Unterthänigen, die Landesherren mit ihren Landständen, der Bischof mit dem Capitel, die zu Zünften vereinigten Handwerker u. s. w. ihre gemeinschaftlichen Interessen. Es entstanden auf diese Weise 1) Stadt-, 2) Land-, 3) Lehens- und Dienst-, 4) bürgerliche Rechte. Besonders wurde das Recht in den Gerichten durch Entscheidung einzelner Streitigkeiten fortgebildet, indem die Schöffen nicht bloß allgemein anerkannte Grundsätze anwendeten, sondern dann, wenn ihnen keine gesetzliche oder gewohnheitsrechtliche Norm bekannt war, den Rechtsfall aus den allgemeinen und unzweifelhaften Rechtsgrundlagen herausfanden.

Besonders merkwürdig sind die Sprüche städtischer Schöffencollegien, vorzüglich der Oberhöfe, welche eine Gleichmäßigkeit des Rechts in größeren Theilen Deutschlands, vorzüglich was das Privatrecht anbelangt, bewirkten.

Bei dem Mangel an geschriebenen Quellen waren die Schöffen auf ihr gesundes Urtheil angewiesen (brünner Stadtrecht Nr. 681) und konnten, wenn es in ihrem Gerichte an Gesetzen oder Statuten fehlte, das Recht nehmen, woher sie wollten. Sie entschieden, wenn auch nicht nach Willkühr, so doch nach dem Rechtsgefühl oder Rechtsbewußtsein, das in ihnen, welche einen besonderen Beruf aus der Anwendung des Rechtes machten, lebhafter als in den übrigen Mitgliedern des Volks existirte. Die Gefahr der Willkühr war dabei geringer, als sie bei weniger volksthümlichen Gerichten hätte sein müssen; denn das Volk betheiligte sich auch jetzt noch als Umstand bei den Gerichtssitzungen und Jeder, welcher die Ueberzeugung von der Ungerechtigkeit eines Urtheils hatte, konnte durch Schelten des Urtheils den gefällten Spruch vernichten und die Einholung eines neuen Urtheils von einem höheren Gerichte, dem Oberhofe, bewirken. Bald verlangten die Schöffen selbst, welche sich über den Spruch nicht vereinigen konnten, bald die Parteien oder dritte Personen, welche das gesundene Urtheil nicht als gerecht oder richtig anerkennen wollten, daß man sich an den Oberhof wende.

Solche Schöffensprüche der Oberhöfe wurden zum Gebrauche in der Zukunft sorgfältig aufbewahrt und auch von den Stadtschreibern unter öffentlicher Autorität in besondere Bücher abgeschrieben.

Zu den merkwürdigsten gehören die Urtheile der magdeburger Schöffen, welche sie, durchgängig in deutscher Sprache, nach den verschiedensten Theilen Deutschlands versendeten. Sie entschieden nach dem sächsischen Rechte, wie es im Sachsenspiegel und Weichbildrechte enthalten ist, und bildeten dasselbe in freier Weise aus. Jedoch waren sie nicht im Stande, nach den Principien juristischer Deduktion und wissenschaftlicher Interpretation die anerkannten Rechtsätze ihr Urtheil zu motiviren, sondern sie entschieden nach Billigkeitsgründen aus ihrem Rechtsgefühl heraus. Vom Einflusse der sich ausbreitenden gelehrten Bildung hielten sie sich ganz frei und kannten nur ihre Stadtrechtsquellen und die Rechtsbücher; selbst im 16. Jahrhunderte wendeten sie römisches Recht fast gar nicht an. Auch die Urtheile des lübecker Oberhofs enthalten bis in das 16. Jahrhundert hinein fast gar keine Spuren einer Bekanntschaft mit den Grundsätzen des römischen oder canonischen Rechtes. Von einheimischen Schöffen-Urtheilen sind besonders hervorzuheben die brünner (herausgegeben von Köppler) und die iglauer, welche Tomaschek herauszugeben gedenkt und ein großes rechtsgeschichtliches Material erwarten lassen.

Bis zum Anfange des 13. Jahrhunderts gab es in Deutschland nur wenige Rechtsquellen von Bedeutung für die Praxis.

Die Reichsgesetzgebung war sehr spärlich und beschäftigte sich besonders mit dem Strafrechte und der Aufrichtung von Landfrieden. Größer war die Zahl lokaler Rechtsquellen für Städte, Dörfer oder die demselben Herrn unterworfenen Personen (Hof- und Dienstrechte). Die alten Volksrechte waren gänzlich in Vergessenheit gerathen und das römische Recht in Deutschland noch nicht bekannt. Trotz des Mangels an geschriebenem Recht war aber das Rechtsbewußtsein im Volke und besonders in denen, welche das Recht im Gericht anzuwenden hatten, so stark befestigt, als nur irgend wann, und es war natürlich, daß ein lebhaftes Bedürfniß erwachte, dies Rechtsbewußtsein zu fixiren und das geltende Recht in Schriften darzustellen. Es unternahmen daher Privatmänner, ohne Rücksicht auf die Verhältnisse eines bestimmten Ortes oder Gerichtes, diejenigen Grundsätze in größeren Arbeiten zusammenzustellen, welche ihrer Erfahrung gemäß in der Praxis beobachtet wurden und nach ihrem Bewußtsein als Recht anzuwenden waren, und zwar das gesammte Recht, nämlich nicht nur das Privat- und Strafrecht, nebst Gerichtsverfahren, sondern auch das Staats- und Kirchenrecht. Es sind dies die sogenannten Rechtsbücher, die ersten wissenschaftlichen Arbeiten über deutsches Recht, nicht bloß nationalen Ursprungs, sondern auch, wenigstens die älteren, rein deutschen Inhaltes, ohne Anflänge oder Spuren römischen Rechtes, in deutscher Sprache verfaßt, die deutschen Rechtsaufzeichnungen überhaupt.

Während die meisten gesetzlichen Quellen dieser Zeit sich nur auf einzelne Gemeinden oder Landstriche beziehen, enthalten die Rechtsbücher die in ganz Deutschland oder doch in größeren Theilen herrschenden Rechtsgrundsätze, geben auch ausführlichere Nachrichten über das Recht als die ersteren und haben den größten Einfluß auf die Entwicklung des gesetzlichen Rechtes geübt.

Die wichtigsten dieser Rechtsbücher sind der Sachsenspiegel und der Schwabenspiegel, zwischen welchen der Deutschenspiegel steht. Der Sachsenspiegel zerfällt in zwei Theile, das sächsische Land- und das sächsische Lehenrecht. Den ersteren Theil verfaßte im ersten Drittel des 13. Jahrhunderts und zwar wahrscheinlich zwischen 1224 — 1235, ohne Muster und ohne Vorgänger, ohne Kenntniß des römischen Rechtes, aus dem Leben und seiner Erfahrung, nicht aus Büchern, der Ritter Eike von Repgau in der Grafschaft Billingshöhe, in der Nähe des Harzes, zuerst lateinisch, dann von ihm selbst ins Deutsche übersetzt. Sein Werk galt den Sachsen und dem sächsischen Rechte, welches am nächsten an dem alten deutschen Rechte festhielt und schon in alter Zeit Institute besaß, welche erst später im gesammten Deutschland zur Herrschaft gelangten. Das sächs. Landrecht ist nur dem Rechte der freien Ritter und freien Bauern gewidmet; die Städte erwähnt es nur gelegentlich, das Hof- und Dienstrecht schließt es ausdrücklich aus. Der Verfasser des sächs. Landrechtes hat später auch das sächsische Lehenrecht lateinisch (*vetus auctor de beneficiis*) und deutsch behandelt; obwohl es auch eine direkte Beziehung auf Sachsen hat, nimmt es doch seltener auf dasselbe Rücksicht, weil sich die

Grundsätze des Lehenrechtes gleichmäffiger als jene des Landrechtes in ganz Deutschland entwickelten (ohne Einflußnahme des erst viel später daselbst bekannt gewordenen longobardischen Lehenrechtes) und auch Vasallen verschiedener Stämme durch das Lehen mit einander verbunden wurden.

Der Sachsenspiegel, welcher, im Norden Deutschlands entstanden, der erste Versuch ist das gesammte geltende Recht darzustellen, entsprach so sehr dem Bedürfnisse der Zeit, daß er sich nicht nur im Norden schnell verbreitete und anderen Arbeiten zu Grunde gelegt wurde, sondern auch in Süddeutschland Verbreitung fand und bei den Rechtsbüchern, welche man mit besonderer Beziehung auf das hier geltende Recht unternahm, in Stoff und Anordnung benützt und bearbeitet wurde. Zwei süddeutschen Rechtsbüchern liegt der Sachsenspiegel zu Grunde, dem Spiegel deutscher Leute und dem Schwabenspiegel. Der erstere ist ein Mittelglied zwischen dem Sachsen- und Schwabenspiegel und besteht in einer Bearbeitung des Sachsenspiegels, welche ihn zum Theile zu einer neuen Form, die dann in den Schwabenspiegel mit geringeren Umänderungen übergegangen ist, zum Theile aber im engen Anschlusse an die Quelle nur in das Hochdeutsche überträgt. Er ist nach 1235, etwa um die Mitte des 13. Jahrhunderts, in Schwaben entstanden, benützte eine bunte Masse verschiedener Quellen, welche sich oft widersprechen, und scheint wenig Einfluß auf die Praxis erlangt zu haben, um so mehr, als bald eine noch weitere Bearbeitung desselben in Verbindung mit anderen Quellen im Schwabenspiegel erfolgte. Der Verfasser des letzteren ist nicht bekannt, die Zeit der Entstehung fällt zwischen die Jahre 1273 — 1282. Die Sprache ist deutsch. Auch der Schwabenspiegel begreift das Land- und das Lehenrecht. Er will das allgemeine deutsche Recht darstellen, aber nicht, wie es galt, sondern wie es nach den Materialien des Verfassers hätte eingeführt werden können. Seine Arbeit ist eine gelehrte, er nimmt den Stoff hauptsächlich aus Büchern, stützt sein Werk nur hie und da auf das Gewohnheitsrecht, greift eben so wohl zu den alten süddeutschen Volksrechten und zu den Capitularien, welche längst außer Übung gekommen waren, als zu den römischen und canonischen Rechtsquellen, welche man damals in Deutschland erst kennen zu lernen, aber noch nicht anzuwenden begann. Es ist eine verwirrte Compilation voll von Widersprüchen und Mißverständnissen.

Der Sachsenspiegel erlangte nach seinem inneren Werthe und der weiten Verbreitung des, auch in ferne slavische Gegenden verpflanzten sächsischen Stammes, schnell eine weit ausgedehnte Verbreitung besonders in den nördlichen Gegenden Deutschlands. Obgleich zunächst sächsisches Recht darstellend, fand er doch auch bei anderen Volksstämmen wegen der Verwandtschaft aller unter einander eine große Verbreitung. Er ist die Quelle einer großen Zahl von Rechtsbüchern geworden, welche mittelbar oder unmittelbar über ihm entstanden (Deutschenspiegel, Schwabenspiegel, magdeburger Reichbildrecht, vermehrter Sachsenspiegel oder das Rechtsbuch nach

Distinctionen, Richtsteig (Lehrbuch des Processes) Landrechts und Lehenrechts). Eine große Anzahl von statutarischen Rechten entnahmen ihm nicht bloß einzelne Sätze, sondern auch größere Partien.

So verbreitete sich der Sachsenspiegel über den ganzen deutschen Norden von Holland bis Livland; er galt in Holstein, Mecklenburg, Pommern, Preussen, Livland, den Hansestädten, Westphalen, Meissen und Thüringen, Schlesien und der Lausitz, Brandenburg, Böhmen, Mähren, Ungarn, Baiern u. s. w. Noch am Ende des Mittelalters sprach man auf dem Reichstage 1498 die Ueberzeugung aus, daß der dritte Theil Deutschlands nach dem Sachsenspiegel lebe. So konnte sich die Ansicht allmählig bilden, daß er gemeines Recht sei ¹⁾.

Von den abgeleiteten Rechten ist für uns besonders merkwürdig das sächsische Weichbild. Das Recht der Stadt Magdeburg hat den größten Einfluß auf die Rechtsentwicklung anderer Städte gehabt. Da von hieraus bereits im 13. Jahrh. Rechtsbelehrungen nach Halle und nach verschiedenen Städten Schlesiens ergingen, mußte sich bald das Bedürfnis herausstellen, das geltende Recht aufzuzeichnen und den vorhandenen Stoff nach den Materialien zu verarbeiten. Verschiedene Männer unternahmen solche Arbeiten und schlossen sich dabei an den Sachsenspiegel, welcher sehr früh in Magdeburg galt, und an die nach Breslau erteilten Schöffenweisthümer an. Diese Arbeiten weichen von einander vielfach ab. Erst allmählig entwickelte sich diejenige Form des Stadtrechtsbuches, welches gewöhnlich sächsisches Weichbild heißt und, mit einer Glosse versehen, eine sehr große Verbreitung fand. Es stellt die Grundsätze des sächsischen Rechtes für die Städte im Gegensatz gegen das Landrecht dar. Es entstand aus der Verbindung einer Sammlung des magdeburger Schöffenrechtes und einer doctrinellen Arbeit. Beide Theile gehören verschiedenen Verfassern an und wurden erst im Anfange des 14. Jahrhunderts mit einander verbunden. Wahrscheinlich im 14. Jahrhunderte entstand eine Glosse über dem Weichbild, welche das römische Recht stark benützt und die ursprünglichen Verhältnisse an vielen Stellen mißversteht.

In der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts bearbeitete ein unbekannter Verfasser die Grundsätze des sächsischen Rechtes, welches in den Städten (Magdeburg, Leipzig, Halle u. a.) zur Anwendung kamen, in der Absicht, alle Unterschiede zwischen Landrecht, Weichbildrecht und Kaiserrecht zu lehren, also Weichbildrecht unter besonderer Vergleichung mit dem Landrechte darzustellen. Früher unter dem Titel schlesisches Landrecht citirt und benützt, wird es nun das Rechtsbuch nach Distinctionen, minder passend vermehrt

¹⁾ Für die große Verbreitung sprechen auch, außer den vielen Druckauslagen, die noch vorhandenen vielen Handschriften, von welchen Bomeyer 188 des Landrechtes (65 in niederdeutscher, 68 in mitteldeutscher und 4 in oberdeutscher Sprache) und 103 des Sachsenspiegels (44 nieder- 57 mitteldeutsch) kennt.

Sachsenspiegel genannt. Er gehört zu den ausführlichsten und interessantesten Rechtsbüchern, behandelt tief eingehend das gesamte Rechtssystem mit Ausnahme des Lehenrechtes, genoß großes Ansehen, galt in allen Städten, welche magdeburger Recht besaßen, auch in manchen Städten Schlesiens, wurde auch ins Böhmisches übersezt.

So wie der Sachsenspiegel sich vorwiegend im Norden Deutschlands verbreitete, wurde der Schwabenspiegel besonders in Süddeutschland seit dem 13. Jahrhunderte mit großer Bereitwilligkeit in der Praxis angewendet¹⁾. Sein Ansehen als Kaiserrecht, die Aufnahme von römischen Grundsätzen ließen ihn als subsidiäre Rechtsquelle erscheinen, welche neben dem lokalen Recht angewendet werden und bei der Bearbeitung des statutarischen Rechts als Ergänzung dienen konnte. Er wurde in Württemberg, Baiern, von österreichischen Stadtrechten, besonders dem brünner und wiener benützt, verbreitete sich nach der Schweiz, Elsaß, Hessen u. a., ward ins Lateinische, Französische, Böhmisches übersezt (einmal wohl im 14., das andere Mal zu Ende des 15. Jahrh., vielleicht in Mähren, und im 16. Jahrh. gedruckt).

Zu den Rechtsbüchern im weiteren Sinne können wir auch die Formelbücher (dictamen, summa dictaminis oder bloß summa) zu praktischem Gebrauche rechnen, welche wieder seit dem 12. Jahrhunderte in lateinischer und deutscher Sprache beginnen, in großer Zahl und weit verbreitet, zum Theile die ersten Anfänge theoretischer Darstellung enthalten. Ihre Verfasser waren besonders Geistliche, welche gewöhnlich als Notare zum Schreiben der Urkunden verwendet wurden, daneben auch Notare weltlichen Standes und noch später die eigentlichen Rechtsgelehrten. So wie in Italien die Notariatskunst ein Gegenstand besonderer Studien war, so entstanden auch in Deutschland seit dem 13. Jahrhunderte eigene Schulen für Notare²⁾.

Die Formeln betreffen die öffentlichen Verhältnisse des Reichs und der Gemeinden, die Gerichtsverfassung, Handlungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit, die Rechtsverhältnisse der Familie, der Vormundschaft, des Lehenrechtes u. s. w. Erst allmählig gewinnt das römische Recht auch in diesen Quellen Einfluß. Schon im 14. Jahrhunderte besitzen die deutschen Notare einen gewissen Grad humanistischer Bildung. Die Verfasser bedienten sich zu ihren Werken einzelner Urkunden und Urkundenbücher, welche ihnen zur Hand waren, wie Karl IV. Re-

¹⁾ Die Zahl von dermal bekannten 222 Handschriften (wovon nur 12 in niederdeutscher Mundart) des Land- und 178 des Lehenrechtes zeigt eine noch größere Verbreitung als jene des Sachsenspiegels.

²⁾ Henricus de Iacunia, auch Italicus oder Siculus genannt, welcher etwa 1270 nach Prag kam und Notar bei König Otakar wurde, errichtete zu Prag eine Schule für Grammatik und Rhetorik, zu welcher er Alle einlud, qui fieri Notarii cupiunt vel causarum patroni.

gistrator und brünnener Stadtschreiber Johann von Geylnhausen, Verfasser einer solchen Sammlung (S. S. 461).

Während auf dem Lande bei constanteren Verhältnissen das Recht sich im Laufe der Zeit durch Sitte und Herkommen zeitgemäß umbildete, ging die Entwicklung in Städten bei dem Entstehen ganz neuer Verhältnisse in kurzer Zeit viel schneller vor sich; hier bedurfte es der Aufzeichnung, um Recht und Verfassung festzustellen. So erhielt jede Stadt ihr besonderes Recht und es gab fast gar keine geschriebenen Normen, welche gleichmäßig für alle Städte des ganzen Reichs oder auch nur einzelner größerer oder kleinerer Bezirke zur Anwendung gekommen wären. Das Privilegium war es, welches das Recht der einzelnen Stadt zuerst regelte.

Eine Stadt, welche als solche anerkannt war und ihr Recht erhalten hatte, hieß *Weichbild*; ihr Recht gleichfalls *Weichbildrecht*¹⁾.

Alle Urkunden und Privilegien, welche zur Feststellung der Verhältnisse der ganzen Stadt oder einzelner Theile von einer höheren Gewalt ausgingen, nannte man *Handfesten*.

Als die Städte im Laufe der Zeit an Gewalt den Stadtherrn gegenüber gewonnen, die Besetzung der Aemter zum Theile durch Kauf erworben hatten und der Rath die Gerechtsame der Kommune in seiner Hand vereinigte, traf auch dieser, sei es unter Zugiehung der Gemeinde oder ohne dieselbe, Bestimmungen, um die Verhältnisse der Stadt zu regeln: sie hießen *Rören*, *Buerkören*, *Willkören*, *Einungen*, *Skraa*, *recht*, *statuta*, *plebiscita*, *conjuratio* u. s. w.: durch die Autonomie gab sich die Kommune unter Vermittlung des Rathes ihre eigenen Gesetze. Aber es verstand sich das Recht der Autonomie noch nicht für jede Stadt von selbst, und es konnte dasselbe nicht unbeschränkt, ohne Rücksicht auf den Inhalt des Gebots und die Höhe der Strafe, ausgeübt werden. Ursprünglich erlangte die Gemeinde die Befugniß, sich selbst ihr Recht zu setzen, das Recht der *Kur*, nur durch ein besonderes kaiserliches oder landesherrliches Privilegium. Aber auch Städte, welche nicht das Recht zu autonomen Beliebungen erhalten hatten, übten es doch aus und errichteten Statuten, welche vielfach angefochten wurden und Grund zu Zwistigkeiten gaben. Während in den meisten Städten der Rath die Autonomie ohne besondere Einschränkung im Interesse der Kommune ausüben durfte, war er in anderen Städten auf kleinere unbedeutendere Sachen eingeschränkt.

Die Willkühren des Rathes bezogen sich besonders auf das Gebiet der Polizei im weiteren Sinne, auf die Marktangelegenheiten, den Verkauf von Lebensmitteln, Maß und Gewicht, die Zulassung von Fremden zum Markte, auf

¹⁾ Das Wort kommt seit dem 12. Jahrh. besonders in Norddeutschland vor; in nicht-sächsischen Quellen entspricht ihm *burgbann*, *Stadtfriede*. Unter allen Erklärungen scheint die richtigste zu sein von *Wich*, Dorf, Stadt, und *bilden* oder *holen* d. h. abzirklern, also ein bezirktes Dorf, eine abgeschlossene Gemeinde.

die Innungen und den Betrieb der Handwerke, Straßenreinigung und Häuserbau, Erwerb des Bürgerrechts, Gemeindegüter, Viehweide, den Schuß, das Spiel, Frevel u. s. w.

Die von der Gemeinde aufgestellten Willkühren, zu deren festerer Geltung man noch bisweilen die besondere Bestätigung des Königs nachsuchte, pflegte man zu den Hauptfesten und zu den Privilegien, welche die Stadt von ihren Herren bereits besaß, hinzuzuschreiben und mit den übrigen in ihr geltenden Rechtsquellen in einem Buche, dem sogenannten Stadtbuche zu vereinigen. In diese Stadtbücher trug man auch die vor dem Rathe geschlossenen oder vollzogenen Verträge, Testamente, Sühnen, Erbtheilungen, Verzichte, überhaupt Handlungen freiwilliger Gerichtsbarkeit, Wahlen, die Einkünfte der Stadt, Schöffensbriefe auswärtiger Collegien u. s. w. ein; sie heißen im Mittelalter Ordeelbücher oder auch nach dem Einbände rothes, schwarzes Buch u. s. w.

Außer durch die Statuten pflegte das Recht auch durch die Urtheile des Stadtgerichtes weiter fortgebildet zu werden. Da Privilegien und Statuten nicht ausreichen konnten, um alle vorkommenden Fälle zu entscheiden, und da das Recht jener Zeit überhaupt nur zum geringsten Theile aufgeschrieben war, fällten die Schöffen beim Mangel geschriebener Rechtsnormen das Urtheil nach ihrer Rechtsüberzeugung. Sie erklärten dasjenige für Recht, was ihnen, denen die Rechtsanwendung vorzüglich anvertraut war, als recht und gut erschien, was ihnen von ihren Vätern her als Recht überliefert war oder ihren allgemeinen Ansichten vom Recht entsprach. So enthielten die Urtheile nicht bloß Entscheidungen des einzelnen Falls, sondern zugleich einen allgemein gültigen Rechtsatz (daher hießen Ordele auch Rechtsbestimmungen überhaupt), und wie die Kaiser geboten, daß die Urtheile des kaiserlichen Hofgerichtes bei späteren gleichen Fällen als Norm dienen sollten, so legten auch die Städte einen besonderen Werth auf die Urtheile, sammelten sie und schrieben sie als Zusätze zu den Statuten. Dazu kamen dann noch die Urtheile, welche die Schöffen der Stadt in zweifelhaften Fällen von ihrem Oberhose eingeholt hatten, und die Weisthümer, welche sie als Rechtsbelehrungen von ihrer Mutterstadt empfangen.

So häufte sich in den Städten ein größerer Rechtsstoff, mit dessen Sammlung sich besonders die Stadtschreiber beschäftigten¹⁾; es standen im Stadtbuche zusammen Privilegien, Statuten, einzelne Urtheile, Weisthümer, Rechtsbelehrungen von anderen Städten und solche, welche die Stadt selbst an andere geschickt hatte u. s. w. Es lag nun die Aufgabe nahe, dieselben in einheitlicher Redaktion zu verarbeiten und dabei auch das ungeschriebene Gewohnheitsrecht zu berücksichtigen. Seit der Mitte des 13. Jahrhunderts wurden daher Kommissionen in den Städten Nord- und Süddeutschlands nieder-

¹⁾ So sammelte der Stadtschreiber von Iglau 1360 die Privilegien der Stadt, ihre Weisthümer und Schöffensurtheile für die Tochterstädte.

gesetzt, um das gesammte öffentliche und Privatrecht nach den vorhandenen Materialien in einem Stadtrechte zusammenzustellen.

Um, wo es an besonderen städtischen Rechtsätzen fehlte, die Lücken durch eine allgemein anerkannte Norm auszufüllen, benützte man bei der Redaktion der Stadtrechte die Rechtsbücher, oder hing dem Stadtrechte in der Handschrift ein Rechtsbuch als subsidiäre Quelle an. Ferner benützte man auch das Stadtrecht anderer Städte, mit welchen eine Rechtsgemeinschaft stattfand ¹⁾).

Spätere Statuten, welche Sätze des geschriebenen Stadtrechts abänderten, oder neue Bestimmungen enthielten, wurden in dasselbe Buch an leeren Stellen eingetragen und bei den wiederholten Redaktionen und Revisionen berücksichtigt. Auch wurden für einzelne Partien privatrechtlichen, strafrechtlichen und politischen Inhalts besondere Gesetze erlassen, welche neben dem Stadtrechte in Geltung waren.

Ferner gab es auch städtische Rechtsquellen, welche nicht von der ganzen Stadt und für dieselbe gegeben waren, sondern nur einzelnen Corporationen angehörten; so gibt es sehr viele Ordnungen einzelner Zünfte (erste ausführliche in Schlesien jene für die Wollweber in Reichenbach von 1356), welche in früherer Zeit von der Kommune (dem Rath) gegeben oder bestätigt wurden, später einseitig von den Zünften in ihren Versammlungen, den sogenannten Morgensprachen, bisweilen noch unter Konkurrenz des Rathes oder der Stadtherren aufgestellt wurden.

Zu den wichtigsten und bedeutendsten der großen Zahl von deutschen Stadtrechten gehören jene von Augsburg, Straßburg, Köln, Freiburg im Breisgau, Soest, Lübeck, Hamburg, Bremen, Magdeburg, Goslar, München, Freysing, Bamberg, Prag, Wien, Brünn, Jglau u. a. Von besonderer Bedeutung für uns sind die letzteren und das magdeburger Recht.

Dieses (dessen älteste Urkunde vom Jahre 1188 ist) gewann unter allen die größte Verbreitung in Deutschland, kam in Mittheilungen schon zu Anfang des 13. Jahrhunderts nach Schlesien, vollständiger 1235 nach Neumarkt, 1261 und 1295 nach Breslau, 1304 nach Görlitz u. s. w.

Da in slavischen Gegenden sich viele Deutsche, besonders Niedersachsen und Flamländer niederließen, entwickelten sich unter dem Einflusse des flandrischen Rechtes (S. S. 252 ff.) in den durch die neue Colonisation ausblühenden Städten deutsche Stadtrechte, welche für die Erkenntniß des

¹⁾ Neben den eigentlichen Stadtrechten gab es in manchen norddeutschen Städten, z. B. Bremen, Hamburg, Lübeck u. a., sogenannte Bauersprachen (von Bur, Burger, und sprache, Versammlung bedeutet sowohl die Bürgerversammlung, als auch dasjenige, was in ihr vereinbart wurde), welche diejenigen polizeilichen Vorschriften enthielten, nach welchen sich jeder Bürger zu richten hatte, und welche jährlich zur Nachachtung verkündet wurden.

deutschen Rechts von eben so großer Bedeutung sind, als die dem Norden oder dem mittleren Deutschland angehörenden. Unter den böhmischen Stadtrechten ist besonders das von Prag auszuzeichnen. König Bratislaw II. (1061 — 1092) gab den deutschen Colonisten zu Prag das Privilegium, ferner nach deutschem Rechte leben zu dürfen. Die späteren Könige erließen darauf eine Reihe von Privilegien (Bischof, österr. Stadtrechte S. 125 ff.).

Das reichhaltige Stadtrecht, welches sich als von Otakar II. im J. 1269 gegeben bezeichnet, ist wahrscheinlich späteren Ursprungs (nach Tomajsek S. 97 aus dem Ende des 13. oder der 1. Hälfte des 14. Jahr., nach Tomek I. 301 — 303 nicht prager, sondern brünner Recht), wahrscheinlich eine Privatarbeit und besteht in einer Zusammenstellung von Sätzen des prager, brünner und anderer österr. Stadtrechte mit Sätzen des Sachsenspiegels.

Ein anderes prager Stadtrecht enthält Statuten des Rathes und der Bürgerschaft (zwischen 1314 — 1418). Außer dieser Sammlung von Statuten, wohl zum amtlichen Gebrauche des Rathes, gab es in Prag auch noch eine von Köppler (das Altprager Stadtrecht aus dem 14. Jahrhunderte, Prag 1845) als Rechtsbuch bezeichnete Quelle, mit besonders privatrechtlichen und processualischen Regeln, welche zum Theile aus den Statuten geschöpft sind und vielfach mit dem sächsischen, iglauer und brünner Stadtrecht übereinstimmen.

Wien erhielt von den österr. Herzogen seit dem Anfange des 13. Jahrhunderts eine Reihe von Privilegien, unter welchen das Stadtrecht Leopold's vom Jahre 1221 besonders hervorzuheben ist, weil es mit vielen anderen österr. Stadtrechten übereinstimmt und besonders aus dem von Enns vom Jahre 1212 geschöpft ist. Dieses Privilegium wurde vom Herzog Friedrich II. 1244 und vom Kaiser Rudolph 1278 mit einigen Erweiterungen und Abänderungen von Neuem bestätigt und 1340 vom Herzoge Albrecht II. in einer deutschen Redaction mit manchen Zusätzen und Aenderungen bearbeitet.

Für die Geschichte des Privatrechts ist das Stadtrecht von 1435 (wahrscheinlich schon früher entstanden) am bedeutsamsten; viele Artikel sind aus dem Schwabenspiegel genommen.

Von allen Stadtrechten Süddeutschlands (sagt Stobbe, Geschichte der deutschen Rechtsquellen, S. 525) ist das von Brunn das interessanteste, weil wir seine allmälige Ausbildung und den sich immer weiter verbreitenden Einfluß des römischen Rechts auf das Genaueste verfolgen können. Es gibt kein Stadtrecht, in welchem in so früher Zeit das römische neben dem deutschen Recht zu einer so ausgedehnten Geltung gelangte und in einer so verständigen Weise mit dem deutschen Recht verarbeitet wurde.

Das älteste Rechtsdenkmal, welches wir von Brunn besitzen, ist das lateinische Stadtrecht König Wenzel's I. vom Jahre 1243, Jura originalia genannt, in 35 Artikeln, welche größtentheils das Strafrecht, daneben auch den Prozeß, das Civilrecht und die Verfassung betreffen (bei Köppler S. 341 ff.). Es besteht wahrscheinlich aus einer bloßen Zusammenstellung derjenigen Privilegien

und Rechtsätze, welche im Laufe der Zeit in Brünn zur Geltung gekommen waren. Der Inhalt stimmt in vielen Beziehungen mit den Rechtsätzen anderer österreichischer und mährischer Städte überein, wie Enns, Wien, Neustadt, Iglau u. s. w. (Vgl. Rößler S. XXXV. CXIII.), besonders aber mit den Bestimmungen des wiener Rechts (Vgl. Rößler S. CXVI.). Die Jura originalia wurden sodann mit einzelnen Abänderungen in das Deutsche übertragen (Vgl. Rößler S. XL., gedruckt S. 341 ff.); eine zweite deutsche Bearbeitung aus dem Anfange des 14. Jahrh. hat bereits manche neue Sätze (bei Rößler S. 336 ff.), welche zum Theil aus Schöffensatzungen entstanden sein mögen, zum Theil mit dem iglauer Recht wörtlich übereinstimmen und die ursprünglichen Sätze des brünner Rechts abändern (Vgl. Rößler S. CXVII. und Tomaschek deutsches Recht in Oesterreich S. 95). Später erhielt die Stadt von den Königen noch eine große Zahl weiterer Privilegien (bei Rößler S. 367 ff. 375 ff.; eine Uebersicht über dieselben bei Bischoff S. 16 ff.). Zu ihnen kam noch ein reichliches Material durch autonomische Bestimmungen (eine Reihe derselben bei Rößler S. 387 ff.) und durch Rechtsprüche hinzu, welche von Brünn aus nach verschiedenen Städten und Orten ganz Mährens und der benachbarten Länder ergingen ¹⁾. Die Schöffen fällten ihre Entscheidungen nach ihrem Rechtsbewußtsein und nach den Jura originalia, unter theilweiser Benützung auch anderer deutscher Rechtsquellen oder der römischen Rechtsbücher (Vgl. Rößler S. CXVII.).

In der Mitte des 14. Jahrhunderts verarbeitete ein Stadtschreiber von Brünn, Johannes, wir wissen nicht ob aus eigenem Antriebe oder im Auftrage der Stadt, dies große Material übersichtlich zu einem lateinischen Rechtsbuch, welches wir das Brünner Schöffensbuch zu nennen pflegen ²⁾.

Nach dem Muster der damals in großem Ansehen stehenden Summen über das fremde Recht vertheilte er den ganzen Stoff unter gewisse Rubriken, welche er in alphabetischer Ordnung auf einander folgen ließ, de actionibus, de ac-

¹⁾ Ein Verzeichniß der Orte, welche Brünn zum Oberhose hatten, gibt Rößler S. CXVIII. Nr. 1. — a. 1350 verbot König Johann einer Reihe von Städten ihr Recht anderswoher zu holen, als von Brünn: in civitate nostra Brunensi, in qua copia sapientum existit, et quam inter ceteras civitates terrae nostrae, cum sine ipsa ipsae aliae essent quasi acephalae, internae dilectionis affectu prosequimur; die Urkunde steht bei Gengler S. 54 f.

²⁾ Schon zu Ende des 15. Jahrhunderts wurde dasselbe zu Brünn gedruckt, vgl. Rößler S. XLVI., doch ist die Ausgabe jetzt sehr selten; nach Vergleichung mehrerer Handschriften wurde es neu herausgegeben von Rößler S. 1 — 338. Derselbe Stadtschreiber Johannes verlegte auch im J. 1345 das bis 1360 reichende älteste Losungarium der Stadt, so wie auch das älteste Stadt- resp. Grundbuch, vom J. 1344 anfangend und bis zum Jahre 1376 reichend. Uebrigens vermehrte der brünner Stadtschreiber Wenceslaus de Iglavia in einem zweiten, gleichfalls mit schönen Miniaturen versehenen, 1446 vollendeten Pergament-Codex das Schöffensbuch des Stadtschreibers Johann in der Materie vom Erb- rechte (Meine Liter. Gesch. S. 487).

curationibus, de advocatis, de aquis u. s. w. Er benützte bei seiner Arbeit nicht bloß das auf Privilegien und Statuten beruhende Recht der Stadt und die Urtheilssprüche des Gerichts, sondern verband damit zugleich dogmatische Ausführungen, welche die Rubriken einleiten, oder die Schöffensprüche unter einander verbinden. Hier und da werden die sächsischen Rechtsbücher, bisweilen auch der Schwabenspiegel benützt; einzelne Schöffensprüche citiren Stellen aus dem römischen Recht, oder legen sie der Entscheidung zu Grunde (Rößler S. CXVIII — CXX.). Die doktrinären Ausführungen, welche Johannes aus seinem eigenen Studium hinzufügte, um dem Werk den Charakter eines Lehrbuches zu verleihen, sind wesentlich romanistisch-canonischen Ursprunges und aus angesehenen Handbüchern der fremden Rechte, besonders wohl aus canonischen Summen geschöpft (Rößler S. CXX. CXXI.). — Der Inhalt begreift das gesammte Recht, besonders den Prozeß und das Privatrecht, von welchem das Vertragsrecht mit großer Ausführlichkeit behandelt ist.

Das Schöffensbuch wurde nicht bloß in Brünn noch bis in das 18. Jahrhundert angewendet (Rößler Vorwort S. XIV.), sondern auch den mit brünner Recht bewidmeten Städten mitgetheilt, und war weithin in ganz Böhmen und Mähren verbreitet.

Nach diesem Schöffensbuche hielten sich zu Brünn, als Oberhof, die daselbst genannten Gerichtsorte Altbrünn, Auspiß, Austerliß (Raufferlicz, Rauffedlicz), Barfuß, Bisenz (Bzenecz), Bitesch (Heinrichs), Borkowan, Boskowiz, Ungarisch-Brod, Budischau, Butschowiz, Budwiz (statt der ersteren zwei wohl dieses unter Pudespicz gemeint), Czernowiz (Schirnowiz), Dürnholz (Drohätiz, Draholecz), Eibenschiz (Eywanczicz, Wybanczicz, Wybenczicz), Gaya (Geyow), Gerspiz, Gewitsch, Gurbau, Gurein, Hostiehradel, Grabisch (Red, Redisch), Hulein, Jechnicz, Jedowniz, Kameniz, Kaniz, Klobauf, Küniz, (Gueniz, Gnechnicz), Kofel (Podirwin), Kremfier (Chremß), Kromau (Crupnam), Lautschiz, (Lauczans, Lauczano, Blutschina), Lettowiz, Mikultschiz, Mödriß, Möniz (Meneis), Rennowiz, Niemtschiz, Nikolsburg, Pralitz, Proßniz (Prostans), Priesniz, Pohrlitz (Pohořelitz), Raufniz (Ruffano, Raufencz, Raufans), Saar (Zahars, Sahars), Scharatiz, Schimiz (Schibniz), Seelowiz, Skalitz (Galic, in Ungarn), Stifowiz, Straczek, Struß, Strzelitz, Stritesch, Tischnowiz, Trebitsch (Dreswicz), Urbau, Weißkirchen (alba ecclesia), Wessely, Wischau, Znaim u. s. w. Einige Orte kommen sehr oft vor, als Grabisch 24, Kremfier 39mal u. s. w. (Ueber die ältesten Municipalrechte der k. Stadt Brünn und dessen Bezirks, nach einem Codex des 14. Jahrh., von Monse, Olmütz 1788, S. 11; Rößler S. CXVIII).

Markgraf Johann, unter welchem das goldene Zeitalter Mährens blühte, gebot 1350 den Bewohnern seiner Städte Möniz, Auspiß, Pohrlitz, Eibenschiz, so wie anderer Städte und Dörfer, welche bisher ihr Recht in der Stadt Möniz geholt, dies künftig bei dem brünner Schöffensstuhle zu thun, da es dort eine Menge Weiser gäbe und ohne die Stadt Brünn sein Land wie ohne Haupt

Distinctionen, Richterig (Lehrbuch des Prozesses) Landrechts und Lehenrechts). Eine große Anzahl von statutarischen Rechten entnahmen ihm nicht bloß einzelne Sätze, sondern auch größere Partien.

So verbreitete sich der Sachsenspiegel über den ganzen deutschen Norden von Holland bis Livland; er galt in Holstein, Mecklenburg, Pommern, Preussen, Livland, den Hansestädten, Westphalen, Meissen und Thüringen, Schlesiens und der Lausitz, Brandenburg, Böhmen, Mähren, Ungarn, Baiern u. s. w. Noch am Ende des Mittelalters sprach man auf dem Reichstage 1498 die Ueberzeugung aus, daß der dritte Theil Deutschlands nach dem Sachsenspiegel lebe. So konnte sich die Ansicht allmählig bilden, daß er gemeines Recht sei¹⁾.

Von den abgeleiteten Rechten ist für uns besonders merkwürdig das sächsische Weichbild. Das Recht der Stadt Magdeburg hat den größten Einfluß auf die Rechtsentwicklung anderer Städte gehabt. Da von hieraus bereits im 13. Jahrh. Rechtsbelehrungen nach Halle und nach verschiedenen Städten Schlesiens ergingen, mußte sich bald das Bedürfnis herausstellen, das geltende Recht aufzuzeichnen und den vorhandenen Stoff nach den Materialien zu verarbeiten. Verschiedene Männer unternahmen solche Arbeiten und schlossen sich dabei an den Sachsenspiegel, welcher sehr früh in Magdeburg galt, und an die nach Breslau ertheilten Schöffenweisthümer an. Diese Arbeiten weichen von einander vielfach ab. Erst allmählig entwickelte sich diejenige Form des Stadtrechtsbuches, welches gewöhnlich sächsisches Weichbild heißt und, mit einer Glosse versehen, eine sehr große Verbreitung fand. Es stellt die Grundsätze des sächsischen Rechtes für die Städte im Gegensatz gegen das Landrecht dar. Es entstand aus der Verbindung einer Sammlung des magdeburger Schöffenrechtes und einer doctrinellen Arbeit. Beide Theile gehören verschiedenen Verfassern an und wurden erst im Anfange des 14. Jahrhunderts mit einander verbunden. Wahrscheinlich im 14. Jahrhunderte entstand eine Glosse über dem Weichbild, welche das römische Recht stark benützt und die ursprünglichen Verhältnisse an vielen Stellen mißversteht.

In der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts bearbeitete ein unbekannter Verfasser die Grundsätze des sächsischen Rechtes, welches in den Städten (Magdeburg, Leipzig, Halle u. a.) zur Anwendung kamen, in der Absicht, alle Unterschiede zwischen Landrecht, Weichbildrecht und Kaiserrecht zu lehren, also Weichbildrecht unter besonderer Vergleichung mit dem Landrechte darzustellen. Früher unter dem Titel schlesisches Landrecht citirt und benützt, wird es nun das Rechtsbuch nach Distinctionen, minder passend vermehrter

¹⁾ Für die große Verbreitung sprechen auch, außer den vielen Druckauslagen, die noch vorhandenen vielen Handschriften, von welchen Homeyer 188 des Landrechtes (86 in niederdeutscher, 68 in mitteldeutscher und 4 in oberdeutscher Sprache) und 103 des Lehenrechtes (44 nieder- 57 mitteldeutsch) kennt.

Sachsenspiegel genannt. Er gehört zu den ausführlichsten und interessantesten Rechtsbüchern, behandelt tief eingehend das gesamte Rechtssystem mit Ausnahme des Lehenrechtes, genoß großes Ansehen, galt in allen Städten, welche magdeburger Recht besaßen, auch in manchen Städten Schlesiens, wurde auch ins Böhmisches übersezt.

So wie der Sachsenspiegel sich vorwiegend im Norden Deutschlands verbreitete, wurde der Schwabenspiegel besonders in Süddeutschland seit dem 13. Jahrhunderte mit großer Bereitwilligkeit in der Praxis angewendet¹⁾. Sein Ansehen als Kaiserrecht, die Aufnahme von römischen Grundsätzen ließen ihn als subsidiäre Rechtsquelle erscheinen, welche neben dem lokalen Recht angewendet werden und bei der Bearbeitung des statutarischen Rechts als Ergänzung dienen konnte. Er wurde in Württemberg, Baiern, von österreichischen Stadtrechten, besonders dem brünner und wiener benützt, verbreitete sich nach der Schweiz, Elsaß, Hessen u. a., ward ins Lateinische, Französische, Böhmisches übersezt (einmal wohl im 14., das andere Mal zu Ende des 15. Jahrh., vielleicht in Mähren, und im 16. Jahrh. gedruckt).

Zu den Rechtsbüchern im weiteren Sinne können wir auch die Formelbücher (dictamen, summa dictaminis oder bloß summa) zu praktischem Gebrauche rechnen, welche wieder seit dem 12. Jahrhunderte in lateinischer und deutscher Sprache beginnen, in großer Zahl und weit verbreitet, zum Theile die ersten Anfänge theoretischer Darstellung enthalten. Ihre Verfasser waren besonders Geistliche, welche gewöhnlich als Notare zum Schreiben der Urkunden verwendet wurden, daneben auch Notare weltlichen Standes und noch später die eigentlichen Rechtsgelehrten. So wie in Italien die Notariatskunst ein Gegenstand besonderer Studien war, so entstanden auch in Deutschland seit dem 13. Jahrhunderte eigene Schulen für Notare²⁾.

Die Formeln betreffen die öffentlichen Verhältnisse des Reichs und der Gemeinden, die Gerichtsverfassung, Handlungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit, die Rechtsverhältnisse der Familie, der Vormundschaft, des Lehenrechtes u. s. w. Erst allmählig gewinnt das römische Recht auch in diesen Quellen Einfluß. Schon im 14. Jahrhunderte besitzen die deutschen Notare einen gewissen Grad humanistischer Bildung. Die Verfasser bedienten sich zu ihren Werken einzelner Urkunden und Urkundenbücher, welche ihnen zur Hand waren, wie Karl IV. Re-

¹⁾ Die Zahl von dormal bekannten 222 Handschriften (wovon nur 12 in niederdeutscher Mundart) des Land- und 178 des Lehenrechtes zeigt eine noch größere Verbreitung als jene des Sachsenspiegels.

²⁾ Henricus de Isernia, auch Italicus oder Siculus genannt, welcher etwa 1270 nach Prag kam und Notar bei König Otakar wurde, errichtete zu Prag eine Schule für Grammatik und Rhetorik, zu welcher er Alle einlud, qui fieri Notarii cupiunt vel causarum patroni.

Distinktionen, Richter (Lehrbuch des Prozessrechts). Eine große Anzahl von statutarischen nicht bloß einzelne Sätze, sondern auch größere Partien.

So verbreitete sich der Sachsenspiegel über den von Holland bis Livland; er galt in Holstein, Mecklenburg, Livland, den Hansestädten, Westphalen, Meissen u. s. f. und der Lausitz, Brandenburg, Böhmen, Mähren. Noch am Ende des Mittelalters sprach man auf dem Reichstage aus, daß der dritte Theil Deutschlands im Sachsenspiegel lebe. So konnte sich die Ansicht allmählig bilden, Recht sei ¹⁾.

Von den abgeleiteten Rechten ist für uns besonders wichtig das sächsische Weichbild. Das Recht der Stadt Magdeburg hatte einen großen Einfluß auf die Rechtsentwicklung anderer Städte gehabt. Bereits im 13. Jahrh. Rechtsbelehrungen nach Halle und nach Schlesien ergingen, mußte sich bald das Bedürfnis herausbilden, das Recht aufzuzeichnen und den vorhandenen Stoff nachzuverarbeiten. Verschiedene Männer unternahmen solche Arbeit. Dabei an den Sachsenspiegel, welcher sehr früh in Magdeburg, nach Breslau ertheilten Schöffenweisthümer an. Diese Abhandlungen liefen einander vielfach ab. Erst allmählig entwickelte sich diejenige Rechtsbuchform, welches gewöhnlich sächsisches Weichbild heißt und welches, eine sehr große Verbreitung fand. Es stellt die sächsische Rechtsform für die Städte im Gegensatz gegen das Landrecht und ist die Verbindung einer Sammlung des magdeburger Rechts mit einer doctrinellen Arbeit. Beide Theile gehören verschiedenen Zeiten an und wurden erst im Anfange des 14. Jahrhunderts mit einander verbunden. Wahrscheinlich im 14. Jahrhunderte entstand eine Glosse zu dem Weichbild, welche das römische Recht stark benützt und die ursprüngliche Bedeutung an vielen Stellen mißversteht.

In der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts bearbeitete ein Verfasser die Grundsätze des sächsischen Rechts, welches in Magdeburg, Leipzig, Halle u. a.) zur Anwendung kamen, in der Absicht, die Unterschiede zwischen Landrecht, Weichbildrecht und Kaiserrecht zu beseitigen. Das Weichbildrecht unter besonderer Vergleichung mit dem Landrechte dargestellt, unter dem Titel schlesisches Landrecht citirt und benannt. Das Rechtsbuch nach Distinktionen, minder passend.

¹⁾ Für die große Verbreitung sprechen auch, außer den vielen Druckausgaben, vorhandenen vielen Handschriften, von welchen Homyer 188 des Niederdeutschen, 63 in mitteldeutscher und 4 in oberdeutscher Sprache) und 44 nieder- 57 mitteldeutsch) kennt.

scheidung von Iglau herholen zu wollen, z. B. eine oder die andere dem Landrechte unterlagen und sich freiwillig der städtischen Gerichtsbarkeit unterwarfen.

Das Abhängigkeits-Verhältniß der Städte von Iglau wird von diesen selbst mit dem der Söhne zu ihrem Vater, Mündel zu ihrem Vormund, der Glieder zu ihrem Haupte verglichen.

Die Bedingungen, unter denen sodann vom iglauer Schöffenhof die endgiltige Entscheidung (*sententia definitiva*) eintrat und an deren genaue Einhaltung die um dieselbe sich bewerbenden Schöffenhöfe zu wiederholten Malen gewiesen werden, sind folgende: Holten die Schöffen selbst Belehrung ein, so mußten sie es auf ihren Eid nehmen, daß sie das Urtheil nicht selbst finden konnten. Beriefen sich die Parteien, so mußte der ganze Verlauf der Verhandlung mit Klage, Antwort u. s. w. genau schriftlich aufgenommen, der ganze Akt mit dem Siegel der Stadt verschlossen, nicht durch einen schlechten Boten, sondern durch zwei geschworne Schöffen (Eidgenossen) persönlich überbracht werden, die den Fall auch mündlich aufklären mußten. Die Entscheidung sollte endlich „mit schlechter Meinung und kurzen Worten“ und nicht willkürlich, „aus eigenen Haupten“, sondern „nach Maßgab ihres Stadtrechtes oder ihrer Vernunft“ erfolgen.

Die Sanktion, durch welche das Ansehen der von Iglau erlassenen Entscheidung gewahrt wurde, war eine Geldbuße von 50 Mark reinen Goldes von Seite der Partei, die sich gegen das Urtheil auflehnte, wovon die eine Hälfte der königlichen Kammer, die andere den iglauer Schöffen zufiel. Dieselbe gründete sich auf ein Privilegium Karl VI. Datum Pragae a 1357. VI Cal. Junii.

So wurde auch eine eigenmächtige Begebung der Parteien aus dem Stadtrechte in das Land- oder Provinzialrecht mit zehn Marken Silber für jede Partei gestraft.

Bezog sich der Einfluß des iglauer Oberhofes in privatrechtlicher Beziehung bloß auf diejenigen Ortschaften, die ausdrücklich mit iglauer Rechte bewidmet und in ihrem Zugrechte an Iglau gewiesen waren, so war derselbe in montanistischer Beziehung schon *ipsa lege* der höchste Gerichtshof für das Königreich Böhmen und das Markgrathum Mähren. Von der Mitte des 13. Jahrhunderts bis zum 30jährigen Kriege betrachtete sich Iglau in montanistischer Beziehung als „das höchste recht yn dysem kuniglichen regimentt“ und die zahlreichen Berufungen und Anfragen aus allen Theilen Böhmens und Mährens beweisen, daß der iglauer Berggerichtshof auch als solches angesehen wurde. Der Ruf, der von da erlassenen Entscheidungen, die nach Dobner's Ausdruck wie die Aussprüche des delphischen Orakels verehrt wurden, verbreitete sich bald über die Marken dieser Länder. Und so kam es, daß, obwohl die Iglauer sich für nicht verpflichtet erklärten, Anfragen und Berufungen außerhalb Böhmens und Mährens zu erledigen, bald auch von den berühmtesten Bergstädten Sachsens, Schlesiens und Ungarns und anderer Länder Bitten um Belehrungen und Entscheidungen einliefen, denen sie mit ausdrücklicher Berufung auf ihren guten Willen, wenn sonst die oben angegebene gesetzliche Form ge-

wahrt wurde, auch willfahrten. Iglau ist demnach anerkannterweise nicht nur die Wiege der deutschen Berggesetzgebung, sondern auch durch beinahe vier Jahrhunderte der Mittelpunkt des deutschrechtlichen Berglebens (S. auch Tomaschek, deutsches Recht in Oesterreich im 13. Jahrhundert. Auf Grundlage des Stadtrechtes von Iglau, Wien 1859; Bischof, österr. Stadtrechte, S. 43—45).

Während Brünn und Iglau bereits in der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts eigene ausführliche Stadtrechte erhalten hatten, fehlte es der nicht minder bedeutenden Stadt Olmütz an einem solchen. Markgraf Wladislaw (1197—1222), Bruder des Königs Ottakar I., bewilligte zwar derselben den Gebrauch des magdeburger Rechtes (S. dasselbe bei Tschoppe und Stenzel, das deutsche Recht in Schlesien, Hamburg 1882), während für die umliegenden Dorfbewohner ein, schon vom Herzoge Wladimir (1185—1201) in Olmütz statuiertes, wahrscheinlich slavisches Recht neben jenem bestand (Boček II. 213, Bischof S. 44). Wir kennen aber weder die Zeit der Bewilligung, noch den Inhalt des bewilligten Rechtes. Wahrscheinlich wurde Olmütz später mit deutschem beziehungsweise magdeburger Rechte, „welches bisher in Böhmen und Mähren ungewöhnlich und nicht gebraucht war“, bewidmet als die Stadt Freudenthal, welche (vor 1213), wie auch M. Neustadt (1221), dasselbe gleichfalls von Wladislaw erhielten (Boček I. c. II. 68, 147; Enns, Oppoland I. 31, II. 195, Bischof, österr. Rechte, S. 33, 98).

Als nach den Verheerungen in den Einfällen der Mongolen und Ungarn das Städtewesen sich blühend entfaltete, sehen wir auch Olmütz seit 1262 in den Genuß mannigfaltiger Rechte und Freiheiten gelangen, welche ihm unter den übrigen Städten Mährens einen hervorragenden Platz anweisen.

Auch bemerken wir die Bürger seit der Mitte des 14. Jahrhunderts eine rege Thätigkeit entwickeln, vorzüglich die Regelung und Befestigung des Rechtszustandes im städtischen Weichbilde anstreben. In dieser Beziehung erscheint auch hier die, zu gleicher Zeit mit der Anlegung der Landtafeln des olmüzer und brünner Landrechtes, 1348 eingeführte Institution der Stadt- und Gerichtsbücher um so bemerkenswerther, als wir derselben eine der ergiebigsten Quellen der Rechts- und Sittengeschichte der Stadt und eines großen Theiles von Mähren während des 14., 15. und theilweise des 16. Jahrhunderts zu verdanken haben ¹⁾.

Die Führung von Stadtbüchern konnte aber zur Herstellung und Erhaltung eines geregelten Rechtszustandes nur wenig helfen, so lange es an einer der Ausbildung des Verkehrs entsprechenden Rechtsregel fehlte.

¹⁾ Der schon bei Brünn genannte Notar Wenzel Werner von Iglau nimmt auch in Olmütz bei Anlegung von Stadtbüchern eine bedeutende Rolle ein, denn von demselben ist nicht nur ein 1424 angelegtes Memorial, sondern auch das wichtigste der olmüzer Stadtbücher, nämlich jenes von 1480, welches er bis 1448 führte.

Die Olmüßer sahen sich daher schon frühzeitig genöthigt, Rechtsbelehrungen von anderen Orten einzuholen, namentlich von den viel unbedeutenderen Städten Freudenthal und Neustadt. Dieses Mittel genügte jedoch für die Folge noch weniger, da noch immer neue Privilegien zur Entwicklung neuer Rechtsverhältnisse Stoff und Veranlassung gaben. Nur die Abfassung eines eigenen vollständigen Stadtrechtes oder die Mittheilung eines solchen konnte für die Dauer entsprechend erscheinen. Man griff zu diesem Mittel und ersuchte, da die Rechte von Brünn und Iglau zur süddeutschen Familie gehörten, die Stadt Breslau um Mittheilung ihres Rechtes, welche sich unter allen mit magdeburger Recht bewidmeten Städten, außer dem fernen Magdeburg, eines besonderen Ansehens, namentlich in Schlesiens, erfreute und ihre Rechte schon 1214 der mähr. Stadt Bisenz mitgetheilt hatte (Voček II. Urf. 64, 147). Der Breslauer Stadtrath theilte auch, über Auftrag des Königs Karl, 1351 den Bürgern von Olmütz das gesammte Recht der Stadt Breslau mit und behielt sich den Rechtszug der Olmüßer nach Breslau vor; der Vogt, Rätthe, Schöffen und Geschworne der Stadt Olmütz erklärten aber 1352 den Breslauer Rätthen, Schöffen und Geschwornen künftighin in aller Form Rechtes zu gehorchen und Folge zu leisten, so wie auch für jede eingeholte Rechtsbelehrung 24 und dem Gerichtsschreiber 4 Königsgroschen zu zahlen. Und Markgraf Johann bestätigte 1352 seiner Landes-Hauptstadt Olmütz (*que in nostro Marchionatu Capitalis existit*) nicht nur den Gebrauch des mit seiner Zustimmung in Breslau wörtlich abgeschrieben magdeburger Rechtes, sondern befahl auch, daß alle Städte, Märkte und Dörfer Mährens, welche bisher daselbe genossen, namentlich Neustadt, Littau und Schönberg, nirgend anderswärts als in Olmütz ihre Rechtsbelehrungen einholen sollen, wodurch Olmütz Oberhof dieser Orte wurde. Solcher Städte und Ortschaften, in welchen das magdeburger Recht galt, gab es sehr viele. Neustadt, Littau (1243) und Schönberg hatten es vor dem erwähnten Privilegium erhalten, Brerau (1256, 1278), Gemitsch (1258), Braunsberg (1269), Weiskirchen (1292) noch im 13. Jahrhunderte, später Stramberg, Schönberg, Römerstadt, Proßnitz (1406, hatte sich bisher an das brünner Recht gehalten), Sternberg (1408), Hohenstadt (1411), Prödlitz (1439), Reipnitz (1448), Bodenstadt u. a., im 16. Jahrhunderte Trschitz (1546), Giebau (1559), Neutitschein (1562), das bisher von Leobschütz sein Recht hatte, Deutschhause (1565), Bal. Meseritsch (1565), Weischowitz (1585), endlich Braunsfein (1600) und Freiberg (1617). Von den meisten dieser Orte ¹⁾ erliegen die Originalreverse noch jetzt im Olmüßer Stadtarchive, wo-

¹⁾ Viel ausgedehnter zeichnet das nachfolgende Verzeichniß (S. auch Laupky's Beschreibung von Olmütz, 1746, M. S.) den Sprengel des Olmüßer Oberhofes: Diese nachgeschriebene Stadt, Städt, und dörrfer gehören zum Oberrecht nacher Olmütz.

mit sich dieselben verpflichten, in zweifelhaften Rechtsfällen in Olmütz ihre Belehrung zu suchen, dafür einen bestimmten Betrag (bis 1508 vier alte Groschen, seit Wladislaw's Privilegium von diesem Jahre aber 12 böhm. Groschen) zu bezahlen und dem erhaltenen Ausspruche Folge und Gehorsam zu leisten, widrigens der olmüzer Stadtrath nicht weiter verbunden sein würde, Rath oder Belehrung zu ertheilen. Und da die Dorfgemeinden gewöhnlich mit ihren bedeutenderen Rechtsangelegenheiten an die nächste Stadt gewiesen waren, so läßt sich ermessen, welch' großen Einfluß Olmütz als Oberhof auf die Rechtspflege in Mähren üben mochte. Am meisten äußert sich derselbe jedoch erst im 16. und theilweise 17. Jahrhundert, aus welcher Zeit die bei weitem größte Anzahl der vom olmüzer Oberhofe jemals ertheilten und noch erhaltenen Schöfensprüche herrührt. Außer hin und wieder einzeln vorkommenden, befinden sich an verschiedenen Orten Sammlungen derselben (deutsches Recht in Olmütz, von Bischof, Olmütz 1855; desselben österr. Stadtrechte und Privilegien, Wien 1857, S. 106 — 113).

Das magdeburger Recht gewann in Schlesien und der Lausitz bestimmteste Geltung. Zuerst erhielt es unmittelbar Goldberg (1211), später Breslau (1261, 1295) und Görlitz (1304). Ferner wurde auf magdeburger Recht Prenzlau (1235) und Liegnitz (1280) gegründet. In Leobschütz soll es nach der Willkühr von 1276 als Hilfsquelle gelten. Weiter erhielt es Ratibor (1299), Schweidnitz (1363), Teschen (1374, es soll aber Rechtsbelehrungen in Breslau suchen, Eschoppe und Stenzel S. 595¹⁾). Es galt zu Fürstenberg (1281), zu Glas (vor 1500).

St ä d t.

Sternberg, Prosnitz, Newstadt, Prerau, Newtitschein, Littau, Leipnitz, Zabrzez (Hohenstadt), Schimberg, Tobitschau, Mährische Tribau, Weißkirchen, Gewitsch, Miglitz, Zwittau, Bergstadt, Hangersstein, Ramersdorf, Bodenstadt, Meseritsch an dem Flusse Betschwa, Frankstadt, Kloster Grabitz, Freyberg bey Hochwalb, Bautsch, Füllneck, Libau, Altenstadt.

St ä d t l.

Wsetin, Freystadt Unterm Lulau, Gibau, Wisternitz nebst der Stadt Olmütz, Teschtschehaufe, Brodel, Namiescht, Schillberg, Rannitz, Binnel, Goldenstein, Kubbda (Eisenberg), Panowitz, Grünberg, Brschesowa, Alt Titschein, Eywanowitz, Ullerstorff, Wisenberg, Aufse, Sowinek (Eulenberg), Bause, Freybenthal, Beraun, Hoff, Drschewohosticz, Kleinowitz.

D ö r f f e r.

Groß Senitz, Prilas, Ostrau bey Olmütz, Groß Teinitz, Roswadowitz, Schenau, Trschitz, Blaudendorff, Raste, Niedere Seiten zu Großboir (Beliké Lautz), Mesitz, Tschesch, Lautschan, Weysschowitz. Mebl, Tschelttschitz, Tschelin, Radwanitz, Biskupstwi, Nimlau, Heigendorff, Mährisch Lobenitz, Luschowitz, Bartulowitz, Pentendorff, Rabotjn, Teschan, Chomotaw, Jasnik, Politz, Brzisezun Zawodstny, Lanczka, Dubany, Wieromany, Bierotjn, Plosnicze, Brzesowicz, Sternow, Urbatka, Blatzke, Pitterßdorff, Grigaw, Krzelow, Strbenie, Gbolany, Willowitz.

¹⁾ 1379 verbiethet König Ludwig dem Markte Silein in Ungarn, ferner sich der teschner Rechte zu bedienen, derselbe soll sich an die vortrefflichen einheimischen Gesetze halten; und

Diese Städte verpflanzten es dann weiter durch Rechtsmittheilungen und Oberhofgerichtsurtheile auf andere Städte, namentlich Breslau nach Groß-Glogau (1290), Goldberg (1292), Liegnitz (1293), Reisse (1308), Grottkau (1324), Brieg (1327), Neumarkt (1352), Haynau (1357), Oberglogau (1372). Die mährische Stadt Troppau wird auch von Breslau aus magdeburger Recht erhalten haben. Es wird dieses zwar in den ältesten Privilegien (Bischof, österr. Stadtrechte, S. 157) nicht ausdrücklich genannt, allein schon 1269 heißt es bei der Verleihung des magdeburger Rechtes an Braunsberg, daß es diesem von Troppau aus gelehrt werden soll (Boček IV. S. 34), und es wird bestätigt (Enns I. 22 — 31, 37, 40, 48, 52, 56, 86, 130, II. 3, 23 — 29, 46, 129), daß Troppau nach magdeburger Recht sich hielt, sich an den Breslauer Schöppenstuhl berief, von diesem 1301 eine Abschrift der magdeburger Rechte erhielt, Herzog Nikolaus Troppau 1302 bewilligte, nach diesem Rechte zu sprechen, und die Herzoge Wenzel und Przemko 1372 der Stadt den Gebrauch des magdeburger Rechtes bestätigten und sie anwiesen, in zweifelhaften Fällen beim Breslauer Schöppenstuhle Belehrung zu suchen (Minsberg, Gesch. von Leobschütz S. 12, 21).

Wie Troppau kamen auch die ursprünglich mährischen Städte Leobschütz, Jägerndorf und Freudenthal in der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts an das neue Herzogthum Troppau (Geschichte der Verfassung und Verwaltung Oesterr. Schlesiens, von mir, Brünn 1854; Dubik, v. Herz. Troppau Stellung zu Mähren, Wien 1857). Daß Troppau und Freudenthal magdeburger Recht hatten, wissen wir; ob es, etwa durch Einflüsse aus Mähren, modificirt wurde, ist aber nicht bekannt. Auch Jägerndorf dürfte sich an das reine oder geänderte magdeburger Recht gehalten haben; als aber der mähr. Markgraf Jobod 1390 das Herzogthum Jägerndorf kaufte, machte sich diese Stellung zu Mähren geltend, insbesondere im Berufungsrechte, denn Jobod verordnete 1401 bei Bestätigung der Rechte und Freiheiten der Stadt Jägerndorf, daß Jedermann, welcher vor ihren Bürgern in welcher Sache immer zu schaffen habe, sich an ihren Stadtrechten genügen lassen und sich an kein anderes Recht und nirgends anders als an ihn und seine Erben und Nachkommen in Mähren berufen soll (die Rechte der Großbürgerschaft in Jägerndorf, Jägerndorf 1860, S. 19). Es ist aus der Zeit, als im 16. Jahrhunderte Jägerndorf unter den brandenburger Fürsten stand, der interessante Kampf zwischen dem mährischen und

Königin Maria verpflichtet 1384 die Sileiner, den Rechtszug (nicht mehr nach Teschen, sondern) nach Karpfen im eigenen Reiche zu nehmen (Bischof, österr. Rechte, S. 143). 1470 erhält Slotzhan das Recht von Teschen (Tschoppe und Stenzel S. 113).

Im 1. l. Grundbuchsamte zu Teschen befindet sich eine städt. Angelegenheiten betreffende Dokumenten-Sammlung, mit dem Jahre 1468 beginnend. Der 1. Band enthält Willkähren der fürstl. Stadt Teschen (Schr. der hist. Sektion V. 181).

deutschen Rechte, im Gebrauche der mähr. und deutschen Sprache, bei den Landrechten der Fürstenthümer Jägerndorf und Leobschütz bekannt (Tiller, im 9. B. der Schriften der hist. Section S. 133 — 180), in welchem die ersteren sich lange behaupteten; die ganz deutschen Städte Jägerndorf und Leobschütz rangen sich aber vom mähr. Rechte los, Markgraf Georg Friederich bestätigte 1599 ihre Befreiung davon, ließ sie und ihre Dörfer sicher und frei bei dem sächsischen und Kaiserrechte und gebot, daß sie vor keinem anderen oder fremden Gerichte stehen oder zu Recht gezogen werden sollen (Böhme, Sammlung schles. Rechte II. 28 — 29; Minsberg, Gesch. von Leobschütz, Reiffe 1828, S. 13, 21, 194, 209; Enns IV. 16, 28).

Merkwürdig sind die Rechte der Stadt Leobschütz, insbesondere in der vom Könige Ottakar II. 1270 ausgesprochenen Erneuerung des alten Privilegiums, welches seine Vorfahren der Stadt gegeben (bei Tschoppe und Stenzel S. 371 — 381; Voček IV. 53; Minsberg S. 116 ff.). Stenzel hält diese Urkunde für das älteste, einer deutschen Stadt in Schlessen gegebene Recht. Während die Stadtrechte der eigentlich schlesischen Städte ihre genaue Verwandtschaft mit dem magdeburgischen Rechte zeigen, ist dies mit den Rechten der ursprünglich mährischen Stadt Leobschütz nicht in dem Maße der Fall. Es ist in diesen eine Menge ganz eigenthümlicher Bestimmungen, welche einerseits eine hohe Ausbildung des Rechtes erkennen lassen, andererseits nirgends weiter völlig so angetroffen werden, außer daß sie in manchen einzelnen Punkten die Verwandtschaft der österreichischen und mährischen Rechte unter einander beweisen. Leobschütz hielt sich aber nicht an mährisches, sondern, nach der Willkühr von 1276 zur Aushülfe (Stobbe S. 536) an magdeburger oder sächsisches und Kaiserrecht, bei welchen es die Markgrafen Georg Friederich (1599) und Georg (1612) erhielten (Minsberg S. 54, 195, 209).

Leobschütz wurde Mutterstadt und Oberhof nicht weniger Orte. Weißkirchen in Mähren erhielt schon 1276 leobschützer (Voček IV. 169), statt dessen aber 1292 (eb. 384) olmüzer Recht (doch holte es auch Weisthümer von Brünn. Köppler Nr. 53, 79, 86, 629). Markgraf Georg Friederich verließ 1561 der Stadt Leobschütz das Recht, mit rothem Wachs zu segeln (Minsberg S. 174), weil sie von Alters her einen gewöhnlichen Rechtsstuhl habe, vielen umliegenden Städten, Flecken und Dörfern Recht gebe und spreche.

Darunter waren namentlich auch die mähr. Stadt Neutitschein, welche dem leobschützer Rechte zugethan war und bis 1562 bei dem leobschützer Oberhofe Rechtsbelehrungen einholte, die mähr. Städte Krasna, welches noch 1611, und Fulnek, welches noch 1617 von dort seine Belehrungen nahm, während sich Bal. Meseritsch schon 1565 und Freiberg ¹⁾ 1617 von Leobschütz

¹⁾ Bischof, österr. Stadtrechte, S. 33 läßt den Herzog Wollo von Schweidnitz 1337 der Stadt Freiberg ihre alten fränkischen und deutschen Rechte und Gewohnheiten bestätigen; er

nach Olmütz wendeten (Bedf, Gesch. von Reut., Reut. 1854, Vorrede und S. 77, 81, 126, 218).

Rücksichtlich der Stadt Reisse muß insbesondere bemerkt werden, daß der Breslauer Bischof Thomas 1290 das magdeburger Recht daselbst, so wie in seinen Bisthumsstädten (also auch in der 1291 gegründeten Stadt Weidenau, Tschoppe und Stenzel S. 411) und den nach deutschem Rechte ausgesetzten Dörfern seiner Länder Otmachau und Reisse einführte, daß er (1291) diese Städte und Dörfer anwies, in zweifelhaften Fällen nur bei dem reisser Schöffensluhle Belehrungen nachzusuchen, und daß der Bischof Heinrich (1310) das der Stadt Reisse weder nützliche noch gelegene magdeburger Recht abschaffte und daß seit der Gründung von Reisse gegoltene Flandrer-Recht (jus Flemmingicum) wieder einführte, an welches sich daher auch alle Orte, welchen Reisse als Oberhof angewiesen war, um so mehr zu halten hatten, als dieser Stadt (1432) auch die Hauptmannschaft der Lande und Städte Reisse, Otmachau, Patschkau, Ziegenhals und Weidenau verliehen wurde (Rinsberg, Gesch. von Reisse; Reisse 1834, S. 23, 25, 33, 51, Anhang S. 6, 8, 22; Tschoppe und Stenzel S. 409, 485; Stobbe S. 537).

Ratibor wurde (1286) Oberhof für alle mit dem jus Vlemingicum bewidmeten Ortschaften im Herzogthume Oppeln-Ratibor (bestimmt ohne einen Rechtszug außer Landes zu gestatten, Tschoppe und Stenzel S. 403).

Das magdeburger Recht gelangte aber nicht nur in Mähren und Schlesien, sondern noch viel weiter zur Geltung. Während nämlich die meisten Stadtrechte sich nur in den Städten desselben Stammes oder derselben Gegend verbreiteten, fanden die Rechte von Magdeburg und Lübeck auch in entfernten Gegenden und insbesondere in slavischen Ländern, in welchen mit der deutschen Eroberung und deutschen Cultur eigentliche Städte entstanden, eine weit verzweigte Verbreitung.

Das magdeburger Recht herrschte auch in den obersächsischen und thüringischen Gegenden, in Brandenburg, im preussischen Ordenslande (culmer Recht), in Polen (wo Lemberg, welches 1356 magdeburger Recht erhielt, 1444 Oberhof für alle deutschen Städte und Dörfer Galiziens wurde, wie es das schon 1257 mit magdeburger Recht bewidmete Krakau 1365 für alle Rechtsangelegenheiten, welche bisher in das Ausland ergangen waren, geworden war), u. a. In Ungarn hatte Ofen magdeburger Recht. Auch in Böhmen galt es und es wendeten sich viele Städte nach Magdeburg um Rechtsbelehrungen (Gaupp Stadtrechte II. 256 ff.; Dreyer, Beiträge S. 154; Pamattky archäolog. 4. B. S. 122 — 130). Bereits zu Anfang des

verwechselt es aber mit Freiburg in Schlesien (S. Tschoppe und Stenzel S. 545). Ueber deutsches Recht überhaupt, magdeburger, flämisches und fränkisches insbesondere in Schlesien S. eb. S. 93—117, 162.

14. Jahrhunderts sagt das sächsische Weichbild, daß die von Polen und von Böhmen, aus der Mark, Meissen, Lausitz und Brandenburg, die Herzoge von Sachsen und aus der Grafschaft Aschersleben ihr Recht von Magdeburg holen sollen (Stobbe S. 535—541; Bischof, S. 55—62, 72—82).

Obgleich jede Stadt ihr besonderes Stadtrecht und ihre eigenen Rechtsquellen besaß, ging mit dieser Mannigfaltigkeit der Bestimmungen im Einzelnen doch nicht die innerliche Einheit des deutschen Rechtes verloren. Mochte sich auch bei dem eigenthümlichen Gange, welchen die Entwicklung jedes einzelnen Stadtrechtes nahm, nicht bloß der Partikularismus des Stammesrechtes, sondern auch der lokalen Rechtsanschauungen, Bedürfnisse und zufälligen Umstände geltend machen, die Ausbildung der Rechtsfäße war wegen der Gleichheit oder Ähnlichkeit der städtischen Verhältnisse und wegen der äußeren Verbindung, in welcher die Städte unter sich standen, wenigstens in den allgemeinsten Zügen eine gleichartige. Zu dieser nothwendigen Verwandtschaft der Stadtrechte unter einander, welche auf inneren Gründen, der gemeinsamen Abstammung und den gleichen Verhältnissen beruhte, kamen aber auch äußere Gründe hinzu, welche die Gleichheit einzelner Stadtrechte auch in formaler Hinsicht beförderten. So die Verleihung gleicher Rechte und Privilegien an verschiedene Städte von Seite der Kaiser oder übereinstimmender Rechtsfäße an alle Städte von Seite der Landesherren, woraus sich, wenn auch nicht in ganz Deutschland, so doch in den Städten desselben Landes ein gemeinsames Stadtrecht entwickelte, weiter die Annahme oder doch Benützung anderer Stadtrechte bei den späteren Bearbeitungen und Revisionen der Stadtrechte, die Ausarbeitung eines Stadtrechtbuchs, welches gleichmäßig in einer ganzen Reihe von Städten eingeführt wurde¹⁾, der große Einfluß der Rechtsbücher bei Ausarbeitung ausführlicher Stadtrechte u. a.

Die Rechtsbewidmung der Städte geschah nicht immer auf gleiche Art und in gleichem Umfange. Es war sehr gewöhnlich, daß eine Stadt entweder gleich bei ihrer Gründung oder später mit dem Rechte einer anderen Stadt bewidmet wurde, bald so daß sie von derselben ein Weisthum, oder die Urkunde über ihre Privilegien, oder auch ein ausführliches Stadtrecht erhielt, bald so, daß der Kaiser oder Landesherr nur im Allgemeinen aussprach, seine Stadt solle das Recht einer bestimmten anderen Stadt haben. Solche Verleihungen fanden seit dem Ende des 11. Jahrhunderts sehr häufig Statt; sie beförderten die Gleichmäßigkeit der Stadtrechte nicht bloß in derselben Gegend,

¹⁾ Mehr dem Titel nach wird es das mährische Stadtrechtbuch in zwei Texten bei Wiener und im prager Museum sein, welches keine Beziehung zu einer bestimmten Stadt hat, obwohl in dem ersteren unpassender Weise die Vorrede und der Artikel 1. des brünner Stadtrechtes von 1243 (Rößler II. 341) vorangeschickt sind und deßhalb die Ueberschrift lautet „Sie heben an das Brünner Recht“ (Homeser, die deutschen Rechtsbücher des Mittelalters, Berlin 1856 S. 37, 73, 139).

sondern auch in entfernteren Landstrichen, da das Recht mancher Stadt in so hohem Ansehen stand, daß es auch über die Grenzen des Stammes hinaus in die fernsten Gegenden versendet wurde.

Die bloße Verleihung des Rechtes einer Stadt, ohne daß zugleich ihre Privilegien oder ihr Stadtrecht aufgeführt oder mitgetheilt wurde, hatte nicht überall dieselbe Bedeutung. Oft bezog sie sich bloß auf das Marktrecht (*jus mercatorum, justitia liberorum mercatorum*) oder auf die Verfassung, oder einzelne Gerechtsame; in anderen Fällen wurden die Rechtsgrundsätze, welche beim Rechtsprechen entscheiden sollten, übertragen, sei es im Allgemeinen, sei es in Bezug auf einzelne Partien des Privatrechtes.

Sehr gewöhnlich war es auch, daß die bewidmete Stadt in einzelnen zweifelhaften Fällen, wo der Rechtsatz unbekannt oder die Entscheidung des concreten Falls bestritten war, sich an die Mutterstadt um eine Rechtsmittheilung zu erhalten oder um das Urtheil wendete. Die unmittelbaren Beziehungen, in welche Mutter- und Tochterstadt zu einander traten, bewirkten nicht allein, daß die ursprünglichen Rechtsgrundsätze in beiden gemein waren, sondern vermittelten auch in der Folge die gleichmäßige Fortbildung des Rechts und führten der Tochterstadt auch die in der Mutterstadt neu entwickelten Rechtsätze zu. Jedoch nicht immer war der Oberhof dieselbe Stadt, von welcher das Recht übertragen war; bisweilen war es eine andere Stadt, welche dasselbe Recht besaß und der Tochterstadt näher gelegen war (wie wir bei Teschen gesehen. S. auch Ehlumedy, mähr. Dorfweisthümer S. 32).

Einzelne Landesherren suchten alle Rechtsbelehrungen und alles Urtheilen von Orten außerhalb ihres Territoriums zu verhindern und trafen besondere Bestimmungen, auf welchem Wege entstandene Rechtsunsicherheiten zu beseitigen wären (S. Teschen und Ratibor).

So führte eine Reihe von Gründen eine gewisse Uebereinstimmung in den wichtigsten Grundsätzen sowohl über die Verfassung der Städte, als über das in den Gerichten anzuwendende Recht herbei. Auf der gemeinschaftlichen Grundlage entwickelte sich dann das Recht jeder Stadt zu bestimmter Individualität. Ueberall gab es Besonderheiten der Verfassung und particuläre Rechtsnormen, deren Mannigfaltigkeit kaum übersehbar ist (Stobbe, deutsche Rechtsquellen S. 528—535).

Welche verwandte Krelse sich in Mähren und Schlessen gebildet und daß der brünner, iglauer und olmüßer alle anderen überragten, haben wir angedeutet.

Wir haben auch den Reichthum an Rechtsätzen und Rechtsquellen Deutschlands angedeutet. Um so merkwürdiger ist es, wie es im späteren Mittelalter einen Theil seines althergebrachten Rechtes aufzugeben und dafür ein fremdes, das römische Recht, anzunehmen beginnt, welches nirgend in lebendiger, praktischer Geltung existirt und nur aus einem Gesetzbuche erkannt werden kann, welches vor tausend Jahren in einem Staate von ganz anderen Verhältnissen

verfaßt wurde. Die Sache machte sich nicht schwer. In Deutschland waren zwar seit dem Ende des 9. Jahrhunderts alle Erinnerungen an das römische Recht untergegangen und erst seit dem Ende des 12. Jahrhunderts tauchen in Urkunden und Rechtsquellen römischrechtliche Formen, Ausdrücke oder auch Rechtsätze auf. Mannigfache Verhältnisse eröffneten dem römischen Rechte die Bahn nach Deutschland. Ein besonderes Gewicht ist auf die Verbindung Deutschlands mit Italien und auf den Umstand zu legen, daß die deutschen Könige zugleich Herrscher von Italien waren und ein Anrecht auf die Kaiserwürde besaßen.

Da Karl der Große im Jahre 800 in Rom zum Kaiser gekrönt wurde glaubten seine Nachfolger vollständig in die Rechte der alten römischen Imperatoren succedirt zu sein und versuchten die Grundsätze des römischen Kaiserreiches auf ihre Herrschaft zu übertragen. Bereits Otto III. betrachtete bei seinem Aufenthalte in Italien (J. 996 ff.) das römische Recht als Weltrecht. Derselben Ansicht huldigten seine Nachfolger und was die Kaiser wiederholt aussprachen, das war die Ansicht der gebildeten Welt überhaupt und wurde von den italienischen Rechtsschulen systematisch ausgebildet. So betrat Friedrich I. (1152 — 1190) kein ganz neues Feld, als er die Grundsätze des Corpus juris und die Lehren der Juristen an der neu entstandenen bologneser Rechtsschule im Interesse seiner Politik nutzbar zu machen suchte, als er auf dem ronalischen Reichstage (1158) im Anschlusse an die Sätze des römischen Staatsrechtes und des Corpus juris verkünden ließ, daß der Wille des Kaisers Gesetzeskraft habe, als er den Umfang der Regalien bestimmte, die römischen Rechtsgrundsätze nicht bloß in Italien, sondern auch in Deutschland bei der Entscheidung von privatrechtlichen Fragen zum Nachtheile der deutschen Gewohnheiten handhabte und mit ihm bereits eine antinationale Gesetzgebung und Rechtspflege begann. Die Gedanken, welche Otto III. erfüllt hatten, wurden unter Friedrich I. wieder lebendig und Otto, Bischof von Freising, der Vertraute des Kaisers, sprach es aus, daß so wie Rom die Weltstadt sei, auch das römische Recht den ganzen Erdfreis beherrsche. Auch Friedrich II. begünstigte das römische Recht, besonders die absolutistischen Grundsätze des römischen Staatsrechtes, errichtete zu Neapel eine Universität, berief an sie ausgezeichnete Rechtslehrer und versprach den Studirenden ausgedehnte Privilegien.

Diese, zunächst in Italien angewandten, Auffassungen kamen allmählig auch in Deutschland zur Geltung. Im Laufe der Zeit bildete sich ein eigener Begriff von Kaiserrecht, worunter man im Allgemeinen das Recht der Kaiser verstand, welches auf geschriebenen Rechtsquellen beruhte und in ihrem ganzen Reiche als gemeines Recht zur Anwendung kommen mußte. Da man zwischen den alten römischen Imperatoren und den deutschen Kaisern nicht unterschied und auch das römische Recht anzuwenden geneigt war, so begriff man unter Kaiserrecht sowohl das Corpus juris, als auch die deutschen Reichsgesetze; bald brauchte

man den Ausdruck für beide Quellen, daß nur die eine oder die andere. Im weiteren Sinne heißt der Schwabenspiegel Kaiserrecht, da er die deutschen Rechtsgewohnheiten und Reichsgesetze mit den römischen Rechtsätzen verarbeiten will. Bloß mit Bezug auf das deutsche Reichsrecht ist der Name des kleinen Kaiserrechts aufzufassen.

Karl IV. nahm auf römisches Recht sehr häufig Bezug, versuchte in Böhmen eine auf demselben beruhende Codifikation einzuführen, stiftete 1348 zu Prag die erste deutsche Universität und erhob einen Geistlichen wegen seiner vorzüglichen Kenntnisse im canonischen und bürgerlichen Rechte in den Adelsstand.

Sigmund ernannte italienische Rechtsgelehrte zu seinen Geheimräthen, Friedrich IV., obwohl er die Juristen wenig liebte (*juris peritos mediocriter dilexit, quod juris aequitatem diceret ab eis interverti foedarique justitiam*), versprach doch im Landfrieden von 1438, die Obergerichte mit weisen Rittersn und Gelehrten zu bestellen, welche Jedem nach gemeinen Rechten und guter Gewohnheit Recht sprechen sollten d. h. nach den ungeschriebenen oder geschriebenen deutschen Gewohnheiten und nach dem gemeinen Recht, sei es von den römischen oder deutschen Kaisern ausgegangen.

Die Anwendung der römischen Rechtsquellen war in Italien nie aufgegeben worden. Im Anfange des 12. Jahrhunderts hatte ein geordnetes Studium des gesammten Corpus juris begonnen. Ueberall in Italien entstanden Rechtsschulen, Universitäten und erblüht die neue Wissenschaft. Seit dem 13. Jahrhunderte zogen auch viele Männer aus Deutschland wie aus allen anderen Ländern der Welt nach Italien, um sich den Rechtsstudien zu widmen, und nach jahrelangem Aufenthalt in der Fremde, mit einer akademischen Würde geschmückt (in Schlessien schon 1279 ff. ein Jacobus dominus, professor, doctor legum), in der Heimath eine einflußreiche und ehrfurchtgebietende Stellung einzunehmen. Auch Geistliche gingen in großer Zahl nach Italien, um die ihnen so nothwendige Kenntniß des canonischen, aber auch des römischen Rechtes zu erwerben. Während seit dem 11. Jahrhunderte nur Adelige die Canonicatsstellen erhalten hatten, wurden mit dem vermehrten Ansehen der gelehrten Bildung auch Doctores aus minderem Stande zu denselben zugelassen.

So verbreitete sich die Kenntniß des römischen und canonischen Rechtes nach Deutschland, und es war natürlich, daß in den geistlichen Gerichten die Grundsätze der fremden Rechtsbücher und der italienischen Doktrin Eingang fanden und der Prozeß in ihnen sich völlig umgestaltete.

Die Autorität der italienischen und französischen Universitäten ging so weit, daß man sich bereits im 13. Jahrhunderte mehrmals an sie wandte, um nach ihrem Ausspruche Streitigkeiten, besonders staatsrechtlicher Natur,

zu entscheiden. Auch die in Deutschland lebenden gelehrten Juristen zog man zu, wo man gelehrten Rath nöthig zu haben glaubte.

Auf den seit der Mitte des 14. Jahrhunderts auch in Deutschland entstandenen Universitäten scheint aber das römische Recht nicht besonders gebiehn zu sein, da es noch keine praktische Bedeutung gewonnen, in den weltlichen Gerichten noch keinen Eingang gefunden hatte, während das canonische in den geistlichen Gerichten überall gehandhabt wurde. Man betrieb das erstere nicht weiter, als es zur Erklärung des canonischen Rechtes erforderlich war (in Wien wurde bis 1495 nur dieses gelehrt). Wer das römische kennen lernen wollte, mußte wie früher eine italienische Universität beziehen. Die *Doctores juris utriusque* oder *juris civilis*, welchen wir in Deutschland vor der Mitte des 15. Jahrhunderts begegnen, hatten fast alle in Italien ihre akademische Würde erworben (in Prag kommen zwischen 1372 — 1408 sehr viele *licentiati et doctores decretorum*, aber nur 1 *doctor utriusque* 1402 vor).

Auch die Aussicht auf eine besonders hervorragende Stellung im bürgerlichen und öffentlichen Leben, auf welche die akademische Würde den Rechtsgelehrten einen besonderen Anspruch zu geben schien, mußte viele ehrgeizige Gemüther zur Beschäftigung mit den fremden Rechten führen. Es bildete sich ein eigener Gelehrtenstand; die Geistlichkeit befand sich nicht mehr allein im Besitze gelehrter Kenntnisse und die Richter erhielten nicht mehr allein die Beamtenstellen, — die Gelehrten, die *Doctores juris* wurden ihre Rivalen. Rechtsgelehrte ¹⁾ befanden sich in des Kaisers Umgebung und wurden seine Geheimräthe, seine Gesandten, insbesondere standen sie der Kanzlei des Kaisers und der Fürsten vor, gelangten zur Kanzlerwürde und erhielten den größten Einfluß auf die Regierung des Reiches und der Territorien. In Böhmen und Mähren werden schon um die Mitte des 13. Jahrhunderts *Doctores juris* erwähnt, welche bei Gericht erscheinen und im Rathe der Fürsten sitzen (Rößler, brünner Recht, S. CXXII ff.) ²⁾.

Das Ansehen der gelehrten Juristen stieg so hoch, daß man sie seit der Mitte des 14. Jahrhunderts (wahrscheinlich unter Karl IV.) ohne Rücksicht auf ihre Geburt dem niederen Adel gleichstellte (man nannte die *Doctores milites legum* oder *milites togati*).

¹⁾ Wohl zu unterscheiden von Rechtstunbigen; denn der Ausdruck *juris periti, legis periti, viri in jure civili periti* bezeichnet nicht durchweg römisch gebildete Juristen, sondern häufig Schöffen.

²⁾ Der sursächsische Kanzler bemerkte 1446 vor der versammelten Universität von Leipzig: *quod in Universitate Vienna et Erfordia dominus princeps haberet doctores ad nutum, hic autem vix essent duo aut tres, qui ei valerent et deservire possent in legatione et executione suorum negotiorum.*

Es konnte nicht ausbleiben, daß die Juristen ihre im Auslande erworbene Weisheit verwerthen, die Grundsätze des römischen Rechts zur Anwendung zu bringen suchten. Sie begannen in ihren Schriften das einheimische durch das fremde Recht zu interpretiren oder zu verdrängen. Ungefähr um dieselbe Zeit, in welcher der Glossator des Sachsenspiegels diesen durch Stellen des römischen und canonischen Rechts erläuterte, verband der Stadtschreiber von Brunn in allerdings sehr äußerlicher Weise die einheimischen Rechtsprüche mit den Doktrinen des römischen Rechts. In der publizistischen Literatur, besonders bei Gelegenheit des Streites des Königs Ludwig von Baiern mit dem Papste, wurden die Grundsätze des römischen Staatsrechts und der aristotelischen Philosophie auf die deutschen Verhältnisse angewendet. Man begann sich mit dem Corpus juris und den italienischen Schriftstellern über dasselbe zu beschäftigen; man schrieb diese Schriften ab, übersezte sie (in Frankreich noch früher), stellte sie mit den deutschen Rechtsbüchern zusammen und machte auch in deutscher Sprache und in populärer Form die Grundsätze der fremden Rechte größeren Kreisen zugänglich.

Aber alle diese Gründe und äußeren Anlässe hätten wenig oder nichts zur Aufnahme des fremden Rechts beigetragen, wenn denselben nicht ein tief empfundenenes Bedürfnis entgegen gekommen wäre. Der Zustand des deutschen Rechts und die Veränderung der Verhältnisse erforderten neue Rechtsaufzeichnungen und machten den Mangel an allgemeinen, ganz Deutschland umfassenden Rechtsquellen empfindlich. So groß und mannigfaltig auch die Fülle der Rechtsquellen waren sie doch nicht reichhaltig genug, um auf alle Fragen die passende Antwort zu geben, enthielten keine allgemeinen leitenden Grundsätze. Das Aufblühen des Verkehrs, Handels und Gewerbs in den Städten insbesondere machte den Mangel an ausreichenden Bestimmungen fühlbar. Der Handel und das Vertragsleben verlangte neue subtilere Rechtsätze und es mußte das bisherige Recht gemäß den neuen Lebensverhältnissen umgestaltet werden. Ohne abzuwarten, daß sich das einheimische Recht etwa aus sich selbst weiter entwickelt hätte, nahm man schnell das Fremde an, weil das römische Recht bereits in einem sehr ausführlichen, auf viele Fragen Auskunft ertheilenden Werke zusammengefaßt war, das Corpus juris einen einheitlichen Rechtsstoff in prägnanter Form bot, und man kein fremdes Recht zu übertragen glaubte, sondern nur das seiner Entwicklung nach vollendetere.

Einen interessanten Beleg für diesen Grund der Annahme bietet insbesondere in der Mitte des 14. Jahrhunderts das brünner Schöffebuch, nach welchem (cap. 511, 536, 623) das römische Recht nicht bloß zu wissenschaftlichen Ausführungen benützt, sondern auch als gemeines Recht (leges communes) den Entscheidungen zu Grund gelegt wurde.

Auch die Geltung des canonischen Rechts in den geistlichen Gerichten und der Einfluß der geistlichen Richter erleichterte die Einführung des römischen

Bezugnahme auf das römische Recht stützt (S. prager Urf. 1283 in Mon. S. S. IX. p. 208).

Allmählig nahm man auch einzelne Rechtsätze oder Institute aus dem fremden Rechte herüber. Die Verjährung war schon früher bekannt, nun kamen hiezu die *legitimatio per subsequens matrimonium*, die Legitimation, durch den Kaiser (seit dem Ende des 13. Jahrhunderts ziemlich zahlreich; besonders interessant die Formulare in des brünner Stadtschreibers Johann von Gelnhausen Formelbuch bei Hoffmann S. 8 ff. 25), die *venia aetatis*, die Auflösung der Kontrakte wegen *laesio inormis*, Verpfändungen des gesamten Vermögens u. s. w.

Weiter entsteht die Ansicht, daß es in Deutschland kein allgemein verbindliches, sondern nur Partikularrecht gebe, das deutsche Recht ein *jus incertum*, ein ungewisses Recht sei, welches nur auf subjektiver Ansicht des Einzelnen beruhe und der Objektivität ermangle¹⁾; daß allein dem römischen Recht der Charakter des *jus certum* zukomme, welches, wenn keine partikulären Rechtsätze entgegen stehen, zur Anwendung gelangen müsse.

So geschah es, daß, wo deutsches Gewohnheitsrecht und das geschriebene Wort des römischen Rechts sich gegenüber standen, der Richter sich häufig an dieses angeschlossen und um das Gewohnheitsrecht sich nicht kümmerte. In dieser Zeit kam der Unterschied von guten und bösen, von vernünftigen und unvernünftigen Gewohnheiten auf und der am römischen Rechte geschulte Jurist war sehr geneigt, alles das für böse und unvernünftige Gewohnheit zu erklären, was seinen aus der Fremde mitgebrachten Begriffen widersprach (S. brünner Recht Art. 613).

Bereits der Glossator zum Sachsenspiegel Johann von Buch (1325—1355) beklagt es, daß man dessen Recht als *jura unius populi* zurückweise und von seiner Anwendung den Nachweis verlange, daß es mit den *Canones* und *Leges* übereinstimme und macht demgemäß von den fremden Rechten häufig Gebrauch, um die einfachen Sätze des Sachsenspiegels zu interpretiren. In Brunn machte der Stadtschreiber diese Ideen praktisch, indem er die städtischen Rechtsätze und Rechtsprüche mit Ausführungen über das römische Recht verband und dasselbe als *leges communes* behandelte (S. S. 496). Theodorich von Boddendorf führte aus, daß in Sachsen zunächst die Rechtsbücher und wenn diese nicht ausreichten die gemeinen *Leges* anzuwenden wären. Der Kaiser gebot 1438 die Anwendung der fremden Rechte in den Reichsgerichten und

¹⁾ Man stellte neben das *jus civile* und das *jus canonicum* als drittes das Gewohnheitsrecht b. h. das deutsche Recht, wie die in Urkunden häufig vorkommende *renuncio . . . omni juris auxilio, canonici et civilis, sive consuetudinario, excepti doli mali, non numeratae pecuniae, restitutioni in integrum et auxilio consuetudinarii, canonici et civilis.*

liche Rechtskonsulenten, zugleich Beisitzer des Stadtgerichtes, in ihren Dienst nahmen, brachten das römische Recht nicht bloß in die Urtheilssprüche hinein, sondern vermittelten auch seine Aufnahme in das Stadtrecht, dessen Redaction in der späteren Zeit ihnen hauptsächlich überlassen war.

Allmählig erhielten die Juristen auch Richterstellen, zunächst aber nur in den kais. Land-, Hof- und Kammergerichten (wie unter den Kaisern Sigmund und Albrecht, welcher 1438 versprach, sein Gericht mit weisen, verständigen, fürsichtigen Rittern und gelehrten zu besetzen). Dagegen verdrängten in den Stadtgerichten in dieser Periode noch nirgends die rechtsgelehrten Richter die Schöffen aus dem Volke, wenn diese auch bereits hie und da statt sich an den Oberhof zu wenden, das Urtheil der Rechtsverständigen einholten und auf deren Rath ein großes Gewicht legten. Daher erklärt sich die Klage bei Peter von Andlo und übereinstimmend noch bei Raucier (am Ende des 15. Jahrh.), wie bei Lersner (1540) und Joannes Boemus Albanus (1535), daß die Ansicht der Rechtsgelehrten für nichts geachtet werde, man sich um das geschriebene Recht nicht kümmere, sondern Jeder nach seinem Gutdünken das Recht finde und Leute, welche den Acker bestellen, das Recht sprächen.

Fragen wir, wie die bisher ange deuteten Verhältnisse auf die Verbreitung des römischen Rechtes gewirkt, so weicht der Rechtszustand in den verschiedenen Ländern weit von einander ab und während sich einzelne Gegenden Deutschlands auch jetzt noch immer fast ganz frei von römischem Rechte erhalten, beginnt es in anderen bereits tief einzudringen. Im Süden, welcher theilweise unter römischer Herrschaft gestanden und den Einflüssen Italiens mehr geöffnet war, gewinnt es einen sehr viel größeren Einfluß als im Norden, welchem der Sachsenspiegel eine gemeinsame Grundlage für das partikulare Recht und ein mehr ausgeprägtes nationales Rechtsbewußtsein gab.

Man entlehnte zuerst dem römischen Rechte Formeln (im Elsaß schon 1219, in Oesterreich 1267, in Schlesien — Ischoppe und Stenzel S. 86 — seit dem Anfange des 14. Jahrh.) und Einreden, unter Vermittlung der Kirche, welche nach römischem Rechte lebte, da ihre Diener zugleich oft Notare waren, weiter Clauseln, Ausdrücke der römischen Terminologie, oder Sentenzen, welche man um die Urkunde oder Rechtsquelle mit rhetorischem Schmuck zu versehen aus dem römischen Rechte herübernahm (z. B. im iglauer Stadtrecht 1249 Artikel 17. Tomaschek S. 72).

Es bezeugen jedoch diese überflüssigen, oft unpassenden Beiwerke gesuchter Eleganz, welche den Citaten aus der Bibel, aus classischen oder theologischen Schriftstellern ganz gleich stehen, nur eine Bekanntschaft, nicht die Annahme des römischen Rechtes, eben so wie Fälle, in welchen man Rechtsverhältnisse nach dem deutschen Rechte anordnet und den entgegenstehenden Satz des römischen Rechtes ausschließt, oder in welchen man einen schon an sich geltenden Satz durch

Bezugnahme auf das römische Recht stützt (S. prager Urk. 1283 in Mon. S. S. IX. p. 208).

Allmählig nahm man auch einzelne Rechtsätze oder Institute aus dem fremden Rechte herüber. Die Verjährung war schon früher bekannt, nun kamen hiezu die *legitimatio per subsequens matrimonium*, die Legitimation, durch den Kaiser (seit dem Ende des 13. Jahrhunderts ziemlich zahlreich; besonders interessant die Formulare in des brünner Stadtschreibers Johann von Gelnhausen Formelbuch bei Hoffmann S. 8 ff. 25), die *venia aetatis*, die Auflösung der Kontrakte wegen *laesio inormis*, Verpfändungen des gesamten Vermögens u. s. w.

Weiter entsteht die Ansicht, daß es in Deutschland kein allgemein verbindliches, sondern nur Partikularrecht gebe, das deutsche Recht ein *jus incertum*, ein ungewisses Recht sei, welches nur auf subjektiver Ansicht des Einzelnen beruhe und der Objektivität ermangle¹⁾; daß allein dem römischen Recht der Charakter des *jus certum* zukomme, welches, wenn keine partikulären Rechtsätze entgegen stehen, zur Anwendung gelangen müsse.

So geschah es, daß, wo deutsches Gewohnheitsrecht und das geschriebene Wort des römischen Rechts sich gegenüber standen, der Richter sich häufig an dieses angeschlossen und um das Gewohnheitsrecht sich nicht kümmerte. In dieser Zeit kam der Unterschied von guten und bösen, von vernünftigen und unvernünftigen Gewohnheiten auf und der am römischen Rechte geschulte Jurist war sehr geneigt, alles das für böse und unvernünftige Gewohnheit zu erklären, was seinen aus der Fremde mitgebrachten Begriffen widersprach (S. brünner Recht Art. 613).

Bereits der Glossator zum Sachsenspiegel Johann von Buch (1325—1355) beklagt es, daß man dessen Recht als *jura unius populi* zurückweise und von seiner Anwendung den Nachweis verlange, daß es mit den *Canones* und *Leges* übereinstimme und macht demgemäß von den fremden Rechten häufig Gebrauch, um die einfachen Sätze des Sachsenspiegels zu interpretiren. In Brünn machte der Stadtschreiber diese Ideen praktisch, indem er die städtischen Rechtsätze und Rechtsprüche mit Ausführungen über das römische Recht verband und dasselbe als *leges communes* behandelte (S. S. 496). Theodorich von Boddorf führte aus, daß in Sachsen zunächst die Rechtsbücher und wenn diese nicht ausreichten die gemeinen *Leges* anzuwenden wären. Der Kaiser gebot 1438 die Anwendung der fremden Rechte in den Reichsgerichten und

¹⁾ Man stellte neben das *jus civile* und das *jus canonicum* als drittes das Gewohnheitsrecht d. h. das deutsche Recht, wie die in Urkunden häufig vorkommende Erklärung zeigt: *renuncio . . . omni juris auxilio, canonici et civilis, sive consuetudinario*, oder: *omni exceptioni doli mali, non numeratae pecuniae, restitutioni in integrum et omni alii juris auxilio consuetudinarii, canonici et civilis*.

auch in den Stadtgerichten wurde hie und da die Subsidiarität des römischen und canonischen Rechts anerkannt.

In den Rechtsbüchern ist verhältnißmäßig nur wenig römisches Recht enthalten, Urkunden und Urtheilssprüche zeigen nur wenige Spuren der Bekanntschaft oder Geltung der fremden Rechte, die sächsischen Schöffen halten sich vom römischen Rechte frei und nur an einzelnen Orten, wie in Brün, gewinnt es einen größeren Einfluß; die Stadtrechte haben gleichfalls der Mehrzahl nach einen rein deutschen Inhalt, eben so die Land-, Lehen-, Dienst- und Dorfrechte. In den Reichsgesetzen nahm man Einzelnes besonders für das Staats-, Kriminal- und Erbrecht herüber.

In den norddeutschen Gegenden (namentlich in Lübeck, Hamburg, Magdeburg) hatte es eine sehr viel geringere Bedeutung. Weiter war das fremde Recht im Süden verbreitet, besonders auch schon vor der Gründung der prager Universität in Böhmen und Mähren: hier waren die romanisirenden Bergrechte für Rutenberg, das brünner Stadtrecht verfaßt, hier dachte König Wenzel daran, das fremde mit dem einheimischen Landesrechte zu verschmelzen, hier beschäftigte man sich schon seit dem 13. Jahrhunderte nachweisbar mit dem römischen Rechte. Auch in Baiern, der Rheinpfalz, Schwaben u. a. m. war es gekannt und angewendet.

Ungeachtet des weit verbreiteten Gedankens, daß es als Recht der Kaiser überall zur Anwendung kommen müsse, hatte es aber doch bis zur Mitte des 15. Jahrhunderts nur in sehr beschränkten Kreisen Wurzel gefaßt und fast nirgends zum Nachtheile des einheimischen Rechts die bestehenden deutschen Grundsätze verdrängt oder ersetzt, wie dieß regelmäßig auch mit den deutschen Lehensgesetzen gegenüber dem langobardischen Liber feudorum der Fall war, welcher mit dem Corpus juris nach Deutschland gekommen war und noch leichter Ansehen gewonnen, da er zum großen Theile aus Gesetzen der deutschen Könige bestand (Stobbe, S. 609 — 655).

Seit der Mitte des 15. Jahrhunderts hatte sich die neue humanistische Richtung in der Wissenschaft immer mehr und allgemeiner der Geister bemächtigt und auf der Grundlage der classischen Studien trat ein immer lauter sich ankündigendes Streben in Kirche und Staat hervor. Diese humanistische und reformatorische Richtung trug nicht wenig dazu bei, das Ansehen und den Gebrauch des römischen Rechts zu erhöhen und bald bildete es den hauptsächlichsten Gegenstand des juristischen Unterrichtes auf den deutschen Universitäten. Erschien das römische Recht schon im Allgemeinen in den Augen der damaligen Doctrinäre als ein Theil des Vermächtnisses des classischen Alterthums, dessen Schätze man eifrigst auszubeuten bemüht war, so mußte es vorzugsweise den Beifall der gelehrten Bewegungspartei durch das in ihm enthaltene republikanische Element erlangen, welches im Allgemeinen das darin in merkwürdigem Gegensatz ebenfalls aufgenommene absolutistische Element weit überwiegt. Man sah in dem Corpus juris ein Gesetzbuch und somit einen Inbegriff fester, be-

Selbsthilfe und suchte sich durch gewaltsame Vertreibung der Doctoren vom Eindringen des römischen Rechts zu befreien. In dieser Hinsicht ist besonders merkwürdig das, irrig unter dem Namen der Reformation des Kaisers Friedrich III. vom Jahre 1441, bekannte, wahrscheinlich von den Bauern zu Heilbronn aufgesetzte Aktenstück, eines der vielen Projekte der Verbesserung und Umgestaltung der deutschen Gerichts- und politischen Verfassung, welche im Reformationszeitalter und insbesondere während des Bauernkrieges von einzelnen politischen Neuerern verfaßt worden sind. In diesem Entwurfe wurde geradezu auf völligen Ausschluß aller gelehrten Juristen aus den deutschen Gerichten angetragen, freilich ohne allen Erfolg (S. Hagen, Geist der Reformation; Ranke, deutsche Gesch. im Reformationszeitalter; Jörg, Deutschland in der Revolutionsperiode; Zimmermann, Gesch. des deutschen Bauernkrieges, u. a.). Nach der Unterdrückung des Bauernaufstandes findet sich keine weitere Spur einer solchen gewaltthätigen Opposition gegen das römische Recht: überhaupt war dieselbe völlig erfolglos gewesen, und bald befestigte sich die Herrschaft desselben um so mehr, als von hier an überall die alte Schöffenverfassung allmählig unterging und die steigende landesherrliche Gewalt dahin gelangte, die Gerichte mit gelehrten Beamten zu besetzen und das Volk von der Theilnahme an der Rechtsprechung vollständig auszuschließen.

Während die volksthümliche Opposition gegen das römische Recht scheiterte, bereitete sich dagegen im Stillen und langsam eine gelehrte Opposition vor. Nachdem sich nämlich Deutschland, ohne eigene Pflege des Quellenstudiums, im 15. und Anfange des 16. Jahrhunderts an die Autoritäten der italienischen, französischen und spanischen Juristen gehalten hatte, brach Cujaz (+ 1590) durch die Hebung des Quellenstudiums die Bahn zur historischen Behandlung des römischen Rechtes und diese führte auch allmählig zur historischen Auffassung des deutschen Rechtes und zur Erkenntniß seiner nationalen Eigenthümlichkeiten, so wie zur Einsicht, daß eine große Anzahl der Bestimmungen des römischen Rechtes in Deutschland nicht oder nicht unbeschränkt zur Anwendung gebracht werden könne. Neben der germanistischen trat später, besonders seit dem Erwachen der kritischen Philosophie (mit Wolf, + 1754, bedeutender seit Kant, + 1804) in den rechtsphilosophischen Schulen eine andere wissenschaftliche Opposition gegen das römische Recht hervor.

Weit mächtiger als die wissenschaftliche wurde aber die aus demselben praktischen Bedürfnisse hervorgegangene legislative Opposition gegen das römische Recht. Da man bald erkennen mußte, daß es in Deutschland nicht unbedingt angewendet, durch dasselbe die Rechtsunsicherheit nicht gehoben werden könne, sondern durch die Zulassung des fremden neben dem einheimischen die Verwirrung noch größer geworden war, hielt man sich theilweise schon im 15. Jahrhundert gebrungen, zur Codifikation seine Zuflucht zu nehmen (Schon unter Max. I. bezeichneten manche Stimmen eine allgemeine Reichsgesetzgebung

als dringendes Bedürfnis). Man wollte durch dieselbe dem Gebrauche des römischen Rechts bestimmte Schranken setzen, neben demselben den deutschen Rechtsinstituten gesetzliche Geltung verschaffen, durch die einheimische Gesetzgebung das erstere leichter verständlich machen und seine Anwendung durch Entscheidung der Streitfragen erleichtern.

Die ältesten Codifikationen sind die sogenannten Reformationen der Stadtrechte seit dem Ausgange des 15. und im Anfange des 16. Jahrhunderts (in Landshut 1427, Köln 1437, Nürnberg 1479, Hamburg 1497, Worms 1498, Frankfurt 1509, Freiburg 1520, Muster den meisten schwäbischen Städten). Sie sind hauptsächlich Civilgesetzgebungen, enthalten aber gewöhnlich auch schon ausführlichere criminalrechtliche Bestimmungen, in beiden Beziehungen mit vorherrschend römisch-rechtlichem Elemente. Vom 16. Jahrhunderte an entstanden auch immer häufiger in allen Gegenden Deutschlands ähnliche Codifikationen unter landesherrlicher Autorität unter dem Namen von Landrechten oder Landesordnungen (1497 in Hessen, 1511 Baden, 1516 — 1518 Baiern, 1526 Tirol u. s. w.)¹⁾.

Sowohl die Reformationen der Städte, als die Landesordnungen wollten nicht erschöpfend sein und setzten nebenbei die Anwendbarkeit des römischen Rechts im Ganzen unbestritten voraus, so weit nicht dasselbe ausdrücklich in einer oder der anderen Beziehung aufgehoben oder ausgeschlossen worden war: überdies lag denselben eine Absicht der Abänderung des römischen Rechtes regelmäßig in so weit gar nicht zu Grunde, als sie aus demselben schöpften, sondern gerade in solchen Beziehungen glaubte man aus dem römischen Rechte nur das seinem Geiste wirklich Angemessene und Gemeingiltige aufgenommen zu haben, so daß auch im Zweifel die Bestimmungen dieser Codifikation nie anders als im Sinne des gemeinen römischen Rechtes aufzufassen sind. Die Tendenz einer freieren und selbstständigen Geltung tritt erst im preussischen Landrechte von 1794, österreichischen bürgerlichen Gesetzbuche von 1811 und Code Napoleon von 1804 hervor.

Der Civilprozeß, seit dem Anfange des 15. Jahrhunderts ohnehin hauptsächlich auf der Grundlage des römischen und canonischen Rechtes entwickelt, hatte schon durch die Reichskammer-Gerichtsordnungen seit dem Jahre 1495 wenigstens theilweise eine gemeinrechtliche Grundlage erhalten, an welche sich die Landesgerichts- und Proceßordnungen anlehnten (in Baiern vom Jahre 1520). Die sächsische vom Jahre 1622 fand eine solche allgemeine Anerkennung, daß sie sogar der Reichsgesetzgebung zum Vorbilde diente, besonders dem sogenannten jüngsten Reichsabschiede, welcher seitdem die

¹⁾ Ueber die mähr. Landrechte, Landfrieden und Landesordnungen (vom Jahre 1535 an) S. Ehytil's Abhandlung im 4. B. der Schriften der hist. Sektion, S. 169 — 200, über die schles. meinel Geschichte der Verfassung und Verwaltung Schlesiens, Brunn 1854 (im 7. B. der Sekt. Schr.).

hauptsächliche Quelle des allgemeinen Proceßrechtes in Deutschland bildete, und bereits vieles für die Beschleunigung der Proceße durch die Abschaffung des articulirten Verfahrens, die genauere Bestimmung der unheilbaren Nichtigkeiten und namentlich durch die Einführung der Eventualmarime geleistet hat. Noch entschiedener tritt das Streben nach Vereinfachung und Abkürzung des Verfahrens durch Abschneidung überflüssiger Weitläufigkeiten und Beschränkung der Rechtsmittel im Codex juris Bavarici Judiciarius vom Jahre 1753 und in der allgemeinen Gerichtsordnung für die österr. Staaten vom J. 1781 hervor.

Weit thätiger als im Civilrechte und bürgerlichen Proceße zeigte sich aber die deutsche Gesetzgebung, insbesondere in der neuesten Zeit, im Fache des Strafrechtes, wie es auch die Natur dieses Rechtstheiles mit sich bringt, welcher mehr als irgend ein anderer in unmittelbarer Beziehung zu den Fortschritten der Humanität und den Veränderungen der öffentlichen Meinung steht. Schon die sämtlichen Landfrieden gehören zum großen Theile in die Klasse der Strafgesetze: die eigentliche Codifikation entwickelte sich aber zuerst unter den Einflüssen des römischen Rechts, später aber und fortwährend unten benen der philosophischen Schulen und des öffentlichen Geistes. Außer den Reformationen der Stadt- und Landrechte ist zu den ältesten legislativen Versuchen seit der Errichtung des Reichskammergerichtes die kleine Malefizordnung Maximilian I. für seine tiroler Lande vom Jahre 1499 zu zählen. Weit bedeutender war aber die vom Freiherrn von Schwarzenberg ausgearbeitete, 1507 im Fürstenthume Wabenberg und 1516 in den fränkischen Ländern des brandenburgischen Hauses eingeführte peinliche Halsgerichtsordnung, welche nach mehrfacher Ueberarbeitung als peinliche Halsgerichtsordnung Kaiser Karl V. (die sogenannte Carolina) im Jahre 1532 zum Reichsgesetze erhoben wurde und seitdem mehrfach den partikulären Landesgesetzgebungen zur Grundlage diente, aber eben so wie die Civilgesetzgebungen jener Zeit die Giltigkeit des römischen Rechtes nebenbei voraussetzte.

Am thätigsten war von jeher die Gesetzgebung im Gebiete des politischen Rechts. Die bei weitem meisten Reichsgesetze schon vom Anfange des 14. Jahrhunderts an betreffen zunächst Verhältnisse des öffentlichen Rechts. Nebenbei erschienen die verschiedenen landesherrlichen Privilegien, die Reversalen und andere Vereinbarungen mit den Landständen als eben so viele partikuläre politische Gesetzgebungen (Zöpfl, Geschichte der deutschen Rechtsquellen, Stuttgart 1846 (seiner deutsch. Staats- und Rechtsgeschichte 2. B. 1. Abth.), S. 177 — 198; Philipps, deutsche Rechts- und Reichsgeschichte, 3. Aufl. München 1856, S. 335—346, 385—394; Eichhorn, deutsche — und Rechtsgeschichte, u. a.).

Nachdem das Strafrecht die größte Umwandlung erlitt und zugleich die Städte Antheil nahmen, wollen wir bei diesem noch etwas

In der Strafgewalt der Germanen lassen sich in der ältesten Zeit zwei Bestandtheile unterscheiden. Dem Einen lag der Gesichtspunkt zum Grunde, die gegen das Gemeinwesen selbst begangenen Verbrechen durch Strafen an Leib und Leben zu rächen. Bei den Anderen herrschte der Gedanke, den einem Leben zugewährten Frieden durch Vermögensbussen zu schützen. Aber auch die Vergehen, welche durch Vermögensbussen gesühnt wurden, wurden nicht als rein privatrechtliche angesehen, sondern man unterschied daran zwei Gesichtspunkte: die dem Anderen dadurch zugefügte Rechtskränkung, und die Verletzung des mit gemeinsamer Hand geschützten Friedens. Dem entsprechend fiel von den Vermögensbussen schon in der ältesten Zeit ein Theil an den Verletzten zur Genugthuung für das erlittene Unrecht, der andere Theil an das Gemeinwesen zur Sühne des verletzten Friedens. Bei der Ausbildung des Strafrechtes trat dieser Unterschied noch schärfer hervor. Jener Theil wurde nun insgemein die Composition oder Buss, der andere das Fredum oder Wette genannt. Dieses fiel aber jetzt an den König. Zugleich entwickelte sich aus der königlichen Gewalt noch ein dritter Gesichtspunkt der Strafbarkeit, der Ungehorsam wider das, was der König unter Königsbann geboten oder verboten hatte. Da solches insgemein, wie die Sicherung des Friedens, zum Wohle und zur Erhaltung des Ganzen geschah, so gränzten der zweite und dritte Gesichtspunkt nahe an einander und flossen allmählig zusammen.

Dieses System der Vermögensbussen war darauf berechnet, daß Jeder ein hinreichendes Vermögen besaß, womit er für sich einstand. Hatte er ein solches nicht, so hastete er mit Leib und Leben. Er büßte durch körperliche Züchtigung, oder er mußte dem Anderen seinen Leib für die Schuld verpfänden, oder sich ihm in Knechtschaft ergeben, oder gar, wenn nicht Verwandte und Freunde für ihn eintraten, mit dem Leben herhalten.

Neben dem öffentlichen Strafrechte stand dasjenige, welches der Verletzte selbst geltend machen konnte, nämlich die im Naturgeföhle des kräftigen und streitbaren Volkes tief gegründete Rache und Fehde, welche eine besondere Nahrung durch den Familiengeist erhielt, kraft dessen sich die Verwandten unter einander bei Fehden Beistand schuldig waren. Am mächtigsten sprach dieses Gefühl bei einem Todschlage, wo die Pflicht der Blutrache eintrat. Diesen Fall haben daher die Rechtsbestimmungen fast ausschließlich vor Augen. Außerdem wird nur noch bei besonderen Kränkungen der Persönlichkeit oder Ehre des Hauses die Privatrache als zulässig erwähnt. Ihre Wirkung in jenen Fällen war, daß der Thäter dem Verletzten gegenüber friedlos (*saikosus*) wurde, und von demselben erschlagen werden konnte, wenn er sich dem nicht durch die Flucht entzog. Er mußte dann durch Vermittlung Anderer, wobei besonders die Geistlichkeit thätig war, die That zu sühnen und den Frieden herzustellen suchen. Der Verletzte konnte jedoch auf die gesetzliche Composition klagen. Mochte nun die Fehde durch Vermittlung oder durch Klage und Urtheil beigelegt werden, wurde unter feierlichen Formeln Friede gelobt.

Der Gebrauch der Fehde wurde aber durch das Recht immer mehr eingeeengt, sowohl durch Einschränkungen der Vergehen, bei welchen sie nur Statt finden, oder Bezeichnung gewisser Zeiten und Orte, wo der Thäter Friebe haben sollte, in welcher Hinsicht insbesondere das kirchliche Asylrecht wohlthätig wirkte; bis endlich Karl der Große verordnete, daß nach einem Todschlage die Fehde sofort durch die Entrichtung und Annahme der Composition und durch die Gelobung des Friedens beigelegt und der Widerspenstige dazu selbst durch den König gezwungen werden sollte. Hiemit war also die Blutrache durch wirkliche Befehdung als gesetzliches Recht aufgehoben, und lebte nur noch im Rechte der Verwandten, die Blutsühne zu fordern, fort. Freilich durchbrach in jenen rohen Zeiten das Rachegefühl noch oft genug die Schranken des Gesetzes. Auf diesem Kampfe zwischen der Unsitte und dem Gesetze beruht auch der im Mittelalter in den mannigfaltigsten Anwendungen vorkommende Gebrauch, wo Rache zu besorgen war, besonders nach Todschlägen, einen Vergleich (Richtung, Laidigung) einzugehen und Urfehde oder Urfrieden schwören zu lassen. Zur Sühne wurden nun häufig religiöse Leistungen bedungen. Wenn aber der Thäter in der Acht war, so lebte das Recht der Blutrache wieder auf.

Allmählig nahm aber das Strafrecht eine andere Richtung. Das Christenthum führte den Grund der Strafe auf den Begriff der Gerechtigkeit und dessen Zusammenhang mit der sittlichen Weltordnung zurück. Dazu paßten aber bei schweren Vergehen bloße Vermögensbußen nicht. Die Vorstellung von den dem königlichen Amte zur Handhabung der Gerechtigkeit auferlegten strengen Pflichten, das Bedürfniß durch Strafen die allgemeine Sicherheit und Ordnung zu stärken, und die rohe Menge zu schrecken, endlich das mit dem Christenthum überlieferte Ansehen des mosaischen Rechts wirkten zusammen, um ein neues auf harte Lebens- und Leibesstrafen gebautes Strafrecht hervorzurufen, wie es in den Reichsgesetzen des Mittelalters, aus diesen in den Rechtsspiegeln und etwas mehr ausgebildet in den Stadtrechten erscheint. Doch waren diese Aufzeichnungen sehr unvollkommen; an manchen Orten wurde sogar bloß nach dem Ermessen der Schöffen gerichtet. Es war daher in der That ein großer Fortschritt, als seit dem 15. Jahrhunderte die auf das canonische und römische Recht gebauten Schriften der italienischen Praktiker in Deutschland Eingang fanden. Der Einfluß der neuen Jurisprudenz zeugte sich in dem schon erwähnten Ragspiegel, ganz vorzüglich aber in der bamberg'schen Halsgerichtsordnung, welche der im Strafrechte herrschenden Unwissenheit und Willkühr entschieden entgegen trat. Diese Richtung wurde auch die Grundlage von Karl V. Halsgerichtsordnung.

Durch dieses neue Strafrecht verloren die alten Vermögensbußen immer mehr an Bedeutung. Nach dem Rechte des Sachsenspiegels, wo der Todschlag an den Hals ging, wird das Wehrgeld nur noch bei der Tödtung aus Fahrlässigkeit oder durch ein Thier angewendet, und auch dieses ist im Schwabenspiegel verschwunden. Buße wird bei Lähmung, Verwundung,

thätlicher und wörtlicher Beschimpfung noch erwähnt. Doch war auch hier dem Verletzten in schwereren Fällen statt der Buße die Anklage auf eine peinliche Strafe freigestellt. Durch diese Veränderung verminderte sich auch die Anwendung der Wette, weil eine solche neben einer peinlichen Strafe nie gezahlt wurde. Andererseits gab es aber doch mancherlei kleine Vergehen, die bloß mit einer Wette an den Richter bestraft wurden. Man hatte also nun Verbrechen, die an Leib und Leben, Vergehen, die mit einer Geldstrafe an den Fiskus, und Vergehen, die mit einer Buße an den Verletzten gestraft wurden. So kam das Strafrecht in die Gestalt, welche es im Wesentlichen noch hat.

Eine nicht minder große Aenderung erfuhr das peinliche Verfahren. Die Anklage war in früherer Zeit insgemein dem verletzten Theile überlassen; doch mußte auch bei Verbrechen gegen das gemeine Wesen oder gegen die öffentliche Ordnung die Obrigkeit von Amtswegen zur Verfolgung einschreiten; so bei Todtschlag, gegen Solche, welche als Straßenräuber, Wegelagerer, wegen Untreue gegen den König oder wegen Zauberei übel berüchtigt waren, gegen Entführer und noch in anderen Fällen. Im Mittelalter standen neben einander die Anklage des Verletzten, die für ihn nur ein Recht, keine Pflicht war, und die Verfolgung durch das Gericht je nach der Natur des Vergehens. In diesem Geiste wurde auch in den Stadtrechten dem Schultheißen oder Frohnboten auferlegt zu klagen, wenn ein anderer Kläger nicht da war, in vielen Stadtrechten jedoch dieses Recht aus Besorgniß des Mißbrauchs ausdrücklich auf bestimmte Vergehen beschränkt.

Die Anklage erfolgte entweder wegen handhafter That, „wo Einem die verbrecherische That so zugehestet war, als ob sie ihm in der Hand klebe.“ Es setzte voraus, daß der Verbrecher auf der That ertappt, mit dem Gerüste beschrieen und gebunden, oder mit dem Gerüste verfolgt worden war. Diesem Waffengeruf, wozu nach Umständen das Lärmhorn geblasen, und die Sturmglocke geläutet wurde, war jeder Erwachsene bei Strafe bewaffnet zu folgen (das auch in den bürgerlichen Rechten vorkommende Nestoite).

Bei der Anklage wegen einer übernächtigen That geschah die Vorladung vom Ankläger selbst. Die Anklage wurde im Mittelalter mit dem Gerüste eröffnet. Dieses galt als der Klage Beginn und legte bei Strafe die Verpflichtung auf, die Anklage durchzuführen. Hierauf wurde der Verklagte auf Antrag des Klägers vom Richter gebannt. Erschien er, so kam es zum Beweise nach den darüber bestandenen Grundsätzen. Das Regelmäßige dabei war, daß der Verklagte den Vortheil des Reinigungsseides hatte, und dadurch die Wahrscheinlichkeit der Unschuld auf seine Seite zog, bis daß derselbe durch ein Gottesurtheil (Feuer- oder Wasserprobe, gerichtlicher Zweikampf u. a.) widerlegt war. Der uralte Gebrauch, umringt von Verwandten und Freunden vor Gericht aufzutreten, wurde (im Sachsen- und Schwabenspiegel) auf 30 höchstens mit einem Schwerte Bewaffnete eingeschränkt. Blieb der Verklagte nach der dritten Vorladung aus, so wurde er, wenn die Anklage an das Leben oder

die Hand ging oder sonst erheblicher Art war, und der Kläger die That selbstsiebent (mit 6 Eideshelfern) bezeugte, vom Richter verfestet (prohibirt, geächtet), in Folge dessen ihm weder Obdach, Schutz, noch sonst etwas verabreicht und er innerhalb des Gerichtsprengels verhaftet und, wenn er sich zur Wehr setzte, erschlagen werden durfte. Wurde er dann in der Verfestung gefangen und vor Gericht gebracht, um welche Schuld es war, es ging ihm an den Hals, wenn die That und die geschehene Verfestung selbstsiebent dargethan wurde. Hatte der Verklagte sich zwar gestellt, war aber dann flüchtig geworden, so galt er als überführt und wurde gleich verfestet. Besonders ausgebildet war die Klage wegen Todtschlags und Wunden, welche, wenn auch übernächtlig, doch bald nach der That und unter Mitbringung des Todten vor Gericht angestellt werden mußte. Blieb der Verklagte im dritten Vorladungs-Termine aus, so wurde er in die Mordacht erklärt. Eigenthümlich war bei der Mordklage das Gottesurtheil durch das Bahrrecht, wo der Angeklagte die Leiche unter Betheuerung seiner Unschuld berühren mußte, indem die Wunden, wenn er schuldig wäre, sich verändern und bluten würden. Dazu wurde selbst noch während des ersten Monats die Leiche ausgegraben. Der Gebrauch dieses Bahrrechtes erhielt sich bis in das 18. Jahrhundert (S. bei uns brünner Wochenbl. 1824 S. 51, 1826 S. 387, 1827 S. 61).

Die Verfolgung von Amtswegen geschah in 4 Fällen: 1) bei Verbrechen gegen den König oder gegen die öffentliche Ruhe und Ordnung; 2) bei einer schreienden Missethat, zu der sich kein Ankläger fand, wobei sich das Verfahren ganz in der accusatorischen Form bewegte, indem der Frohnbote den Ankläger machte, oder vom Gericht ein Ankläger gesetzt wurde; 3) gegen übel berüchtigte gemeinschädliche Leute, über welche genaue Erkundigungen eingezo-gen, Verhaftungen vorgenommen, Verhöre und Zeugenvernehmungen angestellt und, wenn sie nicht überführt werden konnten, ihnen doch die Reinigung vom Verdachte (ex condicere) durch den Eid mit 12 Eideshelfern oder durch ein Gottesurtheil auferlegt werden sollte; 4) in Folge eines bösen Leumunds, gegen welchen das Gericht von Amtswegen inquiren durfte.

Ein Mittleres zwischen öffentlicher Strafe und gütlicher Abfindung hatte sich insbesondere in den Städten nach und nach entwickelt — die Stadtverweisung, Verabschiedung, Verurlaubung, auf immer oder einige Zeit, unter Androhung der Rechtlosigkeit für den Fall der Rückkehr zur Zeit der Verbannung (Leupold's i. gl. Chronik S. 135, 142, 154).

Das Vertrauen auf die Zuverlässigkeit des Reinigungsrides (mit einer gewissen Zahl Eideshelfern, welche nicht über die That, sondern die Zuverlässigkeit des Eides schwuren) und der Gottesurtheile mußte bei zunehmender Einsicht und Erfahrung immer mehr erschüttert werden; auch entstand durch die Abschaffung des gerichtlichen Zweikampfs, an welchem besonders die Städte arbeiteten, im Beweisystem eine wesentliche Lücke. Man suchte daher allmählig mehr und mehr nach Ersatzmitteln. 1) Es sollte, wenn einer durch

das Gerücht als der Urheber einer vorgefallenen Missethat bezeichnet wurde, der Leumund durch bewährte Zeugen erhärtet, und dann dem Angeeschuldigten eine Reinigung nach dem Ermessen des Richters auferlegt werden (Henrici trouga c. 1230). 2) Schon im 12. Jahrhunderte wurde (von Friedrich I. 1187) gegen Nordbrenner das Ueberstehen durch den Kläger mit Ausschluß des Reinigungsseides eingeführt und dies von Rudolph I. (1281) auf alle Fälle ausgedehnt, wo ein schädlicher Mann oder Dieb, wenn auch ohne handhafte That, gefangen vor Gericht gebracht wurde. 3) Wurde, weil 6 Eideshelfer dem Kläger oft schwer zu finden waren, das Ueberstehen gegen solche Leute bei handhafter That durch kaiserliche Privilegien häufig erlassen, und auf den blickenden Schein, die Zeugen und das Geständniß zu verurtheilen gestattet. 4) Geschaß aus gleichem Grunde dasselbe häufig auch im Falle der nicht handhaften That, wenn Geständniß vorlag. 5) Hatte Rudolph I. nicht bloß dem Ankläger, sondern auch dem Richter in dem genannten Falle das Recht zu überstehen beigelegt, wenn sich zu seinem Eide 6 Eideshelfer fanden. Dieses wurde aber in Verbindung mit dem erwähnten Leumundsprozeß dahin erweitert, daß den Gerichten privilegienmäßig die Befugniß ertheilt wurde, gegen Diebe, Räuber und andere gemeinschädliche Leute auf Grund des Leumundes nach ihrer gewissenhaften Ueberzeugung durch Mehrheit der Stimmen die Todesstrafe zu erkennen. 6) Mußte bei zunehmender Bildung auch gegen die Zuverlässigkeit des Befiehnens gegründetes Bedenken entstehen, welches auch durch die Forderung, daß die Eide geläufig „ohne Strumpeln“ nachgesprochen werden mußten, nicht gehoben werden konnte.

Durch diese Veränderungen waren in das Beweisystem drei neue Elemente aufgenommen worden: das Gewicht der richterlichen Beurtheilung, die Bedeutung des Geständnisses, was früher gar nicht zur Sprache kam, und das Beweisen durch Zeugen. Diesem Zustande kam nun die Theorie, welche die italienischen Praktiker aus dem römischen und canonischen Rechte gezogen hatten, entgegen, und daraus entstand das Beweisystem, welches sich in der bamberger Halsgerichtsordnung (1507), im Laienspiegel (1509) und in Karl V. Halsgerichtsordnung (1532) findet. Das Befiehn, als wobei der Beweis nur „auf dunkel abh gegründet“ war, wurde ausdrücklich abgeschafft; stillschweigend auch das Verurtheilen auf Leumund; statt des Befiehnens sollte der Beweis durch ordentliche Zeugen oder durch Geständniß geführt werden und durch die Verurtheilung bloß nach der richterlichen Ueberzeugung nicht zulässig sein; selbst starke Anzeigen und Verdachtsgründe sollten dazu nicht genügen, doch aber der Richter dadurch das Recht erlangen, gegen den läugnenden Beklagten das Geständniß durch die Folter zu erzwingen (Karl V. Halsgerichtsordnung Art. 22. 23. 62. 67. 69). Die Tortur trat also gewissermaßen an die Stelle des Gottesurtheils und des Befiehnens. Jedoch „sollte man nitt lieberlich yemandts mit marter peinlich fragen,“ sondern nur wenn die Uebelthat wissentlich war und „etlich vermuttun-

gen und iudicia oder halb beweisungen wider den gefangenen" vorlagen. Es mußte auch die Anwendung der Tortur immer erst durch ein besonderes Urtheil dekretirt sein.

Die Peinigung hatte ihre genau unterschiedenen Stufen; auch nach der Praxis ging erst eine Verbalterrition mit Drohung und Vorzeigung der Marterwerkzeuge, und eine Realterrition durch wirkliche Anlegung derselben aber ohne Peinigung, vorher. Das Torquiren geschah in der Folterkammer vom Scharfrichter und seinen Gehilfen im Beisein von Zeugen und einer Gerichtsperson, welche die Aussagen niederschrieb. Daß aber die Praxis in der Folgezeit von diesen gesetzlichen Vorsichten und Beschränkungen vielfach Umgang nahm, ist eine bekannte Sache in der Geschichte der erst von M. Theresia abgeschafften Tortur.

Durch die Einwirkung des canonischen Rechts vermittelt der darauf gebauten Schriften der italienischen Praktiker erhielt nun die ganze peinliche Proceßur eine festere wissenschaftliche Gestalt. Der Laienspiegel nahm hienach fünf Formen des Verfahrens auf: die Accusation, Denuntiation, Inquisition, Purgation und wegen wissentlicher Uebelthaten. Die Accusation nahm hier wie in den neuen Halsgerichtsordnungen aus dem deutschen Rechte die beiden Fälle auf, wo entweder von einem Privaten oder von der Obrigkeit von Amtswegen accusirt wird. Letzteres erhielt sich fortwährend in vielen Territorien, und es wurde als öffentlicher Ankläger ein eigener Beamter oder Fiscal angestellt (auch bei uns nach den Instruktionen des mähr. Fiscalamtes vom Jahre 1640 an). Der größeren Sicherheit wegen war bei diesem accusatorischen Prozesse allmählig die schriftliche Verhandlung aufgetommen (S. S. 383). Allein wenn nach diesen schriftlichen Akten das Urtheil festgestellt war, so wurde noch der „endliche Rechttag“ gehalten, worin über die Sache das alte öffentliche und mündliche Verfahren von der Hegung und Anklage bis zum Brechen des Gerichtsstabes vor sich ging (Karl V. H. G. Ord. Art. 78 — 99). Das Richten auf Denuntiation trat hauptsächlich ein, wenn einem Richter durch seinen Unterbeamten eine vorgefallene Missethat angezeigt wurde. Das Verfahren auf Inquisition war (nach dem Laienspiegel) bei den weltlichen Gerichten noch wenig in Uebung, besonders kam es gegen gemeinschädliche Leute oder wegen begründeten Reumunds von Amtswegen in Anwendung. Das Verfahren auf Purgation trat ein, wenn von der Verhandlung gegen den Verklagten ein böser Reumund zurückgeblieben war, wovon dem Gericht die Reinigung durch den Purgationseid mit Hilfe von Mitspurgern nöthig schien.

Das Verfahren wegen wissentlicher Missethaten endlich hatte Statt wie das wegen handhafter That bei offenbaren notorischen Vergehen.

Das Urtheilfinden geschah durch Umfrage der Schöffen auf ihren Eid. Lautete das Urtheil auf Todesstrafe, so machte gewöhnlich den Beschluß der Befehl des Richters an den Nachrichter zur Vollstreckung und das Brechen des Gerichtsstabes.

Die Exekution erfolgte regelmäßig sehr schnell, oft nach wenigen Stunden. Später hatte der Frohnbote die Hinrichtungen zu besorgen. In den Städten findet sich dafür ein Unterbeamter des Vogts, später der Henker. Zu dessen Recht gehörten bestimmte Gebühren¹⁾, die er vom Kläger erhielt, und ein Anspruch auf das, was der Delinquent am Leibe trug. Dieses Hinrichten um einen jedesmaligen Lohn galt als sündlich und verächtlich, nicht aber das mit einer festen Besoldung versehene Richteramt. An manchen Orten hatte man aber keinen Richter, sondern dessen Verrichtung war eine Gemeinbelast, die dem jüngsten Schöffen oder dem jüngsten Ehemanne im Orte oblag, oder es mußten Alle mit Hand anlegen.

Die Städte, welchen insbesondere es Bedürfnis war, das Schicksal eines Strafprozesses nicht mehr den Parteien preiszugeben, hatten das alte Beweis-system abgestreift, nicht aber die Kraft und ermangelten der nöthigen Unterstützung von außen, um eine positive Neugestaltung in nationalem Geiste durchzuführen. Sie fielen daher dem fremden Rechte in die Arme, dessen Sieg dadurch für Jahrhunderte entschieden war. Man findet nämlich, daß die Städte nach und nach Stück für Stück vom Beweisysteme des fremden Rechts annahmen, ohne doch den weiteren Fortschritt zu machen, der zum Geschwornengericht geführt haben würde.

Die Städte schlossen sich in der Regel an das System des fremden Rechts an, dem Augenschein, Geständniß, Zeugniß und Anzeigen Beweismittel von gleicher Dignität sind, und kein Bedürfnis inwohnt, die durch Zeugen und Anzeigen gewonnenen Data noch erst durch das Medium der Gewissensüberzeugung gehen zu lassen; wohl aber machten sie vom Institute der Folter einen oft barbarischen Gebrauch.

Wie aber die Entwicklung des Strafverfahrens in den deutschen Städten durch ihre allgemeine Stellung zum Reiche bestimmt war, so auch die ihres Strafrechts. Auch hier entwickelten sie im Contraste zu dem Rechte des Ritterthums eine eben durch den Gegensatz oft furchtbar gesteigerte Strenge (S. die olmüher Sammel-, Ludwig's brünner, Leopold's iglauer Chronik). Gleichwohl verlor sich auch in den Städten der Gegensatz eines doppelten Strafrechts nicht ganz. Die eiserne Durchführung abschreckender Strafgesetze fand vorzugsweise gegen Fremde, Uebelberüchtigte oder geringere Leute Statt, während in der Regel die Bürger sich mancher Vortheile beim Verfahren zu erfreuen hatten, und bei ihnen, mindestens der einen oder anderen Klasse, auch wohl noch die Vergünstigung, die Strafen mit Geld lösen zu dürfen, vorkam. In der Mitte stand dann die Strafe der Stadterweisung.

¹⁾ S. Scharfrichters-Tax in Zwittau vom Jahre 1627 im Notizenbl. der hist. Zeit. 1857 S. 48; Ober- und Untergerichtsdiener-Tax in Olmütz von 1638, eb. 1858 Nr. 9, u. m. a.

Wenn auch die politisch isolirten Städte kein gleichförmiges System durchführen konnten, zeigen sie aber doch im Ganzen das Bestreben, das Strafrecht unter den Gesichtspunkt einer Reaction im öffentlichen Interesse zu bringen. Wenn sie daher auch noch den Unterschied von strengem und freundlichem Recht, von *causae majores, minores* und bloßen Freveln beibehielten, so ging doch die Tendenz offenbar dahin, die Klasse der Ungerichte (Vergehen, wenn die Strafe an den Leib ging) zu erweitern, und insbesondere darunter auch solche Vergehen zu stellen, welche der Feudalstaat verwahrloßt oder der Kirche überlassen hatte, z. B. Gotteslästerung, Reberei, Hererei, Meineid, Bigamie, Menschenraub, Fälschung, Sodomie, Selbstmord, u. a. Dazu diente denn als Uebergang das Institut des städtischen Friedens, indem man diesen oft besonders gebot, und sofort unter dem Titel seiner Verletzung eine sonst als Civilvergehen angesehene That zum Blutbannsfalle stempelte. Die öffentlichen Strafen waren meist grausam. Die Städte mußten um ihrer Selbsterhaltung willen eben so oft in dieses Extrem, als in das entgegengesetzte, fallen. Das Strafrecht war auch bei ihnen weniger Rechts-, als Polizeisache, daher auch weniger, als das Privatrecht, Gegenstand wissenschaftlichen Nachdenkens. Die Hauptangelegenheit war den Städten die Verbesserung des Verfahrens. Wie aber in diesem Punkte, so thaten sie sich auch im Strafrechte seit dem Ende des 15. Jahrhunderts wenigstens dadurch hervor, daß sie (vorzüglich die rheinischen und süddeutschen) dem römischen Rechte einen merklich zunehmenden Einfluß gestattet hatten, welches ein auf den Grundsatz der Verfolgung der Verbrechen im öffentlichen Interesse gebautes Strafrecht darbot.

Als entscheidendes Moment für den Sieg des römischen Rechts stellt sich der ewige Landfriede dar und die damit verbundene Einsetzung des Reichskammergerichtes, das nach römischem Rechte zu sprechen angewiesen wurde und diese Anweisung treulich befolgte. Es erfolgte von nun an eine raiche und heftige Umwälzung im geltenden Rechte. Es verbreiteten sich neue Ansichten über das Wesen des positiven Rechts überhaupt; man forderte geschriebenes Recht oder besonders bewiesene Gewohnheiten, daher denn auch die Urtheile in Strafsachen nicht mehr nach der besten Ueberzeugung der Richter, sondern nach geschriebenen Normen erfolgen sollten. Die Folge war, daß die gelehrten Richter auf das als *jus incertum* behandelte, einheimische Recht herabsahen, und die Rechtsbücher vom Ende des 15. Jahrhunderts ab, wo sie nicht ausdrücklich als Territorialrecht eine besondere Sanction erhielten, ihre Auktorität immer mehr einbüßten; desgleichen, daß man eine gänzliche Umänderung der Gerichtsverfassung vornahm, d. h. Stadtgerichte und höhere Landesgerichte mit gelehrten Richtern besetzte, dagegen die vorerst noch im alten Stande verbleibenden an die letzteren oder an die Juristen-Fakultäten anwies. Das Bedürfniß rechtsgelehrter Gerichte an der Stelle der immer unzureichenden werdenden Schöffen-Verfassung war schon seit der Mitte des 15. Jahrhunderts fühlbar geworden.

Ausgesprochen war nun die Unentbehrlichkeit des römischen Rechts für Deutschland, nicht mehr bloß als Gewohnheitsrecht, sondern auch reichsgesetzlich ausdrücklich als gemeines deutsches Recht erklärt. Auch wurde der Sieg vorerst ins Extrem verfolgt, indem weder Theoretiker, noch Praktiker jener Zeit Kritik genug besaßen, um die wahre Grenze zwischen der Anwendbarkeit des einheimischen und des fremden Rechts aufzufinden, worüber die lebendige Kenntniß des ersteren mehr und mehr ins Versiegen kam. Sehr natürlich war es daher, daß sich gegen die unbedingt romanisirende Tendenz eine volksmäßige Opposition erhob, die freilich gegen die wissenschaftliche Uebermacht vorerst aus dem Felde weichen mußte.

Auch im Strafrechte war es übrigens keineswegs das reine römische Recht, was man vor Augen hatte, sondern das Recht, wie es als lebendiges *jus commune*, verschmolzen mit dem canonischen und mit städtischem Statutarrechte germanischen Ursprungs in der italienischen Doktrin und Praxis sich gestaltet hatte. Gerade der Niederschlag germanischer Rechtsanschauungen in den italienischen Städtestatuten, und die Geschicklichkeit, womit die dortigen Juristen dieses Statutarrecht mit dem gemeinen zu verbinden wußten, war für das deutsche Recht um so wichtiger, je kritikloser und fanatischer man in Deutschland Anstalt machte, dem fremden Rechte alle volkethümliche Errungenschaft aufzuopfern. Schon die Glossatoren, die Skribenten und ihre Nachfolger beschäftigten sich regelmäßig auch mit dem Strafrechte, die Canonisten wenigstens mit dem kirchlichen und mit dem Prozeß. Speciell mit dem Strafrechte beschäftigten sich meist die Praktiker in großen Städten. Die Schriften dieser Männer wurden aber in Folge des lebhaften Verkehrs mit Italien auch in Deutschland bekannt und ein Gegenstand eifrigen Studiums.

Indessen war ihr Einfluß auf deutsche Bestrebungen kein gleichförmiger. Während der *Mag-* und *Laienspiegel* und ihre Nachahmer, welche wenigstens den Zweck erreichten, das praktisch anwendbare römische Recht in popular faßlicher Weise möglichst allgemein bekannt zu machen, sich slavisch an das fremde Recht hielten, zeigten die gesetzgeberischen Arbeiten weit mehr nationales Selbstbewußtsein. Was zur Codifikation antrieb, war nur theils die Nothwendigkeit, einem und dem andern deutschen Rechtsinstitute, das nun einmal in der Praxis feststand, gesetzliche Geltung zu verschaffen; und überhaupt die Grenzen der Anwendbarkeit des fremden Rechts zu stecken, welche die Wissenschaft nicht aufzufinden vermochte, theils das Bedürfniß, Kenntniß und Verständniß des römischen Rechts zu erleichtern und für die Anwendung die gelehrten Streitfragen möglichst abzuschneiden. Alle hieher gehörigen Gesetzgebungen haben daher die unbestrittene Voraussetzung der Anwendbarkeit des römischen Rechts im Ganzen gemein, so daß es nur da nicht eintreten soll, wo es ausdrücklich ausgeschlossen sei. Größtentheils sind sie denn auch aus dem römischen Rechte geschöpft und wollten aus ihm interpretirt sein. Zu denselben gehören theils allgemeine, die sich vorzugsweise mit dem Privatrecht befaßen, aber meist auch ausführliche

strafrechtliche Bestimmungen enthalten, theils Stadtrechte, theils Landrechte, — theils besondere Gesetzgebungen für Strafrecht und Proceß, wie die tiroler Malefizordnung von 1499 u. a.

Allein diese Gesetzgebungen, so sehr sie von einander borgten, und alle zusammen das fremde Recht ausbeuteten, so wenig sie partikularistisch zu sein suchten und glaubten, waren dies doch, oder legten wenigstens den Keim zu neuer Partikularisation.

Es war jedoch eine gemeingültige Entscheidung dieses Streits, überhoben Gleichförmigkeit des Rechts in keinem Rechtstheile größeres Bedürfnis, als im Strafrechte, dessen Energie durch Zersplitterung der Gerichte im höchsten Grade gelähmt wurde. Wenn irgendwo, so mußte hier der Mißstand, welcher aus der Auflösung des mittelalterlichen Staates und den damit verbundenen Gährungen folgte, mit dem Gefühle der Unerträglichkeit zum Bewußtsein kommen. In der That wurden denn auch gegen das Ende des 15. Jahrhunderts die Klagen und Forderungen immer lauter, als deren Resultat sofort im J. 1532 die peinliche Gerichtsordnung Karl V. hervortrat.

Sie wollte kein Strafcoder im neueren Sinne sein, indem sie sich im Wesentlichen auf die Verbrechen beschränkt, deren Strafen an Hals und Hand gehen, ferner auf eine Reihe anderer eingreifender Rechtsquellen (röm. Recht und Partikularrecht, in so weit dieses neben ihren absolut gebietenden Grundsätzen fortbestehen konnte) verweist, besonders aber, indem sie die Entwicklung des Rechts nicht bannen will, sondern dem Gerichtsgebrauche und der Wissenschaft, die auf ihrem Fundamente weiter bauen sollten, überläßt.

Die peinliche Gerichtsordnung gewährte dem Straf- vor dem Privatrechte den großen Vortheil, daß es ein gemeinses deutsches Recht fixirte und dadurch auch dem romanisirenden Fanatismus der Jurisprudenz des 16. Jahrhunderts ein gesetzliches Organ entgegenstellte, das als gemeinverbindliche Rechtsquelle nicht abgewiesen werden konnte.

Wie sich die Reichsgesetzgebung, besonders in den Polizeiordnungen (1500 — 1577), bis zum 30jährigen Kriege immer im Geiste der peinlichen Gerichtsordnung oder doch im Anschlusse an sie thätig erwies, so wurde dieselbe in diesem ganzen Zeitraume auch von den Territorialgesetzgebungen durchaus als allgemein verbindliches Gesetz angesehen und nach und nach auch allgemein eingeführt, wenn auch nicht überall auf dieselbe Weise, wie z. B. rücksichtlich der österr. Länder in den tiroler Landesordnungen von 1532 und Revision von 1573, in der Landgerichtsordnung für Oesterreich ob der Enns von 1559, in der steirischen peiml. Gerichtsordnung von 1574, in den böhmischen Stadtrechten von 1579, in der Landesordnung für Mähren von 1628 (fol. 210 — 255).

Der 30jährige Krieg hemmte die Thätigkeit der Partikulargesetzgebung so gut als jene der Reichsgesetzgebung. Was sodann seit dem Ausgange dieses

Krieges von partikulargesetzgeberischen Resultaten aus Sicht trat, war allerdings nicht mehr geeignet, das Element der Gemeinsamkeit zu befördern.

Der Umschwung des Welt Handels hatte die Bedeutung der Städte geschmälert, eine Reihe von Kriegen ihren Wohlstand vernichtet. Noch tiefer war, namentlich durch verkehrte Anwendung des römischen Rechts, der Bauernstand zu Boden gedrückt. Die Landeshoheit der deutschen Fürsten hatte sich gegenüber der kaiserlichen Macht immer mehr ausgebildet und frei gemacht, die monarchische Gewalt überhaupt, mit Hilfe der stehenden Heere, einseitige Herrschaft erlangt, die landständische Verfassung schon im 17., noch mehr im 18. Jahrhunderte an Bedeutung und Wirksamkeit immer mehr verloren, nur der Adel und Clerus Vorrechte bewahrt. Da aber dieser Umschwung der Dinge noch erst seit der 2. Hälfte des 17. Jahrhunderts zu bemerkter Entfaltung und im 18. zu ausschließlicher Herrschaft kam, erhielt sich das Element der Gemeinsamkeit im Strafrechte noch bis gegen die Mitte des 18. Jahrhunderts hin mehr der Wissenschaft und der durch sie bestimmten Praxis, welche sich von unfehlbaren Ansätzen allmählig zu Mächten ausbildeten, deren das geistliche Recht sich beugen mußte. Namentlich begründeten die sächsischen Juristen Barz (1617 und 1618) und Carpzov (*Practicae novae in perialis Saxonicae rerum crim.* P. I — III, 1638, 13. Ausg. 1758; eine deutsche Strafrechtsliteratur, legten diese zugleich in die engste Beziehung mit dem Leben und befähigten die Herrschaft des gemeinrechtlichen Elements auf ein Jahrhundert hinaus, bis sich dieser stationäre Zustand erst im 18. Jahrhunderte unter dem Einflusse der neuer erwachten Philosophie und der aus ihr entsprungenen Aufklärungsenten, zu ändern begann.

Auch unter der carpxov'schen Diktatur hielt sich die Praxis im Ganzen noch an die peinliche Gerichtsordnung, und, wo sie vom Urtheile des Krieges abwich, da geschah es wenigstens auf gleichförmige Art, in Form eines mehr, durch den Geist der Zeit bestimmten Gemischtenrechts. Gleichwohl mußte die Eigenmacht der Praxis noch inestendere durch die Einrichtung der peinlichen Gerichtsordnung selbst, welche mehrere der Freiheiten des Strafverfahrens, die nicht wenig begünstigende Elemente enthielt (z. B. Freifassung der That, der Strafarten, so weit nur nicht peinliche Strafen außer den geistlichen Höfen verhängt wurden, Freilassung in Beziehung auf den Strafmäßigkeitsgrad, milderer Art u. dgl.), daher denn auch in der That sich schon vor der peinlichen Gerichtsordnung, befügt oder unterfügt, manifestirten und äußerten. Gleichwohl, wie das Besiebnen, Buße und Wahrung u. dgl., noch lange Zeit beibehalten. Die peinliche Gerichtsordnung vermochte, wenn auch durch die römisch-rechtliche, dessen Auslegung sie dem Rabe der Rechtsgelehrten überlassen, dessen Bestimmungen aber in vielen Fällen (z. B. bei Verurtheilung, bei Verurtheilung, bei Verurtheilung) manischen Grundansichten entgegen, aber nicht ändern konnte und ändern wollte, (wie in Beziehung auf die meisten Strafen, welche, wie oben erwähnt, waren. Je mehr aber der Juristenstand ausschließlich in der Bezug der Strafrechtsgelehrten

kam und insbesondere den Strafproceß zu seiner Domäne machte, um so mehr wurde der Geist der Willkür bei ihm genährt, vollends in einer Zeit, welche — wie die des 30jährigen Kriegs — alle Schranken der gesellschaftlichen Ordnung zusammenbrechen sah und die Pflicht der Sorge dafür auf den Richter allein zu devolviren schien. Es kam dazu, daß von der Mitte des 17. Jahrhunderts an die Territorial-Gesetzgebung größtentheils ruhte, daß sich schon im 17. Jahrhundert Doctrin und Praxis allmählig gewöhnt hatten, das partikularistische Element hinter dem gemeinrechtlichen, das des gelehrten Roms halber mehr zusagte, hintanzusetzen, und hiedurch namentlich zur allmähligten Unterdrückung mancher germanischer Rechtsinstitute beizutragen.

Wenn jedoch die Willkür und Eigenmacht, woran sich die deutsche Jurisprudenz unter dem Schutze des unnatürlich angewachsenen monarchischen Principis gewöhnte, in manchen Beziehungen vortheilhaft wirkte, wohin man unbe denklich auch eine große Anzahl ihrer Abweichungen vom Buchstaben der peinlichen Gerichtsordnung rechnen kann, so wirkte sie leider auch nach der anderen Seite hin auf eine zum Theile empörende Weise. Sie sah sich insbesondere von der allgemeinen Richtung, alles in polizeiliche Fesseln zu schlagen, zu einer schrankenlosen Ausdehnung des Gebiets des Strafrechtlichen fortgezogen, und, wie sie die peinliche Gerichtsordnung zu mildern gelernt hatte, so lernte sie dieselbe auch zu verschärfen. Eben so wie die österr. peinliche Landesgerichtsordnung von 1656 (in Weingarten's fasc. divers. jur. Nürnberg 1690, 1. Buch 3. T. S. 371 — 443) in vielen Punkten die um 120 Jahre ältere Carolina an Grausamkeit der Strafandrohungen überbietet, so und noch mehr machte die rohe Tendenz der Sicherung und Abschreckung sich auch in der Jurisprudenz auf suchbare Weise geltend, insbesondere in der Lehre von den *delicta excepta*, d. h. daß bei den schwersten Verbrechen der Richter an die gesetzlichen Prozeßformen und Beweisvorschriften nicht gebunden sei, da hier dem Staate besonders darin liege, daß die Verbrechen nicht ungestraft bleiben. Daher denn die gräßlichsten Mißbräuche mit der Tortur, und die rücksichtsloseste Willkür im Beweisverfahren. Nirgends aber traten diese Schreuslichkeiten schauerlicher hervor, als in derjenigen Verbrechenssphäre, welche der religiöse Fanatismus und der Aberglaube als ihre Domäne betrachteten, insbesondere in den Hexenverfolgungen des 16. und 17. Jahrhunderts, „jenem Drama von unermesslicher Ausdehnung, mit welchem an Jammer, Verzweiflungsscenen und Elend ohne Namen, Raß und Ziel auf der einen, und an Aberglauben, Unfinn und Barbarei auf der anderen Seite kaum etwas in unserer Geschichte verglichen werden kann“ (Walter, deutsche Rechtsgeschichte, 2. Aufl., Bonn 1857, 2. B. S. 368 — 434; Köstlin, Geschichte des deutschen Strafrechts im Umriß, Tübingen 1859; Eichhorn, deutsche Staats- und Rechtsgeschichte; Zöpfl, das bamberger Recht, Heidelberg 1839; desselben deutsche Staats- und Rechtsgeschichte; Rosshardt, Geschichte und System des deutschen Strafrechts, Stuttgart 1838 — 1839, 3 B.; Wächter, Beitr. zur deutschen Geschichte Tübingen 1845; Lili

mann, Gesch. der deutsch. Strafgesetze, Leipzig 1832, u. m. a. Ueber die Verbreitung des römischen Rechts S. Savigny, Gesch. des röm. Rechts im Mittelalter, Wiener in Mittermaier's Zeitschr. für Rechtswiss. des Auslands 19. Band; Dvořak in Haimel's Magazin 1857 4. H. ff; Schöffner, d. r. R. in Deutsch. im 12. und 13. Jahrh., Erlangen 1859, u. m. a.).

Zur Ehre unserer größeren Städte muß aber bemerkt werden, daß dieser gräßliche Wahn keine oder doch nicht zahlreiche Opfer gefordert haben mag, obwohl die untersuchten Hexen zahllose Personen in Olmütz und vielen anderen Städten als Mitschuldige bezeichnet haben sollen. So weit die bisher bekannt gewordenen Nachrichten, freilich nur Bruchstücke, reichen und die vielen Orts-Chroniken, welche von Hexenverfolgungen keine oder nur geringe Mittheilungen machen, entnehmen lassen, beschränken sich die systematischen Hexen-Aussuchungen und Verfolgungen zunächst auf die sogenannte Hexenstadt Schönb erg und den im Zusammenhange stehenden Umkreis und auf die Zeit einiger Jahrzehende des 17. Jahrhunderts (Zur Geschichte des Glaubens an Zauberer, Hexen und Vampyre in M. und Schl. von Bischof und d'Elvert, Brünn 1859, im 12. B. der Schr. der hist. Gese. S. 258 — 421)

Die neue Gestaltung des Strafrechts und seiner Pflege, welche einen gelehrten Richterstand mit sich brachte, übte alsbald auch auf die Gerichtsbarkeit der f. Städte einen nachhaltigen, zu immer größerer Geltung gelangenden Einfluß.

Der Landtagschluß von 1542 wies nämlich die Behandlung der öffentlichen Verbrechen, als Straßenraub, Straßenmord, Mord, Mordbrennerei, Aufruhr u. dgl. den Magistraten der nächsten königlichen Städte zu, für welchen ihnen die Prozeßkosten vom Lande vergütet werden sollten. Diese öffentlichen Verbrechen konnte kein Wehrgeld sühnen. Viele Obrigkeiten übergaben auch, unter Vergütung der Prozeßkosten, die Privatverbrechen den f. Städten.

Der Landtagschluß von 1608 verordnete, daß den f. Städten die Abzugsgelder von den Obrigkeiten, welche Jemanden in Arrest setzen lassen, vergütet werden sollen (Lutische, Notizen von der Verfassung Mährens bis 1628, S. 108, 111, 154). Ferdinand III. verordnete (Resk. 22. April 1642) über Klagen der Stadt Olmütz, daß die Gerichts- und Unterhaltungsspesen der offenen Landesbeschädiger, welche bei den f. Städten auf Verordnung des Amtes der Landeshauptmannschaft oder anderer Gestalt einkommen, aus den f. Contributionsgesällen hergenommen werden, wenn die ersteren nicht Mittel haben, diese Kosten selbst zu geben. Hinsichtlich der Gefangenen der Privat-Inwohner ließ es der Kaiser zwar noch bei dem Verednisse zwischen den oberen Städten und den Städten vom Jahre 1555 bewenden, jedoch sollte auch der Raub zum Stadtgerichte eingeliefert werden „damit der bedürftigen Ankosten zuvörderst dannenhero genommen werden könnte.“

Spätere Anordnungen (Resk. 28. Februar 1646, Landtagschluß 1675, Resk. 9. Jänner 1711 u. a.) brachten den Grundsatz zur Geltung, daß die Hals-

gerichts-Obriegkeiten auch die Kosten dieser Jurisdiktion zu tragen und den f. Städten, welche das f. Tribunal mit fremden Verbrechern ohne erhebliche Ursache nicht graviren sollte, die Kosten für die übernommenen zu verschaffen haben. Allein die Erfahrung lehrte, daß die f. Städte nicht ihren vollen Ersatz fanden, besonders in einer Zeit, als seit Karl VI. und Maria Theresia (S. S. 414, 440, 458) die Anzahl von Halsgerichten immer mehr reducirt wurden, bis endlich nur noch Kreisgerichte bestanden, und die Städte, besonders auch wegen der Kriminalgerichtspflege genöthigt waren, ihre Gerichte mit gelehrten Richtern zu besetzen (S. S. 65 und die Geschichte von Gradiſch im 12. Bd. der Sect. Schriften S. 255).

Die im peinlichen Rechte ausgeführte Codifikation dehnte sich alsbald auch auf das bürgerliche Recht aus und zwar sowohl im Landrechte für die höheren Stände, als im Stadtrecht für den minderen Stand (den Bürgerstand, denn die Bauern — noch in unserer Zeit *quantum genus hominum* genannt, bildeten keinen Stand).

Magister Brictius von Ličzko (Břiči z Ličfa † 1543) verfaßte im Auftrage des prager Stadtrathes ein eigenes Stadtrecht in böhmischer Sprache, welches 1536 zu Leutomischl in Folio gedruckt wurde.

Die Quelle dieses Stadtrechtes sind die altprager Statuten, besonders aber die damals so allgemein verbreitet gewesenen böhmischen Uebersetzungen der brünner Schöffensprüche. Dieses Stadtrecht brachte die prager und brünner Weisthümer nur in systematische Ordnung, half nur kurze Zeit den Bedürfnissen ab; es erschien schon im Jahre 1579 durch Paul Christian von Roldin und auf Martinic (1530 † 1598), gleichfalls Kanzler der Altstadt Prag, eine sogenannte Reformation der Stadtrechte, gedruckt bei Weleslawin in Prag 1579, Fol., im Grunde nur eine Umarbeitung des ersteren Werkes. Auch im zweiten ist das altprager Recht der Ausgangspunkt und es wird der alte Coder des Archives als Quelle bezeichnet. Allein das römische Recht hat schon bedeutend eingewirkt. Eine deutsche Uebersetzung durch Peter Stierba erschien zu Leipzig 1607 (dann 1614), in Fol. mit der Landesordnung unter dem Titel: „böhmisches Recht.“ Die gewöhnliche Handausgabe, die auch bei den Gerichten im Gebrauche war, ist jene, welche zu Wien 1721 in 4. erschien und noch mehr Umbildungen und Erweiterungen enthält, auch in manchen Theilen, insbesondere wegen der nach der Schlacht am weißen Berge (1620) vorgefallenen politischen und religiösen Verhältnisse, geändert ist (Vergl. Nr. 38. R. 35 — 37 J. R. B. 52. 54). Den Stadtrechten sind noch zugegeben die Instruktion für die königl. und Leibesgedingstädte vom 2. März 1651 und die Instruktion für die f. Richter von Leopold I.

Die Unbequemlichkeit verschiedener Gesetze für den Bürgerstand und den Adel stellte sich erst dann fühlbar heraus, als die Standesverhältnisse und die Berührung beider Volksklassen nicht so schroff waren. Eine scheinbare Vermittlung war dadurch begründet, daß die Stadtrechte in einigen Fällen als Sub-

stidiar-Quelle für die höheren Stände angegeben sind (D. 49. K. 4. und Ferdinand III. Novelle CC. 5. verneuerte L. Ordnung) ¹⁾).

Diese von Prag ausgegangenen Stadtrechte erlangten erst spät nach und nach eine allgemein verbindende Kraft selbst in Böhmen und noch lange, besonders in den sämtlichen Gränzgegenden, währte die Giltigkeit des magdeburger und deutschen Rechtes fort.

Diese böhmischen Stadtrechte waren aus den brünner und prager Stadtrechten, aus dem Herkommen, landesfürstlichen Verordnungen und dem römischen Rechte entstanden (Legis-Glücklich S. 269), durch die Einführung der k. böhmischen Appellationskammer für den Bürgerstand in Böhmen, Mähren und Schlessen (1548) in allgemeinere Aufnahme gebracht und vom Kaiser Rudolph II. 1579 allgemein in Böhmen eingeführt worden. Sie erfuhren unter Ferdinand II., der die L. Ordnung wesentlich umstaltete, fast gar keine Aenderungen und selbst die Zahl und Folge der (57) Titeln blieben unberührt.

Ferdinands II. neue Landesordnung (in Böhmen von 1627, in Mähren 1628) war zwar zunächst für die höheren Stände gegeben, enthält aber auch viele gesetzliche Anordnungen für den Bürger und Bauer. Es waren „darinnen die Jura privatorum zwar so viel möglich bei dem alten Herkommen gelassen, jedoch theils nach jetzigen des Markhgrävthums Zustand, als welches von unterschiedenen Völkern und Zungen bewohnet wird, gerichtet, auch etlichermaßen nach Unseren Kaiserlichen vnd andern im H. Römischen Reich vnd Unsern Königreichen vnd Ländern gewöhnlichen Sagen corrigirt.“

Die Stadtrechte, welche für die nobilitirten (wappenmäßigen) Bürger und Städte galten, unterschieden sich von der Landesordnung hauptsächlich nur a) bei Testamenten, Pflichtheil der Kinder und erblichen Ansätzen, b) hinsichtlich der Gerichtsstellen (Stadtgerichte und Appellationskammer) und c) bei dem dinglichen und persönlichen Gerichtszwange (Legis-Glücklich S. 273).

Ferdinand III., welcher sowohl bei den k. Städten, als andern Unter- als den Ober-Gerichten in deutscher und böhmischer Sprache verfahren ließ, den schriftlichen Prozeß, der bei den Obergerichten schon von Ferdinand II. eingeführt war, auch bei allen Stadt- und Unter-Gerichten beobachtet haben wollte (S. S. 382), war auch entschlossen, die Landesordnung, so viel sich thun ließ, mit den Stadtrechten in eine Konformität zu bringen. Die hierüber befragte k. böhm. Appellationskammer sprach sich in ihrem Gutachten vom 14. Dezember 1641 (in Weingarten's Codex S. 217 — 225) dafür aus, „daß die *casus civiles* auch fñhrohin bey ihren burgerlichen Gerichten ventilirt und den Stadtrechten gemäß judicirt werden, und also die

¹⁾ Mößler in den österr. Lit. Bl. 1846 S. 356; Literaturgeschichte des böhm. Staats- und Privatrechtes, von Dr. Legis-Glücklich, in der österr. jurib. polit. Zeitschrift 1847, 3 B. S. 183, 184, 4. B. S. 272, 274.

Stadt-Rechten in ihren gegründeten Werth und esse verbleiben können, jedoch aller derjenigen Fällen ausgenommen, welche albereit specialiter in contrarium durch die erneuerte Landes-Ordnung und Novellen corrigirt und decidirt worden seyn. Da aber noch unterschiedliche casus in Stadt-Rechten sich ereignen, welche zwar der neuen Landesordnung, Declaratorien und Novellen nicht ganz zuwiderlaufen, jedoch in etwas zweifelhaftig, dunkel und different ausgelegt seynd^a: so machte die k. Appellationskammer den Antrag, die Stadtrechte in zwölf Punkten zu erläutern, näher zu bestimmen und zu ändern, „daß übriges in allen Fällen, welche weder durch die Stadtrechte, noch durch die Landesordnung und Novellen entschieden sind, die allgemeine beschriebene Kayserliche Rechte zu observiren seyen, in der besondern Erwägung, daß die Stadtrechte auch sonst in allen nach den gemeinen Rechten fermirt und von denselben ohne die statuta Municipalia ihre Interpretation nehmen und daraus declarirt werden.“

Dieser Vorschlag blieb jedoch ohne Erfolg und beide Rechte, L. Ordnung und Stadtrechte, erhielten bis auf die neueste Zeit getrennt ihre Geltung, neben den andern verchiedenen Rechten, besonders für den Bürgerstand. Wie störend dieser Mangel eines einheitlichen Rechtes war, läßt schon das folgende Rescript Leopold I. an die k. böhm. Appellation vom 28. Jänner 1668 (in Weingarten's Codex S. 355) entnehmen: Aus euerem gehorsamsten Schreiben von 19. dieses haben Wir gnädigst ersehen, was massen Unser in Gott ruhender Hochgeehrter Herr Vater Glorwürdigsten Antendens in dem 34. und letzten Articul der Unserer Appellations-Kammer unterm dato Linz, den 2. December des sechzehnen hundert vier und vierzigsten Jahrs, ertheilten allergnädigsten Instruction, unter andern auch dieses mitgegeben hätte, daß nebst denen darselbst benannten Königl. Stadt-, Sächsischen und allgemeinen Kayserl. Rechten, auch die Königl. Declaratorien und Novellen, Land- und Fürsten-Tags-Schlüsse, sonderlich in denen etwas circa jus publicum vel privatum enthalten, auf der Rechts-Tafel vorhanden sein sollen, weilen aber außer deme, so der verneuereten Königl. Landes-Ordnung hinzu gedruckt und beigelegt, sonsten nichts insonderheit, was nach Schlessen und an die darinnen gelegene Fürstenthümer etwa in particulari ergangen, oder darselbst geschlossen seyn möchte, zukommen, oder insinuiert worden wäre, Wir dahero gehöriger Orten hierüber die Communication ermeldter Sachen zu verfügen, gnädigst geruben wollten. Wann Wir dann solch euer gehorsamstes Suchen ganz vorsichtig und der Nothdurfft zu seyn gnädigst erachtet, auch bereit an Unsere Königl. Stadthaltere, das Rährijsche Tribunal, und Königl. Ober-Amt in Schlessen allergnädigst rescribirt, und beiderseits die Communication der von euch begehrten, sowohl bereits ergangenen als künfftig ergehenden schriftlichen Declaratorien und Novellen, Land-Tags- und Fürsten-Tags-Schlüssen, entweder extensive oder extractive in Authentica forma gnädigst anbefohlen.

Als haben Wir euch solches zur Nachricht anfügen wollen, und werdet weiters über denenjenigen Sachen, so etwa noch ferners abgehen möchten, und ihr es zu haben verlanget, eine Specification zu verfassen, und Uns zu weiterer Verordnung zu überschicken nicht unterlassen.

In Mähren fanden die böhmischen Stadtrechte nur schwer und erst nach mehr als anderthalb Jahrhunderten Eingang, da sich hier die einzelnen Stadtrechte von Brünn, Jglau, Znaim, Olmütz, das magdeburger, das lübecker u. a. Rechte fortan in Wirksamkeit erhielten.

Erst der J. U. D. und mähr. Landesadvokat Sabatin, welcher von Kaiser Joseph I. in den Ritterstand erhoben wurde, aber vor der Intimation starb (um 1706), machte 1680 den Antrag, die böhmischen Stadtrechte gesetzlich in Mähren einzuführen. In Folge dessen befohl Kaiser Leopold dem brünner Magistrate, sich in dem modo exequendi nach den böhmischen Stadtrechten zu benehmen (Resf. 30. Mai 1680 und 26. April 1681), und in der Absicht, „damit durchgehends ein allgemeines Recht und gute Ordnung eingepflanzt werden möchte,“ forderte er vom k. mähr. Tribunale ein Gutachten über die Zulässigkeit der Einführung der prager Stadtrechte bei den Städten Mährens, nach vorläufiger Vernehmung des k. Landesunterkammerers Johann Maximilian Kobylka von Kobily, der Magistrate der k. Städte und des Kammerprokurators. Zugleich erinnerte er das Tribunal, die so oft und vielmalen anbefohlene Einrichtung der k. Ordnung weiter nicht ersäßen zu lassen (Reskript 19. Sep. 1682). Allein wie diese, hatte auch die Angelegenheit wegen Einführung eines gleichen Rechtes bei den untern Ständen keinen Fortgang.

Das Resf. vom 31. Juni 1685 untersagte zwar dem olmützer Magistrate den Gebrauch der lübecker Statuten und wies denselben an, die eigenen *jura municipalis*, die gewöhnlichen Stadtrechte, wohlhergebrachten Gewohnheiten und Gebräuche zu beobachten.

Das erwähnte Gutachten des Tribunals wurde mit dem Reskripte vom 5. Februar 1687 betrieben und, über eine Anfrage der böhm. Appellationskammer, ob das brünner *jus municipale* von Kaiser Leopold oder seinen Vorfahren bestätigt worden, mit dem Reskripte vom 24. März 1695 angeordnet, die Verhandlung wegen Einführung der Stadtrechte (und wegen Einrichtung der Landesordnung) mit Ersetzung anderer Personen statt der abgestorbenen zu Ende zu fördern. Als auch noch jetzt Aufenthalt in die Sache kam, griff Kaiser Leopold endlich durch, und führte die böhmischen Stadtrechte ohne weitere Verhandlung in Mähren ein, wie das nachfolgende merkwürdige Reskript an das k. Tribunal vom 7. Juni 1697 nachweist:

Leopold. Liebe Getreue. Wir wollen euch gnädigst nicht verhalten, was Gestalt Uns der Hoch und Wohlgeborne Unser Rath, Cammerer, Landes Unter-Cammerer in Unserm Erb-Marggraffthum Mähren und lieber Getreuer Franz Carl Graf von Lichtenstein, Freyherr auf Rastel-Rorn, und Herr auch Schönna,

Korneidt Tschengelburg, Dunkelstein und Grumbach, Erb-Land-Hofmeister in Elsaß, bey Erstattung seiner gehorsamsten Relation über die in Unsern Königl. Städten Unseres Erb-Marggrasthums Mähren in Anno 1693, 94, und 95 vollzogene Renovationes der Magistraten unter andern allerunterthänigst vorgestellet, wie nemlichen die Administration der Burgerlichen Justiz wegen allzu großer Ungleichheit der Municipal-Rechten, indeme die streitende Partheyen kein verlässliche Rechts oder Gesaz zu vertheidigen hätten, sondern nach Willführ des Richters bald nach dem eigenen Stadt municipali, bald nach denen gemeinen Rechten oder der Land-Ordnung, bald wiederum nach denen Pragerischen Stadt oder auch wohl gar nach denen ausländischen Magdeburgischen Rechten und eingeschlachtenen Gewohnheiten sich entscheiden lassen, mithin zum öftern cum justa causa succumbiren müßten, sehr schwer fielen. Wie Wir nun diesem Uebel zu steuern, bereits von vielen Jahren her das Pragerische Jus municipale in Unsere Königl. Mährische Städte durchgehends zu introduciren, die gnädigste Intention geführt, zu vorhero aber Unseres Königl. Amtes der Landes-Hauptmannschaft in gedachten Unsern Erb-Marggrasthum Mähren gut achtbarliche Gedanken super practicabilitate gnädigst einhohlen wollen, die uns aber bis auf dato nicht eröffnet worden. Allermassen nun Unser allerhöchstes Richter-Amt und Justiz Eysfer diesem Saumsaal, der Gerechtigkeit zum Abbruch länger nachzusehen, nicht gestattet, und Wir dannenhero, nach reiffer der Sachen Erwägung obbedeutete Pragerische Stadt-Rechte in allen Königl. Städten Unseres Erb-Marggrasthums Mähren durchgehends einzuführen, gnädigst resolvirt, bey oberwehnten Unsern Königl. Amt auch, womit diese Unsere gnädigste Resolution zu männiglichen Wissenschaft publiciret und allen Magistratibus besagter Unserer Königl. Städten, daß sie hinführo in allen Rechtstheidigungen offt-ernannten Stadt-Rechten nach, die Cynosur ihrer Erkenntnuß fassen sollen, intimiret werde, die gnädigste Verordnung gethan. Als haben Wir euch solches zur Nachricht, und damit ihr es führohin in judicando wie zu beobachten wissen möget, hiemit gleichfalls gnädigst bedeuten wollen.

Geben Wien, den 7. Junii Anno 1697 (in Weingarten's Codex S. 595).

Kaiser Leopold wollte diese Stadtrechte so genau beobachtet haben, daß er den Magistraten der k. Städte Mährens nicht die Macht zugestand, ohne k. gnädigstem Vorbewußt observantias zu introduciren (Reskript vom 19. August 1697).

Die böhmischen Stadtrechte hatten eigentlich nur in den 7 königlichen Städten Mährens (Olmütz, Brünn, Znaim, Iglau, Hradisch, Neustadt und Gapa) zu gelten.

Noch das Reskript vom 19. Mai 1704, welches die Advokaten, Mediker, Gegenhändler und andere dgl. Leute auf dem Lande, die weder Bürger noch höhere Standespersonen waren, der Judikatur nach den Stadtrechten unterwarf, sprach sich gegen deren allgemeine Beobachtung bei allen andern Privatstädten auf dem Lande und den übrigen Gerichten aus, da sich die Sache hinsichtlich

der verbindenden Kraft nicht allgemein entscheiden (quoad vim obligatoriam universaliter nicht decidiren) lasse, sondern pro diversitate locorum et casuum die Cynosur zu nehmen sei.

Allein das Reskript vom 6. Mai 1709 deutete den Sinn jenes vom 7. Juni 1697 dahin, daß die böhmischen Stadtrechte in Mähren überhaupt gelten sollen, also nicht allein für die k. Städte.

Seit jener Zeit behielten dieselben bei dem Bürgerstande allgemeine Gültigkeit, und die mähr. Prozeßordnung vom 28. Juli 1760 art. 20 wies neuerlich die bürgerlichen Instanzen an, sich nach den böhm. Stadtrechten zu benehmen. Sie wurden 1598 bei dem tescner Stadtrathe eingeführt (Hormayr's Archiv 1827 S. 240). Karl VI. führte sie 1717 auch in Olaz ein; die olazischen Städte mußten ihre alten Statuten und Privilegien einsenden und diese wurden durch ein Reskript vom 25. Juni 1734 gänzlich aufgehoben (Wedekind, Gesch. von Olaz, S. 423). Kaiser Karl VI. hatte die Absicht, das k. böhmische Stadtrecht auch bei den schles. Städten einzuführen (Intimation des k. Oberamts vom 14. August 1724, Walthers, Silesia diplom. II. 220). Die Fürstenthümer Troppau und Jägerndorf bedienten sich auch des böhmischen Stadtrechts, welches der wiener Buchhändler Georg Lehmann 1720 für Böhmen und Mähren, jedoch ohne Censur und Approbation, mit Noten und Allegaten drucken ließ (Friedeberg, de Silesiae juribus, Breslau 1738, I. 63). Das Reskript vom 21. August 1773 schrieb die Stadtrechte den Fürstenthümern Reisse und Teschen zur Beobachtung vor. Endlich wurden sie selbst bei dem Bauernstande, obwohl erst kurz vor ihrer Aufhebung, mit dem Hofdekrete vom 7. Juni 1784 Nr. 302 F. G. S. für die Unterthanen in Mähren und Schlessien gesetzlich vorgeschrieben, weil dieselben zum Theile auch Bestimmungen für die Unterthanen enthielten (wie E. 2.), andererseits sich dieselben, obwohl sie nach der neuen Landesordnung von 1628 Fol. 38 ihre alten Verordnungen und Gewohnheiten hatten, doch an die Stadtrechte hielten, wie schon die alten brünner Rechte aus dem 14. Jahrhunderte zeigen ¹⁾).

¹⁾ Lufke, Uebersicht der Stellen und Aemter in Mähren seit 1628, Brünn 1804, S. 103—106, und dessen: Das alte und neue Recht Mährens und Schlessens, Brünn 1818, 1. T. S. 81, 32, 35, 44.

L'etat du Marquisat de Moraviae, M. S. ungefähr von 1778, mit Zusätzen von Zlobitzky. Von der Drucklegung der Stadtrechte erzählt Lufke (Uebersicht S. 105 ff.) Folgendes:

Da also die böhmischen Stadtrechte in Mähren einheimisch geworden sind: so ist für nützlich befunden worden, sie in Mähren neuerdings auflegen zu lassen. Es ist daher gleich im Jahre 1697 dem brünner Buchdrucker Franz Ignaz Sinapi ein privilegium impressorium zum Druck und Verlaufe der Stadtrechte in deutsch- und böhmischer Sprache ertheilet worden.

Diesem haben aber die Druckerkosten zu groß geschienen, und er hat mit dem Magistrat in Brünn einen Vertrag gemacht, nach welchem der Magistrat in Brünn den Druck übernommen — und bei dem König um die Beguehmigung dieses Vertrags, und um Verläu-

So waren diese alten Rechte die Grundlagen der bürgerlichen und bauerlichen Gesetzgebung in den böhmischen Ländern geworden und sie behaupteten sich durch mehr als ein halbes Jahrtausend, bis die vorgeschrittene neuere und neueste Zeit der Einheit der Gesetzgebung immer mehr Bahn brach, den Ansprüchen höherer Civilisation und ausgebildeterer Verhältnisse Rechnung trug, bis Joseph I. seinen Ländern Böhmen, Mähren und Schlesien eine gemeinschaftliche Halsgerichtsordnung (1707), Maria Theresia ihren deutsch-slavischen Ländern ein neues Strafgesetzbuch (1769), Kaiser Joseph II. eine Gerichts- und Confurs-Ordnung (1781), theilweise ein allgemeines bürgerliches (1786), und Strafgesetz (1787) nebst einer Strafgerichts-

gerung des Privilegiums auf weitere 10 Jahre angesucht hat, welches ihm auch durch das Res. dd. 11. Jänner 1701 bewilliget wurde.

Die Stadtrechte sind auch richtig im Jahre 1701 in böhmischer Sprache mit dem Titel: „Práva městská království Českého a markrabství Moravského,“ in Brunn bei dem Buchdrucker Sinapi aufgelegt worden. Der Magistrat in Brunn hat um weitere Verlängerung des Privilegiums auf 10 Jahre angesucht, und diese Verlängerung ist ihm auch durch das Res. dd. 19. July 1708 bewilliget worden.

Indessen hat ein Wiener Buchhändler Georg Lehmann die Stadtrechte deutsch übersetzen und drucken lassen, und solche auch in Brunn verkauft, wo er die Erlaubniß zum Buchhandel erhalten hatte; allein da für die Stadtrechte der Magistrat in Brunn das Privilegium erhalten hatte; so ist ihm sein Gewölb gesperret, jedoch nach abgelegtem Eide, vermuthlich dahin: daß er die Stadtrechte nicht mehr verkaufen wolle: auf Anordnung des Tribunals dd. 11. März 1712 wieder geöffnet worden.

Georg Lehmann hat sodann selbst um Ertheilung eines Privilegiums auf den Druck der Stadtrechte angesucht, und es ist hierüber durch das Res. dd. 6. September 1714 Bericht abgefordert worden. Indessen ist dem Brünner Magistrat durch das Res. dd. 5. Oktober 1714 ein altes Manuscript einer deutschen Uebersetzung der Stadtrechte mit dem Auftrage mitgetheilt worden: daß der Magistrat die Stadtrechte allenfalls mit Rücksicht auf das Land umändere, und nach gemachter Anzeige zum Druck befördere — das Manuscript selbst aber Sr. Majestät wieder zurücksstelle.

Georg Lehmann hatte vermuthlich angegeben, daß das Privilegium des brünner Magistrats schon ausgegangen sey; nachdem aber erhoben worden ist, daß das Privilegium des Magistrats in Brunn noch nicht ausgegangen sey: so ist Georg Lehmann mit seinem Gesuche in dem Res. dd. 9. Oktober 1714, Tribunalsintimazion dd. 19. Oktober 1714, abgewiesen, und der Druck dem brünner Magistrat überlassen worden, mit dem Auftrage: daß er den Druck beschleunige, gutes Papier dazu verwende, und einige gedruckte Bögen dem Landeshauptmann vorlege, damit der Druck und das Format eingesehen werden könne. Der Druck muß auch vor sich gegangen seyn; denn durch das Res. dd. 20. Dezember 1717 sind die deutsch übersetzten und revidirten Stadtrechte, bis Fol. 16, dem brünner Magistrat wieder zugestellt worden.

Indessen hat Georg Lehmann seine deutsch gedruckten Stadtrechte auch wieder heimlich verkauft, und es ist sodann durch das Res. dd. 28. Hornung, Tribunal dd. 7. März 1721, erklärt worden: daß die Stadtrechte des Georg Lehmann, und der Codex Ferdinando-Josephino-Leopoldinus ohne Zensur und Bewilligung gedruckt worden sey — daß auch die Stadtrechte von einem unklüßigen Uebersetzer verfaßt, und daher unvollkommen und zum Theil auch verfälscht wären; weßwegen die Lehmannischen Stadtrechte, als ein ganz nichtiges Werk sowohl für den Verkauf als Gebrauch ganz verbotnen worden sind.

ordnung (1788), endlich Franz II. ein allgemeines Straf- (1803) und bürgerliches Gesetzbuch (1811) gaben. Hiedurch kamen die alten Stadtrechte endlich allgemein außer Gebrauch, nachdem sie vordem auch schon theilweise durch andere gesetzliche Bestimmungen, wie z. B. noch durch die Hofdekrete vom 6. Juni 1794 und 7. Februar 1805 über die Behandlung der Injurien, waren verdrängt worden.

Gleichen Schritt mit der Beseitigung der verschiedenen Rechte hielt jene der städtischen Obergerichte. Sie erfolgte durch Lösung des Verbandes zwischen den Mutter- und den Tochterstädten, indem die ersteren die weitere Ertheilung von Belehrungen und Urtheilen versagten oder die anderen sich selbst ihrem Einholen entzogen, dann durch die Bestellung eines königlichen Obergerichtes für die k. Städte.

Wie wir gesehen (S. 381) errichtete nämlich Ferdinand I. nach Beseitigung der protestantischen Oppositionspartei im Jahre 1548 zu Prag eine k. Appellationskammer für den minderen Stand der böhmischen Kronländer. Nach ihrer Instruktion (in Weingarten's vindemiae judiciales p. 664 — 670, Buchholz Ferdinand I. 4. B. S. 480—484, 9. B. 483—487 und Schmidt's Geschichte des böhmischen Appellationsgerichtes, Prag 1850, S. 41 — 46. S. auch die Geschichte des böhmischen Appellationsgerichtes vom Grafen Auerberg, Prag 1805, I. 11. ff.), sollte die Appellation nicht mehr nach Prag, oder ins Ausland oder an eine Universität gehen, auch keine Rechtsbelehrung mehr dort geholt werden, sondern Jedermann, welcher sich durch ein in einer k. Stadt gefälltes Urtheil beschwert findet, an die k. Appellationskammer sich wenden. Schonend für das bisherige Recht war die Verfügung, daß die Sprüche der Appellationskammer nach denjenigen Ordnungen und Rechten erlassen werden sollen, welche, sie seien böhmisch oder magdeburgisch, in den betreffenden Städten und Gerichten im Gebrauche standen. Deshalb konnte auch dieses Obergericht die dahin gediehenen Rechtsachen nicht entscheiden, wenn den Alten der ersten Instanz nicht zugleich auch die Sammlung der bei den Untergerichten üblichen Municipalrechte beigelegt war.

Die neue Einrichtung brauchte lange Zeit, um sich einzubürgern und zur Geltung zu gelangen. Die Zähigkeit, mit welcher an alten Rechten und Einrichtungen gehalten wurde, die Furcht, durch die gelehrten Räte der Appellationskammer um die eigenthümlichen zu Gunsten der ihnen geläufigeren fremden Rechte gebracht zu werden, die Entfernung und Kostspieligkeit des Rechtszuges nach Prag u. a. hatten zur Folge, daß sowohl die Stände als Städte so lang als möglich dem Einschreiten der prager Appellationskammer widerstrebten.

Auf dem Landtage von 1559 beschwerten sich die Fürsten und Stände Schlesiens über die Appellationen nach Prag, da sie sich in vorkommenden Sachen der sächsischen Rechte und bei deren Mangel der gemeinen beschriebenen Kaiserrechte bedienten, außerdem sonderliche Willküren und Gebräuche hätten, von denen die Böhmen nichts wüßten. Im Jahre 1554 be-

haupteten sie, sich bisher nicht des kaiserlichen, sondern über Menschengedenken des Sachsenrechtes bedient zu haben. Im Jahre 1556 verlangten sie die Errichtung eines eigenen Gerichts in Breslau, zu welchem jeder Fürst und Stand eine der Rechte des Landes erfahrene Person des Adels oder Doctores verordnen, und welche jährlich viermal in Breslau zusammen kommen sollten, Rechtsbelehrungen zu pflegen. Von hier solle die Appellation an das Oberste Königl. Recht in Breslau gehen und von da Supplikation an den König (Tschoppe und Stenzel S. 107).

Die mähr. Stände beschloßen 1583, daß die Untertanen des Adels, wenn sie, mit Bewilligung ihrer Herren, welchen Streit immer vor das Municipalgericht der k. Städte bringen, sich mit dem daselbst gefällten Urtheile ohne weitere Appellation begnügen lassen sollen, der Adel jeden Standes aber und die k. Städte ihre Streitangelegenheiten vor die prager Appellationskammer bringen können (Moravetz hist. Mor. III. 49). Da es Viele gäbe, welche bei den Urtheilen und Belehrungen der k. Städte nicht stehen bleiben wollen, sondern Seine Majestät belästigen, soll dies künftig nicht geschehen und die Stände bitten, Seine Majestät wollen das, was sie schon vorhin bestätigt haben, zu schützen geruhen, damit unruhige Leute keine Verzögerungen, Hindernisse und Zerrüttungen verursachen (Luffsche, Notizen über die Verfassung Mährens bis 1628, S. 132).

Als Rudolph II. im Jahre 1608 Mähren an seinen Bruder Mathias abtreten mußte, forderten auch die Mährer, da sie von der böhmischen Kanzlei und Appellation befreit seien, die Einrichtung eines eigenen obersten Gerichtes und eines Appellations-Tribunals (Moravetz III. 86). In Folge einer Zusammentretung der böhmischen und mährischen Stände zu Prag wurde aber 1611 entschieden, daß es wegen der Appellation bei der alten Instruction bleibe, die k. Städte Mährens aber der Appellationskammer ihre Municipalrechte mittheilen sollen, auf welche sie sich beziehen. Da sich jedoch die Stände weigerten, der Appellationskammer die Municipalrechte mitzutheilen, soll nach dem Landtagschlusse von 1620 bei jedem Urtheile der ganze Satz, nach welchem das Urtheil gesprochen wurde, demselben in vidimirter Abschrift beiliegen (Luffsche, mährische Verfassung bis 1628, S. 152 (richtig 158), 167 (richtig 173).

Manche Städte wurden der Appellation an ihre Mutterstadt von den Landesfürsten enthoben. König Georg befreite 1467 die Stadt Rutenberg von der Obergerichtbarkeit des iglauer Bergschöppenstuhles, gestattete ihr, alle Streitigkeiten in Bergsachen mit Vorbehalt der Appellation an den König oder dessen obersten Münzmeister selbst abzutheilen, und verbot denselben, in Iglau, welches ihm die Anerkennung versagte, Belehrungen einzuholen (Megerle, Geschichte von Rutenberg S. 90; meine Geschichte von Iglau, S. 31, 33, 45, 125).

König Wladislaw befreite die den böhmischen Landesfürsten und den böhmischen Interessen stets treu gebliebene Stadt Hradisch schon im Jahre 1472 von der Appellation an die ungetreu gewordene Stadt Brünn (Urkunde im Friedrich's und Cibulka's Geschichte von Hradisch, Brünn 1859 S. 60, im 13. B. der Sektions Schriften S. 228); dennoch erhielt sich dieser Rechtszug nach Brünn noch über ein Jahrhundert und erst Rudolph II. verordnete (1583), daß die Appellationen gegen Aussprüche des hradischer Stadtrathes an den brünner nicht mehr Statt haben, sondern an die prager Appellationskammer gehen sollen. Andererseits hat aber noch 1617 der hradischer Stadtrath über eine an ihn ergriffene Appellation das Urtheil des wesseler Stadtrathes reformirt, von 1618 — 1623 mehrere Appellationszüge an sich ergehen lassen, 1620 vom Klobaufer Stadtrathe den gebührenden Titel eines höheren Gerichtes in Anspruch genommen, ja noch 1633 an Brumow eine Instruktion ertheilt, wie sich dieselbe als Stadt zu benehmen habe (eb. S. 45, 67, 69, 87).

Werthwürdig ist, wie die „Belernungen zur Iglaw abkamen.“ Reupold's Chronik von Iglaw erzählt hierüber Folgendes, S. 94: Eodem anno (1543) Sein die Belernungen, welche ettliche Behmische Stedt hie in rechtsachen genommen, bey gemach abgeschafft vnd eingestelt worden. Den weil sich sonderlich die von Giaslaw vnd Colin (die von alters her ihre belernung hie geholet) die Belernungen so ihnen hie mitgetheilt worden, nicht gemess Verhalten, stolz vnd Übermütige einreden hiltten, also das es dem Rath alhie mehr muh den nutz geschaffet, in dem sie die sachen Behmisch hieher geschickt, die erst haben muessen verdeutschet vnd darnach beratschlaget werden. Derowegen ist bei allen 3 Rätthen verblieben, das man genandten beiden Stedten so wol auch andern kunfftig theine belernung oder Information Juris mittheilen soll. Dessen haben sich die Behmischen Stedte beim König Ferdinando beschwert, Da hat der König ein Commission nach Iglaw verordnet, War vnter den Commissarien auch herr Jan von Pernstein, Weil sich aber die Commission etwas Zu lang verzogen, vnd die guetten leut in Rechtsachen thein guetten rath haben kennen, Sein sie durch ihre gesandten hieher kommen, vnd gebetten, man wolle sie ferner rathlos nicht lassen sie seyen des erbittens, sich ferner Unsern Rechten nach Zuerhalten, vnd aller gebuer gegen der Stadt Iglaw sich Zuerzeigen. Den abgesandten hat der Rath alhie damals theine antwort geben lassen, sondern den handl auff ein andere Zeit, da sie ferner anhalten solten, verschoben, Nachmals weil sie solches mehr bittlich vnd demutig ersucht ist ihnen zugesagt worden, ferner sie Zu belernen doch in der gestalt, Weil sich die Rechtsachen Zur Iglaw auch je mehr vnd mehr heuffen vnd sie mit den ihrigen gnug Zu schaffen haben. So sollen sie kunfftige von iedern Brthl 2 ~~fl~~ dem Stadtschreiber alhie geben, da sie Zuor nur 1 ~~fl~~ gegeben hatten, Welches sie Zwar angenommen, Aber sieder der Zeit sein gar wenig Rechtsbelernung hie genommen worden, Weil Zumal die

königliche Apellation in Beheim auffkommen, dahin sich die Stedte beruffen khennen.

Zum Jahre 1569 erzählt Leupold's Chronik (S. 143) über die Ursache „warumb denen von Meseritsch belernung versagt worden“: Es haben Burgermeister vnd Ratth der Stadt Meseritsch sowol als andere viel Stedte im Königreich Beheim von alters hero ihr recht vnd beletnung alhie Vmb die gebuer genommen, Wie es aber Daron in Behmischen Stedten kommen, ist Zum theil oben im 1543 gedacht worden, Die von Meseritsch aber haben das Recht also verscherzet, Im 1564 Jahr hat sich vor ihrem gericht ein rechtshandl erhoben wegen einer Erbschafft Zwischen Thoman Kirschner von Domaschin auß Beheim an stat seines Weibs Ludmilla vnd Anna Stinin von Meseritsch ihrer Stifftmutter an stat der iungen Kinder, Da haben die Meseritscher vmb belernung hieher geschickt. Als sich aber in den Acten vnd beigelegten schrifftten befunden, das die von Meseritsch solche begabungen vnd freyheiten haben, Der mit der stadt nicht hebt noch legt soll nicht erben, Entgegen aber Thomann Kirschner bewlesen, das sein hausfraw bei der Erbschafft in der heuraths Abred ist behalten worden, Ist nach fleissiger erwegung das erfolget: Diemelt die von Meseritsch Priuilegia vnd begabungen haben, welche den Priuilegien freyhelten vnd Rechten der Stadt Iglaw zu wieder sein, Item Weil (durchstrichen: die von Meseritsch) in einer andern handlung Zwischen Catharina Morawkin vnd Wenz Zigler nach hie ergangenen ientenz sich Catharina auff die Apellation des Königreichs. beheim referirt hat, vnd es hie Ihre kays. Majestät hoheit vnd ordnung wegen der Apellation angehen wil, von welchen der Meseritscher Priuilegien derer von Iglaw Vorfahrer noch sie nicht gewußt, Derhalben wolle es ihnen nicht gebueren, kunfftiger Zeit Brthl vnd Unterweisung zu geben, weil es auch entweder der Stadt Iglaw oder denen von Meseritsch an ihren Priuilegien vnd Rechten zu schaden vnd nachtheil gedeuen möchte. Wurden sich derentwegen in dieser vnd andern handlungen ihren begabungen gemess zuuerhalten wiesen, Solches ist geschriben im 1567 iahr Sabb. post. Matthiao.

Nach diesen ergangenen Abschied haben die von Meseritsch durch schreiben vnd Abgesandte des Ratths vnd der gemein Zum offtern ersucht, das sie wiederumb Zum rechten alhie auffgenommen würden, vnd ob gleich ihre Priuilegia der Stadt Iglaw Priuilegien vnd rechten zu wieder weren, So wollten sie sich doch allweg den ergangenen Unterweisungen vnd Brtheln hinfuro gemess verhalten, vnd sich disfalls ihrer gerechtigkeit verzeihen, Aber die von Iglaw haben es bei ihrer Verantwortung so im 67 iahr geschehen verbleiben lassen, vnd ihre entschuldigung weltleufftig ausgefuhrt im 1569 Jahr freitag nach Scholastica. Vber das alles haben sie solches hernach wieder durch 12 Personen des Ratths vnd der gemein ersucht vmb Margaretha, Aber den vorigen bescheid erlangt, So ist auch Anno 1570 durch herrn Waplaw Werka in gemeinem Landtag solches begert worden doch ist beim vorigen bescheid verblieben.

Im Jahre 1571 erwähnt Leupold's Chronik (S. 153) schon der Appellation und einer von derselben bestätigten Straf-Sentenz des iglauer Stadtrathes, bemerkt aber (S. 164), daß Kaiser Rudolph II. im Jahre 1577 den Iglauern aufs Neue bestätigte, daß ein jeder Appellant die Acten Ihrer königlichen Majestät in die eigenen Hände überreichen soll. Dies sei zwar laut des iglauer Bergrechts allezeit geschehen, da aber Zacharias von Neuhaus (auf Teltsch) in einer Angelegenheit seines Unterthans, die bei dem iglauer Gerichte vorgekommen, die Acten an die Appellation geschickt, hätten die Iglauer vom Kaiser die Bestätigung der alten Freiheit begehrt und erlangt ¹⁾.

Nach der Bestätigung der iglauer Privilegien vom Jahre 1615 (Leupold's Chronik zu d. J.) soll jeder Appellant die Appellation in 4 Wochen vollenden und in der Zeit einen anderen Bescheid ausbringen, bei Verlust der Appellation (welche nach Prag ging).

Das entschiedene Widerstreben gegen das Einschreiten der böhmischen Appellationskammer zeigte sich auch im Streite mit dem Rathsherrn Paul Lederer, welcher 1590 in einer Privatsache wider den Willen des Rathes gehandelt hatte und deshalb von diesem in seinem Amte suspendirt worden war. Als er sich bei Hof beschwerte und bat, von Seiner Majestät gehört zu werden, wurden zwar auf Begehren der Iglauer mährische Commissarien zur Entscheidung des Handels bestimmt, auf Lederer's vielfältiges Suppliciren bei Hof aber die Acten den mährischen Commissarien abgefordert und sollten, mittelst der böhmischen Kanzlei, der böhm. Appellationskammer zur Entscheidung gegeben werden. Dagegen machte jedoch der iglauer Stadtrath die rechtliche Einwendung, daß er nicht schuldig sei, außer Land (weil es nicht böhm. Güter betrifft) in Böhmen zu antworten, und bat Seine Majestät, ihn bei dem landtäflich versicherten Abschiede und Receffe von 1402 schützen und verbleiben zu lassen. Der Kaiser ließ auch hierauf die Acten der Appellation wieder abnehmen und dieselben den mähr. Commissarien mit dem Befehle zustellen, dem langwierigen Handel binnen 3 Wochen abzuhelpen. Lederer, welcher ohne Unterlaß bat, nicht in Mähren, sondern in Böhmen von den Appellationsrätthen gehört zu werden, stellte sich aber auf alle Vorladungen nicht und es sprachen daher die mähr. Commissarien 1598 den Iglauern ein erstandenes Recht zu. Dessen ungeachtet wurden beide Parteien in die böhmische Kammer citirt, die Abgesandten des iglauer Rathes machten jedoch Einsprache dagegen und der Kaiser ließ es 1600 endlich bei dem Ausspruche der mähr. Commissarien bewenden, nachdem er ihren Vorgang noch durch die vornehmsten Landesofficiere Böhmens hatte untersucht

¹⁾ Aus dieser Chronik (S. 157) heben wir nachträglich zur S. 361, 364, 378, 453, 458 dieses Buches auch hervor das Aufkommen der Benennung *Syndikus*. Als nämlich Matthäus Gregorius von Tulechaw der Rechte Doctor zum böhm. Stadtschreiber in Iglau aufgenommen wurde, beehrte er, daß er sich des Titels *Syndikus* gebrauchen könne, welches ihm zwar nicht verwehrt, dabei jedoch gemeldet wurde, „es sei in dem Lande unbrauchlich.“

lassen. So hatte der Handel 10 Jahre gedauert und es starb Jederer „nach viel müß coßt Zehren vnd reisen ganz vnuermüglich“ (Leupold's iglauer Chronik S. 183 — 186).

Die Erschwerung der Appellation erwirkte sich auch die Stadt Br ü n n.

Als der brünner Stadtrath klagte, daß viele von ihm Verurtheilte das Recht der Appellation zum größten Schaden der Stadt muthwillig mißbrauchen, ertheilte Rudolph (Prag am Feste der Apostelsendung 1592) die Begünstigung, daß man von dessen Urtheilen nur an ihn selbst oder den von ihm dazu bestimmten Rath appelliren dürfe und dieß nur gegen Erlag von 15 Schoß böhm. oder 30 Schoß weißer Groschen (S. auch d. k. Ordnung 1604 fol. 111).

Aber selbst die Landesfürsten hielten noch den Rechtszug an die städtischen Obergerichtshöfe aufrecht. Die Stadt Neutitschein hatte bisher die Rechtsbelehrungen gegen Erlag einer gewissen Gebühr zu Leobschütz geholt und dieß dieselben in böhmischer Sprache ertheilt, weil sie damals die Amts- und Gerichtssprache von Neutitschein und auch jene ihrer Stadtbücher war. Im Jahre 1562 fiel es dem leobschützer Obergerichte ein, die angesuchten Belehrungen gegen die bisherige Uebung in deutscher Sprache hinauszugeben. Die Folge dieser Neuerung, von welcher man nicht abgehen wollte, war, daß Kaiser Ferdinand I. die eben königlich gewordene Stadt und ihre Bewohner 1562 vom Zuge nach Leobschütz befreite und mit ihren Rechtsachen dem olmüzer Schöffenstuhle zuwies. Von da an richtete sich Neutitschein bis zur Kundmachung der böhmischen Stadtrechte (1697) nach den Rechtsnormen von Olmütz oder, wie es 1641 heißt: „nach Aufsaß der Uhr Alten Saxischen Magdeburgischen Rechte und unterschiedlichen vom Ober Recht der k. k. Hauptstadt Olmütz Ergangenen Belernungen.“ Für eine jede solche Belehrung wurden seit uralten Zeiten 12 weiße böhmische Groschen 4 dr. gezahlt, was 1583: 16 Groschen ausmachte (daselbe war, wie anderwärts, auch in Brunn der Fall, da König Ludwig im Jahre 1520 gestattet hatte, für eine rechtliche Belehrung oder ein Urtheil 12 böhm. Groschen zu nehmen).

Im Jahre 1566 erklärte die Stadt Stramberg ihre Rechtsbelehrungen in Neutitschein holen zu wollen. Allein bald suchte diese Bergstadt das geknüpfte Band zu lockern, sah sich aber 1576 durch einen Ausspruch des Landes-Unterkämmerers auf ihre eingegangene Verpflichtung gewiesen.

Der Stadt Neutitschein wurde bei Zuweisung nach Olmütz zur Bedingung gemacht, ihren Entscheidungen das olmüzer Recht zu Grund zu legen. Die Basis desselben bildete ein Auszug des magdeburgischen Rechtes, ein sogenannter Processus juris, welcher der Stadt 1562 von Olmütz zukam und das Civilverfahren ziemlich vollständig, das Strafverfahren jedoch nur in 4 Hauptstücken behandelt (Beck, Gesch. von Neutitschein, Vorrede, S. 81, 126, 149, 218; die beabsichtigte Herausgabe des leobschützer Rechts unterblieb).

Am meisten Widerstand fand der Appellationszug an die prager Kammer dort, wo sich das dem römischen Rechte lange unzugängliche norddeutsche, das

magdeburger Recht, durch Jahrhunderte in das Rechtsbewußtsein eingelebt hatte. Denn nichts hat (sagt Bischof, olmüzer Recht S. 41) die Fortbildung des einheimischen Rechts in Böhmen und Mähren so sehr gehemmt und unterdrückt, als das prager Appellationsgericht, dessen Mitglieder, gleich anfänglich 4, später 8 Doktoren, neben Herren und Rittern, sich wenig um die Privatrechte der Bürger und die bestehenden Rechte gekümmert, wohl aber dem ihnen bekannten römischen Recht den größten Einfluß gegönnt haben mögen. Dies erklärt, warum Olmütz sich so lange und standhaft des Rechtszuges dahin sich erwehrt hat. Die noch vorhandenen Sammlungen der vom olmüzer Oberhofe erteilten Schöffensprüche (in Gewitsch, in Brünn aus der Zeit des olmüzer Notars Gabriel Clozer 1537 — 1549 (Monse, brünner Rechte S. 117), in Neutitschein, in Olmütz von 1558 bis gegen das Ende des 16. Jahrh. und Belehrungen ad extraneos von 1598 — 1635) zeigen, daß das römische Recht auf die Rechtsprechung des olmüzer Gerichtstuhles bis in die Mitte des 17. Jahrhunderts fast gar keinen Einfluß nahm, daß die von demselben ausgegangenen Rechtsbelehrungen fast durchgängig auf den alten, von Humanitäts- und Sittlichkeitsrücksichten durchdrungenen Principien des deutschen Rechts beruhen. Fortwährend sind es die „privilegirten, uralten sächsischen, Magdeburgischen, als hiesiger Orte üblichen, Rechte“ und das Herkommen, auf welches die Entscheidungen der vorgelegten Rechtsfälle gegründet werden und erst in einigen, in die letzte Zeit fallenden, finden sich Berufungen auf die kaiserlichen Rechte und Landesgesetze, namentlich auf die Landesordnung. Deshalb suchte auch der olmüzer Stadtrath noch lange lieber in Breslau um Rechtsbelehrung an, als in Prag, obgleich Breslau wie Olmütz an die prager Appellationskammer gewiesen war. Im Jahre 1573 schrieb der k. Hofsekretär M. Walther von Walterberg an den Bürgermeister und Rath zu Olmütz: ich für meine Person ließ mir viel paß gefallen Ir ließet euch in allen furfallenden Sachen lieber bei den verordneten Pragerischen Appellations-Räthen, das ist bei dem Hauptrechtstuhle als bei einer Stadt id est zu Breslau, davon die Appellation gegen Prag sowohl als von euch geet, belernen, so wurd euch dadurch vil mue erspart. Und Ir auch in den Gerichtlichen sachen desto sicherer sein mögen, nichts minder würden die Parteyen weniger Appelliren, Wenn Ir Euch auf die einhombenen schriftten undter ainß zu Prag belernen ließet, Wurd es aber hierüber einige Partey thun, so thünt die Appellations-rath in einer sachen und auf einerlei schriftten thain anderes als zuvor sprechen, dieses wurd euch auch bei mehrerer Reputation vor allen leuten erhalten. Und die von Bresla thündten auch nit furruber. Denn sy ane Zweiffel hierauf nit privilegirt: sonder steet bei eurem guetten Willen. Ob Ir bei Inen die Belehrung suchen wollet oder nit u. s. w. Waren Walter's und Anderer Bemühungen, Olmütz von Breslau abziehen und zur Appellation nach Prag zu bewegen, auch nicht ganz fruchtlos, wie eine Reihe von Appellationsentscheidungen aus der Zeit Rudolph II. zeigt, so ist doch immer ein Festhalten am hergebrach-

ten Rechte erkennbar, selbst in einer Zeit noch, in welcher das römische Recht längst schon auf anderen Wegen theilweise Eingang in die Rechtspraxis gefunden hat. Doch wird die Verbreitung des römischen Rechts schon insofern bemerkbar, als dieselbe gerichtliche Bestätigungen des Gewohnheitsrechtes veranlaßt (Bischof, olmüher Recht S. 38—42).

Wir haben schon früher erwähnt (S. 382), daß Ferdinand III. in der Instruktion für die Appellationskammer zu Prag von 1644 derselben die Belehrungen in Kriminalsachen, welche die Staatsbewohner nach der neuen Landesordnung bei ihr zu nehmen haben, und die Justizsachen der k. Städte zuwies, daß er die k. Städte verhalten ließ, in Rechtsachen bei Gericht nicht anders als schriftlich zu verfahren, und daß er 1650 verordnete, auch in Mähren sei von den Parteien, wie in Böhmen, an die k. böhm. Appellationskammer zu appelliren.

Deshalb heißt es schon in einem Schreiben des Stradrathes von Müglitz nach Zwittau vom Jahre 1658 (Notizenbl. der hist. Sect. 1857 S. 48), „daß in den Sentenzfällen weiter (Wie zuvor gewesen) Wir nicht das Oberrecht zu Ollmütz brauchen dürfen, sondern Solches vor Unserer Person selbst vornehmen müssen, dannen den Sentenz der Obrigkeit zusenden, Und ihn den Verbrecher zu begnadigen, oder bei den Ausspruch zu lassen frey steht, zwar haben Wir die verneute Landesordnung, darinnen aber in diesen Fällen sich wenig zu ersehen, dem Sachsenpiegel nach man sich meistens richten mag.“

Es währte aber noch ein halbes Jahrhundert, bis die Regierung unter fortwährendem Widerstreben die Competenz des prager Appellations-Collegiums als Obergerichtes in Mähren und Schlesien durchsetzte. Sie verpflichtete die Stände (begüterten Standespersonen) in Mähren, welche ihr Landesgericht (Halsgericht) nicht recht besetzen können oder in zweifelhaften Fällen zu sprechen anstehen, zur Appellationskammer in Prag zu recurriren und von derselben allemahl „Belehrung“ einzuholen (Resk. 21. Juni 1690). Der Kaiser ließ die mähr. Untergerichte, „weil sie sich in Criminalibus zum öftern verstoßen,“ anweisen, hinführo jederzeit von der k. Appellationskammer die Belehrung einzuziehen, wie sie sich in derley Casibus arduis zu verhalten (Resk. 1. Oktober 1703).

Die Magistrate von Znaim und Zglau wurden angewiesen, hinführo in dergleichen schweren Criminal-Sachen besonders in casibus dubiis sub Comminatione suspensionis Ihrer Criminal-Jurisdiction den recurs zur k. Appellationskammer zu nehmen und sich daselbst der Belehrungen zu erholen (Resk. 22. November 1700). Dem krensfierer Magistrate wurde die vermeintliche Exemption von der k. böhm. Appellationskammer verwiesen, da doch die k. Städte selbst dieser als dem k. Obergerichte in Kriminal- und Justizsachen unterworfen seyen (Resk. 28. August 1702) und der Kaiser wollte von einer olmüher bischöflichen Hoffanzlei, an welche sich der krensfierer Magistrat um Belehrungen in Kriminalfällen gewendet, nichts wissen, da mit Ausnahme der mähr. Landrechte und Landtafel alle anderen Instanzen in Mäh-

ren der Appellationskammer in Prag unterstünden (Resk. 6. Juli 1708). Der Stadt Olmütz wurde nicht nur die Anwenbung des sächsischen und magdeburgischen, statt des 1697 eingeführten böhm. Stadtrechts, wiederholt gerügt (Reskripte vom 20. November 1702 und 15. Oktober 1703), sondern auch befohlen, sich von Ertheilung der Criminal-Belehrungen an die benachbarten Städte zu enthalten (Resk. 20. Jänner 1705).

Als die böhmische Appellationskammer diese specielle Anordnung auch auf andere k. Städte ausdehnte und das mährische Tribunal über die Zulässigkeit eine Anfrage beim Kaiser Leopold I. machte, erließ folgende a. h. Resolution, welche den Städten sammt und sonderß solche Criminalbelehrungen nochmal unter wirklicher Strafe untersagte: Leopold x. Liebe getreue. Wir haben aus Eweren allerunterthänigsten Bericht von 27. Februar nechsthin in mehrern gnädigst Vernommen, was gestalt Uns Ihre occasione der, Unter dem 20. Januarii gegenwärtigen Jahres allergnädigst ergangenen Resolution, krafft derer, Unser Königlich Stadt Olmütz, sich von ertheilung der Criminal-Belehrungen denen benachbarten Städten Hinführo zuenthaltten mitgegeben worden, wie nemlichen in dem Fall, da Unsere Königl. Appellations-Cammer sothaneß, gedacht Unsere Königl. Stadt Olmütz allein respicirende particular-Resolutum auch auf andere Königl. Städte extendirete, solches Unserer ausdrücklichen allergnädigsten Resolution Von dort aus nicht gestellet werden könnte, gehorsambst erinnert, mithin Uns, was wir etwa Respectu Unserer übrigen Königl. Städten dießfalls allergnädigst zu resolviren geruhen wolten, in Unterthänigkeit anheimb gestellet habt.

Wann wir nun bedeüte Unsere Appellations-Cammer zu Prag, damit in Criminalibus, da vmb des Menschen leib und blut zuthuen, sicher Verfahren würde, Specialiter dahin fundiret, daß Sie Unsere Treu-gehorsambste Stände vnd Städte, die da mit denen Obergerichten Versehen, so wohl in Unserem Erb-Königreich Böhmeim, als Mähren und Schlesen, wie in Casibus dubiis zu Verfahren? belehren solle.

In ansehung dessen wir dann Unseren Königl. Städten so wohl in Unserem Erb-Marggraffthumb Mähren, als Schlesen, aus Ursachen Sie, wie die Experienz gegeben, nicht so wohl, als mehr erwehnte Unsere Königl. Appellations-Cammer in Criminalibus erfahren, sondern zum öfftern irrepabile Verstoß begangen, die Ertheilung der Criminalbelehrungen zum öfftern allergnädigst untersaget.

Als wollen wir Ihnen Städten sammt und sonderß sothane Criminal-Belehrungen nochmalen hiemit, Unter würklicher Straf untersaget haben, vmb so Viel mehr da Unsere alldaßige Treu-gehorsambste Stände Von oft besagtem Appellations-Collegio ad Exemplum Unserer Böhmeimlichen Ständen gegen Reichung eines geringen Adjuto alle Criminal-Belehrungen geschwinde vnd Umbsonst haben, mithin Ihr gewissen salviren, Von aller Verantworthung sich ent-

schütten und den göttlichen Zorn, der da, durch Vertuschung der Laster, erweckt wird, von dem Lande abwenden können.

Befehlen Euch diesernach gnädigst hiermit, Hierob Beste hand zu halten, und diesen Unseren gnädigsten Verbott nicht allein zuerneuern, sondern auch die Contravenienten sowohl belehrungs Sucher, als Ertheiler mit einer arbitrariſch-ſiscalischen Straff zu belegen.

Geben Wien den 20. März 1705.

Joseph I. Halsgerichtsordnung für Böhmen, Mähren und Schlesien vom Jahre 1707 (welche, „mit Aufhebung der Weitläufigkeiten des Anklagungs-Prozesses den sehr nugharen Inquisitions-Prozeß förmlicher und verlässlicher einführte und einrichtete“) verordnete, daß alle zur Ausübung der peinlichen Halsgerichtsbarkeit berufenen Distrikten, Landrechte, Gerichte und Personen in wichtigen, schweren oder zweifelhaften peinlichen Fällen weder bei andren Schöppenstühlen noch bei Universitäten, sondern bloß bei dem k. Appellations-Tribunale in Prag Belehrungen einholen sollen und dieses Obergericht bei Wahrnehmung einer während des Accusations- oder Inquisitions-prozesses von den Untergerichten begangenen Gesetzwidrigkeit die bisherigen Amtshandlungen aufzuheben, die Sache neuerdings instruiren zu lassen und die Schuldtragenden mit geziemender Strafe anzusehen berechtigt und verpflichtet sei (Art. III. §. 14).

Es trug freilich nicht bei, den Appellationszug nach Prag beliebt zu machen, wenn die Appellationskammer die Expeditionen auch in den dringendsten Fällen liegen ließ, so lange die Taxen nicht berichtigt waren, bis Kaiser Joseph I. befahl, derlei Criminalia alsogleich nach Mähren und Schlesien zu befördern und die Taxen nachgehend von den Magistraten einzufordern (Resk. 16. April 1709) und bis die mähr. Stände gegen tarfreie Behandlung der Kriminal-Expeditionen die Zahlung eines Adjutums für die k. böhm. Appellationskammer von 2758 fl. 20 kr. jährlich übernahmen (R. T. Schlüsse 1710 — 1712). Endlich erhörte, wie wir gesehen (S. 382), M. Theresia die heißen Wünsche Mährens und bestellte das mähr. Tribunal zum Civil- und Kriminalobergerichte Mährens (mit Ausnahme des Landrechts) und Joseph II. zum allgemeinen Appellationsgerichte Mährens und Schlesiens ¹⁾.

¹⁾ Es konnten hier, der Natur der Sache gemäß, nur Andeutungen in Beziehung auf die Städte gegeben werden; die eingehendere Ausführung bleibt der (bisher gänzlich vernachlässigten) Geschichte des Strafrechts und der Strafrechtspflege in M. und Schl. vorbehalten. Für die neuere Zeit seit den böhm. Stadtrechten und der Landesordnung findet sich Material bei Prossowsky und Weingarten (R. Ordnung, vindemiae, manuale, Codex n. a.), Schidfuß, Lucä, Friedeberg, Walther, den gedruckten schles. Ges. Elgen u. s. w.

IV. Das Gemeindewesen. Gütererwerb. Schuldenstand. Urbar. Lokal-Anschläge. Standschaft.

Wie wir schon früher (S. 62 ff.) gesehen, gerieth die Stadt Brünn durch den 30jähr. Krieg in eine bedeutende Schuldenlast ¹⁾; allein sie tilgte dieselbe nicht nur mit Hilfe der k. Losung (S. Ludwig's Chronik S. 60, 75, 76, 81, 88, 89, 99), welche Ferdinand II. (1629), und des k. Wein- und Viertages, welche Ferdinand III. (1646) der Stadt überlassen, dann unter der Gunst eines hundertjährigen Friedens, sondern erwarb auch noch neue Landgüter, baute Gemeinde-Häuser und rief öffentliche Anstalten ins Leben ²⁾.

Die Stadt kam durch den Verlust des Salzhandels, der kais. Losungen, der Wachtgelder und Militär-Quartierbeiträge, durch die Einführung des kais. Zolles, Beschränkung des Handels, Verminderung der Jahrmärkte und theilweise Einziehung des Mauterträgnisses zum Avarial-Strassenbaue — Verhältnisse, deren wir später gedenken werden — in ihrem Einkommen wieder sehr herab. Das Bier-Gesäß wurde ihre Hauptquelle zur Bestreitung der jährlichen Auslagen (in den 3 Jahren 1736, 1737 und 1738 jährlich über 100,000 fl., zus. 330,926 fl. 40 fr.) ³⁾.

Allein auch das Bräuurbar litt, abgesehen von der Beeinträchtigung des Reilrechtes (S. darüber vorläufig meine Geschichte von Brünn S. 56, 105, 157, 167, 214), durch die Bier-Einschwärzung von auswärts. Es war nämlich nicht nur den höheren Standespersonen gestattet, eigenes und er-

¹⁾ 1650 betrugen die Stadtschulden 362,151 fl. 44 kr. und zwar 121,349 fl. 20 kr. an geistliche Corporationen gegen ewigen Zins, 125,282 fl. 10 kr. an auswärtige Private, 68,893 fl. 8 kr. an einheimische Bürger, 12,493 fl. 46 kr. Waisenschulden und 34,133 fl. 20 kr. „unaccordirte“ Schulden.

²⁾ Die Stadt richtete insbesondere zwei Bierstankhäuser zum Ausschank ihres Bieres neu ein und erbaute ein neues Branntwein- und Tuben-Haus auf der Vorstadt Kröna. Hier kaufte sie auch 1659 von der Witwe Katharina Poleyina Istvan um 2000 fl. einen dem Kloster St. Thomas zugehären Hof auf der Schütt oder schlechtweg Schütt gegenüber dem Spital St. Stephan mit Gärten, Aedern, Wiesen u. a., aus welchem das Wirthshaus „die neue Welt“ entstand.

³⁾ Die beträchtlichsten Posten im Bjähr. Durchschnitte waren: Die Bräuhaus-Kosten 113,930 fl., die öffentlichen Prästationen 58,357 fl. die Besoldungen 45,379 fl., die Banamts-Kosten 39,800 fl., Kapitals-Interessen 5,469 fl., Kelleramt 5,840 fl. u. f. w.

kaufes Bier zur eigenen Haus-Nothdurft einzuführen¹⁾, sondern auch die l. Tribunals- und Landtafel-Beamten, wie die geschwornen Landesadvokaten und Med. Doktoren sprachen dieses Privilegium an und genossen es auch wirklich, obwohl Kaiser Ferdinand III. ihnen nur die Einführung des „aus ihren Weingärten geseßten und andern,“ des „einheimischen und fremden“ Weins zum Hausgebrauche gestattet, hinsichtlich einer gleichen Bewilligung für das Bier aber Bedenken getragen hatte (Resk. 7. Februar und 12. April 1650).

Es schlichen aber hiebei nicht nur Mißbräuche und Unterschleife ein, sondern es sprachen auch die neu ins Leben getretenen Landschafst- (ständische) und Cameral-Beamten, wie die geschwornen Landesbuchhalter, ja selbst alle der örtlichen Jurisdiction nicht unterworfenen Stadt-Bewohner die freie Bier-Einfuhr an.

Weiter lag auch der Stadt die Last ob, für die Tribunals-Affessoren gegen Schüttung zu bräuen, und aus den Klöstern und dem Stifte Maria Schul wurde Bier ausgegeben und auf den bei der Stadt befindlichen fremden Gassen Bier in einem niedern Preise geschänkt u. s. w. Hiedurch war das Bier-Gefäll der Stadt sehr beeinträchtigenden Anfechtungen ausgesetzt, wenn auch das Verleutgeben des fremden Bieres von den Landesfürsten wiederholt verboten wurde (Reskript vom 25. Juni 1731 und 12. März 1736, Tribldt. 1. Sept. 1739). Daher bat der Magistrat 1740 beim Kaiser um Schutz und Beschränkungen und das Tribunal rieth (1745) ein, den höheren Ständen die freie Einfuhr des Bieres zu ihrem Gebrauche zu gestatten. Die Klagen der Stadt über Beeinträchtigung ihres Bräuurbars dauerten aber fort²⁾. Endlich wurde mit dem Hofdekrete vom 3. Juli 1773 der vom Gubernium zur Beschränkung der Ein-

¹⁾ Nach den Privilegien des Königs Mathias (1609) und der Kaiser Ferdinand II. (1633), Ferdinand III. (1639), Leopold (1698) und Karl VI. (1720) waren die begüterten und unbegüterten mähr. höheren Standespersonen, wie auch die begüterten Klöster berechtigt, in die von ihnen bewohnten l. Städte fremdes Bier, jedoch nur für ihren Bedarf, Wein aber so viel sie wollten, einzuführen. Nur war ihnen zu allen Zeiten untersagt, den Schank mit diesen Getränken anzustellen, da dieser in den l. Städten theils den Bürgern, theils der Gemeinde gebührt (Gubernial-Nr. 9908 von 1782).

Nach den a. h. bestätigten Landtagschüssen vom Jahre 1650 und 1652 und den l. Tribunals-Berordnungen vom 17. September 1735 und 16. Februar 1736 genossen die höheren Standespersonen für ihre eigenen oder zum eigenen Gebrauche gekauften obrigkeitlichen Effekten, insofern sie nicht zum Wieder-Verkaufe bestimmt und mit einem obrigkeitlichen Paßporte versehen waren, aller Orten in Mähren die Befreiung von der Entrichtung der Privatmanut-Gebühren.

²⁾ Am besten zeigt dies das nachfolgende Patent des brünner Kreisamtes vom 7. Februar 1767:

Von Kaiser Königlichem Kreysamt wegen, des Brünner Kreyses im Marggrafthum Mähren, denen in der Königl. Stadt Brunn befindlichen höheren Standes Personen, und der Magistratual Jurisdiction nicht unterwürfigen Partheyen (als da sind Landes-Advocaten, Medici, Sollicitatores und Buchhalter) hiemit zu eröffnen und zu bedeuten.

Es ist bereits den 21. May 1762 Vermittelt eines anmit in Abschrift neben liegenden Kayser Königl. Hohen Repräsentations und Cammer Decreti ddo. 30. Aprilis

führung fremden Bieres gemachte Vorschlag genehmigt und resolvirt, daß außer den sowohl begüterten als unbegüterten mährischen höheren Standespersonen und außer den begüterten hiesigen Klöstern Niemand ein fremdes Bier in die Stadt

Recepto vero 20. May bemelten 1662 Kayser, von obhabenden Kayser Königl. Crevß Amts wegen und namentlich zwar dieses Land gemacht worden.

Weilen das zur hiesigen Königl. Stadt Brunn eigenthümlich zugehörige Bräu-Urbar, durch die Excessive Einfuhr- und unerlaubte Ausschänkung des fremden Bieres, auf das empfindlichste benachtheiligt, und andurch in der Bräu-Urbars-Nutzung der Königl. Stadt Brunn ein beträchtlicher Abfall verursacht wird, und dergestalten zwar: daß in die allhiefige Herrschafts-, Geistliche- und andere privat-Häuser fremdes Bier unter anderen auch theils in solche Herrschafts-Häuser, in welchen die Herrschaft weder wohnhaft ist, theils aber in andere Häuser (welche bekannter massen nicht so viel verbrauchen können) eingeführet werde, woraus dann zu entnehmen seye, inzwischen auch Von der letzten Landmachung erprobet worden ist, daß dergleichen einführendes Landt Bier nicht alles zum eigenen Trunk Verbrauchet, sondern in theils Häusern denen das Kost Geld überkommenden Bedienten, und unter diesen Vorwandt auch anderen sich zugezogenen Pöbeln, zum Theil in Geschier abgehohlet, in anderen Häusern aber denen Gästen Verlestetget und zu deren Bewirthung so gar Tiesch und Bände gesetzt worden.

Wie nun aber ein solcher Mißbrauch sowohl denen in Sachen ergangenen Kayser-Königl. Rescripten, als auch denen der Königl. Stadt Brunn allergnädigst Verliehenen und Confirmirten Privilegien entgegen stehet.

Als hat schon damahls Eine Hochlöbliche Kayser Königl. Repräsentation, und Cammer Vermög des bereiths obangezogenen, an mich Crevß Hauptmann erlassenen hohen Decreti zur Abstellung dieser der Städtischen privilegirten Bierchanls Freyheit zu nahe trettenben, und die Königl. Stadt Brunn in der Bräu-Urbars Nutzung so empfindlich benachtheiligenden Gebrechen, nachstehendes zu resolviren geruhet, und zwar:

Erstens: Daß Niemanden, wer er auch immer seye (außgenommen denen zur freyen Bier Einfuhr nur allein für ihren Haus-Trund berechtigten höheren Standes- und anderen allerhöchsten Orthes privilegirten Personen) einiges Auswärtig- oder fremdes Bier, weder unter denen Meysen, noch in kleinern Geschieren, in die Stadt Brunn einzuführen erlaubet seye, noch auch die Einfuhr unter denen Stadt Thören passiret werden solle;

Andertens: würde denen hiesigen zur freyen Einfuhr des Biers privilegirten höheren Standes-Personen nicht gestattet, daß ihre Haus-Verwaltere, oder Haus-Meystere, oder Jemand anderer im Haus, cinig fremdes oder eigenes Landt Bier ausschänden, sondern sich dessen um so gewisser enthalten sollen als im widrigen die betrettenbe mit der in dem untern 25. Junij 1731 ergangenen allerhöchsten Kayser Königl. Hoff-Rescripto außgemessenen Straff Von 10 Thl. Mährisch totios quoties solche betretten wurden belegt, und binnen 14 Tagen zur Berichtung dieses poenalis, durch außgebige Assistenz Leistung dieses Kayser Königl. Brünner Crevß Amts, mann ohnmachbleiblich anzuhalten hätte, und so weither wurden auch ins Besondere

Drittens: Jene Obrigkeiten, welche in ihren Häusern gewölber haben, unter der nemlichen Straff, ihren Haus-Meistern, und Domestiquen scharf einbilden, und dahin zu verhalten belieben, damit sie denen in Jahrmachts-zeiten ankommenden fremden Kauff-Pöbeln, Von dem auswärtigen Bier nichts zulassen, sondern selbst an das Stadt Bier anweisen, nicht minder wo die Taffel und Bände für die Gäste gesetzt seyn, solche Cassiren, und weder inn- noch außer der Stadt in denen allda befindlichen Häusern und Gärten fremdes Bier ausschänden; Und ein gleiches Verstehet sich auch von denen übrigen Inn-

Brünn einzuführen befugt sein soll, jede adelige Person aber auch hiezu nur so lang, als sie in Brünn wohnt, berechtigt und gehalten sei, bei dem Gubernium unter adeliger Treue anzuzeigen, wie viel Bier sie für sich und ihre Angehörigen nöthig habe.

Die Stadt kam aber in der Ausübung ihres Bräuregals nicht nur mit den höheren Ständen und dem Beamten-Stande, sondern durch dessen Ausdehnung nach dem Muster anderer Obrigkeiten, so wie durch die sonstige Vermehrung der Renteneinnahmen, auch mit der Bürgerschaft in mannigfache Conflictte (S. S. 405).

Die Verhältnisse des Communhaushaltes gestalteten sich (wie der Magistrat wegen des Mautbezuges vorstellte und wir S. 64 erwähnten) immer mißlicher in der Art, daß die Stadt 1781 einen **Schuldenstand** von

wohnern der Königl. Stadt Brünn, als da sind Landes-Advocaten, Medici, Sollicitatores und Buchhalter, welche das Beneficium des fremden Biers gegen Bezahlung des Einlaß-Geldes von jedem Eymmer à 15 kr. zugenießen haben.

Nicht minder werden auch die Jenigen Pächter, so in denen Vorstädten, in ein so anderen Clöstern, und Geistlichen zugehörigen Gärten zu wohnen pflegen, Gemäß des öfters angezogenen hohen Repräsentations und Cammer Decreti §. 3. ddo. 13. Aprilis, et praes. 20. Maij 1762 unter der wiederholten Straff Von 10 Thalern Mährisch sich des unbefugten Schandes zu enthalten haben.

Nachdem aber Vermög Verschiedener Von dem Königl. Stadt Brünner Magistrat bey diesem mir anvertrauten Kayser Königl. Cereß-Amte angebrachten Beschwörden erprobet worden ist, daß inzwischen der zeitw. des obangezogenen letzthin Sub dato den 21. Maij 1762 publicirten Patents, Vorzüglich in Theils Schooß Häusern, dieser Verbotene Land- und fremde Bier-Schand zum größten Schaden und Nachtheil der Stadt Brünner Bräu-Urbars Nutzung getrieben, auch die Uebertretere in die Verwürrte Straffe zu ziehen man nicht entbleiben würde.

Und kurz gedachter Brünner Stadt Magistrat dies Orths das Ansuchen machet, dasjenige, was mehr bemeldter massen in Anno 1762 Von Cereß Amte wegen publiciret worden, Republiciren; Ein solches auch von Einem Hochlöblich Kaiser Königl. Landes Gubernio untern dato 28. Novembris 1766 hoch amtlich eingewilliget worden ist.

Als wird diesemnach das obangezogene Allerhöchste Hoff-Rescriptum, und hohe Repräsentations- und Cammer Decretum zur allseitigen Wissenschaft, und zu dem Ende anmit Republiciret, auf daß hiernach ein Jeder, Theils sich wie zu richten so forth die höhere Standes-Personen ihren Haus-Verwaltern, oder Haus Meistern, und Dienstbothen den gemessensten Nachverhaltens Befehl zu geben, nicht entbleiben wollen, als im widrigen Fall jeder fremde Theil sich der privirung des Beneficii der fremden Bier Einfuhr gar exponiren, und sich diese Unanständigkeit selbst zu zuschreiben haben wurde.

Welches dann auch insbesondere denen Von der Magistrats-Jurisdiction Gegent Partheien, und Nahmentlich zwar Landes-Advocaten, Medicis, Sollicitatoribus und Buchhaltern, zu ihren Nach-Verhalt andurch kundgemachet wird.

Uebrigens aber ist das Bothen Register zu dem Ende bebefühlich, daselbst den betreffenden Theil das Praesentatum der richtig bescheneu aufstellung dieses Patents angemerkt werde; Sign. Brünn den 7. Februarij Anno 1767.

124,098 fl. 36¹/₄ fr. hatte, die jährlichen Auslagen von 49,592 fl. 45²/₄ fr. ¹⁾ die Einnahmen um 2,071 fl. 10²/₄ fr. überschritten, die Schulden über anderthalb hundert tausend Gulden stiegen, die Stadt nicht die nöthigsten Auslagen bestreiten, nicht das sehr schlechte Pflaster herstellen, weder das unentbehrlichste Polizei- und Sicherheits-Personal unterhalten konnte und in dieser bedrängten Zeit die mähr. Stände ihr auf mannigfache Weise zu Hilfe kommen mußten.

Wir sahen auch (S. 66), daß die Passivschulden, zum Theile erzeugt durch nutzbare Herstellungen und Ankäufe, noch höher und bis 268,952 fl. stiegen, im Jahre 1835 aber ganz getilgt waren ²⁾).

Zur Hebung des Gemeinde-Haushaltes und beziehungsweise Unterstützung der Gemeinde in der Erhaltung ihrer Anstalten trugen wesentlich die Lokal-Zuschläge bei, deren wir schon gedacht haben (S. 66 — 74) und zum Theile noch gedenken wollen.

Außer dem seit fast einem halben Jahrhunderte verbliebenen Zinskreuzer waren dies folgende:

¹⁾ Nach der Stadtrechnung vom Jahre 1781 kostete das Geschäft der Robot-Abolition auf der Herrschaft Gurein in diesem Jahre allein für Ausmessung der Gründe und Commissionen 5,449 fl. 85¹/₄ fr.

²⁾ Die Besitzungen und Einkünfte der Gemeinde wurden zu Anfang dieses Jahrhunderts in folgender Weise nachgewiesen:

An der Stadt besitzt die Gemeinde eigenthümlich einen Meierhof mit 500 Morgen Anbau, 3 Mühlen, wovon die Lampel- und Hasenmühle emphyteutisch verkauft, die Malzmühle zum Theile von der Gemeinde benützt wird; 3 Wirthshäuser, zum weißen Rössel auf der großen Neugasse und zum wilden Mann auf der kleinen Neugasse, beide emphyteutisch verkauft, zur neuen Welt auf der Kröna. In der Stadt mehrere Häuser: Das Bräuhaus, das obere und untere Malzhans, in der brünner- und unteren Johannesgasse; das vormem Kern'sche Haus, nun für die Unterbringung des Kreisamtes bestimmt, in der Krapsengasse; das vormem freiherrlich von Freiensfels'sche Haus in der Herrengasse, zur Wohnung des Kommandirenden und des Generalkommando's von Mähren verwendet; das Syndikat in der Rathhausgasse und mehrere kleinere Gebäude, in welchen die mindere städt. Dienerschaft und die Polizeiwachmannschaft untergebracht werden; zwei ansehnliche Gebäude, bestimmt zu Kasernen für das Militär, die Kaserne mit dem Theater und Redoutensale, endlich das ansehnliche 1511 gebaute Rathhaus mit der Frohnveste. Zwei kassirte Teiche mit einer kassirten Mühle am Teichdamme, welcher das Mühlenrecht mit dem Ringsrechte entgeltet worden ist. Das Stadt- und Feuerwaggefall, mit Niederlagen auf dem großen Plage und in der Vorstadt Kröna. Die Fischwagpachtung, Potaschen-Zinsungen, das Bier-, Wein- und Branntwein-Schaufrecht auf eine Meile in der Munde von Brunn, mit einem verpachteten Branntweinbause. Das Rautäquivalent aus dem Straßensonde für die eingezogenen Rauten, seit dem Jahre 1784 jährlich mit 3768 fl. 28 fr. zur Erhaltung der großen Brücke in Altbrunn. Das Recht eine Taberne zu halten und in- und ausländische Weine dasselbst schänken zu dürfen. Vier Jahrmärkte mit einer Regie von 400 Markthütten, endlich die Wasserleitungszinsen. Dazu kommen die Einkünfte aus der Herrschaft Gurein.

- a) Der Biereimerzoll. Als mit der a. h. Entschliebung vom 27. Februar 1788 die Einfuhr fremden Bieres Jedermann gestattet, hiedurch aber die Stadt in dem Ertragnisse des Bräuregals wesentlich beeinträchtigt wurde, bewilligten seine Majestät (Hofdekrete von 2. Mai und 18. Dez. 1788), daß von jedem Eimer des in die städtische Gerichtsbarkeit eingeführten fremden Bieres 20 fr. für die Stadtrenten abgenommen werden dürfen. Das Hofdekret von 20. Juli 1820 bewilligte die Abnahme dieser Gebühr gleich den Getränkesteuern in G. M. mit dem gleichen Betrage.

Diese Gebühr blieb seit Verpachtung des Bräuregals kontraktmäßig überlassen.

Nach einem 6jährigen Durchschnitte von 1823 -- 1828 wurden (ohne das eingeschmückte) im Durchschnitte jährlich 12598 Eimer Bier eingeführt, was einen jährlichen Betrag am Zolle von 4199 fl. 20 fr. G. M. machte.

- b) Der Getränkaufschlag. Als im Jahre 1804 die brünner Fleischhauer mit Geld und Kredit so verfallen waren, daß sie den Bedarf des Publikums mit dem Fleische nicht mehr decken konnten (!?), trug das Gubernium dem Magistrate auf, den Ankauf des Schlachtviehes aus den Kommunrenten selbst zu besorgen und durch die Fleischhauer das nöthige Fleisch für das Publikum ausbilden zu lassen. Da die Einkäufe theurer, die Erhöhung der Fleischtare aber nicht gestattet wurde, machte der Magistrat Schulden, welche in 2 Jahren auf 60000 fl. stiegen. Hieraus wurde die magistratistische Fleischregie aufgehoben und zur Zahlung der Schulden bewilligt (Hofd. vom 31. August 1806), daß auf jeden Eimer des in der Stadt Brunn und ihren sämtlichen Vorstädten verzehrten inländischen Weines ein Zuschlag von 15 fr., auf jede Bouteille Liqueur, Rosoglio und Bunscheffenz von 7 fr. und auf jede Bouteille ausländischen Branntweins, als Arrak und Rhum, von 12 fr. gelegt werde.

Im Jahre 1813 waren diese Schulden gänzlich getilgt; Seine Majestät genehmigten aber (Hofdekret vom 26. Februar 1814), daß von den zur Tilgung der Fleischregieschulden für die Stadt Brunn bestimmten Getränkaufschlägen die eine Hälfte des Einkommens für den Hauptarmenfond d. i. rücksichtlich Brunn für das allgemeine Krankenhaus bei St. Anna und das Siechenhaus und die andere Hälfte für den Polizeifond zur Zurückzahlung der erhaltenen Kammeralvorschuße sowohl als zur Deckung der Abgänge, Erweiterung und Vervollkommenung der Polizeianstalten verwendet werde. Die a. h. Entschliebung vom 14. April 1821 setzte diese Aufschläge auf G. M. um.

Nach einem 6jährigen Durchschnitte von 1823 — 1828 gingen jährlich vom Bruttoertragnisse per 3249 fl. 50 $\frac{1}{2}$ fr. für den Armenanstaltenfond 3095 fl. 4 $\frac{3}{4}$ fr. G. M. und eben soviel für den Polizeifond

fond aus diesen Aufschlägen ein, welche von den Beamten des Tranksteuer-
gefäßes gegen Remuneration eingehoben wurden.

- c) Der Brennholz-Aufschlag. Nach dem Hofdekrete vom 27. September 1804 ordneten Seine Majestät an, daß von jeder nach Brünn oder dessen Vorstädten eingeführten Fuhr Brennholz, welche ungefähr eine halbe Klafter enthält, 1½ fr. und von einer Klafter und darüber 3 fr. als eine Abgabe zur Unterstützung der Kranken-Versorgungsanstalten entrichtet werden soll. Diese Abgabe wurde im Jahre 1812 mit a. h. Bewilligung auf 6 und 12 fr. erhöht, später auf G. M. umgesetzt (a. h. Entsch. 14. April 1821), von den Wegmautämtern eingehoben und trug nach einem 6jährigen Durchschnitte von 1823 — 1828 jährlich 6119 fl. 50 fr. G. M.

- d) Als 1829 an die Stelle der bestandenen verschiedenen Consumtions-Steuern und Aufschläge die allgemeine Verzehrungssteuer trat, hörten die zu a) b) c) erwähnten brünner Lokal-Zuschläge auf, und es kam an ihre Stelle der Verzehrungssteuer-Gemeinde-Zuschlag (Gubcirkl. 23. Okt. und 11. Dezember 1829 Z. 42,308 und 50192).

Nach dem Präliminar für 1830 waren an dem städtischen Erfordernisse unbedeckt 5879 fl. 34 fr., bei dem Lokalfrankensonde auf das Erforderniß von 37376 fl., nach Abschlag der Einnahme von 31630 fl. (mit Inbegriff der Zuflüsse von den erwähnten Aufschlägen), 5746 fl., bei dem Polizeifonde auf sein Erforderniß von 9396 fl., nach Abschlag der Einnahme 6080, 3316 fl. Hierzu gerechnet die aufgelassenen Aufschläge von a) mit 4199 fl. 20 fr., b) mit 3095 fl. 4¾ fr. und 3095 fl. 4¾ fr. und c) mit 6119 fl. 50 fr. ergab sich eine Summe von 31,450 fl. 53¾ fr. G. M., welche durch einen Gemeindezuschlag zur Verzehrungssteuer zu bedecken war (Gub. Z. 40143 und 42308 von 1829).

Bei der Bemessung dieses Zuschlages nahm das Gubernium auch auf die ratenweise Rückzahlung der städtischen sogenannten Starefschen Brodverbaftungsschuld (welche bis Ende Juni 1829: 19,482 fl. 36 fr. G. M. betrug) mit 3000 fl. G. M. jährlich Rückstcht. Gleich darauf (Gub. Nr. 43,588 von 1829) hielt es aber dafür, daß dieselbe durch den Ueberschuß des Zinssteuerfondes werde getilgt werden können.

Es galt fortan als Grundsatz (Hofdekret vom 8. Juli 1830 Z. 14202), daß die unbedeckten Bedürfnisse der städtischen Kommunkasse mit Einschluß der Auslagen für die Lokalanstalten, deren Deficite sie zu bedecken hat ¹⁾, zu prüfen sind, um den Gemeindezuschlag zu reguliren.

¹⁾ Nach dem Präliminar für 1832 hatte der Lokalfrankenfond Einnahmen: An Interessen von Kapitalien 4615 fl., an bestimmten Beiträgen 3647 fl., an fixirten Zinsungen 835 fl., an Stiftungsbeiträgen 9 fl., an Vermächtnissen, Verlassenschafts- und Exigations-perzenten 4910 fl., an Ball-Kommbie, u. a. Geldern 86 fl., an Zinssteuerzuschlag 8980 fl.,

Im Durchschnitte der drei Jahre 1858, 1859 und 1860 trug die Verzeh-
rungssteuer nebst dem mit der a. h. Entschließung vom 12. Mai 1859 angeord-
neten 20% Zuschlage 246,528 fl. 90 $\frac{1}{2}$ fr, der Gemeindeguschlag aber 74,023 fl.
40 fr. und es wurden beide, wie auch die Weg- und Brückenmaut in der Sta-
tion Brünn mit 40,045 fl., 1860 vereint als Pachtobjekte ausgebauten.

Kaiser Ferdinand II. ging auf das Einrathen der kais. Räte und Kom-
missarien, die k. mähr. Städte wegen ihres Abfalls bleibend zu bestrafen, nicht
ein, weil sie durch das vergangene Unwesen und fortwährende Einquartirung so
„ausgemergelt und gepreßt seien,“ daß ihnen ein Mehreres zu tragen unmöglich sein
würde (Resk. 19. Dezember 1624 in meiner Geschichte von Jglau S. 288).
Auch nahm er sie, nachdem er einen Bier- und Wein-Ausschlag einge-
führt (Patent 24. Jänner 1626), in der neuen mähr. Landesordnung vom Jahre
1628 (fol. XXI) wieder zum vierten Stande (der geistliche, Herren- und
Ritter-Stand waren die drei oberen Stände) in folgender Weise auf:

Betreffend die Königliche Städte, haben Wir dieselbige alle und jede so
weit begnadet, daß Wir Sy zwar widerumb zu einem Stand, und also dem
Vierten gnedigst aufgenommen; Doch sollen sie hingegen samt und sonderß, von
jedem Faß darinnen gebrauetem, oder von andern Dertthern zu ihnen geführtem
und alda außgetrunkenem Bier, einen Gulden zu 60 Kreitzer gerechnet, Ungelts
oder Biergelts, je und allemweg zu ewigen Zeiten, Unserer Königlichen Cammer,
zu Unserer und der Nachkommenben Disposition, vnnachlässlich zureichen und zu
geben schuldig sein.

Nach dem sich vor alters große Differentien und irrungen zwischen dem
Herren- und Ritter Stand an einem, und denen Städten am andern theil erhal-
ten; Und aber dieselbe im 1486. Jahr nach Christi Geburt, am tag der Giff
Tausent Jungfrawin, wie auch vom König Vladislao ergangenen Ausspruch
datirt Ofen den Gerichtag nach Luciae 1493 ¹⁾. Mit weniger der ander 1522
durch eine Vergleichung hingelegt; Als wollen Wir gnädigst, daß obberürter
Vertrag nochmals in seynem Esse verbleiben, und in alle dem jenigen, so in

an Hauseinflüssen 6770 fl., zusammen 29852 fl., Ausgaben: An Besoldungen 973 fl.,
an Provisionen zc., Kangleierfordernissen, Zinsen zc. 542 fl., an Dotirung der brünner
Krankenanstalt 18,049 fl., an dto. der elmlützer 5548 fl., an dto. des Siedenhauses
12,896 fl., zusammen 38,008 fl. C. M.

Der Abgang von 815 fl. C. M. war aus der Kommunlasse herzuholen.

Der Lokal-Polizeifond hatte Einnahmen: Interessen 169 fl., Tragseffel-
Einkünfte 3 fl., Jahrmarkthüttengelder 400 fl., Einflüsse von der Polizeidirektion (Straß-
Tanzmusikgelber) 500 fl., Einflüsse von der Polizeigeschäftsleitung (Straßgelber) 80 fl., zu-
sammen 1152 fl., Ausgaben: Kosten für die Polizeiwache 7340 fl., Kosten des Poli-
zeibienstes 1838 fl., unvorherzusehende Bestreitungen 140 fl., Remunerationen 70 fl., Pen-
sionen, Provisionen zc. — zusammen 9388 fl. C. M.

Der Abgang von 8236 fl. C. M. war aus der Kommunlasse zu bebeden.

¹⁾ Beide in m. Gesch. von Jglau S. 136—140, alle 3 in der Landesordnung 1604 fol. 130 ff.

dieser Unserer Vernewerten Königlischen Landes Ordnung nicht corrigirt vnd aufgehoben, stet vnd vest gehalten, auch zu dem End absonderlich gedruckt werden sol.

In Brünn überließ, wie wir gesehen, bald nachher Ferdinand III. (1646) diesen Wein- und Biertag der Stadt selbst; im allgemeinen hörte er aber erst nach Einführung der Tranksteuer auf (1779).

In früherer Zeit hatten die l. Städte Mährens durch ihre materielle Macht, welche sie wohl auch durch Bündnisse unter einander stärkten, und bei dem Mangel stehender Heere, einen wichtigen Faktor in der ständischen Gliederung gebildet und jede für sich eine eigene Stimme in den ständischen Beratungen und Beschlüssen geführt. Jetzt gab man den (wie sie 1641 klagten) „von den höheren Ständen in allen und jeden Sachen respectirten und geringeren, fast ganz und gar in ihrem Stande verworfenen“ l. Städten (S. meine Geschichte von Iglau S. 315) zusammen Eine Stimme¹⁾ während der Besitzer des kleinsten landtäflichen Gutes auch die seine hatte. Man ließ die Deputirten der l. Städte nur stehend und außerhalb der Schranken den Landtags-Versammlungen beizuhören und die steuerfreien höheren Stände versuchten es wiederholt, den vierten oder Bürgerstand, gleich dem gar nicht vertretenen Bauernstande, willkürlich zu besteuern. Die von fortwährenden Kriegen und Geldnoth hart bedrängten Landesfürsten gewährten doch nur einigen Schutz.

Ein rücksichtlich der Stadt Iglau ergangenes Rescript Ferdinand III. vom 30. August 1644 (Welebrod S. 25) spricht aus, daß die königlichen Städte der vierte, und freye Stand im Lande seyn, und bey den allgemeinen Zusammenkünften ihre freye Stimme und Session haben, mithin von den obern Ständen nicht taxiret werden, sondern nur jenes, was die allgemeine Proposition und Gleichheit mit sich bringt, zu prästiren schuldig seyn sollen. Ihro Majestät begehren Bericht und Gutachten, wie der von den Ständen auf die Stadt Iglau, außer deren Gildpferden²⁾, annoch auf 125 Knechte geschehenen Repartition abzuhelpen sey, und finden Ihro Majestät nicht, wie die drey höheren Stände auf die königlichen Städte, als den vierten, und ebenfalls freyen, und bey den Ver-

¹⁾ Bei den Commissionsverhandlungen von 1661 wegen Einführung der Contribution in den l. Städten bemerkten diese, jede derselben hätte noch zur Zeit des Landeshauptmanns Grafen Salm (1636 — 1640) ein Separat-Votum gehabt und sie hätten sich dessen nicht begeben.

²⁾ Um das Kriegsvolk aufzubringen, mußten nach dem Landtagsbeschlusse von 1531 die Obrigkeiten und Freihofsbesitzer von 1000 Schock Groschen oder 2000 fl. ihrer nach Treue und Glauben selbst satirten Einkünfte ein Pferd und einen gerüsteten Knecht stellen und noch insbesondere von jedem 1000 fl. 1 fl. zahlen. Obschon später die eigene Ausrüstung unterblieb, mußte doch jede Obrigkeit so viel zahlen, als ein ausgerüsteter Reiter und dessen Unterhalt kostete. Die Steuer galt so viel als ein ausgerüsteter Reiter, und man steuerte daher nach Gildpferden, bis in der Mitte des 17. Jahrhunderts die Besteuerung nach Lähnen aufkam.

sammlungen ihre freie Stimme und Session habenden Stand, nach Gefallen was repartiren können.

Leopold I. befahl allen Landeseinwohnern geistlichen und weltlichen Standes, daß sie den f. Städten in ihrem Wein- und Bierverkauf, auch in den bürgerlichen Urbern und Gewerbe keine Eingriffe thun sollen (Resk. 15. April 1662, Welebrod S. 47). Doch sind Eisenverkauf, wie auch andere herrschaftliche Feilschaften kein bürgerliches Gewerbe und daher nicht zu verschränken, sondern vielmehr zu vermehren (Resk. 1. April 1662, eb.) und die Stände befugt, ihre Wirthschaftseffekten, als Eisen u. a. in die f. Städte zu führen und, indem solcher Verkauf kein bürgerliches Gewerbe ist, zu verkaufen, wogegen die höchst schädlichen eigennützigen Monopolia verhütet werden sollen (Resk. 1. August 1662, eb.). Die Stände sind an die in den Städten befindlichen Bauleute und Meister nicht gebunden, sondern können zu ihren Gebäuden auch fremde Bauleute und Meister ausbitten (Resk. 27. Juni 1686, eb. S. 66). Die Stände (als welche vorhin an die Zünfte nicht gebunden) sind nicht schuldig, sich der Stadtrauchfangkehrer zu gebrauchen, sondern es steht ihnen frei, sich Unterthanen zur Rauchfangkehrerei zu bedienen, und wenn in einer königlichen Stadt ein Rauchfangkehrer stirbt, so solle diese Stelle durch einen Nationalen des Landes ersetzt werden¹⁾; wie dann das königliche Tribunal Obacht haben solle über dergleichen Todesfälle, und durch wen die Ersetzung geschehen, welchem königlichen Tribunal auch die Spezifikation aller im Lande befindlichen Rauchfangkehrer eingegeben werden solle (Resk. 20. Februar 1709, bei Welebrod S. 112). Der Riß in die Gebundenheit der Gewerbe an die Städte und ihre Verbreitung auf das Land ging von da an immer weiter (S. Lufsch, besondere Rechte, 1. T. S. 245 ff.).

Der Streit der f. Städte mit den höheren Ständen fand neue Nahrung, als diese (mit Erneuerung der Streitigkeiten von 1535) bei Gelegenheit der Steuer-Regulirung den Antrag machten, daß die bürgerlichen Aecker und Weingärten bei den f. Städten, die bisher von der gemeinen Landsteuer befreit waren, auch der ordinären Contribution unterzogen werden sollten (1657)²⁾.

¹⁾ Die Rauchfangkehrer in den f. Städten waren, wie noch später, durchgängig oder doch meistens Italiener.

²⁾ In der Denkschrift, welche 1656 in den obersten Knauf des znaimer Rathhausthürms eingelegt wurde, heißt es:

Wodurch (die Schweden-Gefahr) abermalen Ihr Kaiserliche Majestät Ferdinand III. ein mächtiges Kriegsheer an die Weine zu stellen, sich auf allen Fall wider solch' unruhigen Feind zu schützen bewogen worden, welches dem ganzen Land, sonder aber dieser Stadt sehr große Kontributions, Unruhe, extra, vnd ordinäre Dargaben verursacht, ja es haben die löbl. Stände, da do modo contribuendi bei dem Landtage geredet worden, auch alle königl. Städte vnter die ordinari Gültspferd-contribution bei der wegen großer Ungleichheit neu angestellten Gültspferds-reduction vnd Vereitung des ganzen Lands (die bereits in diesem Monate Septembris Ihren Anfang genommen. Gott gebe darzu eine glückliche Vollen,

Sie beriefen sich hierbei auf das Beispiel der böhm. k. Städte, welche vorhin auch frei waren und dann unter die Contribution genommen wurden, wie auch auf andere k. Städte und Märkte, und setzten (1659) bei dem Landtage wirklich einen Partikularbeitrag aus, während die k. Städte die Steuerfreiheit, wie sie die obern Stände genossen, in Anspruch nahmen. Diese Differenzen wurden in kommissionelle Verhandlungen durch beiderseitige Abgeordnete gezogen. Als endlich der neue Landes-Cataster und das neue Besteuerungssystem nach Lähnen (1660), in welche die unterthänigen Acker und Weingärten (Wiesen und Wälder blieben unberücksichtigt) in Folge von Fassionen und Revisionen gebracht wurden, zu Stande kam, übernahmen 1671 die obern Stände und die k. Städte nach dem Willen des Kaisers zur Erleichterung der Unterthanen einen Theil der Landes-Contribution. Zum Vertheilungs-Maßstabe wählte man die Kamine der Häuser auf den Herrschaften und Gütern, so wie der k. Städte ¹⁾).

bung, dann es der Stadt sonders zu Ruh kommen soll) einmengen, und zur ordinari Kontribution bringen wollen. Aber es haben sich die genannten königl. Städt hierwider einhellig stark widersetzt, und Abgeordnete nemlich den Syndicum von Olmütz Herrn Math. Bnff, Herrn Andre Porsch Rathsherrn in Brunn, und unseren Stadtsyndikum Hrn. Joh. And. Märktisch zu Ihr Kais. Majestät gesendet, die Sach zu hintertreiben; worbei es dato an der Kais. Resolution beruhet; hoffen aber allen Ansehen nach sicherlich bei dem alten Perkommen geschülzet zu werden; allermassen dann in dieser Kommission die Städt mitbegriffen (Zuains Volksfest 1833).

¹⁾ In einer denkwürbigen Belandtnuß der Stadt Ig'au zur Zeit der „vorgehenden Steuer-Rectifikation“ unter M. Theresia stellt dieselbe ihre Ueberbürdung in der ihr zukatastrirten Zahl Kamine (1196) gegen andere k., auch Municipal-Städte, namentlich gegen Brunn (1282), Olmütz (1233) und Znaim (842) vor und schildert ihre herabgekommene Lage (Zgl. Sonntagsblatt 1855 Nr. 44, 45, 46).

Da dieses wenig verbreitet ist, theilen wir die Vorstellung hier mit. Sie lautet:

Gewissenhafte und Verlässliche Belandtnuß aus Iglauer Creyses der kbu. Stadt Iglau.

So mit einer besondern Stadtmauth allermilbist begnabet, auch ex Clementissimo Privilegio den Weinschandh leibiglich Von seithen des Gemeinen Stadt-weßens zu besen nutzen exerciret, die respectu Ihrer Bier-Verleger-Häußeren zum Bier Bräuen Berechtigte Bürgerschaft aber ex Clementissimo Indulto das Bräuen und den Bier-schand der Ordnung nach besorget und genießet.

Bißherige Belegung in Catastro Contributionali.

Die Innere Stadt für sich selbst hat	946 ¹ / ₄ Caminen
Die Spittl. Vorstadt dto.	167 ¹ / ₄ "
Die Frauen " dto.	43 ¹ / ₄ "
Die Pürnißer " dto.	39 ¹ / ₄ "

Summa . . 1196 Caminen.

Unter dieser Summa befinden sich auch die zu der Mähr. Landtälfflichen so genannten Freyen Holz-mühl, gehörige Zwölff Caminen.

Dabei befaßl Kaiser Leopold I., daß die drei höheren Stände die königl. Städte nicht kollektiren, oder in die Anlage wider ihren Willen ziehen sollen, bei ihrer Possession, vel quasi der Nicht-Belegung von ihnen obern drei Ständen,

Hier findet man anzumerken: daß Vorhin à tempore des allhier allergnädigst stabilirten Wirthschafts-Directorij und zwar benannt: à 1ma Julij Anno 1727 respectu der Inneren Stadt außer denen Schooß- und Geistlichen Häusern in Sublevamen der Bürgerschaft ex Cassa Communi Civitatis das Contributionale ordinarium in totum bezahlt worden; à 1ma Novembris 1743 aber, und bis hieher Vermögt anderweitigen Allerhöchsten Resoluti hieran gleichfalls außer denen Schooß- und Geistlichen Häusern nur die Hälfte ex eadem cassa entrichtet und die andere Hälfte Von denen bürgerlichen Individuis ex proprio abgeführt werde; Weilen aber die Bürgerschaft ob inopiam, wie unten weiter derselben armuth-Stand Berühret wird werden, nicht in stande ist, sothane Camin-anlagung weder zur Halbscheid in tempore zu entrichten; Als hat man zu Beförderung des Allerhöchsten Landes-Fürstlichen dienstes und umd womit das poenale evitiret wurde, auch respectu der anderten Hälfte, für die Bürgerschaft einige anticipationes ex Cassa Communi Civitatis Bewürden müssen, die Vorstädtler Bürger seind jederzeit ihre Camin-Contribution in totum auß eigenen Säckl zu entrichten gehalten. Ueber dießes ist auch die Königl. Stadt Iglau, So in gebürg und in einen lediglich selber tertio Classis habenden Boden liget, in dem Landes-Catastro respectu numeri Caminorum gegen andere Königl. auch Municipal Städte allzu Hoch mit 1196 Caminen angesetzt, maßen die Stadt Iglau, gegen der mit 1288 Caminen in Catastro befindlichen Stadt Olmütz, dann gegen der mit 1282 Caminen inserirten Stadt Brunn, und zwar respectu der ersteren nur umd 87, respectu der anderten aber umd 86 Caminen weniger-Pingegen gegen der mit 842 in Catastro angemerdten Stadt Znaim umd 354 Caminen Höher annotiret ist; Wohingegen Olmütz in den Besten Getrayd-Boden liget, Brunn gleichfalls in guten selb-Bau auch Wein-gebürg Sitnirt, nicht minder Znaim mit Vollkommenen ädern und lauter Wein-gärten umgeben ist, auch in dießen besagten dreien Städten, Vorseunderlich in Brunn die Zünfte eines einzigen Zimmers ob Copiam Vermöglicher inquilinorum, gegen der Stadt Iglau auch die Zünfte eines ganzen Hauses übersteigen, gleichfalls die Bürgerliche so wohl possessuirt als unpossessuirt professionisten ihre manufacturen Viel theurer und häufiger an Mann zu bringen Vermögen, nicht minder andere Bürgerliche Rauff-Lenthe und Regotianten ihre Waaren und producta Viel süglicher zu Verschleißten Vermögen, mithin die nahrung und geld-zufluß in dießen Königl. Städten gegen der Von Höheren Standes-Personen fast gänzlich entblößen und potiori ex parte auß armen termahlen größten theils weiter ihr tägliches Brod erschwingenden Tuchfabrilanten bestehenden Stadt Iglau nachhast stärker zu seyn am Tage liget. Deß solchemnach zu wünschen wäre, womit auß Vorsehelt bis hieher respectu Iglau in numero Caminorum unterwaltende prägravirungs-umstände bey Vorgehender Steuer-Rectification zu einiger Sublevirung dießer Stadt pro bono et aequo fürgebacht würde.

Die hiesige bürgerliche Nahrungs-Umstände befinden sich
wie folgt.

Primo: hat zwar Iglau Vorhin in der Handlschafft und zwar meistens Theils in Tuch- und Well-handl zimlicher maßen floriret, und mit denen landes-Fürstlichen Regimentern in abnehmung deren munder-Sorten nicht geringe negotia geführt; Es ist solchen per Circulationem auch nicht nur anderen in das munderungs-werd einschlagenden Handwerdleren und professionisten hierdurch in ihrer nahrung ein nicht geringer geld-zufluß bewürdet sondern auch anderen bürgerlichen Handwerds-gewörbs- und Handelsleuten durch sügliche und genugsambe anbringung deren Consumptibilium und anderer zum täglichen Lebens-unterhalt benötigten erforderungen, maßen damahlen in Iglau lebiglich bey denen

billig gelassen, und geschüzet werden; jedoch hätten sie auch zu dem allgemeinen Mitleiden der Billigkeit nach zu konkurriren (Resk. 20. November 1668, Wesebrod S. 51).

Tuchmacher-meistern über fünff hundert gesellen in arbeit gestanden, sehr wohl ergangen, mithin haben auch diese ins gesamt damahlen ihre Camin-onera richtig prästiren können; Nachdem hingegen aber die Regimenten denen alhiefigen Tuch- und Mumburs-negotianten wegen übernommenen Mumburs-Sorten in denen Zahlungen nicht zugehalten, mithin nicht geringe geld-Summen schuldig verblieben, folglich ein- und anderer Negotiant Von dahero, und wegen anderen Contrahirten nachmahsten passiv-Schulden in eridam Verfallen, theils auch eines und des anderen abgestorbenen Vermögensnegotianten Haabschaft unter mehrere hinterbliebene Erben zertheilet, nicht minder so wohl in alhiefiger nachbarschaft, als anderwärts auf dem Land Tuchmacher-Werkstätte zahlreich errichtet worden, als ist es geschehen, daß, weiln ob defectum potentiorum in Iglau nicht mehr so wie Vorhin denen Regimenten hat creditiret werden können, hingegen aber der auf dem Land befindliche Tuch-Fabrikant die natural-producta selbst erzüget, oder wohlfeiller einschaffet, mithin auch das Tuch gegen den nicht den mindesten acker-Bau oder Vieh zu seiner Nahrungserleichterung besitzenden mithin theurerer Zehren müßenden Iglauer Tuch-Fabricanten in einen wohlfeileren Preys zu verschleissen vermag, die Regimenten mit abnehmung deren mumburs-Sorten sich zu dem auf dem Land befindlichen Tuch-Fabrikanten gewendet haben, und daß folglich Von denen Vorhin in Iglau mit genugsamer arbeit versehen gewesen Vier hundert etlich und Sechzig Tuch-Fabricanten nicht mehr zwei hundert übrig so ihre nahrung und diese sehr schlecht treiben.

Es ist dahero demahlen der mehrste Theil der *potiorem partem Civium constitutenden*, obwohl in der unten annectirten Fassion *indistincte* ohne Beschreibung des armuthstandes angesehenen Iglauer Tuchmacherschaft nebst anderen professionisten ob *defectum negotij et circulationis* so erarmet: daß Selbst aus abgang der arbeit keine gesellen, minder einige dienstbothen beibehalten können, wohl aber ist der erarmte Tuchmachermeister bey dem noch einige arbeit habenden Mit-meister als gesell zu arbeitthen, bemüßiget. Es seyn auch diese Tuchmacher theils ihre eigene Kinder, welchen Sie den nur höchst nöthigen Lebens-unterhalt zu geben nicht vermögen, in die frembde zu verschicken necessitiret; Und diese wegen Cessirenden Handl und wandl entspringende armuth extendiret sich ob *defectum* der gelbes-Circulation auch unter andere negotianten solcher gestalten, daß ein nicht geringer Theil derenelben ihre Von dahero auß ermangelung deren Kauffen in pretio nachmahst devalivirte Häuser, deren fast zwey Theil außer deren, mit dem Jure der Tuchscherer- oder Becken-werkstatt realiter afficirten, umb die Helffte des Kauffschillings zu verkaufen seyn, weder in *Sartis tectis* erhalten können, wohl aber theils ihre mobilien-Haabseligkeiten zu entrichtung deren Camin-onorum zu Veräußern einige auch ihre Häuser ob *persensa onera Caminorum* zu haben gemeiner Stadt in *Solutum* abzutreten, nicht minder denen *Creditoribus via executionis* zu überlassen-gleichfalls die Tücher- und manufacturen, umb nur zu friestung des Lebens baares geld überkommen zu mögen, umb die Helffte des preyses zu verschleissen, oder pfandweiß zu versehen bemüßiget, auch einige ihre Versterbende weiber oder Kinder zur Erben bestatten zu lassen nicht in stand, sondern den erbarmuß würbigen Bettel-staß zu ergreifen nothgezwungen seyn. ja wohl gar künfftig, wann der armuth stand noch weiter über hand nehmen sollte, sich Von Iglau wegbegeben, die Häuser bed stehen, mithin diese *ad radera* Verfallen lassen dürften. Wie dann auch demahlen lediglich die nach den Paul Rismögl seel. hinterbliebene Wittib den Tuch- und Woll-handl und zwar, weiln die mumbirung deren Landes Fürstlichen Regimenten fast totaliter ermangelt, außer Land exerciret, welches *negotium* jedoch *a proportione* deren in Iglau noch arbeitenden in circa zwey hundert Tuch-Fabricanten, Viel zu

Wiederholt sprach der Kaiser aus, daß „denen höheren Ständen nicht das *jus collectandi respectu* der f. Städte, sondern nur *respectu* der Unterthanen gebühre“ (Resk. 15. März 1669, Befehrb. S. 52).

schwach, dießen nur den erforderlichen Lebens unterhalt zu Verschaffen, und obwohlen zwar wider alles dießes opponiret werden könnte, daß, wann die Landes - Fürstliche Regimenter wiederumb in dieße Erbländer revertiren, auch das *negotium* des Tuchhandels an dieße hinwiderumben zu Floriren anfangen würde. So ist jedannoch auch dießes *oppositum* umb so weniger Von einer gültigkeit, als die löbliche Regimenter gar selten die mundurs-Sorten, ohne ihnen Hieran nahmhaffte *quanta* zu accreditiren, übernehmen, wohingegen dergleichen in Iglau außer Vorkemelter Rismöglischen wittib sich nicht ein einziger das Tuch auf credit geben mögender *negotiant* befindet.

So seynd auch die mundurs - Sorten Von denen aufm Land in Obrigkeitlichen Städten befindlichen Tuch- und anderen Hircinschlagenden immer mehr und mehr zunehmenden Fabrikanten auß obangeführten ursachen jedertweil wohlfeiler hingegen in *qualitate* Viel schlechter als die Iglaner Tuch - Sorten und *manufacturen* zu überkommen, dahero dann auch die in alhieße Erbländer kommende Regimenter sich gewißlich lieber denen auf den Land wohlfeiler *credito* überkommenen mundurs-Sorten bedienen werden. Worzu auch noch dießes stoßet, daß von denen böhmischen Herrn Ständen *occasione* des allergnädigst Stabilirten neuen Militar Systematis auch der Antrag dahin geschehen: daß die in ein jedes Land nach diesfälligen Systemate zu beqvartiren kommende Regimenter auch in die. sem Land die mundirungs - Sorten abnehmen sollen. Daun nun vermög eines gleichen *respectu* Mähren allergnädigst Stabilirten Systematis auf das Marggraffthumb Mähren fünf Regimenter eingetheilet worden, und da dieße allein in dießen Land die mundurs-Sorten erlaufen solten; Alß ist abzunehmen wie groß das mundirungs *negotium* künfftig für die in Iglau, auch auf dem Land so zahlreich befindlichen Tuchmacher sich werde ergeben, mithin umb wie Viel dieße weiterhin *ad meliorem frugem* kommen würden, und folgl. in wie weith man auf dieße bey Vorgehender *rectificirung* in *taxando* eine *reflexion* würde machen können. Übrigens befinden sich in Iglau noch Vier oder fünf *Specerey*-handlere, welche man aber nicht so wohl Kauff- oder Handels-leuthe, wohl aber besser Cräm-lere nennen kann, weilen dieße die *Specerey*-waaren nicht *à drittura* Verschreiben, sondern fast all- und jedes an denen Brünner Märkten ihnen einschaffen, auch lediglich den Verschleiß in der Stadt *à la minuta* exerciren. In wein wird von denen *particularibus* gar kein Handel getrieben, weilen der wein-Schand, wie eingangs erwehnet worden, *privative* dem gemeinen weissen zustehet, sondern der einen wein zu seinem Trund in die Stadt einführen will, muß zu folge der Von Einer Hoch Löblich - Kayßer - Königlischen hier in loco gewesten oeconomie-Einrichtungs-Commission beschehenen anordnung Von Emmer zu henden gemeiner Stadt einen gulden bezahlen.

Secundo: Belangenb die handwerks- und andere gewörbe, wie dieße nembl. beschaffen. Dießer *passus* ergiebet sich auß deme, so *ad passum primum* angeführt worden: daß nembl. ob defectum des Tuch- und woll-Handels per *circulationem* auch *respectu* anderer gewörbs- und handwerks-leuthen in der nahrung ein nahmhaffter abbruch sich heruorthue. Zu dießes *passus* besserer erklärung hat man *respectu* deren Iglaner Bier-Verleger- oder vulgo Melker-häuseren folgendes anzumerken für höchst nöthig erachtet: daß deren in der Zahl 120, und auß dießen einige in gebäu besser, einige schlechter, einige aber gar gering befindlich; die besser, außer etwa Vier, werfen an Jährlichen Zünß ein mehreres nicht ab als in circa 20- oder höchstens 30 fl. die mittlere beiläufig die Helffte,

Später beschwerten sich die l. Städte bei dem Kaiser wider die von den obern Ständen verwilligte Fleisch-*Accise* und wider die Contributionart nach der *Franksteuer*¹⁾ als ihnen allzu beschwerlich. Der Kaiser fand nach genügender Erwägung nicht, daß die l. Städte wider dasjenige, was die obern

die schlechten aber nicht über 6, 7 bis 8 fl. und daß folglich diese von daher in *recusando* nicht durchgehends gleich angesehen werden könnten. Wie dann auch Viele häufiger beständig, so gar nicht zu einnehmung einiger Zinsen *cellen* adaptiret, mithin gar keinen nutzen abwerffen. Das Bier-gebräu, nachdem ob *defectum negotij* der Burgersmann oberwehnter maßen fast durchgehends erarmet, folglich auch gegen Vorhin an Bier weniger consumiret, kommt nach der hier eingeführten ordnung, auf denen 120 Bier-Verleger-häuseren in circa gegen einen Jahr auf ein Haus nur einmahl, das Körn muß, weilen Iglau im gebürg *Situiret*, meistens theils von aubermehrs, als Trebitsch, und Jarmeritz gegen Bier auch fünf Meiß her zugeführt werden, und kommet wegen der zufuhr dann auch theils wegen der böhmigen granit-Zoll-Mauth der Mehren gegen den flachen Land allzeit beiläufig um 15 kr. höher zu stehen. So müssen auch von denen bürgerlichen Bier-Verlegern jährlich 500 fl. zusammen getragen, und diese *ad cassam communem Civitatis ex eo* abgeführt werden, weilen man von seithen der Bier-Verlegerschaft durch jährliche Erlegung dieses Geld-quantis *redimiret* hat, daß in Iglau von seithen gemeiner Stadt ein Bräu-haus auf denen Stadtgüthern nicht errichtet worden; und da nun gleich angeführter maßen das gebräu der ordnung nach auf ein Bier-Verleger gegen ein Jahr nur einmal kommet, von einem gebräu nebst anderen neben erkaffung des Körns Hopfen, und des im preß merklich gestiegenen Holzes erforderlichen nahmbafften aufgaaben, auch der landes fürstliche Bier-Tag dormalen von 22 $\frac{1}{4}$ Baß auf einmahl breuenden Biers mit 1 gulden von Baß entrichtet werden muß, mithin das *flahre lucrum* von einem gebräu *de notorio* ein mehrers nicht als *pro differentia* des in Preß steigenden oder fallenden materials in circa etliche Sechzig gulden betraget; Als überlasset man es Eines jeden Beurtheilung ob die meisten theils lediglich von Bier-gebräu-nutzen lebende, und von diesem lucro das Haus in *Sartis lectis* conserviren, dann die *onera publica* prästiren auch das Interesse von denen auf deren mehrsten diesfälligen häuseren haftenden Creditis bezahlen müßende Iglauer Bier-Verleger mit weib und Kindern nicht viel schlechter als einzelne tägliche 10 oder 12 kr. Verdienender Tag-löhner ihren lebens-unterhalt durchbringen müssen, und noch schlechter leben würden, wann der armuth-stand bey den bürgerlichen Bier-Consumenten noch stärker einreißen, mithin das Bier-gebräu noch spätter auf ein Bier-Verleger-individuum kommen sollte, und ob nicht endlich, da nicht bessere nahrungs-Zeiten erfolgen sollten, *cessante circulatione* nebst der Tuchmacher-meisterschaft, die meisten übrigen gewerbschaften, mithin auch die Bier-Verleger den Bettl-staub ergreifen und sich von Iglau wegbegeben müßten, Maßen auch von diesen Bier-Verleger-häuseren gegen die helffte zu Verlauffen, wann nur käuffer aufzufinden wären, die solche übernehmen wolten.

Tertio: über die frage: ob der *Situs* des orths an einer haupt- oder sonstigen guten Straßen, oder hingegen sehr abseiths zu antworten: So ligt Iglau an der auß boheimb gehenden Wiener Land-straßen, und fließet der wenige nutzen diesfalls lediglich zu denen so in- als vor der Stadt an dieser Straßen erbauten Wirthshäuseren;

Ad Quartum: Wie viel wochen- und Jahr-Märkte? und ob selbte stark frequen-tiret werden? da werden in Iglau jährlich vier Jahr-Märkte, zu welchen jedoch kein Viehe gebracht wird, gehalten, und diese werden mit nichten von einigen ausländischen Kaufleuten, sondern nur von denen inländischen Krämlern und einigen wenigen Juden

Stände bei der Accise und Tranststeuer nach des Kaisers Absicht mittelst des Landtagschlusses verwilligt haben, einige Reclamation mit Fug sich anzumassen haben. Und da dem k. Dienste wie dem gemeinen Wesen merklich daran gelegen, daß die Landtagschlüsse unverbrüchlich (*inconoussae*) erhalten und durch den Widerspruch des einen oder andern Standes nicht gekränkt werden, ließ der Kaiser dies den k. Städten durch den Landesunterkämmerer bedeuten und dieselben ermahnen, daß sie sich, nachdem sie nicht einzeln (*sigillatim*), sondern collectiv der Standesgerechtigkeit in Rähren fähig und daher demjenigen, was durch die obern Stände in Gestalt einer durchgehenden Verwilligung, den k. Postulaten gemäß, verwilligt und geschlossen wird, zu widersprechen nicht befugt seien, ihrer Schuldigkeit diesfalls bequemen und was die obern Stände, nach Gelegenheit der beschwerlichen Kriegsläufe und Conjunctionen, über sich gehen lassen müssen, gleich so wohl ertragen. Sie sollen nicht nur die Ausstände an den früheren Kontributions-Verwilligungen, sondern auch die laufende Gebühr unweigerlich abstatten und künftig bei ihm (Kaiser) fernere Beschwerden in dieser Diätal-Angelegenheit nicht anbringen, noch auch in dergleichen eine Absendung zum k. k. Hofstaate ohne Vorwissen und Verwilligung des Landesunterkämmerers mehr vornehmen, übrigens mit den treu-

Frequentiret, es ist auch in diesen Jahr-märkten, welche jedesmahl nur einen Tag, und in diesen Von Ein bis Vier Uhr nachmittag dauern, anderes nichts zu bekommen, als was man täglich Von denen Iglaner Rauffleuthen zu erlauffen Vermag. Der Wochenmarkt aber wird einmahl die Wochen, und zwar an Donnerstag gehalten, und auf diesen einige Von denen um die Stadt befindlichen dorffschafften zu bringende Körner, dann Mehl, grüßleren nebst anderen Consumptibilien Verlauffet.

Quinto: Belangend den Zuwachs in der nahrung Von Wohlfahrten, Gymnasys Schüler und dergleichen befinden sich in Iglau bey denen P. P. Jesuitis die humaniora und in diesen durchgehends: 150 Studenten, so doch mehrsten theils Iglauer Stadt-Kinder, und Fundatisten, und die wenigsten so Von anderstwo ad Studia hieher kommen, und durch die Kost-nehmung einem und anderen Bürgers-mann einen nutzen zu bringen selten; Wie dann auch die Wallfahrth zu den Schmerzhafften-Mutter-Gottes-Bild in alhiefige Stadt-Pfarr-Kirchen nur zweymahl des Jahrs beschiehet, und in diesen mehrsten Bauers-leuth, so ihr stückl Brod auf den rücken mittragen, und sich theils mit wasser, die wenigste aber mit Bier den durst löschen, befindlich. Und wie nun:

Sexto: der nahrungs-zustand bey der Iglaner Bürgerschaft obbeschriebener maßen sehr schlecht bestellet. So besitzen auch die wenigste, welches die unten annectirte Fassionen bezeugen werden, einige äder, welche dießer orthten durchgehends so schlecht, daß kein Weizen angebauet wird, folglichen dieße durchgehends gar wohl als selber ultimas classis angesehen werden mögen.

¹⁾ Nach der vom Landschafts-Buchhalter Adam Doreß verfaßten Specification der Accisen oder Tranststeuer, über welche die königlichen Städte in A. 1665 accordirt, hatten dieselben auf das Jahr 1673 die Schuldigkeit der zwei Drittel zu entrichten: Olmütz mit 1233 fl. 20 kr., Neustadt 633 fl. 20 kr., Brunn 1660 fl., Znaim 753 fl. 5¹/₂ kr., Iglau 1476 fl. 24 kr., Grabisch 189 fl. 26 kr. und Gapa 69 fl. 56¹/₂ kr. zus. 6,015 fl. 32 kr.

gehorsamsten Ständen alles guten Vernehmens und comportaments in oneribus publicis sich befeissen (Resk. 31. Juli 1675).

Der Kaiser ließ aber auch den drei obern Ständen bedeuten, und bey ihnen darob zu seyn, womit den königlichen Städten weder in modo collectandi, noch mit Einziehung in die Lähnen ihrer Bürgergrundstücke, mithin in modo contribuendi, noch sonst wider ihre Standesfreyheit, und Gerechtigkeit, was Präjudizirliches zugezogen, sondern womit sie Städte bei dem Rezeß de Anno 1668 ohne Irrung oder Eintrag erhalten werden (Resk. 10. Februar 1677, Befehrod S. 59).

Auch befahl der Kaiser, bei den obern drei Ständen mit Nachdruck darob zu seyn, ein Mittel zu erfinden, womit den den königl. Städten aufgetragenen disproportionirten Auflagen nach den Raminen abgeholfen würde, indem Ihro Majestät daran gelegen, womit die königl. Städte, nebst den treuehorsaamsten Ständen, konserviret und erhalten würden (Resk. 24. März 1684, Befehrod S. 64).

Auch wurde verordnet, es solle das, was die königlichen Städte von wegen des Stadt- und Burgschosses in Contributionibus ausständig sind, nicht per Executionem militarem, sondern mittelst der Sequestration der Stadt allgemeinen Einkünfte eingetrieben werden (Resk. 1. Dezember 1716, Befehrod S. 148).

Welche geringschätzige Behandlung die k. Städte bei den Landtagen und ständischen Zusammenkünften erfuhren, zeigt das folgende Reskript Kaiser Joseph I. an das k. mähr. Tribunal: Liebe getreue; Wir Verhalten Euch gnädigst nicht, was gestalten Bey Uns Unßere gesambte Königl. Städte in Unßerm Erb Marggraffthumb Mähren Verschiedentlich allerunterthänigst Bewögligh Remonstriret, mit was Unbequemlichkeith selbte von mehreren Jahrenhero Bey Denen allgemeinen Landtügen, und allda oft durch mehrere Stunden, währendder Diatal-Sessionen, Denenselben Stehender Beywohnen, sonst aber Bey Denen Landtags-propositionen, und publicationen, die Hefftigere Andringung Derer Herrschaftlichen Bedienten, undt gemeinen Volckes, nicht ohne Beschimpfung Deren gleichwohlen Den Vierten standt Constituirenden Königlichen Städte Deputirten, Erbulden müßten, mit Allerunterthänigster Bitte, Wir geruheten Sie Von Dem Biesherigen Last Der stehenden Beywohnung solthaner Landtags-Sessionen, allergnädigst zu enthöben, und ad exemplum Unserer Landesfürstlichen Städte, Anderer Länder, Dahin zu begnaden, das selbte Intra Cancellos zu dem Sitz, als Mitstände, zugelassen werden möchten.

Nun haben Wir dieses Gesuch Deren Städte in Behörige reife Deliberation ziehen lassen, auch folglich selbst in gnädigster Erwögunge gehabt, mithin Unß Darauf nach Der sache Umbständiger überlegung, dahin in Gnaden Resolviret, Das Fürzohin Denen Abordneuden Deputirten Unserer Mährischen Königlichen Städte Der Sitz Bey Denen allgemeinen Landtügen, undt andern zusambenkünften Unserer Treu gehorsambsten Ständen, Jedoch zue Dep-

haltung des, zwischen Denen Treu Gehorsambsten Oberen Dreyen Ständen, dann dem Viren Standt der sambentlich Königlischen Städten in Statu publico et politico Billich Hergebrachten und Fernershin allerdingß zuerhalten kommenden unterschieds, nachfolgender Gestalten eingeraumbet seyn solle, daß Nemlich mehrbesagte Abgeordnete Derer Königlischen Städten Bey Denen Landtügen, außerhalb des Schrandens, wo Selbte Stes Daher Gestanden (Gestalten Der Ohrt inner Denen Schranden Bloß allein Für die Obere Stände Auß Uralten Herkommen gewidmet Bleibet) auff ein paar mit Tuch überzogenen Bändchen Ihren Sitz haben, undt solchen, wann Unßere Obere Treu gehorsambste Stände sich ins gesamt An ihren Stellen nieder gelassen, mithin Die Session Angehet, Daselbsten gleichfalls nehmen; Wann aber die Deputirte Ihr votum in der Landtstuben Curiatim Abzulegen haben, solches Allda Jedemahl stehender Verrichten; Bey Anderen, außer Der Landtstuben sich Eysßerenden Consessibus aber, wo der Burgerstandt mit zugezogen wirdt, zwar Ebenfalls, Jedoch zur obgedachten Billichen Unterscheidung auff Bloßen Stühlen zum Sitz Gelassen werden sollen:

Undt Damit Bey denen Landtags-propositionen undt publicationen sich das Volckh auff gemelte Deputirte nicht Andringe, so wirdt Unßer Königlischer Landeshaubtmann Veranstellen, Damit An dem ohrt Ihres Sitzes, ruckwehrtß ein Eysßerner haßen, oder Stangen (welcher Aufß- und zugethan werden möge, auch nach Beschaffenheit des ohrts Daßiger Landtstuben sich gar Füeglich schicken wirdt) Verfertiget, undt obigen inconuenienzien solchergestalten Vorgebogen werde; Welche Unßere Gnädigste Resolution Wir Euch als Gouverno, zur nachricht undt Bescheidung Derer Königl. Städte auch Behöriger Landtafflicher Vormerckung Gnädigst hiemit Anfüegen, Dir Unßerm Königlischen Landeshaubtmann aber anbey auch in Gnaden Anbefehlen wollen, Daß du Selbte auch Unßern Treugehorsambsten oberen Ständen wehrenden Landtags nachrichtlich Beybringen, und solche zu Behörigen Vollzueg Bringen sollest.

Hieran zc. Geben Wienn den 27. Januar 1711.

Damit hängt zusammen das folgende Reskript Karl VI. an den mähr. Landeshaubtmann:

Lieber getreuer. Wir haben auß deinen Unterthänigsten Bericht Von 8. dieses gnädigst Vernohmen, auß was Vrsachen die abgeordnete Unserer Königlischen Städten von der zu Unßern jüngsten Eintritt, in Unßer Erb-Marggrathumb Mähren, vnd dahero Beschehener Unterthänigster Bewillkommung ex gremio Unser Treu gehorsambsten drey Ständen Bestimmter Deputation außgeschlossen worden.

Wie nun aber Wir gnädigst anderst nicht finden, als das ermette Königlische Städte zu diesen actu Solemniori, per Deputatos mit zugelassen werden sollen.

Alß werdest du Ihnen Bedeuten, daß denenselben Diese Ihre Vorbey gegangene Exclubirung Unnaththellig seyn, auch Von Unsern Treu gehorsambsten Obern drey Ständten darauff fünfftig reflectiret werden solle.

Hieran ic. Wien den 17. Novembris 1712.

Besser gestellt waren die l. Städte in den ständischen Deputationen und dem seit 1686 errichteten mährisch-ständischen Landesausschusse, da jeder der vier Stände durch eine gleiche Zahl Deputirter vertreten war.

Diese Nicht- oder doch nur Schein-Vertretung des Bürgerstandes war weniger fühlbar, so lange das mehr und mehr herabgekommene Ständewesen ziemlich bedeutungslos sich darstellte, gab aber zur Zeit der gewaltigen Bewegung des Jahres 1848 um so mehr Anlaß, den unteren Ständen eine die Wirksamkeit der höheren alsbald überflügelnde Stellung zu gewinnen.

Das a. h. Reskript vom 15. März 1848 versprach die Konstituierung aller österr. Länder, jenes vom 18. März 1848 forderte von den mähr. Ständen Anträge, in welcher Art dem Bürgerstande ein ausgedehnterer Einfluß auf die ständischen Berathungen einzuräumen, wie die Municipal- und Gemeinde-Einrichtungen zeitgemäß umzugestalten und zu verbessern wären. Die außerordentliche Ständeverammlung, welche auf das Ansuchen mehrerer in Brünn anwesend gewesener Stände-Mitglieder mit Bewilligung des obersten Kanzlers auf den 30. März 1848 nach Brünn einberufen wurde, räumte gleich in ihrer ersten Sitzung jeder der 7 l. Städte eine Viril-Stimme, als dies jedoch nicht genügte, am 17. April 1848, in Vertretung des Gesamtbürgerstandes, provisorisch 30 Virilstimmen ein, nahm aber auch, zur Vertretung des gesammten Grundbesizes, am 31. März 1848 den Bauernstand und die nicht habilitirten Besitzer landständlicher Güter, endlich am 17. April 1848 auch die Landes-Universität Olmütz auf.

Die neue Zusammensetzung des mähr. Provinzial-Landtages nach diesen Prämissen wurde von den mähr. Ständen provisorisch, bis zur definitiven Konstituierung desselben, am 27. April 1848 angenommen und eben so vom Ministerium (Erlaß 10. Mai 1848) genehmigt. Die Stände wählten nach Ständeklassen und aus ihrer Mitte ein Comité — den großen Landtagsausschuß — von 24 Gliedern, welches die Wahlordnung und Wahl-Instruktion entwarf, sogleich kund machte und den vergrößert konstituirten prov. Landtag auf den 31. Mai 1848 einberief. Er umfaßte 253 Mitglieder, nämlich 55 landständische oder habilitirte Landgüter-Besitzer, einschließlich der Vertreter des städt. Groß-Grundbesizes (die übrigen Güterbesitzer, welchen allen, als solchen, das Recht zum Eintritte zustand, waren nicht erschienen), 82 gewählte Vertreter von Städten, 110 gewählte Vertreter der Wahlbezirke im Lande und 4 Vertreter der Olmüzer Universität. Der Landtag zog nach der Analogie eines Repräsentativkörpers fast alle Zweige der Gesetzgebung und Administration in den Kreis seiner Berathungen und vertagte sich in seiner letzten Sitzung vom 24. Jänner 1849

auf unbestimmte Zeit, nicht ohne Spuren seiner Wirksamkeit insbesondere mit Beziehung auf Brünn zurückzulassen. Dahin gehören die Beitragsleistung des Landes zur Zwittawa-Regulirung, welche einen Theil der brünner Vorstädte von fast jährlichen Ueberschwemmungen befreite und die Ausdehnung der Stadt in der Thalebene bedingte¹⁾, die Uebernahme von 120,000 fl. auf das Land zur Errichtung einer technischen Lehranstalt in Brünn, die Bewilligung von 2000 fl. jährlich für die mährische Geschichtsforschung, die Erklärung des Augartens und des Franzensberges als Nationaldenkmäler²⁾.

Der Landtag kam nicht wieder zusammen, da die neue Reichsverfassung vom 4. März 1849 (Reichsgesetzblatt S. 148 ff.) und die Landesverfassung Mährens vom 30. Dezember 1849 (eb. 1850 S. 181 ff.) eine andere Organisation aussprachen, die a. h. Entschl. vom 31. Dezember 1851 (eb. 1852 S. 25 — 31) beide aber außer Wirksamkeit setzte und eine neue Einrichtung bevorsteht. Die Vertretung des Bürgerstandes im Landesausschusse hörte mit dessen Bildung aus den vom Landtage ohne Rücksicht auf Ständeunterschied gewählten Mitgliedern auf.

Berichtigungen und Nachträge:

Zur S. 358 soll die Aufschrift heißen: Die Schöffen. Der Stadtrath. Der Gemeinde-Ausschuß. Die Rechtsquellen. Die Stadtrechte in Mähren und Schlessen. Die Schöffensprüche, Rechtsbelehrungen und Oberhöfe. Das fremde Recht. Das neue Strafrecht. Das Appellationsgericht. Allgemeines Stadtrecht.

¹⁾ Schriften der histor. Sektion 8. Bd. S. 294 ff.

²⁾ Mährisches Landtagsblatt, Brünn 1849, 4. Die Agenda des m. fl. L. Ausschusses von Wieser, Brünn 1860.

Es gehört zu den angenehmen Erinnerungen meines Lebens, daß ich, als einer der Deputirten von Brünn, zu diesen denkwürdigen Beschlüssen mein Schürflein beigetragen (S. das mähr. Landtagsblatt, S. 133, 751, 752, 781). Besonders berührt Brünn der merkwürdige Beschluß (eb. S. 751) wegen des Augartens und Franzensberges, welche Manche aufgeben oder wohl gar zur Unterstützung der Armen benützen wollten.

Wir werden später auf denselben zurückkommen.

Zur S. 360 ff. und 372. In Br ü n n kommen urkundlich vor im Jahre 1307 (Codex dip. Mor. VI. 9) Consules et vniversi Ciues de Brunna, 1315: Judex, Jurati ac Comunitas Ciuium Brunensium (eb. 62), 1331 (eb. 328) unus ex Consulibus nostre Ciuitatis, 1340 (eb. VII. 214) Judex, consules et scabini, magister consulum, qui pro tempore fuerit, 1344 (eb. 420) Nicolaus Tyrmanni Magister ciuium et Jurati Brunenses moderni nec non preteriti, 1345 (eb. 443) Judex, Magister Ciuium et Jurati Brunnenses, 1348 (eb. 549) Judex, Jurati et vniversi Ciues, 1348 (eb. 554) Jurati, Consules et Communitas Ciuium et Ciuitatis, 1348 (eb. 588) Judex, Magister Ciuium, Jurati Brunnenses.

In Znaim erscheint schon (1810 eb. VI. 30) neben dem Richter auch ein Bürgermeister: Fridericus Judex, Hermanus Biehanus, Magister Ciuium, dann Jurati Ciuit. Znoym., 1307 (eb. 9) nur Judex, Jurati et vniversi Ciues, 1320 (eb. 132) Petermannus Judex, Burcho Magister Ciuium und Scabini (wegen Richter-Wahl S. unten), 1337 (eb. VII. 105) zu den Zeiten Bürgermeister und zu den Zeiten Richter zu Znoym, 1338 (151) Judex et Jurati siue consilium dicte ciuitatis, 1339 (eb. 166) Albertus tunc temporis Judex et Nicolaus Albus magister Ciuium et Jurati nec non tota Communitas Ciuium in Znoyma, 1341 (eb. 230) tunc temporis Judex, magister ciuium, jurati et tota vniversitas ciuium.

In Troppau 1311: Judex, Scabini atque Universitas Civil. Oppav. (eb. VI. 36), 1349 (eb. VII. 670) Petrus dudum aduocatus Tessinensis, rector et dominus castri Landek donauit XII. marias redditus de aduocalia Oppauensi . . . hospitali S. Nicolai pre foribus ciuitatis Oppau.

In Grabisch 1312 Judex, Jurati ac vniuersitas Ciuium de Redisch (eb. VI. 48).

In Iglau 1318 der Richter und ander geschworne (eb. VI. 99), 1322 (eb. 151) Judex et Jurati et Ciues in Iгла, 1336 und 1345 (eb. VII. 81 und 435) Judex, magister Ciuium ceterique Jurati Iglau, 1347 (eb. 545) Judex, Magister Ciuium et Consules et vniversi Ciues, 1348 (eb. 547) magister Ciuium ceterique Jurati.

In Olmütz 1314: aduocatus, consules, scabini et vniuersitas ciuium de Olomuncz (eb. VI. 57), 1317 und 1326 (eb. 94 und 234) Aduocatus et jurati, 1321 (eb. 147) aduocatus, consules et scabini, iurati ciues in Olomuncz, 1329 (eb. 290) advocatus, consules, scabini Olom.

In Trebitz 1335 (eb. VII. 59) Judex, Consilium et Communitas hominum in Trebicz, ebenso in Jamniz 1335 (eb. VII. 74), dessen Richter Heinrich Markgraf Karl 1340 gestattet, sein Erbgericht zu verkaufen, verpfänden, vermachen (eb. 205).

Zur S. 498: König Heinrich verlieh 1307 (Codex VI. 10) den Bürgern und der Stadt Znaim die nämlichen Rechte, Gnaden und Freiheiten, welche er den Bürgern und der Stadt Prag zugestanden, und bewilligte den Bürgern

von Znaim, jährlich einen tauglichen Richter nach dem Wohlgefallen der Stadtgemeinde oder doch des größeren Theils zu wählen, welcher die jährlichen Einkünfte des Gerichtes genießen soll. König Johann schenkte aber 1336 das Stadtgericht, ohne die Maut, jedoch mit allen Rechten und Genüssen nebst der Gerichtsbarkeit dem Kloster Brud (eb. VII. 83), wogegen Karl IV. 1349 die Bürger von jeder fremden Gerichtsbarkeit befreite und Markgraf Johann 1360 der Stadt eine ganz unabhängige Strafgerichtsbarkeit an Leib und Leben durch ihre Richter und Schöppen verlieh (Bolny III. 57).

Da von allen Bergwerken, welchen Metalls immer im ganzen Königreiche Böhmen in zweifelhaften Urtheils-Fällen um Belehrung in Jglau angesucht wird, soll dieß auch nach des Markgrafen Carl Ausspruch von 1345 bei jenen Bergwerken der Fall sein, welche im Umkreise von 4 Meilen gegen Mähren aufgefunden werden (Codex dipl. Mor. VII. 451).

1595 wurde der Magister Mathias Fetauer zu einem Advokaten (Procurator) bei gemeiner Stadt Jglau aufgenommen; vor ihm waren es Melchior Colerus und Tobias Miliz (Leupold's Chronik S. 192). 1599 wurde Christian Nagl, 1604 Magister Andreas Jauner zum Advokaten (Procurator) in Jglau mit Bestallung aufgenommen (eb. S. 198 und 223).

1580 war Stephan Rigelius von Lehenthal, der Stadt Olmütz Advokat (Meine Gesch. d. Buchdr. S. 41).

Einen besonderen Namen erwarb Samuel Radeschinsky von Radeschowitz, in Prag und Heidelberg gebildet, da 1591 J. U. D., gekrönter Dichter, öffentlicher Advokat in Mähren und Schlesien (*publicus provincialium curiarum March. Mor. et Duc. Silesiae advocatus*), Herr auf Radeschin, Mittrow, Rothmühl, Rožinka, gestorben 1609 als kais. Rath und Kammerprocurator in Mähren.

Zur S. 377 ff. Wir theilen (aus dem brünner Wochenblatte 1824 Nr. 5) die Nachricht über die frühere Verfassung des olmüßer Stadtmagistrates (angeblich aus der Epoche Carl IV.) mit, obwohl sie von Unrichtigkeiten nicht frei ist. Nachdem unrichtig angegeben worden, daß 1291 zuerst des Bürgermeisters und Rathes gedacht werde (S. S. 573), heißt es weiter: Später kommen vier Bürgermeister, und drei abgesonderte Rathversammlungen vor.

Diese drei Rathversammlungen bestanden:

1) Aus dem sitzenden Rathe unter vier Bürgermeistern, von welchen jeder abwechselnd durch drei Monate das Amt führte, und aus 11 Schöppen. Dieser Senat verwaltete die Civil- und Criminalgerichtsbarkeit, die Stadt- und Landpolizei, auf denen der Stadt unterthänigen Dörfern ohne Rücksicht allein, ergänzte sich durch eigene Wahl aus der angesehnen Bürgererschaft zum Stadtschreiber, Syndikus, wurde ein Baccalaureus Juris von Jglau (?) verschrieben, welcher auch zu Landtagen abgeschickt zu werden pflegte. Die getroffene Wahl wurde durch den Landesunterkämmerer bestätigt, welcher hielt seine Berathschlagungen sitzend.

2) Aus dem stehenden Rathe. Dieser zählte 24 Glieder, gewählt aus der gesammten Bürgerschaft, das ist: Kaufleuten, Weinherren und den zwei ältesten aus jeder Zunft. Dieser Rath erstattete seine Aeußerungen und Vorträge stehend durch einen aus seiner Mitte gewählten Redner, nachdem ihm der Zutritt von dem sitzenden Rathe gestattet war. Er ergänzte sich alle Jahre durch neue 12 Glieder, indem eben so viele austraten. Von diesem Rathe mußten alle politische und ökonomische Verfügungen gut geheissen werden, bevor sie in Ausübung kommen konnten, ihm wurden nicht selten selbst Justiz-Gegenstände zur Annahme vorgelegt.

3) Der Rath der Alten bestand aus jenen 12 Gliedern des stehenden Rathes, welche das letzte Jahr ausgetreten waren.

Diese mußten in wichtigen Fällen, vorzüglich bei dem Kaufe, Verkaufe, oder beim Vertausche liegender Gründe zugezogen werden.

Die Aufsicht über die städtischen Mühlen und ihren Ertrag führte ein Schöppe aus dem sitzenden Rathe, ein Mitglied aus dem Rathe der Alten, und vier Bürger aus der Gemeinde. Für ihre Bemühung waren die Müller verbunden: dem Ersten 2 Stück Schwarzwieh, 6 Metzen Mehl und 20 Gulden am Gelde; dem Zweiten 2 Stück Schwarzwieh, 6 Metzen Mehl und 10 Gulden am Gelde; den vier Bürgern jedem ein Stück Schwarzwieh und drei Metzen Mehl jährlich zu geben.

Die Uebersicht der Landgüter wurde durch zwei Mitglieder aus dem sitzenden, zwei aus dem Rathe der Alten, und einen Schreiber besorgt; ersteren waren zwei Pferde zum Fahren, das Futter, der Hufschlag und jedem jährlich 35 Gulden (der Gulden zu 30 Groschen); letzterem jedem ein Reitpferd und 30 Gulden angewiesen; der Schreiber aber hatte wöchentlich 14 Groschen für sich, für sein Reitpferd aber wöchentlich drei Metzen Hafer, und das nöthige Heu bewilligt. Diese Güterverwalter mußten jedoch nach zwei Jahren abgeändert werden. — Die Verordnungen, welche man von Zeit zu Zeit auszufertigen für nöthig fand, wurden von dem sitzenden Rathe dem stehenden vorgetragen, von diesem die Kaufleute, Weinherren, und die Ältesten jeder Zunft, welche die Gesammtheit der Bürgerschaft vorstellten, darüber gefragt, und nach ihrem Beschlusse in Ausübung gebracht.

Die Resultate hievon sind die alten Mautordnungen, die Feuerlöschordnung, Pestordnung, die Zunftartikel für Tuchmacher, Weber, Schuhmacher, Rupferschmiede und Sattler; die Preise-Bestimmungen auf Fleisch, Brod und Mehl, für Brauer, Metzger, Tischler und Schnitter; die Verordnung, nach welcher jeder Bürger verpflichtet war ein Testament zu machen. Der Uebertreter mußte es sich gefallen lassen, daß noch vor seinem Absterben sein ganzes Vermögen beschrieben, dasselbe nach seinem Tode der Witwe anvertraut wurde, bei ihrer zweiten Ehe aber ganz an die Kinder erster Ehe fiel. — Aus diesen Beschlüssen floß die Verordnung, vermöge welcher kein Jude in der Stadt gelassen werden durfte, außer er war vor

Gericht geladen; und der Auftrag an die Aerzte; sich nicht zu den Edelleuten auf das Land zu begeben, damit diese in der Stadt sich pflegen, und die nöthigen Arzneien da gebrauchen müssen.

Von dem Urtheile des sitzenden Rathes wurde bis gegen das Ende des 16. Jahrhunderts an den breßlauer Magistrat appellirt, und die Bürgerschaft niemals in den Rathssaal gelassen, sondern derselben königliche Befehle und Landtagschlüsse von dem Balkon des Rathhauses bekannt gemacht. Züchtigungen und andere Vergehen der Bürgerschaft bestanden in Geldstrafen, Ritzen, bußen und Gefängniß.

Der Bürgerschaft war vorgeschrieben:

- 1) Die königl. Steuern oder Kammingnse zu zahlen.
- 2) Die vom Lande berechneten Beiträge: Gildpferd ¹⁾ genannt zu entrichten. — Gewöhnlich pflegte die Stadt mit 7½ Gildpferd und mit 4 Gulden von 10 Bauern berechnet zu werden.
- 3) Die Vertheidigung und Bewachung der Stadt, welche Dienste entweder persönlich geleistet, oder hiefür bestimmte Wachgelber für eine Anzahl stehender Mannschaft bezahlt werden mußten.
- 4) Das Beschaffen und Erhalten der Waffen und der nöthigen Munition.
- 5) Die Errichtung und Erhaltung der Festungswerke, des Stadtplasters, der Wasserleitungen u. s. w.

Der Bedarf zu den ersten drei Gegenständen wurde von allen Hauseigenthümern und nicht angesessenen Bewohnern, von den ersteren nach der Schätzung ihrer Gründe, von den letzteren nach dem Verhältnisse ihres Erwerbes, dann von dem Aufschlage auf Biergebräue eingehoben; die übrigen Auslagen von dem Ertrage der Landgüter, des Maut- und Brückengeldes bestritten.

Der sitzende Rath bezog nebst den Strafgeldern, Urtheils- und Gerichtsgebühren, dem Bürgerrechts- und Urlaubsgelde, der weißen Mark- und dem Balischgelde von den Unterthanen, die Zinse von dem zu seinem Unterhalt durch die Bürger: Klement Schabauer, Magdalena Hesters, Dorothea Fulgrab und Margaretha Hesty gestifteten 850 Mark; — von den Bögten jeder alle drei Monate statt dem, vordem abgereichten Mehle — 7 fl., und eben so viel aus dem Bauamte.

Das unbestimmte Einkommen, worunter auch alles Wildpret, der Hühner- und Eierzins zu rechnen war, wurde in drei gleiche Theile des Jahrs zwei Mal getheilt. Wovon ein Theil den vier Bürgermeistern, die übrigen zwei Theile aber allen elf Schöppen zukamen. Ueberdies hatten die Bürgermeister noch insbesondere das Weinsaggeld; jeder zwei Fuder Heu, 6 Klafter Brennholz; am Martinstage vier Windlichter, und das Neujahrs Geschenk von Bädern, Fleischern und Apothekern.

¹⁾ Ein Gildpferd machte den Betrag von 120 fl.

Diese Verfassung dauerte bis zum Jahre 1620, wo veränderte Umstände eine neue Organisation veranlaßten.

1746 bestand der mit freier Wahl besonders privilegirte olmüzer Stadtmagistrat aus 1 Primator, 1 Stadtrichter, jährlich wechselnd, und 11 Rathsherrn, welche, mit dem Primator, wechselweise alle 3 Wochen das Bürgermeisterramt verwalteten. Die ältesten 4 waren Stadt-Hauptleute, welche die in 4 Compagnien eingetheilte Bürgerschaft (S. über das olmüzer Bürgercorps das Notizenblatt der hist. Sect. 1860 Nr. 3 u. 8) und die, seit 1726 angestellte, in 91 Köpfen bestandene wohl mundirte Stadt-Garde kommandirten. Vor einigen wenigen Jahren war dem k. Kreishauptmanne für den Fall der Abwesenheit stets einer vom Magistrate als Vice-Kreishauptmann substituirte. Dem Rathe saß der von Seiner Majestät unmittelbar angeordnete k. Richter als k. Anwalt und Stadt-Fiskus bei, welcher in Abwesenheit des Stadtkommandanten die Stadtschlüssel zu verwahren hatte, mithin alsdann als Vicekommandant anzusehen war (Laupky's handschriftl. Beschreibung von Olmütz, 1746).

Der znaimer Stadtrath hatte im Jahre 1856 in ordine Senatorio Jurato 12 Rathsglieder, darunter 1 Senior und 1 zur Zeit Bürgermeister (Consul), in veteri Ordine Senatorio auch 12, darunter 1 Senior, dann 1 geschworener Richter, 1 Syndikus (von den Rathsgliedern war 1 Subscriba) und 2 Kanzlisten (Znaim's Volksfest am 23. und 24. Sept. 1833).

Zur S. 499 und 530. Tomaschek beschreibt in der (eben in den Sitz. Berichten der wiener Acad. der Wiss. 24. B. S. 58 — 94 erschienenen) Abhandlung über zwei Rechtsgutachten der wiener Universität einen aus Voček's Sammlung in jene des mähr. Landesarchivs übergegangenen Codex, welcher um 1500 angelegt wurde, Eidesformeln, bei dem iglauer Berggerichte von 1515—1577 angesuchte Ruthungen, eine böhm. Uebersetzung der constitutiones metallicae Wenzel II. vom iglauer Notar Alexandrinus, dem Sohne des Severinus, von 1500 eine deutsche Uebersetzung derselben vom iglauer Notar Johann von Geylnhausen um 1360, endlich eine Sammlung berg- und privatrechtlicher Weisthümer und Schöffensprüche von Iglau aus der 2. Hälfte des 15. bis in die Mitte des 16. Jahrh. enthält. Nach diesem Codex sind Städte, wohin sich der rechtliche Verkehr Iglau's bloß auf die bergrechtliche Seite beschränkt zu haben scheint, Troppau, Römerstadt, Judmantel, Bensch, das Stift Leubus, Reichenstein, Kupferberg, Wartenberg, Beuthen in Schlessen, Freiberg, Schneeberg, Annaberg in Sachsen.

Aus diesem Codex wird der Fall mitgetheilt, wo ein 12jähriger böser Knabe zwei andere Knaben wegen des Besitzes eines Hutes ermordet hatte und weder der großmieseritscher, noch der iglauer Schöppenstuhl sich in diesem in ihren Stadtrechten noch nie vorgekommenen unerhörten Falle wegen der Zurechnungsfähigkeit und Bestrafung des unmündigen Thäters nicht Rath wußten und daher der iglauer Schöppenstuhl bei dem wiener (was vordem und nachher nie

geschah) Belehrung einholte, *ubi est copia doctorum ac legistarum*. Der wienner Stadtrath berathschlagte darüber, zog „auch weyßer, gelehrter vnd rechtverstandiger lewt, so hie bey vns sein, rat“ (der Rechtslehrer der wienner Univ.) ein und theilte deren, wie seine Meinung, dem iglauer Stadtrathe und dieser mit seiner eigenen dem großmeferitscher Rathe mit.

Aus diesem Falle wird der Schluß auf das immer mehr in Gebrauch gekommene römische Recht abgeleitet und nebenbei ein Seitenblick auf die Ausbildung der landesfürstlichen Macht und die Vernichtung der Municipal-selbstständigkeit in Wien geworfen, welche insbesondere mit der Stellung des Staatsanwalts seit Maximilian I. als Repräsentanten des Landesfürsten mit dem ersten Sitze und Range im städtischen Rathe begann und nach der Unterdrückung der eingedrungenen Regenten und dem Blutgerichte zu Neustadt 1526 unter Ferdinand I. endigte (S. S. 366 und Horwath's Geschichte von Wien VIII. Urkundenbuch S. 347, II. Urf. 119, 120, III. Urf. 307, Codex Austr. II. 478).

Wenn Tomaschek meint, die Iglauer hätten die Belehrung in Wien jener bei der prager Universität vorgezogen, weil dieser seit Georg von Podiebrad her abgekommen war, so mag der Grund mehr in der Abneigung gewesen sein, ein Abhängigkeits-Verhältniß gegenüber von Böhmen anzubahnen.

Zur S. 504 ist noch Folgendes zu bemerken. Wir können zwar nicht der gläubigen Annahme Heinrich's (in seiner aus den Quellen geschöpften schönen Abhandlung Schlesien unter den Piastiden 1163 -- 1327, in Wolny's Taschenbuch für 1829 S. 189 — 253) folgen, welcher die Stadt Teschen im J. 810 (S. Notizenblatt der hist. Sect. 1860 Nr. 12), die Stadt Jägerndorf (S. S. 505) vom Kaiser Heinrich I im Jahre 926 (die, offenbar erdichtete, Urkunde in: Die Rechte der Großbürgerschaft von Jägerndorf, eb. 1860, S. 12) und wahrscheinlich von demselben auch die Stadt Troppau gründen, die Stadt Leobschütz aber schon 1033 mit einer Mauer umfassen läßt. Allerdings mögen aber diese Orte, so wie Oppeln, Andrichau, Aufschwitz, Benisch, Reichenstein und Edelstein, schon vor 1163 bestanden haben, so wie es sich auch nicht bezweifeln läßt, daß schon in der erwähnten Periode, besonders nach dem Mongolen-Einfalle (1241), welcher die Städte Troppau, Jägerndorf, Leobschütz, Freudenthal, Edelstadt, Ottmachau, Ratibor, Oppeln, Friedeberg und Hermannstadt verwüstete, auch die oberschlesischen Herzoge ihre Länder durch deutsche Kolonisten und besonders Bergleute anzubauen und nutzbar zu machen suchten. Dies deuten schon an die Namen Frauenstadt (Kenty), Saipusch (Zywiec), Landskron, Watzdorf (Komerowice), Ernsdorf (Zaworzi), Königsberg (Klinkowice), Kurzwald (Medynyzice), Oderberg (Bogumin), Schöndorf (Krasna), Schwarzwasser (Strumia), Rosenberg (Olesnice), Freystadt, Reichwaldau, Friedel, Groß- und Klein-Kunzendorf, Schönhof, Seibersdorf, Baumgarten, Riegersdorf, Weichsel, Pilgramsdorf, Goldmannsdorf, Bauerwitz, Schurgast die vielen Ellgot, Ellgut (Lihota) u. a. (in den nun polonisirten

Fürstenthümer Aufschwitz, Teschen, Ratibor und Oppeln), der in jener Zeit schwunghaft betriebene Bergbau bei Judmantel, Freiwaldbau, Würbenthal, Beuthen, Tarnowitz u. a., die Anlegung der Stadt Bielitz (S. Notizenblatt der hist. Zeit. 1860 Nr. 9) mit ihren benachbarten Dörfern durch deutsche Kolonisten u. s. w. Im Gefolge dieser deutschen Ansiedlungen wurde auch das magdeburger Recht in Oberschlesien eingeführt, bestand neben den deutschen Rechten auch die deutsche Gerichtsverfassung mit Schöffenstühlen und Oberhöfen, war, wie die vielen in deutscher Sprache verfaßten Urkunden (namentlich der Städte Teschen, Bielitz, Seipusch, Aufschwitz u. a.) zeigen, von der Mitte des 13. bis zur Hälfte des 15. Jahrhunderts bei den Gerichten die deutsche Sprache im Gebrauche. Insbesondere dehnte der Oberhof der Stadt Teschen, deren Vogteirechte Herzog Přemisl 1380 gegen die Güter Groß-Rungen-dorf und Wendisch-Dörfel an sich brachte, seine Wirksamkeit (nicht die Kriminalgerichtsbarkeit, wie Heinrich S. 245 sagt) über die Städte Pleß, Schwarzwasser, Bielitz, Skotschau, Jemnitz (b. i. Jablunkau) aus.



Ende des I. Bandes.

Beilagen¹⁾.

I. Mauth-Buch der Stadt Brünn 1548.

Von Gewandt:

Item Von einem Verpuntner wagen mit Fünf oder mit Sechs Rossen oder mehr, der geferbte gewandt furt, gute Tuch mit, enthält 2 Ellen gr. 7/8	
Item Von eines gewandtschneiders wagen mit 3. oder 4. Rossen, der zugenfte geferbte Tuch furt, gibt	8 "
Item Von einem zwiffachten Baln mit geferbten Tuchen	9 "
Item Von einem Sauem mit geferbten Tuchen	6 "
Item Von einem geferbten Stuf Tuch	4 dr.
Item Von einem Verpuntner wagen mit 5. oder 6 Rossen der Schlesinger oder Landtuch furt	12 gr.
Item Von eines gewandtschneiders wagen mit 3. oder 4. Rossen, der genfte Schlesinger oder Landtuch furt	4 "
Item Von einem Baln mit Schlesinger oder Landtuch	4 "
Item Von einem stuf Schlesinger oder Landtuch	2 dr.
Item Von einem Landtuch Das zu Brünn Verkauft wiert Standgelt und Maut	4 "
Item Von einem Tuch Das man nent ein seyten	1 "
Item Von einem stuf Toppel Harraß	6 "
Item Von einem mittern Harraß	4 "
Item Von einem gemeinen Harraß	2 "

Von gewegnen Pfenwarten.

Item ein Verpunter wagen mit 5. oder 6. Rossen der gewegnen Pffenwart furt, gibt	16 gr.
--	--------

¹⁾ Die erste Beilage war zur Geschichte des Handels bestimmt. Da wir im 1. Band nicht so weit gelangten, dieser aber wegen Schluß des Jahres abgeschlossen werden muß, lassen wir diese (schon gesetzte) Beilage hier folgen. Das Mauthbuch, obwohl offenbar inkorrekt abgeschrieben, ist genau abgedruckt.

²⁾ Grossi albi, d. h. weiße Groschen; eben so weiße Denare.

Item ein Kramwagen mit drey oder 5 Rossen	4 gr.
Item Von einer großen Kramen Truhe oder Schtisch	4 "
Item Von einer kleinen Kramen Truhe oder Stisch	2 "
Item Von einem Balln Pfeffer mit 3. Selen	6 "
Item Von einem Saß Pippr oder Ingwer	2 "
Item Von 1 Pfund Pippr oder Ingwer	1 "
Item Von einem Saß Rhiml	4 dr.
Item Von einem Saß Zucker	8 gr.
Item Von 1 Pfund Zucker	2 "
Item Von 1 Pfund Nagl, Zymet, rintr, mustatt oder mustatplie	3 "
Item Von 1 Pfund Mandl, Weimp., Rholmuß, Pochsherndl undt Reyß	4 dr.
Item Von einer Lagl Sayff	1 gr.
Item Von einem Pfund Sayff	2 dr.
Item Von einem Balln pammwol	2 gr.
Item Von einem Pfund Baumwolle	1 "
Item Von einer großen Lagl Alaun	2 "
Item Von einer klein Lagl Alaun	1 "
Item Von einer großen Lagl Schwefel oder Vitriol	1 "
Item Von einer kleinen Lagl Schwefel oder Vitriol	3 dr.
Item Von einer Lagl Faygen	6 "
Item Von einer Lagl Symonien	3 "
Item Von einer Lagl Schaffen	3 "
Item Von hundert Pomaranzen	2 "
Item Von einer Lagl Baumöll.	2 gr.
Item Von 1 große Lagl Baumöll	10 dr.
Item Von 1 klein lagl Baumöll	4 "
Item Von einem Pfund Baumöll	3 "
Item Von einen Verpuntnen wagen mit war	16 gr.
Item Von einem Faßl war	4 "
Item Von einem Zentner war	4 dr.
Item Von einem pfundt Landt Caffian	6 "
Item Von einem stumpf Drtt oder Ziment Caffrian	6 gr.
Item Von einem pfundt Drtt oder Ziment Caffrian	4 dr.
Item Von 1 pfunt Indich	2 "
Item Von einem Balln schreybpapir	1 gr.
Item Vom Palet Reiß Papir	4 dr.
Item Von einer glastruhen mit Fenedigischen scheiben	1 gr.
Item Von einem Faß Larber das 4 Emer hatt	8 dr.
Item Von 1 Cent. Larber	2 "
Item Von 1 Cent. Rayb.	2 "
Item Von einem Faß mispl pñt.	2 gr.

Item Von 1 Cent. Weinschlein	2 br.
Item Von einem Faß Piecher	3 gr.
Item Von einem wagen frayd	3 "
Item Von einem Faß Saliter	— —
Item Von einem Cent. Saliter	4 br.
Item Von einem Pfund Fierniß	4 "
Item Von einem Schoß Rhebr oder Zelt	4 "
Item Von einem Cent. Rett (Röthe)	2 "
Item Von einem Faß briegler (iglaue) hiet	6 gr.
Item Von einem Faß Brunner hiet	4 "

Von der Leinbat Schleyr und Zwillich.

Item Von einem Faß Leynwatt	4 gr.
Item Von einem großen Polln oder Truchen Leinwatt	4 "
Item Von einem Baller Leinbat	2 "
Item Von einer halben Truchen Leinbatt	2 "
Item Von einem Stuf Leinbatt	1 br.
Item Von einem Stuf Zwillich	1 "
Item Von einem Stuf Porchant	1 "
Item Von einem Stuf Hausleinbatt	1 "
Item Von einer Ruffenn	1 "
Item Von einer Truchen mit Ziehwert, Tischtiecher, und Hand- tiecher	3 gr.
Item Von einer Truchen mit Schleyr	6 "
Item Von einem kleinen Truhle mit geringen Schleyren	1 "
Item Von einem guetten stuf schleyr	2 br.
Item Von einem schlechten Stuf schleyr	1 "
Item Von 1 Cent. Lachgarn	2 "
Item Von 1 Cent. gutt geschpunst garn	4 "

Von der Seyden Barr.

Item Von einem gulden Stuf	16 gr.
Item Von einem Stuf Samat, Damasken oder Atlas	4 "
Item Von einem Stuf Taffatt	2 br.
Item Von 1 Stuf Zendl Tafft	4 "
Item Von 1 Stuf Zendl Pass	2 "
Item Von 1 Stuf Zendl sendrstatt	3 "
Item Von einem pfundt gold	8 "
Item Von Perl, Von 1 fl. wert	1 "
Item was seydene Perth findt, und was Von seydenen wahr hie nicht begriffen ist, Von eines gulden wert	1 "

Von einer großen Echotten Truhen mit seydener war	8 gr.
Von einer klein Truhen oder Echtibich	4 "

Vonn Meßgewanntt.

Von einem Meßgewanntt Rharthaffen, die Von einem gul-	
den Stuf gemacht findt, mit seiner zugeherung	4 gr.
Von einem Meßgewanth, das Von Samet, Damasthken oder	
Atlas gemacht ist, mit seiner zugeherung	2 "
Von einem schlechten Meßgewant mit seiner zugeherung	1 "
Von einem Faßl, oder Truhen mit Meßgewanntt	8 "

Von der Hauben Barr.

Von einem Zimer Zobll	16 gr.
Von einem Zimer Mader	4 "
Von einem Zimer Laßiß	2 "
Von einem Zimer Hermll	2 "
Vom Tausent Schenwerg des guten	3 "
Vom dto. Schenwerg des schlechten	2 "
Vom dto. Brabantischen Ryniglas	2 "
Vom dto. Reinisch Rhuniglas	1 "
Vom dto. Kathalanisch Rhuniglas	1 "
Von einem Schoß hieger Landtffehll	6 fr.
hundert Furen	3 gr.
Von hundert Landtffel oder Krepf	4 dr.
Von einem Vieremrigen Faß mit Zoblen oder Madren	
chauben	16 gr.
Von einem Vieremrigen Faß oder so großen Truhen mit	
zigen schauben	4 "
Von einem Vieremrigen Faß oder also großen Truhen mit	
Rembren oder Krepfen Belzen	3 "
Von einer Zeblen schauben	4 "
Von einer Madren schauben	2 "
Von einer Furen schauben	4 dr.
Von einem Remren oder Krepfenn Belß	2 "

Vom Metall.

Von einem Verpunftnen wagen mit Zynn	16 gr.
Von einem Zentn Zynn	6 dr.
Von einem Vieremrigen Waß mit gemachten Zynn	4 gr.
Von einem Zwiemrigen Waßl mit gemachtem Zynn	2 "
Von einem wagen mit Rhupfer	10 "

Item Von 1 Cent. Rhipfer	2 dr.
Item Von 1 Cent. gemachten Rhipfer	4 "
Item Von 1 Cent. meßing	3 "
Item Von einem wagen glett	6 gr.
Item Von einem Wagen mit Pley	6 "
Item Von 1 Cent. glett	2 dr.
Item Von 1 Cent. Pley	2 "
Item Von einem Baß mit zuerprochnen Schtabel	1 gr.
Item Von 1 Cent. schtabel Inpant.	2 dr.
Item Von einer Wagen schwer aysen Von Lauben oder Schtayer	6 gr.
Item Von 1 Cent. Aysen	2 dr.
Item Von einem Pusthen Aysen	2 "
Item Von einem Wagen schwer mit aysenen Schln Vom Schod	1 gr.
Item Von einem Wagen oder dreyling mit Segennß	10 gr.
Item Von 1 Schod Segennß	1 fr.
Item Von einem Panth Segennß	1 dr.
Item Von einem Baß mit Sichlenn	3 gr.
Item Von einem Pinstl Sichln	3 dr.
Item Von 1 Cent. ayserner Plech	2 "
Item Von einem Baß ober Zink plech	1 gr.
Item Von einem Vieremrigen Faß mit aysen geschmayß	3 "
Item Von einem Vieremrigen Faß oder Lagl messer	3 "
Item Von einem Vieremrigen Baß mit meßing geschmayß	3 "
Item Von einem Emrigen Faßl mit holzhaken, handthaken, Latt- negln, Schindlnegl, oder anders gemachtß aysenwerßl	4 dr.

Von dem Fiech.

Item Von einem Rosß	2 dr.
Item Von einem Orn	2 "
Item Von einer Rhie	2 "
Item Von einem Schtyer	2 "
Item Von einem Rholb	1 "
Item Von einem Schwein	1 "
Item Von einem Schepßn oder gayß	1 "
Item Von einem Bachn Flaysch	1 "
Item Von einem wagen mit Fleisch gibt man Vom haubl gleich als Von dem lebendigen.	1000 1000 1000
Item Von einem Wagen mit gensen oder hyenerenn	1000 1000 1000
Item Von einem wagen mit Inslatt oder Schmeer	1000 1000 1000
Item Von 1 Cent. Inslatt ober schmeer	1000 1000 1000

Von den Fyschenn.

Item Von einem grossen wagen mit Hausenn	15 gr.
Item Von einem kleinen wagen mit Hausenn	8 "
Item Von einem grossen Faß mit Hausenn	6 "
Item Von einem kleinen Faß mit Hausenn	3 "
Item Von 1 Cent. Hausen	2 dr.
Item Von einem Wagen mit diern Fyschenn	3 gr.
Item Von einer Thunnen Hechten oder Dill, halb Fisch oder Zenn- tatt, Larn oder Luren	1 "
Item Von 1 Thunnen Harynnigen	4 dr.
Item Von 1 Polln Schtoffisch	3 gr.
Item Von 1 Polln Platteysen	3 "
Item Von einem Faß lebendiger Fisch, Hechten oder Rharppfen	2 "
Item Von einem Wagen Krewsenn	2 "
Item Von einem Faß gruntlen	1 "
Item Von einem Wagen gruntlen	2 "
Item Von einer Thunne Fischschmalz	2 "
Item Von einem Faß Lemberger Höchtenn	2 "

Vom Kraut, Obst undt Ziemus.

Item Von einem greffwagen mit Mayß, dto. mit Korn, dto. mit gerste, dto. mit Haber	8 dr.
Item Von einem wagen mit Trayb, gericht, laytter ipt.	6 "
Item Von einem wagen mit Trayb auff Beumen oder Preter	4 "
Item Von einen wagen mit Meel	3 gr.
Item Von einem wagen mit einem ganzenn Maßz	2 "
Item Von einem wagen Obst, Eyßl, Piernn, Rherfchn, wechsl, Amerln	8 dr.
Item Von einen Wagen mit nußen	8 gr.
Item Von einen Wagen mit Kraut Vom Roß	4 dr.
Item Von einem wagen mit Orbes, ruben, gruppen, Zwisal, schwammen und dergleichen	3 gr.
Item Von einem Wagn solches Vorbeschtimbtes Traid und Ziemus	1 dr.
Item Von einem Wagen mit Ayer, Rhes oder Schmalz	2 gr.
Item Von einem W Rhes	1 "
Item Von einem W Rhas die man durchfiertt	2 "
Item Von einem Topff oder emper Schmalz	1 dr.
Item Von 1 Thunnen wagen schmier	2 "
Item Von einem wagen Brott Von jedem Roß	1 "
Item Von 1 wagn Zweepfen	6 gr.
Item Von 1 Cent. Zweepfen	4 dr.

Von Maluasser Wein und Bier, Hönig und Dell.

Item Von einem Faß Maluasser oder Ruschlatel	8 gr.
Item Von einer Eagl Maluasser	1 "
Item Von einer Eagl Keyffl	1 "
Item Von einer Rhuffn Synicher wein	4 "
Item Von einem Ungerischen Dreyling wein	4 "
Item Von einem emer Ungerischen Wein	2 dr.
Item Von einem Fuder Ungerischen Wein	6 gr.
Item Von 1 Dreyling österr. wein	3 "
Item Von 1 Emer österr. wein	2 dr.
Item Von 1 Dreyling Landtwein	2 gr.
Item Von 1/2 Dreyling Landtwein	1 "
Item Von einem Emer	1 dr.
Item Von 1 Emer Prontwein	1 gr.
Item Von 1 Rhuffen alttper	2 "
Item Von 1 Faß Schweiniger Pper	2 "
Item Von 1 Vieremrigen Faß weiß Pper	2 dr.
Item Von einem achtemrigen Faß weys Pper	4 "
Item Von 1 Faß Brynner Pper	2 "
Item Von 1 Faß Ogler Pper	2 "
Item Von 1 Faß Red	1 gr.
Item Von 1 Thunnen Hönig	6 dr.
Item Von 1 Rhubl Hönig	2 "
Item Von einem Emper Hönig	1 "
Item Von einer Tannen Hönigst Bl oder Wagen Dell	4 "

Von Hayten, Fellenn und Lederr.

Item Von einem wagen mit Drenheiten	16 gr.
Item Von Drenheiten Von 1 a.	6 "
Item Von einer Drenhaut	1 dr.
Item Von einem wagen mit schofel	8 gr.
Item Von hundert schoffel	6 fr.
Item Von hundert Lampfel	3 "
Item Von zweyen schoffeln	1 dr.
Item Von gelederten Hayten und fellen gibt man dergleichen als Von den ungelederten	
Item Von einem Schoß gewarichter Rhetber oder schepse fell	2 gr.
Item Von hundert Samisch oder Drich	2 "
Item Von eyner Thruen Samisch	4 "
Item Von einem Paßel darin seindt 10 Fehll gibt	5 dr.
Item Von einem Zenthner Leder	1 gr.
Item Von einem Paßel Rholbschl	2 "

Vom Holz.

Item Von einem Wagen mit Trammen oder gescher oder ander Zimmer Holz	8 dr.
Item Von einem wagen mit Brettern	8 "
" " " " " schintlen	8 "
" " " " " Latten	8 "
" " " " " stelen	8 "
Item Von einem wagen mit Brenholz Von 1 Roß	1 dr.
Item Von einem wagen mit Rynnen Von 1 Rynnen	4 "
Item Von 1 wagen mit Rholn Vom Roß	1 "
Item Von einem wagen mit Lagler Holz oder Siber Holz	8 "
Item Von einem wagen mit gemachten Tischen oder Truhen	1 gr.
Item Von 1 großen Tisch oder Truhen	2 dr.
Item Von einem Bett	2 "
Item Von 1 klein Tisch oder Truhen	1 "
Item Von 1 Drayling Potting	4 "
Item Von 1 wagen mit leren fassen	3 gr.
Item Von 1 wagen mit Potting	3 "
Item Von 1 leren Drayling	2 dr.
Item Von 1 leren faßl	1 "
Item Von einem 4emerigen, 2emerigen oder 1emerigen faßl	1 "
Item Von 1 Tröettschaff	1 "
Item Von einem wagen mitt Tretzassen, oder Multern, oder schafflen, Scheybtuchen, Rosparn, Haylattern, und Pintterraffen	12 "
Item Von 1 wagen mit Stro Von Roß	1 "
Item Von 1 wagen mit Hay Von Roß	1 "
Item Von 1 wagen mit Pinterholz, oder Wagnerholz, oder Tisch- ler Holz	4 "

Besundre Wagen.

Item Von einem wagen mitt Hirschn Hörneren	8 gr.
Item Von einem wagen der Da Landtwoll firtt Vom Sack	1 "
Item Von 1 wagen Trindhgldeßer	2 "
Item Von 1 wagen mit Hopffen	4 "
Item Von 1 Meßn Hopffen	1 dr.
Item Von 1 wagen mit Honiff	6 gr.
Item Von 1 Centner Honiff	1 dr.
Item Von 1 wagen mit Solz	12 "
Item was über 7 große Ruffen	2 gr.
Und was undtzer 7 ist Von 1	2 dr.

Item Von 1 wagen Löff	8 dr.
Item Von eynem Faß Tennen glaß	1 gr.
Item Von 1 wagen mit wald glaß	3 "
Item Von 1 wagen mit Muelstein oder schliffstein	3 "
Item Von einem Sack Federn	16 "
Item Von 1 wagen Federn	16 "
Item Von 1 Bett	2 dr.
Item Von 1 Polster oder Rhyß	1 "
Item So sich yemant zeucht Von einem argen auff das ander	6 gr.
Item So sich yemants in die Statt zeucht	3 "
Item So sich jemandt auß der Statt zeucht	4 "
Item Von einem wagen darauff man ein Brautt fiertt gibt nichts.	
Item Von 1 Laren wagen Von 1 Roß	1 dr.
Item Von einem Juden zu Roß	4 "
Vnd zu Fuß	2 "
Item So die Juden guetter durch aber fuhr fahren, geben sie zwier so Bill, als sunst recht ist.	
Item Von einem Neuen Wagen	8 "
Item Von einem Neuen rad, als oder pflug	1 "
Item Von einem wagen der Burgerguett fiertt, gibt Von 1 Roß	1 "
Item Von 1 wagen Leder Laa.	12 "
Item Von 1 Centner Pech	2 "
Item Von 1 wagen mit mispl holz	1 "
Item Von 1 Fuder Rholich oder Bom Faß	1 gr.
Item Von einem 4emrigen Leger Faß	4 dr.
Item Von einer ganzen Schuben	4 gr.
Item Von Legelten Von 1 gulden wert	2 dr.
Item Von Saffrian Rhyll zu setzen Von 1 Meßn	4 "
Item Von Bogen raffen zu Boting Von wagen	9 "
Item Von 1 Dreyling Botting	4 "
Item Von gemachten Rechen und Zoppen Bom stuch	1 "
Item den Faßziehern Von einem Schock Salz abzutragen	3 "
Item was nicht yn einem ganzen Dreyling, oder halben Dreyling ist, und wen es gleich 30 emer wer, So gibt man Von 1 emer 1 dr., wen einer fiertt auff einem wagen ein halben Dreyling wein, und 8 Emer in einem faß, und 4 emer dar- zu, das macht 1 Dreyling, und 2 Emer, Er laitt aber nich als Von 1 dreyling, wie ehr in einem faß wär, sunder Von dem $\frac{1}{2}$ Dreyling 7 dr., und Von dem asach wie oben ge- schryben steet, albeg Von 1 Emer 1 dr.	

Von den Handwercken.

Item Von einer Truhe, oder Stibich eines Paytler, giertler Rüemer, Schweriffeger, Schloßer und Quetter	2 gr.
Item Von einer kleynen Truhe oder Stibich	1 „
Item Von einem neuen Armbrust Das auff den Jarmarkt zu ver- kauffen gefurtt wiert	2 dr.
Item Von einem Rhecher	1 „
Item Von einer Piren	2 „
Item Von 1 Faß Brunner hueth	4 gr.
Item Von 1 Faß Drygler (iglauer) hueth	6 „
Item was hie nicht bestimbt wiert sol geben werden Von 1 fl. wert	1 dr.

Ordnung.

Item was Von guttern, Spans, oder krautwagen in die Statt gehet,
Sol bey dem Mauthaus angesagt, und auff ein Zettel geschrieben werden, und
der Schreyber sol sein Pesschafft ausdrucken.

Item dieselbige Zettel sol der Rhauffman oder Furman zu dem Waghaus
Tragen, daselbst Vermauthen.

Item So di Mautt geben wiert, sol auff dieselbige Zettel das Mauttzeichen
aufgedruckt werden, so selichs am Mautt Haus zeigt wiert, ist er fray zu
farenn.

Item Von Laren wagen und Von Rossmaut in die Statt zu faren, ist
nit nott Zettel zu schreiben, Sunder so si wider Von der Statt wollen, ist in not
ein pleches Zeichen auß dem Waghaus zu nemen, solichs am Mauthaus zu
geben, darnach ist ehr frey zu fahren.

Item so yemandts kauft in der Statt, sol ehr solichs ansagen in dem
Mauthaus, und Vermauthen, und darnach sol Im ein Zettel mitt aufgedruckten
Mauttzeichen geben werden, und so Er solichs am Mauthaus zeigt, sol ehr
frey forenn.

Item was man ansagt in die Statt oder auß der Statt zu fueren mag
man beschauen was unrecht angesagt ist, wiert der Statt Versallen sein.

Item was da Vermaut wiert, und in dreyenn Tagen Furbas gefurtt ist
nit schuldig zum ander mal Mautt zu geben.

Item So di Rhauffleut guter auff einem wagen haben, das sy Von der
Wogenschwär geben, oder so es geladn yst auff mer Wagen, das syß stuf weiß
Vermauthen.

Item so was auff dy furr gewogen wirt, sol der Furman und der Rauff-
man, yeder di Helfft gebenn.

Item so ein hieyger was kauftt uber feld, und Er solliches auff sein
 und zerung her laß furen, ist nit schuldig Mautt zu geben, den so es ein
 abder Furmann ist, das er di Roß mautt geb.

Wie ist vermerkt wie nill man vom Centner gibt zu wegen.

Item Vom Cent. Hambol oder Landwol	7 dr.
Item Von 1 Cent. Inslett oder Schmer	4 "
Item Von 1 Cent. Honiff	4 "
Item Von 1 Cent. Haußen	4 "
Item Von 1 Cent. Flaysch	4 "
Sunst Von andern Dingen was das ist Vom Cent.	4 "
Vnd was auff di Furr gewogenn wiert Vom Cent.	4 "

Vermerkt, wie ffern die Herrn Von Brünn di Mautt nehmen.

- Item Von Brunn Vnz auff den grundt gen Raygrn.
- Item Mer Von Brunn unß zu Strieliger Brugß, und ans das Brhauer
 Welsd, und Vnz zu Rubiger Feldt.
- Item Mer Von Brunn Vnz zu dem Prygßl, Enhalb Parfsuß unter dem
 schipen.
- Item Mer Von Brunn Vnz auff Menesere grundt.
- Item Mer Von Brunn Vnz zu dem Poch zu Sokolnicz.
- Item Mer Von Brunn Vnz geenn Schlapaniß zum wasser.
- Item mer Von Brunn Vnz an das Pacht yenhalf grytschen.
- Item mer Von Brunn Vnz gen Lesch.
- Item mer Von Brunn Vnz geen klein ayhanig.

Item der Herr Abbt Von Obrowiß hatt sich fuer seine leutt Von Sch
 nicz dy der Mautt frey seindt Berwilliget alle Jar 6 wagen zu der rabatt f
 hen umb der Berwilligung wöellen meine Herrn nachthomen.

Dasß dieses Mauth-Buch mit dem mir Vorgezeigten, so wohl dem anß
 als der Schrifft undt Münß nach alten Maut-Buch nicht allein in der
 anzahl, Sondern auch in dennen Außgesetzten Posten gleichstümme sey
 khundt dessen ist Meine Hierunten gestellte aigenhändige unterschrift, und
 gedruktes Closter-Inßgl.

Brünn in Convent ord. Min. Sti. Francisci Conf. Bey St. J
 den 21. Novembris Anno 1720.

Fr. Theodorus Drap
 proprio et Conventus nomine

II. Instruktion derer Königl. Richtern in Mähren.

**Leopold von Gottes Gnaden Erwählter Röm. Kayser auch
Zu Ungarn und Böhmeib König 2c.**

Instruktion auf Unsere jetzig- und künfftige Unsere Königl. Mährische Stadt-Richter, wie Sie Sich in dem Von Uns Ihnen anVertrauten Richter-ambt nebenst dem Stadt Magistrat Zu Verhalten, und Solches Zu administrieren haben, massen dasselbe in den nachgesetzten articula außführlich Beschrieben.

Vorderist wollen wir, das wann Unser Königl. Richter ambt in einer Unser Königl. Stadt ledig wirdt, hierzu mit Unseren Vorwissen und Willen, durch Unser Königl. Ambt der Landts Hauptmannschafft Gottesfürchtige, wohlverhaltene Reüthe, Uns Vorgeschlagen, und wann wir Uns auf einen Gnädigst werden Resolvirt haben, derselbe Uns, Unseren Erben, und Nachkommen den Königen Zu Böhmeib, und Marggraffen in Mähren mit abdespflichten Verbunden werden soll. So Baldt nun ein Solcher Von Uns gnädigst verordnet, und Bestellet sein wirdt, soll derselbe mit, und Neben Unseren Stadt Rath auf dem Rathhauß seine Session, Und Zwar die Erste Steell vor allen anderen haben, allen rechtsfertigungen, Und andern Handlungen, wann, und wie dieselbe Unsere Burgermeistere, und Rathmanne Verhören, erwegen, Handeln, und Vornehmen werden, Persöhnlich Behwohnen, Unser Interesse fiscale Vor allen dingen Beobachten, Unsern, und Unserer Erben fromen und Nutzen auf alle weise Suchen, und Befürdern, anstatt Unser, und in Unser abwesenheit in allen sachen nach Unsern Königl. ambt der LandtsHauptmannschafft Sich Richten, Und achten, auff dasselbe seine obacht, und Zu demselben seine Zuflucht nehmen, auch auf die Zu ende dieser Instruktion allen Unseren Königl. Städten, wegen derselben Landgütter, Und der gemelnen einkommen, Vorgescriebene Articul, damit denselben, in allen ohne abbruch und Verringerung nachgelebt werde, Undt geniegen geschehe, seine absonderliche Sorge, Fleiß, und Beobachtung haben, Solte Unser Richter Vermercken, das wieder Uns, und Zu Nachtheil, schaden und Ringerung Unserer Hoch-heit, würde, hohen Landtsfürstlichen Rechts oder Standts, Und wieder Unser Königl. Ambt der LandtsHauptmannschafft, Es Gehe in dem Rath, oder Unter der Gemeinde, oder sonst unter Persohnen dießer Stadt, was Vorgenohmen, gehandelt, oder einige Verbündnuß gemacht werden wolte, soll Er es alsobaldt ohne Versaumnuß Uns oder an Unserer Stadt, Unserem Königl. Ambt der LandtsHauptmannschafft Berichten, und Reines Weges Verbergen, noch Verhalten, auch Vor seine Persohn selbst, so Viel es ihme wirdt möglich seyn, dießem Vorkommen,

es verhindern, und unterbrechen, und wollen wir Unseren Rath- und Königl. Schutz und Hand in allen Billigen Dingen über ihn halten. Ferners Nachdem Unser Richter, wie jetzt gemeldet, allezeit denen Rath's-Tagen, und Rechten bey Zuziehen hat, soll er allem dem, worzu die Rath's-Verwandten Verbunden sein, und auch die Geheimnuß des Rath's verschwiegen halten, Es Sehe dann, das wieder Unß, Unser Rath. undt Königl. Person, Hoch-heit, Würde, Recht, oder Standt, oder Unserer Königl. Erben, etwas Vorgenommen, oder gehandelt wurde, dasselbe soll er keineswegs wie Oben gedacht, Vor Unß nicht Verzen, noch Verhalten. Es Soll auch in der Burgermeistere, nach Eines Stadt Rath's macht nicht stehen, die gemeinde umb welcherley Brach willen es sein wolle, außer der ordinari Rath's Session, und gericht's Tagen, Zusammen Zu Beruffen, noch einige gemeinde oder abseitige Zusammen Kunfft, außerhalb des Rathshaus'es Zuhalten, sondern wann Wegen gemeiner Stadt Nothdurfften es Vonnöthen sein sollte, di gemeine Extraordinarie Zu Versambeln, sollen Burgermeister und Rathsmänner solches Unserem Richter, je und allezeit wissend machen, dießer wann Er es ein Nothdurfft Zu sein erkennet, und anderst nicht, soll die Gemeine Zusammen Beruffen Verstaten, und Bey allem deme, was gehandelt wirdt, Persöhnlich Rath auch darob sein, damit, wann Bey Unß die Königl. Stätte inßgesambt in Ihre allgemeinen Nothdurfft was anzubringen haben werden, Sy Solches durch Unseren Königl. Randes unter Cammerer jedesmahl thun.

Gleich wie nun Unser Richter, wie oben angedeutet, Bey allen Handlungen Sizen, und Persöhnlich Gegenwärtig sein soll, und alles anhören wirdt, also soll er seine absonderliche obßicht, und fleißige acht darauf haben, ein soll etwas in einer Vor dem gericht Unserer Königl. Stadt erhobener oder Schwwebender Rechtsfertigung Unß einige fiscalische Straffen oder Poen, als wegen Verübte Mordts, Brandts, Veraubung, gewaldt, Noth Züchtigung, Ehebruch, falsche Sterbfälligkeiten, Und was Unß, Unsern Erben, und Nach Kommenden Königen Zu Böheimb, Undt Marggraffen Zu Mähren Vorbehalten, Und Unser König Stadt darüber absonderlich nicht Befreyet ist, rechtmässig Zufallen wurde, das selbige keines weegs Verschwiegen, Vertuscht, und übersehen werden, sondern so baldt Er Von Einer dergleichen Unß Zugehörigen Fiscalischen Interesse, oder reservirten Straffe, etwas erkündigen, Und Vernehmen wurde, soll Er solches Unß oder an unserer Stadt, Unsern Königl. ambt der Landts-Hauptmannschafft allezeit, auf welche weiß, und wie es hiemit Beschaffen, Und Vom weme auf Unß was gefallen, anzeigen, und Berichten, unter dessen aber sambt dem Stadt Magistrat, gute Vorsorg, und Verwahrung thun, damit darvon Niß auß fernern Unseren, oder Unseres Königl. ambt der Landts Hauptmannschafft Befehl und Verordnung, wie man sich in dießem sahl Verhalten Solle, nichts Vermerdet werde; Sollte sich aber in der That, und warhafftig dieses Befinden, das obgedachter Unser Richter Selbst für seine Person, es seye auß muthwillen, oder unachtsamkeit, und auch auß anleitung etwann jemand's andern, gewisse Und

Rechtmässig heimlich gefallene Fiscalische interesse oder Reservirte Strassen übersehen, und Von demselben ablassen wolte oder dieses thatte, oder Zuthuen Verstattete, alsdann so Baldt etwas solches an Ihme in der That erfahren wurde, soll Er auf unseren Befehl, Von diesen Unseren Dienst abgesetzt, Zu seiner Versohn, und seinen hab und Vermögen gegriffen, und Er wirklich abgestraffet werden. Und demnach in Vorigen Zeiten Biß hiehero allerley Unß Schädliche Übersetzungen Und unordnungen (Bey den caducitäten Undl Todtsfällen, derentwegen Unsere Königl. Städte in Unseren Marggraffthumb Mähren nicht Befreyet) und so auf Unß, als König Zu Böhmen und Marggraff zu Mähren, rechtmässig Kommen, Sich Begeben, und Zugetragen haben, indeme dabey Keine Solche ordnung wie sonst bey andern gemeinen angefallen Bei denen stadtrechten, absonderlich aber bey denen Inventirungen braüchig Beobachtet worden. Derohalben wollen wir, das obbenandter Unser Richter, wenn sich ein dergleichen Todes anfall Zutragen, und auff unß rechtmässig gefallen sich Befünden Sollte, als Baldt Zwey geschworne Raths Versohnen Zu Sich nehmen, selbige ganze Verlassenschaft, absonderlich so Viel sich deren an Baaren geldt, Kleinodien, und andern mobilien und fahrnussen Befünden wurde, in deren gegenwarth, durch einen geschwornen Schreiber, alles embsichen fleisses, nichts auflassende, ordentlich inventiren lassen, und Solches inventarium, mit Zusehung, wer der Inventirung Begewohnet. mit dem Stadt Insigl Bekräftiget, als baldt ungesaumbt Unß, oder Unsern Königl. Ambt der Landtschauptmannschafft überschicken, auch die Sache nebens dem Stadt Rath also Versehen solle, damit mit derselben Biß Zu erlandtнуß, und Vollführung dieser anfalls gerechtigkeit, Und Zu weiterer Unser oder Unserer Königl. Ambts der Landtschauptmannschafft Verordnung nicht gerühret, oder etwas darvon Verwendet werden. Solten gleichfalls wegen der Testamenter etwann wieder Spruch, das man demselben nicht statt geben wolte, für dem Stadtgericht entstehen, und Bey dergleichen widersprüchen man sehen und Befinden wurde, das Solche Testamenter rechtmässig abgethan, und aufgehoben werden Könnten, das Vermögen aber und die Verlassenschaft, so nach dem Testatore Verblieben, Unß Williger, und rechtmässiger als etwann jemandts andern gebührete, Und Zugehörete, Und nun nichts destoweniger Bey Vorigen Zeiten Sich Zugetragen hat, das Bei dergleichen gerichtlich erhobenen Rechtfertigungen, indeme die Parthejen wargenohmen, das sie wenig oder gar nichts rechtlich erhalten mögten, sondern solches Vermögen auf Unß fallen würde, Sie Parthejen in güttliche Vergleich sich eingelassen, und Umb das guth, wie es Ihnen Bedundet, gefallen, und beliebt hat, sich Verglichen Und darinn sich getheilet haben, welches Unß Zuschaden Unsere Richter nicht hetten gestatten noch Zulassen Sollen. Derohalben, wann Sich etwann je ichtwas dergleichen Bei denen Stadt gerichteten Zutragen möchte, soll oberwehnter Unser Richter solche Verrechnung und Vergleichen so Unß Zu schaden geschehen Keines weeges gestatten, noch Zu dergleichen Theilungen der Verlassenschaftes Kommen lassen, sondern als baldt sich darzu anmelden, auch die Sache also führen, damit der-

gleichen rechtfertigungen gerichtlich Verhöret, erwogen, und durch ein gerechtes urtheil entschieden werden. Sollte Sich aber jemahls Befinden, und in der That erforschet werden, das oft Verührter Unser Richter, es seye wegen geschändt oder anderer Ursach, wie die Zuerbenden, umb dergleichen Verlassenschaften, welche uns Rechtmässig Zugehörten, ainige Vergleich Und Theilungen, in deme er solches verhütten, Und deme Vorkommen hette Können Zu Zulassen sich un- terstanden, soll umb dasselbe, was uns Da Zugestanden, und gehöret hat, Zu ihme, seinem gutt, und Vermögen gegriffen, und Er dessentwegen würdlichen Be- straffet, auch Seines amts, wie oben erwehnet entsetzet werden. Alle dieße Uns haimbgefallene Straffen, und anfälle Soll unser Königl. Richter ganz und Völlig in Unser Königl. Rentamt in Unseren Erb-Marggraffthumb Mähren, und nirgends anderstwhin abführen, Und Von Solchen allen Uns, Unseren Er- ben, und Nachkommenden Königen Zu Böhmen, und Marggraffen Zu Mähren, alle halbe Jahr, anfangend Von dem Ersten Tag des Monaths January, und Schliffende den letzten Tag des Monaths Juny, und dann wiederum Von Er- sten July biß letzten Monaths Tag December ordentliche Raittung Thuen, auch Solche halbjährige Raittungen, mit allen hierzu gehörigen Nothdurfften: Als Befehlen, Verordnungen, Quittungen, Undt Approbationen Bey Unserer Königl. Landtshauptmannschafft Zu fernerer remittirung Von da an Unsere Königl. Bö- heimische Hoff Canzley niederlegen, und Venebenst bey Solcher Raittung alle- zeit Zu Ende des halben Jahrs, Von Burgermeister und Rath dießer Unser Stadt, eine Schrifftliche urkundt, oder Attestation, in welcher alle auf uns ge- fallene Caducitäten, anfälle, und Straffen, so Viel sich deren in diesen halben Jahr ereignet, mit Nahmen deutlich, und Klar Benennet werden sollen, mit die- sen Schluß, das Besagten Burgermeister, und Rath Von Keinen andern Cadu- citäten, anfallen und Straffen, welche sich in selbigen halben Jahr ereignet hetten, als wie dieselben in Bedeüter des Raths attestation Verzeichneten Zubefünden, nicht wissend ist, Unter der Stadt Insigl Bey Zufügen. und Bey Zulegen schul- dig sein. Ferners Soll Unser Richter Nebens dem Stadt Magistrat darauf seine absonderliche Sorg Und obacht haben, damit in allem insgemein, gleiches Recht, und gerechtigkeit gehalten und administret, das Böße eingestellet, und Unter- brochen, die ungehorsambe Gottlose leüth, und welche ein unordentliches Leben führen, nach Verdienst, Und Verbrechen, ohne nachsehen, abgestraffet werden. Auch soll Unser Königl. Richter in genauer obacht nehmen, und darauf fleissiges absehen haben, auff das in dieser Unserer Stadt Von Niemanden, Es seye Von angeessenen Burgern, oder unangeessenen Freyen, oder über land Kommenenden, und frembden leüthen ichtwas Vorgenohmen, gehandelt, gerert noch gesungen werde, so förderist wieder Gott dem allmächtigen, die Katholische Römische Reli- gion, oder sonst abscheulich und nicht geziemend, dann was Zur Verschimpff Und Kingerung Unser Kayf. und Königl. Mayestät, Unserer Erben, und Nachkomender Könige Zu Böhmen und Marggraffen Zu Mähren hoch-heit, Würde, und Lan- desfürstl. Authorität wäre, Sondern damit die Ehre und das lob Gottes, die

Gottesfurcht, und andere heilige Tugenden, auf alle weiß in dießer Unserer Stadt Vermehret werden, Insonderheit aber an Sonn- und feiertags Zeiten, die Leüth fleißig in die Kirchen gehen, Bey anhöörung des Wordts Gottes, und abwartung des Gottesdiensts andächtig Sich Verhalten, Kein Brandtwein, noch anderes getrand Von Wein und Bier nicht Verkauffen noch feil geschendet, noch auch an den gebottenen fastägen einiges fleischessen Verübet werde, Sollte aber Jemandts Betreten werden, der sich nicht also Verhalten, sondern deme Zuwieder handeln wurde, Soll Unser Königl. Richter Vndt Stadt Magistrat einen Solchen nach Verdienst abstraffen, und Buß, oder Unserer Königl. Landts-haubtmanschaft dießes Veybringen. Offtgedachter Unser Königl. Richter soll auch auf dießes fleißige, und Embliche obacht haben, damit in Berührter Unserer Stadt die Mæßen, gewicht, Elen, Maaß und Seiblen mit dem getreht Mæßen, gewichtern, Elen, Wein- und Bier Maaß und Seiblen, wie dieselben in Unser Königl. Stadt Ulmüß gebräuchlichen seyn, sich Vergleichen, Vnd wosern etwann einige getreht mæßen, Elen, oder gewicht, Maaß oder Seibl, so nicht also, wie oberwehnt, gerecht, und gleich Bey Jemanden sollte gefunden werden, soll Solches Jegliches Unser Königl. Richter Unserer Königl. Landts-haubtmanschaft anzeigen, Vnd Sich nach derselben Befelch gehorsamblich Verhalten: Insonderheit aber wollen wir gnädigst, und Befehlen Ernstlich, das faullenzer, Müßiggänger, und Verdächtige Manns- und Weibs Persohnen, wie nichtweniger gesunde Bettler in dießer Unserer Stadt nicht gebuldet, ein Rechtwahrer Christlicher Wandel, gute Policey, und ordnung auffgerichtet, Vnd das Böße unterbrochen und gestraffet werde; Es ist auch Unser Gnädigster will, das die Geistlichkeit in Kirchen, Schulmeister und Schüller, auch die armen leüthe, und So in Spittalen Sich auffhalten, auß denen für Spe gewidmeten Fundations Mittlen gebührend sollen unterhalten werden. Solte etwann dieße Außere Stadt Künftig sich unentperlichen Nothdurfften halber in Schulden einlassen müssen, oder wollen, soll Sie Solches Zu Vorderist an Buß, oder Unseren Königl. Vnter Cammerern Bringen, Vnd darüber Von Buß der Verwilligung erwarten, sonst solle die ohne Bewilligung gemachte Schulden für unordentlich gehalten, und erkennet werden. Die Stadt und der Gemeinde Wirthschafften und einkunfften sollen allein die Cassirer, nach Verordnung Unseres hochgeehrtesten Herrn Anherrns Kayfers Ferdinandi des Andern glortwürdigster gedächtnuß, nnd durch Unsere Königl. Vnter Cammerer Bestelle und Veybdigte ambleüthe, Verwalten einnehmen, wieder außgeben und Verrechnen, und Sie Sollen auf Befelch einer Persohn, es seye des Primatoris, Burgermeisters oder Jemandts auß dem Rath, nichts außgeben, sondern wann etwas außgegeben werden muß, soll dieses erst in Vollen Rath erwogen, und Nach erkendtnuß, und Schluß, darauf eine Certification Von dem Stadtschreiber mit der Unterschrift des Primatoris, Burgermeisters, und Einer auß dem Vornehmsten Raths Persohnen, oder des Ältesten auß der gemeinde außgefertiget, und ohne dergleichen certification Kein andere passiret und für gültig gehalten werden. Über die Cassirer, ambleüthe, Wirthschafft Verwaltern, und derselben Verwaltungen soll

in Unser Königl. Stadt der Primator oder Vornehmste Burgermeister, und Einer der Vornehmsten der Eltisten auß der gemeinde die Inspection haben, also das sie von allen empfang, und außgab wissen, und Soll Bey dem Burgermeister-ämtern, noch Bei Jemanden andern nichts empfangen, noch außgeben werden, Zu abbruch und Schmälerung der Gemeinde Einkünften sollen Keine Banqueten oder gastereyen allermassen dergleichen Vor diesem Bey übersetzung allerhandt Rechnungen, Visitations außfahrten, Bey Commissionen Verebauffen, Verträgen, oder andern, Wie die Rathen haben mögen, auch den geringsten der gemeinde Verrichtungen (alter übler gewohnheit nach) geschehen, mehr gehalten werden.

Die Cassirer, amtleuthe, und wirthschafftß Bediente sollen Von Unseren Königl. Lands Unter Cammerer Verpflichtet werden, das sie auß der gemeinde einkünften und wirthschafftß nicht wollen, Noch macht haben sollen ichtwas außzugeben, es Sehe denn, das Ihnen auß den Vollen Rath, nach fleissiger und Reisser erwegung anbefohlen, und darauff wie oben Verührt, eine genugsame und gültige Certification gegeben werde. Ober alle und Jede Gemeine einkünfte, empfang und außgaben sollen alle Jahr die Raitungen dem Stadt Rath eingehändiget, und derselben eingebung Uns oder Unseren Königl. Ambt der Landts-hauptmannschaft Zu wissen gemacht werden, damit gewisse Persohnen Zu übersetzung derselben Verordnet werden mögen.

Was denen Burgermeistern oder denen Rathß Persohnen, wann sie das Burgermeisteramt Verwalten, für selbige Zeit, und so lang sie das Burgermeisteramt auff sich haben Zu ihrer Unterhaltung gegeben werden Soll, dieses soll in Vollen Rath ohne Verzug erwogen, und eine leidentliche, und Mässige unterhaltung ausgefolget, über dieses, was also in Vollen Rath wird Verordnet werden, dem Burgermeister nichts mehr aus dem gemeinen einkommen Verwilliget noch gegeben werden. Sollte obbemeldter Unser Königl. Richter Verspüren, oder Vermerken, das mit dem gemeinen einkommen (nach übler alter gewester gewohnheit) Von dem Primator, Burgermeistern und Stadt Rath, wolte übel Verfahren werden, die gemeine Stadt Schulden nicht Befriediget und Bezahlt, und die wirthschafftß Vernachlässiget, und Verringert wurden, oder das Jemand in Verwaltung der gemeinen einkommen seinen eigenen gewinn und Nutzen Suchen thete, wie dann auch in gleichen, das Jemandß auß denen Rathß Verwandten, oder auß der gemeinde, wieder die obbeschriebene Articul das geringste wurde für sich nehmen, und handeln, Von dießem allem soll Unser Richter nicht saumen Uns, oder Unserem Königl. Ambt der Landts Hauptmannschaft, undt Königl. Landts Unter Cammerer Bericht Zu thun, Damit also alle unordnung, und ungebührliches Beginnen zeitlich eingestellet, und unterbrochen werden möchte. Endlich soll Unser Königl. Richter Vermög der Verneüerten Landtsordnung Fol. 216. §. 6. So in Einer Peinlichen frag 2c., Item Fol. 226. §. 6 würde etwann 1c. Fol. 229. 6§. So Viel aber in Sachen und Fol. 232, et 33 a. §. wurde etwann Einer 2c., So Viel es seine Persohn antrifft, und Ihme Zu Thuen gebühret,

sich Verhalten, Und demselben Nachkommen, und geleben, und also Wissen, das Er an deme Unseren Kayserl. und Königl. gemessenen willen erfüllen wirdt.

Geben auff Unseren Königl. Schloß Zu Preßburg den 30. Monathstag September, in Sechzehen Hundert, Neün und funffzigsten, Unserer Reichs des Römischen in anderten des Hungarischen in fünffsten, und des Böhmeischen in Vierten.

Reopold.

(L. S.)

Ioannes Hartwigius Comes de Noslitz

Ad mandatum Sacræ Cesareæ

Reg. Bae. S. Cancellarius.

Regiæque Majestatis proprium.

Pacta m. p.

Juramentum Cæsarei seu Regii Judicis.

Ich N. N. Schwöre Gott dem allmächtigen der gebenedeyten Mutter Gottes, allen Heiligen, und dem aller Durchleuchtigsten, Großmächtigsten, und unüberwündlichsten Fürsten und Herrn Herrn Reopoldo Ermählten Römischen Kayser, Zu Hungarn und Böhmeib König, ꝛ. als König in Böhmeib, und Marggraffen in Mähren, und meinen Rechten Erbherrn, Ihrer Königl. Majestät. und Nach derselben denen auß Dero Königl. geschlecht, und geblüth Nachkommenden Königen, und Erben Zu diesen Marggraffthumb Mähren getreu, und gewärtzig Zu seyn, Und das ich will und Soll das ambt des Königl. Richters in der Königl. Stadt N. so mir anjeko Von Ihro Königl. Majestät anVertrauet wirdt, recht führen, und demselben wohl Vorstehen, insonderheit über Ihrer Majestät-Hochheit, und Regalien, über der Policey, und guten ordnung gemeiner Stadt eüsserig halten, dem armen sowohl als dem Reichen, den Wittiben und weysen die gerechtigkeit ertheilen, Ihrer Excellenz dem Herrn Landts-hauptmann, und gesambten löbl. Königl. Ambte, wie auch den Herren Landts Unter Cammerern, allen schuldigen gehorsamb und respect leisten; Unangesehen gunst oder ungunst, forcht, freundschaft, oder feundschaft, nimmermehr wissentlich in dem Rath oder Zusammen Kunfften Zuseyn, da wieder Ihro Majestät Persohn, Ehre, würde, Recht, oder Stand etwas Vorgenommen würde, noch dieselbige gestatten, Viel weniger darein Bewilligen, in Reinerley wege, sondern Ihro Majestät, Deroselben Erben, nachkommenden Königen Zu Böhmeib, und Marggraffen Zu Mähren Ehr, nutz, und frommen Betrachten, die geheimbnuß Ihrer Majestet Und die Rathschläge Bey mir Behalten, und sonsten alle andere Zum Königl. Richter-Ambt gehörige Sachen, Zu Beförderung Ihrer Majestät Dienste, und des gemeinen Bestens, Treulich und wohl Verrichten, als mir Gott helffe, die gebenedeyte Mutter Gottes, und alle Heilige.

I n d e x.

A.

Abfahrtsgeß 435.
 Abſchied 316.
 Abtretenber Rath S. Gemeinderath.
 Accidentien S. Taxen.
 Acciſe 567.
 Acht 359, 372 524, 526.
 Abel 12 — 16, 18 — 20, 25, 29, 64, 75, 253, 259, 260 — 262, 266 ff., 275, 279, 284, 286, 293, 320 ff., 330 ff., 337, 343, 374.
 Administration S. Wirthſchaft.
 Abboſaten 118, 123, 320, 327, 328, 382, 401, 403, 404, 442, 448, 457, 519, 540, 554, 556, 574.
 Advocatus S. Bogt, Richter.
 Aelteſter 377, 379, 380, 595.
 Aemter 370, 377, 385, 390 ff., 396 ff.
 Aerzte S. Sanitäts-Anſtalten.
 Aeufferer Rath 366 und Gemeinderath.
 Katholiken S. Evangel.
 Allen 32.
 Allerheiligen 11.
 Allerheiligen-Kirche 10, 230.
 Allgemeines Recht S. Gemeines.
 Altbrunn S. Brunn.
 Alter Rath S. Gemeinderath.
 Amtleute 595, 596.
 Anfälle 592, 593.
 Ager 10¹⁾.
 Angießer 365.
 Auflage. Anfläger (öffentl.) 367, 526, 528, 552, 594.

Anna-Grund 16, 18, 21 — 29.
 Annakirche 9.
 Annakirchel 17.
 Annakloſter 10, 17, 88, 95, 204, 228, 230, 323.
 Anſäſſigkeit 427.
 Anſichten S. Pläne.
 Anſiedlung 9, 11, 16, 224, 251, 252, 254, 257, 272, 275, 279, 280, 285, 288, 315, 358.
 Antons-Spital S. Spitäler.
 Anwalt. Anwaltschaft S. Wirthſchaft.
 Anwalt (Staats-) 578 S. Kaiſerrichter.
 Apotheker 4, 330 ff.
 Appellation 122, 124, 359, 373, 498, 500, 545, 547, 548, 576.
 Appellationsgericht 381, 452, 461, 537, 543 ff.
 Arbeitshäuser 115, 116, 129, 135, 202, 346, 439.
 Arm und Reich 360, 372.
 Arme 11, 65, 432.
 Armenanſtalten 4, 17, 22, 29, 45, 49, 60, 65, 118, 432.
 Artillerie 295, 311, 313, 314, 345, 451.
 Aſpl 524.
 Aufgebot 295, 299, 308, 309.
 Aufnahme 316, 435.
 Augarten 17, 572.
 Auguſtiner 17, 21, 26, 87, 95, 101, 126, 129, 149, 203, 209, 217, 224, 228—230, 233, 234, 323, 325, 553.
 Auguſtiner-Grund 25, 26, 27, 28, 29, 229.

¹⁾ Wir nehmen von brünner Plätzen und Gäßten hier nur jene auf, welche nicht mehr beſtehen oder unter ihrem früheren Namen nicht mehr vorkommen oder aber eine beſondere Bezeichnung haben.

Auslagen (Gemeinde-) 44 — 53, 58, 59, 64 — 78, 387, 421, 450, 467, 480, 553, 557, 595.

Ausschuß S. Gemeinde- und Landes-Ausschuß.

Autonomie 358, 484, 486, 492, 575.

B.

Babenberg'sches Recht 257, 258.

Babnhäuser, Bäder 228 — 230, 232.

Bädengasse 16, 20, 22, 24, 25, 27 — 29, 231, 233, 237, 239, 240.

Bälle 119, 124.

Bänke (Gerichts-) S. Schranne.

Bäuerliche Rechte 486.

Bahrrecht 524.

Banthalhaus 330, 343.

Banlet S. Ehrungen.

Barbara-Kirche 17.

Barmherzige 149.

Basteien 24, 32, 93, 97, 225 ff., 242, 245, 296.

Bauamt 35, 370, 390 ff., 400, 434, 448, 452 ff., 472.

Bauer S. Unterthan.

Bauersprachen S. Bürgersprachen.

Beamte 18, 19, 25, 29, 64, 317, 320, 328, 404, 442, 457, 466, 474, 512, 520, 540, 554.

Bedelli S. Frohnbote.

Befestigung 221 ff., 271, 261, 284, 288, 290 ff.

Belagerungen 11, 18.

Belehrung S. Rechtsbelehrung.

Beleuchtung 33, 46, 65, 67, 69, 77, 78.

Beliebungen 277.

Beneficial-, Beneficianten-Amt 378, 391, 393, 398, 402.

Bequartirung S. Militär.

Bergmeister 375 (nicht Bürgermeister, wie dort).

Bergrecht 499, 517, 577.

Bernardiner S. Franziskaner.

Berufung S. Appellation.

Besatzung S. Militär.

Beschau 390, 397.

Besiebnen 527, 583.

Besitzfähigkeit 316, 321, 322, 335, 560.

Befolgungen 388, 389, 396 ff., 400, 410 ff., 424, 451 — 457, 467, 553, 575 ff., 596.

Bestätigung (der Rathswahlen) 390, 405, 420, 421, 447, 455.

Besthaupt, Budtheil S. Mortuar.

Bettelei 118, 120, 595.

Bevölkerung 10, 14 — 29, 34, 65, 79, 324.

Bewaffnung 220, 267, 271, 273, 275, 291 ff., 371, 576.

Bewidmung S. Rechtsbew..

Bezirke (Gemeinde-) 29, 33—36, 46, 52 ff., 277, 292.

Bibliotheken 4.

Bier (Brauerei- und Schank-) 63 — 65, 69, 73, 78, 90, 325, 330 — 332, 365, 384, 386, 393, 397, 406, 427, 432, 449, 471, 553 ff., 557, 558, 562, 563, 566, 567.

Biereimerzoll 66, 558.

Bier-Lag S. Lag.

Bischofshof 326, 331, 343.

Blazowitz 21, 22, 24, 27.

Bleichwiese 22.

Blinder Schwein 527.

Blutrache 523.

Bočel 212.

Böhmengasse 11.

Böhmische-Sprache 375, 376, 382, 491, 506, 537, 545, 548.

Böhmische Stadtrechte 261, 289, 536.

Bohnengasse 231.

Boten 301, 401, 442.

Brände 11, 13, 224, 231, 242, 247, 256.

Branntwein (Brennen- und Schank-) 64—66, 69, 73, 78, 330 ff., 406, 471, 553, 557, 558.

Breitengasse 231.

Breslau 254, 255, 271, 272, 490, 494, 503, 505, 549, 576.

Brodeßer 373.

Brodmarkt 377.

Brodverpackungs-Schuld (Starell'sche) 68, 559.

Brüden 17, 50, 64, 75, 224, 246, 260, 334, 365, 557.

Brünn (Alt-) 7, 9, 13, 16, 19 — 22, 24—30, 36—41, 64, 223, 228, 229, 257, 333, 458.

Brünner Oberhof 497, 545.

Brünner Recht 8, 209, 212, 255, 257, 261,
 494 ff. 536, 539.
 Brünner Thor S. Thore.
 Brünner Viertel S. Viertel.
 Brunnen 217 — 219, 314.
 Buchdruckereien 4, 331.
 Buchhalter, Buchhaltung 377, 390 ff.,
 397, 401, 409, 435, 437, 440, 443, 446,
 447, 466, 468, 476, 554, 556.
 Buchhandlungen 4.
 Bücher (S. Gerichts-, Stadtbücher) 426, 464,
 487, 493, 502.
 Buchhaus 311, 332.
 Büchsen S. Waffen, Geschütz.
 Bündnisse 283 — 285, 287.
 Bürger 16, 18, 19, 21, 30, 31, 37, 55, 64,
 76, 93, 98, 112, 222, 263 ff., 293, 294,
 298, 340, 352, 360, 379, 386, 406.
 Bürgerl. Ausschuss S. Gemeindeausschuss.
 Bürgermeister 34, 38, 40, 43, 44, 284,
 285, 300, 361, 364, 369, 371, 372, 377,
 379, 387, 391 ff., 396, 404, 408, 413,
 425, 452 ff., 455, 457, 460, 461, 573 ff.,
 595, 596.
 Bürger Sprachen. Bauersp. Bursp. 277, 494.
 Bürger-Recht, Bürger-Eid, Bürger-
 buch, Bürgerpflicht, 32, 76, 282, 284,
 290, 315 ff., 322 ff., 337, 387, 389, 400,
 420, 435, 480, 529, 537, 574 ff.
 Bürgerstand 222, 260, 269, 277, 279, 282,
 287 — 290, 293, 322, 358, 536, 560 ff.
 Bürger-Versorgungs-Anstalt 4, 47.
 Bürgerwache, Bürgercorps 93, 94, 99,
 101, 220, 271, 296, 298, 307 ff., 324,
 344, 348 ff., 400, 404, 577.
 Bürgerl. Besitzfähigkeit S. Besitz.
 Büttel S. Frohnbote.
 Burg, Burgus, Burgum, Burgbann
 81, 88, 221, 228, 251, 255, 257, 263, 271,
 282, 288, 492.
 Burgenses 294.
 Burggrafen 83, 269, 278.
 Burgrecht 251, 254.
 Burgweggasse 11.
 Busse (Wandel, emendare) 361, 371, 523,
 524, 529, 538.

C.

Caducitäten S. Anfälle.
 Camine S. Ramine.

Candele 218.
 Canonisches Recht 262, 484, 487, 489,
 497, 511 ff., 527 ff.
 Kanzlei S. Ranzlei.
 Capitularien 483.
 Carlshof 17.
 Carolina S. Strafrecht.
 Castellan S. Burggrafen.
 Castellum, Castrum, Castellani, Castrenses
 221, 251.
 Cataster S. Kataster.
 Cause majores, minores 531.
 Censur 4.
 Cerroni 210.
 Chlumedy 212, 214.
 Chroniken 4, 5, 203 ff.
 Cimentirung 4, 48, 59, 60, 432.
 Cippus S. Stod.
 Cisterzienser-Nonnen 9, 17, 36 — 40,
 83, 85, 86, 95, 128, 204, 209, 228, 229,
 323, 325, 329.
 Cives, Civitas 221, 251, 253, 263, 268,
 293, 294, 360, 363, 573.
 Cobifilation 493, 511, 520, 531, 536.
 Colonisation 252, 254, 257, 272, 275,
 279, 280, 285, 288, 494, 578.
 Commun-Ausschuss S. Gem. Ausschuss.
 Commune, Communität 270, 276, 278,
 363, 368, 376, 573.
 Commensurales 373.
 Composition S. Buße.
 Conjuratio 278, 284, 492.
 Conjuratores S. Eibhelfer.
 Conscriptio 345.
 Consilium 363, 369, 372, 573.
 Constabler 291, 304, 312.
 Consules 270, 274, 276, 277, 362, 363
 369, 372, 391, 573 ff.
 Consumo-Ausschläge 240, 330, 332, 450.
 Contribution 63, 381, 391, 438, 561 ff.
 Cprilli-Kirche 17.
 Cjifann 145, 168, 457, 462.

D.

Deblin 459.
 Defret 403.
 Deputirte 403, 425, 561, 568 ff.
 Deputate 396 ff., 410 ff., 424, 451—457,
 477, 478, 575 ff., 596.

Deutsche 2, 7, 224, 251, 254, 256, 279 ff.,
 288, 363, 494 ff., 578.
 Deutsche Sprache 294, 375, 382, 485,
 488 ff., 506, 537, 545, 548, 579.
 Deutschen-Spiegel 488, 489.
 Deutscher Orden 254, 282.
 Deutsches Recht 254, 258, 286, 289, 482 ff.,
 520 ff., 537, 549.
 Dictamen S. Formelbücher.
 Dienstbezeichnungen S. Gemeinberath, Ma-
 gistrat, Wirkungskreis.
 Dienstrechte 486.
 Disasterialhaus S. Landhaus.
 Ding 357, 373.
 Direktorium S. Wirthschaft.
 Discretionen 383, 411, 418, 428, 435.
 Divisiones (der Rathmänner) 389, 409 ff.,
 428, 433.
 Dörrröhl 10, 13, 16, 19 — 22, 24 — 29,
 228, 229, 232.
 Doktoren 369, 401, 462, 511, 512, 540,
 547, 554, 556.
 Dominikaner 17, 203, 204, 217, 228, 256,
 283, 223, 325.
 Dominikanerinnen S. Annakloster und
 Maria-Zell.
 Dornich 10, 13, 22, 25, 27, 28, 29, 228,
 229, 232, 370.

E.

Effekten S. Feilschaften.
 Ehe 318, 336, 575.
 Ehrenbezeugungen, Ehrungen, Er-
 gößlichkeiten, Banquet, Traktament, 383,
 389, 395 — 397, 419, 424, 425, 428, 431,
 435, 596.
 Ehrlich, Ehrlosigkeit 318.
 Eibhelfer 525 ff.
 Einheit des Rechts S. gemeines Recht.
 Einkommen (Gemeinde-) 44 — 53, 58, 59,
 62 — 78, 428 ff., 442 ff., 448 ff., 467,
 480, 557, 595.
 Ein- und Auslassgelder 411, 424, 430,
 556.
 Eintheilung 10.
 Eisenbahnen 4, 7, 242, 243.
 Einungen S. Statuten.
 Ellenbs-Ansiedlung 11.
 Elisabethinerinnen 169.

Eltester S. Aelterster.
 d'Elvert 4, 24.
 Emendat S. Basse.
 Entlassung 316.
 Epocillationsgebühr 46.
 Ergößlichkeiten S. Ehrungen.
 Erneuerung (des Stadtrathes) 363, 366,
 377, 383, 384, 393, 417, 440, 447, 574 ff.
 Erziehungsanstalten 4.
 Evangel. Bethaus 17, 330.
 bto. Confessions-Verwandte 17,
 26, 29, 79, 112, 114, 244, 378, 379.
 Exactiones, Extorsiones, Emolumenta,
 Portiones, Sporteln 400, 411, 425, 428
 (S. divisiones).

F.

Fabriken 15, 17, 29, 121, 125, 130, 334,
 335.
 Familia 371.
 Familien 10, 15, 16, 18, 22.
 Familien-Namen 369.
 Fehde 523, 524.
 Feilschaften (obrigl.) 544, 562.
 Felbgasse 20, 27, 229.
 Ferdinands-Thor S. Thore.
 Festungen 102, 103, 127, 175, 221 ff.,
 233, 235, 238.
 Festungs-Kommandanten (Spielberg)
 99, 577.
 Feuer S. Brände.
 bto. -Anssicht 370, 391 ff., 575.
 bto. -Kommissäre S. Viertelmeister.
 Feuerprobe S. Gottesurtheil.
 Fiafer 4.
 Finbelhaus 4, 17, 128.
 Fiskal 528, 591, 592.
 Fischamt 390, 393.
 Fischerfeld 229, 308.
 Fischergrasse 14, 22, 126, 308.
 Fischmarkt 329, 332.
 Flandern 8, 225, 252, 256 — 258, 264,
 274, 279, 288.
 Flandrisches Recht 257, 494, 507.
 Fleischmarkt 377, 430.
 Fleischregie (magistr.) 558.
 Folter 364, 371, 527, 534.
 Formelbücher 491.
 Fortification 98 ff., 128, 126, 221 ff.

Fortifikations-Direktion 235 ff., 330, 332, 333.
 Fortifikationsgründe 101, 171 ff., 221 ff.
 Fourier-Amt S. Quartiermeister.
 Fränkisches Recht 507.
 Frankreich 276, 278.
 Franz Josefs-Strasse S. Leichbamm.
 Franzensberg 242, 247, 249, 572.
 Franzisci-Kapelle 17, 110.
 Franziskaner 13, 17, 173, 204, 323, 325, 346, 459.
 Franziskanerinnen 13, 323, 325.
 Franzosen 104, 136 ff., 348, 352.
 Fredum S. Gewebde.
 Freiberg 272, 280.
 Freiburg 274.
 Freihäuser 322, 328.
 Freiheit 270 ff., 359, 482.
 Fremde 20 — 22, 25 — 29, 224, 252, 361, 529.
 Fremde Rechte S. Rechte.
 Freudenthal 253, 254, 502, 505.
 Frevel 530.
 Friede S. Stadtfriede.
 Friedhöfe 17, 32, 47, 48, 50, 325.
 Fröhlicher Gasse 224.
 bto. Thor S. Thore.
 bto. Viertel S. Vierteln.
 Frohnbote 364, 368, 525, 526.
 Fundationen 595.

G.

Gärten 9, 11, 13, 14, 16, 91, 92, 126, 177, 224, 228 — 232, 235, 237, 240, 242, 323, 326, 332 ff.
 Gassen 218, 330 ff.
 Gallici 256.
 Garde S. Wache.
 Gasterei S. Ehrenbezeugung.
 Gasthäuser S. Wirthshäuser.
 Gau 221.
 Gapa 12, 14, 15, 66, 70, 388, 394, 395, 456, 458, 468, 568.
 Gebärd-Anstalt 4, 128.
 Geburten 23.
 Gefälle 442, 448 ff. 468, 553, 557.
 Gefängnisse (S. Stod) 393, 394.
 Geistlichkeit 15, 16, 18, 19, 25, 29, 75, 79, 266, 278, 320, 321, 324, 375, 511, 595.
 Geistspital S. Spitäler.
 Gelbhülfen 295, 308.

Gelehrte S. Rechtsgelehrte, literati.
 Gemein. Gemeinde S. Communität.
 Gemeinde-Ausschuß 30, 34, 35, 37, 41, 405, 406, 413, 420, 454, 457, 466, 475 ff.
 Gemeinde-Anstalten 439.
 Gemeinde-Ordnung 83.
 Gemeinde-Rath 34, 260, 261, 270, 274 — 276, 278, 282, 284 — 286, 288, 293, 328, 344, 361 ff., 377 ff., 387 ff., 396 ff., 404, 408 ff., 440 ff., 452 ff., 545, 574 ff.
 Gemeinde-Vermögen S. Vermögen.
 Gemeinde-Vorsteher S. Richter.
 Gemeinbewesen 220, 251, 256, 358, 402 ff., 419 ff., 440 ff., 553 ff., 571, 578.
 Gemeinde-Zuschlag 33, 44, 46, 51, 59, 61, 68, 69, 75, 559, 560.
 Gemeine (viri communes) Gemeinredner, Gemeindevertreter 368, 403, 413, 414.
 Gemeines Recht 513 ff., 532 ff., 537 ff., 543.
 Genannte 366.
 General-Commando 99, 346, 557.
 Genie-Direktion S. Fortifikations-Direktion.
 Genossenschaften 279, 293.
 Gerberei 265.
 Gerechtsame 482.
 Gerichtsbänke 367.
 Gerichtsbarkeit. Gerichtsverwaltung 9, 20, 22, 26, 27, 32, 62, 65, 69, 70, 115, 118, 257, 261, 273, 281, 287, 289, 330, 358 ff., 373, 381, 414, 440, 458 ff., 482, 511 ff., 530 ff., 574.
 Gerichts-Gebühren 44, 46, 51, 59, 411.
 Gerichtshäuser 17.
 Gerichtsordnung S. Proceß.
 Gerichtsschreiber 364, 369, 399, 424.
 Gerichtstafeln. Gerichtsbücher 361, 364, 367, 369, 372, 374.
 Gerüste 525.
 Geschenke S. Discretionen.
 Geschlechter 269, 294, 320, 361, 370.
 Geschriebenes Recht 493, 515, 530 ff., 543.
 Geschütz 89, 93, 225, 295 ff., 304, 307, 345.
 Geschworne S. Schöffen, Gemeinderath.
 Gesellschaften 4.
 Gesetzgebung 358, 359, 482 ff., 517, 520 ff.
 Getränkzuschlag 558.
 Getreide-Einschreibgebühr 49, 52, 59.
 Getreibelaften 305, 393.
 Getreibemarkt 243.
 Gewebde, Wette 361, 371, 523, 525.

Gewerbsleute S. Handwerker.
 Gewerbeverleihung 32.
 Gewicht 4, 38, 370, 398, 595.
 Gewohnheitsrecht 277, 284, 318, 336,
 364, 482, 484, 485, 489, 491, 516, 530,
 540, 541.
 Gilben S. Zünfte.
 Giltpferd 561, 562, 576.
 Glacis 32, 239 — 242, 246.
 Gleven — Glevener 291.
 Gottesurtheile 525, 526.
 Grabengasse 16, 18, 21, 22, 24 — 29, 233.
 Gräben S. Fortifikation.
 Grillowitz 11, 22, 27, 229, 231.
 GröÙe 218.
 Grünes Thor 226.
 Grundbücher S. Stadtbücher.
 Gubernium 442 ff., 452, 461, 466, 468,
 474, 476, 478, 481.
 Güter 57, 62 — 65, 69 — 71, 75, 90, 92,
 261, 289, 321, 385, 391 ff., 400, 406, 421,
 425, 435, 438, 442, 466 ff., 557, 574, 595,
 596.

S.

Haberler (Bürgermeister) 40 (S. über ihn
 Neuigl. 185—).
 Habilitirung 317, 337, 417, 418.
 Hadelgasse 14, 126, 237.
 Hadel-Thor S. Thore.
 Häuser 14 — 29, 65, 76, 214, 217, 218,
 324, 325, 330 ff., 339.
 Häuser-Numerirung 15, 214.
 Halsgerichte 414, 440, 458, 535 ff., 550 ff.
 (S. Gerichtsbarkeit).
 Halsgerichtsordnung S. Strafrecht.
 Handel 8, 11, 29, 62, 64, 224, 252, 258,
 261, 264 — 266, 272, 274, 275, 278 —
 281, 324, 370, 373, 384, 429, 440, 441,
 513, 553, 564 ff., 575, 580 ff.
 Handelskammer 47, 49, 52, 60.
 Handfesten 492.
 Handhafte That 525.
 Handwerker 10, 11, 25, 29, 31, 38, 84,
 228, 230, 261, 268, 269, 274, 277, 278 —
 280, 287, 291, 294, 300, 316 — 318, 320,
 324, 329, 361 — 363, 366, 370, 376, 377,
 386, 402, 406, 413, 420, 457, 498, 562,
 564 ff., 589.
 Handwerker-gasse 11.
 Hansa 275, 280.
 Hanzely 207.

Hartlgasse 11, 13, 229.
 Hartluma 13, 229.
 Hauptstadt 12, 13.
 Haura 209.
 Hausbesitz 316, 321.
 Haus-Zinsertrag 24, 46.
 Haus-Zinssteuer 24, 46.
 Heilanstalten 4, 45.
 Heinrichsgasse 11.
 Heirathszwang 859.
 Henker 529.
 Herburger-Nonnen S. Maria-Zell.
 Herlth 40, 355.
 Herrenhäuser S. Schloßhäuser.
 Herrenstand 320.
 Herrschaften 30 S. Feilschaften.
 Hertina 11.
 Hexerei 530, 534.
 Hinterlassen 366, 373.
 Höhere Stände S. Standespersonen.
 Hofgericht 374.
 Holz-Ausschlag 67, 558.
 Holz-Thor S. Thore.
 Honorationen 25, 29, 314, 320, 575.
 Hradisch (Stadt) 14, 15, 66, 70, 103, 104,
 112, 126, 127, 227, 235, 388, 392, 394,
 456, 458, 468, 498, 568, 573.
 Hradischer Recht. Hr. Oberhof 498, 545.
 Hulbigung 319.
 Humanitäts-Anstalten 4.
 Humanistische Richtung 517.
 Hussiten 11, 88, 232.
 Huttergasse 11, 13, 232.
 Hutterteich S. Teiche.

J.

Jägerndorf 505, 541, 578.
 Jagd 436.
 Jahrmärkte 38, 40, 62, 64, 65, 69, 73,
 74, 78, 224, 260, 411, 430, 553, 555, 557,
 564, 567.
 Jakobskirche 87, 93, 203, 209, 213, 218,
 224, 226, 256, 323, 325, 326, 379.
 Jesuiten 4, 17, 86, 95, 204, 231, 323, 325,
 332, 345.
 Jglau 12, 14, 15, 66, 70, 100, 217, 255,
 257, 262, 263, 301, 302, 305, 366, 388,
 392, 394, 413, 415, 454, 458, 468, 487,
 494, 499 ff., 545, 550, 561, 563 ff., 573,
 574, 577.
 Jglauer Recht, Jgl. Oberhof 212, 255,
 262, 487, 494, 499 ff., 544, 577.

Immunität 269, 275.
 Innerer Rath 366 und Gemeinderath.
 Innungen S. Zünfte.
 Inquisition 528, 552.
 Inspektion S. Wirthschaft.
 Instruktionen 380, 385, 419, 467 ff., 591.
 Invaliden 117, 118, 172.
 Johann von Geylnhausen (Notar) 461, 492, 577.
 Johannes (Notar) 461, 496.
 Johannskirche S. Minoriten.
 Johanni-Kapelle 239.
 Johanni-Spital S. Spitäler.
 Johanniter 10, 83, 228.
 Josephskirche S. Franziskanerinnen.
 Josephstadt 16, 18, 21, 22, 24 — 29.
 Josephstädter Graben S. Graben.
 Journalistik 4.
 Irrenanstalt 4, 128.
 Italien 274, 276, 370, 510, 524.
 Juden 16 — 19, 26, 28, 29, 43, 64, 65, 79, 119, 124, 209, 224, 266, 288, 334, 373, 375, 403, 406, 412, 553, 575, 588.
 Juden-Thor S. Thore.
 Index. Jurati S. Richter, Schöffen.
 Judicium 361, 367, 373, 374, 375.
 Jura 257, 359, 368, 482, 495, 539.
 Juristen S. Rechtsgelehrte.
 Jus superius, majus S. Oberhof.
 Justitia 482.
 Justizwesen (Verwaltung) 384, 537 ff.

R.

Rämmerer (Landes-Unter-) 66, 83, 84, 289, 359, 363, 365, 373, 377, 383, 384 385, 388, 389, 393, 402, 409, 419, 431, 443, 447, 466, 539, 592 ff.
 Kaiser, kbnigl. Richter S. Richter.
 Kaiserrecht 491, 506, 510, 537, 538, 543, 549.
 Rammeramt, Rammermeister 391 — 394, 400, 402, 434.
 Rammer l. f., Rammerzins 83, 87, 90, 91, 288, 363, 373, 377.
 Rammeralhaus S. Rathhaus.
 Raminen-Besteuerung 14, 339, 402, 408, 427, 438, 563 ff.
 Ranzlei 452 ff., 512.
 Ranzlei-Ordnung 463.
 Ranzler S. Prokurator.
 Rän S. Kirchen.

Rapitalien 428, 478.
 Rapuziner 13, 108, 110, 204, 232, 323, 325.
 Rarpzow 533.
 Rarten S. Mäne.
 Rathause 87, 95, 203, 204, 228, 229, 323.
 Rasernen 17, 76, 77, 129, 172, 332, 338, 342 ff., 557.
 Rasernfond 342, 347.
 Rasse, Rassirer 35, 391 ff., 399, 401, 426, 452 ff., 468, 474, 595, 596.
 Kataster (Landes-) 561 ff.
 Ratholiken 29, 79, 316, 378, 379.
 Raufhaus 224, 253.
 Raufleute S. Handel.
 Refermühle S. Mühlen.
 Reuren S. Willküren.
 Rindl 208.
 Kirchen 9, 10, 13, 17, 76, 79, 85, 95, 99, 103, 108, 110, 173, 191, 220, 228 ff., 239, 256, 259, 264, 283, 284, 288, 322 ff.
 Kirchenamt, Kirchenväter 391 ff., 398, 438.
 Kläger 525.
 Klagspiegel 519, 524, 531.
 Kibler 10, 11, 13, 17, 76, 90, 103, 128, 139, 228 ff., 253, 256, 259, 261, 264, 283, 288, 320 ff., 330, 343, 554.
 Klosterhäuser 321 ff., 330 ff.
 Königin-Kloster S. Cisterzienserinnen.
 Königseld 21, 22, 24, 26, 27, 228.
 Königsgarten 10, 27.
 Königshaus 329.
 Königsleute 268, 270.
 Königliche Städte (Kaiser-Städte) 288, 359, 362, 548, 551, 560.
 Kören, Kären S. Willküren.
 Kolbin 536.
 Koller 214.
 Kontrolle S. Buchhaltung, Gemeinbeauschuß, Rämmerer, Kreisamt, Gubernium.
 Kopfhäusel 17.
 Koschinsky 207, 462.
 Rothgasse 11.
 Kraßau 271.
 Krankenanstalten (S. auch Spitäler, Lazareth) 4, 33, 67, 68, 77, 128, 131, 558, 559.
 Kreisämter 381, 466, 467, 474, 477, 481, 557, 577.
 Kreuzgasse 16, 18, 20 — 22, 24, 25 — 29, 229.

Krenzhof 10, 16, 21, 22, 24, 26, 27, 229.
Kriegs- (Waffen-) Dienst, Pflicht & Bewaffnung.
Kriminal-Gerichtbarkeit 414, & **Gerichtbarkeit.**
Kriech 462.
Kritiken 21, 22, 24, 26, 27.
Kröna 10, 11, 13, 16 — 18, 20, 22, 24 — 29, 225, 228, 229, 231, 235, 237, 239.
Kumrowitz 15 — 17, 19, 27, 34, 228, 229.
Kunigunde-Kirche 17.
Kunst 4, 11, 210, 213, 225, 262.

L

Ladewiese 9, 18, 20, 22, 24 — 29, 231.
Lärm-Bastei 235.
Lage 7, 81, 218.
Lahnen-Besteuerung 561 ff.
Laienspiegel 519, 531.
Lampel-Mühle & Mühlen.
Landesausschuß 572.
Landesbuchhalter & Buchhalter.
Landeshauptmannschaft & Tribunal.
Landfrieden 285.
Landhaus 17, 128, 242, 243, 309, 325, 329, 333, 347.
Landkutscher 4.
Landrecht, Landfrieden, Landesordnung 12, 14, 85, 100, 254, 257, 259, 262, 328, 373, 374, 486, 488 ff., 490, 506, 518, 521, 522, 530, 532, 536 ff., 549, 550.
Landtafel 12, 322, 325, 374, 502.
Landtage 12, 14, 85, 100, 289, 290, 321, 328, 453, 561 ff.
Lateinische Sprache 376, 377, 483, 485, 491, 519.
Lazareth 17, 334, 436.
Lech 11, 229, 230, 232.
Lebergasse 11, 22, 25 — 29, 231 — 233.
Leges barbarorum 482.
 dto. communes & Gemeines Recht.
Lehen, Lehenmannen, Lehenrecht 262, 267, 270, 284, 374, 448, 486, 488 ff., 517.
Lehmstätte 22, 27, 229, 232.
Leibmunt (Juden-) 430.
Leichenfond 47.
Leibamt 439.
Leobschitzer Recht, Leob. Oberhof 255, 257, 504 — 506, 548.

Libri 372.
Liefergelber 424.
Literati 369, 404, 410, 414, 415.
Literatur 4, 203 ff.
Lochenberg 10, 13, 230.
Lothal-Zuschläge & Zuschläge.
Losung 63, 64, 205, 363, 365, 376, 387, 399, 553.
Losungarium 372, 496.
Losungen 365, 378, 391, 393, 399, 406.
Lotterie 118, 123.
Ludwig (Chronist) 206.
Luh (Kloster) 228, 229.
Lustseuche 4, 12, 206.
Luz & S. Altbrunn.

M

Mälzer 566.
Märkte 38, 222, 224, 252, 255, 257, 266, 282, 284, 365, 370, 376, 411, 425, 429, 430, 567.
Magdalena-Kirche & Franziskaner.
Magdeburg, magdeburger Recht 254, 271, 279, 280, 286, 288, 381, 487, 489, 494, 502 ff., 537, 540, 548, 549, 551, 579.
Magistrat 32, 166, 288, 289, 386, 387, 401, 404, 406, 409, 420, 422, 423, 439 ff., 452 ff., 466 ff., 481, 591 ff.
Magistrats-Teich 17.
Maierrhöfe 39, 40, 63, 65, 74, 78, 91, 228 — 232, 325, 333 ff., 386, 398, 434, 450, 451, 553, 557.
Mafel 318.
Mälzbröte, Mälzhaus 57, 249, 325, 330, 332, 434, 449, 557.
Mälzmühle & Mühlen.
Maniloquium & Morgensprache.
Maria- oder leusche Zelle (Kloster) 203, 204, 228, 230.
Maria-Saal & Cistercienser.
Mariazell 15 — 17, 19, 22, 27, 34.
Marienkultus 206, 216, 217.
Marienkirche 9, 83, 229, 256.
Markgenossenschaften 267.
Markt-Ansicht, Marktleute 365, 370, 429.
Marktblotten-Gebühren 44, 45, 51, 89.
Marktrecht 509.
Markt-Sache 59.

Martinikirche S. Kirchen.

Maß 4, 38, 370, 398, 595.

Mauer (Stadt-) 24, 77, 78, 101, 220 ff., 281, 284, 289, 291, 296, 386.

Maut 17, 62 — 65, 69, 83, 87, 228, 235, 240, 257, 260, 261, 330, 365, 386, 421, 428, 449, 450, 482, 553, 554, 557, 560, 575, 580 ff.

Mediocres 293.

Meiße 62, 66, 257, 261, 284, 289, 321, 453, 482, 553, 557, 558.

Merkantilericht 441, 458.

Menzl 461.

Michaeliskirche S. Dominikaner.

Militär-Bequartierung 64, 75, 100, 337 ff.

Militär-Garnison 25, 29, 64, 95, 97, 99 ff., 127, 310, 323, 337 ff., 341 ff.

Militär-Gebäude 250, 330 ff., 341 ff.

Militär-Ökonomie S. Ökonomie.

Milites 294.

Miliz 308, 311, 337, 342.

Ministerialen 268, 287.

Minoriten 139, 203, 256, 283, 323, 325.

Mittlerer, Minderer Stand S. Bürgerstand.

Mönch 225.

Möncher (Menger-) Gasse 224.

bto. Thor S. Thore.

bto. Viertel S. Vierteln.

Mongolen S. Tataren.

Morgensprache 367, 374, 494.

Moriz-Kapelle 17.

Mortuar 273.

Mühlen 62, 63, 65, 66, 89, 91, 225—232, 325, 334, 365, 398, 428, 435, 437, 451, 557.

Mühlenamt 393, 397.

Mühlgraben 20, 22, 24 — 29, 66, 233, 239.

Mündliches Verfahren 372, 382, 481, 519, 528.

Münze, Münzrecht 257, 266, 269, 282, 312, 331, 360, 453, 575.

Mundmannen 285.

Municipalrechte, Municipal-Versammlung 257, 288, 377, 482, 540, 544, 578.

Municipalstädte 443 ff.

Munka 461.

Musteramt 394.

Mutterstadt 254, 286, 370, 497 ff., 509, 543.

N.

Nachteile, Nestite 371, 525.

Nachrichter 364, 368, 371, 528.

Narrenhäusel (Narrenkötter) 308.

Nationalgarbe 356.

Neisse 507, 541.

Neuer Rath S. Gemeinderath.

Neue Welt 230, 406, 451, 553.

Neugasse 10, 11, 16 — 18, 20 — 22, 24 — 29, 91, 227, 230, 231, 233, 237.

Neustadt 12, 14, 15, 66, 70, 217, 253, 254, 376, 388, 392, 394, 407, 413, 455, 458, 468, 502, 503, 568.

Neustift 13, 16, 17, 19 — 22, 24 — 29, 229.

Neuthor S. Thore.

Neutitschein 506, 548.

Niederlage 429, 430, 557.

Nikolai-Kirche 17, 256, 323, 325.

Notar 361, 363, 364, 370, 372, 378, 379, 452 ff., 458 — 462, 491, 514, 515.

Novitii 377, 391.

Nürnberg 272, 280.

O.

Oberhof (Gerichts-), Oberrecht 8, 254, 286, 370, 487 ff., 497 ff., 543 ff., 577 ff.

Obrigkeiten S. Herrschaften, Standespersonen, Untertan.

Obrowitz 15 — 17, 19, 21, 22, 24 — 29, 95, 128, 203, 204, 228, 232, 323, 333, 347.

Öffentliche Verbrechen 535.

Öffentlichkeit (der Verhandlungen) 372, 382, 476, 480, 481, 528.

Ökonomie-Commission (milit.) 17, 129, 329, 564 ff.

Ökonomie (städt.) 409, 419, 420, 442, 447.

Officia 370.

Ogilby 97, 99.

Olmutz 7, 8, 12 — 15, 66, 70, 100, 104, 112, 116, 125 — 127, 129, 217, 235, 239, 241, 254, 301, 302, 317, 321, 322, 363 ff., 376, 384 ff., 391, 392, 405, 415, 451, 458, 459, 468, 502 ff., 548 ff., 563, 568, 573 ff.

Olmutzer-Gasse 24, 25, 27 — 29.

Olmutzer Recht. Olm. Oberhof 254, 502 ff., 548 ff., 551.

Oppidum, Oppidani 221, 251.

Orbel. Orbelbuch 373, 486, 493.

Oslawan 230.

Ott (Bürgermeister) 42.



Panteibing 367, 373, 374.
 Papiermühlen 230, 334.
 Parabeismalb 228.
 Parnaß 217.
 Parzenhübel 82, 89.
 Patrizier 269, 320, 370, 376.
 Pax S. Stadtfriede.
 Personalstand S. Befolgungen.
 Pest 4, 12.
 Petersberg 15, 325, 330, 343.
 Petersburggasse 15, 16, 19, 21, 22, 25
 — 27, 34.
 Petersgasse 16, 19, 20 — 22, 24 — 29.
 Peterskirche 9, 11, 27, 81, 95, 203, 204,
 209, 210, 218, 224, 228, 229, 256, 323.
 Pfahlbürger 284, 298.
 Pfarren 17, 32, 79, 220, 229.
 Pflasterung 64, 65, 67, 69, 77, 78, 557.
 Pilgram 226.
 Pläne, Ansichten und Karten 215 ff.
 Plätze 218, 330 ff.
 Platz-Commando 100, 110, 347.
 Plebiscita 492.
 Plebs, Populus 293.
 Polizei-Anstalten 33, 35, 47, 53, 58, 77,
 558.
 Polizei-Auslagen 44, 45, 49, 52, 71.
 Polizeidirektion 31.
 Polizeifond 33, 46, 49, 51, 67 — 70, 558,
 560.
 Polizeiordnungen 532.
 Polizeiverwaltung 31, 35, 45, 75, 273,
 277, 345, 358, 368, 380, 381, 384 — 387,
 390, 411, 595.
 Polizeiwache 32, 48, 49, 51, 64, 69, 248,
 249, 344, 557.
 Ponawla 11, 228, 229.
 Ponagasse 11, 233.
 Popularität 457, 475.
 Portiones S. Exactiones.
 Posoritz 21, 22, 24, 26, 27.
 Postanstalten 4, 330, 332.
 Praeco S. Frohnbote.
 Präliminar 467.
 Prämonstratenser S. Obrowitz.
 Prag 252, 271, 272, 381, 495, 512, 514,
 536, 540, 543, 573.
 Preis-Satzungen S. Taxen.
 Preußen 14, 126, 127, 217, 236.
 Primator 380, 391 ff., 395, 401, 404, 408,
 410, 424, 442, 448, 451 ff., 595.

Privat-Städte 446, 447, 448, 540.

 bto. Verbrechen 535.

Privilegienrecht 359, 492.

Proceß 518, 521, 525 ff., 548.

Processionen 93, 100, 101.

Prolog 87.

Prolopfkirche 9, 17, 86, 229, 453.

Proscriptio 372, 526.

Protection 399, 404.

Protestanten S. Evang.

Protonotar 366, 373.

Prudentes 363.

Pulver 225, 227, 295, 296, 305, 307, 333,
 346.

Pupillen S. Waisenamt.



Quartiere 29.

Quartierfond, Quartiergelber 339, 427.

Quartierhaus 338, 347, 427, 433.

Quartiermeister 340, 391, 393, 398, 401.



Raab'sches System 450, 469.

Rache 523.

Rablaß 10, 16, 19 — 22, 25 — 29, 228,
 229, 451.

Ramhof 11.

Rang 404, 407.

Rathhaus 40, 63, 65, 78, 108, 213, 219,
 224, 226, 331, 557, 591.

Rath (Stadt-) Rathmänner S. Gemeinbe-
 rath.

Rathswahl 282, 283, 363, 376, 377, 388,
 389, 393, 441, 447, 452 ff., 574.

Rauchfanglehrer 562.

Realschule S. Schulen.

Reception S. Aufnahme.

Rechnungs-Fegung 35, 401, 402, 408, 409,
 424, 437, 489, 476, 477, 595, 596.

Rechte S. babenbergisches, bauerliches, brün-
 ner, böhmisches Stadt-, deutsches, Dienst-, flän-
 drisches, hrabischer, iglauer, leobschützer, mag-
 deburger, olmützer, znaimer, Land-, Lehen-,
 Stadtrecht.

Rechte, fremde S. römisches, canonisches
 Recht.

Rechtsbelehrung 8, 261, 286, 381, 485,
 492 ff., 537 ff., 543 ff., 577 ff.

Rechtsbewidmung 508.

Rechtsbücher 487 ff., 530 ff.
 Rechtsgelehrte 277, 405, 414, 440, 452 —
 462, 511 ff., 530 ff., 578.
 Rechtsgeschichte 209, 212.
 Regalien 269, 273, 380, 386, 469, 510,
 591, 597.
 Registratur 387, 463.
 Reinigung 525 ff.
 Reitschule (Händ.) 17, 330.
 Remuneration S. Discretionen.
 Renner-Gasse 224.
 Renner-Thor S. Thore.
 Renner-Viertel S. Viertel.
 Renovation (des Stadtrathes) S. Erneue-
 rung (S. Leupold S. 227).
 Renthaus 330, 333, 343.
 Repräsentanten S. Gemeinde-Ausschuß.
 Rheinstädte. Rhodanses 224, 252, 274,
 279, 280.
 Richter (Kaiser- oder Königl.) 66, 380,
 387, 407, 410, 424, 447, 452 ff., 458, 459,
 577, 578, 591.
 Richter (Stadt-) 268, 360 ff., 384, 399, 401,
 410, 411, 416, 424, 441, 452 ff., 458, 460,
 573.
 Richter (Grund-) 30, 37 — 40, 42, 43, 232.
 Richtreiß 490.
 Ring 325.
 Ringmauer 296, 298.
 Ringelente 46, 320, 406, 414.
 Ritschel 457.
 Ritterstand 291, 320.
 Robot-Relution 450, 469.
 Römisches Recht 262, 264, 277, 372, 414,
 483 — 485, 487 ff., 495 ff., 509 ff., 529,
 536, 549, 578.
 Rößler 211.
 Romani 225, 256, 264.
 Roth 126.
 Roth's Buch 372.
 Rothe Gasse 22, 24 — 27.
 Rother Thurm 225.
 Rumorwache 299, 344.
 Rzeczowski 21, 24, 26, 27.

S.

Sackfen-Spiegel 485, 488 ff., 550.
 Sächsisches Recht 254, 485, 488, 506, 538,
 548, 550, 551.
 Säuberung 67, 71, 77, 78, 119.
 Salz 62 — 64, 114, 272, 311, 324, 325,
 328, 330, 343, 450.

Sammlungen 4.
 Sanitäts-Anstalten 4, 60, 68, 320, 328,
 404.
 Sanitäts-Auslagen 45, 49, 52, 60, 71.
 Sapientes 369.
 Satzungen (Preis-) S. Taxen.
 Scabini S. Schöffen.
 Scamna sedilia S. Schranne.
 Schank, S. Bier-, Brantwein-, Weinshank.
 Scharfrichter 529.
 Scherge S. Frohnbote.
 Schießstätte 247, 306, 311, 312, 315, 350.
 Schlachtvieh-Markt 61.
 Schlesien 286 ff., 490, 514, 541.
 Schmalzhof 225, 232.
 bto. geld 430.
 Schmefeldorf 444 ff.
 Schmetterhaus 63, 65, 78, 331.
 Schmidt 211.
 Schöffen 8, 205, 212, 220, 256, 259, 260,
 268, 269, 273, 275, 276, 286, 358 ff., 485 ff.,
 512 ff., 528, 530, 552, 573, 577.
 Schöffensbuch 373, 496, 577.
 Schöffensprüche 8, 205, 212, 261, 264,
 485 ff.
 Schoßhäuser 75, 103, 259 — 261, 316,
 321, 322, 330 ff., 335 ff., 343, 427, 556,
 560, 564.
 Schranne 305, 367, 373.
 Schriftliches Verfahren 382, 403, 418,
 528, 537, 550.
 Schrottamt, Schrottgeld 387, 432, 450.
 Schütt, Schutta 11, 225, 229, 231, 553.
 Schützengesellschaften 294, 295, 305, 311
 — 315, 345, 350, 351, 354, 357, 386, 577.
 Schulanstalten 4, 17, 48 — 52, 59, 60,
 239, 244, 266, 283, 325, 332, 345, 389,
 392, 394, 510, 511, 568, 572, 595.
 Schulden 13, 62 — 66, 324, 402, 406, 426,
 439, 467, 469, 478, 553, 556, 595.
 Schultzeiß (scultetus) 269, 273, 275, 325.
 Schuster S. Sutor.
 Schußgelder 430.
 Schwabengasse 11, 16 — 18, 20 — 22,
 24 — 29, 231, 233.
 Schwaben Spiegel 488 ff.
 Schweden 13, 95 — 98, 216, 562.
 Scriba, scriptor S. Notar.
 Senatores S. Rathmänner.
 Seniores 363, 370, 377, 379.
 Sicherheits-Auslagen S. Polizei.
 Siechenanstalt 4, 33, 45, 49.

Sitz und Stimme (b. stät. Deput. b. Land-
 tagen u. a.) 561 ff.
 Eigender Rath S. Gemeinderath.
 Sitzungen 385, 407, 415, 420, 591.
 Slaven 257, 266, 272, 275, 279—281, 286.
 Slavisches Recht 254, 257 — 259, 272,
 287, 289.
 Söbner 88, 94, 295, 299, 300, 308, 358.
 Sokolnik 21, 22, 24, 26, 27.
 Sollicitatoren 556.
 Souches 95, 233, 234.
 Sperrkreuzer 118, 299.
 Spielberg 7, 8, 11, 16, 18, 80 — 201,
 214 ff., 222, 233 ff., 241 ff., 335, 444.
 Spinnhäuser S. Arbeitshäuser.
 Spitäler 4, 10, 17, 63, 80, 86, 108, 110,
 128, 129, 229, 231, 232, 311, 334, 343,
 346, 386, 391 — 394, 398, 432, 436, 595.
 Spolienrecht S. 282.
 Sporteln S. Exactiones.
 Stadt 263.
 Stadt- und Grund-Bücher 205, 224, 316,
 335, 364, 365, 369, 371, 372, 399, 411,
 417, 458, 493, 496, 502.
 Stadtfriede 257, 367, 371, 372, 399, 482,
 492, 523, 530.
 Stadthof 57, 78, 249.
 Stadträthe 35, 44.
 Stadtrath S. Gemeinderath.
 Stadtrecht, Stadtrechte 8, 205, 209, 212,
 254 ff., 274, 277, 289, 482, 486, 492, 494,
 508, 521, 532, 536 ff.
 Stadtschreiber S. Notar.
 Stadtwache S. Wache.
 Städte, Stadtwesen 222 ff., 250 ff., 263 ff.,
 286 ff., 358 ff.
 Stände 290, 291, 316, 547, 560 ff.
 Stahlschießen S. Bogelschießen.
 Standespersonen (höhere, obere Stände)
 320, 328, 337, 427, 553 ff., 560 ff.
 Stand- und Stehgelber 46, 51, 228, 399,
 400, 411, 430, 450.
 Stappelrecht 64, 266.
 Statuten 277, 289, 359, 368, 486, 490, 492,
 494, 498.
 Stehender Rath S. Gemeinderath.
 Steingasse 22.
 Stephans-Spital S. Spitäler.
 Sterbfälle 23.
 Steuern, Steuerfreiheit 10, 33, 44, 51,
 59, 63, 68, 260, 261, 321, 358, 359, 364,
 561 ff., 576.

Stod 371.
 Strafanstalten 4, 17, 94, 106 ff., 176, 177,
 390, 393, 397, 439.
 Strafen 364, 524, 529, 580, 584, 592 ff.
 Strafgebühren 118, 123, 359, 411, 424,
 435.
 Strafrecht 111 ff., 120 — 125, 130 ff., 179,
 199, 359, 482, 484, 495, 518, 519, 521 ff.,
 552.
 Straßen 4, 8, 48, 50, 60, 64, 75, 224, 228,
 230, 237, 243, 261, 284, 386.
 Strassengasse 16, 18, 20, 22, 24 — 29,
 231.
 Studienanstalten S. Schulanstalten.
 Subsedes S. Hinterassen.
 Suburbium 222, 252.
 Summa S. Formelbücher.
 Tutor 207, 208, 462, 463.
 Synagoge 17, 43.
 Syndicus 379, 401, 403, 440, 448, 452 ff.,
 458 — 466, 514, 547, 563, 574, 578.

Z.

Zabal 15, 114, 119, 330, 333.
 Zafarne 62, 63, 65, 325, 331, 377, 390,
 397, 431, 448, 557.
 Zanzimpost 450.
 Tataren 251, 257, 286, 288.
 Taxen (Preis-Satzungen) 4, 118, 335, 337,
 397, 558, 575.
 Taxen 44, 46, 51, 52, 59, 62, 73, 399, 410,
 411, 425, 435, 448.
 Tag (Wein- und Bier-) 63, 386, 406, 435,
 553, 560, 561.
 Teichbamm 20, 22, 24, 25, 27 — 29, 231,
 451.
 Teiche 17, 63, 87, 91, 92, 391, 434, 451.
 Teschen 255, 505, 541, 573, 578.
 Teschner Oberhof 504, 505.
 Textor S. Büchfeger.
 Theater 4, 65, 69, 217.
 Theilungen S. divisiones.
 Thomas-Kloster S. Augustiner.
 Thore 10, 24, 69, 72, 77, 78, 104, 127, 223,
 225, 226, 229 — 235, 237, 243, 245 —
 247, 249, 250, 253, 277, 289, 292, 296,
 312, 330 ff., 342, 344, 449.
 Thorfschreiber 421, 429, 450.
 Thorwachen 127, 247, 250, 312, 429.
 Thürme 222, 225, 248, 289, 298, 305.
 Tischnowitzer Thor S. Thor.

Titel S. Rang.
 Tochterstadt S. Mutterstadt.
 Todesfälle 23.
 Tomaschek 212.
 Tortur S. Folter.
 Testament S. Erbsen.
 Trankeuer 567, 568.
 Trauungen 23.
 Trent 107, 179, 194, 200.
 Tribunal 12, 100, 112, 120, 123, 124, 381,
 382, 423, 440, 591 ff.
 Troppau 252, 255, 362, 363, 505, 541, 573,
 577, 578.
 Troppauer Oberhof 505.
 Tuchmacherei 230, 240, 247, 252, 253, 265,
 275, 334, 335, 564 ff.
 Türken 103, 104, 234, 307, 308.

II.

Uebermächtige That 525.
 Uneinigkeiten (S. Handwerker, Geschlechter,
 Patrier) 384, 402.
 Ungerecht 530.
 Universalis (civium) S. Communität.
 Unterhalt S. Besoldung, Deputat.
 Unterrichter 370.
 Untersassen S. Hinterassen.
 Unterthans-Verhältnisse 37 — 40, 92,
 112, 129, 228, 254, 267, 273, 275, 278,
 282, 284, 287, 289, 290, 315 — 317, 321,
 443, 450, 451, 469, 486, 504, 520, 536,
 537, 541, 544, 563, 566.
 Unterschriften 402.
 Urbs, Urbani 221, 252.
 Urbar 384, 443, 554 ff., 562.
 Urfehde, Urfriede 371, 524 (S. Leupold
 S. 225).
 Urtheile S. Urtheile.

III.

Veränderung 402, 448 ff., 471.
 Verbannung, Verweisung, Verab-
 schiedung, Verurlaubung 371, 526,
 530.
 Verbrechen, Vergehen 525, 530, 535, 592,
 594.
 Verfahren S. Prozeß.
 Verfassung (Gemeinde-) 264 ff., 284, 288,
 360 ff., 406 ff.
 Verfeßen 526.

Verkehrsanstalten 4.
 Verlobungen S. Ehen.
 Vermögen (Gemeinde-) 44, 47, 48, 50, 52
 — 78, 358, 467, 595.
 Verneuerung (Kath.) Erneuerung.
 Verpachtung 428, 448 ff., 471.
 Versammlungen 380, 385, 592.
 Versammlung 4, 118, 123.
 Verschönerung 67, 77, 78, 242, 243, 246,
 247.
 Verschwägerung, Verwandtschaft 404,
 407.
 Versorgungsanstalten 4, 17, 49.
 Vertheilung S. Reichthum.
 Verwaltung 30 — 78, 256 ff., 273, 278,
 360 ff., 384 ff., 391 ff., 405 ff., 451 ff.,
 463 ff.
 Verzehrungeßener 33, 61, 68, 559, 560.
 Vicus S. Viertel.
 Viehstand 29.
 Vier-Bänke, Vierschare S. Schranne.
 Viertelmeister 42.
 Viertel 10, 14, 42, 224, 282, 298, 308,
 330, 367, 393.
 Viskationen 425, 429, 481 (S. Feischaffen).
 Villa 251, 253.
 Viri communes S. Gemeinde.
 Vogelschießen 93, 294, 305, 306,
 Vogt, Voigt, Vogtei 269, 273, 361,
 360 ff., 578.
 Vogtbing 374.
 Vogtei-Rent 391, 393, 398.
 Volksrechte 482.
 Vorlauf 429.
 Vorstände 9 — 11, 13 — 29, 30 — 32,
 63, 75, 79, 87, 102, 126, 221, 223, 227 ff.,
 238, 252, 324, 333 ff., 340.
 Vorstadtmeister 31.
 Vulgus, Vulgariter 375.

IV.

Wache (Stadt-, Haupt-) 64, 65, 101, 294,
 330, 332, 339, 344, 345, 358, 382, 389,
 394, 421, 429, 557, 577.
 Wälder 436, 449, 472.
 Wälle S. Fortifikation.
 Waffen 89, 92, 294 ff., 303.
 Wage 52, 62 — 65, 69, 73, 78, 325, 338,
 394, 430, 442, 448, 557, 599.
 Wahl S. Rathswahl.
 Waibwerk S. Jagd.

Waisenamt 384, 392, 394, 398, 401, 417,
 426, 436, 442, 448, 452 ff., 457, 477, 553.
 Waisenanstalten 4, 17, 77, 130, 335.
 Wallgänge 247.
 Wallgräben S. Fortifikation.
 Walzen, Wallonen S. Flandern.
 Wandel S. Puffe.
 Wasseramt, Wasserherren 378, 394,
 397.
 Wasserleitung 48, 50, 60, 63, 65, 69, 74,
 75, 78, 218.
 Wasserprobe S. Gottesurtheil.
 Wechselgericht 441, 458.
 Wehren (Wasser-) 66, 69, 72, 78, 232.
 Wehrhaftigkeit S. Bewaffnung.
 Wehrungsgelder 411, 431.
 Weichbild, Weichbildrecht 254, 258, 269,
 273, 489, 490, 492.
 Wein-Amt, Weinherren, Weinkosten
 390, 394, 575.
 Weinbau 9, 11, 14, 40, 87, 90, 91, 92,
 177, 230, 231, 375, 393, 564, 586.
 Weinshank 38, 39, 90, 224, 228, 252, 323,
 365, 377, 384, 390, 393, 394, 431, 435,
 471, 554, 557, 562, 564.
 Weintag S. Tag.
 Weisthümer S. Rechtsbelehrung.
 Welehrad 9, 228, 229.
 Wenzel Werner (Notar) 461, 496, 502.
 Wenzelsgasse 22.
 Wenzelskirche, Wenzelskapelle 9, 17,
 86, 229, 329.
 Werbbezirke 346.
 Werbhans 338.
 Wette S. Gewerbe.
 Wien 252, 257, 258, 264, 272, 279 — 281,
 285, 296, 495, 512.
 Wienergasse 19, 20, 22, 24 — 29.
 Wiener-Recht 257.
 Willführer 274, 368, 486.
 Wirkungskreis 35, 383, 420, 466 ff., 481.
 Wirtshaus (Gemeinde-) 380, 385, 392,
 396, 400, 402, 406 — 451, 457, 595.
 Wirtshaus - Einrichtungskommis-
 sion, Direktorium, Administration, Inspek-
 tion, Anwalt 409—420, 442, 452 ff., 466 ff.
 Wirtshäuser 40, 62, 65, 226, 230,
 237, 240, 330 ff., 398, 406, 428, 451, 557.
 Witwen (Rath-) 406, 406.
 Witzigen 369.

Wohltätigkeits-Anstalten 4, 17,
 32, 65.
 Wohnparteien 29.
 Wolfstreu 213.
 Wollweberei S. Tuchmacherei.
 Wolny 211.
 Wucher 439.

3.

Zauberei 525, 530, 534.
 Zberabsänle 213.
 Zehenb 472.
 Zeil 10, 11, 13, 14, 16, 19, 21, 22, 24 —
 29, 126, 129, 228, 232, 239.
 Zeitschriften 4.
 Zerstückung (Raierhofs-) 451.
 Zeughäuser 63, 89, 91, 93, 101, 126, 164,
 171, 294, 296, 303 — 305, 311, 315, 345,
 390, 393, 397, 401, 451.
 Ziegeleien 17, 65, 391, 393, 394, 398, 434,
 451.
 Zimentirung S. Gimentirung.
 Zimpl 230.
 Zinse 428, 448.
 Zinskreuzer 24, 33, 44, 45, 51, 59, 61,
 67, 69, 73, 557, 559.
 Znaim 7, 12, 14, 15, 66, 70, 94, 95, 226,
 252, 255, 300, 301, 302, 322, 383, 388,
 389, 391, 393, 410, 413, 415, 419, 440,
 455, 458, 498, 550, 562 ff., 573, 578.
 Znaimer Recht, Zn. Oberhof 498.
 Zoll 64, 87, 266, 269, 282, 343, 365.
 Zucht, Zucht-Geschworne 397, 444.
 Zuchthaus S. Strafanstalten.
 Zunderfabriken 4.
 Zuchtiger 364.
 Zünfte 31, 32, 253, 261, 269 — 271, 274,
 275, 277 — 279, 282, 284, 292, 293, 318,
 370, 375, 376, 396, 403, 494, 498, 575.
 Zupen 221, 252, 287, 289, 362.
 Zusammenkünfte S. Landtag, Ver-
 sammlung.
 Zuschlüge (Lokal-) 66, 558 (S. Gemeinde-
 Zuschlüge).
 Zuschreibung S. Stadtbücher.
 Zweikampf S. Gottesurtheil.
 Zwinger 101, 175, 226, 227, 236, 311,
 332.
 Zwittera 17, 228, 573.





DB 2300 .S34 v.13 C.1
Beiträge zur Geschichte der ko
Stanford University Libraries



3 6105 041 057 386

DATE DUE

DATE DUE			

STANFORD UNIVERSITY LIBRARIES
STANFORD, CALIFORNIA 94305-6004

